

# Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats

1. August 2013 – 31. Juli 2014

Sicherheitsrat  
Offizielles Protokoll



Vereinte Nationen • New York 2015



## HINWEISE FÜR DEN LESER

Der vorliegende Band der *Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats* enthält die Resolutionen und Beschlüsse des Rates vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2014 zu Sachfragen sowie Beschlüsse zu einigen wichtigeren Verfahrensfragen. Die Resolutionen und Beschlüsse sind in Teil I und Teil II jeweils unter einem allgemeinen Titel aufgeführt, der auf die behandelten Fragen hinweist. In jedem dieser Teile sind die Fragen nach dem Zeitpunkt ihrer erstmaligen Behandlung durch den Rat im Berichtszeitraum geordnet; die Resolutionen und Beschlüsse zu den einzelnen Fragen sind in chronologischer Reihenfolge aufgeführt.

Die Resolutionen sind in der Reihenfolge ihrer Verabschiedung nummeriert. Jeder Resolution folgt eine Angabe des Abstimmungsergebnisses. Beschlüsse werden gewöhnlich ohne Abstimmung gefasst.

\*

\* \*

## BESONDERER HINWEIS FÜR DIE DEUTSCHE AUSGABE

Aufgrund der Resolution 3355 (XXIX) der Generalversammlung vom 18. Dezember 1974 werden seit dem 1. Juli 1975 ausgewählte Dokumente der Vereinten Nationen ins Deutsche übersetzt und bei Quellenangaben auch in Deutsch zitiert. Nicht in Deutsch verfügbare Dokumente werden zur Vereinfachung von Recherchen und Bestellungen in Englisch zitiert. Handelt es sich um Übereinkommen, wird zusätzlich auch auf die amtlichen Fassungen in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Staaten hingewiesen.

### ABKÜRZUNGEN

ABl. EG = Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

ABl. EU = Amtsblatt der Europäischen Union

AS = Amtliche Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)

dBGBL. = (deutsches) Bundesgesetzblatt

dRGBL. = (deutsches) Reichsgesetzblatt

LGBL. = Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

öBGBL. = Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich

öRGBL. = Reichsgesetzblatt (Österreich)

SR = Systematische Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)

S/INF/69
----------



# Inhalt

	<i>Seite</i>
<b>Mitglieder des Sicherheitsrats in den Jahren 2013 und 2014 .....</b>	vii
<b>Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2014 .....</b>	1
<b><i>Teil I. Fragen, die vom Sicherheitsrat aufgrund seiner Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit behandelt wurden</i></b>	
Punkte im Zusammenhang mit der Situation im Nahen Osten:	
A. Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage .....	1
B. Die Situation im Nahen Osten .....	5
Kommunikationen betreffend die Indien-Pakistan-Frage .....	43
Die Situation in Zypern .....	43
Die Situation betreffend Westsahara .....	50
Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen .....	53
Die Situation in Liberia .....	60
Die Situation in Somalia .....	69
Punkte im Zusammenhang mit der Situation im ehemaligen Jugoslawien:	
A. Die Situation in Bosnien und Herzegowina .....	92
B. Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999) ...	98
C. Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht .....	100
Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind .....	102
Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht	
Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind .....	102
Die Frage betreffend Haiti .....	104
Die Situation in Burundi .....	111
Die Situation in Afghanistan .....	116
Die Situation in Sierra Leone .....	143
Beziehungen zwischen Kamerun und Nigeria .....	145
Die Situation in der Region der Großen Seen .....	146
Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo .....	146
	iii

	<i>Seite</i>
Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik.....	170
Kinder und bewaffnete Konflikte.....	213
Die Situation in Guinea-Bissau.....	219
Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten.....	227
Kleinwaffen .....	362
Frauen und Frieden und Sicherheit .....	368
Unterrichtung durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs .....	375
Unterrichtung durch den Amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.....	375
Sitzung des Sicherheitsrats mit den truppen- und polizeistellenden Ländern gemäß Resolution 1353 (2001), Anlage II, Abschnitte A und B:	
A.    Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern.....	376
B.    Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung .....	376
C.    Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon .....	377
D.    Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara.....	377
E.    Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo .....	378
F.    Mission der Vereinten Nationen in Liberia.....	378
G.    Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire.....	378
H.    Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti .....	379
I.    Finanzierung der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali .....	379
Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen .....	380
Unterrichtungen durch die Vorsitzenden der Nebenorgane des Sicherheitsrats .....	422
Die Situation in Côte d'Ivoire.....	423
Mission des Sicherheitsrats.....	441
Die Förderung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit .....	448
Zentralafrikanische Region .....	452
Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.....	461
Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan.....	463
Friedenskonsolidierung nach Konflikten .....	497
Die Situation betreffend Irak.....	498
Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.....	503
Nichtverbreitung .....	506
Friedenskonsolidierung in Westafrika.....	508
Nichtverbreitung/Demokratische Volksrepublik Korea .....	511

	<i>Seite</i>
Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit:	
A. Krieg, die Lehren daraus und die Suche nach dauerhaftem Frieden .....	513
B. Reform des Sicherheitssektors: Herausforderungen und Chancen .....	513
C. Allgemeine Fragen .....	519
Frieden und Sicherheit in Afrika .....	520
Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit .....	528
Die Situation in Libyen .....	536
Die Situation in Mali .....	547
Punkte im Zusammenhang mit der Ukraine	
A. Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136) .....	561
B. Schreiben des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen vom 13. April 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/264) .....	565
<b><i>Teil II. Weitere vom Sicherheitsrat behandelte Fragen</i></b>	
Dokumentation, Arbeitsmethoden und Verfahren des Sicherheitsrats:	
A. Umsetzung der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/507) .....	567
B. Allgemeine Fragen .....	573
Behandlung des Entwurfs des Berichts des Sicherheitsrats an die Generalversammlung .....	577
<b>Vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2014 erstmals in die Tagesordnung des Sicherheitsrats aufgenommene Punkte .....</b>	<b>579</b>
<b>Verzeichnis der vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2014 vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen .....</b>	<b>581</b>
<b>In offizieller Sitzung behandelte und nicht verabschiedete Resolutionsentwürfe .....</b>	<b>583</b>
<b>Verzeichnis der vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2014 vom Präsidenten des Sicherheitsrats abgegebenen Erklärungen .....</b>	<b>585</b>





## Mitglieder des Sicherheitsrats in den Jahren 2013 und 2014

In den Jahren 2013 und 2014 gehörten dem Sicherheitsrat folgende Mitglieder an:

### 2013

Argentinien  
Australien  
Aserbaidtschan  
China  
Frankreich  
Guatemala  
Luxemburg  
Marokko  
Pakistan  
Republik Korea  
Russische Föderation  
Ruanda  
Togo  
Vereinigtes Königreich Großbritannien und  
Nordirland  
Vereinigte Staaten von Amerika

### 2014

Argentinien  
Australien  
Chile  
China  
Frankreich  
Jordanien  
Litauen  
Luxemburg  
Nigeria  
Republik Korea  
Ruanda  
Russische Föderation  
Tschad  
Vereinigtes Königreich Großbritannien und  
Nordirland  
Vereinigte Staaten von Amerika



# **Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2014**

## ***Teil I. Fragen, die vom Sicherheitsrat aufgrund seiner Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit behandelt wurden***

### **PUNKTE IM ZUSAMMENHANG MIT DER SITUATION IM NAHEN OSTEN**

#### **A. Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage<sup>1</sup>**

##### **Beschlüsse**

Auf seiner 7020. Sitzung am 20. August 2013 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten einschließlich der palästinensischen Frage“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Oscar Fernandez-Taranco, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7032. Sitzung am 17. September 2013 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten einschließlich der palästinensischen Frage“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Robert H. Serry, den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation und der Palästinensischen Behörde, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7047. Sitzung am 22. Oktober 2013 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Bangladeschs, Boliviens (Plurinationaler Staat), Botsuanas, Brasiliens, Dschibutis, Ecuadors, Indiens, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Islands, Israels, Japans, Jordaniens, Katars, Kirgisistans, Kubas, Libanons, Malaysias, Namibias, Nicaraguas, Norwegens, Saudi-Arabiens, Sri Lankas, Südafrikas, Tunesiens, der Türkei und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter des Beobachterstaats Palästina bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, und Herrn Abdou Salam Diallo, den Vorsitzenden des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Carl Hallergard, Gesandtschaftsrat der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter des Beobachterstaats Heiliger Stuhl bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

---

<sup>1</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2000 verabschiedet.

Auf seiner 7063. Sitzung am 19. November 2013 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7084. Sitzung am 16. Dezember 2013 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Robert H. Serry, den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation und der Palästinensischen Behörde, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7096. Sitzung am 20. Januar 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Brasiliens, Dschibutis, Guatemalas, Indiens, Indonesiens, Iraks, Irans (Islamische Republik), Israels, Japans, Kasachstans, Katars, Kubas, Libanons, Malaysias, Marokkos, Namibias, Norwegens, Pakistans, Saudi-Arabiens, Sri Lankas, Südafrikas, Tunesiens, der Türkei und der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter des Beobachterstaats Palästina bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Abdou Salam Diallo, den Vorsitzenden des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter des Beobachterstaats Heiliger Stuhl bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7118. Sitzung am 25. Februar 2014 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7140. Sitzung am 18. März 2014 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7164. Sitzung am 29. April 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, Algeriens, der Arabischen Republik Syrien, Bahrains, Bangladeschs, Boliviens (Plurinationaler Staat), Brasiliens, Guatemalas, Guineas, Indiens, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Islands, Israels, Japans, Katars, Kubas, Kuwait, Libanons, Malaysias, Marokkos, Namibias, Omans, Pakistans, Perus, Saudi-Arabiens, Sri Lankas, Südafrikas und der Türkei gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter des Beobachterstaats Palästina bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Robert H. Serry, den Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation und der Palästinensischen Behörde, und Herrn Abdou Salam Diallo, den Vorsitzenden des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Ioannis Vrailas, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, und Herrn Ahmed Fathalla, den Ständigen Beobachter der Liga der arabischen Staaten bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7178. Sitzung am 20. Mai 2014 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten einschließlich der palästinensischen Frage“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Oscar Fernandez-Taranco, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7204. Sitzung am 23. Juni 2014 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten einschließlich der palästinensischen Frage“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7214. Sitzung am 10. Juli 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Israels gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter des Beobachterstaats Palästina bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7220. Sitzung am 18. Juli 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Israels gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter des Beobachterstaats Palästina bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7222. Sitzung am 22. Juli 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, Algeriens, der Arabischen Republik Syrien, Bangladeschs, Boliviens (Plurinationaler Staat), Brasiliens, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Ecuadors, El Salvadors, Guatemalas, Indiens, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Islands, Israels, Jamaikas, Japans, Kanadas, Kasachstans, Katars, Kubas, Kuwaits, Libanons, Malaysias, der Malediven, Marokkos, Mexikos, Namibias, Neuseelands, Nicaraguas, Norwegens, Pakistans, Perus, Saudi-Arabiens, Simbawes, Südafrikas, Tunesiens, der Türkei, Venezuelas (Bolivarische Republik) und Vietnams gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter des Beobachterstaats Palästina bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Abdou Salam Diallo, den Vorsitzenden des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7225. Sitzung am 28. Juli 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Israels gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter des Beobachterstaats Palästina bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>2</sup>:

Der Sicherheitsrat bekundet seine ernste Besorgnis über die Verschlechterung der Lage infolge der Krise im Zusammenhang mit Gaza und über die Toten und Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Der Rat fordert die uneingeschränkte Achtung des humanitären Völkerrechts, einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung, und weist erneut darauf hin, dass geeignete Schritte unternommen werden müssen, um die Sicherheit und das Wohlergehen der Zivilpersonen sowie ihren Schutz zu gewährleisten.

Der Rat bekundet seine nachdrückliche Unterstützung für den Aufruf der internationalen Partner und des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu einer sofortigen und bedingungslosen humanitären Waffenruhe, damit die dringend benötigte Hilfe geleistet werden kann, und fordert alle Parteien nachdrücklich auf, die humanitäre Waffenruhe für Id al-Fitr und danach zu akzeptieren und vollständig umzusetzen. Der Rat lobt den Generalsekretär und den Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn John Kerry, für ihre diesbezüglichen Anstrengungen.

Der Rat fordert außerdem die Parteien auf, an den Anstrengungen zur Herbeiführung einer dauerhaften und voll eingehaltenen Waffenruhe auf der Grundlage der ägyptischen Initiative mitzuwirken. In dieser Hinsicht begrüßt der Rat die Anstrengungen der internationalen Partner und die Einberufung der internationalen Tagung zur Unterstützung der Waffenruhe am 26. Juli 2014 in Paris und fordert alle in Betracht kommenden regionalen und internationalen Parteien nachdrücklich auf, die Anstrengungen zur Konsolidierung einer Vereinbarung zwischen den Parteien tatkräftig zu unterstützen.

Der Rat betont, dass zivile und humanitäre Einrichtungen, einschließlich derer der Vereinten Nationen, geachtet und geschützt werden müssen, und fordert alle Parteien auf, im Einklang mit diesem Grundsatz zu handeln.

Der Rat fordert die vollständige Durchführung der Resolution 1860 (2009) und unterstreicht, dass der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gazastreifen sofort humanitäre Hilfe gewährt werden muss, unter anderem mittels dringender zusätzlicher Beiträge zum Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten. Der Rat anerkennt und würdigt die unverzichtbare Rolle, die das Hilfswerk gemeinsam mit anderen Einrichtungen der Vereinten Nationen und humanitären Organisationen dabei wahrnimmt, die lebenswichtigen humanitären Bedürfnisse in Gaza zu befriedigen.

Der Rat fordert die Parteien und die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, einen umfassenden Frieden herbeizuführen, der auf der Vision einer Region beruht, in der zwei demokratische Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen leben, wie in Resolution 1850 (2008) des Rates vorgesehen.

---

<sup>2</sup> S/PRST/2014/13.

Auf seiner 7232. Sitzung am 31. Juli 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Israels gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter des Beobachterstaats Palästina bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinatorin, und Herrn Pierre Krähenbühl, den Generalkommissar des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; sie nahmen per Videokonferenz an der Sitzung teil.

## **B. Die Situation im Nahen Osten<sup>3</sup>**

### **Beschluss**

Auf seiner 7025. Sitzung am 29. August 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Israels, Libanons und Spaniens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation im Nahen Osten

Schreiben des Generalsekretärs vom 31. Juli 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/457)“.

### **Resolution 2115 (2013) vom 29. August 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf alle seine früheren Resolutionen über Libanon, insbesondere die Resolutionen 425 (1978) und 426 (1978) vom 19. März 1978, 1559 (2004) vom 2. September 2004, 1680 (2006) vom 17. Mai 2006, 1701 (2006) vom 11. August 2006, 1773 (2007) vom 24. August 2007, 1832 (2008) vom 27. August 2008, 1884 (2009) vom 27. August 2009, 1937 (2010) vom 30. August 2010, 2004 (2011) vom 30. August 2011 und 2064 (2012) vom 30. August 2012, sowie die Erklärungen seines Präsidenten über die Situation in Libanon,

*in Reaktion* auf das in dem Schreiben des Ministers für auswärtige Angelegenheiten und Auswanderer Libanons vom 12. Juli 2013 an den Generalsekretär enthaltene Ersuchen der Regierung Libanons, das Mandat der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon unverändert um einen weiteren Zeitraum von einem Jahr zu verlängern, und unter Begrüßung des Schreibens des Generalsekretärs vom 31. Juli 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats<sup>4</sup>, in dem er diese Verlängerung empfahl,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner nachdrücklichen Unterstützung* für die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und politische Unabhängigkeit Libanons,

*in Bekräftigung seines Bekenntnisses* zur vollständigen Durchführung aller Bestimmungen der Resolution 1701 (2006) und im Bewusstsein seiner Verantwortung, zur Herbeiführung einer dauerhaften Waffenruhe und einer langfristigen Lösung beizutragen, wie in der genannten Resolution vorgesehen,

*mit der Aufforderung* an alle beteiligten Parteien, sich unverzüglich verstärkt um die vollständige Durchführung aller Bestimmungen der Resolution 1701 (2006) zu bemühen,

---

<sup>3</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1967 verabschiedet.

<sup>4</sup> S/2013/457.

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über alle Verstöße in Verbindung mit der Resolution 1701 (2006) und mit Interesse erwartend, dass die Truppe ihre Untersuchungen rasch abschließt, damit solche Vorfälle in Zukunft verhütet werden,

*unter Begrüßung* der konstruktiven Rolle des Dreiparteien-Mechanismus beim Abbau von Spannungen und mit dem Ausdruck seiner Unterstützung für die Anstrengungen der Truppe, im Zusammenwirken mit beiden Parteien die Verbindungs- und Koordinierungsregelungen auszubauen,

*betonend*, wie wichtig es ist, das mit Resolution 1701 (2006) verhängte Verbot des Verkaufs und der Lieferung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial voll einzuhalten,

*daran erinnernd*, wie überaus wichtig es ist, dass alle beteiligten Parteien die Blaue Linie in ihrer Gesamtheit achten, unter Begrüßung der kontinuierlichen Fortschritte bei der Markierung der Blauen Linie und den Parteien nahelegend, ihre in Abstimmung mit der Truppe unternommenen Anstrengungen zur sichtbaren Markierung der gesamten Blauen Linie zu beschleunigen und bei der Markierung der strittigen Abschnitte der Linie voranzukommen, wie im Rahmen der strategischen Überprüfung empfohlen,

*unter entschiedenster Verurteilung* aller Versuche, die Sicherheit und Stabilität Libanons zu bedrohen, in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, zu gewährleisten, dass derartige Einschüchterungshandlungen die Truppe nicht daran hindern werden, ihr Mandat im Einklang mit Resolution 1701 (2006) zu erfüllen, und daran erinnernd, dass alle Parteien gewährleisten müssen, dass das Personal der Truppe Sicherheit genießt und dass seine Bewegungsfreiheit voll geachtet und nicht behindert wird,

*unter Hinweis* auf die einschlägigen Grundsätze in dem Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal<sup>5</sup>,

*in Würdigung* der aktiven Rolle und der Einsatzbereitschaft des Personals der Truppe und mit dem Ausdruck seiner hohen Anerkennung für die Mitgliedstaaten, die zur Truppe beitragen, sowie unterstreichend, dass der Truppe alle erforderlichen Mittel und Ausrüstungsgegenstände zur Durchführung ihres Mandats zur Verfügung stehen müssen,

*unter Hinweis* auf das Ersuchen der Regierung Libanons, eine internationale Truppe zu entsenden, die ihr bei der Ausübung ihrer Autorität im gesamten Hoheitsgebiet behilflich sein soll, und erneut erklärend, dass die Truppe ermächtigt ist, im Einsatzgebiet ihrer Truppen alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die nach ihrer Einschätzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten liegen, um sicherzustellen, dass ihr Einsatzgebiet nicht für feindselige Aktivitäten gleich welcher Art genutzt wird, und sich allen Versuchen, sie mit gewaltsamen Mitteln an der Wahrnehmung ihres Mandats zu hindern, zu widersetzen,

*unter Begrüßung* der Anstrengungen des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, einschließlich der Truppe, weiter aufmerksam zu verfolgen, und betonend, dass der Sicherheitsrat einen rigiden, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

*mit dem Ausdruck seiner vollen Unterstützung* für die strategischen Prioritäten und Empfehlungen, die der Generalsekretär in seinem Schreiben vom 12. März 2012 an den Präsidenten des Sicherheitsrats als Ergebnis der strategischen Überprüfung der Truppe<sup>6</sup> dargelegt hat, und den Generalsekretär ersuchend, den Rat weiter über die Umsetzung der strategischen Überprüfung auf dem Laufenden zu halten,

*mit der Aufforderung* an die Mitgliedstaaten, den Libanesischen Streitkräften nach Bedarf behilflich zu sein, um sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu befähigen, im Einklang mit Resolution 1701 (2006),

*feststellend*, dass die Situation in Libanon nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, das derzeitige Mandat der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon bis zum 31. August 2014 zu verlängern;

---

<sup>5</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2051, No. 35457. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1997 II S. 230; LGBI. 2001 Nr. 4; öBGBI. III Nr. 180/2000; AS 2007 6919.

<sup>6</sup> S/2012/151.



2. *würdigt* die positive Rolle der Truppe, deren Dislozierung zusammen mit den Libanesischen Streitkräften zur Schaffung eines neuen strategischen Umfelds im südlichen Libanon beigetragen hat, begrüßt die Ausweitung der zwischen der Truppe und den Libanesischen Streitkräften abgestimmten Aktivitäten und fordert zu einer weiteren Verstärkung dieser Zusammenarbeit auf;

3. *begrüßt* in dieser Hinsicht die Mitwirkung der Truppe und der Libanesischen Streitkräfte an dem strategischen Dialog, der dem Ziel dient, eine Analyse der Bodentruppen und der maritimen Kräfte und Mittel durchzuführen und eine Reihe von Referenzgrößen zur Veranschaulichung der Korrelation zwischen den Kapazitäten und Verantwortlichkeiten der Truppe und denen der Libanesischen Streitkräfte festzulegen und so die Erfordernisse der Libanesischen Streitkräfte für die Durchführung der mandatsmäßigen Aufgaben in Resolution 1701 (2006) zu ermitteln, und ist in dieser Hinsicht ermutigt durch die Fortschritte bei der Formalisierung eines regelmäßigen Mechanismus im Rahmen des strategischen Dialogs zwischen den Libanesischen Streitkräften und der Truppe;

4. *würdigt* in diesem Zusammenhang die Libanesischen Streitkräfte für ihre Bemühungen hinsichtlich ihres weiter gefassten Plans zum Ausbau ihrer Kapazitäten, wovon der Plan des strategischen Dialogs einen gesonderten, aber integralen Bestandteil bildet, im Einklang mit den einschlägigen Empfehlungen aus der strategischen Überprüfung der Truppe<sup>6</sup>, und fordert infolgedessen eine verstärkte Koordinierung zwischen den Gebern bei der Bereitstellung von Hilfe für den Aufbau der Kapazitäten der Libanesischen Streitkräfte, namentlich durch Ausbildung, da diese Kräfte eine tragende Säule der Stabilität des Landes sind;

5. *fordert* alle beteiligten Parteien *nachdrücklich auf*, die Einstellung der Feindseligkeiten zu achten, eine Verletzung der Blauen Linie zu verhüten und sie in ihrer Gesamtheit zu achten und mit den Vereinten Nationen und der Truppe uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

6. *fordert* alle Parteien *nachdrücklich auf*, ihre Verpflichtung zur Achtung der Sicherheit des Personals der Truppe und des sonstigen Personals der Vereinten Nationen streng einzuhalten und zu gewährleisten, dass die Bewegungsfreiheit der Truppe im Einklang mit ihrem Mandat und ihren Einsatzregeln voll geachtet und nicht behindert wird, namentlich indem sie jedes Vorgehen vermeiden, das das Personal der Vereinten Nationen gefährdet, und verlangt in dieser Hinsicht, dass die Truppe und die Libanesischen Streitkräfte weiter zusammenarbeiten, insbesondere in Bezug auf koordinierte und parallele Patrouillen, begrüßt die Entschlossenheit der libanesischen Behörden, die Bewegungen der Truppe zu schützen, und verlangt erneut, dass die von Libanon eingeleitete Untersuchung der Anschläge vom 27. Mai, 26. Juli und 9. Dezember 2011 rasch abgeschlossen wird, damit die Täter vor Gericht gebracht werden;

7. *fordert* alle Parteien *außerdem nachdrücklich auf*, mit dem Sicherheitsrat und dem Generalsekretär uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, um greifbare Fortschritte in Richtung auf eine ständige Waffenruhe und eine langfristige Lösung zu erzielen, wie in Resolution 1701 (2006) vorgesehen, und betont, dass die Parteien noch mehr tun müssen, um die vollständige Durchführung der Resolution 1701 (2006) voranzubringen;

8. *fordert* die Regierung Israels *nachdrücklich auf*, ihre Armee rascher und ohne weitere Verzögerung aus dem nördlichen Ghadschar abzuziehen, in Koordinierung mit der Truppe, die aktiv auf Israel und Libanon eingewirkt hat, um diesen Abzug zu ermöglichen;

9. *bekräftigt seine Aufforderung* an alle Staaten, die Schaffung einer Zone zwischen der Blauen Linie und dem Litani-Fluss, die frei von bewaffnetem Personal, Material und Waffen ist, außer denjenigen der Regierung Libanons und der Truppe, uneingeschränkt zu unterstützen und zu achten;

10. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch künftig alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Sicherheitsrat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder *nachdrücklich auf*, Präventiv- und Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass derartige Handlungen in Fällen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden;

11. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat auch weiterhin alle vier Monate oder zu jedem anderen von ihm für geeignet erachteten Zeitpunkt über die Durchführung der Resolution 1701 (2006) Bericht zu erstatten;

12. *betont*, wie wichtig und notwendig die Herbeiführung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten auf der Grundlage aller seiner einschlägigen Resolutionen ist, einschließlich seiner Resolutionen 242 (1967) vom 22. November 1967, 338 (1973) vom 22. Oktober 1973, 1515 (2003) vom 19. November 2003 und 1850 (2008) vom 16. Dezember 2008;

13. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7025. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7037. Sitzung am 27. September 2013 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Jemens (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten“ teilzunehmen:

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Jamal Benomar, den Sonderberater des Generalsekretärs für Jemen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Abdul Latif bin Rashid Al Zayani, den Generalsekretär des Golf-Kooperationsrats, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7038. Sitzung am 27. September 2013 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten“.

### **Resolution 2118 (2013) vom 27. September 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf die Erklärungen seines Präsidenten vom 3. August 2011<sup>7</sup> und vom 21. März<sup>8</sup> und 5. April 2012<sup>9</sup> sowie auf seine Resolutionen 1540 (2004) vom 28. April 2004, 2042 (2012) vom 14. April 2012 und 2043 (2012) vom 21. April 2012,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit der Arabischen Republik Syrien,

*bekräftigend*, dass die Verbreitung chemischer Waffen und ihrer Trägersysteme eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

*unter Hinweis* darauf, dass die Arabische Republik Syrien am 22. November 1968 dem am 17. Juni 1925 in Genf unterzeichneten Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege<sup>10</sup> beigetreten ist,

*feststellend*, dass die Arabische Republik Syrien am 14. September 2013 ihre Beitrittsurkunde zu dem Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen („Übereinkommen“)<sup>11</sup> beim Generalsekretär hinterlegt

---

<sup>7</sup> S/PRST/2011/16.

<sup>8</sup> S/PRST/2012/6.

<sup>9</sup> S/PRST/2012/10.

<sup>10</sup> League of Nations, *Treaty Series*, Vol. XCIV, Nr. 2138. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dRGBl. 1929 II S. 173; LGBl. 1991 Nr. 69; öBGBl. Nr. 202/1928; SR 0.515.105.

<sup>11</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1974, Nr. 33757. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1994 II S. 806; LGBl. 1999 Nr. 235; öBGBl. III Nr. 38/1997; AS 1998 335.

und erklärt hat, dass sie die Bestimmungen des Übereinkommens befolgen und getreu und ehrlich einhalten werde und das Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten für die Arabische Republik Syrien vorläufig anwenden werde,

*begrüßend*, dass der Generalsekretär die Mission der Vereinten Nationen zur Untersuchung von Vorwürfen über den Einsatz chemischer Waffen in der Arabischen Republik Syrien („Mission“) eingerichtet hat, gemäß Resolution 42/37 C der Generalversammlung vom 30. November 1987 und bekräftigt durch Resolution 620 (1988) vom 26. August 1988, und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die Arbeit der Mission,

*in Anerkennung* des Berichts der Mission vom 16. September 2013<sup>12</sup>, unterstreichend, dass die Mission ihr Mandat erfüllen muss, und betonend, dass künftige glaubhafte Vorwürfe über den Einsatz chemischer Waffen in der Arabischen Republik Syrien untersucht werden sollen,

*zutiefst empört* darüber, dass nach den Schlussfolgerungen im Bericht der Mission am 21. August 2013 im Umland von Damaskus chemische Waffen eingesetzt wurden, es verurteilend, dass als Folge davon Zivilpersonen getötet wurden, bekräftigend, dass der Einsatz chemischer Waffen einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt, und betonend, dass die für einen Einsatz chemischer Waffen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen,

*unter Hinweis* auf die nach Resolution 1540 (2004) bestehende Verpflichtung, dass alle Staaten die Gewährung jeder Form von Unterstützung für nichtstaatliche Akteure unterlassen, die versuchen, Massenvernichtungswaffen, einschließlich chemischer Waffen, und ihre Trägersysteme zu entwickeln, zu erwerben, herzustellen, zu besitzen, zu transportieren, weiterzugeben oder einzusetzen,

*unter Begrüßung* des am 14. September 2013 in Genf zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika vereinbarten Rahmens für die Beseitigung der syrischen chemischen Waffen<sup>13</sup> mit dem Ziel, dafür zu sorgen, dass das Chemiewaffenprogramm der Arabischen Republik Syrien auf die rascheste und sicherste Weise vernichtet wird, und mit dem Ausdruck seiner Entschlossenheit, die chemischen Waffen und ihre Komponenten in der Arabischen Republik Syrien sofort internationaler Kontrolle zu unterstellen,

*sowie unter Begrüßung* des in Anlage I dieser Resolution enthaltenen Beschlusses des Exekutivrats der Organisation für das Verbot chemischer Waffen vom 27. September 2013, in dem besondere Verfahren für die rasche Vernichtung des Chemiewaffenprogramms der Arabischen Republik Syrien und die strenge Verifikation dieser Vernichtung geschaffen werden, und mit dem Ausdruck seiner Entschlossenheit, die Vernichtung des Chemiewaffenprogramms der Arabischen Republik Syrien gemäß dem im Beschluss des Exekutivrats enthaltenen Zeitplan zu gewährleisten,

*betonend*, dass die Lösung der derzeitigen Krise in der Arabischen Republik Syrien einzig über einen alle Seiten einschließenden und unter syrischer Führung stehenden politischen Prozess auf der Grundlage des in Anlage II dieser Resolution enthaltenen Schlusskommunikés der Aktionsgruppe für Syrien (Genfer Kommuniké) vom 30. Juni 2012 erfolgen kann, und betonend, dass die internationale Syrien-Konferenz so bald wie möglich einberufen werden muss,

*feststellend*, dass der Einsatz chemischer Waffen in der Arabischen Republik Syrien eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

*unterstreichend*, dass die Mitgliedstaaten nach Artikel 25 der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, die Beschlüsse des Rates anzunehmen und durchzuführen,

1. *stellt fest*, dass der Einsatz chemischer Waffen, gleichviel wo er stattfindet, eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt;

---

<sup>12</sup> S/2013/553.

<sup>13</sup> S/2013/565, Anhang.

2. *verurteilt mit allem Nachdruck* jeden Einsatz chemischer Waffen in der Arabischen Republik Syrien, insbesondere den Angriff vom 21. August 2013, unter Verstoß gegen das Völkerrecht;

3. *schließt sich* dem in Anlage I dieser Resolution enthaltenen Beschluss des Exekutivrats der Organisation für das Verbot chemischer Waffen vom 27. September 2013 *an*, der besondere Verfahren für die rasche Vernichtung des Chemiewaffenprogramms der Arabischen Republik Syrien und die strenge Verifikation dieser Vernichtung vorsieht, und fordert, dass er auf die rascheste und sicherste Weise vollständig durchgeführt wird;

4. *beschließt*, dass die Arabische Republik Syrien chemische Waffen weder einsetzen, entwickeln, herstellen, auf andere Weise erwerben, lagern oder zurückbehalten noch chemische Waffen unmittelbar oder mittelbar an andere Staaten oder an nichtstaatliche Akteure weitergeben darf;

5. *unterstreicht*, dass keine Partei in der Arabischen Republik Syrien chemische Waffen einsetzen, entwickeln, herstellen, erwerben, lagern, zurückbehalten oder weitergeben soll;

6. *beschließt*, dass die Arabische Republik Syrien den Beschluss des Exekutivrats vom 27. September 2013 unter allen Aspekten einzuhalten hat;

7. *beschließt außerdem*, dass die Arabische Republik Syrien mit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen und den Vereinten Nationen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten hat, namentlich indem sie ihren einschlägigen Empfehlungen nachkommt, das von der Organisation oder den Vereinten Nationen bestellte Personal anerkennt, die Sicherheit der Tätigkeit dieses Personals gewährleistet und sichert, diesem Personal sofortigen und ungehinderten Zugang zu sämtlichen Orten gewährt sowie das Recht, diese Orte in Wahrnehmung seiner Aufgaben zu inspizieren, und den sofortigen und ungehinderten Zugang zu den Personen gestattet, bei denen die Organisation Grund zu der Annahme hat, dass sie für die Zwecke ihres Mandats wichtig sind, und beschließt, dass alle Parteien in der Arabischen Republik Syrien in dieser Hinsicht uneingeschränkt zu kooperieren haben;

8. *beschließt ferner*, ein aus Personal der Vereinten Nationen bestehendes Vorausteam zu ermächtigen, frühe Unterstützung für die Tätigkeiten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen in der Arabischen Republik Syrien bereitzustellen, ersucht den Generaldirektor der Organisation und den Generalsekretär, bei der Durchführung des Beschlusses des Exekutivrats vom 27. September 2013 und dieser Resolution eng zusammenzuarbeiten, namentlich auch im Rahmen ihrer operativen Tätigkeiten vor Ort, und ersucht ferner den Generalsekretär, in Absprache mit dem Generaldirektor der Organisation und gegebenenfalls der Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation dem Sicherheitsrat innerhalb von 10 Tagen nach Verabschiedung dieser Resolution Empfehlungen zur Rolle der Vereinten Nationen bei der Beseitigung des Chemiewaffenprogramms der Arabischen Republik Syrien vorzulegen;

9. *stellt fest*, dass die Arabische Republik Syrien Vertragspartei des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen<sup>14</sup> ist, beschließt, dass das von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen bestellte Personal, das die in dieser Resolution oder in dem Beschluss des Exekutivrats vom 27. September 2013 vorgesehenen Tätigkeiten durchführt, die in Teil II Abschnitt B des Anhangs über die Durchführung und Verifikation zu dem Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen („Übereinkommen“)<sup>11</sup> aufgeführten Vorrechte und Immunitäten genießt, und fordert die Arabische Republik Syrien auf, mit den Vereinten Nationen und der Organisation Vereinbarungen über die Modalitäten zu schließen;

10. *legt den Mitgliedstaaten nahe*, in Abstimmung mit dem Generaldirektor der Organisation für das Verbot chemischer Waffen und dem Generalsekretär Unterstützung bereitzustellen, darunter Personal, technischen Sachverstand, Informationen, Ausrüstung, Finanzmittel und sonstige Ressourcen und Hilfe, um die Organisation und die Vereinten Nationen in die Lage zu versetzen, die Beseitigung des Chemiewaffenprogramms der Arabischen Republik Syrien durchzuführen, und beschließt, die Mitgliedstaaten zu ermächti-

---

<sup>14</sup> Resolution 22 A (I) der Generalversammlung. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1980 II S. 941; LGBI. 1993 Nr. 66; öBGBI. Nr. 126/1957; AS 2012 5683.

gen, die vom Generaldirektor der Organisation ermittelten chemischen Waffen zu erwerben, zu kontrollieren, zu transportieren, weiterzugeben und zu vernichten, im Einklang mit dem Ziel des Chemiewaffenübereinkommens, um die Beseitigung des Chemiewaffenprogramms der Arabischen Republik Syrien auf die rascheste und sicherste Weise zu gewährleisten;

11. *fordert* alle syrischen Parteien und die interessierten Mitgliedstaaten mit den entsprechenden Kapazitäten *nachdrücklich auf*, in enger Zusammenarbeit untereinander und mit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen und den Vereinten Nationen Vorkehrungen für die Sicherheit der Überwachungs- und Vernichtungsmission zu treffen, wobei er feststellt, dass der Regierung der Arabischen Republik Syrien diesbezüglich die Hauptverantwortung zukommt;

12. *beschließt*, die Durchführung des Beschlusses des Exekutivrats der Organisation für das Verbot chemischer Waffen vom 27. September 2013 und dieser Resolution in der Arabischen Republik Syrien regelmäßig zu überprüfen, ersucht den Generaldirektor der Organisation, dem Sicherheitsrat innerhalb von 30 Tagen und danach monatlich einen Bericht vorzulegen, über den Generalsekretär, der darin außerdem einschlägige Informationen über die Tätigkeiten der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Resolution aufnimmt, und ersucht ferner den Generaldirektor der Organisation und den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat nach Bedarf auf koordinierte Weise über jede Nichtbefolgung dieser Resolution oder des Beschlusses des Exekutivrats der Organisation vom 27. September 2013 Bericht zu erstatten;

13. *bekräftigt seine Bereitschaft*, alle Berichte der Organisation für das Verbot chemischer Waffen nach Artikel VIII des Übereinkommens, der die Überweisung von Fällen der Nichteinhaltung an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vorsieht, rasch zu behandeln;

14. *beschließt*, dass die Mitgliedstaaten den Sicherheitsrat sofort über jeden Verstoß gegen die Resolution 1540 (2004) unterrichten, einschließlich über den Erwerb von chemischen Waffen, ihren Trägersystemen und dazugehörigem Material durch nichtstaatliche Akteure, damit die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden können;

15. *verleiht seiner nachdrücklichen Überzeugung Ausdruck*, dass die für den Einsatz chemischer Waffen in der Arabischen Republik Syrien verantwortlichen Personen zur Rechenschaft gezogen werden sollen;

16. *schließt sich uneingeschränkt* dem in Anlage II dieser Resolution enthaltenen Genfer Kommuniqué vom 30. Juni 2012 *an*, in dem eine Reihe wichtiger Schritte dargelegt werden, beginnend mit der Einsetzung eines Übergangs-Regierungsorgans, das umfassende Exekutivbefugnisse ausübt, dem Mitglieder der derzeitigen Regierung, der Opposition und sonstiger Gruppen angehören könnten und das auf der Grundlage gegenseitigen Einverständnisses gebildet wird;

17. *fordert*, dass so bald wie möglich eine internationale Syrien-Konferenz einberufen wird, um das Genfer Kommuniqué umzusetzen, fordert alle syrischen Parteien auf, sich ernsthaft und konstruktiv an der Genfer Syrien-Konferenz zu beteiligen, und unterstreicht, dass sie das syrische Volk voll repräsentieren und sich auf die Umsetzung des Genfer Kommuniqués und die Herbeiführung von Stabilität und Aussöhnung verpflichten sollen;

18. *bekräftigt*, dass alle Mitgliedstaaten gehalten sind, die Gewährung jeder Form von Unterstützung für nichtstaatliche Akteure zu unterlassen, die versuchen, nukleare, chemische oder biologische Waffen und ihre Trägersysteme zu entwickeln, zu erwerben, herzustellen, zu besitzen, zu transportieren, weiterzugeben oder einzusetzen, und fordert alle Mitgliedstaaten, insbesondere die der Arabischen Republik Syrien benachbarten Mitgliedstaaten, auf, alle Verstöße gegen diese Ziffer umgehend dem Sicherheitsrat zu melden;

19. *verlangt*, dass nichtstaatliche Akteure nukleare, chemische oder biologische Waffen und ihre Trägersysteme weder entwickeln, erwerben, herstellen, besitzen, transportieren, weitergeben noch einsetzen, und fordert alle Mitgliedstaaten, insbesondere die der Arabischen Republik Syrien benachbarten Mitgliedstaaten, auf, alle im Widerspruch zu dieser Ziffer stehenden Handlungen umgehend dem Sicherheitsrat zu melden;

20. *beschließt*, dass alle Mitgliedstaaten die Beschaffung chemischer Waffen und dazugehöriger Ausrüstung, Güter und Technologie oder Hilfe aus der Arabischen Republik Syrien durch ihre Staatsangehörigen oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen, gleichviel ob sie ihren Ursprung in dem Hoheitsgebiet der Arabischen Republik Syrien haben oder nicht, verbieten;

21. *beschließt außerdem*, im Falle der Nichtbefolgung dieser Resolution, einschließlich eines unerlaubten Transfers chemischer Waffen oder jedes Einsatzes chemischer Waffen in der Arabischen Republik Syrien, gleichviel durch wen, Maßnahmen nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen zu verhängen;

22. *beschließt ferner*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7038. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

## **Anlage I**

### **Exekutivrat der Organisation für das Verbot chemischer Waffen**

#### **Beschluss über die Vernichtung der syrischen chemischen Waffen<sup>15</sup>**

*Der Exekutivrat,*

*daran erinnernd*, dass die Vorsitzende des Exekutivrats im Anschluss an seine Zweiunddreißigste Sitzung am 27. März 2013 eine Erklärung (EC-M-32/2/Rev.1 vom 27. März 2013) herausgab, in der tiefe Besorgnis darüber bekundet wurde, dass in der Arabischen Republik Syrien möglicherweise chemische Waffen eingesetzt wurden, und worin unterstrichen wurde, dass der Einsatz chemischer Waffen, gleichviel durch wen und unter welchen Umständen, verwerflich wäre und in völligem Widerspruch zu den rechtlichen Normen und Standards der internationalen Gemeinschaft stünde;

*sowie daran erinnernd*, dass auf der Dritten Überprüfungskonferenz (RC-3/3\*, 19. April 2013) tiefe Besorgnis darüber bekundet wurde, dass in der Arabischen Republik Syrien möglicherweise chemische Waffen eingesetzt wurden, und unterstrichen wurde, dass der Einsatz chemischer Waffen, gleichviel durch wen und unter welchen Umständen, verwerflich wäre und in völligem Widerspruch zu den rechtlichen Normen und Standards der internationalen Gemeinschaft stünde;

*im Hinblick* auf den Bericht vom 13. September 2013 über den mutmaßlichen Einsatz chemischer Waffen im Gebiet Ghouta von Damaskus am 21. August 2013<sup>16</sup>, den die Mission der Vereinten Nationen zur Untersuchung von Vorwürfen über den Einsatz chemischer Waffen in der Arabischen Republik Syrien erarbeitet hat und der zu dem Schluss kommt, dass „in dem anhaltenden Konflikt zwischen den Parteien in der Arabischen Republik Syrien in verhältnismäßig großem Umfang chemische Waffen eingesetzt wurden, auch gegen Zivilpersonen und unter ihnen Kinder“;

*unter entschiedenster Verurteilung* des Einsatzes chemischer Waffen;

*unter Begrüßung* des von den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation am 14. September 2013 vereinbarten Rahmens für die Beseitigung der syrischen chemischen Waffen (EC-M-33/NAT.1 vom 17. September 2013)<sup>17</sup>;

*feststellend*, dass die Arabische Republik Syrien in ihrer Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen am 12. September 2013 ihre Absicht bekannt gab, das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (im Folgenden „Übereinkommen“)<sup>18</sup> vorläufig anzuwenden;

---

<sup>15</sup> Unter der Dokumentennummer S/2013/580 verteilt.

<sup>16</sup> S/2013/553.

<sup>17</sup> S/2013/565, Anlage.

<sup>18</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1974, Nr. 33757. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1994 II S. 806; LGBI. 1999 Nr. 235; öBGBI. III Nr. 38/1997; AS 1998 335.

*feststellend*, dass die Arabische Republik Syrien am 14. September 2013 ihre Beitrittsurkunde zu dem Übereinkommen beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt und erklärt hat, dass sie die Bestimmungen des Übereinkommens befolgen und sie getreu und ehrlich einhalten werde und das Übereinkommen bis zu seinem Inkrafttreten für die Arabische Republik Syrien vorläufig anwenden werde, was allen Vertragsstaaten vom Verwahrer am gleichen Tag notifiziert wurde (C.N.592.2013.TREATIES-XXVI.3), und berücksichtigend, dass der Verwahrer von den Vertragsstaaten keine gegenteilige Mitteilung in Bezug auf diese Erklärung erhalten hat;

*ferner feststellend*, dass das Übereinkommen für die Arabische Republik Syrien am 14. Oktober 2013 in Kraft tritt;

*in Anbetracht* des außergewöhnlichen Charakters der Situation, die durch die syrischen chemischen Waffen gegeben ist, und in dem festen Willen, sicherzustellen, dass die für die Vernichtung des syrischen Chemiewaffenprogramms erforderlichen Tätigkeiten in Erwartung des förmlichen Inkrafttretens des Übereinkommens für die Arabische Republik Syrien sofort beginnen und auf die rascheste und sicherste Weise durchgeführt werden;

*sowie in Anbetracht* des Angebots der Regierung der Arabischen Republik Syrien, sofort eine technische Delegation der Organisation für das Verbot chemischer Waffen zu empfangen und mit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen im Einklang mit der vorläufigen Anwendung des Übereinkommens vor seinem Inkrafttreten für die Arabische Republik Syrien zusammenzuarbeiten, und feststellend, dass die Arabische Republik Syrien dem Technischen Sekretariat seine Nationale Behörde mitgeteilt hat;

*nachdrücklich darauf hinweisend*, dass die vorläufige Anwendung des Übereinkommens seinen Bestimmungen in Bezug auf die Arabische Republik Syrien sofortige Wirkung verleiht;

*ferner feststellend*, dass die Arabische Republik Syrien am 19. September 2013 die ausführlichen Informationen vorlegte, darunter die Bezeichnungen, Arten und Mengen seiner chemischen Kampfstoffe, die Arten der Munition und der Standort und die Form der Lagereinrichtungen, der Produktionseinrichtungen und der Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen;

*ferner feststellend*, dass nach Artikel VIII Absatz 36 des Übereinkommens der Exekutivrat nach seiner Prüfung von Zweifeln oder Bedenken wegen der Einhaltung des Übereinkommens und der Fälle der Nichteinhaltung in besonders schwerwiegenden und dringenden Fällen die Frage oder Angelegenheit samt einschlägigen Informationen und Schlussfolgerungen unmittelbar der Generalversammlung oder dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Kenntnis bringt;

*unter Berücksichtigung* des Abkommens über die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation für das Verbot chemischer Waffen vom 17. Oktober 2000<sup>19</sup>;

*mit der nachdrücklichen Aufforderung* an alle verbleibenden Staaten, die nicht Vertragspartei des Übereinkommens sind, dieses dringend und ohne Vorbedingungen zu ratifizieren oder ihm beizutreten, im Interesse der Erhöhung ihrer eigenen nationalen Sicherheit sowie des dadurch geleisteten Beitrags zum Weltfrieden und zur globalen Sicherheit; und

*darin erinnernd*, dass nach Artikel IV Absatz 8 und Artikel V Absatz 10 des Übereinkommens ein Staat, der dem Übereinkommen nach 2007 beitrifft, seine chemischen Waffen und seine Einrichtungen zur Herstellung chemischer Waffen so bald wie möglich vernichtet und der Exekutivrat „die Reihenfolge der Vernichtung und die Verfahren für eine strenge Verifikation“ dieser Vernichtung festlegt;

1. *beschließt* hiermit, dass die Arabische Republik Syrien

a) dem Technischen Sekretariat spätestens sieben Tage nach der Annahme dieses Beschlusses in Ergänzung zu den am 19. September 2013 bereitgestellten Informationen weitere Informationen über die chemischen Waffen gemäß der Begriffsbestimmung in Artikel II Absatz 1 des Übereinkommens vorlegt, die

---

<sup>19</sup> Ebd., Vol. 2160, Nr. 1240.

sich im Eigentum oder im Besitz der Arabischen Republik Syrien oder unter ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle befinden, insbesondere:

- i) die chemische Bezeichnung und die militärische Bezeichnung jeder Chemikalie in seinen Beständen chemischer Waffen, einschließlich der Vorprodukte und Toxine, und ihre Mengen;
  - ii) die spezielle Art von Munition, Tochtermunition und Geräten in seinen Beständen chemischer Waffen, einschließlich der genauen Mengen jeder Art, die verfüllt und nichtverfüllt sind; und
  - iii) den Standort aller seiner chemischen Waffen, Lagereinrichtungen für chemische Waffen, Einrichtungen zur Herstellung chemischer Waffen, einschließlich Misch- und Füllanlagen, und Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen für chemische Waffen, unter Angabe der genauen geografischen Koordinaten;
- b) dem Technischen Sekretariat spätestens 30 Tage nach der Annahme dieses Beschlusses die nach Artikel III des Übereinkommens vorgeschriebene Meldung abgibt;
- c) die Beseitigung des gesamten Materials und der gesamten Ausrüstung für chemische Waffen in der ersten Jahreshälfte 2014 abschließt, nach Maßgabe der vom Rat spätestens bis zum 15. November 2013 zu beschließenden detaillierten Anforderungen samt Zwischenzielen für die Vernichtung;
- d) die Vernichtung der Ausrüstung für die Herstellung und die Mischung/Verfüllung chemischer Waffen so bald wie möglich und in jedem Fall spätestens bis zum 1. November 2013 vollständig abschließt;
- e) bei allen Aspekten der Durchführung dieses Beschlusses umfassend zusammenarbeitet, auch indem sie dem Personal der Organisation für das Verbot chemischer Waffen das sofortige und uneingeschränkte Recht gewährt, sämtliche Stätten in der Arabischen Republik Syrien zu inspizieren;
- f) eine Amtsperson als Hauptansprechpartner für das Technische Sekretariat benennt und mit den Befugnissen ausstattet, die erforderlich sind, um die vollständige Durchführung dieses Beschlusses sicherzustellen;

2. *beschließt ferner*, dass das Technische Sekretariat

- a) allen Vertragsstaaten fünf Tage nach Eingang alle in diesem Beschluss genannten Informationen oder Meldungen zur Verfügung stellt, die im Einklang mit dem Anhang über den Schutz vertraulicher Informationen zu dem Übereinkommen<sup>18</sup> behandelt werden;
- b) so bald wie möglich und in jedem Fall spätestens bis zum 1. Oktober 2013 Inspektionen in der Arabischen Republik Syrien gemäß diesem Beschluss einleitet;
- c) spätestens 30 Tage nach der Annahme dieses Beschlusses alle Einrichtungen, die auf der in Ziffer 1 a) genannten Liste enthalten sind, inspiziert;
- d) so bald wie möglich jede andere Stätte inspiziert, von der ein Vertragsstaat feststellt, dass sie mit dem syrischen Chemiewaffenprogramm verbunden ist, sofern nicht der Generaldirektor dies für ungerechtfertigt erachtet oder die Angelegenheit im Rahmen des Prozesses der Konsultation und der Zusammenarbeit beigelegt wird;
- e) ermächtigt ist, kurzfristig qualifizierte Inspektoren und andere technische Sachverständige einzustellen sowie kurzfristig Inspektoren, andere technische Sachverständige und sonstiges benötigtes Personal, dessen Dienstverhältnis vor kurzem geendet hat, erneut einzustellen, um die effiziente und wirksame Durchführung dieses Beschlusses im Einklang mit Artikel VIII Absatz 44 des Übereinkommens sicherzustellen; und
- f) dem Rat monatlich über die Durchführung dieses Beschlusses Bericht erstattet, namentlich über die Fortschritte der Arabischen Republik Syrien bei der Erfüllung der Anforderungen dieses Beschlusses und des Übereinkommens, die vom Technischen Sekretariat in Bezug auf die Arabische Republik Syrien durchgeführten Tätigkeiten und seinen Bedarf an zusätzlichen Ressourcen, insbesondere technischen und personellen Ressourcen;



3. *beschließt ferner,*

a) dringend die Finanzierungsmechanismen für die vom Technischen Sekretariat in Bezug auf die Arabische Republik Syrien durchgeführten Tätigkeiten zu prüfen und alle Vertragsstaaten, die dazu in der Lage sind, aufzufordern, freiwillige Beiträge zu den Tätigkeiten zu leisten, die in Durchführung dieses Beschlusses unternommen werden;

b) innerhalb von 24 Stunden zusammenzutreten, wenn der Generaldirektor mitteilt, dass die Arabische Republik Syrien die Erfüllung der Anforderungen dieses Beschlusses oder des Übereinkommens verzögert, was unter anderem die in Teil II Absatz 7 des Anhangs über die Durchführung und Verifikation zu dem Übereinkommen<sup>18</sup> genannten Fälle einschließt, oder dass die Arabische Republik Syrien mangelhaft zusammenarbeitet oder ein anderes Problem im Hinblick auf die Durchführung dieses Beschlusses aufgetreten ist, und bei diesem Treffen zu prüfen, ob die Angelegenheit samt einschlägigen Informationen und Schlussfolgerungen im Einklang mit Artikel VIII Absatz 36 des Übereinkommens dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Kenntnis gebracht werden soll;

c) mit der Angelegenheit befasst zu bleiben;

d) anzuerkennen, dass dieser Beschluss aufgrund des außergewöhnlichen Charakters der Situation getroffen wird, die durch die syrischen chemischen Waffen gegeben ist, und dass dadurch kein Präzedenzfall für die Zukunft geschaffen wird.

## Anlage II

### Schlusskommuniqué der Aktionsgruppe für Syrien<sup>20</sup>

**Genf, 30. Juni 2012**

1. Die Generalsekretäre der Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten, die Außenminister Chinas, Frankreichs, der Russischen Föderation, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Türkei, Iraks (Vorsitzender des Gipfeltreffens der Liga der arabischen Staaten), Kuwaits (Vorsitzender des Außenministerrats der Liga der arabischen Staaten) und Katars (Vorsitzender des Syrien-Ausschusses der Liga der arabischen Staaten) sowie die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik traten am 30. Juni 2012 im Büro der Vereinten Nationen in Genf als Aktionsgruppe für Syrien unter dem Vorsitz des Gemeinsamen Sondergesandten der Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten für Syrien zusammen.

2. Die Mitglieder der Aktionsgruppe sind zusammengekommen, weil sie über die Situation in der Arabischen Republik Syrien höchst beunruhigt sind. Sie verurteilen mit Nachdruck die fortgesetzten und eskalierenden Tötungen, Zerstörungen und Menschenrechtsmissbräuche. Sie sind höchst besorgt über den fehlenden Schutz für die Zivilbevölkerung, die Intensivierung der Gewalt, das Potenzial für einen noch tiefgreifenderen Konflikt in dem Land und die regionalen Dimensionen des Problems. Der inakzeptable Charakter und die Größenordnung der Krise verlangen nach einer gemeinsamen Position und gemeinsamem internationalem Handeln.

3. Die Mitglieder der Aktionsgruppe bekennen sich zur Souveränität, Unabhängigkeit, nationalen Einheit und territorialen Unversehrtheit der Arabischen Republik Syrien. Sie sind entschlossen, vordringlich und intensiv auf die Beendigung der Gewalt und der Menschenrechtsmissbräuche hinzuwirken und die Einleitung eines politischen Prozesses unter syrischer Führung zur Herbeiführung eines Übergangs zu erleichtern, der den berechtigten Bestrebungen des syrischen Volkes Rechnung trägt und es dazu befähigt, unabhängig und demokratisch über seine eigene Zukunft zu entscheiden.

4. Um diese gemeinsamen Ziele zu erreichen, haben die Mitglieder der Aktionsgruppe a) Schritte und Maßnahmen der Parteien zur Gewährleistung der vollständigen Durchführung des Sechs-Punkte-Plans<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Unter der Dokumentennummer S/2012/522 verteilt.

<sup>21</sup> Resolution 2042 (2012), Anlage.

und der Resolutionen 2042 (2012) und 2043 (2012) des Sicherheitsrats, einschließlich einer sofortigen Einstellung der Gewalt in allen ihren Formen, festgelegt, b) Grundsätze und Leitlinien für einen politischen Übergangsprozess vereinbart, der den berechtigten Bestrebungen des syrischen Volkes Rechnung trägt, und c) Maßnahmen vereinbart, die sie zur Durchführung dieser Ziele ergreifen werden, um die Anstrengungen des Gemeinsamen Sondergesandten zur Erleichterung eines politischen Prozesses unter syrischer Führung zu unterstützen. Sie sind überzeugt, dass dies Fortschritte vor Ort fördern und unterstützen kann und dazu beitragen wird, einen Übergangsprozess unter syrischer Führung zu erleichtern und zu unterstützen.

**Festgelegte Schritte und Maßnahmen der Parteien zur Gewährleistung der vollständigen Durchführung des Sechs-Punkte-Plans und der Resolutionen 2042 (2012) und 2043 (2012) des Sicherheitsrats, einschließlich einer sofortigen Einstellung der Gewalt in allen ihren Formen**

5. Die Parteien müssen den Sechs-Punkte-Plan und die Resolutionen 2042 (2012) und 2043 (2012) des Sicherheitsrats vollständig durchführen. Zu diesem Zweck

a) müssen sich alle Parteien erneut verpflichten, die bewaffnete Gewalt in allen ihren Formen dauerhaft einzustellen und den Sechs-Punkte-Plan umgehend umzusetzen, ohne die Maßnahmen anderer abzuwarten. Die Regierung und die bewaffneten Oppositionsgruppen müssen mit der Aufsichtsmission der Vereinten Nationen in der Arabischen Republik Syrien (UNSMIS) zusammenarbeiten, mit dem Ziel, die Umsetzung des Plans im Einklang mit dem Mandat der Mission voranzutreiben;

b) muss die Einstellung der bewaffneten Gewalt dauerhaft sein und von umgehenden, glaubhaften und sichtbaren Maßnahmen der Regierung der Arabischen Republik Syrien begleitet sein, die anderen Punkte des Sechs-Punkte-Planes durchzuführen, insbesondere

i) willkürlich inhaftierte Personen, namentlich besonders schutzbedürftige Kategorien von Personen und an friedlichen politischen Aktivitäten beteiligte Personen, rascher und in größerer Zahl freilassen, über geeignete Kanäle unverzüglich eine Liste aller Orte vorlegen, an denen solche Personen inhaftiert sind, sofort damit beginnen, Zugang zu diesen Orten zu verschaffen, und über geeignete Kanäle rasch auf alle schriftlichen Ersuchen um Informationen über diese Personen, Zugang zu ihnen oder ihre Freilassung reagieren;

ii) gewährleisten, dass Journalisten sich im gesamten Land frei bewegen können und keinen diskriminierenden Visaregelungen unterliegen;

iii) die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf friedliche Demonstration entsprechend den rechtlichen Garantien achten;

c) müssen alle Parteien unter allen Umständen die Sicherheit der UNSMIS uneingeschränkt achten, mit der Mission umfassend zusammenarbeiten und ihre Tätigkeit in jeder Hinsicht erleichtern;

d) muss die Regierung unter allen Umständen den sofortigen und uneingeschränkten humanitären Zugang der humanitären Organisationen zu allen von den Kampfhandlungen betroffenen Gebieten gestatten. Die Regierung und alle Parteien müssen die Evakuierung der Verwundeten ermöglichen und allen Zivilpersonen, die es wünschen, gestatten, das Gebiet zu verlassen. Alle Parteien müssen ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen in vollem Umfang einhalten, namentlich in Bezug auf den Schutz von Zivilpersonen.

**Vereinbarte Grundsätze und Leitlinien für einen Übergangsprozess unter syrischer Führung**

6. Die Mitglieder der Aktionsgruppe haben sich auf die nachstehenden Grundsätze und Leitlinien für einen Übergangsprozess unter syrischer Führung geeinigt.

7. Jede politische Regelung muss dem Volk der Arabischen Republik Syrien einen Übergang bringen, der

a) eine Zukunftsperspektive bietet, an der alle Menschen in der Arabischen Republik Syrien teilhaben können;

b) anhand eines festen Zeitplans klare Schritte zur Verwirklichung dieser Perspektive festlegt;

c) in einer Atmosphäre der Sicherheit für alle, der Stabilität und der Ruhe vollzogen werden kann;

d) rasch ohne weiteres Blutvergießen und ohne weitere Gewalt erreicht wird und glaubhaft ist.

8. **Zukunftsperspektive.** Das breite Spektrum der befragten Syrer hat die Bestrebungen des Volkes der Arabischen Republik Syrien klar zum Ausdruck gebracht. Es besteht ein überwältigender Wunsch nach einem Staat, der

a) wahrhaft demokratisch und pluralistisch ist und etablierten und neu auftretenden politischen Akteuren Raum bietet, auf fairer und gleicher Grundlage bei Wahlen gegeneinander anzutreten. Dies bedeutet auch, dass das Bekenntnis zu einer Mehrparteiendemokratie von Dauer sein und über eine erste Wahlrunde hinausgehen muss;

b) die internationalen Menschenrechtsnormen, die Unabhängigkeit der Richterschaft, die Rechenschaftspflicht der Regierenden und die Rechtsstaatlichkeit einhält. Es reicht nicht aus, eine solche Zusage nur zu verkünden. Dem Volk müssen Mechanismen zur Verfügung stehen, die sicherstellen, dass die Inhaber der Macht diese Zusagen auch einhalten;

c) gleiche Möglichkeiten und Chancen für alle bietet. Für Sektierertum oder Diskriminierung aus ethnischen, religiösen, sprachlichen oder sonstigen Gründen ist kein Platz. Zahlenmäßig kleineren Gemeinschaften muss die Achtung ihrer Rechte zugesichert werden.

9. **Klare Schritte des Übergangsprozesses.** Der Konflikt in der Arabischen Republik Syrien wird erst enden, wenn alle Seiten dessen sicher sind, dass es einen friedlichen Weg zu einer gemeinsamen Zukunft für alle Menschen in dem Land gibt. Es ist daher unerlässlich, dass jede Regelung klare und unumkehrbare Schritte des Übergangsprozesses vorsieht, die einem festen Zeitplan folgen. Zu den wichtigsten Schritten eines jeden Übergangsprozesses gehören:

a) die Einsetzung eines Übergangs-Regierungsorgans, das in der Lage ist, ein neutrales Umfeld zu schaffen, in dem der Übergang stattfinden kann, und das umfassende Exekutivbefugnisse ausübt. Ihm könnten Mitglieder der derzeitigen Regierung, der Opposition und sonstiger Gruppen angehören, und es wird auf der Grundlage gegenseitigen Einverständnisses gebildet;

b) es ist Sache des syrischen Volkes, die Zukunft des Landes zu bestimmen. Alle Gruppen und Segmente der Gesellschaft in der Arabischen Republik Syrien müssen in die Lage versetzt werden, sich an einem Prozess des nationalen Dialogs zu beteiligen. Dieser Prozess muss nicht nur alle Seiten einschließen, sondern auch sinnvoll sein. Mit anderen Worten, seine wichtigsten Ergebnisse müssen umgesetzt werden;

c) auf dieser Grundlage kann eine Überprüfung der Verfassungsordnung und des Rechtssystems stattfinden. Das Ergebnis der Ausarbeitung der Verfassung würde der Billigung durch das Volk unterliegen;

d) sobald die neue Verfassungsordnung errichtet ist, wird es notwendig sein, freie und faire Mehrparteienwahlen zu den neu geschaffenen Institutionen und Ämtern vorzubereiten und abzuhalten;

e) Frauen müssen in allen Aspekten des Übergangsprozesses umfassend vertreten sein.

10. **Sicherheit, Stabilität und Ruhe.** Jeder Übergangsprozess ist mit Änderungen verbunden. Es ist jedoch unerlässlich, sicherzustellen, dass der Übergang in einer Weise vollzogen werden kann, die die Sicherheit aller in einem Klima der Stabilität und der Ruhe gewährleistet. Dazu ist Folgendes erforderlich:

a) Konsolidierung vollständiger Ruhe und Stabilität. Alle Parteien müssen mit dem Übergangs-Regierungsorgan zusammenarbeiten, um die dauerhafte Einstellung der Gewalt sicherzustellen. Dazu gehört der Abschluss der Kräfteabzüge und die Regelung der Frage der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der bewaffneten Gruppen;

b) wirksame Schritte zur Gewährleistung des Schutzes verwundbarer Gruppen und umgehender Maßnahmen zur Bewältigung der humanitären Probleme in den notleidenden Gebieten. Außerdem muss dafür gesorgt werden, dass die Freilassung der Inhaftierten rasch abgeschlossen wird;

c) Kontinuität der staatlichen Institutionen und des qualifizierten Personals. Die öffentlichen Dienste müssen erhalten oder wiederhergestellt werden. Dazu gehören die Streitkräfte und die Sicherheitsdienste. Alle staatlichen Institutionen, einschließlich der Geheimdienste, haben jedoch bei ihrer Tätigkeit die men-

schenrechtlichen und professionellen Standards einzuhalten und müssen unter einer Führung stehen, die in der Öffentlichkeit Vertrauen erweckt und der Kontrolle des Übergangs-Regierungsorgans untersteht;

*d)* Bekenntnis zu Rechenschaftspflicht und nationaler Aussöhnung. Die Frage der Rechenschaft für während des gegenwärtigen Konflikts begangene Handlungen muss geregelt werden. Darüber hinaus muss es ein umfassendes Paket für die Unrechtsaufarbeitung geben, das Entschädigung oder Rehabilitation für die Opfer des gegenwärtigen Konflikts, Schritte zur nationalen Aussöhnung und Vergebung vorsieht.

**11. Rasche Schritte zur Herbeiführung einer glaubhaften politischen Einigung.** Es ist Sache des Volkes der Arabischen Republik Syrien, eine glaubhafte politische Einigung herbeizuführen, doch die Zeit wird knapp. Dabei ist Folgendes klar:

*a)* Die Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Unversehrtheit der Arabischen Republik Syrien müssen geachtet werden;

*b)* der Konflikt muss allein durch friedlichen Dialog und Verhandlungen gelöst werden. Die einer politischen Regelung förderlichen Bedingungen müssen jetzt geschaffen werden;

*c)* dem Blutvergießen muss ein Ende gesetzt werden. Alle Parteien müssen sich erneut glaubhaft zu dem Sechs-Punkte-Plan bekennen. Dies muss die Einstellung der bewaffneten Gewalt in allen ihren Formen und sofortige, glaubhafte und sichtbare Maßnahmen zur Durchführung der Punkte 2 bis 6 des Sechs-Punkte-Plans umfassen;

*d)* alle Parteien müssen jetzt mit dem Gemeinsamen Sondergesandten tatsächlich zusammenarbeiten. Die Parteien müssen bereit sein, effektive Gesprächspartner zu benennen, damit rasch auf eine Regelung unter syrischer Führung hingearbeitet werden kann, die den berechtigten Bestrebungen des Volkes Rechnung trägt. Der Prozess muss uneingeschränkt allen offenstehen, um sicherzustellen, dass bei der Gestaltung der politischen Regelung für den Übergangsprozess die Auffassungen aller Segmente der syrischen Gesellschaft Gehör finden;

*e)* die organisierte internationale Gemeinschaft, insbesondere auch die Mitglieder der Aktionsgruppe, hält sich bereit, die Umsetzung einer von den Parteien erzielten Vereinbarung maßgeblich zu unterstützen. Dies kann eine internationale Unterstützungspräsenz im Rahmen eines Mandats der Vereinten Nationen einschließen, falls darum ersucht wird. Zur Unterstützung des Wiederaufbaus und der Wiederherstellung werden erhebliche Finanzmittel zur Verfügung stehen.

#### **Vereinbarte Maßnahmen**

**12.** Die vereinbarten Maßnahmen, die die Mitglieder der Gruppe ergreifen werden, um das Vorstehende in Unterstützung der Anstrengungen des Gemeinsamen Sondergesandten zur Erleichterung eines politischen Prozesses unter syrischer Führung umzusetzen, umfassen Folgendes:

*a)* Die Mitglieder der Aktionsgruppe werden nach Bedarf mit den Parteien in der Arabischen Republik Syrien in Kontakt treten und gemeinsam nachhaltigen Druck auf sie ausüben, die in Ziffer 5 beschriebenen Schritte und Maßnahmen durchzuführen;

*b)* die Mitglieder der Aktionsgruppe lehnen jede weitere Militarisierung des Konflikts ab;

*c)* die Mitglieder der Aktionsgruppe betonen gegenüber der Regierung der Arabischen Republik Syrien, wie wichtig es ist, dass sie auf Aufforderung durch den Gemeinsamen Sondergesandten einen mit wirksamen Befugnissen ausgestatteten Gesprächspartner benennt, der auf der Grundlage des Sechs-Punkte-Plans und dieses Kommuniqués tätig ist;

*d)* die Mitglieder der Aktionsgruppe legen der Opposition eindringlich nahe, ihre Kohäsion zu stärken und in der Lage zu sein, effektive und repräsentative Gesprächspartner aufzubieten, die auf der Grundlage des Sechs-Punkte-Plans und dieses Kommuniqués tätig sind;

*e)* die Mitglieder der Aktionsgruppe werden den Gemeinsamen Sondergesandten und sein Team bei ihrer unverzüglichen Kontaktaufnahme mit der Regierung und der Opposition voll unterstützen und umfassende Konsultationen mit der syrischen Gesellschaft sowie mit anderen internationalen Akteuren führen, um den weiteren Weg nach vorn zu erarbeiten;

f) die Mitglieder der Aktionsgruppe würden die Einberufung eines weiteren Treffens der Aktionsgruppe durch den Gemeinsamen Sondergesandten begrüßen, falls er dies für notwendig hält, um die konkreten Fortschritte in allen in diesem Kommuniqué vereinbarten Punkten zu überprüfen und festzulegen, welche weiteren und zusätzlichen Schritte und Maßnahmen seitens der Aktionsgruppe zur Bewältigung der Krise erforderlich sind. Der Gemeinsame Sondergesandte wird außerdem die Vereinten Nationen und die Liga der arabischen Staaten unterrichtet halten.

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7039. Sitzung am 2. Oktober 2013 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten“.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>22</sup>:

Der Sicherheitsrat verweist auf seine Resolutionen 2042 (2012), 2043 (2012) und 2118 (2013) sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 3. August 2011<sup>7</sup>, 21. März<sup>8</sup> und 5. April 2012<sup>9</sup>.

Der Rat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Arabischen Republik Syriens und aller anderen von dem syrischen Konflikt betroffenen Staaten sowie zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen.

Der Rat fordert alle Parteien auf, die Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Nothilfe zu achten, und betont, wie wichtig es ist, dass diese Hilfe auf der Grundlage des Bedarfs und ohne jegliche politische Vorurteile und Zielsetzungen geleistet wird.

Der Rat ist entsetzt über das unannehmbare und eskalierende Ausmaß der Gewalt und darüber, dass nach Meldungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte in der Arabischen Republik Syrien mehr als 100.000 Menschen ums Leben gekommen sind. Er ist in höchstem Maße beunruhigt über die erhebliche und rasche Verschlechterung der humanitären Lage in Syrien. Er stellt mit ernster Besorgnis fest, dass mehrere Millionen Syrer, insbesondere Binnenvertriebene, fast die Hälfte davon Kinder, humanitäre Soforthilfe benötigen und dass ihr Leben in Gefahr ist, wenn nicht umgehend verstärkte humanitäre Maßnahmen durchgeführt werden.

Der Rat verurteilt die weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch die syrischen Behörden sowie alle Menschenrechtsmissbräuche und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch bewaffnete Gruppen.

Der Rat verurteilt außerdem jede in der Arabischen Republik Syrien verübte Gewalt, gleichviel von wem sie ausgeht, einschließlich aller sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt- und Missbrauchshandlungen, und erinnert daran, dass Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt nach dem Völkerrecht verboten sind.

Der Rat verurteilt ferner alle schweren Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen, die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht an Kindern begangen werden, darunter ihre Einziehung und ihr Einsatz sowie Tötung und Verstümmelung, Vergewaltigung und alle anderen Formen sexueller Gewalt, Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser, willkürliche Festnahme, Inhaftierung, Folter, Misshandlung und die Verwendung als menschliche Schutzschilde.

Der Rat verurteilt darüber hinaus die Zunahme der zu zahlreichen Opfern und Zerstörungen führenden Terroranschläge, die von mit Al-Qaida verbundene Organisationen und Einzelpersonen durchgeführt werden, und fordert alle Parteien auf, sich darauf zu verpflichten, den von diesen Organisationen und Einzelpersonen verübten Terroranschlägen ein Ende zu setzen. Der Rat bekräftigt in dieser Hinsicht, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt und dass alle terroristischen

---

<sup>22</sup> S/PRST/2013/15.

Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wo, wann und von wem sie begangen werden.

Der Rat erinnert daran, dass alle nach dem humanitären Völkerrecht bestehenden Verpflichtungen unter allen Umständen zu achten sind. Er erinnert insbesondere an die Verpflichtung, zwischen Zivilbevölkerung und Kombattanten zu unterscheiden, an das Verbot unterschiedsloser Angriffe und von Angriffen auf Zivilpersonen und zivile Objekte sowie das Verbot des Einsatzes chemischer Waffen und der Verwendung von Waffen, Geschossen, Stoffen und Methoden der Kriegführung, die geeignet sind, überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden zu verursachen. Der Rat fordert alle Parteien nachdrücklich auf, alle Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sowie Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche sofort einzustellen und zu unterlassen, fordert alle Parteien auf, ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht uneingeschränkt zu achten und alle geeigneten Schritte zum Schutz von Zivilpersonen zu unternehmen, namentlich indem sie Angriffe auf zivile Objekte, darunter medizinische Zentren, Schulen und Wasserstellen, unterlassen, und fordert alle Parteien außerdem auf, es zu vermeiden, in bevölkerten Gebieten militärische Stellungen zu errichten. Der Rat erinnert in dieser Hinsicht daran, dass die syrischen Behörden die Hauptverantwortung für den Schutz der Bevölkerung tragen.

Der Rat erinnert außerdem daran, dass nach dem humanitären Völkerrecht Verwundeten und Kranken so umfassend und so schnell wie möglich die für ihren Zustand erforderliche medizinische Pflege und Betreuung gewährt werden muss und dass medizinisches und humanitäres Personal, Einrichtungen und Transporte geschont und geschützt werden müssen. Zu diesem Zweck fordert der Rat mit Nachdruck freien Durchlass in alle Gebiete für Sanitätspersonal und medizinische Hilfsgüter, einschließlich chirurgischer Artikel und Medikamenten.

Der Rat betont, dass das Ausmaß der durch den Konflikt in der Arabischen Republik Syrien verursachten humanitären Tragödie sofortiges Handeln erfordert, um die sichere und ungehinderte Erbringung humanitärer Hilfe im gesamten Land zu erleichtern, insbesondere in den Gebieten und Distrikten, in denen der humanitäre Bedarf besonders dringend ist. Er verurteilt alle Fälle der Verweigerung des humanitären Zugangs und erinnert daran, dass das willkürliche Vorenthalten der für Zivilpersonen lebensnotwendigen Gegenstände, einschließlich der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen und des Zugangs, einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen kann.

Der Rat fordert alle Parteien, insbesondere die syrischen Behörden, nachdrücklich auf, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die Anstrengungen der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen und aller an den humanitären Hilfsmaßnahmen beteiligten humanitären Akteure zu erleichtern, den Betroffenen in der Arabischen Republik Syrien humanitäre Soforthilfe zu leisten, insbesondere indem sie den sicheren und ungehinderten humanitären Zugang zu den hilfebedürftigen Bevölkerungsgruppen in allen Gebieten unter ihrer Kontrolle und über die Konfliktlinien hinweg umgehend erleichtern. Er befürwortet außerdem die weitere Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen, ihren Sonderorganisationen und allen in Betracht kommenden Parteien, einschließlich der syrischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit dem Ziel, im gesamten syrischen Hoheitsgebiet den Zugang und die Erbringung von Hilfe zu erleichtern.

Der Rat fordert ferner die syrischen Behörden nachdrücklich auf, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausweitung der humanitären Hilfseinsätze zu erleichtern, und bürokratische Beschränkungen und sonstige Hindernisse aufzuheben, indem sie insbesondere

a) weiteren inländischen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen beschleunigt die Genehmigung erteilen, humanitäre Hilfsmaßnahmen durchzuführen;

b) die Verfahren für die Operationalisierung weiterer Zentren für die humanitäre Versorgung, die Einreise und die Bewegung humanitären Personals und humanitärer Konvois, indem sie auf berechenbare Weise die erforderlichen Visa und Genehmigungen erteilen, und die Einfuhr von Gütern und Ausrüstungsgegenständen, beispielsweise Kommunikationsmitteln, gepanzerten Schutzfahrzeugen und medizinischer und chirurgischer Ausrüstung, die für humanitäre Einsätze benötigt werden, vereinfachen und beschleunigen;

c) den sicheren und ungehinderten humanitären Zugang zu den Menschen in Not auf dem wirksamsten Weg, auch über Konfliktlinien hinweg und gegebenenfalls grenzüberschreitend aus den Nachbarländern, umgehend erleichtern, im Einklang mit den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Nothilfe; und

d) die Durchführung humanitärer Projekte, einschließlich derjenigen im überarbeiteten Plan für humanitäre Hilfsmaßnahmen für Syrien, zügiger genehmigen.

Der Rat fordert außerdem alle Parteien nachdrücklich auf,

a) alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen und des gesamten sonstigen an den humanitären Hilfsmaßnahmen beteiligten Personals ohne Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit und ihres Zugangs zu gewährleisten, und betont, dass die diesbezügliche Hauptverantwortung bei den syrischen Behörden liegt;

b) medizinische Einrichtungen, Schulen und Wasserstellen sofort zu entmilitarisieren, gezielte Angriffe auf zivile Objekte zu unterlassen und Modalitäten zur Einhaltung humanitärer Pausen sowie die wichtigsten Routen zu vereinbaren, um – nach Benachrichtigung durch die entsprechende Hilfsorganisation – rasch die sichere und ungehinderte Durchfahrt humanitärer Konvois auf diesen Routen zu den Menschen in Not zu ermöglichen; und

c) entsprechend ermächtigte Gesprächspartner zu bestimmen, die über die notwendige Befugnis zur Erörterung operativer und grundsätzlicher Fragen mit den humanitären Akteuren verfügen.

Der Rat bekundet seine tiefe Besorgnis über die Folgen der durch den Konflikt in der Arabischen Republik Syrien verursachten Flüchtlingskrise, die destabilisierende Auswirkungen auf die gesamte Region hat. Er spricht den Nachbarländern und den Ländern der Region, insbesondere Jordanien, Libanon, der Türkei, Irak und Ägypten, seinen Dank für ihre erheblichen Anstrengungen aus, die mehr als zwei Millionen Flüchtlinge, die aus der Arabischen Republik Syrien geflohen sind, aufzunehmen.

Der Rat bekräftigt die Wichtigkeit des Grundsatzes der Nichtzurückweisung und das Recht der Flüchtlinge auf freiwillige Rückkehr in die Arabische Republik Syrien und legt den Nachbarländern der Arabischen Republik Syrien nahe, alle vor der Gewalt in Syrien fliehenden Menschen, einschließlich Palästinensern, zu schützen. Er fordert alle Mitgliedstaaten ausgehend vom Grundsatz der Lastenteilung eindringlich auf, diese Länder bei der Hilfe für die Flüchtlinge und die betroffenen Gemeinschaften zu unterstützen. Der Rat unterstreicht, dass alle Parteien die Sicherheit und den zivilen Charakter der Lager für Flüchtlinge und Binnenvertriebene achten und wahren müssen.

Der Rat fordert außerdem alle Mitgliedstaaten eindringlich auf, den humanitären Appellen der Vereinten Nationen rasch zu entsprechen, um den eskalierenden Bedarf der Menschen in der Arabischen Republik Syrien, insbesondere der Binnenvertriebenen, und der syrischen Flüchtlinge in den Nachbarländern zu decken, und sicherzustellen, dass alle abgegebenen Zusagen in vollem Umfang eingehalten werden. Er fordert alle Mitgliedstaaten ferner eindringlich auf, in Abstimmung mit den internationalen Finanzinstitutionen und den Einrichtungen der Vereinten Nationen höhere Unterstützung zur Bewältigung der zunehmenden politischen, sozioökonomischen und finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf die Aufnahmeländer bereitzustellen.

Der Rat unterstreicht die Notwendigkeit, der Straflosigkeit für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und für Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche ein Ende zu setzen, und bekräftigt, dass diejenigen, die in der Arabischen Republik Syrien derartige Verstöße, Verletzungen und Missbräuche verübt haben oder anderweitig dafür verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden müssen.

Der Rat betont, dass die humanitäre Lage sich weiter verschlechtern wird, wenn keine politische Lösung der Krise erzielt wird, erklärt erneut, dass er das Schlusskommuniqué der Aktionsgruppe für Syrien (Genfer Kommuniqué) vom 30. Juni 2012<sup>23</sup> unterstützt, und verlangt, dass alle Parteien auf die

---

<sup>23</sup> Resolution 2118 (2013), Anlage II.

sofortige und vollständige Umsetzung des Genfer Kommuniqués hinarbeiten, das das Ziel verfolgt, jeder Gewalt und allen Völkerrechtsverstößen und -missbräuchen ein sofortiges Ende zu setzen und einen politischen Prozess unter syrischer Führung zur Herbeiführung eines Übergangs zu erleichtern, der den berechtigten Bestrebungen des syrischen Volkes Rechnung trägt und es dazu befähigt, unabhängig und demokratisch über seine eigene Zukunft zu entscheiden. Er erklärt erneut, dass so bald wie möglich eine internationale Konferenz zur Umsetzung des Genfer Kommuniqués einberufen werden muss, um einen politischen Prozess unter syrischer Führung zur Herbeiführung eines Übergangs zu erleichtern, der eine rasche Beendigung des Konflikts in der Arabischen Republik Syrien ermöglichen würde.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, den Rat regelmäßig über die humanitäre Lage in der Arabischen Republik Syrien und deren Auswirkungen auf die Nachbarländer zu informieren und dabei auch Angaben zu den Fortschritten bei der Durchführung der in dieser Erklärung des Präsidenten umrissenen konkreten Schritte zu machen.

Am 11. Oktober 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>24</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 7. Oktober 2013 betreffend die Einrichtung einer Gemeinsamen Mission der Organisation für das Verbot chemischer Waffen und der Vereinten Nationen zur Beseitigung des Chemiewaffenprogramms der Arabischen Republik Syrien<sup>25</sup> den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist.

Nach gebührender Prüfung genehmigt der Rat die in Ihrem Schreiben vorgeschlagene Einrichtung der Gemeinsamen Mission der Organisation für das Verbot chemischer Waffen und der Vereinten Nationen.

Am 16. Oktober 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>26</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 13. Oktober 2013 betreffend Ihre Absicht, Frau Sigrid Kaag (Niederlande) zur Sonderkoordinatorin der Gemeinsamen Mission der Organisation für das Verbot chemischer Waffen und der Vereinten Nationen zu ernennen<sup>27</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Auf seiner 7049. Sitzung am 25. Oktober 2013 beschloss der Rat, den Vertreter der Türkei gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinatorin, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 27. November 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>28</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 20. November 2013 betreffend Ihre Absicht, gemäß Artikel 2 Ziffer 5 d) der Anlage zu Resolution 1757 (2007) ein Auswahlgremium für

---

<sup>24</sup> S/2013/603.

<sup>25</sup> S/2013/591.

<sup>26</sup> S/2013/609.

<sup>27</sup> S/2013/608.

<sup>28</sup> S/2013/703.



den Sondergerichtshof für Libanon zu ernennen<sup>29</sup>, den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben enthaltenen Absicht und Information Kenntnis.

Am 11. Dezember 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>30</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 10. Dezember 2013 betreffend die Erleichterung und Koordinierung der internationalen Hilfe bei der Beseitigung des Chemiewaffenprogramms der Arabischen Republik Syrien<sup>31</sup> den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist, die von Ihrer Absicht und der in Ihrem Schreiben enthaltenen Information Kenntnis genommen haben.

Auf seiner 7089. Sitzung am 18. Dezember 2013 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation im Nahen Osten

Bericht des Generalsekretärs über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung für den Zeitraum vom 12. September bis 3. Dezember 2013 (S/2013/716)“.

**Resolution 2131 (2013)  
vom 18. Dezember 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*besorgt feststellend*, dass die Situation im Nahen Osten angespannt ist, woran sich voraussichtlich auch nichts ändern wird, solange keine umfassende, alle Aspekte des Nahost-Problems einbeziehende Regelung erzielt werden kann,

*nach Behandlung* des Berichts des Generalsekretärs vom 3. Dezember 2013 über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung<sup>32</sup> sowie in Bekräftigung seiner Resolution 1308 (2000) vom 17. Juli 2000,

*betonend*, dass beide Parteien die Bestimmungen des Truppenentflechtungsabkommens vom 31. Mai 1974 zwischen Israel und der Arabischen Republik Syrien einhalten und sich streng an die Waffenruhe halten müssen,

*sich* der Feststellung des Generalsekretärs *anschließend*, dass die laufenden militärischen Aktivitäten gleichviel welcher Akteure in der Pufferzone nach wie vor potenziell die Spannungen zwischen Israel und der Arabischen Republik Syrien verschärfen, die Waffenruhe zwischen den beiden Ländern gefährden und ein Risiko für die örtliche Zivilbevölkerung und das Personal der Vereinten Nationen vor Ort darstellen,

*mit dem Ausdruck seiner großen Besorgnis* über alle Verstöße gegen das Truppenentflechtungsabkommen,

*betonend*, dass sich keine militärischen Kräfte außer denen der Truppe in der Pufferzone aufhalten sollen,

*unter nachdrücklicher Verurteilung* der jüngsten intensiven Kampfhandlungen in der Pufferzone und mit der Aufforderung an alle an dem innersyrischen Konflikt beteiligten Parteien, die militärischen Aktionen im Einsatzgebiet der Truppe einzustellen, insbesondere in Anbetracht der erheblichen Konfrontationen vom 12. und 16. September sowie vom 1. bis 4. Oktober 2013 und des zunehmenden Einsatzes behelfsmäßiger Sprengvorrichtungen im Einsatzgebiet der Truppe durch Elemente der syrischen Opposition und andere Gruppen,

---

<sup>29</sup> S/2013/702.

<sup>30</sup> S/2013/731.

<sup>31</sup> S/2013/730.

<sup>32</sup> S/2013/716.

*sowie unter nachdrücklicher Verurteilung* der die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen gefährdenden Vorfälle in den letzten Monaten, darunter die Kämpfe am 1. Oktober 2013 in der Nähe von Khan Arnabeh, bei denen ein Angehöriger der Truppe verletzt wurde, die Beschießung von Fahrzeugen der Truppe, die Personal der Mission beförderten, am 15. Oktober und 5. November 2013 durch die Streitkräfte der Arabischen Republik Syrien in dem Dorf Al-Samdaniyah beziehungsweise in der Nähe von Jaba in der Zone eingeschränkter Stationierung, die Beschießung und Inhaftierung von vier Angehörigen der Truppe am 1. November 2013 durch bewaffnete Elemente der syrischen Opposition in der Nähe des Dorfes Mughur al-Mir in der Zone eingeschränkter Stationierung und die Beschießung eines Konvois der Truppe am 28. November 2013 durch bewaffnete Elemente der syrischen Opposition in der Nähe von Ruwayhinah in der Zone eingeschränkter Stationierung, durch die ein Angehöriger der Vereinten Nationen verletzt wurde,

*unterstreichend*, dass der Truppe alle Mittel und Ressourcen zur Verfügung stehen müssen, die sie benötigt, um ihr Mandat sicher und ungefährdet erfüllen zu können, und unter Hinweis darauf, dass der Diebstahl von Waffen, Munition, Fahrzeugen und sonstigem Material der Vereinten Nationen und die Plünderung und Zerstörung von Einrichtungen der Vereinten Nationen unannehmbar sind,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Dankbarkeit* gegenüber dem Militär- und Zivilpersonal der Truppe, einschließlich der Beobachtergruppe Golan, für die von ihm geleisteten Dienste und seinen anhaltenden Beitrag in einem immer schwierigeren Einsatzumfeld, den wichtigen Beitrag unterstreichend, den die fortgesetzte Präsenz der Truppe zu Frieden und Sicherheit im Nahen Osten leistet, unter Begrüßung der zur Erhöhung der Sicherheit des Personals der Truppe, einschließlich der Beobachtergruppe Golan, unternommenen Schritte und betonend, dass es anhaltender Wachsamkeit bedarf, um die Sicherheit des Personals der Truppe und der Beobachtergruppe Golan zu gewährleisten,

1. *fordert* die beteiligten Parteien zur sofortigen Durchführung seiner Resolution 338 (1973) vom 22. Oktober 1973 auf;

2. *betont*, dass beide Parteien verpflichtet sind, die Bestimmungen des Truppenentflechtungsabkommens vom 31. Mai 1974 strikt und vollständig einzuhalten, fordert die Parteien auf, größte Zurückhaltung zu üben und Verletzungen der Waffenruhe und der Pufferzone zu verhindern, und unterstreicht, dass in der Pufferzone keinerlei militärische Aktivitäten stattfinden sollen, auch keine Militäreinsätze der Streitkräfte der Arabischen Republik Syrien;

3. *unterstreicht*, dass in der Pufferzone keine militärischen Aktivitäten der bewaffneten Oppositionsgruppen stattfinden sollen, und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den bewaffneten syrischen Oppositionsgruppen im Einsatzgebiet der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung eindringlich nahezu legen, alle Aktivitäten, die die Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen vor Ort gefährden, einzustellen und dem Personal der Vereinten Nationen vor Ort die Freiheit zur sicheren und ungefährdeten Erfüllung seines Mandats zu gewährleisten;

4. *fordert* alle Parteien auf, bei den Einsätzen der Truppe voll zu kooperieren, die Vorrechte und Immunitäten der Truppe zu achten und ihre Bewegungsfreiheit sowie die Sicherheit und den ungehinderten und sofortigen Zugang des Personals der Vereinten Nationen bei der Erfüllung seines Mandats zu gewährleisten, einschließlich der vorübergehenden Nutzung eines alternativen Eingangs- und Abgangshafens, soweit erforderlich, für eine sichere Truppenrotation, im Einklang mit den bestehenden Vereinbarungen, und begrüßt eine umgehende Berichterstattung des Generalsekretärs an den Sicherheitsrat und die truppenstellenden Länder über alle Aktionen, die die Truppe an der Erfüllung ihres Mandats hindern;

5. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, Präventiv- und Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass derartige Handlungen in Fällen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden;

6. *beschließt*, das Mandat der Truppe um einen Zeitraum von sechs Monaten, das heißt bis zum 30. Juni 2014, zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, zu gewährleisten, dass die Truppe über die

notwendigen Kapazitäten und Ressourcen zur Erfüllung des Mandats verfügt, sowie die Fähigkeit der Truppe zu verbessern, dies auf eine sichere Art und Weise zu tun;

7. *ersucht* den Generalsekretär, alle 90 Tage über die Entwicklung der Lage und die zur Durchführung der Resolution 338 (1973) getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten.

*Auf der 7089. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschluss**

Auf seiner 7116. Sitzung am 22. Februar 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Arabischen Republik Syrien gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten“ teilzunehmen.

### **Resolution 2139 (2014) vom 22. Februar 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 2042 (2012) vom 14. April 2012, 2043 (2012) vom 21. April 2012 und 2118 (2013) vom 27. September 2013 sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 3. August 2011<sup>7</sup>, 21. März<sup>8</sup>, 5. April 2012<sup>9</sup> und 2. Oktober 2013<sup>22</sup>,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Arabischen Republik Syrien und zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen,

*entsetzt* über das unannehmbare und eskalierende Ausmaß der Gewalt und den Tod von mehr als 100.000 Menschen in der Arabischen Republik Syrien, darunter mehr als 10.000 Kinder, wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen und der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte berichten,

*mit dem Ausdruck höchster Beunruhigung* über die erhebliche und rasche Verschlechterung der humanitären Lage in der Arabischen Republik Syrien, insbesondere die schreckliche Lage von Hunderttausenden Zivilpersonen, die in belagerten Gebieten eingeschlossen sind, von denen die meisten von den syrischen Streitkräften und einige von Oppositionsgruppen belagert werden, sowie die schreckliche Lage von über 3 Millionen Menschen in schwer zugänglichen Gebieten, und missbilligend, dass der Zugang für humanitäre Hilfe zugunsten aller bedürftigen Zivilpersonen in dem Land nur erschwert möglich ist oder überhaupt nicht erlangt werden kann,

*unter Betonung* der Notwendigkeit, die Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Nothilfe zu achten, und betonend, wie wichtig es ist, dass diese Hilfe auf der Grundlage des Bedarfs und ohne jegliche politische Vorurteile und Zielsetzungen geleistet wird, mit Lob für die Bemühungen der Vereinten Nationen und des gesamten humanitären und medizinischen Personals in der Arabischen Republik Syrien und in den Nachbarländern und unter Verurteilung aller Gewalthandlungen oder -androhungen gegen Mitarbeiter der Vereinten Nationen und humanitäre Akteure, in deren Zuge viele humanitäre Mitarbeiter getötet, verletzt oder inhaftiert wurden,

*mit dem Ausdruck seiner großen Besorgnis* über die infolge des Konflikts in der Arabischen Republik Syrien wachsende Zahl von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, was destabilisierende Auswirkungen auf die gesamte Region hat, mit nachdrücklichem Dank für die erheblichen und bewundernswerten Anstrengungen, die die Länder in der Region, namentlich Libanon, Jordanien, die Türkei, Irak und Ägypten unternommen haben, um die mehr als 2,4 Millionen Flüchtlinge, die infolge der anhaltenden Gewalt aus der Arabischen Republik Syrien geflohen sind, aufzunehmen, und gleichzeitig Kenntnis nehmend von den enormen politischen, sozioökonomischen und finanziellen Auswirkungen der Anwesenheit großer Flüchtlingspopulationen in diesen Ländern und unterstreichend, dass alle Parteien die Sicherheit und den zivilen Charakter der Lager für Flüchtlinge und Binnenvertriebene achten und wahren müssen,

*erfreut* darüber, dass auf der am 15. Januar 2014 von Kuwait ausgerichteten Zweiten internationalen humanitären Beitragsankündigungskonferenz für die Arabische Republik Syrien Beiträge in einer Gesamthöhe von 2,5 Milliarden US-Dollar zugesagt wurden, und mit dem Ausdruck seines Dankes an die Mitgliedstaaten und die regionalen und subregionalen Organisationen, die die Bereitstellung humanitärer Hilfe für Bedürftige in allen Teilen der Arabischen Republik Syriens, einschließlich Binnenvertriebener, sowie für Flüchtlinge in benachbarten Aufnahmeländern zugesagt haben, und mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, die rasche Auszahlung der zugesagten Mittel und die fortgesetzte Unterstützung entsprechend dem wachsenden humanitären Bedarf zu gewährleisten,

*mit der Aufforderung* an alle Parteien, sofort alle Gewalthandlungen einzustellen, die in der Arabischen Republik Syrien zu menschlichem Leid geführt haben, das reiche gesellschaftliche Mosaik und kulturelle Erbe Syriens zu retten und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz der Welterbestätten Syriens sicherzustellen,

*unter nachdrücklicher Verurteilung* der Zunahme der zu zahlreichen Opfern und Zerstörungen führenden Terroranschläge, die von mit Al-Qaida, ihr nahestehenden und anderen terroristischen Gruppen verbundenen Organisationen und Einzelpersonen durchgeführt werden, und mit der erneuten Aufforderung an alle Parteien, sich darauf zu verpflichten, den von diesen Organisationen und Einzelpersonen begangenen terroristischen Handlungen ein Ende zu setzen, und gleichzeitig bekräftigend, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt und dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wo, wann und von wem sie begangen werden,

*mit dem Ausdruck seines Bedauerns* darüber, dass die Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 2. Oktober 2013 nicht den erwarteten Erfolg gebracht und bislang zu keinen nennenswerten Fortschritten vor Ort geführt hat und dass die Erbringung humanitärer Hilfe nach wie vor in der ganzen Arabischen Republik Syrien behindert wird, und gleichzeitig alle Fälle der Verweigerung des humanitären Zugangs verurteilend und daran erinnernd, dass das willkürliche Verweigern des humanitären Zugangs und Vorenthalten der für Zivilpersonen lebensnotwendigen Gegenstände, einschließlich der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen und des Zugangs, einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen kann,

*betonend*, dass die humanitäre Lage sich weiter verschlechtern wird, wenn keine politische Lösung der Krise erzielt wird, erneut erklärend, dass er das Schlusskommuniqué der Aktionsgruppe für Syrien (Genfer Kommuniqué) vom 30. Juni 2012<sup>33</sup> unterstützt, und verlangend, dass alle Parteien auf die sofortige und vollständige Umsetzung des Genfer Kommuniqués hinarbeiten, welches das Ziel verfolgt, jeder Gewalt, allen Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen und allen Verstößen gegen das Völkerrecht ein sofortiges Ende zu setzen und den am 22. Januar 2014 in Montreux (Schweiz) eingeleiteten politischen Prozess unter syrischer Führung zur Herbeiführung eines Übergangs zu erleichtern, der den berechtigten Bestrebungen des syrischen Volkes Rechnung trägt und es befähigt, unabhängig und demokratisch über seine eigene Zukunft zu entscheiden,

1. *verurteilt entschieden* die weit verbreiteten Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht durch die syrischen Behörden, die Menschenrechtsmissbräuche und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch bewaffnete Gruppen, einschließlich aller Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, sowie alle schweren Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen, die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht an Kindern begangen werden, darunter ihre Einziehung und ihr Einsatz, Tötung und Verstümmelung, Vergewaltigung, Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser sowie willkürliche Festnahme, Inhaftierung, Folter, Misshandlung und die Verwendung als menschliche Schutzschilde, wie im Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über Kinder und bewaffnete Konflikte in der Arabischen Republik Syrien<sup>33</sup> beschrieben;

2. *verlangt*, dass alle Parteien sofort alle Formen der Gewalt beenden, gleichviel von wem sie ausgeht, alle Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sowie Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche

---

<sup>33</sup> S/2014/31.

einstellen und unterlassen und ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen bekräftigen, und betont, dass einige dieser Verstöße möglicherweise Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen;

3. *verlangt außerdem*, dass alle Parteien sofort alle Angriffe auf Zivilpersonen sowie den unterschiedslosen Einsatz von Waffen in bevölkerten Gebieten, einschließlich Beschuss und Bombenangriffen, wie den Einsatz von Fassbomben, und Methoden der Kriegsführung, die geeignet sind, überflüssige Verletzungen oder unnötiges Leid zu verursachen, einstellen, erinnert in dieser Hinsicht an die Verpflichtung, unter allen Umständen das humanitäre Völkerrecht zu achten und seine Achtung zu gewährleisten, und erinnert ferner insbesondere an die Verpflichtung, zwischen der Zivilbevölkerung und Kombattanten zu unterscheiden, und an das Verbot unterschiedsloser Angriffe und von Angriffen auf Zivilpersonen und zivile Objekte als solche;

4. *verlangt ferner*, dass alle Parteien, insbesondere die syrischen Behörden, die in der Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 2. Oktober 2013<sup>22</sup> enthaltenen Bestimmungen vollständig durchführen, einschließlich indem sie die Ausweitung der humanitären Hilfseinsätze erleichtern, im Einklang mit den anwendbaren Bestimmungen des humanitären Völkerrechts und den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Nothilfe;

5. *fordert alle Parteien auf*, die Belagerung bevölkerter Gebiete sofort zu beenden, einschließlich in der Altstadt von Homs (Homs), Nubl und Sagra (Aleppo), Muadamijat al-Scham (Damaskus-Land), Jarmuk (Damaskus), Ost-Ghouta (Damaskus-Land), Daraja (Damaskus-Land) sowie an anderen Orten, und verlangt, dass alle Parteien die Erbringung humanitärer Hilfe, einschließlich medizinischer Hilfe, gestatten, es unterlassen, Zivilpersonen die für sie lebensnotwendigen Nahrungsmittel und Medikamente vorzuenthalten, und die rasche, sichere und ungehinderte Evakuierung aller Zivilpersonen, die diese Gebiete verlassen wollen, ermöglichen, und unterstreicht, dass sich die Parteien auf humanitäre Pausen, Tage der Ruhe und örtliche Waffenruhen und -stillstände einigen müssen, um den humanitären Organisationen den sicheren und ungehinderten Zugang zu allen betroffenen Gebieten in der Arabischen Republik Syrien zu ermöglichen, unter Hinweis darauf, dass das Aushungern von Zivilpersonen als Methode der Kampfführung nach dem humanitären Völkerrecht verboten ist;

6. *verlangt*, dass alle Parteien, insbesondere die syrischen Behörden, den humanitären Organisationen der Vereinten Nationen und ihren Durchführungspartnern umgehend raschen, sicheren und ungehinderten humanitären Zugang gewähren, auch über Konfliktlinien und Grenzen hinweg, um sicherzustellen, dass die humanitäre Hilfe die Bedürftigen auf den direktesten Wegen erreicht;

7. *fordert alle Parteien, insbesondere die syrischen Behörden, nachdrücklich auf*, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die Anstrengungen der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen und aller an den humanitären Hilfsmaßnahmen beteiligten humanitären Akteure zu erleichtern, den Betroffenen in der Arabischen Republik Syrien humanitäre Soforthilfe zu leisten, insbesondere indem sie den sicheren und ungehinderten humanitären Zugang zu den hilfsbedürftigen Bevölkerungsgruppen in allen ihrer Kontrolle unterstehenden Gebieten umgehend erleichtern, und ermutigt zu weiterer Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen, ihren Sonderorganisationen und allen in Betracht kommenden Parteien, einschließlich der syrischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit dem Ziel, den Zugang und die Erbringung von Hilfe im gesamten syrischen Hoheitsgebiet zu erleichtern;

8. *verlangt*, dass alle Parteien den Grundsatz der ärztlichen Neutralität achten und den freien Durchlass in alle Gebiete für medizinisches Personal, Ausrüstung, Transporte und Hilfsgüter, einschließlich chirurgischer Artikel, erleichtern, und erinnert daran, dass nach dem humanitären Völkerrecht Verwundeten und Kranken so umfassend und so schnell wie möglich die für ihren Zustand erforderliche medizinische Pflege und Betreuung gewährt werden muss und dass medizinisches und humanitäres Personal, Einrichtungen und Transporte geschont und geschützt werden müssen, und bekundet in dieser Hinsicht seine ernste Besorgnis über die Entfernung medizinischer Hilfsgüter aus humanitären Lieferungen;

9. *verlangt außerdem*, dass alle Parteien alle geeigneten Schritte unternehmen, um Zivilpersonen, einschließlich der Angehörigen ethnischer, religiöser und konfessioneller Gemeinschaften, zu schützen, und betont, dass in dieser Hinsicht die syrischen Behörden die Hauptverantwortung für den Schutz der syrischen Bevölkerung tragen;

10. *verlangt ferner*, dass alle Parteien medizinische Einrichtungen, Schulen und sonstige zivile Einrichtungen entmilitarisieren, es vermeiden, in bevölkerten Gebieten militärische Stellungen zu errichten, und Angriffe auf zivile Objekte unterlassen;

11. *verurteilt entschieden* die willkürliche Inhaftierung und Folter von Zivilpersonen in der Arabischen Republik Syrien, namentlich in Gefängnissen und Hafteinrichtungen, sowie den Menschenraub, die Entführungen und das Verschwindenlassen und verlangt, dass diese Praktiken sofort beendet und alle willkürlich inhaftierten Personen, zuerst die Frauen und Kinder, sowie Kranke, Verwundete und ältere Menschen, und einschließlich Personal der Vereinten Nationen und Journalisten, freigelassen werden;

12. *fordert* alle Parteien *nachdrücklich auf*, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen und des gesamten sonstigen an den humanitären Hilfsmaßnahmen beteiligten Personals ohne Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit und ihres Zugangs zu gewährleisten, betont, dass die diesbezügliche Hauptverantwortung bei den syrischen Behörden liegt, und betont ferner die Notwendigkeit, diese Bemühungen nicht zu behindern;

13. *unterstreicht* die Notwendigkeit, der Straflosigkeit für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und für Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche ein Ende zu setzen, und bekräftigt, dass diejenigen, die in der Arabischen Republik Syrien derartige Verstöße, Verletzungen und Missbräuche verübt haben oder anderweitig dafür verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden müssen;

14. *verurteilt nachdrücklich* die Zunahme der zu zahlreichen Opfern und Zerstörungen führenden Terroranschläge, die von mit Al-Qaida, ihr nahestehenden und anderen terroristischen Gruppen verbundenen Organisationen und Einzelpersonen durchgeführt werden, fordert die Oppositionsgruppen nachdrücklich auf, an ihrer Ablehnung dieser Organisationen und Einzelpersonen, die für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in von der Opposition gehaltenen Gebieten verantwortlich sind, festzuhalten, fordert die syrischen Behörden und Oppositionsgruppen auf, sich darauf zu verpflichten, mit Al-Qaida, ihr nahestehenden und anderen terroristischen Gruppen verbundene Organisationen und Einzelpersonen zu bekämpfen und zu besiegen, verlangt, dass sich alle ausländischen Kämpfer sofort aus Syrien zurückziehen, und bekräftigt, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt und dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel, wo, wann und von wem sie begangen werden;

15. *betont*, dass die humanitäre Lage sich weiter verschlechtern wird, wenn keine politische Lösung erzielt wird, begrüßt in dieser Hinsicht die Genfer Syrien-Konferenz, die am 22. Januar 2014 in Montreux eröffnet wurde, und verlangt, dass alle Parteien auf die umfassende Umsetzung des Genfer Kommuniqués vom 30. Juni 2012<sup>23</sup> zur Herbeiführung eines echten politischen Übergangs hinarbeiten, der den berechtigten Bestrebungen des syrischen Volkes Rechnung trägt und es befähigt, unabhängig und demokratisch über seine eigene Zukunft zu entscheiden, und betont ferner, dass rasche Fortschritte im Hinblick auf eine politische Lösung die volle Mitwirkung aller Gruppen und Teile der syrischen Gesellschaft, einschließlich der Frauen, umfassen sollen und die einzige tragfähige Möglichkeit darstellen, die Situation in der Arabischen Republik Syrien friedlich beizulegen, und dass die Durchführung dieser Resolution den Schlüssel dafür bildet, den humanitären Bedarf des syrischen Volkes zu decken;

16. *fordert* alle Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, Mittel für die humanitären Hilfsappelle der Vereinten Nationen bereitzustellen oder ihre Unterstützung dafür zu verstärken, um den eskalierenden Bedarf der von der Krise betroffenen Menschen zu decken, und diese Unterstützung in Abstimmung mit den zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen zu leisten und sicherzustellen, dass alle abgegebenen Zusagen in vollem Umfang eingehalten werden, und fordert alle Mitgliedstaaten ferner ausgehend vom Grundsatz der Lastenteilung nachdrücklich auf, die benachbarten Aufnahmelande zu unterstützen, um sie in die Lage zu versetzen, auf den wachsenden humanitären Bedarf zu reagieren, einschließlich durch die Bereitstellung direkter Unterstützung;

17. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat innerhalb von 30 Tagen nach Verabschiedung dieser Resolution und danach alle 30 Tage über ihre Durchführung, insbesondere die Durchführung der Ziffern 2 bis 12, durch alle Parteien in der Arabischen Republik Syrien Bericht zu erstatten, und bekundet seine Absicht,

nach Erhalt des Berichts des Generalsekretärs weitere Schritte zu unternehmen, falls diese Resolution nicht befolgt wird;

18. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7116. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschluss**

Auf seiner 7119. Sitzung am 26. Februar 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Jemens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten“ teilzunehmen.

### **Resolution 2140 (2014) vom 26. Februar 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 2014 (2011) vom 21. Oktober 2011 und 2051 (2012) vom 12. Juni 2012 und die Erklärung seines Präsidenten vom 15. Februar 2013<sup>34</sup>,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Einheit, Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Jemens,

*mit Lob* für das Engagement des Golf-Kooperationsrats zur Unterstützung des politischen Übergangs in Jemen,

*unter Begrüßung* der von allen politischen Parteien unterzeichneten Ergebnisse der umfassenden Konferenz des nationalen Dialogs, deren Beschlüsse einen Fahrplan für die Fortsetzung des demokratischen Übergangs unter jemenitischer Führung vorgeben, der von einem Bekenntnis zu Demokratie, guter Regierungsführung, der Rechtsstaatlichkeit, nationaler Aussöhnung und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Menschen in Jemen getragen wird,

*mit Lob* für diejenigen, die das Ergebnis der umfassenden Konferenz des nationalen Dialogs durch ihre konstruktive Beteiligung erleichtert haben, insbesondere für die vom Präsidenten Jemens, Herrn Abd Rabbuh Mansour Hadi, wahrgenommene Führungsrolle,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die anhaltenden Probleme im politischen, Sicherheits-, wirtschaftlichen und humanitären Bereich in Jemen, einschließlich der anhaltenden Gewalt,

*daran erinnernd*, dass Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel und mit ihr verbundene Personen in die von dem Ausschuss nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) aufgestellte Al-Qaida-Sanktionsliste aufgenommen wurden, und in diesem Zusammenhang betonend, dass die Maßnahmen in Ziffer 1 der Resolution 2083 (2012) vom 17. Dezember 2012 als maßgebliches Instrument zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten in Jemen robust umgesetzt werden müssen,

*unter Verurteilung* aller terroristischen Aktivitäten und Angriffe gegen Zivilpersonen, gegen Erdöl-, Gas- und Strominfrastrukturen und gegen die rechtmäßigen Behörden, einschließlich derjenigen, die das Ziel haben, den politischen Prozess in Jemen zu untergraben,

*sowie unter Verurteilung* der Angriffe auf Militär- und Sicherheitseinrichtungen, insbesondere des Angriffs auf das Verteidigungsministerium am 5. Dezember 2013 und des Angriffs vom 13. Februar 2014 auf das Gefängnis des Innenministeriums, und betonend, dass die Regierung Jemens die Reformen der Streitkräfte und im Sicherheitssektor effizient fortsetzen muss,

---

<sup>34</sup> S/PRST/2013/3.

*in Bekräftigung* seiner Resolution 2133 (2014) vom 27. Januar 2014 und mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, zu verhindern, dass Terroristen unmittelbar oder mittelbar von Lösegeldzahlungen oder politischen Zugeständnissen profitieren, und die sichere Freilassung von Geiseln zu erwirken,

*feststellend*, dass Jemen vor enormen wirtschaftlichen, Sicherheits- und sozialen Herausforderungen steht, durch die für viele Jemeniten ein akuter Bedarf an humanitärer Hilfe entstanden ist, bekräftigend, dass er die Regierung Jemens dabei unterstützt, die Sicherheit zu gewährleisten, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und politische, wirtschaftliche und sicherheitsbezogene Reformen voranzutreiben, und unter Begrüßung der Arbeit des Exekutivbüros für die Rahmenvereinbarung über gegenseitige Rechenschaft, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds zur Unterstützung der Regierung bei der Wirtschaftsreform,

*betonend*, dass die Situation in Jemen am besten durch einen friedlichen, alle einschließenden, geordneten und unter jemenitischer Führung stehenden politischen Übergangsprozess gelöst werden kann, der den legitimen Forderungen und Bestrebungen des jemenitischen Volkes nach friedlichem Wandel und sinnvollen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen entspricht, wie in der Initiative des Golf-Kooperationsrats und ihrem Umsetzungsmechanismus sowie in den Ergebnissen der umfassenden Konferenz des nationalen Dialogs festgelegt, und unter Begrüßung der Anstrengungen Jemens zur Stärkung der Teilhabe der Frauen am politischen und öffentlichen Leben, unter anderem durch Maßnahmen, die sicherstellen sollen, dass mindestens 30 Prozent der Bewerber für die nationalen Parlamentswahlen und die gewählten Räte Frauen sind,

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011 und 2068 (2012) vom 19. September 2012 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010), 2106 (2013) und 2122 (2013) über Frauen und Frieden und Sicherheit,

*in der Erkenntnis*, dass es für den Übergangsprozess erforderlich ist, nach der Präsidentschaft von Herrn Ali Abdullah Saleh einen Neuanfang zu machen, und unter Begrüßung der Mitwirkung und der Zusammenarbeit aller Interessenträger in Jemen, einschließlich der Gruppen, die an der Initiative des Golf-Kooperationsrats und ihrem Umsetzungsmechanismus nicht beteiligt waren,

*erneut darauf hinweisend*, dass den internationalen Normen entsprechende umfassende, unabhängige und unparteiische Untersuchungen der angeblichen Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche im Einklang mit den Ergebnissen der umfassenden Konferenz des nationalen Dialogs, der Initiative des Golf-Kooperationsrats und dem Umsetzungsmechanismus durchgeführt werden müssen, um umfassende Rechenschaft sicherzustellen,

*in der Erkenntnis*, wie wichtig Reformen auf dem Gebiet der Regierungsführung für den politischen Übergang in Jemen sind, und in dieser Hinsicht Kenntnis nehmend von den Vorschlägen in dem Bericht der Arbeitsgruppe für gute Regierungsführung der Konferenz des nationalen Dialogs, unter anderem betreffend die von Bewerbern für jemenitische Führungspositionen zu erfüllenden Voraussetzungen und die Offenlegung ihrer finanziellen Vermögenswerte,

*unter Hinweis* auf seine Resolution 2117 (2013) vom 26. September 2013 und mit dem Ausdruck seiner ernststen Besorgnis über die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in Jemen, die durch den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen entsteht,

*betonend*, dass weitere Fortschritte bei der Umsetzung der Initiative des Golf-Kooperationsrats und ihres Umsetzungsmechanismus erzielt werden müssen, um eine weitere Verschlechterung der humanitären Lage und der Sicherheitssituation in Jemen zu vermeiden,

*mit Dank Kenntnis nehmend* von der Arbeit des Landesteam und der Einrichtungen der Vereinten Nationen in Jemen,



*unter Begrüßung* der vom Sekretariat unternommenen Anstrengungen, die Liste von Sachverständigen für die Unterabteilung Nebenorgane des Sicherheitsrats zu erweitern und zu verbessern, eingedenk der in der Mitteilung des Ratspräsidenten vom 22. Dezember 2006<sup>35</sup> vorgegebenen Leitlinien,

*feststellend*, dass die Situation in Jemen eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *bekräftigt* die Notwendigkeit, den politischen Übergang nach der umfassenden Konferenz des nationalen Dialogs im Einklang mit der Initiative des Golf-Kooperationsrats und ihrem Umsetzungsmechanismus sowie den Resolutionen 2014 (2011) und 2051 (2012) und im Hinblick auf die Erwartungen des jemenitischen Volkes vollständig und rasch zu vollziehen;

### **Vollzug des politischen Übergangs**

2. *begrüßt* die jüngsten Fortschritte im politischen Übergang in Jemen und bekundet seine nachdrückliche Unterstützung für die Durchführung der nächsten Schritte im Übergang entsprechend dem Umsetzungsmechanismus, namentlich

- a) die Ausarbeitung einer neuen Verfassung in Jemen;
- b) die Wahlreform, einschließlich der Ausarbeitung und Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes im Einklang mit der neuen Verfassung;
- c) die Abhaltung eines Referendums über den Verfassungsentwurf, einschließlich geeigneter Informationsarbeit;
- d) die Reform des Staatsaufbaus, um Jemen auf den Übergang von einem Einheits- zu einem Bundesstaat vorzubereiten;
- e) rechtzeitige landesweite Wahlen, nach denen die derzeitige Amtszeit Präsident Abd Rabbuh Mansour Hadis mit dem Amtsantritt des nach der neuen Verfassung gewählten Präsidenten enden würde;

3. *ermutigt* alle Gruppen in dem Land, einschließlich der Jugendbewegungen und der Frauengruppen, in allen Regionen Jemens, weiter aktiv und konstruktiv am politischen Übergang mitzuwirken und weiter im Geist des Konsenses zu handeln, um die nachfolgenden Schritte im Übergangsprozess und die Empfehlungen der Konferenz des nationalen Dialogs umzusetzen, und fördert die Hirak-Bewegung des Südens, die Huthi-Bewegung und andere auf, sich konstruktiv zu beteiligen und der Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele zu entsagen;

4. *begrüßt* den Plan der Regierung Jemens, ein Gesetz zur Wiedererlangung von Vermögenswerten einzubringen, und unterstützt die diesbezügliche internationale Zusammenarbeit, einschließlich im Rahmen der Deauville-Initiative;

5. *bekundet seine Besorgnis* darüber, dass die Medien dazu benutzt werden, zu Gewalt aufzustacheln und die legitimen Bestrebungen des Volkes Jemens nach einem friedlichen Wandel zunichte zu machen;

6. *sieht mit Interesse* den Maßnahmen der Regierung Jemens zur Durchführung des Dekrets der Republik Nr. 140 von 2012 *entgegen*, mit dem ein Ausschuss zur Untersuchung angeblicher Menschenrechtsverletzungen im Jahr 2011 eingesetzt wird und worin erklärt wird, dass die Untersuchungen transparent und unabhängig sein und internationalen Normen entsprechen werden, im Einklang mit der Resolution 19/29 des Menschenrechtsrats vom 23. März 2012<sup>36</sup>, und bittet die Regierung, bald einen Zeitrahmen für die rasche Ernennung der Mitglieder dieses Ausschusses vorzulegen;

---

<sup>35</sup> S/2006/997.

<sup>36</sup> Siehe *Official Records of the General Assembly, Sixty-seventh Session, Supplement No. 53* und Korrigendum (A/67/53 und Corr.1), Kap. III, Ziff. A.

7. *bekundet seine Besorgnis* darüber, dass bewaffnete Gruppen, und die Regierungsstreitkräfte Jemens, nach wie vor unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht Kinder einziehen und einsetzen, fordert weitere nationale Anstrengungen zur Beendigung und Verhütung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern, unter anderem indem die Regierung Jemens den Aktionsplan zur Beendigung und Verhütung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern in den Regierungsstreitkräften Jemens unterzeichnet und umsetzt, im Einklang mit den Resolutionen des Sicherheitsrats 1612 (2005), 1882 (2009) und 1998 (2011), und fordert die bewaffneten Gruppen nachdrücklich auf, dem Personal der Vereinten Nationen zum Zweck der Überwachung und Berichterstattung sicheren und ungehinderten Zugang zu den unter ihrer Kontrolle stehenden Gebieten zu gewähren;

8. *erwartet mit Interesse* die rasche Verabschiedung eines Gesetzes über Unrechtsaufarbeitung und nationale Aussöhnung, das den Empfehlungen der Konferenz des nationalen Dialogs Rechnung trägt, mit den internationalen Verpflichtungen und Zusagen Jemens im Einklang steht und gegebenenfalls bewährten Verfahrensweisen entspricht;

9. *fordert alle Parteien auf*, ihre Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen, einzuhalten;

#### **Weitere Maßnahmen**

10. *betont*, dass der von den Parteien der Initiative des Golf-Kooperationsrats und der Vereinbarung über den Umsetzungsmechanismus vereinbarte Übergang noch nicht vollständig verwirklicht worden ist, und fordert alle Jemeniten auf, den Vollzug des politischen Übergangs uneingeschränkt zu achten und sich an die Werte der Vereinbarung über den Umsetzungsmechanismus zu halten;

11. *beschließt*, dass alle Mitgliedstaaten für einen Anfangszeitraum von einem Jahr ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution alle sich in ihrem Hoheitsgebiet befindenden Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der von dem Ausschuss nach Ziffer 19 benannten Personen oder Einrichtungen oder von Personen oder Einrichtungen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, oder von in ihrem Eigentum oder unter ihrer Kontrolle befindlichen Einrichtungen stehen, unverzüglich einfrieren, und beschließt ferner, dass alle Mitgliedstaaten sicherstellen, dass ihre Staatsangehörigen oder Personen oder Einrichtungen innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die von dem Ausschuss benannten Personen oder Einrichtungen oder zu ihren Gunsten keine Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen;

12. *beschließt außerdem*, dass die mit Ziffer 11 verhängten Maßnahmen nicht für Gelder, andere finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen gelten, die nach Feststellung der betreffenden Mitgliedstaaten

a) für grundlegende Ausgaben erforderlich sind, namentlich für die Bezahlung von Nahrungsmitteln, Mieten oder Hypotheken, Medikamenten und medizinischer Behandlung, Steuern, Versicherungsprämien und Gebühren öffentlicher Versorgungsunternehmen, oder ausschließlich der Bezahlung angemessener Honorare und der Rückerstattung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Bereitstellung rechtlicher Dienste, im Einklang mit nationalen Rechtsvorschriften, oder der Bezahlung von Gebühren oder Kosten, im Einklang mit nationalen Rechtsvorschriften, für die routinemäßige Verwahrung oder Verwaltung eingefrorener Gelder, anderer finanzieller Vermögenswerte und wirtschaftlicher Ressourcen dienen, sofern der betreffende Staat dem Ausschuss seine Absicht mitgeteilt hat, gegebenenfalls den Zugang zu diesen Geldern, anderen finanziellen Vermögenswerten oder wirtschaftlichen Ressourcen zu genehmigen, und der Ausschuss innerhalb von fünf Arbeitstagen nach einer solchen Mitteilung keine ablehnende Entscheidung getroffen hat;

b) für außerordentliche Ausgaben erforderlich sind, vorausgesetzt, dass diese Feststellung dem Ausschuss von dem betreffenden Staat oder den betreffenden Mitgliedstaaten mitgeteilt und von dem Ausschuss gebilligt wurde;

c) Gegenstand eines Pfandrechts oder einer Entscheidung eines Gerichts, einer Verwaltungsstelle oder eines Schiedsgerichts sind, in welchem Fall die Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen für die Erfüllung von Forderungen aus diesem Pfandrecht oder dieser Ent-

scheidung verwendet werden können, vorausgesetzt, das Pfandrecht oder die Entscheidung entstand beziehungsweise erging vor dem Datum dieser Resolution, begünstigt nicht eine von dem Ausschuss benannte Person oder Einrichtung und wurde dem Ausschuss durch den betreffenden Staat oder die betreffenden Mitgliedstaaten mitgeteilt;

13. *beschließt ferner*, dass Mitgliedstaaten gestatten können, dass den nach Ziffer 11 eingefrorenen Konten fällige Zinsen oder sonstige Erträge dieser Konten oder fällige Zahlungen aufgrund von Verträgen, Vereinbarungen oder Verpflichtungen, die vor dem Datum geschlossen beziehungsweise eingegangen wurden, ab dem diese Konten den Bestimmungen dieser Resolution unterliegen, gutgeschrieben werden, unter dem Vorbehalt, dass diese Zinsen, sonstigen Erträge und Zahlungen weiterhin diesen Bestimmungen unterliegen und eingefroren bleiben;

14. *beschließt*, dass die in Ziffer 11 enthaltenen Maßnahmen eine benannte Person oder Einrichtung nicht daran hindern, Zahlungen zu leisten, die aufgrund eines vor der Aufnahme der Person oder Einrichtung in die Liste geschlossenen Vertrags geschuldet werden, wenn nach Feststellung der betreffenden Staaten die Zahlung weder direkt noch indirekt von einer nach Ziffer 11 benannten Person oder Einrichtung entgegengenommen wird und nachdem die betreffenden Staaten dem Ausschuss die Absicht mitgeteilt haben, solche Zahlungen zu leisten oder entgegenzunehmen oder gegebenenfalls die Aufhebung der Einfrierung von Geldern, anderen finanziellen Vermögenswerten oder wirtschaftlichen Ressourcen zu diesem Zweck zu genehmigen, wobei diese Mitteilung 10 Arbeitstage vor einer solchen Genehmigung zu erfolgen hat;

#### *Reiseverbot*

15. *beschließt*, dass für einen Anfangszeitraum von einem Jahr ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution alle Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass die von dem Ausschuss nach Ziffer 19 benannten Personen in ihr Hoheitsgebiet einreisen oder durch ihr Hoheitsgebiet durchreisen, wobei kein Staat durch diese Bestimmung verpflichtet wird, seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern;

16. *beschließt außerdem*, dass die mit Ziffer 15 verhängten Maßnahmen keine Anwendung finden,

a) wenn der Ausschuss von Fall zu Fall bestimmt, dass die betreffende Reise aus humanitären Gründen, einschließlich religiöser Verpflichtungen, gerechtfertigt ist;

b) wenn die Ein- oder Durchreise zur Durchführung eines Gerichtsverfahrens erforderlich ist;

c) wenn der Ausschuss von Fall zu Fall bestimmt, dass eine Ausnahme die Ziele des Friedens und der nationalen Aussöhnung in Jemen fördern würde;

d) wenn ein Staat von Fall zu Fall bestimmt, dass eine solche Ein- oder Durchreise zur Förderung des Friedens und der Stabilität in Jemen erforderlich ist, und er den Ausschuss danach binnen achtundvierzig Stunden nach dieser Entscheidung benachrichtigt;

#### *Benennungskriterien*

17. *beschließt*, dass die Bestimmungen der Ziffern 11 und 15 auf die von dem Ausschuss benannten Personen oder Einrichtungen Anwendung finden, die nach seiner Feststellung Handlungen begangen oder unterstützt haben, die den Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität Jemens bedrohen;

18. *unterstreicht*, dass die in Ziffer 17 genannten Handlungen unter anderem Folgendes umfassen können:

a) die Behinderung oder Untergrabung des erfolgreichen Abschlusses des in der Initiative des Golf-Kooperationsrats und der Vereinbarung über den Umsetzungsmechanismus vorgesehenen politischen Übergangs;

b) die Behinderung der Umsetzung der Ergebnisse des Schlussberichts der umfassenden Konferenz des nationalen Dialogs durch Gewalt oder Anschläge auf die wesentliche Infrastruktur; oder

c) die Planung, Lenkung oder Begehung von Handlungen in Jemen, die gegen die anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen oder das anwendbare humanitäre Völkerrecht verstoßen, oder von Handlungen, die Menschenrechtsmissbräuche darstellen;

*Sanktionsausschuss*

19. *beschließt*, im Einklang mit Regel 28 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einen aus allen Ratsmitgliedern bestehenden Ausschuss des Sicherheitsrats („der Ausschuss“) einzusetzen, der die folgenden Aufgaben wahrnehmen wird:

a) die Durchführung der in den Ziffern 11 und 15 verhängten Maßnahmen zu überwachen, mit dem Ziel, ihre Durchführung durch die Mitgliedstaaten zu stärken, zu erleichtern und zu verbessern;

b) Informationen betreffend Personen und Einrichtungen einzuholen und zu überprüfen, die möglicherweise in den Ziffern 17 und 18 beschriebene Handlungen begehen;

c) Personen und Einrichtungen zu benennen, die den in den Ziffern 11 und 15 verhängten Maßnahmen unterliegen;

d) die erforderlichen Richtlinien zur Erleichterung der Durchführung der verhängten Maßnahmen festzulegen;

e) dem Rat innerhalb von 60 Tagen über seine Arbeit Bericht zu erstatten und danach Bericht zu erstatten, wann immer der Ausschuss es für notwendig erachtet;

f) einen Dialog zwischen dem Ausschuss und interessierten Mitgliedstaaten, insbesondere denjenigen in der Region, anzuregen, unter anderem indem er Vertreter dieser Staaten einlädt, mit ihm zusammenzutreffen, um die Durchführung der Maßnahmen zu erörtern;

g) von allen Staaten alle von ihm für nützlich erachteten Informationen über die Schritte einzuholen, die sie zur wirksamen Durchführung der verhängten Maßnahmen ergriffen haben;

h) Informationen über behauptete Verstöße gegen die in den Ziffern 11 und 15 enthaltenen Maßnahmen oder über ihre Nichteinhaltung zu prüfen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen;

20. *weist* den Ausschuss *an*, mit den anderen zuständigen Sanktionsausschüssen des Sicherheitsrats, insbesondere dem Ausschuss nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) betreffend Al-Qaida und mit ihr verbundene Personen und Einrichtungen, zusammenzuarbeiten;

*Berichterstattung*

21. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit dem Ausschuss für einen Zeitraum von zunächst 13 Monaten eine Gruppe von bis zu vier Sachverständigen („Sachverständigengruppe“) einzusetzen und die erforderlichen Finanz- und Sicherheitsvorkehrungen zur Unterstützung der Arbeit der Gruppe zu treffen, die unter der Leitung des Ausschusses die folgenden Aufgaben ausführen wird:

a) dem Ausschuss bei der Durchführung seines in dieser Resolution festgelegten Mandats behilflich zu sein, so auch durch die jederzeitige Bereitstellung von Informationen an den Ausschuss, die für eine mögliche spätere Benennung von Personen und Einrichtungen sachdienlich sind, die möglicherweise in den Ziffern 17 und 18 beschriebene Handlungen begehen;

b) von den Staaten, den zuständigen Organen der Vereinten Nationen, den Regionalorganisationen und anderen interessierten Parteien stammende Informationen über die Durchführung der in dieser Resolution beschlossenen Maßnahmen, insbesondere über Fälle der Untergrabung des politischen Übergangs, zu sammeln, zu prüfen und zu analysieren;

c) den Rat nach Erörterung mit dem Ausschuss spätestens am 25. Juni 2014 über den neuesten Stand zu informieren, ihm bis zum 25. September 2014 einen Zwischenbericht und spätestens am 25. Februar 2015 einen Schlussbericht vorzulegen;

d) dem Ausschuss bei der Präzisierung und Aktualisierung der Informationen auf der Liste der Personen behilflich zu sein, die den mit den Ziffern 11 und 15 verhängten Maßnahmen unterliegen, auch

durch die Bereitstellung von Identifizierungsangaben sowie zusätzlichen Informationen für die öffentlich verfügbare Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste;

22. *weist* die Sachverständigengruppe *an*, mit den anderen zuständigen Sachverständigengruppen, die vom Rat zur Unterstützung der Arbeit seiner Sanktionsausschüsse eingesetzt wurden, zusammenzuarbeiten, insbesondere mit dem mit Resolution 1526 (2004) vom 30. Januar 2004 eingesetzten Team für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung;

23. *fordert* alle Parteien und alle Mitgliedstaaten sowie die internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen *nachdrücklich auf*, die Zusammenarbeit mit der Sachverständigengruppe sicherzustellen, und fordert ferner alle beteiligten Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Sicherheit der Mitglieder der Sachverständigengruppe und ihren ungehinderten Zugang, insbesondere zu Personen, Dokumenten und Orten, zu gewährleisten, damit die Sachverständigengruppe ihr Mandat ausführen kann;

#### *Entschlossenheit zur Überprüfung*

24. *bekräftigt*, dass er die Situation in Jemen laufend überprüfen wird und dass er bereit ist, die Angemessenheit der in dieser Resolution enthaltenen Maßnahmen zu überprüfen, einschließlich ihrer Stärkung, Änderung, Aussetzung oder Aufhebung, wann immer dies im Lichte der Entwicklungen erforderlich sein sollte;

#### **Wirtschaftsreform und Entwicklungshilfe zur Unterstützung des Übergangs**

25. *fordert* die Geber und Regionalorganisationen *auf*, die auf der Geberkonferenz von Riad am 4. September 2012 zugesagten Mittel voll auszuzahlen, um die vorrangigen Aufgaben zu finanzieren, die in der Rahmenvereinbarung von Riad über gegenseitige Rechenschaft festgelegt wurden, und ermutigt die Geber, die ihre zugesagten Mittel noch nicht ausgezahlt haben, in enger Zusammenarbeit mit dem Exekutivbüro vorrangige Projekte zur Unterstützung zu ermitteln, unter Berücksichtigung der Sicherheitsbedingungen vor Ort;

26. *betont*, wie wichtig es ist, dass die Regierung der nationalen Einheit Maßnahmen zur Durchführung der dringenden politischen Reformen ergreift, die in der Rahmenvereinbarung über gegenseitige Rechenschaft dargelegt sind, und ermutigt die Geber, technische Hilfe bereitzustellen, um diese Reformen voranzutreiben, einschließlich über das Exekutivbüro;

27. *bekundet seine Besorgnis* über die gemeldeten schweren Menschenrechtsmissbräuche und Gewalthandlungen gegen Zivilpersonen sowohl in den nördlichen als auch den südlichen Gouvernements, namentlich im Gouvernement Al-Dali<sup>6</sup>, fordert alle beteiligten Parteien nachdrücklich auf, die Konflikte zu beenden und ihre Verpflichtungen nach dem anwendbaren humanitären Völkerrecht und den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen einzuhalten, und betont, dass die Parteien alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen müssen, um zivile Opfer zu vermeiden und die Zivilbevölkerung zu schonen und zu schützen;

28. *ermutigt* die internationale Gemeinschaft, auch weiterhin humanitäre Hilfe für Jemen zu gewähren, fordert die volle Finanzierung des Strategischen Plans für humanitäre Maßnahmen 2014 für Jemen, ersucht in dieser Hinsicht alle Parteien in Jemen, den sicheren und ungehinderten humanitären Zugang zu erleichtern, um die Bereitstellung von Hilfe für alle notleidenden Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten, und fordert alle Parteien auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals samt ihrem Material zu gewährleisten;

29. *verurteilt* die steigende Zahl der Anschläge, die von Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel verübt oder unterstützt werden, bekundet seine Entschlossenheit, gegen diese Bedrohung im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht, namentlich den anwendbaren Normen auf dem Gebiet der Menschenrechte, des Flüchtlingsrechts und des humanitären Rechts, vorzugehen, in dieser Hinsicht im Rahmen des von dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) verwalteten Al-Qaida-Sanktionsregimes, und bekundet erneut seine Bereitschaft, im Rahmen des genannten Regimes Sanktionen gegen weitere Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen zu verhängen, die nicht alle Beziehungen zu Al-Qaida und den mit ihr verbundenen Gruppen abbrechen;

30. *fordert* fortgesetzte nationale Anstrengungen zur Bekämpfung der von allen Waffen, einschließlich Sprengwaffen, Kleinwaffen und leichten Waffen, ausgehenden Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit in Jemen, so auch durch die Gewährleistung der sicheren und wirksamen Verwaltung, Lagerung und Sicherung der Bestände an Kleinwaffen, leichten Waffen und Sprengwaffen und der Einsammlung und/oder Zerstörung explosiver Kampfmittelrückstände und überschüssiger, beschlagnahmter, nicht gekennzeichnete oder in unerlaubtem Besitz befindlicher Waffen und Munition, und betont ferner, wie wichtig es ist, diese Elemente in die Reform des Sicherheitssektors einzugliedern;

31. *erkennt an*, dass sich die Flüchtlinge und die Binnenvertriebenen in Jemen, die nach jahrelangem Konflikt heimkehren wollen, schwerwiegenden wirtschaftlichen, politischen und sicherheitsbezogenen Hindernissen gegenübersehen, und unterstützt und befürwortet die Anstrengungen der Regierung Jemens und der internationalen Gemeinschaft, ihre Rückkehr zu erleichtern;

#### **Mitwirkung der Vereinten Nationen**

32. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin seine Guten Dienste einzusetzen, nimmt mit Dank Kenntnis von der Arbeit des Sonderberaters des Generalsekretärs für Jemen, Herrn Jamal Benomar, betont, wie wichtig es ist, dass sie sich mit den internationalen Partnern, darunter dem Golf-Kooperationsrat, der Gruppe der Botschafter und anderen Akteuren, eng abstimmen, um zu einem erfolgreichen Übergang beizutragen, und ersucht in dieser Hinsicht den Generalsekretär ferner, die Hilfe der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung des Übergangs auch weiterhin zu koordinieren;

33. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, auch weiterhin alle 60 Tage über die Entwicklungen in Jemen, einschließlich über die Umsetzung der Ergebnisse der umfassenden Konferenz des nationalen Dialogs, Bericht zu erstatten;

34. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7119. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

#### **Beschlüsse**

Auf seiner 7175. Sitzung am 14. Mai 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Die Situation im Nahen Osten“.

Auf seiner 7180. Sitzung am 22. Mai 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Albaniens, Andorras, der Arabischen Republik Syrien, Belgiens, Botswanas, Bulgariens, Côte d'Ivoires, Dänemarks, der Demokratischen Republik Kongo, Deutschlands, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Estlands, Finnlands, Georgiens, Griechenlands, Irlands, Islands, Italiens, Japans, Kanadas, Katars, Kroatiens, Lettlands, Libyens, Liechtensteins, Maltas, der Marshallinseln, Mexikos, Monacos, Montenegros, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Panamas, Polens, Portugals, der Republik Moldau, Rumäniens, Samoas, San Marinos, Saudi-Arabiens, Schwedens, der Schweiz, Senegals, Serbiens, der Seychellen, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, der Tschechischen Republik, der Türkei, der Ukraine, Ungarns, der Vereinigten Arabischen Emirate, der Zentralafrikanischen Republik und Zyperns gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes „Die Situation im Nahen Osten“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung stimmte der Rat über einen in Dokument S/2014/348 enthaltenen Resolutionsentwurf ab. Das Abstimmungsergebnis lautete wie folgt: 13 Ja-Stimmen (Argentinien, Australien, Chile, Frankreich, Jordanien, Litauen, Luxemburg, Nigeria, Republik Korea, Ruanda, Tschad, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland und Vereinigte Staaten von Amerika) und 2 Nein-Stimmen (China und Russische Föderation). Der Resolutionsentwurf wurde aufgrund des Vetos eines ständigen Mitglieds des Rates nicht verabschiedet.

Auf seiner 7190. Sitzung am 29. Mai 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Libanons gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>37</sup>:

Der Sicherheitsrat verweist auf alle seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Libanon.

Der Rat würdigt die Arbeit des scheidenden Präsidenten Libanons, Herrn Michel Sleimans, und bekundet seine Enttäuschung und Besorgnis darüber, dass die Wahl eines neuen Präsidenten Libanons nicht innerhalb des von der Verfassung vorgegebenen Zeitrahmens abgehalten wurde. Der Rat fordert das Parlament nachdrücklich auf, die weit zurückreichende demokratische Tradition Libanons aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, dass die Präsidentschaftswahlen so bald wie möglich und ohne Einmischung von außen stattfinden.

Der Rat erklärt erneut, dass er die Regierung Libanons uneingeschränkt dabei unterstützt, in diesem Interimszeitraum bis zur Wahl des neuen Präsidenten ihre Pflichten gemäß der Verfassung wahrzunehmen.

Der Rat sieht mit Interesse der fortgesetzten Zusammenarbeit der libanesischen Behörden mit der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der Internationalen Unterstützergruppe, zur Mobilisierung von Unterstützung für Libanon entgegen. Der Rat weist erneut darauf hin, dass Libanon bei der Bewältigung der Herausforderungen, denen sich das Land in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und humanitäre Hilfe gegenübersteht, sowie bei der Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen dauerhafter internationaler Unterstützung bedarf.

Unter Hinweis auf die Erklärung seiner Präsidentin vom 10. Juli 2013<sup>38</sup> ruft der Rat alle libanesischen Parteien auf, angesichts der Versuche zur Untergrabung der Stabilität des Landes die nationale Einheit zu wahren, in Übereinstimmung mit ihrer in der Erklärung von Baabda<sup>39</sup> eingegangenen Verpflichtung, und hebt hervor, wie wichtig es ist, dass alle libanesischen Parteien die Distanzierungspolitik Libanons achten und von jeglicher Beteiligung an der syrischen Krise absehen.

Der Rat hebt außerdem hervor, dass die wirksame Durchführung der Resolution 1701 (2006) des Rates und aller anderen einschlägigen Resolutionen des Rates nach wie vor entscheidend für die Gewährleistung der Stabilität in Libanon und der vollen Achtung der Souveränität, territorialen Unversehrtheit, Einheit und politischen Unabhängigkeit Libanons ist.

Am 16. Juni 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>40</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 12. Juni 2014 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Luciano Portolano (Italien) zum Missionsleiter und Kommandeur der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon zu ernennen<sup>41</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Auf seiner 7209. Sitzung am 25. Juni 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation im Nahen Osten

Bericht des Generalsekretärs über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung für den Zeitraum vom 11. März bis 28. Mai 2014 (S/2014/401)“.

---

<sup>37</sup> S/PRST/2014/10.

<sup>38</sup> S/PRST/2013/9.

<sup>39</sup> S/2012/477, Anlage.

<sup>40</sup> S/2014/412.

<sup>41</sup> S/2014/411.

**Resolution 2163 (2014)  
vom 25. Juni 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*besorgt feststellend,* dass die Situation im Nahen Osten angespannt ist, woran sich voraussichtlich auch nichts ändern wird, solange keine umfassende, alle Aspekte des Nahost-Problems einbeziehende Regelung erzielt werden kann,

*nach Behandlung* des Berichts des Generalsekretärs vom 10. Juni 2014 über die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung<sup>42</sup> sowie in Bekräftigung seiner Resolution 1308 (2000) vom 17. Juli 2000,

*betonend,* dass beide Parteien die Bestimmungen des Truppenentflechtungsabkommens vom 31. Mai 1974 zwischen Israel und der Arabischen Republik Syrien einhalten und sich streng an die Waffenruhe halten müssen,

*sich* der Feststellung des Generalsekretärs *anschließend,* dass die laufenden militärischen Aktivitäten gleichviel welcher Akteure in der Pufferzone nach wie vor potenziell die Spannungen zwischen Israel und der Arabischen Republik Syrien verschärfen, die Waffenruhe zwischen den beiden Ländern gefährden und ein Risiko für die örtliche Zivilbevölkerung und das Personal der Vereinten Nationen vor Ort darstellen,

*mit dem Ausdruck seiner großen Besorgnis* über alle Verstöße gegen das Truppenentflechtungsabkommen,

*betonend,* dass sich keine militärischen Kräfte außer denen der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung in der Pufferzone aufhalten sollen,

*unter nachdrücklicher Verurteilung* der jüngsten intensiven Kampfhandlungen in der Pufferzone und mit der Aufforderung an alle an dem innersyrischen Konflikt beteiligten Parteien, die militärischen Aktionen im Einsatzgebiet der Truppe einzustellen, und ferner unter Verurteilung des zunehmenden Einsatzes behelfsmäßiger Sprengvorrichtungen im Einsatzgebiet der Truppe durch Elemente der syrischen Opposition und andere Gruppen,

*unter Verurteilung* dessen, dass sowohl die syrischen Streitkräfte als auch bewaffnete Oppositionsangehörige in dem anhaltenden syrischen Konflikt in der Pufferzone schwere Waffen einsetzen und dass die syrischen Streitkräfte und die Opposition bei Zusammenstößen auch Panzer eingesetzt haben,

*sowie unter Verurteilung* der von einigen bewaffneten Oppositionsangehörigen begangenen schrecklichen Verbrechen und mit der Aufforderung an alle Parteien des anhaltenden Konflikts, das humanitäre Völkerrecht zu achten,

*sich* der Aufforderung des Generalsekretärs an alle an dem syrischen Konflikt beteiligten Parteien *anschließend,* die militärischen Aktionen im ganzen Land, einschließlich im Einsatzgebiet der Truppe, einzustellen,

*unter nachdrücklicher Verurteilung* der in den letzten Monaten stattgefundenen Vorfälle, die die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen gefährdeten,

*unterstreichend,* dass der Truppe alle Mittel und Ressourcen zur Verfügung stehen müssen, die sie benötigt, um ihr Mandat sicher und ungefährdet erfüllen zu können, und unter Hinweis darauf, dass der Diebstahl von Waffen, Munition, Fahrzeugen und sonstigem Material der Vereinten Nationen und die Plünderung und Zerstörung von Einrichtungen der Vereinten Nationen unannehmbar sind,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Dankbarkeit* gegenüber dem Militär- und Zivilpersonal der Truppe, einschließlich der Beobachtergruppe Golan, für die von ihm geleisteten Dienste und seinen anhaltenden Beitrag in einem immer schwierigeren Einsatzumfeld, den wichtigen Beitrag unterstreichend, den die fortgesetzte Präsenz der Truppe zu Frieden und Sicherheit im Nahen Osten leistet, unter Begrüßung der zur

---

<sup>42</sup> S/2014/401.



Erhöhung der Sicherheit des Personals der Truppe, einschließlich der Beobachtergruppe Golan, unternommenen Schritte und betonend, dass es anhaltender Wachsamkeit bedarf, um die Sicherheit des Personals der UNDOF und der Beobachtergruppe Golan zu gewährleisten,

1. *fordert* die beteiligten Parteien zur sofortigen Durchführung seiner Resolution 338 (1973) vom 22. Oktober 1973 auf,

2. *betont*, dass beide Parteien verpflichtet sind, die Bestimmungen des Truppenentflechtungsabkommens vom 31. Mai 1974 strikt und vollständig einzuhalten, fordert die Parteien auf, größte Zurückhaltung zu üben und Verletzungen der Waffenruhe und der Pufferzone zu verhindern, und unterstreicht, dass in der Pufferzone keinerlei militärische Aktivitäten stattfinden sollen, auch keine Militäreinsätze der Streitkräfte der Arabischen Republik Syrien;

3. *unterstreicht*, dass in der Pufferzone keine militärischen Aktivitäten der bewaffneten Oppositionsgruppen stattfinden sollen, und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, den bewaffneten syrischen Oppositionsgruppen im Einsatzgebiet der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung eindringlich nahezu legen, alle Aktivitäten, die die Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen vor Ort gefährden, einzustellen und dem Personal der Vereinten Nationen vor Ort die Freiheit zur sicheren und ungefährdeten Erfüllung seines Mandats zu gewährleisten;

4. *fordert* alle Parteien auf, bei den Einsätzen der Truppe voll zu kooperieren, die Vorrechte und Immunitäten der Truppe zu achten und ihre Bewegungsfreiheit sowie die Sicherheit und den ungehinderten und sofortigen Zugang des Personals der Vereinten Nationen bei der Erfüllung seines Mandats zu gewährleisten, einschließlich bei der ungehinderten Auslieferung der Ausrüstung der Truppe und der vorübergehenden Nutzung eines alternativen Ein- und Abgangshafens, soweit erforderlich, um eine sichere Truppenrotation zu gewährleisten, im Einklang mit den bestehenden Vereinbarungen, und fordert nachdrücklich, dass der Generalsekretär dem Sicherheitsrat und den truppenstellenden Ländern über alle Aktionen, die die Truppe an der Erfüllung ihres Mandats hindern, umgehend Bericht erstattet;

5. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Sicherheitsrat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, Präventiv- und Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass derartige Handlungen in Fällen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden;

6. *beschließt*, das Mandat der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung um einen Zeitraum von sechs Monaten, das heißt bis zum 31. Dezember 2014, zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, zu gewährleisten, dass die Truppe über die notwendigen Kapazitäten und Ressourcen zur sicheren und ungefährdeten Erfüllung des Mandats verfügt;

7. *ersucht* den Generalsekretär, alle 90 Tage über die Entwicklung der Lage und die zur Durchführung der Resolution 338 (1973) getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten.

*Auf der 7209. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7212. Sitzung am 26. Juni 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Arabischen Republik Syrien gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation im Nahen Osten

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution 2139 (2014) des Sicherheitsrats (S/2014/427)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinatorin, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7216. Sitzung am 14. Juli 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Arabischen Republik Syrien gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation im Nahen Osten“ teilzunehmen.

**Resolution 2165 (2014)  
vom 14. Juli 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 2042 (2012) vom 14. April 2012, 2043 (2012) vom 21. April 2012, 2118 (2013) und 2139 (2014) vom 22. Februar 2014 sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 3. August 2011<sup>7</sup>, 21. März<sup>8</sup> und 5. April 2012<sup>9</sup> und 2. Oktober 2013<sup>22</sup>,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Arabischen Republik Syriens und zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen,

*entsetzt* über das unannehmbare und eskalierende Ausmaß der Gewalt und den Tod von mehr als 150.000 Menschen, darunter weit mehr als 10.000 Kinder, infolge des syrischen Konflikts, wie die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte berichtet,

*mit dem Ausdruck höchster Beunruhigung* über die erhebliche und rasche Verschlechterung der humanitären Lage in der Arabischen Republik Syrien, darüber, dass die Zahl der Hilfebedürftigen auf über 10 Millionen gestiegen ist, darunter 6,4 Millionen Binnenvertriebene und über 4,5 Millionen Menschen in schwer zugänglichen Gebieten, und dass über 240.000 Menschen in belagerten Gebieten eingeschlossen sind, wie der Generalsekretär berichtet,

*missbilligend*, dass die Forderungen in seiner Resolution 2139 (2014) und die Bestimmungen der Erklärung seines Präsidenten vom 2. Oktober 2013 von den syrischen Konfliktparteien nicht befolgt wurden, wie aus den Berichten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom 22. Mai<sup>43</sup> und 20. Juni 2014<sup>44</sup> hervorgeht, und feststellend, dass die syrischen Parteien zwar einige Schritte unternommen haben, dass diese jedoch nicht die Wirkung gehabt haben, die notwendig ist, damit allen Bedürftigen in der ganzen Arabischen Republik Syrien humanitäre Hilfe gewährt werden kann,

*mit Lob* für die unverzichtbaren und anhaltenden Anstrengungen, die die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen und das gesamte humanitäre und medizinische Personal in der Arabischen Republik Syrien und seinen Nachbarländern unternehmen, um die Auswirkungen des Konflikts auf das syrische Volk abzumildern,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner Anerkennung* für die erheblichen und bewundernswerten Anstrengungen, die die Länder der Region, insbesondere Libanon, Jordanien, die Türkei, Irak und Ägypten, unternommen haben, um die mehr als 2,8 Millionen Flüchtlinge, die infolge der anhaltenden Gewalt aus der Arabischen Republik Syrien geflohen sind, aufzunehmen, einschließlich der rund 300.000 Menschen, die seit der Verabschiedung der Resolution 2139 (2014) geflohen sind, und alle Mitgliedstaaten ausgehend vom Grundsatz der Lastenteilung erneut nachdrücklich auffordernd, diese benachbarten Aufnahmeländer zu unterstützen, um sie in die Lage zu versetzen, auf den wachsenden humanitären Bedarf zu reagieren, einschließlich durch die Bereitstellung direkter Unterstützung,

*unter entschiedener Verurteilung* der anhaltenden weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch die syrischen Behörden sowie der Menschenrechtsmissbräuche und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch bewaffnete Gruppen,

*unterstreichend*, dass der Straflosigkeit für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und für Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche ein Ende gesetzt werden muss, und bekräftigend, dass diejeni-

---

<sup>43</sup> S/2014/365.

<sup>44</sup> S/2014/427.

gen, die in der Arabischen Republik Syrien derartige Verstöße, Rechtsverletzungen und Missbräuche verübt haben oder anderweitig dafür verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden müssen,

*mit dem Ausdruck höchster Beunruhigung* insbesondere über die anhaltenden unterschiedslosen Angriffe in bevölkerten Gebieten, darunter eine intensivierte Kampagne mit Bombenangriffen und der Einsatz von Fassbomben in Aleppo und anderen Gebieten, der Einsatz von Artillerie, Beschießungen und Luftangriffe, und über den weit verbreiteten Einsatz von Folter, Misshandlung und sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie alle an Kindern begangenen schweren Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen und erneut erklärend, dass einige dieser Verstöße möglicherweise Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen,

*erneut verlangend*, dass alle Parteien medizinische Einrichtungen, Schulen und sonstige zivile Einrichtungen entmilitarisieren, es vermeiden, in bevölkerten Gebieten militärische Stellungen zu errichten, und Angriffe auf zivile Objekte unterlassen,

*bekräftigend*, dass die syrischen Behörden die Hauptverantwortung für den Schutz der Bevölkerung in der Arabischen Republik Syrien tragen, erneut erklärend, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die Hauptverantwortung dafür tragen, alle praktisch möglichen Maßnahmen zu treffen, um den Schutz von Zivilpersonen zu gewährleisten, und in dieser Hinsicht daran erinnernd, dass er von allen an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien verlangt, den für sie nach dem Völkerrecht geltenden Verpflichtungen betreffend den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, einschließlich Journalisten, Medienangehöriger und zugehörigen Personals, uneingeschränkt nachzukommen,

*unter Hinweis* darauf, dass alle Parteien die einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts und die Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Nothilfe achten müssen,

*mit dem Ausdruck höchster Beunruhigung* über die Ausbreitung von Extremismus und extremistischen Gruppen und die gezielten Angriffe auf Zivilpersonen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion und/oder konfessionellen Bindung, ferner mit dem Ausdruck höchster Beunruhigung über die Zunahme der Angriffe, die zu zahlreichen Opfern und Zerstörungen führen, die unterschiedslose Beschießung mit Mörsern, Autobomben, Selbstmordanschläge, Tunnelbomben sowie Geiselnahmen, Entführungen und Anschläge auf die zivile Infrastruktur, einschließlich der vorsätzlichen Unterbrechung der Wasserversorgung, unter Verurteilung des Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen und in dieser Hinsicht unter Hinweis auf seine Resolutionen 1373 (2001) vom 28. September, 1624 (2005) vom 14. September 2005, 2129 (2013) 17 Dezember und 2133 (2014) vom 27. Januar 2014,

*zutiefst beunruhigt* darüber, dass die Zustimmung zu Hilfseinsätzen nach wie vor willkürlich und ungerechtfertigt verweigert wird und Bedingungen weiterbestehen, die die Lieferung humanitärer Hilfsgüter an Bestimmungsorte in der Arabischen Republik Syrien, insbesondere in belagerte und schwer zugängliche Gebiete, behindern, und Kenntnis nehmend von der Auffassung des Generalsekretärs, dass es einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und eine Nichtbefolgung der Resolution 2139 (2014) darstellt, wenn die Zustimmung zur Öffnung aller relevanten Grenzübergänge verweigert wird,

*betonend*, dass die humanitäre Lage sich weiter verschlechtern wird, wenn keine politische Lösung der Krise erzielt wird, erneut erklärend, dass er sich dem Schlusskommuniqué der Aktionsgruppe für Syrien (Genfer Kommuniqué) vom 30. Juni 2012<sup>23</sup> anschließt, und verlangend, dass alle Parteien auf die sofortige und vollständige Umsetzung des Genfer Kommuniqués hinarbeiten, mit dem das Ziel verfolgt wird, allen Gewalthandlungen, Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen und Verstößen gegen das Völkerrecht ein sofortiges Ende zu setzen und den am 22. Januar 2014 in Montreux (Schweiz) eingeleiteten politischen Prozess unter syrischer Führung zur Herbeiführung eines Übergangs zu erleichtern, der den berechtigten Bestrebungen des syrischen Volkes Rechnung trägt und es befähigt, unabhängig und demokratisch über seine eigene Zukunft zu entscheiden,

*unter Hinweis* auf seine in Resolution 2139 (2014) bekundete Absicht, weitere Schritte zu unternehmen, falls die Resolution nicht befolgt wird,

*feststellend*, dass die sich verschlechternde humanitäre Lage in der Arabischen Republik Syrien eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Region darstellt,

*unterstreichend*, dass die Mitgliedstaaten nach Artikel 25 der Charta verpflichtet sind, die Beschlüsse des Rates anzunehmen und durchzuführen,

1. *erklärt erneut*, dass alle Konfliktparteien, insbesondere die syrischen Behörden, ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen nachkommen und die Bestimmungen seiner Resolution 2139 (2014) und der Erklärung seines Präsidenten vom 2. Oktober 2013<sup>22</sup> vollständig und sofort durchführen müssen;

2. *beschließt*, dass die humanitären Organisationen der Vereinten Nationen und ihre Durchführungspartner ermächtigt sind, Konfliktlinien überschreitende Wege und zusätzlich zu den bereits genutzten Grenzübergängen diejenigen von Bab al-Salam, Bab al-Hawa, Al-Jarubija und Al-Ramtha zu nutzen, um sicherzustellen, dass die humanitäre Hilfe, einschließlich medizinischer und chirurgischer Hilfsgüter, die Bedürftigen in der ganzen Arabischen Republik Syrien auf den direktesten Wegen erreicht, unter Benachrichtigung der syrischen Behörden, und hebt zu diesem Zweck die Notwendigkeit hervor, alle Grenzübergänge effizient für die humanitären Einsätze der Vereinten Nationen zu nutzen;

3. *beschließt außerdem*, einen der Autorität des Generalsekretärs unterstellten Überwachungsmechanismus einzurichten, der die Aufgabe hat, mit Zustimmung der betreffenden Nachbarländer der Arabischen Republik Syriens das Verladen aller für den Transport in die Arabische Republik Syrien über die Grenzübergänge Bab al-Salam, Bab al-Hawa, Al-Jarubija und Al-Ramtha bestimmten humanitären Hilfssendungen der humanitären Organisationen der Vereinten Nationen und ihrer Durchführungspartner in den entsprechenden Einrichtungen der Vereinten Nationen und jede spätere Öffnung der Sendungen durch die Zollbehörden der betreffenden Nachbarländer zu überwachen, und unter Benachrichtigung der syrischen Behörden durch die Vereinten Nationen, zu dem Zweck, den humanitären Charakter dieser Hilfssendungen zu bestätigen;

4. *beschließt ferner*, dass der Überwachungsmechanismus der Vereinten Nationen zügig eingesetzt wird;

5. *beschließt*, dass die Beschlüsse in den Ziffern 2 und 3 180 Tage nach Verabschiedung dieser Resolution außer Kraft treten und dass sie der Überprüfung durch den Sicherheitsrat unterliegen;

6. *beschließt außerdem*, dass alle syrischen Konfliktparteien den humanitären Organisationen der Vereinten Nationen und ihren Durchführungspartnern ermöglichen, auf der Grundlage des von den Vereinten Nationen ermittelten Bedarfs und ohne jegliche politische Vorurteile und Zielsetzungen den Menschen in der ganzen Arabischen Republik Syrien sofort und ungehindert direkte humanitäre Hilfe zu leisten, namentlich indem die Konfliktparteien sofort alle Hindernisse für die Bereitstellung humanitärer Hilfe beseitigen;

7. *verweist* in dieser Hinsicht auf die Rolle, die Waffenruhevereinbarungen, die mit den humanitären Grundsätzen und dem humanitären Völkerrecht im Einklang stehen, dabei spielen könnten, die Erbringung humanitärer Hilfe zur Rettung des Lebens von Zivilpersonen zu erleichtern, unterstreicht ferner, dass sich die Parteien auf humanitäre Pausen, Tage der Ruhe und örtliche Waffenruhen und -stillstände einigen müssen, um den humanitären Organisationen im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht den sicheren und ungehinderten Zugang zu allen betroffenen Gebieten in der Arabischen Republik Syrien zu ermöglichen, und weist darauf hin, dass das Aushungern von Zivilpersonen als Mittel der Kriegführung nach dem humanitären Völkerrecht verboten ist;

8. *beschließt*, dass alle syrischen Konfliktparteien alle geeigneten und nach dem humanitären Völkerrecht erforderlichen Schritte unternehmen müssen, um die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals, des Personals ihrer Sonderorganisationen und des gesamten sonstigen an den humanitären Hilfsmaßnahmen beteiligten Personals ohne Beeinträchtigung seiner Bewegungsfreiheit und seines Zugangs zu gewährleisten, betont die Notwendigkeit, diese Bemühungen nicht zu behindern oder zu beeinträchtigen, und verweist darauf, dass Angriffe auf humanitäre Helfer möglicherweise Kriegsverbrechen darstellen;

9. *erklärt erneut*, dass eine tragfähige Lösung der derzeitigen Krise in der Arabischen Republik Syrien einzig über einen alle Seiten einschließenden und unter syrischer Führung stehenden politischen Prozess erfolgen kann, mit dem Ziel, das in seiner Resolution 2118 (2013) und Anlage II gebilligte Genfer Kommuniqué vom 30. Juni 2012 vollständig umzusetzen, würdigt die Anstrengungen von Herrn Lakhdar

Brahimi und begrüßt die Ernennung von Herrn Staffan de Mistura zum Sondergesandten des Generalsekretärs für Syrien;

10. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen seiner Berichterstattung betreffend Resolution 2139 (2014) dem Rat über die Durchführung der vorliegenden Resolution und über ihre Befolgung durch alle syrischen Konfliktparteien Bericht zu erstatten;

11. *erklärt*, dass er weitere Maßnahmen ergreifen wird, falls irgendeine der syrischen Parteien diese Resolution oder die Resolution 2139 (2014) nicht befolgt;

12. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7216. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

---

## KOMMUNIKATIONEN BETREFFEND DIE INDIEN-PAKISTAN-FRAGE<sup>45</sup>

### Beschlüsse

Am 29. Januar 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>46</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 28. Januar 2014 betreffend Ihren Vorschlag, die Schweiz in die Liste der Beitragsteller zur Militärbeobachtergruppe der Vereinten Nationen in Indien und Pakistan aufzunehmen<sup>47</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Am 30. Juni 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>48</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 26. Juni 2014 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Delali Johnson Sakyi (Ghana) zum Leitenden Militärbeobachter und Missionsleiter der Militärbeobachtergruppe der Vereinten Nationen in Indien und Pakistan zu ernennen<sup>49</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

---

## DIE SITUATION IN ZYPERN<sup>50</sup>

### Beschluss

Auf seiner 7106. Sitzung am 30. Januar 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Die Situation in Zypern

Bericht des Generalsekretärs über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern (S/2013/781)“.

---

<sup>45</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1948 verabschiedet.

<sup>46</sup> S/2014/64.

<sup>47</sup> S/2014/63.

<sup>48</sup> S/2014/459.

<sup>49</sup> S/2014/458.

<sup>50</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1963 verabschiedet.

**Resolution 2135 (2014)  
vom 30. Januar 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Begrüßung* des Berichts des Generalsekretärs vom 30. Dezember 2013 über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern<sup>51</sup>,

*feststellend*, dass die Regierung Zyperns zugestimmt hat, dass es angesichts der Verhältnisse auf der Insel notwendig ist, die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern über den 31. Januar 2014 hinaus in Zypern zu belassen,

*außerdem feststellend*, dass der Generalsekretär die Absicht hat, im nächsten Berichtszeitraum über seine Guten Dienste Bericht zu erstatten, sich der festen Überzeugung des Generalsekretärs anschließend, dass die Verantwortung für die Herbeiführung einer Lösung in erster Linie bei den Zypriern selbst liegt, und bekräftigend, dass den Vereinten Nationen die Hauptrolle dabei zukommt, den Parteien bei der Herbeiführung einer umfassenden und dauerhaften Regelung in Bezug auf den Zypern-Konflikt und die Teilung der Insel behilflich zu sein,

*in Anerkennung* der bisherigen Anstrengungen zur Wiederaufnahme der Gespräche, mit dem Ausdruck seiner Enttäuschung darüber, dass die offiziellen Verhandlungen bisher noch nicht wiederaufgenommen wurden, und mit der Aufforderung an die Parteien, sich so bald wie möglich auf ein konkretes Vorankommen zu einigen,

*unter Hinweis* auf die Bedeutung, die die internationale Gemeinschaft der vollen, flexiblen und konstruktiven Mitwirkung aller Parteien an den Verhandlungen beimisst, feststellend, dass die Entwicklung hin zu einer intensiveren Verhandlungsphase noch nicht zu einer dauerhaften, umfassenden und gerechten Regelung geführt hat, die auf einer beide Volksgruppen einschließenden, bizonalen Föderation und auf politischer Gleichberechtigung beruht, wie in den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats dargelegt, beiden Seiten nahelegend, die Sachverhandlungen über die Kernfragen wiederaufzunehmen, und betonend, dass der Status quo nicht fortbestehen kann,

*es begrüßend*, dass der Generalsekretär während seiner Treffen mit den beiden Führern am 30. und 31. Oktober 2011 und am 23. und 24. Januar 2012 bemüht war, Fortschritte anzuregen, und mit dem Ausdruck seiner fortgesetzten Unterstützung für die Anstrengungen des Generalsekretärs,

*in Anbetracht* der Notwendigkeit, die Prüfung militärischer vertrauensbildender Maßnahmen und die Erörterungen darüber voranzubringen, und mit der Aufforderung, erneute Anstrengungen zur Durchführung aller verbleibenden vertrauensbildenden Maßnahmen zu unternehmen und weitere Schritte zum Aufbau von Vertrauen zwischen den Volksgruppen zu vereinbaren und einzuleiten,

*bekräftigend*, wie wichtig es ist, dass Zypriern die Grüne Linie weiter überqueren, und dazu ermutigend, im beiderseitigen Einvernehmen weitere Übergangsstellen zu öffnen,

*überzeugt*, dass eine umfassende und dauerhafte Zypern-Regelung viele wichtige Vorteile, einschließlich wirtschaftlicher Vorteile, für alle Zypriern hätte, beide Seiten und ihre Führer nachdrücklich dazu auffordernd, eine positive öffentliche Rhetorik zu fördern, und sie dazu ermutigend, beiden Volksgruppen lange vor etwaigen Referenden klar die Vorteile der Regelung sowie die Notwendigkeit zu erläutern, zu ihrer Herbeiführung vermehrte Flexibilität und Kompromissbereitschaft zu zeigen,

*die Auffassung vertretend*, dass die Untergrabung der Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen den Friedensprozess selbst untergräbt,

*hervorhebend*, wie wichtig die unterstützende Rolle der internationalen Gemeinschaft und insbesondere der beteiligten Parteien ist, indem sie konkrete Schritte unternehmen, um den Führern der griechisch-

---

<sup>51</sup> S/2013/781.

zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe dabei behilflich zu sein, die sich derzeit bietende Chance voll zu nutzen,

*Kenntnis nehmend* von der Einschätzung des Generalsekretärs, wonach die Sicherheitslage auf der Insel und entlang der Grünen Linie weiterhin stabil ist, und alle Seiten nachdrücklich auffordernd, alle Handlungen, die zu einer Verschärfung der Spannungen führen, die bislang erzielten Fortschritte untergraben oder den guten Willen auf der Insel schädigen könnten, zu vermeiden,

*unter Hinweis* auf die feste Überzeugung des Generalsekretärs, dass die Situation in der Pufferzone verbessert würde, wenn beide Seiten das von den Vereinten Nationen verwendete Aide-mémoire von 1989 akzeptierten,

*mit Bedauern feststellend*, dass beide Seiten den Zugang zu den verbleibenden Minenfeldern in der Pufferzone verwehren und dass die Minenräumung in Zypern fortgesetzt werden muss, außerdem feststellend, dass von den Minen in Zypern nach wie vor Gefahr ausgeht, und sich nachdrücklich für eine rasche Einigung über die Erleichterung der Wiederaufnahme der Minenräumoperationen und die Räumung der verbleibenden Minenfelder aussprechend,

*hervorhebend*, wie wichtig die Tätigkeit des Ausschusses für Vermisste in Zypern ist, nachdrücklich dazu auffordernd, den Zugang zu allen Gebieten zu öffnen, damit der Ausschuss seine Arbeit durchführen kann, und darauf vertrauend, dass dieser Prozess die Aussöhnung zwischen den Volksgruppen fördern wird,

*darin übereinstimmend*, dass die aktive Beteiligung von Gruppen der Zivilgesellschaft, einschließlich der Frauengruppen, für den politischen Prozess unerlässlich ist und dazu beitragen kann, dass eine künftige Regelung Bestand hat, daran erinnernd, dass Frauen eine wichtige Rolle in Friedensprozessen spielen, unter Begrüßung aller Bemühungen um die Förderung von Kontakten zwischen den beiden Volksgruppen und entsprechender Veranstaltungen, namentlich auch durch alle auf der Insel tätigen Stellen der Vereinten Nationen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an beide Seiten, das aktive Engagement der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlichen und gewerblichen Organisationen zu fördern und alle Hindernisse für derartige Kontakte aus dem Weg zu räumen,

*betonend*, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

*unter Begrüßung* der Absicht des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, gegebenenfalls einschließlich der Truppe, weiter aufmerksam zu verfolgen, um Effizienz und Wirksamkeit zu gewährleisten, und in Anbetracht der Wichtigkeit einer Eventualplanung in Bezug auf die Regelung, gegebenenfalls einschließlich Empfehlungen für weitere Anpassungen des Mandats, der Truppenstärke und anderer Ressourcen sowie des Einsatzkonzepts der Truppe, unter Berücksichtigung der Entwicklungen vor Ort und der Auffassungen der Parteien,

*sowie unter Begrüßung* der fortgesetzten Bemühungen von Herrn Alexander Downer als Sonderberater des Generalsekretärs für Zypern mit dem Auftrag, den Parteien bei der Führung umfassender Verhandlungen mit dem Ziel einer umfassenden Regelung behilflich zu sein, und der Bemühungen von Frau Lisa Buttenheim als Sonderbeauftragte des Generalsekretärs in Zypern,

*sich* dem Dank des Generalsekretärs an die Regierung Zyperns und die Regierung Griechenlands für ihre freiwilligen Beiträge zur Finanzierung der Truppe sowie seinem Ersuchen um weitere freiwillige Beiträge seitens anderer Länder und Organisationen *anschließend* und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die Mitgliedstaaten, die Personal zur Truppe beitragen,

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

1. *erkennt* die Fortschritte *an*, die bisher in den umfassenden Verhandlungen erzielt wurden, stellt jedoch fest, dass sie nicht ausreicht und noch nicht zu einer umfassenden und dauerhaften Regelung geführt haben, und fordert die beiden Seiten nachdrücklich zur Fortsetzung ihrer Gespräche auf, um in den Kernfragen entscheidende Fortschritte zu erzielen;

2. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs<sup>51</sup>;

3. *verweist* auf die Resolution 2026 (2011) vom 14. Dezember 2011 des Sicherheitsrats und fordert die beiden Führer auf,
  - a) weitere Maßnahmen zur Erreichung von Konvergenzen in den Kernfragen aktiv zu fördern;
  - b) mit den technischen Ausschüssen weiter zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel, das tägliche Leben der Zypriern zu verbessern;
  - c) die öffentliche Atmosphäre für die Verhandlungen zu verbessern, namentlich indem sie sich in öffentlichen Aussagen auf Konvergenzen und den Weg voran konzentrieren und konstruktivere und stärker aufeinander abgestimmte Botschaften vermitteln, und
  - d) die Zivilgesellschaft nach Bedarf stärker an dem Prozess zu beteiligen;
4. *fordert mit Nachdruck* die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen und sieht der Vereinbarung und Einleitung weiterer derartiger Schritte, einschließlich militärischer vertrauensbildender Maßnahmen und der Öffnung weiterer Übergangsstellen, erwartungsvoll entgegen;
5. *begrüßt* alle Anstrengungen, den Anforderungen des Ausschusses für Vermisste in Zypern in Bezug auf Exhumierungen zu entsprechen, und fordert alle Parteien auf, vollen Zugang zu gewähren;
6. *bekräftigt* alle seine einschlägigen Resolutionen über Zypern, insbesondere die Resolution 1251 (1999) vom 29. Juni 1999 und die späteren Resolutionen;
7. *bekundet* der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern *seine volle Unterstützung* und beschließt, ihr Mandat um einen weiteren, am 31. Juli 2014 endenden Zeitraum zu verlängern;
8. *fordert* beide Seiten *auf*, auch künftig dringend und unter Achtung des Mandats der Truppe Konsultationen mit der Truppe über die Festlegung des Verlaufs der Pufferzone und über das Aide-mémoire der Vereinten Nationen von 1989 zu führen, mit dem Ziel, zu einer baldigen Einigung über die noch offenen Fragen zu gelangen;
9. *fordert* die türkisch-zypriische Seite und die türkischen Truppen *auf*, den militärischen Status quo in Strovolia wiederherzustellen, der vor dem 30. Juni 2000 bestand;
10. *fordert* beide Seiten *auf*, den Minenräumern Zugang zu gewähren und die Räumung der verbleibenden Minen in Zypern innerhalb der Pufferzone zu erleichtern, und fordert beide Seiten nachdrücklich *auf*, die Minenräumoperationen über die Pufferzone hinaus auszuweiten;
11. *ersucht* den Generalsekretär, bis zum 10. Juli 2014 einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution, einschließlich über die Frage der Eventualplanung im Hinblick auf die Regelung, vorzulegen und den Rat nach Bedarf über die Geschehnisse unterrichtet zu halten;
12. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch künftig alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich *auf*, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie Disziplinar- und andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;
13. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7106. Sitzung einstimmig verabschiedet.*



### Beschlüsse

Am 9. Mai 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>52</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 7. Mai 2014 betreffend Ihre Absicht, Generalmajorin Kristin Lund (Norwegen) zur neuen Kommandeurin der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern zu ernennen<sup>53</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Auf seiner 7229. Sitzung am 30. Juli 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Zypern

Bericht des Generalsekretärs über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern (S/2014/461)“.

### Resolution 2168 (2014) vom 30. Juli 2014

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Begrüßung* des Berichts des Generalsekretärs vom 9. Juli 2014 über den Einsatz der Vereinten Nationen in Zypern<sup>54</sup>,

*feststellend*, dass die Regierung Zyperns zugestimmt hat, dass es angesichts der Verhältnisse auf der Insel notwendig ist, die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern über den 31. Juli 2014 hinaus in Zypern zu belassen,

*sowie feststellend*, dass der Generalsekretär die Absicht hat, im nächsten Berichtszeitraum über seine Guten Dienste Bericht zu erstatten, sich der festen Überzeugung des Generalsekretärs anschließend, dass die Verantwortung für die Herbeiführung einer Lösung in erster Linie bei den Zypriern selbst liegt, und bekräftigend, dass den Vereinten Nationen die Hauptrolle dabei zukommt, den Parteien bei der Herbeiführung einer umfassenden und dauerhaften Regelung in Bezug auf den Zypern-Konflikt und die Teilung der Insel behilflich zu sein,

*unter Begrüßung* der Wiederaufnahme der Verhandlungen und der von den Führern der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe am 11. Februar 2014 angenommenen Gemeinsamen Erklärung sowie der gegenseitigen Besuche der Chefunterhändler in Ankara und Athen, und mit dem Ausdruck seiner Unterstützung für die laufenden Bemühungen der Führer und der Unterhändler um die möglichst baldige Herbeiführung einer umfassenden Regelung,

*unter Hinweis* auf die Bedeutung, die die internationale Gemeinschaft der vollen, flexiblen und konstruktiven Mitwirkung aller Parteien an den Verhandlungen beimisst, feststellend, dass die Entwicklung hin zu einer stärker ergebnisorientierten Verhandlungsphase noch nicht zu einer dauerhaften, umfassenden und gerechten Regelung geführt hat, die auf einer beide Volksgruppen einschließenden, bizonalen Föderation und auf politischer Gleichberechtigung beruht, wie in den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats dargelegt, beiden Seiten nahelegend, die Sachverhandlungen über die noch ungelösten Kernfragen in interdependenter Weise zu intensivieren, und betonend, dass der Status quo nicht fortbestehen kann,

*in Anbetracht* der Notwendigkeit, die Prüfung militärischer vertrauensbildender Maßnahmen und die Erörterungen darüber voranzubringen, und mit der Aufforderung, erneute Anstrengungen zur Durchführung aller verbleibenden vertrauensbildenden Maßnahmen zu unternehmen und weitere Schritte zum Aufbau von Vertrauen zwischen den Volksgruppen zu vereinbaren und einzuleiten,

---

<sup>52</sup> S/2014/329.

<sup>53</sup> S/2014/328.

<sup>54</sup> S/2014/461.

*bekräftigend*, wie wichtig es ist, dass Zypern die Grüne Linie weiter überqueren, und dazu ermutigend, im beiderseitigen Einvernehmen weitere Übergangsstellen zu öffnen,

*überzeugt*, dass eine umfassende und dauerhafte Zypern-Regelung viele wichtige Vorteile, einschließlich wirtschaftlicher Vorteile, für alle Zypern hätte, beide Seiten und ihre Führer nachdrücklich dazu auffordernd, eine positive öffentliche Rhetorik zu fördern, und sie dazu ermutigend, beiden Volksgruppen lange vor etwaigen Referenden klar die Vorteile der Regelung sowie die Notwendigkeit zu erläutern, zu ihrer Herbeiführung vermehrte Flexibilität und Kompromissbereitschaft zu zeigen,

*hervorhebend*, wie wichtig die unterstützende Rolle der internationalen Gemeinschaft und insbesondere der beteiligten Parteien ist, indem sie konkrete Schritte unternehmen, um den Führern der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe dabei behilflich zu sein, die sich derzeit bietende Chance voll zu nutzen,

*Kenntnis nehmend* von der Einschätzung des Generalsekretärs, wonach die Sicherheitslage auf der Insel und entlang der Grünen Linie weiterhin stabil ist, und alle Seiten nachdrücklich auffordernd, alle Handlungen, einschließlich Verletzungen des militärischen Status quo, die zu einer Verschärfung der Spannungen führen, die bislang erzielten Fortschritte untergraben oder den guten Willen auf der Insel schädigen könnten, zu vermeiden,

*unter Hinweis* auf die feste Überzeugung des Generalsekretärs, dass die Situation in der Pufferzone verbessert würde, wenn beide Seiten das von den Vereinten Nationen verwendete Aide-mémoire von 1989 akzeptierten,

*mit Bedauern feststellend*, dass beide Seiten den Zugang zu den verbleibenden Minenfeldern in der Pufferzone verwehren und dass die Minenräumung in Zypern fortgesetzt werden muss, feststellend, dass von den Minen in Zypern nach wie vor Gefahr ausgeht, sowie Kenntnis nehmend von den jüngsten Vorschlägen und Gesprächen über die Minenräumung und sich nachdrücklich für eine rasche Einigung über die Erleichterung der Wiederaufnahme der Minenräumoperationen und die Räumung der verbleibenden Minenfelder aussprechend,

*mit Lob* für die Arbeit des Ausschusses für Vermisste in Zypern, hervorhebend, wie wichtig die Verstärkung seiner Tätigkeit ist, nachdrücklich dazu auffordernd, den Zugang zu allen Gebieten rasch zu öffnen, damit der Ausschuss seine Arbeit durchführen kann, und darauf vertrauend, dass dieser Prozess die Aussöhnung zwischen den Volksgruppen fördern wird,

*darin übereinstimmend*, dass die aktive Beteiligung von Gruppen der Zivilgesellschaft, einschließlich Frauengruppen, für den politischen Prozess unerlässlich ist und dazu beitragen kann, dass eine künftige Regelung Bestand hat, daran erinnernd, dass Frauen eine entscheidend wichtige Rolle in Friedensprozessen spielen, unter Begrüßung aller Bemühungen um die Förderung von Kontakten zwischen den beiden Volksgruppen und entsprechender Veranstaltungen, unter anderem durch alle auf der Insel tätigen Stellen der Vereinten Nationen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an beide Seiten, das aktive Engagement der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlichen und gewerblichen Organisationen zu fördern und alle Hindernisse für derartige Kontakte aus dem Weg zu räumen,

*betonend*, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

*unter Begrüßung* der Absicht des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, gegebenenfalls einschließlich der Truppe, weiter aufmerksam zu verfolgen, um Effizienz und Wirksamkeit zu gewährleisten, und in Anbetracht der Wichtigkeit einer Eventualplanung in Bezug auf die Regelung, gegebenenfalls einschließlich Empfehlungen für weitere Anpassungen des Mandats, der Truppenstärke und anderer Ressourcen sowie des Einsatzkonzepts der Truppe, unter Berücksichtigung der Entwicklungen vor Ort und der Auffassungen der Parteien,

*mit Dank Kenntnis nehmend* von den Anstrengungen von Frau Lisa Buttenheim als Sonderbeauftragte des Generalsekretärs und amtierende Sonderberaterin, mit Dank an den scheidenden Kommandeur der Truppe, Generalmajor Chao Liu, unter Begrüßung der neuen Kommandeurin der Truppe, Generalmajorin Kristin Lund, mit Dank an Herrn Alexander Downer für die Anstrengungen, die er während der vergange-

nen sechs Jahre als Sonderberater unternommen hat, und dem Generalsekretär nahelegend, in naher Zukunft einen Sonderberater zu ernennen,

*sich* dem Dank des Generalsekretärs an die Regierung Zyperns und die Regierung Griechenlands für ihre freiwilligen Beiträge zur Finanzierung der Truppe sowie seinem Ersuchen um weitere freiwillige Beiträge seitens anderer Länder und Organisationen *anschließend* und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die Mitgliedstaaten, die Personal zur Truppe beitragen,

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

1. *erkennt* die Fortschritte *an*, die bisher in den umfassenden Verhandlungen erzielt wurden, stellt jedoch fest, dass sie nicht ausgereicht und noch nicht zu einer umfassenden und dauerhaften Regelung geführt haben, und fordert die beiden Seiten nachdrücklich zur Fortsetzung ihrer Gespräche auf, um in den Kernfragen entscheidende Fortschritte zu erzielen;

2. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs<sup>54</sup>;

3. *verweist* auf die Resolution 2026 (2011) vom 14. Dezember 2011 des Sicherheitsrats und fordert die beiden Führer auf,

a) weitere Maßnahmen zur Erreichung von Konvergenzen in den Kernfragen aktiv zu fördern;

b) mit den technischen Ausschüssen weiter zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel, das tägliche Leben der Zypriern zu verbessern;

c) die öffentliche Atmosphäre für die Verhandlungen zu verbessern, namentlich indem sie sich in öffentlichen Aussagen auf Konvergenzen und den Weg voran konzentrieren und konstruktivere und stärker aufeinander abgestimmte Botschaften vermitteln;

d) die Zivilgesellschaft nach Bedarf stärker an dem Prozess zu beteiligen;

4. *fordert mit Nachdruck* die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen und sieht der Vereinbarung und Umsetzung weiterer für beide Seiten annehmbarer derartiger Schritte, einschließlich militärischer vertrauensbildender Maßnahmen und der Öffnung weiterer Übergangsstellen, die zu einem förderlichen Umfeld für eine Regelung beitragen können, erwartungsvoll entgegen;

5. *begrüßt* alle Anstrengungen, den Anforderungen des Ausschusses für Vermisste in Zypern in Bezug auf Exhumierungen zu entsprechen, und fordert alle Parteien auf, angesichts der Notwendigkeit, die Arbeit des Ausschusses zu verstärken, rasch vollen Zugang zu allen Gebieten zu gewähren;

6. *bekräftigt* alle seine einschlägigen Resolutionen über Zypern, insbesondere die Resolution 1251 (1999) vom 29. Juni 1999 und die späteren Resolutionen;

7. *bekundet* der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern *seine volle Unterstützung* und beschließt, ihr Mandat um einen weiteren, am 31. Januar 2015 endenden Zeitraum zu verlängern;

8. *fordert* beide Seiten *auf*, auch künftig dringend und unter Achtung des Mandats der Truppe Konsultationen mit der Truppe über die Festlegung des Verlaufs der Pufferzone und über das Aide-mémoire der Vereinten Nationen von 1989 zu führen, mit dem Ziel, zu einer baldigen Einigung über die noch offenen Fragen zu gelangen;

9. *fordert* die türkisch-zyprische Seite und die türkischen Truppen *auf*, den militärischen Status quo in Strovia wiederherzustellen, der dort vor dem 30. Juni 2000 bestand;

10. *fordert* beide Seiten *auf*, den Minenräumern Zugang zu gewähren und die Räumung der verbleibenden Minen in Zypern innerhalb der Pufferzone zu erleichtern, und fordert beide Seiten nachdrücklich auf, die Minenräumoperationen über die Pufferzone hinaus auszuweiten;

11. *ersucht* den Generalsekretär, bis zum 10. Januar 2015 einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution, einschließlich über die Frage der Eventualplanung im Hinblick auf die Regelung, vorzulegen und den Rat nach Bedarf über die Geschehnisse unterrichtet zu halten;

12. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Truppe unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch künftig alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie Disziplinar- und andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

13. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7229. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

---

## DIE SITUATION BETREFFEND WESTSAHARA<sup>55</sup>

### Beschlüsse

Am 26. August 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>56</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 22. August 2013 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Imam Edy Mulyono (Indonesien) zum Kommandeur der Truppe der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara zu ernennen<sup>57</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Auf seiner 7162. Sitzung am 29. April 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Spaniens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Westsahara

Bericht des Generalsekretärs über die Situation betreffend Westsahara (S/2014/258)“.

### Resolution 2152 (2014) vom 29. April 2014

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen über Westsahara und sie bekräftigend,*

*in Bekräftigung seiner nachdrücklichen Unterstützung für die Anstrengungen des Generalsekretärs und seines Persönlichen Gesandten für Westsahara zur Durchführung der Resolutionen 1754 (2007) vom 30. April 2007, 1783 (2007) vom 31. Oktober 2007, 1813 (2008) vom 30. April 2008, 1871 (2009) vom 30. April 2009, 1920 (2010) vom 30. April 2010, 1979 (2011) vom 27. April 2011, 2044 (2012) vom 24. April 2012 und 2099 (2013) vom 25. April 2013,*

*in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, den Parteien bei der Herbeiführung einer gerechten, dauerhaften und für beide Seiten annehmbaren politischen Lösung behilflich zu sein, die die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara im Rahmen von Regelungen vorsieht, die mit den Grundsätzen und Zielen der*

---

<sup>55</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1975 verabschiedet.

<sup>56</sup> S/2013/508.

<sup>57</sup> S/2013/507.

Charta der Vereinten Nationen im Einklang stehen, und in Anbetracht der Rolle und der Verantwortlichkeiten der Parteien in dieser Hinsicht,

*mit der erneuten Aufforderung* an die Parteien und die Nachbarstaaten, umfassender mit den Vereinten Nationen und miteinander zusammenzuarbeiten und ihre Mitwirkung zu verstärken, um den derzeitigen Stillstand zu überwinden und Fortschritte in Richtung auf eine politische Lösung zu erzielen,

*in Anbetracht* dessen, dass die Herbeiführung einer politischen Lösung für diese langjährige Streitigkeit und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Union des Arabischen Maghreb zu Stabilität und Sicherheit in der Sahel-Region beitragen würde,

*unter Begrüßung* der Anstrengungen des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, einschließlich der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara, weiter aufmerksam zu verfolgen, und erneut erklärend, dass der Rat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss und dass die Ressourcen effektiv bewirtschaftet werden müssen,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die Verstöße gegen bestehende Vereinbarungen und mit der Aufforderung an die Parteien, ihre jeweiligen Verpflichtungen zu achten,

*Kenntnis nehmend* von dem dem Generalsekretär am 11. April 2007 vorgelegten Vorschlag Marokkos<sup>58</sup> und die ernsthaften und glaubwürdigen marokkanischen Anstrengungen begrüßend, den Prozess einer Lösung näherzubringen, sowie Kenntnis nehmend von dem dem Generalsekretär am 10. April 2007 vorgelegten Vorschlag der Frente Popular para la Liberación de Saguía el-Hamra y de Río de Oro (Volksfront für die Befreiung von Saguia el-Hamra und Río de Oro)<sup>59</sup>,

in diesem Zusammenhang die Parteien *ermutigend*, stärkeren politischen Willen für eine Lösung unter Beweis zu stellen, namentlich indem sie erweiterte Gespräche über ihre jeweiligen Vorschläge führen,

*Kenntnis nehmend* von den vier unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs durchgeführten Verhandlungsrunden und unter Begrüßung der von den Parteien eingegangenen Verpflichtung, den Verhandlungsprozess fortzusetzen,

den Parteien *nahelegend*, bei der Umsetzung des aktualisierten Aktionsplans für vertrauensbildende Maßnahmen vom Januar 2012 weiterhin mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten,

*betonend*, wie wichtig es ist, die Menschenrechtssituation in Westsahara und in den Lagern in Tindouf zu verbessern, und den Parteien nahelegend, in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft unabhängige und glaubwürdige Maßnahmen zur Gewährleistung der vollen Achtung der Menschenrechte zu erarbeiten und durchzuführen, eingedenk ihrer diesbezüglichen völkerrechtlichen Verpflichtungen,

den Parteien *nahelegend*, ihre jeweiligen Bemühungen um eine Verbesserung der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte, einschließlich des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Vereinigungsfreiheit, in Westsahara und in den Flüchtlingslagern von Tindouf fortzusetzen,

in dieser Hinsicht *in Anerkennung und unter Begrüßung* der jüngsten Maßnahmen und Initiativen Marokkos zur Stärkung der in Dakhla und Laayoune tätigen Kommissionen des Nationalen Rates für Menschenrechte und der laufenden Interaktion Marokkos mit den Sonderverfahren des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen, einschließlich der für 2014 geplanten Maßnahmen, sowie des geplanten Besuchs des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen im Jahr 2014,

*unter Begrüßung* der Durchführung des vom Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Abstimmung mit der Frente Popular para la Liberación de Saguía el-Hamra y de Río de Oro erarbeiteten Programms für einen verstärkten Flüchtlingsschutz, das Ausbildungs- und Sensibilisierungsiniciativen in Flüchtlings- und Menschenrechtsfragen umfasst,

---

<sup>58</sup> Siehe S/2007/206, Anlage.

<sup>59</sup> S/2007/210, Anlage.

*erneut darum ersuchend*, dass die Frage einer Registrierung der Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern von Tindouf geprüft wird, und um diesbezügliche Anstrengungen bittend,

*unter Begrüßung* der von den Parteien eingegangenen Verpflichtung, den Verhandlungsprozess durch Gespräche unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen fortzusetzen,

*in der Erkenntnis*, dass die Konsolidierung des Status quo kein annehmbares Ergebnis ist, und ferner feststellend, dass Fortschritte bei den Verhandlungen unerlässlich dafür sind, alle Aspekte der Lebensqualität des Volkes von Westsahara zu verbessern,

*in Bekräftigung* seiner Unterstützung für den Persönlichen Gesandten des Generalsekretärs, Herrn Christopher Ross, und die Arbeit, die er zur Erleichterung von Verhandlungen zwischen den Parteien leistet, und dementsprechend unter Begrüßung der jüngsten Initiativen des Persönlichen Gesandten und seiner laufenden Konsultationen mit den Parteien und den Nachbarstaaten,

*in Bekräftigung* seiner Unterstützung für den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westsahara und Leiter der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara, Herrn Wolfgang Weisbrod-Weber,

*nach Behandlung* des Berichts des Generalsekretärs vom 10. April 2014<sup>60</sup>,

1. *beschließt*, das Mandat der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara bis zum 30. April 2015 zu verlängern;

2. *bekräftigt* die Notwendigkeit, die mit der Mission geschlossenen Militärabkommen in Bezug auf die Waffenruhe in vollem Umfang einzuhalten, und fordert die Parteien auf, diese Abkommen uneingeschränkt zu befolgen;

3. *fordert* alle Parteien *auf*, bei den Einsätzen der Mission, so auch im Hinblick auf deren ungehinderten Austausch mit allen Gesprächspartnern, voll zu kooperieren und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit sowie die Bewegungsfreiheit und den sofortigen Zugang des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals bei der Wahrnehmung seines Mandats zu gewährleisten, im Einklang mit den bestehenden Vereinbarungen;

4. *begrüßt* die von den Parteien eingegangene Verpflichtung, den Prozess der Vorbereitung einer fünften Verhandlungsrunde fortzusetzen, und erinnert daran, dass er sich der in dem Bericht des Generalsekretärs vom 14. April 2008 enthaltenen Empfehlung angeschlossen hat, wonach es für Verhandlungsfortschritte unerlässlich ist, dass die Parteien Realismus und einen Geist des Kompromisses beweisen<sup>61</sup>;

5. *fordert* die Parteien *auf*, weiter den politischen Willen zu zeigen und in einer dem Dialog förderlichen Atmosphäre zu arbeiten, um in eine intensivere und stärker sachbezogene Verhandlungsphase einzutreten, und so die Durchführung der Resolutionen 1754 (2007), 1783 (2007), 1813 (2008), 1871 (2009), 1920 (2010), 1979 (2011), 2044 (2012) und 2099 (2013) und den Erfolg der Verhandlungen sicherzustellen;

6. *bekräftigt seine nachdrückliche Unterstützung* für die Entschlossenheit, mit der der Generalsekretär und sein Persönlicher Gesandter in diesem Zusammenhang auf eine Lösung der Westsahara-Frage hinarbeiten, und fordert erneute Treffen und die Verstärkung der Kontakte;

7. *fordert* die Parteien *auf*, die Verhandlungen unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs ohne Vorbedingungen und in redlicher Absicht unter Berücksichtigung der seit 2006 unternommenen Anstrengungen und der späteren Entwicklungen fortzusetzen, mit dem Ziel, eine gerechte, dauerhafte und für beide Seiten annehmbare politische Lösung herbeizuführen, die die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara im Rahmen von Regelungen vorsieht, die mit den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen im Einklang stehen, und verweist auf die Rolle und die Verantwortlichkeiten der Parteien in dieser Hinsicht;

---

<sup>60</sup> S/2014/258.

<sup>61</sup> S/2008/251, Ziff. 66.

8. *bittet* die Mitgliedstaaten, für diese Gespräche angemessene Unterstützung zu gewähren;

9. *ersucht* den Generalsekretär, den Sicherheitsrat regelmäßig, mindestens jedoch zweimal jährlich über den Stand und den Fortgang dieser unter seiner Schirmherrschaft geführten Verhandlungen, über die Durchführung dieser Resolution sowie über Schwierigkeiten bei den Einsätzen der Mission und die zu ihrer Bewältigung ergriffenen Maßnahmen zu unterrichten, bekundet seine Absicht, zusammenzutreten, um diese Unterrichtungen entgegenzunehmen und zu erörtern, und ersucht den Generalsekretär in dieser Hinsicht ferner, weit vor Ablauf des Mandatszeitraums einen Bericht über die Situation in Westsahara vorzulegen;

10. *begrüßt* es, dass die Parteien und die Nachbarstaaten zugesagt haben, regelmäßige Treffen mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen abzuhalten, um vertrauensbildende Maßnahmen zu prüfen und nach Möglichkeit zu erweitern;

11. *fordert* die Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, freiwillige Beiträge zur Finanzierung vertrauensbildender Maßnahmen zu leisten, die die Parteien vereinbart haben, einschließlich Maßnahmen, die Besuche zwischen voneinander getrennten Familienmitgliedern ermöglichen;

12. *stellt fest*, dass der Generalsekretär um zusätzliche 15 Militärbeobachter der Vereinten Nationen ersucht hat, und unterstützt dieses Ersuchen im Rahmen der vorhandenen Mittel;

13. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in der Mission uneingeschränkt beachtet wird, und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

14. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7162. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschluss**

Am 8. Mai 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>62</sup>:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 6. Mai 2014 betreffend Ihre Absicht, Frau Kim Bolduc (Kanada) zu Ihrer Sonderbeauftragten für Westsahara und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara zu ernennen<sup>63</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

---

## **FRIEDENSSICHERUNGSEINSÄTZE DER VEREINTEN NATIONEN<sup>64</sup>**

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7196. Sitzung am 11. Juni 2014 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, Äthiopiens, Bangladeschs, Belaruss, Brasiliens, der Demokratischen Republik Kongo, Guatemalas, Indiens, Indonesiens, Irlands, Italiens, Japans, Kasachstans, Malawis, Malaysias, Marokkos, Neuseelands, der Niederlande, Pakistans, Perus, der Philippinen, Schwedens, Senegals, Spaniens, Thailands, der Türkei, der

---

<sup>62</sup> S/2014/323.

<sup>63</sup> S/2014/322.

<sup>64</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1990 verabschiedet.

Ukraine, Uruguays, der Vereinigten Republik Tansania, Vietnams und Zyperns gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen

Jüngste Trends

Schreiben des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen an den Generalsekretär, datiert vom 1. Juni 2014 (S/2014/384)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7228. Sitzung am 28. Juli 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, Armeniens, Brasiliens, Deutschlands, Estlands (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Fidschis, Georgiens, Guatemalas, Indiens, Indonesiens, Irlands, Italiens, Japans, Malawis, Malaysias, Marokkos, Neuseelands, Pakistans (Minister für auswärtige Angelegenheiten und Sonderassistent des Premierministers), der Philippinen, Rumäniens, Schwedens, Simbabwe, Spaniens, Thailands und der Türkei gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen, regionale Partnerschaften und deren Entwicklung.

Schreiben des Ständigen Vertreters Ruandas bei den Vereinten Nationen vom 3. Juli 2014 an den Generalsekretär (S/2014/478)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Maciej Popowski, den Stellvertretenden Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes der Europäischen Union, Herrn Tête António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen und Frau Eirini Lemos-Maniati, die Hohe Zivile Verbindungsbeauftragte der Nordatlantikvertrags-Organisation zu den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

### **Resolution 2167 (2014) vom 28. Juli 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen,

*sowie unter Hinweis* auf alle seine früheren einschlägigen Resolutionen, namentlich die Resolution 2033 (2012) vom 12. Januar 2012 über die Zusammenarbeit mit regionalen und subregionalen Organisationen in Fragen der Wahrung des Friedens und der Sicherheit, und die Erklärungen seines Präsidenten, in denen unterstrichen wird, wie wichtig der Aufbau wirksamer Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen, insbesondere der Afrikanischen Union, im Einklang mit der Charta und den entsprechenden Satzungen der regionalen und subregionalen Organisationen ist,

*ferner unter Hinweis* auf seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie in der Erkenntnis, dass die Zusammenarbeit mit regionalen und subregionalen Organisationen in Fragen der Wahrung des Friedens und der Sicherheit in Übereinstimmung mit Kapitel VIII der Charta die kollektive Sicherheit verbessern kann,

*in Bekräftigung* seiner Entschlossenheit, die Ziele und Grundsätze der Charta, einschließlich der Grundsätze der politischen Unabhängigkeit, der souveränen Gleichheit und der territorialen Unversehrtheit aller Staaten, zu denen er sich bekennt und die er achtet, bei der Durchführung aller friedenssichernden Tätigkeiten hochzuhalten, sowie der Notwendigkeit, dass die Staaten ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht nachkommen,



*entschlossen*, die zentrale Rolle der Vereinten Nationen bei der Friedenssicherung zu stärken und sicherzustellen, dass das durch die Charta errichtete System der kollektiven Sicherheit wirksam funktioniert, und es begrüßend, dass der Generalsekretär eine umfassende Überprüfung der Friedenssicherungstätigkeiten der Vereinten Nationen angekündigt hat,

*erneut erklärend*, dass die Achtung der Grundprinzipien der Friedenssicherung, darunter die Zustimmung der Parteien, die Unparteilichkeit und die Nichtanwendung von Gewalt außer zur Selbstverteidigung und zur Verteidigung des Mandats, für den Erfolg der Friedenssicherungseinsätze unerlässlich ist,

*in der Erkenntnis*, dass sich die Regionalorganisationen in einer guten Ausgangsposition befinden, um die Ursachen bewaffneter Konflikte zu verstehen, da sie über Kenntnisse der Region verfügen, welche für ihre Anstrengungen, auf die Verhütung oder Beilegung dieser Konflikte einzuwirken, von Vorteil sein können, und die Anstrengungen anerkennend, die die Afrikanische Union unternimmt, um den Aufgabenbereich der Afrikanischen Bereitschaftstruppe zu überprüfen, im Einklang mit den Empfehlungen der Gruppe unabhängiger Sachverständiger aus dem Jahr 2013,

*sowie in Anerkennung* der Rolle, die regionale und subregionale Organisationen beim Schutz von Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, sowie bei der Prävention sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in bewaffneten Konflikten und Postkonfliktsituationen und bei der Reaktion darauf spielen können, und in Unterstützung der entscheidenden Rolle, die Frauen bei allen Maßnahmen zur Förderung von Frieden und Sicherheit spielen, namentlich bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und der Milderung ihrer Auswirkungen,

*ferner in Anerkennung* des wertvollen Beitrags der für den Schutz der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder zuständigen regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen und in Würdigung der am 17. September 2013 vom Büro des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Friedens- und Sicherheitsabteilung der Kommission der Afrikanischen Union unterzeichneten Erklärung zur Integration von Schutzmechanismen in alle Aktivitäten der Afrikanischen Union auf den Gebieten Frieden und Sicherheit in enger Partnerschaft mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen sowie der Leitlinien der Europäischen Union zum Thema Kinder und bewaffnete Konflikte, einschließlich ihrer Checkliste für die Integration des Schutzes von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, in Operationen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union,

*in Anerkennung* der Rolle, die die regionalen und subregionalen Organisationen bei der Friedenskonsolidierung nach Konflikten spielen können, namentlich auf dem Gebiet der Sicherheitssektorreform, der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, der Rechtsstaatlichkeit und bei Wiederherstellung, Wiederaufbau und Entwicklung, und in Bekräftigung der Bedeutung des Zusammenwirkens und der Kooperation zwischen der Kommission für Friedenskonsolidierung und den regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen,

*betonend*, wie nützlich der Aufbau wirksamer Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen ist, um eine rasche Reaktion auf Streitigkeiten und neu auftretende Krisen zu ermöglichen und die Rolle der Vereinten Nationen bei der Konfliktprävention zu stärken, und betonend, dass eine Koordinierung der Anstrengungen auf regionaler Ebene notwendig sein kann, um eine umfassende Strategie zur Gewährleistung der Wirksamkeit der friedenssichernden Tätigkeiten zum Vorgehen gegen Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit auszuarbeiten,

*hervorhebend*, wie nützlich die Weitergabe der Erfahrungen der Länder ist, die Konflikt- und Postkonfliktsituationen und vergleichbare Übergangsprozesse durchlaufen haben, und betonend, wie wichtig eine wirksame regionale, Süd-Süd- und Dreieckskooperation ist,

*unter Begrüßung* der fortlaufenden Anstrengungen und der erweiterten Friedenssicherungsrolle der regionalen und subregionalen Organisationen im Einklang mit der Charta und den Resolutionen und Beschlüssen des Sicherheitsrats, insbesondere auch als Wegbereiter für Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen, und mit der Aufforderung an die regionalen und subregionalen Organisationen, die Kohärenz und Koordinierung ihrer Friedenssicherungsmaßnahmen mit denen der Friedenssicherungseinsätze und der Besonderen politischen Missionen sowie mit der umfassenderen Präsenz der Vereinten Nationen vor Ort zu fördern,

*sowie unter Begrüßung* der von regionalen oder subregionalen Organisationen, darunter die Afrikanische Union, die Europäische Union, die Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika, die Ostafrikanische Gemeinschaft, die Organisation der amerikanischen Staaten, die Union Südamerikanischer Nationen, die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten, die Karibische Gemeinschaft, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, die Liga der arabischen Staaten, der Verband Südostasiatischer Nationen und die Union des Arabischen Maghreb, bereits ergriffenen Initiativen auf dem Gebiet der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

*ferner unter Begrüßung* der Partnerschaft der Vereinten Nationen mit der Afrikanischen Union auf dem Gebiet der Friedenssicherung, einschließlich der Unterstützung der Anstrengungen der Afrikanischen Union zur Erarbeitung von Politikkonzepten, Leitlinien und Ausbildungsprogrammen, insbesondere in den Bereichen Sicherheitssektorreform, Wiederaufbau nach Konflikten, Frauen, Frieden und Sicherheit und Schutz von Zivilpersonen, einschließlich des Schutzes von Kindern und der Prävention sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in bewaffneten Konflikten und Postkonfliktsituationen und der Reaktion darauf, und damit unter Begrüßung des am 31. Januar 2014 unterzeichneten Rahmens für die Zusammenarbeit zwischen der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten und der Afrikanischen Union und seine Durchführung fordernd,

in dieser Hinsicht *unter Hinweis* auf seine Entschlossenheit, die Personalstärke, das Mandat und die Zusammensetzung von Friedenssicherungseinsätzen in Absprache mit den jeweiligen Interessenträgern regelmäßig zu bewerten, damit gegebenenfalls nach Maßgabe der erzielten Fortschritte oder der sich verändernden Umstände vor Ort, namentlich bei der Sicherheit, die erforderlichen Anpassungen vorgenommen werden können, je nach Fall eine Umstrukturierung, ein Übergang oder ein Abzug,

*betonend*, dass die Friedenssicherungstätigkeiten der Vereinten Nationen so durchgeführt werden sollen, dass die Friedenskonsolidierung nach Konflikten erleichtert, ein Rückfall in einen bewaffneten Konflikt verhütet und Fortschritte in Richtung auf dauerhaften Frieden und nachhaltige Entwicklung erzielt werden, und feststellend, dass das Mandat jeder Friedenssicherungsmission auf die Bedürfnisse und die Situation des jeweiligen Landes zugeschnitten ist,

*anerkennend*, dass eine der Hauptschwierigkeiten, denen sich einige Regionalorganisationen, insbesondere die Afrikanische Union, bei der wirksamen Erfüllung des Mandats zur Wahrung des regionalen Friedens und der regionalen Sicherheit gegenübersehen, darin besteht, berechenbare, nachhaltige und flexible Ressourcen sicherzustellen,

*unter Hinweis* auf seine Resolution 1809 (2008) vom 16. April 2008, in der der Vorschlag des Generalsekretärs begrüßt wurde, eine gemeinsame Gruppe der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen einzurichten, die Optionen für die Unterstützung der Regionalorganisationen erörtern soll, wenn diese im Rahmen eines Mandats des Sicherheitsrats Friedenssicherungseinsätze durchführen, und unter Begrüßung der Maßnahmen der Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, Ressourcen aus den Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union zur Unterstützung von Friedensunterstützungsmissionen zu mobilisieren,

## **Politische Fragen**

1. *unterstreicht*, wie wichtig Partnerschaft und Zusammenarbeit mit den maßgeblichen regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen im Einklang mit Kapitel VIII der Charta bei der Unterstützung von Friedenssicherungseinsätzen, einschließlich in Fragen betreffend den Schutz von Zivilpersonen, unter Berücksichtigung des jeweiligen Mandats dieser Einsätze, und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen und bei der Stärkung der regionalen und nationalen Eigenverantwortung sind, erklärt darüber hinaus erneut, dass der wachsende Beitrag regionaler und subregionaler Organisationen die Arbeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit auf nützliche Weise ergänzen kann, und betont in dieser Hinsicht, dass dieser Beitrag im Einklang mit Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen geleistet werden muss, wonach die regionalen und subregionalen Organisationen den Sicherheitsrat jederzeit über alle Maßnahmen auf dem Laufenden zu halten haben, die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit getroffen oder in Aussicht genommen werden;

2. *bekundet seine Entschlossenheit*, wirksame Schritte zum weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen, insbesondere der Afrikanischen Union, im Einklang mit Kapitel VIII der Charta zu unternehmen;

3. *ermutigt* die regionalen und subregionalen Organisationen, sich auch weiterhin an der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu beteiligen, namentlich durch Konfliktprävention, Vertrauensbildung und Vermittlungsbemühungen;

4. *begrüßt und ermutigt weiter* die laufenden Anstrengungen der Afrikanischen Union und der subregionalen Organisationen, ihre Friedenssicherungskapazität zu stärken, Friedenssicherungseinsätze auf dem Kontinent durchzuführen, im Einklang mit Kapitel VIII der Charta, und sich über den Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union mit den Vereinten Nationen abzustimmen, sowie die laufenden Bemühungen um den Aufbau eines kontinentalen Frühwarnsystems, einer Reaktionskapazität wie der Afrikanischen Bereitschaftstruppe und einer erweiterten Vermittlungskapazität, namentlich durch die Gruppe der Weisen;

5. *begrüßt* in dieser Hinsicht die von der Ostafrikanischen Gemeinschaft kürzlich ergriffenen Maßnahmen, ihre Verfügungsbereitschaftsabkommen zu aktivieren und den im Zusammenhang mit der Afrikanischen Bereitschaftstruppe erforderlichen Beitrag aufzubringen;

6. *hebt hervor*, dass die Rolle des Amtssitzes der Vereinten Nationen wie auch der Sitze der Regionalorganisationen bei der Bereitstellung strategischer Anleitung und Unterstützung für die Führungsstrukturen der Missionen gestärkt werden muss, um die wirksame Steuerung der Einsätze zu gewährleisten;

7. *begrüßt* die jüngsten Entwicklungen in der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union und der Europäischen Union, namentlich den Beitrag der Europäischen Union zum Ausbau der Kapazitäten der Afrikanischen Union, und ermutigt die regionalen und subregionalen Organisationen weiter, ihre Zusammenarbeit untereinander zu verstärken und auszuweiten, namentlich die Anstrengungen zum Ausbau ihrer jeweiligen Kapazitäten auf dem Gebiet der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit;

8. *ist sich* der Notwendigkeit *bewusst*, die Zusammenarbeit und die Konsultationen mit den truppen- und polizeistellenden Ländern weiter zu verstärken, namentlich durch eine Dreieckskooperation zwischen dem Sicherheitsrat, den truppen- und polizeistellenden Ländern und dem Sekretariat, und legt allen Interessenträgern nahe, sich aktiv an offenen und häufigeren Konsultationsprozessen zu beteiligen, um die Durchführung der Mandate effizienter zu gestalten;

9. *ermutigt* die Kommission für Friedenskonsolidierung, weiter in enger Abstimmung mit den regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen zu arbeiten, um kohärentere und besser integrierte Strategien für die Friedenskonsolidierung und die Wiederherstellung nach Konflikten zu gewährleisten;

10. *ermutigt* die in Betracht kommenden regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen, zur Bewältigung der weitreichenden Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder beizutragen, bittet sie, auch weiterhin systematisch den Kinderschutz in ihre Kampagnen, Politiken, Programme und Missionsplanungen zu integrieren, Leitlinien zum Schutz der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder zu erarbeiten und zu erweitern sowie das Personal ihrer Friedenssicherungs- und Feldeinsätze zu schulen und Kinderschutzpersonal in diese Einsätze aufzunehmen, und fordert sie erneut auf, innerhalb ihrer Sekretariate Mechanismen zum Schutz von Kindern einzurichten, namentlich indem sie Kinderschutzkoordinatoren ernennen;

#### **Operative Fragen**

11. *bekräftigt seine Absicht*, weitere Schritte zur Förderung einer engeren und stärker operativ orientierten Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen auf den Gebieten der Frühwarnung, der Konfliktprävention, der Friedenssicherung und der Friedenskonsolidierung zu prüfen und die Kohärenz, Synergie und kollektive Wirksamkeit der entfalteten Bemühungen sicherzustellen, und begrüßt in dieser Hinsicht die bereits bestehenden soliden Kooperationsinitiativen zwischen den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union und der Europäischen Union;

12. *betont*, wie wichtig es für die Vereinten Nationen ist, die regionalen und subregionalen Organisationen stärker zu befähigen, rasch Friedenssicherungskräfte zur Unterstützung von Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen oder sonstigen vom Sicherheitsrat genehmigten Einsätzen bereitzustellen, und begrüßt die in dieser Hinsicht ergriffenen Initiativen;

13. *ersucht* in diesem Zusammenhang den Generalsekretär, in umfassender und enger Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union eine systematische Auswertung der Erfahrungen mit dem Übergang von den Friedensmissionen der Afrikanischen Union zu Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen in Mali und der Zentralafrikanischen Republik einzuleiten und bis spätestens 31. Dezember 2014 konkrete Empfehlungen zu erarbeiten, die für mögliche künftige Übergangsregelungen genutzt werden könnten;

14. *legt* den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen, besonders der Afrikanischen Union, *nahe*, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Beziehungen zu stärken und eine wirksamere Partnerschaft aufzubauen, wenn es darum geht, Fragen von gemeinsamem Interesse anzugehen, und unterstreicht, dass die Verfahren der Vereinten Nationen und der Regionalorganisationen für die gemeinsame einsatzvorbereitende Planung und die gemeinsame Einsatzauswertung verbessert werden müssen, um die Wirksamkeit der Friedenssicherungsmissionen zu erhöhen;

15. *betont*, dass die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union darauf hinwirken müssen, dass Frauen- und Geschlechterperspektiven in alle Friedens- und Sicherheitsbemühungen der beiden Organisationen voll einbezogen werden, namentlich indem sie die erforderlichen Kapazitäten aufbauen, und ermutigt die regionalen und subregionalen Organisationen, soweit angezeigt, Sachverständige für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen in Friedenssicherungs- und Feldeinsätze aufzunehmen und Führungspositionen in der regionalen und subregionalen Friedenssicherung verstärkt mit Frauen zu besetzen;

16. *ermutigt* den Generalsekretär und die regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen, den Austausch von Informationen über ihre jeweiligen Kapazitäten und die gewonnenen Erfahrungen auf dem Gebiet der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu verstärken und auch weiterhin bewährte Verfahren zusammenzustellen, insbesondere im Bereich der Vermittlung, der Guten Dienste und der Friedenssicherung, und ermutigt außerdem die regionalen und subregionalen Organisationen, diesbezüglich die Zusammenarbeit und den Dialog untereinander zu verstärken;

17. *anerkennt* die von der Abteilung Polizei der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze durchgeführten inklusiven Konsultationsprozesse bei der Ausarbeitung des Rahmens strategischer Leitlinien für internationale polizeiliche Friedenssicherung und befürwortet eine engere Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen dem Sekretariat der Vereinten Nationen und den internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen in Fragen der Polizeiarbeit, namentlich durch Schulungen, die Weitergabe und den Austausch von Wissen und thematischen Sachkenntnissen und gegenseitige operative Unterstützung;

18. *befürwortet* ein stärkeres Engagement des in der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze angesiedelten Teams zur Unterstützung der Friedenssicherungsmaßnahmen der Afrikanischen Union und des Büros der Vereinten Nationen bei der Afrikanischen Union als Koordinierungsstrukturen, mit dem Ziel, den erforderlichen Sachverstand bereitzustellen und technisches Wissen weiterzugeben, um die Kapazität der Abteilung Friedensunterstützungsmissionen der Afrikanischen Union auszubauen, namentlich bei der Planung und Steuerung von Missionen, sowie die Entsendung von Mitarbeitern der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten zur Afrikanischen Union, die dabei behilflich sein sollen, die Gruppe der Weisen und andere Vermittlungsprogramme effektiv zu operationalisieren;

19. *fordert* den Generalsekretär *auf*, sich mit der Kommission der Afrikanischen Union abzustimmen und diese dabei zu unterstützen, ein Verzeichnis der benötigten Kapazitäten sowie Empfehlungen darüber zu erarbeiten, wie die Afrikanische Union ihre militärischen, polizeilichen, technischen, logistischen und administrativen Fähigkeiten weiter ausbauen kann, begrüßt die Praxis des Austauschs von Mitarbeitern, insbesondere zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union, befürwortet ihre Fortsetzung, insbesondere in Bezug auf Personal aus den Bereichen Finanzen und Logistik, und ermutigt ferner die Afrikanische Union, ihre Prioritäten in Bezug auf die Mitarbeiterschulung zu bestimmen, insbesondere in den Bereichen Finanzen, Logistik und Verwaltung;

20. *bittet* die regionalen und subregionalen Organisationen, die Einrichtung des Systems der Verfügungsbereitschaftsabkommen für Konfliktprävention und Friedenssicherung zu beschleunigen, begrüßt in dieser Hinsicht die Zusage der führenden afrikanischen Politiker auf dem Gipfeltreffen von Malabo am 26. und 27. Juni 2014 und die von der Kommission der Afrikanischen Union unternommenen Schritte zur Operationalisierung der Afrikanischen Kapazität für sofortige Krisenreaktion, legt den Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union nahe, für diese Initiative substanzielle Zusagen zu mobilisieren, und legt ferner der Kommission der Afrikanischen Union nahe, dieses Konzept mit der Afrikanischen Bereitschaftstruppe zu harmonisieren;

#### Finanzielle Fragen

21. *bekräftigt* seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten in Bezug auf den Prodi-Bericht<sup>65</sup>, namentlich die Erklärungen vom 26. Oktober 2009<sup>66</sup>, vom 22. Oktober 2010<sup>67</sup> und vom 6. August 2013<sup>68</sup> sowie die Resolutionen 1809 (2008), 2033 (2012) und 2086 (2013) vom 21. Januar 2013;

22. *erklärt erneut*, dass die Regionalorganisationen dafür verantwortlich sind, personelle, finanzielle, logistische und sonstige Ressourcen für ihre Organisation zu beschaffen, unter anderem durch Beiträge ihrer Mitglieder und Unterstützung durch ihre Partner, und begrüßt die von Partnern in dieser Hinsicht geleistete wertvolle finanzielle Unterstützung;

23. *betont*, dass die Finanzierung der Regionalorganisationen berechenbarer, nachhaltiger und flexibler gestaltet werden muss, wenn diese im Rahmen eines Mandats des Sicherheitsrats Friedenssicherungstätigkeiten durchführen, und anerkennt die Vorteile gemeinsamer Planungsmissionen und Bewertungsbesuche zur Ermittlung des Bedarfs der regionalen Friedensunterstützungsmissionen;

24. *bekundet erneut seine Entschlossenheit*, den Friedenssicherungseinsätzen klare, glaubwürdige und erfüllbare Mandate zu erteilen und sie mit den entsprechenden Ressourcen auszustatten;

25. *fordert* die Mitgliedstaaten und die in Betracht kommenden internationalen Organisationen *nachdrücklich auf*, die Kapazitäten der regionalen und subregionalen Organisationen, insbesondere der afrikanischen regionalen und subregionalen Organisationen, auf dem Gebiet der Konfliktprävention und des Krisenmanagements sowie der Stabilisierung nach Konflikten stärken zu helfen, namentlich durch die Bereitstellung personeller, technischer und finanzieller Unterstützung;

26. *begrüßt* in dieser Hinsicht die von der Europäischen Union über die Friedensfazilität für Afrika geleistete Unterstützung, insbesondere die Unterstützung für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia und die Internationale Unterstützungsmission in der Zentralafrikanischen Republik unter afrikanischer Führung;

27. *begrüßt ferner* die umfangreiche Unterstützung durch die bilateralen Partner der Afrikanischen Union bei der Entsendung von Einsätzen unter afrikanischer Führung und ermutigt sie zur Fortsetzung dieser Bemühungen;

28. *ersucht* den Generalsekretär, in engem Benehmen mit der Kommission der Afrikanischen Union und der Europäischen Union bis spätestens 31. März 2015 einen Bewertungsbericht und Empfehlungen zu den Fortschritten bei den Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und den maßgeblichen Regionalorganisationen bei Friedenssicherungseinsätzen vorzulegen;

29. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7228. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

---

<sup>65</sup> Bericht der Gruppe der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen über Modalitäten zur Unterstützung der Friedenssicherungseinsätze der Afrikanischen Union (siehe S/2008/813).

<sup>66</sup> S/PRST/2009/26.

<sup>67</sup> S/PRST/2010/21.

<sup>68</sup> S/PRST/2013/12.

## DIE SITUATION IN LIBERIA<sup>69</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7029. Sitzung am 10. September 2013 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Liberias (Minister für nationale Verteidigung) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Liberia

Sechszwanzigster Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in Liberia (S/2013/479)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Karin Landgren, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Liberia und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, und Herrn Staffan Tillander (Schweden) in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Liberia-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7033. Sitzung am 18. September 2013 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Liberia

Sechszwanzigster Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in Liberia (S/2013/479)“.

### **Resolution 2116 (2013) vom 18. September 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Liberia und der Subregion, insbesondere seine Resolutionen 1509 (2003) vom 19. September 2003, 1836 (2008) vom 29. September 2008, 1885 (2009) vom 15. September 2009, 1938 (2010) vom 15. September 2010, 1971 (2011) vom 3. März 2011, 2008 (2011) vom 16. September 2011 und 2066 (2012) vom 17. September 2012, Resolution 2100 (2013) vom 25. April 2013 über die Situation in Mali und Resolution 2112 (2013) vom 30. Juli 2013 über die Situation in Côte d'Ivoire,

*unter Begrüßung* des Berichts des Generalsekretärs vom 28. Februar 2013<sup>70</sup> und seines Berichts vom 12. August 2013<sup>71</sup> und von den darin enthaltenen Empfehlungen Kenntnis nehmend,

*sowie unter Begrüßung* der insgesamt bei der Wiederherstellung des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität in Liberia erzielten Fortschritte, anlässlich des zehnten Jahrestags des Umfassenden Friedensabkommens<sup>72</sup> das anhaltende Bekenntnis des Volkes und der Regierung Liberias zum Frieden und zur Entwicklung demokratischer Prozesse und Institutionen und zur Einleitung wichtiger Reformbemühungen würdigend und ferner die fortgesetzten Bemühungen der Regierung zum Ausbau der Sicherheitszusammenarbeit in der Subregion würdigend, insbesondere mit den Regierungen Guineas, Sierra Leones und Côte d'Ivoires,

*in der Erkenntnis*, dass für eine dauerhafte Stabilität in Liberia und in der Subregion gut funktionierende, rechenschaftspflichtige und tragfähige staatliche Institutionen, namentlich im Bereich der Sicherheit und der Rechtsstaatlichkeit, erforderlich sein werden,

---

<sup>69</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1991 verabschiedet.

<sup>70</sup> S/2013/124.

<sup>71</sup> S/2013/479.

<sup>72</sup> Siehe S/2003/850.

die Regierung Liberias *ermutigend*, ihre Anstrengungen zur Förderung der nationalen Aussöhnung und der wirtschaftlichen Erholung, zur Bekämpfung der Korruption und zur Förderung der Effizienz und einer guten Regierungsführung zu beschleunigen, insbesondere indem sie die Transparenz und die Rechenschaftslegung der Regierung bei der wirksamen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen Liberias weiter stärkt, mit Besorgnis feststellend, dass es potenziell zu Konflikten um die natürlichen Ressourcen Liberias und zu Streitigkeiten über Fragen des Grundeigentums kommen kann, und feststellend, dass Probleme im Zusammenhang mit Korruption die Stabilität und die Wirksamkeit der staatlichen Institutionen zu untergraben drohen,

*anerkennend*, dass die Regierung Liberias das Mandat der Kommission zur Überprüfung der Verfassung verlängert hat, einem umfassenden, alle Seiten einschließenden Prozess zur Überprüfung der Verfassung und der Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans für Menschenrechte und der Durchführung des Nationalen Fahrplans zur Aussöhnung mit Interesse entgegensehend, mit der nachdrücklichen Aufforderung zu Anstrengungen zur Stärkung der Unabhängigen Nationalen Menschenrechtskommission und mit der Aufforderung an alle liberianischen Interessenträger, die Dynamik für die Erreichung eines stärkeren sozialen Zusammenhalts zu erhöhen,

*unter Begrüßung* der Beiträge der Kommission für Friedenskonsolidierung zur Reform des Sicherheitssektors, zur Rechtsstaatlichkeit und zur nationalen Aussöhnung, es ferner begrüßend, dass mit Unterstützung des Friedenskonsolidierungsfonds das erste Justiz- und Sicherheitszentrum in Gbarnga geschaffen wurde, und der Regierung Liberias nahelegend, bei der prioritären Entwicklung zusätzlicher Zentren die gewonnenen Erkenntnisse anzuwenden, um die Bereitstellung von Sicherheitsdiensten und anderen benötigten Dienstleistungen auf das gesamte Land auszuweiten,

*mit dem Ausdruck seiner Anerkennung* für die fortlaufende Hilfe, die sowohl die Regierung Liberias als auch das liberianische Volk den ivoirischen Flüchtlingen im Osten Liberias leisten, und Kenntnis nehmend von den Fortschritten bei ihrer freiwilligen Repatriierung nach Côte d'Ivoire,

*unter Begrüßung* der Bekanntmachung der Nationalen Vision 2030 im Dezember 2012 und mit Interesse erwartend, dass sie den Liberianern einen breit angelegten partizipatorischen Prozess zur Bewältigung der sich dem Land stellenden langfristigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen bieten wird,

*Kenntnis nehmend* von der Wirksamkeit der von der Nationalpolizei Liberias, dem Büro für Einwanderung und Einbürgerung und den Liberianischen Streitkräften gemeinsam durchgeführten Operation „Wiederherstellung der Hoffnung“ an der Grenze Liberias zu Côte d'Ivoire und feststellend, dass die Instabilität im Westen Côte d'Ivoires nach wie vor grenzüberschreitende Sicherheitsprobleme für Liberia und Côte d'Ivoire aufwirft,

*mit Lob* für die Arbeit der Mission der Vereinten Nationen in Liberia unter der Führung der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und für den bedeutenden Beitrag, den sie nach wie vor zur Wahrung des Friedens und der Stabilität in Liberia leistet, mit Befriedigung Kenntnis nehmend von der zunehmenden Zusammenarbeit zwischen der Mission und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire mit Besorgnis Kenntnis nehmend von den durch die Unsicherheit verursachten Bedrohungen der Stabilität, insbesondere durch die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, darunter unerlaubte Aktivitäten wie Waffenhandel, es in dieser Hinsicht begrüßend, dass die Mission eine umfassende Strategie zum Schutz von Zivilpersonen erarbeitet hat, und die Anstrengungen befürwortend, die dafür sorgen sollen, dass innerhalb der Mission ausreichende Kapazitäten und Fachkenntnisse im Bereich Menschenrechte vorhanden sind, damit sie ihre Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte und zur Überwachung ihrer Einhaltung durchführen kann,

*erklärend*, dass die Regierung Liberias die Hauptverantwortung für die Reform des Sicherheitssektors trägt, und die Regierung ermutigend, mit Unterstützung der Mission zu zeigen, dass bei der Reform und Neugliederung des Justizsektors wesentliche Fortschritte erzielt wurden,

*in Würdigung* der Zusammenarbeit und der erheblichen Anstrengungen der Regierung Liberias und der Mission in Bezug auf die Planung, Verwaltung und Durchführung der ersten Phase des Abbaus der Militärkomponente der Mission gemäß Resolution 2066 (2012) des Rates, mit Besorgnis feststellend, dass

die Regierung nach wie vor Schwierigkeiten hat, die laufenden Kosten für den Einsatz von Sicherheitspersonal und Mitteln zum Betrieb und Erhalt der geräumten Standorte zu finanzieren, die Regierung nachdrücklich auffordernd, sich stärker um Fortschritte bei der Übertragung der Sicherheitsaufgaben von der Mission auf die nationalen Behörden zu bemühen, insbesondere im Hinblick auf die Festlegung der Prioritäten und die Zuweisung der Ressourcen zur Behebung der kritischen Mängel sowie die Verbesserung der Kapazitäten und Fähigkeiten der Nationalpolizei Liberias, des Büros für Einwanderung und Einbürgerung und des Justizsektors, und die Regierung ferner nachdrücklich auffordernd, ihre Anstrengungen zur Registrierung und Rückverfolgung von Rüstungsgütern und sonstigem von ihren Sicherheitskräften verwendeten und eingeführten Wehrmaterial zu verstärken,

*in der Erkenntnis*, dass es in allen Sektoren nach wie vor erhebliche Herausforderungen zu bewältigen gilt, darunter die anhaltende Gewaltkriminalität, insbesondere das häufige Vorkommen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, vor allem gegen Kinder, unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 und 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit, unter Begrüßung der erneuten Anstrengungen der Regierung Liberias in Abstimmung mit der Mission, die Rechte von Zivilpersonen, insbesondere von Frauen und Kindern, zu fördern und zu schützen, in dieser Hinsicht anerkennend, dass die Regierung die Initiative „COMMIT“ von der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen unterzeichnet hat, und bekräftigend, wie wichtig angemessener Sachverstand und geeignete Schulungen in Geschlechterfragen in den Missionen sind, denen der Sicherheitsrat ein Mandat erteilt hat,

*unter Begrüßung* der Anstrengungen des Generalsekretärs, alle Friedenssicherungseinsätze, einschließlich der Mission, weiter aufmerksam zu verfolgen, und erneut erklärend, dass der Sicherheitsrat einen rigorosen, strategischen Ansatz für Friedenssicherungseinsätze verfolgen muss,

*mit dem Ausdruck seiner Anerkennung* für die Unterstützung, die die internationale Gemeinschaft, namentlich die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die Afrikanische Union, die Mano-Fluss-Union und das Büro der Vereinten Nationen für Westafrika, weiter zur Festigung des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität in Liberia und der Region leisten, und Kenntnis nehmend von der Tagung auf hoher Ebene, die am 29. Juni 2013 unter dem gemeinsamen Vorsitz des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westafrika, des Präsidenten der Kommission der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Generalsekretärin der Mano-Fluss-Union stattfand und mit der der Prozess der Ausarbeitung einer subregionalen Strategie für die Region der Mano-Fluss-Union eingeleitet wurde,

*feststellend*, dass die Situation in Liberia nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das Mandat der Mission der Vereinten Nationen in Liberia bis zum 30. September 2014 zu verlängern;

2. *hebt hervor*, dass die Regierung Liberias die hauptsächliche und endgültige Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung des Landes trägt, und fordert die Regierung nachdrücklich auf, dem wirksamen und raschen Aufbau der Sicherheitsbehörden Vorrang einzuräumen, unter anderem durch die rechtzeitige Bereitstellung ausreichender Finanzmittel und sonstiger Unterstützung;

3. *bekräftigt* seinen Beschluss, wonach die Hauptaufgabe der Mission in der fortgesetzten Unterstützung der Regierung Liberias bei der Festigung des Friedens und der Stabilität in Liberia und dem Schutz von Zivilpersonen besteht und sie außerdem die Aufgabe hat, die Regierung gegebenenfalls bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, die gesamte Sicherheitsverantwortung erfolgreich auf die Nationalpolizei Liberias zu übertragen, indem sie deren Fähigkeiten stärkt, das vorhandene Personal zu führen, die Ausbildungsprogramme zu verbessern, um eine schnellere Bereitschaft der Nationalpolizei zur Übernahme der Sicherheitsaufgaben zu bewirken, und diese Maßnahmen mit allen Partnern, einschließlich der Regierung, der nationalen Polizeiführung und der Geberpartner, zu koordinieren;

4. *erinnert* daran, dass er in seiner Resolution 2066 (2012) die Empfehlung des Generalsekretärs gebilligt hat, die Militärstärke der Mission vorbehaltlich und nach Maßgabe der Bedingungen im Einsatz-



gebiet in drei Phasen von August 2012 bis Juli 2015 um vier Infanteriebataillone samt dazugehörigen Unterstützungskräften und damit bis Juli 2015 auf rund 3.750 Personen zu verringern, und ermächtigt in dieser Hinsicht den Generalsekretär, von Oktober 2013 bis September 2014 die zweite Phase des Abbaus der Militärkomponente um 1.129 Personen durchzuführen;

5. *beschließt*, die Polizeikomponente der Mission in ihrer derzeitigen genehmigten Stärke von 1.795 Personen beizubehalten, einschließlich 10 organisierter Polizeieinheiten;

6. *betont*, dass künftige Umgliederungen der Mission sich danach bestimmen sollen, wie sich die Lage vor Ort entwickelt und inwieweit die Regierung Liberias ihre Fähigkeit verbessert, die Bevölkerung durch die Aufstellung tragfähiger und wirksamer Sicherheitskräfte, die schrittweise die Sicherheitsaufgaben der Mission übernehmen sollen, sowie durch die Reform des Justizsektors, einschließlich der Gerichte und Haftanstalten, wirksam zu schützen;

7. *ermutigt* die Regierung Liberias und die Mission, raschere Fortschritte bei der Planung des Übergangs zu erzielen und die kritischen Lücken zu ermitteln und zu schließen, um einen erfolgreichen Übergang zu erleichtern, namentlich durch die Festlegung der vorrangigen Aufgaben, unter Einbeziehung der Förderung der Menschenrechte und der Aussöhnung, der Bewertung der Sicherheitsprobleme, einschließlich in Bezug auf die Grenze, der Stärkung der demokratischen Institutionen und der Ausweitung der staatlichen Autorität und der öffentlichen Leistungen auf das ganze Land, ersucht den Generalsekretär, eine Analyse vorzunehmen, deren Schwerpunkt auf der Ermittlung der komparativen Vorteile der Mission und des Landteams der Vereinten Nationen liegt, und seine Erkenntnisse in seinen Schlussbericht an den Sicherheitsrat aufzunehmen, und bekundet seine Absicht, den Generalsekretär zu ersuchen, bis Ende 2014, kurz nach Abschluss der Senatswahlen im Oktober 2014, eine technische Bewertungsmission nach Liberia zu entsenden, die sich auf die Übertragung der Sicherheitsaufgaben konzentrieren soll, einschließlich detaillierter Optionen und Fristen für den weiteren Übergang der Mission nach dem Abschluss ihrer derzeitigen Umgliederung bis Juli 2015, und dem Rat spätestens im März 2015 über die Erkenntnisse der Mission Bericht erstatten soll;

8. *ersucht* den Generalsekretär, sicherzustellen, dass der Mission die benötigten qualifizierten Fachberater zur Verfügung stehen, die über die für diese Übergangsphase geeigneten beruflichen Kompetenzen und Erfahrungen verfügen, damit durch eine stärkere Betreuung die Kapazitäten der Regierung Liberias, insbesondere der Nationalpolizei Liberias, erhöht werden, beschleunigt tragfähige Programme im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, der Justiz, der Regierungsführung und der Reform des Sicherheitssektors durchzuführen, die auch Mechanismen umfassen, um diejenigen, die sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt begehen, zur Rechenschaft zu ziehen;

9. *hebt hervor*, dass die Regierung Liberias für die langfristige Stabilität einen eigenständigen, professionellen und kompetenten Sicherheitssektor entwickeln und dauerhaft erhalten muss, um bei allen Liberianern Vertrauen zu schaffen, fordert die Mission in dieser Hinsicht auf, im Einklang mit ihrem Mandat auch weiterhin die entsprechenden internen Anpassungen vorzunehmen und auf Ersuchen der Regierung das Volk und die Regierung dabei zu unterstützen, in den festgelegten Vorrangbereichen, namentlich bei der nationalen Aussöhnung, der Verfassungsreform und der Dezentralisierung, Fortschritte zu erzielen und gleichzeitig die Reformen im Bereich des Sicherheitssektors und der Rechtsstaatlichkeit stärker zu unterstützen, und legt der Regierung nahe, die Achtung der Menschenrechte durch den Sicherheitssektor, seine Professionalität, seine wirksame Beaufsichtigung und seine Rechenschaftslegung zu verbessern und sich stärker um Fortschritte bei der nationalen Aussöhnung zu bemühen;

10. *bekundet seine Besorgnis* darüber, dass Frauen und Mädchen in Liberia nach wie vor häufig sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind, fordert die Regierung Liberias erneut auf, auch weiterhin sexuelle Gewalt, insbesondere gegen Kinder, und geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, in Abstimmung mit der Mission die Straflosigkeit derjenigen, die solche Verbrechen begehen, zu bekämpfen und den Opfern Wiedergutmachung, Unterstützung und Schutz zu gewähren, namentlich indem sie Kampagnen zur Information der Öffentlichkeit durchführt, die nationalen Polizeikapazitäten in diesem Bereich weiter stärkt und die bestehenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften über sexuelle Gewalt besser bekannt macht, und legt der Regierung nahe, ihr diesbezügliches Engagement zu verstärken, namentlich durch die Finanzierung der Umsetzung ihres nationalen Aktionsplans gegen sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt und die Verbesserung des Zugangs von Frauen und Mädchen zur Justiz;

11. *legt* der Mission *nahe*, im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten weiterhin für regelmäßige Kontakte zur Zivilbevölkerung zu sorgen, um ihr Mandat und ihre Tätigkeit besser bekannt zu machen und das Verständnis dafür zu erhöhen;

12. *fordert* die Regierung Liberias *auf*, mit Unterstützung der Mission, im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten, sowie des Landesteam der Vereinten Nationen und internationaler Partner die Beteiligung der Frauen an der Konfliktprävention, der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung, namentlich in Entscheidungspositionen in den Lenkungsinstitutionen der Konfliktfolgezeit und im breiten Spektrum der Reformmaßnahmen, weiter zu unterstützen;

13. *fordert* die Regierungen Côte d'Ivoires und Liberias *auf*, auch mit Unterstützung der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der Mission und der beiden Landesteam der Vereinten Nationen, ihre Zusammenarbeit weiter zu verstärken, insbesondere im Hinblick auf das Grenzgebiet, namentlich durch verstärkte Überwachung, Informationsaustausch und die Durchführung koordinierter Maßnahmen sowie durch die Entwicklung und Umsetzung einer gemeinsamen Grenzstrategie, um unter anderem die Entwaffnung und Repatriierung ausländischer bewaffneter Elemente auf beiden Seiten der Grenze und die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen in Sicherheit und Würde zu unterstützen;

14. *bekräftigt* die in seinen Resolutionen 1609 (2005) vom 24. Juni 2005 und 2100 (2013) vorgesehenen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen den Missionen im Einklang mit den darin festgelegten Bedingungen und fordert die Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und Liberia, einschließlich aller Komponenten der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der Mission, *auf*, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats, ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihres jeweiligen Einsatzgebiets die Zusammenarbeit zwischen den Missionen zur Stabilisierung des Grenzgebiets zu verstärken, namentlich indem sie eine gemeinsame strategische Vision samt einem Plan zur Unterstützung der ivoirischen und liberianischen Behörden erarbeiten;

15. *nimmt Kenntnis* von der Verlegung von drei bewaffneten Hubschraubern von der Mission zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, die sowohl in Côte d'Ivoire als auch in Liberia entlang der Grenze und grenzüberschreitend einsetzbar sind, sowie von der Verlegung von vier gepanzerten Mannschaftstransportwagen und *bekräftigt*, wie wichtig im Zuge der Verkleinerung der Mission und der Operation Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen den Missionen sind;

16. *fordert* die Gebergemeinschaft *auf*, die Regierung Liberias sowie die zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen und gegebenenfalls die anderen humanitären Akteure bei ihren Maßnahmen im Hinblick auf die noch in Liberia anwesenden ivoirischen Flüchtlinge weiter zu unterstützen;

17. *betont*, dass die Friedenssicherung, die Friedenskonsolidierung und die Entwicklung kohärent und integriert ablaufen müssen, um zu einem wirksamen Vorgehen in Postkonfliktsituationen zu gelangen, ersucht den Generalsekretär, zusammen mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und internationalen Partnern die Koordinierung und Zusammenarbeit mit der Kommission für Friedenskonsolidierung fortzusetzen, *fordert*, dass die Justiz- und Sicherheitszentren unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse weiterentwickelt und rasch fertiggestellt und mit dem gesamten benötigten Personal ausgestattet werden, damit sie voll funktionsfähig sind und so zu einem besseren Zugang zu den Justiz- und Sicherheitsdiensten in ganz Liberia beitragen, und *legt* der Kommission für Friedenskonsolidierung *nahe*, im Anschluss an enge Konsultationen mit der Regierung Liberias weiter über die Feststellungen ihrer Missionen und deren Empfehlungen zu der Frage Bericht zu erstatten, wie sie raschere Fortschritte im Bereich der Reform des Sicherheitssektors, der Rechtsstaatlichkeit und der nationalen Aussöhnung herbeiführen kann;

18. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass das militärische Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien regelmäßig aktualisiert werden und in vollem Einklang mit den Bestimmungen dieser Resolution stehen, und ersucht den Generalsekretär, dem Rat und den truppenstellenden Ländern über sie Bericht zu erstatten;

19. *unterstreicht außerdem*, wie wichtig es ist, dass die Regierung Liberias in Abstimmung mit der Mission, dem Landesteam der Vereinten Nationen und den internationalen Partnern weiter voll funktionsfähige und unabhängige nationale Sicherheits- und Rechtsstaatsinstitutionen aufbaut, ermutigt sie zu diesem Zweck zu rascheren, koordinierten Fortschritten bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Pläne zum Aufbau des Sicherheits- und Justizsektors und des Nationalen Aktionsplans für Menschenrechte und be-

fürwortet ferner die wirksame und effiziente Verwaltung der unter anderem von bilateralen und multilateralen Partnern bereitgestellten Hilfe, um die Anstrengungen der Regierung zur Reform des Justiz- und Sicherheitssektors zu unterstützen;

20. *legt* der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Mano-Fluss-Union *nahe*, mit Unterstützung des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika und gegebenenfalls mit Hilfe der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der Mission eine subregionale Strategie auszuarbeiten, um der Gefahr zu begegnen, die von den grenzüberschreitenden Bewegungen von bewaffneten Gruppen und Waffen und dem unerlaubten Handel ausgeht, und ersucht den Generalsekretär, regelmäßig aktuelle Informationen über den Stand der Ausarbeitung dieser subregionalen Strategie vorzulegen;

21. *ersucht* den Generalsekretär, ihn im Zuge der weiteren Umgliederung der Mission über die Fortschritte bei der Erreichung der Übergangskriterien und über die Verfeinerung eines Übergangsplans mit der Regierung Liberias, der die in den Ziffern 3, 7, 8 und 9 genannten vorrangigen Elemente umfasst, regelmäßig über die Lage vor Ort sowie über die Kooperationsvereinbarungen zwischen der Mission und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire unterrichtet zu halten und ihm bis spätestens 28. Februar 2014 einen Halbzeitbericht und bis spätestens 15. August 2014 einen Schlussbericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

22. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7033. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschluss**

Auf seiner 7077. Sitzung am 10. Dezember 2013 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Die Situation in Liberia

Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1521 (2003) betreffend Liberia vom 19. November 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/683)“.

### **Resolution 2128 (2013) vom 10. Dezember 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Liberia und Westafrika,

*unter Begrüßung* der nachhaltigen Fortschritte, die die Regierung Liberias seit Januar 2006 beim Wiederaufbau Liberias zum Wohl aller Liberianer mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erzielt hat,

*Kenntnis nehmend* von der am 26. September 2013 gefällten Entscheidung des Sondergerichtshofs für Sierra Leone, den Schuldspruch gegen Charles Taylor wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufrechtzuerhalten, und in Anerkennung der Bereitschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Herrn Taylor für die Dauer seiner Strafe aufzunehmen,

*betonend*, dass es weiterer Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors in Liberia bedarf, um sicherzustellen, dass die Militär-, Polizei- und Grenzsicherungskräfte Liberias eigenständig, professionell, kompetent und hinlänglich darauf vorbereitet sind, im Zuge der Verringerung der Personalstärke der Mission der Vereinten Nationen in Liberia das liberianische Volk zu schützen,

*unterstreichend*, dass die transparente und wirksame Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen ausschlaggebend ist für den dauerhaften Frieden und die dauerhafte Sicherheit Liberias,

*anerkennend*, dass die Regierung Liberias wichtige Schritte auf dem Weg zu einer besseren Bewirtschaftung und einem besseren Schutz der Wälder und anderen natürlichen Ressourcen Liberias unternommen hat, und betonend, dass weitere Schritte unternommen werden müssen, um die natürlichen Ressourcen

Liberias transparent, wirksam und auf eine Weise zu schützen und ordnungsgemäß zu bewirtschaften, dass möglichst große soziale und wirtschaftliche Vorteile für die Gemeinschaft erzielt und die Rechte des liberianischen Volkes geschützt werden,

der Regierung Liberias *nahelegend*, durch die wirksame Anwendung und Durchsetzung des Nationalen Forstreformgesetzes und anderer neuer Rechtsvorschriften betreffend die Transparenz der Einnahmen (das Gesetz über die liberianische Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft) und die Lösung der Frage der Landbesitz- und -nutzungsrechte (das Gesetz über die Rechte der Gemeinwesen in Bezug auf Waldgebiete und das Gesetz zur Schaffung einer Bodenkommission) weitere Fortschritte zu erzielen,

*in Anerkennung* der Beiträge, die die Mission dazu leistet, und der wichtigen Rolle, die ihr auch weiterhin dabei zukommt, in ganz Liberia für größere Sicherheit zu sorgen und der Regierung Liberias dabei behilflich zu sein, ihre Autorität im ganzen Land zu etablieren, insbesondere in den Bevölkerungszentren, den Grenzgebieten und den Gebieten Liberias, die Diamanten, Gold, Holz und andere natürliche Ressourcen produzieren,

der Regierung Liberias *nahelegend*, mit der Mission zusammenzuarbeiten, um die institutionelle Kapazität der Nationalpolizei Liberias und der Zollbehörden zu einer wirksamen Überwachung der Grenzen und der Eingangshäfen sowie zur Durchführung von Untersuchungen zu steigern, und in dieser Hinsicht hervorhebend, wie wichtig es ist, das Polizeigesetz zu erlassen und anzuwenden,

*Kenntnis nehmend* von dem Bericht der Sachverständigengruppe für Liberia<sup>73</sup>,

*unter Begrüßung* der vom Sekretariat unternommenen Anstrengungen, die Liste von Sachverständigen für die Unterabteilung Nebenorgane des Sicherheitsrats zu erweitern und zu verbessern, eingedenk der in der Mitteilung des Präsidenten vom 22. Dezember 2006<sup>74</sup> vorgegebenen Leitlinien,

*mit der Aufforderung* an alle liberianischen Führer, eine wirkliche Aussöhnung und einen alle Seiten einschließenden Dialog zu fördern, um den Frieden zu festigen und die demokratische Entwicklung Liberias voranzubringen,

*seine Entschlossenheit unterstreichend*, die Regierung Liberias bei ihren Bemühungen zur Erfüllung der Bedingungen der Resolution 1521 (2003) vom 22. Dezember 2003 zu unterstützen, das Engagement der Kommission für Friedenskonsolidierung begrüßend und allen Interessenträgern, einschließlich der Geber, nahelegend, die Regierung bei ihren Bemühungen zu unterstützen,

*unterstreichend*, wie wichtig es ist, dass die Regierung Liberias und die Nachbarländer im Hinblick auf die wirksame Überwachung und Kontrolle ihrer Grenzen eng zusammenarbeiten,

*feststellend*, dass die Situation in Liberia trotz erheblicher Fortschritte nach wie vor prekär ist und eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *erklärt erneut*, dass die mit Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) vom 12. März 2004 verhängten Maßnahmen in Kraft bleiben;

2. *beschließt*, für einen Zeitraum von 12 Monaten ab der Verabschiedung dieser Resolution

a) die mit Ziffer 4 der Resolution 1521 (2003) verhängten Maßnahmen betreffend Reisen zu verlängern;

b) die zuvor mit Ziffer 2 der Resolution 1521 (2003) verhängten und mit den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1683 (2006) vom 13. Juni 2006, Ziffer 1 b) der Resolution 1731 (2006) vom 20. Dezember 2006, den Ziffern 3 und 6 der Resolution 1903 (2009) vom 17. Dezember 2009 und Ziffer 3 der Resolution

---

<sup>73</sup> Siehe S/2013/683.

<sup>74</sup> S/2006/997.

1961 (2010) vom 17. Dezember 2010 geänderten Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter zu verlängern und die damit verbundenen Auflagen betreffend Vorankündigungen wie folgt zu ändern:

- i) Für nichtletales Material und damit zusammenhängende Ausbildung ist keine Vorankündigung mehr erforderlich;
- ii) den liberianischen Behörden obliegt die Hauptverantwortung dafür, dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1521 (2003) jede Lieferung letaler Rüstungsgüter und sonstigen Wehrmaterials oder jede Bereitstellung von Hilfe, Beratung oder Ausbildung im Zusammenhang mit militärischen oder anderen den Sicherheitssektor betreffenden Aktivitäten für die Regierung Liberias, auf die in Ziffer 2 b) Bezug genommen wird, mindestens fünf Tage im Voraus anzukündigen;
- iii) ersatzweise können die die Hilfe bereitstellenden Mitgliedstaaten diese Ankündigung nach Ziffer 2 b) in Abstimmung mit der Regierung Liberias vornehmen;
- iv) diese Ankündigungen müssen alle sachdienlichen Angaben erhalten, einschließlich des Zwecks und des Endnutzers, der technischen Spezifikationen und der Menge der zu liefernden Ausrüstungen und gegebenenfalls des Lieferanten, des voraussichtlichen Lieferdatums, des Transportmittels und des Transportwegs der Lieferungen;

3. *weist* den Ausschuss *an*, alle Personen und Einrichtungen, die den mit Ziffer 1 der Resolution 1532 (2004) und Ziffer 4 der Resolution 1521 (2003) verhängten Maßnahmen unterliegen, binnen 90 Tagen zu überprüfen und alle diejenigen, die die mit diesen Maßnahmen festgelegten Leistungskriterien nicht mehr erfüllen, je nach den Umständen des Einzelfalls und unter gebührender Berücksichtigung der Auffassungen der Regierung Liberias von der Liste zu streichen;

4. *beschließt*, alle genannten Maßnahmen sechs Monate nach der Verabschiedung dieser Resolution zu überprüfen, mit dem Ziel, je nach den Fortschritten Liberias bei der Erfüllung der in Resolution 1521 (2003) festgelegten Bedingungen für die Beendigung der Maßnahmen des Sanktionsregimes alle oder einen Teil dieser Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben;

5. *beschließt außerdem*, das Mandat der nach Ziffer 9 der Resolution 1903 (2009) ernannten Sachverständigengruppe für Liberia um einen Zeitraum von 12 Monaten ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution zu verlängern, mit dem Auftrag, in enger Zusammenarbeit mit der Regierung Liberias und der Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire

a) zwei Anschluss-Bewertungsmissionen in Liberia und seinen Nachbarstaaten durchzuführen, um zu untersuchen und einen Halbzeitbericht und einen Schlussbericht darüber zu erstellen, inwieweit die mit Resolution 1903 (2009) geänderten Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter umgesetzt werden beziehungsweise ob dagegen verstoßen wird, einschließlich der verschiedenen Quellen zur Finanzierung des unerlaubten Waffenhandels, welche Fortschritte im Sicherheits- und Rechtsbereich im Hinblick auf die Fähigkeit der Regierung Liberias zur wirksamen Überwachung und Kontrolle von Rüstungs- und Grenzfragen erzielt wurden und wie die Regierung bei der Einhaltung der Auflagen betreffend Vorankündigungen vorankommt;

b) dem Rat nach Erörterung mit dem Ausschuss bis spätestens 1. Juni 2014 einen Halbzeitbericht und bis spätestens 1. Dezember 2014 einen Schlussbericht zu allen in dieser Ziffer aufgeführten Fragen vorzulegen und dem Ausschuss gegebenenfalls vor diesen Terminen informelle Aktualisierungen vorzulegen;

c) mit den anderen einschlägigen Sachverständigengruppen, insbesondere der mit Ziffer 18 der Resolution 2101 (2013) vom 25. April 2013 wiedereingesetzten Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire, aktiv zusammenzuarbeiten;

6. *ersucht* den Generalsekretär, die Sachverständigengruppe unter gebührender Berücksichtigung ihres reduzierten Mandats mit zwei Mitgliedern wiedereinzusetzen und die erforderlichen finanziellen und sicherheitsbezogenen Vorkehrungen zu treffen, um die Arbeit der Gruppe zu unterstützen;

7. *fordert* alle Staaten und die Regierung Liberias *auf*, mit der Sachverständigengruppe in allen Aspekten ihres Mandats uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

8. *weist darauf hin*, dass die Verantwortung für die Kontrolle des Umlaufs von Kleinwaffen innerhalb des Hoheitsgebiets von Liberia sowie zwischen Liberia und den Nachbarstaaten bei den zuständigen staatlichen Behörden liegt, im Einklang mit dem Übereinkommen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten von 2006 über Kleinwaffen und leichte Waffen;

9. *ersucht* die Regierung Liberias, mit Unterstützung der Mission der Vereinten Nationen in Liberia und etwaiger anderer maßgeblicher Akteure für alle künftigen Waffenkäufe eine bedarfsorientierte Bewertung vorzunehmen und sicherzustellen, dass die gekauften Waffen für die Sicherheitsoperationen staatlicher Stellen unbedingt erforderlich sind;

10. *legt* den Regierungen Liberias, Sierra Leones, Côte d'Ivoires und Guineas *nahe*, im Rahmen der Mano-Fluss-Union die Koordinierung und den Informationsaustausch auf politischer wie auch operativer Ebene in Bezug auf grenzüberschreitende Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit sowie den unerlaubten Waffenhandel zu verstärken;

11. *fordert* die Regierung Liberias *nachdrücklich auf*, rascher geeignete Rechtsvorschriften zu erlassen und anzuwenden und alle sonstigen Schritte zu unternehmen, um den notwendigen rechtlichen Rahmen für die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Rüstungsgütern und Munition zu schaffen;

12. *legt* der internationalen Gemeinschaft, darunter den zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen, *nahe*, die Reformbemühungen der Regierung Liberias zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, sicherzustellen, dass die natürlichen Ressourcen zu Frieden, Sicherheit und Entwicklung beitragen;

13. *legt* der Regierung Liberias *nahe*, aktiv mit dem Kimberley-Prozess zusammenzuarbeiten, die Mindestanforderungen des Zertifizierungssystems des Kimberley-Prozesses<sup>75</sup> zu erfüllen und den Empfehlungen nachzukommen, die aus dem Besuch zur gegenseitigen Überprüfung 2013 im Rahmen des Kimberley-Prozesses hervorgingen, und legt den Regierungen Liberias, Côte d'Ivoires, Guineas und Sierra Leones ferner *nahe*, innerhalb des Kimberley-Prozesses weiter an der Schaffung eines regionalen Ansatzes zur besseren Kontrolle über die Diamanten im Mano-Fluss-Becken zu arbeiten;

14. *bekräftigt*, dass die Mission und die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire ihre Strategien und Einsätze in den Gebieten nahe der liberianisch-ivorischen Grenze regelmäßig koordinieren müssen, um zur Sicherheit in der Subregion beizutragen;

15. *bekräftigt außerdem*, dass die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze des Sekretariats und die Mission mit den maßgeblichen Sachverständigengruppen des Sicherheitsrats eng zusammenarbeiten und Informationen austauschen müssen;

16. *erklärt*, wie wichtig es ist, dass die Mission im Rahmen ihrer Kapazität und innerhalb ihrer Einsatzgebiete der Regierung Liberias, dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe auch weiterhin behilflich ist und unbeschadet ihres Mandats ihre in früheren Resolutionen, namentlich Resolution 1683 (2006), festgelegten Aufgaben auch weiterhin durchführt;

17. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7077. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7145. Sitzung am 20. März 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Die Situation in Liberia

Siebenundzwanzigster Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Mission der Vereinten Nationen in Liberia (S/2014/123)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Frau Karin Landgren, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Liberia und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, und Herrn Staffan Tillan-

---

<sup>75</sup> Siehe A/57/489.

der (Schweden) in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Liberia-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

## **DIE SITUATION IN SOMALIA<sup>76</sup>**

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7030. Sitzung am 12. September 2013 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über Somalia (S/2013/521)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Nicholas Kay, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Mahamat Saleh Annadif, den Sonderbeauftragten der Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union für Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7054. Sitzung am 30. Oktober 2013 beschloss der Rat, die Vertreterin Somalias (Stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Schreiben des Generalsekretärs vom 14. Oktober 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/606)

Bericht des Generalsekretärs gemäß Resolution 2077 (2012) des Sicherheitsrats (S/2013/623)“.

Auf seiner 7056. Sitzung am 12. November 2013 beschloss der Rat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Schreiben des Generalsekretärs vom 14. Oktober 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/606)“.

### **Resolution 2124 (2013) vom 12. November 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen über die Situation in Somalia, insbesondere die Resolutionen 2036 (2012) vom 22. Februar 2012, 2093 (2013) vom 6. März 2013 und 2111 (2013) vom 24. Juli 2013, und die Erklärungen seines Präsidenten über die Situation in Somalia,

---

<sup>76</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1992 verabschiedet.

*in Bekräftigung seiner Achtung* der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias und unter erneutem Hinweis auf sein Eintreten für eine umfassende und dauerhafte Regelung der Situation in Somalia,

*Kenntnis nehmend* von der gemeinsamen Mission der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen betreffend Kriterien für einen Friedenssicherungseinsatz der Vereinten Nationen in Somalia und ihrer Bewertung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia und der somalischen Nationalen Sicherheitskräfte und unterstreichend, welche Bedeutung der Rat der Herbeiführung von mehr Frieden, Wohlstand und Stabilität in Somalia beimisst,

*sowie Kenntnis nehmend* von dem Kommuniqué des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 10. Oktober 2013 über die gemeinsame Überprüfung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia durch die Afrikanische Union und die Vereinten Nationen sowie die Festlegung der Kriterien<sup>77</sup> und insbesondere begrüßend, dass der Rat alle Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union aufgefordert hat, finanziell zur Mission der Afrikanischen Union beizutragen,

*unter Begrüßung* der konstruktiven Art und Weise, in der sowohl das Sekretariat als auch die Afrikanische Union die gemeinsame Überprüfung durchgeführt haben,

*mit ausdrücklichem Dank* für die Arbeit der Mission der Afrikanischen Union, insbesondere die außerordentlichen Opfer, die die Einsatzkräfte und das Personal der Mission bei ihren Bemühungen um Frieden in Somalia erbracht haben,

*unter Begrüßung* der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für Frieden und Stabilität in Somalia, insbesondere des maßgeblichen Beitrags der Europäischen Union zur Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union, und betonend, wie wichtig es ist, dass neue Beitragende die finanzielle Last der Unterstützung der Mission teilen,

*mit Dank Kenntnis nehmend* von den jüngsten Treffen auf hoher Ebene über Somalia, auf denen beträchtliche Unterstützung zugesagt wurde, und unterstreichend, wie wichtig es ist, dass die bei diesen Anlässen zugesagte Unterstützung auch tatsächlich bereitgestellt wird,

*unter Verurteilung* der jüngsten Anschläge von Al-Shabaab in und außerhalb von Somalia, die dazu beitragen, den Friedens- und Aussöhnungsprozess in Somalia zu untergraben, und mit dem Ausdruck seiner Solidarität mit der Bevölkerung und den Regierungen Somalias und der Region,

*mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis* über die vom Generalsekretär in seinem Schreiben vom 14. Oktober 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats<sup>78</sup> geäußerte Einschätzung, dass die ernste Gefahr besteht, dass sich die zuletzt gegenüber Al-Shabaab erzielten Sicherheitsfortschritte wieder umkehren, und feststellend, dass die Somalische Nationalarmee und die Mission der Afrikanischen Union nun stärker auf Verteidigung ausgerichtet sind,

*in Anbetracht* der Einschätzung des Generalsekretärs, dass die Militärkampagne gegen Al-Shabaab dringend wiederaufgenommen und verstärkt werden muss, was eine Erhöhung der internationalen Unterstützung für die somalischen Nationalen Sicherheitskräfte und die Mission der Afrikanischen Union erfordert,

*sowie in Anbetracht* der Einschätzung des Generalsekretärs, dass eine umfassende Strategie benötigt wird, die politische, wirtschaftliche und militärische Komponenten enthält, um die asymmetrische Bedrohung zu verringern, die von Al-Shabaab ausgeht,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

---

<sup>77</sup> Siehe S/2013/620, Anlage.

<sup>78</sup> S/2013/606.



### **Mission der Afrikanischen Union in Somalia**

1. *beschließt*, die Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union zu ermächtigen, den in Ziffer 1 der Resolution 2093 (2013) festgelegten Einsatz der Mission der Afrikanischen Union in Somalia bis zum 31. Oktober 2014 fortzuführen; die Mission ist befugt, unter voller Einhaltung ihrer Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen sowie unter voller Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias alle erforderlichen Maßnahmen zur Ausführung ihres Mandats zu ergreifen;

2. *stimmt* mit dem Generalsekretär darin *überein*, dass die Bedingungen in Somalia noch nicht für einen Friedenssicherungseinsatz der Vereinten Nationen geeignet sind, nimmt Kenntnis von den im Schreiben des Generalsekretärs vom 14. Oktober 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats<sup>78</sup> dargelegten und im Schreiben der Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union vom 11. Oktober 2013 gebilligten Kriterien für einen Friedenssicherungseinsatz der Vereinten Nationen<sup>77</sup> und ersucht den Generalsekretär, im Benehmen mit der Afrikanischen Union die Fortschritte im Hinblick auf die Kriterien laufend zu verfolgen, mit dem Ziel, günstige Bedingungen für einen möglichen Friedenssicherungseinsatz der Vereinten Nationen und die Übertragung der Sicherheitsaufgaben an die nationalen Behörden zu schaffen;

3. *ersucht* die Afrikanische Union, die Personalstärke der Mission der Afrikanischen Union in Somalia von 17.731 auf höchstens 22.126 Uniformierte zu erhöhen, wie in dem Schreiben des Generalsekretärs vom 14. Oktober 2013 dargelegt;

4. *beschließt*, das in Ziffer 4 der Resolution 2093 (2013) genannte Paket logistischer Unterstützung für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia für eine Höchstzahl von 22.126 Uniformierten bis 31. Oktober 2014 auszuweiten, unter Gewährleistung der Rechenschaftspflicht und Transparenz für die aus den Mitteln der Vereinten Nationen getätigten Ausgaben entsprechend Ziffer 6 der Resolution 1910 (2010) und im Einklang mit den Anforderungen nach den Richtlinien des Generalsekretärs für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht<sup>79</sup>;

5. *unterstreicht*, dass entsprechend der gemeinsamen Überprüfung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia durch die Afrikanische Union und die Vereinten Nationen die in dieser Resolution beschlossene Erhöhung der Personalstärke für eine kurzfristige Verstärkung der militärischen Kapazität der Mission der Afrikanischen Union sorgen soll, die sich auf einen Zeitraum von 18 bis 24 Monaten erstreckt und Teil einer Gesamtausstiegsstrategie für die Mission ist, und dass danach eine Verringerung der Personalstärke der Mission geprüft werden wird;

6. *stimmt* mit dem Generalsekretär darin *überein*, dass es dringend erforderlich ist, kontingenteigene Ausrüstung einschließlich Unterstützungselementen und Multiplikatoren, wie in Ziffer 6 der Resolution 2036 (2012) vorgesehen, entweder bei den derzeit Truppen für die Mission der Afrikanischen Union stellenden Ländern oder bei anderen Mitgliedstaaten zu beschaffen, betont insbesondere, dass eine angemessene Luftkomponente von bis zu 12 Militärhubschraubern benötigt wird, und legt den Mitgliedstaaten nahe, den Bemühungen der Afrikanischen Union um die Mobilisierung dieser Ausrüstung entgegenzukommen;

7. *bekräftigt* Ziffer 5 der Resolution 2093 (2013) betreffend die logistische Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union;

8. *bekräftigt außerdem* Ziffer 13 der Resolution 2093 (2013) über die Stärkung des Schutzes von Frauen und Kindern bei den Einsätzen und Aktivitäten der Mission der Afrikanischen Union;

9. *ersucht* den Generalsekretär, in enger Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union die Durchführung dieser Resolution zu unterstützen, insbesondere durch eine Verbesserung der Effizienz bei der Planung und dem strategischen Management der Mission der Afrikanischen Union, einschließlich der Stärkung der Führungsstrukturen, der operativen Koordinierung der Kontingente, der gemeinsamen Einsätze mit der Somalischen Nationalarmee und des Informationsmanagements, mittels eines neuen Einsatzkonzepts zum 1. Januar 2014, mit dem Ziel, die Mission in die Lage zu versetzen, den zunehmend asymmetri-

---

<sup>79</sup> S/2013/110, Anlage.

schen Taktiken von Al-Shabaab zu begegnen, durch eine wirksame Wiederaufnahme der Militärkampagne gegen Al-Shabaab, die deren Fähigkeit, wichtige strategische Punkte zu kontrollieren, rasch mindern würde, ersucht den Generalsekretär ferner, der Afrikanischen Union auch weiterhin über das Büro der Vereinten Nationen bei der Afrikanischen Union technische und sachkundige Beratung für die Planung, den Einsatz und das Management der Mission zur Verfügung zu stellen, und ersucht den Generalsekretär erneut, in Anbetracht der beträchtlichen Steigerung der Fähigkeiten der Mission und der Unterstützung für die Somalische Nationalarmee die technische Beratung der Afrikanischen Union über die bestehenden Mechanismen der Vereinten Nationen zu verstärken;

10. *ersucht* die Afrikanische Union, die Anstrengungen zur Einrichtung eines Systems zum Umgang mit behaupteten Verfehlungen voranzubringen, das klare Mechanismen für die Entgegennahme und Erfassung solcher Behauptungen sowie für die Weiterverfolgung von Ermittlungsergebnissen und gegebenenfalls ergriffenen Disziplinarmaßnahmen bei den truppenstellenden Ländern umfasst, und ersucht die Vereinten Nationen, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die Afrikanische Union dabei zu beraten und anzuleiten;

11. *bekräftigt sein Ersuchen* und das des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union an die Mission der Afrikanischen Union, ein wirksames Konzept für den Schutz von Zivilpersonen weiterzuentwickeln, und betont insbesondere, dass die Mission dringend eine Zelle zur Erfassung, Analyse und Reaktion in Bezug auf zivile Opfer einrichten muss, wie in Resolution 2093 (2013) erbeten;

12. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass die Mission der Afrikanischen Union alle nach den internationalen Menschenrechtsnormen und dem humanitären Völkerrecht für sie geltenden Anforderungen einhält, unterstreicht ferner insbesondere, dass die Mission gewährleisten muss, dass alle in ihrem Gewahrsam befindlichen Inhaftierten, einschließlich der ehemaligen Kämpfer, unter strenger Achtung der anwendbaren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen behandelt werden, wozu die Gewährleistung ihrer menschenwürdigen Behandlung gehört, und ersucht ferner die Mission, einem neutralen Organ geeigneten Zugang zu den Inhaftierten zu gestatten und ständige Dienstanweisungen für die Übergabe von Inhaftierten, einschließlich Kindern, zu erstellen, die während eines Militäreinsatzes in ihren Gewahrsam gelangen;

13. *fordert erneut*, dass neue Geber die Mission der Afrikanischen Union durch die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Besoldung der Truppen, Ausrüstung, technischer Hilfe und nicht zweckgebundenen Mitteln für die Mission an den Treuhandfonds der Vereinten Nationen für die Mission unterstützen, und unterstreicht die Aufforderung der Afrikanischen Union an ihre Mitgliedstaaten, die Mission finanziell zu unterstützen;

#### **Somalische Bundessicherheitsinstitutionen**

14. *nimmt Kenntnis* von der Empfehlung des Generalsekretärs hinsichtlich der Notwendigkeit, den Frontverbänden der Somalischen Nationalarmee gezielte Unterstützung bereitzustellen, ersucht das Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia, die Somalische Nationalarmee durch die Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Wasser, Treibstoff, Transportmitteln und Zelten und beim Abtransport von Patienten aus dem Einsatzgebiet zu unterstützen, beschließt, dass diese außerordentliche Unterstützung nur für gemeinsame Einsätze der Somalischen Nationalarmee und der Mission der Afrikanischen Union, die Teil des Strategischen Gesamtkonzepts für die Mission sind, bereitgestellt wird, beschließt ferner, dass diese Unterstützung aus einem geeigneten Treuhandfonds der Vereinten Nationen finanziert wird, und legt den Mitgliedstaaten nahe, auflagenfreie Beiträge an den Treuhandfonds zu leisten;

15. *unterstreicht*, dass die in Ziffer 14 beschriebene Unterstützung in vollem Einklang mit den Richtlinien der Vereinten Nationen für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht stehen muss, unterstreicht ferner seine Erwartung, dass der Generalsekretär über jede Unterstützung der Somalischen Nationalarmee durch das Unterstützungsbüro, einschließlich über die Umsetzung der Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht, Bericht erstatten wird, und ersucht außerdem die Mission der Afrikanischen Union, im Rahmen ihrer Berichterstattung über die gemeinsamen Einsätze der Mission und der Somalischen Nationalarmee von ihrer Zelle zur Erfassung, Analyse und Reaktion in Bezug auf zivile Opfer Gebrauch zu machen;

16. *unterstreicht außerdem*, dass alle vom Unterstützungsbüro unterstützten Kräfte im Einklang mit den Richtlinien des Generalsekretärs für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht handeln müssen, unterstreicht in diesem Zusammenhang ferner seine Erwartung, dass die Bundesregierung Somalias dem Sicherheitsrat zusichert, auch schriftlich, dass alle Regierungstruppen, die bei gemeinsamen Einsätzen mit der Mission der Afrikanischen Union vom Unterstützungsbüro unterstützt werden, im Einklang mit den Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht handeln werden, und verweist darauf, wie wichtig diesbezügliche Ausbildungsmaßnahmen sind;

17. *ersucht* den Leiter des Unterstützungsbüros, zur Unterstützung der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Somalia bei der Erfüllung ihres Auftrags den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia über die Bereitstellung des Unterstützungspakets für die Mission der Afrikanischen Union unterrichtet zu halten, und ersucht ferner den Generalsekretär, diese Informationen in seinen regelmäßigen Bericht an den Sicherheitsrat aufzunehmen;

18. *fordert* die Bundesregierung Somalias *auf*, sich mit Unterstützung der Hilfsmission und der Mission der Afrikanischen Union, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat, sowie den anderen internationalen Partnern weiter um die Stärkung der somalischen nationalen Sicherheitskräfte zu bemühen, namentlich indem sie die Struktur dieser Kräfte bestimmt, klare Führungssysteme einrichtet, geeignete Verfahren und Verhaltenskodexe anwendet und Ausbildungsmaßnahmen durchführt, um unter anderem die sichere Lagerung, Registrierung, Wartung und Verteilung militärischen Geräts zu gewährleisten, ein nationales Programm für die Behandlung von ehemaligen Kämpfern und den Umgang mit ihnen fertigstellt und durchführt und die Achtung der Menschenrechte fördert, einschließlich durch die Umsetzung der maßgeblichen Aktionspläne der Bundesregierung über Kinder und bewaffnete Konflikte;

19. *ersucht* die Hilfsmission, im Einklang mit ihrem Mandat auch weiterhin beim Wiederaufbau der somalischen Sicherheitsinstitutionen behilflich zu sein, und bekräftigt insbesondere die Rolle der Mission, wenn es darum geht, strategische Politikberatung im Hinblick auf die Reform des Sicherheitssektors zu erteilen und der Bundesregierung Somalias bei der Koordinierung der internationalen Geberunterstützung für die Reform des Sicherheitssektors behilflich zu sein;

20. *ersucht* die Hilfsmission *außerdem*, in enger Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union der Bundesregierung Somalias bei der Erarbeitung allgemeiner Grundsätze für das Polizeiwesen in Somalia behilflich zu sein, mit dem Ziel, weitere Möglichkeiten zur Unterstützung des Aufbaus einer effektiven Polizei in Somalia vorzuschlagen;

21. *ersucht* die Bundesregierung Somalias, den Schutz, einschließlich vor sexueller Gewalt und Ausbeutung, und das Wohlergehen aller Binnenvertriebenen zu gewährleisten und dabei besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, dass die Menschenrechte der Binnenvertriebenen in Somalia bei Umsiedlungen geachtet werden, und einen umfassend konsultativen Prozess zu gewährleisten, bei dem eine vorherige Ankündigung erfolgt und sichere und hygienische neue Orte mit den grundlegenden Diensten bereitgestellt werden, mit vollem, sicherem und ungehindertem Zugang für die humanitären Organisationen;

#### **Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen**

22. *nimmt Kenntnis* von der Absicht des Generalsekretärs, eine geeignete stationäre Wacheinheit der Vereinten Nationen zur Verbesserung der Sicherheit der Areale der Hilfsmission zu entsenden, erwartet, dass ihm baldmöglichst weitere Einzelheiten zur Entsendung dieser Truppe zugehen, wie in dem Schreiben des Generalsekretärs vom 14. Oktober 2013 beschrieben, und betont nachdrücklich, wie wichtig der Schutz des internationalen Flughafengeländes von Mogadischu durch die Mission der Afrikanischen Union im Rahmen der in dieser Resolution genehmigten Truppenobergrenze ist;

#### **Politischer Prozess**

23. *fordert nachdrücklich* eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der Afrikanischen Union, den Vereinten Nationen und der Bundesregierung Somalias, namentlich im Hinblick auf ein umfassendes Konzept für Frieden, Sicherheit und Entwicklung, das die Aktivitäten im Bereich der Politik, der Sicherheit, der Friedenskonsolidierung und der Entwicklung vereint, in der Erkenntnis, dass keine von ihnen für sich allein erfolgreich sein kann;

24. *verweist* auf seine Presseerklärung vom 13. September 2013, in der er das Abkommen zwischen der Bundesregierung Somalias und der Interimsverwaltung für Juba vom 28. August 2013 begrüßte, betont, wie wichtig es ist, dass alle Parteien für die Einhaltung der in dem Abkommen festgelegten Fristen sorgen, und betont ferner, wie wichtig es ist, dass die Bundesregierung für das Vorhandensein der entsprechenden politischen Bedingungen sorgt, um mehr Frieden und Stabilität in Somalia zu gewährleisten;

25. *begrüßt* in diesem Zusammenhang die Maßnahmen der Bundesregierung Somalias zur Festigung der Sicherheit und zur Herstellung der Rechtsstaatlichkeit in den von der Mission der Afrikanischen Union und den Sicherheitskräften der Bundesregierung Somalias gesicherten Gebieten und ermutigt sie, mit Unterstützung der Hilfsmission, der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung und der Afrikanischen Union auch weiterhin einen alle Seiten einbeziehenden nationalen Dialog zu leiten, um die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und den bestehenden und sich herausbildenden örtlichen Verwaltungen zu klären und zu regeln, und Prozesse der nationalen Aussöhnung einzuleiten, um die Maßnahmen zur Herstellung dauerhafter, legitimer und repräsentativer örtlicher Verwaltungsstrukturen im ganzen Land zu beschleunigen, insbesondere in den Al-Shabaab wieder abgerungenen Gebieten;

26. *ermutigt* die Bundesregierung Somalias, bis Dezember 2015 eine Bundesverfassung fertigzustellen und anzunehmen, glaubhafte Wahlen vorzubereiten und 2016 abzuhalten und sicherzustellen, dass Frauen, Jugendliche, Minderheitengruppen und andere marginalisierte Gruppen gleichberechtigt an den politischen Prozessen des Landes teilhaben können;

27. *ermutigt* die Bundesregierung Somalias *außerdem* ihre Agenda „Vision 2016“ umzusetzen, in der dargelegt ist, wie wichtig ein unter somalischer Eigenverantwortung stehender, alle Seiten einbeziehender und transparenter politischer Prozess und wirtschaftlicher Wiederaufbau ist, der mit der vorläufigen Verfassung im Einklang steht und ein wirksames föderales politisches System und einen umfassenden Aussöhnungsprozess einschließt, der den nationalen Zusammenhalt und die Integration des Landes herbeiführt;

### **Sanktionen**

28. *bekundet seine Besorgnis* über die fortgesetzten Verstöße gegen das vom Rat beschlossene Holzkohle-Embargo und *ersucht* den Generalsekretär und seinen Sonderbeauftragten, den betreffenden Mitgliedstaaten verstärkt bewusst zu machen, dass sie verpflichtet sind, das in Resolution 2036 (2012) festgelegte Holzkohle-Embargo einzuhalten;

29. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass die Bundesregierung Somalias und die Mitgliedstaaten alle Aspekte des Waffenembargos einhalten, einschließlich der in Resolution 2111 (2013) festgelegten Berichterstattungs- und Benachrichtigungspflichten;

### **Berichterstattung**

30. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen seiner regelmäßigen Berichte an den Rat über die Situation in Somalia über die Durchführung aller Aspekte dieser Resolution Bericht zu erstatten;

31. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7056. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschluss**

Auf seiner 7061. Sitzung am 18. November 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Somalias und Spaniens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs gemäß Resolution 2077 (2012) des Sicherheitsrats (S/2013/623)“.

**Resolution 2125 (2013)  
vom 18. November 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen betreffend die Situation in Somalia, insbesondere die Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1844 (2008) vom 20. November 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008, 1851 (2008) vom 16. Dezember 2008, 1897 (2009) vom 30. November 2009, 1918 (2010) vom 27. April 2010, 1950 (2010) vom 23. November 2010, 1976 (2011) vom 11. April 2011, 2015 (2011) vom 24. Oktober 2011, 2020 (2011) vom 22. November 2011 und 2077 (2012) vom 21. November 2012, sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 25. August 2010<sup>80</sup> und 19. November 2012<sup>81</sup>,

*unter Begrüßung* des in Resolution 2077 (2012) erbetenen Berichts des Generalsekretärs vom 21. Oktober 2013 über die Durchführung der genannten Resolution und über die Situation in Bezug auf Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias<sup>82</sup>,

*in Bekräftigung seiner Achtung* der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias, einschließlich der souveränen Rechte Somalias im Einklang mit dem Völkerrecht in Bezug auf die natürlichen Ressourcen vor seiner Küste, namentlich die Fischereiresourcen,

*begrüßend*, dass die Zahl der gemeldeten Fälle von Seeräuberei vor der Küste Somalias deutlich gesunken ist und den niedrigsten Stand seit 2006 erreicht hat, jedoch nach wie vor ernsthaft besorgt über die anhaltende Bedrohung, die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See für die rasche, sichere und wirksame Leistung humanitärer Hilfe an Somalia und die Region, die Sicherheit von Seeleuten und anderen Personen, die internationale Schifffahrt und die Sicherheit der der gewerblichen Seeschifffahrt dienenden Schifffahrtswege sowie für andere gefährdete Schiffe, namentlich auch für die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durchgeführten Fischereitätigkeiten, darstellen, sowie ernsthaft besorgt darüber, dass die von der Seeräuberei ausgehende Bedrohung bis zum westlichen Indischen Ozean und zu angrenzenden Meeresgebieten reicht und dass die Seeräuber ihre Kapazitäten ausgebaut haben,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über Berichte, wonach an der Seeräuberei vor der Küste Somalias Kinder beteiligt sind,

*in der Erkenntnis*, dass die anhaltende Instabilität in Somalia zu dem Problem der Seeräuberei und der bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias beiträgt, und betonend, dass die internationale Gemeinschaft weiterhin umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See ergreifen und gegen die zugrundeliegenden Ursachen angehen muss, in Anerkennung der Notwendigkeit, langfristige und dauerhafte Anstrengungen zur Bekämpfung der Seeräuberei zu unternehmen, und der Notwendigkeit, angemessene wirtschaftliche Chancen für die Bürger Somalias zu schaffen,

*sowie in Anerkennung* der Notwendigkeit, nicht nur gegen die auf See ergriffenen Verdächtigen zu ermitteln und strafrechtlich vorzugehen, sondern auch gegen diejenigen, die zu seeräuberischen Handlungen aufstacheln oder diese vorsätzlich erleichtern, einschließlich der Schlüsselfiguren der an der Seeräuberei beteiligten kriminellen Netzwerke, die solche Angriffe planen, organisieren, erleichtern oder unerlaubt finanzieren oder davon profitieren, mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass der Seeräuberei verdächtige Personen freigelassen wurden, ohne vor Gericht gestellt zu werden, und erneut erklärend, dass die Anstrengungen zur Bekämpfung der Seeräuberei unterlaufen werden, wenn Personen, die für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verantwortlich sind, nicht strafrechtlich verfolgt werden,

---

<sup>80</sup> S/PRST/2010/16.

<sup>81</sup> S/PRST/2012/24.

<sup>82</sup> S/2013/623.

*Kenntnis nehmend* von dem Bericht des Generalsekretärs, insbesondere Abschnitt IX über Vorwürfe der illegalen Fischerei und des illegalen Einbringens, insbesondere toxischer Stoffe, vor der Küste Somalias,

*ferner bekräftigend*, dass das Völkerrecht, wie im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982<sup>83</sup> niedergelegt, den rechtlichen Rahmen für Aktivitäten in den Ozeanen, einschließlich der Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See, vorgibt,

*unterstreichend*, dass die somalischen Behörden im Kampf gegen die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias die Hauptverantwortung tragen, und Kenntnis nehmend von den mehrfachen Ersuchen der somalischen Behörden um internationale Hilfe zur Bekämpfung der Seeräuberei vor der Küste Somalias, namentlich von dem Schreiben des Ständigen Vertreters Somalias bei den Vereinten Nationen vom 12. November 2013, in dem die somalischen Behörden dem Sicherheitsrat für seine Unterstützung danken, ihre Bereitschaft bekunden, eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten und mit Regionalorganisationen zur Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias zu erwägen, und darum ersuchen, die Bestimmungen der Resolution 2077 (2012) um weitere zwölf Monate zu verlängern,

*in Ermutigung* der Umsetzung der somalischen Strategie für Meeresressourcen und Gefahrenabwehr in der Schifffahrt, die vom Präsidenten der Bundesregierung Somalias und von den Teilnehmerstaaten auf der 14. Plenartagung der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias („Kontaktgruppe“) am 1. Mai 2013 in New York, auf der Internationalen Somalia-Konferenz am 7. Mai 2013 in London und auf der Konferenz der Europäischen Union „Ein neuer Pakt für Somalia“ am 16. September 2013 in Brüssel gebilligt wurde,

*in Anerkennung* der Arbeit, die die Kontaktgruppe leistet, um die Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber zu erleichtern und im Einklang mit dem Völkerrecht ein ständiges Netzwerk und einen ständigen Mechanismus für den Austausch von Informationen und Beweismitteln zwischen Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden einzurichten, unter Begrüßung der Einrichtung der Gruppe für die Koordinierung des Kapazitätsaufbaus im Rahmen der Arbeitsgruppe 1 der Kontaktgruppe und unter Begrüßung der Arbeit der Arbeitsgruppe 5 der Kontaktgruppe zur Unterbrechung illegaler Finanzströme in Verbindung mit der Seeräuberei,

*begrüßend*, dass über den Treuhandfonds zur Unterstützung der Initiativen der Staaten gegen die Seeräuberei vor der Küste Somalias („Treuhandfonds“) Finanzmittel bereitgestellt werden, um die regionale Fähigkeit zur Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber und Inhaftnahme verurteilter Seeräuber im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen zu stärken, mit Anerkennung Kenntnis nehmend von der Hilfe, die das Programm zur Bekämpfung der Seeräuberei des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung gewährt, und entschlossen, weitere Anstrengungen zu unternehmen, damit die Seeräuber zur Rechenschaft gezogen werden,

*in Würdigung* der Anstrengungen der von der Europäischen Union geführten Operation Atalanta, der Operation „Ocean Shield“ der Nordatlantikvertrags-Organisation der „Combined Task Force 151“ der multinationalen Seestreitkräfte, die von Pakistan und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland geführt wird, sowie der der „Combined Task Force 151“ und der „Task Force 508“ der Nordatlantik-Vertrags-Organisation zugeteilten Schiffe der Vereinigten Staaten, der an Land in Somalia durchgeführten Maßnahmen der Afrikanischen Union gegen die Seeräuberei und der Marineaktivitäten der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika und anderer Staaten, die in Zusammenarbeit mit den somalischen Behörden und miteinander in nationaler Eigenschaft handeln, zur Bekämpfung der Seeräuberei und zum Schutz gefährdeter Schiffe, die die Gewässer vor der Küste Somalias durchfahren, und unter Begrüßung der Initiative für gemeinsames Lageverständnis und Abstimmung und der Anstrengungen einzelner Länder, darunter China, Indien, Indonesien, Japan, Malaysia, Pakistan, die Republik Korea und die Russische Föderation, die Marinemissionen zur Bekämpfung der Seeräuberei in die Region entsandt haben, wie in dem Bericht des Generalsekretärs dargelegt,

---

<sup>83</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1833, Nr. 31363. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1994 II S. 1798; öBGBI. Nr. 885/1995; AS 2009 3209.

*in Anbetracht* der Anstrengungen der Flaggenstaaten, Maßnahmen zu ergreifen, um den ihre Flagge führenden Schiffen, die das Hochrisikogebiet durchfahren, das Einschiffen von Einheiten zum Schutz von Schiffen und privaten bewaffneten Sicherheitskräften zu gestatten, und die Staaten dazu ermutigend, solche Aktivitäten im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht zu regeln und Charterschiffen zu gestatten, Vorkahrungen, bei denen solche Maßnahmen zum Einsatz kommen, zu bevorzugen,

*sowie Kenntnis nehmend* von dem Ersuchen einiger Mitgliedstaaten bezüglich der Notwendigkeit, die Grenzen des Hochrisikogebiets auf objektiver und transparenter Grundlage zu überprüfen, unter Berücksichtigung der tatsächlichen Fälle von Seeräuberei, und feststellend, dass das Hochrisikogebiet von der Versicherungs- und Seeschifffahrtsbranche festgelegt und abgegrenzt wird,

*unter Begrüßung* der Anstrengungen zum Aufbau von Kapazitäten in der Region, die mit dem von der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation finanzierten Verhaltenskodex betreffend die Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf Schiffe im westlichen Indischen Ozean und im Golf von Aden (Verhaltenskodex von Dschibuti), dem Treuhandfonds und den Aktivitäten der Europäischen Union im Rahmen ihrer Mission zum Ausbau der regionalen maritimen Kapazitäten am Horn von Afrika (EUCAP Nestor), die mit der Bundesregierung Somalias an der Stärkung des somalischen Strafjustizsystems arbeitet, unternommen werden, und in der Erkenntnis, dass alle beteiligten internationalen und regionalen Organisationen sich abstimmen und uneingeschränkt zusammenarbeiten müssen,

*mit Unterstützung* für den Aufbau einer Küstenpolizei, mit Dank Kenntnis nehmend von den Anstrengungen der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation und der Schifffahrtsbranche zur Erarbeitung und Aktualisierung von Leitlinien, empfehlenswerten Praktiken und Empfehlungen zur Unterstützung von Schiffen bei der Verhütung und Bekämpfung seeräuberischer Angriffe vor der Küste Somalias, einschließlich im Golf von Aden, und im Gebiet des Indischen Ozeans, in Anerkennung der Arbeit der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation und der Kontaktgruppe in dieser Hinsicht, Kenntnis nehmend von den Anstrengungen der Internationalen Organisation für Normung die Branchenstandards für die Ausbildung und Zertifizierung für private maritime Sicherheitsunternehmen, die private bewaffnete Sicherheitskräfte an Bord von Schiffen in Hochrisikogebieten bereitstellen, entwickelt hat, und ferner unter Begrüßung der Mission EUCAP Nestor der Europäischen Union, die auf den Ausbau der Kapazitäten Somalias, Dschibutis, Kenias, der Seychellen und der Vereinigten Republik Tansania für die Gefahrenabwehr in der Seeschifffahrt hinwirkt,

*mit Besorgnis feststellend*, dass die nach wie vor begrenzten Kapazitäten und unzureichenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Erleichterung der Ingewahrsamnahme und Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber nach ihrer Ergreifung einem robusteren internationalen Vorgehen gegen die Seeräuber vor der Küste Somalias hinderlich waren und zu oft dazu geführt haben, dass Seeräuber freigelassen wurden, ohne vor Gericht gestellt zu werden, unabhängig davon, ob es ausreichende Beweise für eine Strafverfolgung gab, und erneut erklärend, dass das Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt vom 10. März 1988<sup>84</sup> im Einklang mit den Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Bekämpfung der Seeräuberei vorsieht, dass die Vertragsparteien Straftatbestände schaffen, ihre Gerichtsbarkeit begründen und die Personen übernehmen, die für die Inbesitznahme eines Schiffes oder die Ausübung der Herrschaft darüber durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt oder durch eine andere Form der Einschüchterung verantwortlich sind oder dessen verdächtigt werden,

*unterstreichend*, wie wichtig es ist, die Sammlung und Sicherung von Beweismitteln für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias und ihre Weiterleitung an die zuständigen Behörden weiter zu verbessern, unter Begrüßung der Arbeit, die die Internationale Seeschifffahrts-Organisation, die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation und Branchengruppen gegenwärtig leisten, um Seeleuten Leitlinien für die Tatortsicherung nach seeräuberischen Handlungen an die Hand zu geben, und feststellend, wie wichtig es für die erfolgreiche Strafverfolgung seeräuberischer Handlungen ist, dass es Seeleuten ermöglicht wird, in Strafverfahren auszusagen,

---

<sup>84</sup> Ebd., Vol. 1678, Nr. 29004. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1990 II S. 494, 508; LGBl. 2003 Nr. 46 und 47; öBGBl. Nr. 406/1992; AS 1993 1910 1923.

*in der Erkenntnis*, dass Seeräuber-Netzwerke auch weiterhin zu Entführungen und Geiselnahmen greifen und dass diese Aktivitäten der Beschaffung von Mitteln zum Ankauf von Waffen, zur Anwerbung neuer Seeräuber und zur Fortsetzung ihrer operativen Aktivitäten dienen und so die Sicherheit von Zivilpersonen gefährden und den freien Handelsverkehr einschränken, unter Begrüßung der internationalen Maßnahmen zur Sammlung und Weitergabe von Informationen mit dem Ziel, die seeräuberischen Unternehmungen zu zerschlagen, wofür die Globale Datenbank der INTERPOL über Seeräuberei ein Beispiel ist, und Kennntnis nehmend von den Anstrengungen, die das Regionale Zentrum für Erkenntnisaustausch und Rechtsdurchsetzung für Sicherheit und Gefahrenabwehr auf See (früher Regionalzentrum für die Koordinierung der Strafverfolgung und der Erkenntnisgewinnung zur Bekämpfung der Seeräuberei) mit Sitz in den Seychellen zur Bekämpfung der Seeräuberei fortlaufend unternimmt,

*in Bekräftigung* der internationalen Verurteilung von Entführungen und Geiselnahmen, einschließlich der in dem Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme<sup>85</sup> genannten Straftaten, unter nachdrücklicher Verurteilung der anhaltenden Praxis der Geiselnahme durch vor der Küste Somalias operierende Seeräuber, mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis über die unmenschlichen Bedingungen, denen Geiseln in Gefangenschaft ausgesetzt sind, in Anbetracht der nachteiligen Auswirkungen auf ihre Familien, die sofortige Freilassung aller Geiseln fordernd und feststellend, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in der Frage der Geiselnahme und bei der Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber wegen Geiselnahme ist,

*in Würdigung* der Anstrengungen Kenias, Mauritius', der Seychellen und der Vereinigten Republik Tansanias, mutmaßliche Seeräuber vor ihren nationalen Gerichten anzuklagen, mit Anerkennung Kennntnis nehmend von der Hilfe, die das Programm zur Bekämpfung der Seeräuberei des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, der Treuhandfonds und andere internationale Organisationen und Geber in Abstimmung mit der Kontaktgruppe gewähren, um Kenia, Mauritius, die Seychellen, Tansania, Somalia und andere Staaten in der Region bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, Seeräuber, einschließlich Förderern und Geldgebern an Land, im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen strafrechtlich zu verfolgen oder nach der an einem anderen Ort erfolgten Strafverfolgung in einem Drittstaat in Haft zu nehmen, und betonend, dass die Staaten und die internationalen Organisationen die diesbezüglichen internationalen Anstrengungen weiter verstärken müssen,

*begrüßend*, dass die nationalen und regionalen Verwaltungsbehörden Somalias bereit sind, miteinander und mit den Staaten, die mutmaßliche Seeräuber strafrechtlich verfolgt haben, zusammenzuarbeiten, damit verurteilte Seeräuber unter geeigneten Vorkehrungen für die Überstellung von Gefangenen, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, nach Somalia repatriert werden können, und in Anerkennung der Rückführung verurteilter Gefangener, die bereit sind, ihre Strafe in Somalia zu verbüßen, und die dafür in Frage kommen, aus den Seychellen nach Somalia,

*unter Hinweis* auf die gemäß Ziffer 26 der Resolution 1976 (2011) und Ziffer 16 der Resolution 2015 (2011) erstellten Berichte des Generalsekretärs über die Modalitäten für die Schaffung spezialisierter somalischer Gerichte für Seeräuberei<sup>86</sup>,

*betonend*, dass die Staaten mögliche Methoden zur Unterstützung der Seeleute, die Opfer von Seeräubern sind, prüfen müssen, und in dieser Hinsicht begrüßend, dass im November 2012 über den Treuhandfonds das Geiselunterstützungsprogramm eingerichtet wurde, das den Geiseln während ihrer Freilassung und Heimkehr sowie ihren Familien während der gesamten Geiselnahme Unterstützung gewähren soll,

*in Anerkennung* der Fortschritte, die von der Kontaktgruppe und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung dabei erzielt wurden, Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen, um das Bewusstsein für die Gefahren der Seeräuberei zu schärfen, auf bewährte Praktiken zur Beseiti-

---

<sup>85</sup> Ebd., Vol 1316, Nr. 21931. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1980 II S. 1361; LGBI. 1995 Nr. 187; öBGBI. Nr. 600/1986; AS 1985 429.

<sup>86</sup> S/2011/360 und S/2012/50.



gung dieses Kriminalitätsphänomens aufmerksam zu machen und die Öffentlichkeit über die von der Seeräuberei ausgehenden Gefahren zu informieren,

mit Anerkennung *Kenntnis nehmend* von den laufenden Anstrengungen des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zur Ausweitung der Kapazitäten Somalias im Bereich der Gefahrenabwehr in der Schifffahrt und der Rechtsdurchsetzung, sowie Kenntnis nehmend von den Anstrengungen, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen unternehmen, und von den Finanzmitteln, die über den Treuhandfonds, von der Europäischen Union, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und anderen Gebern bereitgestellt werden, um regionale Justiz- und Rechtsdurchsetzungskapazitäten für Ermittlungen gegen mutmaßliche Seeräuber, ihre Festnahme und Strafverfolgung und für die Inhaftierung verurteilter Seeräuber im Einklang mit den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen aufzubauen,

*eingedenk* des Verhaltenskodexes von Dschibuti, Kenntnis nehmend von der Tätigkeit der Zentren für den Informationsaustausch in Jemen, Kenia und der Vereinigten Republik Tansania und des regionalen maritimen Ausbildungszentrums in Dschibuti und in Anerkennung der Anstrengungen der Unterzeichnerstaaten, den geeigneten ordnungspolitischen und rechtlichen Rahmen zur Bekämpfung der Seeräuberei zu schaffen, ihre Kapazität zur Patrouille der Gewässer der Region auszuweiten, verdächtige Schiffe aufzubringen und mutmaßliche Seeräuber strafrechtlich zu verfolgen,

*hervorhebend*, dass Frieden und Stabilität innerhalb Somalias, die Stärkung der staatlichen Institutionen, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit notwendig sind, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Seeräuberei und den bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias auf Dauer ein Ende gemacht wird, und ferner hervorhebend, dass die langfristige Sicherheit Somalias von dem wirksamen Aufbau der somalischen Nationalen Sicherheitskräfte durch die somalischen Behörden abhängt,

mit Dank *Kenntnis nehmend* von den jüngsten Veranstaltungen auf hoher Ebene über Somalia, auf denen erhebliche Unterstützungszusagen gegeben wurden, und unterstreichend, wie wichtig es ist, dass die auf diesen Veranstaltungen zugesagte Unterstützung auch tatsächlich geleistet wird,

mit *Genugtuung davon Kenntnis nehmend*, dass die Vereinigung der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans auf der dreizehnten Tagung ihres Ministerrats die Absicht bekundete, die Gefahrenabwehr in der Schifffahrt und die Sicherheit der Schifffahrt zu fördern, namentlich im Rahmen des bevorstehenden Indischer-Ozean-DIALOGs in Indien, bei dem konkrete Möglichkeiten zur Ausweitung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Seeräuberei, unter anderem durch verbesserte Regelungen für den Austausch von Seeverkehrsinformationen und die Stärkung der einzelstaatlichen Rechtskapazitäten und Rechtsvorschriften, erkundet werden sollen, und die Vereinigung der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans dazu ermutigend, Anstrengungen zu unternehmen, die die laufende Arbeit der Kontaktgruppe ergänzen und damit abgestimmt sind,

*feststellend*, dass die gemeinsamen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft und des Privatsektors zur Bekämpfung der Seeräuberei seit 2011 zu einem starken Rückgang der seeräuberischen Angriffe sowie der Entführungen geführt haben, und hervorhebend, dass die bedeutenden Fortschritte bei der Senkung der Zahl erfolgreicher seeräuberischer Angriffe wieder rückgängig gemacht werden könnten, wenn keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden,

*feststellend*, dass die Fälle von Seeräuberei und die bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias ein wichtiger Faktor für die Verschärfung der Situation in Somalia sind, die nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *erklärt erneut*, dass er alle seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verurteilt und missbilligt;

2. *ist sich dessen bewusst*, dass die anhaltende Instabilität in Somalia eine der Ursachen ist, die dem Problem der Seeräuberei zugrunde liegen, und zu dem Problem der Seeräuberei und der bewaffneten Raub-

überfälle auf See vor der Küste Somalias beiträgt, während die Seeräuberei wiederum die Instabilität verschärft, indem sie große Mengen illegal erworbenen Geldes in Umlauf bringt, was weiterer Kriminalität und Korruption in Somalia Vorschub leistet;

3. *betont*, dass es einer umfassenden Reaktion der internationalen Gemeinschaft bedarf, um die Seeräuberei zu unterdrücken und die ihr zugrundeliegenden Ursachen zu bekämpfen;

4. *unterstreicht*, dass die somalischen Behörden die Hauptverantwortung im Kampf gegen die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias tragen, ersucht die somalischen Behörden, mit Hilfe des Generalsekretärs und der zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen ohne weitere Verzögerung einen vollständigen Katalog von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Seeräuberei zu erlassen, und fordert Somalia nachdrücklich auf, sich mit Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft weiter darum zu bemühen, eine ausschließliche Wirtschaftszone im Einklang mit dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen<sup>83</sup> zu beschließen;

5. *erkennt* die Notwendigkeit *an*, auch weiterhin gegen diejenigen zu ermitteln und strafrechtlich vorzugehen, die seeräuberische Angriffe vor der Küste Somalias planen, organisieren oder unerlaubt finanzieren oder davon profitieren, einschließlich der Schlüsselfiguren der an der Seeräuberei beteiligten kriminellen Netzwerke, und legt den Staaten eindringlich nahe, in Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen Organisationen Rechtsvorschriften zur Erleichterung der Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber vor der Küste Somalias zu erlassen;

6. *fordert* die somalischen Behörden *auf*, Seeräuber aufzugreifen und nach ihrer Aufgreifung gegen sie zu ermitteln und strafrechtlich vorzugehen und die Hoheitsgewässer vor der Küste Somalias zu patrouillieren, um seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See zu bekämpfen;

7. *fordert* die somalischen Behörden *außerdem auf*, alles zu tun, um diejenigen, die somalisches Hoheitsgebiet dafür nutzen, kriminelle seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle auf See zu planen, zu erleichtern oder zu begehen, vor Gericht zu stellen, fordert die Mitgliedstaaten auf, Somalia auf Ersuchen der somalischen Behörden und mit Notifizierung an den Generalsekretär dabei behilflich zu sein, die maritimen Kapazitäten in Somalia, einschließlich die der regionalen Behörden, zu stärken, und betont, dass alle gemäß dieser Ziffer ergriffenen Maßnahmen mit dem anwendbaren Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, im Einklang stehen müssen;

8. *fordert* die Staaten *auf*, nach Bedarf auch in der Frage der Geiselnahme und bei der Strafverfolgung mutmaßlicher Piraten wegen Geiselnahme zusammenzuarbeiten;

9. *ist sich dessen bewusst*, dass die Staaten, die internationalen und regionalen Organisationen und andere geeignete Partner Beweismittel und Informationen für die Zwecke der Rechtsdurchsetzung bei der Bekämpfung der Seeräuberei austauschen müssen, mit dem Ziel, die wirksame Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber und die Inhaftnahme verurteilter Seeräuber zu gewährleisten und die Schlüsselfiguren der an der Seeräuberei beteiligten kriminellen Netzwerke, die seeräuberische Handlungen planen, organisieren, erleichtern oder unerlaubt finanzieren und davon profitieren, in Haft zu nehmen und strafrechtlich zu verfolgen, und prüft weiterhin die Möglichkeit, zielgerichtete Sanktionen gegen Personen oder Einrichtungen anzuwenden, die seeräuberische Handlungen planen, organisieren, erleichtern oder unerlaubt finanzieren oder davon profitieren, wenn sie die in Ziffer 8 der Resolution 1844 (2008) festgelegten Kriterien für die Aufnahme in die Liste erfüllen, und fordert alle Staaten auf, mit der Überwachungsgruppe für Somalia und Eritrea uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, insbesondere auch beim Austausch von Informationen über mögliche Verstöße gegen das Waffenembargo oder das Holzkohle-Embargo;

10. *fordert* die Staaten und Regionalorganisationen, die über die entsprechenden Kapazitäten verfügen, *erneut auf*, sich am Kampf gegen die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias zu beteiligen, insbesondere indem sie im Einklang mit dieser Resolution und dem Völkerrecht Marinefahrzeuge, Waffen und Militärluftfahrzeuge einsetzen, den zur Bekämpfung der Seeräuberei eingesetzten Kräften Unterstützung im Hinblick auf Stationierung und Logistik gewähren und Boote, Schiffe, Waffen und ähnliches Gerät, die bei der Begehung seeräuberischer Handlungen und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verwendet werden oder für deren Verwendung es einen hinreichend begründeten Verdacht gibt, beschlagnahmen und beseitigen;

11. *würdigt* die Arbeit, die die Kontaktgruppe leistet, um die Koordinierung der Maßnahmen zur Abschreckung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen auf See vor der Küste Somalias in Zusammenarbeit mit der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation, den Flaggenstaaten und den somalischen Behörden zu erleichtern, und fordert die Staaten und die internationalen Organisationen nachdrücklich auf, diese Anstrengungen auch weiterhin zu unterstützen;

12. *ermutigt* die Mitgliedstaaten, im Kampf gegen die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See auch weiterhin mit den somalischen Behörden zusammenzuarbeiten, stellt fest, dass den somalischen Behörden die Hauptrolle im Kampf gegen die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias zukommt, und beschließt, die in Ziffer 10 der Resolution 1846 (2008) und Ziffer 6 der Resolution 1851 (2008) festgelegten und mit Ziffer 7 der Resolution 1897 (2009), Ziffer 7 der Resolution 1950 (2010), Ziffer 9 der Resolution 2020 (2011) und Ziffer 12 der Resolution 2077 (2012) verlängerten Ermächtigungen, die den Staaten und Regionalorganisationen erteilt wurden, die im Kampf gegen die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias mit den somalischen Behörden zusammenarbeiten und deren Namen dem Generalsekretär von den somalischen Behörden vorab notifiziert wurden, für einen weiteren Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Datum dieser Resolution zu verlängern;

13. *bekräftigt*, dass die in dieser Resolution verlängerten Ermächtigungen ausschließlich auf die Situation in Somalia Anwendung finden und die Rechte, Pflichten oder Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten nach dem Völkerrecht, einschließlich der Rechte oder Pflichten nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, in Bezug auf jede andere Situation unberührt lassen, unterstreicht insbesondere, dass diese Resolution nicht so anzusehen ist, als werde dadurch Völkergewohnheitsrecht geschaffen, und bekräftigt ferner, dass diese Ermächtigungen nur aufgrund des Schreibens vom 12. November 2013 verlängert wurden, in dem die Zustimmung der somalischen Behörden übermittelt wurde;

14. *beschließt*, dass das mit Ziffer 5 der Resolution 733 (1992) vom 23. Januar 1992 verhängte, mit den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1425 (2002) vom 22. Juli 2002 näher ausgeführte und mit den Ziffern 33 bis 38 der Resolution 2093 (2013) vom 6. März 2013 geänderte Waffenembargo gegen Somalia keine Anwendung auf Lieferungen von Waffen und militärischem Gerät oder die Bereitstellung von Hilfe findet, die zur ausschließlichen Nutzung der Mitgliedstaaten und internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen bestimmt sind, die Maßnahmen im Einklang mit Ziffer 12 ergreifen;

15. *ersucht* die zusammenarbeitenden Staaten, geeignete Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die Tätigkeiten, die sie gemäß den Ermächtigungen in Ziffer 12 durchführen, in der Praxis nicht dazu führen, dass sie Schiffen von Drittstaaten das Recht der friedlichen Durchfahrt verwehren oder dieses beeinträchtigen;

16. *fordert* alle Staaten, insbesondere die Flaggen-, Hafen- und Küstenstaaten, die Staaten der Staatsangehörigkeit der Opfer und der Urheber von Seeräuberei und bewaffneten Raubüberfällen sowie die sonstigen Staaten, die entsprechende Zuständigkeit nach dem Völkerrecht oder innerstaatlichem Recht besitzen, *auf*, bei der Bestimmung der Zuständigkeit sowie bei den Ermittlungen gegen alle Personen, die für seeräuberische Handlungen und bewaffnete Raubüberfälle vor der Küste Somalias verantwortlich sind, einschließlich derjenigen, die zu einer seeräuberischen Handlung aufstacheln oder sie erleichtern, und bei ihrer Strafverfolgung im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass alle den Justizbehörden übergebenen Seeräuber einem Gerichtsverfahren unterworfen werden, und Hilfe zu gewähren, indem sie unter anderem Hilfe bei der Verfahrensweise und Logistik in Bezug auf die ihrer Hoheitsgewalt und Kontrolle unterstehenden Personen leisten, wie Opfer, Zeugen und Personen, die infolge von nach dieser Resolution durchgeführten Maßnahmen festgenommen wurden;

17. *fordert* alle Staaten *außerdem auf*, Seeräuberei nach ihrem innerstaatlichen Recht unter Strafe zu stellen und die Strafverfolgung mutmaßlicher Seeräuber, die vor der Küste Somalias ergriffen werden, und ihrer Förderer und Geldgeber an Land, und die Inhaftnahme der Verurteilten im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, wohlwollend zu prüfen;

18. *verweist erneut* auf seinen Beschluss, die Schaffung spezialisierter Gerichte für Seeräuberei in Somalia und anderen Staaten in der Region mit erheblicher internationaler Beteiligung und/oder Unterstützung weiter zu prüfen, wie in Resolution 2015 (2011) vorgesehen, und erklärt erneut, wie wichtig es ist, dass sich die Gerichtsbarkeit dieser Gerichte nicht nur auf die auf See ergriffenen Verdächtigen erstreckt,

sondern auch auf diejenigen, die zu seeräuberischen Handlungen aufstacheln oder diese vorsätzlich erleichtern, einschließlich der Schlüsselfiguren der an der Seeräuberei beteiligten kriminellen Netzwerke, die solche Angriffe planen, organisieren, erleichtern oder unerlaubt finanzieren oder davon profitieren, und legt der Kontaktgruppe nahe, ihre diesbezüglichen Erörterungen fortzusetzen;

19. *begrüßt* in diesem Zusammenhang, dass das Programm zur Bekämpfung der Seeräuberei des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung weiterhin mit den Behörden in Somalia und in den Nachbarstaaten daran arbeitet, die Strafverfolgung von der Seeräuberei verdächtigten Personen und die Inhaftnahme der Verurteilten auf eine mit dem Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, vereinbare Weise sicherzustellen;

20. *fordert* alle Staaten *nachdrücklich auf*, im Rahmen ihrer bestehenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die unerlaubte Finanzierung seeräuberischer Handlungen und das Waschen der Erträge daraus zu verhüten;

21. *fordert* die Staaten *nachdrücklich auf*, in Zusammenarbeit mit INTERPOL und dem Europäischen Polizeiamt weiter gegen internationale kriminelle Netzwerke, die an der Seeräuberei vor der Küste Somalias beteiligt sind, einschließlich der für die unerlaubte Finanzierung und Erleichterung Verantwortlichen, zu ermitteln;

22. *lobt* die INTERPOL für die Operationalisierung einer globalen Datenbank über Seeräuberei, die Informationen über Seeräuberei vor der Küste Somalias zusammenfasst und die Erstellung von für die Rechtsdurchsetzung verwertbaren Analysen erleichtert, und fordert alle Staaten nachdrücklich auf, entsprechende Informationen über die geeigneten Kanäle an die INTERPOL zur Verwendung in der Datenbank weiterzugeben;

23. *würdigt* die Beiträge des Treuhandfonds und des von der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation finanzierten Verhaltenskodexes von Dschibuti und fordert die von der Seeräuberei betroffenen staatlichen wie nichtstaatlichen Akteure, insbesondere die internationalen Schifffahrtsunternehmen, nachdrücklich auf, zu ihnen beizutragen;

24. *fordert* die Vertragsstaaten des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschiffahrt<sup>84</sup> *nachdrücklich auf*, ihre einschlägigen Verpflichtungen aus diesen Übereinkommen und nach dem Völkergewohnheitsrecht uneingeschränkt zu erfüllen und mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation sowie anderen Staaten und anderen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um Justizkapazitäten für die erfolgreiche Strafverfolgung der Personen, die der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias verdächtig werden, aufzubauen;

25. *nimmt Kenntnis* von den Empfehlungen und Leitlinien der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation zur Verhütung und Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See und fordert die Staaten nachdrücklich auf, in Zusammenarbeit mit der Schifffahrts- und Versicherungsbranche sowie der Organisation auch weiterhin bewährte Vermeidungs-, Ausweich- und Abwehrverfahren und Sicherheitshinweise zu den im Falle eines Angriffs oder während der Fahrt in den Gewässern vor der Küste Somalias zu ergreifenden Maßnahmen auszuarbeiten und umzusetzen, und fordert die Staaten ferner nachdrücklich auf, ihre Staatsangehörigen und Schiffe je nach Fall in ihrem ersten geeigneten Anlaufhafen unmittelbar im Anschluss an die Begehung oder den Versuch einer seeräuberischen Handlung oder eines bewaffneten Raubüberfalls auf See oder nach ihrer Freilassung für forensische Untersuchungen verfügbar zu machen;

26. *legt* den Flaggenstaaten und Hafenstaaten *nahe*, weiter zu erwägen, im Rahmen eines Konsultationsprozesses, namentlich über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation und die Internationale Organisation für Normung, Sicherheits- und Gefahrenabwehrmaßnahmen an Bord von Schiffen, gegebenenfalls einschließlich Vorschriften für den Einsatz von privaten bewaffneten Sicherheitskräften an Bord von Schiffen, zu erarbeiten, die darauf gerichtet sind, die Seeräuberei vor der Küste Somalias zu verhüten und zu bekämpfen;

27. *bittet* die Internationale Seeschiffahrts-Organisation, ihre Beiträge zur Verhütung und Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen auf Schiffe insbesondere in Abstimmung mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, dem Welternährungsprogramm, der Schifffahrtsbranche und allen weiteren beteiligten Parteien fortzusetzen, und anerkennt die Rolle der Organisation in Bezug auf private bewaffnete Sicherheitskräfte an Bord von Schiffen in Hochrisikogebieten;

28. *stellt fest*, wie wichtig es ist, die sichere Lieferung der Hilfsgüter des Welternährungsprogramms auf dem Seeweg zu gewährleisten, und begrüßt die laufende Arbeit des Welternährungsprogramms, der von der Europäischen Union geführten Operation Atalanta und der Flaggenstaaten in Bezug auf Einheiten zum Schutz von Schiffen des Welternährungsprogramms;

29. *ersucht* die mit den somalischen Behörden zusammenarbeitenden Staaten und Regionalorganisationen, den Sicherheitsrat und den Generalsekretär in neun Monaten über den Stand der Maßnahmen zu unterrichten, die sie in Ausübung der ihnen in Ziffer 12 erteilten Ermächtigungen durchgeführt haben, und ersucht ferner alle Staaten, die über die Kontaktgruppe zum Kampf gegen die Seeräuberei vor der Küste Somalias beitragen, einschließlich Somalias und anderer Staaten in der Region, innerhalb derselben Frist über ihre Anstrengungen zur Begründung der Gerichtsbarkeit und zur Zusammenarbeit bei den Ermittlungen und der Strafverfolgung im Zusammenhang mit Seeräuberei Bericht zu erstatten;

30. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat innerhalb von 11 Monaten nach Verabschiedung dieser Resolution über die Durchführung dieser Resolution und über die Situation in Bezug auf Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See vor der Küste Somalias Bericht zu erstatten;

31. *bekundet seine Absicht*, die Situation zu überprüfen und gegebenenfalls zu erwägen, die in Ziffer 12 erteilten Ermächtigungen auf Ersuchen der somalischen Behörden um weitere Zeiträume zu verlängern;

32. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7061. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7078. Sitzung am 10. Dezember 2013 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über Somalia (S/2013/709)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Nicholas Kay, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia und Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Am 24. Dezember 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>87</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 20. Dezember 2013 betreffend die Entsendung einer stationären Wacheinheit der Vereinten Nationen zur Erhöhung der Sicherheit der Räumlichkeiten der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Somalia innerhalb des internationalen Flughafens Mogadischu<sup>88</sup> dem Sicherheitsrat zur Kenntnis gebracht worden ist. Der Rat nimmt von

---

<sup>87</sup> S/2013/765.

<sup>88</sup> S/2013/764.

den in Ihrem Schreiben enthaltenen Informationen und den darin vorgeschlagenen Regelungen Kenntnis.

Auf seiner 7127. Sitzung am 5. März 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Somalias (Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Somalia“ teilzunehmen.

**Resolution 2142 (2014)  
vom 5. März 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf die früheren Erklärungen seines Präsidenten und seine Resolutionen über die Situation in Somalia, insbesondere seine Resolutionen 2036 (2012) vom 22. Februar 2012, 2093 (2013) vom 6. März 2013 und 2111 (2013) vom 24. Juli 2013,

*in Bekräftigung seiner Achtung* der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, der politischen Unabhängigkeit und der Einheit Somalias,

*Kenntnis nehmend* von dem Schreiben der Bundesregierung Somalias vom 6. Februar 2014 an den Sicherheitsrat, unter Begrüßung der darin enthaltenen neuen Informationen und unter Hinweis auf ihre Mängel, ferner Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Nationalen Sicherheitsberaters der Bundesregierung Somalias vom 20. Februar an den Vorsitzenden des Ausschusses nach den Resolutionen 751 (1992) und 1907 (2009) („der Ausschuss“) und mit der Aufforderung an die Bundesregierung, dem Sicherheitsrat auch künftig angemessen detaillierte Informationen vorzulegen,

*erfreut* über die von der Bundesregierung Somalias im Hinblick auf ein besseres Waffen- und Munitionsmanagement ergriffenen Maßnahmen und mit Interesse erwartend, dass die Bundesregierung weitere Schritte unternimmt, um ihr Waffenmanagement weiter zu verbessern,

*unterstreichend*, dass die Bundesregierung Somalias ihre Befolgung der Auflagen im Rahmen der teilweisen Aussetzung des Waffenembargos unbedingt verbessern muss,

*Kenntnis nehmend* von dem Bericht der Überwachungsgruppe für Somalia und Eritrea vom 6. Februar 2014 über die Befolgung der Auflagen nach den Bestimmungen zur teilweisen Aussetzung des gegen die Bundesregierung Somalias verhängten Waffenembargos durch die Bundesregierung Somalias,

*unter Verurteilung* des Stroms von Waffen- und Munitionslieferungen nach und durch Somalia unter Verstoß gegen das Waffenembargo gegen Somalia sowie der destabilisierenden Anhäufung und des Missbrauchs solcher Waffen, die eine ernsthafte Bedrohung des Friedens und der Stabilität in der Region darstellen,

*mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis* darüber, dass die in seinen Resolutionen 2093 (2013) und 2111 (2013) festgelegten Auflagen im Rahmen der Aussetzung des Waffenembargos bisher nicht voll befolgt werden,

*mit Besorgnis feststellend* über die Berichte der Überwachungsgruppe über die Umleitung von Waffen und Munition, auch an Al-Shabaab, die als potenzielle Empfängerin umgeleiteter Waffen und Munition genannt wird, und ferner feststellend, dass gemäß Ziffer 7 der Resolution 1844 (2008) vom 20. November 2008 alle Mitgliedstaaten gehalten sind, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass benannten Personen und Einrichtungen, einschließlich Al-Shabaabs, Waffen und militärisches Gerät auf direktem oder indirektem Weg geliefert, verkauft oder übertragen werden,

*betonend*, dass jeder Beschluss über eine Fortsetzung oder Beendigung der teilweisen Aussetzung des Waffenembargos gegen die Bundesregierung Somalias im Lichte dessen getroffen wird, wie gründlich die Bundesregierung die in dieser und anderen einschlägigen Resolutionen des Rates festgelegten Auflagen befolgt,

*Kenntnis nehmend* von dem Ersuchen der Bundesregierung Somalias um Hilfe beim Waffenmanagement und die zuständigen internationalen Akteure, einschließlich der Vereinten Nationen, ermutigend, die Bundesregierung beim Management von Waffen und militärischem Gerät wirksam zu unterstützen,

*erneut erklärend*, dass alle Mitgliedstaaten im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Verhinderung nicht genehmigter Lieferungen von Waffen und militärischem Gerät nach Somalia achten und umsetzen sowie die direkte oder indirekte Einfuhr von Holzkohle aus Somalia unter Verstoß gegen die einschlägigen Resolutionen des Rates verhindern müssen,

*unter Hinweis* auf den Bericht der Informellen Arbeitsgruppe für allgemeine Sanktionsfragen über bewährte Verfahren und Methoden<sup>89</sup>, namentlich die Ziffern 21, 22 und 23, in denen mögliche Schritte zur Klarstellung methodologischer Standards für Überwachungsmechanismen erörtert werden,

*feststellend*, dass die Situation in Somalia nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *bekräftigt* das mit Ziffer 5 der Resolution 733 (1992) vom 23. Januar verhängte, in den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1425 (2002) vom 22. Juli 2002 näher ausgeführte und mit den Ziffern 33 bis 38 der Resolution 2093 (2013) und den Ziffern 4 bis 17 der Resolution 2111 (2013) geänderte Waffenembargo gegen Somalia;

2. *beschließt*, dass das Waffenembargo gegen Somalia bis zum 25. Oktober 2014 keine Anwendung auf Lieferungen von Waffen, Munition oder militärischem Gerät oder die Bereitstellung von Beratung, Hilfe oder Ausbildung findet, die ausschließlich zum Aufbau der Sicherheitskräfte der Bundesregierung Somalias und zur Gewährleistung der Sicherheit der somalischen Bevölkerung bestimmt sind, außer in Bezug auf die Lieferung der in der Anlage der Resolution 2111 (2013) genannten Gegenstände;

3. *beschließt außerdem*, dass die Bundesregierung Somalias die Hauptverantwortung dafür trägt, den Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 751 (1992) und 1907 (2009) (der Ausschuss) zu seiner Information mindestens fünf Tage im Voraus über alle Lieferungen von Waffen, Munition oder militärischem Gerät oder die Bereitstellung von Beratung, Hilfe oder Ausbildung an ihre Sicherheitskräfte, wie in Ziffer 2 zugelassen, zu benachrichtigen sowie für die Zwecke des Ausnahmeverfahrens für die in der Anlage der Resolution 2111 (2013) aufgeführten Gegenstände, wie in Ziffer 7 der Resolution 2111 (2013) vorgesehen;

4. *beschließt ferner*, dass ersatzweise der Mitgliedstaat oder die internationale, regionale oder subregionale Organisation, die Hilfe bereitstellen, die in Ziffer 3 genannte Benachrichtigung in Abstimmung mit der Bundesregierung Somalias vornehmen können;

5. *beschließt*, dass alle derartigen Benachrichtigungen an den Ausschuss betreffend die Bereitstellung von Waffen oder militärischem Gerät Folgendes beinhalten: genaue Angaben zum Hersteller und zum Lieferanten der Waffen und Munition, eine Beschreibung der Waffen und der Munition, einschließlich des Typs, des Kalibers und der Menge, den vorgesehenen Liefertermin und -ort sowie alle sachdienlichen Informationen darüber, welche Einheit innerhalb der Nationalen Sicherheitskräfte Somalias die Lieferung erhalten soll oder wo sie gelagert werden soll;

6. *beschließt außerdem*, dass die Bundesregierung Somalias dem Ausschuss spätestens 30 Tage nach Lieferung der Waffen oder Munition den Abschluss der Lieferung schriftlich bestätigt, einschließlich Seriennummern der gelieferten Waffen und Munition, Lieferinformationen, Konossementen, Ladungsverzeichnissen oder Versandlisten sowie des genauen Lagerorts, und erkennt an, dass es nützlich ist, wenn der liefernde Mitgliedstaat oder die liefernde internationale, regionale oder subregionale Organisation in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung Somalias ebenso verfahren;

---

<sup>89</sup> Siehe S/2006/997.

7. *beschließt ferner*, dass die Bundesregierung Somalias dem Ausschuss innerhalb von fünf Tagen nach Verteilung der eingeführten Waffen oder Munition schriftlich mitteilt, welche Einheit der Nationalen Sicherheitskräfte Somalias sie erhalten hat oder wo sie gelagert wurden;

8. *erklärt erneut*, dass Waffen oder militärisches Gerät, die ausschließlich zum Aufbau der Sicherheitskräfte der Bundesregierung Somalias verkauft oder geliefert wurden, nicht an Personen oder Einrichtungen, die nicht im Dienst der Sicherheitskräfte der Bundesregierung stehen, weiterverkauft, weitergeleitet oder zur Verwendung zur Verfügung gestellt werden dürfen, und unterstreicht die Verantwortung der Bundesregierung für die Gewährleistung der sicheren und wirksamen Verwaltung, Lagerung und Sicherung ihrer Bestände;

9. *ersucht* die Bundesregierung Somalias, dem Rat bis zum 13. Juni 2014 und danach bis zum 13. September 2014 Bericht zu erstatten über

a) die Struktur, die Personalstärke und die Zusammensetzung (einschließlich des Status der alliierten Milizen) der Sicherheitskräfte der Bundesregierung Somalias, einschließlich der Namen der derzeitigen Kommandeure, des Standorts der Hauptquartiere und des Status der Milizen;

b) die vorhandene Infrastruktur zur Gewährleistung der sicheren Lagerung, Registrierung, Wartung und Verteilung militärischen Geräts durch die Sicherheitskräfte der Bundesregierung Somalias, einschließlich Details über alle vorhandenen Waffenarsenale und Lagerräume, deren Standort, Lagerkapazität, Personalkapazität, Waffen- und Munitionsmanagementsysteme und den Stand ihrer Nutzung;

c) die vorhandenen Verfahren und Verhaltenskodexe für die Registrierung, die Verteilung, den Gebrauch und die Lagerung von Waffen durch die Sicherheitskräfte der Bundesregierung Somalias sowie den diesbezüglichen Schulungsbedarf, einschließlich Verfahren für die Entgegennahme, Verifikation und Dokumentation von Waffeneinfuhren, die über von der Bundesregierung kontrollierte Eingangshäfen abgewickelt werden, Verfahren für den Transport von Waffen und Munition durch die Sicherheitskräfte sowie über die derzeit von den verwendeten Erfassungs- und Prüfungssysteme;

10. *ersucht* den Generalsekretär, innerhalb von 30 Tagen Optionen und Empfehlungen zu technischer Unterstützung für die Bundesregierung Somalias durch die Vereinten Nationen (einschließlich der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Somalia) und andere vorzulegen, und zwar dabei,

a) die in den Ziffern 3 bis 7 dieser Resolution enthaltenen Auflagen zu befolgen und den in Ziffer 9 dieser Resolution enthaltenen Ersuchen nachzukommen;

b) ihre Kapazitäten zur sicheren und transparenten Lagerung, Verteilung und Verwaltung von Waffen und militärischem Gerät, einschließlich Überwachung und Verifikation, zu erhöhen;

11. *fordert* die Bundesregierung Somalias, alle anderen Parteien und Staaten sowie die internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen, einschließlich der Mission der Afrikanischen Union in Somalia, *nachdrücklich auf*, die Zusammenarbeit mit der Überwachungsgruppe sicherzustellen und die Sicherheit ihrer Mitglieder sowie den ungehinderten Zugang zu gewährleisten, insbesondere zu den Personen, Dokumenten und Orten, bei denen die Überwachungsgruppe dies zur Erfüllung ihres Mandats für sachdienlich erachtet;

12. *ersucht* die Überwachungsgruppe, der Bundesregierung Somalias Rückmeldung über ihre Berichterstattung an den Ausschuss zu geben und den Rat regelmäßig über die Befolgung dieser und anderer einschlägiger Ratsresolutionen durch die Bundesregierung unterrichtet zu halten;

13. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7127. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7132. Sitzung am 11. März 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:



„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über Somalia (S/2014/140)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Nicholas Kay, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia und Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf seiner 7181. Sitzung am 22. Mai 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über Somalia (S/2014/330)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Nicholas Kay, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia und Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Mahamat Saleh Annadif, den Sonderbeauftragten der Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union für Somalia und Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Somalia, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>90</sup>:

Der Sicherheitsrat begrüßt das Schreiben des Generalsekretärs vom 3. April 2014 an den Präsidenten des Rates<sup>91</sup>, in dem er Optionen zur Unterstützung der Bundesregierung Somalias bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach den Bedingungen der teilweisen Aussetzung des Waffenembargos nennt. Der Rat unterstreicht, dass ein verbessertes Waffen- und Munitionsmanagement in Somalia ein Grundelement von mehr Frieden und Stabilität in Somalia wie auch in der Region ist.

Der Rat unterstreicht, dass die Bundesregierung Somalias greifbare Fortschritte bei der Einhaltung der Bedingungen der teilweisen Aussetzung des Waffenembargos vorweisen muss, wie sowohl in dem Schreiben als auch in Resolution 2142 (2014) hervorgehoben wurde. Der Rat ist nach wie vor besorgt über die Umleitung von Waffen und Munition, möglicherweise auch an Al-Shabaab, wie ebenfalls in Resolution 2142 (2014) hervorgehoben wurde. Der Rat begrüßt in dieser Hinsicht, dass die Bundesregierung einen Lenkungsausschuss für Waffen und Munition als das für Waffen- und Munitionsmanagement verantwortliche übergreifende Organ eingerichtet hat. Der Rat hebt die wichtige Rolle hervor, die außerdem die Technische Arbeitsgruppe für Waffen- und Munitionsmanagement („Arbeitsgruppe“) in Bezug auf die Verbesserung des Waffenmanagements wahrnehmen soll. Der Rat erklärt erneut, dass er seiner Beschlussfassung im Oktober 2014 über die Fortführung der Aussetzung des Waffenembargos zugrunde legen wird, inwieweit die Bundesregierung ihre Verpflichtungen zur Durchführung der Beschlüsse des Rates einhält.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig die Unterstützung der Bundesregierung Somalias durch die internationale Gemeinschaft in den in dem Schreiben genannten Bereichen ist. Der Rat unterstreicht insbesondere, dass das Büro des Nationalen Sicherheitsberaters, das die Berichtspflichten der Bundesregierung gegenüber dem Rat koordiniert und die nationale Architektur für das Waffen- und Munitionsmanagement beaufsichtigt, dringend internationaler Unterstützung bedarf. Der Rat appelliert an

---

<sup>90</sup> S/PRST/2014/9.

<sup>91</sup> S/2014/243.

die Mitgliedstaaten und die zuständigen internationalen und regionalen Organisationen, Unterstützung und Ausrüstung zu dem Zweck bereitzustellen,

- i) die Berichterstattung der Bundesregierung Somalias an den Rat über die Struktur ihrer Sicherheitskräfte sowie ihre Benachrichtigungen an den Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 751 (1992) und 1907 (2009) betreffend Somalia und Eritrea („Sanktionsausschuss“) zu verbessern;
- ii) eine der Registrierung dienende Grundlagenerhebung des somalischen Sicherheitssektors abzuschließen;
- iii) als Grundlage für zukünftige Verifikationstätigkeiten einen Waffenkennzeichnungs- und -registrierungsprozess einzuleiten.

Der Rat ermutigt die Mitgliedstaaten, Finanz- und Sachmittel bereitzustellen, damit die im Arbeitsplan für 2014 des Lenkungsausschusses für Waffen und Munition und seiner Arbeitsgruppe vorgesehenen wichtigsten Ergebnisse beschleunigt erreicht werden können.

Der Rat betont außerdem, dass insbesondere fünf Waffenkennzeichnungsmaschinen, Ausstattung für mobile Kennzeichnungseinheiten für die Waffenlager außerhalb Mogadischus und vorübergehende Lagereinrichtungen für Waffen benötigt werden.

Der Rat unterstreicht allen Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen gegenüber, dass alle Lieferungen militärischer Ausrüstung und alle Benachrichtigungen über das Büro des Nationalen Sicherheitsberaters koordiniert werden sollen, das die Bundesregierung Somalias zur Koordinierungsstelle für Waffen- und Munitionsmanagement bestimmt hat.

Die Bundesregierung Somalias soll die Einrichtung eines gemeinsamen Verifikationsteams mit internationalen Sachverständigen erwägen. Das Team soll sich auf die physische Verifikation von Waffen und Munition konzentrieren, die der Bundesregierung bereitgestellt werden, sowie auf die für das Waffen- und Munitionsmanagement vorhandenen Kontrollsysteme. Das Team soll sich darauf konzentrieren, die Bundesregierung bei der Einhaltung der Beschlüsse des Rates und des Sanktionsausschusses zu unterstützen, insbesondere was das Waffen- und Munitionsmanagement anbelangt. Der Rat unterstreicht, dass dieses Team die Tätigkeit der Überwachungsgruppe für Somalia und Eritrea ergänzen und sich mit dieser abstimmen soll, um jegliche Doppelarbeit bei ihren jeweiligen Aktivitäten zu vermeiden. Der Rat ermutigt die Mitgliedstaaten, die Hilfsmision der Vereinten Nationen in Somalia und die zuständigen Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen, die Einrichtung dieses Teams zu unterstützen. Der Rat ermutigt die Mitgliedstaaten ferner, ausreichende Finanzmittel bereitzustellen, um die rasche Einrichtung dieses Teams zu unterstützen.

Der Rat betont, dass die Tätigkeit der Überwachungsgruppe für Somalia und Eritrea von überragender Bedeutung ist. Der Rat verweist erneut auf Ziffer 32 der Resolution 2111 (2013) und erinnert die Bundesregierung Somalias daran, wie wichtig es ist, dass sie mit der Gruppe zusammenarbeitet. In diesem Zusammenhang ermutigt der Rat die Überwachungsgruppe für Somalia und Eritrea, ihre Präsenz in Mogadischu zu erhöhen und mit dem Büro des Nationalen Sicherheitsberaters stärker zusammenzuwirken, so auch durch die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen der Arbeitsgruppe.

Der Rat ermutigt alle maßgeblichen Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, die Hilfsmision der Vereinten Nationen in Somalia, die Organisationen der Vereinten Nationen und die Afrikanische Union, die Bundesregierung Somalias bei der Verbesserung ihres Waffen- und Munitionsmanagements zu unterstützen, namentlich durch die Bereitstellung finanzieller Unterstützung und Unterstützung in Form von Sachleistungen, um ihre Kapazitäten zu erhöhen. Der Rat unterstreicht, dass die Bundesregierung letztendlich für das Management ihrer Waffen und ihres militärischen Geräts verantwortlich ist. Der Rat unterstreicht seine Erwartung, dass die Bundesregierung in den kommenden Monaten substanzielle Fortschritte erzielt.

Auf seiner 7188. Sitzung am 29. Mai 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Somalia

Bericht des Generalsekretärs über Somalia (S/2014/330)“.

**Resolution 2158 (2014)  
vom 29. Mai 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf alle seine früheren Resolutionen und Erklärungen seines Präsidenten über die Situation in Somalia,

*in Bekräftigung seiner Achtung* der Souveränität, der politischen Unabhängigkeit, der territorialen Unversehrtheit und der Einheit Somalias,

*mit Lob* für die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Somalia, für die ersten zwölf Monate ihres Einsatzes und mit Anerkennung Kenntnis nehmend von der positiven Wirkung der Hilfsmission bei der Unterstützung der Bundesregierung Somalias im Friedens- und Aussöhnungsprozess,

*unterstreichend*, dass die Entwicklung eines föderalen Systems, die Überprüfung und Umsetzung der somalischen Vorläufigen Bundesverfassung und die Vorbereitungen von Wahlen im Jahr 2016 dringend voranschreiten müssen,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die verschärfte Spannung in Baidoa und das Potenzial für eine Konfrontation zwischen Puntland und „Somaliland“ und in dieser Hinsicht der Bundesregierung Somalias nahelegend, den Dialog mit Puntland zu verstärken und die Gespräche mit „Somaliland“ wiederaufzunehmen, um zu friedlichen Lösungen im Einklang mit der Vorläufigen Bundesverfassung zu gelangen,

*feststellend*, dass der Bundesregierung Somalias die Hauptverantwortung dafür zukommt, mit Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia, der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Somalia und der internationalen Partner in den von der Mission der Afrikanischen Union und den somalischen Sicherheitskräften gesicherten Gebieten die Sicherheit zu festigen, grundlegende Verwaltungsstrukturen zu schaffen, die Rechtsstaatlichkeit herzustellen, den humanitären Zugang zu eröffnen und soziale Grunddienste bereitzustellen,

*unter Hinweis* darauf, dass alle Parteien die einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts und die Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe achten müssen,

*unter Begrüßung* der positiven Beziehungen zwischen der Hilfsmission und der Mission der Afrikanischen Union, hervorhebend, dass die enge Zusammenarbeit der beiden Missionen gemäß dem ihnen jeweils vom Sicherheitsrat erteilten Mandat von grundlegender Bedeutung ist, und darauf hinweisend, dass die Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia fortgeführt werden muss,

*unterstreichend*, wie wichtig es ist, dass die Hilfsmission eng mit der Bundesregierung Somalias zusammenarbeitet, und in diesem Zusammenhang die Pläne der Hilfsmission begrüßend, ihren Standort aus dem internationalen Flughafen Mogadischu hinaus zu verlegen sowie ihre Präsenz und ihre Tätigkeit nach Maßgabe der Sicherheitsbedingungen auf die Regionen auszuweiten,

*unter Begrüßung* der Erfolge der derzeit stattfindenden gemeinsamen Einsätze der Somalischen Nationalarmee und der Mission der Afrikanischen Union, seine Erwartung unterstreichend, dass diese Einsätze fortgesetzt werden, und in Würdigung der außergewöhnlichen Tapferkeit der Mitarbeiter der Mission der Afrikanischen Union und der Somalischen Nationalarmee und der Opfer, die sie im Dienste des Friedens und der Stabilität in Somalia erbringen,

*seine Besorgnis darüber bekundend*, dass die Mission der Afrikanischen Union noch keine Zelle zur Erfassung, Analyse und Reaktion in Bezug auf zivile Opfer eingerichtet hat, was in den Resolutionen 2093 (2013) vom 6. März 2013 und 2124 (2013) vom 12. November 2013 des Rates als wichtig hervorgehoben wurde,

*sowie mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die Meldungen über Menschenrechtsverletzungen, darunter außergerichtliche Tötungen, Gewalt gegen Frauen, Kinder und Journalisten, willkürliche Inhaftnahme und weit verbreitete sexuelle Gewalt in Somalia, einschließlich in Lagern für Binnenvertriebene,

und unterstreichend, dass die Straflosigkeit beendet, die Menschenrechte geachtet und diejenigen, die solche Verbrechen begehen, zur Verantwortung gezogen werden müssen,

1. *beschließt*, das Mandat der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Somalia mit den folgenden Aufgaben um einen Zeitraum von 12 Monaten zu verlängern:

a) zur Unterstützung des Friedens- und Aussöhnungsprozesses der Bundesregierung Somalias die Gute-Dienste-Funktion der Vereinten Nationen bereitzustellen;

b) die Bundesregierung Somalias und nach Bedarf die Mission der Afrikanischen Union in Somalia zu unterstützen, indem sie im Hinblick auf Friedenskonsolidierung und Staatsbildung strategische Politikberatung erteilt, namentlich in den folgenden Bereichen:

i) Regierungsführung, einschließlich der Verwaltung der öffentlichen Finanzen;

ii) Reform des Sicherheitssektors, Rechtsstaatlichkeit (einschließlich Polizei, Rechtspflege und Justizvollzug im Rahmen der Globalen Koordinierungsstelle der Vereinten Nationen), Umgang mit nicht mehr kampfeteiligten Kombattanten, Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, Gefahrenabwehr in der Schifffahrt und Antiminenmaßnahmen;

iii) Entwicklung eines föderalen Systems, Prozess der Überprüfung der Verfassung und anschließendes Verfassungsreferendum sowie Vorbereitungen von Wahlen im Jahr 2016;

c) der Bundesregierung Somalias bei der Koordinierung der internationalen Geberunterstützung behilflich zu sein, in Zusammenarbeit mit den bilateralen und multilateralen Partnern und unter voller Achtung der Souveränität Somalias, insbesondere in folgenden Bereichen:

i) Hilfe für den Sicherheitssektor, namentlich mit Blick auf die Auflagen, die die Regierung nach den Bestimmungen zur teilweisen Aussetzung des Waffenembargos zu erfüllen hat; und

ii) Gefahrenabwehr in der Schifffahrt;

d) der Bundesregierung Somalias dabei behilflich zu sein, Kapazitäten aufzubauen, um

i) die Menschenrechte zu fördern und zu schützen und die Stellung der Frauen zu stärken, einschließlich durch die Bereitstellung von Beratern für Gleichstellungs- und Menschenrechtsfragen;

ii) den Kinderschutz zu fördern und die einschlägigen Aktionspläne der Regierung über Kinder und bewaffnete Konflikte umzusetzen, einschließlich durch die Bereitstellung von Kinderschutzberatern;

iii) sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten zu verhindern, einschließlich durch die Bereitstellung von Frauenschutzberatern;

iv) die Justizinstitutionen Somalias zu stärken und mit zu gewährleisten, dass insbesondere diejenigen, die Verbrechen an Frauen und Kindern begangen haben, zur Verantwortung gezogen werden;

e) die folgenden Rechtsverletzungen zu verfolgen, untersuchen zu helfen und dem Rat zu melden und zu ihrer Verhütung beizutragen:

i) in Somalia begangene Menschenrechtsmissbräuche oder -verletzungen oder Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, unter anderem mittels des Einsatzes von Menschenrechtsbeobachtern;

ii) Rechtsverletzungen oder Missbräuche an Kindern in Somalia;

iii) Rechtsverletzungen oder Missbräuche an Frauen, einschließlich aller Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in bewaffneten Konflikten;

2. *begrüßt* die Einrichtung der Hilfsmission als integrierte Mission unter der strategischen Leitung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Somalia, begrüßt außerdem die Wiedereröffnung des Ge-

meinsamen Gebäudekomplexes der Vereinten Nationen in Mogadischu am 24. April 2014, legt dem Landesteam der Vereinten Nationen nahe, nach Maßgabe der Sicherheitsbedingungen seine Verlegung nach Mogadischu fortzusetzen, und bekräftigt Ziffer 5 der Resolution 2102 (2013) vom 2. Mai 2013 und Ziffer 17 der Resolution 2124 (2013) betreffend die Strukturen und Hierarchien der Hilfsmission;

3. *betont*, welche Bedeutung er der Zusammenarbeit der Hilfsmission mit der Bundesregierung Somalias bei der Unterstützung der Stabilisierungsbemühungen der Regierung und bei der Koordinierung der internationalen Hilfe beimisst, insbesondere in den Al-Shabaab wieder abgerungenen Gebieten;

4. *legt* der Hilfsmission, der Mission der Afrikanischen Union und der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung *nahe*, auch weiterhin gemeinsame Aktivitäten auszuarbeiten und durchzuführen, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat, um die Friedenskonsolidierung und die Staatsbildung in Somalia zu unterstützen, und ersucht in dieser Hinsicht den Sonderbeauftragten, die Aktivitäten des Landteams der Vereinten Nationen in Somalia eng an den Prioritäten der Hilfsmission auszurichten und die Aktivitäten der Vereinten Nationen mit der Bundesregierung Somalias sowie der Afrikanischen Union (einschließlich der Mission der Afrikanischen Union), der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung, der Europäischen Union und den anderen regionalen, bilateralen und multilateralen Partnern abzustimmen;

5. *hebt hervor*, dass die langfristige Sicherheit Somalias von der Entwicklung der Somalischen Nationalarmee abhängt, unterstreicht, wie wichtig die fortgesetzte koordinierte und transparente Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für die Entwicklung der Somalischen Nationalarmee ist, unterstreicht ferner die Führungsrolle der Bundesregierung Somalias in diesem Prozess und legt den Mitgliedstaaten nahe, die Somalische Nationalarmee entsprechend dem Ersuchen des Sicherheitsrats in Ziffer 14 der Resolution 2124 (2013) zu unterstützen, namentlich durch Spenden an den Treuhandfonds der Vereinten Nationen, um nichtletale logistische Unterstützung für die Somalische Nationalarmee bereitzustellen, wenn sie gemeinsame Einsätze mit der Mission der Afrikanischen Union durchführt, die Teil des strategischen Gesamtkonzepts der Mission sind;

6. *weist erneut darauf hin*, wie wichtig es ist, dass die Hilfsmission die Richtlinien des Generalsekretärs für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht<sup>79</sup> und die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch einhält;

7. *verurteilt mit allem Nachdruck* die in jüngster Zeit von Al-Shabaab in Somalia und der Region verübten Terroranschläge, nimmt mit Besorgnis von der Zahl der Anschläge in Mogadischu Kenntnis, bekundet seine weitere Besorgnis darüber, dass Al-Shabaab weiter terroristische Handlungen in Somalia begeht, unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die Täter unter voller Einhaltung des Völkerrechts zur Rechenschaft gezogen werden, und weist erneut darauf hin, dass Terroranschläge seiner Entschlossenheit, den Friedens- und Aussöhnungsprozess in Somalia zu unterstützen, keinen Abbruch tun werden;

8. *begrüßt* es, dass vor kurzem eine Wacheinheit der Vereinten Nationen entsandt wurde, die die Sicherheit an den Standorten der Hilfsmission erhöhen soll;

9. *fordert* die Bundesregierung Somalias *auf*, einen klaren Plan für den Weg zu den Wahlen im Jahr 2016 auszuarbeiten, der die Erreichung wichtiger Etappenziele, beispielsweise ein Verfassungsreferendum und die Bildung einer staatlichen Übergangsverwaltung, umfasst, bekundet seine Bereitschaft, einen solchen Plan zu unterstützen, und befürwortet in dieser Hinsicht einen engen Dialog zwischen der Bundesregierung und den zuständigen regionalen Verwaltungsbehörden;

10. *bringt seine tiefe Besorgnis* über die humanitäre Lage in Somalia *zum Ausdruck*, hebt insbesondere hervor, dass 2,9 Millionen Somalier humanitärer Hilfe bedürfen, unterstreicht das Risiko einer weiteren Verschlechterung der Lage, hebt hervor, dass für den nur zu 19 Prozent finanzierten Konsolidierten Hilfsappell der Vereinten Nationen für Somalia dringend Finanzmittel bereitgestellt werden müssen, und verlangt erneut, dass alle Parteien den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang gestatten und erleichtern, damit die notleidenden Menschen in ganz Somalia rasch Hilfe erhalten können;

11. *betont*, dass die Bundesregierung Somalias dafür sorgen muss, dass alle diejenigen, die schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden, und hebt hervor, wie wichtig es ist, dass die Hilfsmission die Bundesregierung bei der Entwicklung und Umsetzung einer nationalen Strategie zur Verhütung und Bekämpfung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt unterstützt;

12. *fordert* die Hilfsmission *auf*, ihr Mandat unter anderem im Einklang mit Resolution 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 durchzuführen, verurteilt die anhaltenden Vorfälle sexueller Gewalt in Somalia, begrüßt es, dass die Bundesregierung Somalias einen nationalen Aktionsplan zur Beendigung der sexuellen Gewalt sowie den Plan zur Umsetzung des Gemeinsamen Kommuniqués der Bundesregierung Somalias und der Vereinten Nationen über die Verhütung sexueller Gewalt erarbeitet hat, und legt den Vereinten Nationen, den Mitgliedstaaten und den regionalen und internationalen Organisationen nahe, die Umsetzung zu unterstützen;

13. *verurteilt entschieden* die Berichte über schwere Rechtsverletzungen an Kindern, begrüßt es, dass die Bundesregierung Somalias die Standardverfahren für die Aufnahme und Übergabe der von bewaffneten Gruppen getrennten Kinder unterzeichnet hat, und fordert die Bundesregierung nachdrücklich auf, die Aktionspläne für Kinder und bewaffnete Konflikte weiter durchzuführen und namentlich die Täter vor Gericht zu stellen;

14. *bekundet seine Besorgnis* über die bei der Hilfsmission und ihren Partnern eingehenden Berichte über Menschenrechtsverletzungen, die teilweise mutmaßlich im Zusammenhang mit der anhaltenden Militärkampagne begangen wurden, sowie über die Zwangsräumungen, denen Binnenvertriebene ausgesetzt werden, hebt hervor, dass die Bundesregierung Somalias dafür sorgen muss, dass alle Urheber derartiger Rechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen werden, und fordert die Bundesregierung auf, die Achtung der Menschenrechte zu fördern und sie aktiv zu schützen, auch die Menschenrechte der in Hafteinrichtungen befindlichen Personen;

15. *ersucht* den Generalsekretär, den Sicherheitsrat regelmäßig über die Durchführung des Mandats der Hilfsmission unterrichtet zu halten, unter anderem durch mündliche Sachstandsberichte und mindestens drei schriftliche Berichte, wobei der erste schriftliche Bericht bis zum 25. September 2014 und die nachfolgenden Berichte alle 120 Tage vorzulegen sind;

16. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7188. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7191. Sitzung am 4. Juni 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Somalias gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Somalia“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinatorin, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

## **PUNKTE IM ZUSAMMENHANG MIT DER SITUATION IM EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN**

### **A. Die Situation in Bosnien und Herzegowina<sup>92</sup>**

#### **Beschluss**

Auf seiner 7055. Sitzung am 12. November 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Bosnien und Herzegowinas, Deutschlands und Italiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

---

<sup>92</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1992 verabschiedet.

„Die Situation in Bosnien und Herzegowina

Schreiben des Generalsekretärs vom 5. November 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/646)“.

**Resolution 2123 (2013)  
vom 12. November 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf alle seine früheren einschlägigen Resolutionen betreffend die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien sowie die einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten, namentlich die Resolutionen 1031 (1995) vom 15. Dezember 1995, 1088 (1996) vom 12. Dezember 1996, 1423 (2002) vom 12. Juli 2002, 1491 (2003) vom 11. Juli 2003, 1551 (2004) vom 9. Juli 2004, 1575 (2004) vom 22. November 2004, 1639 (2005) vom 21. November 2005, 1722 (2006) vom 21. November 2006, 1764 (2007) vom 29. Juni 2007, 1785 (2007) vom 21. November 2007, 1845 (2008) vom 20. November 2008, 1869 (2009) vom 25. März 2009, 1895 (2009) vom 18. November 2009, 1948 (2010) vom 18. November 2010, 2019 (2011) vom 16. November 2011 und 2074 (2012) vom 14. November 2012,

*in Bekräftigung seines Bekenntnisses* zur politischen Regelung der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien unter Wahrung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit aller dortigen Staaten innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen,

*unter Betonung seiner vollen Unterstützung* für die fortgesetzte Rolle des Hohen Beauftragten in Bosnien und Herzegowina,

*unter Hervorhebung seiner Entschlossenheit*, die Durchführung des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für den Frieden in Bosnien und Herzegowina und der dazugehörigen Anhänge (zusammen als „das Friedensübereinkommen“ bezeichnet)<sup>93</sup> sowie der einschlägigen Beschlüsse des Rates für die Umsetzung des Friedens zu unterstützen,

*unter Hinweis* auf alle Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen, auf die in Anlage B des Anhangs 1-A des Friedensübereinkommens Bezug genommen wird, und die Parteien daran erinnernd, dass sie verpflichtet sind, diese auch weiterhin einzuhalten,

*sowie unter Hinweis* auf die Bestimmungen seiner Resolution 1551 (2004), die sich auf die vorläufige Anwendung der Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen in Anlage B des Anhangs 1-A des Friedensübereinkommens beziehen,

*mit dem nachdrücklichen Ausdruck seines Dankes* an den Hohen Beauftragten, den Kommandeur und das Personal der multinationalen Stabilisierungstruppe (Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea), den Hochrangigen Militärischen Vertreter und das Personal des Hauptquartiers der Nordatlantikvertrags-Organisation in Sarajewo, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Europäische Union sowie das Personal der anderen internationalen Organisationen und Einrichtungen in Bosnien und Herzegowina für ihren Beitrag zur Durchführung des Friedensübereinkommens,

*betonend*, dass eine umfassende und koordinierte Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen in der gesamten Region für einen dauerhaften Frieden nach wie vor entscheidend ist,

die Behörden Bosnien und Herzegowinas *ermutigend*, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ihre Anstrengungen zur Beseitigung überschüssiger Munition zu beschleunigen,

*unter Hinweis* auf die Erklärungen der Ministertagungen der Konferenz zur Umsetzung des Friedens,

*feststellend*, dass das Friedensübereinkommen noch nicht vollständig durchgeführt worden ist, gleichzeitig aber in Würdigung der Erfolge, die die Behörden auf der Ebene des Gesamtstaats und der Gebiets-

---

<sup>93</sup> Siehe S/1995/999.

einheiten in Bosnien und Herzegowina sowie die internationale Gemeinschaft in den achtzehn Jahren seit der Unterzeichnung des Friedensübereinkommens erzielt haben,

*sowie feststellend*, dass das Sicherheitsumfeld nach wie vor ruhig und stabil ist und dass die Behörden Bosnien und Herzegowinas bislang bewiesen haben, dass sie in der Lage sind, Gefahren für das sichere und geschützte Umfeld abzuwenden,

*hervorhebend*, wie wichtig es ist, dass Bosnien und Herzegowina auf dem Weg zur euro-atlantischen Integration auf der Grundlage des Friedensübereinkommens voranschreitet, und gleichzeitig anerkennend, wie wichtig der Übergang Bosnien und Herzegowinas zu einem funktionsfähigen, reformorientierten, modernen und demokratischen europäischen Land ist,

*Kenntnis nehmend* von den Berichten des Hohen Beauftragten, namentlich von seinem jüngsten Bericht vom 5. November 2013<sup>94</sup>,

*entschlossen*, die friedliche Beilegung der Konflikte im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zu fördern,

*unter Hinweis* auf die einschlägigen Grundsätze in dem am 9. Dezember 1994 verabschiedeten Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal<sup>95</sup> sowie auf die Erklärung seines Präsidenten vom 9. Februar 2000<sup>96</sup>,

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

*unter Begrüßung* der weiteren Präsenz der Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea, die sich mit Erfolg auf den Kapazitätsaufbau und die Ausbildung konzentriert, aber weiterhin über Mittel verfügt, um einen Beitrag zur Abschreckungsfähigkeit der Behörden Bosnien und Herzegowinas leisten zu können, falls die Lage dies erfordert,

*sowie unter Begrüßung* der Bereitschaft der Europäischen Union, wie in den Schlussfolgerungen der Außenminister der Europäischen Union vom 21. Oktober 2013 bekräftigt, einstweilen unter einem neuen Mandat der Vereinten Nationen auch weiterhin eine militärische Rolle mit Exekutivbefugnissen wahrzunehmen, um die Behörden Bosnien und Herzegowinas in ihren Bemühungen um ein sicheres und geschütztes Umfeld zu unterstützen, und begrüßend, dass die Europäische Union zugestimmt hat, die Operation regelmäßig zu überprüfen, insbesondere ausgehend von der Lage vor Ort, mit dem Ziel, Fortschritte bei der Schaffung günstiger Bedingungen für die Wahrnehmung ihres Mandats zu erzielen,

*unter Hinweis* auf den am 19. November 2004 dem Sicherheitsrat übersandten Briefwechsel zwischen der Europäischen Union und der Nordatlantikvertrags-Organisation über die Frage, wie diese Organisationen in Bosnien und Herzegowina zusammenarbeiten werden<sup>97</sup>, in dem beide Organisationen anerkennen, dass die Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea im Rahmen der militärischen Aspekte des Friedensübereinkommens die Hauptrolle bei der Friedensstabilisierung übernehmen wird,

*sowie unter Hinweis* darauf, dass die Präsidentschaft Bosnien und Herzegowinas im Namen Bosnien und Herzegowinas, einschließlich seiner Gebietseinheiten, die Regelungen für die Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea und die Hauptquartier-Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation bestätigt hat<sup>98</sup>,

---

<sup>94</sup> Siehe S/2013/646.

<sup>95</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2051, Nr. 35457. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1997 II S. 230; LGBI. 2001 Nr. 4; öBGBI. III Nr. 180/2000; AS 2007 6919.

<sup>96</sup> S/PRST/2000/4.

<sup>97</sup> Siehe S/2004/915 und S/2004/916.

<sup>98</sup> Siehe S/2004/917.



*unter Begrüßung* des erhöhten Engagements und der gestärkten Rolle der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina und des fortgesetzten Engagements der Nordatlantikvertrags-Organisation,

die zuständigen Behörden in Bosnien und Herzegowina *erneut auffordernd*, die erforderlichen Schritte zum Abschluss der 5 plus 2 Agenda zu unternehmen, was auch weiterhin eine Voraussetzung für die Schließung des Büros des Hohen Beauftragten ist, wie der Lenkungsausschuss des Rates für die Umsetzung des Friedens in seinen Kommuniqués bekräftigte, und feststellend, dass nach wie vor keine Fortschritte in dieser Hinsicht erzielt werden,

*mit der Aufforderung* an alle politischen Führer Bosniens und Herzegowinas, sich einer spalterischen Rhetorik zu enthalten und weitere konkrete und greifbare Fortschritte im Hinblick auf die Integration in die Europäische Union zu erzielen, insbesondere bei der Umsetzung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall *Sejdić/Finci*,

*feststellend*, dass die Situation in der Region nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta,

1. *bekräftigt erneut seine Unterstützung* für das Allgemeine Rahmenübereinkommen für den Frieden in Bosnien und Herzegowina und die dazugehörigen Anhänge (zusammen als „das Friedensübereinkommen“ bezeichnet)<sup>99</sup> sowie für das Abkommen von Dayton vom 10. November 1995 über die Schaffung der Föderation Bosnien und Herzegowina<sup>99</sup> und fordert die Parteien auf, ihre Verpflichtungen aus diesen Übereinkünften genauestens zu erfüllen;

2. *erklärt erneut*, dass die Hauptverantwortung für die weitere erfolgreiche Durchführung des Friedensübereinkommens bei den Behörden in Bosnien und Herzegowina selbst liegt und dass die künftige Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft und wichtiger Geber, die politische, militärische und wirtschaftliche Last der Durchführungs- und Wiederaufbaumühnungen zu tragen, davon abhängen wird, inwieweit alle Behörden in Bosnien und Herzegowina das Friedensübereinkommen befolgen und an der Durchführung des Übereinkommens sowie am Wiederaufbau der Zivilgesellschaft, insbesondere in voller Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und dem Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe im Einklang mit ihren jeweiligen Verpflichtungen nach den Resolutionen 827 (1993) vom 25. Mai 1993, 955 (1994) vom 8. November 1994 und 1966 (2010) vom 22. Dezember 2010, an der Stärkung gemeinsamer Institutionen, die den Aufbau eines voll funktionsfähigen eigenständigen Staates fördern, der zur Integration in die europäischen Strukturen fähig ist, sowie an der Erleichterung der Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen aktiv mitwirken;

3. *erinnert* die Parteien erneut daran, dass sie sich nach dem Friedensübereinkommen verpflichtet haben, mit allen Stellen, die an der Durchführung dieser Friedensregelung beteiligt sind, wie in dem Friedensübereinkommen beschrieben, oder die anderweitig vom Sicherheitsrat ermächtigt worden sind, insbesondere mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und dem Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe, im Einklang mit ihren jeweiligen Verpflichtungen nach den Resolutionen 827 (1993), 955 (1994) und 1966 (2010), voll zusammenzuarbeiten, und erinnert die Staaten an ihre Verpflichtung, mit dem Gerichtshof und dem Mechanismus zusammenzuarbeiten und insbesondere Ersuchen um Hilfe ohne ungebührliche Verzögerung nachzukommen;

4. *unterstreicht seine volle Unterstützung* für die Rolle, die der Hohe Beauftragte für Bosnien und Herzegowina bei der Überwachung der Durchführung des Friedensübereinkommens und bei der Anleitung und Koordinierung der Tätigkeiten der zivilen Organisationen und Einrichtungen, die den Parteien bei der Durchführung des Friedensübereinkommens behilflich sind, wahrnimmt, und erklärt erneut, dass der Hohe Beauftragte nach Anhang 10 des Friedensübereinkommens die letzte Instanz an Ort und Stelle für die Auslegung der zivilen Aspekte der Durchführung des Friedensübereinkommens ist und dass er im Falle von

---

<sup>99</sup> S/1995/1021, Anlage.

Streitigkeiten über die vom Rat für die Umsetzung des Friedens am 9. und 10. Dezember 1997 in Bonn (Deutschland) näher bestimmten Fragen seine Auslegung treffen, Empfehlungen abgeben und bindende Entscheidungen treffen kann, wenn er dies für notwendig erachtet<sup>100</sup>;

5. *bekundet seine Unterstützung* für die Erklärungen der Ministertagungen der Konferenz zur Umsetzung des Friedens;

6. *erklärt erneut* seine Absicht, die Durchführung des Friedensübereinkommens und die Situation in Bosnien und Herzegowina unter Berücksichtigung der nach den Ziffern 18 und 21 vorgelegten Berichte und aller darin gegebenenfalls enthaltenen Empfehlungen weiter genau zu verfolgen, und seine Bereitschaft, die Verhängung von Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, falls eine der Parteien ihre Verpflichtungen aus dem Friedensübereinkommen in erheblicher Weise nicht einhält;

7. *verweist* auf die Unterstützung der Behörden Bosnien und Herzegowinas für die Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea und die fortgesetzte Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation sowie ihre Bestätigung, dass beide im Hinblick auf die Erfüllung ihres Auftrags im Sinne des Friedensübereinkommens, seiner Anhänge und Anlagen sowie der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats die Rechtsnachfolger der Stabilisierungstruppe sind und die erforderlichen Maßnahmen treffen können, einschließlich der Anwendung von Gewalt, um die Befolgung der Anhänge 1-A und 2 des Friedensübereinkommens und der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats zu gewährleisten;

8. *würdigt* diejenigen Mitgliedstaaten, die sich an der multinationalen Stabilisierungstruppe (Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea) und an der fortgesetzten Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation, die im Einklang mit seiner Resolution 1575 (2004) eingerichtet wurden und deren Auftrag mit seinen Resolutionen 1639 (2005), 1722 (2006), 1785 (2007), 1845 (2008), 1895 (2009), 1948 (2010), 2019 (2011) und 2074 (2012) verlängert wurde, beteiligt haben, und begrüßt ihre Bereitschaft, den Parteien des Friedensübereinkommens durch die fortgesetzte Dislozierung einer multinationalen Stabilisierungstruppe (Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea) und die Beibehaltung einer Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation behilflich zu sein;

9. *begrüßt* die Absicht der Europäischen Union, die militärische Operation der Europäischen Union (Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea) in Bosnien und Herzegowina vom November 2013 an weiterzuführen;

10. *ermächtigt* die Mitgliedstaaten, die durch die Europäische Union oder in Zusammenarbeit mit ihr tätig werden, für einen weiteren Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution eine multinationale Stabilisierungstruppe (Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea) als Rechtsnachfolgerin der Stabilisierungstruppe unter gemeinsamer Führung einzurichten, die ihren Auftrag im Zusammenhang mit der Umsetzung von Anhang 1-A und Anhang 2 des Friedensübereinkommens in Zusammenarbeit mit der Hauptquartier-Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation durchführen wird, im Einklang mit den zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Europäischen Union vereinbarten Regelungen, die dem Sicherheitsrat in ihren Schreiben vom 19. November 2004<sup>97</sup> mitgeteilt wurden und in denen anerkannt wird, dass die Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea im Rahmen der militärischen Aspekte des Friedensübereinkommens die Hauptrolle bei der Friedensstabilisierung übernehmen wird;

11. *begrüßt* den Beschluss der Nordatlantikvertrags-Organisation, eine Präsenz in Bosnien und Herzegowina in Form eines Hauptquartiers der Nordatlantikvertrags-Organisation aufrechtzuerhalten, um auch weiterhin zusammen mit den Einsatzkräften der Europäischen Union – Althea bei der Durchführung des Friedensübereinkommens behilflich zu sein, und ermächtigt die Mitgliedstaaten, die durch die Nordatlantikvertrags-Organisation oder in Zusammenarbeit mit ihr tätig werden, auch weiterhin ein Hauptquartier der Nordatlantikvertrags-Organisation als Rechtsnachfolger der Stabilisierungstruppe unter gemeinsamer Führung aufrechtzuerhalten, das seinen Auftrag im Zusammenhang mit der Umsetzung von Anhang 1-A und Anhang 2 des Friedensübereinkommens in Zusammenarbeit mit den Einsatzkräften der Europäischen Un-

---

<sup>100</sup> Siehe S/1997/979 Anlage.

ion – Althea durchführen wird, im Einklang mit den zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Europäischen Union vereinbarten Regelungen, die dem Sicherheitsrat in ihren Schreiben vom 19. November 2004 mitgeteilt wurden und in denen anerkannt wird, dass die Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea die Hauptrolle bei der Friedensstabilisierung gemäß den militärischen Aspekten des Friedensübereinkommens übernehmen wird;

12. *erklärt erneut*, dass das Friedensübereinkommen und die Bestimmungen seiner früheren einschlägigen Resolutionen für und in Bezug auf die Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea und die Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation ebenso gelten, wie sie für und in Bezug auf die Stabilisierungstruppe gegolten haben, und dass daher die Bezugnahmen in dem Friedensübereinkommen, insbesondere in Anhang 1-A und seinen Anlagen, sowie in den einschlägigen Resolutionen auf die Friedensumsetzungstruppe und/oder die Stabilisierungstruppe, die Nordatlantikvertrags-Organisation und den Nordatlantikatrat so auszulegen sind, dass sie jeweils nach Bedarf für die Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation, die Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea, die Europäische Union, das Politische und Sicherheitspolitische Komitee und den Rat der Europäischen Union gelten;

13. *bekundet seine Absicht*, die Bedingungen für eine weitere Ermächtigung nach Bedarf unter Berücksichtigung der Entwicklungen bei der Durchführung des Friedensübereinkommens und der Lage in Bosnien und Herzegowina zu prüfen;

14. *ermächtigt* die nach den Ziffern 10 und 11 tätig werdenden Mitgliedstaaten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Anhänge 1-A und 2 des Friedensübereinkommens zu gewährleisten und ihre Einhaltung sicherzustellen, und betont, dass die Parteien für die Einhaltung dieser Anhänge auch weiterhin zu gleichen Teilen verantwortlich gemacht werden und dass sie gleichermaßen den von den Einsatzkräften der Europäischen Union – Althea und der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation erforderlichenfalls ergriffenen Zwangsmaßnahmen zur Sicherstellung der Umsetzung dieser Anhänge und zum Schutz der Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea und der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation unterliegen;

15. *ermächtigt* die Mitgliedstaaten, auf Ersuchen der Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea oder des Hauptquartiers der Nordatlantikvertrags-Organisation alle zur Verteidigung der Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea beziehungsweise der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und beide Organisationen bei der Durchführung ihres Auftrags zu unterstützen, und anerkennt das Recht sowohl der Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea als auch der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sich gegen einen Angriff oder die Androhung eines Angriffs zu verteidigen;

16. *ermächtigt* die nach den Ziffern 10 und 11 tätig werdenden Mitgliedstaaten, im Einklang mit Anhang 1-A des Friedensübereinkommens alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der Regeln und Verfahren für die Einsatzführung und Kontrolle im Luftraum über Bosnien und Herzegowina für den gesamten zivilen und militärischen Flugverkehr sicherzustellen;

17. *verlangt*, dass die Parteien die Sicherheit und Bewegungsfreiheit der Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea, der Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation und des sonstigen internationalen Personals achten;

18. *ersucht* die Mitgliedstaaten, die durch die Europäische Union oder in Zusammenarbeit mit ihr tätig werden, und die Mitgliedstaaten, die durch die Nordatlantikvertrags-Organisation oder in Zusammenarbeit mit ihr tätig werden, dem Rat auf dem vorgesehenen Weg und mindestens in dreimonatlichen Abständen über die Tätigkeit der Einsatzkräfte der Europäischen Union – Althea beziehungsweise der Hauptquartier-Präsenz der Nordatlantikvertrags-Organisation Bericht zu erstatten;

19. *bittet* alle Staaten, insbesondere die Staaten der Region, den nach den Ziffern 10 und 11 tätig werdenden Mitgliedstaaten auch weiterhin angemessene Unterstützung und Erleichterungen zu gewähren, einschließlich Transiterleichterungen;

20. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat im Einklang mit Anhang 10 des Friedensübereinkommens und den Schlussfolgerungen der am 4. und 5. Dezember 1996 in London abgehaltenen Konferenz zur Umsetzung des Friedens<sup>101</sup> und späterer Konferenzen zur Umsetzung des Friedens auch künftig Berichte des Hohen Beauftragten über die Durchführung des Friedensübereinkommens und insbesondere über die Erfüllung der den Parteien nach dem Übereinkommen obliegenden Verpflichtungen vorzulegen;

21. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7055. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7057. Sitzung am 12. November 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Bosnien und Herzegowinas, Kroatiens und Serbiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Bosnien und Herzegowina

Schreiben des Generalsekretärs vom 5. November 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/646)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Valentin Inzko, den Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina, und Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7176. Sitzung am 15. Mai 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Bosnien und Herzegowinas, Kroatiens und Serbiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Bosnien und Herzegowina

Schreiben des Generalsekretärs vom 2. Mai 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/314)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Valentin Inzko, den Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina, und Herrn Ioannis Vrailas, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

### **B. Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)<sup>102</sup>**

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7026. Sitzung am 29. August 2013 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Serbiens (Minister für auswärtige Angelegenheiten) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)

Bericht des Generalsekretärs über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (S/2013/444)“.

---

<sup>101</sup> Siehe S/1996/1012, Anlage.

<sup>102</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1999 verabschiedet.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Farid Zarif, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das Kosovo und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Enver Hoxhaj gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7064. Sitzung am 19. November 2013 beschloss der Rat, den Vertreter Serbiens (Ministerpräsident) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)

Bericht des Generalsekretärs über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (S/2013/631)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Farid Zarif, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das Kosovo und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Hashim Thaçi, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7108. Sitzung am 10. Februar 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Serbiens (Ministerpräsident) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)

Bericht des Generalsekretärs über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (S/2014/68)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Farid Zarif, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das Kosovo und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Hashim Thaçi gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7183. Sitzung am 27. Mai 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Serbiens (Präsident) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Resolutionen des Sicherheitsrats 1160 (1998), 1199 (1998), 1203 (1998), 1239 (1999) und 1244 (1999)

Bericht des Generalsekretärs über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (S/2014/305)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Farid Zarif, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für das Kosovo und Leiter der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Frau Atifete Jahjaga gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

**C. Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht<sup>103</sup>**

**Beschluss**

Auf seiner 7088 Sitzung am 18. Dezember 2013 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Bericht des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (S/2013/463).

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht vom 18. November 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/678)

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe vom 18. November 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/679).“

**Resolution 2130 (2013)  
vom 18. Dezember 2013<sup>104</sup>**

*Der Sicherheitsrat,*

*in Bekräftigung* seiner Entschlossenheit, die Straflosigkeit derer, die für schwere internationale Verbrechen verantwortlich sind, zu bekämpfen, und der Notwendigkeit, alle vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien angeklagten Personen vor Gericht zu stellen,

*Kenntnis nehmend* von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 21. November 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats dem die Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs vom 30. Oktober 2013 und 19. November 2013 beigelegt sind<sup>105</sup>,

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 827 (1993) vom 25. Mai 1993, 1503 (2003) vom 28. August 2003 und 1534 (2004) vom 26. März 2004 und seine früheren Resolutionen betreffend den Gerichtshof,

*begrüßend*, dass die für den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien zuständige Abteilung des Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe ihre Tätigkeit am 1. Juli 2013 aufgenommen hat, und Kenntnis nehmend von der Sachstandsschilderung des Mechanismus<sup>106</sup>,

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen über die Verlängerung der Amtszeit der ständigen Richter und der Ad-litem-Richter des Gerichtshofs, die Mitglieder der Strafkammern und der Berufungskammer sind,

*unter Berücksichtigung* der Sachstandsschilderung des Gerichtshofs in seinem Bericht über die Arbeitsabschlußstrategie<sup>107</sup> und des aktualisierten Terminkalenders für die Hauptverfahren und Berufungsverfahren,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

---

<sup>103</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1996 verabschiedet.

<sup>104</sup> Der Präsident des Sicherheitsrats lenkte die Aufmerksamkeit des Präsidenten der Generalversammlung mit dem Schreiben vom 18. Dezember 2013 (A/68/668) auf den Wortlaut der Resolution 2130 (2013).

<sup>105</sup> S/2013/685.

<sup>106</sup> Siehe S/2013/679.

<sup>107</sup> Siehe S/2013/678.

1. *ersucht* den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, alle ihm möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um seine Arbeit so schnell wie möglich abzuschließen und so seine Auflösung zu erleichtern, unter Berücksichtigung der Resolution 1966 (2010) vom 22. Dezember 2010, in der der Gerichtshof ersucht wurde, seine Hauptverfahren und Berufungsverfahren bis zum 31. Dezember 2014 abzuschließen, und bekundet seine Besorgnis darüber, dass die Haupt- und Berufungsverfahren über 2014 hinausgehen werden, um die Arbeit des Gerichtshofs abzuschließen;

2. *beschließt*, die Amtszeit der folgenden ständigen Richter und Ad-litem-Richter beim Gerichtshof, die Mitglieder der Strafkammern und der Berufungskammer sind, bis zum 31. Dezember 2014 oder bis zum Abschluss der ihnen zugewiesenen Fälle, falls dieser früher erfolgt, zu verlängern:

- Herr Koffi Kumelio A. Afande (Togo)
- Herr Carmel Agius (Malta)
- Herr Liu Daqun (China)
- Herr Theodor Meron (Vereinigte Staaten von Amerika)
- Herr Fausto Pocar (Italien)
- Herr Patrick Lipton Robinson (Jamaika)
- Herr Jean-Claude Antonetti (Frankreich)
- Herr Guy Delvoie (Belgien)
- Herr Christoph Flügge (Deutschland)
- Herr Burton Hall (Bahamas)
- Herr O-gon Kwon (Republik Korea)
- Herr Bakone Melema Moloto (Südafrika)
- Herr Howard Morrison (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland)
- Herr Alphonsus Martinus Maria Orie (Niederlande)
- Herr Melville Baird (Trinidad und Tobago)
- Frau Flavia Lattanzi (Italien)
- Herr Antoine Kesia-Mbe Mindua (Demokratische Republik Kongo)

3. *unterstreicht*, dass die Staaten mit dem Gerichtshof voll zusammenarbeiten sollen, namentlich indem sie Informationen verfügbar machen, um dem Gerichtshof bei seiner Arbeit behilflich zu sein, und dass sie auch mit dem Mechanismus voll zusammenarbeiten sollen;

4. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7088. Sitzung mit 14 Stimmen ohne Gegenstimme  
bei 1 Enthaltung (Russische Föderation) verabschiedet.*

**INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF ZUR VERFOLGUNG  
DER PERSONEN, DIE FÜR VÖLKERMORD UND ANDERE  
SCHWERE VERSTÖSSE GEGEN DAS HUMANITÄRE  
VÖLKERRECHT IM HOHEITSGEBIET RUANDAS ZWISCHEN DEM  
1. JANUAR 1994 UND DEM 31. DEZEMBER 1994 VERANTWORTLICH SIND,  
SOWIE RUANDISCHER STAATSANGEHÖRIGER, DIE FÜR WÄHREND  
DESSELBEN ZEITRAUMS IM HOHEITSGEBIET VON NACHBARSTAATEN  
BEGANGENEN VÖLKERMORD UND ANDERE DERARTIGE  
VERSTÖSSE VERANTWORTLICH SIND<sup>108</sup>**

**Beschluss**

Am 9. August 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>109</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 6. August 2013 betreffend die Zusammensetzung des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind<sup>110</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Die Ratsmitglieder unterstützen Ihre Absicht, Herrn Mandiaye Niang zu einem ständigen Richter des Gerichtshofs im Einklang mit Artikel 12 bis Absatz 2 des Status des Gerichtshofs zu ernennen.

---

**INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF ZUR VERFOLGUNG  
DER VERANTWORTLICHEN FÜR DIE SEIT 1991  
IM HOHEITSGEBIET DES EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN  
BEGANGENEN SCHWEREN VERSTÖSSE GEGEN DAS  
HUMANITÄRE VÖLKERRECHT**

**INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF ZUR VERFOLGUNG  
DER PERSONEN, DIE FÜR VÖLKERMORD UND ANDERE SCHWERE  
VERSTÖSSE GEGEN DAS HUMANITÄRE VÖLKERRECHT  
IM HOHEITSGEBIET RUANDAS ZWISCHEN DEM 1. JANUAR 1994  
UND DEM 31. DEZEMBER 1994 VERANTWORTLICH SIND,  
SOWIE RUANDISCHER STAATSANGEHÖRIGER, DIE FÜR WÄHREND  
DESSELBEN ZEITRAUMS IM HOHEITSGEBIET VON NACHBARSTAATEN  
BEGANGENEN VÖLKERMORD UND ANDERE DERARTIGE  
VERSTÖSSE VERANTWORTLICH SIND<sup>111</sup>**

**Beschlüsse**

Auf seiner 7073. Sitzung am 5. Dezember 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Bosnien und Herzegowinas, Kroatiens und Serbiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

---

<sup>108</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1996 verabschiedet.

<sup>109</sup> S/2013/474.

<sup>110</sup> S/2013/471.

<sup>111</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1999 verabschiedet.



„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind

Bericht des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda (S/2013/460)

Bericht des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (S/2013/463)

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda vom 13. November 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/663)

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht vom 18. November 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/678)

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe vom 18. November 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/679).“

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Richter Theodor Meron, den Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien und Präsidenten des Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe, Richter Vagn Joensen, den Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, Herrn Serge Brammertz, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, und Herrn Hassan Bubacar Jallow, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda und Ankläger des Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7192. Sitzung am 5. Juni 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Bosnien und Herzegowinas, Kroatiens und Serbiens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht

Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda vom 15. Mai 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/343)

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe vom 16. Mai 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/350)

Schreiben des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht vom 16. Mai 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/351).“

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Richter Theodor Meron, den Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien und Präsidenten des Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe, Richter Vagn Joensen, den Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, Herrn Serge Brammertz, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, und Herrn Hassan Bubacar Jallow, den Ankläger des Internatio-

nenal Straßgerichtshofs für Ruanda und Ankläger des Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Straßgerichtshöfe, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

## DIE FRAGE BETREFFEND HAITI<sup>112</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7024. Sitzung am 28. August 2013 beschloss der Rat, die Vertreter Brasiliens, Chiles, Haitis, Japans, Kanadas, Kolumbiens, Mexikos, Perus, Spaniens, Trinidad und Tobagos und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Frage betreffend Haiti

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (S/2013/493)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Sandra Honoré, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Haiti und Leiterin der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Ioannis Vrailas, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7040. Sitzung am 10. Oktober 2013 beschloss der Rat, die Vertreter Brasiliens, Chiles, Haitis, Kanadas, Perus und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Frage betreffend Haiti

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (S/2013/493)“.

### Resolution 2119 (2013) vom 10. Oktober 2013

*Der Sicherheitsrat,*

*in Bekräftigung* seiner früheren Resolutionen über Haiti, insbesondere seiner Resolutionen 1542 (2004) vom 30. April 2004, 1576 (2004) vom 29. November 2004, 1608 (2005) vom 22. Juni 2005, 1658 (2006) vom 14. Februar 2006, 1702 (2006) vom 15. August 2006, 1743 (2007) vom 15. Februar 2007, 1780 (2007) vom 15. Oktober 2007, 1840 (2008) vom 14. Oktober 2008, 1892 (2009) vom 13. Oktober 2009, 1908 (2010) vom 19. Januar 2010, 1927 (2010) vom 4. Juni 2010, 1944 (2010) vom 14. Oktober 2010, 2012 (2011) vom 14. Oktober 2011 und 2070 (2012) vom 12. Oktober 2012,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Haitis,

*aner kennend*, dass Haiti im Laufe des vergangenen Jahres Schritte in Richtung auf eine Stabilisierung unternommen hat, darunter die Einrichtung des Übergangskollegiums des Ständigen Wahlrats und die Vorlage eines Wahlgesetzentwurfs in der Nationalversammlung, die für die Abhaltung der längst überfälligen Teilwahlen zum Senat und zu den Kommunal- und Lokalparlamenten wichtig sind,

---

<sup>112</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1993 verabschiedet.

*mit Besorgnis feststellend*, dass es bei den Wahlvorbereitungen nach wie vor zu Verzögerungen kommt, die die Abhaltung der von der Regierung Haitis angekündigten Wahlen im Jahr 2013 beeinträchtigen könnten, mit der Aufforderung an die Regierung und alle beteiligten Akteure, dringend freie, faire, alle Seiten einschließende und glaubhafte Wahlen im Einklang mit der Verfassung Haitis abzuhalten, um die politische Stabilität zu fördern und ein günstiges Umfeld für die sozioökonomische Entwicklung zu schaffen,

*in der Erkenntnis*, dass die Sicherheitslage insgesamt seit der Verabschiedung seiner Resolution 2070 (2012) relativ stabil geblieben ist und sich etwas verbessert hat, was der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti erlaubt hat, ihre Personalstärke weiter zu verringern und ihre Struktur anzupassen, ohne die Sicherheit und Stabilität Haitis zu untergraben, und in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, dass die Zukunft der Mission betreffende Beschlüsse unter Berücksichtigung der vorherrschenden Bedingungen und in Abhängigkeit von der Sicherheitslage getroffen werden,

*in Anerkennung* der maßgeblichen Rolle der Mission bei der Gewährleistung der Stabilität und der Sicherheit in Haiti, in Würdigung dessen, dass die Mission der Regierung Haitis auch weiterhin dabei behilflich ist, ein sicheres und stabiles Umfeld zu gewährleisten, mit dem Ausdruck seines Dankes an das Personal der Mission und die das Personal stellenden Länder und in Würdigung derer, die in Ausübung ihres Dienstes verletzt wurden oder ums Leben kamen, sowie in Würdigung des breiten Spektrums der Wiederaufbaumaßnahmen in Haiti und der erfolgreichen Arbeit der Pioniereinheiten der Mission,

*unterstreichend*, dass zur Unterstützung eines höheren Maßes an Integration und Zusammenhalt im haitianischen Sicherheitssektor das haitianische Justiz- und Strafvollzugssystem weiter gestärkt werden muss, feststellend, dass die Regierung Haitis entschlossen ist, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken und bei der Reform des Sicherheitssektors weiter voranzuschreiten, und den haitianischen Behörden nahelegend, diesbezüglich weitere Anstrengungen zu unternehmen,

*erneut erklärend*, dass der Haitianischen Nationalpolizei eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der Sicherheit und Stabilität Haitis zukommt, betonend, wie wichtig es ist, die Haitianische Nationalpolizei weiter zu stärken, zu professionalisieren und zu reformieren, um sie in die Lage zu versetzen, die volle Verantwortung für die Sicherheit Haitis zu übernehmen, in Anbetracht der Fortschritte bei der Durchführung des Fünfjahresplans zur Entwicklung der Haitianischen Nationalpolizei 2012-2016 und erneut erklärend, wie wichtig es ist, diesen Plan auch weiterhin zu unterstützen, insbesondere im Bereich der Personalbeschaffung und -erhaltung,

*in Anerkennung* der vom Obersten Rechtsprechungsrat unternommenen Schritte zur Durchführung seines Mandats und zur Förderung einer stärkeren richterlichen Unabhängigkeit und der Notwendigkeit Ausdruck verleihend, die im Strafvollzugssystem nach wie vor bestehenden Menschenrechtsprobleme, beispielsweise lang andauernde Untersuchungshaft, die Überbelegung der Gefängnisse und die sanitären Bedingungen, weiter anzugehen,

*in der Erkenntnis*, dass Haiti trotz wichtiger Fortschritte auch weiterhin vor erheblichen humanitären Herausforderungen steht, da rund 279.000 Binnenvertriebene noch immer zum bloßen Überleben auf Hilfe angewiesen sind, eine Choleraepidemie im Gang ist und in den Lagern Lebensbedingungen herrschen, gegen die weiter angegangen werden muss,

*betonend*, dass Fortschritte beim Wiederaufbau sowie bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Haitis, namentlich durch wirksame, aner kennenswerte internationale Entwicklungshilfe und die Stärkung der haitianischen institutionellen Kapazitäten zur Nutzung dieser Hilfe, für die Herbeiführung dauerhafter und nachhaltiger Stabilität unerlässlich sind, und erneut darauf hinweisend, dass Sicherheit mit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung einhergehen muss, was auch Anstrengungen im Bereich der Risikominderung und Vorsorge umfasst, die der extremen Anfälligkeit des Landes für Naturkatastrophen begegnen und bei denen der Regierung Haitis eine führende Rolle zukommt,

*unter Begrüßung* der Weiterentwicklung des Rahmens der Regierung Haitis zur Koordinierung der auswärtigen Entwicklungshilfe für Haiti als ihr bevorzugter Mechanismus für die Geberkoordinierung und Anlaufpunkt für die Unterstützung der Entwicklungsprioritäten der Regierung sowie unter Begrüßung der verstärkten gemeinsamen Programmierung des Landesteamts der Vereinten Nationen in Haiti im Einklang

mit dem von der Regierung gebilligten Integrierten Strategischen Rahmen und ferner unter Begrüßung der Entschlossenheit zu einer stärkeren Ausrichtung der internationalen Hilfe auf die nationalen Prioritäten, zu mehr Transparenz und zu einer Stärkung der gegenseitigen Rechenschaftslegung sowie der Notwendigkeit einer stärkeren Koordinierung,

*Kenntnis nehmend* von den laufenden Anstrengungen der Regierung Haitis zur Bekämpfung und Beseitigung der Choleraepidemie, die Institutionen der Vereinten Nationen nachdrücklich dazu auffordernd, in Abstimmung mit den anderen maßgeblichen Akteuren die Regierung bei der Behebung der strukturellen Mängel, insbesondere im Wasser- und Sanitärversorgungssystem, weiter zu unterstützen, unterstreichend, wie wichtig die Stärkung der haitianischen nationalen Gesundheitseinrichtungen ist, in Anerkennung der Anstrengungen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Cholera in Haiti, namentlich im Rahmen der Initiative des Generalsekretärs zur Unterstützung des Nationalen Planes zur Beseitigung der Cholera, und betonend, wie wichtig eine angemessene und nachhaltige Unterstützung ist, mit besonderem Schwerpunkt auf raschen und gezielten medizinischen Maßnahmen gegen Ausbrüche, mit denen die Bedrohung verringert werden soll,

*mit der nachdrücklichen Aufforderung* an die Geber, die auf der Konferenz vom 31. März 2010 in New York gegebenen Zusagen vollständig zu erfüllen und so unter anderem dabei zu helfen, den Zugang der Schwächsten zu Dienstleistungen und Arbeitsplätzen zu fördern, und unterstreichend, dass die Regierung Haitis dafür verantwortlich ist, im Hinblick auf ihre Prioritäten klare Leitlinien für die Geber vorzugeben und die Bereitstellung von Hilfe für die Bedürftigsten zu erleichtern,

*unter Betonung* der Rolle der Regionalorganisationen beim laufenden Prozess der Stabilisierung und des Wiederaufbaus Haitis und mit der Aufforderung an die Mission, mit den internationalen Finanzinstitutionen, den regionalen und subregionalen Organisationen und den sonstigen Beteiligten, insbesondere der Organisation der amerikanischen Staaten, der Union Südamerikanischer Nationen und der Karibischen Gemeinschaft, weiter eng zusammenzuarbeiten,

*in der Erkenntnis*, dass die Herausforderungen in Haiti miteinander verknüpft sind, in Bekräftigung dessen, dass nachhaltige Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und institutionelle Reform, nationale Aussöhnung und Entwicklung, einschließlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Armut, einander verstärken, und unter Begrüßung der fortgesetzten Bemühungen der Regierung Haitis und der internationalen Gemeinschaft, diese Herausforderungen zu bewältigen, im Einklang mit den Prioritäten der Regierung, die in ihrem Grundsatzprogramm „Fünf E“ (Beschäftigung, Bildung, Umwelt, Energie und Rechtsstaatlichkeit) festgelegt sind,

*unter Begrüßung* der fortgesetzten Anstrengungen der Haitianischen Nationalpolizei, Patrouillen durchzuführen und ihre Präsenz und den direkten Kontakt mit der Bevölkerung auszuweiten, in Anerkennung der fortgesetzten Anstrengungen der Mission, in den Lagern für Binnenvertriebene in enger Abstimmung mit den Lagerkomitees gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit zu leisten, und unter Begrüßung ihrer Kontaktarbeit zur Bevölkerung,

*in der Erkenntnis*, dass sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt nach wie vor Anlass zu großer Besorgnis geben, insbesondere in marginalisierten Bezirken von Port-au-Prince, Lagern für Binnenvertriebene und entlegenen Gebieten des Landes,

*feststellend*, dass die Stärkung der nationalen Menschenrechtsinstitutionen sowie die Achtung der Menschenrechte und ordnungsgemäßer Verfahren, die Bekämpfung der Kriminalität und der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt und die Beendigung der Straflosigkeit für die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit und der Sicherheit in Haiti unerlässlich sind, und in dieser Hinsicht die Schaffung der interministeriellen Kommission für Menschenrechte begrüßend,

*in Bekräftigung* der Befugnisse der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Haiti bei der Koordinierung und Durchführung aller Tätigkeiten der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen in Haiti sowie in Bekräftigung seiner Unterstützung für die Rolle der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs bei der Gewährleistung einer optimalen Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der Mission und dem Landesteam der Vereinten Nationen im Hinblick auf die Aspekte ihres jeweiligen Man-

daten, die miteinander zusammenhängen, insbesondere im Rahmen des bedingungsabhängigen Konsolidierungsplans der Mission,

*unterstreichend*, wie wichtig eine angemessene finanzielle Ausstattung der Haitianischen Nationalpolizei zur Verbesserung ihrer logistischen, administrativen und operativen Kapazitäten ist, der Regierung Haitis nahelegend, die von der internationalen Gemeinschaft gewährte Unterstützung zu nutzen, um angemessene Sicherheit für die haitianische Bevölkerung zu gewährleisten, und mit der Aufforderung an alle internationalen Partner, ihre Koordinierung in dieser Hinsicht zu verstärken,

*unter Begrüßung* des Berichts des Generalsekretärs vom 19. August 2013<sup>113</sup>,

*eingedenk* dessen, dass der Sicherheitsrat nach der Charta der Vereinten Nationen die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta, wie in Ziffer 7 Abschnitt I der Resolution 1542 (2004) beschrieben,

1. *beschließt*, das in seinen Resolutionen 1542 (2004), 1608 (2005), 1702 (2006), 1743 (2007), 1780 (2007), 1840 (2008), 1892 (2009), 1908 (2010), 1927 (2010), 1944 (2010), 2012 (2011) und 2070 (2012) enthaltene Mandat der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti bis zum 15. Oktober 2014 zu verlängern, mit der Absicht, es um weitere Zeiträume zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, dass die Gesamtpersonalstärke der Mission nach einem ausgewogenen Abzug von Infanterie- und Pionierkräften im Einklang mit Ziffer 54 des Berichts des Generalsekretärs aus bis zu 5.021 Soldaten und aus einem Polizeianteil von bis zu 2.601 Polizisten bestehen wird;

3. *bekräftigt*, dass Anpassungen der Personalstruktur auf der Grundlage der Sicherheitslage vor Ort erfolgen sollen, unter Berücksichtigung der Wichtigkeit der Aufrechterhaltung eines sicheren und stabilen Umfelds und der Auswirkungen der sozialen und politischen Realitäten auf die Stabilität und die Sicherheit Haitis, des fortschreitenden Ausbaus der haitianischen staatlichen Kapazitäten, insbesondere der laufenden Stärkung der Haitianischen Nationalpolizei, und der zunehmenden Wahrnehmung der Verantwortung des haitianischen Staates für die Wahrung der Stabilität und der Sicherheit in dem Land durch die nationalen Behörden, und fordert die Mission auf, entsprechende Kapazitäten für eine rasche Verlegung von Truppen im ganzen Land bereitzuhalten;

4. *nimmt Kenntnis* von der laufenden Durchführung des bedingungsabhängigen Konsolidierungsplans der Mission, verweist erneut auf das Planziel, die Aktivitäten der Mission auf einen Kern von innerhalb einer angemessenen Frist durchführbaren Mandatsaufgaben auszurichten, wie mit der Regierung Haitis vereinbart, nimmt Kenntnis von Ziffer 64 des Berichts des Generalsekretärs und sieht mit Interesse den Vorschlägen entgegen, die nach Konsultationen mit der Regierung und den Mitgliedstaaten in den nächsten Bericht des Generalsekretärs aufzunehmen sind;

5. *anerkennt* die Eigen- und Hauptverantwortung der Regierung und des Volkes Haitis für alle Aspekte der Stabilisierung des Landes und ermutigt die Mission, im Rahmen der verfügbaren Mittel, im Einklang mit ihrem Mandat und gegebenenfalls in Abstimmung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und anderen aktiv an den Stabilisierungsmaßnahmen Beteiligten verstärkt logistisches und technisches Fachwissen bereitzustellen, um der Regierung Haitis auf Ersuchen behilflich zu sein, auch weiterhin Dezentralisierungsmaßnahmen durchzuführen und die Kapazitäten ihrer Institutionen auf nationaler und lokaler Ebene aufzubauen, mit dem Ziel, die Fähigkeit der Regierung zur Ausweitung der staatlichen Autorität auf das ganze Land und zur Förderung einer guten Regierungsführung und der Rechtsstaatlichkeit auf allen Ebenen weiter zu verbessern;

6. *fordert* die politischen Akteure Haitis *nachdrücklich auf*, kooperativ alle Schritte abzuschließen, einschließlich der Verabschiedung eines Wahlgesetzes, die für die Vorbereitung und Abhaltung der längst überfälligen freien, fairen und transparenten Senats-, Kommunal- und Lokalwahlen im Einklang mit der

---

<sup>113</sup> S/2013/493.

Verfassung notwendig sind, und so sicherzustellen, dass die Nationalversammlung und die anderen gewählten Organe ihre Aufgaben weiter wahrnehmen können;

7. *begrüßt* die Anstrengungen, die die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs unternimmt, um den laufenden politischen Prozess in Haiti zu unterstützen, bekräftigt seine Aufforderung an die Mission, diesen Prozess weiter zu unterstützen, fordert die Mission auf, in Zusammenarbeit mit den internationalen Akteuren, darunter nach Bedarf mit der Organisation der amerikanischen Staaten, der Union Südamerikanischer Nationen und der Karibischen Gemeinschaft, internationale Wahlhilfe für die Regierung Haitis zu leisten und sie nach Bedarf zu koordinieren;

8. *verweist* auf seine Resolution 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 und ermutigt die Regierung Haitis, mit Unterstützung der maßgeblichen Akteure eine vermehrte politische Teilhabe der Frauen in Haiti zu fördern, im Einklang mit der Verfassung Haitis;

9. *bekräftigt*, dass im Rahmen der Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit in Haiti die Stärkung der Kapazitäten der Haitianischen Nationalpolizei ausschlaggebend dafür ist, dass die Regierung Haitis rasch die volle Verantwortung für die Sicherheitsbedürfnisse des Landes übernehmen kann, was für die Stabilität und künftige Entwicklung insgesamt von zentraler Bedeutung ist;

10. *erklärt erneut*, dass der Aufbau der Kapazitäten der Haitianischen Nationalpolizei nach wie vor eine äußerst wichtige Aufgabe der Mission ist, ersucht die Mission, ihre Anstrengungen zur Stärkung der institutionellen und operativen Kapazitäten der Haitianischen Nationalpolizei fortzusetzen, insbesondere durch erneute Anstrengungen zur Betreuung und Ausbildung von Polizei- und Strafvollzugspersonal, einschließlich der mittleren Rangstufen, und fordert die Mission auf, die Kompetenzen des Polizeipersonals der Vereinten Nationen auf die Unterstützung dieser Ziele auszurichten und qualifizierte Ausbilder und technische Berater bereitzustellen;

11. *unterstreicht* die Notwendigkeit, für den Plan zur Entwicklung der Haitianischen Nationalpolizei 2012-2016 wirksame Unterstützung seitens der Regierung Haitis und ihrer internationalen und regionalen Partner sicherzustellen, um das Ziel zu erreichen, bis 2016 über eine Mindestzahl von 15.000 voll einsatzfähigen Polizisten zu verfügen, ausreichende logistische und administrative Kapazitäten, Rechenschaftslegung und Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, einen robusten Überprüfungsprozess, verbesserte Rekrutierungsverfahren und bessere Ausbildung sowie verstärkte Kontrollen der Land- und Seegrenzen zu gewährleisten und besser von grenzüberschreitender organisierter Kriminalität abzuschrecken;

12. *betont*, wie wichtig eine enge Koordinierung zwischen der Mission, den Gebern und der Regierung Haitis ist, um die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Anstrengungen zum Aufbau der Kapazitäten der Haitianischen Nationalpolizei zu verbessern, und ersucht außerdem die Mission, diese Koordinierung zu erleichtern und auch weiterhin auf Ersuchen bei geberfinanzierten Projekten technische Anleitung für die Wiederherstellung und den Bau von Polizei- und Strafvollzugseinrichtungen sowie gegebenenfalls für andere Vorhaben zur Unterstützung der institutionellen Kapazitäten der Haitianischen Nationalpolizei zu geben;

13. *ermutigt* die Mission, in Zusammenarbeit mit den geeigneten internationalen Akteuren der Regierung Haitis dabei behilflich zu sein, wirksam gegen Bandengewalt, organisierte Kriminalität, Drogenhandel und Menschenhandel, insbesondere Kinderhandel, vorzugehen;

14. *ermutigt* die haitianischen Behörden, die Justizreform weiter durchzuführen, indem sie die notwendigen Schritte unternehmen, namentlich durch die fortlaufende Unterstützung des Obersten Rechtsprechungsrats, um die Unabhängigkeit und Wirksamkeit der Justizinstitutionen sicherzustellen, und weiter gegen das Problem der lang andauernden Untersuchungshaft, der Haftbedingungen und der Überbelegung der Gefängnisse anzugehen, unter besonderer Berücksichtigung der inhaftierten Frauen und Kinder;

15. *fordert* alle Geber und Partner, einschließlich der internationalen und der nichtstaatlichen Organisationen, *auf*, ihre Anstrengungen besser zu koordinieren und mit der Regierung Haitis über ihren Rahmen zur Koordinierung der auswärtigen Entwicklungshilfe für Haiti eng zusammenzuarbeiten, der der Regierung helfen soll, mehr Transparenz, nationale Eigenverantwortung und Koordinierung bei der Aus-

landshilfe zu gewährleisten, und der die Kapazitäten der Regierung zur Verwaltung externer Hilfe stärken soll;

16. *ersucht* das Landesteam der Vereinten Nationen und fordert alle Akteure auf, die von der Regierung Haitis mit Unterstützung der Mission durchgeführten Sicherheits- und Entwicklungsmaßnahmen durch Aktivitäten zu ergänzen, die auf die wirksame Verbesserung der Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Frauen und Kinder, abzielen;

17. *ersucht* die Mission, in Abstimmung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen weiterhin Projekte mit rascher Wirkung durchzuführen, die zur Schaffung eines sicheren und stabilen Umfelds beitragen und die nationale Eigenverantwortung sowie das Vertrauen der haitianischen Bevölkerung gegenüber der Mission erhöhen, insbesondere in den von der Missionsleitung benannten Vorrangbereichen und gegebenenfalls in Übereinstimmung mit den Prioritäten der Regierung Haitis;

18. *verurteilt mit Nachdruck* die schweren Rechtsverletzungen an Kindern, die insbesondere von der Gewalt krimineller Banden betroffen sind, sowie die weit verbreiteten Vergewaltigungen und anderen Formen des sexuellen Missbrauchs von Frauen und Mädchen, fordert die Regierung Haitis auf, mit Unterstützung der Mission und des Landesteams der Vereinten Nationen die Rechte der Frauen und Kinder, wie in den Resolutionen des Sicherheitsrats 1325 (2000), 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 ausgeführt, auch weiterhin zu fördern und zu schützen, ermutigt alle Akteure in der haitianischen Regierung, der internationalen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft, erneute Anstrengungen zur Beseitigung der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt in Haiti zu unternehmen sowie die Reaktion auf Vergewaltigungsklagen und den Zugang der Opfer von Vergewaltigungen und anderen Sexualverbrechen zur Justiz zu verbessern und ermutigt die nationalen Behörden, diesbezügliche innerstaatliche Rechtsvorschriften zu fördern;

19. *ermutigt* die Mission, der Regierung Haitis weiter dabei behilflich zu sein, die Zivilbevölkerung angemessen zu schützen, unter besonderer Beachtung der Bedürfnisse der Binnenvertriebenen und anderer schutzbedürftiger Gruppen, vor allem der Frauen und Kinder, namentlich durch gemeinsame gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit in den Lagern, im Einklang mit Resolution 1894 (2009) vom 11. November des Rates;

20. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das gesamte Personal der Mission die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch uneingeschränkt beachtet, und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auf, sich verstärkt darum zu bemühen, Fälle von Fehlverhalten zu verhüten, und dafür zu sorgen, dass Handlungen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden;

21. *bekräftigt* das Mandat der Mission auf dem Gebiet der Menschenrechte als eine wesentliche Komponente der Mission, ist sich dessen bewusst, dass die Achtung der Menschenrechte, insbesondere die Beachtung der individuellen Verantwortlichkeit für schwere Verstöße unter früheren Regierungen, für die Stabilität Haitis unverzichtbar ist, fordert die Regierung Haitis nachdrücklich auf, gegebenenfalls mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft dafür zu sorgen, dass die haitianische Nationalpolizei und die Richterschaft die Menschenrechte achten und schützen, und fordert die Mission auf, in dieser Hinsicht Überwachungs- und Unterstützungsarbeit zu leisten;

22. *ermutigt* die Mission, im Rahmen ihres Mandats die bestehenden Mittel und Kapazitäten, einschließlich ihrer Pioniere, auch weiterhin einzusetzen, um die Stabilität in Haiti zu erhöhen und dabei gleichzeitig im Kontext ihres bedingungsabhängigen Konsolidierungsplans stärkere haitianische Eigenverantwortung zu fördern;

23. *ersucht* die Mission, ihr Konzept zur Minderung der Gewalt in den Gemeinwesen in enger Zusammenarbeit mit der Regierung Haitis fortzusetzen, wobei gefährdeten Jugendlichen, Frauen, Vertriebenen und den Bewohnern der von Gewalt betroffenen Viertel besonderes Augenmerk gelten soll, und sicherzustellen, dass diese Tätigkeit mit dem Landesteam der Vereinten Nationen abgestimmt ist und dessen Arbeit unterstützt, um auf diesem Gebiet lokale Kapazitäten aufzubauen;

24. *ersucht* die Mission *außerdem*, die haitianischen Behörden auch weiterhin bei ihren Anstrengungen zur Kontrolle des Zustroms von Kleinwaffen, dem Aufbau eines Waffenregisters, der Änderung der bestehenden Rechtsvorschriften über Waffeneinfuhren und Waffenbesitz, der Reform des Systems für Waffenscheine und der Erarbeitung und Umsetzung einer nationalen Doktrin für gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit zu unterstützen;

25. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass die Planungsdokumente für den militärischen Anteil und den Polizeianteil der Mission, wie etwa das Einsatzkonzept und die Einsatzrichtlinien, nach Bedarf regelmäßig aktualisiert werden und mit den Bestimmungen aller seiner einschlägigen Resolutionen im Einklang stehen, und ersucht den Generalsekretär, dem Rat und den truppen- und polizeistellenden Ländern darüber Bericht zu erstatten;

26. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat regelmäßig unterrichtet zu halten und ihm halbjährlich und spätestens fünfundvierzig Tage vor Ablauf des Mandats der Mission über dessen Durchführung Bericht zu erstatten;

27. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, auch künftig in seine Berichte eine umfassende Bewertung der Sicherheitsbedrohungen in Haiti aufzunehmen, gegebenenfalls Optionen für die weitere Konsolidierung und Umgliederung der Mission vorzuschlagen und einen Fortschrittsbericht zum Konsolidierungsplan als Anhang zu seinem nächsten Bericht vorzulegen;

28. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7040. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Am 11. März 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>114</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 7. März 2014 betreffend Ihre Absicht, Generalleutnant José Luiz Jaborandy Jr. (Brasilien) zum neuen Kommandeur der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti zu ernennen<sup>115</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Auf seiner 7147. Sitzung am 24. März 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Brasiliens, Guatemalas, Haitis, Jamaikas, Japans, Kanadas, Kolumbiens, Mexikos, Perus, Spaniens und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Frage betreffend Haiti

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (S/2014/162)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Sandra Honoré, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Haiti und Leiterin der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

<sup>114</sup> S/2014/176.

<sup>115</sup> S/2014/175.



## DIE SITUATION IN BURUNDI<sup>116</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7104. Sitzung am 28. Januar 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Burundis (Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Burundi

Bericht des Generalsekretärs über das Büro der Vereinten Nationen in Burundi (S/2014/36)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Parfait Onanga-Anyanga, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Burundi und Leiter des Büros der Vereinten Nationen in Burundi, und Herrn Paul Seger, den Ständigen Vertreter der Schweiz bei den Vereinten Nationen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Burundi-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7110. Sitzung am 13. Februar 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Burundis gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Burundi

Bericht des Generalsekretärs über das Büro der Vereinten Nationen in Burundi (S/2014/36)“.

### **Resolution 2137 (2014) vom 13. Februar 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zu Burundi,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Burundis,

*unter Begrüßung* der anhaltenden Fortschritte, die Burundi auf dem Weg zu Frieden, Stabilität und Entwicklung erzielt hat, und betonend, dass das System der Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft, einschließlich der internationalen Finanzinstitutionen und der Entwicklungspartner Burundis, weiterhin Unterstützung für die Festigung des Friedens und die langfristige Entwicklung in Burundi gewährleisten müssen,

*in Würdigung* des Beitrags, den das Büro der Vereinten Nationen in Burundi und das System der Vereinten Nationen auch weiterhin zum Frieden, zur Sicherheit und zur Entwicklung des Landes leisten,

*begrüßend*, dass das Büro der Vereinten Nationen in Burundi und das System der Vereinten Nationen 2013 in enger Abstimmung mit der Regierung Burundis mehrere Seminare über die aus den früheren Wahlen gewonnenen Erfahrungen veranstalteten und dass im März 2013 ein Fahrplan für die Wahlen verabschiedet wurde, und die Regierung und alle politischen Parteien auffordernd, diesen Plan und seine Empfehlungen vollständig umzusetzen,

die Regierung Burundis *ermutigend*, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um einen Raum für alle politischen Parteien, auch aus der außerparlamentarischen Opposition, zu schaffen und den Dialog zwischen allen maßgeblichen Akteuren, einschließlich der Zivilgesellschaft, weiter zu verbessern, mit dem Ziel, im Vorfeld der für 2015 anberaumten Wahlen förderliche, freie und offene Rahmenbedingungen zu gewährleisten,

---

<sup>116</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1993 verabschiedet.

*erneut erklärend*, dass alle Seiten einschließende, breit angelegte Konsultationen im Geiste des Abkommens von Arusha vom 28. August 2000 geführt werden müssen, und in dieser Hinsicht begrüßend, dass am 19. und 20. Dezember 2013 in Kigobe alle Seiten einschließende, konstruktive Konsultationen zu Fragen im Zusammenhang mit dem Prozess zur Überprüfung der Verfassung geführt wurden,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die Einschränkungen der Pressefreiheit, der freien Meinungsäußerung, der Vereinigungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit von oppositionellen politischen Parteien und von Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft, insbesondere im Vorfeld der für 2015 anberaumten Wahlen,

*Kenntnis nehmend* von den Bemühungen der Regierung Burundis um die Verbesserung der Menschenrechtssituation in Burundi, nach wie vor besorgt über die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche, insbesondere die gemeldeten außergerichtlichen Tötungen, die Misshandlung von Inhaftierten und Folter, und die Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, namentlich die Einschüchterungen, Drangsalierungen und Gewalthandlungen durch Gruppen von Jugendlichen, und darauf hinweisend, dass es keine Straflosigkeit für diejenigen geben darf, die für diese Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen verantwortlich sind,

*unterstreichend*, wie wichtig Mechanismen zur Unrechtsaufarbeitung für die Förderung einer dauerhaften Aussöhnung unter allen Burundiern sind, davon Kenntnis nehmend, dass dem Bericht des Generalsekretärs<sup>117</sup> zufolge seit der Vorlage eines Gesetzentwurfs im Parlament im Dezember 2012 keine nennenswerten Fortschritte im Hinblick auf die Einsetzung einer Kommission für Wahrheit und Aussöhnung erzielt wurden, und in diesem Zusammenhang an die Zusage der Regierung Burundis erinnernd, im Einklang mit den Ergebnissen der 2009 geführten nationalen Konsultationen, der Resolution 1606 (2005) vom 20. Juni 2005 des Sicherheitsrats und dem Abkommen von Arusha Mechanismen der Unrechtsaufarbeitung zu schaffen,

*unter Hinweis* darauf, dass Burundi seit 2004 Vertragsstaat des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs<sup>118</sup> ist und Verpflichtungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit für Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegen, eingegangen ist, und betonend, dass der Internationale Strafgerichtshof die innerstaatliche Strafgerichtsbarkeit ergänzt,

*betonend*, wie wichtig Fragen, die Grund und Boden betreffen, für einen dauerhaften Frieden und die Sicherheit in Burundi sind, Kenntnis nehmend von der Entschlossenheit der Regierung Burundis, diese komplexe Thematik anzugehen, und der Regierung und der Commission Nationale des Terres et Autres Biens nahelegend, Missstände und Streitigkeiten im Zusammenhang mit Grund und Boden auf unparteiische Weise zu regeln sowie die Frage der Nutzungs- und Besitzrechte an Land im breiteren Rahmen der sozioökonomischen Entwicklung anzugehen, eingedenk der Notwendigkeit, die Aussöhnung und den nationalen Zusammenhalt zu fördern, insbesondere im Vorfeld der für 2015 anberaumten Wahlen,

*in Unterstützung* des erneuten Bekenntnisses Burundis zur „Nulltoleranz“ für Korruption,

*unter Begrüßung* des fortgesetzten Engagements der Burundi-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, die Regierung Burundis und die Kommission für Friedenskonsolidierung ermutigend, weiter konstruktiv zusammenzuarbeiten, und Kenntnis nehmend von dem Beitrag, den der Friedenskonsolidierungsfonds zu den Friedenskonsolidierungsmaßnahmen in Burundi geleistet hat,

*mit Unterstützung* für das anhaltende Bekenntnis Burundis zur regionalen Integration und Kooperation mit seinen Nachbarn, insbesondere über die Wirtschaftsgemeinschaft der Länder der Region der Großen Seen, die Ostafrikanische Gemeinschaft und die Internationale Konferenz über die Region der Großen Seen,

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom

---

<sup>117</sup> S/2014/36.

<sup>118</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2187, Nr.38544. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2000 II S. 1394; LGBI. 2002 Nr. 90; öBGBI. III Nr. 180/2002; AS 2002 3743.

16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011 und 2068 (2012) vom 19. September 2012 über Kinder und bewaffnete Konflikte,

*nach Behandlung* des jüngsten Berichts des Generalsekretärs über das Büro der Vereinten Nationen in Burundi<sup>117</sup>, insbesondere der Schlussfolgerungen der Strategischen Bewertungsmission sowie der in dem Bericht enthaltenen Analyse der erzielten Fortschritte und noch verbleibenden Herausforderungen im Hinblick auf die Kriterien, die der Generalsekretär dem Rat gemäß den Resolutionen 1959 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2027 (2011) vom 20. Dezember 2011 und 2090 (2013) vom 13. Februar 2013 übermittelt hat,

*sowie nach Behandlung* des Ersuchens der Regierung Burundis, insbesondere der Erklärung ihres Ministers für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit vom 28. Januar 2014 gegenüber dem Rat betreffend die Überleitung der Aufgaben des Büros auf ein reguläres Landesteam der Vereinten Nationen bis zum 31. Dezember 2014<sup>119</sup> und ferner Kenntnis nehmend von ihrem Ersuchen um eine Wahlbeobachtermission der Vereinten Nationen vor, während und nach den Wahlen 2015 in Burundi,

1. *verlängert* das Mandat des Büros der Vereinten Nationen in Burundi bis zum 31. Dezember 2014 und ersucht das Büro, sich in Übereinstimmung mit Ziffer 3 *a)* bis *d)* der Resolution 1959 (2010) und Ziffer 2 *a)* und *b)* der Resolution 2027 (2011) auf die Bereiche 1 *a)* bis *e)* zu konzentrieren und die Regierung Burundis in diesen Bereichen zu unterstützen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die Überleitung des Büros der Vereinten Nationen in Burundi und die Übertragung der entsprechenden Verantwortlichkeiten an das Landesteam der Vereinten Nationen bis zum 31. Dezember 2014 vorzubereiten und in seinen schriftlichen Zwischenbericht an den Sicherheitsrat aktuelle Informationen über diesen Prozess aufzunehmen;

3. *ermutigt* das Büro der Vereinten Nationen in Burundi, die Regierung Burundis, die Kommission für Friedenskonsolidierung und die bilateralen und multilateralen Partner, eine Lenkungsgruppe für den Übergang zu bilden, die die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für Burundi planen soll, insbesondere die Übertragung der derzeit vom Büro wahrgenommenen Funktionen, die nach der geplanten Verringerung des Personals der Mission möglicherweise noch benötigt werden, und ersucht den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, bis zum 15. Mai 2014 einen Plan für den Übergang fertigzustellen;

4. *legt* der Regierung Burundis *nahe*, in Abstimmung mit dem Büro der Vereinten Nationen in Burundi, dem Landesteam der Vereinten Nationen, multilateralen und bilateralen Partnern, der Kommission für Friedenskonsolidierung und anderen maßgeblichen Interessenträgern Erörterungen über die Art und den Umfang der Rolle der Vereinten Nationen nach der Auflösung des Büros und die damit verbundenen Tätigkeiten zu führen;

5. *ermutigt* das Landesteam der Vereinten Nationen und die darin vertretenen Einrichtungen der Vereinten Nationen, ihre Aktivitäten und ihre Programmplanung während der Überleitung des Büros der Vereinten Nationen in Burundi und nach der Beendigung seines Mandats auszuweiten und diese Aktivitäten in den Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen einzubeziehen, und legt dem Generalsekretär eindringlich *nahe*, sicherzustellen, dass der Abzug des Büros mit einem reibungslosen Übergang zu dem Managementmodell des Residierenden Koordinators und des Landesteams der Vereinten Nationen einhergeht;

6. *nimmt Kenntnis* von dem Ersuchen der Regierung Burundis um eine Wahlbeobachtermission der Vereinten Nationen vor, während und nach den Wahlen 2015 in Burundi, ersucht den Generalsekretär, am Ende des Mandats des Büros der Vereinten Nationen in Burundi sofort eine solche Mission einzurichten, die den Auftrag hat, den Wahlprozess zu verfolgen und darüber Bericht zu erstatten, und ersucht ferner diese Mission, dem Rat vor, während und nach den Wahlen 2015 Bericht zu erstatten;

---

<sup>119</sup> Siehe S/PV.7104.

7. *legt* der Regierung Burundis *nahe*, mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und der einzurichtenden Wahlmission der Vereinten Nationen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

8. *erkennt an*, dass die Regierung Burundis die Hauptverantwortung für die Friedenskonsolidierung, die Sicherheit, den Schutz ihrer Bevölkerung und die langfristige Entwicklung in dem Land trägt, und ermutigt die Regierung, ihre Bemühungen zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Friedenskonsolidierung fortzusetzen, insbesondere im Hinblick auf eine demokratische Regierungsführung, die Bekämpfung der Korruption, die Reform des Sicherheitssektors, den Schutz von Zivilpersonen, die Rechtspflege und die Förderung und den Schutz der Menschenrechte, mit besonderem Schwerpunkt auf den Rechten von Frauen und Kindern sowie Angehörigen ethnischer Minderheiten;

9. *legt* der Regierung Burundis *nahe*, mit Unterstützung des Büros der Vereinten Nationen in Burundi und anderer internationaler Partner ihre Anstrengungen zur Durchführung der Strukturreformen, die auf die Verbesserung des politischen, wirtschaftlichen und administrativen Ordnungsrahmens und die Bekämpfung der Korruption gerichtet sind, zu verstärken, mit dem Ziel, starke Antriebskräfte für dauerhaftes und ausgewogenes soziales und wirtschaftliches Wachstum zu schaffen;

10. *legt* der Regierung Burundis *außerdem nahe*, mit Unterstützung des Büros der Vereinten Nationen in Burundi und der anderen internationalen Partner, unter Anerkennung der Vorrechte Burundis im Hinblick auf die Anpassung seiner Verfassungsgesetzgebung, sicherzustellen, dass jede Überprüfung der Verfassung in einer konstruktiven Atmosphäre, auf breiter Grundlage und in einer alle einschließenden Weise vorgenommen wird, unter Beteiligung der politischen Parteien und maßgeblichen Interessenträger und gemäß dem Buchstaben und dem Geist des Abkommens von Arusha vom 28. August 2000;

11. *fordert* die Regierung Burundis *auf*, auf die Abhaltung von Wahlen im Jahr 2015 hinzuwirken, die alle Seiten einschließen, und zu diesem Zweck den Dialog zwischen allen nationalen Akteuren, einschließlich der Zivilgesellschaft, weiter zu verbessern und allen politischen Parteien, auch aus der außerparlamentarischen Opposition, Raum zur Ausübung ihrer Organisationsfreiheit und zur Vorbereitung auf die Wahlen im Jahr 2015 zu garantieren, und fordert die Regierung ferner auf, die volle und wirksame Beteiligung der Frauen in allen Phasen des Wahlprozesses zu gewährleisten;

12. *fordert* die Regierung Burundis *außerdem auf*, sich weiter darum zu bemühen, die Förderung und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten, und gemeinsam mit ihren internationalen Partnern die Nationale Unabhängige Menschenrechtskommission und das Büro der Ombudsperson zu unterstützen und ihre Kapazitäten zu stärken, im Einklang mit Resolution 48/134 vom 20. Dezember 1993 der Generalversammlung über nationale Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, und fordert die Regierung ferner auf, ihren Kampf gegen die Straflosigkeit fortzusetzen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den uneingeschränkten Genuss der in der Verfassung Burundis verankerten bürgerlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte sicherzustellen, im Einklang mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen;

13. *fordert* die Regierung Burundis *ferner auf*, weitere Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um Menschenrechtsverletzungen zu verhüten, insbesondere die gemeldeten außergerichtlichen Tötungen, die Misshandlung von Inhaftierten und Folter, die Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten sowie die Drangsalierungen, Einschüchterungen und Gewalthandlungen durch Gruppen von Jugendlichen, die Einschränkungen der Pressefreiheit, der freien Meinungsäußerung, der Vereinigungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit von oppositionellen politischen Parteien, Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft, und sicherzustellen, dass derartige Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten ein Ende gesetzt wird;

14. *fordert* die Regierung Burundis *auf*, Maßnahmen zur Bekämpfung der Straflosigkeit und zur Unterstützung gründlicher, glaubwürdiger, unparteiischer und transparenter Untersuchungen zu ergreifen, so auch durch den verstärkten Schutz der Opfer, ihrer Angehörigen und von Zeugen, und verstärkt dafür zu sorgen, dass diejenigen, die für Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche sowie Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden;

15. *fordert* die Regierung Burundis *außerdem auf*, mit den internationalen Partnern und dem Büro der Vereinten Nationen in Burundi auf die Schaffung von Mechanismen der Unrechtsaufarbeitung, namentlich eine glaubwürdige und konsensorientierte Kommission für Wahrheit und Aussöhnung, hinzuarbeiten, um zur wirksamen Aussöhnung aller Burundier und zu dauerhaftem Frieden in Burundi beizutragen, im

Einklang mit den Ergebnissen der Arbeit des Technischen Ausschusses, den 2009 geführten nationalen Konsultationen, der Resolution 1606 (2005) des Rates sowie dem Abkommen von Arusha;

16. *ermutigt* die Regierung Burundis, ihre Bemühungen um Friedenskonsolidierung und Wiederaufbau in einer regionalen Perspektive fortzusetzen, insbesondere mittels Projekten zur Förderung des Friedens, der Aussöhnung und des Austauschs innerhalb der Ostafrikanischen Gemeinschaft, der Wirtschaftsgemeinschaft der Länder der Region der Großen Seen und der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen;

17. *ermutigt* die Regierung Burundis *außerdem*, gegebenenfalls mit Unterstützung der internationalen Partner die freiwillige, sichere und geordnete Rückkehr von Flüchtlingen nach Burundi und ihre dauerhafte Wiedereingliederung in Burundi sicherzustellen;

18. *unterstreicht*, wie wichtig die Reform des Sicherheitssektors ist, begrüßt den Beitrag Burundis zu den Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union und seine aktive Beteiligung daran und legt allen internationalen Partnern eindringlich nahe, zusammen mit dem Büro der Vereinten Nationen in Burundi weiterhin die Anstrengungen Burundis zu unterstützen, die nationalen Sicherheitsdienste und die Polizei zu professionalisieren und ihre Kapazität zu stärken, insbesondere durch Überprüfung im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen, Ausbildung in Bezug auf Fragen der Menschenrechte und der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt und Förderung einer starken zivilen Aufsicht und Überwachung, mit dem Ziel, die Lenkung des Sicherheitssektors zu festigen;

19. *fordert* die Regierung Burundis *auf*, mit Unterstützung der Kommission für Friedenskonsolidierung und der internationalen Partner ihre in dem zweiten Strategiedokument zur Armutsbekämpfung festgelegten Verpflichtungen zu den Prioritäten der Friedenskonsolidierung einzuhalten, und unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die internationalen Partner in Zusammenarbeit mit der Regierung Burundis und mit Unterstützung des Büros der Vereinten Nationen in Burundi, des Systems der Vereinten Nationen in Burundi und der Kommission für Friedenskonsolidierung die Entwicklungsanstrengungen Burundis weiter unterstützen und für wirksame Folgemaßnahmen zu den auf der Genfer Konferenz der Entwicklungspartner und späteren Folgekonferenzen abgegebenen gegenseitigen Zusagen sorgen, um die Umsetzung des Strategiedokuments zur Armutsbekämpfung zu ermöglichen und die Verwirklichung des neuen Entwicklungshilfe-Programmrahmens der Vereinten Nationen zu unterstützen;

20. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat alle 90 Tage über die Kriterien, die Durchführung des Mandats des Büros der Vereinten Nationen in Burundi und die Durchführung dieser Resolution, die Bedingungen, die sich auf die Durchführung auswirken, sowie über die Überleitung der Aufgaben des Büros auf das Landesteam der Vereinten Nationen unterrichtet zu halten und bis Ende Juli 2014 einen schriftlichen Zwischenbericht und bis 16. Januar 2015 einen Schlussbericht vorzulegen, und ersucht den Generalsekretär *ferner*, dem Rat bis zur Zeit nach den Wahlen 2015 alle sechs Monate Bericht zu erstatten;

21. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7110. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7174. Sitzung am 14. Mai 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Burundis (Innenminister) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht per Videokonferenz an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Burundi“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Parfait Onanga-Anyanga, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Burundi und Leiter des Büros der Vereinten Nationen in Burundi, der per Videokonferenz an der Sitzung teilnahm, und Herrn Paul Seger, den Ständigen Vertreter der Schweiz bei den Vereinten Nationen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Burundi-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

## DIE SITUATION IN AFGHANISTAN<sup>120</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7035. Sitzung am 19. September 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, Deutschlands, Estlands (Staatssekretär für Wirtschafts- und Entwicklungsangelegenheiten), Indiens, Irans (Islamische Republik), Italiens, Japans, Kanadas, der Slowakei und der Türkei gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2013/535)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Ján Kubiš, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Franz-Michael Skjold Mellbin, den Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Afghanistan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7041. Sitzung am 10. Oktober 2013 beschloss der Rat, den Vertreter Afghanistans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2013/535)“.

### **Resolution 2120 (2013) vom 10. Oktober 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*in Bekräftigung* seiner früheren Resolutionen über Afghanistan, insbesondere der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 2011 (2011) vom 12. Oktober 2011, 2041 (2012) vom 22. März 2012, 2069 (2012) vom 9. Oktober 2012 und 2096 (2013) vom 19. März 2013,

*sowie in Bekräftigung* seiner Resolutionen 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999, 1368 (2001) vom 12. September 2001, 1373 (2001) vom 28. September 2001, 1822 (2008) vom 30. Juni 2008, 1904 (2009) vom 17. Dezember 2009, 1988 (2011) und 1989 (2011) vom 17. Juni 2011 und 2082 (2012) und 2083 (2012) vom 17. Dezember 2012 und mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung für die internationalen Bemühungen zur Ausrottung des Terrorismus im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen,

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 und 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit und seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011 und 2068 (2012) vom 19. September 2012 über Kinder und bewaffnete Konflikte sowie Kenntnis nehmend von den Berichten des General-

---

<sup>120</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1994 verabschiedet.

sekretärs über sexuelle Gewalt in Konflikten<sup>121</sup> und über Kinder und bewaffnete Konflikte<sup>122</sup> und den Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte<sup>123</sup>,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans,

*in Anerkennung* dessen, dass die Verantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung im gesamten Land bei den afghanischen Behörden liegt, unter Betonung der Rolle, die der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe dabei zukommt, die Regierung Afghanistans bei der Verbesserung der Sicherheitslage und dem Aufbau ihrer eigenen Sicherheitskapazitäten zu unterstützen, und unter Begrüßung der Zusammenarbeit der Regierung mit der Truppe,

*unterstreichend*, dass der Stärkung der afghanischen Eigen- und Führungsverantwortung, in Übereinstimmung mit dem Prozess von Kabul, auf allen Gebieten staatlichen Handelns zentrale Bedeutung zukommt,

*unter Begrüßung* der Schlussfolgerungen der am 5. Dezember 2011 in Bonn (Deutschland) abgehaltenen Internationalen Afghanistan-Konferenz über Afghanistan und die internationale Gemeinschaft: Von der Transition zur Transformationsdekade<sup>124</sup>, wonach auf den bis Ende 2014 abzuschließenden Transformationsprozess eine Transformationsdekade (2015-2024) folgen soll, in der Afghanistan seine Souveränität durch die Stärkung eines vollständig funktionierenden, tragfähigen Staates im Dienste seines Volkes festigt, ferner unter Begrüßung des strategischen Konsenses zwischen der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft über eine erneuerte und dauerhafte Partnerschaft für diese Transformationsdekade, die auf festen gegenseitigen Verpflichtungen beruht, und unter Begrüßung der Schlussfolgerungen der Konferenz von Tokio über Afghanistan vom 8. Juli 2012<sup>125</sup> und der Annahme der Rahmenvereinbarung von Tokio<sup>126</sup> über gegenseitige Rechenschaft zur Unterstützung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und einer nachhaltigen Entwicklung Afghanistans, in der die Regierung und die internationale Gemeinschaft ihre gegenseitigen Verpflichtungen bekräftigten, sowie des Ergebnisses der am 3. Juli 2013 in Kabul abgehaltenen Tagung hochrangiger Vertreter über die Rahmenvereinbarung von Tokio über gegenseitige Rechenschaft,

*erneut anerkennend*, dass die Herausforderungen in Afghanistan miteinander verknüpft sind, bekräftigend, dass nachhaltige Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Regierungsführung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung sowie in den übergreifenden Fragen der Suchtstoffbekämpfung, der Korruptionsbekämpfung und der Rechenschaftslegung einander verstärken und dass die im Rahmen des Transformationsprozesses vorrangig durchzuführenden Programme für Regierungsführung und Entwicklung mit den in der Erklärung von Tokio: Partnerschaft für die Eigenständigkeit in Afghanistan – von der Transition zur Transformation<sup>125</sup> festgelegten Zielen und den nationalen Prioritätenprogrammen vereinbar sein sollen, und unter Begrüßung der fortlaufenden Bemühungen der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft, diese Herausforderungen im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zu bewältigen,

in diesem Zusammenhang *betonend*, dass die Regierung Afghanistans weitere Anstrengungen unternehmen muss, um die Korruption zu bekämpfen, die Transparenz zu fördern und ihre Rechenschaftslegung zu verbessern, gemäß der von ihr eingegangenen und in den Schlussfolgerungen der Konferenz von Tokio und in der Rahmenvereinbarung von Tokio über gegenseitige Rechenschaft bekräftigten Verpflichtung, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption zu verstärken,

*unter Begrüßung* des langfristigen Engagements der internationalen Partner Afghanistans, einschließlich der Nordatlantikvertrags-Organisation, der Europäischen Union, benachbarter Staaten und regionaler

---

<sup>121</sup> S/2013/149.

<sup>122</sup> S/2013/245.

<sup>123</sup> S/AC.51/2011/3.

<sup>124</sup> S/2011/762, Anlage.

<sup>125</sup> S/2012/532, Anlage I.

<sup>126</sup> Ebd., Anlage II.

Partner, für die weitere Unterstützung Afghanistans nach der Transition, namentlich während der Transformationsdekade, sowie unter Begrüßung des Prozesses, in dessen Rahmen Afghanistan und seine regionalen und internationalen Partner langfristige strategische Partnerschafts- und sonstige Vereinbarungen eingehen, die darauf gerichtet sind, Afghanistan zu einem friedlichen, stabilen und prosperierenden Land zu machen, und betonend, wie wichtig es ist, dass dieses Engagement komplementären Charakter hat, namentlich in Bezug auf künftige bilaterale Partnerschaften, die die Regierung Afghanistans schließt,

*unter Hervorhebung* der Bedeutung der zwischen der Regierung Afghanistans und den zur Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe beitragenden Ländern auf dem Gipfeltreffen der Nordatlantikvertrags-Organisation in Lissabon erzielten Vereinbarung, die volle Sicherheitsverantwortung in ganz Afghanistan bis Ende 2014 schrittweise an die Regierung zu übertragen, unter Begrüßung der weiteren Fortschritte in Richtung auf den Abschluss der Übergabe der Sicherheitsverantwortung, insbesondere des am 18. Juni 2013 erreichten Meilensteins mit dem Eintritt aller Gebiete Afghanistans in den Transitionsprozess und der Übernahme der Führung durch die afghanischen Kräfte bei der Gewährleistung der Sicherheit im ganzen Land und dabei unterstreichend, dass der Truppe in Unterstützung der Regierung auch weiterhin eine Rolle bei der Förderung einer verantwortungsvollen Transition zukommt und dass es wichtig ist, die Fähigkeiten der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte auszubauen,

*in Anbetracht* der bei der Reform und Lenkung des Sicherheitssektors erzielten Fortschritte und noch verbleibenden Probleme, unter Begrüßung des fortgesetzten Engagements der internationalen Partner, namentlich der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Europäischen Union, für die Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte und des afghanischen Sicherheitssektors, unter Begrüßung der Unterstützung und Hilfe, die die Ausbildungsmission der Nordatlantikvertrags-Organisation in Afghanistan, die Polizeimission der Europäischen Union und die Europäische Gendarmerietruppe der afghanischen Nationalpolizei leisten, und im Kontext der Transition unter Begrüßung der vermehrten Kapazitäten und Fähigkeiten der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte, betonend, dass Afghanistan gemeinsam mit den internationalen Gebern die Afghanische Nationalarmee und die Afghanische Nationalpolizei weiter stärken muss, sich unter anderem nachdrücklich für die Fortführung der Ausbildungsmaßnahmen aussprechend, um zu gewährleisten, dass afghanische Stellen in der Lage sind, auf Dauer zunehmend Verantwortung zu übernehmen, Sicherheitseinsätze zu führen und die öffentliche Ordnung, die Rechtsdurchsetzung, die Sicherheit der Grenzen Afghanistans und die verfassungsmäßigen Rechte der afghanischen Bürger zu wahren und die Rechte der afghanischen Frauen und Mädchen zu schützen, und betonend, dass Afghanistan seine Anstrengungen zur Auflösung illegaler bewaffneter Gruppen und zur Suchtstoffbekämpfung erhöhen muss, wie dies zuletzt in der gemeinsamen Erklärung des Gipfeltreffens von Chicago über Afghanistan vom 21. Mai 2012 und in der Erklärung von Tokio dargelegt wurde,

*unter Begrüßung* der Erklärung des Gipfeltreffens von Chicago, in der das langfristige Engagement über 2014 hinaus für dauerhaften Frieden, dauerhafte Sicherheit und dauerhafte Stabilität in Afghanistan betont wird, im Hinblick auf die Verantwortung der Regierung Afghanistans, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft fähige afghanische nationale Sicherheitskräfte in ausreichender Stärke dauerhaft zu unterhalten, in diesem Zusammenhang begrüßend, dass die internationale Gemeinschaft auf der Internationalen Afghanistan-Konferenz am 5. Dezember 2011 in Bonn den Beschluss fasste, die Ausbildung, Ausrüstung, Finanzierung und Kapazitätsentwicklung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte über das Ende des Transitionszeitraums hinaus zu unterstützen, unter Begrüßung der in der Gemeinsamen Erklärung des Gipfeltreffens von Chicago bekräftigten weiteren finanziellen Unterstützung für die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte mit dem klaren Ziel, dass die Regierung spätestens 2024 die volle finanzielle Verantwortung für ihre eigenen Sicherheitskräfte übernimmt, unter Begrüßung des Beschlusses der Regierung und der Nordatlantikvertrags-Organisation, dass die Organisation auf die fortgesetzte Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte nach 2014 hinarbeiten wird, und feststellend, dass jede neue Mission eine solide Rechtsgrundlage haben soll, wie in Ziffer 14 der Gemeinsamen Erklärung des Gipfeltreffens von Chicago über Afghanistan festgelegt,

*sowie unter Begrüßung* der Entschlossenheit Afghanistans und seiner Partner in der Region, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die regionale Sicherheit und Zusammenarbeit zugunsten eines



sicheren und stabilen Afghanistans zu verstärken, unter Begrüßung der Regionalinitiativen für Afghanistan, wie des „Herz Asiens“-Prozesses über regionale Sicherheit und Zusammenarbeit für ein sicheres und stabiles Afghanistan<sup>127</sup>, der Konferenz über regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Afghanistan sowie der Initiativen, die beispielsweise im Rahmen des Südasiatischen Verbands für regionale Zusammenarbeit, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, der Europäischen Union und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durchgeführt werden, und der anderen einschlägigen Initiativen, die auf eine verstärkte regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Afghanistan gerichtet sind, wie der Verbesserung des Handels und der Infrastrukturanbindung und der Stärkung der lokalen und regionalen Verkehrsnetze entlang historischer Handelswege, der Energieversorgung und des integrierten Grenzmanagements, unter Begrüßung der Ergebnisse der Istanbul Konferenz für Afghanistan: Zusammenarbeit und Sicherheit im Herzen Asiens vom 2. November 2011 und der darauf folgenden Kabuler Ministerkonferenz der Länder im Herzen Asiens vom 14. Juni 2012, der am 26. April 2013 in Almaty abgehaltenen Ministerkonferenz der Länder im Herzen Asiens, auf der Pläne für die Durchführung aller vertrauensbildenden Maßnahmen in den Bereichen Katastrophenmanagement, Terrorismusbekämpfung, Suchstoffbekämpfung, regionale Infrastruktur, Handels-, Wirtschafts- und Investitionschancen und Bildung angenommen wurden, und der am 23. September 2013 in New York abgehaltenen Tagung hochrangiger Vertreter, mit Interesse der für 2014 in Tianjin (China) geplanten Vierten Ministerkonferenz der Länder im Herzen Asiens entgegensehend und feststellend, dass der „Herz Asiens“-Prozess die von Regionalorganisationen unternommenen Anstrengungen, insbesondere soweit sie sich auf Afghanistan beziehen, nicht ersetzen, sondern ergänzen und kooperativ unterstützen soll,

*anerkennend*, wie wichtig der Beitrag von Partnern in den Nachbarländern und der Region sowie von Regionalorganisationen, darunter die Europäische Union, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit und der Südasiatische Verband für regionale Zusammenarbeit, für die Stabilisierung Afghanistans ist, betonend, dass der Ausbau der regionalen Zusammenarbeit als wirksames Mittel zur Förderung der Sicherheit, der Regierungsführung und der Entwicklung in Afghanistan von entscheidender Bedeutung ist, und verstärkte regionale Anstrengungen zur weiteren Umsetzung der früheren Erklärungen über gutnachbarliche Beziehungen begrüßend und unterstützend,

*unter Hervorhebung* der zentralen und unparteiischen Rolle, die die Vereinten Nationen auch weiterhin bei der Förderung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan spielen, indem sie bei den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft die Führung übernehmen, in diesem Zusammenhang feststellend, welche Rolle der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan im fortschreitenden Transitionsprozess zukommt, betonend, dass sich die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe und die Mission abstimmen und gegenseitig unterstützen müssen, unter gebührender Berücksichtigung der ihnen jeweils übertragenen Verantwortlichkeiten und des sich verändernden Charakters und des angepassten Umfangs der Präsenz der internationalen Gemeinschaft,

*mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis* über die Sicherheitslage in Afghanistan, insbesondere über die anhaltenden gewaltsamen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas und anderer gewalttätiger und extremistischer Gruppen, illegaler bewaffneter Gruppen und Krimineller, einschließlich derjenigen, die an der Herstellung unerlaubter Drogen oder dem Verkehr oder Handel damit beteiligt sind, wie in den Berichten des Generalsekretärs seit der Verabschiedung der Resolution 2011 (2011) des Sicherheitsrats beschrieben, und über die engen Verbindungen zwischen terroristischen Aktivitäten und unerlaubten Drogen, wovon Bedrohungen für die örtliche Bevölkerung, einschließlich Kindern, sowie für die nationalen Sicherheitskräfte und das internationale Militär- und Zivilpersonal ausgehen,

*unter Begrüßung* der Anstrengungen der Regierung Afghanistans, die Nationale Drogenkontrollstrategie<sup>128</sup> zu aktualisieren und zu verbessern und dabei besonderes Gewicht auf ein partnerschaftliches Konzept zur Gewährleistung der gemeinschaftlichen und wirksamen Umsetzung und Koordinierung zu legen, die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe dazu ermutigend, im Rahmen der ihr übertragenen Verantwort-

---

<sup>127</sup> S/2011/767, Anlage.

<sup>128</sup> S/2006/106, Anlage.

lichkeiten die unter afghanischer Führung und in Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen und regionalen Akteuren unternommenen anhaltenden Anstrengungen zur Bekämpfung der Drogenproduktion und des Drogenhandels, einschließlich der Anstrengungen der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte, weiter wirksam zu unterstützen, in Anbetracht der von der unerlaubten Herstellung von Drogen und dem unerlaubten Handel und Verkehr damit ausgehenden Bedrohung des Weltfriedens und der Stabilität in verschiedenen Regionen der Welt und die wichtige Rolle anerkennend, die angesichts dessen dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zukommt, nach wie vor besorgt über den schwerwiegenden Schaden, den der Anbau und die Erzeugung von Opium und der Opiumhandel und -konsum weiterhin im Hinblick auf die Sicherheit, die Entwicklung und die Regierungsführung in Afghanistan sowie in der Region und darüber hinaus verursachen, und mit Lob für die Pariser-Pakt-Initiative<sup>129</sup>, einen der wichtigsten Rahmen im Kampf gegen Opiate aus Afghanistan,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die schädlichen Auswirkungen gewaltsamer und terroristischer Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas und anderer gewalttätiger und extremistischer Gruppen und illegaler bewaffneter Gruppen auf die Fähigkeit der Regierung Afghanistans, die Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, dem afghanischen Volk Sicherheit zu gewähren und grundlegende Dienste bereitzustellen und den vollen Genuss seiner Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung* für die kontinuierlichen Anstrengungen, die die Regierung Afghanistans mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft, namentlich der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“, unternimmt, um die Sicherheitslage weiter zu verbessern und weiter gegen die von den Taliban, Al-Qaida und anderen gewalttätigen und extremistischen Gruppen und illegalen bewaffneten Gruppen ausgehende Bedrohung anzugehen, und in diesem Zusammenhang unter Betonung der Notwendigkeit anhaltender internationaler Anstrengungen, namentlich seitens der Truppe und der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“,

*unter entschiedenster Verurteilung* aller Angriffe, darunter Anschläge mit behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen, Selbstmordanschläge, Morde und Entführungen, unterschiedslose Angriffe auf Zivilpersonen, Angriffe auf humanitäre Helfer und gezielte Angriffe auf afghanische und internationale Truppen, und ihrer schädlichen Auswirkungen auf die Stabilisierungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen in Afghanistan und ferner unter Verurteilung der Benutzung von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde durch die Taliban, Al-Qaida und andere gewalttätige und extremistische Gruppen und illegale bewaffnete Gruppen,

*unter Begrüßung* der Erfolge der Regierung Afghanistans in Bezug auf das Verbot von Ammoniumnitratdünger und mit der nachdrücklichen Aufforderung, weiterhin Maßnahmen zur Umsetzung von Vorschriften für die Kontrolle aller Explosivstoffe und chemischen Ausgangsstoffe zu ergreifen und damit die Fähigkeit der Aufständischen einzuschränken, sie für behelfsmäßige Sprengvorrichtungen zu nutzen, und mit der Aufforderung an die internationale Gemeinschaft, die diesbezüglichen Anstrengungen der Regierung zu unterstützen,

*in Anbetracht* der anhaltenden Bedrohungen, die von den Taliban, Al-Qaida und anderen gewalttätigen und extremistischen Gruppen und illegalen bewaffneten Gruppen ausgehen, sowie der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen diese Bedrohungen und in Anbetracht der Rolle der vom Sicherheitsrat in den Resolutionen 1267 (1999), 1988 (2011), 1989 (2011), 2082 (2012) und 2083 (2012) festgelegten Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Bedrohungen und zur Unterstützung des Friedens- und Aussöhnungsprozesses unter afghanischer Führung,

*mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis* über die hohe Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung in Afghanistan, insbesondere unter den Frauen und Kindern, wofür in einer immer größeren Mehrheit der Fälle die Taliban, Al-Qaida und andere gewalttätige und extremistische Gruppen und illegale bewaffnete Gruppen verantwortlich sind, unter entschiedenster Verurteilung der zahlreichen Angriffe auf Schulen, einschließlich der Inbrandsetzung und der Zwangsschließung von Schulen, ihrer Nutzung durch bewaffnete Gruppen und der Einschüchterung, Entführung und Tötung von Lehrpersonal, insbesondere der gegen die

---

<sup>129</sup> Siehe S/2003/641, Anlage.

Bildung von Mädchen gerichteten Angriffe bewaffneter Gruppen, einschließlich der Taliban, in diesem Zusammenhang unter Begrüßung der Aufnahme der Taliban in die Liste im Anhang des Berichts des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte gemäß Resolution 2068 (2012)<sup>122</sup>, sowie verurteilend, dass die gezielte Tötung von Frauen und Mädchen, namentlich von hochrangigen Amtsträgerinnen, zugezogen hat, bekräftigend, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien alle praktisch möglichen Maßnahmen treffen müssen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen, insbesondere der Frauen, Kinder und Vertriebenen, zu gewährleisten, namentlich ihren Schutz vor sexueller Gewalt und allen anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt, mit der Forderung, dass alle Parteien ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen einhalten und dass alle geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, um den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, dass die Lage der Zivilbevölkerung und insbesondere die Situation im Hinblick auf die Opfer unter der Zivilbevölkerung ständig überwacht werden und dass dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen laufend darüber Bericht erstattet wird, so auch durch die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe, und in dieser Hinsicht Kenntnis nehmend von der Arbeit des Teams der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe zur Verhütung und Verringerung von zivilen Opfern,

*daran erinnernd*, dass Frauen eine entscheidende Rolle im Friedensprozess spielen, wie in Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats und damit zusammenhängenden Resolutionen anerkannt wird, und begrüßend, dass sich die Regierung Afghanistans verpflichtet hat, den Nationalen Aktionsplan Afghanistans zu Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats zu erarbeiten und umzusetzen und weitere Möglichkeiten zur Unterstützung der Beteiligung von Frauen am Friedens- und Aussöhnungsprozess unter afghanischer Führung zu ermitteln, dass die Regierung ihren ersten Fortschrittsbericht über die Durchführung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau<sup>130</sup> vorgelegt hat und dass Anstrengungen unternommen werden, die volle Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Frauen in Afghanistan weiter zu beschleunigen, die darin enthaltenen Zielvorgaben in die nationalen Prioritätenprogramme zu integrieren und eine Strategie zur vollen Anwendung des Gesetzes zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen zu erarbeiten,

*Kenntnis nehmend* von den weiteren Fortschritten, die die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe und andere internationale Truppen dabei erzielt haben, die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung möglichst gering zu halten, wie im Halbjahresbericht 2013 der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten beschrieben, die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe und die anderen internationalen Truppen nachdrücklich auffordernd, weiterhin verstärkte Anstrengungen zur Verhütung ziviler Opfer zu unternehmen, namentlich auch durch verstärkte Betonung des Schutzes der afghanischen Bevölkerung als eines zentralen Bestandteils ihres Auftrags, und feststellend, wie wichtig es ist, laufende Überprüfungen der Taktiken und Verfahren sowie Einsatzauswertungen und Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der Regierung Afghanistans in Fällen durchzuführen, in denen zivile Opfer zu verzeichnen sind, wenn die Regierung diese gemeinsamen Untersuchungen für angemessen befindet, sowie die Zusammenarbeit mit den afghanischen nationalen Sicherheitskräften zur weiteren Institutionalisierung des Schutzes von Zivilpersonen, insbesondere von Frauen und Mädchen, fortzusetzen,

*mit dem Ausdruck seiner großen Besorgnis* über die Einziehung und den Einsatz von Kindern durch Kräfte der Taliban in Afghanistan sowie über die Tötung und Verstümmelung von Kindern infolge des Konflikts und Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht, in Unterstützung des Erlasses des Innenministers vom 6. Juli 2011, in dem die Entschlossenheit der Regierung Afghanistans bekräftigt wird, Verletzungen der Rechte des Kindes zu verhüten, begrüßend, dass bei der Umsetzung des im Januar 2011 unterzeichneten Aktionsplans samt Anhang über die mit den afghanischen nationalen Sicherheitskräften verbundenen Kinder Fortschritte erzielt worden sind, insbesondere dass der afghanische Interministerielle Lenkungsausschusses für Kinder und bewaffnete Konflikte eingesetzt und ein Kinderschutzkoordinator ernannt worden ist und dass die Regierung einen Fahrplan zur Beschleunigung der Einhaltung des Aktionsplans gebilligt hat, mit der Forderung, die Bestimmungen des Plans in

---

<sup>130</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1249, No. 20378. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1985 II S. 647; LGBl. 1996 Nr. 164; öBGBI. Nr. 443/1982; AS 1999 1579.

enger Zusammenarbeit mit der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan voll umzusetzen, in dieser Hinsicht in Anerkennung der von der Nordatlantikvertrags-Organisation auf hoher Ebene eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf Kinder und bewaffnete Konflikte und der positiven Antwort der Nordatlantikvertrags-Organisation auf das Ersuchen der Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte um Unterstützung bei der vollständigen Umsetzung des Aktionsplans samt Anhang und der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe nahelegend, der Regierung bei seiner vollständigen Umsetzung behilflich zu sein,

in diesem Zusammenhang *betonend*, wie wichtig es ist, dass die Regierung Afghanistans weitere Fortschritte bei der Beendigung der Straflosigkeit und der Stärkung der Justizinstitutionen, bei dem Wiederaufbau und der Reform des Strafvollzugswesens sowie bei der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte innerhalb Afghanistans, namentlich auch für Frauen und Mädchen, und insbesondere in Bezug auf die verfassungsmäßigen Rechte von Frauen auf volle Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben in Afghanistan erzielt, und in dieser Hinsicht unter Begrüßung des Planes für die Nationalpolizei und der darin festgelegten Ziele, die Ausbildung auf dem Gebiet der Menschenrechte, einschließlich Geschlechterfragen, und die Rekrutierung von Frauen zu verstärken, und der kontinuierlichen Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte durch die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe mit Blick auf die verstärkte Rekrutierung, Ausbildung und Weiterbeschäftigung von Frauen,

*mit der erneuten Aufforderung* an alle afghanischen Parteien und Gruppen, konstruktiv an einem friedlichen politischen Dialog, wie im Rahmen der afghanischen Verfassung vorgesehen, mitzuwirken, sich gemeinsam mit den internationalen Gebern für die sozioökonomische Entwicklung des Landes einzusetzen und den Rückgriff auf Gewalt, namentlich durch den Einsatz illegaler bewaffneter Gruppen, zu vermeiden, in Unterstützung der Ziele des Hohen Friedensrats und in Anerkennung der Bedeutung der regionalen Unterstützung für das Voranschreiten des Friedens- und Aussöhnungsprozesses unter afghanischer Führung und Eigenverantwortung,

*erneut seine feste Entschlossenheit bekundend*, die Regierung Afghanistans bei ihren Bemühungen zu unterstützen, den Friedens- und Aussöhnungsprozess voranzubringen, in Übereinstimmung mit dem Kabuler Kommuniqué vom 20. Juli 2010 und den Schlussfolgerungen der Bonner Konferenz vom 5. Dezember 2011, im Rahmen der afghanischen Verfassung und unter Anwendung der in den Resolutionen 1988 (2011) und 2082 (2012) des Sicherheitsrats sowie in anderen einschlägigen Resolutionen des Rates festgelegten Verfahren,

*unter Begrüßung* der anhaltenden Anstrengungen der Regierung Afghanistans, den Friedens- und Aussöhnungsprozess voranzubringen, namentlich durch den Hohen Friedensrat und durch die Durchführung des afghanischen Friedens- und Aussöhnungsprogramms, um einen alle Seiten einschließenden Dialog unter afghanischer Führung über Aussöhnung und politische Partizipation zu fördern, entsprechend dem Kommuniqué der Kabuler Konferenz über einen Dialog, der allen offen steht, die der Gewalt abschwören, keine Verbindungen zu internationalen terroristischen Vereinigungen, einschließlich Al-Qaidas, unterhalten, die Verfassung achten, einschließlich ihrer Menschenrechtsbestimmungen und insbesondere der Frauenrechte, und die bereit sind, sich am Aufbau eines friedlichen Afghanistans zu beteiligen, und entsprechend den weiteren Ausführungen in den Grundsätzen und Ergebnissen der von der Regierung und der internationalen Gemeinschaft unterstützten Schlussfolgerungen der Bonner Konferenz, unter voller Achtung der Durchführung der Maßnahmen und der Anwendung der in den Resolutionen 1267 (1999), 1988 (2011) und 2082 (2012) des Sicherheitsrats sowie in anderen einschlägigen Resolutionen des Rates festgelegten Verfahren, mit der Aufforderung an alle in Betracht kommenden Staaten, sich weiter am Friedensprozess zu beteiligen, und in Anbetracht der Auswirkungen, die Terroranschläge auf das afghanische Volk haben und auf die künftigen Aussichten auf eine Friedensregelung zu haben drohen,

*in Anbetracht* dessen, dass eine zunehmende Zahl von Taliban sich mit der Regierung Afghanistans ausgesöhnt haben, die terroristische Ideologie Al-Qaidas und ihrer Anhänger verworfen haben und eine friedliche Beilegung des andauernden Konflikts in Afghanistan unterstützen, sowie in Anbetracht dessen, dass die Sicherheit trotz der Entwicklung der Lage in Afghanistan und der Fortschritte bei der Aussöhnung nach wie vor eine ernste Herausforderung in Afghanistan und der Region darstellt,

*sowie in Anbetracht* dessen, dass eine zunehmende Zahl von Wiedereingegliederten sich an dem afghanischen Friedens- und Wiedereingliederungsprogramm beteiligen, und in Ermutigung weiterer Anstren-

gungen, die verbleibenden operativen Herausforderungen anzugehen, namentlich durch einen geeigneten Überprüfungsmechanismus, und ferner die internationale Gemeinschaft zur Unterstützung dieses unter afghanischer Führung stehenden Unterfangens ermutigend,

*unter Hinweis* auf die von der Regierung Afghanistans eingegangenen Verpflichtungen, zuletzt auf der Konferenz von Tokio, zur Stärkung und Verbesserung des Wahlprozesses in Afghanistan, einschließlich der langfristigen Reform des Wahlsystems, um zu gewährleisten, dass künftige Wahlen transparent, glaubhaft und demokratisch sind und niemanden ausgrenzen, in dieser Hinsicht unter Begrüßung der Verabschiedung eines rechtlichen Rahmens für die Durchführung von Wahlen sowie der Ernennung neuer Mitglieder und der Wahl neuer Vorsitzender für die Unabhängige Wahlkommission und die Unabhängige Wahlbeschwerdekommision und bekräftigend, dass die friedliche Zukunft Afghanistans darin liegt, einen stabilen, sicheren und wirtschaftlich tragfähigen Staat aufzubauen, in dem es keinen Terrorismus und keine Suchtstoffe gibt und der auf Rechtsstaatlichkeit, gestärkten demokratischen Institutionen, der Achtung der Gewaltenteilung, gestärkten, in der Verfassung verankerten Kontrollmechanismen, einer guten Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, darunter im Hinblick auf die Bekämpfung der Korruption, und der Garantie der staatsbürgerlichen Rechte beruht,

*unter Begrüßung* der Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Stärkung der Kohärenz der militärischen und zivilen Maßnahmen, einschließlich derjenigen, die im Rahmen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe durchgeführt werden,

*sowie unter Begrüßung* der fortgesetzten Koordinierung zwischen der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“ und der zwischen der Truppe und der Präsenz der Europäischen Union in Afghanistan hergestellten Zusammenarbeit am Einsatzort,

*mit dem Ausdruck seiner Anerkennung* für die von der Nordatlantikvertrags-Organisation wahrgenommene Führungsrolle und die Beiträge vieler Nationen zur Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und zur Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“, die ihre Tätigkeit im Rahmen der Einsätze zur Bekämpfung des Terrorismus in Afghanistan und im Einklang mit den anwendbaren Regeln des Völkerrechts durchführt,

*feststellend*, dass die Situation in Afghanistan weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

*entschlossen*, die vollständige Durchführung des Mandats der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe in Abstimmung mit der Regierung Afghanistans sicherzustellen,

aus diesen Gründen *tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta,

1. *beschließt*, die in den Resolutionen 1386 (2001) und 1510 (2003) festgelegte Genehmigung der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe bis zum 31. Dezember 2014 zu verlängern;

2. *ermächtigt* die an der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe teilnehmenden Mitgliedstaaten, alle zur Erfüllung ihres Mandats notwendigen Maßnahmen zu ergreifen;

3. *erkennt an*, dass der gesamte operative Bedarf der Truppe gedeckt werden muss, begrüßt die Vereinbarung zwischen der Regierung Afghanistans und den zur Truppe beitragenden Ländern, die volle Sicherheitsverantwortung in ganz Afghanistan bis Ende 2014 an die Regierung zu übertragen, sowie den laufenden Vollzug des Transitionsprozesses seit Juli 2011 und fordert die Mitgliedstaaten auf, Personal, Ausrüstung und andere Ressourcen für die Truppe zu stellen und ihre Anstrengungen zur Stützung der Sicherheit, der Stabilität und der Transition in Afghanistan auch künftig fortzusetzen;

4. *begrüßt* die feste Entschlossenheit der Regierung Afghanistans, mit Unterstützung der an der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe teilnehmenden Nationen weiter afghanische nationale Sicherheitskräfte aufzubauen, die der afghanischen Verfassung unterworfen und in der Lage sind, unter einer wirksamen zivilen Führung und unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit sowie unter Achtung und Förderung der Menschenrechte, namentlich der Rechte der Frauen, Frieden, Sicherheit und Stabilität für alle Afghanen zu gewährleisten und durch die Stabilisierung der Lage in Afghanistan zur Sicherheit der Region beizutragen;

5. *begrüßt außerdem* die Entschlossenheit der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Regierung Afghanistans, die 2010 in Lissabon geschlossene dauerhafte Partnerschaft zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und Afghanistan in allen ihren Dimensionen bis 2014 und darüber hinaus weiterzuentwickeln, und insbesondere die dabei bekundete Absicht, im Rahmen der dauerhaften Partnerschaft nachhaltige praktische Unterstützung zu gewähren, die darauf abzielt, das Leistungsvermögen und die Fähigkeit Afghanistans zur Bekämpfung der anhaltenden Bedrohungen seiner Sicherheit, Stabilität und Unversehrtheit zu verbessern und zu erhalten und durch die Stabilisierung der Lage in Afghanistan zur Sicherheit der Region beizutragen;

6. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, durch fortgesetzte Zusammenarbeit die Fähigkeiten der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte, einschließlich der Funktionsfähigkeit, der Professionalität und der Rechenschaftspflicht des afghanischen Sicherheitssektors innerhalb eines umfassenden Rahmens, weiterzuentwickeln, legt der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und den anderen Partnern nahe, nach Maßgabe ihrer Ressourcen ihre Anstrengungen fortzusetzen, die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte auszubilden, zu betreuen und ihnen mehr Verantwortung zu übertragen, damit raschere Fortschritte in Richtung auf das Ziel eigenständiger, tragfähiger, rechenschaftspflichtiger und ethnisch ausgewogener afghanischer Sicherheitskräfte erzielt werden, die für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit im gesamten Land sorgen, begrüßt die zunehmende Führungsrolle der afghanischen Behörden in Bezug auf die Sicherheitsaufgaben im gesamten Land, begrüßt die erheblichen Fortschritte beim Ausbau und der Einsatzfähigkeit der Afghanischen Nationalarmee und der Afghanischen Nationalpolizei und betont, wie wichtig es ist, die weitere Professionalisierung dieser Institutionen zu unterstützen;

7. *fordert* die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe und den Hohen Zivilen Beauftragten der Nordatlantikvertrags-Organisation *auf*, bei der Durchführung des Mandats der Truppe auch weiterhin in enger Abstimmung mit der Regierung Afghanistans und dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen gemäß Resolution 2096 (2013) des Sicherheitsrats sowie mit der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“ zu handeln;

8. *ersucht* die Führung der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe, den Sicherheitsrat über den Generalsekretär der Vereinten Nationen regelmäßig über die Durchführung ihres Mandats unterrichtet zu halten, einschließlich durch die rechtzeitige Vorlage vierteljährlicher Berichte, und im Dezember 2014 einen umfassenden Schlussbericht vorzulegen;

9. *beschließt*, mit dieser Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7041. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7085. Sitzung am 17. Dezember 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, Deutschlands, Indiens, Irans (Islamische Republik), Japans, Kanadas und der Türkei gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2013/721)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Ján Kubiš, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7139. Sitzung am 17. März 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Afghanistans, Deutschlands, Indiens, Irans (Islamische Republik), Italiens, Japans, Kanadas, Pakistans, Schwedens, der Slowakei

und der Türkei gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2014/163)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Ján Kubiš, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

**Resolution 2145 (2014)**  
**vom 17. März 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen über Afghanistan, insbesondere seine Resolution 2096 (2013), mit der er das in Resolution 1662 (2006) vom 23. März 2006 festgelegte Mandat der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan bis zum 19. März 2014 verlängert hat,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung* für den Transitionsprozess („Inteqal“), der bedingen wird, dass die Institutionen Afghanistans im Sicherheitssektor in Übereinstimmung mit den Konferenzen von London, Kabul, Bonn und Tokio und den Gipfeltreffen von Lissabon und Chicago die volle Verantwortung übernehmen, in der Erkenntnis, dass es im Transitionsprozess nicht nur um die Sicherheit, sondern um die volle Übernahme der Führungs- und Eigenverantwortung durch Afghanistan in Bezug auf die Regierungsführung und die Entwicklung geht, und bekräftigend, dass die Vereinten Nationen bei ihrer Unterstützung für Afghanistan dem Transitionsprozess in dem Land voll Rechnung tragen,

*unter Hervorhebung* des Prozesses von Kabul, der auf das Hauptziel ausgerichtet ist, die Übernahme der Führungs- und Eigenverantwortung durch Afghanistan zu beschleunigen, die internationale Partnerschaft und die regionale Zusammenarbeit zu stärken, die afghanische Regierungsführung zu verbessern, die Kapazitäten der afghanischen Sicherheitskräfte zu erhöhen und Wirtschaftswachstum und einen besseren Schutz der Rechte aller afghanischen Bürger, namentlich der Frauen und Mädchen, zu gewährleisten, und insbesondere die von der Regierung Afghanistans eingegangenen Verpflichtungen begrüßend,

*betonend*, wie wichtig ein umfassender Ansatz zur Bewältigung der Herausforderungen in den miteinander verflochtenen Bereichen Sicherheit, Wirtschaft, Regierungsführung und Entwicklung in Afghanistan ist, und anerkennend, dass es zur Gewährleistung der Stabilität Afghanistans keine rein militärische Lösung gibt,

*bekräftigend*, dass er die Regierung und das Volk Afghanistans auch künftig dabei unterstützen wird, ihr Land wiederaufzubauen und die Grundlagen eines dauerhaften Friedens und einer konstitutionellen Demokratie zu stärken,

*unter Begrüßung* der am 5. Dezember 2011 in Bonn (Deutschland) abgehaltenen Internationalen Afghanistan-Konferenz und der Konferenzschlussfolgerungen<sup>124</sup> sowie der in Bonn abgegebenen Erklärung, wonach auf den bis Ende 2014 abzuschließenden Transitionsprozess eine Transformationsdekade (2015-2024) folgen soll,

*sowie unter Begrüßung* des Prozesses, in dessen Rahmen Afghanistan und seine regionalen und internationalen Partner langfristige strategische Partnerschafts- und sonstige Vereinbarungen eingehen, die darauf gerichtet sind, Afghanistan zu einem friedlichen, stabilen und prosperierenden Land zu machen,

*ferner unter Begrüßung* des strategischen Konsenses zwischen der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft über eine erneuerte und dauerhafte Partnerschaft für diese Transformationsdekade, die auf festen gegenseitigen Verpflichtungen beruht, unter Begrüßung der Fortschritte bei der Erfüllung der gegenseitigen Verpflichtungen, die in der Erklärung von Tokio: Partnerschaft für die Eigenständigkeit Afghanistans – von der Transition zur Transformation<sup>125</sup> über gegenseitige Rechenschaft zur Unterstützung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und einer nachhaltigen Entwicklung Afghanistans niedergelegt sind, und bekräftigend, wie wichtig es ist, dass die Regierung und die internationale Gemeinschaft weitere Anstrengungen zur Erfüllung ihrer gegenseitigen Verpflichtungen unternehmen,

*bekräftigend*, dass nachhaltige Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, Regierungsführung, Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Frauen und Kinder, Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung sowie in den übergreifenden Fragen der Suchtstoffbekämpfung, der Korruptionsbekämpfung und der Rechenschaftslegung einander verstärken und dass die im Rahmen des Transitionsprozesses vorrangig durchzuführenden Programme für Regierungsführung und Entwicklung mit den in der Erklärung von Tokio: Partnerschaft für die Eigenständigkeit Afghanistans – von der Transition zur Transformation<sup>125</sup> festgelegten Zielen und den nationalen Prioritätenprogrammen vereinbar sein sollen, und unter Begrüßung der fortlaufenden Bemühungen der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft, diese Herausforderungen im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zu bewältigen,

*in diesem Zusammenhang insbesondere in Bekräftigung seiner Unterstützung* der unter der Führungs- und Eigenverantwortung des afghanischen Volkes erfolgenden Umsetzung der in den Kommuniqués der Londoner Afghanistan-Konferenz vom 28. Januar 2010<sup>131</sup> und der Internationalen Kabuler Konferenz über Afghanistan vom 20. Juli 2010 enthaltenen Verpflichtungen sowie der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan und der Nationalen Drogenkontrollstrategie<sup>128</sup>, als Teil der umfassenden Umsetzungsstrategie, die von der Regierung Afghanistans mit Unterstützung der Region und der internationalen Gemeinschaft vorangebracht werden muss und bei der die Vereinten Nationen eine zentrale und unparteiische Koordinierungsrolle wahrnehmen, im Einklang mit dem Prozess von Kabul und entsprechend den nationalen Prioritätenprogrammen,

*betonend*, dass der Ausbau der regionalen Zusammenarbeit als wirksames Mittel zur Förderung der Sicherheit, der Stabilität und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Afghanistan von entscheidender Bedeutung ist, unter Hinweis auf die Bedeutung der Erklärung von Kabul vom 22. Dezember 2002 über gutnachbarliche Beziehungen<sup>132</sup>, in dieser Hinsicht das fortgesetzte Engagement der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung der Stabilität und der Entwicklung Afghanistans begrüßend und unter Hinweis auf die internationalen und regionalen Initiativen wie den Prozess von Istanbul über regionale Sicherheit und Zusammenarbeit für ein sicheres und stabiles Afghanistan vom 2. November 2011<sup>127</sup>, das vierseitige Gipfeltreffen Afghanistans, Pakistans, Tadschikistans und der Russischen Föderation, das dreiseitige Gipfeltreffen Afghanistans, Irans (Islamische Republik) und Pakistans, das dreiseitige Gipfeltreffen Afghanistans, Pakistans und der Türkei und das dreiseitige Gipfeltreffen Afghanistans, Pakistans und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie die Initiativen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit und des Südasiatichen Verbands für regionale Zusammenarbeit und den Prozess der Konferenz über regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Afghanistan,

*mit Lob* für das Ergebnis der im Juni 2012 in Kabul einberufenen Ministerkonferenz der Länder im Herzen Asiens, auf der Afghanistan und seine Partner in der Region ihre Entschlossenheit bekräftigten, die regionale Sicherheit und Zusammenarbeit zugunsten eines sicheren und stabilen Afghanistans zu verstärken, unter anderem durch einen intensiveren regionalen Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen, unter Begrüßung der vertrauensbildenden Maßnahmen in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Suchtstoffbekämpfung und Handels-, Wirtschafts- und Investitionschancen und in den Bereichen Bildung, Katastrophenmanagement und regionale Infrastruktur, unter Begrüßung des Vierten Ministertreffens der Länder im Herzen Asiens 2014 in Tianjin (China) und feststellend, dass der Prozess von Istanbul die von Regional-

---

<sup>131</sup> S/2011/65, Anlage II.

<sup>132</sup> S/2002/1416, Anlage.



organisationen unternommenen Anstrengungen, insbesondere soweit sie sich auf Afghanistan beziehen, nicht ersetzen, sondern ergänzen und kooperativ unterstützen soll,

*unter Begrüßung* des Ergebnisses der am 2. und 3. Mai 2012 in Genf abgehaltenen Internationalen Konferenz über die Lösungsstrategie für afghanische Flüchtlinge zur Unterstützung der freiwilligen Rückkehr, der dauerhaften Wiedereingliederung und der Hilfe für Aufnahmelande und mit Interesse der weiteren Umsetzung des gemeinsamen Kommuniqués der Konferenz entgegensehend, mit dem Ziel, durch anhaltende Unterstützung und gezielte Maßnahmen seitens der internationalen Gemeinschaft die Dauerhaftigkeit der Rückkehr zu erhöhen und die Unterstützung für die Aufnahmelande fortzusetzen,

*unter Hervorhebung* der zentralen und unparteiischen Rolle, die die Vereinten Nationen auch weiterhin bei der Förderung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan spielen werden, indem sie bei den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft die Führung übernehmen, wozu auch die gemeinsam mit der Regierung Afghanistans durchgeführte Koordinierung und Überwachung der Anstrengungen zur Durchführung des Prozesses von Kabul über den Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrat in Unterstützung der von der Regierung aufgestellten und auf der Konferenz von Tokio bekräftigten Prioritäten gehört, und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung und nachdrücklichen Unterstützung für die laufenden Anstrengungen des Generalsekretärs, seines Sonderbeauftragten für Afghanistan sowie insbesondere der Frauen und Männer der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, die unter schwierigen Bedingungen im Einsatz sind, um dem Volk Afghanistans zu helfen,

*erneut erklärend*, dass sich die Rolle der internationalen Akteure in Übereinstimmung mit dem Transitionsprozess weiter von der direkten Erbringung öffentlicher Leistungen hin zu Unterstützung und Kapazitätsaufbau für afghanische Institutionen verlagern wird, wodurch die Regierung Afghanistans in die Lage versetzt wird, ihre souveräne Autorität in all ihren Funktionen auszuüben, darunter auch die schrittweise Schließung aller regionalen Wiederaufbauteams sowie die Auflösung aller Strukturen, die die Funktionen und die Autorität der Regierung auf nationaler und subnationaler Ebene duplizieren,

*betonend*, wie wichtig ein umfassender, alle einschließender politischer Prozess in Afghanistan unter afghanischer Führung und Eigenverantwortung ist, um die Aussöhnung aller derer zu unterstützen, die dazu bereit sind, entsprechend dem Kommuniqué der Kabuler Konferenz über einen Dialog, der allen offensteht, die der Gewalt abschwören, keine Verbindungen zu internationalen terroristischen Vereinigungen, einschließlich Al-Qaidas, unterhalten, die Verfassung achten, einschließlich ihrer Menschenrechtsbestimmungen und insbesondere der Frauenrechte, und die bereit sind, sich am Aufbau eines friedlichen Afghanistans zu beteiligen, und entsprechend den weiteren Ausführungen in den von der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft unterstützten Schlussfolgerungen der Bonner Konferenz, unter voller Achtung der Durchführung der Maßnahmen und der Anwendung der Verfahren, die vom Sicherheitsrat in seinen Resolutionen 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999, 1888 (2011) vom 17. Juni 2011 und 2082 (2012) vom 17. Dezember 2012 festgelegt wurden,

*unter Hinweis* auf die von der Regierung Afghanistans auf den Konferenzen von Kabul und Tokio eingegangene Verpflichtung, den Wahlprozess in Afghanistan zu stärken und zu verbessern, einschließlich durch die langfristige Reform des Wahlsystems, um zu gewährleisten, dass künftige Wahlen transparent, glaubhaft und demokratisch sind und niemanden ausgrenzen, unter Begrüßung des Dekrets des Präsidenten vom 26. Juli 2012 und der von afghanischer Seite durchgeführten Vorbereitungen für die Präsidentschafts- und Provinzwahlwahlen 2014 und mit Interesse den Vorbereitungen für die Parlamentswahlen 2015 entgegensehend,

*bekräftigend*, dass die friedliche Zukunft Afghanistans darin liegt, einen stabilen, sicheren und wirtschaftlich tragfähigen Staat aufzubauen, in dem es keinen Terrorismus und keine Suchtstoffe gibt und der auf Rechtsstaatlichkeit, gestärkten demokratischen Institutionen, der Achtung der Gewaltenteilung, gestärkten, in der Verfassung verankerten Kontrollmechanismen und der Garantie und Durchsetzung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten beruht, und den Beitrag begrüßend, den die Internationale Kontaktgruppe für Afghanistan zu den Anstrengungen der Vereinten Nationen zur Koordinierung und Ausweitung der internationalen Unterstützung für Afghanistan leistet,

*unter erneuter Betonung* der zwischen der Regierung Afghanistans und den zur Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe beitragenden Ländern auf den Gipfeltreffen der Nordatlantikvertrags-Organisation

am 19. und 20. November 2010 in Lissabon und am 20. und 21. Mai 2012 in Chicago (Vereinigte Staaten von Amerika) erzielten Vereinbarungen, die volle Sicherheitsverantwortung in ganz Afghanistan bis Ende 2014 schrittweise an die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte zu übertragen, Kenntnis nehmend von der von der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Regierung Afghanistans am 20. November 2010 in Lissabon unterzeichneten Erklärung über eine dauerhafte Partnerschaft, in Würdigung der gemeinsamen Anstrengungen im Rahmen des Transitionsprozesses („Inteqal“) und unter Begrüßung der Fortschritte in Richtung auf den Abschluss der Übergabe der Sicherheitsverantwortung, insbesondere des am 18. Juni 2013 erreichten Meilensteins mit dem Eintritt aller Gebiete Afghanistans in den Transitionsprozess,

*unterstreichend*, wie wichtig einsatzfähige, professionelle, inklusive und tragfähige afghanische nationale Sicherheitskräfte sind, um den Sicherheitsbedarf Afghanistans zu decken und so dauerhaften Frieden und anhaltende Sicherheit und Stabilität herbeizuführen, und betonend, dass sich die internationale Gemeinschaft langfristig, über 2014 hinaus und bis in die Transformationsdekade (2015-2024) hinein, verpflichtet hat, die Weiterentwicklung, einschließlich der Ausbildung, und die Professionalisierung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte sowie die Rekrutierung und Bindung von Frauen in den afghanischen nationalen Sicherheitskräften zu unterstützen,

*unter Begrüßung* der gemeinsamen Erklärung des Gipfeltreffens von Chicago über Afghanistan, in der das langfristige Engagement über 2014 hinaus für dauerhaften Frieden und anhaltende Sicherheit und Stabilität in Afghanistan betont wird, feststellend, dass die Regierung Afghanistans und die Nordatlantikvertrags-Organisation den Beschluss gefasst haben, dass die Organisation darauf hinarbeiten wird, die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte nach 2014 weiter auszubilden, zu beraten und zu unterstützen, feststellend, dass jede neue Mission eine solide Rechtsgrundlage haben soll, wie in Ziffer 14 der Erklärung des Gipfeltreffens von Chicago festgelegt, in dieser Hinsicht unter Betonung der Wichtigkeit der Erörterungen über Afghanistan auf dem nächsten Gipfeltreffen der Organisation im September 2014 im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, im Hinblick auf die Verantwortung der Regierung Afghanistans, wie auf der Internationalen Afghanistan-Konferenz am 5. Dezember 2011 in Bonn beschlossen, dauerhaft fähige afghanische nationale Sicherheitskräfte in ausreichender Stärke zu unterhalten, die von der internationalen Gemeinschaft durch Ausbildung, Ausrüstung, Finanzierung und Kapazitätsentwicklung über das Ende des Transitionszeitraums hinaus unterstützt werden, und unter Begrüßung der in der Gemeinsamen Erklärung des Gipfeltreffens von Chicago bekräftigten weiteren finanziellen Unterstützung für die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte mit dem klaren Ziel, dass die Regierung Afghanistans spätestens 2024 die volle finanzielle Verantwortung für ihre eigenen Sicherheitskräfte übernimmt,

*sich dessen bewusst*, dass zunehmende Sicherheit mit Fortschritten bei der Regierungsführung und der Entwicklungskapazität Afghanistans einhergehen muss, in diesem Zusammenhang Kenntnis nehmend von den Zielen der Hilfsmision der Vereinten Nationen in Afghanistan und der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe, auf die auch in Resolution 2120 (2013) vom 10. Oktober 2013 hingewiesen wird, und betonend, dass sie sich nach Bedarf abstimmen und gegenseitig unterstützen müssen, unter gebührender Berücksichtigung der ihnen jeweils übertragenen Verantwortlichkeiten,

*erneut erklärend*, dass sich alle Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen im Rahmen des Landesteam-Mechanismus und des Konzepts der einheitlichen Präsenz der Vereinten Nationen und unter der Leitung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs verstärkt und in voller Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Regierung Afghanistans um mehr Kohärenz, Koordinierung und Effizienz sowie eine vollständige Ausrichtung an den von der Regierung festgelegten nationalen Prioritätenprogrammen bemühen müssen,

*unter Begrüßung* der Bemühungen der Länder, die auch weiterhin Anstrengungen im zivilen Bereich unternehmen, um der Regierung und dem Volk Afghanistans behilflich zu sein, und die internationale Gemeinschaft ermutigend, ihre Beiträge in Abstimmung mit den afghanischen Behörden und der Hilfsmision der Vereinten Nationen in Afghanistan weiter zu erhöhen, mit dem Ziel, die afghanische Führungs- und Eigenverantwortung zu stärken, wie auf der Konferenz von Tokio im Juli 2012 bekräftigt,

*unter Betonung* der Notwendigkeit, die effiziente und wirksame Bereitstellung humanitärer Hilfe weiter zu verbessern, so auch durch eine bessere Abstimmung zwischen den Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen unter der Autorität des Sonderbeauftragten und zwischen den Vereinten Nationen und anderen Gebern, besonders dort, wo sie am meisten benötigt wird, unter Begrüßung der

Einrichtung des Gemeinsamen Humanitären Fonds und die Regierung Afghanistans dabei unterstützend, bei der Koordinierung der humanitären Hilfe für die Bürger des Landes zunehmend die Führung zu übernehmen,

*betonend*, dass im Rahmen der humanitären Hilfe die humanitären Grundsätze der Menschlichkeit, der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit von allen gewahrt und geachtet werden müssen,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis* über die Sicherheitslage in Afghanistan, insbesondere über die anhaltenden gewaltsamen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas und anderer gewalttätiger und extremistischer Gruppen, illegaler bewaffneter Gruppen, Krimineller und derjenigen, die an der Herstellung unerlaubter Drogen oder dem Verkehr oder Handel damit beteiligt sind, und über die starken Verbindungen zwischen Terrorismusaktivitäten und unerlaubten Drogen, wovon Bedrohungen für die örtliche Bevölkerung, einschließlich Frauen und Kindern, die nationalen Sicherheitskräfte und das internationale Militär- und Zivilpersonal, einschließlich der humanitären Helfer und der Entwicklungshelfer, ausgehen,

*in Anbetracht* der nach wie vor besorgniserregenden Bedrohungen, die von den Taliban, Al-Qaida und anderen gewalttätigen und extremistischen Gruppen und illegalen bewaffneten Gruppen ausgehen, sowie der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen diese Bedrohungen und mit dem Ausdruck seiner ernsthaften Besorgnis über die nachteiligen Auswirkungen gewaltsamer und terroristischer Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas und anderer gewalttätiger und extremistischer Gruppen und illegaler bewaffneter Gruppen auf die Fähigkeit der Regierung Afghanistans, die Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, dem afghanischen Volk Sicherheit zu gewähren und grundlegende Dienste bereitzustellen und die Verbesserung der Lage bei den Menschenrechten und Grundfreiheiten sowie deren Schutz zu gewährleisten,

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis über die hohe Zahl von zivilen Opfern, insbesondere Frauen und Kindern, in Afghanistan, die in der zunehmend großen Mehrzahl der Fälle von den Taliban, Al-Qaida und anderen gewalttätigen und extremistischen Gruppen und illegalen bewaffneten Gruppen verursacht werden, unter Verurteilung der gezielten Tötung von Frauen und Mädchen, insbesondere von hochrangigen Amtsträgerinnen, bekräftigend, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien alle praktisch möglichen Maßnahmen treffen müssen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen, insbesondere der Frauen, Kinder und Vertriebenen, zu gewährleisten, namentlich ihren Schutz vor sexueller Gewalt und allen anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt, und dass diejenigen, die derartige Gewalthandlungen begehen, zur Rechenschaft gezogen werden müssen, mit der Aufforderung an alle Parteien, ihre Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, namentlich dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen, einzuhalten und alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, dass die Lage der Zivilbevölkerung und insbesondere in Bezug auf zivile Opfer ständig überwacht wird und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen laufend darüber Bericht erstattet wird, so auch durch die Internationale Sicherheitsbeobachtungsgruppe, Kenntnis nehmend von den Fortschritten, die die afghanischen und die internationalen Truppen dabei erzielt haben, die Zahl der zivilen Opfer möglichst gering zu halten, und Kenntnis nehmend von dem Bericht der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan vom 8. Februar 2014 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die ernste Gefahr für die Zivilbevölkerung, die von Antipersonenminen, Kampfmittelrückständen und behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen ausgeht, und unter Betonung der Notwendigkeit, den Einsatz von Waffen und Vorrichtungen zu unterlassen, die nach dem Völkerrecht verboten sind,

die internationale Gemeinschaft und die regionalen Partner dazu *ermutigend*, auch weiterhin nachhaltige Anstrengungen unter afghanischer Führung zur Bekämpfung der Drogenherstellung und des Drogenhandels wirksam zu unterstützen, unter anderem durch die Arbeitsgruppe Suchstoffbekämpfung des Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrats sowie regionale Initiativen, und in Anbetracht der von der Herstellung unerlaubter Drogen und dem Handel und Verkehr damit ausgehenden Bedrohung des Welt-

friedens und der Stabilität in verschiedenen Regionen der Welt sowie der wichtigen Rolle, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in dieser Hinsicht spielt,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über den Anstieg der Mohnproduktion, auf den im Bericht des Büros über Opium in Afghanistan (Afghanistan Opium Survey 2013) hingewiesen wird, feststellend, dass der Anbau und die Herstellung von Opium und der Opiumhandel und -konsum weiterhin schwerwiegenden Schaden im Hinblick auf die Stabilität, die Sicherheit, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und die Regierungsführung in Afghanistan sowie in der Region und auf internationaler Ebene verursachen, und betonend, welche wichtige Rolle die Vereinten Nationen bei der weiteren Überwachung der Drogensituation in Afghanistan wahrnehmen,

*betonend*, dass koordinierte regionale Anstrengungen zur Bekämpfung des Drogenproblems erforderlich sind, und in dieser Hinsicht unter Begrüßung der am 12. und 13. November 2012 in Islamabad abgehaltenen Regionalen Ministerkonferenz über Suchtstoffbekämpfung, die auf die Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit bei der Suchtstoffbekämpfung gerichtet war,

*unter Begrüßung* der laufenden Tätigkeiten innerhalb der Pariser-Pakt-Initiative<sup>129</sup>, einem der wichtigsten Rahmen im Kampf gegen Opiate aus Afghanistan, Kenntnis nehmend von der Wiener Erklärung<sup>133</sup> und betonend, dass das Ziel des Pariser Paktes darin besteht, im Rahmen eines umfassenden Ansatzes für den Frieden, die Stabilität und die Entwicklung in Afghanistan, in der Region und darüber hinaus eine breite internationale Koalition zur Bekämpfung des Handels mit unerlaubten Opiaten zu bilden,

*unter Hinweis* auf die an das Internationale Suchtstoff-Kontrollamt gerichtete Erklärung der Regierung Afghanistans, dass es in Afghanistan derzeit keine rechtlich zulässige Verwendung von Essigsäureanhydrid gibt und dass die Erzeuger- und Ausfuhrländer die Ausfuhr dieses Stoffes nach Afghanistan ohne einen Antrag der Regierung nicht genehmigen sollen<sup>134</sup>, und die Mitgliedstaaten gemäß Resolution 1817 (2008) vom 11. Juni 2008 dazu ermutigend, verstärkt mit dem Suchtstoff-Kontrollamt zusammenzuarbeiten, indem sie insbesondere die Bestimmungen des Artikels 12 des Übereinkommens der Vereinten Nationen von 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen<sup>135</sup> vollständig einhalten, und zu weiterer internationaler und regionaler Zusammenarbeit ermutigend mit dem Ziel, die Abzweigung von chemischen Ausgangsstoffen nach Afghanistan und den Handel damit zu verhüten,

*es unterstützend*, dass die Regierung Afghanistans Ammoniumnitratdünger nach wie vor verbietet, mit der nachdrücklichen Aufforderung, rasch Maßnahmen zur Umsetzung von Vorschriften für die Kontrolle aller Explosivstoffe und chemischen Ausgangsstoffe zu ergreifen und damit die Fähigkeit der Aufständischen einzuschränken, sie für behelfsmäßige Sprengvorrichtungen zu nutzen, und mit der Aufforderung an die internationale Gemeinschaft, die diesbezüglichen Anstrengungen der Regierung zu unterstützen,

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006), 1738 (2006) und 1894 (2009) über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 vom 12. Juli (2011), 2068 (2012) vom 19. September 2012 und 2143 (2014) vom 7. März 2014 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolution 2117 (2013) vom 26. September 2013 über Kleinwaffen und leichte Waffen und Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte<sup>122</sup> und den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten<sup>136</sup> sowie den Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte<sup>123</sup>,

---

<sup>133</sup> Siehe E/CN.7/2012/17.

<sup>134</sup> Siehe S/2009/235, Anlage.

<sup>135</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1582, No. 27627. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1993 II S. 1136; LGBl. 2007 Nr. 64; öBGBI. III Nr. 154/1997; AS 2006 531.

<sup>136</sup> S/2013/689.

1. *begrüßt* den Bericht des Generalsekretärs vom 7. März 2014<sup>137</sup>;
2. *bekundet* den Vereinten Nationen *seine Anerkennung* für ihre langfristige Zusage, die Regierung und das Volk Afghanistans auch über 2014 hinaus und bis in die Transformationsdekade hinein zu unterstützen, erklärt erneut seine volle Unterstützung für die Arbeit der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und betont, wie wichtig es ist, dass die Mission auch künftig mit ausreichenden Ressourcen zur Erfüllung ihres Mandats ausgestattet wird;
3. *beschließt*, das in seinen Resolutionen 1662 (2006), 1746 (2007) vom 23. März 2007, 1806 (2008) vom 20. März 2008, 1868 (2009) vom 23. März 2009, 1917 (2010) vom 22. März 2010, 1974 (2011) vom 22. März 2011, 2041 (2012) vom 22. März 2012 und 2096 (2013) und in den nachstehenden Ziffern 4 und 7 festgelegte Mandat der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan bis zum 17. März 2015 zu verlängern;
4. *stellt fest*, dass das erneuerte Mandat der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan dem Transitionsprozess voll Rechnung trägt und die volle Übernahme der Führungs- und Eigenverantwortung Afghanistans in den Bereichen Sicherheit, Regierungsführung und Entwicklung unterstützt, im Einklang mit den Vereinbarungen, die auf den Konferenzen von London, Kabul, Bonn und Tokio und auf den Gipfeltreffen von Lissabon und Chicago zwischen Afghanistan und der internationalen Gemeinschaft erzielt wurden;
5. *fordert* die Vereinten Nationen *auf*, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die nationalen Prioritätenprogramme der Regierung Afghanistans, die sich auf die Fragen der Sicherheit, der Regierungsführung, der Justiz und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erstrecken, ebenso zu unterstützen wie die volle Verwirklichung der gegenseitigen Verpflichtungen, die auf den internationalen Konferenzen zu diesen Fragen eingegangen wurden, sowie der Verpflichtungen zur weiteren Umsetzung der Nationalen Drogenkontrollstrategie<sup>128</sup>, und ersucht die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, der Regierung auf ihrem Weg zur Übernahme der vollen Führungs- und Eigenverantwortung entsprechend dem Prozess von Kabul in einer zunehmend unterstützenden Rolle behilflich zu sein;
6. *beschließt*, dass die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs im Rahmen ihres Mandats und geleitet von dem Grundsatz, die afghanische Souveränität und Führungs- und Eigenverantwortung zu stärken, weiterhin die internationalen zivilen Maßnahmen leiten und koordinieren werden, im Einklang mit den Kommuniqués der Konferenzen von London<sup>131</sup>, Kabul und Tokio und den Schlussfolgerungen der Bonner Konferenz<sup>124</sup> und mit besonderem Augenmerk auf den nachstehend dargelegten Schwerpunkten:
  - a) als Kovorsitzende des Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrats eine kohärentere Unterstützung der Prioritäten der Regierung Afghanistans in den Fragen der Entwicklung und der Regierungsführung durch die internationale Gemeinschaft zu fördern, namentlich durch die Unterstützung der laufenden Ausarbeitung und zeitlichen Abstufung der nationalen Prioritätenprogramme, die Mobilisierung von Ressourcen, die Koordinierung der internationalen Geber und Organisationen und die Steuerung der Beiträge der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen, insbesondere für die Suchstoffbekämpfungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen, und gleichzeitig die internationalen Partner für Folgemaßnahmen zu koordinieren, insbesondere durch den Austausch von Informationen, und die Anstrengungen zur Steigerung des Anteils der über die Regierung bereitgestellten Entwicklungshilfe im Einklang mit den auf den Konferenzen von Kabul und Tokio abgegebenen Zusagen und die Anstrengungen zur Steigerung der Transparenz und Wirksamkeit der Nutzung dieser Ressourcen durch die Regierung zu unterstützen;
  - b) auf Antrag der afghanischen Behörden die Organisation künftiger afghanischer Wahlen, einschließlich der Präsidentschafts- und Provinzratswahlen im Jahr 2014 und der Parlamentswahlen im Jahr 2015, zu unterstützen sowie in Unterstützung der Maßnahmen der Regierung Afghanistans die Nachhaltigkeit, Integrität und Inklusivität des Wahlprozesses, wie auf den Konferenzen von London, Kabul, Bonn und

---

<sup>137</sup> S/2014/163.

Tokio und dem Gipfeltreffen von Chicago vereinbart, zu stärken und den an diesem Prozess beteiligten afghanischen Institutionen Kapazitätsaufbau- und technische Hilfe zu gewähren;

c) Kommunikationsarbeit und Gute Dienste zu leisten, um die Regierung Afghanistans auf Antrag bei dem unter afghanischer Führung und Eigenverantwortung stehenden Friedens- und Aussöhnungsprozess zu unterstützen, namentlich bei der Durchführung des afghanischen Friedens- und Wiedereingliederungsprogramms und durch die Unterbreitung von Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen und deren Unterstützung, im Rahmen der afghanischen Verfassung und unter voller Achtung der Durchführung der Maßnahmen und der Anwendung der Verfahren, die vom Sicherheitsrat in seinen Resolutionen 1267 (1999), 1988 (2011), 1989 (2011) vom 17. Juni 2011, 2082 (2012) und 2083 (2012) vom 17. Dezember 2012 sowie in anderen einschlägigen Ratsresolutionen festgelegt wurden;

d) die regionale Zusammenarbeit zu unterstützen, um Afghanistan dabei behilflich zu sein, seine Rolle im Herzen Asiens zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit zu nutzen, um auf der Grundlage des bereits Erreichten Stabilität und Wohlstand in Afghanistan herbeizuführen;

e) mit Unterstützung des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte weiter mit der Unabhängigen Menschenrechtskommission Afghanistans zusammenzuarbeiten und ihre Kapazitäten zu stärken sowie mit der Regierung Afghanistans und den zuständigen internationalen und lokalen nichtstaatlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, um die Situation der Zivilbevölkerung zu überwachen, die Maßnahmen zur Gewährleistung ihres Schutzes zu koordinieren, Rechenschaft zu fördern und bei der vollständigen Durchführung der die Grundfreiheiten und die Menschenrechte betreffenden Bestimmungen der afghanischen Verfassung und der völkerrechtlichen Verträge, deren Vertragsstaat Afghanistan ist, behilflich zu sein, insbesondere derjenigen betreffend den vollen Genuss der Menschenrechte durch Frauen, namentlich des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau;

f) die Zusammenarbeit mit der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und dem Hohen Zivilen Beauftragten der NATO auf allen Ebenen und im ganzen Land zur Unterstützung der Transition zu voller afghanischer Führungs- und Eigenverantwortung, wie auf der Kabuler und Londoner Konferenz und den Gipfeltreffen von Lissabon und Chicago vereinbart, in einer nachhaltigen Weise, die den Schutz und die Förderung der Rechte aller Afghanen gewährleistet, fortzusetzen, um die zivil-militärische Koordinierung zu optimieren, im Einklang mit ihren bestehenden Mandaten, den frühzeitigen Austausch von Informationen zu erleichtern und die Kohärenz der Tätigkeiten der nationalen und internationalen Sicherheitskräfte und der zivilen Akteure zur Unterstützung eines Entwicklungs- und Stabilisierungsprozesses unter afghanischer Führung zu gewährleisten, unter anderem durch Zusammenarbeit mit den regionalen Wiederaufbau-teams und den nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere durch ihre Mitwirkung als Beobachter im Gemeinsamen Ausschuss Afghanistans und der Nordatlantikvertrags-Organisation für den Transitionsprozess („Inteqal“);

7. *bekräftigt*, dass die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und der Sonderbeauftragte sich verstärkt darum bemühen werden, mehr Kohärenz, Koordinierung und Effizienz unter den zuständigen Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen in Afghanistan herbeizuführen, um größtmögliche kollektive Wirksamkeit in vollem Einklang mit den von der Regierung Afghanistans festgelegten nationalen Prioritätenprogrammen zu erlangen, und dass sie auch weiterhin die internationalen zivilen Maßnahmen leiten werden, die insbesondere darauf ausgerichtet sind, die afghanischen Institutionen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben in den nachstehenden Schwerpunktbereichen zu befähigen und ihre Rolle dabei zu stärken:

a) durch eine angemessene Präsenz der Mission, die in voller Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Regierung Afghanistans festzulegen ist, und in Unterstützung der Bemühungen der Regierung die Durchführung des Prozesses von Kabul im ganzen Land zu fördern, so auch durch verstärkte Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, und die Einbeziehung in die Regierungspolitik wie auch deren Verständnis zu erleichtern;

b) die Regierung Afghanistans bei den Anstrengungen zu unterstützen, die sie in Erfüllung ihrer auf den Konferenzen von London, Kabul, Bonn und Tokio abgegebenen Zusagen unternimmt, um die Regierungsführung zu verbessern und die Rechtsstaatlichkeit, einschließlich der Unrechtsaufarbeitung, den Haushaltsvollzug und die Bekämpfung der Korruption im ganzen Land zu stärken, im Einklang mit dem

Prozess von Kabul und der Rahmenvereinbarung von Tokio über gegenseitige Rechenschaft<sup>126</sup>, mit dem Ziel, dazu beizutragen, dass frühzeitig und auf nachhaltige Weise die Früchte des Friedens zum Tragen kommen und öffentliche Leistungen erbracht werden;

c) die Erbringung humanitärer Hilfe insbesondere auch in Unterstützung der Regierung Afghanistans und im Einklang mit humanitären Grundsätzen zu koordinieren und zu erleichtern, mit dem Ziel, die Kapazitäten der Regierung aufzubauen, damit sie künftig die zentrale Koordinierungsrolle übernehmen kann, namentlich durch die wirksame Unterstützung der nationalen und lokalen Behörden bei der Gewährung von Hilfe und Schutz für Binnenvertriebene und bei der Schaffung von Bedingungen, die der freiwilligen, sicheren, würdevollen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge aus den Nachbar- und anderen Ländern und der Binnenvertriebenen förderlich sind;

8. *fordert* alle afghanischen und internationalen Parteien *auf*, sich mit der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan bei der Erfüllung ihres Mandats und bei den Anstrengungen zur Förderung der Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals im gesamten Land abzustimmen;

9. *erklärt erneut*, dass die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen gewährleistet werden muss und dass er die vom Generalsekretär in dieser Hinsicht bereits ergriffenen Maßnahmen unterstützt;

10. *betont*, wie entscheidend wichtig eine anhaltende Präsenz der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und anderer Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen in den Provinzen ist, die in Übereinstimmung mit dem Transitionsprozess die Regierung Afghanistans unterstützt und mit ihr zusammenarbeitet, den Bedürfnissen entspricht und für Sicherheit sorgt, entsprechend dem Ziel der Wirksamkeit der Vereinten Nationen insgesamt, und unterstützt nachdrücklich die Autorität des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs bei der Koordinierung aller Tätigkeiten der Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen in Afghanistan auf der Grundlage der einheitlichen Präsenz der Vereinten Nationen;

11. *legt* dem Generalsekretär *nahe*, seine derzeitigen Bemühungen fortzusetzen und die notwendigen Maßnahmen zur Behebung der mit der Präsenz der Vereinten Nationen verbundenen Sicherheitsprobleme zu veranlassen, und befürwortet während des laufenden Transitionsprozesses und darüber hinaus insbesondere eine sorgfältige Abstimmung mit den afghanischen nationalen Sicherheitskräften, die nach Bedarf von der Sicherheitsbeistandstruppe unterstützt werden;

12. *unterstreicht*, wie wichtig eine nachhaltige demokratische Entwicklung in Afghanistan ist, bei der alle afghanischen Institutionen im Rahmen ihrer klar abgesteckten Zuständigkeitsbereiche im Einklang mit den einschlägigen Rechtsvorschriften und der afghanischen Verfassung handeln, begrüßt in dieser Hinsicht die auf der Kabuler Konferenz abgegebene und auf den Konferenzen von Bonn und Tokio bekräftigte Zusage der Regierung Afghanistans, weitere Verbesserungen für den Wahlprozess herbeizuführen, einschließlich der Behandlung der Frage der Nachhaltigkeit des Wahlprozesses, bekräftigt unter Berücksichtigung der auf den Konferenzen von London, Kabul, Bonn und Tokio eingegangenen Verpflichtungen der internationalen Gemeinschaft und der Regierung, dass der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan eine Rolle dabei zukommt, die Einlösung dieser Verpflichtungen auf Ersuchen der Regierung zu unterstützen, ersucht die Mission, den zuständigen afghanischen Institutionen auf Ersuchen der Regierung Hilfe zur Unterstützung der Integrität und Inklusivität des Wahlprozesses bereitzustellen, einschließlich Maßnahmen zur Ermöglichung der vollen und sicheren Mitwirkung von Frauen, begrüßt die Teilnahme von Frauen an dem Wahlprozess als Kandidatinnen, eingetragene Wählerinnen und Wahlkämpferinnen und fordert ferner die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft auf, nach Bedarf Hilfe zu gewähren;

13. *begrüßt* die anhaltenden Anstrengungen der Regierung Afghanistans, den Friedens- und Aussöhnungsprozess voranzubringen, namentlich durch den Hohen Friedensrat und die Durchführung des afghanischen Friedens- und Wiedereingliederungsprogramms, um einen inklusiven Dialog unter afghanischer Führung und Eigenverantwortung über Aussöhnung und politische Partizipation zu fördern, entsprechend dem Kommuniqué der Kabuler Konferenz über einen Dialog, der allen offensteht, die der Gewalt abschwören, keine Verbindungen zu internationalen terroristischen Vereinigungen, einschließlich Al-Qaidas, unterhalten, die Verfassung achten, einschließlich ihrer Menschenrechtsbestimmungen und insbesondere der Frauenrechte, und die bereit sind, sich am Aufbau eines friedlichen Afghanistans zu beteiligen, wie in den

Grundsätzen und Ergebnissen der Schlussfolgerungen der Bonner Konferenz weiter ausgeführt, und legt der Regierung nahe, von den Guten Diensten der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan Gebrauch zu machen, um diesen Prozess nach Bedarf und unter voller Achtung der Durchführung der vom Sicherheitsrat in seinen Resolutionen 1267 (1999), 1988 (2011) und 2082 (2012) eingeführten Maßnahmen und Verfahren sowie der sonstigen einschlägigen Resolutionen des Rates zu unterstützen;

14. *begrüßt außerdem* die von der Regierung Afghanistans ergriffenen Maßnahmen, legt ihr nahe, auch weiterhin die Beteiligung von Frauen, Minderheiten und der Zivilgesellschaft an Kommunikationsarbeit, Konsultationsverfahren und Entscheidungsprozessen zu erhöhen, erinnert daran, dass Frauen eine entscheidende Rolle im Friedensprozess spielen, wie in Resolution 1325 (2000) des Rates und damit zusammenhängenden Resolutionen anerkannt wird, erklärt daher erneut, dass Frauen an allen Phasen von Friedensprozessen voll, gleichberechtigt und wirksam mitwirken müssen, und fordert nachdrücklich ihre Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung von Postkonfliktstrategien, damit ihren Perspektiven und Bedürfnissen Rechnung getragen wird, wie in den Konferenzen von Bonn und Tokio bekräftigt;

15. *verweist* auf die Einsetzung des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1988 (2011) und seine Methoden und Verfahren, einschließlich der in Resolution 2082 (2012) eingeführten neuen Verfahren zur Erleichterung und Beschleunigung von Anträgen auf Ausnahmen vom Reiseverbot in Unterstützung des Friedens- und Aussöhnungsprozesses, begrüßt in diesem Kontext, dass die Regierung Afghanistans, der Hohe Friedensrat und die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan mit dem Ausschuss zusammenarbeiten, indem sie ihm insbesondere sachdienliche Informationen zur Aktualisierung der Liste nach Resolution 1988 (2011) des Sicherheitsrats bereitstellen und entsprechend den in Resolution 2082 (2012) aufgeführten Kriterien für die Aufnahme in die Liste mit den Taliban verbundene Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen benennen, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohen, stellt fest, dass zu den Mitteln der Finanzierung oder Unterstützung dieser Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen unter anderem die Erträge aus dem unerlaubten Anbau und der unerlaubten Gewinnung von Suchtstoffen und dem unerlaubten Verkehr mit solchen Stoffen aus und über Afghanistan, und dem Schmuggel von Ausgangsstoffen nach Afghanistan, gehören, und ermutigt zur Fortsetzung der genannten Zusammenarbeit;

16. *betont* die Rolle, die der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan dabei zukommt, auf Ersuchen der Regierung Afghanistans den inklusiven Friedens- und Aussöhnungsprozess unter afghanischer Führung und Eigenverantwortung, einschließlich des afghanischen Friedens- und Wiedereingliederungsprogramms, zu unterstützen und gleichzeitig, unter anderem in Zusammenarbeit mit der Unabhängigen Menschenrechtskommission Afghanistans, dessen menschenrechtliche und geschlechtsspezifische Auswirkungen, einschließlich der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte, zu bewerten, und ermutigt die internationale Gemeinschaft, der Regierung bei ihren diesbezüglichen Anstrengungen behilflich zu sein, unter anderem indem sie den Treuhandfonds für Frieden und Wiedereingliederung weiter unterstützt;

17. *bekräftigt* seine Unterstützung für die laufenden regionalen Anstrengungen unter afghanischer Führung im Rahmen des Prozesses von Istanbul über regionale Sicherheit und Zusammenarbeit für ein sicheres und stabiles Afghanistan vom 2. November 2011<sup>127</sup>, sieht der nächsten Ministerkonferenz, die 2014 in Tianjin (China) abgehalten werden soll, mit Interesse entgegen, fordert Afghanistan und seine Partner in der Region auf, die Dynamik aufrechtzuerhalten und sich weiter im Rahmen des Prozesses von Istanbul um eine Stärkung des Dialogs und des Vertrauens in der Region zu bemühen, und stellt fest, dass der Prozess von Istanbul die Anstrengungen der Regionalorganisationen, insbesondere soweit sie sich auf Afghanistan beziehen, nicht ersetzen, sondern ergänzen und kooperativ unterstützen soll;

18. *begrüßt* die laufenden Anstrengungen der Regierung Afghanistans, ihrer Partner in den Nachbarländern und in der Region sowie der internationalen Organisationen, namentlich der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit, das gegenseitige Vertrauen und die Zusammenarbeit untereinander zu fördern, sowie die jüngsten von den betroffenen Ländern und den Regionalorganisationen entwickelten Kooperationsinitiativen, namentlich die dreiseitigen und vierseitigen Gipfeltreffen und die Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und des Südasiatischen Verbands für regionale Zusammenarbeit;

19. *fordert* eine Verstärkung des Prozesses der regionalen Zusammenarbeit, darunter Maßnahmen zur Erleichterung des regionalen Handels und Transits, insbesondere durch regionale und bilaterale Transit-



handelsabkommen, eine erweiterte konsularische Zusammenarbeit bei der Ausstellung von Visa und die Erleichterung von Geschäftsreisen, zur Erweiterung des Handels, zur Erhöhung der Auslandsinvestitionen und zum Aufbau der Infrastruktur, insbesondere der infrastrukturellen Anbindung, der Energieversorgung, des Verkehrs und des integrierten Grenzmanagements, mit dem Ziel, die Rolle Afghanistans bei der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu stärken und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Afghanistan zu fördern;

20. *betont* in dieser Hinsicht, wie wichtig es ist, die lokalen und regionalen Verkehrsnetze zu stärken, durch die die Verkehrsanbindung im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung, Stabilität und Eigenständigkeit gefördert wird, insbesondere die Fertigstellung und Erhaltung der lokalen Eisenbahn- und Landrouten, die Entwicklung regionaler Projekte zur Förderung einer weiteren Anbindung und die Verbesserung der Kapazitäten im Bereich der internationalen Zivilluftfahrt;

21. *bekräftigt* die zentrale Rolle des Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrats bei der Koordinierung, Erleichterung und Überwachung der Umsetzung der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan und der nationalen Prioritätenprogramme und fordert alle maßgeblichen Akteure auf, mit dem Koordinierungs- und Überwachungsrat in dieser Hinsicht verstärkt zusammenzuarbeiten, um seine Effizienz weiter zu verbessern;

22. *fordert* die internationalen Geber und Organisationen und die Regierung Afghanistans *auf*, den Verpflichtungen nachzukommen, die sie auf der Konferenz von Tokio und früheren internationalen Konferenzen eingegangen sind, und erklärt erneut, wie wichtig weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Koordinierung und Wirksamkeit der Hilfe sind, namentlich durch die Gewährleistung von Transparenz, die Bekämpfung der Korruption und den Ausbau der Kapazitäten der Regierung zur Koordinierung der Hilfe;

23. *fordert* die Regierung Afghanistans *auf*, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, namentlich der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe und der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“, im Einklang mit den ihnen jeweils zugewiesenen und sich verändernden Verantwortlichkeiten, auch weiterhin gegen die Bedrohung der Sicherheit und Stabilität Afghanistans vorzugehen, die von den Taliban, Al-Qaida und anderen gewalttätigen und extremistischen Gruppen, illegalen bewaffneten Gruppen, Kriminellen und denjenigen, die an der Herstellung unerlaubter Drogen oder dem Verkehr oder Handel damit beteiligt sind, ausgeht;

24. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, die Funktionsfähigkeit, die Professionalität und die Rechenschaftspflicht des afghanischen Sicherheitssektors innerhalb eines umfassenden Rahmens durch geeignete Überprüfungsverfahren und Maßnahmen in den Bereichen Ausbildung, einschließlich über Kinderrechte, Mentoring, Ausrüstung und Ermächtigung, für Frauen wie auch für Männer, zu steigern, um raschere Fortschritte in Richtung auf das Ziel eigenständiger, ethnisch ausgewogener und Frauen einschließender afghanischer Sicherheitskräfte zu erzielen, die für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit im gesamten Land sorgen, und betont, wie wichtig ein langfristiges Engagement der internationalen Gemeinschaft über 2014 hinaus ist, um sicherzustellen, dass die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte einsatzfähig, professionell und tragfähig sind;

25. *begrüßt* in diesem Zusammenhang die anhaltenden Fortschritte beim Aufbau der Afghanischen Nationalarmee und die Verbesserung ihrer Fähigkeiten zur Einsatzplanung und -durchführung und ermutigt zu anhaltenden Ausbildungsanstrengungen, unter anderem durch den Beitrag von Ausbildern, Ressourcen und Beratungsteams im Rahmen der Ausbildungsmission der Nordatlantikvertrags-Organisation in Afghanistan, und Beratung bei der Entwicklung eines dauerhaft angelegten Prozesses für die Verteidigungsplanung sowie Hilfe bei den Initiativen zur Reform des Verteidigungssektors;

26. *nimmt Kenntnis* von den laufenden Anstrengungen der afghanischen Behörden zum Ausbau der Fähigkeiten der Afghanischen Nationalpolizei, fordert weitere auf dieses Ziel gerichtete Anstrengungen, betont in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit internationaler Hilfe in Form von finanzieller Unterstützung und der Bereitstellung von Ausbildern und Mentoren, einschließlich des Beitrags der Ausbildungsmission der Nordatlantikvertrags-Organisation in Afghanistan, des Beitrags der Europäischen Gendarmerietruppe zu dieser Mission und des Beitrags der Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan sowie des Deutschen Polizei-Projekt-Teams, stellt fest, wie wichtig eine fähige Polizei in ausreichender Stärke für die langfristige Sicherheit Afghanistans ist, begrüßt die Zehnjahresvision für das Innenministerium und die

Afghanische Nationalpolizei, einschließlich der Verpflichtung, eine wirksame Strategie zur Koordinierung einer verstärkten Rekrutierung, Bindung, Ausbildung und Kapazitätsentwicklung von Frauen in der Afghanischen Nationalpolizei sowie zur Förderung der Umsetzung ihrer Strategie zur Integration einer Gleichstellungsperspektive zu entwickeln, und begrüßt die fortgesetzte Unterstützung der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan für Polizistinnenvereinigungen;

27. *begrüßt* die von der Regierung Afghanistans erzielten Fortschritte bei der Durchführung des Programms zur Auflösung illegaler bewaffneter Gruppen und seine Integration in das afghanische Friedens- und Wiedereingliederungsprogramm und fordert eine Beschleunigung und Harmonisierung der Bemühungen um weitere Fortschritte mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft;

28. *verurteilt auf das Entschiedenste* alle auf Zivilpersonen sowie auf afghanische und internationale Truppen verübten Angriffe, namentlich Anschläge mit behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen, Selbstmordanschläge, Morde und Entführungen, sowie deren schädliche Auswirkungen auf die Stabilisierungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen in Afghanistan und verurteilt ferner die Benutzung von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde durch die Taliban und andere extremistische Gruppen;

29. *vermerkt mit Besorgnis* das nach wie vor häufige Vorkommen von Angriffen auf humanitäre Helfer und Entwicklungshelfer, insbesondere auch Gesundheitspersonal, und medizinische Transporte und Einrichtungen, verurteilt diese Angriffe auf das Entschiedenste, betont, dass die Angriffe die Hilfsmaßnahmen für das Volk Afghanistans behindern, und fordert alle Parteien auf, für den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang aller humanitären Akteure, einschließlich des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals, Sorge zu tragen und das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Nothilfe voll einzuhalten;

30. *begrüßt* die bislang erzielten Fortschritte bei der Durchführung des Antiminenprogramms für Afghanistan, ermutigt die Regierung Afghanistans, mit Unterstützung der Vereinten Nationen und aller maßgeblichen Akteure ihre Anstrengungen zur Räumung und Zerstörung von Antipersonenminen, Panzerabwehrminen und explosiven Kampfmittelrückständen fortzusetzen, um die Bedrohungen für das menschliche Leben und für den Frieden und die Sicherheit in dem Land zu verringern, und erklärt, dass für die Betreuung, die Rehabilitation und die wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung der Opfer, darunter Menschen mit Behinderungen, Hilfe gewährt werden muss;

31. *erkennt* die Fortschritte *an*, die die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe und andere internationale Truppen dabei erzielt haben, das Risiko ziviler Opfer auf ein Mindestmaß zu beschränken, nimmt Kenntnis von dem Bericht der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan vom 8. Februar 2014 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und fordert sie auf, in dieser Hinsicht weiter robuste Anstrengungen zu unternehmen, namentlich durch die laufende Überprüfung der Taktiken und Verfahren und die Durchführung von Einsatzauswertungen und von Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der Regierung Afghanistans in Fällen, in denen zivile Opfer zu verzeichnen sind, wenn die Regierung diese gemeinsamen Untersuchungen für angemessen befindet;

32. *bekundet seine große Besorgnis* über die Einziehung und den Einsatz von Kindern durch die Taliban, Al-Qaida und andere gewalttätige und extremistische Gruppen in Afghanistan sowie über die Tötung und Verstümmelung von Kindern infolge des Konflikts, verurteilt erneut auf das Entschiedenste die Einziehung und den Einsatz von Kindersoldaten unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht sowie alle sonstigen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen gegen Kinder in Situationen bewaffneter Konflikts, insbesondere Angriffe auf Schulen, Bildungs- und Gesundheitsversorgungseinrichtungen, darunter die Inbrandsetzung und Zwangsschließung von Schulen sowie die Einschüchterung, Entführung und Tötung von Lehrpersonal, insbesondere die gegen die Bildung von Mädchen gerichteten Angriffe illegaler bewaffneter Gruppen, einschließlich der Taliban, wobei er in diesem Zusammenhang feststellt, dass die Taliban auf der Liste in Anhang I des Berichts des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte<sup>122</sup> stehen, und den Einsatz von Kindern bei Selbstmordanschlägen, und fordert, dass die Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden;

33. *betont* in diesem Zusammenhang, wie wichtig die Durchführung der Resolution 1612 (2005) Rates über Kinder und bewaffnete Konflikte und späterer Resolutionen ist, unterstützt den Erlass des Innenministers vom 6. Juli 2011, in dem die Entschlossenheit der Regierung Afghanistans bekräftigt wird,

Verletzungen der Rechte des Kindes zu verhüten, begrüßt die Fortschritte, die bei der Umsetzung des im Januar 2011 unterzeichneten Aktionsplans und seines Anhangs über die mit den afghanischen nationalen Sicherheitskräften verbundenen Kinder erzielt worden sind, insbesondere die Einsetzung des afghanischen Interministeriellen Lenkungsausschusses für Kinder und bewaffnete Konflikte und eines Kinderschutzkoordinators und den von der Regierung gebilligten Fahrplan zur Beschleunigung der Einhaltung des Aktionsplans, fordert die volle Umsetzung der Bestimmungen des Planes in enger Zusammenarbeit mit der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan und ersucht den Generalsekretär, den Aktivitäten und Kapazitäten der Mission auf dem Gebiet des Kinderschutzes auch weiterhin Vorrang einzuräumen und das Thema Kinder und bewaffnete Konflikte in dem Land im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats auch weiterhin in seine künftigen Berichte aufzunehmen;

34. *ist nach wie vor besorgt* über den schwerwiegenden Schaden, den der Anbau und die Erzeugung von Opium und der Opiumhandel und -konsum weiterhin im Hinblick auf die Sicherheit, die Entwicklung und die Regierungsführung in Afghanistan sowie in der Region und auf internationaler Ebene verursachen, nimmt Kenntnis von dem im November 2013 veröffentlichten Bericht des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung über Opium in Afghanistan (Afghanistan Opium Survey 2013), fordert die Regierung Afghanistans auf, die Umsetzung der Nationalen Drogenkontrollstrategie mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu beschleunigen, namentlich durch Programme für alternative Möglichkeiten der Existenzsicherung, und die Suchtstoffbekämpfung in alle nationalen Programme zu integrieren, ermutigt die internationale Gemeinschaft, zusätzliche Unterstützung für die in der Strategie genannten vier Prioritätsbereiche zu gewähren, und würdigt die Unterstützung, die das Büro der Dreiecksinitiative und dem Zentralasiatischen regionalen Informations- und Koordinierungszentrum im Rahmen der Pariser-Pakt-Initiative<sup>129</sup>, der Regenbogenstrategie und seines Regionalprogramms für Afghanistan und die Nachbarländer gewährt, sowie den Beitrag der Polizeiakademie von Domodedowo (Russische Föderation);

35. *begrüßt* die fortgesetzten Anstrengungen, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung unternimmt, um die Umsetzung der afghanischen Nationalen Drogenkontrollstrategie unter der Führung des afghanischen Ministeriums für Suchtstoffbekämpfung zu ermöglichen, unter anderem über den Überwachungsmechanismus des Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrats für die Suchtstoffbekämpfung;

36. *fordert* die Staaten auf, die internationale und regionale Zusammenarbeit beim Vorgehen gegen die Bedrohung, die der internationalen Gemeinschaft aus der Herstellung von aus Afghanistan stammenden unerlaubten Drogen, dem Handel damit und ihrem Konsum erwächst, zu verstärken, mit dem Ziel der schrittweisen Beseitigung dieser Bedrohung und nach dem Grundsatz der gemeinsamen und geteilten Verantwortung für die Bekämpfung des Drogenproblems Afghanistans, namentlich durch die Stärkung der Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden und der Zusammenarbeit im Kampf gegen den Handel mit unerlaubten Drogen und chemischen Ausgangsstoffen sowie gegen die mit diesem Handel verbundene Geldwäsche und Korruption, und fordert die vollständige Durchführung seiner Resolution 1817 (2008);

37. *würdigt* die Arbeiten im Rahmen der Pariser-Pakt-Initiative und ihres Paris-Moskau-Prozesses zur Bekämpfung der Herstellung von Opium und Heroin aus Afghanistan, des Handels damit und ihres Konsums, zur Beseitigung des Mohnanbaus, der Drogenlabors und der Drogenvorräte und zum Abfangen von Drogenkonvois, unterstreicht, wie wichtig die Zusammenarbeit beim Grenzmanagement ist, und begrüßt die verstärkte diesbezügliche Zusammenarbeit der zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit;

38. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, dass alle maßgeblichen afghanischen Institutionen und sonstigen Akteure das nationale Prioritätenprogramm „Recht und Gerechtigkeit für alle“ abschließen, um die Errichtung eines fairen und transparenten Justizsystems zu beschleunigen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und zur Festigung der Rechtsstaatlichkeit im ganzen Land beizutragen;

39. *betont* in diesem Zusammenhang, wie wichtig weitere Fortschritte beim Wiederaufbau und der Reform des Strafvollzugswesens in Afghanistan sind, um die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in den Gefängnissen zu verbessern, betont, wie wichtig es ist, den Zugang der jeweils zuständigen Organisationen zu allen Gefängnissen und Hafteinrichtungen in Afghanistan sicherzustellen, fordert die volle Achtung des einschlägigen Völkerrechts, namentlich des humanitären Rechts und der Menschen-

rechtsnormen, und verweist auf die Empfehlungen, die in dem Bericht der Hilfsmission vom 20. Januar 2013 enthalten sind, und die Einsetzung einer Kommission, die die Feststellungen des Berichts prüfen soll, durch die Regierung Afghanistans;

40. *nimmt mit großer Besorgnis Kenntnis* von den Auswirkungen der Korruption auf die Sicherheit, eine gute Regierungsführung, die Suchtstoffbekämpfung und die wirtschaftliche Entwicklung, begrüßt die von der Regierung Afghanistans auf der Konferenz von Tokio eingegangenen und in der Rahmenvereinbarung von Tokio über gegenseitige Rechenschaft bekräftigten Verpflichtungen zur Korruptionsbekämpfung, begrüßt die diesbezüglichen Anstrengungen der Regierung, darunter das im Juli 2012 erlassene Dekret des Präsidenten, fordert die Regierung auf, kontinuierliche Maßnahmen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen durchzuführen, um eine wirksamere, rechenschaftspflichtigere und transparentere Verwaltung auf der nationalen, Provinz- und Ortsebene einzurichten, und begrüßt außerdem die weitere internationale Unterstützung für die Ziele Afghanistans auf dem Gebiet der Regierungsführung;

41. *legt* allen afghanischen Institutionen, einschließlich der Exekutive und der Legislative, *nahe*, in einem Geist der Zusammenarbeit zu wirken, erkennt die fortgesetzten Anstrengungen der Regierung Afghanistans an, die Gesetzgebung und die öffentliche Verwaltung zu reformieren, um gegen Korruption vorzugehen und eine gute Regierungsführung zu gewährleisten, wie auf der Bonner Konferenz vereinbart, mit voller Vertretung aller afghanischen Frauen und Männer und Rechenschaftspflicht auf nationaler wie auf subnationaler Ebene, begrüßt das im Juli 2012 erlassene Dekret des Präsidenten, unterstreicht, dass es weiterer internationaler Anstrengungen zur Bereitstellung entsprechender technischer Hilfe bedarf, erkennt die diesbezüglichen Anstrengungen der Regierung an und erklärt erneut, wie wichtig die vollständige, abgestufte, frühzeitige und koordinierte Umsetzung des nationalen Prioritätenprogramms „Nationale Transparenz und Rechenschaft“ ist;

42. *fordert* die volle Achtung und den Schutz aller Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich derjenigen von Menschenrechtsverteidigern, und des humanitären Völkerrechts in ganz Afghanistan, begrüßt die Zunahme freier Medien in Afghanistan, nimmt jedoch mit Besorgnis Kenntnis von den anhaltenden Einschränkungen der Medienfreiheit und den Angriffen auf Journalisten durch terroristische sowie extremistische und kriminelle Gruppen, lobt die Unabhängige Menschenrechtskommission Afghanistans für ihre mutigen Anstrengungen zur Überwachung der Achtung der Menschenrechte in Afghanistan sowie zur Förderung und zum Schutz dieser Rechte und zur Förderung des Entstehens einer pluralistischen Zivilgesellschaft, betont, wie wichtig es ist, dass alle maßgeblichen Akteure mit der Kommission uneingeschränkt zusammenarbeiten und die Unabhängigkeit dieser Akteure und ihre Sicherheit gewährleistet wird, und unterstützt ein breites Engagement aller staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft zur Einlösung der gegenseitigen Zusagen, einschließlich der Zusage, ausreichende öffentliche Mittel für die Kommission bereitzustellen, betont erneut die wichtige Rolle der Kommission und unterstützt die Bemühungen der Kommission, ihre institutionelle Kapazität und Unabhängigkeit im Rahmen der afghanischen Verfassung zu stärken;

43. *ist sich dessen bewusst*, dass trotz der bei der Gleichstellung der Geschlechter erzielten Fortschritte verstärkte Anstrengungen, namentlich in Bezug auf messbare und maßnahmenorientierte Ziele, erforderlich sind, um die Rechte und die volle Teilhabe der Frauen und Mädchen zu gewährleisten und sicherzustellen, dass alle Frauen und Mädchen in Afghanistan vor Gewalt und Missbrauch geschützt sind, dass diejenigen, die derartige Gewalt- und Missbrauchshandlungen begehen, zur Rechenschaft gezogen werden und dass Frauen und Mädchen den gleichen Schutz durch das Gesetz und gleichberechtigten Zugang zur Justiz genießen, betont, wie wichtig es ist, dass auch weiterhin ein ausreichender gesetzlicher Schutz für Frauen besteht, verurteilt nachdrücklich die Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen, insbesondere Gewalt mit dem Ziel, Mädchen vom Schulbesuch abzuhalten, betont, wie wichtig es ist, die Resolutionen 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009), 1889 (2009), 1960 (2010), 2106 (2013) und 2122 (2013) durchzuführen, verweist auf die darin enthaltenen Verpflichtungen zur durchgängigen Berücksichtigung dieser Fragen und betont, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass Frauen, die häuslicher Gewalt entfliehen, eine sichere Zuflucht finden können;

44. *begrüßt* die von der Regierung Afghanistans eingegangene Verpflichtung, die Mitwirkung von Frauen in allen afghanischen Lenkungsinstitutionen, einschließlich der gewählten und ernannten Gremien und des öffentlichen Dienstes, zu stärken, nimmt Kenntnis von den diesbezüglichen Fortschritten, begrüßt

ihre fortgesetzten Anstrengungen zum Schutz und zur Förderung der vollen Mitwirkung von Frauen am Wahlprozess, unterstützt die Anstrengungen zur Beschleunigung der vollen Durchführung des Nationalen Aktionsplans für Frauen in Afghanistan, zur Integration der darin enthaltenen Zielvorgaben in die nationalen Prioritätenprogramme und zur Ausarbeitung einer Strategie mit dem Ziel, das Gesetz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen vollständig umzusetzen, wozu auch Opferhilfe und der Zugang zur Justiz gehört, erinnert daran, dass die Förderung und der Schutz der Rechte der Frauen ein fester Bestandteil von Frieden, Wiedereingliederung und Aussöhnung sind, erinnert daran, dass Frauen eine entscheidende Rolle im Friedensprozess spielen, begrüßt die von der Regierung eingegangene Verpflichtung zur Erarbeitung, Umsetzung und Überwachung des Nationalen Aktionsplans für Frauen, Frieden und Sicherheit und zur Ermittlung weiterer Möglichkeiten zur Unterstützung der Beteiligung von Frauen am Friedens- und Aussöhnungsprozess unter afghanischer Führung und Eigenverantwortung, nimmt Kenntnis von dem Bericht der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan über die Umsetzung des Gesetzes zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen in Afghanistan, stellt fest, wie wichtig die volle Umsetzung des Gesetzes ist, und ersucht den Generalsekretär, in seine Berichte an den Sicherheitsrat auch künftig einschlägige Informationen über den Prozess der Integration der Frauen in das politische, wirtschaftliche und soziale Leben Afghanistans aufzunehmen;

45. *anerkennt* die Wichtigkeit der freiwilligen, sicheren und geordneten Rückkehr und der dauerhaften Wiedereingliederung der verbleibenden afghanischen Flüchtlinge für die Stabilität des Landes und der Region und ruft zur Fortsetzung und Ausweitung der diesbezüglichen internationalen Hilfe auf;

46. *bekräftigt* die Wichtigkeit der freiwilligen, sicheren und geordneten Rückkehr und dauerhaften Wiedereingliederung der Binnenvertriebenen und begrüßt die Aufnahme Afghanistans als Pilotland in die Initiative des Generalsekretärs für dauerhafte Lösungen und die bei der Erarbeitung einer Binnenvertriebenenpolitik für Afghanistan erzielten Fortschritte;

47. *stellt fest*, dass die Aufnahmefähigkeit Afghanistans hinsichtlich der vollen Rehabilitation und Wiedereingliederung der noch verbleibenden afghanischen Flüchtlinge und Binnenvertriebenen mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft weiter gestärkt werden muss;

48. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat alle drei Monate über die Entwicklungen in Afghanistan Bericht zu erstatten und in seine Berichte eine Evaluierung der Fortschritte anhand der Kriterien für die Messung und Verfolgung der Fortschritte bei der Erfüllung des Mandats der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, auch auf subnationaler Ebene, und ihrer in dieser Resolution genannten Prioritäten aufzunehmen;

49. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7139. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7208. Sitzung am 25. Juni 2014 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Afghanistans, Deutschlands, Indiens, Italiens, Japans, Kanadas, Kirgisistans, Lettlands, Pakistans, Spaniens und der Türkei gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Afghanistan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (S/2014/420)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Ján Kubiš, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Afghanistan und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, der per Videokonferenz an der Sitzung teilnahm, und Herrn Yury Fedotov, den Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Ioannis Vrailas, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>138</sup>:

Der Sicherheitsrat begrüßt die Abhaltung der zweiten Runde der afghanischen Präsidentschaftswahlen am 14. Juni 2014 und verweist erneut auf die Bedeutung dieser historischen Wahlen für die Transition und die demokratische Entwicklung Afghanistans. Er würdigt das afghanische Volk für seine Beteiligung und den Mut, mit dem es trotz der Bedrohungen und Einschüchterungen durch die Taliban und andere gewalttätige extremistische und terroristische Gruppen an der Stimmabgabe teilgenommen hat. Er würdigt ferner die Beteiligung der afghanischen Frauen an dem Wahlprozess und unterstreicht ihre Schlüsselrolle bei der Herbeiführung von Frieden, Demokratie und Stabilität unter afghanischer Führung.

Der Rat nimmt die Anstrengungen des afghanischen Volkes zur Vorbereitung und Abhaltung dieser Wahlen, einschließlich der Sicherheitsregelungen, positiv zur Kenntnis und verweist erneut auf die wichtige Rolle der afghanischen Wahlinstitutionen, namentlich der Unabhängigen Wahlkommission und der Unabhängigen Wahlbeschwerdekommision. Er fordert die afghanischen Wahlinstitutionen auf, im gesamten Verlauf dieses wichtigen und historischen Prozesses ein Höchstmaß an Integrität zu wahren, und betont, dass alles darangesetzt werden muss, die Integrität, die Neutralität und die Transparenz des Wahlprozesses zu gewährleisten, einschließlich der Aufdeckung und Verhütung von Betrug.

Der Rat fordert alle Interessenträger auf, mit den Wahlinstitutionen und -prozessen mit Geduld und Respekt zusammenzuwirken, alle Handlungen zu unterlassen, die unmittelbar zu Gewalt und zivilen Unruhen aufstacheln oder zu Instabilität führen, und ihre Beschwerden im Einklang mit den Wahlgesetzen und der Verfassung Afghanistans über die vorhandenen institutionellen Mechanismen zu leiten.

Der Rat sieht dem Abschluss des Wahlprozesses gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften und Mandaten der Wahlinstitutionen sowie dem geordneten Übergang zu einer neuen Regierung mit Interesse entgegen und begrüßt die unterstützende Rolle, die die Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan nach wie vor wahrnimmt.

Der Rat fordert alle politischen Gruppierungen auf, im Einklang mit der afghanischen Verfassung zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel, die Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit und nationale Einheit Afghanistans zu stärken und so eine friedliche und von Wohlstand geprägte Zukunft für alle Menschen in Afghanistan herbeizuführen.

Der Rat verurteilt die Handlungen derer, die versucht haben, die Wahlen zu stören, wie die Terroranschläge auf Zivilpersonen, einschließlich Wahlhelfern und Kandidaten, sowie die Angriffe auf die Wahlinfrastruktur. Er verurteilt die gewaltsamen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas und anderer gewalttätiger und extremistischer Gruppen und illegaler bewaffneter Gruppen, die das Ziel verfolgen, die Situation in dem Land zu destabilisieren.

Der Rat anerkennt die von dem afghanischen Volk und den afghanischen nationalen Sicherheitskräften während der Wahlperiode gebrachten Opfer und erklärt erneut, dass keine terroristische Handlung Afghanistan von seinem Weg zu Frieden, Demokratie und Stabilität unter eigener Führung abbringen kann.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>139</sup>:

---

<sup>138</sup> S/PRST/2014/11.

<sup>139</sup> S/PRST/2014/12.

Der Sicherheitsrat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans.

Der Rat ist sich der von der Herstellung unerlaubter Drogen und dem Handel und Verkehr damit ausgehenden Bedrohung des Weltfriedens und der Stabilität in verschiedenen Regionen der Welt und der wichtigen Rolle bewusst, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in dieser Hinsicht spielt.

Der Rat bringt seine Besorgnis über den Anstieg der Mohnproduktion, auf den im Bericht des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung über Opium in Afghanistan (Afghanistan Opium Survey 2013) hingewiesen wird, zum Ausdruck, stellt fest, dass der Anbau und die Herstellung von Opium und der Opiumhandel und -konsum weiterhin schwerwiegenden Schaden im Hinblick auf die Stabilität, die Sicherheit, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und die Regierungsführung in Afghanistan sowie in der Region und auf internationaler Ebene verursachen, und betont, welche wichtige Rolle die Vereinten Nationen bei der weiteren Überwachung der Drogensituation in Afghanistan wahrnehmen. Der Rat ermutigt die Internationale Sicherheitsbeistandstruppe, im Rahmen der ihr übertragenen Verantwortlichkeiten die unter afghanischer Führung unternommenen anhaltenden Anstrengungen, einschließlich der Anstrengungen der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte, zur Bekämpfung der Drogenproduktion und des Drogenhandels in Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen und regionalen Akteuren weiter wirksam zu unterstützen.

Der Rat stellt fest, dass Afghanistan laut dem *World Drug Report 2013* (Weltdrogenbericht 2013) nach wie vor eines der wichtigsten Ursprungsländer von Opiaten und Cannabisharz ist.

Der Rat bekräftigt, dass die friedliche Zukunft Afghanistans darin liegt, einen stabilen, sicheren und wirtschaftlich tragfähigen Staat aufzubauen, in dem es keinen Terrorismus und keine Suchtstoffe gibt und der auf Rechtsstaatlichkeit, gestärkten demokratischen Institutionen, der Achtung der Gewaltenteilung, gestärkten, in der Verfassung verankerten Kontrollmechanismen und der Garantie und Durchsetzung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten beruht. Der Rat bringt erneut seine Entschlossenheit zum Ausdruck, Afghanistan auf seinem Weg zu Frieden, Demokratie und Wiederaufbau behilflich zu sein.

Der Rat begrüßt die Anstrengungen der Regierung Afghanistans zur Bekämpfung der Drogenproduktion in Afghanistan.

Der Rat betont, wie wichtig ein umfassender Ansatz zur Bewältigung der Herausforderungen in den miteinander verflochtenen Bereichen Sicherheit, Wirtschaft, Regierungsführung und Entwicklung in Afghanistan ist, und erkennt an, dass es zur Gewährleistung der Stabilität Afghanistans keine rein militärische Lösung gibt.

Der Rat fordert die Vereinten Nationen auf, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die nationalen Prioritätenprogramme der Regierung Afghanistans, die sich auf die Fragen der Sicherheit, der Regierungsführung, der Justiz und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erstrecken, ebenso zu unterstützen wie die volle Verwirklichung der gegenseitigen Verpflichtungen, die auf den internationalen Konferenzen zu diesen Fragen eingegangen wurden, sowie der Verpflichtungen zur weiteren Umsetzung der Nationalen Drogenkontrollstrategie<sup>128</sup>, und ersucht die Hilfsmision der Vereinten Nationen in Afghanistan, der Regierung auf ihrem Weg zur Übernahme der vollen Führungs- und Eigenverantwortung entsprechend dem Prozess von Kabul in einer zunehmend unterstützenden Rolle behilflich zu sein.

Der Rat bekundet erneut seine Unterstützung für den Transitionsprozess („Inteqal“), der dazu führen wird, dass die Institutionen Afghanistans im Sicherheitssektor in Übereinstimmung mit den Konferenzen von London, Kabul, Bonn und Tokio und den Gipfeltreffen der Nordatlantikvertragsorganisation von Lissabon und Chicago die volle Verantwortung übernehmen.

Der Rat betont die zentrale und unparteiische Rolle, die die Vereinten Nationen auch weiterhin bei der Förderung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan spielen werden, indem sie bei den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft die Führung übernehmen.

Der Rat bringt erneut seine Besorgnis über die Sicherheitslage in Afghanistan zum Ausdruck, insbesondere über die anhaltenden gewaltsamen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas und anderer gewalttätiger und extremistischer Gruppen, illegaler bewaffneter Gruppen, Krimineller und derjenigen, die an der Herstellung unerlaubter Drogen oder dem Verkehr oder Handel damit beteiligt sind, und über die starken Verbindungen zwischen Terrorismusaktivitäten und unerlaubten Drogen, wovon Bedrohungen für die örtliche Bevölkerung, einschließlich Frauen und Kindern, die nationalen Sicherheitskräfte und das internationale Militär- und Zivilpersonal, einschließlich der humanitären Helfer und der Entwicklungshelfer, ausgehen.

Der Rat stellt mit Besorgnis fest, dass zwischen der internationalen Sicherheit, dem Terrorismus und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, der Geldwäsche, dem Handel mit unerlaubten Drogen und illegalen Waffen Verbindungen bestehen, und betont in dieser Hinsicht, dass die auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene unternommenen Anstrengungen besser koordiniert werden müssen, um weltweit wirksamer auf diese ernste Herausforderung und insbesondere auf die engen Verbindungen zwischen dem internationalen Terrorismus und unerlaubten Drogen zu reagieren. Der Rat begrüßt die jüngsten Anstrengungen, die unter russischem Vorsitz in der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ zur Ermittlung der mit der afghanischen Drogenproduktion und dem afghanischen Drogenhandel verbundenen illegalen Finanzströme unternommen wurden.

Der Rat betont, dass die bestehenden Mechanismen der interregionalen und internationalen Zusammenarbeit und Koordinierung gestärkt werden müssen, um ein integriertes, umfassendes und ausgewogenes Vorgehen gegen das Drogenproblem auszuarbeiten, namentlich im Rahmen einer langfristigen Agenda für Sicherheit, Entwicklung und Institutionenbildung.

Der Rat befürwortet eine verstärkte Zusammenarbeit aller in Betracht kommenden Stellen, namentlich des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, einschließlich der Abteilung Polizei der Vereinten Nationen, und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, mit dem Ziel, über einen wirksamen und detaillierten Koordinierungsmechanismus zu verfügen, um die Aktivitäten nach Prioritäten zu ordnen, die Nationale Drogenkontrollstrategie zu unterstützen und die koordinierte Umsetzung eines umfassenden Konzepts der Vereinten Nationen zu gewährleisten. Er spricht sich dafür aus, die Bekämpfung des Drogenhandels und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in die Arbeit aller in Betracht kommenden Institutionen der Vereinten Nationen, die in Afghanistan tätig sind, aufzunehmen, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat und unter aktiver Maximierung von Synergien.

Der Rat bekräftigt in diesem Zusammenhang insbesondere seine Unterstützung für die unter der Führungs- und Eigenverantwortung des afghanischen Volkes erfolgende Umsetzung der in den Kommuniqués der Londoner<sup>131</sup> und der Kabuler Konferenz enthaltenen Verpflichtungen und der Nationalen Entwicklungsstrategie für Afghanistan und der Nationalen Drogenkontrollstrategie als Teil der umfassenden Umsetzungsstrategie, die von der Regierung Afghanistans mit Unterstützung der Region und der internationalen Gemeinschaft vorangebracht werden muss und bei der die Vereinten Nationen eine zentrale und unparteiische Koordinierungsrolle wahrnehmen, im Einklang mit dem Prozess von Kabul und den nationalen Prioritätenprogrammen.

Der Rat betont, dass der Ausbau der regionalen und interregionalen Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung ist, begrüßt in dieser Hinsicht das fortgesetzte Engagement der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung der Stabilität und der Entwicklung in Afghanistan, fordert die Regierung Afghanistans auf, die Umsetzung der Nationalen Drogenkontrollstrategie mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu beschleunigen, namentlich durch Programme für alternative Möglichkeiten der Existenzsicherung, ermutigt die internationale Gemeinschaft, zusätzliche Unterstützung für die in der Strategie genannten vier Prioritätsbereiche zu gewähren, und würdigt die Unterstützung, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung der Dreiecksinitiative und dem Zentralasiatischen regionalen Informations- und Koordinierungszentrum im Rahmen der Pariser-Pakt-Initiative und der Regenbogenstrategie gewährt, das Regionalprogramm des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung für Afghanistan und die Nachbarländer, die diesbezüglichen Anstrengungen, die im Rahmen des Prozesses von Istanbul für Frieden und Sicherheit in der Region, von der Europäischen Union im Rahmen ihres Grenzschutzprogramms für Zentralasien



und ihres Grenzschutzprogramms für Nordafghanistan, von der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, dem Südasiatischen Verband für regionale Zusammenarbeit und im Rahmen des Prozesses der Konferenz über regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Afghanistan unternommen werden, und das fortgesetzte Zusammenwirken der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit Afghanistan auf der Grundlage der Ministererklärung von Wilna von 2011, unter anderem mittels der Durchführung des Projekts der Organisation an der Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe, der Ausbildung afghanischer Strafverfolgungsbeamter auf dem Gebiet der Bekämpfung unerlaubter Drogen an der Polizeiakademie von Domodedovo (Russische Föderation) und ihrer Fortbildung an der Akademie der Vereinigten Staaten von Amerika für die Bekämpfung der Drogenkriminalität, am Sibirischen Institut für Recht und am Nordwestlichen Weiterbildungsinstitut des Föderalen Dienstes für Drogenkontrolle (Russische Föderation).

Der Rat fordert die Staaten auf, die internationale und regionale Zusammenarbeit beim Vorgehen gegen die Bedrohung, die der internationalen Gemeinschaft aus der Herstellung von aus Afghanistan stammenden unerlaubten Drogen, dem Handel damit und ihrem Konsum erwächst, zu verstärken, mit dem Ziel der schrittweisen Beseitigung dieser Bedrohung und nach dem Grundsatz der gemeinsamen und geteilten Verantwortung für die Bekämpfung des Drogenproblems Afghanistans, namentlich durch die Stärkung der Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden und der Zusammenarbeit im Kampf gegen den Handel mit unerlaubten Drogen und chemischen Ausgangsstoffen sowie gegen die mit diesem Handel verbundene Geldwäsche und Korruption. Der Rat ermutigt außerdem die Mitgliedstaaten, weitere Maßnahmen zu ergreifen und auf der Grundlage konkreter Vorschläge des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und des Internationalen Suchtstoff-Kontrollamts im Rahmen der Suchtstoffkommission der Vereinten Nationen mögliche neue internationale Initiativen zur Stärkung des Kampfes gegen den unerlaubten Handel mit chemischen Stoffen zu prüfen.

Der Rat stellt fest, wie wichtig die Frage der Suchtstoffbekämpfung für das Engagement der Vereinten Nationen in Afghanistan weiterhin ist. Er weist erneut darauf hin, dass der Rat namentlich vom Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung über die Bedrohungen unterrichtet gehalten werden muss, die vom Drogenhandel und der damit verbundenen grenzüberschreitenden Kriminalität für die auf der Tagesordnung des Rates stehenden Situationen ausgehen, vor allem bei der Prüfung der Mandate von Friedenssicherungseinsätzen und politischen Missionen.

Der Rat bittet den Generalsekretär erneut, die vom Drogenhandel und damit verbundenen illegalen Aktivitäten ausgehenden Bedrohungen als einen Faktor bei Konfliktverhütungsstrategien, der Konfliktanalyse, der Bewertung integrierter Missionen, der Planung und der Unterstützung der Friedenskonsolidierung zu berücksichtigen und zu erwägen, in seine Berichte eine Analyse der Rolle aufzunehmen, die diese Bedrohungen in den auf der Tagesordnung des Rates stehenden Situationen spielen.

Der Rat begrüßt die weiteren Unterrichtungen, die der Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung nach Bedarf über die Situation des Drogenhandels in Afghanistan abhält.

---

## DIE SITUATION IN SIERRA LEONE<sup>140</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7034. Sitzung am 18. September 2013 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Sierra Leones (Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit) gemäß Regel 37

---

<sup>140</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1995 verabschiedet.

seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Sierra Leone

Elfter Bericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone (S/2013/547)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Jens Anders Toyberg-Frandzen, den Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs für Sierra Leone und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone, und Herrn Guillermo Rishchynski, den Ständigen Vertreter Kanadas bei den Vereinten Nationen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sierra-Leone-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7148. Sitzung am 26. März 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Sierra Leones (Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Sierra Leone

Schlussbericht des Generalsekretärs über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone (S/2014/192)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Jens Anders Toyberg-Frandzen, den Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs für Sierra Leone und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone, und Herrn Guillermo Rishchynski, den Ständigen Vertreter Kanadas bei den Vereinten Nationen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sierra-Leone-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>141</sup>:

Zum Abschluss des Mandats des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone am 31. März 2014 würdigt der Sicherheitsrat die bemerkenswerten Erfolge Sierra Leones im vergangenen Jahrzehnt sowie seinen Beitrag zu wichtigen regionalen und globalen Initiativen. Der Rat würdigt ferner die Wirksamkeit des Vorgehens der Vereinten Nationen, der internationalen Finanzinstitutionen, regionaler und subregionaler Organe und der internationalen Gemeinschaft insgesamt hinsichtlich der Friedenskonsolidierung in Sierra Leone.

Der Rat begrüßt die erheblichen Fortschritte Sierra Leones bei der Stärkung der institutionellen und personellen Kapazitäten der staatlichen Institutionen, namentlich im Sicherheits- und Justizsektor und in der Regierungsführung, die eine unverzichtbare Rolle bei der Sicherung der Stabilität und der Förderung der Demokratie spielen.

Der Rat begrüßt außerdem die erfolgreiche Abhaltung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 2012, die zur Festigung der demokratischen Institutionen Sierra Leones beigetragen haben.

Der Rat anerkennt den wichtigen Beitrag des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung zur Förderung des Friedens, der Stabilität und der Entwicklung in Sierra Leone, insbesondere während des Wahlprozesses von 2012. Der Rat spricht dem Büro und dem Landesteam der Vereinten Nationen unter der Führung der Exekutivbeauftragten des Generalsekretärs seine Anerkennung für ihre Anstrengungen aus.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, Sierra Leone in der nächsten Phase seiner Entwicklung nach dem Abzug des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung weiter zu unterstützen, einschließlich bei dem Prozess zur Überprüfung der Verfassung, und nimmt Kenntnis von der Bereitschaft der Vereinten Nationen sowie der bilateralen und multilateralen Partner, auf Ersuchen der sier-

---

<sup>141</sup> S/PRST/2014/6.

ra-leonischen Behörden auch künftig eine bedeutende Rolle in dieser Hinsicht zu übernehmen. Des Weiteren fordert der Rat die internationale Gemeinschaft und die Entwicklungspartner nachdrücklich auf, Sierra Leone weiter auf koordinierte und kohärente Weise zu unterstützen, damit es seine Prioritäten auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung und Entwicklung einhalten kann.

Der Rat betont, dass noch viel zu tun bleibt, um den Frieden weiter zu verankern und einen gerecht verteilten Wohlstand zu sichern, der allen Sierra-Leonern zugutekommt. Der Rat begrüßt es, dass die Regierung Sierra Leones die Agenda für den Wohlstand, die den Zeitraum von 2013 bis 2018 abdeckt, verabschiedet hat, und stellt fest, wie wichtig die Durchführung dieses Programms im Einklang mit der Rahmenvereinbarung über gegenseitige Rechenschaft ist, die im März 2013 zwischen der Regierung Sierra Leones und dem Ausschuss der Entwicklungspartner Sierra Leones geschlossen wurde.

Der Rat bekräftigt die wichtige potenzielle Rolle der Rohstoffwirtschaft bei der wirtschaftlichen Entwicklung Sierra Leones, ermutigt die Regierung Sierra Leones und die internationalen Partner, den Schutz der Arbeitnehmerrechte und die nationalen Kapazitäten zur transparenten Regulierung, Beaufsichtigung und Steuereinzahlung für diesen Wirtschaftszweig zu stärken sowie Fragen des Eigentums an Grund und Boden anzugehen, um gegenseitig nutzbringende Regelungen für die lokalen Gemeinschaften und den Privatsektor zu schaffen, und fordert die Regierung auf, gegen die Korruption vorzugehen.

Der Rat betont, wie wichtig es für die langfristige Stabilität Sierra Leones ist, für einen friedlichen, glaubhaften und transparenten Wahlprozess im Jahr 2017 zu sorgen.

Der Rat wiederholt sein Ersuchen in Resolution 2097 (2013) an das Büro der Vereinten Nationen für Westafrika, seine Guten Dienste bereitzustellen, um die Regierung Sierra Leones und den neuen residierenden Koordinator der Vereinten Nationen nach Bedarf zu unterstützen.

Der Rat begrüßt die Arbeit der Sierra-Leone-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung. Der Rat erinnert daran, dass er in Resolution 2097 (2013) die Kommission ersucht hat, ihr Engagement zu überprüfen, mit dem Ziel, ihre Rolle zu reduzieren, und begrüßt es, dass die Kommission auf eine weniger intensive Form des Engagements während eines die nächsten 12 Monate umfassenden Übergangszeitraums umgestellt hat, wie in ihrem Bericht an den Rat<sup>142</sup> dargelegt. Der Rat ersucht Sierra Leone, zu der Arbeit der Kommission beizutragen, die gewonnenen Erkenntnisse und bewährten Verfahren zusammenzutragen.

Der Rat beglückwünscht den Sondergerichtshof für Sierra Leone zum Abschluss seines Mandats, erinnert daran, dass er dem Sondergerichtshof für die Residualaufgaben für Sierra Leone anlässlich der Aufnahme seiner Tätigkeit seine nachdrückliche Unterstützung bekundet hat, und wiederholt seine in Resolution 2097 (2013) an die Mitgliedstaaten gerichtete Aufforderung, großzügige Beiträge zu leisten.

---

## BEZIEHUNGEN ZWISCHEN KAMERUN UND NIGERIA<sup>143</sup>

### Beschluss

Am 8. Januar 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>144</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 3. Januar 2014 betreffend Ihre Absicht, die Aktivitäten des Unterstützungsteams der Vereinten Nationen für die Gemischte Kommission

---

<sup>142</sup> Siehe S/2014/211.

<sup>143</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1996 verabschiedet.

<sup>144</sup> S/2014/7.

Kamerun-Nigeria mit Finanzmitteln aus dem ordentlichen Haushalt fortzusetzen<sup>145</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von den in Ihrem Schreiben enthaltenen Informationen und der darin geäußerten Absicht Kenntnis.

---

## **DIE SITUATION IN DER REGION DER GROSSEN SEEN<sup>146</sup>**

### **Beschluss**

Am 16. Juli 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>147</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 14. Juli 2014 betreffend Ihre Absicht, Herrn Said Djinnit (Algerien) zu Ihrem Sonderbeauftragten für die Region der Großen Seen zu ernennen<sup>148</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

---

## **DIE SITUATION BETREFFEND DIE DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO<sup>149</sup>**

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7046. Sitzung am 21. Oktober 2013 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region (S/2013/569)

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2013/581)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Martin Kobler, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf seiner 7058. Sitzung am 14. November 2013 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo“.

---

<sup>145</sup> S/2014/6.

<sup>146</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1996 verabschiedet.

<sup>147</sup> S/2014/503.

<sup>148</sup> S/2014/502.

<sup>149</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1997 verabschiedet.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>150</sup>:

Neunzehn Monate nach Beginn einer Rebellion, die den humanitären Konflikt im Osten der Demokratischen Republik Kongo verschärft hat, begrüßt es der Sicherheitsrat, dass die Bewegung des 23. März angekündigt hat, ihre Rebellion zu beenden, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo diese Ankündigung angenommen hat und dass die Feindseligkeiten zwischen der Demokratischen Republik Kongo und der Bewegung des 23. März eingestellt wurden. Der Rat verurteilt die durch diese Rebellion verursachte Gewalt, die zu erheblichen Verlusten an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung und unter den Friedenssicherungskräften der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo sowie zur Vertreibung Hunderttausender Zivilpersonen geführt hat.

Der Rat fordert den raschen Abschluss und die zügige Umsetzung eines abschließenden, umfassenden und vereinbarten Ergebnisses, im Einklang mit den Gesprächen von Kampala, das die Entwaffnung und Demobilisierung der Bewegung des 23. März festlegt und vorsieht, dass diejenigen, die Menschenrechte verletzt haben, zur Rechenschaft gezogen werden. Der Rat würdigt die Bemühungen von Präsident Museveni und Verteidigungsminister Kiyonga zur Moderation des Abschlusses dieser Gespräche. Der Rat fordert die sofortige und dauerhafte Entwaffnung und Demobilisierung der Kombattanten der Bewegung des 23. März mit Unterstützung der Mission, im Einklang mit Resolution 2098 (2013).

Der Rat bekräftigt seine nachdrücklichste Unterstützung für den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und die Mission bei der Durchführung der Resolution 2098 (2013) und fordert sie nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen fortzusetzen. Der Rat begrüßt die Maßnahmen, die die Sondergesandte des Generalsekretärs für die Region der Großen Seen, der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs und die Mission zur Förderung einer politischen Lösung ergriffen haben, im Einklang mit einer umfassenden Strategie für dauerhaften Frieden und dauerhafte Sicherheit, und würdigt die aktiven Schritte der Mission zur vollen Wahrnehmung ihres Mandats, insbesondere zum Schutz von Zivilpersonen. Der Rat begrüßt die ersten Schritte, die die Mission im Rahmen ihrer Unterstützungs- und führenden Koordinierungsrolle bei der Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo unternommen hat, und fordert nachdrücklich die Fortsetzung dieser Anstrengungen. Der Rat würdigt es, dass sich alle Länder, die Truppen für die Mission stellen, zur Durchführung des gesamten Aufgabenspektrums der Mission im Einklang mit Resolution 2098 (2013) bekennen.

Der Rat anerkennt die erheblichen Opfer, die die Mission und die truppenstellenden Länder erbracht haben, und bringt seine Dankbarkeit für ihre Anstrengungen zur Verbesserung des Friedens und der Stabilität im Osten der Demokratischen Republik Kongo zum Ausdruck. Der Rat spricht den Angehörigen der Friedenssicherungskräfte, die in Ausübung ihres Dienstes zum Schutz der Menschen im Osten der Demokratischen Republik Kongo ums Leben gekommen sind, sein Beileid aus. Der Rat hebt hervor, dass Versuche, die Fähigkeit der Mission zur Durchführung ihres Mandats zu untergraben, keinesfalls geduldet werden und dass die Verantwortlichen für Drohungen oder Angriffe gegenüber Friedenssicherungskräften zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Der Rat bringt seine tiefe Besorgnis angesichts der anhaltenden regionalen Bedrohung zum Ausdruck, die von den Demokratischen Kräften zur Befreiung Ruandas ausgeht, einer Gruppe, die Sanktionen der Vereinten Nationen unterliegt und zu deren Anführern und Mitgliedern Personen zählen, die am Völkermord von 1994 in Ruanda als Täter beteiligt waren und die nach wie vor ethnisch motivierte und andere Tötungen in Ruanda und in der Demokratischen Republik Kongo fördern und begehen, und betont, wie wichtig es ist, diese Bedrohung auf Dauer zu beseitigen. Der Rat betont, wie wichtig es ist, im Einklang mit Resolution 2098 (2013) die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und alle bewaffneten Gruppen zu neutralisieren, einschließlich der Allianz der demokratischen Kräfte, der Widerstandsarmee des Herrn und verschiedener Mai-Mai-Gruppen.

---

<sup>150</sup> S/PRST/2013/17.

Der Rat wiederholt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Demokratischen Republik Kongo und aller Länder der Region. Der Rat betont, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung für die Sicherheit, den Schutz der Zivilpersonen, die nationale Aussöhnung, die Friedenskonsolidierung und die Entwicklung in dem Land trägt. Er unterstreicht, dass die jüngsten Erfolge der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo, der Bewegung des 23. März vor Ort Niederlagen zuzufügen, die Regierung ermutigen müssen, ihre Anstrengungen zur Neutralisierung der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und anderer bewaffneter Gruppen fortzusetzen. In dieser Hinsicht begrüßt es der Rat ferner, dass Joseph Kabila, der Präsident der Demokratischen Republik Kongo, am 30. Oktober 2013 öffentlich die Absicht seiner Regierung bekräftigt hat, die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas zu neutralisieren, und betont, wie wichtig es ist, dies rasch zu Ende zu verfolgen.

Der Rat begrüßt ferner die Erklärung von Herrn Martin Kobler, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, vom 4. November, in der er die Absicht der Mission festhält, nicht zuzulassen, dass die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und andere bewaffnete Gruppen die sich verändernde Sicherheitsdynamik vor Ort ausnutzen, und auf ihre Entschlossenheit verweist, entschieden gegen alle Versuche einer Ausnutzung der Lage vorzugehen.

Der Rat verurteilt mit Nachdruck das Anhalten der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen durch alle bewaffneten Gruppen, namentlich die summarischen Hinrichtungen, die sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie die Einziehung und den Einsatz von Kindern in großem Umfang, verlangt, dass alle bewaffneten Gruppen alle Formen von Gewalt und alle destabilisierenden Aktivitäten sofort einstellen, sich sofort und auf Dauer auflösen, ihre Waffen niederlegen und die Kinder in ihren Reihen demobilisieren, und erklärt erneut, dass die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zur Rechenschaft gezogen werden und nicht für die Eingliederung in die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo oder andere Elemente staatlicher Sicherheitskräfte in Betracht gezogen werden dürfen.

Der Rat fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo auf, sich im Einklang mit ihrer Verpflichtung auf eine tiefgreifendere Reform des Sicherheitssektors weiter uneingeschränkt zum Aufbau einer professionellen, rechenschaftspflichtigen und tragfähigen nationalen Armee zu bekennen, einschließlich einer Schnelleingreiftruppe. Der Rat nimmt Kenntnis von der Erklärung Joseph Kabilas, des Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo, vom 23. Oktober 2013, in der er die Reform der Armee zu seiner obersten Priorität erklärte und die Weiterführung des Wahlprozesses ankündigte, und seiner Zusage, dafür zu sorgen, dass das Justizsystem der Demokratischen Republik Kongo wirksam gegen den Kreislauf der Straflosigkeit vorgeht. Der Rat fordert die Regierung nachdrücklich auf, die Ausarbeitung eines umfassenden Plans zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und eines Plans zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Wiedereingliederung und Neuansiedlung abzuschließen. Der Rat fordert die Regierung auf, die staatliche Autorität zu konsolidieren, Fortschritte im Hinblick auf die Dezentralisierung und die Rechtsstaatlichkeit zu erzielen und die Agenda der Aussöhnung, der Toleranz und der Demokratisierung voranzubringen, im Einklang mit dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region<sup>151</sup> und der Resolution 2098 (2013).

Der Rat erinnert daran, dass es für diejenigen, die für Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in der Demokratischen Republik Kongo und in der Region verantwortlich sind, keine Straflosigkeit geben darf, und fordert in dieser Hinsicht die Demokratische Republik Kongo, alle Länder der Region und die anderen betroffenen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nachdrücklich auf, die Täter vor Gericht zu bringen.

Der Rat erinnert an seine Resolutionen über Frauen und Frieden und Sicherheit und weist erneut darauf hin, dass alle Akteure stärkere Anstrengungen unternehmen müssen, um Straflosigkeit für sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten zu bekämpfen, den Überlebenden alle notwendigen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen und zu gewährleisten, dass Frauen gleichberechtigt und

---

<sup>151</sup> S/2013/131, Anlage.

umfassend in alle Stadien der Konfliktlösung, des Wiederaufbaus und der Förderung des Friedens einbezogen werden, unter anderem durch die Berücksichtigung des in der Erklärung von Bujumbura vom 11. Juli 2013 enthaltenen Aufrufs, sicherzustellen, dass die Fortschrittskriterien, Indikatoren und Folgemaßnahmen im Durchführungsplan des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit geschlechtersensibel sind. Der Rat fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo nachdrücklich auf, die Untersuchung der im November 2012 von Elementen der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo in Minova begangenen Massenvergewaltigungen zu beschleunigen und die Täter vor Gericht zu bringen.

Der Rat erinnert an seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten über Kinder und bewaffnete Konflikte und erklärt erneut, dass alle Parteien in der Demokratischen Republik Kongo die Einziehung und den Einsatz von Kindern beenden und verhindern, die von Streitkräften und bewaffneten Gruppen freigelassenen oder auf andere Weise getrennten Kinder schützen und als Opfer ansehen und dem Schutz, der Freilassung und der Wiedereingliederung aller mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Der Rat fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo nachdrücklich auf, den am 4. Oktober 2012 unterzeichneten Aktionsplan zur Verhütung und Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern sowie von sexueller Gewalt gegen Kinder weiter umzusetzen.

Der Rat bekundet seine große Besorgnis über die anhaltende humanitäre Krise, unter anderem über die 2,7 Millionen Binnenvertriebenen und die 6,4 Millionen Menschen, die Nahrungsmittelhilfe und landwirtschaftliche Nothilfe benötigen, und fordert alle Parteien auf, den sicheren und ungehinderten Zugang für die rasche und umfassende Bereitstellung humanitärer Hilfe für alle Zivilpersonen zu erlauben, die dringend Hilfe benötigen, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe. Der Rat bekundet ferner seine Besorgnis über die mehr als 450.000 Flüchtlinge aus der Demokratischen Republik Kongo und fordert die Demokratische Republik Kongo und alle Staaten in der Region auf, gegebenenfalls mit Unterstützung durch das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen auf ein friedliches Umfeld hinzuarbeiten, das die letztendliche freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung der Flüchtlinge in die Demokratische Republik Kongo begünstigt. Der Rat würdigt in dieser Hinsicht die Unterstützung, die die Nachbarländer für die Flüchtlinge aus der Demokratischen Republik Kongo leisten. Der Rat legt der Regierung Ruandas, den Vereinten Nationen und den internationalen Organisationen nahe, zusammenzuarbeiten, um die Situation der seit März 2013 im Osten Ruandas internierten ehemaligen Kombattanten der Bewegung des 23. März dringend anzugehen.

Der Rat nimmt mit Besorgnis Kenntnis von den Auswirkungen des Konflikts im Osten der Demokratischen Republik Kongo auf die regionale Sicherheit und unterstützt in dieser Hinsicht die regionalen vertrauensbildenden Maßnahmen, namentlich den Erweiterten gemeinsamen Verifikationsmechanismus, und fordert ferner den Abschluss seiner Untersuchungen in Bezug auf grenzüberschreitende Vorfälle. Der Rat begrüßt den Beschluss der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen, der Mission zu gestatten, ständig im Erweiterten gemeinsamen Verifikationsmechanismus vertreten zu sein. Der Rat äußert sich besorgt darüber, dass Geschosse in Ruanda eingeschlagen und Todesopfer unter der Zivilbevölkerung gefordert haben, fordert nachdrücklich den raschen Abschluss der vom Erweiterten gemeinsamen Verifikationsmechanismus durchgeführten Untersuchung dieses grenzüberschreitenden Beschusses, lobt Ruanda für die bisher gezeigte Zurückhaltung und fordert nachdrücklich deren Fortsetzung. Der Rat fordert ferner alle anderen Parteien mit Nachdruck zu Zurückhaltung auf.

Der Rat betont, dass die tieferen Ursachen des Konflikts im Osten der Demokratischen Republik Kongo nachhaltig angegangen werden müssen, und bekräftigt seine Unterstützung für die Umsetzung der Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit, die für die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens und dauerhafter Sicherheit in der Region der Großen Seen unerlässlich ist. Der Rat fordert alle Unterzeichner auf, ihre jeweiligen Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen umgehend, vollständig und nach Treu und Glauben zu erfüllen. Der Rat begrüßt das gemeinsame Gipfeltreffen der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen und der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika am 4. November in Pretoria. Der Rat würdigt

das Engagement der Sondergesandten, Mary Robinson, und fordert sie auf, in Abstimmung mit dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und mit der entsprechenden Unterstützung durch ihn auch weiterhin die Umsetzung der nationalen und regionalen Verpflichtungen gemäß dem Rahmenabkommen zu leiten, zu koordinieren und zu bewerten.

Der Rat ermutigt die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union, die Internationale Konferenz über die Region der Großen Seen, die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika und die anderen maßgeblichen internationalen und regionalen Organisationen, auch künftig gemeinsam und mit dem nachhaltigen Engagement und der fortgesetzten Unterstützung der internationalen Gemeinschaft auf die Durchführung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit und auf die Schaffung eines breiter angelegten Dialogs zwischen den wichtigsten Parteien hinzuwirken, in dem die tieferen Triebkräfte des Konflikts im Osten Kongs angegangen werden.

Auf seiner 7094. Sitzung am 13. Januar 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2013/757)

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region (S/2013/773)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Martin Kobler, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Mary Robinson, die Sondergesandte des Generalsekretärs für die Region der Großen Seen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; sie nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf seiner 7107. Sitzung am 30. Januar 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Schreiben der Koordinatorin der Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Kongo, deren Mandat gemäß Resolution 2078 (2012) des Sicherheitsrats verlängert wurde, vom 22. Januar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/42)“.

#### **Resolution 2136 (2014) vom 30. Januar 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen sowie die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Demokratische Republik Kongo,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Demokratischen Republik Kongo sowie aller Staaten in der Region und unter Betonung der Notwendigkeit, die Grundsätze der Nichteinmischung, der guten Nachbarschaft und der regionalen Zusammenarbeit uneingeschränkt zu achten,

*betonend*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung dafür trägt, unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts die Sicherheit in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten und ihre Zivilbevölkerung zu schützen,



*Kenntnis nehmend* von dem Zwischenbericht<sup>152</sup> und dem Schlussbericht<sup>153</sup> der gemäß Resolution 1771 (2007) vom 10. August 2007 eingesetzten Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Kongo („Sachverständigengruppe“), deren Mandat gemäß den Resolutionen 1807 (2008) vom 31. März 2008, 1857 (2008) vom 22. Dezember 2008, 1896 (2009) vom 30. November 2009, 1952 (2010) vom 29. November 2010, 2021 (2011) vom 29. November 2011 und 2078 (2012) vom 28. November 2012 verlängert wurde, und von den darin enthaltenen Empfehlungen,

*unter Begrüßung* der Erklärung des Endes der Bewegung des 23. März, der entsprechenden Erklärung der Regierung der Demokratischen Republik Kongo und der Unterzeichnung der abschließenden Dokumente der von Uganda als Vorsitzendem der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen moderierten Kampala-Gespräche am 12. Dezember 2013 in Nairobi<sup>154</sup>, zugleich jedoch betonend, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass die Bewegung des 23. März sich nicht neu formiert und nicht erneut militärische Aktivitäten aufnimmt, gemäß den Erklärungen von Nairobi und den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die Sicherheits- und humanitäre Krise im Osten der Demokratischen Republik Kongo aufgrund der anhaltenden militärischen Aktivitäten in- und ausländischer bewaffneter Gruppen, hervorhebend, wie wichtig es ist, dass alle bewaffneten Gruppen neutralisiert werden, namentlich die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas, die Allianz der demokratischen Kräfte, die Widerstandsarmee des Herrn und die verschiedenen Mai-Mai-Gruppen, gemäß Resolution 2098 (2013) vom 28. März 2013,

*in Bekräftigung seiner nachdrücklichen Verurteilung* jeder Unterstützung von in der Region aktiven bewaffneten Gruppen aus dem In- oder Ausland, namentlich finanzieller, logistischer und militärischer Unterstützung,

*unter Verurteilung* der illegalen Ströme von Waffen in die Demokratische Republik Kongo und innerhalb des Landes unter Verstoß gegen die Resolutionen 1533 (2004) vom 12. März 2004, 1807 (2008), 1857 (2008), 1896 (2009), 1952 (2010), 2021 (2011) und 2078 (2012) und seine Entschlossenheit bekundend, die Durchführung des Waffenembargos und der anderen mit seinen Resolutionen betreffend die Demokratische Republik Kongo festgelegten Maßnahmen weiter genau zu überwachen,

in dieser Hinsicht den wichtigen Beitrag *aner kennend*, den das vom Rat verhängte Waffenembargo zur Bekämpfung des unerlaubten Transfers von Kleinwaffen und leichten Waffen in der Demokratischen Republik Kongo sowie zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit, der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und der Reform des Sicherheitssektors leistet,

*unter Hinweis* darauf, dass die Verknüpfung zwischen der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen, namentlich der Wilderei und dem unerlaubten Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen, dem unerlaubten Handel mit diesen Ressourcen und der Verbreitung von und dem Handel mit Waffen einer der Hauptfaktoren ist, die Konflikte in der Region der Großen Seen Afrikas schüren und verschärfen, und befürwortend, dass die Internationale Konferenz über die Region der Großen Seen und die beteiligten Regierungen ihre regionalen Anstrengungen zur Bekämpfung der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen fortsetzen, und in dieser Hinsicht betonend, wie wichtig die regionale Zusammenarbeit und die Vertiefung der wirtschaftlichen Integration unter besonderer Berücksichtigung der Frage der Ausbeutung natürlicher Ressourcen ist,

*mit großer Besorgnis Kenntnis nehmend* vom Fortdauern schwerer Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo gegenüber Zivilpersonen, namentlich den summarischen Hinrichtungen, der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt und der Einziehung und dem Einsatz von Kindern in großem Ausmaß, die von bewaffneten Gruppen begangen werden,

---

<sup>152</sup> S/2013/433.

<sup>153</sup> S/2014/42.

<sup>154</sup> S/2013/740, Anlage.

*mit tiefer Sorge Kenntnis nehmend* von Berichten und Behauptungen über das Fortdauern schwerer Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, die von den Streitkräften der Demokratischen Republik Kongo begangen werden, insbesondere wenn sie straflos bleiben,

*sowie mit tiefer Sorge Kenntnis nehmend* von Berichten, wonach die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo auf lokaler Ebene mit den Demokratischen Kräften zur Befreiung Ruandas zusammenarbeiten, daran erinnernd, dass es sich bei den Demokratischen Kräften zur Befreiung Ruandas um eine Gruppe handelt, die Sanktionen der Vereinten Nationen unterliegt und zu deren Anführern und Mitgliedern Personen zählen, die an dem Völkermord von 1994 an den Tutsi in Ruanda, bei dem auch Hutu und andere, die sich dem Völkermord widersetzen, getötet wurden, als Täter beteiligt waren und die nach wie vor ethnisch motivierte und andere Tötungen in Ruanda und in der Demokratischen Republik Kongo fördern und begehen, und betonend, wie wichtig es ist, diese Bedrohung auf Dauer zu beseitigen,

*mit der Forderung*, dass die Verantwortlichen für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und gegebenenfalls Menschenrechtsverletzungen oder -missbräuche, namentlich wenn dabei Gewalt angewandt oder Missbrauchshandlungen an Kindern und Akte sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt begangen wurden, rasch festgenommen, vor Gericht gestellt und zur Rechenschaft gezogen werden,

*unter Begrüßung* der Anstrengungen, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen sowie die Internationale Konferenz über die Region der Großen Seen, die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika und die Afrikanische Union unternehmen, um den Frieden und die Sicherheit im Osten der Demokratischen Republik Kongo wiederherzustellen,

*sowie begrüßend*, dass am 24. Februar 2013 in Addis Abeba das Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region („Rahmenabkommen“)<sup>151</sup> unterzeichnet und dass Mary Robinson zur Sondergesandten ernannt wurde, und erneut erklärend, dass alle Unterzeichner ihre jeweiligen Verpflichtungen umgehend, vollständig und nach Treu und Glauben erfüllen müssen,

*Kenntnis nehmend* von der Erklärung des am 15. Januar 2014 in Luanda abgehaltenen Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen über die Förderung von Frieden, Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in der Region der Großen Seen,

*unter Hinweis* auf alle seine einschlägigen Resolutionen über Frauen und Frieden und Sicherheit, über Kinder und bewaffnete Konflikte und über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

*mit der Aufforderung* an alle Parteien, mit der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, unter erneuter Verurteilung aller Angriffe auf Friedenssicherungskräfte und betonend, dass diejenigen, die für solche Angriffe verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden müssen,

*feststellend*, dass die Situation in der Demokratischen Republik Kongo nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, die mit Ziffer 1 der Resolution 1807 (2008) verhängten Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter bis zum 1. Februar 2015 zu verlängern, bekräftigt die Bestimmungen der Ziffern 2, 3 und 5 der genannten Resolution und beschließt ferner, dass die mit Ziffer 1 der Resolution 1807 (2008) verhängten Maßnahmen betreffend Rüstungsgüter nicht für die Lieferung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial und nicht für Hilfe, Beratung oder Ausbildung gelten, die ausschließlich zur Unterstützung des Regionalen Einsatzverbands der Afrikanischen Union oder zur Nutzung durch diesen bestimmt sind;

2. *beschließt außerdem*, die mit den Ziffern 6 und 8 der Resolution 1807 (2008) verhängten Maßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs für die in Ziffer 1 genannte Dauer zu verlängern, und bekräftigt die Bestimmungen von Ziffer 7 der genannten Resolution;

3. *beschließt ferner*, die mit den Ziffern 9 und 11 der Resolution 1807 (2008) verhängten Maßnahmen auf den Gebieten Finanzen und Reisen für die in Ziffer 1 genannte Dauer zu verlängern, bekräftigt die Bestimmungen der Ziffern 10 und 12 der genannten Resolution betreffend die in Ziffer 4 der Resolution

1857 (2008) genannten Personen und Einrichtungen und bekräftigt die Bestimmungen der Ziffern 10 und 12 der Resolution 1807 (2008) in Bezug auf diese Maßnahmen;

4. *beschließt*, dass die in Ziffer 3 genannten Maßnahmen auf die folgenden Personen und gegebenenfalls Einrichtungen Anwendung finden, die von dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1533 (2004) benannt wurden:

a) Personen oder Einrichtungen, die unter Verstoß gegen die von den Mitgliedstaaten im Einklang mit Ziffer 1 verhängten Maßnahmen tätig werden;

b) die politischen und militärischen Führer der in der Demokratischen Republik Kongo tätigen ausländischen bewaffneten Gruppen, die die Entwaffnung und die freiwillige Repatriierung oder Neuansiedlung der diesen Gruppen angehörenden Kombattanten behindern;

c) die politischen und militärischen Führer der kongolesischen Milizen, einschließlich derjenigen, die Unterstützung von außerhalb der Demokratischen Republik Kongo erhalten, die die Beteiligung ihrer Kombattanten an den Prozessen der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung behindern;

d) Personen oder Einrichtungen, die in der Demokratischen Republik Kongo tätig sind und unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht Kinder in bewaffneten Konflikten einziehen oder einsetzen;

e) Personen oder Einrichtungen, die in der Demokratischen Republik Kongo tätig sind und die das gezielte Vorgehen gegen Kinder oder Frauen in bewaffneten Konflikten planen, dazu anweisen oder sich daran beteiligen, einschließlich Tötung und Verstümmelung, Vergewaltigung und anderer Formen sexueller Gewalt, Entführung, Vertreibung und Angriffen auf Schulen und Krankenhäuser;

f) Personen oder Einrichtungen, die den Zugang zu humanitärer Hilfe oder die Verteilung humanitärer Hilfsgüter in der Demokratischen Republik Kongo behindern;

g) Personen oder Einrichtungen, die bewaffnete Gruppen in der Demokratischen Republik Kongo durch den unerlaubten Handel mit natürlichen Ressourcen, namentlich mit Gold oder wildlebenden Tieren und Pflanzen und aus wildlebenden Tieren und Pflanzen gewonnenen Produkten, unterstützen;

h) Personen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer benannten Person oder Einrichtung oder im Namen oder auf Anweisung einer Einrichtung, die im Eigentum oder unter der Kontrolle einer benannten Person oder Einrichtung steht, handeln;

i) Personen oder Einrichtungen, die Angriffe auf die Friedenssicherungskräfte der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo planen, dazu anweisen, fördern oder sich daran beteiligen;

j) Personen oder Einrichtungen, die eine benannte Person oder Einrichtung finanziell, materiell oder technologisch unterstützen oder für sie oder zu ihrer Unterstützung Güter oder Dienstleistungen bereitstellen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, das Mandat der gemäß Resolution 1533 (2004) eingesetzten Sachverständigengruppe, das mit späteren Resolutionen verlängert wurde, um einen am 1. Februar 2015 endenden Zeitraum zu verlängern, und ersucht die Sachverständigengruppe, ihr in Ziffer 18 der Resolution 1807 (2008) festgelegtes und mit den Ziffern 9 und 10 der Resolution 1857 (2008) erweitertes Mandat zu erfüllen und dem Rat über den Ausschuss bis zum 28. Juni 2014 einen schriftlichen Halbzeitbericht sowie vor dem 16. Januar 2015 einen schriftlichen Schlussbericht vorzulegen, begrüßt die Praxis, von der Sachverständigengruppe gegebenenfalls zusätzliche aktuelle Informationen zu erhalten, und ersucht ferner die Sachverständigengruppe, nach Erörterung mit dem Ausschuss dem Rat mit Ablauf ihres Mandats ihren Schlussbericht vorzulegen;

6. *verurteilt nachdrücklich* alle in der Region tätigen bewaffneten Gruppen und ihre Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sowie das sonstige anwendbare Völkerrecht und die Verletzungen der Menschenrechte, namentlich die Angriffe auf die Zivilbevölkerung, die Friedenssicherungskräfte der Mission und die humanitären Akteure, die summarischen Hinrichtungen, die sexuelle und geschlechtsspezifische

sche Gewalt und die Einziehung und den Einsatz von Kindern in großem Ausmaß, und erklärt erneut, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden;

7. *verlangt*, dass die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas, die Allianz der demokratischen Kräfte, die Widerstandsarmee des Herrn und die verschiedenen Mai-Mai-Gruppen sofort alle Formen der Gewalt und sonstigen destabilisierenden Aktivitäten einstellen, sich sofort und auf Dauer auflösen, ihre Waffen niederlegen und die Kinder in ihren Reihen demobilisieren;

8. *fordert* alle Staaten, insbesondere diejenigen in der Region, *auf*, wirksame Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass es für die bewaffneten Gruppen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo keinerlei Unterstützung in oder aus ihrem Hoheitsgebiet gibt, wobei er die positiven internationalen Entwicklungen hinsichtlich der Bewältigung der Risiken begrüßt, die von den Führern bewaffneter Gruppen in der Diaspora ausgehen, und fordert alle Staaten auf, gegebenenfalls Schritte gegen in ihren Ländern ansässige Führer der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und anderer bewaffneter Gruppen einzuleiten;

9. *verlangt*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo entsprechend ihren Verpflichtungen nach den Erklärungen von Nairobi vom 12. Dezember 2013<sup>154</sup> und in Abstimmung mit den Vereinten Nationen, den internationalen Organisationen und den Nachbarländern, in denen ehemalige Kombattanten der Bewegung des 23. März Zuflucht gefunden haben, die Durchführung ihres Programms zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung beschleunigt, ersucht in dieser Hinsicht und im Einklang mit den Erklärungen von Nairobi und gemäß den Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit<sup>151</sup> die Vereinten Nationen und die internationalen Organisationen, mit den Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten, um die Situation der in ihren Hoheitsgebieten befindlichen ehemaligen Kombattanten der Bewegung des 23. März dringend anzugehen, und hebt hervor, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass die Bewegung des 23. März sich nicht neu formiert und nicht erneut militärische Aktivitäten aufnimmt, gemäß den Erklärungen von Nairobi und den einschlägigen Resolutionen des Rates;

10. *begrüßt* die Fortschritte, die die Regierung der Demokratischen Republik Kongo im Hinblick auf die Beendigung des Einsatzes von Kindern in bewaffneten Konflikten bisher erzielt hat, und fordert die Regierung nachdrücklich auf, ihre Zusagen umzusetzen, die sie in dem mit den Vereinten Nationen unterzeichneten Aktionsplan gegeben hat, in dem im Einzelnen konkrete, termingebundene Maßnahmen zur Freilassung und Wiedereingliederung von Kindern, die mit den Kongolesischen Streitkräften verbunden sind, zur Verhinderung weiterer Einziehungen und zum Schutz von Mädchen und Jungen vor sexueller Gewalt festgelegt werden;

11. *betont*, wie wichtig es ist, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo sich aktiv bemüht, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Land Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und zu diesem Zweck auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten, so auch mittels ihrer laufenden Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof, legt der Mission nahe, von ihren bestehenden Befugnissen Gebrauch zu machen, um der Regierung in dieser Hinsicht behilflich zu sein, und fordert alle Unterzeichner des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit auf, ihre Verpflichtungen auch weiterhin umzusetzen und zu diesem Zweck uneingeschränkt miteinander und mit der Regierung sowie mit der Mission zusammenzuarbeiten;

12. *erinnert* daran, dass es für diejenigen, die für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche in der Demokratischen Republik Kongo und in der Region verantwortlich sind, keine Straflosigkeit geben darf, und fordert in dieser Hinsicht die Demokratische Republik Kongo, alle Länder der Region und die anderen betroffenen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nachdrücklich auf, die Täter vor Gericht zu bringen und zur Verantwortung zu ziehen;

13. *beschließt*, dass die mit Ziffer 9 der Resolution 1807 (2008) verhängten Maßnahmen gemäß den in Ziffer 10 der Resolution 2078 (2012) genannten Kriterien keine Anwendung finden;

14. *bekundet erneut seine Unterstützung* für den Erweiterten gemeinsamen Verifikationsmechanismus und begrüßt den Beschluss der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen, der Mission zu gestatten, ständig im Erweiterten gemeinsamen Verifikationsmechanismus vertreten zu sein;

15. *fordert* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo *auf*, die Sicherheit der Bestände von Rüstungsgütern und Munition, die Rechenschaftspflicht für diese und ihre Verwaltung zu stärken, mit Unterstützung durch internationale Partner, bei Bedarf und auf Antrag umgehend auf Berichte über die Umleitung zu bewaffneten Gruppen zu reagieren und dringend ein nationales Programm zur Kennzeichnung von Waffen, insbesondere von staatseigenen Feuerwaffen, entsprechend den durch das Protokoll von Nairobi und das Regionalzentrum für Kleinwaffen festgelegten Normen durchzuführen;

16. *verweist* auf das Mandat der Mission, die Durchführung des Waffenembargos in Zusammenarbeit mit der Sachverständigengruppe zu überwachen und insbesondere die Ströme von Militärpersonal, Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial über die Ostgrenze der Demokratischen Republik Kongo hinweg zu beobachten und darüber Bericht zu erstatten, namentlich durch den Einsatz von Überwachungskapazitäten, die von unbemannten Flugsystemen bereitgestellt werden, sowie Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, deren Präsenz in der Demokratischen Republik Kongo gegen die mit Ziffer 1 der Resolution 2078 (2012) verhängten Maßnahmen verstößt, zu beschlagnahmen, einzusammeln und zu entsorgen, im Einklang mit Ziffer 12 c) der Resolution 2098 (2013);

17. *ersucht* die Mission, den Ausschuss nach Ziffer 8 der Resolution 1533 (2004) und die mit derselben Resolution eingesetzte Sachverständigengruppe im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen, namentlich durch die Weiterleitung von Informationen, die für die Durchführung der Sanktionsmaßnahmen von Belang sind;

18. *betont*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung dafür trägt, die staatliche Autorität und die staatlichen Strukturen im Osten des Landes zu stärken, einschließlich durch eine wirksame Reform des Sicherheitssektors, die die Reform des Heeres, der Polizei und des Justizsektors ermöglicht, und die Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zu beenden, fordert die Regierung nachdrücklich auf, ihre diesbezüglichen Anstrengungen zu verstärken, im Einklang mit ihren nationalen Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen, und ermutigt ferner zur Fortführung der Anstrengungen der Regierung, Fragen der illegalen Ausbeutung und des Schmuggels von natürlichen Ressourcen anzugehen;

19. *begrüßt* in diesem Zusammenhang die von der Regierung der Demokratischen Republik Kongo ergriffenen Maßnahmen zur Anwendung der von der Sachverständigengruppe und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung festgelegten Leitlinien zur Sorgfaltspflicht in Bezug auf die Lieferkette von Mineralien<sup>155</sup> und fordert alle Staaten auf, der Demokratischen Republik Kongo, der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen und den Ländern in der Region der Großen Seen bei der Anwendung der Leitlinien behilflich zu sein;

20. *begrüßt außerdem* die von den Regierungen in der Region, insbesondere den Regierungen Ruandas und der Demokratischen Republik Kongo, ergriffenen Maßnahmen zur Anwendung der Leitlinien zur Sorgfaltspflicht, namentlich die Übernahme des Regionalen Zertifizierungsmechanismus der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen in ihre nationalen Rechtsvorschriften im Einklang mit den Leitlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und gemäß internationaler Praxis, und ersucht um die Ausweitung des Zertifizierungsverfahrens auf die anderen Mitgliedstaaten in der Region, wie in der Erklärung von Luanda vom 15. Januar 2014 empfohlen;

21. *legt* der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen *nahe*, rasch zu handeln, um die technischen Kapazitäten bereitzustellen, die benötigt werden, um die Mitgliedstaaten in ihrem Kampf gegen die unerlaubte Ausbeutung natürlicher Ressourcen zu unterstützen, und legt der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen ferner *nahe*, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um das Verfahren zur Zertifizierung von Mineralien vollständig umzusetzen;

22. *ermutigt* alle Staaten, insbesondere diejenigen in der Region, die Leitlinien der Sachverständigengruppe zur Sorgfaltspflicht auch weiterhin stärker bekannt zu machen und sich im Rahmen der umfassenderen Anstrengungen zur Minderung des Risikos einer weiteren Finanzierung bewaffneter Gruppen und

---

<sup>155</sup> Siehe S/2011/345, Anlage I.

krimineller Netzwerke innerhalb der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo weiterhin um die Beendigung des Mineraliensmuggels zu bemühen, insbesondere im Goldsektor;

23. *bekräftigt* die Bestimmungen der Ziffern 6 bis 13 der Resolution 1952 (2010) und ersucht die Sachverständigengruppe, die Auswirkungen der Sorgfaltpflicht weiter zu untersuchen;

24. *bekräftigt außerdem* die Bestimmungen der Ziffern 7 bis 9 der Resolution 2021 (2011) und fordert die Demokratische Republik Kongo und die Staaten in der Region der Großen Seen erneut auf, ihre Zollbehörden zur verstärkten Kontrolle der Aus- und Einfuhren von Mineralien aus der Demokratischen Republik Kongo anzuweisen und auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten, um gegen die regionalen kriminellen Netzwerke und bewaffneten Gruppen, die an der illegalen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, namentlich an Wilderei und dem illegalen Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen, beteiligt sind, zu ermitteln und sie zu bekämpfen;

25. *verweist* auf das Mandat der Mission die kongolesischen Behörden gemäß Resolution 2098 (2013) bei der Umsetzung ihrer nationalen Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen zu unterstützen, und stellt fest, dass die Mission daran mitwirken soll, die Unterstützung bewaffneter Gruppen durch unerlaubte Tätigkeiten, wie die Gewinnung natürlicher Ressourcen und den Handel damit, zu verhindern, insbesondere indem sie Stichprobenkontrollen und regelmäßige Besuche von Bergbaustätten, Handelswegen und Märkten in der Umgebung der fünf Handelsplätze des Pilotprojekts durchführt;

26. *bekundet* der Sachverständigengruppe des Ausschusses *seine volle Unterstützung* und fordert alle Staaten, insbesondere diejenigen in der Region, die Mission und die Sachverständigengruppe zu verstärkter Zusammenarbeit auf, ermutigt ferner alle Parteien und alle Staaten, sicherzustellen, dass ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle unterstehende Personen und Einrichtungen mit der Sachverständigengruppe zusammenarbeiten, und verlangt erneut, dass alle Parteien und alle Staaten die Sicherheit der Mitglieder der Gruppe und ihres Unterstützungspersonals gewährleisten und dass alle Parteien und alle Staaten, namentlich die Demokratische Republik Kongo und die Länder der Region, ungehinderten und sofortigen Zugang gewährleisten, insbesondere zu den Personen, Dokumenten und Orten, bei denen die Sachverständigengruppe dies zur Erfüllung ihres Mandats für sachdienlich erachtet;

27. *fordert* die Sachverständigengruppe *auf*, mit den anderen einschlägigen Sachverständigengruppen, insbesondere der mit Ziffer 18 der Resolution 2101 (2013) wiedereingesetzten Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire im Hinblick auf die natürlichen Ressourcen sowie der mit Ziffer 27 der Resolution 2111 (2013) vom 24. Juli 2013 wiedereingesetzten Sachverständigengruppe für Somalia im Hinblick auf die Tätigkeiten der Allianz der demokratischen Kräfte und von Al-Shabaab, aktiv zusammenzuarbeiten;

28. *fordert* alle Staaten *auf*, insbesondere diejenigen in der Region sowie diejenigen, in denen sich gemäß Ziffer 3 dieser Resolution benannte Personen und Einrichtungen befinden, dem Ausschuss regelmäßig über die Schritte Bericht zu erstatten, die sie zur Durchführung der mit den Ziffern 1, 2 und 3 verhängten und in Ziffer 8 der Resolution 1952 (2010) empfohlenen Maßnahmen unternommen haben;

29. *beschließt*, dass er zu gegebener Zeit und spätestens bis zum 1. Februar 2015 die in dieser Resolution festgelegten Maßnahmen überprüfen wird, um sie gegebenenfalls im Lichte der Sicherheitslage in der Demokratischen Republik Kongo anzupassen, insbesondere im Lichte der Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors, einschließlich der Integration der Streitkräfte und der Reform der Nationalpolizei, sowie bei der Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung oder gegebenenfalls Wiedereingliederung der kongolesischen und ausländischen bewaffneten Gruppen, mit besonderem Augenmerk auf den Kindern unter ihnen;

30. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7107. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7137. Sitzung am 14. März 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region (S/2014/153)

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2014/157)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Martin Kobler, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Frau Mary Robinson, die Sondergesandte des Generalsekretärs für die Region der Großen Seen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; sie nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf seiner 7150. Sitzung am 28. März 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Demokratischen Republik Kongo gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region (S/2014/153)

Bericht des Generalsekretärs über die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2014/157)“.

**Resolution 2147 (2014)  
vom 28. März 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Demokratische Republik Kongo, insbesondere seine Resolutionen 2053 (2012) vom 27. Juni 2012, 2076 (2012) vom 20. November 2012, 2078 (2012) vom 28. November 2012, 2098 (2013) vom 28. März 2013 und 2136 (2014) vom 30. Januar 2014,

*sowie unter Hinweis* auf seine Resolution 2086 (2013) vom 21. Januar 2013 und in Bekräftigung der Grundprinzipien der Friedenssicherung, darunter die Zustimmung der Parteien, die Unparteilichkeit und die Nichtanwendung von Gewalt außer zur Selbstverteidigung und zur Verteidigung des Mandats sowie feststellend, dass das Mandat jeder Friedenssicherungsmission auf die Bedürfnisse und die Situation des jeweiligen Landes zugeschnitten ist,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Demokratischen Republik Kongo sowie aller Staaten in der Region und unter Betonung der Notwendigkeit, die Grundsätze der Nichteinmischung, der guten Nachbarschaft und der regionalen Zusammenarbeit uneingeschränkt zu achten,

*betonend*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung dafür trägt, unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts die Sicherheit in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten und ihre Zivilbevölkerung zu schützen,

*feststellend*, dass der Osten der Demokratischen Republik Kongo nach wie vor unter immer wiederkehrenden Konflikten und anhaltender Gewalt durch kongolesische wie ausländische bewaffnete Gruppen leidet, und betonend, dass die tieferen Konfliktursachen angegangen werden müssen, um diesen wiederkehrenden Zyklen der Gewalt ein Ende zu setzen,

*unter Begrüßung* der Anstrengungen, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen, die Internationale Konferenz über die Region der Großen Seen, die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika und die Afrikanische Union unternehmen, um den Frieden und die Sicherheit im Osten der Demokratischen Republik Kongo wiederherzustellen, und der Regierung der Demokratischen Republik Kongo nahelegend, auch weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit diesen und anderen internationalen Parteien zu gewährleisten,

*daran erinnernd*, dass am 24. Februar 2013 in Addis Abeba das Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region („Rahmenabkommen“)<sup>151</sup> unter der Schirmherrschaft seiner Garanten, nämlich des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, des Vorsitzenden der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika und des Vorsitzenden der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen, unterzeichnet wurde, und alle Parteien auffordernd, ihre jeweiligen Verpflichtungen umgehend, vollständig und nach Treu und Glauben zu erfüllen,

*begrüßend*, dass der Regionale Aufsichtsmechanismus in seinem Kommuniqué vom Januar 2014 einen breiteren politischen Dialog gefordert hat und dass die wichtigsten Unterzeichnerstaaten auf Initiative Angolas in seiner Rolle als Vorsitz der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen einen Dialog aufgenommen haben, dazu anregend, diesen Dialog unter dem Dach des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit fortzusetzen, um die tieferen Ursachen des Konflikts in der Demokratischen Republik Kongo und der Region der Großen Seen zu beseitigen, und das fortgesetzte Engagement der Sondergesandten des Generalsekretärs für die Region der Großen Seen begrüßend,

*in Bekräftigung seiner nachdrücklichsten Unterstützung* für den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo bei der Durchführung ihres Mandats und ihnen eindringlich nahelegend, ihre Anstrengungen fortzusetzen,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die Sicherheits- und humanitäre Krise im Osten der Demokratischen Republik Kongo aufgrund der anhaltenden destabilisierenden Aktivitäten in- und ausländischer bewaffneter Gruppen und hervorhebend, wie wichtig es ist, dass alle bewaffneten Gruppen neutralisiert werden, namentlich die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas, die Allianz der demokratischen Kräfte, die Widerstandsarmee des Herrn, die Bakata-Katanga und die verschiedenen Mai-Mai-Gruppen,

*unter Begrüßung* des Endes der Rebellion der Bewegung des 23. März und der Unterzeichnung der abschließenden Dokumente des von Uganda als Vorsitz der Internationalen Konferenz über die Region der großen Seen moderierten Dialogs von Kampala in Nairobi am 12. Dezember 2013 durch die Bewegung des 23. März, die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika und die Internationale Konferenz über die Region der großen Seen<sup>154</sup> und betonend, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass alle Bestimmungen der unterzeichneten Dokumente rasch und nach Treu und Glauben durchgeführt werden, und in dieser Hinsicht sicherzustellen, dass die Bewegung des 23. März sich nicht neu formiert und nicht erneut militärische Aktivitäten aufnimmt, gemäß den Erklärungen von Nairobi und den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* angesichts der anhaltenden regionalen Bedrohung, die von den Demokratischen Kräften zur Befreiung Ruandas ausgeht, einer Gruppe, die Sanktionen der Vereinten Nationen unterliegt und zu deren Anführern und Mitgliedern Personen zählen, die am Völkermord von 1994 gegen die Tutsi in Ruanda, bei dem auch Hutu und andere, die sich dem Völkermord widersetzen, getötet wurden, als Täter beteiligt waren und die nach wie vor ethnisch motivierte und andere Tötungen in Ruanda und in der Demokratischen Republik Kongo fördern und begehen, und betonend, wie wichtig es ist, diese Bedrohung auf Dauer zu beseitigen,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* darüber, dass die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas sowie andere bewaffnete Gruppen sich auch weiterhin in der Demokratischen Republik Kongo frei bewegen können, mit tiefer Besorgnis Kenntnis nehmend von Berichten, wonach die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo auf lokaler Ebene mit den Demokratischen Kräften zur Befreiung Ruandas zusammenarbeiten, in dieser Hinsicht unter Begrüßung der Pläne der Streitkräfte der Demokratischen Republik



Kongo, unterstützt von der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas zu neutralisieren, und unter Betonung der Notwendigkeit, diese Pläne in dauerhafte Maßnahmen umzusetzen,

*unter Hinweis* auf die Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats über die zentralafrikanische Region und die Widerstandsarmee des Herrn vom 29. Mai<sup>156</sup> und vom 25. November 2013<sup>157</sup>, in Würdigung der wichtigen Anstrengungen, die die Mission gegenwärtig im Kampf gegen die Widerstandsarmee des Herrn unternimmt, den Regionalen Einsatzverband der Afrikanischen Union zu weiteren Anstrengungen ermutigend und mit der nachdrücklichen Aufforderung an die zuständigen Organe der Vereinten Nationen, die regionalen Truppen des Regionalen Einsatzverbands der Afrikanischen Union und nichtstaatliche Organisationen, verstärkt zusammenzuarbeiten und Informationen auszutauschen, um der Bedrohung durch die Widerstandsarmee des Herrn zu begegnen,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die wachsende Zahl der Binnenvertriebenen in der Demokratischen Republik Kongo, die bereits über 2,9 Millionen erreicht hat, und die mehr als 450.000 Flüchtlinge aus dem Osten der Demokratischen Republik Kongo, was auf die verschiedenen kongolesischen und ausländischen bewaffneten Gruppen, die in der Region aktiv sind, zurückzuführen ist, die Demokratische Republik Kongo und alle Staaten in der Region auffordernd, gegebenenfalls mit Unterstützung durch das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen auf ein friedliches Umfeld hinzuarbeiten, das die letztendliche freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung der Flüchtlinge in die Demokratische Republik Kongo begünstigt, in dieser Hinsicht die Unterstützung würdigend, die die Nachbarländer für die Flüchtlinge aus der Demokratischen Republik Kongo leisten, und den Regierungen Ruandas und Ugandas, den Vereinten Nationen und den internationalen Organisationen nahelegend, zusammenzuarbeiten, um die Situation der ehemaligen Kombattanten der Bewegung des 23. März in Uganda und Ruanda dringend anzugehen,

*feststellend*, dass es mehr als ein Jahr her ist, seit Hunderte von Kombattanten der Bewegung des 23. März, einschließlich vom Sicherheitsrat benannter Personen, am 18. März 2013 aus der Demokratischen Republik Kongo nach Ruanda flüchteten, der Regierung Ruandas nahelegend, mit Hilfe der zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen und internationalen Organisationen auch weiterhin sicherzustellen, dass diese Kombattanten auf Dauer demobilisiert und gemäß dem einschlägigen Völkerrecht behandelt werden, unter besonderer Beachtung der Frauen und Kinder unter ihnen, und unter Hinweis auf die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten, die in Resolution 2136 (2014) vom 30. Januar 2014 erneuert wurden,

*mit der Aufforderung* an alle Konfliktparteien, die Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität der humanitären Akteure zu achten,

*weiter höchst besorgt* über die humanitäre Lage, die nach wie vor gravierende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung hat, insbesondere im Osten der Demokratischen Republik Kongo, und das anhaltend hohe Ausmaß der Gewalt, der Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche und der Völkerrechtsverletzungen, unter Verurteilung insbesondere der gezielten Angriffe auf Zivilpersonen, der weit verbreiteten sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt, der systematischen Einziehung und des systematischen Einsatzes von Kindern durch bestimmte Konfliktparteien, der Vertreibung einer hohen Zahl von Zivilpersonen, der außergerichtlichen Hinrichtungen und der willkürlichen Festnahmen und in der Erkenntnis, welche schädlichen Auswirkungen dies auf die Stabilisierungs-, Wiederaufbau- und Entwicklungsbemühungen in der Demokratischen Republik Kongo hat,

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und seine Resolu-

---

<sup>156</sup> S/PRST/2013/6.

<sup>157</sup> S/PRST/2013/18.

tionen 1612 (2005) vom 26. Juni 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011, 2068 (2012) vom 19. September 2012 und 2143 (2014) vom 7. März 2014 über Kinder und bewaffnete Konflikte,

*unter Begrüßung* der Anstrengungen, die die Mission und die internationalen Partner unternehmen, um kongolesische Sicherheitsinstitutionen in Fragen der Menschenrechte, des Kinderschutzes und des Schutzes vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu schulen, und unterstreichend, wie wichtig dies ist, und unter Begrüßung der Einrichtung der Frauenplattform für das Rahmenabkommen in dem Bemühen, die volle Teilhabe der Frauen an dem in dem Rahmenabkommen vorgesehenen Friedensprozess sicherzustellen,

*Kenntnis nehmend* von den laufenden Anstrengungen der Regierung der Demokratischen Republik Kongo, sexuelle Gewalt in Konflikten zu bekämpfen, namentlich durch die Umsetzung ihrer Nationalen Strategie und der Verpflichtungen, die in dem am 30. März 2013 in Kinshasa angenommenen Gemeinsamen Kommuniqué der Regierung und der Vereinten Nationen zur Bekämpfung sexueller Gewalt in Konflikten enthalten sind, und der Regierung eindringlich nahelegend, ihre Anstrengungen in dieser Hinsicht zu verstärken,

*Kenntnis nehmend* von dem am 31. Januar 2014 in Addis Abeba angenommenen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen dem Büro der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für sexuelle Gewalt in Konflikten und der Kommission der Afrikanischen Union zur Verhütung und Bekämpfung von sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten in Afrika,

*Kenntnis nehmend* von dem Bericht des Generalsekretärs vom 13. März 2014<sup>158</sup>, der eine Liste der Parteien enthält, die für systematische Vergewaltigungen und andere Formen der sexuellen Gewalt in Situationen bewaffneter Konflikte verantwortlich sind,

*unter Verurteilung* der Massenvergewaltigungen in Minova und den umliegenden Dörfern im November 2012, die von Soldaten der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo begangen worden sein sollen, Kenntnis nehmend von den anschließenden Ermittlungen und Festnahmen durch die kongolesischen Behörden und den ersten Gerichtsverhandlungen, die derzeit stattfinden, mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Verzögerungen bei der Durchführung der Verfahren gegen die Angeklagten und mit der nachdrücklichen Aufforderung an die kongolesischen Behörden, die Täter zur Verantwortung zu ziehen und gleichzeitig sicherzustellen, dass alle Ermittlungen und Gerichtsverhandlungen unter Einhaltung eines ordnungsgemäßen Verfahrens durchgeführt werden,

*mit der Forderung*, alle diejenigen rasch festzunehmen, vor Gericht zu stellen und zur Rechenschaft zu ziehen, die für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht oder Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche verantwortlich sind, namentlich für diejenigen, bei denen Gewalt oder Missbrauchshandlungen an Kindern und Akte sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt begangen wurden,

*betonend*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenarbeiten muss, begrüßend, dass sich die Regierung verpflichtet hat, diejenigen, die für schwere Verbrechen in dem Land verantwortlich sind, insbesondere für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zur Rechenschaft zu ziehen, und betonend, wie wichtig es ist, sich aktiv zu bemühen, diejenigen, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Land verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen und zu diesem Zweck auf regionaler und internationaler Ebene zusammenzuarbeiten,

*unter Hinweis* auf den Aufruf des Generalsekretärs an den Rat, jede Billigung einer Amnestie für Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht abzulehnen, in dieser Hinsicht den Erlass des Amnestiegesetzes in der Demokratischen Republik Kongo begrüßend, von dem diejenigen ausgeschlossen sind, die Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen haben, und mit der nach-

---

<sup>158</sup> S/2014/181.

drücklichen Aufforderung an die Demokratische Republik Kongo, Folgemaßnahmen zu ergreifen und die notwendige Justizreform durchzuführen, um zu gewährleisten, dass die Demokratische Republik Kongo die Straflosigkeit wirksam bekämpft,

*mit der nachdrücklichen Aufforderung* an die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, uneingeschränkt an ihrer Entschlossenheit zur Durchführung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit, namentlich durch die Annahme eines Prioritäten-Aktionsplans, und dem Schutz der Zivilbevölkerung festzuhalten, indem sie rasch professionelle, rechenschaftspflichtige und tragfähige Sicherheitskräfte aufstellt, eine rechenschaftspflichtige kongolesische Zivilverwaltung einsetzt, insbesondere Polizei, Richterschaft, Strafvollzug und eine Gebietsverwaltung, die Rechtsstaatlichkeit festigt und die Förderung und den Schutz der Menschenrechte gewährleistet,

*sowie mit der nachdrücklichen Aufforderung* an die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, umgehend Schritte zu unternehmen, um ihrer Verpflichtung auf die Reform des Sicherheitssektors nachzukommen, namentlich durch die Schaffung und Unterstützung einer Schnelleingreiftruppe, die Erarbeitung eines Fahrplans für den Sicherheits- und Justizsektor, die Erarbeitung eines umfassenden Plans für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie die Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung, in dieser Hinsicht feststellend, dass die Regierung einen neuen Plan für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung vorgeschlagen hat, wobei dies alles die Veranschlagung der erforderlichen Mittel und die anhaltende Entschlossenheit der Regierung, der Reform Vorrang einzuräumen, erfordern wird, und mit Bedauern darüber, dass bislang nur schleppende Fortschritte erzielt wurden,

*mit der erneuten Aufforderung* an alle Parteien, mit der Mission uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, und erneut alle Angriffe auf Friedenssicherungskräfte verurteilend, betonend, dass die für solche Angriffe Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen, und unter Hinweis auf seinen Beschluss, die in Ziffer 3 der Resolution 2136 (2014) enthaltenen Sanktionsmaßnahmen auf Personen und Einrichtungen auszudehnen, die Angriffe auf Friedenssicherungskräfte der Mission planen, dazu anweisen, fördern oder sich daran beteiligen,

*mit der erneuten Aufforderung* an den Generalsekretär, alle für erforderlich befundenen Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheitsregelungen der Vereinten Nationen im Feld zu stärken und die Sicherheit aller Militärkontingente, Polizisten und Militärbeobachter und insbesondere der unbewaffneten Beobachter zu verbessern,

*in Anbetracht* der erheblichen Opfer, die die Mission gebracht hat, in Würdigung der aktiven Schritte, die die Mission, einschließlich ihrer Interventionsbrigade, die mit Unterstützung der breiteren Truppenstruktur der Mission und in Zusammenarbeit mit dieser tätig wird, unternommen hat, um ihr Mandat voll durchzuführen, insbesondere zum Schutz von Zivilpersonen, und die Mission zur Fortsetzung dieser Bemühungen ermutigend,

*bekräftigend*, dass der erfolgreiche Schutz der Zivilpersonen von entscheidender Bedeutung für die Erfüllung des Mandats der Mission und die Herbeiführung eines verbesserten Sicherheitsumfelds ist, in dieser Hinsicht anerkennend, dass die Mission durch ihren Ansatz zum Schutz von Zivilpersonen erfolgreich von Angriffen auf Zivilpersonen abgeschreckt hat, und unter Begrüßung der Anstrengungen der Mission, die Truppe anzupassen, um die Durchführung der umfassenden Strategie der Mission zum Schutz von Zivilpersonen zu verbessern, indem sie insbesondere flexibler, wendiger und im gesamten Osten der Demokratischen Republik Kongo umfassend einsetzbar wird,

*unterstreichend*, wie wichtig es ist, dass die Mission von allen Bedrohungen für die Durchführung ihres Mandats abschreckt,

*in Anerkennung* des Beitrags der Mission zu einer umfassenden Strategie für einen dauerhaften Frieden und anhaltende Sicherheit, mit Dank Kenntnis nehmend von dem Beitrag, den die Mission in der Frühphase der Friedenskonsolidierung leistet, und betonend, dass die Tätigkeiten der Mission so durchgeführt werden sollen, dass die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit erleichtert, ein Wiederaufleben bewaffneter Konflikte verhütet und Fortschritte in Richtung auf einen dauerhaften Frieden und eine nachhaltige Entwicklung erzielt werden,

*betonend*, wie wichtig die volle und dringende Durchführung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit ist, um die Bedrohung von Zivilpersonen auf Dauer zu verringern, feststellend, dass die Mission die Regierung der Demokratischen Republik Kongo stärker unterstützen muss, um sie in die Lage zu versetzen, den Herausforderungen auf dem Gebiet der Sicherheit zu begegnen und ihre staatliche Autorität auszuweiten, wie in Ziffer 5 des Rahmenabkommens zum Ausdruck gebracht, und in der Erkenntnis, dass es eines umfassenden Friedensprozesses bedarf, um die Konfliktursachen in der Region zu beseitigen,

*feststellend*, dass die Situation in der Demokratischen Republik Kongo auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

### **Mandat der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo**

1. *beschließt*, das Mandat der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo in der Demokratischen Republik Kongo, einschließlich ihrer Interventionsbrigade, ausnahmsweise und ohne einen Präzedenzfall zu schaffen oder dass dadurch die einvernehmlichen Grundsätze der Friedenssicherung berührt werden, im Rahmen der genehmigten Truppenstärke von bis zu 19.815 Soldaten, 760 Militärbeobachtern und Stabsoffizieren, 391 Polizisten und 1.050 Mitgliedern organisierter Polizeieinheiten, bis zum 31. März 2015 zu verlängern;

2. *lobt* die Mission, einschließlich ihrer Interventionsbrigade, für ihren positiven Einfluss auf den Frieden und die Sicherheit im Osten der Demokratischen Republik Kongo und den Schutz der Zivilbevölkerung, unterstützt uneingeschränkt die vom Sonderbeauftragten des Generalsekretärs unternommenen Schritte zur Durchführung des Mandats der Mission und ermutigt die Mission, für eine größtmögliche Interoperabilität, Flexibilität und Wirksamkeit der Truppe bei der Durchführung des gesamten Mandats der Mission zu sorgen, im Einklang mit dem Bericht des Generalsekretärs vom 5. März 2014<sup>159</sup> eingedenk der Sicherheit aller Militärkontingente, Polizisten, Militärbeobachter und besonders der unbewaffneten Beobachter;

3. *vermerkt* die Notwendigkeit einer klaren Ausstiegsstrategie, insbesondere auch für die Interventionsbrigade, und beschließt, dass künftige Umgliederungen der Mission und ihr Mandat nach Maßgabe der Entwicklung der Lage vor Ort und, im Kontext der Durchführung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit<sup>151</sup> durch die Regierung der Demokratischen Republik Kongo und alle anderen Unterzeichner, der Fortschritte im Hinblick auf die folgenden Ziele beschlossen werden sollen, entsprechend den im Konzept der Mission festgelegten drei Prioritäten Schutz von Zivilpersonen, Stabilisierung und Unterstützung der Durchführung des Rahmenabkommens:

a) Verringerung der von kongolesischen und ausländischen bewaffneten Gruppen ausgehenden Bedrohung und der Gewalt gegen Zivilpersonen, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Kinder, auf ein Maß, das von den kongolesischen Justiz- und Sicherheitsinstitutionen wirksam bewältigt werden kann;

b) Stabilisierung durch die Errichtung funktionsfähiger, professioneller und rechenschaftspflichtiger staatlicher Institutionen, einschließlich Sicherheitsinstitutionen, in den von Konflikten betroffenen Gebieten und durch gestärkte demokratische Verfahren, die die Gefahr der Instabilität senken, wozu ein ausreichender politischer Handlungsspielraum, die Förderung und der Schutz der Menschenrechte und ein glaubhafter Wahlprozess gehören;

4. *ermächtigt* die Mission, in Verfolgung der in Ziffer 3 beschriebenen Ziele alle erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der folgenden Aufgaben zu ergreifen:

a) *Schutz von Zivilpersonen*

---

<sup>159</sup> S/2014/157.

- i) innerhalb ihres Einsatzgebiets den wirksamen Schutz von Zivilpersonen zu gewährleisten, denen im Kontext der Gewalt, die von den an dem Konflikt beteiligten Parteien ausgeht, körperliche Gewalt droht, namentlich durch aktive Patrouillen, wobei besondere Aufmerksamkeit auf die in Vertriebenen- und Flüchtlingslagern versammelten Zivilpersonen, humanitäres Personal und Menschenrechtsverteidiger zu richten ist, und vor, während und nach jedem Militäreinsatz die Gefahren für Zivilpersonen zu mindern;
- ii) den Schutz des Personals, der Einrichtungen, der Anlagen und der Ausrüstung der Vereinten Nationen sowie die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten;
- iii) in Zusammenarbeit mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo Bedrohungen für Zivilpersonen zu ermitteln und bestehende Präventions- und Reaktionspläne umzusetzen und die zivil-militärische Zusammenarbeit zu stärken, einschließlich durch gemeinsame Planung, um sicherzustellen, dass Zivilpersonen vor Missbräuchen und Verletzungen der Menschenrechte sowie vor Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich aller Formen der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt und Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern, geschützt sind, und ersucht die Mission, dafür zu sorgen, dass Kinderschutz- und geschlechtsspezifische Belange in alle Einsätze und strategischen Aspekte der Tätigkeit der Mission eingebunden werden, die in den Resolutionen 1960 (2010) und 2106 (2013) geforderten Regelungen für die Überwachung, Analyse und Berichterstattung betreffend sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten beschleunigt umzusetzen und Frauenschutzberater rasch einzusetzen, um Zusagen zur Verhütung und Bekämpfung sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten zu erhalten;

*b) Neutralisierung bewaffneter Gruppen durch die Interventionsbrigade*

zur Unterstützung der Behörden der Demokratischen Republik Kongo, auf der Grundlage der Zusammenstellung und Analyse von Informationen und unter voller Berücksichtigung der Notwendigkeit, Zivilpersonen zu schützen und Gefahren vor, während und nach jedem Militäreinsatz zu mindern, durch die Interventionsbrigade gezielte Offensiveinsätze auszuführen, entweder einseitig oder gemeinsam mit den Streitkräften der Demokratischen Republik Kongo, auf robuste, hochmobile und vielseitige Weise und unter strenger Einhaltung des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts, und der Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte<sup>160</sup>, in Zusammenarbeit mit der gesamten Mission, die Expansion aller bewaffneten Gruppen zu verhüten und diese Gruppen zu neutralisieren und zu entwaffnen, um zu dem Ziel beizutragen, die von bewaffneten Gruppen ausgehende Bedrohung für die staatliche Autorität und die Sicherheit von Zivilpersonen im Osten der Demokratischen Republik Kongo zu mindern und Raum für Stabilisierungsmaßnahmen zu schaffen;

*c) Überwachung der Durchführung des Waffenembargos*

die Durchführung des in Ziffer 1 der Resolution 2136 (2014) beschriebenen Waffenembargos in Zusammenarbeit mit der Sachverständigengruppe nach Resolution 1533 (2004) vom 12. März 2004 zu überwachen und insbesondere die Ströme von Militärpersonal, Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial über die Ostgrenze der Demokratischen Republik Kongo hinweg zu beobachten und darüber Bericht zu erstatten, unter anderem durch den Einsatz der in dem Schreiben des Rates vom 22. Januar 2013 an den Generalsekretär<sup>161</sup> genannten Überwachungskapazitäten von unbemannten Flugsystemen, sowie Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, die unter Verstoß gegen die mit Ziffer 1 der Resolution 2136 (2014) verhängten Maßnahmen in die Demokratische Republik Kongo verbracht werden, zu beschlagnahmen, einzusammeln und zu entsorgen und sachdienliche Informationen an die Sachverständigengruppe weiterzugeben;

---

<sup>160</sup> S/2013/110, Anlage.

<sup>161</sup> S/2013/44.

*d) Unterstützung nationaler und internationaler Gerichtsverfahren*

die Regierung der Demokratischen Republik Kongo zu unterstützen und mit ihr zusammenzuarbeiten, um diejenigen, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Land verantwortlich sind, festzunehmen und vor Gericht zu stellen, einschließlich durch die Zusammenarbeit mit den Staaten in der Region und dem Internationalen Strafgerichtshof;

5. *ermächtigt* die Mission *außerdem*, zur Unterstützung der kongolesischen Behörden und ihrer Bemühungen, die im Rahmenabkommen geforderten Reformen durchzuführen und für die Stabilisierung im Osten der Demokratischen Republik Kongo zu sorgen, zu den folgenden Aufgaben beizutragen, in Abstimmung mit dem Landsteam der Vereinten Nationen und anderen Akteuren, einschließlich über die Guten Dienste des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs:

*a)* die Behörden der Demokratischen Republik Kongo zu ermutigen, rascher mehr nationale Eigenverantwortung für die Reform des Sicherheitssektors zu übernehmen, namentlich durch die umgehende Fertigstellung und Umsetzung einer nationalen Strategie zur Schaffung wirksamer, inklusiver und rechenschaftspflichtiger Sicherheits- und Justizinstitutionen durch das Land, und eine führende Rolle bei der Koordinierung der von den internationalen und bilateralen Partnern und dem System der Vereinten Nationen bereitgestellten Unterstützung für die Reform des Sicherheitssektors wahrzunehmen;

*b)* die Friedenskonsolidierung und einen alle Seiten einbeziehenden und transparenten politischen Dialog zwischen allen kongolesischen Interessenträgern mit dem Ziel zu fördern, Aussöhnung und Demokratisierung voranzubringen, und zur Abhaltung glaubhafter und transparenter Wahlen im Einklang mit dem Wahlzyklus und der Verfassung zu ermutigen;

*c)* zur Konsolidierung einer wirksamen nationalen zivilen Struktur zu ermutigen, durch die die wichtigsten Bergbauaktivitäten kontrolliert und die Gewinnung natürlicher Ressourcen und der Handel damit im Osten der Demokratischen Republik Kongo in ausgewogener Weise gesteuert werden sollen;

*d)* Verletzungen und Missbräuche der Menschenrechte zu beobachten, zu melden und weiter zu verfolgen, auch im Zusammenhang mit Wahlen, und das System der Vereinten Nationen in dem Land zu unterstützen, um zu gewährleisten, dass jede von den Vereinten Nationen bereitgestellte Unterstützung mit dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht, soweit anwendbar, vereinbar ist;

*e)* der Regierung der Demokratischen Republik Kongo Gute Dienste, Rat und Unterstützung zu leisten, um die Erarbeitung und Fertigstellung eines klaren und umfassenden Fahrplans für die Durchführung der Reform des Sicherheitssektors zu ermöglichen, der Fortschrittskriterien und Fristen für die Schaffung wirksamer und rechenschaftspflichtiger Sicherheitsinstitutionen, einschließlich Überprüfungsmechanismen, enthält;

*f)* der Regierung der Demokratischen Republik Kongo unter Einhaltung der Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht Gute Dienste, Rat und Unterstützung bei der Reform der Armee zu leisten, die als ersten Schritt die Einrichtung einer überprüfen, gut ausgebildeten und angemessen ausgerüsteten „Schnelleingreiftruppe“ innerhalb der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo umfasst, die den Grundstock für eine professionelle, rechenschaftspflichtige, tragfähige und wirksame nationale Verteidigungsstreitkraft bilden soll, und nach Bedarf und in Abstimmung mit den internationalen Partnern die Ausbildung dieser Schnelleingreiftruppe zu unterstützen, die im Rahmen der durch den Fahrplan für die Reform des Sicherheitssektors vorgegebenen Fortschrittskriterien und Fristen die Fähigkeit entwickeln soll, so bald wie möglich die Sicherheitsverantwortung von der Interventionsbrigade der Mission zu übernehmen;

*g)* der Regierung der Demokratischen Republik Kongo Gute Dienste, Rat und Unterstützung bei der Konzipierung und Umsetzung von Plänen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung ausländischer und kongolesischer Kombattanten zu leisten, die nicht verdächtigt werden, Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder schwere Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben, damit diese wieder in ein friedliches ziviles Leben eingegliedert werden und zu stabilen Gemeinwesen im Osten der Demokratischen Republik Kongo beitragen können, wobei den Bedürfnissen von früher

mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Kindern besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist;

*h)* der Regierung der Demokratischen Republik Kongo Gute Dienste, Rat und Unterstützung dabei zu leisten, in enger Zusammenarbeit mit anderen internationalen Partnern auf dem Stabilisierungs- und Wiederaufbauplan der Regierung und der abgeänderten Internationalen Strategie zur Unterstützung von Sicherheit und Stabilisierung aufzubauen, um die Herstellung eines Mindestmaßes an tragfähiger staatlicher Autorität und Kontrolle in den konfliktbetroffenen Gebieten im Osten der Demokratischen Republik Kongo zu unterstützen, einschließlich durch Anstrengungen in bestimmten Gebieten, die darauf gerichtet sind, die Sicherheit und die staatliche Autorität zu erhöhen und die Einleitung einer nachhaltigen Erholung von Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen;

*i)* der Regierung der Demokratischen Republik Kongo Gute Dienste, Rat und Unterstützung bei der Reform der Polizei zu leisten und zu diesem Zweck auch zur Ausbildung von Bataillonen der Kongole-sischen Nationalpolizei beizutragen, unter Einhaltung der Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfalts-pflicht;

*j)* der Regierung der Demokratischen Republik Kongo Gute Dienste, Rat und Unterstützung bei der Ausarbeitung und Durchführung eines mehrjährigen gemeinsamen Justizunterstützungsprogramms der Vereinten Nationen im Einklang mit der kongole-sischen Strategie für die Justizreform zu leisten, um unab-hängige Institutionen und Verfahren der Strafrechtspflege, Polizei, Richterschaft und Strafvollzug in den von Konflikten betroffenen Gebieten aufzubauen;

*k)* der Regierung der Demokratischen Republik Kongo Gute Dienste, Rat und Unterstützung dabei zu leisten, die Menschenrechte zu fördern und die Straflosigkeit zu bekämpfen, namentlich durch die Um-setzung der Nulltoleranzpolitik der Regierung in Bezug auf Disziplinarvergehen, Verletzungen der Men-schenrechte und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, die von Elementen des Sicherheitssektors begangen werden;

*l)* mit der Regierung der Demokratischen Republik Kongo bei der raschen und energischen Umset-zung des Aktionsplans zur Verhütung und Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern und der sexuellen Gewalt gegen Kinder durch die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo weiter zusammenzuarbeiten und den Dialog mit allen auf der Liste aufgeführten Parteien fortzusetzen, um weitere Zusagen zu erhalten und auf die Aufstellung und Umsetzung termingebundener Aktionspläne zur Verhü-tung und Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht und anderer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht hinzuarbeiten;

6. *erklärt erneut*, dass mehrdimensionale Friedenssicherung einen umfassenden Ansatz erfordert, und ersucht die militärische und die zivile Komponente der Mission, sich auf eine kohärente Arbeitsteilung zu konzentrieren, entsprechend den jeweiligen komparativen Vorteilen und verfügbaren Kapazitäten;

7. *betont*, dass ein integriertes Vorgehen vor Ort durch die Sicherheits- und Entwicklungsakteure eine Abstimmung mit den nationalen Behörden erfordert, um die Sicherheitslage zu stabilisieren und zu verbessern und zur Wiederherstellung der staatlichen Autorität beizutragen, und unterstreicht, wie wichtig integrierte Anstrengungen aller Institutionen der Vereinten Nationen im Feld sind, um die Kohärenz der Arbeit der Vereinten Nationen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen zu fördern;

### **Übertragung von Verantwortlichkeiten**

8. *ersucht* den Generalsekretär, auch künftig Bericht zu erstatten über die derzeitige Arbeitsteilung zwischen der Mission und dem Landesteam der Vereinten Nationen in Bezug auf Aufgaben, die von der Mission, dem Landesteam und der Regierung der Demokratischen Republik Kongo gemeinsam wahrge-nommen werden, und über den Fahrplan zur Übertragung von Verantwortlichkeiten an andere Akteure, hauptsächlich die Regierung, aber auch an das Landesteam der Vereinten Nationen und die Geber, mit dem Ziel, die der Mission zugewiesenen Aufgaben zu straffen, und bekundet seine Absicht, auf der Grundlage dieser Berichterstattung das Mandat der Mission weiter zu überprüfen;

9. *fordert* die Mission *auf*, auch weiterhin mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und den kongole-sischen Behörden darauf hinzuwirken, dass das Programm zur Friedenskonsolidierung für die nicht

von dem Konflikt betroffenen Provinzen verabschiedet und umgesetzt wird, und ersucht die Mission, nach Bedarf mit der Übertragung von Aufgaben an das Landesteam der Vereinten Nationen und die kongolesischen Behörden in diesen Provinzen fortzufahren;

10. *fordert* die internationale Gemeinschaft und die Geber *nachdrücklich auf*, die Mission und das Landesteam zu unterstützen, und fordert die Regierung der Demokratischen Republik Kongo und die Nachbarstaaten auf, sich weiter an dem Prozess der Übertragung von Verantwortlichkeiten zu beteiligen;

#### **Wahlen**

11. *fordert* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo und ihre nationalen Partner *auf*, für einen transparenten und glaubwürdigen Wahlvorgang zu sorgen, in Erfüllung ihrer Hauptverantwortung, günstige Bedingungen für die bevorstehenden Wahlen zu schaffen und fordert die Regierung sowie alle maßgeblichen Parteien nachdrücklich auf, für ein Umfeld zu sorgen, das einem freien, fairen, glaubhaften, inklusiven, transparenten, friedlichen und fristgerechten Wahlprozess förderlich ist, der eine freie und konstruktive politische Debatte, freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, gleichen Zugang zu den Medien, einschließlich staatlichen Medien, Sicherheit und Bewegungsfreiheit für alle Kandidaten sowie für Wahlbeobachter und Zeugen, Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und Akteure der Zivilgesellschaft, einschließlich Frauen, beinhaltet;

12. *fordert* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo *auf*, unverzüglich den Fahrplan und den Haushalt für den Wahlzyklus zu verabschieden, und ermächtigt die Mission, nachdem der Generalsekretär den Sicherheitsrat von deren Verabschiedung unterrichtet hat, je nach Maßgabe und in Abstimmung mit den kongolesischen Behörden und dem Landesteam der Vereinten Nationen logistische Unterstützung zur Erleichterung des Wahlzyklus bereitzustellen, und beschließt, dass diese Unterstützung je nach den von den kongolesischen Behörden bei der Lenkung des Wahlvorgangs erzielten Fortschritten im Einklang mit den in Ziffer 16 der Resolution 2053 (2012) festgelegten Kriterien laufend bewertet und überprüft werden wird;

#### **Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit**

13. *wiederholt*, wie wichtig die Umsetzung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die langfristige Stabilität des Ostens der Demokratischen Republik Kongo und die Region ist;

14. *fordert* alle Unterzeichnerstaaten des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit *nachdrücklich auf*, auch künftig ihre Verpflichtungen nach Treu und Glauben vollständig und zeitgerecht umzusetzen;

15. *fordert* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, die die Hauptverantwortung für die Wahrung ihrer Souveränität und territorialen Unversehrtheit trägt, sowie die anderen Unterzeichner des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit *auf*, weitere bedeutsame Fortschritte bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zu erzielen;

16. *fordert* die Sondergesandte des Generalsekretärs für die Region der Großen Seen *auf*, in Abstimmung mit dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und mit dessen entsprechender Unterstützung auch künftig die Umsetzung der nationalen und regionalen Verpflichtungen aus dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zu leiten, zu koordinieren und zu bewerten und auf der Grundlage des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zu einem regionalen politischen Dialog auf hoher Ebene zwischen den wichtigsten Unterzeichnern anzuregen, mit dem Ziel, die tieferen Konfliktursachen anzugehen, in Kenntnis des einleitenden Dialogs, der zwischen den wichtigsten Unterzeichnern unter der Führung Angolas als Vorsitz der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen bereits stattfindet, und mit der Aufforderung an die Sondergesandte, sich auch künftig in diesem Prozess zu engagieren;



## Bewaffnete Gruppen

17. *verurteilt nachdrücklich* alle in der Region operierenden bewaffneten Gruppen und ihre Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sowie das sonstige anwendbare Völkerrecht und Verletzungen der Menschenrechte, namentlich Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Friedenssicherungskräfte der Mission und humanitäre Akteure, summarische Hinrichtungen, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt und Einziehung und Einsatz von Kindern in großem Ausmaß, und wiederholt, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden;

18. *verlangt*, dass die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas, die Allianz der demokratischen Kräfte, die Widerstandsarmee des Herrn, die Bakata-Katanga und die verschiedenen Mai-Mai-Gruppen sofort alle Formen von Gewalt und anderen destabilisierenden Aktivitäten einstellen und ihre Mitglieder diese Gruppen sofort und auf Dauer auflösen, ihre Waffen niederlegen und die Kinder in ihren Reihen demobilisieren;

19. *bekundet seine Besorgnis* darüber, dass die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas sowie andere bewaffnete Gruppen sich auch weiterhin in der Demokratischen Republik Kongo frei bewegen können, nimmt mit tiefer Besorgnis Kenntnis von Berichten, wonach die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo auf lokaler Ebene mit den Demokratischen Kräften zur Befreiung Ruandas zusammenarbeiten, begrüßt in dieser Hinsicht die Pläne der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo, unterstützt von der Mission, die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas zu neutralisieren, und betont die Notwendigkeit, diese Pläne in dauerhafte Maßnahmen umzusetzen;

20. *verlangt*, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo gemäß ihren Verpflichtungen aus den Erklärungen von Nairobi vom 12. Dezember 2013<sup>154</sup> sofort Schritte unternimmt, um ihr Programm zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung in Abstimmung mit den Vereinten Nationen, den internationalen Organisationen und den Nachbarstaaten, in denen ehemalige Kombattanten der Bewegung des 23. März Zuflucht gefunden haben, umzusetzen, ersucht in dieser Hinsicht und im Einklang mit den Erklärungen von Nairobi sowie entsprechend den in dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit eingegangenen Verpflichtungen die Vereinten Nationen und die internationalen Organisationen, mit den Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten, um dringend die Situation der auf ihrem Hoheitsgebiet befindlichen ehemaligen Kombattanten der Bewegung des 23. März anzugehen, und betont, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass alle Bestimmungen der unterzeichneten Dokumente rasch und nach Treu und Glauben durchgeführt werden und dass in dieser Hinsicht die Bewegung des 23. März sich nicht neu formiert und nicht erneut militärische Aktivitäten aufnimmt, gemäß den Erklärungen von Nairobi und den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats;

21. *fordert* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo *auf*, dringend umfassende Pläne für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie für die Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung aufzustellen und umzusetzen, damit sie in der Lage ist, mit ehemaligen Kombattanten wirksam umzugehen;

22. *stellt fest*, dass ehemalige Kombattanten der Bewegung des 23. März, einschließlich vom Sicherheitsrat benannter Personen, aus der Demokratischen Republik Kongo nach Ruanda und Uganda flüchteten, insbesondere nach der Niederlage der Bewegung des 23. März in der Demokratischen Republik Kongo, legt den Regierungen Ruandas und Ugandas nahe, mit Hilfe der Vereinten Nationen und der zuständigen internationalen Organisationen auch weiterhin sicherzustellen, dass diese Kombattanten auf Dauer demobilisiert werden, dass kongolesische Kombattanten in die Demokratische Republik Kongo zurückgesandt werden, um gegebenenfalls einen Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung abzuschließen, und gemäß dem einschlägigen Völkerrecht behandelt werden, unter besonderer Beachtung der Kinder und Frauen unter ihnen, und erinnert an die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit und nach dem mit Resolution 2136 (2014) verlängerten Sanktionsregime;

23. *wiederholt seine Unterstützung* für den Erweiterten gemeinsamen Verifikationsmechanismus als einen regionalen vertrauensbildenden Mechanismus und begrüßt den Beschluss der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen, der Mission zu gestatten, ständig in diesem Mechanismus vertreten zu sein;

### **Menschenrechte/humanitäre Fragen**

24. *fordert* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo *nachdrücklich auf*, diejenigen, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Land verantwortlich sind, festzunehmen und zur Rechenschaft zu ziehen, und betont, wie wichtig zu diesem Zweck sowohl die regionale Zusammenarbeit als auch die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof ist;

25. *fordert* die kongolesischen Behörden *auf*, die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche sicherzustellen, die im Zusammenhang mit den Wahlen vom 28. November 2011 begangen wurden;

26. *ermutigt* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, auf ihrer Zusammenarbeit mit der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten aufzubauen und nach Bedarf mit Unterstützung der Mission den Aktionsplan zur Verhütung und Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern und der sexuellen Gewalt durch die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo energisch umzusetzen, und ermutigt den Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo, Herrn Joseph Kabila, rasch den vorgeschlagenen Berater des Präsidenten für sexuelle Gewalt und die Einziehung von Kindern zu ernennen;

27. *ersucht* die Mission, in ihrem gesamten Mandat geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten als Querschnittsthema umfassend Rechnung zu tragen und der Regierung der Demokratischen Republik Kongo dabei behilflich zu sein, die Mitwirkung, Einbindung und Vertretung von Frauen auf allen Ebenen, einschließlich bei Stabilisierungstätigkeiten, bei der Reform des Sicherheitssektors und den Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozessen, sowie im nationalen politischen Dialog und in den Wahlprozessen zu gewährleisten unter anderem durch die Bereitstellung von Gleichstellungsberatern und ersucht ferner um erweiterte Berichterstattung der Mission über diese Frage an den Rat;

28. *ersucht* die Mission *außerdem*, in ihrem gesamten Mandat dem Kinderschutz als Querschnittsthema umfassend Rechnung zu tragen und der Regierung der Demokratischen Republik Kongo dabei behilflich zu sein, sicherzustellen, dass dem Schutz der Rechte der Kinder Rechnung getragen wird, unter anderem in den Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozessen sowie bei der Reform des Sicherheitssektors, um den Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern ein Ende zu setzen und sie zu verhindern;

29. *fordert* alle Akteure *auf*, stärkere Anstrengungen zu unternehmen, um Straflosigkeit für sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten zu bekämpfen, den Überlebenden alle notwendigen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen und zu gewährleisten, dass Frauen gleichberechtigt und umfassend im Rahmenabkommen und in allen Stadien der Konfliktlösung, des Wiederaufbaus und der Förderung des Friedens einbezogen werden, unter anderem durch die Berücksichtigung des in der Erklärung von Bujumbura vom 11. Juli 2013 enthaltenen Aufrufs, sicherzustellen, dass die Fortschrittskriterien, Indikatoren und Folgemaßnahmen des Durchführungsplans des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit geschlechtersensibel sind;

### **Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo**

30. *fordert* die Mission *auf*, angesichts der Angriffe der Widerstandsarmee des Herrn die Strategien mit den anderen Missionen der Vereinten Nationen in der Region abzustimmen und bekundet erneut seine Unterstützung für die jeweiligen Initiativen der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union mit dem Ziel, das regionale Vorgehen gegen die Widerstandsarmee des Herrn im Einklang mit Ziffer 4 a) zu erleichtern;

31. *legt* der Mission *nahe*, durch ein umfassendes Programm für Öffentlichkeitsarbeit ihre Kontakte zur Zivilbevölkerung zu verstärken, um ihr Mandat und ihre Tätigkeiten besser bekannt zu machen und das Verständnis dafür zu erhöhen, mögliche Bedrohungen der Zivilbevölkerung zu ermitteln und zuverlässige Informationen über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen, die an Zivilpersonen begangen wurden, zu sammeln;

32. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Mission die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexu-

ellem Missbrauch uneingeschränkt einhält, und den Rat über Fälle solchen Verhaltens unterrichtet zu halten;

33. *ersucht* die Mission, sicherzustellen, dass jegliche Unterstützung, die den nationalen Streitkräften bereitgestellt wird, in strikter Einhaltung der Richtlinien der Vereinten Nationen zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht erfolgt, und fordert das System der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo auf, ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen zur Umsetzung der Richtlinien zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht zu beschließen;

34. *verlangt*, dass alle Parteien mit den Einsätzen der Mission uneingeschränkt kooperieren und den vollen, sicheren, sofortigen und ungehinderten Zugang des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals für die Durchführung ihres Mandats und die rechtzeitige Gewährung humanitärer Hilfe an bedürftige Bevölkerungsgruppen, insbesondere an Binnenvertriebene, im gesamten Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo gestatten und erleichtern, unter Achtung der Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe und der einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts;

35. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, großzügig zu dem humanitären Appell der Vereinten Nationen für die Demokratische Republik Kongo beizutragen, damit die humanitären Organisationen der Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen voll finanziert und in der Lage sind, dem Schutz- und Hilfebedarf der Binnenvertriebenen, der Überlebenden sexueller Gewalt und sonstiger verwundbarer Gemeinschaften gerecht zu werden;

36. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, die für die Mission noch benötigten Unterstützungselemente, insbesondere militärische Lufteinsatzmittel, zuzusagen und bereitzustellen, und erinnert an die Wichtigkeit enger Konsultationen mit den truppen- und polizeistellenden Ländern;

37. *stellt fest*, wie wichtig es ist, dass alle Kontingente der Mission, einschließlich der Kontingente der Interventionsbrigade, angemessen vorbereitet und effektiv ausgerüstet sind, damit sie ihre jeweiligen Aufgaben erfüllen können;

38. *bekundet* der Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen nach Resolution 1533 (2004) *seine volle Unterstützung* und fordert alle Staaten, insbesondere diejenigen in der Region, die Mission und die Sachverständigengruppe zu verstärkter Zusammenarbeit auf, ermutigt alle Parteien und alle Staaten, sicherzustellen, dass ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle unterstehende Personen und Einrichtungen mit der Sachverständigengruppe zusammenarbeiten, und verlangt erneut, dass alle Parteien und alle Staaten die Sicherheit der Mitglieder der Gruppe und ihres Unterstützungspersonals sowie den ungehinderten und sofortigen Zugang gewährleisten, insbesondere zu Personen, Dokumenten und Orten, bei denen die Sachverständigengruppe dies zur Erfüllung ihres Mandats für sachdienlich erachtet;

### **Strategische Überprüfung**

39. *ersucht* den Generalsekretär, eine eingehende strategische Überprüfung der Mission und der umfassenderen Präsenz der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo durchzuführen mit dem Ziel, dem Sicherheitsrat bis zum 30. Dezember 2014 Empfehlungen über die zukünftigen Ziele der Mission, ihre Aktivitäten, ihre Ausstiegsstrategie und den wirksamen Einsatz ihrer Ressourcen abzugeben, eingedenk der Notwendigkeit, die Effektivität der Mission weiter zu erhöhen;

### **Berichte des Generalsekretärs**

40. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat alle drei Monate wie folgt Bericht zu erstatten:

- i) über die Situation vor Ort, einschließlich sexueller Gewalt und der Auswirkungen von Konflikten auf Frauen und Kinder;
- ii) über die Fortschritte der Demokratischen Republik Kongo bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen, einschließlich durch die Aufstellung und Umsetzung eines Fahrplans für die Reform des nationalen Sicherheitssektors und die Schaffung einer kongolesischen „Schnelleingreiftruppe“, und über die Umsetzung der Pläne für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie für die Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung;

iii) über die Umsetzung des Mandats durch die Mission, einschließlich der Tätigkeiten der Interventionsbrigade, ihre Umgliederung zur Durchführung der genannten Aufgaben und die laufende Übertragung von Verantwortlichkeiten an andere Akteure;

iv) über die Risiken und ihre Auswirkungen auf die Sicherheit des Personals und der Einrichtungen der Vereinten Nationen infolge der möglichen militärischen Einsätze sowie über die zur Erhöhung ihrer Sicherheit und zur Risikominderung ergriffenen Maßnahmen;

41. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, dem Rat alle sechs Monate, in Abstimmung mit seinem Sondergesandten für die Region der Großen Seen und seinem Sonderbeauftragten für die Demokratische Republik Kongo, über die Umsetzung der Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit Bericht zu erstatten;

42. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7150. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

---

## DIE SITUATION IN DER ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK<sup>162</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7017. Sitzung am 14. August 2013 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in der Zentralafrikanischen Republik (S/2013/470)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Generalleutnant Babacar Gaye, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinatorin, und Herrn Ivan Simonović, Beigeordneter Generalsekretär für Menschenrechte, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7042. Sitzung am 10. Oktober 2013 beschloss der Rat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen.

### Resolution 2121 (2013) vom 10. Oktober 2013

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine Resolution 2088 (2013) vom 24. Januar 2013 sowie seine Presseerklärungen vom 19. und 27. Dezember 2012 und 4. und 11. Januar, 20., 22. und 25. März, 29. April und 14. August 2013,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit der Zentralafrikanischen Republik und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft und der regionalen Zusammenarbeit,

---

<sup>162</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1997 verabschiedet.

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die Sicherheitslage in der Zentralafrikanischen Republik, die durch einen völligen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung und fehlende Rechtsstaatlichkeit gekennzeichnet ist, ferner mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Folgen der Instabilität in der Zentralafrikanischen Republik für die zentralafrikanische Region und darüber hinaus und in dieser Hinsicht betonend, dass rasch gehandelt werden muss,

*nach wie vor ernsthaft besorgt* über die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche, insbesondere durch Elemente der Séléka, darunter außergerichtliche Tötungen, Verschwindenlassen, willkürliche Festnahme und Inhaftierung, Folter, sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder, Vergewaltigung, Einziehung und Einsatz von Kindern und Angriffe auf Zivilpersonen,

*erneut erklärend*, dass alle Personen, die solche Handlungen begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen und dass einige dieser Handlungen Straftaten nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs<sup>163</sup> darstellen können, dessen Vertragspartei die Zentralafrikanische Republik ist, und in dieser Hinsicht unter Hinweis auf die Erklärung der Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs vom 7. August 2013,

*mit Anerkennung Kenntnis nehmend* von der Resolution 24/34 des Menschenrechtsrats vom 25. September 2013<sup>164</sup>, in der die Ernennung eines unabhängigen Experten beschlossen wurde, mit dem Auftrag, die Menschenrechtssituation in der Zentralafrikanischen Republik zu beobachten und Empfehlungen über technische Hilfe und Kapazitätsaufbau auf dem Gebiet der Menschenrechte abzugeben,

*mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis* über die erhebliche Verschlechterung der humanitären Lage und die Unsicherheit, die den humanitären Zugang behindert, sowie über die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, durch die sich die wachsende humanitäre Krise zu einer komplexen Notsituation verschärft hat,

*unter Hervorhebung seiner besonderen Besorgnis* über Meldungen, wonach sich Gewalt gezielt gegen Vertreter ethnischer und religiöser Gruppen richtet und die Spannungen zwischen Gemeinschaften zunehmen,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* darüber, dass die Widerstandsarmee des Herrn in der Zentralafrikanischen Republik weiter aktiv ist, was zum Teil auf die vorherrschende Sicherheitslage zurückzuführen ist,

*unter Hinweis* auf seine Resolution 2117 (2013) vom 26. September 2013 und mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis über die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Zentralafrikanischen Republik, die durch den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen entsteht,

*unter nachdrücklicher Verurteilung* der gezielten Angriffe auf Personal der Vereinten Nationen und humanitäre Akteure und betonend, dass alle Parteien die erforderlichen Maßnahmen ergreifen sollen, um die Sicherheit des humanitären Personals, des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten und die Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten der Vereinten Nationen zu achten und ihre Achtung sicherzustellen,

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, die Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 und 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit und die Resolutionen 1612 (2005) 26. Juli 2005,

---

<sup>163</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2187, No. 38544. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2000 II S. 1394; LGBl. 2002 Nr. 90; öBGBI. III Nr. 180/2002; AS 2002 3743.

<sup>164</sup> Siehe *Official Records of the General Assembly, Sixty-eighth Session, Supplement No. 53A (A/68/53/Add.1)*, Kap. III.

1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011 und 2068 (2012) vom 19. September 2012 über Kinder und bewaffnete Konflikte und mit der Aufforderung an die Parteien in der Zentralafrikanischen Republik, mit der Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten Verbindung aufzunehmen,

*in Erwartung* der raschen Ernennung eines neuen Vorsitzenden der Landes-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung für die Zentralafrikanische Republik,

*erneut erklärend*, dass er die gewaltsame Machtergreifung am 24. März 2013 durch die Séléka-Koalition sowie die Gewalt und die Plünderungen, die damit einhergingen, verurteilt,

*unter Verurteilung* der Verwüstung von Naturerbe und feststellend, dass Wilderei und der illegale Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen zu den Faktoren gehören, die die Krise in der Zentralafrikanischen Republik schüren,

*Kenntnis nehmend* von dem Beschluss des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 25. März 2013, die Beteiligung der Zentralafrikanischen Republik an allen Aktivitäten der Afrikanischen Union auszusetzen, sowie von dem Beschluss der genannten Organisation gegen die Führer der Séléka, deren Handeln gegen die Vereinbarungen von Libreville vom 11. Januar 2013 verstieß und die prekäre Stabilität in der Zentralafrikanischen Republik gefährdete<sup>165</sup>,

*in Würdigung* der anhaltenden Bemühungen der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten und ihres Vermittlers in Bezug auf die Krise in der Zentralafrikanischen Republik sowie der Anstrengungen der Afrikanischen Union zur Beilegung der Krise und der Anstrengungen der Internationalen Kontaktgruppe für die Zentralafrikanische Republik,

*unter Begrüßung* des Beschlusses des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 19. Juli 2013, die Entsendung der „Internationalen Unterstützungsmission in der Zentralafrikanischen Republik unter afrikanischer Führung“ (im Folgenden als „Internationale Unterstützungsmission“ bezeichnet) zu genehmigen<sup>166</sup>, sowie der Schlussfolgerungen der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten in Bezug auf die Modalitäten des Übergangs von der Mission für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik auf die Internationale Unterstützungsmission im Anschluss an das am 2. und 3. September 2013 in Addis Abeba abgehaltene Konsultativtreffen<sup>167</sup>,

*Kenntnis nehmend* von der Erklärung von Kigali der Außenminister der Mitglieder des Ständigen beratenden Ausschusses der Vereinten Nationen für Sicherheitsfragen in Zentralafrika vom 23. August 2013<sup>168</sup>,

*sowie Kenntnis nehmend* von dem Bericht des Generalsekretärs vom 5. August 2013<sup>169</sup> und seinen Empfehlungen über das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik

*ferner Kenntnis nehmend* von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 16. September 2013 über die Situation in der Zentralafrikanischen Republik und über die Tätigkeit des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung<sup>170</sup>,

*erneut erklärend*, dass der bewaffnete Konflikt und die Krise in der Zentralafrikanischen Republik eine ernste Bedrohung der Stabilität der Zentralafrikanischen Republik, der zentralafrikanischen Region und darüber hinaus darstellen,

---

<sup>165</sup> Siehe S/2013/202, Anlage II.

<sup>166</sup> Siehe S/2013/476, Anlage 1.

<sup>167</sup> Siehe S/2013/566, Anlage 1.

<sup>168</sup> A/68/384, Anhang.

<sup>169</sup> S/2013/470.

<sup>170</sup> S/2013/557.

### Politischer Übergang

1. *bekundet seine Unterstützung* für die Vereinbarungen von Libreville vom 11. Januar 2013, die Erklärung von N'Djamena vom 18. April 2013 und den Fahrplan des Gipfeltreffens von N'Djamena, die die Grundlage für eine friedliche politische Lösung der Krise in der Zentralafrikanischen Republik bilden;
2. *erklärt erneut*, dass nach der in Libreville unterzeichneten politischen Vereinbarung der Premierminister das Oberhaupt der Regierung der nationalen Einheit ist, die mit der Umsetzung der in Artikel 5 der Vereinbarung festgelegten Prioritäten betraut ist, und fordert alle Parteien nachdrücklich auf, diese Vereinbarung zu achten;
3. *verlangt* die rasche Umsetzung der in Ziffer 1 genannten Übergangsregelungen, die zur Abhaltung freier, fairer und transparenter Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 18 Monate nach Beginn des Übergangszeitraums führen, der in Artikel 102 der am 18. August 2013 in Kraft getretenen Übergangsscharta festgelegt ist, wie in der Erklärung von N'Djamena gefordert;
4. *ersucht* den Generalsekretär, Unterstützung für die laufenden Vermittlungsbemühungen der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten bereitzustellen, unter anderem durch die Guten Dienste seines Sonderbeauftragten für die Zentralafrikanische Republik, um die Durchführung der Vereinbarungen von Libreville und des Fahrplans von N'Djamena zu unterstützen;
5. *bekundet seine Bereitschaft*, erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen gegen diejenigen zu erwägen, deren Handeln den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit untergräbt, einschließlich derjenigen, die gegen Übergangsvereinbarungen verstoßen, den Übergangsprozess behindern und Gewalt schüren;
6. *unterstreicht*, dass die zentralafrikanischen Behörden die Hauptverantwortung dafür tragen, die Bevölkerung zu schützen und die Sicherheit und Einheit im Hoheitsgebiet der Zentralafrikanischen Republik zu gewährleisten, und betont, dass sie verpflichtet sind, die Achtung des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts sicherzustellen;
7. *bekundet seine volle Unterstützung* für die Anstrengungen, die die Vereinten Nationen unter anderem über den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Generalleutnant i.R. Babacar Gaye, in der Zentralafrikanischen Republik unternehmen, und fordert die internationale Gemeinschaft erneut auf, diese Anstrengungen zu unterstützen;
8. *verlangt*, dass die Elemente der Séléka und alle anderen bewaffneten Gruppen ihre Waffen sofort niederlegen, und fordert sie nachdrücklich auf, an den Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogrammen oder an den Entwaffnungs-, Demobilisierungs-, Repatriierungs-, Neuansiedlungs- und Wiedereingliederungsprogrammen teilzunehmen;

### Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik

9. *nimmt mit Dank Kenntnis* von den Empfehlungen des Generalsekretärs in seinem Schreiben vom 16. September 2013<sup>170</sup> zur Verstärkung des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik;
10. *beschließt*, das Mandat des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung zu stärken und wie folgt zu aktualisieren:
  - a) *Unterstützung zur Umsetzung des Übergangsprozesses*:
    - die verfassungsmäßige Ordnung durch die Unterstützung des laufenden politischen Prozesses, der Übergangsinstitutionen und der Umsetzungsmechanismen wiederherstellen zu helfen und bei der Umsetzung der Vereinbarungen von Libreville und des Fahrplans von N'Djamena behilflich zu sein;
    - bei der Durchführung des Wahlprozesses behilflich zu sein, mit dem Ziel, die Wahlen wie in Ziffer 3 vorgesehen abzuhalten;

- b) *Unterstützung für Konfliktprävention und humanitäre Hilfe:*
  - durch Gute Dienste, Vertrauensbildung und Moderation Konflikte vorherzusehen, zu verhüten, abzumildern und zu lösen und die sichere Erbringung humanitärer Hilfe unter ziviler Führung und im Einklang mit den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe zu erleichtern;
- c) *Unterstützung zur Stabilisierung der Sicherheitslage:*
  - die Stabilisierung der Sicherheitslage durch Beratung in den Bereichen Lenkung und Reform des Sicherheitssektors, Rechtsstaatlichkeit (einschließlich Polizei, Justiz und Strafvollzug), die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung oder die Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung der Kombattanten, einschließlich aller mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder, sowie Antiminienmaßnahmen, einschließlich der Räumung explosiver Kampfmittelrückstände, zu unterstützen;
- d) *Förderung und Schutz der Menschenrechte:*
  - in der Zentralafrikanischen Republik begangene Menschenrechtsmissbräuche oder -verletzungen oder Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, insbesondere auch durch die Widerstandsarmee des Herrn, zu beobachten, untersuchen zu helfen und dem Sicherheitsrat darüber Bericht zu erstatten sowie zu den Bemühungen um die Verhütung solcher Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen beizutragen;
  - insbesondere Rechtsverletzungen und Missbräuche an Kindern sowie Rechtsverletzungen an Frauen, einschließlich aller Formen sexueller Gewalt im bewaffneten Konflikt, zu beobachten, untersuchen zu helfen und dem Rat darüber Bericht zu erstatten, unter anderem durch die Entsendung von Frauenschutzberatern und Kinderschutzberatern;
  - zur Stärkung der Kapazitäten des Justizsystems, einschließlich Mechanismen zur Unrechtsaufarbeitung, sowie der nationalen Menschenrechtsinstitutionen beizutragen und bei den Bemühungen um die nationale Aussöhnung behilflich zu sein;
- e) *Koordinierung der internationalen Akteure:*
  - die an der Durchführung der genannten Aufgaben beteiligten internationalen Akteure zu koordinieren;

11. *nimmt Kenntnis* von der Empfehlung des Generalsekretärs, das Integrierte Büro für die Friedenskonsolidierung solle seine Feldpräsenz stärken, sobald es die Sicherheitsbedingungen zulassen, bekundet in dieser Hinsicht seine Absicht, die Vorschläge des Generalsekretärs zum Schutz des Personals und der Einrichtungen der Vereinten Nationen, darunter die mögliche Aufstellung einer Wacheinheit, rasch zu prüfen, und ersucht den Generalsekretär, diesbezüglich Einzelheiten vorzulegen;

#### **Widerstandsarmee des Herrn**

12. *fordert* alle in Betracht kommenden Länder, subregionalen Organisationen und Regionalorganisationen *auf*, ihre Anstrengungen voranzutreiben und ihre Koordinierung zu verstärken, insbesondere über den Regionalen Einsatzverband der Afrikanischen Union und die Regionalstrategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehenden Bedrohung;

#### **Menschenrechte und humanitärer Zugang**

13. *verurteilt nachdrücklich* die anhaltenden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche, die von bewaffneten Gruppen, insbesondere von Elementen der Seleka und von der Widerstandsarmee des Herrn, begangen werden und die Bevölkerung bedrohen, und betont, dass diejenigen, die solche Rechtsverletzungen und Verstöße begehen, vor Gericht gestellt werden;

14. *verlangt*, dass alle Parteien in der Zentralafrikanischen Republik, insbesondere die Séléka, im Einklang mit den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe den sicheren und ungehinderten Zugang und die rasche Bereitstellung humanitärer Hilfe an hilfebedürftige Personen gewährleisten;



15. *verlangt außerdem*, dass alle bewaffneten Gruppen, insbesondere Elemente der Séléka, die Einziehung und den Einsatz von Kindern verhindern, verlangt ferner, dass alle Parteien die von Streitkräften und bewaffneten Gruppen freigelassenen oder auf andere Weise getrennten Kinder schützen und als Opfer ansehen, und betont, dass dem Schutz, der Freilassung und der Wiedereingliederung aller mit bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss;

16. *fordert* alle an dem bewaffneten Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik beteiligten Parteien, einschließlich der Elemente der Séléka, *auf*, klare Anordnungen gegen sexuelle Gewalt zu erteilen, und fordert diese Parteien ferner auf, konkrete Verpflichtungen zur raschen Untersuchung behaupteter Missbrauchshandlungen einzugehen und einzuhalten, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, im Einklang mit seiner Resolution 1960 (2010), und den Opfern sexueller Gewalt sofortigen Zugang zu den verfügbaren Diensten zu ermöglichen;

#### **Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung/Reform des Sicherheitssektors**

17. *unterstreicht*, wie wichtig die Erarbeitung und Durchführung von Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogrammen oder Entwaffnungs-, Demobilisierungs-, Repatriierungs-, Neuansiedlungs- und Wiedereingliederungsprogrammen, namentlich für die Elemente der Seleka, die nicht in die Sicherheitskräfte eingegliedert werden, sowie Programmen zur Reform des Sicherheitssektors sind, die geeignete Überprüfungsverfahren umfassen, unterstreicht die Notwendigkeit professioneller, ausgewogener und repräsentativer Sicherheitskräfte der Zentralafrikanischen Republik und ersucht den Generalsekretär, in seinem am 31. Dezember vorzulegenden Bericht im Einzelnen auf diese Programme einzugehen und Vorschläge zu unterbreiten, wie das Integrierte Büro für die Friedenskonsolidierung bei ihrer Umsetzung behilflich sein könnte;

18. *betont*, wie wichtig es ist, gegen den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen in der Zentralafrikanischen Republik vorzugehen, und bekundet seine Bereitschaft, in dieser Hinsicht geeignete Maßnahmen zu prüfen;

#### **Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission in der Zentralafrikanischen Republik unter afrikanischer Führung**

19. *erwartet mit Interesse* die rasche Einrichtung der Internationalen Unterstützungsmission als einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung der Voraussetzungen für eine stabile und demokratische Zentralafrikanische Republik, die die Autorität über ihr Staatsgebiet ausübt und ihre Verantwortung für den Schutz ihrer Zivilbevölkerung übernimmt;

20. *legt* den Ländern in der Region und den anderen afrikanischen Ländern *nahe*, sich an der Einrichtung der Internationalen Unterstützungsmission zu beteiligen, legt ferner den Mitgliedstaaten nahe, die Internationale Unterstützungsmission rasch und wirksam zu unterstützen, ermutigt außerdem die Afrikanische Union und die Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, auf der Grundlage ihrer früheren Konsultationen ihre Anstrengungen mit dem Ziel eines wirksamen Übergangs von der Mission für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik zur Internationalen Unterstützungsmission zu beschleunigen, und ersucht in dieser Hinsicht den Generalsekretär und das Integrierte Büro für die Friedenskonsolidierung, geeignete Mechanismen für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgemeinschaft und der Afrikanischen Union einzurichten, um diesen Prozess zu erleichtern;

21. *nimmt Kenntnis* von dem Schreiben des Kommissars für Frieden und Sicherheit der Afrikanischen Union vom 26. Juli 2013 an den Generalsekretär<sup>171</sup>, in dem betont wurde, wie wichtig eine starke Partnerschaft mit den Vereinten Nationen ist;

22. *erklärt seine Absicht*, Optionen für die Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission zu erwägen, ersucht den Generalsekretär, umgehend Planer bereitzustellen, die der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten und der Afrikanischen Union, in engem Benehmen mit allen interessierten bilateralen Partnern und internationalen Organisationen, bei den gemeinsamen Planungsmaßnahmen für die

---

<sup>171</sup> S/2013/476, Anlage.

Entsendung der Internationalen Unterstützungsmission behilflich sind, und ersucht den Generalsekretär ferner, in enger Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft und den genannten Partnern spätestens 30 Tage nach Verabschiedung dieser Resolution einen schriftlichen Bericht über die Planung für die Internationale Unterstützungsmission samt detaillierten Optionen für deren internationale Unterstützung vorzulegen, einschließlich der Möglichkeit einer Umwandlung der Internationalen Unterstützungsmission in einen Friedenssicherungseinsatz der Vereinten Nationen, vorbehaltlich geeigneter Bedingungen vor Ort;

### **Bericht**

23. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, im Einklang mit Resolution 2088 (2013) des Rates bis zum 31. Dezember 2013 einen Bericht vorzulegen, der eine detaillierte Bewertung der Leistung und der Wirksamkeit des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung enthält;

24. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7042. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Am 29. Oktober 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>172</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 22. Oktober 2013 betreffend die Aufstellung einer Wacheinheit, die die Durchführung der mandatsmäßigen Aufgaben des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik ermöglichen soll<sup>173</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von den in Ihrem Schreiben enthaltenen Informationen und den darin vorgeschlagenen Regelungen Kenntnis.

Auf seiner 7069. Sitzung am 25. November 2013 beschloss der Rat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

Bericht des Generalsekretärs über die Zentralafrikanische Republik gemäß Ziffer 22 der Resolution 2121 (2013) des Sicherheitsrats (S/2013/677)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Ahmad Allam-mi, den Generalsekretär der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, und Herrn Adonia Ayebare, den Leitenden Berater für Friedenskonsolidierung und Entwicklung im Büro des Ständigen Beobachters der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7072. Sitzung am 5. Dezember 2013 beschloss der Rat, die Vertreter Gabuns, Kongos und der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

Bericht des Generalsekretärs über die Zentralafrikanische Republik gemäß Ziffer 22 der Resolution 2121 (2013) des Sicherheitsrats (S/2013/677)“.

---

<sup>172</sup> S/2013/637.

<sup>173</sup> S/2013/636.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Tété António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

**Resolution 2127 (2013)**  
**vom 5. Dezember 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen und Erklärungen über die Zentralafrikanische Republik, insbesondere die Resolution 2121 (2013) vom 10. Oktober 2013,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit der Zentralafrikanischen Republik und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft und der regionalen Zusammenarbeit,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die anhaltende Verschlechterung der Sicherheitslage in der Zentralafrikanischen Republik, die durch einen völligen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung, fehlende Rechtsstaatlichkeit und religiöse Spannungen gekennzeichnet ist, ferner mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis über die Folgen der Instabilität in der Zentralafrikanischen Republik für die zentralafrikanische Region und darüber hinaus und in dieser Hinsicht betonend, dass die internationale Gemeinschaft rasch handeln muss,

*nach wie vor ernsthaft besorgt* über die vielfältigen und zunehmenden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche, insbesondere durch die ehemaligen Séléka und durch Milizen, vor allem die als „Anti-Balaka“ bekannte Gruppe, darunter außergerichtliche Tötungen, Verschwindenlassen, willkürliche Festnahme und Inhaftierung, Folter, sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder, Vergewaltigung, Einziehung und Einsatz von Kindern und Angriffe auf Zivilpersonen,

*unter Hervorhebung seiner besonderen Besorgnis* über die neue Dynamik von Gewalt und Vergeltung und die Gefahr des Ausartens in eine religiöse und ethnische Spaltung, die das ganze Land erfasst, sowie der möglichen Eskalation zu einer Situation, die nicht mehr beherrschbar ist, einschließlich schwerer völkerrechtlicher Verbrechen, insbesondere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, verbunden mit ersten regionalen Auswirkungen,

*ferner seine Besorgnis darüber bekundend*, dass die Polizei und die Justiz- und Strafvollzugsinstitutionen nicht über ausreichende Kapazitäten verfügen, um diejenigen, die solche Verstöße und Rechtsverletzungen begehen, zur Rechenschaft zu ziehen,

*unter Verurteilung* jeder Gewalt, die sich gezielt gegen die Angehörigen ethnischer und religiöser Gruppen und ihre Führer richtet, und alle Parteien und Interessenträger in der Zentralafrikanischen Republik dazu ermutigend, mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft den Dialog zwischen den Volksgruppen und Religionen zu unterstützen und wirksam dazu beizutragen, mit dem Ziel, die gegenwärtigen Spannungen vor Ort zu verringern,

*erneut erklärend*, dass alle Personen, die solche Handlungen begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen und dass einige dieser Handlungen Straftaten nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs<sup>163</sup> darstellen können, dessen Vertragspartei die Zentralafrikanische Republik ist, und ferner unter Hinweis auf die Erklärung der Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs vom 7. August 2013,

*unter erneuter Verurteilung* der Verwüstung von Naturerbe und feststellend, dass Wilderei und der illegale Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen zu den Faktoren gehören, die die Krise in der Zentralafrikanischen Republik schüren,

*im Hinblick* auf den Beschluss des Kimberley-Prozesses, die Zentralafrikanische Republik zu suspendieren,

*unter Begrüßung* des Berichts des Generalsekretärs vom 15. November 2013 über die Situation in der Zentralafrikanischen Republik und über die Planung für die internationale Unterstütsungsmission in der Zentralafrikanischen Republik unter afrikanischer Führung („Internationale Unterstütsungsmission“)<sup>174</sup> und Kenntnis nehmend von den detaillierten Optionen für eine internationale Unterstütsung dieser Mission,

*unter Hinweis* darauf, dass die Übergangsbehörden die Hauptverantwortung für den Schutz der Zivilbevölkerung tragen,

*sowie unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 26. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011 und 2068 (2012) vom 19. September 2012 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit und mit der Aufforderung an die Parteien in der Zentralafrikanischen Republik, mit der Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Sonderbeauftragten für sexuelle Gewalt in Konflikten Verbindung aufzunehmen,

*betonend*, wie wichtig es ist, dass die Übergangsbehörden die volle und gleichberechtigte Beteiligung der Frauen an allen Gesprächen über die Beilegung des Konflikts und in allen Phasen von Wahlprozessen sicherstellen,

*nachdrücklich* auf die Gefahr *hinweisend*, dass die Situation in der Zentralafrikanischen Republik ein förderliches Umfeld für grenzüberschreitende kriminelle Tätigkeiten, darunter solche, bei denen Waffenhandel und der Einsatz von Söldnern im Spiel sind, sowie einen möglichen Nährboden für radikale Netzwerke bieten kann,

*unter Hinweis* auf seine Resolution 2117 (2013) vom 26. September 2013 und mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis über die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Zentralafrikanischen Republik, die durch den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen entsteht,

*mit dem Ausdruck seiner anhaltenden Besorgnis* darüber, dass die Widerstandsarmee des Herrn in der Zentralafrikanischen Republik aktiv ist, was zum Teil auf die vorherrschende Sicherheitslage zurückzuführen ist,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner ersten Besorgnis* über die sich verschlechternde humanitäre Lage in der Zentralafrikanischen Republik, unter nachdrücklicher Verurteilung der wiederholten Angriffe auf Personal der Vereinten Nationen und humanitäres Personal sowie humanitäre Güter, Ausrüstungen und Räumlichkeiten sowie die Plünderung humanitärer Hilfsgüter, was die Hilfeleistung behindert hat,

*unterstreichend*, wie wichtig die Achtung der Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe ist, einschließlich der Neutralität, der Unparteilichkeit, der Menschlichkeit und der Unabhängigkeit bei der Gewährung humanitärer Hilfe,

*mit der nachdrücklichen Aufforderung* an alle Parteien, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals samt ihrem Material zu gewährleisten,

*unter Hinweis* auf das Schreiben des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 29. Oktober 2013 an den Generalsekretär, in dem die Aufstellung einer Wacheinheit in der Zentralafrikanischen Republik im Rahmen des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik gebilligt wird<sup>172</sup>, Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 26. November 2013 an den Präsidenten des Rates, in dem die Fortschritte bei der Aufstellung einer Wach-

---

<sup>174</sup> S/2013/677.

einheit im Rahmen des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung hervorgehoben werden<sup>175</sup> sowie von der am 5. November 2013 bekundete Zustimmung der Übergangsbehörden zu einer solchen Wacheinheit, und in dieser Hinsicht den Beitrag des Marokkos zu dieser Einheit begrüßend,

*unter Begrüßung* des Beschlusses des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 19. Juli 2013, die Entsendung der Internationalen Unterstützungsmission zu genehmigen<sup>166</sup>, sowie der Annahme eines neuen Einsatzkonzepts am 10. Oktober 2013,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner Anerkennung* für die anhaltenden Bemühungen der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten und ihres Vermittlers in Bezug auf die Krise in der Zentralafrikanischen Republik sowie für die Anstrengungen der Afrikanischen Union zur Beilegung der Krise und die Anstrengungen der Internationalen Kontaktgruppe für die Zentralafrikanische Republik,

*unter Begrüßung* des nachdrücklichen Engagements der Europäischen Union für die Zentralafrikanische Republik, insbesondere der Schlussfolgerungen des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) vom 21. Oktober 2013 und der Zusage der Europäischen Union, im Rahmen der Friedensfazilität für Afrika finanziell zur Entsendung der Internationalen Unterstützungsmission beizutragen, und ferner die laufenden Gespräche innerhalb der Europäischen Union über die Möglichkeit zusätzlicher Unterstützung begrüßend,

*sowie unter Begrüßung* der Anstrengungen des Sekretariats, die Liste der Sachverständigen für die Unterabteilung Nebenorgane des Sicherheitsrats zu erweitern und zu verbessern, eingedenk der mit der Mitteilung des Präsidenten vom 22. Dezember 2006<sup>176</sup> vorgegebenen Leitlinien,

*Kenntnis nehmend* von der Erklärung, die die Internationale Kontaktgruppe für die Zentralafrikanische Republik auf ihrer am 8. November 2013 in Bangui abgehaltenen dritten Tagung annahm,

*sowie Kenntnis nehmend* von dem Kommuniké des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 13. November 2013, in dem der Sicherheitsrat nachdrücklich aufgefordert wird, rasch eine Resolution zur Billigung und Genehmigung der Entsendung der Internationalen Unterstützungsmission zu verabschieden,

*ferner Kenntnis nehmend* von dem Schreiben des Vorsitzenden der Kommission für Friedenskonsolidierung vom 22. November 2013<sup>177</sup>, in dem betont wird, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass sofort nach der Stabilisierung der Sicherheits- und humanitären Lage in der Zentralafrikanischen Republik dem Bedarf auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung Rechnung getragen wird, und in dieser Hinsicht die Rolle der Kommission bei der Mobilisierung und Aufrechterhaltung der Aufmerksamkeit und des Engagements der Partner und Akteure zur Unterstützung der diesbezüglichen Anstrengungen der Vereinten Nationen und regionalen Anstrengungen hervorgehoben wird,

*Kenntnis nehmend* von dem Schreiben der Behörden der Zentralafrikanischen Republik vom 20. November 2013, in dem sie um Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission durch französische Truppen ersuchen,

*unterstreichend*, wie wichtig es ist, dass alle in der Zentralafrikanischen Republik tätigen subregionalen, regionalen und internationalen Organisationen ihre Koordinierung untereinander verbessern,

*feststellend*, dass die Situation in der Zentralafrikanischen Republik eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

## **Politischer Prozess**

1. *unterstreicht seine Unterstützung* für die Vereinbarungen von Libreville vom 11. Januar 2013, die Erklärung von N'Djamena vom 18. April 2013, den Appell von Brazzaville vom 3. Mai 2013 und die

---

<sup>175</sup> S/2013/696.

<sup>176</sup> S/2006/997.

<sup>177</sup> S/2013/687.

Erklärung, die die Internationale Kontaktgruppe für die Zentralafrikanische Republik auf ihrer dritten Tagung am 8. November 2013 in Bangui annahm;

2. *erklärt erneut*, dass nach der in Libreville unterzeichneten politischen Vereinbarung der Premierminister das Oberhaupt der Regierung der nationalen Einheit ist, die mit der Umsetzung der in Artikel 5 der Vereinbarung festgelegten Prioritäten betraut ist, und fordert alle Parteien nachdrücklich auf, diese Vereinbarung zu achten;

3. *erklärt außerdem erneut*, dass nach der Afrikanischen Charta für Demokratie, Wahlen und Regierungsführung, den Vereinbarungen von Libreville, den einschlägigen Beschlüssen der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten und der Verfassungscharta für den Übergang das Oberhaupt des Übergangs, der Premierminister, der Präsident des Nationalen Übergangsrats, die Minister und die Amtsträger des Nationalen Übergangsrats nicht an den Wahlen teilnehmen dürfen, mit denen die verfassungsmäßige Ordnung wiederhergestellt werden soll;

4. *fordert* die Übergangsbehörden *nachdrücklich auf*, alle geeigneten Schritte für die sofortige Entwaffnung, Kantonierung und Auflösung aller bewaffneten Gruppen im gesamten Hoheitsgebiet des Landes im Einklang mit den internationalen Normen zu unternehmen;

5. *verlangt* die rasche Umsetzung der in Ziffer 1 genannten Übergangsregelungen, die zur Abhaltung freier, fairer und transparenter Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 18 Monate nach Beginn des Übergangszeitraums führen, der in Artikel 102 der am 18. August 2013 in Kraft getretenen Übergangscharta festgelegt ist, wie in der Erklärung von N'Djamena gefordert;

6. *beklagt*, dass die Übergangsbehörden bei der Umsetzung von grundlegenden Elementen des Übergangsrahmens, insbesondere im Hinblick auf die Organisation von Wahlen bis Februar 2015, nur begrenzte Fortschritte erzielt haben, und fordert in dieser Hinsicht die Übergangsbehörden auf, rasch die Nationale Behörde für die Wahlen einzusetzen, die es den Vereinten Nationen ermöglichen wird, die technischen Erfordernisse für die erfolgreiche Organisation der Wahlen zu ermitteln;

7. *fordert* die Übergangsbehörden *nachdrücklich auf*, den „Republikanischen Pakt“, der am 7. November 2013 unter der Ägide der Gemeinschaft Sant'Egidio von der Übergangsregierung unterzeichnet wurde, als einen glaubwürdigen Rahmen zur Förderung eines inklusiven nationalen Dialogs zwischen allen politischen, gesellschaftlichen und religiösen Parteien des Landes umzusetzen, und ersucht den Generalsekretär, über seinen Sonderbeauftragten für die Zentralafrikanische Republik geeignete Schritte zu unternehmen, um den Übergangsbehörden dabei behilflich zu sein, ihre Vermittlungskapazität zu erweitern und einen solchen Dialog zu erleichtern und zu stärken;

8. *bekundet seine Absicht*, die Steuerung des Übergangs genau zu überwachen, und würdigt die Rolle des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und des Vermittlers der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten;

9. *bekundet seine Unterstützung* für die unverzichtbare Rolle des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, wenn es darum geht, die verfassungsmäßige Ordnung wiederherstellen zu helfen und den laufenden politischen Prozess zur Umsetzung der Vereinbarung von Libreville und des Fahrplans von N'Djamena sowie den Wahlprozess zu unterstützen;

10. *beschließt*, dass jeder Versuch, die in Ziffer 1 genannten Übergangsregelungen zu verzögern, zu behindern oder gegen sie zu verstoßen, als eine Behinderung des Friedensprozesses betrachtet wird und zur Verhängung der in Ziffer 56 festgelegten geeigneten Maßnahmen führen könnte;

#### **Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung/Reform des Sicherheitssektors**

11. *fordert* die Übergangsbehörden *nachdrücklich auf*, Programme für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung oder für die Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Wiedereingliederung und Neuansiedlung zu erarbeiten und durchzuführen, auch für Elemente der ehemaligen Séléka, die nicht in die Sicherheitskräfte eingegliedert werden, und für mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundene Kinder;

12. *fordert* die Übergangsbehörden *außerdem nachdrücklich auf*, ein umfassendes Programm unter nationaler Eigenverantwortung für die Reform des Sicherheitssektors zu erarbeiten und durchzuführen, das geeignete Überprüfungsverfahren umfasst, mit dem Ziel des Wiederaufbaus professioneller, ausgewogener und repräsentativer Sicherheitskräfte der Zentralafrikanischen Republik, die auf der Grundlage der Achtung der Menschenrechte und der Staatsangehörigkeit ausgewählt werden, und fordert die Übergangsbehörden auf, zu diesen Zwecken mit dem Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung und der Internationalen Unterstützungsmission zusammenzuarbeiten;

13. *fordert* die Mitgliedstaaten, die regionalen und internationalen Organisationen, einschließlich der Afrikanischen Union, der Vereinten Nationen und der Europäischen Union, *auf*, ihre Hilfe für die Übergangsbehörden bei deren Bemühungen um die Reform des Sicherheitssektors zu koordinieren;

#### **Rechtsstaatlichkeit**

14. *unterstreicht*, wie wichtig die Stärkung der Kapazitäten der Polizei und der Justiz- und Strafvollzugsinstitutionen ist, die Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten und diejenigen, die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen sowie Menschenrechtsverletzungen begangen haben, vor Gericht zu stellen;

15. *betont*, wie wichtig es ist, die Übergangsbehörden verstärkt zu unterstützen, um sie in die Lage zu versetzen, die Sicherheitsprobleme anzugehen und die staatliche Autorität auszuweiten;

#### **Schutz der natürlichen Ressourcen**

16. *verurteilt* die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in der Zentralafrikanischen Republik, die zur Perpetuierung des Konflikts beiträgt, und *unterstreicht*, wie wichtig es ist, diesen illegalen Aktivitäten ein Ende zu setzen, unter anderem indem der nötige Druck auf die bewaffneten Gruppen, diejenigen, die illegalen Handel betreiben, und alle anderen beteiligten Akteure ausgeübt wird;

#### **Förderung und Schutz der Menschenrechte**

17. *verurteilt nachdrücklich* die anhaltenden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche, die von bewaffneten Gruppen, insbesondere von Elementen der ehemaligen Séléka, von Elementen der Anti-Balaka und von der Widerstandsarmee des Herrn, begangen werden und die Bevölkerung bedrohen, und *betont*, dass diejenigen, die solche Rechtsverletzungen begangen haben, vor Gericht gestellt werden sollen;

18. *fordert* die Übergangsbehörden *nachdrücklich auf*, unverzüglich dafür zu sorgen, dass alle diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche sowie Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden;

19. *bekundet seine große Besorgnis* über die Eskalation der Gewalt zwischen Religions- und Volksgruppen sowie die Gewalt, die sich gezielt gegen die Angehörigen ethnischer und religiöser Gruppen und ihre Führer richtet, und *fordert* alle Parteien und Interessenträger in der Zentralafrikanischen Republik *nachdrücklich auf*, mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, um den Dialog zwischen den Volksgruppen und Religionen zu stärken und so eine weitere Verschlechterung der Situation vor Ort zu verhindern;

20. *verlangt erneut*, dass alle bewaffneten Gruppen, insbesondere Elemente der ehemaligen Séléka und Elemente der Anti-Balaka, die Einziehung und den Einsatz von Kindern verhindern und beenden, dass alle Parteien die von Streitkräften und bewaffneten Gruppen freigelassenen oder auf andere Weise getrennten Kinder schützen und als Opfer ansehen, und *betont*, dass dem Schutz, der Freilassung und der Wiedereingliederung aller mit bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss;

21. *unterstreicht*, dass die Übergangsbehörden die Hauptverantwortung dafür tragen, die Bevölkerung zu schützen und die Sicherheit und Einheit in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten, und *betont*, dass sie verpflichtet sind, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts sicherzustellen;

22. *fordert* alle an dem bewaffneten Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik beteiligten Parteien, einschließlich der Elemente der ehemaligen Séléka und der Elemente der Anti-Balaka, *auf*, klare Anordnungen zu erteilen, die alle unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht begangenen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen gegen Kinder, wie ihre Einziehung und ihren Einsatz, Tötung und Verstümmelung, Entführungen und Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser, verbieten, und fordert ferner die Übergangsbehörden auf, konkrete Verpflichtungen zur raschen Untersuchung behaupteter Missbrauchshandlungen einzugehen und einzuhalten, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die für derartige Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen verantwortlich sind, vom Sicherheitssektor ausgeschlossen werden;

23. *fordert* alle an dem bewaffneten Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik beteiligten Parteien, einschließlich der Elemente der ehemaligen Séléka, *außerdem auf*, klare Anordnungen gegen sexuelle Gewalt zu erteilen, und fordert ferner die Übergangsbehörden auf, konkrete Verpflichtungen zur raschen Untersuchung behaupteter Missbrauchshandlungen einzugehen und einzuhalten, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, im Einklang mit seinen Resolutionen 1960 (2010) und 2106 (2013), und den Opfern sexueller Gewalt sofortigen Zugang zu den verfügbaren Diensten zu ermöglichen;

24. *ersucht* den Generalsekretär, für einen Zeitraum von zunächst einem Jahr rasch eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen, der Sachverständige für humanitäres Völkerrecht und für die internationalen Menschenrechtsnormen angehören, mit dem Auftrag, die Berichte über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen und über Menschenrechtsmissbräuche in der Zentralafrikanischen Republik durch alle Parteien seit dem 1. Januar 2013 umgehend zu untersuchen, Informationen zusammenzustellen, bei der Ermittlung der Urheber dieser Verstöße und Rechtsverletzungen behilflich zu sein, auf ihre mögliche strafrechtliche Verantwortlichkeit hinzuweisen und dafür zu sorgen, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, und fordert alle Parteien auf, mit einer solchen Kommission uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

25. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat sechs Monate und danach ein Jahr nach der Verabschiedung dieser Resolution über die Feststellungen der Untersuchungskommission Bericht zu erstatten;

26. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, im Benehmen mit der Hohen Kommissarin für Menschenrechte geeignete Schritte zu unternehmen, um die Zahl der in die Zentralafrikanische Republik entsandten Menschenrechtsbeobachter zu erhöhen;

27. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, Schritte zu unternehmen, um ihre Staatsangehörigen nachdrücklich davon abzuhalten, sich in die Zentralafrikanische Republik zu begeben, um sich an Aktivitäten zu beteiligen, die zur Untergrabung des Friedens, zur Gefährdung des politischen Prozesses oder zur Unterstützung von Menschenrechtsverletzungen beitragen;

#### **Entsendung der Internationalen Unterstützungsmission in der Zentralafrikanischen Republik unter afrikanischer Führung**

28. *genehmigt* für einen Zeitraum von zwölf Monaten nach der Verabschiedung dieser Resolution, wobei sechs Monate nach der Verabschiedung dieser Resolution eine Überprüfung stattfindet, die Entsendung der Internationalen Unterstützungsmission, die gemäß dem am 19. Juli 2013 beschlossenen und am 10. Oktober 2013 überprüften Einsatzkonzept alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen wird, um

- i) durch die Anwendung geeigneter Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Wiederherstellung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung beizutragen;
- ii) zur Stabilisierung des Landes und zur Wiederherstellung der staatlichen Autorität im gesamten Hoheitsgebiet des Landes beizutragen;
- iii) zur Schaffung von Bedingungen beizutragen, die für die Bereitstellung humanitärer Hilfe für hilfebedürftige Bevölkerungsgruppen förderlich sind;
- iv) zum Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung oder der Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Wiedereingliederung und Neuansiedlung beizutragen, der von den



Übergangsbehörden geleitet und vom Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik koordiniert wird;

v) zu den nationalen und internationalen Anstrengungen zur Reform und Umstrukturierung des Verteidigungs- und Sicherheitssektors beizutragen, die von den Übergangsbehörden geleitet und vom Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung koordiniert werden;

29. *begrüßt* die zwischen der Kommission der Afrikanischen Union und den Ländern der zentralafrikanischen Region geführten Konsultationen und die von den Vereinten Nationen und den Mitgliedstaaten gewährte Unterstützung zum Abschluss aller Aspekte des Übergangs von der Mission für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik zur Internationalen Unterstützungsmission, einschließlich der Ergebnisse der vom 7. bis 10. Oktober 2013 in Addis Abeba abgehaltenen Treffen;

30. *ersucht* die Afrikanische Union und die Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, dafür zu sorgen, dass die Übertragung der Autorität von der Mission für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik auf die Internationale Unterstützungsmission am 19. Dezember 2013 wirksam wird, stellt in dieser Hinsicht fest, dass die Kommission der Afrikanischen Union vom Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union aufgefordert wurde, die Autorität umgehend erfolgreich von der Mission für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik auf die Internationale Unterstützungsmission zu übertragen, und begrüßt ferner die Ernennung der neuen Führung der Internationalen Unterstützungsmission;

31. *unterstreicht* die Notwendigkeit einer engen Koordinierung und eines intensiven Informationsaustauschs zwischen dem Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung, dem Regionalen Einsatzverband der Afrikanischen Union und der Internationalen Unterstützungsmission im Rahmen ihrer Aktivitäten zum Schutz von Zivilpersonen und ihrer Einsätze zur Bekämpfung der Widerstandsbewegung des Herrn;

32. *ersucht* die Afrikanische Union, in enger Abstimmung mit dem Generalsekretär und anderen mit der Krise befassten internationalen Organisationen und bilateralen Partnern dem Sicherheitsrat alle 60 Tage über den Einsatz und die Tätigkeiten der Internationalen Unterstützungsmission Bericht zu erstatten;

33. *betont*, dass die Internationale Unterstützungsmission und alle Militärkräfte in der Zentralafrikanischen Republik bei der Wahrnehmung ihres Mandats unter voller Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der Einheit der Zentralafrikanischen Republik und unter voller Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts handeln müssen, und weist darauf hin, wie wichtig eine Ausbildung in dieser Hinsicht ist;

### **Internationale Unterstützung**

34. *begrüßt* die von den Ländern der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten bereits geleisteten Beiträge, fordert die afrikanischen Länder auf, zur Internationalen Unterstützungsmission beizutragen, damit sie ihr Mandat erfüllen kann, und legt den Mitgliedstaaten und Regionalorganisationen ferner nahe, zu diesem Zweck eng mit der Afrikanischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, den Vereinten Nationen, den truppenstellenden Ländern und anderen Organisationen und Gebern zusammenzuarbeiten;

35. *betont*, dass alle neuen afrikanischen Truppen voll in die Führungsstrukturen der Internationalen Unterstützungsmission integriert werden und im Einklang mit dem in Ziffer 28 festgelegten Mandat der Internationalen Unterstützungsmission tätig sein werden;

36. *fordert* die Übergangsbehörden und alle anderen Parteien in der Zentralafrikanischen Republik auf, bei der Dislozierung und den Operationen der Internationalen Unterstützungsmission voll zu kooperieren, insbesondere indem sie deren Sicherheit und Bewegungsfreiheit mit ungehindertem und sofortigem Zugang im gesamten Hoheitsgebiet der Zentralafrikanischen Republik gewährleisten, damit sie ihr Mandat uneingeschränkt wahrnehmen kann, und fordert ferner die Nachbarländer der Zentralafrikanischen Republik auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Durchführung des Mandats der Internationalen Unterstützungsmission zu unterstützen;

### Unterstützung durch die Vereinten Nationen

37. *ersucht* den Generalsekretär, die Bereitstellung technischer und sachkundiger Beratung für die Afrikanische Union bei der Planung und Entsendung der Internationalen Unterstützungsmission sowie in Bezug auf die Umsetzung des Einsatzkonzepts der Internationalen Unterstützungsmission und die Einrichtung des Missionshauptquartiers der Internationalen Unterstützungsmission weiter auszubauen, mit dem Ziel, ihre Führungs- und Verwaltungsstrukturen zu stärken, die Infrastruktur im Bereich Kommunikations- und Informationstechnologie zu verbessern und die erforderliche Ausbildung bereitzustellen;

38. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die Internationale Unterstützungsmission bei der Bekämpfung der unerlaubten Verbreitung aller Rüstungsgüter und sonstigen Wehrmaterials jeder Art, insbesondere Kleinwaffen, bei der Sicherung der Bestände an Explosivwaffen, der Räumung explosiver Kampfmittelrückstände und der Vernichtung konventioneller Munition zu unterstützen;

39. *unterstreicht*, dass geeignete Mechanismen für die Koordinierung zwischen dem Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung und der Internationalen Unterstützungsmission geschaffen werden müssen;

40. *unterstreicht*, dass die in den Ziffern 37 und 43 dargelegte Unterstützung unter voller Einhaltung der Richtlinien der Vereinten Nationen für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte erfolgen muss<sup>178</sup>;

### Finanzierung

41. *unterstreicht*, dass die Regionalorganisationen dafür verantwortlich sind, personelle, finanzielle, logistische und sonstige Ressourcen für die Arbeit ihrer Organisation zu beschaffen, namentlich über Beiträge ihrer Mitglieder und Unterstützung durch ihre Partner;

42. *fordert* die Mitgliedstaaten und die internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen *auf*, der Internationalen Unterstützungsmission finanzielle Unterstützung und Sachleistungen zukommen zu lassen, um ihren Einsatz und die Durchführung ihres Mandats zu ermöglichen, und begrüßt in dieser Hinsicht die Bereitschaft der Europäischen Union, der Internationalen Unterstützungsmission durch die Mobilisierung der Friedensfazilität für Afrika eine solche finanzielle Unterstützung zu gewähren;

43. *ersucht* den Generalsekretär, einen Treuhandfonds für die Internationale Unterstützungsmission einzurichten, über den die Mitgliedstaaten und die internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen der Internationalen Unterstützungsmission finanzielle Unterstützung bereitstellen können, und *ersucht* den Generalsekretär ferner, in Abstimmung mit der Europäischen Union die Abhaltung einer Geberkonferenz der Mitgliedstaaten und der maßgeblichen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen zu unterstützen, die die Afrikanische Union möglichst bald organisieren wird, um Beiträge, insbesondere zu diesem Treuhandfonds, einzuwerben;

44. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, großzügig und rasch zu dem neuen Treuhandfonds der Vereinten Nationen für die Internationale Unterstützungsmission beizutragen, wobei er vermerkt, dass das Bestehen des Treuhandfonds den Abschluss direkter bilateraler Vereinbarungen nicht ausschließt, und *ersucht* ferner die Afrikanische Union, in Absprache mit dem Generalsekretär Anträge auf Haushaltsmittel an diesen Treuhandfonds zu richten;

45. *stellt fest*, dass der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union in seinem Kommuniqué vom 13. November 2013 den bilateralen und multilateralen Partnern der Afrikanischen Union, die entschlossen sind, für die Entsendung und den Einsatz der Internationalen Unterstützungsmission Unterstützung zu gewähren, seinen Dank ausgesprochen hat;

---

<sup>178</sup> S/2013/110, Anlage.

### **Friedenssicherungseinsatz**

46. *stellt fest*, dass die Afrikanische Union und die Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten den Standpunkt vertreten, dass es letztlich notwendig werden kann, die Internationale Unterstü-  
tzungsmission in einen Friedenssicherungseinsatz der Vereinten Nationen umzuwandeln, und begrüßt in  
dieser Hinsicht die Absicht des Generalsekretärs, die erforderlichen Vorbereitungen für die mögliche Um-  
wandlung der Internationalen Unterstü-  
tzungsmission in einen Friedenssicherungseinsatz der Vereinten  
Nationen zu treffen;

47. *ersucht* den Generalsekretär, rasch mit den Vorbereitungen und der Planung für den Eventualfall  
einer möglichen Umwandlung in einen Friedenssicherungseinsatz der Vereinten Nationen zu beginnen,  
wobei er betont, dass für die Einrichtung einer solchen Mission ein künftiger Beschluss des Sicherheitsrats  
erforderlich wäre;

48. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, dem Sicherheitsrat in Abstimmung mit der Afrikanischen  
Union spätestens 3 Monate nach der Verabschiedung dieser Resolution einen Bericht samt Empfehlungen  
über die mögliche Umwandlung der Internationalen Unterstü-  
tzungsmission in einen Friedenssicherungsein-  
satz der Vereinten Nationen vorzulegen, der auch eine Bewertung der Fortschritte bei der Erfüllung der in  
Ziffer 45 des Berichts des Generalsekretärs vom 15. November 2013 genannten geeigneten Bedingungen  
vor Ort beinhaltet<sup>174</sup>;

### **Französische Truppen**

49. *nimmt Kenntnis* von dem Kommuniqué des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen  
Union vom 13. November 2013, in dem die vorgeschlagene Verstärkung der französischen Truppen zur  
besseren Unterstützung der Internationalen Unterstü-  
tzungsmission begrüßt und die Kommission der Afri-  
kanischen Union ermutigt wird, auf die Herbeiführung einer wirksamen operativen Koordinierung zwi-  
schen der Internationalen Unterstü-  
tzungsmission und den französischen Truppen hinzuarbeiten;

50. *ermächtigt* die französischen Truppen in der Zentralafrikanischen Republik, im Rahmen ihrer  
Möglichkeiten und in ihren Einsatzgebieten vorübergehend alle erforderlichen Maßnahmen zur Unterstü-  
tzung der Internationalen Unterstü-  
tzungsmission bei der Wahrnehmung ihres in Ziffer 28 festgelegten Man-  
dats zu ergreifen, ersucht Frankreich, dem Rat über die Durchführung dieses Mandats in der Zentralafrika-  
nischen Republik Bericht zu erstatten und seine Berichterstattung mit der in Ziffer 32 genannten Berichter-  
stattung der Afrikanischen Union abzustimmen, beschließt, dieses Mandat innerhalb von sechs Monaten  
nach seinem Beginn zu überprüfen, fordert die Übergangsbehörden auf, bei der Dislozierung und den Ope-  
rationen der französischen Truppen voll zu kooperieren, insbesondere indem sie deren Sicherheit und Be-  
wegungsfreiheit mit ungehindertem und sofortigem Zugang im gesamten Hoheitsgebiet der Zentralafrika-  
nischen Republik gewährleisten, und fordert ferner die Nachbarländer der Zentralafrikanischen Republik  
auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Aktionen der französischen Truppen zu unterstützen;

### **Humanitäre Grundsätze, Zugang, Finanzierung und Tätigwerden**

51. *bekundet seine ernsthafte Besorgnis* über die Verschlechterung der humanitären Lage in der  
Zentralafrikanischen Republik und den eingeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe, der auf die gestiege-  
ne Unsicherheit und Angriffe auf humanitäre Helfer zurückzuführen ist;

52. *verlangt*, dass alle am Konflikt beteiligten Parteien, insbesondere die ehemaligen Séléka, den  
raschen, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Organisationen und humanitäres Personal und  
die rasche Bereitstellung humanitärer Hilfe für hilfebedürftige Bevölkerungsgruppen gewährleisten, unter  
Achtung der Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe, einschließlich der Neutralität, der  
Unparteilichkeit, der Menschlichkeit und der Unabhängigkeit bei der Gewährung humanitärer Hilfe;

53. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, den humanitären Appellen der Vereinten Nationen rasch zu ent-  
sprechen, um den eskalierenden Bedarf der Menschen in der Zentralafrikanischen Republik und der Flücht-  
linge, die in Nachbarländer geflohen sind, zu decken, und ermutigt zu diesem Zweck die Vereinten Natio-  
nen und die humanitären Organisationen zur raschen Durchführung humanitärer Projekte;

## Sanktionsregime

### *Waffenembargo*

54. *beschließt*, dass alle Mitgliedstaaten sofort, für einen Zeitraum von zunächst einem Jahr ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution, die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um die Lieferung, den Verkauf oder die Weitergabe, sei es auf direktem oder indirektem Weg, von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und Ersatzteilen für dieselben, sowie die Bereitstellung von technischer Hilfe, Ausbildung, finanzieller oder anderer Hilfe im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten oder die Bereitstellung, die Wartung oder den Einsatz von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial, einschließlich der Bereitstellung bewaffneter Söldner, gleichviel ob sie aus ihrem Hoheitsgebiet kommen oder nicht, von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihr Hoheitsgebiet oder durch ihre Staatsangehörigen oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen an die Zentralafrikanische Republik zu verhindern, und beschließt ferner, dass diese Maßnahme keine Anwendung findet auf

a) Lieferungen, die ausschließlich zur Unterstützung der Mission für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, der Internationalen Unterstützungsmission, des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung und seiner Wacheinheit, des Regionalen Einsatzverbands der Afrikanischen Union und der in die Zentralafrikanische Republik entsandten französischen Truppen und zur Nutzung durch sie bestimmt sind;

b) Lieferungen nichtletalen militärischen Geräts, das ausschließlich für humanitäre oder Schutzzwecke bestimmt ist, und damit zusammenhängende technische Hilfe oder Ausbildung, soweit diese von dem Ausschuss nach Ziffer 57 im Voraus genehmigt wurden;

c) Schutzkleidung, einschließlich Körperschutzwesten und Militärhelmen, die von Personal der Vereinten Nationen, Medienvertretern sowie humanitären Helfern, Entwicklungshelfern und beigeordnetem Personal ausschließlich zum persönlichen Gebrauch vorübergehend in die Zentralafrikanische Republik ausgeführt werden;

d) Lieferungen von Kleinwaffen und anderer damit zusammenhängender Ausrüstung, die ausschließlich zur Verwendung durch internationale Patrouillen bestimmt sind, die in dem Dreistaaten-Schutzgebiet Sangha-Fluss für Sicherheit sorgen, um gegen Wilderei, den Elfenbein- und Waffenschmuggel und andere Aktivitäten vorzugehen, die gegen das innerstaatliche Recht der Zentralafrikanischen Republik oder gegen ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen verstoßen;

e) Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem letalem Gerät an die Sicherheitskräfte der Zentralafrikanischen Republik zu dem ausschließlichen Zweck, den Prozess der Reform des Sicherheitssektors in der Zentralafrikanischen Republik zu unterstützen oder dabei verwendet zu werden, soweit diese von dem Ausschuss im Voraus genehmigt wurden; oder

f) sonstige Verkäufe oder Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial oder die Bereitstellung von Hilfe oder Personal, soweit diese von dem Ausschuss im Voraus genehmigt wurden;

55. *beschließt außerdem*, alle Mitgliedstaaten zu ermächtigen, von ihnen entdeckte, nach Ziffer 54 verbotene Artikel, deren Lieferung, Verkauf, Weitergabe oder Ausfuhr nach Ziffer 54 verboten ist, zu beschlagnahmen, zu registrieren und zu entsorgen (sei es durch Vernichtung, Unbrauchbarmachung, Lagerung oder Weitergabe an einen anderen Staat als die Herkunfts- oder Zielstaaten zum Zwecke der Entsorgung), und dass alle Mitgliedstaaten gehalten sind, so zu verfahren, und beschließt ferner, dass alle Mitgliedstaaten bei diesen Anstrengungen zusammenarbeiten;

### *Künftige Maßnahmen*

56. *bekundet seine nachdrückliche Absicht*, rasch die Verhängung zielgerichteter Maßnahmen, darunter Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten, gegen Personen zu erwägen, die durch ihr Handeln den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit untergraben, namentlich indem sie Handlungen vornehmen, die die Übergangsregelungen gefährden oder gegen sie verstoßen, oder Handlungen vornehmen oder unterstützen, die den politischen Prozess gefährden oder behindern oder Gewalt schüren, insbesondere durch Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, die Einziehung und

den Einsatz von Kindern in bewaffneten Konflikten unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht, sexuelle Gewalt oder die Unterstützung der illegalen bewaffneten Gruppen oder von kriminellen Netzen durch die illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen, einschließlich Diamanten, in der Zentralafrikanischen Republik oder durch Verstöße gegen das in Ziffer 54 festgelegte Waffenembargo;

*Sanktionsausschuss*

57. *beschließt*, im Einklang mit Regel 28 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einen aus allen Ratsmitgliedern bestehenden Ausschuss des Sicherheitsrats („Ausschuss“) einzusetzen, der die folgenden Aufgaben wahrnehmen wird:

- a) die Durchführung der in den Ziffern 54 und 55 verhängten Maßnahmen zu überwachen, mit dem Ziel, ihre Durchführung durch die Mitgliedstaaten zu stärken, zu erleichtern und zu verbessern;
- b) Informationen betreffend Personen, die möglicherweise in Ziffer 54 beschriebene Handlungen begehen, zu überprüfen;
- c) die erforderlichen Richtlinien zur Erleichterung der Durchführung der verhängten Maßnahmen festzulegen;
- d) dem Rat innerhalb von 60 Tagen über seine Arbeit Bericht zu erstatten und danach Bericht zu erstatten, wann immer der Ausschuss es für notwendig erachtet;
- e) einen Dialog zwischen dem Ausschuss und interessierten Mitgliedstaaten, insbesondere denjenigen in der Region, anzuregen, unter anderem indem Vertreter dieser Staaten eingeladen werden, mit dem Ausschuss zusammenzutreffen, um die Durchführung der Maßnahmen zu erörtern;
- f) von allen Staaten alle von ihm für nützlich erachteten Informationen über die Schritte einzuholen, die sie zur wirksamen Durchführung der verhängten Maßnahmen ergriffen haben;
- g) Informationen über behauptete Verstöße gegen die in den Ziffern 54 und 55 enthaltenen Maßnahmen oder über ihre Nichteinhaltung zu prüfen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen;

58. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, dem Ausschuss innerhalb von neunzig Tagen nach der Verabschiedung dieser Resolution über die Schritte Bericht zu erstatten, die sie im Hinblick auf die wirksame Durchführung der Ziffer 54 ergriffen haben;

59. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit dem Ausschuss für einen Zeitraum von zunächst 13 Monaten eine aus bis zu fünf Sachverständigen bestehende Sachverständigengruppe für die Zentralafrikanische Republik (Sachverständigengruppe) einzusetzen und die erforderlichen Finanz- und Sicherheitsvorkehrungen zur Unterstützung ihrer Arbeit zu treffen; sie wird unter der Leitung des Ausschusses die folgenden Aufgaben ausführen:

- a) dem Ausschuss bei der Durchführung seines in dieser Resolution festgelegten Mandats behilflich zu sein, so auch durch die Bereitstellung von Informationen an den Ausschuss, die für eine mögliche spätere Benennung von Personen sachdienlich sind, die möglicherweise in Ziffer 54 beschriebenen Aktivitäten nachgehen;
- b) von den Staaten, den zuständigen Organen der Vereinten Nationen, den Regionalorganisationen und anderen interessierten Parteien stammende Informationen über die Durchführung der in dieser Resolution beschlossenen Maßnahmen, insbesondere über Fälle der Nichtbefolgung, zu sammeln, zu prüfen und zu analysieren;
- c) den Rat nach Erörterung mit dem Ausschuss spätestens am 5. März 2014 über den neuesten Stand zu informieren, ihm bis zum 5. Juli 2014 einen Zwischenbericht und spätestens am 5. November 2014 einen Schlussbericht vorzulegen;
- d) dem Ausschuss bei der Präzisierung und Aktualisierung der Informationen auf der Liste der Personen behilflich zu sein, die gegen die mit Ziffer 54 verhängten Maßnahmen verstoßen, auch durch die Bereitstellung biometrischer sowie zusätzlicher Informationen für die öffentlich verfügbare Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste;

60. *fordert* alle Parteien und alle Mitgliedstaaten sowie die internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen *nachdrücklich auf*, die Zusammenarbeit mit der Sachverständigengruppe sicherzustellen, und fordert ferner alle beteiligten Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Sicherheit der Mitglieder der Sachverständigengruppe und ihren ungehinderten Zugang, insbesondere zu Personen, Dokumenten und Orten, zu gewährleisten, damit die Sachverständigengruppe ihr Mandat ausführen kann;

#### *Laufende Überprüfung*

61. *bekräftigt*, dass er die Situation in der Zentralafrikanischen Republik laufend überprüfen wird und dass er bereit ist, die Angemessenheit der in dieser Resolution enthaltenen Maßnahmen zu überprüfen, einschließlich ihrer Stärkung durch zusätzliche Maßnahmen, insbesondere das Einfrieren von Vermögenswerten, ihrer Änderung, Aussetzung oder Aufhebung, wann immer dies im Lichte der Fortschritte bei der Stabilisierung des Landes und der Befolgung dieser Resolution erforderlich ist;

62. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7072. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

#### **Beschlüsse**

Auf seiner 7092. Sitzung am 6. Januar 2014 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreterin der Zentralafrikanischen Republik (Ministerin für auswärtige Angelegenheiten, afrikanische Integration, Frankophonie und Zentralafrikaner im Ausland) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in der Zentralafrikanischen Republik (S/2013/787)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Tête António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7098. Sitzung am 22. Januar 2014 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Frau Leila Zerrougui, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, Herrn Adama Dieng, den Sonderberater des Generalsekretärs für die Verhütung von Völkermord, Frau Zainab Hawa Bangura, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, und Frau Kyung-wha Kang, die Beigeordnete Generalsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Stellvertretende Nothilfe Koordinatorin, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 22. Januar 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>179</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 20. Januar 2014 betreffend Ihre Absicht, gemäß Resolution 2127 (2013) des Sicherheitsrats eine Kommission einzusetzen<sup>180</sup>, den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben enthaltenen Information und Absicht Kenntnis.

---

<sup>179</sup> S/2014/44.

<sup>180</sup> S/2014/43.

Auf seiner 7103. Sitzung am 28. Januar 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in der Zentralafrikanischen Republik (S/2013/787)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

**Resolution 2134 (2014)  
vom 28. Januar 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen und Erklärungen über die Zentralafrikanische Republik, insbesondere die Resolutionen 2121 (2013) vom 10. Oktober 2013 und 2127 (2013) vom 5. Dezember 2013,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Zentralafrikanischen Republik und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der Nichteinmischung, der guten Nachbarschaft und der regionalen Zusammenarbeit,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die anhaltende Verschlechterung der Sicherheitslage in der Zentralafrikanischen Republik, die durch einen völligen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung, fehlende Rechtsstaatlichkeit, religiös motivierte gezielte Tötungen und Brandstiftung gekennzeichnet ist, ferner mit dem Ausdruck seiner ernststen Besorgnis über die Folgen der Instabilität in der Zentralafrikanischen Republik für die zentralafrikanische Region und darüber hinaus und in dieser Hinsicht betonend, dass die internationale Gemeinschaft rasch handeln muss,

*unter Verurteilung* der Angriffe, die sich in der Zentralafrikanischen Republik ereignen, insbesondere der seit dem 5. Dezember 2013 in Bangui verübten Angriffe, durch die mehr als 1.000 Menschen ums Leben gekommen und Hunderttausende Menschen zu Binnenversionen geworden sind und die im ganzen Land umfangreiche Gewalttaten zwischen christlichen und muslimischen Gemeinschaften ausgelöst haben,

*nach wie vor ernsthaft besorgt* über die vielfältigen und zunehmenden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche, die sowohl von Elementen der ehemaligen Séléka als auch von Milizgruppen, vor allem von der als „Anti-Balaka“ bekannten Gruppe, begangen werden, darunter außergerichtliche Tötungen, Verschwindenlassen, willkürliche Festnahme und Inhaftierung, Folter, sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder, Vergewaltigung, Entführung und Einsatz von Kindern und Angriffe auf Zivilpersonen und Kultstätten,

*zutiefst beunruhigt* über den immer stärkeren Kreislauf der Gewalt und Vergeltung und das zunehmende Ausarten in eine religiöse und ethnische Spaltung, die das ganze Land erfasst, sowie die mögliche Eskalation zu einer Situation, die nicht mehr beherrschbar ist, einschließlich schwerer völkerrechtlicher Verbrechen, insbesondere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, verbunden mit ernststen regionalen Auswirkungen,

*davon Kenntnis nehmend*, dass der Kimberley-Prozess im Rahmen seines Zertifizierungssystems den Handel mit Rohdiamanten durch die Zentralafrikanische Republik vorübergehend suspendiert hat, und mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass der Diamantenschmuggel und andere Formen der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen, einschließlich der Wilderei, destabilisierende Kräfte in der Zentralafrikanischen Republik darstellen, und den Übergangsbehörden sowie den staatlichen Behörden nahelegend, diese Probleme über alle möglichen Wege anzugehen,

*unter Begrüßung* der Wahl Marokkos zum Vorsitzenden der für die Zentralafrikanische Republik zuständigen Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung und in Bekräftigung der Rolle, die

die Kommission im Hinblick auf die Mobilisierung und Erhaltung der Aufmerksamkeit der Partner und Akteure zugunsten der von den Vereinten Nationen und auf regionaler Ebene unternommenen Anstrengungen in diesem Bereich spielt,

*unter Hinweis* darauf, dass die Übergangsbehörden die Hauptverantwortung für den Schutz der Zivilbevölkerung in der Zentralafrikanischen Republik tragen,

*unter Begrüßung* der aktiven Führungsrolle, die die Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten mit der Einberufung von führenden Regierungsmitgliedern, Mitgliedern des Nationalen Übergangsrats und Vertretern der Zivilgesellschaft aus der Zentralafrikanischen Republik zu den von der Regierung Tschads am 9. und 10. Januar 2014 in N'Djamena veranstalteten Gesprächen über den politischen Übergang in der Zentralafrikanischen Republik wahrgenommen hat, und zu weiteren diesbezüglichen Anstrengungen ermutigend,

*Kenntnis nehmend* von der Erklärung des am 15. Januar 2014 in Luanda abgehaltenen Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen Afrikas über die Förderung von Frieden, Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in der Region der Großen Seen,

*mit dem Ausdruck seines tief empfundenen Dankes* für die Maßnahmen, die die Internationale Unterstützungsmission in der Zentralafrikanischen Republik unter afrikanischer Führung, ihre truppenstellenden Länder und die französischen Truppen unmittelbar nach der Verabschiedung der Resolution 2127 (2013) ergriffen haben, um Zivilpersonen zu schützen und zur Stabilisierung der Sicherheitslage beizutragen, und ferner mit dem Ausdruck seines Dankes an diejenigen Partner, die Lufttransporte durchgeführt haben, um die Verlegung der Truppen zu beschleunigen,

*unter Begrüßung* der Rolle, die den religiösen Führungsinstanzen des Landes auf nationaler Ebene bei dem Versuch zukommt, die Beziehungen zwischen den religiösen Gemeinschaften zu befrieden und Gewalt zwischen ihnen zu verhindern, und feststellend, dass ihrer Stimme auf lokaler Ebene mehr Gehör verschafft werden muss,

*hervorhebend*, dass das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik dringend mit mehr Mitteln und Sachverstand ausgestattet werden muss, damit die Mission ihre mandatsmäßigen Aufgaben vollständig erfüllen kann,

*unter Hinweis* auf die Notwendigkeit eines alle Seiten einschließenden und wirksamen Prozesses der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie, was die ausländischen Kämpfer betrifft, der Repatriierung, unter gleichzeitiger Beachtung der Notwendigkeit, die Straflosigkeit zu bekämpfen,

*hervorhebend*, dass die Straflosigkeit in der Zentralafrikanischen Republik bekämpft werden muss und diejenigen, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen und Menschenrechtsmissbräuche und -verletzungen begangen haben, vor Gericht gestellt werden müssen, und in dieser Hinsicht unterstreichend, dass die nationalen Rechenschaftsmechanismen gestärkt werden müssen,

*unter Hinweis* auf seine Resolution 2117 (2013) vom 26. September 2013 und mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis über die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Zentralafrikanischen Republik, die durch den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen entsteht,

*sowie unter Hinweis* auf das Schreiben des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 29. Oktober 2013 bezüglich der Absicht des Generalsekretärs, im Rahmen des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung eine Wacheinheit in die Zentralafrikanische Republik zu entsenden<sup>172</sup>,

*unter Begrüßung* des nachdrücklichen Engagements der Europäischen Union für die Zentralafrikanische Republik, insbesondere der Schlussfolgerungen des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) vom 21. Oktober und 16. Dezember 2013 und des Beschlusses der Europäischen Union, im Rahmen der Friedensfazilität für Afrika finanziell zur Entsendung der Internationalen Unterstützungsmission beizutragen,

*sowie begrüßend*, dass der Menschenrechtsrat eine Sondertagung abgehalten hat, und mit Anerkennung Kenntnis nehmend von der Ernennung der Unabhängigen Expertin für die Menschenrechtssituation in der Zentralafrikanischen Republik,



*ferner unter Begrüßung* der auf dem Treffen auf hoher Ebene über humanitäre Maßnahmen in der Zentralafrikanischen Republik am 20. Januar 2014 in Brüssel abgegebenen Zusagen und der internationalen Gemeinschaft nahelegend, den Zusagen über die Bereitstellung weiterer Unterstützung zur Bewältigung der humanitären Situation in der Zentralafrikanischen Republik zügig nachzukommen,

*unter Begrüßung* der auf der Tagung des Rates der Europäischen Union am 20. Januar 2014 geäußerten Bereitschaft der Europäischen Union, die Einrichtung einer vorübergehenden Operation zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission in der Zentralafrikanischen Republik zu prüfen, und Kenntnis nehmend von dem Schreiben der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 21. Januar 2014<sup>181</sup>,

*Kenntnis nehmend* von dem Schreiben der Übergangsbehörden der Zentralafrikanischen Republik vom 22. Januar 2014, in dem die Entsendung einer Operation durch die Europäische Union gebilligt wird<sup>182</sup>,

*feststellend*, dass die Situation in der Zentralafrikanischen Republik eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

**Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik**

1. *beschließt*, das Mandat des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung bis zum 31. Januar 2015 zu verlängern;

2. *beschließt außerdem*, das Mandat des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung zu stärken und wie folgt zu aktualisieren:

*a) Unterstützung zur Umsetzung des Übergangsprozesses:*

- die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und die Durchführung der Vereinbarungen von Libreville zu beschleunigen, indem es Wege zur regelmäßigen Kommunikation zwischen allen maßgeblichen zentralafrikanischen, regionalen und internationalen Interessenträgern aufzeigt und diese Kommunikation erleichtert und koordiniert sowie strategische Beratung, technische Hilfe und Unterstützung für den laufenden politischen Prozess, die Übergangsinstitutionen und -behörden und ihre Umsetzungsmechanismen bereitstellt;
- im Zusammenwirken mit den Übergangsbehörden, den maßgeblichen Interessenträgern, den regionalen Akteuren und der internationalen Gemeinschaft eine führende Rolle bei der Planung und Erleichterung des politischen Übergangsprozesses und der Bereitstellung technischer Hilfe zur Unterstützung des Prozesses zu übernehmen;
- die Bemühungen um Aussöhnung auf nationaler wie lokaler Ebene zu unterstützen, namentlich durch interreligiösen Dialog sowie Wahrheits- und Aussöhnungsmechanismen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Übergangsbehörden und den maßgeblichen regionalen Organen;
- zur Unterstützung der Übergangsbehörden und in dringlicher Zusammenarbeit mit der Nationalen Wahlbehörde alle nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit möglichst bald, spätestens jedoch im Februar 2015 und nach Möglichkeit in der zweiten Jahreshälfte 2014, freie und faire Wahlen abgehalten werden können, mit wirksamer Beteiligung der Frauen, namentlich indem es dringend eine Bewertung des finanziellen, technischen und logistischen Bedarfs für den Wahlprozess vorlegt;

*b) Unterstützung für Konfliktprävention und humanitäre Hilfe:*

- durch Gute Dienste, Vertrauensbildung und Moderation Konflikte vorherzusehen, zu verhüten, abzumildern und zu lösen und die sichere Erbringung humanitärer Hilfe unter ziviler Führung

---

<sup>181</sup> S/2014/45, Anlage.

<sup>182</sup> S/2014/34, Anlage.

und im Einklang mit den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe zu erleichtern;

- bei der Koordinierung der humanitären Hilfe Unterstützung zu leisten;

*c) Ausweitung der staatlichen Autorität:*

- die rasche Wiederherstellung der staatlichen Autorität im gesamten Hoheitsgebiet des Landes zu fördern und zu unterstützen;
- die staatlichen Institutionen der Zentralafrikanischen Republik unter anderem durch technische Hilfe dabei zu unterstützen, ihre Fähigkeit zur Wahrnehmung grundlegender staatlicher Aufgaben und zur Erbringung von Grundleistungen für die Menschen in der Zentralafrikanischen Republik zu erweitern;

*d) Unterstützung zur Stabilisierung der Sicherheitslage:*

- die Stabilisierung der Sicherheitslage durch Beratung und Bereitstellung technischer Hilfe in den Bereichen Lenkung und Reform des Sicherheitssektors, Rechtsstaatlichkeit (einschließlich Polizei, Justiz und Strafvollzug), Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der Kombattanten – sowie Repatriierung im Fall der ausländischen Kämpfer –, einschließlich aller mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder, sowie Antiminemaßnahmen, einschließlich der Räumung explosiver Kampfmittelrückstände, zu unterstützen;
- in Zusammenarbeit mit den Übergangsbehörden und in Abstimmung mit der Internationalen Unterstützungsmission und den französischen Truppen die Erarbeitung einer umfassenden Strategie für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung beziehungsweise die Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung und Wiedereingliederung abzuschließen, namentlich durch die Bereitstellung technischer Hilfe und die Koordinierung der Unterstützung der regionalen und internationalen Interessenträger;

*e) Förderung und Schutz der Menschenrechte:*

- in der gesamten Zentralafrikanischen Republik begangene Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsmissbräuche und -verletzungen, einschließlich der von der Widerstandsarmee des Herrn begangenen, zu beobachten, untersuchen zu helfen und dem Sicherheitsrat darüber Bericht zu erstatten sowie zu den Bemühungen um die Ermittlung der Täter und die Verhütung solcher Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen beizutragen;
- insbesondere Rechtsverletzungen und Missbräuche an Kindern sowie Rechtsverletzungen an Frauen, einschließlich aller Formen sexueller Gewalt im bewaffneten Konflikt, zu beobachten, untersuchen zu helfen und dem Rat darüber Bericht zu erstatten, unter anderem durch die Entsendung von Kinderschutzberatern und Frauenschutzberatern;
- unter anderem durch technische Hilfe zur Stärkung der Kapazitäten des nationalen Justizsystems, einschließlich der Mechanismen zur Unrechtsaufarbeitung, sowie der nationalen Menschenrechtsinstitutionen beizutragen und bei den Bemühungen um die nationale Aussöhnung behilflich zu sein, gegebenenfalls in Abstimmung mit der Internationalen Untersuchungskommission für die Zentralafrikanische Republik und der Unabhängigen Expertin des Menschenrechtsrats für die Menschenrechtssituation in der Zentralafrikanischen Republik;

*f) Zusammenarbeit mit dem Ausschuss des Sicherheitsrats und der Sachverständigengruppe, die nach den Ziffern 57 und 59 der Resolution 2127 (2013) eingesetzt wurden:*

- dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Ziffer 57 der Resolution 2127 (2013) und der mit derselben Resolution eingesetzten Sachverständigengruppe im Rahmen seiner Möglichkeiten behilflich zu sein, namentlich indem es ihnen Informationen übermittelt, die der Durchführung des Mandats des Ausschusses und der Sachverständigengruppe dienlich sind;

g) *Koordinierung der internationalen Akteure:*

- die an der Durchführung der genannten Aufgaben beteiligten internationalen Akteure zu koordinieren;

3. *ersucht* den Generalsekretär, das Integrierte Büro für die Friedenskonsolidierung dringend zu verstärken und ihm bedeutend mehr Mittel und Sachverstand zur Verfügung zu stellen, damit es das in Ziffer 2 festgelegte Mandat in allen Aspekten vollständig und zügig durchführen kann und verstärkt in der Lage ist, die internationalen Akteure in den Bereichen, auf die sich sein Mandat erstreckt, zu koordinieren, und ersucht den Generalsekretär in dieser Hinsicht ferner, den entsprechenden Organen so bald wie möglich Vorschläge und Angaben zum Mittelbedarf vorzulegen;

4. *weist darauf hin*, dass die Übergangsbehörden die staatliche Autorität im gesamten Hoheitsgebiet des Landes wiederherstellen müssen, und betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, die Präsenz des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung in den Provinzen noch mehr auszuweiten;

5. *hebt hervor*, wie wichtig es ist, dass das Integrierte Büro für die Friedenskonsolidierung eng mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und der Kommission für Friedenskonsolidierung zusammenarbeitet;

6. *begrüßt* die Entsendung eines ersten Kontingents der Wacheinheit aus Marokko am 1. Januar 2014 und fordert den Generalsekretär nachdrücklich auf, die Vorbereitungen für die möglichst baldige Entsendung der gesamten Wacheinheit zu beschleunigen;

7. *hebt hervor*, wie wichtig es ist, dass das Integrierte Büro für die Friedenskonsolidierung mit den Übergangsbehörden und der Nationalen Wahlbehörde dringend alle nötigen Vorbereitungen für die Wahlen trifft;

8. *betont*, wie wichtig es ist, dass die Übergangsbehörden mit Unterstützung des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung die Erarbeitung einer umfassenden Strategie für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der Kombattanten sowie der Repatriierung im Fall der ausländischen Kämpfer, einschließlich aller mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder, abschließen, in Zusammenarbeit mit den Übergangsbehörden und in Abstimmung mit der Internationalen Unterstützungsmission und den französischen Truppen, und ersucht den Generalsekretär in dieser Hinsicht erneut, in seinem spätestens am 5. März 2014 fälligen nächsten Bericht detaillierte Vorschläge für die Unterstützung durch die Vereinten Nationen vorzulegen;

9. *fordert* die Übergangsbehörden *auf*, mit Unterstützung des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung und der internationalen Partner gegen den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen in der Zentralafrikanischen Republik vorzugehen und die sichere und wirksame Verwaltung, Lagerung und Sicherung ihrer Bestände an Kleinwaffen und leichten Waffen und die Einsammlung und/oder Zerstörung überschüssiger, beschlagnahmter, nicht gekennzeichneten oder in unerlaubtem Besitz befindlicher Waffen und Munition zu gewährleisten, und betont ferner, wie wichtig es ist, diese Elemente in die Programme zur Reform des Sicherheitssektors und zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung und Wiedereingliederung zu integrieren;

10. *betont*, dass dringend im ganzen Land eine erhöhte Zahl von Menschenrechtsbeobachtern des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung eingesetzt werden muss, damit das Büro sein Mandat gemäß Ziffer 10 der Resolution 2121 (2013), in der gesamten Zentralafrikanischen Republik begangene Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsmissbräuche und -verletzungen zu beobachten, untersuchen zu helfen und dem Rat darüber Bericht zu erstatten sowie eine ausreichende Zahl von Kinderschutzberatern und Frauenschutzberatern zu entsenden, vollständig durchführen kann;

11. *erinnert* an die Notwendigkeit, dass das Integrierte Büro für die Friedenskonsolidierung die sichere Erbringung humanitärer Hilfe unter ziviler Führung erleichtert, im Einklang mit den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe und in Abstimmung mit allen humanitären Akteuren;

12. *betont*, dass unverzüglich geeignete Mechanismen für die Koordinierung zwischen dem Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung, der Internationalen Unterstützungsmission und der Operation der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik geschaffen werden müssen;

13. *bekundet seine Absicht*, die Durchführung der genannten Aufgaben genau zu verfolgen, und ersucht den Generalsekretär, den Rat diesbezüglich auf dem Laufenden zu halten;

### Politischer Prozess

14. *unterstreicht seine Unterstützung* für die Vereinbarungen von Libreville vom 11. Januar 2013, die Erklärung von N'Djamena vom 18. April 2013, den Appell von Brazzaville vom 3. Mai 2013, die Übergangscharta und die Erklärung, die von der Internationalen Kontaktgruppe für die Zentralafrikanische Republik auf ihrer dritten Tagung am 8. November 2013 in Bangui angenommen wurde;

15. *begrüßt*, dass Frau Catherine Samba-Panza am 20. Januar 2014 vom Nationalen Übergangsrat zur neuen Übergangs-Staatschefin bestellt wurde und dass Herr André Nzapayeké zum Übergangs-Premierminister ernannt und eine Übergangsregierung gebildet wurde;

16. *fordert* die Übergangsbehörden *nachdrücklich auf*, sich auch weiterhin für Stabilisierung, nationale Aussöhnung und Einheit einzusetzen;

17. *begrüßt* die Einrichtung der Nationalen Wahlbehörde am 16. Dezember 2013 und *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dass die Übergangsbehörden mit Unterstützung des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung möglichst bald, spätestens jedoch im Februar 2015 und nach Möglichkeit in der zweiten Jahreshälfte 2014, freie und faire Wahlen abhalten, bei denen auch die Beteiligung der Frauen gewährleistet ist;

18. *erinnert* an die Zusage der Übergangsbehörden, rasch konkrete Maßnahmen einzuleiten, um unter anderem bis zum 24. Februar 2014 einen Rahmen für die Aussöhnung zu errichten, innerhalb dessen ein alle Seiten einschließender und friedlicher nationaler Dialog zur Förderung der Aussöhnung abgehalten wird, und *fordert* sie auf, in enger Abstimmung mit dem Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung rasch diesbezügliche Maßnahmen zu ergreifen;

### Menschenrechte und humanitärer Zugang

19. *begrüßt*, dass am 22. Januar 2014 die Internationale Untersuchungskommission ernannt wurde, die den Auftrag hat, die Berichte über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen und über Menschenrechtsmissbräuche in der Zentralafrikanischen Republik durch alle Parteien seit dem 1. Januar 2013 umgehend zu untersuchen, *fordert* alle Parteien auf, mit dieser Kommission uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, und *legt* dem Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung nahe, gegebenenfalls mit der Unabhängigen Expertin des Menschenrechtsrats und der Internationalen Untersuchungskommission zusammenzuarbeiten;

20. *ersucht* das Integrierte Büro für die Friedenskonsolidierung, den Übergangsbehörden dabei behilflich zu sein, in Abstimmung mit der Internationalen Unterstützungsmission Beweise und Tatorte zu sichern, um die Durchführung künftiger Untersuchungen zu unterstützen;

21. *erklärt erneut*, dass alle Personen, die derartige Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen und dass einige dieser Handlungen Straftaten nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs<sup>163</sup> darstellen können, dessen Vertragspartei die Zentralafrikanische Republik ist, und *erinnert* an die Erklärungen der Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs vom 7. August und vom 9. Dezember 2013;

22. *fordert* alle an dem bewaffneten Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik beteiligten Parteien, einschließlich der Elemente der ehemaligen Séléka und der Elemente der Anti-Balaka, *auf*, klare Anordnungen zu erteilen, die alle unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht begangenen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen gegen Kinder, namentlich ihre Einziehung und ihren Einsatz, Vergewaltigung und sexuelle Gewalt, Tötung und Verstümmelung, Entführungen und Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser, verbieten, und *fordert* ferner die Übergangsbehörden auf, konkrete Verpflichtungen zur raschen Untersuchung behaupteter Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen einzugehen und einzuhalten, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die für derartige Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen verantwortlich sind, vom Sicherheitssektor ausgeschlossen werden;

23. *verlangt erneut*, dass alle Parteien die von Streitkräften und bewaffneten Gruppen freigelassenen oder auf andere Weise getrennten Kinder schützen und als Opfer ansehen, und betont, dass dem Schutz, der

Freilassung und der Wiedereingliederung aller mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss;

24. *fordert* alle an dem bewaffneten Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik beteiligten Parteien, einschließlich der Elemente der ehemaligen Séléka und der Anti-Balaka, *auf*, klare Anordnungen gegen sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt zu erteilen, und fordert ferner die Übergangsbehörden *auf*, konkrete Verpflichtungen zur raschen Untersuchung behaupteter Missbrauchshandlungen einzugehen und einzuhalten, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, im Einklang mit seinen Resolutionen 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 und 2106 (2013) vom 24. Juni 2013, und den Opfern sexueller Gewalt sofortigen Zugang zu den verfügbaren Diensten zu ermöglichen;

25. *fordert* alle an dem bewaffneten Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik beteiligten Parteien *erneut auf*, mit der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Sonderbeauftragten für sexuelle Gewalt in Konflikten Verbindung aufzunehmen;

26. *verlangt*, dass die Übergangsbehörden sowie alle Milizgruppen und Konfliktparteien, insbesondere die ehemaligen Séléka und die „Anti-Balaka“, den raschen, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Organisationen und humanitäres Personal und die rasche Bereitstellung humanitärer Hilfe für notleidende Bevölkerungsgruppen gewährleisten, unter Achtung der Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe, einschließlich der Neutralität, der Unparteilichkeit, der Menschlichkeit und der Unabhängigkeit bei der Gewährung humanitärer Hilfe;

27. *bekundet seine tiefe Besorgnis* über die infolge der anhaltenden Gewalt steigende Zahl von Binnenvertriebenen, betont, dass sichergestellt werden muss, dass die Grundbedürfnisse dieser Menschen gedeckt werden, insbesondere der Zugang zu Wasser, Nahrung und Unterkünften, und würdigt die Anstrengungen der humanitären Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen und der Partner, der notleidenden Bevölkerung in der Zentralafrikanischen Republik dringend koordinierte Unterstützung zu gewähren, wobei er sich dessen bewusst ist, dass die Hilfe verstärkt werden muss, um den wachsenden Bedürfnissen gerecht zu werden;

28. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, den humanitären Appellen der Vereinten Nationen rasch zu entsprechen, um den dringenden und zunehmenden Bedarf der Menschen in der Zentralafrikanischen Republik und der Flüchtlinge, die in Nachbarländer geflohen sind, zu decken, und ermutigt zu diesem Zweck die humanitären Organisationen der Vereinten Nationen und die Partner zur raschen Durchführung humanitärer Projekte;

29. *beschließt*, tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, Folgendes:

### **Sanktionen**

30. *beschließt*, dass für einen Anfangszeitraum von einem Jahr ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution alle Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass die von dem Ausschuss nach Ziffer 57 der Resolution 2127 (2013) benannten Personen in ihr Hoheitsgebiet einreisen oder durch ihr Hoheitsgebiet durchreisen, wobei kein Staat durch diese Bestimmung verpflichtet wird, seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern;

31. *beschließt außerdem*, dass die mit Ziffer 30 verhängten Maßnahmen keine Anwendung finden,

a) wenn der Ausschuss von Fall zu Fall bestimmt, dass die betreffende Reise aus humanitären Gründen, einschließlich religiöser Verpflichtungen, gerechtfertigt ist;

b) wenn die Ein- oder Durchreise zur Durchführung eines Gerichtsverfahrens erforderlich ist;

c) wenn der Ausschuss von Fall zu Fall bestimmt, dass eine Ausnahme die Ziele des Friedens und der nationalen Aussöhnung in der Zentralafrikanischen Republik und der Stabilität in der Region fördern würde;

32. *beschließt ferner*, dass alle Mitgliedstaaten für einen Anfangszeitraum von einem Jahr ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution alle sich in ihrem Hoheitsgebiet befindenden Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen, die im Eigentum oder unter der direkten

oder indirekten Kontrolle der von dem Ausschuss benannten Personen oder Einrichtungen oder von Personen oder Einrichtungen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, oder von in ihrem Eigentum oder unter ihrer Kontrolle befindlichen Einrichtungen stehen, unverzüglich einfrieren, und beschließt ferner, dass alle Mitgliedstaaten sicherstellen, dass ihre Staatsangehörigen oder Personen oder Einrichtungen innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die von dem Ausschuss benannten Personen oder Einrichtungen oder zu ihren Gunsten keine Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen;

33. *beschließt*, dass die mit Ziffer 32 verhängten Maßnahmen nicht für Gelder, andere finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen gelten, die nach Feststellung der betreffenden Mitgliedstaaten

a) für grundlegende Ausgaben erforderlich sind, namentlich für die Bezahlung von Nahrungsmitteln, Mieten oder Hypotheken, Medikamenten und medizinischer Behandlung, Steuern, Versicherungsprämien und Gebühren öffentlicher Versorgungsunternehmen, oder ausschließlich der Bezahlung angemessener Honorare und der Rückerstattung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Bereitstellung rechtlicher Dienste, im Einklang mit nationalen Rechtsvorschriften, oder der Bezahlung von Gebühren oder Kosten, im Einklang mit nationalen Rechtsvorschriften, für die routinemäßige Verwahrung oder Verwaltung eingefrorener Gelder, anderer finanzieller Vermögenswerte und wirtschaftlicher Ressourcen dienen, sofern der betreffende Staat dem Ausschuss seine Absicht mitgeteilt hat, gegebenenfalls den Zugang zu diesen Geldern, anderen finanziellen Vermögenswerten oder wirtschaftlichen Ressourcen zu genehmigen, und der Ausschuss innerhalb von fünf Arbeitstagen nach einer solchen Mitteilung keine ablehnende Entscheidung getroffen hat;

b) für außerordentliche Ausgaben erforderlich sind, vorausgesetzt, dass diese Feststellung dem Ausschuss von dem betreffenden Staat oder den betreffenden Mitgliedstaaten mitgeteilt und von dem Ausschuss gebilligt wurde; oder

c) Gegenstand eines Pfandrechts oder einer Entscheidung eines Gerichts, einer Verwaltungsstelle oder eines Schiedsgerichts sind, in welchem Fall die Gelder oder anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen für die Erfüllung von Forderungen aus diesem Pfandrecht oder dieser Entscheidung verwendet werden können, vorausgesetzt, das Pfandrecht oder die Entscheidung entstand beziehungsweise erging vor dem Datum dieser Resolution, begünstigt nicht eine von dem Ausschuss benannte Person oder Einrichtung und wurde dem Ausschuss durch den betreffenden Staat oder die betreffenden Mitgliedstaaten mitgeteilt;

34. *beschließt außerdem*, dass Mitgliedstaaten gestatten können, dass den nach Ziffer 32 eingefrorenen Konten fällige Zinsen oder sonstige Erträge dieser Konten oder fällige Zahlungen aufgrund von Verträgen, Vereinbarungen oder Verpflichtungen, die vor dem Datum geschlossen beziehungsweise eingegangen wurden, ab dem diese Konten den Bestimmungen dieser Resolution unterliegen, gutgeschrieben werden, unter dem Vorbehalt, dass diese Zinsen, sonstigen Erträge und Zahlungen weiterhin diesen Bestimmungen unterliegen und eingefroren bleiben;

35. *beschließt ferner*, dass die in Ziffer 32 enthaltenen Maßnahmen eine benannte Person oder Einrichtung nicht daran hindern, Zahlungen zu leisten, die aufgrund eines vor der Aufnahme der Person oder Einrichtung in die Liste geschlossenen Vertrags geschuldet werden, wenn nach Feststellung der betreffenden Staaten die Zahlung weder direkt noch indirekt von einer nach Ziffer 32 benannten Person oder Einrichtung entgegengenommen wird und nachdem die betreffenden Staaten dem Ausschuss die Absicht mitgeteilt haben, solche Zahlungen zu leisten oder entgegenzunehmen oder gegebenenfalls die Aufhebung der Einfrierung von Geldern, anderen finanziellen Vermögenswerten oder wirtschaftlichen Ressourcen zu diesem Zweck zu genehmigen, in welchem Fall diese Mitteilung 10 Arbeitstage vor einer solchen Genehmigung zu erfolgen hat;

36. *beschließt*, dass die in den Ziffern 30 und 32 enthaltenen Maßnahmen auf die von dem Ausschuss benannten Personen und Einrichtungen Anwendung finden, die Handlungen vornehmen oder unterstützen, die den Frieden, die Stabilität oder die Sicherheit der Zentralafrikanischen Republik untergraben, einschließlich Handlungen, die die Übergangsregelungen gefährden oder gegen sie verstoßen, die den poli-

tischen Übergangsprozess, namentlich den Übergang zu freien und fairen demokratischen Wahlen, gefährden oder behindern oder die Gewalt schüren;

37. *beschließt* in dieser Hinsicht *außerdem*, dass die in den Ziffern 30 und 32 genannten Maßnahmen außerdem auf die von dem Ausschuss benannten Personen und Einrichtungen Anwendung finden, die nach seiner Feststellung

a) gegen das in Ziffer 54 der Resolution 2127 (2013) verhängte Waffenembargo verstoßen oder mittelbar oder unmittelbar Rüstungsgüter oder sonstiges Wehrmaterial oder technische Beratung, Ausbildung oder Hilfe, einschließlich Finanzierung und finanzieller Unterstützung, im Zusammenhang mit gewaltsamen Aktivitäten bewaffneter Gruppen oder krimineller Netzwerke in der Zentralafrikanischen Republik an bewaffnete Gruppen oder kriminelle Netzwerke in der Zentralafrikanischen Republik geliefert, verkauft oder übertragen oder von diesen empfangen haben;

b) an der Planung, Steuerung oder Begehung von Handlungen in der Zentralafrikanischen Republik beteiligt sind, die gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und/oder das humanitäre Völkerrecht verstoßen oder die Menschenrechtsmissbräuche oder -verletzungen darstellen, namentlich sexuelle Gewalttaten, gezielte Angriffe auf Zivilpersonen, ethnisch oder religiös motivierte Angriffe, Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser sowie Entführungen und Vertreibungen;

c) unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht in dem bewaffneten Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik Kinder einziehen oder einsetzen;

d) durch die illegale Ausbeutung natürlicher Ressourcen in der Zentralafrikanischen Republik, einschließlich Diamanten, wildlebender Tier- und Pflanzenarten sowie aus diesen gewonnener Produkte, bewaffnete Gruppen oder kriminelle Netzwerke unterstützen;

e) die Bereitstellung humanitärer Hilfe an die Zentralafrikanische Republik oder den Zugang zu humanitärer Hilfe oder die Verteilung humanitärer Hilfsgüter in der Zentralafrikanischen Republik behindern;

f) an der Planung, Steuerung, Förderung oder Durchführung von Angriffen auf Missionen der Vereinten Nationen oder internationale Sicherheitspräsenzen, namentlich das Integrierte Büro für die Friedenskonsolidierung, die Internationale Unterstützungsmission, die Operation der Europäischen Union und die anderen sie unterstützenden Truppen, beteiligt sind;

g) eine von dem Ausschuss gemäß dieser Ziffer oder Ziffer 36 benannte Einrichtung leiten oder unterstützt haben oder für diese Einrichtung, in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung gehandelt haben;

38. *bekundet seine ernste Besorgnis* über Berichte, wonach einige Politiker der Zentralafrikanischen Republik Gruppen der Anti-Balaka und der Séléka, die Gewalthandlungen und schwere Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche gegen die Zivilbevölkerung des Landes planen, Unterstützung gewährt und Anleitung gegeben haben, verlangt, dass diese Politiker und alle anderen diese Aktivitäten umgehend einstellen, und weist den Ausschuss an, mit Vorrang die Benennung dieser Politiker zu erwägen, damit zielgerichtete Sanktionen gegen sie verhängt werden, falls sie irgendeine der in den Ziffern 36 und 37 genannten Aktivitäten durchführen;

39. *fordert* die Politiker der Zentralafrikanischen Republik – einschließlich der hochrangigen Amtsträger der früheren Bozizé- und Djotodia-Regierungen wie Herrn François Bozizé und Herrn Nouredine Adam – *nachdrücklich auf*, ihre Unterstützer dazu aufzurufen, alle Angriffe auf Zivilpersonen einzustellen;

40. *beschließt*, das mit Ziffer 54 der Resolution 2127 (2013) verhängte Waffenembargo und die mit Ziffer 55 der Resolution festgelegten Maßnahmen um einen Zeitraum von einem Jahr ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution zu verlängern, und beschließt ferner, dass die in Ziffer 54 der Resolution 2127 (2013) festgelegten Maßnahmen keine Anwendung auf Lieferungen finden, die ausschließlich zur Unterstützung der Operation der Europäischen Union und zur Nutzung durch diese bestimmt sind;

41. *beschließt außerdem*, dass das Mandat des Ausschusses für die in dieser Resolution verhängten Maßnahmen gilt und dass das Mandat der mit Ziffer 59 der Resolution 2127 (2013) geschaffenen Sachverständigengruppe um einen Zeitraum von einem Jahr ab dem Datum der Verabschiedung der vorliegenden

Resolution verlängert wird und außerdem die Aufgabe umfasst, dem Ausschuss durch die Bereitstellung von Informationen über die benannten Personen und Einrichtungen sowie über Personen und Einrichtungen, die möglicherweise die Benennungskriterien in den Ziffern 36 und 37 erfüllen, behilflich zu sein, namentlich indem sie dem Ausschuss diese Informationen mitteilt, sobald sie verfügbar sind, und in ihre förmlichen schriftlichen Berichte die Namen der möglicherweise zu benennenden Personen oder Einrichtungen, ausreichende Identifizierungsangaben sowie sachdienliche Informationen darüber aufzunehmen, warum die betreffende Person oder Einrichtung möglicherweise die Benennungskriterien in den Ziffern 36 und 37 erfüllt;

42. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, dem Ausschuss innerhalb von neunzig Tagen nach der Verabschiedung dieser Resolution über die von ihnen unternommenen Schritte zur wirksamen Durchführung der Ziffer 54 der Resolution 2127 (2013) und der Ziffern 30 und 32 der vorliegenden Resolution Bericht zu erstatten;

#### **Mandat für die Operation der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik**

43. *ermächtigt* die Europäische Union, die in dem Schreiben der Hohen Vertreterin der Europäischen Union vom 21. Januar 2014 genannte Operation in die Zentralafrikanische Republik zu entsenden<sup>181</sup>;

44. *ermächtigt* die Operation der Europäischen Union, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in ihren Einsatzgebieten ab der anfänglichen Entsendung und für einen Zeitraum von sechs Monaten nach Erklärung ihrer vollen Einsatzfähigkeit alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen;

45. *ersucht* die Europäische Union, dem Sicherheitsrat über die Durchführung dieses Mandats in der Zentralafrikanischen Republik Bericht zu erstatten und ihre Berichterstattung mit der in Ziffer 32 der Resolution 2127 (2013) genannten Berichterstattung der Afrikanischen Union zu koordinieren;

46. *fordert* die Mitgliedstaaten, namentlich die Nachbarländer der Zentralafrikanischen Republik, *auf*, geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Aktion der Europäischen Union zu treffen, insbesondere indem sie die Verlegung des gesamten Personals und der gesamten Ausrüstung, Verpflegung, Versorgungs- und sonstigen Güter, einschließlich Fahrzeugen und Ersatzteilen, die für die Operation der Europäischen Union bestimmt sind, in die Zentralafrikanische Republik ohne Behinderung oder Verzögerung erleichtern;

47. *bittet* die Übergangsbehörden der Zentralafrikanischen Republik, im Hinblick auf die Einrichtung der Operation der Europäischen Union so bald wie möglich ein Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen zu schließen;

48. *betont*, dass alle Militärkräfte in der Zentralafrikanischen Republik bei der Wahrnehmung ihres Mandats unter voller Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der Einheit der Zentralafrikanischen Republik und unter voller Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts handeln müssen, und weist darauf hin, wie wichtig Ausbildung in dieser Hinsicht ist;

49. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat alle 90 Tage nach Verabschiedung dieser Resolution über die Durchführung des Mandats des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung Bericht zu erstatten;

50. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7103. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

#### **Beschlüsse**

Auf seiner 7114. Sitzung am 20. Februar 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen: „Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik“.



Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Smaïl Chergui, den Kommissar für Frieden und Sicherheit der Kommission der Afrikanischen Union, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7128. Sitzung am 6. März 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik (Minister für auswärtige Angelegenheiten, afrikanische Integration, Frankophonie und Zentralafrikaner im Ausland) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

Bericht des Generalsekretärs über die Zentralafrikanische Republik gemäß der Ziffer 48 der Resolution 2127 (2013) des Sicherheitsrats (S/2014/142)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Hervé Ladsous, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinatorin, und Herrn António Guterres, den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Tête António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7153. Sitzung am 10. April 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik (Minister für auswärtige Angelegenheiten, afrikanische Integration, Frankophonie und Zentralafrikaner im Ausland) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

Bericht des Generalsekretärs über die Zentralafrikanische Republik gemäß Ziffer 48 der Resolution 2127 (2013) des Sicherheitsrats (S/2014/142)“.

### **Resolution 2149 (2014) vom 10. April 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen und Erklärungen über die Zentralafrikanische Republik, insbesondere die Resolutionen 2121 (2013) vom 10. Oktober 2013, 2127 (2013) vom 5. Dezember 2013 und 2134 (2014) vom 28. Januar 2014,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Zentralafrikanischen Republik und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der Nichteinmischung, der guten Nachbarschaft und der regionalen Zusammenarbeit,

*in Bekräftigung* der Grundprinzipien der Friedenssicherung, darunter die Zustimmung der Parteien, die Unparteilichkeit und die Nichtanwendung von Gewalt außer zur Selbstverteidigung und zur Verteidigung des Mandats, und anerkennend, dass das Mandat jeder Friedenssicherungsmission auf die Bedürfnisse und die Situation des jeweiligen Landes zugeschnitten ist,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die Sicherheitslage in der Zentralafrikanischen Republik,

*unter Hinweis* darauf, dass die Übergangsbehörden die Hauptverantwortung für den Schutz der Bevölkerung in der Zentralafrikanischen Republik tragen,

*betonend*, dass jede dauerhafte Lösung der Krise in der Zentralafrikanischen Republik, einschließlich des politischen Prozesses, in der Eigenverantwortung der Zentralafrikanischen Republik liegen und die Neustrukturierung der zentralafrikanischen Sicherheitskräfte einschließen soll,

*sowie betonend*, dass die Rolle der Region, einschließlich derjenigen des Vorsitzes der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten und ihres Vermittlers, sowie der Afrikanischen Union auch

weiterhin von entscheidender Bedeutung für die Förderung dauerhaften Friedens und dauerhafter Stabilität in der Zentralafrikanischen Republik sein wird,

*unter Begrüßung* der positiven und entscheidenden Auswirkungen der Maßnahmen der Internationalen Unterstütmungsmission in der Zentralafrikanischen Republik unter afrikanischer Führung vor Ort zum Schutz von Zivilpersonen und zur Verhütung schwerer Verstöße gegen das Völkerrecht und der bei der Durchführung anderer Aspekte ihres Mandats erzielten Fortschritte, wie in dem gemäß Ziffer 32 der Resolution 2127 (2013) vorgelegten ersten Fortschrittsbericht der Kommission der Afrikanischen Union über den Einsatz und die Tätigkeiten der Internationalen Unterstütmungsmission beschrieben<sup>183</sup>,

*nach wie vor ernsthaft besorgt* über die vielfältigen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche, die sowohl von Elementen der ehemaligen Séléka als auch von Milizgruppen, vor allem den „Anti-Balaka“, begangen werden, darunter außergerichtliche Tötungen, Verschwindenlassen, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, Folter, sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder, Vergewaltigung, Einziehung und Einsatz von Kindern und Angriffe auf Zivilpersonen, insbesondere, aber nicht ausschließlich, auf Muslime, Angriffe auf Kultstätten und die Verweigerung des humanitären Zugangs,

*unter entschiedenster Verurteilung* aller gegen die Kontingente der Internationalen Unterstütmungsmission gerichteten Angriffe und Provokationen bewaffneter Gruppen und mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Übergangsbehörden der Zentralafrikanischen Republik, alle möglichen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die Täter festgenommen und strafrechtlich verfolgt werden,

*betonend*, dass es dringend und zwingend notwendig ist, die Straflosigkeit in der Zentralafrikanischen Republik zu beenden und diejenigen, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen und Menschenrechtsmissbräuche und -verletzungen begangen haben, vor Gericht zu stellen, in dieser Hinsicht unterstreichend, dass die nationalen Rechenschaftsmechanismen gestärkt werden müssen, und unterstreichend, dass er die Arbeit der Unabhängigen Expertin des Menschenrechtsrats für die Menschenrechtssituation in der Zentralafrikanischen Republik und der Internationalen Untersuchungskommission unterstützt,

*erneut erklärend*, dass alle Personen, die solche Handlungen begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen und dass einige dieser Handlungen Verbrechen nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs<sup>163</sup> darstellen können, dessen Vertragspartei die Zentralafrikanische Republik ist, ferner unter Hinweis auf die Erklärungen der Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs vom 7. August 2013 und vom 9. Dezember 2013 und Kenntnis nehmend von dem Beschluss der Anklägerin des Gerichtshofs vom 7. Februar 2014, eine Vorprüfung der Situation in der Zentralafrikanischen Republik seit September 2012 einzuleiten,

*nachdrücklich auf die Gefahr hinweisend*, dass die Situation in der Zentralafrikanischen Republik ein günstiges Umfeld für grenzüberschreitende kriminelle Tätigkeiten, darunter solche, bei denen Waffenhandel und der Einsatz von Söldnern im Spiel sind, sowie einen möglichen Nährboden für radikale Netzwerke bieten kann,

in dieser Hinsicht den wichtigen Beitrag *aner kennend*, den das vom Sicherheitsrat mandatierte Waffenembargo zur Bekämpfung des unerlaubten Transfers von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial in der Zentralafrikanischen Republik und ihrer Region und zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit, der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und der Reform des Sicherheitssektors leisten kann, unter Hinweis auf seine Resolution 2127 (2013) und mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis über die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Zentralafrikanischen Republik, die durch den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen entsteht,

*unter Hinweis* auf seinen Beschluss, ein Sanktionsregime nach den Resolutionen 2127 (2013) und 2134 (2014) einzurichten, und betonend, dass die zielgerichteten Sanktionen unter anderem gegen die von dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 2127 (2013) benannten Personen und Einrichtungen

---

<sup>183</sup> S/2014/172, Anlage.

gerichtet sind, die Handlungen vornehmen oder unterstützen, die den Frieden, die Stabilität oder die Sicherheit der Zentralafrikanischen Republik untergraben, den politischen Übergangsprozess behindern oder die Gewalt schüren, sowie gegen die von dem Ausschuss benannten Personen und Einrichtungen, die an der Planung, Steuerung oder Begehung von Handlungen beteiligt sind, die gegen die internationalen Menschenrechtsnormen oder das humanitäre Völkerrecht verstoßen oder die Menschenrechtsmissbräuche oder -verletzungen darstellen,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner ernsten Besorgnis* über die desolate humanitäre Lage in der Zentralafrikanischen Republik, unter besonderer Betonung der humanitären Bedürfnisse der mehr als 760.000 Binnenvertriebenen und der mehr als 300.000 Flüchtlinge in den Nachbarländern, darunter viele Muslime, und ferner mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Folgen des Flüchtlingsstroms auf die Situation in der Demokratischen Republik Kongo, Kamerun und Tschad sowie in anderen Ländern der Region,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über den Zusammenbruch der ohnehin schon fragilen Verwaltung, der die Regierungsfähigkeit der neuen Übergangsbehörden einschränkt,

*mit der nachdrücklichen Aufforderung* an alle Parteien, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des humanitären Personals, des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals sowie der Einrichtungen, der Ausrüstung und der Güter der Vereinten Nationen zu gewährleisten,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner Anerkennung* für die anhaltenden Bemühungen der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten und ihres Vermittlers in Bezug auf die Krise in der Zentralafrikanischen Republik sowie für die Anstrengungen der Afrikanischen Union zur Beilegung der Krise und die Anstrengungen der Internationalen Kontaktgruppe für die Zentralafrikanische Republik, unter dem gemeinsamen Vorsitz der Afrikanischen Union und der Republik Kongo, unter Begrüßung des auf ihrem vierten Treffen der Kontaktgruppe am 21. März 2014 in Brazzaville herausgegebenen Kommuniqués, namentlich der vorgesehenen Schritte zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit und ihrer Unterstützung für den Übergang in der Zentralafrikanischen Republik, und alle Interessenträger ermutigend, ihre Anstrengungen fortzusetzen,

*in Bekräftigung seines tief empfundenen Dankes* für den entscheidenden Beitrag, den die Internationale Unterstützungsmission, ihre truppen- und polizeistellenden Länder und die französischen Truppen unmittelbar nach der Verabschiedung der Resolution 2127 (2013) zum Schutz von Zivilpersonen und zur Verbesserung der Sicherheitslage geleistet haben, und ferner mit dem Ausdruck seines Dankes an diejenigen Partner, die Lufttransporte durchgeführt und sonstige Unterstützung bereitgestellt haben, um die Verlegung der Truppen zu beschleunigen und ihre Wirksamkeit zu verbessern,

*unter Begrüßung* des auf der Tagung des Rates der Europäischen Union am 1. April 2014 bekanntgegebenen Beschlusses der Europäischen Union, eine vorübergehende Operation, die militärische Operation der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik, zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission in der Zentralafrikanischen Republik einzuleiten,

auf die Notwendigkeit *hinweisend*, die Durchführung des politischen Prozesses zu beschleunigen, namentlich in Bezug auf die Aspekte der Aussöhnung und die Abhaltung freier, fairer, transparenter und alle Seiten einbeziehender Wahlen so bald wie technisch möglich und spätestens im Februar 2015,

*begrüßend*, dass einige religiöse Führer des Landes auf nationaler Ebene gemeinsame Schritte unternehmen, in dem Versuch, die Beziehungen zwischen den religiösen Gemeinschaften zu befrieden und Gewalt zwischen ihnen zu verhindern, und feststellend, dass ihrer Stimme auf lokaler Ebene mehr Gehör verschafft werden muss,

*unter Hinweis* auf die Notwendigkeit eines alle Seiten einschließenden und wirksamen Prozesses der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie, was die ausländischen Kämpfer betrifft, der Repatriierung, unter gleichzeitiger Beachtung der Notwendigkeit, die Straflosigkeit zu bekämpfen,

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011, 2068 (2012) vom 19. September 2012 und 2143 (2014) vom 7. März 2014 über Kinder und bewaffnete Konflikte

und seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit und mit der Aufforderung an alle Parteien in der Zentralafrikanischen Republik, mit der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten Verbindung zu unterhalten,

*Kenntnis nehmend* von der Annahme der am 17. September 2013 in Addis Abeba unterzeichneten Partnerschaftsvereinbarung zwischen der Kommission der Afrikanischen Union und dem Büro der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Kinder und bewaffnete Konflikte über die Integration des Kinderschutzes in die Politik und die Operationen der Afrikanischen Union und von dem am 31. Januar 2014 in Addis Abeba angenommenen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen dem Büro der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für sexuelle Gewalt in Konflikten und der Kommission der Afrikanischen Union zur Verhütung und Bekämpfung von sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten in Afrika,

*unter Begrüßung* des starken Engagements der Europäischen Union für die Zentralafrikanische Republik, insbesondere des Beschlusses, im Rahmen der Friedensfazilität für Afrika finanziell zur Entsendung der Internationalen Unterstützungsmission beizutragen, und ferner unter Begrüßung des Beitrags der Vereinigten Staaten von Amerika und der Beiträge von Mitgliedstaaten zum Treuhandfonds der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission,

*sowie unter Begrüßung* der auf dem Treffen auf hoher Ebene über humanitäre Maßnahmen in der Zentralafrikanischen Republik am 20. Januar 2014 in Brüssel abgegebenen Zusagen und der internationalen Gemeinschaft nahelegend, den Zusagen über die weitere Bereitstellung von Unterstützung zur Bewältigung der humanitären Lage in der Zentralafrikanischen Republik zügig nachzukommen und auf der Grundlage eines Ansatzes, der Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung verbindet, den Wiederaufbau vorzubereiten,

*ferner unter Begrüßung* der auf der Geberkonferenz am 1. Februar 2014 in Addis Abeba abgegebenen Zusagen zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission und des finanziellen Beitrags, den die Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten geleistet hat, und der internationalen Gemeinschaft nahelegend, diesen Zusagen zügig nachzukommen und der Internationalen Unterstützungsmission weiter Unterstützung zu gewähren,

*mit der Aufforderung* an die internationalen Partner, den Übergangsbehörden beim Aufbau der institutionellen Kapazitäten der nationalen Polizei- und Zollbehörden zur wirksamen Überwachung der Grenzen und Grenzübergangsstellen behilflich zu sein und dabei auch die Durchführung der mit Ziffer 54 der Resolution 2127 (2013) festgelegten Maßnahmen und die Entwaffnung und Repatriierung ausländischer bewaffneter Elemente zu unterstützen,

*unter Begrüßung* des Planes der Weltbank für 2014, der auf der Sitzung der Landes-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung für die Zentralafrikanische Republik am 19. Februar 2014 vorgelegt wurde, und den internationalen Finanzinstitutionen nachdrücklich nahelegend, mit den Übergangsbehörden weiter zusammenzuwirken,

*Kenntnis nehmend* von dem Bericht über den Besuch des Vorsitzenden der Konfiguration für Friedenskonsolidierung für die Zentralafrikanische Republik in Bangui vom 4. bis 7. März 2014, begrüßend, dass sie sich weiter für die Mobilisierung und Erhaltung der Aufmerksamkeit und des Engagements der Partner sowie des Friedenskonsolidierungsfonds einsetzt, und ferner unterstreichend, welche Rolle der Kommission für Friedenskonsolidierung dabei zukommt, die Bemühungen der Übergangsbehörden um einen nationalen Dialog und Aussöhnungsprozess zu unterstützen sowie die Herausforderungen anzugehen, vor denen das Land steht, wozu auch die politische Begleitung und die Mobilisierung der internationalen Aufmerksamkeit und Unterstützung gehört,

*mit der Aufforderung* an die internationalen Partner, finanzielle Beiträge zur Unterstützung der Prozesse der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und der Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung und Repatriierung sowie der Wahlprozesse zu leisten,

*Kenntnis nehmend* von dem Schreiben der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten der Zentralafrikanischen Republik vom 27. Januar 2014, in der sie um die Entsendung eines Friedenssicherungseinsatzes der Vereinten Nationen ersuchte mit dem Auftrag, das Land zu stabilisieren und die zivilen Aspekte der Krise anzugehen<sup>184</sup>,

*sowie Kenntnis nehmend* von dem Schreiben der Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union vom 17. Februar 2014 an den Präsident des Sicherheitsrats, in dem eine Reihe von Schritten für ein verstärktes internationales Vorgehen zugunsten der Zentralafrikanischen Republik vorgeschlagen wurde<sup>185</sup>, darunter die Stärkung der Internationalen Unterstützungsmission durch die Mobilisierung einer berechenbareren und nachhaltigeren Unterstützung, damit sie ihr Mandat wirksam erfüllen und die Phase der ersten Stabilisierung der Lage abschließen kann, mit dem Ziel, ein breiteres und dauerhafteres internationales Engagement zu erleichtern, insbesondere durch die Entsendung eines Friedenssicherungseinsatzes der Vereinten Nationen, und ferner Kenntnis nehmend von dem Kommuniqué des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 7. März 2014 über die von der Internationalen Unterstützungsmission erreichten Ergebnisse und die langfristige Stabilisierung der Zentralafrikanischen Republik,

*unter Begrüßung* des Berichts des Generalsekretärs vom 3. März 2014<sup>186</sup>, feststellend, dass die Situation in der Zentralafrikanischen Republik ein geeintes und integriertes Vorgehen erfordert, namentlich durch einen mehrdimensionalen Friedenssicherungseinsatz der Vereinten Nationen, und ferner unter Begrüßung der darin enthaltenen Empfehlungen zur Einrichtung eines solchen Einsatzes,

*Kenntnis nehmend* von dem Schreiben der Präsidentin der Zentralafrikanischen Republik vom 8. April 2014 an den Sicherheitsrat,

*feststellend*, dass die Situation in der Zentralafrikanischen Republik eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

### Politischer Prozess

1. *begrüßt*, dass Frau Catherine Samba-Panza am 20. Januar 2014 vom Nationalen Übergangsrat zur neuen Übergangs-Staatschefin bestellt wurde und dass Herr André Nzapayeké zum Übergangs-Premierminister ernannt und eine Übergangsregierung gebildet wurde;

2. *begrüßt außerdem* den wichtigen Beitrag der Region durch die aktive Führungsrolle der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, insbesondere die Vermittlerrolle Kongos, bei der Einberufung von führenden Regierungsmitgliedern, Mitgliedern des Nationalen Übergangsrats und Vertretern der Zivilgesellschaft aus der Zentralafrikanischen Republik zu den von der Regierung Tschads in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten am 9. und 10. Januar 2014 in N'Djamena veranstalteten Gesprächen über den politischen Übergang in der Zentralafrikanischen Republik, in deren Verlauf die damaligen führenden Mitglieder der Übergangsregierung zurücktraten, und legt der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten nahe, über ihren Vorsitzenden und ihren Vermittler auch weiterhin die von ihr erwartete Rolle bei der internationalen Unterstützung für den politischen Prozess in der Zentralafrikanischen Republik wahrzunehmen;

3. *bekundet erneut seine Unterstützung* für die Vereinbarungen von Libreville vom 11. Januar 2013, die Erklärung von N'Djamena vom 18. April 2013 und die Verfassungscharta für den Übergang vom 18. Juli 2013;

4. *würdigt* die anfänglichen Maßnahmen der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten zur Wiederherstellung des Friedens und der Stabilität in der Zentralafrikanischen Republik;

---

<sup>184</sup> S/2014/83, Anlage.

<sup>185</sup> S/2014/117, Anlage.

<sup>186</sup> S/2014/142.

5. *unterstreicht*, wie wichtig die Erhaltung der Einheit und territorialen Unversehrtheit der Zentralafrikanischen Republik ist;

6. *verlangt*, dass alle Milizen und bewaffneten Gruppen ihre Waffen niederlegen, alle Formen der Gewalt und destabilisierenden Aktivitäten umgehend beenden und die Kinder aus ihren Reihen freilassen;

7. *begrüßt* den Aufruf des Generalsekretärs, den politischen und Aussöhnungsprozess neu zu beleben und zu beschleunigen, um den Boden für eine Beendigung des Konflikts zu bereiten, fordert in dieser Hinsicht die Übergangsbehörden auf, ihr Engagement für diese Prozesse unter Beweis zu stellen und diesbezüglich konkrete Schritte zu unternehmen, und unterstreicht ferner, wie wichtig die Zivilgesellschaft bei der Neubelebung dieser Prozesse ist;

8. *fordert* in dieser Hinsicht die Übergangsbehörden *nachdrücklich auf*, die Vorbereitungen zu beschleunigen, um spätestens im Februar 2015 freie, faire, transparente und alle Seiten einbeziehende Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abzuhalten, und rasch die in dieser Hinsicht erforderlichen wichtigen Vorbereitungen und konkreten Maßnahmen einzuleiten, darunter die dringende Errichtung eines Rahmens für die Aussöhnung entsprechend dem Kommuniqué des Gipfeltreffens der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten vom Januar 2014, die Aufnahme eines alle einschließenden politischen Dialogs über den Rahmen für die Wahlen und die Fertigstellung des technischen und rechtlichen Rahmens, und betont, dass die Wahlen die Binnenvertriebenen und die Flüchtlinge aus der Zentralafrikanischen Republik einschließen sollen, deren Rückkehr ein wichtiges Ziel sein soll;

9. *fordert ferner* die Mitgliedstaaten und die internationalen und regionalen Organisationen *auf*, den Übergangsbehörden der Zentralafrikanischen Republik rasche und spürbare Unterstützung zu gewähren, darunter Beiträge für die Zahlung von Gehältern und die Deckung anderer Bedürfnisse der Übergangsbehörden der Zentralafrikanischen Republik;

10. *legt* den Übergangsbehörden *nahe*, mit Unterstützung wichtiger Mitglieder der Internationalen Kontaktgruppe Sofortmaßnahmen zur Neubelebung des politischen Prozesses zu ergreifen, indem sie sich auf bestimmte Schlüsselparameter einigen, wozu auch die mögliche Schaffung eines internationalen Mechanismus gehören könnte, der wesentliche Interessenträger wie die Afrikanische Union, die Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, die Vereinten Nationen und die Europäische Union sowie gegebenenfalls die internationalen Finanzinstitutionen einschließt und der den Übergang begleitet, unter Achtung der Souveränität der Zentralafrikanischen Republik, und ersucht den Generalsekretär, dem Rat über die in dieser Hinsicht erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten;

11. *legt* den Übergangsbehörden *außerdem nahe*, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der die internationalen Bemühungen leitenden internationalen Finanzinstitutionen, auf der Grundlage der wesentlichen Ziele der Friedenskonsolidierung und der Staatsbildung Mechanismen zur Stärkung der öffentlichen Finanzverwaltung und Rechenschaftslegung, einschließlich der Steuereinzahlung, der Ausgabenkontrollen und der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen, zu schaffen, gestützt auf einschlägige internationale Erfahrungen und in einer Weise, die die nationale Eigenverantwortung fördert und die Souveränität der Zentralafrikanischen Republik achtet;

12. *erklärt erneut*, dass alle Personen, die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen und dass einige dieser Handlungen Verbrechen nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs darstellen können<sup>163</sup>, dessen Vertragspartei die Zentralafrikanische Republik ist, erinnert an die Erklärungen der Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs vom 7. August und vom 9. Dezember 2013, stellt ferner fest, dass die Anklägerin des Gerichtshofs eine Vorprüfung in Bezug auf die seit September 2012 in der Zentralafrikanischen Republik angeblich begangenen Verbrechen eingeleitet hat, und begrüßt die diesbezügliche Kooperation seitens der Übergangsbehörden;

13. *fordert* alle an dem bewaffneten Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik beteiligten Parteien, einschließlich der Elemente der ehemaligen Séléka und der Elemente der Anti-Balaka, *auf*, klare Anordnungen zu erteilen, die alle unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht begangenen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen gegen Kinder, namentlich ihre Einziehung und ihren Einsatz, Vergewaltigung und sexuelle Gewalt, Tötung und Verstümmelung, Entführungen und Angriffe auf Schulen und

Krankenhäuser, verbieten, und fordert ferner die Übergangsbehörden auf, konkrete Verpflichtungen zur raschen Untersuchung behaupteter Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen einzugehen und einzuhalten, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die für derartige Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen verantwortlich sind, vom Sicherheitssektor ausgeschlossen werden;

14. *verlangt erneut*, dass alle Parteien die von Streitkräften und bewaffneten Gruppen freigelassenen oder auf andere Weise getrennten Kinder schützen und als Opfer ansehen, und betont, dass dem Schutz, der Freilassung und der Wiedereingliederung aller mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss;

15. *fordert* alle an dem bewaffneten Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik beteiligten Parteien, einschließlich der Elemente der ehemaligen Séléka und der Anti-Balaka, *auf*, klare Anordnungen gegen sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt zu erteilen, und fordert ferner die Übergangsbehörden auf, konkrete Verpflichtungen zur raschen Untersuchung behaupteter Missbrauchshandlungen einzugehen und einzuhalten, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, entsprechend seinen Resolutionen 1960 (2010) und 2106 (2013), und den Opfern sexueller Gewalt sofortigen Zugang zu den verfügbaren Diensten zu ermöglichen;

#### **Übergang zu einem Friedenssicherungseinsatz**

16. *nimmt Kenntnis* von dem Aufruf des Generalsekretärs zur verstärkten Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission, insbesondere durch vermehrte Kapazitäten für die Luft- und Bodenbeweglichkeit, Informations- und Kommunikationssysteme, nachrichtendienstliche Kapazitäten, medizinische Einrichtungen und logistische Versorgung und dauerhafter Unterstützung, einschließlich der dringenden Bereitstellung entscheidend wichtiger Unterstützungskräfte, und zur weiteren Verbesserung der Führungsmechanismen der internationalen Einsatzkräfte in der Zentralafrikanischen Republik;

17. *begrüßt* den Aufruf des Generalsekretärs zu einer Truppenerhöhung vor Ort und begrüßt in dieser Hinsicht die Ankündigung der Regierung Frankreichs vom 14. Februar 2014, die Zahl der französischen Soldaten zu erhöhen, und ihre anschließende Entsendung, den vom Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union am 21. März 2014 gefassten Beschluss, die Entsendung von zusätzlichem Polizeipersonal und Personal mit Spezialfähigkeiten zu genehmigen, und die zur raschen Umsetzung dieses Beschlusses unternommenen Schritte sowie die Beiträge der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die zu dem Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 1. April 2014 zur Einleitung der militärischen Operation der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik geführt haben;

#### **Friedenssicherungseinsatz**

18. *beschließt*, vom Datum der Verabschiedung dieser Resolution für einen Anfangszeitraum bis zum 30. April 2015 die Mehrdimensionale integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik einzurichten;

19. *ersucht* den Generalsekretär, die Präsenz des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution in die Stabilisierungsmission einzugliedern und einen reibungslosen Übergang vom Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung zur Mission sicherzustellen;

20. *beschließt*, dass die Stabilisierungsmission ab dem 15. September 2014 zunächst bis zu 10.000 Soldaten, darunter 240 Militärbeobachter und 200 Stabsoffiziere, sowie 1.800 Polizeiangehörige, davon 1.400 Mitglieder organisierter Polizeieinheiten und 400 Polizisten, und 20 Strafvollzugsbeamte umfassen wird, fordert die Mitgliedstaaten auf, Truppen und Polizei mit ausreichenden Kapazitäten und Ausrüstungen bereitzustellen, um die Fähigkeit der Mission zur wirksamen Durchführung ihres Einsatzes und Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu erhöhen, und ersucht den Generalsekretär, qualifiziertes Personal zu rekrutieren, das über die Kompetenzen, die Ausbildung, die Berufserfahrung und die Sprachkenntnisse verfügt, die für die unter den anwendbaren Aufgabenbereichen in den Ziffern 30 und 31 festgelegten Aufgaben geeignet sind, eingedenk der Notwendigkeit, den erwünschten Adressaten auf die zugänglichste Weise Informationen zu übermitteln und technische Hilfe bereitzustellen;

21. *beschließt außerdem*, dass die Übertragung der Autorität von der Internationalen Unterstützungsmission auf die Stabilisierungsmission am 15. September 2014 stattfinden wird, dass die Stabilisierungsmission im Zeitraum von der Verabschiedung dieser Resolution bis zur Übertragung der Autorität die in den Ziffern 30 und 31 vorgesehenen Aufgaben über ihre zivile Komponente durchführen wird, während die Internationale Unterstützungsmission weiterhin ihre mit Resolution 2127 (2013) mandatierten Aufgaben durchführen wird, und dass die Stabilisierungsmission am 15. September 2014 über ihre militärische und ihre Polizeikomponente mit der sofortigen Durchführung der in den Ziffern 30 und 31 vorgesehenen Aufgaben beginnen wird;

22. *ersucht* den Generalsekretär, in die Stabilisierungsmission so viele Militär- und Polizeikräfte der Internationalen Unterstützungsmission wie möglich einzugliedern, gemäß den Standards der Vereinten Nationen, in enger Abstimmung mit der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten und ab dem 15. September 2014, im Einklang mit der Politik des Generalsekretärs zur menschenrechtlichen Überprüfung von Personal der Vereinten Nationen;

23. *ermächtigt* den Generalsekretär, unbeschadet der Ziffer 21 vor dem 15. September 2014 militärische Unterstützungskräfte zur Stabilisierungsmission zu verlegen, darunter militärische Unterstützungskräfte, die von anderen Friedenssicherungseinsätzen, die ihre Kräfte verringern, und im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Missionen verlegt werden, soweit dies notwendig ist, um die militärische und die Polizeikomponente der Mission zu stärken und sie in die Lage zu versetzen, am 15. September 2014 sofort mit der Wahrnehmung ihrer mandatsmäßigen Aufgaben zu beginnen, und ersucht ferner den Generalsekretär, zu diesem Zweck Unterstützungskräfte unter Vertrag zu nehmen;

24. *ersucht* den Generalsekretär, alle möglichen Schritte zu unternehmen, unter anderem durch die volle Nutzung bestehender Befugnisse und nach seinem Ermessen, um den Einsatz der zivilen und militärischen Kapazitäten der Stabilisierungsmission in der Zentralafrikanischen Republik zu beschleunigen und so den Erwartungen des Sicherheitsrats und den Bedürfnissen der Bevölkerung der Zentralafrikanischen Republik am besten gerecht zu werden, und ersucht den Generalsekretär, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit die Mission zur Aufnahme ihrer Tätigkeit bereit ist;

25. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die Wacheinheit entsprechend ihrem mit dem Schreiben des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 29. Oktober 2013 an den Generalsekretär genehmigten ursprünglichen Mandat<sup>172</sup> ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution bis zum 15. September 2014 vom Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung zur Stabilisierungsmission zu verlegen, und beschließt, dass das in diesem Schreiben genehmigte Mandat der Wacheinheit vom Datum der Verabschiedung dieser Resolution bis zum 15. September 2014 unverändert bleibt;

26. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, in enger Abstimmung mit der Afrikanischen Union ein Übergangsteam für die Einrichtung der Stabilisierungsmission und die Vorbereitung der reibungslosen Übertragung der Autorität von der Internationalen Unterstützungsmission auf die Stabilisierungsmission bis zum 15. September 2014 zu entsenden und die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Internationale Unterstützungsmission so bald wie möglich für ihre Umwandlung in einen Friedenssicherungseinsatz der Vereinten Nationen vorzubereiten und zu positionieren;

27. *ersucht* den Generalsekretär, nach einer gemeinsamen Mission mit der Afrikanischen Union dem Sicherheitsrat spätestens am 15. August 2014 aktuelle Angaben über den Stand der Vorbereitungen für eine reibungslose Übertragung der Autorität von der Internationalen Unterstützungsmission auf die Stabilisierungsmission bis zum 15. September 2014 vorzulegen;

28. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, einen Sonderbeauftragten für die Zentralafrikanische Republik und Missionsleiter der Stabilisierungsmission zu ernennen, der ab dem Datum der Ernennung die Gesamtverantwortung vor Ort für die Koordinierung aller Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik übernimmt;

29. *ermächtigt* die Stabilisierungsmission, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um ihr Mandat im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in ihren Einsatzgebieten durchzuführen;

30. *beschließt*, dass sich das Mandat der Stabilisierungsmission zunächst auf die folgenden vorrangigen Aufgaben konzentriert:



*a) Schutz von Zivilpersonen*

- i) unbeschadet der Hauptverantwortung der Behörden der Zentralafrikanischen Republik im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in ihren Einsatzgebieten die Zivilbevölkerung vor drohender körperlicher Gewalt zu schützen, insbesondere auch durch aktive Patrouillentätigkeit;
- ii) Frauen und Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, spezifischen Schutz zu gewähren, insbesondere auch durch die Entsendung von Kinderschutzberatern und Frauenschutzberatern;
- iii) gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Drohungen und Angriffe festzustellen und zu erfassen, insbesondere auch durch regelmäßige Kontakte zur Zivilbevölkerung und enge Zusammenarbeit mit humanitären Organisationen und Menschenrechtsorganisationen;
- iv) in enger Abstimmung mit humanitären Organisationen, Menschenrechtsorganisationen und anderen maßgeblichen Partnern eine missionsweite Schutzstrategie zu entwerfen, umzusetzen und anzuwenden;

*b) Unterstützung für die Durchführung des Übergangsprozesses, einschließlich Anstrengungen zur Ausweitung der staatlichen Autorität und Erhaltung der territorialen Unversehrtheit*

- i) eine führende Rolle bei den internationalen Anstrengungen zur Unterstützung der Übergangsbehörden zu übernehmen und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, der Afrikanischen Union, den maßgeblichen Interessenträgern und der internationalen Gemeinschaft technische Hilfe für den politischen Übergang und die Wahlprozesse zu konzipieren, zu erleichtern, zu koordinieren und bereitzustellen;
- ii) Gute Dienste und politische Unterstützung für die Anstrengungen zur Auseinandersetzung mit den tieferen Ursachen des Konflikts und zur Herstellung dauerhaften Friedens und dauerhafter Sicherheit in der Zentralafrikanischen Republik zu leisten;
- iii) in Abstimmung mit den Übergangsbehörden und nach Maßgabe der Risiken vor Ort geeignete Unterstützung zur Gewährleistung der Sicherheit wichtiger nationaler Akteure, einschließlich der Mitglieder der Übergangsregierung, bereitzustellen;
- iv) in Zusammenarbeit mit den maßgeblichen regionalen und lokalen Organen und religiösen Führern den Übergangsbehörden bei Vermittlungs- und Aussöhnungsprozessen auf nationaler wie lokaler Ebene behilflich zu sein, namentlich im Wege eines alle einschließenden nationalen Dialogs und über Mechanismen der Unrechtsaufarbeitung und Konfliktbeilegung, unter Gewährleistung der vollen und wirksamen Beteiligung der Frauen;
- v) technische Hilfe für den Wahlprozess zu konzipieren, zu erleichtern und bereitzustellen und alle nötigen Vorbereitungen zur Unterstützung der Übergangsbehörden zu treffen, in dringlicher Zusammenarbeit mit der Nationalen Wahlbehörde, damit spätestens im Februar 2015 freie, faire, transparente und alle Seiten einbeziehende Wahlen abgehalten werden können, unter voller und wirksamer Beteiligung der Frauen auf allen Ebenen und von Anfang an und unter Beteiligung der zentralafrikanischen Binnenvertriebenen und Flüchtlinge;
- vi) die rasche Ausweitung der staatlichen Autorität zu fördern und zu unterstützen;

*c) Erleichterung der sofortigen, vollständigen, sicheren und ungehinderten Erbringung humanitärer Hilfe*

dazu beizutragen, insbesondere auch durch wirksame zivil-militärische Koordinierung und in enger Abstimmung mit den humanitären Akteuren, ein sicheres Umfeld für die sofortige, vollständige, sichere und ungehinderte Erbringung humanitärer Hilfe unter ziviler Führung, im Einklang mit den humanitären Leitlinien der Vereinten Nationen und den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts, und für die freiwillige, sichere, würdevolle und dauerhafte Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge in enger Abstimmung mit den humanitären Akteuren zu schaffen;

*d) Schutz der Vereinten Nationen*

das Personal, die Einrichtungen, die Ausrüstung und die Güter der Vereinten Nationen zu schützen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten;

*e) Förderung und Schutz der Menschenrechte*

i) in der gesamten Zentralafrikanischen Republik und insbesondere von verschiedenen bewaffneten Gruppen, einschließlich der ehemaligen Séléka und der Anti-Balaka, begangene Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsmissbräuche und -verletzungen zu beobachten, untersuchen zu helfen und der Öffentlichkeit und dem Rat darüber Bericht zu erstatten und zu den Bemühungen um die Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung der Täter und die Verhütung solcher Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen beizutragen, namentlich durch den Einsatz von Menschenrechtsbeobachtern;

ii) insbesondere an Kindern begangene Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen sowie an Frauen begangene Rechtsverletzungen, einschließlich aller Formen der sexuellen Gewalt in bewaffneten Konflikten, zu beobachten, untersuchen zu helfen und darüber Bericht zu erstatten und zu den Bemühungen um die Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung der Täter und die Verhütung solcher Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen beizutragen;

iii) die Internationale Untersuchungskommission und die Umsetzung ihrer Empfehlungen zu unterstützen;

iv) den Behörden der Zentralafrikanischen Republik bei ihrem Bemühen um den Schutz und die Förderung der Menschenrechte behilflich zu sein;

*f) Unterstützung für die nationale und internationale Justiz und die Rechtsstaatlichkeit*

i) die Übergangsbehörden zu unterstützen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, um diejenigen, die für Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Land verantwortlich sind, festzunehmen und vor Gericht zu stellen, insbesondere auch in Zusammenarbeit mit den Staaten der Region und dem Internationalen Strafgerichtshof;

ii) zum Aufbau der Kapazitäten des nationalen Justizsystems und der nationalen Menschenrechtseinrichtungen beizutragen, insbesondere auch durch technische Hilfe, und bei den Bemühungen um nationale Aussöhnung behilflich zu sein, gegebenenfalls in Abstimmung mit der Unabhängigen Expertin des Menschenrechtsrats für die Menschenrechtssituation in der Zentralafrikanischen Republik;

iii) Polizei, Justiz und Strafvollzugseinrichtungen bei der Wiederherstellung des Strafjustizsystems zu unterstützen und die internationale Hilfe dafür zu koordinieren, im Rahmen der globalen Koordinierungsstelle der Vereinten Nationen für Rechtsstaatlichkeit, namentlich durch Hilfe bei der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und der grundlegenden öffentlichen Ordnung, in einer Weise, die die zivile Aufsicht, die Unparteilichkeit und den Schutz der Menschenrechte betont, und die Wiederherstellung und Wahrung der öffentlichen Sicherheit und der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen, namentlich durch die Präsenz und Hilfe der in Ziffer 20 genehmigten Polizei der Vereinten Nationen;

*g) Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung und Repatriierung*

- die Übergangsbehörden bei der Ausarbeitung und Umsetzung einer überarbeiteten Strategie zur Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung und Repatriierung ehemaliger Kombattanten und bewaffneter Elemente, die den neuen Realitäten vor Ort Rechnung trägt, zu unterstützen, wobei den Bedürfnissen der mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist, und die Repatriierung ausländischer Elemente zu unterstützen;
- die Übergangsbehörden bei der Ausarbeitung und Durchführung von Programmen zur Minderung der Gewalt in den Gemeinwesen zu unterstützen;

- die Kombattanten zu sammeln und zu kantonieren und gegebenenfalls die Waffen und Munition derjenigen Elemente einzuziehen und zu vernichten, die sich weigern oder es unterlassen, ihre Waffen niederzulegen;

31. *beschließt außerdem*, dass das Mandat der Stabilisierungsmission die folgenden zusätzlichen Aufgaben umfasst, soweit es die Verhältnisse zulassen, und ersucht das Sekretariat, mit der Planung für diese Aufgaben zu beginnen:

a) die Reform des Sicherheitssektors und die Überprüfungsprozesse zu unterstützen, namentlich durch die Erteilung strategischer Politikberatung und die Koordinierung der technischen Hilfe und der Ausbildung;

b) die internationale Hilfe nach Bedarf zu koordinieren;

c) im Rahmen ihrer Möglichkeiten dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Ziffer 57 der Resolution 2127 (2013) und der mit derselben Resolution eingesetzten Sachverständigengruppe behilflich zu sein, namentlich indem sie ihnen Informationen übermittelt, die für die Durchführung des Mandats des Ausschusses und der Sachverständigengruppe sachdienlich sind;

d) in Zusammenarbeit mit der Sachverständigengruppe nach Resolution 2127 (2013) die Durchführung der mit Ziffer 54 der Resolution 2127 (2013) verhängten Maßnahmen zu überwachen, namentlich indem sie in dem Maße, in dem sie es für erforderlich hält, und gegebenenfalls ohne vorherige Ankündigung alle Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, gleichviel wo sich diese befinden, inspiziert, und die Übergangsbehörden bei den Anstrengungen, bewaffnete Gruppen von der Ausbeutung natürlicher Ressourcen abzuhalten, zu beraten;

e) Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, die unter Verstoß gegen die mit Ziffer 54 der Resolution 2127 (2013) verhängten Maßnahmen in die Zentralafrikanische Republik verbracht werden, zu beschlagnahmen und einzusammeln und sie auf geeignete Weise zu erfassen und zu entsorgen;

32. *ersucht* die Stabilisierungsmission, ihre Operationen mit denen des Regionalen Einsatzverbands der Afrikanischen Union gegen die Widerstandsarmee des Herrn zu koordinieren, und ersucht die Stabilisierungsmission, mit dem Regionalen Einsatzverband und mit den nichtstaatlichen Organisationen, die an der Bekämpfung der Bedrohung durch die Widerstandsarmee des Herrn beteiligt sind, sachdienliche Informationen auszutauschen;

33. *fordert* die Übergangsbehörden und die internationalen Partner und zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen *auf*, in Abstimmung mit der Stabilisierungsmission gegen den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen in der Zentralafrikanischen Republik vorzugehen und die sichere und wirksame Verwaltung, Lagerung und Sicherung der Bestände an Kleinwaffen und leichten Waffen und die Einsammlung und/oder Zerstörung überschüssiger, beschlagnahmter, nicht gekennzeichneten oder in unerlaubtem Besitz befindlicher Waffen und Munition zu gewährleisten, und betont ferner, wie wichtig es ist, diese Elemente in die Programme zur Reform des Sicherheitssektors und zur Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung und Repatriierung zu integrieren;

34. *ersucht* die Stabilisierungsmission, in ihrem gesamten Mandat dem Kinderschutz als Querschnittsthema umfassend Rechnung zu tragen und den Übergangsbehörden dabei behilflich zu sein, sicherzustellen, dass dem Schutz der Rechte der Kinder Rechnung getragen wird, unter anderem in den Prozessen der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung beziehungsweise der Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung und Repatriierung und bei der Reform des Sicherheitssektors, um den Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern ein Ende zu setzen und sie zu verhindern;

35. *ersucht* die Stabilisierungsmission *außerdem*, in ihrem gesamten Mandat geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten als Querschnittsthema umfassend Rechnung zu tragen und der Regierung der Zentralafrikanischen Republik dabei behilflich zu sein, die volle und wirksame Mitwirkung, Einbindung und Vertretung von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen, einschließlich bei Stabilisierungstätigkeiten, der Reform des Sicherheitssektors und den Prozessen der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung beziehungsweise der Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung und Repatriierung

rung, sowie im nationalen politischen Dialog und in den Wahlprozessen zu gewährleisten, unter anderem durch die Bereitstellung von Gleichstellungsberatern, und ersucht ferner um erweiterte Berichterstattung der Stabilisierungsmission über diese Frage an den Rat;

36. *ersucht* die Stabilisierungsmission *ferner*, nach der Übertragung der Autorität von der Internationalen Unterstützungsmission auf die Stabilisierungsmission im Rahmen ihrer vorhandenen Mittel und ihres bestehenden Mandats bei den politischen Bemühungen der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten zur Unterstützung des Übergangsprozesses Hilfe zu leisten;

37. *beschließt*, dass die Internationale Unterstützungsmission, die Stabilisierungsmission, die militärische Operation der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik, der Regionale Einsatzverband der Afrikanischen Union und die in der Zentralafrikanischen Republik operierenden französischen Truppen zur Durchführung ihrer Mandate von den in Ziffer 54 der Resolution 2127 (2013) verhängten Maßnahmen ausgenommen sind, und ersucht diese Kräfte, im Rahmen ihrer regelmäßigen Berichte an den Rat über die in dieser Hinsicht ergriffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten;

38. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch von der Stabilisierungsmission uneingeschränkt beachtet wird, und den Rat über Fälle von Fehlverhalten unterrichtet zu halten, und verweist auf die Bedeutung der Leitlinien für den Kontakt zu Personen, gegen die ein Haftbefehl oder eine Ladung des Internationalen Strafgerichtshofs ergangen ist<sup>187</sup>;

39. *ersucht* die Stabilisierungsmission, sicherzustellen, dass jede Unterstützung für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte unter strenger Einhaltung der Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte<sup>178</sup> bereitgestellt wird, und ersucht den Generalsekretär, in seine Berichte an den Rat Informationen über jede derartige Unterstützung aufzunehmen;

40. *beschließt*, dass die Stabilisierungsmission im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in ihren Einsatzgebieten, auf förmliches Ersuchen der Übergangsbehörden und in Gebieten, in denen die nationalen Sicherheitskräfte weder präsent sind noch operieren, ausnahmsweise und ohne einen Präzedenzfall zu schaffen und ohne dass dadurch die einvernehmlichen Grundsätze der Friedenssicherung berührt werden, dringliche vorübergehende Maßnahmen zur Wahrung der grundlegenden öffentlichen Ordnung und zur Bekämpfung der Straflosigkeit ergreifen kann, die in ihrem Umfang begrenzt, zeitgebunden und mit den in Ziffer 30 a) und f) festgelegten Zielen vereinbar sind, und ersucht den Generalsekretär, dem Rat über alle Maßnahmen, die auf dieser Grundlage möglicherweise ergriffen werden, Bericht zu erstatten;

41. *ersucht* den Generalsekretär und die Übergangsbehörden der Zentralafrikanischen Republik, innerhalb von 30 Tagen nach der Verabschiedung dieser Resolution ein Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen in Bezug auf die Stabilisierungsmission zu schließen, unter Berücksichtigung der Resolution 58/82 der Generalversammlung über den Umfang des Rechtsschutzes nach dem Übereinkommen über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal, und beschließt, dass bis zum Abschluss eines derartigen Abkommens das Muster-Abkommen vom 9. Oktober 1990 über die Rechtsstellung der Truppen<sup>188</sup> vorläufig Anwendung findet;

42. *betont*, dass die Internationale Unterstützungsmission, die militärische Operation der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik und die in der Zentralafrikanischen Republik operierenden französischen Truppen bei der Durchführung ihres Mandats unter voller Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der Einheit der Zentralafrikanischen Republik und unter voller Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts handeln müssen, und weist darauf hin, wie wichtig eine Ausbildung in dieser Hinsicht ist;

---

<sup>187</sup> S/2013/210, Anlage.

<sup>188</sup> A/45/594, Anhang.

### **Bewegungsfreiheit der Stabilisierungsmission**

43. *fordert* alle Parteien in der Zentralafrikanischen Republik *nachdrücklich auf*, bei der Entsendung und der Tätigkeit der Stabilisierungsmission voll zu kooperieren, insbesondere indem sie ihre Sicherheit und Bewegungsfreiheit mit ungehindertem und sofortigem Zugang im gesamten Hoheitsgebiet der Zentralafrikanischen Republik gewährleisten, damit die Stabilisierungsmission ihr Mandat uneingeschränkt durchführen kann;

44. *fordert* die Mitgliedstaaten, insbesondere diejenigen in der Region, *auf*, sicherzustellen, dass das gesamte Personal sowie die Ausrüstung, die Verpflegung, die Versorgungs- und sonstigen Güter, einschließlich Fahrzeugen und Ersatzteilen, die für den ausschließlichen und offiziellen Gebrauch der Stabilisierungsmission bestimmt sind, frei, ungehindert und rasch in die Zentralafrikanische Republik und aus ihr verbracht werden können;

### **Humanitärer Zugang**

45. *verlangt*, dass alle Parteien den vollen, sicheren, sofortigen und ungehinderten Zugang für die rechtzeitige Gewährung humanitärer Hilfe an bedürftige Bevölkerungsgruppen, insbesondere an Binnenvertriebene, im gesamten Hoheitsgebiet der Zentralafrikanischen Republik gestatten und erleichtern, im Einklang mit den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe und den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts;

### **Humanitärer Appell**

46. *begrüßt* den humanitären Appell, bedauert, dass bisher keine ausreichenden Finanzmittel zur Verfügung stehen, und fordert die Mitgliedstaaten und die internationalen und regionalen Organisationen auf, auf diesen Appell rasch mit erhöhten Beiträgen zu reagieren und sicherzustellen, dass alle Zusagen in vollem Umfang eingehalten werden;

### **Französische Truppen**

47. *ermächtigt* die französischen Truppen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in ihren Einsatzgebieten, ab der Aufnahme der Tätigkeit der Stabilisierungsmission bis zum Ablauf des in dieser Resolution genehmigten Mandats der Stabilisierungsmission alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um Elementen der Stabilisierungsmission ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution auf Ersuchen des Generalsekretärs operative Unterstützung zu gewähren, und ersucht Frankreich, dem Rat über die Durchführung dieses Mandats ab dem 15. September 2014 Bericht zu erstatten und seine Berichterstattung mit den Berichten des Generalsekretärs nach Ziffer 50 dieser Resolution zu koordinieren;

### **Berichterstattung**

48. *erinnert* an die Erklärung seines Präsidenten vom 5. August 2009<sup>189</sup>, mit der der Rat darum ersuchte, dass ihm zu jeder neu vorgeschlagenen Friedenssicherungsmission oder vorgesehenen wesentlichen Mandatsänderung eine Schätzung des daraus folgenden Ressourcenbedarfs für die Mission vorgelegt wird;

49. *begrüßt* die Empfehlung des Generalsekretärs, die Ziele und Prioritäten eines Einsatzes der Vereinten Nationen und dementsprechend seine Konfiguration, seine Aktivitäten und die damit zusammenhängenden Ressourcen im Lauf der Zeit an die Situation vor Ort anzupassen, und ersucht in dieser Hinsicht den Generalsekretär, in seinem ersten Bericht an den Rat aktuelle Angaben über das Konzept der Mission, namentlich ihr Einsatzkonzept und die Kriterien für die Abfolge des Mandats, und über eine Ausstiegsstrategie vorzulegen, die nach der Verabschiedung dieser Resolution erarbeitet werden, samt den erforderlichen finanziellen Informationen, und deren Umsetzung vom Rat überwacht werden wird;

50. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat regelmäßig über die Situation in der Zentralafrikanischen Republik und die Durchführung des Mandats der Stabilisierungsmission unterrichtet zu halten, dem Rat am 1. August 2014 und danach alle vier Monate Bericht zu erstatten und in seine Berichte an den Rat aktuelle

---

<sup>189</sup> S/PRST/2009/24.

Angaben und Empfehlungen zur dynamischen Durchführung der mandatsmäßigen Aufgaben der Mission aufzunehmen, insbesondere auch entsprechende finanzielle Angaben, Informationen über die Sicherheitslage, die oben festgelegten vorrangigen politischen Elemente für den politischen Fortschritt, Fortschritte bei den Mechanismen und Kapazitäten zur Förderung der Regierungsführung und der Finanzverwaltung, sachdienliche Informationen über den Fortschritt, die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts sowie eine Überprüfung der Truppen- und Polizeistärke, der Aufstellung der Truppen und Polizeikräfte und der Entsendung aller Bestandteile der Mission;

51. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7153. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7206. Sitzung am 24. Juni 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Zentralafrikanischen Republik (Minister für Gesundheit, Soziales, Geschlechterfragen und humanitäre Maßnahmen gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Babacar Gaye, den Amtierenden Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Zentralafrikanische Republik und Leiter der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik, der per Videokonferenz an der Sitzung teilnahm, und Frau Phumzile Mlambo-Ngcuka, die Exekutivdirektorin der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN-Frauen), gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7215. Sitzung am 11. Juli 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik

Schreiben der gemäß Resolution 2127 (2013) des Sicherheitsrats eingesetzten Sachverständigengruppe für die Zentralafrikanische Republik vom 26. Juni 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/452).“

Am 15. Juli 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>190</sup>:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 11. Juli 2014 betreffend Ihre Absicht, Herrn Babacar Gaye (Senegal) zu Ihrem Sonderbeauftragten für die Zentralafrikanische Republik und Leiter der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik zu ernennen<sup>191</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Am 28. Juli 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>192</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 24. Juli 2014 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Martin Chomu Tumenta (Kamerun) zum Kommandeur der Truppe der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik zu ernennen<sup>193</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

---

<sup>190</sup> S/2014/498.

<sup>191</sup> S/2014/497.

<sup>192</sup> S/2014/545.

<sup>193</sup> S/2014/544.

## KINDER UND BEWAFFNETE KONFLIKTE<sup>194</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7129. Sitzung am 7. März 2014 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter der Arabischen Republik Syrien, Armeniens, Aserbaidschans, Belgiens, Bosnien und Herzegowinas, Botsuanas, Brasiliens, Bulgariens, Dänemarks, der Demokratischen Republik Kongo, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Griechenlands, Guatemalas, Honduras', Indiens, Indonesiens, Irlands, Islands, Italiens, Japans, Kanadas, Katars, Kolumbiens, Kroatiens, Lettlands, Liechtensteins, Malaysias, Maltas, Marokkos, Mexikos, Monacos, Montenegros, Myanmars, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Pakistans, der Philippinen, Polens, Portugals, Rumäniens, Schwedens, der Schweiz, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, Sri Lankas, Sudans, Thailands, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ugandas, Ungarns, Uruguays und Zyperns gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Kinder und bewaffnete Konflikte

Schreiben der Ständigen Vertreterin Luxemburgs bei den Vereinten Nationen vom 1. März 2014 an den Generalsekretär (S/2014/144)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Leila Zerrougui, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, und Herrn Anthony Lake, den Exekutivdirektor des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Alhaji Babah Sawaneh gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

### Resolution 2143 (2014) vom 7. März 2014

*Der Sicherheitsrat,*

*in Bekräftigung* seiner Resolutionen 1261 (1999) vom 25. August 1999, 1314 (2000) vom 11. August 2000, 1379 (2001) vom 20. November 2001, 1460 (2003) vom 30. Januar 2003, 1539 (2004) vom 22. April 2004, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011 und 2068 (2012) vom 19. September 2012 und der Erklärungen seines Präsidenten vom 24. Juli 2006<sup>195</sup>, 28. November 2006<sup>196</sup>, 12. Februar 2008<sup>197</sup>, 17. Juli 2008<sup>198</sup>, 29. April 2009<sup>199</sup>, 16. Juni 2010<sup>200</sup> und 17. Juni 2013<sup>201</sup>, die zur Schaffung eines umfassenden Rahmens für den Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, beitragen,

*in der Erkenntnis*, dass seine Resolutionen 1612 (2005), 1882 (2009), 1998 (2011) und 2068 (2012) und die Erklärungen seines Präsidenten über Kinder und bewaffnete Konflikte Fortschritte im Hinblick auf

---

<sup>194</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1998 verabschiedet.

<sup>195</sup> S/PRST/2006/33.

<sup>196</sup> S/PRST/2006/48.

<sup>197</sup> S/PRST/2008/6.

<sup>198</sup> S/PRST/2008/28.

<sup>199</sup> S/PRST/2009/9.

<sup>200</sup> S/PRST/2010/10.

<sup>201</sup> S/PRST/2013/8.

die Verhütung und Bekämpfung von Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern erbracht haben, insbesondere in Form der Demobilisierung, Rehabilitation und Wiedereingliederung Tausender Kinder, der Unterzeichnung von Aktionsplänen durch an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Parteien und die Vereinten Nationen und der Streichung von Konfliktparteien aus den Anhängen zum jährlichen Bericht des Generalsekretärs,

jedoch *weiterhin sehr besorgt* über das Ausbleiben von Fortschritten vor Ort in einigen Situationen, die Anlass zur Besorgnis geben, in denen Konfliktparteien nach wie vor strafflos gegen die einschlägigen Bestimmungen des anwendbaren Völkerrechts in Bezug auf die Rechte und den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten verstoßen,

*daran erinnernd*, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die für sie nach dem Völkerrecht geltenden Verpflichtungen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, namentlich die in dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes<sup>202</sup> und seinem Fakultativprotokoll betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten<sup>203</sup> enthaltenen Verpflichtungen, sowie die Genfer Abkommen vom 12. August 1949<sup>204</sup> und deren Zusatzprotokolle von 1977<sup>205</sup> strikt zu befolgen haben,

*unter Hinweis* darauf, dass in Artikel 28 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes das Recht des Kindes auf Bildung anerkannt wird und den Vertragsstaaten des Übereinkommens Verpflichtungen auferlegt werden mit dem Ziel, die Verwirklichung dieses Rechts auf der Grundlage der Chancengleichheit fortschreitend zu erreichen,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die militärische Nutzung von Schulen durch Streitkräfte und nichtstaatliche bewaffnete Gruppen unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht, darunter ihre Nutzung als Kasernen, Waffendepots, Kommandozentralen, Haft- und Vernehmungsorte sowie Feuer- und Beobachtungsstellungen,

*ferner mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die hohe Zahl von Kindern, die in Konflikt- und Postkonfliktsituationen durch Landminen, explosive Kampfmittelrückstände, behelfsmäßige Sprengvorrichtungen und andere nicht zur Wirkung gelangte explosive Kampfmittel getötet und verstümmelt werden,

*in der Überzeugung*, dass der Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten ein wichtiger Aspekt jeder umfassenden Strategie zur Beilegung von Konflikten und zur Schaffung von Frieden sein sollte,

*unter Hinweis* auf die Verantwortung aller Mitgliedstaaten, ihre jeweiligen Verpflichtungen zur Beendigung der Straflosigkeit einzuhalten und gegen die Verantwortlichen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere ungeheuerliche Verbrechen an Kindern Ermittlungen durchzuführen und sie strafrechtlich zu verfolgen, und feststellend, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit für die schwersten Verbrechen von internationalem Belang, die an Kindern begangen werden, durch die Behandlung und Verfolgung dieser Verbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof, die Ad-hoc- und gemischten Gerichtshöfe sowie die Sonderkammern nationaler Gerichte gestärkt worden ist,

*in Anerkennung* der Verabschiedung des Vertrags über den Waffenhandel<sup>206</sup> und feststellend, dass nach Artikel 7 Absatz 4 des Vertrags der ausführende Vertragsstaat das Risiko berücksichtigen muss, dass unter den Vertrag fallende konventionelle Waffen oder Güter dazu verwendet werden, schwerwiegende gewalttätige Handlungen gegen Kinder vorzunehmen oder zu erleichtern,

---

<sup>202</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1577, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1992 II S. 121; LGBI. 1996 Nr. 163; öBGBI. Nr. 7/1993; AS 1998 2055.

<sup>203</sup> Ebd., Vol. 2173, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2004 II S. 1354; LGBI. 2005 Nr. 26; öBGBI. III Nr. 92/2002; AS 2002 3579.

<sup>204</sup> Ebd., Vol. 75, Nr. 970-973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1954 II S. 781; LGBI. 1989 Nr. 18-21; öBGBI. Nr. 155/1953; AS 1951 181 207 228 300.

<sup>205</sup> Ebd., Vol. 1125, Nr. 17512 und 17513. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1990 II S. 1550; LGBI. 1989 Nr. 62; öBGBI. Nr. 527/1982; AS 1982 1362 (Protokoll I); dBGBI. 1990 II S. 1637; LGBI. 1989 Nr. 63; öBGBI. Nr. 527/1982; AS 1982 1432 (Protokoll II).

<sup>206</sup> Siehe Resolution 67/234 B der Generalversammlung.



*unter erneutem Hinweis* auf seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und in diesem Zusammenhang auf seine Entschlossenheit, sich mit den weitreichenden Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder zu befassen,

*betonend*, dass es in erster Linie den Regierungen obliegt, allen von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kindern Schutz und Hilfe zu gewähren, in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, die diesbezüglichen einzelstaatlichen Kapazitäten zu stärken, und erneut erklärend, dass alle von den Institutionen der Vereinten Nationen im Rahmen des Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus ergriffenen Maßnahmen darauf ausgerichtet sein müssen, die Schutz- und Rehabilitationsfunktion der nationalen Regierungen zu unterstützen und gegebenenfalls zu ergänzen,

*ferner in der Erkenntnis*, dass der Aufbau von Kapazitäten zum Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, ein Prozess ist, der bereits in den ersten Tagen des internationalen Engagements einsetzen muss,

*betonend*, dass den Vereinten Nationen eine unverzichtbare Rolle dabei zukommt, in Abstimmung mit den internationalen Partnern die nationalen Behörden bei der Festigung des Friedens und bei der Entwicklung von Strategien für die Prioritäten der Friedenskonsolidierung zu unterstützen und sicherzustellen, dass durch diese Strategien die Kohärenz der Tätigkeiten auf den Gebieten der Politik, der Sicherheit, der Menschenrechte, der Entwicklung und der Rechtsstaatlichkeit erhöht wird,

*in Anerkennung* der unverzichtbaren Rolle von Kinderschutzberatern bei der systematischen Integration des Kinderschutzes und ihrer Führungsrolle bei den Überwachungs-, Präventions- und Berichterstattungsmaßnahmen in den entsprechenden Friedenssicherungs- und politischen Missionen und Friedenskonsolidierungsbüros der Vereinten Nationen im Einklang mit ihrem Mandat, einschließlich der Beratung und der engen Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Missionen, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und spezialisierten nichtstaatlichen Organisationen für die Demobilisierung und Eingliederung von Kindern und die Verhütung ihrer Einziehung,

*unterstreichend*, wie wichtig eine angemessene einsatzvorbereitende und einsatzbegleitende Schulung von Soldaten, Polizisten und zivilen Friedenssicherungskräften in missionsspezifischen Kinderschutzfragen und geeigneten umfassenden Präventions- und Schutzmaßnahmen ist,

*in Anerkennung* des wertvollen Beitrags der für den Schutz der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder zuständigen regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen und in dieser Hinsicht in Würdigung der am 17. September 2013 vom Büro des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und der Friedens- und Sicherheitsabteilung der Kommission der Afrikanischen Union unterzeichneten Erklärung zur Integration von Schutzmechanismen in alle Aktivitäten der Afrikanischen Union im Bereich Frieden und Sicherheit in enger Partnerschaft mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen sowie der Leitlinien der Europäischen Union zum Thema Kinder und bewaffnete Konflikte, einschließlich ihrer Checkliste für die Einbeziehung des Schutzes von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, in Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union und der von der Nordatlantikvertrags-Organisation in enger Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze des Sekretariats der Vereinten Nationen und dem Büro des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs entwickelten Schulungskurse und militärischen Richtlinien betreffend Kinder und bewaffnete Konflikte,

1. *verurteilt mit Nachdruck* alle Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht, bei denen an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Parteien Kinder einziehen und einsetzen sowie erneut einziehen, töten und verstümmeln, vergewaltigen und sonstiger sexueller Gewalt aussetzen und entführen, Schulen und/oder Krankenhäuser angreifen sowie den Zugang für humanitäre Hilfe verweigern, sowie alle anderen Verstöße gegen das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts, die in Situationen bewaffneter Konflikte an Kindern begangen werden, und verlangt, dass alle in Betracht kommenden Parteien derartigen Praktiken sofort ein Ende setzen und besondere Maßnahmen zum Schutz der Kinder ergreifen;

2. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, in enger Absprache mit der jeweiligen Landes-Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für Überwachung und Berichterstattung und den Landesteams der Vereinten Nationen

Wege zu finden, um die Ausarbeitung und Umsetzung termingebundener Aktionspläne und die Überprüfung und Überwachung der Erfüllung der Verpflichtungen und Zusagen in Bezug auf den Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, durch die Landes-Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu erleichtern;

3. *erklärt erneut*, wie nützlich interministerielle Ausschüsse als erfolgreicher Rahmen für Partnerschaften mit den betroffenen Regierungen zur Erörterung und Weiterverfolgung von Verpflichtungen im Bereich des Kinderschutzes sind, und legt diesen Regierungen nahe, mit Unterstützung der Vereinten Nationen diese Ausschüsse zur Förderung der Umsetzung von Aktionsplänen zu nutzen;

4. *betont*, wie wichtig die regelmäßige und rasche Prüfung von Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in bewaffneten Konflikten ist, gegebenenfalls auch durch die Aufnahme einer Kinder und bewaffnete Konflikte betreffenden Dimension in die Aufgabenstellung für die Feldbesuche des Sicherheitsrats, und bittet seine Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte, in Anbetracht der anhaltenden Diskussionen über die Verbesserung der Rechteinhaltung vollen Gebrauch von ihren Handlungsoptionen<sup>207</sup> zu machen und in dieser Hinsicht die Frage derjenigen, die fortgesetzt Rechtsverletzungen begehen, und die Umsetzung von Aktionsplänen weiter zu behandeln;

5. *erinnert* daran, dass die Zwangsverpflichtung oder Eingliederung von Kindern unter 15 Jahren oder ihre Verwendung zur aktiven Teilnahme an Feindseligkeiten sowohl in internationalen als auch in nicht internationalen bewaffneten Konflikten nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs<sup>208</sup> den Tatbestand eines Kriegsverbrechens erfüllt, und stellt fest, dass das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten<sup>203</sup> die Vertragsstaaten verpflichtet, ein Mindestalter von 18 Jahren für die im Rahmen der Wehrpflicht erfolgende Einziehung und für die Teilnahme an Feindseligkeiten festzusetzen und das in Artikel 38 Absatz 3 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes<sup>202</sup> festgelegte Mindestalter für die Einziehung von Freiwilligen anzuheben sowie alle durchführbaren Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass Angehörige ihrer Streitkräfte, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht unmittelbar an Feindseligkeiten teilnehmen;

6. *begrüßt* in diesem Zusammenhang die Kampagne „Kinder, nicht Soldaten“, die die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit anderen Partnern der Vereinten Nationen eingeleitet haben, um bis 2016 die Einziehung und den Einsatz von Kindern durch Regierungstreitkräfte in Konflikten zu beenden und zu verhindern;

7. *fordert* in dieser Hinsicht die betroffenen Regierungen *nachdrücklich auf*, alles zu tun, um zu gewährleisten, dass sich in einem Konflikt keine Kinder in den Reihen ihrer Streitkräfte befinden, insbesondere indem sie termingebundene Aktionspläne erarbeiten und umsetzen, fordert die Mitgliedstaaten, alle zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen, nichtstaatliche Organisationen und die Gebergemeinschaft auf, in ihren verschiedenen Kapazitäten die Kampagne „Kinder, nicht Soldaten“ zu unterstützen, in der Erkenntnis, dass sich ihr Ziel nur durch die partnerschaftliche und aktive Mitwirkung aller erreichen lässt;

8. *bittet* die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs, den Sicherheitsrat über die Kampagne „Kinder, nicht Soldaten“ zu unterrichten, einschließlich über das Vorgehen und die Fortschritte im Hinblick auf die Listenstreichung der betreffenden Parteien;

9. *fordert ferner* die Mitgliedstaaten, die Institutionen der Vereinten Nationen und die anderen betroffenen Parteien *nachdrücklich auf*, sicherzustellen, dass Bestimmungen zum Schutz von Kindern, namentlich zur Freilassung und Wiedereingliederung der früher mit Streitkräften oder bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder, in alle Friedensverhandlungen und Friedensabkommen aufgenommen werden;

---

<sup>207</sup> S/2006/724.

<sup>208</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2187, No. 38544. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2000 II S. 1394; LGBI. 2002 Nr. 90; öBGBI. III Nr. 180/2002; AS 2002 3743.

10. *bekundet erneut* seine Bereitschaft, gezielte und abgestufte Maßnahmen gegen diejenigen, die fortgesetzt Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern begehen, zu beschließen, unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen seiner Resolutionen 1539 (2004), 1612 (2005), 1882 (2009), 1998 (2011) und 2068 (2012), und zu erwägen, bei der Festlegung, Änderung oder Verlängerung des Mandats der jeweiligen Sanktionsregime Bestimmungen zu den an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzunehmen, die Aktivitäten durchführen, die gegen das anwendbare Völkerrecht in Bezug auf die Rechte und den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten verstoßen;

11. *unterstreicht* die Notwendigkeit, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere an Kindern begangene ungeheuerliche Verbrechen von Amnestiegesetzen und anderen ähnlichen Bestimmungen auszunehmen, und legt den betroffenen Staaten eindringlich nahe, einen Überprüfungsmechanismus einzurichten, um sicherzustellen, dass die für derartige Verbrechen Verantwortlichen weder in die Streitkräfte noch in andere Sicherheitskräfte aufgenommen werden;

12. *betont*, dass es allen Staaten obliegt, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und gegen die Verantwortlichen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere ungeheuerliche Verbrechen an Kindern Ermittlungen durchzuführen und sie strafrechtlich zu verfolgen, und hebt in diesem Zusammenhang den Beitrag hervor, den der Internationale Strafgerichtshof im Einklang mit dem im Römischen Statut festgelegten Grundsatz der Komplementarität zur innerstaatlichen Strafgerichtsbarkeit dazu leistet;

13. *fordert* die betroffenen Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, bei der Durchführung von Reformen des Sicherheitssektors den Kinderschutz zu integrieren, beispielsweise indem sie bei den nationalen Sicherheitskräften Kinderschutzeinheiten einrichten und wirksame Mechanismen zur Altersfeststellung schaffen, um die Einziehung Minderjähriger zu verhindern, und betont in dieser Hinsicht gleichzeitig, wie wichtig die universelle Geburtenregistrierung, einschließlich der nachträglichen Geburtenregistrierung, ist;

14. *fordert ferner* alle beteiligten Parteien, einschließlich der Mitgliedstaaten und der Institutionen der Vereinten Nationen sowie der Finanzinstitutionen, *nachdrücklich auf*, nach Bedarf und eingedenk des Grundsatzes der nationalen Eigenverantwortung den Aufbau und die Stärkung der Kapazitäten der nationalen Institutionen und lokalen zivilgesellschaftlichen Netzwerke für die Vertretung der Interessen, den Schutz und die Rehabilitation der von bewaffneten Konflikten betroffenen Kinder sowie der Kapazitäten der nationalen Rechenschaftsmechanismen zu unterstützen, namentlich durch den Aufbau von Kapazitäten im Bereich der Ermittlung und Strafverfolgung und den Erlass von Rechtsvorschriften, die Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kindern unter Strafe stellen;

15. *ersucht* die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs *erneut*, Anstrengungen zu unternehmen, um die Gebergemeinschaft zur Schließung von Finanzierungslücken zusammenzubringen, und legt den bilateralen, regionalen und internationalen Partnern nahe, in dieser Hinsicht finanzielle Unterstützung und Kapazitätsaufbauhilfe zu gewähren, einschließlich für Bildungsmaßnahmen während und nach Konflikten;

16. *erinnert* daran, wie wichtig es ist sicherzustellen, dass Kinder während und nach Konflikten weiter Zugang zu Grunddiensten haben, unter anderem zu Bildung und Gesundheitsversorgung;

17. *bekundet erneut seine tiefe Besorgnis* über die gegen das anwendbare Völkerrecht verstoßenden Angriffe sowie Androhungen von Angriffen auf Schulen und/oder Krankenhäuser und auf mit diesen in Beziehung stehende geschützte Personen sowie über die Schließung von Schulen und Krankenhäusern in Situationen bewaffneten Konflikts aufgrund von Angriffen und Androhungen von Angriffen und fordert alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien nachdrücklich auf, Handlungen zu unterlassen, die Kinder am Zugang zur Bildung und zu Gesundheitsdiensten hindern;

18. *bekundet seine tiefe Besorgnis* über die militärische Nutzung von Schulen unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht, in der Erkenntnis, dass Schulen durch eine solche Nutzung zu einem legitimen Angriffsziel werden können und so die Sicherheit von Kindern und Lehrern sowie die Bildung der Kinder gefährdet werden, und

a) *fordert* alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien nachdrücklich auf, den zivilen Charakter von Schulen im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht zu achten;

b) legt den Mitgliedstaaten nahe, konkrete Maßnahmen zu prüfen, um die Streitkräfte und bewaffnete nichtstaatliche Gruppen von der Nutzung von Schulen unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht abzuhalten;

c) fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass Angriffe auf Schulen unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht untersucht und die Verantwortlichen ordnungsgemäß strafrechtlich verfolgt werden;

d) fordert die Landes-Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen auf, die Überwachung und Berichterstattung in Bezug auf die militärische Nutzung von Schulen zu verstärken;

19. *erinnert* daran, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien nach dem humanitären Völkerrecht verpflichtet sind, dafür zu sorgen, dass Verwundete und Kranke, einschließlich Kindern, so umfassend und so schnell wie möglich die für ihren Zustand erforderliche medizinische Pflege und Betreuung erhalten, und Sanitäts- und Gesundheitspersonal und die entsprechenden Einrichtungen, Transporte und Tätigkeiten im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht zu achten und zu schützen;

20. *empfiehlt* den Mitgliedstaaten, den Kinderschutz in die militärische Ausbildung und die ständigen Dienstweisungen sowie nach Bedarf in militärische Richtlinien aufzunehmen, empfiehlt ferner, dass die Institutionen der Vereinten Nationen und die Länder, die Truppen und Polizei für Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen stellen, eine gezielte und einsatzorientierte Ausbildung durchführen, die das Personal dieser Missionen der Vereinten Nationen, einschließlich Truppen- und Polizeikontingenten, darauf vorbereitet, zur Verhütung von Rechtsverletzungen an Kindern beizutragen, mit dem Ziel, alle Mitarbeiter von Missionen zu befähigen, Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern wirksam zu erkennen, zu melden und darauf zu reagieren und Kinderschutzaktivitäten erfolgreich zu unterstützen und so ihr jeweiliges Mandat besser zu erfüllen;

21. *fordert* alle Institutionen der Vereinten Nationen, einschließlich der Friedenssicherungsmissionen, der besonderen politischen Missionen, der Friedenskonsolidierungsbüros sowie der Büros, Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen, *nachdrücklich auf*, bei der Anwendung der Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte Rechtsverletzungen an Kindern ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen<sup>209</sup>;

22. *fordert* die Mitgliedstaaten, die Institutionen der Vereinten Nationen, einschließlich der Kommission für Friedenskonsolidierung, und die anderen betroffenen Parteien *nachdrücklich auf*, sicherzustellen, dass in den Plänen, Programmen und Strategien zur Wiederherstellung und zum Wiederaufbau nach einem Konflikt den Fragen im Zusammenhang mit von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kindern gebührender Vorrang eingeräumt wird;

23. *fordert* die zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen *nachdrücklich auf*, auch weiterhin konkrete Schritte zu unternehmen, um die Auswirkungen von Minen, nicht zur Wirkung gelangten explosiven Kampfmitteln, Streumunition und explosiven Kampfmittelrückständen auf Kinder zu mindern, indem sie vorrangig Maßnahmen zur Minenräumung, zur Aufklärung über die Gefahren und zur Risikominderung durchführen;

24. *beschließt*, in die Mandate aller in Betracht kommenden Friedenssicherungseinsätze und politischen Missionen der Vereinten Nationen auch künftig spezifische Bestimmungen zum Schutz von Kindern aufzunehmen, befürwortet die Entsendung von Kinderschutzberatern zu diesen Missionen und fordert den Generalsekretär auf, die systematische Bewertung des Bedarfs an solchen Beratern, ihrer Zahl und ihrer Rolle bei der Vorbereitung und Mandatsverlängerung jedes Friedenssicherungseinsatzes und jeder politischen Mission der Vereinten Nationen zu gewährleisten, und legt der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten nahe, auf den Kinderschutz einzugehen, wenn sie den Rat über die Situation in bestimmten Ländern unterrichten;

---

<sup>209</sup> S/2013/110, Anlage.

25. *ermutigt* die in Betracht kommenden regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen, zur Bewältigung der weitreichenden Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder beizutragen, bittet sie, weiter systematisch den Kinderschutz in ihre Kampagnen, Politiken, Programme und Missionsplanungen zu integrieren, Leitlinien zum Schutz der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder zu erarbeiten und zu erweitern sowie das Personal ihrer Friedenssicherungs- und Feldeinsätze zu schulen und Kinderschutzpersonal in diese Einsätze aufzunehmen, und fordert sie erneut auf, innerhalb ihrer Sekretariate Mechanismen zum Schutz von Kindern einzurichten, namentlich indem sie Kinderschutzkoordinatoren ernennen;

26. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, auch weiterhin dafür zu sorgen, dass in allen seinen Berichten über länderspezifische Situationen das Thema Kinder und bewaffnete Konflikte als besonderer Aspekt behandelt wird;

27. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7129. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

---

## DIE SITUATION IN GUINEA-BISSAU<sup>210</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7070. Sitzung am 26. November 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Côte d'Ivoires, Guinea-Bissaus (Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit) und Mosambiks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Guinea-Bissau

Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau (S/2013/680).

Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau und über die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau (S/2013/681)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn José Ramos-Horta, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Guinea-Bissau und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau, und Herrn Antonio de Aguiar Patriota, den Ständigen Vertreter Brasiliens bei den Vereinten Nationen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Guinea-Bissau-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7074. Sitzung am 9. Dezember 2013 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Guinea-Bissau“.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>211</sup>:

Der Sicherheitsrat weist darauf hin, dass nur ein konsensualer, alle Seiten einschließender und in nationaler Eigenverantwortung ablaufender Übergangsprozess, die Wiederherstellung und Achtung der verfassungsmäßigen Ordnung, die Reform des Verteidigungs-, Sicherheits- und Justizsektors, die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Schutz der Menschenrechte, die Förderung der sozioökonomi-

---

<sup>210</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1998 verabschiedet.

<sup>211</sup> S/PRST/2013/19.

schen Entwicklung, eine Verbesserung der humanitären Lage und der Kampf gegen Strafflosigkeit und Drogenhandel zur Festigung des Friedens und der Stabilität in Guinea-Bissau führen können.

Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass die für den Übergangszeitraum zuständigen Behörden das Datum der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auf den 16. März 2014 verschoben haben, und bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass diese Behörden die notwendigen Maßnahmen für die rechtzeitige Annahme und Umsetzung von Beschlüssen zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und zur Abhaltung aller Seiten einschließender Wahlen hinauszögern. Der Rat fordert die für den Übergangszeitraum zuständigen Behörden nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass es nicht zu weiteren Verzögerungen oder Aufschieben kommt, die die ohnehin bereits angespannte sozio-ökonomische, Sicherheits-, humanitäre und Menschenrechtslage in Guinea-Bissau weiter beeinträchtigen könnten.

Der Rat missbilligt entschieden die wiederholte Einmischung des Militärs in zivile Angelegenheiten und fordert das Militär auf, die verfassungsmäßige Ordnung zu achten, einschließlich des Wahlprozesses. Der Rat verlangt erneut, dass die Streitkräfte sich voll und ganz der zivilen Kontrolle unterstellen.

Der Rat bekräftigt, dass es von entscheidender Bedeutung ist, dass sich die Behörden für die Übergangszeit und andere Interessenträger in Guinea-Bissau weiter darum bemühen, die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in dem Land zu gewährleisten, und fordert sie auf, kontinuierlich weitere Maßnahmen zu ergreifen, um den reibungslosen Ablauf der Wählerregistrierung sicherzustellen. Der Rat fordert ferner die Interessenträger in Guinea-Bissau nachdrücklich auf, das Konsensprinzip zu fördern, um die noch offenen Probleme auf friedliche Weise zu lösen.

Der Rat bekundet seine große Besorgnis angesichts der Verschlechterung der Sicherheitslage in der letzten Zeit, namentlich der zahlreichen Fälle von Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen und Gewalthandlungen gegenüber Menschen und Eigentum, Einschüchterung, Bedrohungen und Einschränkungen des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit, und weist darauf hin, dass mehrere dieser Taten Berichten zufolge von staatlichen und nichtstaatlichen bewaffneten Elementen begangen wurden.

Der Rat hebt hervor, dass die sich verschlechternde Sicherheitslage in der Bevölkerung zu einem Klima der Angst und der Einschüchterung geführt hat, das zusammen mit den Spannungen zwischen den politischen Parteien einem für die Abhaltung fristgerechter, glaubwürdiger, friedlicher und alle Seiten einschließender Wahlen förderlichen Umfeld abträglich ist.

Der Rat fordert die für den Übergangszeitraum zuständigen Behörden nachdrücklich auf, die Sicherheit zu gewährleisten und die Voraussetzungen zu schaffen, die der sicheren, vollen und gleichen Beteiligung aller politischen Akteure und Sektoren der Gesellschaft, insbesondere der Frauen, am politischen Prozess förderlich sind, und fordert alle Interessenträger auf, dazu beizutragen.

Der Rat nimmt Kenntnis von der Einsetzung des Koordinierungsausschusses für den Wahlprozess und die finanzielle Unterstützung für die allgemeinen Wahlen 2013-2014, dessen Ziel es ist, die Koordinierung zwischen den Partnern zu gewährleisten, und ersucht das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau, im Einklang mit seinem Mandat dem Koordinierungsausschuss die notwendige Unterstützung zu gewähren.

Der Rat fordert die für den Übergangszeitraum zuständigen Behörden nachdrücklich auf, weiterhin mit dem Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung und dem Landsteam der Vereinten Nationen sowie mit anderen regionalen und internationalen Interessenträgern zusammenzuarbeiten, um vor, während und nach den Wahlen ein friedliches und stabiles Klima zu gewährleisten und einen glaubwürdigen und friedlichen Ausgang der Wahlen sicherzustellen.

Der Rat stellt fest, dass zur Finanzierung des Wahlprozesses die Unterstützung der Partner Guinea-Bissaus notwendig ist, und würdigt in dieser Hinsicht die Regierungen Nigerias, Timor-Lestes und anderer Länder sowie die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die Europäische Union und die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion für ihre großzügigen Beiträge und Zusagen zur Unterstützung des Wahlprozesses. Der Rat fordert ferner die maßgeblichen Partner

nachdrücklich auf, die rechtzeitige Auszahlung der von ihnen zugesagten Hilfe sicherzustellen, um die Abhaltung der Wahlen im März 2014 zu erleichtern.

Der Rat fordert die Interessenträger in Guinea-Bissau, namentlich die politischen und militärischen Führer, nachdrücklich auf, alle Handlungen zu unterlassen, die den Wahlprozess und die Durchführung von Reformen behindern könnten, die ausschlaggebend für die langfristige Stabilität des Landes sind. Der Rat erinnert an seine Resolution 2048 (2012) und bekundet in dieser Hinsicht erneut seine Bereitschaft, von ihm gegebenenfalls für notwendig erachtete weitere Maßnahmen zu erwägen, einschließlich gezielter Sanktionen gegen Einzelpersonen, die die Bemühungen um die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung untergraben.

Der Rat würdigt die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten für ihre Maßnahmen vor Ort, namentlich durch ihre Mission in Guinea-Bissau, und begrüßt die Absicht der Organisation, ihre Mission auszubauen, um den für den Übergangszeitraum zuständigen Behörden bei der Gewährleistung der Sicherheit für die bevorstehenden Wahlen behilflich zu sein. Der Rat fordert die Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten sowie ihre internationalen Partner auf, die Mission in dieser Hinsicht weiter zu unterstützen und auch künftig weitere internationale Bemühungen zur Unterstützung des Friedens, der Stabilität, der Rechtsstaatlichkeit und der Bekämpfung der Straflosigkeit in Guinea-Bissau zu koordinieren.

Der Rat verurteilt die in letzter Zeit vermehrt vorkommenden Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche in Guinea-Bissau und missbilligt die Tötung eines nigerianischen Staatsangehörigen und die Anschläge auf politische Akteure, die Zivilbevölkerung und einen Bediensteten der Vereinten Nationen sowie auf die nigerianische Botschaft. Der Rat fordert die für den Übergangszeitraum zuständigen Behörden nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass glaubwürdige Untersuchungen erfolgen und dass die für diese Taten Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.

Der Rat bekundet erneut seine Besorgnis angesichts der herrschenden Kultur der Straflosigkeit und der mangelnden Rechenschaftspflicht in Guinea-Bissau. In dieser Hinsicht fordert der Rat die für den Übergangszeitraum zuständigen Behörden nachdrücklich auf, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um wirksam gegen die Straflosigkeit vorzugehen und die Gerechtigkeit zu fördern, indem sie dafür sorgen, dass die Täter vor Gericht gestellt werden.

Der Rat bekundet erneut seine tiefe Besorgnis über den anhaltenden Drogenhandel in Guinea-Bissau und über die davon ausgehende Bedrohung der Stabilität in dem Land und in seinen Nachbarländern und betont erneut, dass das Problem des Drogenhandels in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern durch einen Ansatz der gemeinsamen und geteilten Verantwortung in Angriff genommen werden muss.

Der Rat begrüßt die vom Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung und der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten der Vereinten Nationen ergriffenen Maßnahmen, mit denen sie zur Bekämpfung des Drogenhandels in Guinea-Bissau beitragen, ermutigt das Büro, die nationalen Behörden in enger Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung weiterhin im Kampf gegen den Drogenhandel und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität zu unterstützen, und fordert in dieser Hinsicht erneut internationale Unterstützung für diese Maßnahmen.

Der Rat fordert die für den Übergangszeitraum zuständigen Behörden und die nationalen Institutionen Guinea-Bissaus nachdrücklich auf, zusammenzuarbeiten, um soziale Spannungen abzubauen und humanitäres Leid zu lindern, damit ein Klima gewährleistet ist, das friedlich und der Durchführung weitreichender Reformen zur Konsolidierung des Friedens und der Demokratie, der Stärkung der nationalen Institutionen und der Förderung der Menschenrechte und der sozioökonomischen Entwicklung zuträglich ist. Der Rat begrüßt in dieser Hinsicht die in Aussicht stehende Wiederaufnahme des Engagements der Guinea-Bissau-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, sobald die geeigneten Voraussetzungen vorliegen, begrüßt die Absicht ihres Vorsitzes, Guinea-Bissau zu besuchen, und spricht sich für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Kommission für Friedenskonsolidierung und dem Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung aus.

Auf seiner 7121. Sitzung am 26. Februar 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Côte d'Ivoires, Guinea-Bissaus und Mosambiks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Guinea-Bissau

Bericht des Generalsekretärs über die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Guinea-Bissau (S/2014/105)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn José Ramos-Horta, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Guinea-Bissau und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau, der per Videokonferenz an der Sitzung teilnahm, und Herrn Antonio de Aguiar Patriota, den Ständigen Vertreter Brasiliens bei den Vereinten Nationen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Guinea-Bissau-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7177. Sitzung am 19. Mai 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Guinea-Bissaus und Mosambiks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Guinea-Bissau

Bericht des Generalsekretärs über die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Guinea-Bissau (S/2014/332).

Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau und über die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau (S/2014/333)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn José Ramos-Horta, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Guinea-Bissau und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau, der per Videokonferenz an der Sitzung teilnahm, und Herrn Antonio de Aguiar Patriota, den Ständigen Vertreter Brasiliens bei den Vereinten Nationen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Guinea-Bissau-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7187. Sitzung am 29. Mai 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation in Guinea-Bissau

Bericht des Generalsekretärs über die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Guinea-Bissau (S/2014/332)

Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklungen in Guinea-Bissau und über die Tätigkeit des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau (S/2014/333)“.

#### **Resolution 2157 (2014) vom 29. Mai 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen, die Erklärungen seines Präsidenten und seine Presseerklärungen zur Situation in Guinea-Bissau, insbesondere die Resolutionen 1876 (2009) vom 26. Juni 2009, 2030 (2011) vom 21. Dezember 2011, 2048 (2012) vom 18. Mai 2012, 2092 (2013) vom 22. Februar 2013 und 2103 (2013) vom 22. Mai 2013,

*Kenntnis nehmend* von den Berichten des Generalsekretärs vom 12. Mai 2014 über Guinea-Bissau<sup>212</sup> und den darin enthaltenen Empfehlungen und in Würdigung des Engagements des Sonderbeauftragten des

---

<sup>212</sup> S/2014/332 und S/2014/333.



Generalsekretärs und Leiters des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau,

*unter Begrüßung* der erfolgreichen Abhaltung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Guinea-Bissau und das Volk Guinea-Bissaus beglückwünschend, das sich in Rekordzahlen an der Wahl beteiligte und damit sein nachdrückliches Bekenntnis zur Demokratie unter Beweis stellte,

*betonend*, dass es notwendig ist, die demokratischen Grundsätze zu achten, und nachdrücklich darauf hinweisend, wie wichtig ein alle einschließendes Staatswesen für die Verwirklichung eines dauerhaften Friedens in Guinea-Bissau ist,

*betonend*, dass nur ein konsensualer, alle Seiten einschließender und in nationaler Eigenverantwortung ablaufender Übergangsprozess, die Wiederherstellung und Achtung der verfassungsmäßigen Ordnung, die Reform des Verteidigungs-, Sicherheits- und Justizsektors, die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Schutz der Menschenrechte, die Förderung der sozioökonomischen Entwicklung und der Kampf gegen Straflosigkeit und Drogenhandel zur Festigung des Friedens und der Stabilität in Guinea-Bissau führen können,

*sowie betonend*, dass alle Interessenträger in Guinea-Bissau auf die Gewährleistung kurz-, mittel- und langfristiger Stabilität hinwirken sollen, indem sie ein klares Bekenntnis ablegen und einen echten, alle einbeziehenden politischen Dialog führen, mit dem Ziel, günstige Bedingungen für die Herbeiführung tragfähiger und nachhaltiger Lösungen für die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Probleme des Landes zu schaffen, was die Durchführung wichtiger Reformen und die Stärkung der staatlichen Institutionen erleichtern würde,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* darüber, dass die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte keiner wirksamen zivilen Kontrolle und Aufsicht unterstehen, was den politischen Prozess und die wirksame Aufgabenwahrnehmung seitens der staatlichen Institutionen behindert und auf Kollusion zwischen einigen politischen Akteuren und der militärischen Führung zurückzuführen ist,

*in Würdigung* der Bemühungen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten die Voraussetzungen für freie und faire Wahlen und den demokratischen Prozess zu schaffen und den Prozess der Sicherheitssektorreform in Guinea-Bissau zu unterstützen, namentlich durch die Aktivitäten ihrer Mission in Guinea-Bissau,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner ernsten Besorgnis* über Meldungen über fortgesetzte schwere Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche sowie die Atmosphäre verbleibender politischer Spannung in Guinea-Bissau und unter Verurteilung der Einschränkungen des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Versammlungs- und Pressefreiheit,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die vom Drogenhandel ausgehende Bedrohung der Stabilität und erneut betonend, dass das Problem des Drogenhandels in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern durch einen Ansatz der gemeinsamen und geteilten Verantwortung in Angriff genommen werden muss,

*unterstreichend*, dass jede dauerhafte Lösung für die Instabilität in Guinea-Bissau konkrete Maßnahmen umfassen soll, die darauf gerichtet sind, die Straflosigkeit zu bekämpfen und sicherzustellen, dass diejenigen, die für politisch motivierte Morde und andere schwere Verbrechen wie Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Drogenhandel und Verstöße gegen die verfassungsmäßige Ordnung verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden, einschließlich im Rahmen von Mechanismen der Unrechtsaufarbeitung,

*erneut darauf hinweisend*, wie wichtig die fortgesetzte Unterstützung der Vereinten Nationen und der internationalen, subregionalen, regionalen und bilateralen Partner für die langfristige Sicherheit und Entwicklung Guinea-Bissaus ist, insbesondere im Hinblick auf die Durchführung von Reformen des Sicherheits- und Justizsektors, den Kampf gegen Drogenhandel, organisierte Kriminalität und Menschenhandel sowie die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für eine gute Regierungsführung und eine alle einbeziehende und nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung,

*in Würdigung* der wichtigen Arbeit, die das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung gemeinsam mit den zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen im Kampf gegen

den Drogenhandel und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität in Guinea-Bissau und der Subregion leistet, und unter Befürwortung einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen dem Büro und dem Integrierten Büro für die Friedenskonsolidierung,

*unter Betonung* der dringenden Notwendigkeit, in Guinea-Bissau Kapazitäten für die fortlaufende Evaluierung zu erhalten und die für den Kampf gegen den Drogenhandel zuständigen nationalen, subregionalen, regionalen und internationalen Institutionen weiterhin zu unterstützen,

*sowie betonend*, dass die Kohärenz, Koordinierung und Effizienz unter den zuständigen Partnern insbesondere durch den Austausch von Informationen erhöht werden müssen, um ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung des Drogenhandels in Guinea-Bissau zu stärken,

*unter Betonung* der in den Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009 und 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009 anerkannten wichtigen Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung, die Arbeit der Mission zur Erhöhung der Partizipation von Frauen in Guinea-Bissau begrüßend und unterstreichend, dass bei der Durchführung aller entsprechenden Aspekte des Mandats des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung auch weiterhin systematisch eine Geschlechterperspektive einbezogen werden muss,

*unter Verurteilung* der Fälle von illegaler und nicht genehmigter Fischerei in den Hoheitsgewässern und der ausschließlichen Wirtschaftszone Guinea-Bissaus sowie der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen, durch die die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes beeinträchtigt werden,

*bekräftigend*, dass die Partner Guinea-Bissaus ihre Unterstützungsmaßnahmen zur Herbeiführung von Lösungen für die Probleme des Landes in den Bereichen Politik, Sicherheit und Entwicklung weiterhin aktiv und eng koordinieren sollen, in dieser Hinsicht die Anstrengungen begrüßend, die der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs in Guinea-Bissau unternimmt, um in enger Absprache mit den internationalen, regionalen und subregionalen Entwicklungspartnern eine internationale Geberkonferenz zur Mobilisierung von Ressourcen für die Entwicklungsprioritäten des Landes, einschließlich der Durchführung des Programms zur Verbesserung der staatlichen Strukturen, einzuberufen,

*Kenntnis nehmend* von der Erklärung, die die Vorsitzende der Guinea-Bissau-Konfiguration der Kommission für Friedenskonsolidierung am 19. Mai 2014 im Hinblick auf die Entschlossenheit der Kommission, in Zukunft wieder mit Guinea-Bissau zusammenzuarbeiten, abgegeben hat<sup>213</sup>,

*in der Erkenntnis*, dass das Integrierte Büro für die Friedenskonsolidierung die nationalen Bemühungen um die volle Wiederherstellung und Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung unterstützen und einen vielschichtigen nationalen Dialog nach den Wahlen fördern muss,

*in Bekräftigung seines uneingeschränkten Bekenntnisses* zur Festigung des Friedens und der Stabilität in Guinea-Bissau,

1. *beschließt*, das Mandat des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau, das wie folgt lautet, um einen am 1. Juni 2014 beginnenden Zeitraum von sechs Monaten bis zum 30. November 2014 zu verlängern:

a) einen alle Seiten einschließenden politischen Dialog und einen Prozess der nationalen Aussöhnung zur Erleichterung einer demokratischen Regierungsführung zu unterstützen;

b) bei der Stärkung demokratischer Institutionen und beim Ausbau der Kapazitäten staatlicher Organe behilflich zu sein, damit diese ihre Aufgaben wirksam und verfassungsgemäß wahrnehmen können;

c) strategische und technische Beratung und Unterstützung für die Einrichtung wirksamer und effizienter Strafverfolgungs-, Strafjustiz- und Strafvollzugssysteme bereitzustellen, die in der Lage sind,

---

<sup>213</sup> Siehe S/PV.7177.

unter Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten die öffentliche Sicherheit zu wahren und die Straflosigkeit zu bekämpfen;

d) den nationalen Behörden und den maßgeblichen Interessenträgern strategische und technische Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung der nationalen Strategien zur Reform des Sicherheitssektors und zur Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit sowie bei der Entwicklung eines internationalen Normen entsprechenden zivilen und militärischen Justizsystems bereitzustellen, einschließlich in Abstimmung mit der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und ihrer Mission in Guinea-Bissau;

e) den nationalen Behörden dabei behilflich zu sein, den Drogenhandel und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität in enger Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zu bekämpfen;

f) den nationalen Behörden dabei behilflich zu sein, die Menschenrechte zu fördern und zu schützen sowie Aktivitäten zur Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte durchzuführen und diesbezüglich Bericht zu erstatten;

g) im Einklang mit den Resolutionen 1325 (2000) und 1820 (2008) des Sicherheitsrats die Geschlechterperspektive in die Friedenskonsolidierung zu integrieren;

h) zur Unterstützung der Prioritäten Guinea-Bissaus auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung mit der Kommission für Friedenskonsolidierung zusammenzuarbeiten;

i) zur Mobilisierung, Harmonisierung und Koordinierung der internationalen Hilfe beizutragen, namentlich für die Umsetzung der nationalen Strategien zur Reform des Sicherheitssektors und zur Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit, und die Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, der Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder, der Europäischen Union und den anderen Partnern zugunsten der Wiederherstellung und Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Stabilisierung Guinea-Bissaus zu verstärken;

2. *verlangt erneut*, dass die Sicherheits- und Verteidigungsdienste sich voll und ganz der zivilen Kontrolle unterstellen;

3. *verurteilt* die Verletzungen und Missbräuche der Menschenrechte, einschließlich der politischen und bürgerlichen Rechte, fordert die Behörden Guinea-Bissaus nachdrücklich auf, alles Notwendige zu tun, um die Menschenrechte zu schützen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, Untersuchungen einzuleiten, um die Täter zu ermitteln und vor Gericht zu stellen, und Maßnahmen zum Schutz der Zeugen zu ergreifen, um ein rechtsstaatliches Verfahren zu gewährleisten, und fordert sie außerdem nachdrücklich auf, Schritte zu unternehmen, um das durch die Einschränkungen des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit entstandene Klima der Angst zu mindern;

4. *begrüßt* die gemeinsamen Anstrengungen der internationalen Partner, insbesondere der Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, der Europäischen Union und der Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder, die Zusammenarbeit zur Unterstützung der rechtmäßigen demokratischen Regierung in Guinea-Bissau zu verstärken, und ermutigt sie, weiterhin gemeinsam auf die Stabilisierung des Landes hinzuwirken;

5. *befürwortet* die Anstrengungen zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors als entscheidendes Element für die langfristige Stabilität in Guinea-Bissau und legt allen maßgeblichen subregionalen, regionalen und internationalen Partnern Guinea-Bissaus nahe, auf diesem Gebiet koordiniert vorzugehen, um rasch positive Ergebnisse zu erreichen;

6. *fordert* die Behörden Guinea-Bissaus auf, nationale Rechtsvorschriften und Mechanismen zur wirksameren Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, insbesondere des Drogenhandels und der Geldwäsche, zu prüfen, zu beschließen und umzusetzen und in diesem Kontext der im Rahmen der Initiative „Westafrikanische Küste“ geschaffenen Einheit zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität zusätzliche Unterstützung zu gewähren, fordert die Behörden Guinea-Bissaus wie auch die Sicherheits- und Verteidigungsdienste nachdrücklich auf, volle Entschlossenheit zur Bekämpfung des Drogenhandels zu zeigen, und fordert die internationalen Partner auf, ihre Anstrengungen zu unterstützen;

7. *ermutigt* die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, mit Guinea-Bissau verstärkt zusammenzuarbeiten, um es in die Lage zu versetzen, die Kontrolle des Luftverkehrs und die Überwachung der Gefahrenabwehr in der Schifffahrt in seinem Hoheitsbereich zu gewährleisten und insbesondere den Drogenhandel und die organisierte Kriminalität sowie die illegale Fischerei in den Hoheitsgewässern und der ausschließlichen Wirtschaftszone Guinea-Bissaus und andere Fälle der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen zu bekämpfen;

8. *ersucht* den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Guinea-Bissau, sich verstärkt um mehr Kohärenz, Koordinierung und Effizienz unter den zuständigen Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen in Guinea-Bissau zu bemühen, damit ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung des Drogenhandels so wirksam wie möglich sind, insbesondere indem diese Organisationen, Fonds und Programme dem Sonderbeauftragten sachdienliche Informationen über die mit dem Drogenhandel verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen vorlegen, die dazu beitragen, den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Guinea-Bissaus und der Subregion zu bedrohen;

9. *bittet* den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, alle sachdienlichen Informationen an den Ausschuss nach Resolution 2048 (2012) des Sicherheitsrats weiterzuleiten, insbesondere die Namen von Personen, die die in Ziffer 6 der Resolution 2048 (2012) genannten und in ihrer Ziffer 7 näher ausgeführten Kriterien erfüllen;

10. *hebt* die Herausforderungen *hervor*, die der Kampf gegen den Drogenhandel für die Suche nach Lösungen für die allgemeine politische und wirtschaftliche Krise in Guinea-Bissau mit sich bringt, und *ersucht* den Generalsekretär, durch die fortgesetzte Ausstattung des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung mit einer Komponente zur Drogenbekämpfung dafür zu sorgen, dass es über die entsprechende Kapazität, einschließlich des geeigneten Sachverständs, verfügt;

11. *legt* den internationalen bilateralen und multilateralen Partnern *nahe*, ihre technische Unterstützung für Guinea-Bissau im Rahmen verstärkter Anstrengungen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, einschließlich unerlaubter Aktivitäten wie Geldwäsche und Drogenhandel, fortzusetzen, fordert sie auf, die Initiative „Westafrikanische Küste“ und die Einheit zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität im Kampf gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und den Drogenhandel, die die Sicherheit und die Stabilität in Guinea-Bissau und der Subregion bedrohen, stärker zu unterstützen, und legt ihnen ferner nahe, zur Unterstützung der Präsenz des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in Guinea-Bissau und zum Treuhandfonds des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung für die kurz-, mittel- und langfristigen Prioritäten, namentlich die Reformen nach den Wahlen, beizutragen;

12. *betont nachdrücklich*, wie wichtig es ist, eine internationale Beitragsankündigungskonferenz für die Erholung Guinea-Bissaus einzuberufen;

13. *ersucht* den Generalsekretär, eine umfassende Überprüfung des Mandats des Integrierten Büros für die Friedenskonsolidierung vorzunehmen, um sicherzustellen, dass es auf die von der rechtmäßigen demokratischen Regierung festgelegten Prioritäten ausgerichtet ist, und bis zum 30. Oktober 2014 über die Erkenntnisse aus dieser Überprüfung Bericht zu erstatten;

14. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7187. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Am 14. Juli 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>214</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 10. Juli 2014 betreffend Ihre Absicht, Herrn Miguel Trovoada (São Tomé und Príncipe) zu Ihrem Sonderbeauftragten für Guinea-

---

<sup>214</sup> S/2014/493.

Bissau und Leiter des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau zu ernennen<sup>215</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Am 23. Juli 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>216</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 21. Juli 2014 betreffend Ihren Bericht gemäß Resolution 2157 (2014)<sup>217</sup> den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist.

Die Mitglieder des Rates haben von dem in Ihrem Schreiben enthaltenen Ersuchen, die Frist für die Herausgabe des Berichts um einen Zeitraum von drei Monaten zu verlängern, Kenntnis genommen, würden Sie jedoch im Gegenzug ersuchen, bis 12. November 2014 aktualisierte Informationen in schriftlicher Form vorzulegen, die der Rat vor Ablauf des Mandats des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau am 30. November 2014 prüfen könnte.

---

## SCHUTZ VON ZIVILPERSONEN IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN<sup>218</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7019. Sitzung am 19. August 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Armeniens, Belgiens, Boliviens (Plurinationaler Staat), Brasiliens, Chiles, Dänemarks, der Demokratischen Republik Kongo, Estlands, Georgiens, Indiens, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Israels, Japans, Kanadas, Katars, Kolumbiens, Kroatiens, Liechtensteins, Litauens, Malaysias, Namibias, Neuseelands, der Niederlande, Nigerias, der Schweiz, der Slowakei, Spaniens, Südafrikas, Sudans, Thailands, der Türkei, Ugandas, Ungarns und Venezuelas (Bolivarische Republik) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten

Schreiben der Ständigen Vertreterin Argentinien bei den Vereinten Nationen vom 1. August 2013 an den Generalsekretär (S/2013/447).“

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Navanethem Pillay, die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; sie nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinatorin, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; sie nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Philip Spoerri, den Direktor für Völkerrecht und Zusammenarbeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

<sup>215</sup> S/2012/492.

<sup>216</sup> S/2014/529.

<sup>217</sup> S/2014/528.

<sup>218</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1999 verabschiedet.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Ioannis Vrailas, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7109. Sitzung am 12. Februar 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Afghanistans, Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Armeniens, Aserbaidschans, Äthiopiens, Belgiens, Botsuanas, Brasiliens, Deutschlands, Estlands (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Georgiens, Griechenlands, Guatemalas, Indiens, Indonesiens, Irlands, Israels, Italiens, Japans, Kanadas, Kasachstans, Kolumbiens, Kroatiens, Kuba, Kuwaits, Liechtensteins, Malaysias, Marokkos, Mexikos, Neuseelands, der Niederlande, Österreichs, Pakistans, Schwedens, der Schweiz, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, Sudans, Thailands, der Türkei, Ugandas, der Ukraine und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten

Bericht des Generalsekretärs über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten (S/2013/689).

Schreiben der Ständigen Vertreterin Litauens bei den Vereinten Nationen vom 3. Februar 2014 an den Generalsekretär (S/2014/74)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Navanethem Pillay, die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die per Videokonferenz an der Sitzung teilnahm, Frau Valerie Amos, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinatorin, und Herrn Hervé Ladsous, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Yves Daccord, den Generaldirektor des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Ioannis Vrailas, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, den Ständigen Beobachter des Beobachterstaats Palästina bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>219</sup>:

Der Sicherheitsrat bekräftigt sein Bekenntnis zum Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und zur fortgesetzten und vollständigen Durchführung aller seiner früheren einschlägigen Resolutionen, namentlich der Resolutionen 1265 (1999), 1296 (2000), 1674 (2006), 1738 (2006) und 1894 (2009), sowie aller seiner Resolutionen über Frauen und Frieden und Sicherheit, Kinder und bewaffnete Konflikte und Friedenssicherung und aller einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten.

Der Rat stellt fest, dass sich der Beginn der fortschreitenden Behandlung der Frage des Schutzes von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten durch den Rat in diesem Jahr zum fünfzehnten Mal jährt, und erkennt die anhaltende Notwendigkeit an, dass der Rat und die Mitgliedstaaten den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten weiter stärken. Der Rat ist nach wie vor entschlossen, sich mit den Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Zivilpersonen zu befassen.

Der Rat bekräftigt die ihm nach der Charta der Vereinten Nationen obliegende Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und seine Entschlossenheit

---

<sup>219</sup>S/PRST/2014/3.

und Bereitschaft, in allen Situationen, mit denen er befasst ist, auf die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens hinzuwirken.

Der Rat erinnert daran, dass die Staaten die Hauptverantwortung dafür tragen, die Menschenrechte ihrer Bürger sowie aller in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Personen zu achten und zu gewährleisten, wie vom einschlägigen Völkerrecht vorgeschrieben, und bekräftigt die Verantwortung jedes einzelnen Staates, seine Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.

Der Rat erklärt erneut, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die Hauptverantwortung dafür tragen, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen zu gewährleisten, und fordert die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien nachdrücklich auf, die Grundbedürfnisse dieser Personen zu decken und dabei die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Kindern, Flüchtlingen, Binnenvertriebenen sowie anderen Zivilpersonen mit besonderer Schutzbedürftigkeit, namentlich Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen, zu beachten.

Der Rat verurteilt erneut mit Nachdruck alle Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht und verlangt, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen strikt befolgen sowie alle einschlägigen Beschlüsse des Rates durchführen.

Der Rat unterstreicht die Notwendigkeit, der Straflosigkeit für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und für Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche ein Ende zu setzen, und bekräftigt, dass diejenigen, die derartige Verstöße, Verletzungen und Missbräuche verübt haben oder anderweitig dafür verantwortlich sind, vor Gericht gestellt werden müssen.

Der Rat erinnert an seine Entschlossenheit, die strategische Aufsicht über die Friedenssicherungseinsätze zu verbessern, eingedenk der wichtigen Rolle, die den Friedenssicherungseinsätzen beim Schutz von Zivilpersonen zukommt, bekräftigt seine Unterstützung für die vom Generalsekretär unternommenen Anstrengungen, die Friedenssicherungseinsätze zu überprüfen und bessere Planung und Unterstützung für sie bereitzustellen, und ermutigt erneut dazu, diese Anstrengungen in Partnerschaft mit den truppen- und polizeistellenden Ländern und den anderen maßgeblichen Beteiligten zu vertiefen.

Der Rat bekräftigt, dass Friedenssicherungsmissionen mit einem Mandat zum Schutz von Zivilpersonen die Erfüllung dieses Mandats gewährleisten müssen, und betont, wie wichtig es ist, dass das hochrangige Leitungspersonal der Missionen fortgesetzt darauf hinarbeitet, sicherzustellen, dass alle Anteile einer Mission und alle Ebenen der Befehlskette ordnungsgemäß über das Schutzmandat der Mission und ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten unterrichtet sind und diese entsprechend wahrnehmen. Der Rat bekräftigt die Notwendigkeit, dass die Friedenssicherungsmissionen unter starker Führung stehen, und ermutigt die Institutionen der Vereinten Nationen und die regionalen und/oder subregionalen Institutionen, sich in Fragen betreffend den Schutz von Zivilpersonen in Friedenssicherungseinsätzen weiter abzustimmen.

Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht des Generalsekretärs vom 22. November 2013<sup>220</sup> über den Schutz von Zivilpersonen und von den darin abgegebenen Empfehlungen.

Der Rat anerkennt den Beitrag des in der Anlage zu dieser Erklärung enthaltenen aktualisierten Aide-mémoire für die Behandlung von Fragen des Schutzes von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten<sup>221</sup> zum Schutz von Zivilpersonen und als ein praktisches Instrument, das eine Grundlage für die verbesserte Analyse und Diagnose wichtiger Schutzfragen bildet, und betont, dass es auch künftig systematischer und konsequenter genutzt werden muss.

---

<sup>220</sup> S/2013/689.

<sup>221</sup> Das erste Aide-mémoire wurde am 15. März 2002 (S/PRST/2002/6, Anhang) verabschiedet.

## Anhang

### Aide-mémoire

#### Für die Behandlung von Fragen des Schutzes von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten

Die Verbesserung des Schutzes von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit. Um dem Rat die Behandlung von Anliegen betreffend den Schutz von Zivilpersonen innerhalb eines bestimmten Kontexts, insbesondere anlässlich der Erteilung oder Verlängerung von Friedenssicherungsmandaten, zu erleichtern, schlugen die Mitglieder des Rates im Juni 2001 vor, in Zusammenarbeit mit dem Rat ein Aide-mémoire auszuarbeiten, in dem die relevanten Fragen aufgeführt sind<sup>222</sup>. Am 15. März 2002 verabschiedete der Rat das Aide-mémoire als praktische Leitlinie für seine Behandlung von Fragen des Schutzes von Zivilpersonen und kam überein, seinen Inhalt in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und zu aktualisieren<sup>223</sup>. Das Aide-mémoire wurde später zweimal aktualisiert und jeweils als Anlage zu der Erklärung des Präsidenten vom 15. Dezember 2003<sup>224</sup> beziehungsweise vom 22. November 2010<sup>225</sup> verabschiedet.

Das vorliegende Dokument ist die fünfte Auflage des Aide-mémoire und beruht auf den früheren Beratungen des Rates über den Schutz von Zivilpersonen, namentlich auf den Resolutionen 1265 (1999), 1296 (2000), 1674 (2006), 1738 (2006) und 1894 (2009). Das Dokument ist das Ergebnis von Konsultationen zwischen dem Rat und dem Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten des Sekretariats sowie zwischen dem Amt und den zuständigen Hauptabteilungen und Organisationen der Vereinten Nationen sowie anderen maßgeblichen humanitären Organisationen.

Das Aide-mémoire soll dem Rat die Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten erleichtern. Zu diesem Zweck werden darin die Hauptziele des Tätigwerdens des Rates hervorgehoben und auf der Grundlage der bisherigen Praxis des Rates konkrete zu erwägende Fragen im Hinblick auf die Verwirklichung dieser Ziele vorgeschlagen, und im Addendum findet sich eine Auswahl von vereinbarten Formulierungen aus Resolutionen des Rates und Erklärungen seines Präsidenten, die sich auf diese Anliegen beziehen.

Da jedes Friedenssicherungsmandat nach den Umständen des Einzelfalls auszuarbeiten ist, ist das Aide-mémoire nicht als Handlungskonzept gedacht. Die Relevanz und Praktikabilität der verschiedenen beschriebenen Maßnahmen muss unter Berücksichtigung der konkreten Umstände der jeweiligen Situation geprüft und an diese angepasst werden.

Zivilpersonen finden sich meist dann in der größten Bedrängnis, wenn noch kein Friedenssicherungseinsatz eingerichtet wurde. Solche Situationen erfordern eventuell die vordringliche Aufmerksamkeit des Rates. Dieses Aide-mémoire kann daher auch als Leitfaden für Fälle dienen, in denen der Rat unter Umständen Maßnahmen außerhalb des Rahmens eines Friedenssicherungseinsatzes erwägen könnte.

---

<sup>222</sup> Siehe S/2001/614.

<sup>223</sup> Siehe S/PRST/2002/6.

<sup>224</sup> S/PRST/2003/27.

<sup>225</sup> S/PRST/2010/25.



**I. Allgemeine Schutzanliegen betreffend die von einem Konflikt betroffene Bevölkerung**

**A. Schutz und Hilfe für die von einem Konflikt betroffene Bevölkerung**

**Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sollen die notwendigen Maßnahmen zum Schutz und zur Deckung der Grundbedürfnisse der von dem Konflikt betroffenen Bevölkerung ergreifen.**

Zu erwägende Fragen:

- betonen, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien für die Achtung, den Schutz und die Deckung der Grundbedürfnisse der ihrer effektiven Kontrolle unterstehenden Zivilbevölkerung verantwortlich sind;
- Besorgnis über Handlungen, Androhungen oder Situationen von Gewalt gegen Zivilpersonen Ausdruck verleihen, Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht sowie Verletzungen und Missbräuche der Menschenrechtsnormen verurteilen und alle Parteien auffordern, solche Verstöße, Verletzungen und Missbräuche sofort einzustellen;
- fordern, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen strikt einhalten, namentlich in Bezug auf
  - das Verbot von Angriffen auf das Leben und die Person, namentlich Tötung, Verstümmelung, grausame Behandlung und Folterung, Verschwindenlassen, Beeinträchtigung der persönlichen Würde, Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Nötigung zur Prostitution, erzwungene Schwangerschaft, Zwangssterilisation oder jede andere Form sexueller Gewalt;
  - das Verbot von willkürlicher Freiheitsentziehung, körperlicher Bestrafung, Kollektivstrafen und von Verurteilungen und Hinrichtungen ohne vorhergehendes Urteil eines ordentlich bestellten Gerichts, das die allgemein als unerlässlich anerkannten Rechtsgarantien bietet;
  - das Verbot der Geiselnahme;
  - das Verbot der Anordnung der Verlegung der Zivilbevölkerung aus Gründen im Zusammenhang mit dem Konflikt, sofern dies nicht im Hinblick auf die Sicherheit der betreffenden Zivilpersonen oder aus zwingenden militärischen Gründen geboten ist;
  - das Verbot der Einziehung und des Einsatzes von Kindern durch die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht;
  - das Verbot von Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Erscheinungsformen sowie von unentlohnter oder unter missbräuchlichen Bedingungen geleisteter Zwangsarbeit;
  - das Verbot der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen, wie sie nach dem humanitären Völkerrecht vorgesehen sind;
  - das Verbot der Verfolgung aus politischen, religiösen, rassischen oder geschlechtsspezifischen Gründen;
  - das Verbot jeder benachteiligenden Unterscheidung bei der Anwendung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion oder Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status;
  - die Verpflichtung, Verwundete und Kranke, gleichviel welcher Partei sie angehören, zu schonen und zu schützen, insbesondere nach einem Gefecht alle durchführbaren Maßnahmen zu treffen, um die Verwundeten und Kranken zu suchen und zu bergen und ihnen so umfassend und so schnell wie möglich die für ihren Zustand erforderliche medizinische Pflege und Betreuung zu gewähren und aus anderen als medizinischen Gründen keinen Unterschied zwischen ihnen zu machen;

- alle Parteien auffordern, den Zugang der einschlägigen Organisationen nach Bedarf zu allen Gefängnissen und Hafteinrichtungen zu gewährleisten;
- Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen soweit angezeigt und je nach den Umständen des Einzelfalls das Mandat erteilen, unparteiisch zum Schutz der Zivilbevölkerung beizutragen, namentlich wenn dieser innerhalb ihres Einsatzgebiets unmittelbar körperliche Gewalt droht. In diesem Zuge um Folgendes ersuchen:
  - die vorrangige Berücksichtigung des Schutzes von Zivilpersonen bei Beschlüssen über den Einsatz der verfügbaren Fähigkeiten und Ressourcen, namentlich der Informations- und nachrichtendienstlichen Ressourcen, bei der Erfüllung der Mandate;
  - die Aufstellung klarer Leitlinien/Richtlinien bezüglich dessen, was die Missionen zum Schutz von Zivilpersonen tun können, einschließlich praktischer Schutzmaßnahmen wie verstärkte und systematische Patrouillen in potenziell instabilen Gebieten, gemeinsame Schutzteams oder Frühwarnzellen;
  - die systematische Abstimmung zwischen dem zivilen und dem militärischen Anteil der Mission und zwischen der Mission und den humanitären Akteuren, um den Sachverstand auf dem Gebiet des Schutzes von Zivilpersonen zu konsolidieren;
  - die Kommunikation der Missionen mit der Zivilbevölkerung, um ihr Mandat und ihre Tätigkeiten besser bekannt zu machen und das Verständnis dafür zu erhöhen und zuverlässige Informationen über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche, die an Zivilpersonen begangen wurden, zu sammeln;
- die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen ersuchen, in Abstimmung mit den Landesteams der Vereinten Nationen und anderen maßgeblichen Akteuren umfassende Schutzstrategien zu entwickeln, und ihre Kapazitäten zur Durchführung dieser umfassenden Schutzstrategien so weit wie möglich auszuschöpfen;
- die Missionen ausdrücklich ermächtigen, alle erforderlichen Mittel zur Durchführung ihres Schutzmandats einzusetzen;
- vorsätzliche Behinderungen der Durchführung der Mandate der Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen, insbesondere Angriffe auf ihre Mitarbeiter und bürokratische Hürden, verurteilen und die Konfliktparteien auffordern, ihre Einmischung in die Aktivitäten dieser Missionen bei der Durchführung ihres Mandats sofort einzustellen; darum ersuchen, dass in die Berichte des Generalsekretärs über landesspezifische Situationen Informationen über den Schutz von Zivilpersonen, einschließlich Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, sowie über die Umsetzung der Richtlinien des Generalsekretärs für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht<sup>226</sup> aufgenommen werden;
- die Missionen ersuchen, die Situation im Hinblick auf die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht in den Gastländern zu überwachen, untersuchen zu helfen und der Öffentlichkeit und dem Sicherheitsrat regelmäßig darüber Bericht zu erstatten;
- die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen ersuchen, Kriterien und Fortschrittsindikatoren für den Schutz von Zivilpersonen zu erarbeiten, um konkrete Entwicklungen bei der Durchführung ihrer Schutzmandate zu messen;
- die truppen- und polizeistellenden Länder ersuchen, für geeignete Schulungsmaßnahmen zu sorgen, um im Hinblick auf Schutzfragen das Problembewusstsein und die Reaktionsfähigkeit ihres Personals zu stärken, das an Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Ver-

---

<sup>226</sup> S/2013/110, Anlage.

einten Nationen teilnimmt, die vom Sicherheitsrat zum Schutz von Zivilpersonen genehmigt wurden;

- die zuständigen regionalen und/oder subregionalen Organe nachdrücklich auffordern, Politiken, Aktivitäten und Kampagnen zugunsten der von bewaffneten Konflikten betroffenen Zivilpersonen auszuarbeiten und durchzuführen.

## **B. Vertreibung**

**Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien und anderen maßgeblichen Akteure sollen eine Vertreibung der Zivilbevölkerung unterlassen und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um eine solche Vertreibung zu verhindern oder auf sie zu reagieren.**

Zu erwägende Fragen:

- unter Verstoß gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen begangene Vertreibungen verurteilen und ihre sofortige Beendigung fordern;
- fordern, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien das anwendbare humanitäre Völkerrecht, die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen und das anwendbare Flüchtlingsvölkerrecht strikt einhalten, namentlich im Hinblick auf
  - das Verbot der Vertreibung, zwangsweisen Überführung oder Verlegung der Zivilbevölkerung, ganz oder teilweise, sofern dies nicht im Hinblick auf die Sicherheit der betreffenden Zivilpersonen oder aus zwingenden militärischen Gründen geboten ist;
  - die Verpflichtung, im Falle der Verlegung so weit wie praktisch möglich sicherzustellen, dass die betreffenden Zivilpersonen am Aufnahmeort befriedigende Bedingungen in Bezug auf Unterbringung, Hygiene, Gesundheit, Sicherheit und Ernährung vorfinden, dass Mitglieder derselben Familie nicht voneinander getrennt werden und dass die Grundbedürfnisse während der Verlegung gedeckt werden;
  - das Recht auf Freizügigkeit und das Recht, sein Land zu verlassen und Asyl zu suchen;
  - das Recht auf Nichtzurückweisung nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge<sup>227</sup>, dessen Schutz sich nicht auf Personen erstreckt, bei denen ernsthafter Grund zur Annahme besteht, dass sie sich Handlungen schuldig gemacht haben, die den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwiderlaufen;
- die Hauptverantwortung der Staaten für die Achtung und Gewährleistung der Sicherheit und des zivilen Charakters der Lager für Flüchtlinge und Binnenvertriebene hervorheben, insbesondere für die Entwaffnung bewaffneter Elemente, die Trennung der Kombattanten, die Eindämmung des Zustroms von Kleinwaffen in die Lager und die Verhinderung der Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen in den Lagern und ihrer Umgebung;
- Friedenssicherungs- und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen das Mandat erteilen, alle durchführbaren Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit in diesen Lagern und ihrer Umgebung sowie die Sicherheit ihrer Bewohner zu gewährleisten;
- darum ersuchen, dass in den Berichten des Generalsekretärs über landesspezifische Situationen der Schutz von Binnenvertriebenen konkret behandelt wird;
- die zuständigen regionalen und/oder subregionalen Organe nachdrücklich auffordern, Politiken, Aktivitäten und Kampagnen zugunsten von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen auszuarbeiten und durchzuführen;

---

<sup>227</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 189, No. 2545. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBL 1953 II S. 559; LGBL 1956 Nr. 15; öBGBL Nr. 55/1955; AS 1955 443.

- die Anwendung gezielter und abgestufter Maßnahmen gegen die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien erwägen, die Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht mit Bezug auf die Vertreibung begehen.

**Dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, namentlich sichere, freiwillige und würdevolle Rückkehr und Wiedereingliederung**

Zu erwägende Fragen:

- verlangen, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien das anwendbare humanitäre Völkerrecht und Flüchtlingsvölkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen strikt einhalten, namentlich im Hinblick auf
  - die Achtung des Rechts der Flüchtlinge und Vertriebenen auf eine freiwillige Rückkehr in Sicherheit und Würde in ihre Heimat;
  - die Achtung der Eigentumsrechte der Flüchtlinge und Vertriebenen ohne benachteiligende Unterscheidung aufgrund des Geschlechts, des Alters oder des sonstigen Status;
- betonen, wie wichtig es ist, dauerhafte Lösungen für die Flüchtlinge und Vertriebenen herbeizuführen, namentlich ihre freiwillige, sichere und würdevolle Rückkehr, und ihre volle Mitwirkung an der Planung und Umsetzung dieser Lösungen zu gewährleisten;
- alle beteiligten Parteien auffordern, Bedingungen zu schaffen, die die freiwillige, sichere, würdevolle und dauerhafte Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen, ihre Integration vor Ort oder ihre Neuansiedlung begünstigen;
- die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen ersuchen, zur Wiederherstellung von Sicherheitsbedingungen beizutragen, die einer freiwilligen, sicheren, würdevollen und dauerhaften Rückkehr förderlich sind, so auch durch Polizeipatrouillen in den Rückkehrgebieten;
- alle beteiligten Parteien auffordern, dafür zu sorgen, dass zurückkehrende Flüchtlinge und Binnenvertriebene nicht diskriminierend behandelt werden;
- alle beteiligten Parteien auffordern, die Beteiligung der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen an allen Friedensprozessen, Friedensabkommen sowie Wiederherstellungs- und Wiederaufbauplänen und -programmen nach Konflikten und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse, insbesondere ihres Rechts auf freiwillige, sichere und würdevolle Rückkehr und Wiedereingliederung, sicherzustellen;
- Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und andere vom Sicherheitsrat genehmigte einschlägige Missionen ermutigen, soweit angezeigt und je nach den Umständen des Einzelfalls, innerstaatliche Mechanismen zur Behandlung von Wohnungs-, Land- und Eigentumsfragen beziehungsweise ihre Einsetzung durch innerstaatliche Behörden zu unterstützen;
- Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und andere vom Sicherheitsrat genehmigte einschlägige Missionen ermutigen, soweit angezeigt und je nach den Umständen des Einzelfalls, die widerrechtliche Aneignung und Beschlagnahme von Land und Vermögenswerten, die Flüchtlingen und Binnenvertriebenen gehören, zu verhindern und den Schutz zurückkehrender Flüchtlinge und Binnenvertriebener sicherzustellen.

**C. Humanitärer Zugang und Sicherheit der humanitären Helfer**

**Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sollen unparteiischen humanitären Hilfeinsätzen zustimmen und sie erleichtern sowie den schnellen und ungehinderten Durchlass von Hilfssendungen, -ausrüstungen und -personal genehmigen und erleichtern.**

Zu erwägende Fragen:

- gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht verstoßende Behinderungen des humanitären Zugangs verurteilen und ihre sofortige Aufhebung fordern;

- alle Fälle der willkürlichen Verweigerung des humanitären Zugangs verurteilen und daran erinnern, dass das willkürliche Vorenthalten der für Zivilpersonen lebensnotwendigen Gegenstände, einschließlich der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen und des Zugangs, einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen kann;
- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien zur strikten Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts auffordern, namentlich im Hinblick auf
  - das Verbot des Aushungerns von Zivilpersonen als Methode der Kriegführung durch das Vorenthalten der für sie lebensnotwendigen Gegenstände, einschließlich der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen, wie sie nach dem anwendbaren humanitären Völkerrecht vorgesehen sind;
  - die Zustimmung zur Durchführung unparteiischer humanitärer Hilfsaktionen ohne jede nachteilige Unterscheidung;
- fordern, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien und Drittstaaten ihre Verpflichtungen nach dem anwendbaren humanitären Völkerrecht strikt einhalten und den schnellen und ungehinderten Durchlass von Hilfssendungen, -ausrüstungen und -personal genehmigen und erleichtern, vorbehaltlich ihres Rechts, die technischen Einzelheiten für einen solchen Durchlass, einschließlich einer Durchsuchung, festzulegen;
- Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen das Mandat erteilen, soweit angezeigt und auf Ersuchen die Bereitstellung humanitärer Hilfe zu erleichtern;
- die Anwendung gezielter und abgestufter Maßnahmen gegen die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien erwägen, die dafür verantwortlich sind, unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht die Auslieferung humanitärer Hilfe zu behindern, einschließlich indem sie sich an Angriffen auf humanitäre Akteure und Güter beteiligen.

**Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sollen humanitäre Helfer und Einrichtungen schonen und schützen**

Zu erwägende Fragen:

- vorsätzliche Angriffe auf humanitäre Helfer verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;
- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien zur strikten Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts auffordern, insbesondere der Verpflichtung, Hilfspersonal sowie Einrichtungen, Material, Einheiten und Fahrzeuge, die an humanitären Maßnahmen beteiligt sind, zu schonen und zu schützen;
- Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen das Mandat erteilen, auf Ersuchen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Schaffung der erforderlichen Sicherheitsbedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe beizutragen;
- dem Generalsekretär nahelegen, die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrats auf Situationen zu lenken, in denen infolge von Gewalt gegen humanitäres Personal und humanitäre Einrichtungen humanitäre Hilfe vorenthalten wird;
- die Staaten ersuchen, Schlüsselbestimmungen des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal<sup>228</sup> und des dazugehörigen Fakultativprotokolls<sup>229</sup>, wie diejenigen, welche die Verhütung von Angriffen auf Mitglieder von Einsätzen

---

<sup>228</sup> Ebd., Vol. 2051, Nr. 35457. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1997 II S. 230; LGBI. 2001 Nr. 4; öBGBI. III Nr. 180/2000; AS 2007 6919.

<sup>229</sup> Resolution 60/42 der Generalversammlung, Anlage.

der Vereinten Nationen, die Unterstrafestellung solcher Angriffe und die Strafverfolgung oder Auslieferung der Täter betreffen, in die künftig mit den Vereinten Nationen auszuhandelnden und erforderlichenfalls in die bereits bestehenden Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen, über die Rechtsstellung der Mission und Gastlandabkommen aufzunehmen.

**Die maßgeblichen internationalen Akteure, einschließlich der Geber und der humanitären Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen sollen die humanitäre Hilfe erhöhen und deren Reichweite, Umfang und Qualität verbessern**

Zu erwägende Fragen:

- die Mitgliedstaaten auffordern, zu Prozessen konsolidierter Hilfsappelle beizutragen;
- erwägen, allgemeine Ausnahmen von zielgerichteten wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, die der Sicherheitsrat verhängt hat, zu beschließen, um die Bereitstellung humanitärer Hilfe zu erleichtern;
- die Notwendigkeit betonen, dass alle maßgeblichen Akteure die humanitären Grundsätze der Menschlichkeit, der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit wahren und achten, um die Reichweite und die Qualität der humanitären Hilfe zu erhöhen.

**D. Führung von Feindseligkeiten**

**Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sollen alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen treffen, damit Zivilpersonen von den Auswirkungen von Feindseligkeiten verschont bleiben**

Zu erwägende Fragen:

- alle Gewalt- oder Missbrauchshandlungen gegen Zivilpersonen, die unter Verstoß gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen begangen werden, verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;
- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien zur strikten Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts auffordern, namentlich des Verbots
  - von Angriffen auf die Zivilbevölkerung oder auf einzelne Zivilpersonen, die an den Feindseligkeiten nicht unmittelbar teilnehmen;
  - von Angriffen auf zivile Objekte;
  - von unterschiedslosen Angriffen, das heißt Angriffen, die militärische Ziele und Zivilpersonen oder zivile Objekte unterschiedslos treffen können;
  - von Angriffen, bei denen damit zu rechnen ist, dass sie auch Verluste an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder mehrere derartige Folgen zusammen verursachen, die in keinem Verhältnis zum erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen;
  - von Angriffen auf Personal, Einrichtungen, Material, Einheiten oder Fahrzeuge, die an einer humanitären Hilfsmission oder friedenserhaltenden Mission in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen beteiligt sind, solange sie Anspruch auf den Schutz haben, der Zivilpersonen oder zivilen Objekten nach dem humanitären Völkerrecht gewährt wird;
  - der Benutzung der Anwesenheit einer Zivilperson oder einer anderen geschützten Person, um Kriegshandlungen von bestimmten Punkten, Gebieten oder Streitkräften fernzuhalten;
  - von Vergewaltigung und anderen Formen sexueller Gewalt;
  - von Angriffen auf Gebäude, die dem Gottesdienst, der Erziehung, der Kunst, der Wissenschaft oder der Wohltätigkeit gewidmet sind, auf geschichtliche Denkmäler, Krankenhäuser und Sammelplätze für Kranke und Verwundete, sofern es nicht militärische Ziele sind;

- von Angriffen auf Gebäude, Material, Sanitätseinheiten, Sanitätstransportmittel und Personal, die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht mit den Schutzzeichen der Genfer Abkommen<sup>230</sup> versehen sind;
- der Zerstörung oder Beschlagnahme gegnerischen Eigentums, sofern dies nicht durch militärische Erfordernisse geboten ist;
- des Aushungerns von Zivilpersonen als Methode der Kriegführung durch das Vorenthalten der für sie lebensnotwendigen Gegenstände, einschließlich der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen, wie sie nach dem anwendbaren humanitären Völkerrecht vorgesehen sind;
- darum ersuchen, dass die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und die anderen vom Rat genehmigten einschlägigen Missionen regelmäßig über die konkreten Maßnahmen, die zur Gewährleistung des Schutzes der Zivilbevölkerung bei der Führung von Feindseligkeiten getroffen wurden, und über die Maßnahmen zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht Bericht erstatten;
- die an einem Konflikt beteiligten Parteien, einschließlich der von den Vereinten Nationen genehmigten Missionen mit dem Mandat, Offensiveinsätze durchzuführen oder zu unterstützen, ersuchen, konkrete Maßnahmen zu beschließen und durchzuführen, um das Risiko zu senken, dass Zivilpersonen oder zivilen Objekten infolge von Feindseligkeiten unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht Schaden zugefügt wird.

#### **E. Kleinwaffen und leichte Waffen, Minen und explosive Kampfmittelrückstände**

##### **Schutz der Zivilbevölkerung durch die Kontrolle unerlaubter Kleinwaffen und leichter Waffen und Herabsetzung ihrer Verfügbarkeit**

Zu erwägende Fragen:

- Besorgnis darüber zum Ausdruck bringen, dass die Verbreitung von Waffen, insbesondere Kleinwaffen, die Sicherheit von Zivilpersonen beeinträchtigt, indem sie den bewaffneten Konflikt anheizt, und die Mission ersuchen, das Vorhandensein von Waffen unter der Zivilbevölkerung zu überwachen;
- die Staaten und die regionalen und subregionalen Organisationen ersuchen, Maßnahmen zur Eindämmung und Reduzierung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen zu beschließen, wie die freiwillige Einsammlung und Vernichtung, die wirksame Verwaltung der Lagerbestände, Waffenembargos, Sanktionen sowie rechtliche Maßnahmen gegen Unternehmen, Einzelpersonen und Institutionen, die an derartigen Aktivitäten beteiligt sind;
- die Staaten nachdrücklich auffordern, zu erwägen, den Vertrag über den Waffenhandel<sup>231</sup> möglichst bald zu unterzeichnen und zu ratifizieren;
- zur stärkeren praktischen Zusammenarbeit zwischen Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen ermutigen, mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Bewegung von Kleinwaffen und leichten Waffen zu überwachen und zu verhindern;
- Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen das Mandat erteilen, unerlaubte und/oder überschüssige Kleinwaffen und leichte Waffen sowie überschüssige Munitionsbestände einzusammeln und zu vernichten beziehungsweise zu sichern;

---

<sup>230</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970-973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1954 II S. 781; LGBl. 1989 Nr. 18-21; öBGBI. Nr. 155/1953; AS 1951 181 207 228 300.

<sup>231</sup> Siehe Resolution 67/234 B der Generalversammlung.

- die Verhängung von Waffenembargos und anderen Maßnahmen zur Verhinderung des Verkaufs oder der Lieferung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial jeder Art an die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die gegen das anwendbare Völkerrecht verstoßen, erwägen;
- zur stärkeren praktischen Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Sanktions-Überwachungsgruppen des Sicherheitsrats, den Friedenssicherungsmissionen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen und den Staaten ermutigen;
- darum ersuchen, dass in Situationen, in denen ein Waffenembargo der Vereinten Nationen mit Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen zusammenfällt, ein Ausgangsverzeichnis der Waffenbestände erstellt und Waffenkennzeichnungs- und -registrierungssysteme eingerichtet werden.

**Schutz der Zivilbevölkerung durch die Kennzeichnung, Räumung, Beseitigung oder Zerstörung von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen, einschließlich Streumunitionsrückständen**

Zu erwägende Fragen:

- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, nach Beendigung der aktiven Feindseligkeiten und so bald wie praktisch möglich die Minen und explosiven Kampfmittelrückstände in den betroffenen Gebieten unter ihrer Kontrolle zu kennzeichnen, zu räumen, zu beseitigen oder zu zerstören und dabei diejenigen von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen betroffenen Gebiete vorrangig zu behandeln, welche als schwerwiegende humanitäre Gefahr bewertet werden;
- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, Informationen über den Einsatz von Minen und explosiven Kampfmitteln oder die Aufgabe von explosiven Kampfmitteln aufzuzeichnen und aufzubewahren, die zügige Kennzeichnung und Räumung, Beseitigung oder Zerstörung von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen und die Aufklärung über Gefahren zu erleichtern und der Partei, die die Kontrolle über das Gebiet ausübt, und der Zivilbevölkerung in diesem Gebiet einschlägige Informationen bereitzustellen;
- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen in von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen betroffenem Gebiet unter ihrer Kontrolle zu ergreifen, um die Zivilbevölkerung, insbesondere Kinder, zu schützen, namentlich durch Warnungen, Aufklärung über Gefahren, Kennzeichnung, Absperrung und Überwachung des von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen betroffenen Gebiets;
- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und andere vom Sicherheitsrat genehmigte einschlägige Missionen sowie humanitäre Organisationen vor den Wirkungen von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen zu schützen und Informationen über die Lage der Minen und explosiven Kampfmittelrückstände zur Verfügung zu stellen, die ihnen in dem Gebiet, in dem die Missionen/Organisationen tätig sind oder sein werden, bekannt sind;
- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die Staaten und die sonstigen zuständigen Akteure auffordern, Hilfe technischer, finanzieller, materieller oder personeller Art zu leisten, um die Kennzeichnung, Räumung, Beseitigung oder Zerstörung von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen zu erleichtern;
- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die Staaten und die sonstigen zuständigen Akteure auffordern, Hilfe bei der Betreuung und Rehabilitation sowie der wirtschaftlichen und sozialen Wiedereingliederung der Opfer explosiver Kampfmittelrückstände sowie ihrer Familienangehörigen und Gemeinwesen zu leisten.



## **F. Rechteinhaltung, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit**

### **Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der geltenden internationalen Menschenrechtsnormen durch die an einem bewaffneten Konfliktbeteiligten Parteien**

Zu erwägende Fragen:

- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, geeignete Maßnahmen zur Achtung und zur Gewährleistung der Achtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen zu ergreifen, insbesondere durch
  - die Anwendung geeigneter militärischer Disziplinarmaßnahmen und die Achtung des Grundsatzes der Verantwortlichkeit der Befehlshaber;
  - die Schulung von Soldaten bezüglich des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen;
  - die Überprüfung der Angehörigen der Streit- und Sicherheitskräfte, um den verlässlichen Nachweis ihrer Nichtbeteiligung an Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht oder die internationalen Menschenrechtsnormen sicherzustellen;
- die Anwendung gezielter und abgestufter Maßnahmen gegen die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien erwägen, die den Frieden bedrohen, die jeweilige Friedenssicherungs- oder andere einschlägige Mission der Vereinten Nationen angreifen oder sie in ihrem Handeln behindern oder Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen begehen;
- betonen, dass die Unterstützung der von den nationalen Streitkräften geleiteten Militäroperationen durch die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen unter der strikten Voraussetzung erfolgt, dass diese Streitkräfte das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht einhalten und dass diese Operationen gemeinsam geplant werden;
- die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen auffordern, bei den nationalen Streitkräften zu intervenieren, wenn Elemente derselben, die von der Mission Unterstützung erhalten, der Begehung von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht verdächtigt werden, und im Falle des Fortbestehens dieser Situation die Unterstützung der Mission zu entziehen;
- die Mission ersuchen, den Streitkräften eine militärische Ausbildung zu gewähren, namentlich auf dem Gebiet der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts, des Kinderschutzes und der Verhütung von geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt.

### **Rechenschaftspflicht von Personen, die verdächtigt werden, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder schwere Verletzungen von Menschenrechtsnormen begangen zu haben**

Zu erwägende Fragen:

- betonen, dass der Straflosigkeit für Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zur Herbeiführung von dauerhaftem Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit und nationaler Aussöhnung ein Ende gesetzt werden muss;
- die Staaten auffordern, ihrer Verpflichtung nachzukommen, gegen Personen, die verdächtigt werden, Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere schwere Verstöße gegen das Völkerrecht, einschließlich gegen das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht, begangen zu haben, ungeachtet ihrer Stellung oder politischen Zugehörigkeit zu ermitteln, sie zu suchen, strafrechtlich zu verfolgen oder auszuliefern;

- betonen, dass Amnestien für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder andere schwere Verletzungen der Menschenrechte in Konfliktbeilegungsprozessen ausgeschlossen werden müssen, in jeder Form zu verwerfen sind und in keiner Weise gebilligt werden dürfen, und sicherstellen, dass eine bereits gewährte derartige Amnestie der Strafverfolgung durch einen von den Vereinten Nationen eingesetzten oder unterstützten Gerichtshof nicht entgegensteht;
- Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen das Mandat erteilen, in Zusammenarbeit mit den betreffenden Staaten wirksame Vorkehrungen für die Ermittlung und Strafverfolgung bei Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht oder anderen schweren Verletzungen von Menschenrechtsnormen zu fördern;
- darum ersuchen, dass die Staaten, die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und die anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen bei der Festnahme und Auslieferung mutmaßlicher Urheber von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder anderen schweren Verletzungen von Menschenrechtsnormen zusammenarbeiten;
- betonen, dass den internationalen Normen entsprechende umfassende, unabhängige und unparteiische Untersuchungen mutmaßlicher Missbräuche und Verletzungen der Menschenrechte sowie mutmaßlicher Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durchgeführt werden müssen;
- erwägen, Ad-hoc-Justizmechanismen und Wiedergutmachungsprogramme auf nationaler oder internationaler Ebene einzurichten, um Kriegsverbrechen und schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, und sicherstellen, dass die anwendbaren Bestimmungen über das Recht auf Wiedergutmachung für Verletzungen von Individualrechten umgesetzt werden;
- erwägen, Situationen, die mit Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen verbunden sind, dem Internationalen Strafgerichtshof zu unterbreiten.

**Schutz von Zivilpersonen durch die Wiederherstellung und Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit, Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramme und die Reform des Sicherheitssektors**

Zu erwägende Fragen:

- die Staaten auffordern, den gleichen Schutz durch das Gesetz und den gleichen Zugang zur Justiz für Opfer von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, insbesondere für Frauen und Kinder, zu gewährleisten und die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes von Opfern und Zeugen zu treffen;
- Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen das Mandat erteilen, die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen, insbesondere durch die Gewährung von Hilfe bei der Überwachung, Neugliederung und Reform des Justizsektors;
- um die schnelle Verlegung qualifizierter und gut ausgebildeter internationaler Zivilpolizei sowie von Justiz- und Strafvollzugsexperten als Komponente von Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen ersuchen;
- die Staaten und die regionalen und subregionalen Organisationen dazu auffordern, technische Hilfe für die örtliche Polizei und Rechtsprechung und die Vollzugsanstalten vor Ort zu leisten (z.B. fachliche Betreuung und Formulierung von Gesetzesvorlagen);
- betonen, wie wichtig es ist, ehemalige Kombattanten der inländischen bewaffneten Gruppen dauerhaft zu entwaffnen, zu demobilisieren und wiedereinzugliedern, Mitglieder ausländischer bewaffneter Gruppen zu entwaffnen, zu demobilisieren, zu repatriieren, neu anzusiedeln und wiedereinzugliedern und den Opfern in von einem Konflikt betroffenen Gemeinschaften zu helfen;
- betonen, wie wichtig die Reform des Sicherheitssektors ist, und alle internationalen Partner nachdrücklich auffordern, die Anstrengungen zu unterstützen, die unternommen werden, um die na-

tionalen Sicherheitskräfte und die Polizei zu professionalisieren und der zivilen Aufsicht zu unterstellen, namentlich durch Überprüfung im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen, Ausbildung in Bezug auf Fragen der Menschenrechte, des Kinderschutzes und der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt;

- Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen das Mandat erteilen, den Gastregierungen Gute Dienste, Rat und Unterstützung bei der Gestaltung umfassender Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung von Kombattanten zu leisten, die nicht verdächtigt werden, Kriegsverbrechen oder andere schwere Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben, und die Durchführung dieser Pläne zu unterstützen, unter voller Einhaltung der Richtlinien der Vereinten Nationen für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht.

#### **Vertrauensbildung und Stärkung der Stabilität durch die Förderung von Mechanismen zur Wahrheitsfindung und Aussöhnung**

Zu erwägende Fragen:

- das Mandat erteilen, geeignete, an die lokalen Gegebenheiten angepasste Mechanismen zur Wahrheitsfindung und Aussöhnung (z.B. technische Hilfe, Finanzierung, Wiedereingliederung von Zivilpersonen in die Gemeinschaft) einzurichten;
- gegebenenfalls den Generalsekretär ersuchen, bei Situationen, die mit Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder schweren Verletzungen von Menschenrechtsnormen verbunden sind, Untersuchungskommissionen einzurichten und ähnliche Maßnahmen zu treffen.

#### **G. Medien und Information**

##### **Schutz von Journalisten, sonstigen Medienangehörigen und ihren Mitarbeitern**

Zu erwägende Fragen:

- Angriffe auf Journalisten, sonstige Medienangehörige und ihre Mitarbeiter, die in Situationen bewaffneten Konflikts tätig sind, verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;
- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, das anwendbare humanitäre Völkerrecht einzuhalten und den zivilen Status von Journalisten, sonstigen Medienangehörigen und ihren Mitarbeitern sowie ihrer Ausrüstung und Einrichtungen zu achten;
- verlangen, dass die Staaten alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um diejenigen, die für Angriffe auf Journalisten, sonstige Medienangehörige und ihre Mitarbeiter unter Verstoß gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht verantwortlich sind, strafrechtlich zu verfolgen.

##### **Vorgehen gegen zu Gewalt aufstachelnde Sprache**

Zu erwägende Fragen:

- jede Aufstachelung zu Diskriminierung, Feindseligkeit, Hass und Gewalt gegenüber Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;
- verlangen, dass die Staaten Personen, die zu derartiger Gewalt aufstacheln oder sie anderweitig verursachen, vor Gericht stellen;
- gezielte und abgestufte Maßnahmen zur Reaktion auf Mediensendungen verhängen, die zu Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder anderen schweren Verletzungen von Menschenrechtsnormen aufstacheln;
- Friedenssicherungsmissionen und anderen vom Sicherheitsrat genehmigten einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen das Mandat erteilen, die Einrichtung von Medienüberwachungsmechanismen zu fördern, um eine wirksame Überwachung, Berichterstattung und Dokumentation in Bezug auf alle Vorfälle, Ursprünge und Inhalte von „Hetzmedien“ sicherzustellen.

### **Förderung und Unterstützung der Verbreitung zutreffender Informationen über den Konflikt**

Zu erwägende Fragen:

- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien nachdrücklich auffordern, die berufliche Unabhängigkeit von Journalisten, sonstigen Medienangehörigen und ihren Mitarbeitern zu achten;
- Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und andere vom Sicherheitsrat genehmigte einschlägige Missionen ermutigen, eine Komponente für Massenmedien einzurichten, die Informationen über das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen verbreiten und gleichzeitig objektiv über die Tätigkeit der Vereinten Nationen informieren kann;
- die zuständigen Akteure ersuchen, den Staaten technische Hilfe bei der Ausarbeitung und Durchsetzung von Rechtsvorschriften gegen Hetzsprache zu leisten.

### **II. Spezifische Schutzanliegen, die sich aus Beratungen des Sicherheitsrats über von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder ergeben**

**Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sollen die notwendigen Maßnahmen zur Deckung der konkreten Schutz-, Gesundheits-, Bildungs- und Hilfsbedürfnisse von Kindern ergreifen.**

Zu erwägende Fragen:

- Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder in Situationen bewaffneten Konflikts verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern; dazu gehören insbesondere die Einziehung und der Einsatz von Kindern durch die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht, die Tötung oder Verstümmelung von Kindern, die Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt gegenüber Kindern, die Entführung von Kindern, Angriffe auf Schulen oder Krankenhäuser und die Verweigerung des Zugangs humanitärer Hilfsorganisationen zu Kindern;
- fordern, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen in Bezug auf von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder strikt einhalten;
- die maßgeblichen Parteien auffordern, in enger Zusammenarbeit mit den Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen, den Landesteams der Vereinten Nationen und dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte konkrete termingebundene Aktionspläne im Hinblick auf die Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern sowie auf andere an Kindern in Situationen bewaffneten Konflikts begangene schwere Rechtsverletzungen auszuarbeiten und umzusetzen;
- alle beteiligten Parteien zur Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte auffordern;
- alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, die von Streitkräften und bewaffneten Gruppen freigelassenen oder auf andere Weise getrennten Kinder zu schützen und als Opfer anzusehen, und betonen, dass dem Schutz, der Freilassung und der Wiedereingliederung aller mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss;
- in die Mandate der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer vom Sicherheitsrat genehmigter einschlägiger Missionen spezifische Bestimmungen zum Schutz von Kindern aufnehmen, insbesondere
  - die Mission ersuchen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Landesteams der Vereinten Nationen auf Landesebene einen Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus für schwere Rechtsverletzungen an Kindern zu schaffen und umzusetzen, gemäß Resolution 1612 (2005);

- die Mission ersuchen, die Gastregierung dabei zu unterstützen, den Kinderschutz zu fördern und Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern sowie anderer schwerer Rechtsverletzungen an Kindern in Situationen bewaffneter Konflikte zu erarbeiten und umzusetzen;
- die Mission ersuchen, die Gastregierung dabei zu unterstützen, den besonderen Bedürfnissen von Kindern in Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozessen Rechnung zu tragen;
- darum ersuchen, dass innerhalb der Mission Kinderschutzberater ernannt werden;
- darum ersuchen, dass in den Berichten des Generalsekretärs über landesspezifische Situationen der Schutz von Kindern als besonderer Aspekt behandelt wird;
- alle beteiligten Parteien auffordern, sicherzustellen, dass dem Schutz, den Rechten und dem Wohlergehen der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder in Friedensprozessen, Friedensabkommen sowie in den Wiederherstellungs- und Wiederaufbauplänen und -programmen nach dem Konflikt ausdrücklich Rechnung getragen wird, namentlich durch Maßnahmen der Familiensuche und Familienzusammenführung, die Rehabilitation und Wiedereingliederung der von ihren Familien getrennten Kinder und die Freilassung und Wiedereingliederung der mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder;
- die Staaten, Einrichtungen der Vereinten Nationen, regionalen und subregionalen Organisationen sowie die anderen beteiligten Parteien nachdrücklich auffordern, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um unerlaubte subregionale und grenzüberschreitende Aktivitäten, die für Kinder schädlich sind, und andere in bewaffneten Konflikten unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht verübte Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder zu bekämpfen;
- die zuständigen regionalen und/oder subregionalen Organe nachdrücklich auffordern, Politiken, Aktivitäten und Kampagnen zugunsten der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder auszuarbeiten und durchzuführen;
- die Anwendung gezielter und abgestufter Maßnahmen gegen die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien erwägen, die schwere Rechtsverletzungen an Kindern in Situationen bewaffneter Konflikte begehen.

### **III. Spezifische Schutzanliegen, die sich aus Beratungen des Sicherheitsrats über von einem bewaffneten Konflikt betroffene Frauen ergeben**

**Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien und anderen maßgeblichen Akteure sollen sexuelle Gewalt unterlassen und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sexuelle Gewalt zu verhindern und dagegen vorzugehen**

Zu erwägende Fragen:

- sexuelle Gewalthandlungen, die im Rahmen eines bewaffneten Konflikts begangen werden und damit in Verbindung stehen, verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;
- fordern, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die Regeln des humanitären Völkerrechts und die internationalen Menschenrechtsnormen, die Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Nötigung zur Prostitution, erzwungene Schwangerschaft, Zwangssterilisation oder jede andere Form sexueller Gewalt verbieten, strikt einhalten;
- die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auffordern, geeignete Maßnahmen zu treffen, um alle Formen sexueller Gewalt zu unterlassen und zu verhindern und alle Personen davor zu schützen, insbesondere durch
  - den Erlass klarer, über die Befehlskette erfolgender Anordnungen zum Verbot sexueller Gewalt, die Anwendung geeigneter militärischer Disziplinarmaßnahmen zur rechten Zeit und die Achtung des Grundsatzes der Verantwortlichkeit der Befehlshaber;

- die Unterweisung von Soldaten in Bezug auf das kategorische Verbot aller Formen sexueller Gewalt;
  - die Widerlegung von Mythen, die sexuelle Gewalt fördern;
  - die Überprüfung der Angehörigen der Streit- und Sicherheitskräfte, um den verlässlichen Nachweis ihrer Nichtbeteiligung an der Begehung von Vergewaltigungen oder anderen Formen sexueller Gewalt sicherzustellen;
  - die Evakuierung von Zivilpersonen, die unmittelbar von sexueller Gewalt bedroht sind, an einen sicheren Ort;
  - das Eingehen und Umsetzen konkreter und termingebundener Verpflichtungen zur Bekämpfung sexueller Gewalt im Einklang mit Resolution 2106 (2013);
- darum ersuchen, dass in den Berichten des Generalsekretärs über landesspezifische Situationen sexuelle Gewalt als besonderer Aspekt behandelt wird, einschließlich, soweit möglich, der Angabe von nach Geschlecht und Alter der Opfer aufgeschlüsselten Daten, und darum ersuchen, dass als Teil einer umfassenderen Strategie für den Schutz von Zivilpersonen missionsspezifische Strategien und Aktionspläne zur Verhinderung von sexueller Gewalt und für ein Vorgehen gegen solche Gewalt erarbeitet werden;
  - in die Mandate der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer vom Sicherheitsrat genehmigter einschlägiger Missionen spezifische Bestimmungen zum Vorgehen gegen sexuelle Gewalt in Situationen bewaffneter Konflikte aufnehmen, insbesondere
    - die Mission ersuchen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Landesteams der Vereinten Nationen auf Landesebene Regelungen für die Überwachung, Analyse und Berichterstattung betreffend schwere Rechtsverletzungen an Kindern zu schaffen und umzusetzen, gemäß Resolution 1960 (2010);
    - die Mission ersuchen, die Gastregierung dabei zu unterstützen, in Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozessen, Prozessen der Reform des Sicherheitssektors sowie Initiativen zur Reform des Justizsektors die sexuelle Gewalt ausdrücklich anzugehen sowie konkrete und termingebundene Aktionspläne zur Bekämpfung sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten zu erarbeiten und umzusetzen;
  - darum ersuchen, dass innerhalb der Mission Frauenschutzberater ernannt werden;
  - die zuständigen regionalen und/oder subregionalen Organe nachdrücklich auffordern, Politiken, Aktivitäten und Kampagnen zugunsten der von sexueller Gewalt betroffenen Zivilpersonen auszuarbeiten und durchzuführen;
  - die truppen- und polizeistellenden Länder ersuchen, mehr weibliche Friedenssicherungs- oder Polizeikräfte zu entsenden und dafür zu sorgen, dass ihr Personal, das an Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen teilnimmt, eine geeignete Schulung im Hinblick auf den Schutz von Zivilpersonen, namentlich Frauen und Kindern, und auf die Verhütung von sexueller Gewalt in Konflikt- und Postkonfliktsituationen erhält.

**Die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sollen die notwendigen Maßnahmen zur Deckung der spezifischen Schutz-, Gesundheits- und Hilfs-bedürfnisse von Frauen und Mädchen ergreifen**

Zu erwägende Fragen:

- die in Situationen bewaffneter Konflikte begangenen Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Frauen und Mädchen verurteilen und ihre sofortige Einstellung fordern;
- fordern, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen in Bezug auf den Schutz von Frauen und Mädchen, die von einem bewaffneten Konflikt betroffen sind, strikt einhalten;

- alle beteiligten Parteien auffordern, sicherzustellen, dass dem Schutz, den Rechten und dem Wohlergehen der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Frauen und Mädchen in allen Friedensprozessen, Friedensabkommen sowie in den Wiederherstellungs- und Wiederaufbauplänen und -programmen nach dem Konflikt ausdrücklich Rechnung getragen wird;
- die Gastregierung auffordern, sektorübergreifende Strategien zur Verhütung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und zur Reaktion darauf unter nationaler Eigenverantwortung zu entwickeln und umzusetzen;
- in die Mandate der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer vom Sicherheitsrat genehmigter einschlägiger Missionen spezifische Bestimmungen zum Schutz von Frauen und Mädchen aufnehmen, insbesondere die Mission ersuchen, die Anstrengungen der Gastregierung zu unterstützen, sektorübergreifende Strategien zur Verhütung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und zur Reaktion darauf unter nationaler Eigenverantwortung zu entwickeln und umzusetzen;
- darum ersuchen, dass in den Berichten des Generalsekretärs über landesspezifische Situationen der Schutz von Frauen und Mädchen als besonderer Aspekt behandelt wird;
- die zuständigen regionalen und/oder subregionalen Organe nachdrücklich auffordern, Politiken, Aktivitäten und Kampagnen zugunsten der von bewaffneten Konflikten betroffenen Frauen und Mädchen auszuarbeiten und durchzuführen.

**Gleichberechtigte und volle Mitwirkung von Frauen an der Verhütung und Beilegung bewaffneter Konflikte**

Zu erwägende Fragen:

- die Staaten, Institutionen der Vereinten Nationen, regionalen und subregionalen Organisationen sowie die anderen beteiligten Parteien nachdrücklich auffordern, dafür zu sorgen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind;
- alle an der Aushandlung und Umsetzung von Friedensabkommen beteiligten Akteure auffordern, eine Geschlechterperspektive einzunehmen, indem sie unter anderem Folgendes berücksichtigen:
  - die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen während der Repatriierung und Neuansiedlung sowie bei der Rehabilitation, der Wiedereingliederung und dem Wiederaufbau nach Konflikten;
  - Maßnahmen zur Unterstützung lokaler Friedensinitiativen von Frauen und indigener Prozesse der Konfliktbeilegung sowie zur Beteiligung von Frauen an den Mechanismen zur Umsetzung von Friedensabkommen;
  - Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes und der Achtung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen, insbesondere im Zusammenhang mit der Verfassung, dem Wahlsystem, der Polizei und der Rechtssprechung;
- den Generalsekretär und seine Sondergesandten nachdrücklich auffordern, die Mitwirkung von Frauen an Erörterungen über die Verhütung und Beilegung von Konflikten, die Wahrung von Frieden und Sicherheit und die Friedenskonsolidierung nach Konflikten sicherzustellen, und alle an solchen Gesprächen beteiligten Parteien ermutigen, die gleichberechtigte und volle Mitwirkung der Frauen auf allen Entscheidungsebenen zu erleichtern;
- sicherstellen, dass bei Missionen des Sicherheitsrats die Geschlechterperspektive sowie die Rechte von Frauen und Mädchen berücksichtigt werden, namentlich durch Konsultationen mit lokalen wie auch internationalen Frauengruppen;
- die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auffordern, die Rolle, die Zahl und den Beitrag von Frauen bei den Operationen der Vereinten Nationen, insbesondere bei den Militärbeobachtern und der Zivilpolizei, zu stärken.

## Sexuelle Ausbeutung und sexueller Missbrauch

Zu erwägende Fragen:

- die humanitären Organisationen und Entwicklungsorganisationen nachdrücklich auffordern, durch geeignete Maßnahmen, insbesondere einsatzvorbereitendes und im Einsatzgebiet stattfindendes Sensibilisierungstraining, zu verhindern, dass ihr Personal sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch begeht, und im Falle von Akteuren der Vereinten Nationen, einschließlich des Zivilpersonals der Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen, die Befolgung des Bulletins des Generalsekretärs über besondere Maßnahmen für den Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch<sup>232</sup> fördern und sicherstellen;
- die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auffordern, durch geeignete Maßnahmen zu verhindern, dass ihr Personal sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch begeht, insbesondere durch einsatzvorbereitendes und im Einsatzgebiet stattfindendes Sensibilisierungstraining, um die Befolgung des Bulletins des Generalsekretärs über besondere Maßnahmen für den Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch zu fördern und sicherzustellen;
- die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auffordern, sicherzustellen, dass das an sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird, und dem Generalsekretär über die getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten.

## Addendum: Auswahl vereinbarter Formulierungen

<b>I. Allgemeine Schutzanliegen betreffend die von einem Konflikt betroffene Bevölkerung</b>			
<b>A. Schutz und Hilfe für die von einem Konflikt betroffene Bevölkerung</b>			
<b>Besorgnis über Handlungen, Androhungen oder Situationen von Gewalt gegen Zivilpersonen Ausdruck verleihen und Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen verurteilen</b>	unter erneuter nachdrücklicher Verurteilung aller Verstöße gegen das Völkerrecht, die in Situationen bewaffneter Konflikts und in Postkonfliktsituationen an Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Mädchen, begangen werden und/oder von denen sie unmittelbar betroffen sind, einschließlich Vergewaltigungen und anderer Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Tötung und Verstümmelung, Behinderung humanitärer Hilfsmaßnahmen sowie massenhafter Zwangsvertreibungen	S/RES/2122 (2013), PA 9	Siehe z.B. auch S/RES/2113 (2013), PA 14; S/RES/2109 (2013), Ziff. 20; S/RES/2088 (2013), Ziff. 13; S/PRST/2013/2 Abs. 7; S/RES/2046 (2012), PA 6, PA 9 und PA 11; S/RES/2042 (2012), PA 4; S/RES/2040 (2012), Ziff. 4; S/RES/2021 (2011), PA 11; S/RES/2009 (2011), PA 4; S/RES/1990 (2011), PA 9; S/RES/1975 (2011), PA 9; S/RES/1925 (2010), PA 11 und Ziff. 18; S/RES/1923 (2010), PA 4; S/RES/1919 (2010), PA 12 und Ziff. 4; S/RES/1910 (2010), PA 16 und Ziff. 16; S/RES/1906 (2009), PA 6 und Ziff. 10; S/RES/1828 (2008), Ziff. 11; S/RES/1674
	unter Hervorhebung seiner besonderen Besorgnis über Meldungen, wonach sich Gewalt gezielt gegen Vertreter ethnischer und religiöser Gruppen richtet und die Spannungen zwischen Gemeinschaften zunehmen	S/RES/2121 (2013), PA 8	
	bekundet seine tiefe Besorgnis über die Zunahme örtlich begrenzter Konflikte, erhöhte Kriminalität und Gewalttätigkeit und ihre Auswirkungen auf Zivilpersonen und besonders über die starke Zunahme von Stammesauseinandersetzungen, und fordert alle Parteien auf, diese Auseinandersetzungen umgehend zu beenden und Aussöhnung und Dialog anzustreben, ...	S/RES/2113 (2013), Ziff. 23	

<sup>232</sup> ST/SGB/2003/13.



mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis über die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen, darunter willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, Folter und Fälle von außergerichtlichen Tötungen sowie die Plünderung von Eigentum, durch bewaffnete Gruppen und nationale Sicherheitsinstitutionen ... sowie über die Unfähigkeit der Behörden, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen	S/RES/2109 (2013), PA 9	(2006), Ziff. 3, 5, 11 und 26; S/RES/1574 (2004), Ziff. 11; S/RES/1556 (2004), PA 8; S/RES/1493 (2003), Ziff. 8; S/RES/1468 (2003), Ziff. 2; und S/RES/1296 (2000), Ziff. 2 und 5.
unter nachdrücklicher Verurteilung aller in [dem betroffenen Land] von Gruppen oder Personen begangenen Menschenrechtsmissbräuche und -verletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, namentlich der außergerichtlichen Hinrichtungen, der willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen, der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt, der Zwangsamputationen sowie der Tötungen und Verstümmelungen, der Einziehung und des Einsatzes von Kindern, der Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser, der Vertreibungen und der Zerstörung kulturellen und historischen Erbes, ... unter nachdrücklicher Verurteilung der gemeldeten Vergeltungsangriffe, einschließlich derjenigen, die aufgrund der Volksgruppenzugehörigkeit verübt wurden, und derjenigen, die von Angehörigen der ... Verteidigungs- und Sicherheitskräfte [des betroffenen Landes] gegen Zivilpersonen begangen worden sein sollen, und mit der Aufforderung an alle Parteien, diesen Verletzungen und Missbräuchen ein Ende zu setzen und ihren Verpflichtungen nach dem anwendbaren Völkerrecht nachzukommen	S/RES/2100 (2013), PA 9	
verurteilt alle Angriffe auf die Zivilbevölkerung in [dem betroffenen Land], fordert die sofortige Einstellung aller Gewalthandlungen, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, oder Missbrauchshandlungen gegen Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, und gegen humanitäres Personal unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, ...	S/RES/2093 (2013), Ziff. 26	
verlangt, dass alle Gruppen [in den betroffenen Gebieten des betroffenen Landes] alle Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich der gezielten Angriffe auf die Zivilbevölkerung, der sexuellen Gewalt, der Einziehung von Kindersoldaten und der Vertreibungen, einstellen, und erinnert in dieser Hinsicht an alle seine einschlägigen Resolutionen ... über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten	S/RES/2071 (2012), Ziff. 5	
mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die anhaltend prekäre und instabile Sicherheitslage ...	S/RES/2000 (2011), PA 8	

---

**Zur Einhaltung des  
anwendbaren humanitären  
Völkerrechts und der  
geltenden internationalen  
Menschenrechtsnormen  
auffordern**

verlangt ... erneut, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen strikt befolgen, und betont, dass die Parteien alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen müssen, um zivile Opfer zu vermeiden und die Zivilbevölkerung zu achten und zu schützen

S/RES/2117 (2013), Ziff. 13 Siehe z.B. auch S/RES/2122 (2013), PA 10; S/RES/2121 (2013), Ziff. 6; S/RES/2100 (2013), Ziff. 24; S/PRST/2013/2, Abs. 4, 5, 6, und 18; S/RES/2067 (2012), PA 16; S/RES/2051 (2012), Ziff. 11; S/RES/1979 (2011), PA 11; S/RES/1975 (2011), PA 9; S/RES/1964 (2010), PA 17; S/RES/1935 (2010), PA 12 und Ziff. 9; S/RES/1906 (2009), PA 3 und Ziff. 11; S/RES/1892 (2009), Ziff. 15; S/RES/1890 (2009), PA 15; S/RES/1883 (2009), PA 11; S/RES/1972 (2009), PA 13; S/RES/1861 (2009), PA 4; S/RES/1860 (2009), PA 3 und 4; S/RES/1801 (2008), Ziff. 13; S/RES/1794 (2007), PA 5 und Ziff. 7; S/RES/1790 (2007), PA 18; S/RES/1776 (2007), PA 12; S/RES/1674 (2006), Ziff. 6; S/PRST/2004/46; S/RES/1574 (2004), Ziff. 11; S/RES/1564 (2004), PA 10; S/RES/1493 (2003), Ziff. 8; und S/RES/307 (1971), Ziff. 3.

... fordert die [Streitkräfte] auf, das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht strikt einzuhalten, und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, wie wichtig es ist, die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden auf dem Gebiet der Menschenrechte, des Kinderschutzes und der Bekämpfung der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt auszubilden

S/RES/2112 (2013), Ziff. 24

unter Hinweis auf die Erklärung seines Präsidenten vom 12. Februar 2013, in der der Rat anerkannte, dass die Staaten die Hauptverantwortung dafür tragen, Zivilpersonen zu schützen und die Menschenrechte aller in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen und ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Personen zu achten und zu gewährleisten, wie vom einschlägigen Völkerrecht vorgeschrieben, erneut erklärte, dass die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die Hauptverantwortung dafür tragen, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um den Schutz von Zivilpersonen zu gewährleisten, die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien nachdrücklich aufforderte, die Grundbedürfnisse von Zivilpersonen zu decken, ...

S/RES/2109 (2013), PA 11

nachdrücklich darauf hinweisend, wie wichtig es ist, dass die ... Regierung in der Lage ist, auf Bedrohungen der Sicherheit aller Bürger in [dem betroffenen Land] angemessen zu reagieren, und die Regierung ... auffordernd, sicherzustellen, dass ihre Sicherheitskräfte der Achtung der Menschenrechte und des anwendbaren Völkerrechts verpflichtet bleiben

S/RES/2101 (2013), PA 10

betont, wie wichtig es ist, den Zugang der jeweils zuständigen Organisationen zu allen Gefängnissen und Hafteinrichtungen in [dem betroffenen Land] sicherzustellen, und fordert die volle Achtung des einschlägigen Völkerrechts, namentlich des humanitären Rechts und der Menschenrechtsnormen, ...

S/RES/2096 (2013), Ziff. 39

unterstreicht, dass die Regierung [des betroffenen Landes] die Hauptverantwortung dafür trägt, unter voller Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des anwendbaren humanitären Völkerrechts die öffentliche Ordnung zu wahren,

S/RES/2088 (2013), Ziff. 10

die Sicherheit zu fördern und die Zivilbevölkerung, einschließlich ausländischer Staatsangehöriger, zu schützen, ...

... bekräftigend, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien im Rahmen des Möglichen alles tun müssen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen, insbesondere der Frauen, Kinder und Vertriebenen, zu gewährleisten, mit der Forderung, dass alle Parteien ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen einhalten und dass alle geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, um den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, ...

S/RES/2069 (2012),  
PA 24

... bekräftigend, dass alle Parteien auch weiterhin alle durchführbaren Schritte unternehmen und Modalitäten erarbeiten sollen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen, einschließlich Kindern, Frauen und Angehöriger religiöser und ethnischer Minderheitengruppen, zu gewährleisten, sowie Bedingungen schaffen sollen, die der freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde oder der Integration der Binnenvertriebenen vor Ort förderlich sind, ...

S/RES/2061 (2012),  
PA 11

fordert die Regierung [des betroffenen Landes] auf, anhaltende, willkürliche Inhaftierungen zu beenden und mittels Rat und technischer Hilfe von internationalen Partnern und in Zusammenarbeit mit ihnen ein sicheres und humanes Strafvollzugssystem zu errichten, ...

S/RES/2057 (2012),  
Ziff. 17

... beschließt ferner, dass die [von den Vereinten Nationen genehmigte internationale Mission] ... im Einklang mit dem geltenden humanitären Völkerrecht und den anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen ... handeln wird

S/RES/2036 (2012),  
Ziff. 1

fordert die Regierung [des betroffenen Landes] ... auf, sicherzustellen, dass die Schutz- und Haftbedingungen ... [der] Inhaftierten den internationalen Verpflichtungen entsprechen, namentlich im Hinblick auf den Zugang für die zuständigen Organisationen mit einem Mandat zur Überwachung von Haftanstalten, und bei der Durchführung ihrer Strafverfolgungsmaßnahmen und Strafverfahren ihre internationalen Verpflichtungen in Bezug auf die Erfordernisse eines ordnungsgemäßen und fairen Verfahrens zu erfüllen

S/RES/2000 (2011),  
Ziff. 11

verlangt, dass die Behörden [des betroffenen Landes] ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, namentlich dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht, nachkommen und alle

S/RES/1973 (2011),  
Ziff. 3

	Maßnahmen ergreifen, um Zivilpersonen zu schützen und ihre Grundbedürfnisse zu decken sowie den raschen und ungehinderten Durchlass humanitärer Hilfe zu gewährleisten		
	fordert die Staaten in der Region auf, sicherzustellen, dass Militäraktionen gegen bewaffnete Gruppen im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht durchgeführt werden, und angemessene Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen und zur Minderung der Auswirkungen der Militäraktionen auf die Zivilbevölkerung zu ergreifen, namentlich durch regelmäßige Kontakte mit der Zivilbevölkerung und ihre frühzeitige Warnung vor potenziellen Angriffen	S/RES/1906 (2009), Ziff. 17	
	betont, dass alle Parteien und bewaffneten Gruppen in [dem betroffenen Land] gehalten sind, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung des Landes zu ergreifen, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht, insbesondere durch Vermeidung wahlloser oder übermäßiger Gewaltanwendung in bevölkerten Gebieten	S/RES/1863 (2009), Ziff. 19	
	Der Rat anerkennt die Bedürfnisse von Zivilpersonen, die unter ausländischer Besetzung stehen, und betont in dieser Hinsicht ... die Verantwortlichkeiten der Besatzungsmacht	S/PRST/2009/1, Abs. 4	
<b>Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer einschlägiger Missionen und Akteure</b>	... die Anstrengungen befürwortend, die dafür sorgen sollen, dass innerhalb der [Mission] ausreichende Kapazitäten und Fachkenntnisse im Bereich Menschenrechte vorhanden sind, damit sie ihre Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte und zur Überwachung ihrer Einhaltung durchführen kann	S/RES/2116 (2013), PA 11	Siehe z.B. auch S/RES/2121 (2013), Ziff. 10; S/RES/2119 (2013), Ziff. 19; S/RES/2075 (2012), Ziff. 14; S/RES/2063 (2012), Ziff. 3; S/RES/2053 (2012), Ziff. 24; S/RES/2003 (2011), Ziff. 3 und 21; S/RES/1935 (2010), Ziff. 2; S/RES/1925 (2010), Ziff. 12 a), b) und c) und 17; S/RES/1919 (2010), Ziff. 4; S/RES/1906 (2009), Ziff. 5; S/RES/1828 (2008), Ziff. 7;
	... ersucht [die Mission], auch weiterhin lokale Mechanismen zur Konfliktbeilegung zu unterstützen, auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, ermächtigt den [Leiter der jeweiligen Mission], sich um Vermittlung und Aussöhnung unter Beteiligung [nationaler] bewaffneter ... Gruppen zu bemühen, ...	S/RES/2113 (2013), Ziff. 23	S/RES/1794 (2007), Ziff. 2; S/RES/1778 (2007), Ziff. 1, 2 und 6; S/RES/1769 (2007), Ziff. 15; S/RES/1701 (2006), Ziff. 12; S/RES/1674 (2006), Ziff. 16; S/RES/1590 (2005), Ziff. 4; und S/RES/1565 (2004), Ziff. 4.
	fordert die Regierung nachdrücklich auf, konkrete und erkennbare Schritte zur Verhütung und Verminderung der Gewalt zwischen Bevölkerungsgruppen zu unternehmen und zu diesem Zweck einen breiten nationalen Konsens über den wirksamen Umgang mit Fragen der Identität und der Grundbesitzrechte anzustreben	S/RES/2112 (2013), Ziff. 18	
	stellt fest, dass in den Aufgaben der [Mission] nach dem Mandat ... der Schutz von Zivilpersonen und die Schaffung eines	S/RES/2109 (2013), Ziff. 3	

verbesserten Sicherheitsumfelds Vorrang haben, fordert die [Mission] nachdrücklich auf, ihre Kräfte und Mittel entsprechend einzusetzen, ...

unterstreicht, dass das in [der maßgeblichen Resolution] festgelegte Mandat der [Mission] zum Schutz von Zivilpersonen auch die Ergreifung der notwendigen Maßnahmen umfasst, um Zivilpersonen zu schützen, die unmittelbar von körperlicher Gewalt bedroht sind, gleichviel von wem diese Gewalt ausgeht

S/RES/2104 (2013),  
Ziff. 4

ersucht die [Mission], bei der Wahrnehmung ihres in [den Bestimmungen, mit denen die Mission beauftragt wird, die nationalen Behörden aktiv bei ihrem Vorgehen gegen bewaffnete Gruppen zu unterstützen,] festgelegten Mandats voll der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, Zivilpersonen zu schützen und Gefahren für Zivilpersonen, darunter insbesondere Frauen, Kinder und Vertriebene, und zivile Objekte zu mindern, und dort, wo sie dieses Mandat gemeinsam mit den [nationalen] Verteidigungs- und Sicherheitskräften wahrnimmt, die Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte streng einzuhalten

S/RES/2100 (2013),  
Ziff. 26

ermächtigt die [Mission], über ihre zivile Komponente, in Abstimmung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen ... zu den folgenden Aufgaben beizutragen:

S/RES/2098 (2013),  
Ziff. 15 a)

a) Verletzungen und Missbräuche der Menschenrechte zu beobachten, zu melden und weiter zu verfolgen und das System der Vereinten Nationen in dem Land zu unterstützen, um zu gewährleisten, dass die von den Vereinten Nationen [in den betroffenen Gebieten] bereitgestellte Unterstützung mit dem humanitären Völkerrecht, den Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsrecht, soweit anwendbar, vereinbar ist; ...

... fordert die [Mission] nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen zur Vermeidung ziviler Opfer zu verstärken

S/RES/2093 (2013),  
Ziff. 9

... bekräftigt, dass bei Beschlüssen über den Einsatz der verfügbaren Fähigkeiten und Mittel dem Schutz der Zivilbevölkerung Vorrang eingeräumt werden muss, und ermutigt zum weiteren Einsatz der von [der Mission] durchgeführten innovativen Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen

S/RES/2053 (2012),  
Ziff. 1

beschließt, dass [die Mission] das folgende Mandat haben wird:

S/RES/2000 (2011),  
Ziff. 7 g)

#### **Schutz und Sicherheit**

...

*Unterstützung der Anstrengungen zur  
Förderung und zum Schutz der Menschen-  
rechte*

zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in [dem betroffenen Land] beizutragen, mit besonderem Augenmerk auf an Kindern und Frauen begangenen schweren Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen, namentlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, in enger Abstimmung mit dem ... unabhängigen Experten [für die Situation der Menschenrechte in dem betroffenen Land],

den Sicherheitsrat über alle Personen in Kenntnis zu setzen, die als Urheber schwerer Menschenrechtsverletzungen identifiziert wurden, und den Ausschuss des Sicherheitsrats nach [der maßgeblichen Resolution] regelmäßig über die diesbezüglichen Entwicklungen unterrichtet zu halten

erinnert an die von ihm erteilte Ermächtigung und betont seine volle Unterstützung [der Mission], bei der unparteiischen Durchführung ihres Mandats alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihrer Einsatzgebiete ihren Auftrag zum Schutz von Zivilpersonen, die von unmittelbarer physischer Gewalt bedroht sind, auszuführen und insbesondere den Einsatz schwerer Waffen gegen die Zivilbevölkerung zu verhindern, und ersucht den Generalsekretär, ihn dringend über die in dieser Hinsicht ergriffenen Maßnahmen und die unternommenen Anstrengungen unterrichtet zu halten

S/RES/1975 (2011),  
Ziff. 6

betont, dass bei Beschlüssen über den Einsatz der verfügbaren Fähigkeiten und Mittel dem Schutz der Zivilbevölkerung Vorrang eingeräumt werden muss, und ermächtigt [die Mission], im Rahmen ihrer Kapazitäten und in den Gebieten, in denen ihre Einheiten im Einsatz sind, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um ihr ... Schutzmandat wahrzunehmen

S/RES/1925 (2010),  
Ziff. 11

bekräftigt seine Praxis, sicherzustellen, dass die Mandate der Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen, soweit angezeigt und je nach Fall, Bestimmungen über den Schutz von Zivilpersonen enthalten, betont, dass den mandatsmäßigen Schutztätigkeiten bei Beschlüssen über den Einsatz der vorhandenen Kapazitäten und Ressourcen, namentlich Informations- und nachrichtendienstlichen Ressourcen, bei der Erfüllung der Mandate Vorrang zukommen muss, und erkennt an, dass der mandatsmäßige Schutz von Zivilpersonen ein koordiniertes Vorgehen aller zuständigen Anteile der Mission erfordert

S/RES/1894 (2009),  
Ziff. 19

	beschließt ..., dass [die Friedenssicherungsmission] das Mandat haben wird, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihres Einsatzgebiets [dem betroffenen Staat] dabei behilflich zu sein, ein stabiles Sicherheitsumfeld ... zu schaffen, und zu diesem Zweck:	S/RES/1756 (2007), Ziff. 2
	<i>Schutz der Zivilpersonen, des humanitären Personals sowie des Personals und der Einrichtungen der Vereinten Nationen</i>	
	a) den Schutz der Zivilpersonen, einschließlich der humanitären Helfer, die unmittelbar von physischer Gewalt bedroht sind, zu gewährleisten;	
	b) zur Verbesserung der Sicherheitsbedingungen für die Gewährung humanitärer Hilfe beizutragen und bei der freiwilligen Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen behilflich zu sein;	
	c) den Schutz des Personals, der Einrichtungen, der Anlagen und der Ausrüstung der Vereinten Nationen zu gewährleisten;	
	d) die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten;	
	e) gemeinsame Patrouillen mit den Aufruhrbekämpfungseinheiten der Nationalpolizei durchzuführen, um im Falle innerer Unruhen die Sicherheit zu verbessern	
	erkennt die immer wertvollere Rolle an, die den Regionalorganisationen und anderen zwischenstaatlichen Einrichtungen beim Schutz von Zivilpersonen zukommt, und ermutigt den Generalsekretär und die Leiter der regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen, ihre Anstrengungen zur Stärkung ihrer Partnerschaft in dieser Hinsicht fortzusetzen	S/RES/1674 (2006), Ziff. 24
<b>Behinderungen bei der Durchführung der Mandate der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen verurteilen und zur Erleichterung ihrer Durchführung auffordern</b>	mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die anhaltenden Bedrohungen, die von dem unerlaubten Transfer, der destabilisierenden Anhäufung und dem Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen für die Sicherheit der Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen und ihre Wirksamkeit bei der Durchführung von Friedenssicherungsmandaten ... ausgehen	S/RES/2117 (2013), PA 9
	mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Hindernisse, denen sich [die Mission] bei der Durchführung [ihres] Mandats gegenüber sieht, namentlich Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs	S/RES/2113 (2013), PA 16
	... bekundet ... seine tiefe Besorgnis über die zunehmenden Einschränkungen und bürokratischen Hindernisse, die die Regie-	S/RES/2113 (2013), Ziff. 12
		Siehe z.B. auch S/RES/2113 (2013), PA 12 und Ziff. 11; S/RES/2109 (2013), PA 14, Ziff. 19 und 35; S/RES/2104 (2013), Ziff. 14; S/RES/2076 (2012), Ziff. 14; S/RES/2035 (2012), Ziff. 10.

rung ... den Bewegungen und der Tätigkeit [der Mission] insbesondere in den in letzter Zeit von Konflikten betroffenen Gebieten auferlegt, fordert alle Parteien in [dem betroffenen Gebiet] auf, alle Hindernisse für die vollständige und ordnungsgemäße Wahrnehmung des Mandats [der Mission] zu beseitigen, namentlich indem sie [ihre] Sicherheit und Bewegungsfreiheit gewährleisten, verlangt in dieser Hinsicht, dass die Regierung ... das Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen vollständig und unverzüglich einhält, insbesondere in Bezug auf die Bewegung von Patrouillen, die Erteilung von Fluggenehmigungen und die Abfertigung von Ausrüstungsgütern, die Beseitigung aller Hindernisse für die Verwendung von Lufteinsatzmitteln [der Mission] und die rasche Ausstellung von Visa für das Personal [der Mission] und die rasche Abfertigung seiner Ausrüstungsgüter am Ort der Einreise [in das betroffene Land], ... begrüßt gewisse Fortschritte bei der Ausstellung dieser Visa, missbilligt jedoch die anhaltenden Verzögerungen, die die Fähigkeit [der Mission] zur Durchführung [ihres] Mandats ernsthaft zu untergraben drohen, und verlangt, dass die Regierung ... die Rechte des Personals [der Mission] gemäß dem Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen achtet

verlangt, dass die Regierung ... und alle maßgeblichen Parteien bei der Entsendung, den Einsätzen sowie den Überwachungs-, Verifikations- und Berichtsfunktionen [der Mission] voll kooperieren, indem sie insbesondere die Sicherheit und die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals im gesamten Hoheitsgebiet [des betroffenen Landes] garantieren, verlangt ferner, dass die Regierung die Bewegungsfreiheit [der Mission] nicht einschränkt, verurteilt in dieser Hinsicht mit Nachdruck alle Angriffe auf militärisches und ziviles Personal [der Mission], namentlich [den konkreten Angriff], ... und verlangt, dass sich solche Angriffe nicht wiederholen und dass die Täter nicht strafflos bleiben

S/RES/2109 (2013),  
Ziff. 10

mit der erneuten Aufforderung an alle Parteien, mit [der Mission] uneingeschränkt zu kooperieren, unter erneuter Verurteilung aller Angriffe auf Friedenssicherungskräfte, ..., und unter Hinweis auf seinen Beschluss, die in [den einschlägigen Bestimmungen der Resolution, mit der Sanktionen verhängt wurden,] dargelegten Sanktionsmaßnahmen auf Personen und Einrichtungen auszudehnen, die Angriffe auf Friedenssicherungskräfte [der Mission] planen, fördern oder sich daran beteiligen

S/RES/2098 (2013),  
PA 26



	... verurteilt die von den [Streitkräften], von Milizen und Söldnern begangenen Angriffe, Drohungen, Obstruktionen und Gewalthandlungen gegen das Personal der Vereinten Nationen, die dieses daran hindern, Zivilpersonen zu schützen sowie Menschenrechtsverletzungen und -verstöße zu überwachen und ihre Untersuchung zu unterstützen, betont, dass die für derartige völkerrechtliche Verbrechen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen, und fordert alle Parteien ... auf, mit [der zuständigen Mission der Vereinten Nationen] uneingeschränkt zusammenzuarbeiten und die Behinderung [ihrer] Tätigkeit bei der Wahrnehmung ihres Mandats zu beenden	S/RES/1975 (2011), Ziff. 4
<b>Schutzstrategien und praktische Schutzmaßnahmen</b>	unterstreicht die Notwendigkeit, dass [die Mission] von [ihrem] Mandat und [ihren] Fähigkeiten weiterhin vollen Gebrauch macht und bei [ihren] Entscheidungen über den Einsatz der vorhandenen Kapazitäten und Ressourcen Folgendes mit Vorrang behandelt: a) den Schutz von Zivilpersonen in ganz [Name des betroffenen Gebiets], namentlich durch die vollständige Umsetzung [ihrer] missionsweiten Frühwarnstrategie mit den dazugehörigen Frühwarnindikatoren, proaktive militärische Einsätze und verstärkte Patrouillen in Gebieten mit hohem Konfliktrisiko, stärkere Anstrengungen für die umgehende und wirksame Reaktion auf Gewaltandrohungen gegen Zivilpersonen, die Sicherung der Lager für Binnenvertriebene, der angrenzenden Gebiete und der Rückkehrgebiete durch verstärkte Polizeipatrouillen und Unterstützung für den Aufbau einer gemeinwesenorientierten Polizeiarbeit für Binnenvertriebenenlager und Rückkehrgebiete und die entsprechende Ausbildung, ... und ersucht [die Mission], bei der Umsetzung [ihrer] missionsweiten umfassenden Strategie zur Erreichung dieser Ziele in Zusammenarbeit mit dem Landesteam der Vereinten Nationen und anderen internationalen und nichtstaatlichen Akteuren [ihre] Fähigkeiten so weit wie möglich auszuschöpfen	S/RES/2113 (2013), Ziff. 4
	legt [der Mission] nahe, durch ein umfassendes Programm für Öffentlichkeitsarbeit ihre Kontakte zur Zivilbevölkerung zu verstärken, um ihr Mandat und ihre Tätigkeiten besser bekannt zu machen und das Verständnis dafür zu erhöhen, und zuverlässige Informationen über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen, die an Zivilpersonen begangen wurden, zu sammeln, im Einklang mit [den maßgeblichen Bestimmungen]	S/RES/2098 (2013), Ziff. 25
	Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass die Friedenssicherungsmissionen mit einem Mandat zum	S/PRST/2013/2, Abs. 22

Siehe z.B. auch S/RES/2112 (2013), Ziff. 6; S/RES/2109 (2013), Ziff. 3 und 5; S/RES/2003 (2011), Ziff. 3; S/RES/1996 (2011), Ziff. 3; S/RES/1935 (2010), Ziff. 4; S/RES/1933 (2010), Ziff. 16; S/RES/1919 (2010), Ziff. 6 und 10; S/RES/1906 (2009), Ziff. 9; und S/RES/1794 (2007), Ziff. 18.

Schutz von Zivilpersonen in Konsultation mit der Gastregierung, den lokalen Behörden, den truppen- und polizeistellenden Ländern und anderen maßgeblichen Akteuren missionsweite Schutzstrategien erarbeiten und diese in die allgemeinen Durchführungspläne der Mission und in ihre Eventualpläne eingliedern. Der Rat betont, wie wichtig es ist, für eine möglichst weite Verbreitung der zur Erarbeitung missionsweiter Strategien geschaffenen Instrumente zu sorgen, ... Der Rat begrüßt die vom Generalsekretär erzielten Fortschritte bei der Ausarbeitung eines konzeptionellen Rahmens, der Darlegung des Mittel- und Kapazitätsbedarfs und der Erarbeitung eines operativen Instrumentariums für die Durchführung von Mandaten zum Schutz von Zivilpersonen ...

legt [der Mission] und dem Landesteam der Vereinten Nationen nahe, sich im Rahmen ihrer vorhandenen Kapazitäten umzugliedern und ihre Feldpräsenz zu verstärken, um ihre koordinierte Unterstützung für die lokalen Behörden in ganz [Name des betroffenen Landes] in den Gebieten, in denen Zivilpersonen stärker gefährdet sind, insbesondere, aber nicht nur [in den jeweiligen Gebieten des betroffenen Landes], auszuweiten

S/RES/2062 (2012),  
Ziff. 6

beschließt, dass [die Mission] das folgende Mandat haben wird:

S/RES/2000 (2011),  
Ziff. 7 a)

#### **Schutz und Sicherheit**

##### *a) Schutz von Zivilpersonen*

...

die umfassende Strategie zum Schutz von Zivilpersonen zu überarbeiten und in Verbindung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen mit der Strategie der Vereinten Nationen zum Schutz von Zivilpersonen abzustimmen, den neuen Realitäten vor Ort und den besonderen Bedürfnissen der schwächeren Bevölkerungsgruppen Rechnung zu tragen und gemäß den Resolutionen 1960 (2010) und 1882 (2009)

Maßnahmen zur Verhütung geschlechtsspezifischer Gewalt aufzunehmen, eng mit den humanitären Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten, insbesondere in Bezug auf Spannungsgebiete und Gebiete, in die Vertriebene zurückkehren, Informationen über mögliche Bedrohungen der Zivilbevölkerung zu sammeln und derartige Bedrohungen zu erkennen sowie verlässliche Informationen über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen zu sammeln und sie gegebenenfalls den ... Behörden zur Kenntnis zu bringen und geeignete Maßnahmen im Einklang mit der systemweiten Schutzstrategie der Vereinten Nationen und in Harmonie mit der

	Schutzstrategie [der Mission] zu ergreifen	
	beschließt, dass [die Mission] den folgenden, hier nach Prioritäten geordneten Auftrag haben wird:	S/RES/1925 (2010), Ziff. 12 f)
	<i>Schutz von Zivilpersonen</i>	
	...	
	f) die systemweite Schutzstrategie der Vereinten Nationen in [dem betroffenen Land] anzuwenden, sie mit der Schutzstrategie [der Mission] auf der Grundlage bewährter Verfahren umzusetzen und wirksame Schutzmaßnahmen auszuweiten, wie die gemeinsamen Schutzteams, die sprachkundigen Verbindungsorgane zur lokalen Bevölkerung, die gemeinsamen Ermittlungsgruppen, die Überwachungszentren und die Frauenschutzberater	
	ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass alle einschlägigen Friedenssicherungsmissionen, die über ein Schutzmandat verfügen, in die Gesamtpläne zur Durchführung der Mission und in die Eventualpläne umfassende Schutzstrategien aufnehmen, die Bewertungen der möglichen Bedrohungen sowie Optionen für die Reaktion auf Krisen und die Risikominderung enthalten und Prioritäten, Maßnahmen und klare Rollen und Verantwortlichkeiten festlegen, unter der Leitung und Koordinierung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, unter voller Einbeziehung aller maßgeblichen Beteiligten und in Abstimmung mit den Landesteams der Vereinten Nationen	S/RES/1894 (2009), Ziff. 24
	fordert [die Mission] auf, ihre Kapazitäten zur Konfliktbewältigung zu verstärken, indem sie so bald wie möglich ihre integrierte Strategie zur Unterstützung lokaler Stammesmechanismen zur Konfliktbeilegung fertigstellt, um Zivilpersonen den größtmöglichen Schutz zu bieten, begrüßt die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie zum Schutz von Zivilpersonen und legt [der Mission] nahe, ihre Arbeit an der Strategie rasch fortzusetzen und abzuschließen, und fordert [die Mission] erneut auf, in Übereinstimmung mit ihrem derzeitigen Mandat und ihren Fähigkeiten in Gebieten mit einem hohen Risiko örtlich begrenzter Konflikte proaktiv Patrouillen durchzuführen	S/RES/1870 (2009), Ziff. 15
<b>Umsetzung der Richtlinien der Vereinten Nationen für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht</b>	unterstreicht, dass die in [der maßgeblichen Ziffer] beschriebene Unterstützung [der Vereinten Nationen für die Streitkräfte der Gastregierung] in vollem Einklang mit den Richtlinien der Vereinten Nationen für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht stehen muss, unterstreicht ferner seine Erwartung, dass der Generalsekretär über jede Unterstützung [der Mission der Vereinten Nationen] für die [nationalen Streitkräfte], ein-	S/RES/2124 (2013), Ziff. 15  Siehe z.B. auch S/RES/2112 (2013), Ziff. 23; S/RES/2109 (2013), Ziff. 16; S/RES/2098 (2013), Ziff. 15.

schließlich der Umsetzung der Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht, Bericht erstatten wird ...

nimmt Kenntnis von der Erarbeitung der Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht, legt [der Mission] nahe, diese Richtlinien voll anzuwenden, und ersucht den Generalsekretär, die dabei erzielten Fortschritte in seine Berichte an den Rat aufzunehmen

S/RES/2113 (2013),  
Ziff. 18

unter Hinweis auf die Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte als Instrument zur Förderung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts, einschließlich für die Bekämpfung sexueller Gewalt in Situationen bewaffneter Konflikte und in Postkonfliktsituationen

S/RES/2106 (2013),  
PA 12

ersucht [die Mission], bei der Wahrnehmung ihres in [den Bestimmungen, mit denen die Mission beauftragt wird, die nationalen Behörden aktiv bei ihrem Vorgehen gegen bewaffnete Gruppen zu unterstützen,] festgelegten Mandats voll der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, Zivilpersonen zu schützen und Gefahren für Zivilpersonen, darunter insbesondere Frauen, Kinder und Vertriebene, und zivile Objekte zu mindern, und dort, wo sie dieses Mandat gemeinsam mit den [nationalen] Verteidigungs- und Sicherheitskräften wahrnimmt, die Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte (S/2013/110) streng einzuhalten

S/RES/2100 (2013),  
Ziff. 26

ermächtigt [die Mission], über ihre Militärkomponente, in Verfolgung der in [der einschlägigen Bestimmung] beschriebenen Ziele alle erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der folgenden Aufgaben durch ihre regulären Kräfte und gegebenenfalls ihre Interventionsbrigade zu ergreifen:

S/RES/2098 (2013),  
Ziff. 12 b)

...

*Neutralisierung bewaffneter Gruppen durch die Interventionsbrigade*

zur Unterstützung der Behörden [des betroffenen Landes] ... gezielte Offensivinsätze auszuführen, entweder einseitig oder gemeinsam mit [den nationalen Streitkräften] ... unter strenger Einhaltung des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts, und der Richtlinien ... für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen

	gehörende Sicherheitskräfte, ...	
	erklärt erneut, ... dass die Unterstützung der ... Militäroperationen gegen ... bewaffnete Gruppen durch [die Mission] unter der strikten Voraussetzung erfolgt, dass die [Streitkräfte] das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht einhalten und dass diese Operationen effektiv gemeinsam geplant werden, beschließt, dass die militärische Führung [der Mission], bevor sie solchen Operationen Unterstützung gewährt, bestätigen muss, dass eine ausreichende gemeinsame Planung vorgenommen wurde, insbesondere in Bezug auf den Schutz der Zivilbevölkerung, fordert [die Mission] auf, beim Führungsstab der [Streitkräfte] zu intervenieren, wenn Elemente einer Einheit ..., die von [der Mission] Unterstützung erhält, schwerer Verstöße gegen diese Rechtsvorschriften verdächtigt werden, und fordert [die Mission] auf, im Falle des Fortbestehens dieser Situation den betreffenden Einheiten ... ihre Unterstützung zu entziehen	S/RES/1906 (2009), Ziff. 22
<b>Berichterstattung</b>	<p>... in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, dass die Lage der Zivilbevölkerung und insbesondere die Situation im Hinblick auf die Opfer unter der Zivilbevölkerung ständig überwacht werden und dass dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen laufend darüber Bericht erstattet wird, so auch durch die [von den Vereinten Nationen genehmigten internationalen Militärkräfte], und in dieser Hinsicht Kenntnis nehmend von der Arbeit des Teams der [von den Vereinten Nationen genehmigten internationalen Militärkräfte] zur Verhütung und Verringerung von zivilen Opfern</p> <p>ersucht den Generalsekretär, dem Rat auch weiterhin alle 90 Tage über die ... Fortschritte auf politischer Ebene, die Sicherheits- und humanitäre Lage, namentlich an den Sammelplätzen der Binnenvertriebenen und in den Flüchtlingslagern, die Handlungen aller Parteien in Bezug auf die ... Menschenrechtslage, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, frühzeitige Wiederherstellungsmaßnahmen und über alle Einschränkungen und bürokratischen Hürden für die Bewegungsfreiheit [der Mission] Bericht zu erstatten, ...</p> <p>nimmt Kenntnis von der Erarbeitung der Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht, legt [der Mission] nahe, diese Richtlinien vollständig anzuwenden, und ersucht den Generalsekretär, in seinen Berichten an den Rat anzugeben, welche Fortschritte dabei erzielt wurden</p>	<p>S/RES/2120 (2013), PA 24</p> <p>S/RES/2113 (2013), Ziff. 14</p> <p>S/RES/2109 (2013), Ziff. 16</p> <p>Siehe z.B. auch S/RES/2104 (2013), Ziff. 1; S/RES/2098 (2013), Ziff. 15 und 34; S/RES/2091 (2013), Ziff. 6; S/PRST/2013/2 Abs. 22 und 24; S/RES/2085 (2012), Ziff. 18; S/RES/2062 (2012), Ziff. 22; S/RES/2035 (2012), Ziff. 8; S/RES/1933 (2010), Ziff. 22; S/RES/1906 (2009), Ziff. 40; S/RES/1833 (2008), Ziff. 6; S/RES/1794 (2007), Ziff. 7; S/RES/1790 (2007), Ziff. 5; S/RES/1674 (2006), Ziff. 25; und S/RES/1529 (2004), Ziff. 9.</p>

ersucht den Generalsekretär, dem Rat auch weiterhin alle 90 Tage über die bei der Durchführung des Mandats [der Mission] in ganz [Name des betroffenen Gebiets] erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten, namentlich über die Fortschritte und die Hindernisse bei der Umsetzung der ... [Schutzstrategie der Mission], einschließlich einer Bewertung der Fortschritte in Bezug auf die [im entsprechenden Bericht des Generalsekretärs] genannten Kriterien und Indikatoren, sowie über die Fortschritte in Bezug auf die Sicherheits- und humanitäre Lage, namentlich in den Sammelplätzen der Binnenvertriebenen und den Flüchtlingslagern, die Menschenrechtslage, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, frühzeitige Wiederherstellungsmaßnahmen und die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen durch alle Parteien

S/RES/2003 (2011),  
Ziff. 13

beschließt, dass[die Mission] das folgende Mandat haben wird:

S/RES/2000 (2011),  
Ziff. 7 g)

#### **Schutz und Sicherheit**

...

*Unterstützung der Anstrengungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte*

...

Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Recht zu überwachen, bei ihrer Untersuchung zu helfen und der Öffentlichkeit und dem Sicherheitsrat über sie Bericht zu erstatten, mit dem Ziel, Verstöße zu verhüten, ein schützendes Umfeld zu entwickeln und die Straflosigkeit zu beenden, und zu diesem Zweck ihre Kapazitäten zur Überwachung, Untersuchung und Berichterstattung auf dem Gebiet der Menschenrechte zu stärken,

den Sicherheitsrat über alle Personen in Kenntnis zu setzen, die als Urheber schwerer Menschenrechtsverletzungen identifiziert wurden, und den Ausschuss des Sicherheitsrats nach [der maßgeblichen Resolution] regelmäßig über die diesbezüglichen Entwicklungen unterrichtet zu halten,

ermächtigt die Mission ... zur Wahrnehmung der folgenden Aufgaben:

S/RES/1996 (2011),  
Ziff. 3 b)

b) Unterstützung der Regierung [des betroffenen Landes] bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortlichkeiten für die Verhütung, Milderung und Beilegung von Konflikten und den Schutz von Zivilpersonen durch

...

iii) die Überwachung, Untersuchung, Verifikation und regelmäßige Berichterstattung im Hinblick auf die Menschenrechte,

	auf potenzielle Bedrohungen der Zivilbevölkerung und auf tatsächliche und potenzielle Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, sowie nach Bedarf die Inkennnissetzung der zuständigen Behörden und die sofortige Meldung schwerer Menschenrechtsverletzungen an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen	
	ersucht die [den Sanktionsausschuss informierende] Sachverständigengruppe ..., in ihrem Zwischenbericht und ihrem Schlussbericht ... Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht oder die internationalen Menschenrechtsnormen oder andere.. Gräueltaten, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, ... zu bewerten	S/RES/1945 (2010), Ziff. 4
	ersucht den Generalsekretär ferner, zur Vorbereitung der ... strategischen Überprüfung ... einen umfassenden Bericht über die Situation in [dem betroffenen Land] und über die Tätigkeiten [der Mission] vorzulegen, der Folgendes enthält: a) konkrete Informationen über die mit der Rolle [der Mission] zum Schutz von Zivilpersonen verbundenen Herausforderungen, eine Bewertung der bestehenden Schutzmechanismen ... und eine Bewertung der besonderen Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Gewalt	S/RES/1906 (2009), Ziff. 41 a)
	erkennt an, dass dem Generalsekretär eine wichtige Rolle dabei zukommt, den Sicherheitsrat, insbesondere durch thematische und landesspezifische Berichte und durch Unterrichtungen, rechtzeitig über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten zu informieren	S/RES/1894 (2009), Ziff. 31
	ersucht den Generalsekretär, in seine Berichte an den Rat über landesspezifische Situationen umfassendere und detailliertere Informationen über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten aufzunehmen, namentlich über schutzrelevante Vorfälle und über die Maßnahmen, die die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien ergriffen haben, um ihre Verpflichtungen zur Achtung und zum Schutz der Zivilbevölkerung zu erfüllen, einschließlich spezifischer Informationen über die Schutzbedürfnisse von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Frauen, Kindern und anderen gefährdeten Gruppen	S/RES/1894 (2009), Ziff. 32
<b>Schutzkriterien</b>	betont, dass künftige Umgliederungen [der Mission] sich danach bestimmen sollen, wie sich die Lage vor Ort entwickelt und inwieweit die Regierung ... ihre Fähigkeit verbessert, die Bevölkerung durch die	S/RES/2116 (2013), Ziff. 6 Siehe z.B. auch S/RES/2119 (2013), Ziff. 3; S/RES/2098 (2013), Ziff. 11; S/RES/1925 (2010),

Aufstellung tragfähiger und wirksamer Sicherheitskräfte, die schrittweise die Sicherheitsaufgaben [der Mission] übernehmen sollen, sowie durch die Reform des Justizsektors, einschließlich der Gerichte und Haftanstalten, wirksam zu schützen	Ziff. 6.; S/RES/1923 (2010), Ziff. 2
... Der Rat bekräftigt seine Praxis, gegebenenfalls missionsspezifische Kriterien zur Messung und Überprüfung der bei der Durchführung der Friedenssicherungsmandate erzielten Fortschritte zu verlangen, und unterstreicht in dieser Hinsicht, wie wichtig klare missionsspezifische Kriterien im Zusammenhang mit den Übergangsprozessen von Missionen sind	S/PRST/2013/2, Abs. 24
betont, wie wichtig erreichbare und realistische Ziele sind, an denen die Fortschritte der Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen gemessen werden können, ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat auch weiterhin alle 90 Tage über die bei der Durchführung des Mandats [der Mission] in ganz [Name des betroffenen Gebiets] erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten, namentlich über die Fortschritte bei der Umsetzung der ... [Schutzstrategie] und über die dabei angetroffenen Hindernisse, einschließlich einer Bewertung der Fortschritte in Bezug auf die in ... de[m] Bericht des Generalsekretärs ... genannten Kriterien	S/RES/1935 (2010), Ziff. 8
... betont, wie wichtig es ist, in [die] Kriterien für die einschlägigen Missionen Fortschrittsindikatoren über den Schutz von Zivilpersonen aufzunehmen	S/RES/1894 (2009), Ziff. 27
stellt außerdem fest, dass die Regierung [des betroffenen Landes] sich in diesem Zusammenhang verpflichtet, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht auf die Erfüllung der folgenden ... Kriterien betreffend den Schutz der Zivilpersonen und humanitären Helfer hinzuarbeiten:	S/RES/1923 (2010), Ziff. 3
i) die freiwillige Rückkehr und Neuansiedlung von Binnenvertriebenen unter sicheren und tragfähigen Bedingungen;	
ii) die durch einen Rückgang der Zahl der Waffen, der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen belegte Demilitarisierung der Flüchtlings- und Binnenvertriebenenlager;	
iii) die Verbesserung der Fähigkeit der [nationalen] Behörden [in dem gewaltbetroffenen Gebiet], einschließlich der nationalen Strafverfolgungsbehörden, der Justiz und des Strafvollzugssystems, den Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Zivilpersonen und humanitären Helfern unter Achtung der internationalen Menschenrechtsnormen die erforderliche Sicherheit zu bieten	



	ersucht die Regierung [des betroffenen Landes] und den Generalsekretär, eine gemeinsame hochrangige Arbeitsgruppe der Regierung ... und der Vereinten Nationen einzusetzen, die den Auftrag hat, in monatlichen Abständen die Situation vor Ort in Bezug auf den Schutz von Zivilpersonen, die Maßnahmen der Regierung [des betroffenen Landes] ... zur Erzielung von Fortschritten bei der Erfüllung der [Schutz-] Kriterien ... zu bewerten, ...	S/RES/1923 (2010), Ziff. 4	
<b>Beziehungen und Komplementarität zwischen der Mission, dem Landesteam der Vereinten Nationen und anderen Beteiligten</b>	betonend, wie wichtig die fortgesetzten Anstrengungen zum Ausbau der wirksamen Zusammenarbeit zwischen der militärischen, der zivilen und der polizeilichen Komponente [der Mission] und zwischen [der Mission] und den humanitären Organisationen in [der betroffenen Region] für die Durchführung [ihres] Mandats sind	S/RES/2113 (2013), PA 23	Siehe z.B. auch S/RES/2116 (2013), Ziff. 13; S/RES/2109 (2013), Ziff. 30; S/RES/2098 (2013), Ziff. 17 und 18; S/PRST/2013/2, Abs. 22 und 23; S/RES/2063 (2012), Ziff. 16;
	ersucht den Generalsekretär, eine Überprüfung des Mandats [der Mission] durchzuführen, indem er die jeweiligen komparativen Vorteile [der Mission] und des Landesteam der Vereinten Nationen analysiert, und ersucht den Generalsekretär ferner, dem Rat in seinem Halbzeitbericht darüber Bericht zu erstatten, welche Erkenntnisse er aus dieser Überprüfung gewonnen hat, einschließlich eines detaillierten Berichts samt Matrix, woraus die derzeitige Arbeitsteilung zwischen [der Mission] und dem Landesteam der Vereinten Nationen hervorgeht, und welche Empfehlungen ... er daraus im Hinblick auf die Übertragung von Aufgaben an das Landesteam der Vereinten Nationen, wo dieses einen komparativen Vorteil hat, oder gegebenenfalls an die Regierung ableitet, und bekundet seine Absicht, auf der Grundlage dieses Berichts das Mandat [der Mission] weiter zu überprüfen	S/RES/2112 (2013), Ziff. 10	S/RES/2062 (2012), Ziff. 19; S/RES/1925 (2010), Ziff. 16; und S/RES/1880 (2009), Ziff. 28.
	bekräftigt die in seiner [entsprechenden Resolution] vorgesehenen Kooperationsvereinbarungen zwischen den Missionen und fordert die Vereinten Nationen in [den jeweiligen Ländern], einschließlich aller Komponenten [der jeweiligen Missionen], auf, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats, ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihres jeweiligen Einsatzgebiets ihre Zusammenarbeit zwischen den Missionen zur Stabilisierung des Grenzgebiets zu verstärken, namentlich indem sie eine gemeinsame strategische Vision samt einem Plan zur Unterstützung der [jeweiligen nationalen] Behörden erarbeiten	S/RES/2066 (2012), Ziff. 13	
	unter Hervorhebung der Notwendigkeit kohärenter Aktivitäten der Vereinten Nationen in [dem betroffenen Land], was Klarheit über die jeweilige Rolle, die Verantwortlichkeiten und die Zusammenarbeit zwischen [der Mission] und dem	S/RES/2057 (2012), PA 6	

	Landesteam der Vereinten Nationen auf der Grundlage ihrer komparativen Vorteile erfordert, und Kenntnis nehmend von der Notwendigkeit, mit den anderen maßgeblichen Akteuren in der Region zusammenzuarbeiten, namentlich mit [den maßgeblichen Akteuren]		
	erinnert daran, dass der Schutz von Zivilpersonen ein koordiniertes Vorgehen aller zuständigen Anteile der Mission erfordert, und ermutigt [die Mission], unter der Aufsicht des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs das Zusammenwirken zwischen ihren zivilen und militärischen Komponenten auf allen Ebenen und den humanitären Akteuren zu verbessern, um den Sachverstand auf dem Gebiet des Schutzes von Zivilpersonen zu konsolidieren	S/RES/1906 (2009), Ziff. 8	
	legt [der Mission] nahe, ihre Kontakte zur Zivilbevölkerung zu verstärken, um ihr Mandat und ihre Tätigkeiten besser bekannt zu machen und das Verständnis dafür zu erhöhen und zuverlässige Informationen über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen, die an Zivilpersonen begangen wurden, zu sammeln	S/RES/1906 (2009), Ziff. 14	
<b>Ausbildung des Friedenssicherungspersonals</b>	ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass den Ländern, die Truppen und Polizei für [die Mission] stellen, bei der Einsatzvorbereitung und am Einsatzort fachliche Unterstützung gewährt wird, die auch Anleitung und Ausbildung für das Militär- und Polizeipersonal zum Schutz von Zivilpersonen vor drohenden Gefahren und zu geeigneten Reaktionen, namentlich in Bezug auf Menschenrechte, sexuelle Gewalt und geschlechtsspezifische Fragen, umfasst	S/RES/1906 (2009), Ziff. 13	Siehe z.B. auch S/RES/1325 (2000), Ziff. 6; und S/RES/1296 (2000), Ziff. 19.
	ersucht den Generalsekretär, in Abstimmung mit den maßgeblichen Beteiligten sicherzustellen, dass Friedenssicherungsmissionen, deren Mandat den Schutz von Zivilpersonen umfasst, im Einklang mit den für ihren Einsatz maßgebenden strategischen Plänen missionsweite Planungen, einsatzvorbereitendes Training und Schulungen für hochrangige Führungskräfte über den Schutz von Zivilpersonen durchführen, und ersucht die truppen- und polizeistellenden Länder, dafür zu sorgen, dass ihr an Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen teilnehmendes Personal eine geeignete Schulung erhält, um das Problembewusstsein und die Reaktionsfähigkeit im Hinblick auf Schutzfragen zu stärken, namentlich eine Schulung über HIV/Aids und die Nulltoleranz gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen	S/RES/1894 (2009), Ziff. 23	

	<p>ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass das an friedensschaffenden, friedenssichernden und friedenskonsolidierenden Tätigkeiten beteiligte Personal der Vereinten Nationen über eine angemessene Ausbildung auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts, der Menschenrechte und des Flüchtlingsvölkerrechts, einschließlich der Vorschriften betreffend Kinder und geschlechtsspezifische Fragen, sowie auf dem Gebiet der Verhandlungs- und Kommunikationsfähigkeiten, des interkulturellen Verständnisses und der zivil-militärischen Koordinierung verfügt, und fordert die Staaten sowie die zuständigen internationalen und regionalen Organisationen nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass ihre Programme für das an ähnlichen Tätigkeiten beteiligte Personal eine entsprechende Ausbildung beinhalten</p>	<p>S/RES/1265 (1999), Ziff. 14</p>
<b>B. Vertreibung</b>		
<b>Schutz der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, einschließlich der Verhütung von Vertreibung</b>	<p>mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die starke Zunahme der Vertreibungen von Bevölkerungsgruppen in diesem Jahr und den infolgedessen gestiegenen Bedarf an humanitärer Hilfe und Schutz und darüber, dass rund [Anzahl] Binnenvertriebene und Flüchtlinge nicht zurückgekehrt sind, ferner mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Verschlechterung der Bedingungen für die Binnenvertriebenen in [dem betroffenen Gebiet] sowie für neue Flüchtlinge in den Nachbarländern und die aus [dem betroffenen Gebiet] geflohenen [Staatsangehörigen des Nachbarlands] und über die Lage der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, die keine Lager erreichen können und daher anhaltender Gewalt ausgesetzt sind oder keine humanitäre Hilfe erhalten, hervorhebend, wie wichtig die anhaltende internationale Unterstützung ist, um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, in der Erkenntnis, dass sich einige Vertriebene auf Dauer in städtischen Gebieten niederlassen werden, jedoch die Notwendigkeit unterstreichend, die Sicherheit in den Rückkehrgebieten zu gewährleisten</p>	<p>S/RES/2113 (2013), PA 17</p> <p>Siehe z.B. auch S/RES/2111 (2013), PA 6 und 13; S/RES/2099 (2013), PA 12; S/RES/2098 (2013), PA 12; S/RES/2076 (2012), PA 8; S/RES/2063 (2012), PA 14; S/RES/1975 (2011), Ziff. 10; S/RES/1944 (2010), PA 12; S/RES/1674 (2006), Ziff. 12.</p>
	<p>... unter nachdrücklicher Verurteilung aller gegen Flüchtlinge, Rückkehrer und Binnenvertriebene in [dem betroffenen Land] gerichteten Einschüchterungen, Bedrohungen und Angriffe ...</p>	<p>S/RES/2112 (2013), PA 6</p>
	<p>... mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über Meldungen über Menschenrechtsverletzungen, darunter außergerichtliche Tötungen, Gewalt gegen Frauen, Kinder und Journalisten, willkürliche Inhaftnahme und weit verbreitete sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, insbesondere in Lagern für Binnenvertriebene, ...</p>	<p>S/RES/2102 (2013), PA 9</p>

	bekundet seine Besorgnis über die Sicherheitslage in den Lagern für Binnenvertriebene und in den Siedlungen, verurteilt alle Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche, einschließlich sexueller Gewalt an Binnenvertriebenen durch alle Parteien, einschließlich bewaffneter Gruppen und Milizen, und fordert eine Verstärkung des Schutzes der Lager für Binnenvertriebene	S/RES/2093 (2013), Ziff. 28
	erinnert an das einschlägige Verbot der gewaltsamen Vertreibung von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und betont, wie wichtig die volle Einhaltung des humanitären Völkerrechts und des sonstigen anwendbaren Völkerrechts in diesem Zusammenhang ist	S/RES/2093 (2013), Ziff. 29
	... alle gegen Flüchtlinge und Binnenvertriebene in [dem betroffenen Land] gerichteten Einschüchterungen, Bedrohungen und Angriffe nachdrücklich verurteilend, ...	S/RES/2062 (2012), PA 7
	fordert die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, Unterstützung und Hilfe zu gewähren, damit die Staaten ihren Verantwortlichkeiten in Bezug auf den Schutz von Flüchtlingen und anderen nach dem humanitären Völkerrecht geschützten Personen nachkommen können	S/RES/1674 (2006), Ziff. 13
	stellt fest, dass in Situationen bewaffneter Konflikte die überwältigende Mehrheit der Binnenvertriebenen und anderer schwächerer Gruppen Zivilpersonen sind und dass sie als solche Anspruch auf den Schutz haben, der Zivilpersonen nach dem bestehenden humanitären Völkerrecht gewährt wird	S/RES/1296 (2000), Ziff. 3

**Asyl und  
Nichtzurückweisung**

Der Rat bekräftigt die Wichtigkeit des Grundsatzes der Nichtzurückweisung und das Recht der Flüchtlinge auf freiwillige Rückkehr [in das betroffene Land] und legt den Nachbarländern [des betroffenen Landes] nahe, alle vor der Gewalt [in dem betroffenen Land] fliehenden Menschen, einschließlich [Menschen aus einem bestimmten Gebiet in der Region], zu schützen. Er fordert alle Mitgliedstaaten ausgehend von dem Grundsatz der Lastenteilung eindringlich auf, diese Länder bei der Hilfe für die Flüchtlinge und die betroffenen Gemeinschaften zu unterstützen ...	S/PRST/2013/15 Abs. 16
nimmt Kenntnis von der Kooperationspolitik der Nachbarstaaten, darunter [Liste der relevanten Staaten], die ihre Grenzen für Flüchtlinge offen halten ..., und legt diesen Staaten nahe, diese Politik fortzusetzen und zu einer Stabilisierung der Situation beizutragen, wo immer dies möglich ist	S/RES/2056 (2012), Ziff. 15
zusätzlich unter Hinweis auf das in Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung [der Men-	S/RES/1624 (2005), PA 7

schenrechte] verankerte Recht, Asyl zu suchen und zu genießen, und die Verpflichtung der Staaten zur Nichtzurückweisung nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 und dem dazugehörigen Protokoll vom 31. Januar 1967 („die Flüchtlingskonvention und ihr Protokoll“) sowie unter Hinweis darauf, dass der von der Flüchtlingskonvention und ihrem Protokoll gewährte Schutz sich nicht auf Personen erstreckt, bei denen ernsthafter Grund zu der Annahme besteht, dass sie sich Handlungen schuldig gemacht haben, die im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen stehen

Der Rat bekräftigt den Grundsatz der Nichtzurückweisung von Flüchtlingen, der in den einschlägigen Völkerrechtsdokumenten verankert ist, begrüßt die Anstrengungen, die Nachbarländer [des betroffenen Staates] in jüngster Zeit unternehmen, um die freiwillige Rückführung der Flüchtlinge in Sicherheit und Würde zu unterstützen, und fordert die Gaststaaten nachdrücklich auf, den ... Flüchtlingen soweit erforderlich auch weiterhin völkerrechtlichen Schutz zu gewähren. Er legt der internationalen Gemeinschaft nahe, die in dieser Hinsicht erforderliche Hilfe zu gewähren

S/PRST/2000/12,  
Abs. 12

Der Rat ist besonders besorgt darüber, dass vielen Flüchtlingen aus [dem Nachbarstaat] ... die Flüchtlingseigenschaft aberkannt und demzufolge die Unterstützung entzogen wurde ... Die diesbezüglichen Beschlüsse [des betroffenen Staates] können dazu führen, dass Zehntausende von Menschen gegen ihren Willen in ein Gebiet zurückkehren, das weder sicher noch zu ihrer Aufnahme bereit ist. Der Rat unterstreicht die Wichtigkeit des in dem Genfer Abkommen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, dessen Vertragspartei [der betroffene Staat] ist, verankerten Grundsatzes der Nichtzurückweisung. Der Rat fordert die Regierung [des betroffenen Staates] nachdrücklich auf, allen Flüchtlingen ungeachtet ihrer Herkunft weiterhin Asyl zu gewähren

S/PRST/1995/49,  
Abs. 2

**Ziviler Charakter von  
Flüchtlings- und Binnen-  
vertriebenenlagern und -  
siedlungen**

... fordert der Rat alle Akteure auf, die Maßnahmen zu ergreifen, die angemessen und erforderlich sind, um die Achtung der Grundsätze des Flüchtlingsschutzes und der Verpflichtungen nach dem Flüchtlingsrecht, namentlich im Hinblick auf den zivilen und humanitären Charakter der Flüchtlingslager, zu gewährleisten

S/PRST/2013/2,  
Abs. 20

fordert alle Parteien auf, den zivilen und humanitären Charakter der Flüchtlingslager und der Aufenthaltsorte der Binnenvertriebenen zu achten ...

S/RES/2076 (2012),  
Ziff. 12

Siehe z.B. auch  
S/RES/1834 (2008),  
PA 12; S/RES/1778  
(2007), PA 12 und  
Ziff. 5; S/RES/1325  
(2000), Ziff. 12;  
S/RES/1286 (2000),  
Ziff. 12; S/RES/1272  
(1999), Ziff. 12; und  
S/PRST/1999/32, Abs. 5.

- |  |                                |
|--|--------------------------------|
| legt [der Mission] und dem Landesteam der Vereinten Nationen nahe, der Regierung auch weiterhin dabei behilflich zu sein, die Einziehung von Flüchtlingen und Kindern durch bewaffnete Gruppen zu verhindern und den zivilen Charakter der Flüchtlingslager und der Sammelplätze der Binnenvertriebenen zu wahren, in Abstimmung mit [den nationalen Sicherheitskräften] und den humanitären Organisationen  | S/RES/1923 (2010),<br>Ziff. 23 |
| fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, den zivilen und humanitären Charakter von Flüchtlingslagern und -siedlungen zu achten und den Schutz aller in solchen Lagern lebenden Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Mädchen, vor allen Formen der Gewalt, einschließlich Vergewaltigung und sonstiger sexueller Gewalt, sowie den vollen, ungehinderten und sicheren Zugang für humanitäre Hilfe zu gewährleisten  | S/RES/1889 (2009),<br>Ziff. 12 |
| unter Betonung der Notwendigkeit, das Flüchtlingsvölkerrecht zu achten, den zivilen und humanitären Charakter der Flüchtlingslager und der Aufenthaltsorte der Binnenvertriebenen zu wahren und jede Rekrutierung von Einzelpersonen, einschließlich Kindern, die in den Lagern und Aufenthaltsorten oder in ihrer Umgebung von bewaffneten Gruppen durchgeführt werden könnte, zu verhindern  | S/RES/1861 (2009),<br>PA 13    |
| bekräftigt, dass es notwendig ist, die Sicherheit und den zivilen Charakter von Flüchtlings- und Binnenvertriebenenlagern aufrechtzuerhalten, betont, dass die Staaten dafür die Hauptverantwortung tragen, und ermutigt den Generalsekretär, nach Bedarf und im Rahmen der bestehenden Friedenssicherungseinsätze und ihres jeweiligen Mandats alle durchführbaren Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit in diesen Lagern und ihrer Umgebung sowie die Sicherheit ihrer Bewohner zu gewährleisten   | S/RES/1674 (2006),<br>Ziff. 14 |
| bittet den Generalsekretär, die Aufmerksamkeit des Rates auf Situationen zu lenken, in denen Flüchtlinge und Binnenvertriebene von Drangsalierung bedroht sind oder in denen ihre Lager durch die Infiltration bewaffneter Elemente gefährdet sind und wo diese Situationen möglicherweise eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen, bekundet in dieser Hinsicht seine Bereitschaft, derartige Situationen zu prüfen und erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um zur Schaffung eines sicheren Umfelds für durch Konflikte gefährdete Zivilpersonen beizutragen, namentlich indem er den betroffenen Staaten diesbezüglich Unterstützung gewährt, ... | S/RES/1296 (2000),<br>Ziff. 14 |

	stellt fest, dass es eines Spektrums von Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zur Lastenteilung mit den afrikanischen Flüchtlingsaufnahmелändern und zur Unterstützung ihrer Anstrengungen zur Gewährleistung der Sicherheit sowie des zivilen und humanitären Charakters der Flüchtlingslager und -siedlungen bedarf, namentlich auf den Gebieten des Rechtsvollzugs, der Entwaffnung bewaffneter Elemente, der Eindämmung des Zustroms von Waffen in Flüchtlingslager und -siedlungen, der Trennung der Flüchtlinge von anderen Personen, die nicht die Voraussetzungen für den Flüchtlingen gewährten internationalen Schutz erfüllen oder die aus anderen Gründen nicht des internationalen Schutzes bedürfen, sowie der Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten	S/RES/1208 (1998), Ziff. 6	
<b>Dauerhafte Lösungen, namentlich sichere, freiwillige und würdevolle Rückkehr und Wiedereingliederung</b>	betont, wie wichtig es ist, würdevolle Dauerlösungen für die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen herbeizuführen und ihre volle Mitwirkung an der Planung und Umsetzung dieser Lösungen zu gewährleisten, verlangt, dass alle am Konflikt in [dem betroffenen Gebiet] beteiligten Parteien Bedingungen schaffen, die einer freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde und in Kenntnis der Lage oder ihrer Integration vor Ort förderlich sind, ... betont, wie wichtig es ist, dass der [zuständige Mechanismus] prüft, inwieweit die Rückkehr freiwillig und in Kenntnis der Lage erfolgt, und bekundet seine tiefe Besorgnis über einige bürokratische Hindernisse, die die Wirksamkeit und Unabhängigkeit des Mechanismus untergraben	S/RES/2113 (2013), Ziff. 21	Siehe z.B. auch S/PRST/2013/2, Abs. 19; S/RES/2063 (2012), Ziff. 18; S/RES/2001 (2011), PA 11; S/RES/1959 (2010), Ziff. 14; S/RES/1923 (2010), PA 7; S/RES/1917 (2010), Ziff. 38 und 39; S/RES/1895 (2009), PA 8; S/RES/1883 (2009), PA 11; S/RES/1826 (2008), Ziff. 8; S/RES/1812 (2008), Ziff. 18; S/RES/1716 (2006), Ziff. 9; S/RES/1591 (2005), PA 7; S/RES/1564 (2004), Ziff. 6; S/RES/1556 (2004), PA 19; S/RES/1545 (2004), PA 13; S/RES/1494 (2003), Ziff. 15; S/RES/1272 (1999), Ziff. 12; und S/RES/1096 (1997), Ziff. 8.
	besorgt über die nach wie vor bestehende Bedrohung durch Landminen und explosive Kampfmittelrückstände [in dem betroffenen Gebiet], die die sichere Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimatorte und die sichere Wanderung verhindert,	S/RES/2104 (2013), PA 26	
	... bekräftigend, dass alle Parteien ... Bedingungen schaffen sollen, die der freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde oder der Integration der Binnenvertriebenen vor Ort förderlich sind, unter Begrüßung der Zusagen der Regierung [des betroffenen Landes] im Hinblick auf Hilfe für Binnenvertriebene, Flüchtlinge und Rückkehrer und sie zur Fortsetzung ihrer Anstrengungen ermutigend und feststellend, welche wichtige Rolle das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen auf der Grundlage seines Mandats dabei wahrnimmt, die Regierung in Abstimmung mit	S/RES/2061 (2012), PA 11	

	[der Mission] in diesen Fragen laufend zu beraten und zu unterstützen	
	begrüßt ... die Fortschritte bei der Herbeiführung würdevoller, dauerhafter Lösungen für die in [dem Nachbarland] lebenden Flüchtlinge und ermutigt zu anhaltenden Anstrengungen, im Einklang mit dem einschlägigen Völkerrecht Lösungen im Hinblick auf die verbleibenden Flüchtlinge [aus dem betroffenen Land] zu finden	S/RES/1959 (2010), Ziff. 14
	fordert alle beteiligten Parteien auf, dafür zu sorgen, dass alle Friedensprozesse, Friedensabkommen und Wiederherstellungs- und Wiederaufbaupläne nach einem Konflikt den besonderen Bedürfnissen von Frauen und Kindern Rechnung tragen und konkrete Maßnahmen für den Schutz von Zivilpersonen enthalten, namentlich ... iii) die Schaffung von Bedingungen, die der freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde förderlich sind	S/RES/1674 (2006), Ziff. 11
	bekräftigt, dass die aus dem Konflikt hervorgehenden demografischen Veränderungen unannehmbar sind, bekräftigt außerdem die unveräußerlichen Rechte aller von dem Konflikt betroffenen Flüchtlinge und Binnenvertriebenen und betont, dass diese das Recht haben, in Sicherheit und Würde an ihre Heimstätten zurückzukehren	S/RES/1615 (2005), Ziff. 18
	begrüßt, dass sich die Parteien zu dem Recht aller Flüchtlinge und Vertriebenen bekannt haben, in Freiheit und Sicherheit an ihre ursprünglichen Heimstätten zurückzukehren oder sich an andere Orte ihrer Wahl zu begeben, ... und betont, wie wichtig es ist, die Rückkehr oder Neuansiedlung der Flüchtlinge und Vertriebenen zu erleichtern, die schrittweise und ordnungsgemäß stattfinden und im Rahmen stufenweiser, koordinierter Programme erfolgen sollte, die der Notwendigkeit Rechnung tragen, dass vor Ort Sicherheit herrscht und Wohnraum und Arbeitsplätze vorhanden sind	S/RES/1088 (1996), Ziff. 11
<b>Wohnung, Land und Eigentum</b>	legt der Regierung [des betroffenen Landes] eindringlich nahe, mit Unterstützung durch [die Mission] ... die tieferen Ursachen der Instabilität, insbesondere die Auswirkungen der Rückkehr von Vertriebenen und Flüchtlingen und mögliche soziale Spannungen in Bezug auf Grund und Boden, anzugehen	S/RES/2053 (2012), Ziff. 20
	fordert die Unterzeichner des [Friedensabkommens] nachdrücklich auf, mit Unterstützung durch das System der Vereinten Nationen auf eine Dauerlösung im Hinblick auf die freiwillige Rückkehr, die Wiederansiedlung, die Wiedereingliederung	S/RES/1933 (2010), Ziff. 14



rung und die Sicherheit der Vertriebenen hinzuarbeiten, einschließlich durch Behandlung der Frage der Grundbesitzrechte, und in diesem Zusammenhang ihre Verpflichtungen nach dem [Friedensabkommen] und dem Völkerrecht zu erfüllen

Der Rat ist zutiefst besorgt darüber, dass trotz seiner früheren Ersuchen kaum Fortschritte in der Frage der Rückkehr der [Flüchtlinge einer ethnischen Minderheitengruppe] erzielt worden sind, und fordert [die Regierung] nachdrücklich auf, ein umfassendes Konzept zu beschließen, um die Rückkehr der ... Flüchtlinge an ihre ursprünglichen Heimstätten in ganz [Name des betroffenen Staates] zu erleichtern. Er missbilligt es, dass [der betroffene Staat] ihre Eigentumsrechte auch weiterhin nicht wirksam garantiert, und missbilligt es insbesondere, dass [der ethnischen Minderheit angehörende Flüchtlinge], die in die ehemaligen Sektoren zurückgekehrt sind, nicht in der Lage waren, ihr Eigentum wieder in Besitz zu nehmen. Der Rat fordert [den betroffenen Staat] auf, in der Frage der Eigentumsrechte unverzüglich geeignete Verfahren anzuwenden und allen Formen der Diskriminierung der [ethnischen Minderheit] bei der Bereitstellung von Sozialleistungen und Wiederaufbauhilfe ein Ende zu setzen

S/PRST/1996/48,  
Abs. 4

bekräftigt seine Unterstützung für die hergebrachten Grundsätze, wonach alle unter Nötigung zustande gekommenen Erklärungen und Handlungen, insbesondere soweit sie Grund und Boden sowie Eigentum betreffen, null und nichtig sind, und dass allen Vertriebenen ermöglicht werden sollte, in Frieden an ihre früheren Heimstätten zurückzukehren

S/RES/941 (1994),  
Ziff. 3

**Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer einschlägiger Missionen und Akteure**

ersucht die [Regierung], den Schutz, einschließlich vor sexueller Gewalt und Ausbeutung, und das Wohlergehen aller Binnenvertriebenen zu gewährleisten und dabei besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, dass die Menschenrechte der Binnenvertriebenen in [dem Land] bei Umsiedlungen geachtet werden, und einen umfassend konsultativen Prozess zu gewährleisten, bei dem eine vorherige Ankündigung erfolgt und sichere und hygienische neue Orte mit den grundlegenden Diensten bereitgestellt werden, mit vollem, sicherem und ungehindertem Zugang für die humanitären Organisationen

S/RES/2124 (2013),  
Ziff. 21

Siehe z.B. auch  
S/RES/2100 (2013),  
Ziff. 16; S/RES/1812  
(2008), Ziff. 18;  
S/RES/1778 (2007),  
Ziff. 1; S/RES/1756  
(2007), Ziff. 2;  
S/RES/1674 (2006),  
Ziff. 16; S/RES/1565  
(2004), Ziff. 5;  
S/RES/1545 (2004),  
Ziff. 5 und 13;  
S/RES/1509 (2003),  
Ziff. 6; S/RES/1419  
(2002), Ziff. 11;  
S/RES/1244 (1999),  
Ziff. 11; und S/RES/1145  
(1997), Ziff. 13.

unterstreicht die Notwendigkeit, dass [die Mission] von [ihrem] Mandat und [ihren] Fähigkeiten weiterhin vollen Gebrauch macht und bei [ihren] Entscheidungen über den Einsatz der vorhandenen Kapazitäten und Ressourcen Folgendes mit Vorrang behandelt: a) den Schutz von Zivilperso-

S/RES/2113 (2013),  
Ziff. 4

nen in ganz [Name des betroffenen Gebiets], namentlich durch ... die Sicherung der Lager für Binnenvertriebene, der angrenzenden Gebiete und der Rückkehrgebiete durch verstärkte Polizeipatrouillen und Unterstützung für den Aufbau einer gemeinwesenorientierten Polizeiarbeit für Binnenvertriebenenlager und Rückkehrgebiete und die entsprechende Ausbildung, ...

... verlangt, dass alle am Konflikt in [dem betroffenen Gebiet] beteiligten Parteien Bedingungen schaffen, die einer freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde und in Kenntnis der Lage oder ihrer Integration vor Ort förderlich sind, ...

S/RES/2113 (2013),  
Ziff. 21

fordert die Regierungen [der jeweiligen Länder] auf, ihre Zusammenarbeit weiter zu verstärken, insbesondere im Hinblick auf das Grenzgebiet, namentlich durch ... die Entwicklung und Umsetzung einer gemeinsamen Grenzstrategie, um unter anderem ... die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen zu unterstützen

S/RES/2066 (2012),  
Ziff. 12

legt [der Mission] nahe, der Regierung ... weiter dabei behilflich zu sein, der Zivilbevölkerung angemessenen Schutz zu gewährleisten, unter besonderer Beachtung der Bedürfnisse der Binnenvertriebenen und anderer schutzbedürftiger Gruppen, vor allem von Frauen und Kindern, namentlich durch gemeinsame gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit in den Lagern sowie durch verstärkte Mechanismen zur Bekämpfung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, ...

S/RES/2012 (2011),  
Ziff. 15

beschließt, dass [die Mission] den folgenden, hier nach Prioritäten geordneten Auftrag haben wird:

S/RES/1925 (2010),  
Ziff. 12 g)

*Schutz von Zivilpersonen*

...

g) die Regierung gemeinsam mit den internationalen Partnern und den Nachbarländern bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, ein für die freiwillige, sichere und würdevolle Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge oder für die freiwillige lokale Eingliederung oder Neuansiedlung günstiges Umfeld zu schaffen

beschließt, die multidimensionale Präsenz in [den betroffenen Ländern] ... zu verlängern, die helfen soll[en], die Sicherheitsbedingungen zu schaffen, die eine freiwillige, sichere und dauerhafte Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen begünstigen, unter anderem indem sie zum Schutz der gefährdeten Flüchtlinge, Binnenvertriebenen und Zivilpersonen beitr[ägt], die Bereitstellung humanitärer Hilfe [in der betroffenen Region] erleichter[t] und

S/RES/1861 (2009),  
Ziff. 1

günstige Bedingungen für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Gebiete schafft[t]

beschließt, dass [die Mission in dem betroffenen Land] in Verbindung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen ... folgendes Mandat hat:

S/RES/1861 (2009),  
Ziff. 6 c) und e)

*Sicherheit und Schutz von Zivilpersonen*

...

c) mit der Regierung [des betroffenen Landes] und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen Verbindung zu halten, um sie bei ihren Anstrengungen zur Verlegung der in unmittelbarer Nähe der Grenze befindlichen Flüchtlingslager zu unterstützen, und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars im Rahmen der verfügbaren Mittel und auf Kostenerstattungsbasis logistische Hilfe für diesen Zweck zu gewähren;

...

e) die Initiativen nationaler und lokaler Behörden in [dem betroffenen Land] zum Abbau lokaler Spannungen und zur Förderung lokaler Aussöhnungsbemühungen zu unterstützen, um das Umfeld für die Rückkehr der Binnenvertriebenen zu verbessern

beschließt, ... tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, dass [die Friedenssicherungsmission] das folgende Mandat haben wird: ... b) in Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte die Menschenrechtssituation, namentlich die Lage der zurückgekehrten Flüchtlinge und Vertriebenen, zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten

S/RES/1542  
(2004), Ziff. 7,  
Abschn. III b)

erinnert daran, dass die [Oppositionsgruppe] eine besondere Verantwortung für den Schutz der Rückkehrer und die Erleichterung der Rückkehr der restlichen vertriebenen Bevölkerungsgruppen trägt, und ersucht darum, dass [Organisationen der Vereinten Nationen] weitere Maßnahmen ergreifen, um Bedingungen zu schaffen, die der Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen förderlich sind, ... damit sie ihre Qualifikationen verbessern und ihre Eigenständigkeit erhöhen können, unter voller Achtung ihres unveräußerlichen Rechts auf Rückkehr in ihre Heimat in Sicherheit und Würde

S/RES/1494 (2003),  
Ziff. 15

**Gezielte und abgestufte Maßnahmen zur Reaktion auf Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht mit Bezug auf die Vertreibung**

beschließt, dass die in Ziffer 3 genannten Maßnahmen auf die folgenden Personen und gegebenenfalls Einrichtungen Anwendung finden, die von dem Ausschuss ... benannt wurden:

S/RES/2078 (2012),  
Ziff. 4 e)

...

e) Personen oder Einrichtungen, die in [dem betroffenen Land] tätig sind und die schwere Rechtsverletzungen begehen, namentlich das gezielte Vorgehen gegen Kinder oder Frauen in bewaffneten Konflikten, einschließlich ... Vertreibung

legt allen Staaten nahe, dem Ausschuss zur Aufnahme in seine Liste die Namen der Personen ... zu übermitteln[, die in [dem betroffenen Land] tätig sind und die schwere Verstöße gegen das Völkerrecht begehen, namentlich ... Vertreibung], sowie von Einrichtungen, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der benannten Personen oder Einrichtungen stehen, oder von Personen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung der benannten Einrichtungen handeln

S/RES/1952 (2010),  
Ziff. 21

### C. Humanitärer Zugang und Sicherheit der humanitären Helfer

#### Angriffe auf humanitäre Helfer und die Behinderung der Auslieferung humanitärer Hilfe verurteilen und ihre Einstellung fordern

Der Rat ... verurteilt alle Fälle der Verweigerung des humanitären Zugangs und erinnert daran, dass das willkürliche Vorenthalten der für Zivilpersonen lebensnotwendigen Gegenstände, einschließlich der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen und des Zugangs, einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen kann

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die anhaltenden Bedrohungen, die von dem unerlaubten Transfer, der destabilisierenden Anhäufung und dem Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen für die Sicherheit ... der humanitären Helfer und ihre wirksame Bereitstellung humanitärer Hilfe ausgehen

... bekundet ernste Besorgnis darüber, dass der Zugang zu Bevölkerungsgruppen in den vom Konflikt betroffenen Gebieten nach wie vor eingeschränkt ist, beklagt die verstärkten Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe in [dem betroffenen Gebiet], die auf die gestiegene Unsicherheit, Angriffe auf humanitäre Helfer, die Verweigerung des Zugangs durch die Konfliktparteien und die von der Regierung ... auferlegten bürokratischen Hindernisse zurückzuführen sind, ... betont die Notwendigkeit der raschen Ausstellung von Visa und Reisegenehmigungen für humanitäre Organisationen ...

stellt mit Besorgnis fest, dass humanitäre Helfer nach wie vor sehr häufig angegriffen werden, verurteilt diese Angriffe auf das Entschiedenste, betont, dass die Angriffe die Hilfsmaßnahmen für das Volk [des betroffenen Landes] behindern, und unterstreicht, dass alle Parteien für den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang aller humanitären Akteure, einschließlich des Personals der Vereinten Nationen und

S/PRST/2013/15  
Abs. 11

S/RES/2117 (2013),  
PA 9

S/RES/2113 (2013),  
Ziff. 16

S/RES/2096 (2013),  
Ziff. 29

Siehe z.B. auch  
S/RES/2109 (2013),  
PA 13; S/RES/2063  
(2012), Ziff. 14;  
S/RES/2041 (2011),  
PA 14; S/RES/2003  
(2011), Ziff. 15;  
S/RES/2002 (2011),  
PA 11; S/RES/1964  
(2010), PA 16;  
S/RES/1935 (2010),  
Ziff. 10; S/RES/1917  
(2010), PA 15;  
S/RES/1894 (2009),  
Ziff. 16; S/RES/1840  
(2008), Ziff. 16;  
S/RES/1828 (2008),  
PA 12 und Ziff. 8;  
S/RES/1780 (2007),  
Ziff. 13; S/RES/1769  
(2007), PA13 und  
Ziff. 14; und S/RES/1265  
(1999), Ziff.8 und 9.

	des beigeordneten Personals, Sorge tragen und das anwendbare humanitäre Völkerrecht voll einhalten müssen		
	unter Verurteilung aller Angriffe auf ... humanitäres Personal, gleichviel von wem sie begangen werden, und betonend, dass die Verantwortlichen für derartige Angriffe vor Gericht gestellt werden müssen	S/RES/2053 (2012), PA 13	
	es nachdrücklich verurteilend, dass bestimmte Parteien, insbesondere bewaffnete Gruppen, gezielt gegen humanitäre Helfer vorgehen und die Auslieferung humanitärer Hilfsgüter in [dem betroffenen Land] behindern oder verhindern, und unter Missbilligung aller Angriffe auf humanitäres Personal	S/RES/2010 (2011), PA 14	
	besorgt über die bewaffneten Aktivitäten und das Banditenwesen in [den betroffenen Ländern], die die Sicherheit der Zivilbevölkerung, die Durchführung der humanitären Einsätze in diesen Gebieten und die Stabilität dieser Länder gefährden und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zur Folge haben	S/RES/1923 (2010), PA 4	
	mit dem erneuten Ausdruck seiner ernststen Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage in [dem betroffenen Land], es nachdrücklich verurteilend, dass bewaffnete Gruppen in [dem betroffenen Land] gezielt humanitäre Helfer angreifen und die Auslieferung humanitärer Hilfe behindern, wodurch die Erbringung solcher Hilfe in einigen Gebieten verhindert wurde, unter Missbilligung der wiederholten Angriffe auf humanitäres Personal, mit dem Ausdruck seiner nachdrücklichen Verurteilung aller Gewalt- oder Missbrauchshandlungen, die unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen gegen Zivilpersonen und humanitäres Personal begangen werden, und bekräftigend, wie wichtig es ist, die Straflosigkeit zu bekämpfen	S/RES/1910 (2010), PA 14	
	verurteilt alle Angriffe auf Personal oder Einrichtungen [der Mission] und verlangt, dass keinerlei Einschüchterungs- oder Gewalthandlungen gegen das Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetes Personal, ihre Einrichtungen oder andere Akteure, die humanitäre, Entwicklungs- oder Friedenssicherungsaufgaben wahrnehmen, begangen werden	S/RES/1892 (2009), Ziff. 14	
<b>Zur Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der humanitären Grundsätze auffordern</b>	Der Rat fordert alle Parteien auf, die Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Nothilfe zu achten, und betont, wie wichtig es ist, dass diese Hilfe auf der Grundlage des Bedarfs und ohne jegliche politische Vorurteile und Zielsetzungen geleistet wird	S/PRST/2013/15, Abs. 3.	Siehe z.B. auch S/PRST/2013/2 Abs. 13 und 14; S/RES/2109 (2013), Ziff. 13; S/RES/2076 (2012), Ziff. 11; S/RES/2075 (2012), Ziff. 13;

Der Rat erinnert außerdem daran, dass nach dem humanitären Völkerrecht Verwundeten und Kranken so umfassend und so schnell wie möglich die für ihren Zustand erforderliche medizinische Pflege und Betreuung gewährt werden muss und dass medizinisches und humanitäres Personal, entsprechende Einrichtungen und Transporte geschont und geschützt werden müssen. Zu diesem Zweck fordert der Rat mit Nachdruck freien Durchlass in alle Gebiete für Sanitätspersonal und medizinische Hilfsgüter, einschließlich chirurgischer Artikel und Medikamenten	S/PRST/2013/15, Abs. 10	S/RES/2063 (2012), PA 12; S/RES/2053 (2012), Ziff. 26; S/RES/2047 (2012), Ziff. 11; S/RES/2032 (2011), Ziff. 9; S/RES/2014 (2011), Ziff. 10; S/RES/2010 (2011), PA 13; S/RES/2003 (2011), Ziff. 15; S/RES/1828 (2008), Ziff. 7; S/RES/1814 (2008), Ziff. 12; S/RES/1794 (2007), Ziff. 17; S/RES/1778 (2007), Ziff. 17; S/RES/1769 (2007), Ziff. 14; S/RES/1674 (2006), Ziff. 8 und 22; S/RES/1574 (2004), Ziff. 11; S/RES/1565 (2004), Ziff. 20 und 21; S/RES/1545 (2004), Ziff. 12; S/RES/1533 (2004), Ziff. 5; S/RES/1509 (2003), PA 6 und Ziff. 8; S/RES/1502 (2003), Ziff. 4; S/RES/1497 (2003), Ziff. 11; und S/RES/1493 (2003), Ziff. 12
fordert die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien ... auf, den nach dem humanitären Völkerrecht bestehenden Verpflichtungen zur Achtung und zum Schutz des humanitären Personals und der humanitären Einrichtungen und Hilfssendungen nachzukommen, Maßnahmen zur Beseitigung der negativen Auswirkungen des unerlaubten Transfers, der destabilisierenden Anhäufung und des Missbrauchs von Kleinwaffen und leichten Waffen auf die humanitären Akteure zu ergreifen und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um den sicheren, schnellen und ungehinderten Durchlass von Hilfssendungen, -ausrüstungen und -personal zu erleichtern	S/RES/2117 (2013), Ziff. 14	
... mit der Aufforderung an alle Parteien, ... im Einklang mit dem Völkerrecht, namentlich dem anwendbaren humanitären Völkerrecht, und den Leitlinien für humanitäre Hilfe dringend den ungehinderten Zugang für die humanitäre Hilfe zu ermöglichen, ...	S/RES/2113 (2013), PA 14	
ersucht den Generalsekretär, über seine[n] Sonderbeauftragte[n] weiterhin die Operationen einer integrierten [Mission] zu leiten, alle Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen in [dem betroffenen Land] zu koordinieren und ein kohärentes internationales Konzept für einen stabilen Frieden in [dem betroffenen Land] zu unterstützen und dabei die Leitgrundsätze der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe, einschließlich Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit, zu achten	S/RES/2109 (2013), Ziff. 2	
betonend, dass alle Parteien die humanitären Grundsätze der Menschlichkeit, der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit wahren und achten müssen, um die fortgesetzte Bereitstellung humanitärer Hilfe, die Sicherheit der Zivilpersonen, die Hilfe erhalten, und die Sicherheit des in [dem betroffenen Land] tätigen humanitären Personals zu gewährleisten, und hervorhebend, wie wichtig es ist, dass die humanitäre Hilfe auf der Grundlage der Bedürfnisse bereitgestellt wird	S/RES/2100 (2013), PA 8	

- mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Beteiligten, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, namentlich den Genfer Abkommen von 1949 und der Haager Landkriegsordnung, humanitärem Personal vollen und ungehinderten Zugang zu allen hilfebedürftigen Menschen zu gewähren und soweit möglich alle notwendigen Einrichtungen für ihre Tätigkeit zur Verfügung zu stellen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals samt Material zu fördern S/RES/2061 (2012), PA 12
- fordert [das betroffene Land] und [bewaffnete Gruppen] mit größtem Nachdruck auf, ... den Zugang für humanitäre Hilfe zu der betroffenen Bevölkerung in den [betroffenen Gebieten] zu gestatten und im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, namentlich dem anwendbaren humanitären Völkerrecht, und den Leitlinien für humanitäre Nothilfe den sicheren, ungehinderten und sofortigen Zugang des Personals der Vereinten Nationen und des sonstigen humanitären Personals und die Auslieferung von Versorgungsgütern und Ausrüstung zu gewährleisten, damit dieses Personal seine Aufgabe, der von dem Konflikt betroffenen Zivilbevölkerung behilflich zu sein, effizient wahrnehmen kann S/RES/2046 (2012), Ziff. 4
- bekräftigt die Verpflichtung aller Parteien, die Regeln und Grundsätze des humanitären Völkerrechts uneingeschränkt anzuwenden, insbesondere soweit sie den Schutz des humanitären Personals betreffen, und ersucht außerdem alle beteiligten Parteien, dem humanitären Personal im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht sofortigen, freien und ungehinderten Zugang zu allen hilfsbedürftigen Personen zu gewähren S/RES/1923 (2010), Ziff. 22
- fordert die ungehinderte Bereitstellung und Verteilung humanitärer Hilfe und Hilfsgüter, einschließlich Nahrungsmitteln, Brennstoff und medizinischer Behandlung, in ganz [Name des betroffenen Gebiets] S/RES/1860 (2009), Ziff. 2
- begrüßt die Initiativen zur Einrichtung und Öffnung humanitärer Korridore und anderer Mechanismen für die nachhaltige Gewährleistung humanitärer Hilfe S/RES/1860 (2009), Ziff. 3
- fordert alle beteiligten Parteien auf, dafür zu sorgen, dass alle Friedensprozesse, Friedensabkommen und Wiederaufbaupläne nach einem Konflikt ... konkrete Maßnahmen für den Schutz von Zivilpersonen enthalten, namentlich ... die Erleichterung der Bereitstellung von humanitärer Hilfe S/RES/1674 (2006), Ziff. 11
- fordert alle Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass das gesamte Personal sowie

die Ausrüstung, die Verpflegung, die Versorgung- und sonstigen Güter, einschließlich Fahrzeugen und Ersatzteilen, die für den ausschließlichen und offiziellen Gebrauch [des Friedenssicherungseinsatzes] bestimmt sind, frei, ungehindert und rasch [in den betroffenen Staat] gebracht werden

S/RES/1590 (2005),  
Ziff. 8

fordert [den betroffenen Staat] auf, ... internationale Hilfsmaßnahmen für die humanitäre Katastrophe durch ein Moratorium für alle Beschränkungen [zu erleichtern], die die Bereitstellung humanitärer Hilfe und den Zugang zu den betroffenen Bevölkerungsgruppen behindern könnten

S/RES/1556 (2004),  
Ziff. 1

unterstreicht die Wichtigkeit des sicheren und ungehinderten Zugangs des humanitären Personals zu Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, fordert alle beteiligten Parteien, einschließlich der Nachbarstaaten, auf, mit dem Koordinator der Vereinten Nationen für humanitäre Hilfe und den Organisationen der Vereinten Nationen voll zusammenzuarbeiten, um diesen Zugang zu gewährleisten, bittet die Staaten und den Generalsekretär, dem Rat Informationen über jede vorsätzliche völkerrechtswidrige Verweigerung dieses Zugangs vorzulegen, wenn diese Verweigerung möglicherweise eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt, und bekundet in diesem Zusammenhang seine Bereitschaft, solche Informationen zu prüfen und erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen zu ergreifen

S/RES/1296 (2000),  
Ziff. 8

bekundet seine Absicht, gegebenenfalls die Parteien eines Konflikts aufzufordern, besondere Vorkehrungen zu treffen, die dem Bedarf von Frauen und Kindern und anderen schwächeren Gruppen an Schutz und Hilfe Rechnung tragen, namentlich durch die Förderung von „Impftagen“ und andere Maßnahmen zur sicheren und ungehinderten Versorgung mit den notwendigen Grunddiensten

S/RES/1296 (2000),  
Ziff. 10

---

**Humanitäre Hilfe und  
Vorsorge**

Der Rat fordert außerdem alle Mitgliedstaaten eindringlich auf, den humanitären Appellen der Vereinten Nationen rasch zu entsprechen, um den eskalierenden Bedarf der Menschen in [dem betroffenen Land], insbesondere der Binnenvertriebenen, und der ... Flüchtlinge [aus dem betroffenen Land] in den Nachbarländern zu decken, und sicherzustellen, dass alle abgegebenen Zusagen in vollem Umfang eingehalten werden. Er fordert alle Mitgliedstaaten ferner eindringlich auf, in Abstimmung mit den internationalen Finanzinstitutionen und den Einrichtungen der Vereinten Nationen höhere Unterstützung zur Bewältigung der zunehmenden politischen, sozioökonomischen und finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf die Auf-

S/PRST/2013/15,  
Abs. 17



nahmeländer bereitzustellen

unterstreicht die Wichtigkeit humanitärer Hilfeinsätze, verurteilt jede Politisierung humanitärer Hilfe oder ihren Missbrauch oder ihre Unterschlagung und fordert die Mitgliedstaaten und die Vereinten Nationen auf, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um die Praktiken in [dem betroffenen Land] einzuschränken

S/RES/2060 (2012),  
Ziff. 5

mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis darüber, dass der konsolidierte Hilfsappell der Vereinten Nationen für [das betroffene Land] nicht voll finanziert ist, betonend, dass dringend Mittel für die Notleidenden aufgebracht werden müssen, und mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, zu den laufenden und künftigen konsolidierten humanitären Appellen beizutragen

S/RES/2010 (2011),  
PA 15

erklärend, wie wichtig die Auseinandersetzung mit den humanitären Problemen ist, denen sich das ... Volk [des betroffenen Landes] gegenübersteht, und betonend, dass zu ihrer Behebung weitere koordinierte Maßnahmen und die Bereitstellung ausreichender Ressourcen erforderlich sind

S/RES/2001 (2011),  
PA 10

unter Betonung der Notwendigkeit, die Reichweite, die Qualität und den Umfang der humanitären Hilfe weiter zu erhöhen, indem sichergestellt wird, dass diese Hilfe effizient, wirksam und zeitgerecht koordiniert und bereitgestellt wird, so auch durch eine bessere Abstimmung zwischen den Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen unter der Autorität des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und zwischen den Vereinten Nationen und anderen Gebern, besonders dort, wo sie am meisten benötigt wird, und in dieser Hinsicht betonend, dass im Rahmen der humanitären Hilfe die humanitären Grundsätze der Menschlichkeit, der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit von allen gewahrt und geachtet werden müssen

S/RES/1974 (2011),  
PA 19

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über den erheblichen Rückgang der für [das betroffene Land] bereitgestellten humanitären Mittel und mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, zu den laufenden und künftigen konsolidierten humanitären Appellen beizutragen

S/RES/1964 (2010),  
PA 18

in Anbetracht der Wichtigkeit einer Eventualplanung

S/RES/1933 (2010),  
PA 6

betonend, wie wichtig es weiterhin ist, der Zivilbevölkerung in ganz [Name des betroffenen Landes] humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe zu gewähren, die Ver-

S/RES/1919 (2010),  
PA 13

	<p>einten Nationen ermutigend, umfassende Maßnahmen zur Vorbereitung ... zu ergreifen, namentlich im Hinblick auf die Notwendigkeit vermehrter humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe ... und im Hinblick auf die Notwendigkeit der fortgesetzten Zusammenarbeit zwischen [den Parteien des Friedensabkommens], den Vereinten Nationen und den humanitären Organisationen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Geber, die Durchführung des ... [Friedensabkommens] zu unterstützen und alle Zusagen bezüglich finanzieller und materieller Unterstützung einzuhalten</p> <p>mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über den erheblichen Rückgang der für [das betroffene Land] bereitgestellten humanitären Mittel und mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, zu den laufenden und künftigen konsolidierten humanitären Appellen beizutragen</p>	S/RES/1910 (2010), PA 15	
<b>Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer einschlägiger Missionen und Akteure</b>	<p>Der Rat fordert ferner die ... Behörden nachdrücklich auf, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausweitung der humanitären Hilfeinsätze zu erleichtern, und bürokratische Beschränkungen und sonstige Hindernisse aufzuheben, indem sie insbesondere</p> <p><i>a)</i> weiteren inländischen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen beschleunigt die Genehmigung erteilen, humanitäre Hilfsmaßnahmen durchzuführen;</p> <p><i>b)</i> die Verfahren für die Operationalisierung weiterer Zentren für die humanitäre Versorgung, die Einreise und die Bewegung humanitären Personals und humanitärer Konvois, indem sie auf berechenbare Weise die erforderlichen Visa und Genehmigungen erteilen, und die Einfuhr von Gütern und Ausrüstungsgegenständen, beispielsweise Kommunikationsmitteln, gepanzerten Schutzfahrzeugen und medizinischer und chirurgischer Ausrüstung, die für humanitäre Einsätze benötigt werden, vereinfachen und beschleunigen;</p> <p><i>c)</i> den sicheren und ungehinderten humanitären Zugang zu den Menschen in Not auf dem wirksamsten Weg, auch über Konfliktlinien hinweg und gegebenenfalls grenzüberschreitend aus den Nachbarländern, umgehend erleichtern, im Einklang mit den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Nothilfe; und</p> <p><i>d)</i> die Durchführung humanitärer Projekte, einschließlich derjenigen im überarbeiteten Plan für humanitäre Hilfsmaßnahmen ..., zügiger genehmigen.</p> <p>Der Rat fordert außerdem alle Parteien nachdrücklich auf,</p>	S/PRST/2013/15, Abs. 13	<p>Siehe z.B. auch S/RES/2104 (2013), Ziff. 14; S/RES/2093 (2013), Ziff. 1; S/RES/2086 (2013), Ziff. 8; S/RES/2073 (2012), Ziff. 1; S/RES/2000 (2011), Ziff. 7; S/RES/1996 (2011), Ziff. 3; S/RES/1933 (2010), Ziff. 16; S/RES/1894 (2009), Ziff. 12 und 14; S/RES/1778 (2007), Ziff. 6; S/RES/1772 (2007), Ziff. 9 d); S/RES/1769 (2007), Ziff. 15; S/RES/1756 (2007), Ziff. 2; S/RES/1701 (2006), Ziff. 12; S/RES/1674 (2006), Ziff. 16; S/RES/1590 (2005), Ziff. 16; S/RES/1565 (2004), Ziff. 4 und 5; S/RES/1542 (2004), Ziff. 9; S/RES/1528 (2004), Ziff. 6; S/RES/1509 (2003), Ziff. 3 k); S/RES/1502 (2003), Ziff. 5 a); und S/RES/1270 (1999), Ziff. 14.</p>
		S/PRST/2013/15, Abs. 14	

...

b) medizinische Einrichtungen, Schulen und Wasserstellen sofort zu entmilitarisieren, gezielte Angriffe auf zivile Objekte zu unterlassen und Modalitäten zur Einhaltung humanitärer Pausen sowie die wichtigsten Routen zu vereinbaren, um – nach Benachrichtigung durch die entsprechende Hilfsorganisation – rasch die sichere und ungehinderte Durchfahrt humanitärer Konvois auf diesen Routen zu den Menschen in Not zu ermöglichen; und

c) entsprechend ermächtigte Gesprächspartner zu bestimmen, die über die notwendige Befugnis zur Erörterung operativer und grundsätzlicher Fragen mit den humanitären Akteuren verfügen

beschließt, dass [die Mission] das folgende Mandat hat: S/RES/2112 (2013), Ziff. 6 g)

...

g) *Unterstützung der humanitären Hilfe*

nach Bedarf den ungehinderten Zugang für die humanitäre Hilfe zu erleichtern und die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die von Konflikten betroffenen und schwächeren Bevölkerungsgruppen stärken zu helfen, namentlich durch einen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit für die Hilfeleistung, ...

... Der Rat erkennt an, dass die humanitären Hilfsorganisationen für humanitäre Zwecke konsequent mit allen an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien zusammenarbeiten müssen, einschließlich durch Aktivitäten mit dem Ziel, die Achtung des humanitären Völkerrechts zu gewährleisten. Der Rat unterstreicht die Notwendigkeit, die Verfahren für humanitäres Personal und humanitäre Hilfsgüter zu vereinfachen und zu beschleunigen, damit den Zivilpersonen vor Ort besser schnelle Unterstützung gewährt werden kann. Der Rat unterstreicht außerdem, wie wichtig die systematische Überwachung und Analyse der Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe ist S/PRST/2013/2, Abs. 17

beschließt, für einen Zeitraum von zunächst einem Jahr den Einsatz einer Internationalen Unterstützungsmission in [dem betroffenen Land] unter afrikanischer Führung ... zu genehmigen, die unter Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen und unter voller Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der Einheit [des betroffenen Landes] alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen wird, um die folgenden Aufgaben durchzuführen: S/RES/2085 (2012), Ziff. 9 e)

...

e) die [nationalen] Behörden im Rahmen ihrer Kapazitäten und in enger Abstimmung mit den humanitären Akteuren auf Antrag dabei zu unterstützen, ein sicheres Umfeld für die Erbringung humanitärer Hilfe unter ziviler Führung ... zu schaffen

bekundet seine Absicht:

S/RES/1894 (2009),  
Ziff. 15 a) und b)

a) die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzufordern, den nach dem humanitären Völkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen nachzukommen und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um Zivilpersonen zu schützen und den schnellen und ungehinderten Durchlass von Hilfssendungen, -ausrüstungen und -personal zu erleichtern:

b) den Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderen einschlägigen Missionen das Mandat zu erteilen, gegebenenfalls bei der Schaffung von Bedingungen behilflich zu sein, die die sichere, rasche und ungehinderte Gewährleistung humanitärer Hilfe ermöglichen

bittet den Generalsekretär, die systematische Überwachung und Analyse der Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe fortzusetzen und in seine Unterrichtungen und landesspezifischen Berichte an den Rat gegebenenfalls Bemerkungen und Empfehlungen aufzunehmen

S/RES/1894 (2009),  
Ziff. 17

unterstreicht insbesondere, dass [die Mission] ermächtigt ist, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit von Schlüsselinfrastrukturen zu gewährleisten und auf Ersuchen im Rahmen ihrer Fähigkeiten und ihres bestehenden Mandats zur Schaffung der erforderlichen Sicherheitsbedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe beizutragen

S/RES/1863 (2009),  
Ziff. 2

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

S/RES/1861 (2009),  
Ziff. 7 a) ii)

a) beschließt ferner, dass [die Mission] ermächtigt wird, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in ihrem Einsatzgebiet ... alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um in Verbindung mit der Regierung [des betroffenen Landes] die folgenden Aufgaben zu erfüllen:

...

ii) zur Erhöhung der Sicherheit im Einsatzgebiet beizutragen und so die Bereitstellung der humanitären Hilfe und die Bewegungsfreiheit des humanitären Personals zu erleichtern

wiederholt, dass er den Beitrag einiger Staaten zum Schutz der Schiffskonvois des Welternährungsprogramms unterstützt, fordert die Staaten und Regionalorganisationen auf, in enger Abstimmung mitei-

S/RES/1814 (2008),  
Ziff. 11

	<p>ander, nach vorheriger Unterrichtung des Generalsekretärs und auf Ersuchen [der Regierung] Maßnahmen zum Schutz des Schiffsverkehrs im Zusammenhang mit der Beförderung und Lieferung humanitärer Hilfsgüter ... und mit von den Vereinten Nationen genehmigten Tätigkeiten zu ergreifen, fordert die Länder, die für [die regionale Friedenssicherungs-mission] Truppen stellen, auf, nach Bedarf zu diesem Zweck Unterstützung zu gewähren, und ersucht den Generalsekretär diesbezüglich um seine Unterstützung</p>	
<b>Rechenschaftspflicht für Angriffe auf humanitäre Helfer</b>	<p>unter Verurteilung aller Angriffe auf Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen und humanitäres Personal, gleichviel von wem sie begangen werden, und betonend, dass die Verantwortlichen für derartige Angriffe vor Gericht gestellt werden müssen</p> <p>betonend, dass völkerrechtliche Bestimmungen bestehen, die wissentliche und vorsätzliche Angriffe auf Personal, das an einer humanitären Hilfsmission oder Friedenssicherungsmission in Übereinstimmung mit der Charta [der Vereinten Nationen] beteiligt ist, verbieten, und dass diese Angriffe in Situationen bewaffneter Konflikts Kriegsverbrechen darstellen, sowie daran erinnernd, dass die Staaten der Straflosigkeit für solche kriminellen Handlungen ein Ende setzen müssen</p> <p>verurteilt mit allem Nachdruck alle Formen der Gewalt, darunter Mord, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Einschüchterung, bewaffneter Raub, Entführung, Geiselnahme, Drangsalierung und widerrechtliche Festnahme und Inhaftierung, denen diejenigen, die an humanitären Maßnahmen teilnehmen, zunehmend ausgesetzt sind, sowie die Angriffe auf humanitäre Konvois und die Akte der Zerstörung und Plünderung ihres Eigentums; fordert die Staaten nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Verbrechen, die an diesem Personal begangen werden, nicht straflos bleiben</p> <p>bekundet seine Entschlossenheit, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten, indem er namentlich unter anderem</p> <p>a) den Generalsekretär ersucht, darauf hinzuwirken, dass in künftige und nach Bedarf auch in bestehende Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen, Abkommen über die Rechtsstellung der Mission sowie Gaststaatabkommen zwischen den Vereinten Nationen und den Gastländern Schlüsselbestimmungen des Übereinkommens über die Sicherheit von</p>	<p>S/RES/2053 (2012), PA 13</p> <p>S/RES/1502 (2003), PA 5</p> <p>S/RES/1502 (2003), Ziff. 1 und 2</p> <p>S/RES/1502 (2003), Ziff. 5 a)</p> <p>Siehe z.B. auch S/RES/1991 (2011), PA 11; S/RES/1925 (2010), PA 14; S/RES/1674 (2006), Ziff. 23; und S/RES/1265 (1999), Ziff. 10.</p>

	Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal aufgenommen werden, unter anderem betreffend die Verhütung von Angriffen auf Mitarbeiter von Missionen der Vereinten Nationen, die Erklärung solcher Angriffe zu nach dem Gesetz mit Strafe bedrohten Verbrechen sowie die strafrechtliche Verfolgung oder Auslieferung der Täter, und indem er die Gastländer ersucht, dies ebenfalls zu tun, eingedenk dessen, wie wichtig es ist, solche Abkommen ohne Verzug auszuhandeln	
<b>Gezielte und abgestufte Maßnahmen zur Reaktion auf die Behinderung der Auslieferung humanitärer Hilfe und auf Angriffe auf humanitäre Helfer</b>	<p>fordert die Regierung ... nachdrücklich auf, den Ersuchen [des Ausschusses, der ernannt wurde, um die Umsetzung des jeweiligen Sanktionsregimes zu überwachen] in Bezug auf Folgendes nachzukommen: ... die durchgeführten Ermittlungen und die ergriffenen Rechenschaftsmaßnahmen in Bezug auf Angriffe auf ... humanitäres Personal; und die Situation der Zivilbevölkerung in [konkreten Gebieten], zu denen der Sachverständigengruppe, [der Mission] und humanitären Organisationen und humanitärem Personal der Zugang verweigert wird, und die ergriffenen Maßnahmen zur Ermöglichung des ungehinderten und regelmäßigen Zugangs für humanitäre Hilfe zu diesen Gebieten</p> <p>beschließt, dass die Bestimmungen [im Zusammenhang mit Reiseverboten und dem Einfrieren von Vermögenswerten und wirtschaftlichen Ressourcen] auf Personen [und] ... Einrichtungen Anwendung finden, die nach Feststellung des [Sanktionsausschusses]</p> <p>...</p> <p>c) die Gewährung humanitärer Hilfe an [den betroffenen Staat] oder den Zugang zu humanitärer Hilfe oder die Verteilung humanitärer Hilfsgüter in [dem betroffenen Staat] behindert haben</p> <p>bekundet seine Entschlossenheit, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten, indem er namentlich unter anderem</p> <p>...</p> <p>b) dem Generalsekretär nahelegt, im Einklang mit seinen Vorrechten nach der Charta der Vereinten Nationen dem Sicherheitsrat Situationen zur Kenntnis zu bringen, in denen humanitäre Hilfe infolge von Gewalt gegen humanitäres Personal sowie Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetes Personal versagt wird</p>	<p>S/RES/2091 (2013), Ziff. 11</p> <p>Siehe z.B. auch S/RES/1894 (2009), Ziff. 4 und 17; S/RES/1727 (2006), Ziff. 12; S/RES/1296 (2000), Ziff. 5; und S/RES/1265 (1999), Ziff. 10.</p> <p>S/RES/2002 (2011), Ziff. 1 c)</p> <p>S/RES/1502 (2003), Ziff. 5 b)</p>
<b>Aus humanitären Gründen gewährte Ausnahmen von</b>	beschließt, dass die mit [Ziffer der Resolution des Sicherheitsrats, die es verbietet,	S/RES/2111 (2013), Ziff. 22

**Restriktionsmaßnahmen  
der Vereinten Nationen**

den auf der Liste des jeweiligen Sanktionsausschusses geführten Personen finanzielle oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen] verhängten Maßnahmen bis zum [Datum] und unbeschadet der anderenorts durchgeführten humanitären Hilfsprogramme keine Anwendung auf die Zahlung von Geldern, andere finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen finden, die erforderlich sind, um die rasche Bereitstellung dringend benötigter humanitärer Hilfe in [dem betroffenen Land] durch die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen oder Programme, humanitäre Hilfe leistende humanitäre Organisationen mit Beobachterstatus bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen und ihre Durchführungspartner, einschließlich bilateral oder multilateral finanzierter nichtstaatlicher Organisationen, die an dem Konsolidierten Hilfsappell der Vereinten Nationen für [das betroffene Land] beteiligt sind, zu gewährleisten

beschließt ferner, dass das mit [der entsprechenden Ziffer] verhängte Verbot [aller Flüge im Luftraum des betroffenen Staates] nicht für Flüge gilt, die einen ausschließlich humanitären Zweck haben, wie die Bereitstellung oder die Erleichterung der Bereitstellung von Hilfe, namentlich medizinischen Versorgungsgütern, Nahrungsmitteln, humanitären Helfern und damit zusammenhängender Hilfe, oder die zur Evakuierung ausländischer Staatsangehöriger aus [dem betroffenen Staat] durchgeführt werden, ...

S/RES/1973 (2011),  
Ziff. 7

**D. Führung von Feindseligkeiten**

**Verstöße gegen das  
anwendbare humanitäre  
Völkerrecht und die  
geltenden internationalen  
Menschenrechtsnormen  
verurteilen und ihre  
Einstellung fordern**

unter Hinweis auf die Erklärung seines Präsidenten vom 12. Februar 2013, in der der Rat ... alle an Zivilpersonen begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht verurteilt, insbesondere vorsätzliche Angriffe auf Zivilpersonen, unterschiedslose oder unverhältnismäßige Angriffe und sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt

weiter höchst besorgt über ... das anhaltend hohe Ausmaß der Gewalt und der Völkerrechtsverletzungen, unter Verurteilung insbesondere der gezielten Angriffe auf Zivilpersonen, der weit verbreiteten sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt, der systematischen Einziehung von Kindern und ihres systematischen Einsatzes durch bestimmte Konfliktparteien, der Vertreibung einer hohen Zahl von Zivilpersonen, der außergerichtlichen Hinrichtungen und der willkürlichen Festnahmen, ...

verurteilt auf das Entschiedenste alle auf Zivilpersonen sowie auf [nationale] und internationale Truppen verübten Angriffe, namentlich Anschläge mit behelfsmäßigen

S/RES/2109 (2013),  
PA 11  
Siehe z.B. auch  
S/RES/ 2091 (2013),  
PA 7 und PA 8;  
S/RES/2069 (2012),  
PA 21;  
S/RES/2041 (2012),  
PA 33;  
S/RES/2010 (2011),  
Ziff. 22;  
S/RES/1868 (2009),  
Ziff. 12;  
S/RES/1806 (2008),  
Ziff. 12;  
S/RES/1674 (2006),  
Ziff. 26;  
S/RES/1574 (2004),  
Ziff. 11;  
S/RES/1493 (2003),  
Ziff. 8; S/RES/  
1468 (2003), Ziff. 2; und  
S/RES/1296 (2000),  
Ziff. 2 und 5.

S/RES/2096  
(2013), Ziff. 28

	<p>Sprengvorrichtungen, Selbstmordanschläge, Morde und Entführungen, ... und verurteilt ferner die Benutzung von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde durch die [bewaffneten Gruppen]</p> <p>verurteilt mit Nachdruck die anhaltenden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, darunter die Einziehung und den Einsatz von Kindern, die Tötung und Verstümmelung von Zivilpersonen, einschließlich Kindern, die Vergewaltigungen, die sexuelle Sklaverei und die anderen Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, die Entführungen und das gezielte Vorgehen gegen ethnische Minderheiten, die von bewaffneten Gruppen ... begangen werden...</p> <p>mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die sich verschlechternde Sicherheitslage in einigen Teilen [des betroffenen Gebiets], namentlich die Verstöße gegen die Waffenruhe, die Angriffe von Rebellengruppen, die Bombenangriffe der Regierung [des betroffenen Landes], die Stammesauseinandersetzungen und die Angriffe auf humanitäres Personal und Friedenssicherungskräfte, wodurch der Zugang für die humanitäre Hilfe zu Konfliktgebieten, in denen gefährdete Gruppen der Zivilbevölkerung leben, beschränkt wird, wie aus dem Bericht des Generalsekretärs hervorgeht, und über die Vertreibung von Zehntausenden Zivilpersonen und mit der Aufforderung an alle Parteien, die Feindseligkeiten, darunter alle an Zivilpersonen verübten Gewalthandlungen, einzustellen ...</p> <p>verurteilt jede Gewalt und alle Feindseligkeiten, die sich gegen Zivilpersonen richten, sowie alle terroristischen Handlungen</p> <p>verlangend, dass den Angriffen auf Zivilpersonen, gleichviel von welcher Seite, einschließlich Bombenangriffen, und der Benutzung von Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde ein Ende gesetzt wird</p> <p>erinnert daran, dass gezielte Angriffe auf Zivilpersonen und andere geschützte Personen in Situationen bewaffneten Konflikts eine flagrante Verletzung des humanitären Völkerrechts darstellen, verurteilt diese Praktiken erneut mit größtem Nachdruck und verlangt, dass alle Parteien solchen Praktiken sofort ein Ende setzen</p>	<p>S/RES/2088 (2013), Ziff. 13</p> <p>S/RES/2003 (2011), PA 13</p> <p>S/RES/1860 (2009), Ziff. 5</p> <p>S/RES/1828 (2008), PA 13</p> <p>S/RES/1674 (2006), Ziff. 3</p>
<p><b>Zur Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der geltenden internationalen Menschenrechtsnormen auffordern</b></p>	<p>unterstreicht, wie wichtig es ist, dass [die Mission] alle nach den internationalen Menschenrechtsnormen und dem humanitären Völkerrecht für sie geltenden Anforderungen einhält, unterstreicht ferner insbesondere, dass [die Mission] gewährleisten muss, dass alle in ihrem Gewähr-</p>	<p>S/RES/2124 (2013), Ziff. 12</p> <p>Siehe z.B. auch; S/RES/2085 (2012), Ziff. 9; S/RES/1974 (2011), PA 23; S/RES/1964 (2010), Ziff. 15; S/RES/1806 (2008), Ziff. 13;</p>



sam befindlichen Inhaftierten, einschließlich der ehemaligen Kämpfer, unter strenger Achtung der anwendbaren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen behandelt werden, wozu die Gewährleistung ihrer menschenwürdigen Behandlung gehört, und ersucht ferner [die Mission], einem neutralen Organ geeigneten Zugang zu den Inhaftierten zu gestatten und ständige Dienstanweisungen für die Übergabe von Inhaftierten, einschließlich Kindern, zu erstellen, die während eines Militäreinsatzes in ihren Gewahrsam gelangen

S/RES/1794 (2007),  
Ziff. 7; S/RES/1776  
(2007), PA 12;  
S/RES/1574 (2004),  
Ziff. 11; S/RES/1564  
(2004), PA 10;  
S/RES/1493 (2003),  
Ziff. 8; und S/RES/1265  
(1999), Ziff. 4

Der Rat erinnert daran, dass alle nach dem humanitären Völkerrecht bestehenden Verpflichtungen unter allen Umständen zu achten sind. Er erinnert insbesondere an die Verpflichtung, zwischen Zivilbevölkerung und Kombattanten zu unterscheiden, an das Verbot unterschiedsloser Angriffe und von Angriffen auf Zivilpersonen und zivile Objekte sowie das Verbot des Einsatzes chemischer Waffen und der Verwendung von Waffen, Geschossen, Stoffen und Methoden der Kriegführung, die geeignet sind, überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden zu verursachen. Der Rat fordert alle Parteien nachdrücklich auf, alle Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sowie Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche sofort einzustellen und zu unterlassen, fordert alle Parteien auf, ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht uneingeschränkt zu achten und alle geeigneten Schritte zum Schutz von Zivilpersonen zu unternehmen, namentlich indem sie Angriffe auf zivile Objekte, darunter medizinische Zentren, Schulen und Wasserstellen, unterlassen, und fordert alle Parteien außerdem auf, es zu vermeiden, in bevölkerten Gebieten militärische Stellungen zu errichten ...

S/PRST/2013/15,  
Abs. 9

... bekräftigend, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien im Rahmen des Möglichen alles tun müssen, um den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, mit der Aufforderung an alle Parteien, ihre Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, namentlich dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen, einzuhalten und alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, ...

S/RES/2096 (2013),  
PA 30

... betont, dass alle Parteien in [dem betroffenen Land] gehalten sind, ihren Verpflichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen von Feindseligkeiten nachzukommen, insbesondere durch die Vermeidung unterschiedsloser Angriffe oder übermäßiger Gewaltanwendung, und unterstreicht, dass die Straflo-

S/RES/2093 (2013),  
Ziff. 26

sicherheit beendet, die Menschenrechte geachtet und diejenigen, die Verbrechen begehen, zur Verantwortung gezogen werden müssen

betont, dass alle Parteien und bewaffneten Gruppen in [dem betroffenen Staat] gehalten sind, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung ... zu ergreifen, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht, insbesondere durch Vermeidung unterschiedsloser Angriffe auf bevölkerte Gebiete

S/RES/1814 (2008),  
Ziff. 17

bekräftigend, wie wichtig es ist, dass alle Parteien, einschließlich der ausländischen Kräfte, die die Aufrechterhaltung der Sicherheit und der Stabilität in [dem betroffenen Staat] fördern, im Einklang mit dem Völkerrecht, einschließlich der einschlägigen Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht, handeln und mit den zuständigen internationalen Organisationen zusammenarbeiten, ... und unterstreichend, dass alle Parteien, einschließlich der ausländischen Kräfte, alle durchführbaren Schritte unternehmen sollen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen zu gewährleisten

S/RES/1790 (2007),  
PA 18

verlangt, dass alle beteiligten Parteien die für sie nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht geltenden Verpflichtungen, insbesondere die in den Haager Abkommen von 1899 und 1907 und in den Genfer Abkommen von 1949 und deren Zusatzprotokollen von 1977 enthaltenen Verpflichtungen, sowie die Beschlüsse des Sicherheitsrats strikt befolgen

S/RES/1674 (2006),  
Ziff. 6

---

**Zur Ergreifung konkreter Maßnahmen auffordern, um Schäden für die Zivilbevölkerung zu verhüten**

... feststellend, wie wichtig es ist, laufende Überprüfungen der Taktiken und Verfahren sowie Einsatzauswertungen und Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der ... Regierung in Fällen durchzuführen, in denen zivile Opfer zu verzeichnen sind, wenn die ... Regierung diese gemeinsamen Untersuchungen für angemessen befindet, sowie die Zusammenarbeit mit den [nationalen Sicherheitskräften] zur weiteren Institutionalisierung des Schutzes von Zivilpersonen, insbesondere von Frauen und Mädchen, fortzusetzen

S/RES/2120 (2013),  
PA 26

ersucht [die Mission], bei der Wahrnehmung ihres in [den Bestimmungen, mit denen die Mission beauftragt wird, die nationalen Behörden aktiv bei ihrem Vorgehen gegen bewaffnete Gruppen zu unterstützen,] festgelegten Mandats voll der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, Zivilpersonen zu schützen und Gefahren für

S/RES/2100 (2013),  
Ziff. 26

Zivilpersonen, darunter insbesondere Frauen, Kinder und Vertriebene, und zivile Objekte zu mindern, und dort, wo sie dieses Mandat gemeinsam mit den [nationalen] Verteidigungs- und Sicherheitskräften wahrnimmt, die Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte streng einzuhalten

ermächtigt [die Mission], über ihre Militärkomponente, in Verfolgung der in [der relevanten Bestimmung] beschriebenen Ziele alle erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der folgenden Aufgaben ... zu ergreifen:

S/RES/2098 (2013),  
Ziff. 12 a) und b)

a) *Schutz von Zivilpersonen*

i) ... vor, während und nach jedem Militäreinsatz die Gefahren für Zivilpersonen zu mindern;

...

b) *Neutralisierung bewaffneter Gruppen ...*

zur Unterstützung der Behörden [des betroffenen Landes] auf der Grundlage der Zusammenstellung und Analyse von Informationen und unter voller Berücksichtigung der Notwendigkeit, Zivilpersonen zu schützen und Gefahren vor, während und nach jedem Militäreinsatz zu mindern, ... gezielte Offensiveinsätze auszuführen, ... unter strenger Einhaltung des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts, und der Richtlinien ... für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte, ...

... [die internationalen Militärkräfte] und die anderen internationalen Truppen nachdrücklich auffordernd, weiterhin verstärkte Anstrengungen zur Verhütung von zivilen Opfern zu unternehmen, namentlich auch durch verstärkte Betonung des Schutzes der [nationalen] Bevölkerung als eines zentralen Bestandteils ihres Auftrags, und feststellend, wie wichtig es ist, laufende Überprüfungen der Taktiken und Verfahren sowie Einsatzauswertungen und Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der [nationalen] Regierung in Fällen durchzuführen, in denen zivile Opfer zu verzeichnen sind, wenn die [nationale] Regierung diese gemeinsamen Untersuchungen für angemessen befindet, sowie die Zusammenarbeit mit den [nationalen Sicherheitskräften] zur weiteren Institutionalisierung des Schutzes von Zivilpersonen fortzusetzen

S/RES/2069 (2012),  
PA 25

E. Kleinwaffen und leichte Waffen, Minen und explosive Kampfmittelrückstände		
<b>Den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen verurteilen</b>	mit tiefer Sorge daran erinnernd, dass der unerlaubte Transfer, die destabilisierende Anhäufung und der Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen bewaffnete Konflikte schüren und vielfältige negative Folgen für die Menschenrechte, die humanitäre Lage, die Entwicklung und die sozioökonomischen Bedingungen	S/RES/2117 (2013), PA 10 Siehe z.B. auch S/RES/2111 (2013), PA 5; S/RES/2104 (2013), PA 25; S/RES/2063 (2012), Ziff. 20; S/RES/2040 (2012), PA 9; S/RES/2021 (2011), PA 6; S/RES/2017 (2011), PA 7; S/RES/1944 (2010), PA 12; S/RES/1919 (2010), Ziff. 15; S/RES/1296 (2000), Ziff. 21; S/RES/1265 (1999), Ziff. 17.
	haben, insbesondere für die Sicherheit von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, darunter unverhältnismäßige Auswirkungen auf die Gewalt gegen Frauen und Mädchen und die Verschärfung der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt sowie die Einziehung und der Einsatz von Kindern durch die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht	S/RES/2095 (2013), Ziff. 12
	verurteilt die gemeldeten anhaltenden Verstöße gegen die in [den Resolutionen, die ein Waffenembargo vorschreiben] enthaltenen und in seinen späteren Resolutionen geänderten Maßnahmen und erinnert an das in [der entsprechenden Bestimmung der Resolution, die Sanktionen vorschreibt] festgelegte Mandat des Ausschusses, Informationen über behauptete Verstöße gegen diese Maßnahmen oder die Nichtbefolgung dieser Maßnahmen zu prüfen und daraufhin geeignete Maßnahmen zu ergreifen	
	nach wie vor ernsthaft besorgt über ... die fortgesetzte Verbreitung von Waffen aus der Region selbst und von außerhalb, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität der Staaten in dieser Region bedrohen,	S/RES/2085 (2012), PA 5
	unter Verurteilung des anhaltenden illegalen Zustroms von Waffen in [den betroffenen Staat] und innerhalb des Landes unter Verstoß gegen die Resolutionen [, die Sanktionen vorschreiben,] seine Entschlossenheit bekundend, die Einhaltung des Waffenembargos und der anderen mit seinen Resolutionen betreffend [den betroffenen Staat] festgelegten Maßnahmen weiter genau zu überwachen...	S/RES/2078 (2012), PA 7
	stellt fest, dass die exzessive Anhäufung von Kleinwaffen und leichten Waffen und deren destabilisierende Wirkung ein beträchtliches Hindernis für die Bereitstellung humanitärer Hilfe darstellen und Konflikte verschärfen und verlängern, das Leben von Zivilpersonen gefährden sowie die Sicherheit und das Vertrauen untergraben können, die für die Wiederherstellung von Frieden und Stabilität erforderlich sind, ...	S/RES/1894 (2009), Ziff. 29

	anerkennt die schädlichen Auswirkungen der Verbreitung von Waffen, insbesondere Kleinwaffen, auf die Sicherheit von Zivilpersonen, namentlich Flüchtlingen und anderen schwächeren Gesellschaftsgruppen, vor allem Kindern, und verweist in diesem Zusammenhang auf die Resolution 1209 (1998) vom 19. November 1998, ...	S/RES/1261 (1999), Ziff. 14
<b>Die Einhaltung der internationalen Maßnahmen betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen fordern</b>	erinnert die Mitgliedstaaten an ihre Verpflichtung, die vom Sicherheitsrat verhängten Waffenembargos vollständig und wirksam einzuhalten und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich des Einsatzes aller rechtlichen und administrativen Mittel gegen alle Aktivitäten, die gegen diese Waffenembargos verstoßen, und dabei im Einklang mit den einschlägigen Ratsresolutionen mit allen zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, den zuständigen Sanktionsausschüssen alle sachdienlichen Informationen über mutmaßliche Verstöße gegen die Waffenembargos zur Verfügung zu stellen, auf glaubwürdige Informationen hin Schritte zur Verhütung der Lieferung, des Verkaufs, des Transfers oder der Ausfuhr von Kleinwaffen und leichten Waffen unter Verstoß gegen die vom Rat verhängten Waffenembargos zu unternehmen, den ungehinderten Zugang für das im Einklang mit den Mandaten des Rates zuständige Personal zu erleichtern und die einschlägigen internationalen Normen wie das Internationale Rückverfolgungsinstrument zur Ermöglichung der rechtzeitigen und zuverlässigen Identifikation und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen durch die Staaten anzuwenden	S/RES/2117 (2013), Ziff. 2
	fordert die Staaten nachdrücklich auf, zu erwägen, den Vertrag über den Waffenhandel so bald wie möglich zu unterzeichnen und zu ratifizieren, und legt den Staaten und den zwischenstaatlichen, regionalen und subregionalen Organisationen, die dazu in der Lage sind, nahe, beim Aufbau von Kapazitäten Hilfe zu leisten, damit die Vertragsstaaten die Verpflichtungen aus dem Vertrag erfüllen und umsetzen können	Siehe z.B. auch S/RES/2079 (2012), Ziff. 8; S/RES/1952 (2010), PA 7; S/RES/1937 (2010), PA 6; S/RES/1209 (1998), Ziff. 3.
	ermutigt die Regierung [des betroffenen Landes], die Sicherheit, die Rechenschaftspflicht und die Verwaltung in Bezug auf die Bestände an Rüstungsgütern und Munition zu stärken, bei Bedarf und auf Antrag mit Unterstützung durch internationale Partner, und dringend ein nationales Programm zur Kennzeichnung von Waffen, insbesondere von staatseigenen Feuerwaffen, durchzuführen und dabei die durch das Protokoll von Nairobi zur Verhütung, Kontrolle und Reduzierung von Kleinwaffen und leichten Waffen in der Region der Großen Seen und am Horn von	S/RES/2117 (2013), Ziff. 19
		S/RES/2078 (2012), Ziff. 12

Afrika und das Regionalzentrum für Kleinwaffen und leichte Waffen in der Region der Großen Seen, am Horn von Afrika und in den angrenzenden Staaten festgelegten Normen einzuhalten

betonend, wie wichtig es ist, das mit [der entsprechenden Sanktionsresolution] verhängte Verbot des Verkaufs und der Lieferung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial voll einzuhalten S/RES/2004 (2011), PA 8

fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, im Einklang mit dem Aktionsprogramm zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten wirksame Maßnahmen zu ergreifen, unter anderem durch die Beilegung von Konflikten und die Ausarbeitung und Anwendung einzelstaatlicher Rechtsvorschriften, auf eine Weise, die mit den Verpflichtungen der Staaten nach dem einschlägigen Völkerrecht im Einklang steht, um den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen einzudämmen, die für Parteien bewaffneter Konflikte bestimmt sind, welche die einschlägigen Bestimmungen des geltenden Völkerrechts über die Rechte und den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten nicht in vollem Umfang achten S/RES/1460 (2003), Ziff. 7

fordert wirksame internationale Maßnahmen zur Verhütung des illegalen Zustroms von Kleinwaffen in Konfliktgebiete S/RES/1318 (2000), Anlage, Abschn. VI

betont, wie wichtig es ist, dass alle Mitgliedstaaten und insbesondere die Staaten, die Waffen herstellen oder verkaufen, Waffentransfers einschränken, die bewaffnete Konflikte hervorrufen oder verlängern beziehungsweise bestehende Spannungen oder Konflikte ... verschärfen könnten S/RES/1209 (1998), Ziff. 3

betont, dass es notwendig ist, das Aktionsprogramm zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten sowie das Internationale Rechtsinstrument zur Ermöglichung der rechtzeitigen und zuverlässigen Identifizierung und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen durch die Staaten durchzuführen, um echte Fortschritte bei der Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen zu erzielen. Insbesondere wird den Staaten nahegelegt, die physische Sicherheit und die Verwaltung von Lagerbeständen zu stärken, überschüssige und veraltete Kleinwaffen und leichte Waffen zu vernichten, sicherzustellen, dass alle Kleinwaffen und leichten Waffen zum Zeitpunkt der Herstellung und der Einfuhr gekenn-

	zeichnet werden, sowie die Ausfuhr- und Grenzkontrollen zu verstärken und Waffenvermittlungsgeschäfte zu kontrollieren		
<b>Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und der sonstigen maßgeblichen Akteure bei der Verhütung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen</b>	ersucht [die Mission], die ... Behörden auch weiterhin bei ihren Anstrengungen zur Kontrolle des Zustroms von Kleinwaffen, dem Aufbau eines Waffenregisters, der Änderung der bestehenden Rechtsvorschriften über Waffeneinfuhren und Waffenbesitz, der Reform des Systems für Waffenscheine und der Erarbeitung und Umsetzung einer nationalen Doktrin für gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit zu unterstützen	S/RES/2119 (2013), Ziff. 24	Siehe z.B. auch A/RES/2112 (2013), Ziff. 6; A/RES/2098 (2013), Ziff. 12; A/RES/2095 (2013), Ziff. 7 und Ziff. 11; A/RES/2070 (2013), Ziff. 23; A/RES/2063 (2012), Ziff. 20; A/RES/2021 (2012), Ziff. 11 und Ziff. 16; A/RES/1959 (2010), Ziff. 9; und A/RES/1946 (2010), Ziff. 12.
	... ersucht [die Mission], im Einklang mit [ihrem] in [der einschlägigen Bestimmung der Resolution des Sicherheitsrats] festgelegten Mandat zu überwachen, inwieweit Rüstungsgüter oder sonstiges Wehrmaterial in [dem betroffenen Gebiet] vorhanden sind, und in diesem Zusammenhang auch weiterhin mit der Sachverständigengruppe nach [der entsprechenden Resolution] zusammenzuarbeiten, ...	S/RES/2113 (2013), Ziff. 23	
	fordert die ...[B]ehörden [des betroffenen Landes] auf, mit Unterstützung [der Mission], entsprechend [der einschlägigen Bestimmung], und der internationalen Partner gegen das Problem der Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen und des unerlaubten Handels damit anzugehen, im Einklang mit dem Übereinkommen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten über Kleinwaffen und leichte Waffen, deren Munition und anderes dazugehöriges Material und dem Aktionsprogramm der Vereinten Nationen über Kleinwaffen und leichte Waffen, mit dem Ziel, die sichere und wirksame Verwaltung, Lagerung und Sicherung ihrer Bestände an Kleinwaffen und leichten Waffen und die Einsammlung und/oder Zerstörung überschüssiger, beschlagnahmter, nicht gekennzeichnete oder in unerlaubtem Besitz befindlicher Waffen zu gewährleisten, und betont ferner, wie wichtig die volle Durchführung seiner [einschlägigen Resolution] ist	S/RES/2100 (2013), Ziff. 28	
	ermutigt die Regierung [des betroffenen Landes], die Sicherheit, die Rechenschaftspflicht und die Verwaltung in Bezug auf die Bestände an Rüstungsgütern und Munition zu stärken, bei Bedarf und auf Antrag mit Unterstützung durch internationale Partner, und dringend ein nationales Programm zur Kennzeichnung von Waffen, insbesondere von staatseigenen Feuerwaffen, durchzuführen und dabei die durch das Protokoll von Nairobi zur Verhütung, Kontrolle und Reduzierung von Kleinwaffen und leichten Waffen in der Region der Großen Seen und am Horn von Afrika und das Regionalzentrum für	S/RES/2078 (2012), Ziff. 12	

Kleinwaffen und leichte Waffen in der Region der Großen Seen, am Horn von Afrika und in den angrenzenden Staaten festgelegten Normen einzuhalten

ersucht [die Missionen], ... alle Bewegungen von Personal, Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial über die Grenze zu [dem jeweiligen Land] zu beobachten und zu melden

S/RES/2057 (2012),  
Ziff. 6

beschließt, dass [die Mission] das folgende Mandat haben wird:

S/RES/2000 (2011),  
Ziff. 7 c) und d)

### Schutz und Sicherheit

...

#### c) *Überwachung des Waffenembargos*

in Zusammenarbeit mit der Sachverständigengruppe nach [der entsprechenden Resolution] die Durchführung [des Waffenembargos] zu überwachen, namentlich indem sie in dem Maße, in dem sie es für erforderlich hält, und gegebenenfalls ohne vorherige Ankündigung alle Waffen, Munitionsbestände und sonstiges Wehrmaterial, gleichviel wo sich diese befinden, inspiziert, ...

Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, die unter Verstoß gegen [das] mit [der einschlägigen Bestimmung] verhängte [Waffenembargo] in [das betroffene Land] verbracht wurden, gegebenenfalls einzusammeln und auf geeignete Weise zu entsorgen,

#### d) *Einsammlung von Waffen*

den nationalen Behörden ... weiter bei der Einsammlung, Registrierung, Sicherstellung und Entsorgung von Waffen und gegebenenfalls bei der Räumung explosiver Kampfmittelrückstände behilflich zu sein,

die Regierung ... in Abstimmung mit den anderen Partnern bei der Ausarbeitung und Durchführung von Gemeinwesenprogrammen zur Einsammlung von Waffen zu unterstützen, die mit der Verringerung der Gewalt und mit der Aussöhnung in den Gemeinwesen verknüpft sein sollen,

in Abstimmung mit der Regierung ... sicherzustellen, dass die eingesammelten Waffen nicht außerhalb der umfassenden nationalen Sicherheitsstrategie ... verteilt oder wiederverwendet werden, ...

ist sich dessen bewusst, dass die Verbreitung von Waffen, insbesondere Kleinwaffen, die Sicherheit der Zivilpersonen beeinträchtigt, indem sie den Konflikt anheizt, legt [der Mission] nahe, sich weiter

S/RES/1919 (2010),  
Ziff. 15



	darum zu bemühen, der Regierung [des betroffenen Gebiets] im Hinblick auf den Prozess der Entwaffnung der Zivilbevölkerung behilflich zu sein, insbesondere durch die Stärkung der Fähigkeit der lokalen Behörden, von Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen abzuschrecken, und durch die Überwachung von Initiativen zur Zwangsentwaffnung der Zivilbevölkerung in dem Bemühen, Entwaffnungsmaßnahmen zu verhindern, die die Unsicherheit in [dem betroffenen Gebiet] verschärfen könnten	
<b>Gezielte und abgestufte Maßnahmen zur Reaktion auf den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen</b>	<p>in Anerkennung des wichtigen Beitrags, den die vom Rat verhängten Waffenembargos zur Bekämpfung des unerlaubten Transfers von Kleinwaffen und leichten Waffen, zur Minderung der Intensität von Konflikten und zur Schaffung günstiger Bedingungen für die friedliche Beilegung von Situationen leisten, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedrohen oder verletzen, sowie in Anerkennung des Beitrags, den die vom Rat verhängten Waffenembargos zur Unterstützung der Konfliktprävention, der Friedenskonsolidierung nach Konflikten, der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und der Reform des Sicherheitssektors leisten</p> <p>beschließt ..., dass das Waffenembargo keine Anwendung auf Lieferungen nichtletalen militärischen Geräts findet, das ausschließlich dazu bestimmt ist, die [nationalen] Sicherheitskräfte zu befähigen, bei der Wahrung der öffentlichen Ordnung nur in angemessener und verhältnismäßiger Weise Gewalt einzusetzen, wie von dem Sanktionsausschuss im Voraus genehmigt</p> <p>unterstreicht, dass er uneingeschränkt bereit ist, gezielte Maßnahmen gegen die von dem [Sanktions-]Ausschuss ... benannten Personen zu verhängen, von denen unter anderem festgestellt wird,</p> <p>...</p> <p>f) dass sie gegen die mit [der Ziffer, die ein Waffenembargo vorsieht] verhängten Maßnahmen verstoßen</p> <p>beschließt, dass alle Mitgliedstaaten sofort die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um den Verkauf oder die Lieferung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial jeder Art an [den betroffenen Staat], einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und Ersatzteilen für dieselben, sowie die Bereitstellung von technischer Hilfe, Ausbildung, finanzieller und anderer Hilfe im Zusammenhang mit den militärischen Aktivitäten oder mit der Bereitstellung, der Herstellung, der Wartung oder dem Einsatz dieser Gegenstände,</p>	<p>S/RES/2117 (2013), PA 12</p> <p>Siehe z.B. auch S/RES/1907 (2009), Ziff. 12 und S/RES/1521 (2003), Ziff. 2 a)</p> <p>S/RES/1946 (2010), Ziff. 5</p> <p>S/RES/1946 (2010), Ziff. 6.f)</p> <p>S/RES/1907 (2009), Ziff. 5</p>

gleichviel ob sie ihren Ursprung in ihrem Hoheitsgebiet haben oder nicht, durch ihre Staatsangehörigen oder von ihrem Hoheitsgebiet aus oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen zu verhindern

beschließt, dass alle Staaten die bereits mit [den Sanktionsresolutionen des Sicherheitsrats] verhängten Maßnahmen im Hinblick auf [bestimmte illegale bewaffnete Gruppen] und die anderen mit ihnen verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen ... ergreifen werden...

S/RES/1904 (2009),  
Ziff. 1 c)

c) zu verhindern, dass an diese Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihre Staatsangehörigen außerhalb ihres Hoheitsgebiets oder unter Nutzung von Schiffen oder Luftfahrzeugen, die ihre Flagge führen, Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und entsprechender Ersatzteile, und technische Beratung, Hilfe oder Ausbildung hinsichtlich militärischer Aktivitäten auf direktem oder indirektem Weg geliefert, verkauft oder weitergegeben werden

... bekräftigt seine Absicht, zu erwägen, im Rahmen landesspezifischer Resolutionen gezielte und abgestufte Maßnahmen, wie unter anderem ein Verbot der Ausfuhr und Lieferung von Kleinwaffen und leichten Waffen und sonstigem militärischem Gerät sowie von militärischer Hilfe, gegen die Parteien in Situationen bewaffneter Konflikts, mit denen der Sicherheitsrat befasst ist, zu verhängen, die gegen das anwendbare Völkerrecht in Bezug auf die Rechte und den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten verstoßen

S/RES/1612 (2005),  
Ziff. 9

bekundet seine Absicht, geeignete Maßnahmen im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zu erwägen, um gegen die Verbindungen zwischen bewaffneten Konflikten und Terrorismus, unerlaubtem Edelsteinhandel, unerlaubtem Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen und anderen kriminellen Aktivitäten vorzugehen, die bewaffnete Konflikte in die Länge ziehen oder ihre Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, namentlich Kinder, verstärken können

S/RES/1379 (2001),  
Ziff. 6

---

**Internationale und regionale Zusammenarbeit bei der Verhütung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen**

fordert alle Mitgliedstaaten, insbesondere die Staaten der Region, die einzelstaatlich oder über regionale Organisationen oder Abmachungen tätig werden, auf, zur Gewährleistung der strikten Einhaltung des mit [der Bestimmung der einschlägigen Resolu-

S/RES/1973 (2011),  
Ziff. 13

tion] verhängen Waffenembargos in ihrem Hoheitsgebiet, einschließlich ihrer Seehäfen und Flughäfen, und auf Hoher See Schiffe und Luftfahrzeuge, deren Ziel- oder Ausgangsland [der betroffene Staat] ist, zu überprüfen, falls der betreffende Staat über Informationen verfügt, die hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass die Ladung Artikel enthält, deren Lieferung, Verkauf, Weitergabe oder Ausfuhr nach [der Ziffer der einschlägigen Resolution] ... verboten ist, einschließlich der Bereitstellung bewaffneter Söldner, fordert alle Flaggenstaaten dieser Schiffe und Luftfahrzeuge auf, bei solchen Überprüfungen zu kooperieren, und ermächtigt die Mitgliedstaaten, alle unter den besonderen Umständen zur Durchführung solcher Überprüfungen angemessenen Maßnahmen zu ergreifen

ermutigt zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen allen Staaten, insbesondere denjenigen in der Region, [der Mission] und der Sachverständigengruppe[, die den Sanktionsausschuss informiert,] und ermutigt ferner alle Parteien und alle Staaten, sicherzustellen, dass ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle unterstehende Personen und Einrichtungen mit der Sachverständigengruppe[, die den Sanktionsausschuss informiert,] zusammenarbeiten

S/RES/1952 (2010),  
Ziff. 17

fordert in diesem Zusammenhang ferner alle ... Parteien [in dem betroffenen Land] und alle Staaten, insbesondere die Staaten in der Region, nachdrücklich auf, Folgendes zu gewährleisten:

S/RES/1946 (2010),  
Ziff. 16

die Sicherheit der Mitglieder der Sachverständigengruppe[, die den Sanktionsausschuss informiert];

den ungehinderten Zugang der Sachverständigengruppe[, die den Sanktionsausschuss informiert], insbesondere zu Personen, Dokumenten und Orten, damit sie ihr Mandat erfüllen kann

fordert alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen, die [Regionalorganisation] und andere interessierte Parteien nachdrücklich auf, mit dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe[, die den Sanktionsausschuss informiert,] voll zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über die Durchführung der mit [den Resolutionen, mit denen Sanktionen verhängt werden,] verhängten Maßnahmen übermitteln

S/RES/1945 (2010),  
Ziff. 5

ersucht die Regierungen [des betroffenen Staates] und aller Staaten, insbesondere derjenigen in der Region, die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in [dem betroffenen Staat] und die Sachverständigengruppe, intensiv zusammenzuar-

S/RES/1896 (2009),  
Ziff. 10

beiten, namentlich durch den Austausch von Informationen betreffend Waffenlieferungen, Handelswege und strategische Minen, von denen bekannt ist, dass sie von bewaffneten Gruppen kontrolliert oder genutzt werden, Flüge aus der Region ... in [den betroffenen Staat] und aus [dem betroffenen Staat] in die Region ..., die illegale Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und den illegalen Handel damit und die Aktivitäten der von dem [Sanktions-]Ausschuss gemäß Ziffer 4 der Resolution 1857 (2008) benannten Personen und Einrichtungen

verlangt ferner, dass alle Parteien und alle Staaten sicherstellen, dass ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle unterstehende Personen und Einrichtungen mit der Sachverständigengruppe zusammenarbeiten, und ersucht in diesem Zusammenhang alle Staaten, dem Ausschuss eine Anlaufstelle zu benennen, um die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit der Sachverständigengruppe zu verstärken

S/RES/1896 (2009),  
Ziff. 12

...fordert die Länder der Region ... auf, ihre Zusammenarbeit mit dem Ausschuss des Sicherheitsrats und der Sachverständigengruppe ... bei der Durchsetzung des Waffenembargos in [dem betroffenen Staat] zu verstärken und den grenzüberschreitenden Handel mit unerlaubten Kleinwaffen und leichten Waffen, den unerlaubten Handel mit natürlichen Ressourcen sowie die grenzüberschreitenden Bewegungen von Kombattanten zu bekämpfen, und verlangt abermals, dass [die Staaten in der Region] Maßnahmen ergreifen, um die Nutzung ihres jeweiligen Hoheitsgebiets zur Unterstützung von Aktivitäten der in der Region anwesenden bewaffneten Gruppen zu verhindern

S/RES/1653 (2006),  
Ziff. 16

ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass seine [Sonderbeauftragten für die Nachbarländer] die Tätigkeiten [ihrer jeweiligen Missionen] koordinieren, dass sie die ihnen zur Verfügung stehenden militärischen Informationen austauschen, insbesondere soweit diese grenzüberschreitende Bewegungen bewaffneter Elemente und den Waffenhandel betreffen, und dass sie ihre logistischen und administrativen Ressourcen zusammenlegen, soweit dies ihre Fähigkeit zur Durchführung ihres jeweiligen Mandats nicht beeinträchtigt, um größtmögliche Effizienz und Kostenwirksamkeit zu erzielen

S/RES/1545 (2004),  
Ziff. 20

#### Antiminenprogramme und explosive Kampfmittelrückstände

sowie mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die ernste Gefahr für die Zivilbevölkerung, die von Antipersonenminen, Kampfmittelrückständen und behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen ausgeht, und unter Betonung der Notwendigkeit, den

S/RES/2096 (2013),  
PA 31  
Siehe z.B. auch  
S/RES/2104 (2013),  
PA 26; S/RES/1986  
(2011), PA 15.

Einsatz von Waffen und Vorrichtungen zu unterlassen, die nach dem Völkerrecht verboten sind

vermerkt in dieser Hinsicht, dass der Sicherheitsrat mehrdimensionalen Friedenssicherungsmissionen unter anderem das Mandat erteilen kann,

S/RES/2086 (2013),  
Ziff. 8 d)

...

d) für rasche Antiminenmaßnahmen zu sorgen sowie auf Antrag Beratende Dienste zu leisten und Schulungsmaßnahmen durchzuführen, die auf die Bedürfnisse der nationalen Behörden zugeschnitten sind, mit dem Ziel, die Risikominderung, die Opferhilfe, die Minenräumung sowie die Verwaltung und Vernichtung von Lagerbeständen zu ermöglichen;

verlangt, dass die [zuständigen Regierungen] den Einsatz des Dienstes der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme zur Sicherstellung der Bewegungsfreiheit des [entsprechenden Personals] sowie die Erfassung und Räumung von Minen [in dem betroffenen Gebiet] erleichtern

S/RES/2075 (2012),  
Ziff. 12

verlangt, dass die [jeweiligen Länder] den Einsatz des Dienstes der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme sowie die Erfassung und Räumung von Minen [in den betroffenen Gebieten] erleichtern

S/RES/2047 (2012),  
Ziff. 10

feststellend, dass [das betroffene Land] das Übereinkommen über Streumunition ratifiziert hat

S/RES/2011 (2011),  
PA 22

begrüßt die bislang erzielten Fortschritte bei der Durchführung des Antiminenprogramms für [das betroffene Land], ermutigt die Regierung [des betroffenen Landes], mit Unterstützung durch die Vereinten Nationen und alle maßgeblichen Akteure ihre Anstrengungen zur Räumung von Antipersonenminen, Panzerabwehrminen und explosiven Kampfmittelrückständen fortzusetzen, um die Bedrohungen für das menschliche Leben und für den Frieden und die Sicherheit in dem Land zu verringern, und erklärt, dass für die Betreuung, die Rehabilitation und die wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung der Opfer, darunter Menschen mit Behinderungen, Hilfe gewährt werden muss

S/RES/1917 (2010),  
Ziff. 19

...fordert die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf, alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um die Zivilbevölkerung, namentlich Kinder, vor den Auswirkungen von Landminen und anderen explosiven Kampfmittelrückständen zu schützen, und legt in dieser Hinsicht der internationalen Gemeinschaft nahe, die Anstrengungen der Länder zur Räumung von Landminen und anderen explosiven Kampfmittelrückständen

S/RES/1894 (2009),  
Ziff. 29

den zu unterstützen und Hilfe bei der Betreuung und Rehabilitation sowie der wirtschaftlichen und sozialen Wiedereingliederung der Opfer, einschließlich Menschen mit Behinderungen, zu gewähren

begrüßt den fortgesetzten Beitrag [der Friedenssicherungsmission] zur operativen Minenräumung, ... befürwortet, dass die Vereinten Nationen [dem betroffenen Staat] weitere Hilfe bei Antiminenprogrammen gewähren und dabei sowohl den weiteren Aufbau [seiner] nationalen Antiminenkapazität als auch die vordringlichen Minenräumungstätigkeiten ... unterstützen, lobt die Geberländer für die Unterstützung dieser Anstrengungen durch Geld- und Sachbeiträge und fordert zu weiteren internationalen Beiträgen auf, nimmt davon Kenntnis, dass [dem betroffenen Staat] und [der Friedenssicherungsmission] Karten und Informationen über die Lage von Minen zugeleitet wurden, und unterstreicht die Notwendigkeit, [dem betroffenen Staat] und [der Friedenssicherungsmission] zusätzliche Karten und Unterlagen über die Lage von Minen zur Verfügung zu stellen

S/RES/1525 (2004),  
Ziff. 9

Der Rat bekundet seine tiefste Besorgnis über die sehr hohe Zahl nicht zur Wirkung gelangter [explosiver] Kampfmittel, einschließlich Streumunition, in [der Region des betroffenen Landes]. Er beklagt es, dass seit der Einstellung der Feindseligkeiten Dutzende Zivilpersonen sowie mehrere Minenräumer durch diese Kampfmittel getötet oder verwundet wurden. Er unterstützt in diesem Zusammenhang das Ersuchen des Generalsekretärs an [die Konfliktpartei], den Vereinten Nationen ausführliche Daten über [ihren] Einsatz von Streumunition in [dem Gebiet des betroffenen Staates] vorzulegen

S/PRST/2007/12,  
Abs. 30

#### F. Rechteinhaltung, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit

##### Verbreitung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen und diesbezügliche Ausbildung

begrüßt, dass [die Mission] und die [Streitkräfte] weiter zusammenarbeiten und koordinierte Maßnahmen durchführen, fordert die [Streitkräfte] auf, das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht strikt einzuhalten, und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, wie wichtig es ist, die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden auf dem Gebiet der Menschenrechte, des Kinderschutzes und der Bekämpfung der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt auszubilden

S/RES/2112 (2013),  
Ziff. 24  
Siehe z.B. auch  
S/RES/2053 (2012),  
PA 12; S/RES/1265  
(1999), PA 8 und Ziff. 5.

fordert die Mitgliedstaaten und die regionalen und internationalen Organisationen nachdrücklich auf, den [nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräften] entsprechend ihren innerstaatlichen Erfordernissen koordinierte Hilfe, Sachverstand,

S/RES/2085 (2012),  
Ziff. 7

Ausbildung, einschließlich auf dem Gebiet der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, und Unterstützung beim Kapazitätsaufbau bereitzustellen, ...

in Ermutigung der Anstrengungen, dafür zu sorgen, dass innerhalb [der Mission] ausreichende Mitarbeiter, Kapazitäten und Fachkenntnisse vorhanden sind, um Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte und zur Überwachung ihrer Einhaltung durchführen zu können

S/RES/2066 (2012),  
PA 9

... weist ... darauf hin, wie wichtig es ist, die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden auf dem Gebiet der Menschenrechte, des Kinderschutzes und der Bekämpfung der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt auszubilden

S/RES/2062 (2012),  
Ziff. 17

fordert die Staaten erneut auf, soweit sie es nicht bereits getan haben, die Unterzeichnung und Ratifikation der einschlägigen Übereinkünfte auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts beziehungsweise den Beitritt dazu zu erwägen und geeignete Gesetzgebungs-, Justiz- und Verwaltungsmaßnahmen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesen Übereinkünften zu ergreifen

S/RES/1894 (2009),  
Ziff. 5

fordert alle beteiligten Parteien auf,

S/RES/1894 (2009),  
Ziff. 7 a), b) und d)

a) für die möglichst weite Verbreitung von Informationen über das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht zu sorgen;

b) für die Schulung von Amtsträgern, Angehörigen der Streitkräfte und bewaffneter Gruppen, den Streitkräften beigeordnetem Personal, Zivilpolizisten und Personal der Strafverfolgungsbehörden, Richtern und Rechtsanwälten und für die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft und der Zivilbevölkerung in Bezug auf die einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, der internationalen Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsvölkerrechts sowie den Schutz, die besonderen Bedürfnisse und die Menschenrechte von Frauen und Kindern in Konfliktsituationen zu sorgen, um die volle und wirksame Einhaltung zu erreichen;

...

d) sich nach Bedarf um Unterstützung durch die Friedenssicherungs- und anderen einschlägigen Missionen der Vereinten Nationen sowie die Landesteam der Vereinten Nationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und gegebenenfalls andere Mitglieder der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-

	Bewegung für Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen in Bezug auf das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht zu bemühen	
<b>Förderung der Rechteinhaltung durch gezielte und abgestufte Maßnahmen</b>	<p>bedauert, dass einige mit der Regierung ... und bewaffneten Gruppen in [dem betroffenen Gebiet] verbundene Personen weiter Gewalt an Zivilpersonen verüben, den Friedensprozess behindern und die Forderungen des Rates missachten, bekundet seine Absicht, zielgerichtete Sanktionen gegen die Personen und Einrichtungen zu verhängen, die die in [der einschlägigen Bestimmung der Resolution, die Sanktionen vorschreibt,] genannten Kriterien für die Aufnahme in die Liste erfüllen, [unter anderem dass sie für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, Verletzungen der internationalen Menschenrechte oder andere Gräueltaten verantwortlich sind,] und ermutigt die Sachverständigengruppe, dem Ausschuss, wenn angezeigt und in Abstimmung mit dem Gemeinsamen Vermittlungsteam der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen, die Namen aller Personen, Gruppen oder Einrichtungen vorzulegen, die die Kriterien für die Aufnahme in die Liste erfüllen</p> <p>beschließt, dass die Maßnahmen [Reiseverbot und Einfrieren von Vermögenswerten] in [den Bestimmungen der einschlägigen Resolution] auf Personen und die [einschlägigen Bestimmungen] der genannten Resolution auf Einrichtungen Anwendung finden, die nach Feststellung des Ausschusses</p> <p>...</p> <p>d) politische oder militärische Führer sind, die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht in [dem betroffenen Land] Kinder in bewaffneten Konflikten einziehen oder einsetzen;</p> <p>e) für Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht in [dem betroffenen Land] verantwortlich sind, namentlich das gezielte Vorgehen gegen Zivilpersonen, insbesondere Kinder und Frauen, in Situationen bewaffneten Konflikts, einschließlich Tötung und Verstümmelung, sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Angriffen auf Schulen und Krankenhäuser sowie Entführung und Vertreibung</p> <p>unterstreicht, dass er uneingeschränkt bereit ist, gezielte Maßnahmen gegen die von dem [Sanktions-]Ausschuss ... benannten Personen zu verhängen, von denen unter anderem festgestellt wird,</p> <p>a) dass sie eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen</p>	<p>S/RES/2091 (2013), Ziff. 7</p> <p>S/RES/2002 (2011), Ziff. 1 d) and e)</p> <p>S/RES/1980 (2011), Ziff. 10</p> <p>Siehe z.B. auch S/RES/2100 (2013), Ziff. 6; S/RES/2035 (2012), Ziff. 9; S/RES/1988 (2011), Ziff. 1; S/RES/1975 (2011), Ziff. 12; S/RES/1970 (2011), Ziff. 9; S/RES/1946 (2010), Ziff. 6; S/RES/1727 (2006), Ziff. 12.</p>



Aussöhnungsprozesses in [dem betroffenen Land] darstellen, insbesondere indem sie die Durchführung des in dem [maßgeblichen Politischen Abkommen] erwähnten Friedensprozesses behindern;

b) dass sie [die Mission], die sie unterstützenden [nationalen Truppen] und den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für [das betroffene Land] angreifen oder ihre Tätigkeit behindern;

c) dass sie für Behinderungen der Bewegungsfreiheit [der Mission] und der sie unterstützenden ... Truppen verantwortlich sind;

d) dass sie für schwere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in [dem betroffenen Land] verantwortlich sind;

e) dass sie öffentlich zu Hass und Gewalt aufstacheln;

f) dass sie gegen die mit [den Ziffern zur Verhängung eines Waffenembargos] verhängten Maßnahmen verstoßen

beschließt ..., dass alle Mitgliedstaaten alle sich in ihrem Hoheitsgebiet befindenden Gelder, anderen finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der in [der Anlage zu der Resolution, mit der Sanktionen verhängt werden,] genannten [Personen oder Einrichtungen] oder [von dem Sanktionsausschuss benannten Personen oder Einrichtungen, die an der Anordnung, Kontrolle oder anderweitigen Steuerung schwerer Menschenrechtsverletzungen an Personen in [dem betroffenen Staat] unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, auch indem sie an der Planung, Befehligung, Anordnung oder Durchführung völkerrechtswidriger Angriffe auf die Zivilbevölkerung oder zivile Einrichtungen, einschließlich Bombenangriffen, unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, oder von Personen oder Einrichtungen, die in ihrem Namen handeln, oder Personen und Einrichtungen, die für solche Personen oder in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln,] stehen, unverzüglich einfrieren werden, und beschließt ferner, dass alle Mitgliedstaaten sicherstellen werden, dass ihre Staatsangehörigen oder Personen oder Einrichtungen innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die in [der Anlage zu der Resolution, mit der Sanktionen verhängt werden,] genannten oder von dem Ausschuss benannten Personen oder Einrichtungen oder zu ihren Gunsten keine Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen

S/RES/1970 (2011),  
Ziff. 17

	alle Staaten [werden] ... die notwendigen Maßnahmen treffen ... um die Einreise oder Durchreise aller von [dem Sanktionsausschuss] ... bezeichneten Personen in beziehungsweise durch ihr Hoheitsgebiet zu verhindern	S/RES/1807 (2008), Ziff. 9	
<b>Rechenschaftspflicht</b>	erneut erklärend, dass alle Personen, die [in dem betroffenen Land Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen] begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen und dass einige dieser Handlungen Straftaten nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs darstellen können, dessen Vertragspartei [das betroffene Land] ist, und in dieser Hinsicht unter Hinweis auf die Erklärung de[s] Ankläger[s] des Internationalen Strafgerichtshofs vom [Datum]	S/RES/2121 (2013), PA 5	Siehe z.B. auch S/RES/2113 (2013), PA 21; S/RES/2111 (2013), PA 6; S/RES/2102 (2013), Ziff. 8; S/RES/2078 (2012), PA 10 und Ziff. 19; S/RES/2071 (2012), PA 14; S/RES/2067 (2012), PA 17 und Ziff. 15; S/RES/2027 (2011), Ziff. 10; S/RES/2000 (2011), PA 15;
	... betonend, wie wichtig es ist, [behauptete Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht], namentlich diejenigen, die während der Krise ... von allen Parteien begangen worden sind, zu untersuchen, ungeachtet ihrer Rechtsstellung oder politischen Zugehörigkeit, bekräftigend, dass die für diese Rechtsverletzungen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und ungeachtet ihrer politischen Zugehörigkeit vor Gericht gestellt werden müssen, während die Rechte der Inhaftierten zu achten sind, ... mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Regierung, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit zu verstärken und zu beschleunigen	S/RES/2112 (2013), PA 11	S/RES/1975 (2011), PA 11; S/RES/1959 (2010), Ziff. 11; S/RES/1952 (2010), Ziff. 12; S/RES/1906 (2009), Ziff. 3; S/RES/1902 (2009), PA 11 und Ziff. 18; S/RES/1863 (2009), PA 10; S/RES/1828 (2008), PA 8; S/RES/1826 (2008), PA 9; S/RES/1816 (2008), Ziff. 11; S/RES/1769 (2007), PA 12; S/RES/1674 (2006), Ziff. 8 und 11; S/RES/1591 (2005), PA 5; S/RES/1577 (2004), Ziff. 2; S/RES/1565 (2004), Ziff. 19; S/RES/1564 (2004), PA 9 und Ziff. 7; S/RES/1556 (2004), PA 10 und Ziff. 6; S/RES/1479 (2003), Ziff. 8; S/RES/1468 (2003), Ziff. 2; S/RES/1296 (2000), Ziff. 17; S/RES/1291 (2000), Ziff. 15; und S/RES/1289 (2000), Ziff. 17 und
	mit dem Ausdruck seiner ernststen Besorgnis ... über die Unfähigkeit der Behörden, die Verantwortlichen [für Menschenrechtsverletzungen] zur Rechenschaft zu ziehen	S/RES/2109 (2013), PA 9	S/PRST/2013/2, Abs. 8
	... mit der Forderung, alle diejenigen rasch festzunehmen, vor Gericht zu stellen und zur Rechenschaft zu ziehen, die für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht oder Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, namentlich für diejenigen, bei denen Gewalt oder Missbrauchshandlungen an Kindern und Akte sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt begangen wurden	S/RES/2098 (2013), PA 19	
	mit der Aufforderung an die Regierung ..., alle ihre Verpflichtungen zu erfüllen, namentlich indem sie ... wirksame Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass jeder, der schwere Verstöße gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht begangen hat, zur Rechenschaft gezogen wird	S/RES/2091 (2013), PA 17	

unter Hinweis auf seine Resolutionen, in denen er bekräftigte, dass es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben kann, und daran erinnernd, welche Bedeutung der Sicherheitsrat der Beendigung der Straflosigkeit und der Gewährleistung von Gerechtigkeit in Bezug auf die in [dem betroffenen Land/Gebiet] begangenen Verbrechen beimisst, ...

S/RES/2063 (2012),  
PA 5

betont, dass alle für Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlichen Personen zur Rechenschaft gezogen werden müssen, und unterstreicht, dass eine den internationalen Normen entsprechende umfassende, unabhängige und unparteiische Untersuchung der mutmaßlichen Menschenrechtsverstöße und -verletzungen durchgeführt werden muss, um Straflosigkeit zu verhindern und sicherzustellen, dass die Urheber voll zur Rechenschaft gezogen werden

S/RES/2051 (2012),  
Ziff. 7

fordert die Behörden [des betroffenen Landes] auf, Straflosigkeit zu bekämpfen und alle Urheber von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, auch soweit sie von illegalen bewaffneten Gruppen oder Elementen der [nationalen] Sicherheitskräfte ... verübt werden, zur Rechenschaft zu ziehen

S/RES/1996 (2011),  
Ziff. 13

... betonend, dass diejenigen, die für die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung, einschließlich aus der Luft und von See, verantwortlich sind oder daran mitbeteiligt waren, zur Rechenschaft gezogen werden müssen

S/RES/1973 (2011),  
PA 14

fordert die Regierung [des betroffenen Landes] nachdrücklich auf, die volle Umsetzung ihrer Nulltoleranzpolitik in Bezug auf die von Elementen der Streitkräfte ... begangenen Disziplinarverstöße und Menschenrechtsverletzungen, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, zu gewährleisten, und fordert ferner nachdrücklich dazu auf, dass alle Berichte über solche Rechtsverletzungen mit Unterstützung [der Mission] gründlich untersucht und alle Verantwortlichen im Rahmen eines robusten und unabhängigen Verfahrens vor Gericht gestellt werden

S/RES/1906 (2009),  
Ziff. 11

bekräftigt seine entschiedene Ablehnung der Straflosigkeit für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen und betont in diesem Zusammenhang, dass die Staaten die Verantwortung für die Einhaltung ihrer einschlägigen Verpflichtungen tragen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, eingehende Ermittlungen anzustellen und die für Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die

S/RES/1894 (2009),  
Ziff. 10

	<p>Menschlichkeit oder andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen, um Verstöße zu verhüten, ihre Wiederholung zu verhindern und dauerhaften Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit und Aussöhnung herbeizuführen</p> <p>fordert die [nationalen] Behörden erneut auf, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, insbesondere auch indem sie die Urheber von schweren Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht unverzüglich vor Gericht stellen, und bei der Auswahl von Bewerbern für Amtspositionen, darunter Schlüsselstellen in den Streitkräften, der Nationalpolizei und anderen Sicherheitsdiensten, deren vergangenes Verhalten hinsichtlich der Achtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte zu berücksichtigen</p> <p>verurteilt entschieden die systematischen Gewalthandlungen gegen Zivilpersonen, einschließlich der Massaker, sowie die anderen Gräueltaten und Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, insbesondere die sexuellen Gewalthandlungen gegen Frauen und Mädchen, betont, dass die Verantwortlichen, auch auf Führungsebene, vor Gericht gestellt werden müssen, und fordert alle Parteien, einschließlich [des betroffenen Staates], nachdrücklich auf, alles Notwendige zu tun, um weitere Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, insbesondere soweit Zivilpersonen davon betroffen sind, zu verhindern</p> <p>bekräftigt, dass alle Konfliktparteien gehalten sind, ihre Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und insbesondere aus den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zu erfüllen, und dass Personen, die schwerwiegende Verstöße gegen die Abkommen begehen oder ihre Begehung anordnen, für diese Verstöße individuell verantwortlich sind</p>	<p>S/RES/1756 (2007), Ziff. 12</p> <p>S/RES/1493 (2003), Ziff. 8</p> <p>S/RES/1193 (1998), Ziff. 12</p>
<p><b>Schaffung von Ad-hoc-Justizmechanismen und Untersuchungskommissionen</b></p>	<p>unterstreichend, wie wichtig Mechanismen zur Unrechtsaufarbeitung für die Förderung einer dauerhaften Aussöhnung unter allen [Menschen des betroffenen Landes] sind, unter Kenntnisnahme des von der Regierung .erarbeiteten und am [Datum] dem Parlament vorgelegten Gesetzentwurfs über die Kommission für Wahrheit und Aussöhnung und in diesem Zusammenhang an die Zusage der Regierung ... erinnernd, im Einklang mit den Ergebnissen der ... nationalen Konsultationen, der [einschlägigen] Resolution ... des Sicherheitsrats und dem [maßgeblichen Abkommen] ...</p>	<p>S/RES/2090 (2013), PA 11</p> <p>Siehe z.B. auch S/RES/2112 (2013), Ziff. 16; S/RES/2097 (2013), PA 8; S/RES/2027 (2011), Ziff. 12; S/RES/2014 (2011), PA 7; S/RES/1948 (2010), Ziff. 3; S/RES/1902 (2009), Ziff. 17; S/RES/1888 (2009), PA 8; und S/RES/1674 (2006), Ziff. 7 und S/PRST/2013/2, Abs. 8 und 9.</p>

- |  |                                |
|--|--------------------------------|
| fordert die [nationale] Regierung ... nachdrücklich auf, ohne weitere Verzögerung Gesetze zur Unrechtsaufarbeitung zu erlassen, um die Aussöhnung zu unterstützen  | S/RES/2051 (2012),<br>Ziff. 10 |
| mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die gewaltsamen Ereignisse vom [Datum] und begrüßend, dass die Regierung ... eine unabhängige Sonderuntersuchungskommission eingesetzt hat, mit dem Auftrag, im Rahmen eines den internationalen Normen entsprechenden unabhängigen und unparteiischen Verfahrens die Ereignisse zu untersuchen und die Tatsachen und Umstände festzustellen, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden  | S/RES/2025 (2011),<br>PA 11    |
| fordert alle Parteien ... auf, uneingeschränkt mit der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zusammenzuarbeiten, die der Menschenrechtsrat am [Datum] eingesetzt hat, um die Tatsachen und Umstände rund um die behaupteten schweren Menschenrechtsverletzungen und -verstöße ... in [dem betroffenen Land] zu untersuchen, und ersucht den Generalsekretär, den daraus hervorgehenden Bericht dem Sicherheitsrat und den anderen zuständigen internationalen Organen zu übermitteln  | S/RES/1975 (2011),<br>Ziff. 8  |
| beschließt, dass alle Staaten mit dem [Ad-hoc-Justizmechanismus] ... voll zusammenarbeiten werden und dass daher alle Staaten alle nach ihrem innerstaatlichen Recht erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen haben, um die Bestimmungen [der] Resolution [zur Einrichtung des Ad-hoc-Justizmechanismus] und des Statuts des Mechanismus umzusetzen, was auch die Verpflichtung der Staaten einschließt, Rechtshilfeersuchen oder Anordnungen des Mechanismus nach seinem Statut nachzukommen   | S/RES/1966 (2010),<br>Ziff. 9  |
| weist darauf hin, dass Rechenschaftspflicht für ... schwere Verbrechen gewährleistet werden muss, indem Maßnahmen auf nationaler Ebene ergriffen werden und die internationale Zusammenarbeit zur Unterstützung nationaler Mechanismen verstärkt wird, lenkt die Aufmerksamkeit auf die gesamte Bandbreite der Justiz- und Aussöhnungsmechanismen, die in Betracht zu ziehen sind, wie etwa nationale, internationale und „gemischte“ Strafgerichtshöfe, Wahrheits- und Aussöhnungskommissionen sowie nationale Wiedergutmachungsprogramme für die Opfer und institutionelle Reformen, und unterstreicht die Rolle des Rates bei der Beendigung der Straflosigkeit | S/RES/1894 (2009),<br>Ziff. 11 |
| ersucht den Generalsekretär, rasch eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen, um Berichte über Verstöße  | S/RES/1564 (2004),<br>Ziff. 12 |

	<p>gegen das humanitäre Völkerrecht und gegen die Menschenrechte ... durch alle Parteien umgehend zu untersuchen, um außerdem festzustellen, ob Völkermordhandlungen stattgefunden haben oder nicht, und um die Urheber solcher Verstöße zu ermitteln, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können, fordert alle Parteien auf, mit einer solchen Kommission uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, ...</p> <p>betont, dass es Aufgabe der Staaten ist, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts verantwortlichen Personen strafrechtlich zu verfolgen, bekräftigt die Möglichkeit, zu diesem Zweck die gemäß Artikel 90 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen geschaffene Internationale Ermittlungskommission heranzuziehen, ...</p> <p>beschließt hiermit, nach Erhalt des Ersuchens [des betroffenen Staates], einen internationalen Gerichtshof zu schaffen, zu dem ausschließlichen Zweck der Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet [des betroffenen Staates] [innerhalb eines bestimmten Zeitraums] verantwortlich sind, und der Verfolgung [von] Staatsangehörige[n] [des betroffenen Staates], die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind</p> <p>beschließt hiermit, einen internationalen Gerichtshof zu schaffen zu dem ausschließlichen Zweck, die Personen zu verfolgen, die für die zwischen [Daten] im Hoheitsgebiet [des betroffenen Staates] begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich sind</p>	<p>S/RES/1265 (1999), Ziff. 6</p> <p>S/RES/955 (1994), Ziff. 1</p> <p>S/RES/827 (1993), Ziff. 2</p>	
<p><b>Situationen, die mit Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen verbunden sind, dem Internationalen Strafgerichtshof unterbreiten und mit ihm zusammenarbeiten</b></p>	<p>... die Regierung ... ermutigend, ihre enge Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof fortzusetzen</p> <p>in dieser Hinsicht erneut erklärend, dass alle diejenigen, die [unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen Gewalt-]Handlungen begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen und dass einige der [in der einschlägigen Bestimmung] genannten Handlungen möglicherweise Verbrechen nach dem Römischen Statut darstellen, und davon Kenntnis nehmend, dass die ...[B]ehörden [des betroffenen Landes] die seit [Datum] in [dem betroffenen Land] herrschende Situa-</p>	<p>S/RES/2101 (2013), PA 16</p> <p>S/RES/2100 (2013), PA 10</p>	<p>Siehe z.B. auch S/RES/2112 (2013), PA 13; S/RES/2098 (2013), PA 20; S/RES/2095 (2013), PA 6 und Ziff. 4; S/RES/1991 (2011), Ziff. 19; S/RES/1970 (2011), Ziff. 4; S/RES/1906 (2009), PA 10.</p>

tion am [Datum] dem Internationalen Strafgerichtshof unterbreitet haben und dass der Ankläger des Gerichtshofs am [Datum] Ermittlungen wegen der seit [Datum] im Hoheitsgebiet [des betroffenen Landes] angeblich begangenen Verbrechen aufgenommen hat

Der Rat stellt fest, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit für die schwersten Verbrechen von internationalem Belang und die diesbezügliche Rechenschaftspflicht durch die Behandlung und Verfolgung dieser Verbrechen am Internationalen Strafgerichtshof, im Einklang mit dem Römischen Statut, an den Ad-hoc- und gemischten Gerichtshöfen sowie in den Sonderkammern nationaler Gerichte gestärkt worden sind. In dieser Hinsicht erklärt der Rat erneut, wie wichtig es ist, dass die Staaten im Einklang mit ihren jeweiligen Verpflichtungen mit diesen Gerichtshöfen und Gerichten zusammenarbeiten, und bekundet seine Entschlossenheit zur wirksamen Weiterverfolgung der diesbezüglichen Ratsbeschlüsse. Der Rat beabsichtigt, den Kampf gegen die Straflosigkeit energisch fortzusetzen, und lenkt außerdem die Aufmerksamkeit auf die gesamte Bandbreite der Justiz- und Aussöhnungsmechanismen, darunter Wahrheits- und Aussöhnungskommissionen, nationale Wiedergutmachungsprogramme und institutionelle und rechtliche Reformen, einschließlich Garantien der Nichtwiederholung. Der Rat bekräftigt seine Bereitschaft, geeignete Maßnahmen gegen diejenigen zu beschließen, die gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen verstoßen

S/PRST/2013/2,  
Abs. 9

betont, wie wichtig es ist, dass die [betroffene] Regierung sich aktiv bemüht, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Land Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, und zu diesem Zweck auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten, so auch mittels ihrer laufenden Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof, und legt [der Mission] nahe, von ihren bestehenden Befugnissen Gebrauch zu machen, um der [betroffenen] Regierung in dieser Hinsicht behilflich zu sein

S/RES/2078 (2012),  
Ziff. 19

beschließt ..., dass die ... Behörden [des betroffenen Landes] gemäß [der Resolution, mit der die Situation dem Internationalen Strafgerichtshof unterbreitet wird,] mit dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Ankläger uneingeschränkt zusammenarbeiten und ihnen jede erforderliche Unterstützung gewähren müssen, und fordert, wenngleich er anerkennt, dass den Staaten, die nicht Vertragspartei des Römischen Statuts des Gerichtshofs sind, keine

S/RES/1970 (2011),  
Ziff. 5

	<p>Verpflichtung nach dem Römischen Statut obliegt, alle Staaten und zuständigen regionalen und anderen internationalen Organisationen nachdrücklich auf, mit dem Gerichtshof und dem Ankläger uneingeschränkt zusammenzuarbeiten</p> <p>es begrüßend, dass sich die Regierung [des betroffenen Landes] verpflichtet hat, diejenigen, die für Gräueltaten in dem Land verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen, Kenntnis nehmend von der Zusammenarbeit der Regierung [des betroffenen Landes] mit dem Internationalen Strafgerichtshof und betonend, wie wichtig es ist, sich aktiv zu bemühen, diejenigen, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Land verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen, und zu diesem Zweck auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten</p> <p>tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, beschließt, die Situation ... dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs zu unterbreiten; beschließt ..., dass [der betroffene Staat] und alle anderen Parteien des Konflikts ... gemäß dieser Resolution mit dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Ankläger uneingeschränkt zusammenarbeiten und ihnen jede erforderliche Unterstützung gewähren müssen, und wenngleich er anerkennt, dass den Staaten, die nicht Vertragspartei des Römischen Statuts des Gerichtshofs sind, keine Verpflichtung nach dem Statut obliegt, fordert er alle Staaten und zuständigen regionalen und anderen internationalen Organisationen nachdrücklich zur uneingeschränkten Zusammenarbeit auf; bittet den Gerichtshof und [die zuständigen Regionalorganisationen], praktische Regelungen zur Erleichterung der Arbeit des Anklägers und des Gerichtshofs zu erörtern, darunter die Möglichkeit, Verfahren in der Region durchzuführen, was zu den regionalen Bemühungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit beitragen würde</p>	<p>S/RES/1925 (2010), PA 12</p> <p>S/RES/1593(2005), PA 6 und Ziff. 1-3</p>	
<b>Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit</b>	<p>mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Sicherheitslage in [dem betroffenen Land], die durch einen völligen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung und fehlende Rechtsstaatlichkeit gekennzeichnet ist, ferner mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Folgen der Instabilität in [dem betroffenen Land] für die ... Region und darüber hinaus und in dieser Hinsicht betonend, dass rasch gehandelt werden muss</p> <p>in diesem Zusammenhang betonend, wie wichtig es ist, dass die ... Regierung weitere Fortschritte bei der Beendigung der Straflosigkeit und der Stärkung der Justi-</p>	<p>S/RES/2121 (2013), PA 3</p> <p>S/RES/2120 (2013), PA 28</p>	<p>Siehe z.B. auch S/RES/2116 (2013), Ziff.19; S/RES/2070 (2012), PA 25; S/RES/2067 (2012), Ziff. 11; S/RES/2066 (2012), Ziff. 8 und 18; S/RES/2012 (2011), PA 21 und 23; S/RES/1917 (2010), Ziff. 33; S/RES/1906 (2009), Ziff. 3; S/RES/1896 (2009), PA 11; S/RES/1892 (2009), PA 7 und 9; und</p>



- zinstitutionen, bei dem Wiederaufbau und der Reform des Strafvollzugswesens sowie bei der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte innerhalb [des betroffenen Landes], namentlich auch für Frauen und Mädchen, ... erzielt, und in dieser Hinsicht unter Begrüßung des Planes für die Nationalpolizei und der darin festgelegten Ziele, die Ausbildung auf dem Gebiet der Menschenrechte, einschließlich Geschlechterfragen, ... zu verstärken, ... S/RES/1868 (2009), PA 15 und Ziff. 23.
- erklärt erneut, wie wichtig die vollständige, zeitlich abgestufte, frühzeitige und koordinierte Umsetzung [der nationalen Justizprogramme] durch alle maßgeblichen [nationalen] Institutionen und sonstigen Akteure ist, um die Errichtung eines fairen und transparenten Justizsystems zu beschleunigen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und zur Festigung der Rechtsstaatlichkeit im ganzen Land beizutragen S/RES/2041 (2012), Ziff. 37
- aner kennend, dass die Stärkung der nationalen Menschenrechtsinstitutionen und die Achtung der Menschenrechte, ordnungsgemäße Verfahren, die Bekämpfung der Kriminalität und der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt und die Beendigung der Straflosigkeit für die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit und der Sicherheit in [dem betroffenen Land] unerlässlich sind S/RES/2012 (2011), PA 18
- fordert die Regierung ... auf, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die maßgeblichen Institutionen, darunter die Justiz sowie die Polizei und den Strafvollzug, wiederaufzubauen und zu stärken und ferner dafür zu sorgen, dass in [dem betroffenen Land] die Menschenrechte wirksam geschützt und alle diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden S/RES/2000 (2011), Ziff. 10
- begrüßt die im Hinblick auf die Reform der rechtsstaatlichen Institutionen unternommenen Schritte, ersucht [die Mission], auch weiterhin die diesbezüglich notwendige Unterstützung zu gewähren, und ermutigt die ... Behörden [des betroffenen Landes], diese Unterstützung in vollem Umfang zu nutzen, namentlich bei der Modernisierung der wichtigsten Rechtsvorschriften und bei der Durchführung des Justizreformplans, die notwendigen Schritte, einschließlich Ernennungen, zu unternehmen, die den übergeordneten Justizinstitutionen ein angemessenes Arbeiten ermöglichen, und das Problem der langandauernden Untersuchungshaft und der Überbelegung der Gefängnisse anzugehen, unter besonderer Berücksichtigung von Kindern S/RES/1892 (2009), Ziff. 15

	bittet [den betroffenen Staat], mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft auch weiterhin auf die Schaffung eines fairen und transparenten Justizsystems hinzuarbeiten, namentlich die Wiederherstellung und Reform des Strafvollzugs, um die Rechtsstaatlichkeit im ganzen Land zu stärken und die Straflosigkeit zu beseitigen, ...	S/RES/1746 (2007), Ziff. 13
	[den betroffenen Staat] nachdrücklich auffordernd, in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft eine umfassende Reform der Polizei sowie des Justiz- und Strafvollzugssystems durchzuführen, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen und der Straflosigkeit ein Ende zu setzen	S/RES/1702 (2006), PA 9
	fordert alle beteiligten Parteien auf, dafür zu sorgen, dass alle Friedensprozesse, Friedensabkommen und Wiederherstellungs- und Wiederaufbaupläne nach einem Konflikt ... konkrete Maßnahmen für den Schutz von Zivilpersonen enthalten, namentlich ... v) die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit ...	S/RES/1674 (2006), Ziff. 11
<b>Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung</b>	verlangt, dass die Elemente [einer bestimmten bewaffneten Gruppe] und alle anderen bewaffneten Gruppen ihre Waffen sofort niederlegen, und fordert sie nachdrücklich auf, an den Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogrammen oder an den Entwaffnungs-, Demobilisierungs-, Repatriierungs-, Neuansiedlungs- und Wiedereingliederungsprogrammen teilzunehmen	S/RES/2121 (2013), Ziff. 8
	... fordert die Regierung nachdrücklich auf, die Entwaffnung und Demobilisierung von [Anzahl] ehemaligen Kombattanten bis Ende [Jahr] rasch durchzuführen und den Prozess bis [Jahr] abzuschließen, ... betont in dieser Hinsicht, dass Lösungen für eine dauerhafte soziale und wirtschaftliche Eingliederung der ehemaligen Kombattanten, einschließlich ehemaliger Kombattantinnen, entwickelt werden müssen, und legt ferner dem Landesteam der Vereinten Nationen nahe, die Planung und Durchführung von Programmen, die diesen Prozess unterstützen, in Konsultation mit [der Mission] und der Regierung und in enger Zusammenarbeit mit allen internationalen Partnern zu erleichtern	S/RES/2112 (2013), Ziff. 11
	unterstreicht, dass dringend weitere Fortschritte dabei erzielt werden müssen, der Bedrohung durch ausländische und nationale bewaffnete Gruppen zu begegnen, insbesondere durch weitere Fortschritte bei dem Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung, fordert die internationale Gemeinschaft und die Geber nach-	S/RES/2053 (2012), Ziff. 22

	drücklich auf, die Regierung [des betroffenen Landes] und [die Mission] bei den Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung zu unterstützen, fordert die Regierung [des betroffenen Landes] und die Nachbarstaaten auf, an dem Prozess beteiligt zu bleiben, und fordert die Regierung nachdrücklich auf, das nationale Programm für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der [in den betroffenen Gebieten] noch verbliebenen [nationalen] bewaffneten Elemente mit Unterstützung [der Mission] voranzubringen	
	betonend, wie dringlich es für die langfristige Stabilisierung [des betroffenen Landes] ist, eine umfassende Reform des Sicherheitssektors durchzuführen und die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der [nationalen] bewaffneten Gruppen beziehungsweise die Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung der ausländischen bewaffneten Gruppen zu erreichen, in Anbetracht der Notwendigkeit, die Sicherheitsbedingungen für die Gewährleistung einer dauerhaften Wirtschaftsentwicklung zu schaffen, und betonend, wie wichtig die von den internationalen Partnern auf diesen Gebieten geleisteten Beiträge sind	S/RES/1925 (2010), PA 4
	unter Betonung der Wichtigkeit ... der dauerhaften Entwaffnung, Demobilisierung, Neuansiedlung beziehungsweise Repatriierung und der Wiedereingliederung der [nationalen] und ausländischen bewaffneten Gruppen für die langfristige Stabilisierung [des betroffenen Landes] sowie des von den internationalen Partnern auf diesem Gebiet geleisteten Beitrags	S/RES/1906 (2009), PA 3
	legt den ... Parteien eindringlich nahe, weitere Fortschritte zu erzielen, um den Wiedervereinigungs- und Entwaffnungsprozess voranzubringen, und legt den internationalen Gebern nahe, sie dabei nach Bedarf zu unterstützen	S/RES/1880 (2009), Ziff. 13
<b>Reform des Sicherheitssektors</b>	beschließt, dass das Waffenembargo gegen [Land] bis zum [Datum] keine Anwendung auf Lieferungen von Waffen oder militärischem Gerät oder die Bereitstellung von Beratung, Hilfe oder Ausbildung findet, die ausschließlich zum Aufbau der Sicherheitskräfte [des betroffenen Landes] und zur Gewährleistung der Sicherheit der ... Bevölkerung [des betroffenen Landes] bestimmt sind, außer in Bezug auf die Lieferung der in [der Anlage der Resolution] genannten Gegenstände	S/RES/2111 (2013), Ziff. 6
	erklärt erneut, wie wichtig es ist, die Funktionsfähigkeit, die Professionalität und die	S/RES/2096 (2013), Ziff. 24
		Siehe z.B. auch S/RES/2121 (2013), Ziff. 17; S/RES/2120 (2013), PA 12; S/RES/2112 (2013), PA 9 und 10; S/RES/2103 (2013), Ziff. 9; S/RES/2093 (2013), PA 12; S/RES/2076 (2012), Ziff. 17; S/RES/2069 (2012), PA 12, Ziff. 4 und 6; S/RES/2031 (2011), Ziff. 9; S/RES/2030 (2011), Ziff. 5;

Rechenschaftspflicht des ... Sicherheitssektors [des betroffenen Landes] innerhalb eines umfassenden Rahmens durch geeignete Überprüfungsverfahren und Maßnahmen in den Bereichen Ausbildung, Mentoring, Ausrüstung und Ermächtigung, für Frauen wie auch für Männer, zu steigern, um raschere Fortschritte in Richtung auf das Ziel eigenständiger und ethnisch ausgewogener ... Sicherheitskräfte [des betroffenen Landes] zu erzielen, die für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit im gesamten Land sorgen, und betont, wie wichtig ein langfristiges Engagement der internationalen Gemeinschaft über [Jahr] hinaus ist, um sicherzustellen, dass die ... nationalen Sicherheitskräfte einsatzfähig, professionell und tragfähig sind	S/RES/2000 (2011), PA 9; S/RES/1991 (2011), Ziff. 2; S/RES/1974 (2010), PA 22; S/RES/1959 (2010), Ziff. 8; S/RES/1949 (2010), PA 7; S/RES/1925 (2010), Ziff. 5; S/RES/1906 (2009), PA 3, Ziff. 3 und 4; S/RES/1896 (2009), PA 10; und S/RES/1872 (2009), PA 9.
unterstreichend, wie wichtig der Aufbau der Kapazitäten der Sicherheitskräfte der ...[R]egierung ... ist, und in dieser Hinsicht erneut erklärend, dass der Wiederaufbau, die Ausbildung, die Ausrüstung und die Erhaltung der [nationalen] Sicherheitskräfte wichtig und für die langfristige Stabilität und Sicherheit [des betroffenen Landes] unverzichtbar sind, mit dem Ausdruck seiner Unterstützung für die [laufenden internationalen] Kapazitätsaufbauprogramme und betonend, wie wichtig eine stärkere koordinierte, rechtzeitige und dauerhafte Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft ist	S/RES/2093 (2013), PA 6
unterstreicht, wie wichtig die Reform des Sicherheitssektors ist, und legt allen internationalen Partnern eindringlich nahe, zusammen mit [der Mission] weiterhin die Anstrengungen [des betroffenen Landes] zu unterstützen, die nationalen Sicherheitsdienste und die Polizei zu professionalisieren und ihre Kapazität zu stärken, insbesondere durch Überprüfung im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen, Ausbildung in Bezug auf Fragen der Menschenrechte und der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt und Förderung einer starken zivilen Aufsicht und Überwachung, mit dem Ziel, die Strukturen des Sicherheitssektors zu festigen	S/RES/2090 (2013), Ziff. 11
unterstreicht die Notwendigkeit einer gesamt[nationalen] Strategie für die Reform des Sicherheitssektors, in deren Mittelpunkt die Professionalisierung der Institutionen des Sicherheitssektors, einschließlich der Aufsichtsorgane, steht und die dazu beiträgt, die Kohärenz, die Effizienz und die Vermeidung von Doppelungen oder Lücken zu gewährleisten, ermutigt gleichzeitig die Regierung [des betroffenen Landes], mit [der Mission] eine neue strategische Partnerschaft auf dem Gebiet der Reform des Sicherheitssektors einzugehen, um die Prioritäten jeder Einzel-	S/RES/2053 (2012), Ziff. 9

komponente dieses Sektors sowie mögliche neue Ansätze zu ermitteln, wie [die Mission] die [nationalen] Behörden bei der Reform des Sicherheitssektors unterstützen kann, um die Kapazitäten des Militärs, der Polizei, der Justiz und anderer Sicherheitsinstitutionen auszubauen und so die [nationale] staatliche Autorität zu konsolidieren, und ersucht den Generalsekretär, in einem Anhang zu seinem im [Fälligkeitsdatum] vorzulegenden Bericht über diese Prioritäten und Ansätze Bericht zu erstatten

betonend, wie wichtig die Durchführung der Reform des Sicherheitssektors, einschließlich der Ausübung einer wirksamen und verantwortungsvollen zivilen Kontrolle über die Sicherheitskräfte, als ein entscheidendes Element für die langfristige Stabilität in [dem betroffenen Land] ist, wie in [dem maßgeblichen Dokument] vorgesehen, und unterstreichend, dass die Polizeikräfte in [dem betroffenen Land] die Verantwortung für den Schutz der staatlichen Institutionen und der Zivilbevölkerung tragen

S/RES/2048 (2012),  
PA 12

begrüßt es, dass wieder neue Kräfte für die ... Nationalpolizei ausgebildet und befördert werden, betont die Notwendigkeit der Rechenschaftslegung und eines robusten Überprüfungsprozesses und unterstreicht, wie grundlegend wichtig es ist, dass die internationale Gemeinschaft ihre Unterstützung für den Aufbau der Kapazitäten der [Nationalpolizei] fortsetzt und verstärkt, insbesondere durch vermehrte Betreuung und die Ausbildung von spezialisierten Einheiten

S/RES/2012 (2011),  
Ziff. 10

fordert die ... Behörden [des betroffenen Staates] erneut auf, mit Unterstützung [der Mission] und im Einklang mit internationalen Standards einen wirksamen Überprüfungsmechanismus für die [Streitkräfte] und die nationalen Sicherheitskräfte einzurichten, um sicherzustellen, dass Personen ausgeschlossen werden, die mit Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und mit Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen, und gegebenenfalls ein Gerichtsverfahren gegen diese Personen einzuleiten

S/RES/1906 (2009),  
Ziff. 32

fordert die ... Regierung auf, ... den rechtlichen und politischen Rahmen für die Tätigkeit ihrer Sicherheitskräfte auszubauen, einschließlich Lenkungs-, Überprüfungs- und Aufsichtsmechanismen, welche die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte gewährleisten

S/RES/1872 (2009),  
Ziff. 10

<b>Rolle der Friedenssicherungs-missionen der Vereinten Nationen und der sonstigen maßgeblichen Akteure bei der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der Förderung der Rechenschaftspflicht</b>	beschließt, das Mandat [der Mission] zu stärken und wie folgt zu aktualisieren:	S/RES/2121 (2013), Ziff.10 d)	S/RES/2100 (2013), Ziff. 16 und 27;
	...		S/RES/2095 (2013), Ziff. 7; S/RES/2090 (2013), Ziff. 7;
	d) <i>Förderung und Schutz der Menschenrechte:</i>		S/RES/2066 (2012), Ziff. 8; S/RES/2062 (2012), Ziff. 13;
	zur Stärkung der Kapazitäten des Justizsystems, einschließlich Mechanismen zur Unrechtsaufarbeitung, sowie der nationalen Menschenrechtsinstitutionen beizutragen und bei den Bemühungen um die nationale Aussöhnung behilflich zu sein		S/RES/2027 (2011), Ziff. 9 und 11; S/RES/1996 (2011), Ziff. 3 und 18; S/RES/1936 (2010), PA 7; S/RES/1927 (2010), Ziff. 6;
	fordert die Regierung mit allem Nachdruck auf, möglichst schnell dafür zu sorgen, dass alle diejenigen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, namentlich während und nach der Krise ... in [dem betroffenen Land], verantwortlich sind, ungeachtet ihrer Rechtsstellung oder politischen Zugehörigkeit im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der Regierung vor Gericht gestellt werden und dass alle Inhaftierten auf transparente Weise über ihren Status aufgeklärt werden, und legt der Regierung eindringlich nahe, ihre Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof fortzusetzen	S/RES/2112 (2013), Ziff. 15	S/RES/1923 (2010), Ziff. 8; S/RES/1906 (2009), Ziff. 39; S/RES/1892 (2009), Ziff. 10; S/RES/1890 (2009), Ziff. 4; S/RES/1872 (2009), Ziff.9; S/RES/1868 (2009), Ziff. 4; S/RES/1756 (2007), Ziff. 3; S/RES/1589 (2005), Ziff. 9; S/RES/1564 (2004), Ziff. 9; S/RES/1547 (2004), Ziff. 4; und S/RES/1528 (2004), Ziff. 6.
	... fordert die [nationalen] Behörden ... nachdrücklich auf, alles Notwendige zu tun, um die Menschenrechte zu schützen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, Untersuchungen einzuleiten, um die Täter zu ermitteln und vor Gericht zu stellen, und Maßnahmen zum Schutz der Zeugen zu ergreifen, um ein ordnungsgemäßes Verfahren zu gewährleisten, und fordert sie nachdrücklich auf, Schritte zu unternehmen, um das durch die Einschränkungen des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit entstandene Klima der Angst zu mindern	S/RES/2103 (2013), Ziff. 6	
	ermächtigt [die Mission], über ihre Militärkomponente, in Verfolgung der in [der einschlägigen Bestimmung] beschriebenen Ziele alle erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der folgenden Aufgaben durch ihre regulären Kräfte und gegebenenfalls ihre Interventionsbrigade zu ergreifen:	S/RES/2098 (2013), Ziff. 12 d)	
	...		
	<i>Unterstützung nationaler und internationaler Gerichtsverfahren</i>		
	die Regierung ... zu unterstützen und mit ihr zusammenzuarbeiten, um diejenigen, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in dem Land verantwortlich sind, festzunehmen und vor Gericht zu stellen, einschließlich		

durch die Zusammenarbeit mit den Staaten in der Region und dem Internationalen Strafgerichtshof

fordert [die Mission] auf, soweit es mit ihren Befugnissen und Verantwortlichkeiten vereinbar ist, auch weiterhin die nationalen und internationalen Anstrengungen zu unterstützen, die unternommen werden, um diejenigen, die schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in [dem betroffenen Land] begangen haben, ungeachtet ihrer Rechtsstellung oder politischen Zugehörigkeit vor Gericht zu stellen

S/RES/2062 (2012),  
Ziff. 13

legt der Regierung [des betroffenen Landes] nahe, wichtige internationale Menschenrechtsverträge und -übereinkünfte, einschließlich derjenigen, die sich auf Frauen und Kinder, auf Flüchtlinge und auf Staatenlosigkeit beziehen, zu ratifizieren und durchzuführen, und ersucht [die Mission], gemeinsam mit anderen Akteuren der Vereinten Nationen die Regierung [des betroffenen Landes] in dieser Hinsicht zu beraten und zu unterstützen

S/RES/2057 (2012),  
Ziff. 13

ersucht [die Mission], auch weiterhin übergangsweise die Rechtsdurchsetzung und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in den Distrikten und Bereichen, in denen die Wiederübernahme der Hauptverantwortung für die Polizeiaufgaben durch die [Nationalpolizei] noch aussteht, zu gewährleisten und der [Nationalpolizei] nach der Wiederübernahme der Hauptverantwortung für die Polizeiaufgaben operative Unterstützung ... zu gewähren

S/RES/1969 (2011),  
Ziff. 8

ersucht [die Mission], sich darauf zu konzentrieren und die Regierung [des betroffenen Landes] dabei zu unterstützen,

S/RES/1959 (2010),  
Ziff. 3 a) und c)

a) die Unabhängigkeit, die Kapazitäten und den rechtlichen Rahmen der wichtigen nationalen Institutionen, insbesondere der Justiz- und der parlamentarischen Institutionen, im Einklang mit den internationalen Normen und Grundsätzen zu stärken;

...

c) die Anstrengungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit zu unterstützen, insbesondere durch die Schaffung von Mechanismen der Unrechtsaufarbeitung, ... und operative Unterstützung für die Arbeit dieser Organe zu leisten

beschließt, dass die Mission den folgenden, hier nach Prioritäten geordneten Auftrag haben wird:

S/RES/1925 (2010),  
Ziff. 12 c), d), l), o) und p)

*Schutz von Zivilpersonen*

...

c) die Regierung [des betroffenen Landes] bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, den Schutz der Zivilpersonen vor Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und vor Menschenrechtsverletzungen, namentlich vor allen Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, zu gewährleisten, die Menschenrechte zu fördern und zu schützen und die Straflosigkeit zu bekämpfen, insbesondere durch die Umsetzung der Nulltoleranzpolitik der Regierung in Bezug auf Disziplinarvergehen, Verletzungen der Menschenrechte und Verstöße gegen das humanitäre Recht, die von Elementen der Sicherheitskräfte, insbesondere ihren neu integrierten Elementen, begangen werden;

d) die nationalen und internationalen Anstrengungen, Täter vor Gericht zu bringen, zu unterstützen, insbesondere durch die Einsetzung von Unterstützungszellen für die Strafverfolgung, um den Militärjustizbehörden ... bei der strafrechtlichen Verfolgung der von [den Streitkräften] festgenommenen Personen behilflich zu sein;

...

*Stabilisierung und Friedenskonsolidierung*

l) unter voller Berücksichtigung der Führungsrolle der Regierung [des betroffenen Landes] in enger Zusammenarbeit mit den anderen internationalen Partnern die [nationalen] Behörden bei ihren Anstrengungen zur Stärkung und Reform der Sicherheits- und Justizinstitutionen zu unterstützen;

...

o) in enger Abstimmung mit den [nationalen] Behörden ... ein mehrjähriges gemeinsames Justizunterstützungsprogramm der Vereinten Nationen auszuarbeiten und durchzuführen, um das Strafrechtssystem in den von Konflikten betroffenen Gebieten, Polizei, Richterschaft und Strafvollzug, aufzubauen und auf zentraler Ebene ... eine strategische programmatische Unterstützung einzurichten;

p) in enger Zusammenarbeit mit anderen internationalen Partnern die Anstrengungen zu unterstützen, die die Regierung [des betroffenen Landes] ... unternimmt, um die staatliche Autorität in dem von bewaffneten Gruppen freien Gebiet durch die Entsendung ausgebildeter [Kräfte der Nationalpolizei] zu konsolidieren und rechtsstaatliche Institutionen und eine Gebietsverwaltung aufzubauen; ...

ersucht [die Mission], weiterhin ... zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in [dem betroffenen Land] beizutragen, mit besonderem Augenmerk auf

S/RES/1880 (2009),  
Ziff. 26



	<p>Gewalt gegen Kinder und Frauen, Menschenrechtsverletzungen zu überwachen und bei ihrer Untersuchung behilflich zu sein, um der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, ... und ersucht ferner den Generalsekretär, in seine Berichte an den Sicherheitsrat weiterhin sachdienliche Angaben über die Fortschritte auf diesem Gebiet aufzunehmen</p> <p>beschließt, dass [die Friedenssicherungsmission] im Einklang mit ihrem bestehenden Mandat ..., wonach sie bei der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit, der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung ... behilflich ist, [den nationalen Behörden] in Abstimmung mit den maßgeblichen Akteuren Hilfe und Rat bei der Überwachung, Umstrukturierung, Reform und Stärkung des Justizsektors gewähren wird, namentlich durch fachliche Hilfe für die Überprüfung aller einschlägigen Rechtsvorschriften, die Bereitstellung von Fachpersonal, die rasche Festlegung und Durchführung von Maßnahmen gegen die Überbelegung von Haftanstalten und übermäßig lange Untersuchungshaft und die Koordinierung und Planung dieser Aktivitäten, und bittet [den betroffenen Staat], von dieser Hilfe vollen Gebrauch zu machen</p> <p>unterstreicht, wie wichtig eine Zivilpolizeikomponente bei Friedenssicherungseinsätzen ist, anerkennt die Rolle der Polizei bei der Gewährleistung der Sicherheit und des Wohls der Zivilbevölkerung und anerkennt in dieser Hinsicht die Notwendigkeit, die Kapazität der Vereinten Nationen zur raschen Dislozierung einer qualifizierten und gut ausgebildeten Zivilpolizei zu verstärken</p>	<p>S/RES/1702 (2006), Ziff. 14</p> <p>S/RES/1265 (1999), Ziff. 15</p>
<p><b>Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und der sonstigen maßgeblichen Akteure in Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogrammen und bei Reformen des Sicherheitssektors</b></p>	<p>beschließt, dass [die Mission] das folgende Mandat hat:</p> <p>...</p> <p><i>Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm und Einsammeln von Waffen</i></p> <p>der Regierung in enger Abstimmung mit anderen bilateralen und internationalen Partnern dabei behilflich zu sein, ohne weitere Verzögerung das neue nationale Programm zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten und zur Auflösung der Milizen und Selbstverteidigungsgruppen durchzuführen, unter Berücksichtigung der Rechte und Bedürfnisse der verschiedenen Personengruppen, die entwaffnet, demobilisiert und wiedereingegliedert werden sollen, einschließlich der Kinder und Frauen, die Registrierung und Überprüfung der ehemaligen Kombattanten zu unterstützen</p>	<p>S/RES/2112 (2013), Ziff. 6 c) und d)</p> <p>Siehe z.B. auch S/RES/2121 (2013), Ziff. 10; S/RES/2112 (2013), Ziff. 8, 11 und 12; S/RES/2109 (2013), Ziff. 24; S/RES/2100 (2013), Ziff. 22 und 23; S/RES/2085 (2012), Ziff. 8 und 9; S/RES/2053 (2012), Ziff. 8 - 11 und 22; S/RES/2040 (2012), Ziff. 6; S/RES/2030 (2011), Ziff. 6; S/RES/2027 (2011), Ziff. 6; S/RES/2012 (2011), Ziff. 9; S/RES/2000 (2011), Ziff. 7 e) und f); S/RES/1996 (2011), Ziff. 3; S/RES/1991 (2011), Ziff. 11 und 12;</p>

und dabei behilflich zu sein, die Verlässlichkeit der Listen ehemaliger Kombattanten zu bewerten und zu prüfen,

S/RES/1964 (2010),  
Ziff. 6, 8, 11 und 12;  
S/RES/1880 (2009),  
Ziff. 27.

die Entwaffnung und Repatriierung ausländischer bewaffneter Elemente, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der [Mission im Nachbarland] und den Landeteams der Vereinten Nationen in der Region, zu unterstützen, – den nationalen Behörden, namentlich der [relevanten Einrichtung], im Einklang mit [der einschlägigen] Resolution ... bei der Einsammlung, Registrierung, Sicherstellung und Entsorgung von Waffen und gegebenenfalls bei der Räumung explosiver Kampfmittelrückstände behilflich zu sein,

in Abstimmung mit der Regierung sicherzustellen, dass die eingesammelten Waffen nicht außerhalb der umfassenden nationalen Sicherheitsstrategie ... verteilt oder wiederverwendet werden,

*Wiedereinsetzung und Reform der Sicherheitsinstitutionen*

der Regierung dabei behilflich zu sein, unverzüglich und in enger Abstimmung mit anderen internationalen Partnern ihre umfassende nationale Sicherheitsstrategie umzusetzen,

die Regierung bei der wirksamen, transparenten und harmonisierten Koordinierung der Hilfe, die die internationalen Partner zum Prozess der Sicherheitssektorreform leisten, einschließlich der Förderung einer klaren Teilung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten, zu unterstützen,

die Regierung gegebenenfalls bei der Reform des Sicherheitssektors und der Organisation der künftigen Nationalarmee zu beraten, im Rahmen ihrer derzeitigen Mittel, auf Ersuchen der Regierung und in enger Abstimmung mit den anderen internationalen Partnern die Durchführung von Schulungen für Sicherheits- und Strafverfolgungsinstitutionen auf dem Gebiet der Menschenrechte, des Kinderschutzes und des Schutzes vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus zu erleichtern, indem sie technische Hilfe, gemeinsame Standorte und Mentorenprogramme für die Beamten in Polizei, Gendarmerie, Justiz und Strafvollzug bereitstellt, und zur Wiederherstellung ihrer Präsenz in ganz [Name des betroffenen Landes] beizutragen und Unterstützung zur Entwicklung eines nachhaltigen Mechanismus zur Überprüfung des zur Aufnahme in die Institutionen des Sicherheitssektors vorgesehenen Personals anzubieten

ermächtigt die [Mission], über ihre zivile Komponente, in Abstimmung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen ... zu den folgenden Aufgaben beizutragen:

S/RES/2098 (2013),  
Ziff. 15 d) und f)

...

d) der Regierung ... Gute Dienste, Rat und Unterstützung bei der Konzipierung eines einzigen übergreifenden Plans zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung ausländischer und [nationaler] Kombattanten zu leisten, die nicht verdächtigt werden, Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder schwere Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben, einschließlich Angehöriger der [nationalen Streitkräfte], und die Umsetzung dieses Plans gegebenenfalls zu unterstützen;

...

f) der Regierung ... Gute Dienste, Rat und Unterstützung bei der Reform der Polizei zu leisten und zu diesem Zweck auch zur Ausbildung von Bataillonen der ... Nationalpolizei beizutragen, unter Einhaltung der Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte

... legt allen internationalen Partnern eindringlich nahe, zusammen mit [der Mission] weiterhin die Anstrengungen [des betroffenen Landes] zu unterstützen, die nationalen Sicherheitsdienste und die Polizei zu professionalisieren und ihre Kapazität zu stärken, insbesondere durch Überprüfung im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen, Ausbildung in Bezug auf Fragen der Menschenrechte und der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt und Förderung einer starken zivilen Aufsicht und Überwachung, mit dem Ziel, die Strukturen des Sicherheitssektors zu festigen

S/RES/2090 (2013),  
Ziff. 11

fordert die [nationale] Regierung ... nachdrücklich auf, rasch ein nationales Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm zu erarbeiten und durchzuführen, dafür klare und strenge Auswahlkriterien festzulegen, eine neue gesicherte und transparente Datenbank anzulegen und eine zentrale Aufsichtsbehörde für alle Aspekte der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung zu schaffen und Lösungen für eine dauerhafte soziale und wirtschaftliche Eingliederung ehemaliger Kombattanten zu finden, und legt ferner dem Landesteam der Vereinten Nationen nahe, die Planung und

S/RES/2062 (2012),  
Ziff. 7

die Durchführung von Programmen, die diesen Prozess unterstützen, in Konsultation mit der [nationalen] Regierung und in enger Zusammenarbeit mit allen internationalen Partnern zu erleichtern

bekräftigt die Wichtigkeit dessen, dass die Regierung [des betroffenen Landes] die Überprüfung und Reform des Sicherheitssektors in [dem betroffenen Land] fortsetzt, insbesondere die Notwendigkeit, die Rollen und Aufgaben der [nationalen Sicherheitskräfte des betroffenen Landes] voneinander abzugrenzen, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu stärken und die zivilen Aufsichts- und Rechenschaftsmechanismen der beiden Sicherheitsinstitutionen zu verbessern, unterstützt die Anstrengungen de[s] Sonderbeauftragten zur Förderung der Professionalisierung des Sicherheitssektors und ersucht [die Mission], die Regierung [des betroffenen Landes] auf ihr Ersuchen hin bei ihren Anstrengungen in dem Land weiterhin zu unterstützen

S/RES/2037 (2012),  
Ziff. 4

erklärt erneut, dass künftige Umgliederungen [der Mission] nach Maßgabe der Entwicklung der Situation vor Ort und der Erreichung der nachstehenden von der Regierung [des betroffenen Landes] und der Mission der Vereinten Nationen zu verfolgenden Ziele beschlossen werden sollten:

S/RES/1991 (2011),  
Ziff. 4 b)

...

b) Ausbau der Fähigkeit der Regierung ... zum wirksamen Schutz der Bevölkerung durch die Aufstellung professioneller, rechenschaftspflichtiger und durchhaltefähiger Sicherheitskräfte, die schrittweise die Sicherheitsaufgaben [der Mission] übernehmen sollen

legt [der Mission] nahe, sich in Übereinstimmung mit ihrem Mandat und im Rahmen der genehmigten Personalstärke ihres Zivilpolizeianteils weiter darum zu bemühen, den Parteien des ... [Friedensabkommens] bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit, bei der Umstrukturierung der Polizei und des Strafvollzugs in ganz [Name des betroffenen Landes], insbesondere in [der Region des betroffenen Landes], wo die Polizeidienste unzureichend entwickelt sind, und bei der Ausbildung von Zivilpolizisten und Strafvollzugsbeamten behilflich zu sein

S/RES/1919 (2010),  
Ziff. 17

legt [der Mission] nahe, eng mit den [nationalen] Streitkräften ... zusammenzuarbeiten, um den Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung wiederzubeleben und bei den Anstrengungen zur freiwilligen Entwaffnung und zur Einsammlung und Vernichtung von Waffen behilflich zu sein, die zur Durchführung

S/RES/1919 (2010),  
Ziff. 18

der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ... unternommen werden, sicherzustellen, dass rechtzeitig nachhaltige Wiedereingliederungsprogramme bereitgestellt werden, und so zur Förderung einer fortgesetzten und verstärkten finanziellen Unterstützung für die Wiedereingliederungsphase durch die Geber beizutragen und mit den lokalen Behörden und mit den Organisationen, Programmen und Fonds der Vereinten Nationen Initiativen zu koordinieren, die die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung durch die Schaffung wirtschaftlicher Möglichkeiten für die Wiedereingegliederten stärken, legt ferner den Gebern eindringlich nahe, Ersuchen um Hilfe für den Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, insbesondere für die Phase der Wiedereingliederung, zu entsprechen, fordert die Geber auf, allen Verpflichtungen und Hilfezusagen nachzukommen, und nimmt in diesem Zusammenhang Kenntnis von der Notwendigkeit, auch den Opfern in von einem Konflikt betroffenen Gemeinschaften zu helfen

ersucht den Generalsekretär, die Regierung [des betroffenen Landes] auch weiterhin beim Aufbau der Übergangs-Sicherheitsinstitutionen, namentlich der [nationalen] Polizei und der nationalen Sicherheitskräfte, sowie bei der Ausarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie zu unterstützen, die der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz der Menschenrechte Rechnung trägt und die auch Pläne zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, hinsichtlich der Justiz- und der Strafvollzugskapazitäten sowie den rechtlichen und politischen Rahmen für die Tätigkeit ihrer Sicherheitskräfte enthält, einschließlich Lenkungs-, Überprüfungs- und Aufsichtsmechanismen;

S/RES/1910 (2010),  
Ziff. 12

ersucht [die Mission] ferner, im Rahmen der umfassenderen internationalen Anstrengungen zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors den [Streitkräften] ... eine militärische Ausbildung zu gewähren, namentlich auf dem Gebiet der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts, des Kinderschutzes und der Verhütung von geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt

S/RES/1906 (2009),  
Ziff. 31

ersucht [die Mission] ..., außerdem weiterhin dazu beizutragen, die Regierung [des betroffenen Landes] bei der Wiederherstellung einer Zivilpolizeipräsenz in ganz [Name des betroffenen Landes] zu unterstützen und die Regierung [des betroffenen Landes] bei der Neugliederung

S/RES/1880 (2009),  
Ziff. 27

der Dienste der inneren Sicherheit und der Wiederherstellung der Autorität des Justizsystems und der Rechtsstaatlichkeit in ganz [Name des betroffenen Landes] zu beraten

#### G. Medien und Information

##### Schutz von Journalisten

fordert die volle Achtung und den Schutz aller Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich derjenigen von Menschenrechtsverteidigern, und des humanitären Völkerrechts in ganz [Name des betroffenen Landes], begrüßt die Zunahme freier Medien ..., nimmt jedoch mit Besorgnis Kenntnis von den anhaltenden Einschränkungen der Medienfreiheit und den Angriffen auf Journalisten, ...

S/RES/2096 (2013), Ziff. 42 Siehe z.B. auch S/RES/1738 (2006), PA 11, Ziff. 1 und 2.

Der Rat...bekundet seine tiefe Besorgnis über die in bewaffneten Konflikten an Journalisten, Medienangehörigen und deren Mitarbeitern begangenen Gewalttaten, insbesondere die unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht verübten vorsätzlichen Angriffe, und fordert alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf, diesen Praktiken ein Ende zu setzen. Der Rat erinnert in dieser Hinsicht daran, dass Journalisten, Medienangehörige und deren Mitarbeiter, die in Gebieten eines bewaffneten Konflikts gefährliche berufliche Aufträge ausführen, als Zivilpersonen gelten und als solche zu achten und zu schützen sind, sofern sie nichts unternehmen, was ihren Status als Zivilpersonen beeinträchtigt. Der Rat weist darauf hin, dass er von allen an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien verlangt, den für sie nach dem Völkerrecht geltenden Verpflichtungen betreffend den Schutz von Zivilpersonen, einschließlich Journalisten, Medienangehöriger und deren Mitarbeiter, in bewaffneten Konflikten uneingeschränkt nachzukommen

S/PRST/2013/2, Abs. 16

erinnert die ...[R]egierung ... an ihre Verpflichtungen in Bezug auf den Schutz von Journalisten, die Verhütung von Gewalt gegen Journalisten und die Bekämpfung der Straflosigkeit derjenigen, die solche Handlungen begehen

S/RES/2093 (2013), Ziff. 30

verurteilt die Benutzung des [nationalen Fernsehsenders] und anderer Medien zur Aufstachelung zu Diskriminierung, Feindseligkeit, Hass und Gewalt, auch gegenüber der [zuständigen Mission der Vereinten Nationen], sowie die Einschüchterungsmaßnahmen und Gewalttaten gegen Journalisten und fordert die Aufhebung aller Einschränkungen der Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung in [dem betroffenen Land]

S/RES/1975 (2011), Ziff. 9

	ferner unter Verurteilung der von den ... Behörden [des betroffenen Landes] begangenen Gewalthandlungen und Einschüchterungsmaßnahmen gegen Journalisten und andere Medienangehörige und dazugehöriges Personal und mit der nachdrücklichen Aufforderung an [diese] Behörden, ihren in [der einschlägigen Resolution] genannten Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht nachzukommen	S/RES/1973 (2011), PA 6
	verurteilt die vorsätzlichen Angriffe auf Journalisten, Medienangehörige und deren Mitarbeiter in Situationen bewaffneter Konflikte und fordert alle Parteien auf, derartigen Praktiken ein Ende zu setzen	S/RES/1738 (2006), Ziff. 1
	erinnert ... daran, dass Journalisten, Medienangehörige und deren Mitarbeiter, die in Gebieten eines bewaffneten Konflikts gefährliche berufliche Aufträge ausführen, als Zivilpersonen gelten und als solche zu achten und zu schützen sind, sofern sie nichts unternehmen, was ihren Status als Zivilpersonen beeinträchtigt, wobei der Anspruch der bei den Streitkräften akkreditierten Kriegsberichterstatter auf den nach Artikel 4 Buchstabe A Absatz 4 des Dritten Genfer Abkommens vom 12. August 1949 vorgesehenen Kriegsgefangenenstatus unberührt bleibt	S/RES/1738 (2006), Ziff. 2
	verweist darauf, dass Medienausrüstung und -anlagen zivile Objekte darstellen und dass sie in dieser Hinsicht weder angegriffen noch zum Gegenstand von Repressalien gemacht werden dürfen, es sei denn, sie sind militärische Ziele	S/RES/1738 (2006), Ziff. 3
	fordert die Staaten und alle anderen Parteien eines bewaffneten Konflikts nachdrücklich auf, alles zu tun, um gegen Zivilpersonen, einschließlich Journalisten, Medienangehöriger und deren Mitarbeiter, gerichtete Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zu verhindern	S/RES/1738 (2006), Ziff. 6
<b>Gegen Aufstachelung zu Gewalt vorgehen</b>	beschließt, dass [die betroffenen Staaten] mit sofortiger Wirkung, sofern nachstehend nicht anders festgelegt, die folgenden Maßnahmen ergreifen:  ...  vi) die feindselige Propaganda und die hetzerischen Erklärungen in den Medien ... sofort einstellen, ...  unter unmissverständlicher Verurteilung aller provozierenden Maßnahmen und Erklärungen seitens jeder Partei, die eine Aufstachelung zu Diskriminierung, Feindseligkeit, Hass und Gewalt darstellen  unterstreicht, dass er uneingeschränkt bereit ist, gezielte Maßnahmen gegen die von dem [Sanktions-]Ausschuss ... benann-	S/RES/2046 (2012), Ziff. 1 (vi)  Siehe z.B. auch S/RES/1962 (2010), Ziff. 12; S/RES/1727 (2006), Ziff. 12.  S/RES/1975 (2011), PA 8  S/RES/1946 (2010), Ziff. 6 e)

ten Personen zu verhängen, von denen unter anderem festgestellt wird,

...

e) dass sie öffentlich zu Hass und Gewalt aufstacheln; ...

fordert alle [Bürger des betroffenen Staates] nachdrücklich auf, jeden Aufruf zu Hass, Intoleranz und Gewalt zu unterlassen, stellt mit Interesse fest, dass der Generalsekretär in seinem Bericht ... dem Sicherheitsrat nahegelegt hat, zielgerichtete Sanktionen gegen Medienakteure zu verhängen, die politische Spannungen anfachen und zu Gewalt aufstacheln, und erklärt erneut, dass er uneingeschränkt bereit ist, gezielte Maßnahmen ... zu verhängen, unter anderem auch gegen Personen, bei denen festgestellt wird, dass sie eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses in [dem betroffenen Land] darstellen oder öffentlich zu Hass und Gewalt aufstacheln

S/RES/1933 (2010),  
Ziff. 10

bekräftigt seine Verurteilung jedes Aufstachelns zur Gewalt gegen Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts, bekräftigt ferner, dass Einzelpersonen, die zu solcher Gewalt aufstacheln, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht vor Gericht gestellt werden müssen, und bekundet seine Bereitschaft, bei der Genehmigung von Missionen gegebenenfalls Maßnahmen als Antwort auf Mediensen-dungen zu erwägen, die zu Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht aufstacheln

S/RES/1738 (2006),  
Ziff. 4

beschließt ..., dass alle Staaten für einen Zeitraum von zwölf Monaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um zu verhindern, dass die folgenden Personen in ihr Hoheitsgebiet einreisen oder durch ihr Hoheitsgebiet durchreisen: alle ... Personen, die eine Bedrohung des Friedensprozesses und des nationalen Aussöhnungsprozesses in [dem betroffenen Staat] darstellen, insbesondere ... jede andere Person, die öffentlich zu Hass und Gewalt aufstachelt, ... wobei kein Staat durch diese Bestimmungen verpflichtet wird, seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern

S/RES/1572 (2004),  
Ziff. 9

bekräftigt seine Verurteilung jedes Aufstachelns zur Gewalt gegen Zivilpersonen in Situationen bewaffneten Konflikts, bekräftigt ferner, dass Einzelpersonen, die zu solcher Gewalt aufstacheln oder diese auf andere Weise herbeiführen, vor Gericht gestellt werden müssen, und bekundet seine Bereitschaft, bei der Genehmigung von Missionen gegebenenfalls Maßnahmen als Antwort auf Mediensen-dungen zu

S/RES/1296 (2000),  
Ziff. 17



	erwägen, die zu Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht aufstacheln	
<b>Verbreitung zutreffender Informationen über den Konflikt</b>	fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien nachdrücklich auf, die berufliche Unabhängigkeit und die Rechte von Journalisten, Medienangehörigen und ihren Mitarbeitern als Zivilpersonen zu achten	S/RES/1738 (2006), Ziff. 8
	erklärt, dass die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen gegebenenfalls einen für Medienarbeit zuständigen Anteil enthalten sollten, der Informationen über das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte, so auch über Friedenserziehung und den Schutz von Kindern, verbreiten und gleichzeitig objektiv über die Tätigkeit der Vereinten Nationen informieren kann, und erklärt ferner, dass die regionalen Friedenssicherungsmissionen gegebenenfalls ermutigt werden sollten, ihrerseits eine solche Medienkapazität einzurichten	S/RES/1296 (2000), Ziff. 18

## II. Spezifische Schutzanliegen, die sich aus Beratungen des Sicherheitsrats über von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder ergeben

<b>Gewalthandlungen gegen Kinder verurteilen und ihre Einstellung fordern</b>	mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die hohe Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung in [dem betroffenen Land], insbesondere unter den Frauen und Kindern, wofür in einer immer größeren Mehrheit der Fälle ... bewaffnete Gruppen verantwortlich sind, unter verschiedenster Verurteilung der zahlreichen Angriffe auf Schulen, einschließlich der Inbrandsetzung und der Zwangsschließung von Schulen, ihrer Nutzung durch bewaffnete Gruppen und der Einschüchterung, Entführung und Tötung von Lehrpersonal, insbesondere der gegen die Bildung von Mädchen gerichteten Angriffe bewaffneter Gruppen ..., in diesem Zusammenhang unter Begründung der Aufnahme [einer bestimmten bewaffneten Gruppe] in die Liste im Anhang des Berichts des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte gemäß Resolution 2068 (2012) des Sicherheitsrats, außerdem verurteilend, dass die gezielte Tötung von Frauen und Mädchen ... zugenommen hat, ...	S/RES/2120 (2013), PA 24	Siehe z.B. auch S/RES/2095 (2013), PA 7; S/RES/2068 (2012), PA 7; S/RES/2060 (2012), PA 7; S/RES/2057 (2012), Ziff. 10; S/RES/2051 (2012), Ziff. 8; S/RES/2041 (2012), Ziff. 32; S/RES/2012 (2011), Ziff. 16; S/RES/1998 (2011), Ziff. 1; S/RES/1964 (2010), Ziff. 16; S/RES/1944 (2010), Ziff. 14; S/RES/1892 (2009), Ziff. 19; S/RES/1882 (2009), Ziff. 1; S/RES/1840 (2008), Ziff. 21; S/RES/1806 (2008), Ziff. 14; S/RES/1780 (2007), Ziff. 17; S/RES/1539 (2004), Ziff. 1; und S/RES/1493 (2003), Ziff. 13.
	verlangt, dass alle Parteien ... Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht, darunter ihre Einziehung und ihren Einsatz, ihre Tötung und Verstümmelung, ihre Entführung und Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser, sofort einstellen, ...	S/RES/2109 (2013), Ziff. 14	
	bekundet seine große Besorgnis über die Einziehung und den Einsatz von Kindern durch [regierungsfeindliche Kräfte] in [dem betroffenen Land] sowie über die	S/RES/2096 (2013), Ziff. 32	

Tötung und Verstümmelung von Kindern infolge des Konflikts, verurteilt erneut auf das Entschiedenste die Einziehung und den Einsatz von Kindersoldaten unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht sowie alle sonstigen Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder in Situationen bewaffneter Konflikts, insbesondere Angriffe auf Schulen und Bildungs- und Gesundheitsversorgungseinrichtungen, und den Einsatz von Kindern bei Selbstmordanschlägen, und fordert, dass die Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden

mit großer Besorgnis Kenntnis nehmend von den schweren Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Recht, die nach wie vor [in dem betroffenen Gebiet des betroffenen Landes] gegenüber Zivilpersonen begangen werden, namentlich ... der Einziehung und dem Einsatz von Kindersoldaten in großem Ausmaß, die von [den betreffenden bewaffneten Gruppen] begangen werden

S/RES/2078 (2012),  
PA 9

mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die hohe Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung in [dem betroffenen Land], insbesondere unter den ... Kindern, wofür in einer immer größeren Mehrheit der Fälle die [betreffenden bewaffneten Gruppen] verantwortlich sind, unter entschiedenster Verurteilung der zahlreichen Angriffe auf Schulen, einschließlich der Inbrandsetzung und der Zwangsschließung von Schulen, ihrer Nutzung durch bewaffnete Gruppen und der Einschüchterung, Entführung und Tötung von Lehrpersonal, insbesondere der gegen die Bildung von Mädchen gerichteten Angriffe bewaffneter Gruppen einschließlich der [betreffenden bewaffneten Gruppen], in diesem Zusammenhang unter Begrüßung der Aufnahme der [betreffenden bewaffneten Gruppen] in die Liste im Anhang des Berichts des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte in [dem betroffenen Land] gemäß Resolution 1998 (2011) des Rates,  
...

S/RES/2069 (2012),  
PA 24

verurteilt mit Nachdruck alle Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht, bei denen an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Parteien Kinder einziehen und einsetzen sowie erneut einziehen, töten und verstümmeln, vergewaltigen und sonstiger sexueller Gewalt aussetzen und entführen, Schulen ... oder Krankenhäuser angreifen sowie den Zugang für humanitäre Hilfe verweigern, und verlangt, dass alle betroffenen Parteien derartigen Praktiken sofort ein Ende setzen und besondere Maßnahmen zum Schutz der Kinder ergreifen

S/RES/2068 (2012),  
Ziff. 2

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die gegen das anwendbare Völker-

S/RES/1998 (2011),  
PA 11

	<p>recht verstoßenden Angriffe sowie Androhungen von Angriffen auf Schulen und/oder Krankenhäuser und auf mit diesen in Beziehung stehende geschützte Personen sowie über die Schließung von Schulen und Krankenhäusern in Situationen bewaffneten Konflikts aufgrund von Angriffen und Androhungen von Angriffen, und mit der Aufforderung an alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, solche Angriffe und Androhungen sofort einzustellen</p> <p>verurteilt nachdrücklich das Fortbestehen bestimmter Formen von Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen, insbesondere Gewalt, die darauf abzielt, Mädchen vom Schulbesuch abzuhalten, ...</p> <p>verurteilt nachdrücklich die Einziehung und den Einsatz von Kindersoldaten durch die Parteien bewaffneter Konflikte unter Verstoß gegen die für sie geltenden internationalen Verpflichtungen sowie alle sonstigen in bewaffneten Konflikten verübten Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder</p>	<p>S/RES/1868 (2009), Ziff. 29</p> <p>S/RES/1612 (2005), Ziff. 1</p>
<b>Zur Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der geltenden internationalen Menschenrechtsnormen auffordern</b>	<p>verlangt, dass alle bewaffneten Gruppen, einschließlich der [Liste der betreffenden bewaffneten Gruppen.] die Einziehung und den Einsatz von Kindern verhüten, fordert die betreffenden bewaffneten Gruppen, insbesondere die [betreffenden bewaffneten Gruppen], auf, die Bestimmungen der mit der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Kinder und bewaffnete Konflikte im [Monat/Jahr] unterzeichneten Aktionspläne sofort umzusetzen, und verlangt ferner, dass alle Parteien die Kinder, die von Streitkräften und bewaffneten Gruppen freigelassen oder auf andere Weise von ihnen abgesondert wurden, schützen und als Opfer behandeln, und betont, dass dem Schutz, der Freilassung und der Wiedereingliederung aller mit bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder besondere Aufmerksamkeit gelten muss</p> <p>... Der Rat fordert alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf, [den Angriffen auf Schulen, den Drohungen und Angriffen, die gegen Lehrer und sonstige mit Schulen in Beziehung stehende geschützte Personen gerichtet sind, und der Nutzung von Schulen für militärische Zwecke] ein Ende zu setzen und Angriffe auf Lehrer und sonstige mit Schulen in Beziehung stehende geschützte Personen zu unterlassen, sofern diese nichts unternehmen, was ihren Status als Zivilpersonen beeinträchtigt</p> <p>mit der Aufforderung an alle an einem</p>	<p>S/RES/2088 (2013), Ziff. 14</p> <p>S/PRST/2013/2, Abs. 15</p> <p>Siehe z.B. auch S/RES/2088 (2013), PA 11; S/RES/1998 (2011), Ziff. 4; S/RES/1923 (2010), Ziff. 24; S/RES/1906 (2009), Ziff. 15; S/RES/1479 (2003), Ziff. 15; und S/RES/1296 (2000), Ziff. 10.</p>

	bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die für sie nach dem Völkerrecht geltenden Verpflichtungen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, namentlich die in dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes und dem dazugehörigen Fakultativprotokoll betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten enthaltenen Verpflichtungen, sowie die Genfer Abkommen vom 12. August 1949 und die dazugehörigen Zusatzprotokolle von 1977 strikt zu befolgen	S/RES/1998 (2011), PA 3	
	darin erinnernd, dass das humanitäre Völkerrecht Frauen und Kindern als Teil der Zivilbevölkerung während bewaffneter Konflikte allgemeinen Schutz und aufgrund ihrer potenziellen besonderen Gefährdung besonderen Schutz gewährt	S/RES/1960 (2010), PA 10	
	verlangt, ... dass alle bewaffneten Gruppen ... sofort die Einziehung und den Einsatz von Kindern einstellen und alle mit ihnen verbundenen Kinder freilassen	S/RES/1794 (2007), Ziff. 3	
	fordert alle in Betracht kommenden Parteien auf, die auf sie anwendbaren internationalen Verpflichtungen betreffend den Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, sowie die konkreten Zusagen einzuhalten, die sie gegenüber dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen Einrichtungen des Systems der Vereinten Nationen abgegeben haben, und bei der Weiterverfolgung und Umsetzung dieser Zusagen mit den Friedenssicherungsmissionen und Landesteams der Vereinten Nationen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, ...	S/RES/1612 (2005), Ziff. 15	
	fordert die [im einschlägigen Bericht des Generalsekretärs aufgeführten] Parteien bewaffneter Konflikte erneut auf, sofern sie es noch nicht getan haben, ohne weitere Verzögerung konkrete, termingebundene Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht aufzustellen und umzusetzen und in enger Zusammenarbeit mit [dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte], [dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen] und den für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern gegen alle Verstöße und Missbrauchshandlungen gegen Kinder vorzugehen	S/PRST/2008/6	
<b>Diejenigen, die schwere Rechtsverletzungen an Kindern begehen, zur Rechenschaft ziehen</b>	Der Rat betont ferner, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit und zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere	S/PRST/2013/8, Abs. 15	S/RES/2098 (2013), PA 19; S/RES/2067 (2012), Ziff. 18; S/RES/2062 (2012), PA 8; S/RES/1998

abscheuliche Verbrechen an Kindern durch die Behandlung und Verfolgung dieser Verbrechen im internationalen Strafjustizsystem, an den Ad-hoc- und gemischten Gerichtshöfen sowie in den Sonderkammern nationaler Gerichte gestärkt worden ist. Der Rat hebt in dieser Hinsicht den Beitrag hervor, den der Internationale Strafgerichtshof im Einklang mit dem im Römischen Statut festgelegten Grundsatz der Komplementarität zur innerstaatlichen Strafgerichtsbarkeit dazu leistet, diejenigen, die für solche Verbrechen verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen. In dieser Hinsicht erklärt der Rat erneut, wie wichtig es ist, dass die Staaten im Einklang mit ihren jeweiligen Verpflichtungen mit diesen Gerichtshöfen und Gerichten zusammenarbeiten.

(2011), PA 8 und  
Ziff. 11;  
S/PRST/2010/10.

mit der Forderung, dass alle Täter, einschließlich derjenigen, die für Gewalt gegen Kinder und sexuelle Gewalthandlungen verantwortlich sind, gefasst, vor Gericht gestellt und für Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht zur Rechenschaft gezogen werden

S/RES/2078 (2012),  
PA 10

betonend, dass Personen, denen Verbrechen an Kindern in Situationen bewaffneter Konflikte zur Last gelegt werden, unter Zuhilfenahme innerstaatlicher Justizsysteme und gegebenenfalls internationaler Justizmechanismen und gemischter Strafgerichtshöfe vor Gericht gestellt werden müssen, um der Strafflosigkeit ein Ende zu setzen

S/RES/2068 (2012),  
PA 10

bringt seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass bestimmte Täter nach wie vor unter offener Missachtung seiner diesbezüglichen Resolutionen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in Situationen bewaffneter Konflikte begehen, und a) fordert in dieser Hinsicht die betroffenen Mitgliedstaaten auf, diejenigen, die für derartige Rechtsverletzungen verantwortlich sind, unter Zuhilfenahme des innerstaatlichen Justizsystems und gegebenenfalls internationaler Justizmechanismen vor Gericht zu stellen; b) bekundet in dieser Hinsicht erneut seine Bereitschaft, gezielte und abgestufte Maßnahmen gegen diejenigen, die anhaltende Rechtsverletzungen begehen, zu beschließen, unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen seiner Resolutionen 1539 (2004), 1612 (2005), 1882 (2009) und 1998 (2011)

S/RES/2068 (2012),  
Ziff. 3

fordert die betroffenen Mitgliedstaaten auf, entschiedene und sofortige Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die anhaltende Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in Situationen bewaffneter Konflikte begehen, und

S/RES/1998 (2011),  
Ziff. 11

	fordert sie ferner auf, diejenigen, die für derartige, nach dem anwendbaren Völkerrecht verbotene Rechtsverletzungen, darunter die Einziehung und den Einsatz von Kindern, Tötungen und Verstümmelungen, Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalt, Angriffe auf Schulen und/oder Krankenhäuser und Angriffe oder Androhungen von Angriffen auf mit Schulen und/oder Krankenhäusern in Beziehung stehende geschützte Personen, verantwortlich sind, unter Zuhilfenahme des innerstaatlichen Justizsystems und gegebenenfalls internationaler Justizmechanismen und gemischter Strafgerichtshöfe vor Gericht zu stellen, mit dem Ziel, der Straflosigkeit für diejenigen, die Verbrechen an Kindern begehen, ein Ende zu setzen		
<b>Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer einschlägiger Missionen und Akteure</b>	<p>verlangt außerdem, dass die an dem Konflikt beteiligten Parteien mit sofortiger Wirkung alle Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern einstellen und ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass a) eine fortlaufende Überwachung und Berichterstattung über die Lage der Kinder, unter anderem durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Akteuren auf dem Gebiet des Kinderschutzes, auch im Rahmen der in [der maßgeblichen Ziffer] genannten Berichte stattfindet und dass b) mit den am Konflikt beteiligten Parteien ein fortlaufender Dialog mit dem Ziel geführt wird, termingebundene Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern und anderer gegen Kinder gerichteter Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen aufzustellen und umzusetzen</p> <p>... ersucht ferner den Generalsekretär, in den Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen in [dem betroffenen Land] den Kinderschutz zu stärken, namentlich durch den weiteren Einsatz von Kinderschutzberatern innerhalb [der Mission], und sicherzustellen, dass die Lage der Kinder fortwährend überwacht und darüber berichtet wird, und begrüßt die Arbeit der im [Monat/Jahr] eingerichteten Landes-Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für den Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus</p> <p>Der Rat bekräftigt die wichtige Rolle der Kinderschutzberater in Friedenssicherungs-, Friedenskonsolidierungs- und politischen Missionen, die in Übereinstimmung mit den einschlägigen landesspezifischen Resolutionen des Rates und der Handlungsrichtlinie der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze zur systematischen Berücksichtigung des Schutzes, der Rechte und des Wohlergehens der</p>	<p>S/RES/2113 (2013), Ziff. 26</p> <p>S/RES/2109 (2013), Ziff. 17</p> <p>S/PRST/2013/8, Abs. 18</p>	<p>Siehe z.B. auch S/RES/2068 (2012), PA 4 und 8; S/RES/2063 (2012), Ziff. 22; S/RES/2057 (2012), Ziff. 12; S/RES/2003 (2011), Ziff. 23; S/RES/2000 (2011), Ziff. 7; S/RES/1998 (2011), Ziff. 14; S/RES/1923 (2010), Ziff. 23; S/RES/1917 (2010), Ziff. 22; S/RES/1882 (2009), Ziff. 11 und 12; S/RES/1828 (2008), Ziff. 14; S/RES/1806 (2008), Ziff. 14; S/RES/1780 (2007), Ziff. 17; S/RES/1612 (2005), Ziff. 12 und 18; S/RES/1565 (2004), Ziff. 5 g); S/RES/1509 (2003), Ziff. 3; S/RES/1460 (2003), Ziff. 15; S/RES/1296 (2000), Ziff. 9; und S/RES/1265 (1999), Ziff. 13.</p>

von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder eingesetzt werden, und bekundet in dieser Hinsicht seine Absicht, die Bestimmungen zum Schutz von Kindern in allen Mandaten der entsprechenden Friedenssicherungs-, Friedenskonsolidierungs- und politischen Missionen der Vereinten Nationen weiter zu stärken, namentlich durch den konsequenten Einsatz von Kinderschutzberatern

beschließt, dass [die Mission] das folgende Mandat hat: S/RES/2102 (2013),  
Ziff. 2 d) und e)

...

d) der ...[R]egierung [des betroffenen Landes] dabei behilflich zu sein, Kapazitäten aufzubauen, um

...

ii) den Kinderschutz zu fördern und die einschlägigen Aktionspläne der Regierung ... über Kinder und bewaffnete Konflikte umzusetzen, einschließlich durch die Bereitstellung von Kinderschutzberatern;

...

e) die folgenden Rechtsverletzungen zu verfolgen, untersuchen zu helfen und dem Rat zu melden, und zu ihrer Verhütung beizutragen:

...

ii) Rechtsverletzungen oder Missbräuche an Kindern in [dem betroffenen Land];

... ersucht [die Mission], dafür zu sorgen, dass Kinderschutzbelange in alle Einsätze und strategischen Aspekte der Tätigkeit [der Mission] eingebunden werden, S/RES/2098 (2013),  
Ziff. 12 a) iii)

...

erinnert an Ziffer 16 der Resolution 1379 (2001) und ersucht den Generalsekretär, in die Anhänge zu seinen Berichten über Kinder und bewaffnete Konflikte auch diejenigen an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzunehmen, die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht S/RES/1998 (2011),  
Ziff. 3

a) wiederholt Angriffe auf Schulen und/oder Krankenhäuser durchführen;

b) wiederholt Angriffe auf mit Schulen und/oder Krankenhäusern in Beziehung stehende geschützte Personen in Situationen bewaffneten Konflikts durchführen oder androhen, eingedenk aller sonstigen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen, die an Kindern begangen werden, und stellt fest, dass diese Ziffer auf die Situationen Anwendung finden wird, die den in Ziffer 16 der Resolution 1379 (2001) aufgeführten Bedingungen entsprechen

... ermächtigt [die Mission] ... zur Wahrnehmung der folgenden Aufgaben: ... S/RES/1996 (2011), Ziff. 3 c) v)

v) die Förderung eines schützenden Umfelds für von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder durch die Einrichtung eines Überwachungs- und Berichtsmechanismus

ermutigt [die Mission], mit der Sachverständigengruppe[, die den Sanktionsausschuss informiert,] auch weiterhin alle sachdienlichen Informationen auszutauschen, vor allem Informationen über die Einziehung und den Einsatz von Kindern und über gezielte Angriffe auf Frauen und Kinder in Situationen bewaffneter Konflikte S/RES/1952 (2010), Ziff. 13

betont, dass die für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern und die Landesteams der Vereinten Nationen die Aufgabe haben, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat sicherzustellen, dass die Resolutionen des Rates über Kinder und bewaffnete Konflikte effektiv befolgt werden, in enger Zusammenarbeit mit [dem] Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte die Fortschritte zu überwachen und dem Generalsekretär darüber Bericht zu erstatten und eine koordinierte Antwort auf die Probleme im Zusammenhang mit Kindern und bewaffneten Konflikten sicherzustellen S/RES/1882 (2009), Ziff. 8

ersucht den Generalsekretär, in seine Berichte über Kinder und bewaffnete Konflikte systematischer konkrete Informationen über die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe [des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte] aufzunehmen S/RES/1882 (2009), Ziff. 9

ersucht den Generalsekretär erneut, dafür zu sorgen, dass in allen seinen Berichten über länderspezifische Situationen das Thema Kinder und bewaffnete Konflikte konkret behandelt wird, und bekundet seine Absicht, den darin enthaltenen Informationen, namentlich über die Durchführung der einschlägigen Sicherheitsratsresolutionen und die Umsetzung der Empfehlungen seiner Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte, seine volle Aufmerksamkeit zu widmen, wenn er sich mit diesen Situationen im Rahmen seiner Tagesordnung befasst S/RES/1882 (2009), Ziff. 10

ersucht den Generalsekretär, weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, darunter gegebenenfalls die Herstellung der vollen Kapazität des Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus, um eine rasche Kampagnenarbeit und eine S/RES/1882 (2009), Ziff. 17



wirksame Reaktion auf alle Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern zu ermöglichen und sicherzustellen, dass die mit dem Mechanismus gesammelten und übermittelten Informationen zutreffend, objektiv, verlässlich und nachprüfbar sind

begrüßt die jüngsten Initiativen regionaler und subregionaler Organisationen und Abmachungen zum Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, und legt ihnen nahe, auch weiterhin den Schutz von Kindern in ihre Lobbyarbeit und ihre Politiken und Programme zu integrieren, Mechanismen zur gegenseitigen Evaluierung sowie zur Überwachung und Berichterstattung zu entwickeln, innerhalb ihrer Sekretariate Mechanismen zum Schutz von Kindern einzurichten, Kinderschutzpersonal und eine entsprechende Schulung in ihre Friedens- und Feldmissionen aufzunehmen und subregionale und interregionale Initiativen zur Beendigung von Aktivitäten einzuleiten, die für Kinder in Konfliktzeiten schädlich sind, insbesondere die grenzüberschreitende Einziehung und Entführung von Kindern, die unerlaubte Verschiebung von Kleinwaffen und den unerlaubten Handel mit natürlichen Ressourcen, indem sie Leitlinien zu Kindern und bewaffneten Konflikten ausarbeiten und anwenden

S/RES/1612 (2005),  
Ziff. 13

fordert alle beteiligten Parteien, einschließlich der Mitgliedstaaten, der Einrichtungen der Vereinten Nationen und der Finanzinstitutionen, nachdrücklich auf, den Aufbau und die Stärkung der Kapazitäten nationaler Institutionen sowie lokaler Netzwerke der Zivilgesellschaft zu unterstützen, die sich für die Interessen, den Schutz und die Rehabilitation der von bewaffneten Konflikten betroffenen Kinder einsetzen, um die langfristige Tragfähigkeit lokaler Initiativen für den Schutz von Kindern zu gewährleisten

S/RES/1612 (2005),  
Ziff. 17

Der Rat erklärt erneut, dass alle beteiligten Parteien, einschließlich der Regierungen und der Gebergemeinschaft, den langfristigen Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder und den Hindernissen für ihre volle Rehabilitation und Wiedereingliederung in ihre Familie und Gemeinschaft stärkeres Augenmerk schenken müssen, unter anderem indem sie der Notwendigkeit der Bereitstellung einer angemessenen Gesundheitsversorgung Rechnung tragen, vermehrt Informationen über Programme und bewährte Verfahrensweisen austauschen und sicherstellen, dass ausreichende Ressourcen, Finanzmittel und technische Hilfe zur Unterstützung von nationalen Strategien oder Aktionsplänen auf dem Gebiet des Kinderschutzes und des Kin-

S/PRST/2008/28,  
Abs. 10

deswohls sowie von gemeinwesen-  
gestützten Programmen zur Verfügung  
stehen, unter Berücksichtigung der Pariser  
Grundsätze zum Schutz von Kindern vor  
der rechtswidrigen Einziehung durch  
bewaffnete Kräfte oder Gruppen, damit die  
langfristige Tragfähigkeit und der Erfolg  
ihrer Programme zur Freilassung, Rehabi-  
litation und Wiedereingliederung aller mit  
bewaffneten Kräften und Gruppen verbun-  
denen Kinder gewährleistet sind

**Aktionspläne und konkrete,  
termingebundene  
Verpflichtungen**

begrüßt, dass die [nationalen] Behörden  
und die Vereinten Nationen am [Datum]  
einen Aktionsplan unterzeichnet haben, mit  
dem der Tötung und Verstümmelung von  
Kindern ein Ende gesetzt werden soll,  
stellt fest, dass dies der erste derartige  
Aktionsplan ist, der unterzeichnet wurde,  
[und] fordert die [nationalen] Behörden  
auf, sowohl diesen Aktionsplan als auch  
den Aktionsplan vom [Datum] über die  
Einziehung und den Einsatz von Kinder-  
soldaten energisch durchzuführen, ...

S/RES/2067 (2012),  
Ziff. 17 Siehe z.B. auch  
S/RES/2113 (2013),  
Ziff. 26; S/RES/2098  
(2013), Ziff. 22;  
S/RES/2093 (2013),  
Ziff. 32; S/RES/2088  
(2013), Ziff. 14;  
S/RES/2053 (2012),  
PA 11; S/RES/1991  
(2011), Ziff. 16;  
S/RES/1974 (2011),  
Ziff. 23; S/RES/1935  
(2010), Ziff. 19;  
S/RES/1882 (2009),  
Ziff. 5 und ) Ziff. 13  
und 1612 (2005), Ziff. 7

ersucht den Generalsekretär, sicherzustel-  
len, dass a) eine fortlaufende Überwa-  
chung und Berichterstattung über die Lage  
der Kinder, einschließlich einer engen  
Zusammenarbeit mit den Akteuren auf  
dem Gebiet des Kinderschutzes, im Rah-  
men der in [der entsprechenden Ziffer]  
genannten Berichte stattfindet und dass b)  
mit den am Konflikt beteiligten Parteien  
ein fortlaufender Dialog mit dem Ziel  
geführt wird, termingebundene Aktions-  
pläne zur Beendigung der Einziehung und  
des Einsatzes von Kindersoldaten und  
anderer gegen Kinder gerichteter Verstöße  
gegen das humanitäre Völkerrecht und die  
internationalen Menschenrechtsnormen  
aufzustellen und umzusetzen

S/RES/2063 (2012),  
Ziff. 22

begrüßt ..., dass die Regierung [des be-  
troffenen Landes] einen neuen Aktionsplan  
zur Beendigung der Einziehung von Kin-  
dern unterzeichnet hat, in dem die Ent-  
schlossenheit bekräftigt wird, alle Kinder  
aus [den nationalen Sicherheitskräften]  
freizulassen, erkennt die von der Regie-  
rung [des betroffenen Landes] ergriffenen  
Maßnahmen zur Umsetzung des neuen  
Aktionsplans an, fordert die weitere Umset-  
zung des Aktionsplans, ersucht [die Missi-  
on], die Regierung [des betroffenen Landes]  
in dieser Hinsicht zu beraten und zu unter-  
stützen ...

S/RES/2057 (2012),  
Ziff. 12

erinnert an die von der Arbeitsgruppe des  
Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete  
Konflikte in [dem betroffenen Land] gebil-  
ligten Schlussfolgerungen ..., fordert alle  
Parteien auf, schweren Rechtsverletzungen  
und Missbrauchshandlungen gegenüber  
Kindern in [dem betroffenen Land] ein

S/RES/2010 (2011),  
Ziff. 24

Ende zu setzen, fordert die ...[R]egierung nachdrücklich auf, einen konkreten, termingebundenen Aktionsplan zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern auszuarbeiten und umzusetzen, ersucht den Generalsekretär, seinen diesbezüglichen Dialog mit der ...[R]egierung fortzusetzen, und ersucht den Generalsekretär erneut, die Kinderschutzkomponente [der Mission] zu stärken und dafür zu sorgen, dass die Lage der Kinder in [dem betroffenen Land] fortlaufend überwacht und darüber Bericht erstattet wird

stellt fest, dass einige der an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf seine Aufforderung reagiert haben, konkrete termingebundene Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht aufzustellen und durchzuführen, und

S/RES/1998 (2011),  
Ziff. 6 a) bis d)

a) fordert gleichzeitig die in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten, an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, die dies noch nicht getan haben, erneut auf, ohne weitere Verzögerung Aktionspläne zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindern und der Tötung und Verstümmelung von Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht sowie der an Kindern verübten Vergewaltigungen und anderen sexuellen Gewalt aufzustellen und umzusetzen;

b) fordert die Parteien, die bereits Aktionspläne aufgestellt haben und seither wegen mehrfacher Verstöße in den Anhängen aufgeführt wurden, auf, nach Bedarf getrennte Aktionspläne aufzustellen und umzusetzen, um der Tötung und Verstümmelung von Kindern, wiederholten Angriffen auf Schulen und/oder Krankenhäuser, wiederholten Angriffen oder Androhungen von Angriffen auf mit Schulen und/oder Krankenhäusern in Beziehung stehende geschützte Personen unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht sowie der an Kindern verübten Vergewaltigungen und anderen sexuellen Gewalt Einhalt zu gebieten;

c) fordert diejenigen in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten Parteien, die in Situationen bewaffneten Konflikts unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht wiederholt Angriffe auf Schulen und/oder Krankenhäuser durchführen, wiederholt Angriffe auf mit Schulen und/oder Krankenhäusern in Beziehung stehende geschützte Personen durchführen oder androhen, auf, unverzüglich konkrete, termingebundene Aktionspläne zur Beendigung dieser

Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen aufzustellen;

d) fordert ferner alle in den Anhängen zu dem Bericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte aufgeführten Parteien auf, gegen alle anderen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern vorzugehen und in dieser Hinsicht konkrete Verpflichtungen einzugehen und konkrete Maßnahmen durchzuführen; ...

fordert die Regierung [des betroffenen Landes] und die [bewaffneten Kräfte] auf, den von den Vereinten Nationen und [den bewaffneten Kräften] ... unterzeichneten Aktionsplan zur Beendigung der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten, der im [Monat/Jahr] auslief, zu erneuern, und ersucht [die Mission], die Regierung [des betroffenen Landes] in dieser Hinsicht zu beraten und zu unterstützen, und ersucht ferner den Generalsekretär, in den Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen in [dem betroffenen Land] den Kinderschutz zu stärken und sicherzustellen, dass die Lage der Kinder fortwährend überwacht und darüber berichtet wird

S/RES/1996 (2011),  
Ziff. 10

beschließt, dass [die Mission] den folgenden Auftrag haben wird:

S/RES/1925 (2010),  
Ziff. 12 e)

...

e) eng mit der Regierung zusammenzuarbeiten, um die Umsetzung ihrer Verpflichtungen zur Bekämpfung schwerer Rechtsverletzungen an Kindern sicherzustellen, insbesondere die Fertigstellung des Aktionsplans zur Freilassung der in den [Streitkräften] befindlichen Kinder und zur Verhinderung einer weiteren Einziehung, mit Unterstützung durch den Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus

begrüßt es, dass die [bewaffnete Gruppe] einen Aktionsplan zur Freilassung aller noch mit ihren Kräften verbundenen Kinder bis Ende [Jahr] angenommen hat, fordert zur Erreichung dieses Ziels eine rasche Umsetzung dieses Aktionsplans, ...

S/RES/1919 (2010),  
Ziff. 19

legt in diesem Zusammenhang den Mitgliedstaaten nahe, in enger Absprache mit den für die Überwachung und Berichterstattung zuständigen Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen in den einzelnen Ländern und den Landesteams der Vereinten Nationen Wege zu finden, um die Ausarbeitung und Umsetzung termingebundener Aktionspläne und die von den Arbeitsgruppen vorzunehmende Überprüfung und Überwachung der Erfüllung der Verpflichtungen und Zusagen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten zu erleichtern

S/RES/1882 (2009),  
Ziff. 6

<b>Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kindern</b>	beschließt, dass [die Mission] das folgende Mandat hat:	S/RES/2100 (2013), Ziff. 16 a) und v)
	...	
	v) den ...[B]ehörden [des betroffenen Landes] dabei behilflich zu sein, Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten und zur Auflösung von Milizen und Selbstverteidigungsgruppen auszuarbeiten und durchzuführen, entsprechend den Zielen der Aussöhnung und unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse demobilisierter Kinder	
	betont, dass wirksame Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kindern, die auf den vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen maßgeblichen Akteuren auf dem Gebiet des Kinderschutzes, einschließlich der Internationalen Arbeitsorganisation, ermittelten bewährten Praktiken aufbauen, äußerst wichtig für das Wohlergehen aller Kinder sind, die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht von Streitkräften und bewaffneten Gruppen eingezogen oder eingesetzt worden sind, und dass sie ein wesentlicher Faktor für dauerhaften Frieden und dauerhafte Sicherheit sind, und legt den nationalen Regierungen und den Gebern eindringlich nahe, sicherzustellen, dass diese gemeinwesengestützten Programme rechtzeitig und auf Dauer ausreichende Ressourcen und Finanzmittel erhalten	S/RES/1998 (2011), Ziff. 18
	ersucht [die Mission], gemäß ihrem Mandat, in Abstimmung mit den maßgeblichen Parteien und mit besonderem Schwerpunkt auf dem Schutz und der Freilassung der für Streitkräfte und bewaffnete Gruppen rekrutierten und an diesen beteiligten Kinder und ihrer Rückführung in ihre Familien ihre Unterstützung für den Nationalen Koordinierungsrat für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie für die ... Kommission[en] für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung zu verstärken und den Wiedereingliederungsprozess zu überwachen	S/RES/1919 (2010), Ziff. 19
<b>Ausbildung des Friedenssicherungspersonals</b>	ersucht [die Mission] ferner, im Rahmen der umfassenderen internationalen Anstrengungen zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors den [Streitkräften] ... eine militärische Ausbildung zu gewähren, namentlich auf dem Gebiet der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts, des Kinderschutzes und der Verhütung von geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt	S/RES/1906 (2009), Ziff. 31
	erklärt erneut, wie wichtig es ist, dass die einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, der Menschenrechte	S/RES/1296 (2000), Ziff. 19

Siehe z.B. auch  
S/RES/1265 (1999),  
Ziff. 14.

und des Flüchtlingsvölkerrechts eingehalten werden und dass das an friedensschaffenden, friedenssichernden und friedenskonsolidierenden Tätigkeiten beteiligte Personal eine angemessene Ausbildung erhält, die diese Rechtsbereiche, einschließlich der Vorschriften betreffend Kinder und geschlechtsspezifische Fragen, sowie Verhandlungs- und Kommunikationsfähigkeiten, interkulturelles Verständnis, die zivil-militärische Koordination und die Sensibilisierung im Hinblick auf die Prävention von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten umfasst, ersucht den Generalsekretär, die entsprechenden Richtlinien zu verbreiten und sicherzustellen, dass das Personal der Vereinten Nationen eine entsprechende Ausbildung erhält, und fordert die betreffenden Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, bei Bedarf und soweit durchführbar entsprechende Anweisungen zu verbreiten und sicherzustellen, dass ihre Programme für an ähnlichen Aktivitäten beteiligtes Personal eine entsprechende Ausbildung umfassen

**Kinder und Friedensprozesse**

Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, bei Friedensgesprächen mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen auf Kinderschutzbelange einzugehen, und fordert die Mitgliedstaaten, die Institutionen der Vereinten Nationen und die anderen betroffenen Parteien auf, sicherzustellen, dass Bestimmungen zum Schutz von Kindern, namentlich zur Freilassung und Wiedereingliederung der früher mit den Streitkräften oder bewaffneten Gruppen verbundenen Kinder, in alle Friedensverhandlungen und Friedensabkommen aufgenommen werden

S/PRST/2013/8,  
Abs. 16

Siehe z.B. auch  
S/RES/1882 (2009),  
Ziff. 15; S/RES/1826  
(2008), Ziff. 6;  
S/RES/1674 (2006),  
Ziff. 11; und S/RES/1612  
(2005), Ziff. 14.

fordert die Mitgliedstaaten, die Einrichtungen der Vereinten Nationen, einschließlich der Kommission für Friedenskonsolidierung, und die anderen betroffenen Parteien auf, sicherzustellen, dass dem Schutz, den Rechten, dem Wohlergehen und der Stärkung der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen Kinder in allen Friedensprozessen Rechnung getragen wird und dass in den Plänen, Programmen und Strategien zur Wiederherstellung und zum Wiederaufbau nach einem Konflikt den Fragen, die von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder anbelangen, Vorrang eingeräumt wird

S/RES/1998,  
(2011), Ziff. 19

fordert alle beteiligten Parteien auf, dafür zu sorgen, dass bei der Durchführung [des Friedensabkommens] dem Kinderschutz Rechnung getragen wird, und ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass die Lage der Kinder weiter überwacht und darüber Bericht erstattet wird und dass mit den Konfliktparteien ein fortlaufender

S/RES/1769 (2007),  
Ziff. 17

	Dialog mit dem Ziel geführt wird, termingebundene Aktionspläne zur Beendigung der Rekrutierung und des Einsatzes von Kindersoldaten und anderer gegen Kinder gerichteter Rechtsverletzungen aufzustellen	
<b>Gezielte und abgestufte Maßnahmen zur Reaktion auf Verstöße gegen das anwendbare humanitäre Völkerrecht und die geltenden internationalen Menschenrechtsnormen in Bezug auf Kinder</b>	<p>bringt seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass bestimmte Täter nach wie vor unter offener Missachtung seiner diesbezüglichen Resolutionen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in Situationen bewaffneter Konflikts begehen, und</p> <p>...</p> <p><i>b)</i> bekundet in dieser Hinsicht erneut seine Bereitschaft, gezielte und abgestufte Maßnahmen gegen diejenigen, die anhaltende Rechtsverletzungen begehen, zu beschließen, unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen seiner Resolutionen 1539 (2004), 1612 (2005), 1882 (2009) und 1998 (2011)</p> <p>beschließt, dass die Maßnahmen [Reiseverbot und Einfrieren von Vermögenswerten] in [den Bestimmungen der einschlägigen Resolution] auf Personen und die [einschlägigen Bestimmungen] der genannten Resolution auf Einrichtungen Anwendung finden, die nach Feststellung des Ausschusses</p> <p>...</p> <p><i>d)</i> politische oder militärische Führer sind, die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht in [dem betroffenen Land] Kinder in bewaffneten Konflikten einziehen oder einsetzen;</p> <p><i>e)</i> für Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht in [dem betroffenen Land] verantwortlich sind, namentlich das gezielte Vorgehen gegen Zivilpersonen, insbesondere Kinder und Frauen, in Situationen bewaffneter Konflikte, einschließlich Tötung und Verstümmelung, sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Angriffen auf Schulen und Krankenhäuser sowie Entführung und Vertreibung</p> <p>erklärt erneut, dass er entschlossen ist, die Achtung seiner Resolutionen über Kinder und bewaffnete Konflikte sicherzustellen, und</p> <p><i>a)</i> begrüßt in dieser Hinsicht die anhaltende Tätigkeit und die Empfehlungen der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Kinder und bewaffnete Konflikte gemäß Ziffer 8 seiner Resolution 1612 (2005) und bittet die Arbeitsgruppe, dem Rat weiter regelmäßig Bericht zu erstatten;</p> <p><i>b)</i> ersucht die Arbeitsgruppe und die zuständigen Sanktionsausschüsse des Sicherheitsrats, ihre Kommunikation zu verbessern, namentlich durch den Austausch</p>	<p>S/RES/2068 (2012), Siehe z.B. auch S/RES/2078 (2012), Ziff. 3 <i>b)</i></p> <p>S/RES/2078 (2012), Ziff. 4; S/RES/1998 (2011), Ziff. 9 und S/RES/1807 (2008), Ziff. 9, . 11 und 13 <i>d)</i> und <i>e)</i>.</p> <p>S/RES/2002 (2011), Ziff. 1 <i>d)</i> und <i>e)</i></p> <p>S/RES/1882 (2009), Ziff. 7</p>

sachdienlicher Informationen über Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in bewaffneten Konflikten;

c) bekräftigt seine Absicht, gemäß Ziffer 9 der Resolution 1612 (2005) Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die anhaltende Rechtsverletzungen begehen

ersucht den Generalsekretär, in die Anhänge zu seinen Berichten über Kinder und bewaffnete Konflikte auch diejenigen an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzunehmen, die in Situationen bewaffneten Konflikts unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht systematisch Kinder töten und verstümmeln und/oder Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalthandlungen an ihnen begehen, unter Berücksichtigung aller anderen Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern, und stellt fest, dass diese Ziffer auf die Situationen Anwendung finden wird, die den in Ziffer 16 seiner Resolution 1379 (2001) aufgeführten Bedingungen entsprechen

S/RES/1882 (2009),  
Ziff. 3

### III. Spezifische Schutzanliegen, die sich aus Beratungen des Sicherheitsrats über von einem bewaffneten Konflikt betroffene Frauen ergeben

#### Gewalthandlungen gegen Frauen und Mädchen verurteilen und ihre Einstellung fordern

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über das gesamte Spektrum an Bedrohungen, Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen, denen Frauen in Situationen bewaffneten Konflikts und in Postkonfliktsituationen ausgesetzt sind, in der Erkenntnis, dass besonders verwundbare oder benachteiligte Frauen und Mädchen speziell zum Ziel gemacht werden oder stärker durch Gewalt gefährdet sein können, und in dieser Hinsicht anerkennend, dass mehr getan werden muss, um sicherzustellen, dass Maßnahmen zur Unrechtsaufarbeitung das gesamte Spektrum der Verletzungen und Missbräuche der Menschenrechte der Frauen abdecken und die verschiedenartigen Auswirkungen angehen, die diese Rechtsverletzungen und -missbräuche sowie Vertreibung, zwangsweises Verschwindenlassen und die Zerstörung ziviler Infrastrukturen auf Frauen und Mädchen haben

S/RES/2122 (2013),  
PA 7  
Siehe z.B. auch  
S/RES/1974 (2011),  
Ziff. 36; S/RES/1960  
(2010), Ziff. 3;  
S/RES/1917 (2010),  
Ziff. 35; S/RES/1820  
(2008), PA 8; und  
S/RES/1806 (2008),  
Ziff. 28.

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis angesichts der anhaltenden Meldungen, unter anderem im [entsprechenden] Bericht des Generalsekretärs ..., über Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, namentlich diejenigen, die gegen Frauen und Kinder gerichtet sind, und der Meldungen über vermehrte Fälle sexueller Gewalt, insbesondere diejenigen, die bewaffneten Männern zugeschrieben werden, betonend, wie wichtig es ist, solche behaupteten Verstöße und Rechtsverletzungen ..., die ... von allen

S/RES/2112 (2013),  
PA 11



Parteien begangen worden sind, zu untersuchen, ungeachtet ihrer Rechtsstellung oder politischen Zugehörigkeit, bekräftigend, dass die für diese Rechtsverletzungen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und ungeachtet ihrer politischen Zugehörigkeit vor Gericht gestellt werden müssen, während die Rechte der Inhaftierten zu achten sind, ... mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Regierung, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit zu verstärken und zu beschleunigen

ist sich dessen bewusst, dass trotz der bei der Gleichstellung der Geschlechter erzielten Fortschritte verstärkte Anstrengungen, namentlich in Bezug auf messbare und maßnahmenorientierte Ziele, erforderlich sind, um die Rechte der Frauen und Mädchen zu gewährleisten und sicherzustellen, dass alle Frauen und Mädchen in [dem betroffenen Land] vor Gewalt und Misshandlung geschützt sind und den gleichen Schutz durch das Gesetz und den gleichberechtigten Zugang zur Justiz genießen, verurteilt nachdrücklich die Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen, insbesondere Gewalt mit dem Ziel, Mädchen vom Schulbesuch abzuhalten, betont, wie wichtig es ist, die Resolutionen des Sicherheitsrats 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009), 1889 (2009) und 1960 (2010) durchzuführen, verweist auf die darin enthaltenen Verpflichtungen zur durchgängigen Berücksichtigung dieser Fragen und betont, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass Frauen, die häuslicher Gewalt entfliehen, eine sichere Zuflucht finden können

S/RES/2096 (2013),  
Ziff. 43

verurteilt mit Nachdruck die anhaltenden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, darunter ... die Vergewaltigungen, die sexuelle Sklaverei und die anderen Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt ..., die von bewaffneten Gruppen, insbesondere [Liste der betreffenden bewaffneten Gruppen], begangen werden und die Bevölkerung sowie den Frieden und die Stabilität [des betroffenen Landes] und der Subregion bedrohen, ...

S/RES/2088 (2013),  
Ziff. 13

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009), 1889 (2009) und 1960 (2010) über Frauen und Frieden und Sicherheit, besorgt über die weite Verbreitung der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt, unter Begrüßung der fortgesetzten Anstrengungen [der Mission] und der Regierung ... zur Förderung und zum Schutz der Rechte von Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kindern, und bekräftigend, wie wichtig geeignete Sachkenntnisse und Schulungen

S/RES/2008 (2011),  
PA 15

	betreffend Geschlechterfragen in den vom Sicherheitsrat eingerichteten Missionen sind		
	verlangt, dass alle Parteien ... alle Formen der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung in [dem betroffenen Land], insbesondere die geschlechtsspezifische Gewalt einschließlich Vergewaltigung und anderer Formen sexuellen Missbrauchs ..., sofort einstellen, im Hinblick auf konkrete und an Fristen gebundene Verpflichtungen zur Bekämpfung von sexueller Gewalt im Einklang mit Resolution 1960 (2010) ...	S/RES/1996 (2011), Ziff. 9	
	verurteilt nachdrücklich alle in Situationen bewaffneter Konflikte und in Postkonfliktsituationen an Frauen und Mädchen begangenen Verstöße gegen das anwendbare Völkerrecht, verlangt von allen an Konflikten beteiligten Parteien, derartige Handlungen mit sofortiger Wirkung einzustellen, und betont, dass es allen Staaten obliegt, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und diejenigen strafrechtlich zu verfolgen, die für in bewaffneten Konflikten an Frauen und Mädchen begangene Gewalt in allen Formen, einschließlich Vergewaltigungen und sonstiger sexueller Gewalt, verantwortlich sind	S/RES/1889 (2009), Ziff. 3	
	erneut seine große Sorge darüber bekundend, dass trotz seiner wiederholten Verurteilung der Gewalt gegen Frauen und Kinder, einschließlich aller Formen der sexuellen Gewalt, in Situationen bewaffneter Konflikte und trotz seiner Aufrufe an alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien, derartige Handlungen mit sofortiger Wirkung zu beenden, solche Handlungen nach wie vor auftreten und in einigen Situationen systematisch [geworden] oder ausgedehnt worden sind	S/RES/1888 (2009), PA 3	
<b>Zur Einhaltung des anwendbaren humanitären Völkerrechts und der geltenden internationalen Menschenrechtsnormen auffordern</b>	fordert alle Parteien auf, ... im Einklang mit seiner Resolution 1960 (2010) klare Befehle betreffend das Verbot sexueller Gewalt zu erteilen, fordert die Konfliktparteien auf, den Opfern sexueller Gewalt sofortigen Zugang zu den verfügbaren Diensten zu ermöglichen, legt den Gebern nahe, den Ausbau der für die Opfer zur Verfügung stehenden Dienste zu unterstützen, und begrüßt die Verpflichtungen zur Verhütung und Bekämpfung sexueller Gewalt, einschließlich de[s] von den Vereinten Nationen, der Regierung [des betroffenen Landes] und anderen Konfliktparteien unterzeichneten [maßgeblichen Dokuments samt Datum]	S/RES/2088 (2013), Ziff. 15	Siehe z.B. auch S/RES/2121 (2013), Ziff. 16; S/RES/2046 (2012), Ziff. 7; S/RES/2040 (2012), Ziff. 3; S S/RES/1889 (2009), Ziff. 2; und S/RES/1888 (2009), PA 10 und 6.
	erneut darauf hinweisend, dass alle an einem Konflikt beteiligten Staaten und nichtstaatlichen Akteure ihre Verpflichtungen nach dem anwendbaren Völker-	S/RES/1960 (2010), PA 4	

	recht, einschließlich des Verbots aller Formen von sexueller Gewalt, vollständig einhalten müssen	
	daran erinnernd, dass das humanitäre Völkerrecht Frauen und Kindern als Teil der Zivilbevölkerung während bewaffneter Konflikte allgemeinen Schutz und aufgrund ihrer potenziellen besonderen Gefährdung besonderen Schutz gewährt	S/RES/1960 (2010), PA 10
	fordert alle Parteien bewaffneter Konflikte auf, das auf die Rechte und den Schutz von Frauen und Mädchen, insbesondere als Zivilpersonen, anwendbare Völkerrecht vollinhaltlich zu achten, insbesondere die auf sie anwendbaren Verpflichtungen aus den Genfer Abkommen von 1949 und den dazugehörigen Zusatzprotokollen von 1977, dem Abkommen vom 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und dem dazugehörigen Protokoll von 1967, dem Übereinkommen von 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und dem dazugehörigen Fakultativprotokoll [von] 1999 sowie dem Übereinkommen von 1989 über die Rechte des Kindes und den beiden dazugehörigen Fakultativprotokollen [von] 2000, und die einschlägigen Bestimmungen des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu berücksichtigen	S/RES/1325 (2000), Ziff.
<b>Frauen und die Verhütung und Beilegung von Konflikten</b>	fordert die Mitgliedstaaten, die Institutionen der Vereinten Nationen und die zwischenstaatlichen, regionalen und subregionalen Organisationen nachdrücklich auf, weitere Maßnahmen zur Erleichterung der vollen und sinnvollen Mitwirkung der Frauen an allen Prozessen der Politikgestaltung, Planung und Durchführung zu ergreifen, die darauf gerichtet sind, den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten zu bekämpfen und zu beseitigen, und fordert in dieser Hinsicht alle, die an der Planung von Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und zur Reform des Justiz- und Sicherheitssektors beteiligt sind, auf, unter Mitwirkung der Frauen den besonderen Bedürfnissen der mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Frauen und Kinder Rechnung zu tragen und ihren uneingeschränkten Zugang zu diesen Programmen zu gewährleisten, unter anderem durch Konsultationen mit der Zivilgesellschaft, einschließlich der Frauenorganisationen, soweit angezeigt	S/RES/2117 (2013), Ziff. 12  Siehe z.B. auch S/RES/2122 (2013), PA 13; S/RES/2112 (2013), PA 12; S/RES/2086 (2013), PA 12; S/RES/2067 (2012), Ziff. 8; S/RES/2062 (2012), PA 13; S/RES/2061 (2012), PA 9; S/RES/2041 (2012), Ziff. 14; S/RES/2009 (2011), Ziff. 3; S/RES/1935 (2010), Ziff. 3; S/RES/1889 (2009), Ziff. 8; S/RES/1888 (2009), PA 13 und 14 und Ziff. 16; S/RES/1880 (2009), PA 12; S/RES/1826 (2008), Ziff. 6; S/RES/1674 (2006), Ziff. 11; und S/RES/1325 (2000), Ziff. 1 und 15.
	unter Betonung der in den Resolutionen 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009) und 1889 (2009) anerkannten wichtigen Rolle der Frauen bei der Verhütung und	S/RES/2103 (2013), PA 16

Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung, die diesbezügliche Arbeit der Mission begrüßend und unterstreichend, dass bei der Durchführung der entsprechenden Aspekte des Mandats [der Mission] auch weiterhin systematisch eine Geschlechterperspektive einbezogen werden muss

... erinnert daran, dass Frauen eine entscheidende Rolle im Friedensprozess spielen, wie in Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats und damit zusammenhängenden Resolutionen anerkannt wird, erklärt daher erneut, dass Frauen an allen Phasen von Friedensprozessen voll, gleichberechtigt und wirksam mitwirken müssen, und fordert nachdrücklich ihre Beteiligung an der Entwicklung und Umsetzung von Postkonfliktstrategien, damit ihren Perspektiven und Bedürfnissen Rechnung getragen wird, ...

S/RES/2096 (2013),  
Ziff. 14

unter Begrüßung der stärkeren Vertretung von Frauen im Parlament, mit Lob für die [nationalen] Behörden und unterstreichend, dass die Beteiligung von Frauen an den Entscheidungsprozessen im Hinblick auf die Verhütung und Beilegung von Konflikten erweitert werden muss

S/RES/2067 (2012),  
PA 14

bekräftigt die unverzichtbare Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten, in Friedensverhandlungen, bei der Friedenskonsolidierung, der Friedenssicherung, humanitären Maßnahmen und dem Wiederaufbau nach Konflikten und betont, dass die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union darauf hinwirken müssen, dass Frauen- und Geschlechterperspektiven in alle Friedens- und Sicherheitsbemühungen der beiden Organisationen voll einbezogen werden, namentlich indem sie die erforderlichen Kapazitäten aufbauen

S/RES/2033 (2012),  
Ziff. 12

fordert die Mitgliedstaaten und die internationalen und die regionalen Organisationen nachdrücklich auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Mitwirkung von Frauen an allen Phasen von Friedensprozessen, insbesondere der Konfliktbeilegung, der Postkonfliktplanung und der Friedenskonsolidierung, zu verbessern, indem Frauen verstärkt in die politische und wirtschaftliche Entscheidungsfindung in den frühen Phasen von Wiederherstellungsprozessen einbezogen werden, unter anderem durch die Förderung der Führungsrolle von Frauen und ihrer Fähigkeit, am Management und an der Planung der Hilfe mitzuwirken, durch die Unterstützung von Frauenorganisationen und durch das Vorgehen gegen negative gesellschaftliche Einstellungen hinsichtlich der Fähigkeit der Frauen zur gleichberechtigten Teilhabe

S/RES/1889 (2009),  
Ziff. 1

legt den Mitgliedstaaten in Postkonfliktsituationen nahe, in Abstimmung mit der Zivilgesellschaft, einschließlich Frauenorganisationen, die Bedürfnisse und Prioritäten von Frauen und Mädchen detailliert darzulegen und im Einklang mit ihrem Rechtssystem konkrete Strategien zu entwerfen, um diesen Bedürfnissen und Prioritäten zu entsprechen, die unter anderem die Unterstützung für erhöhte physische Sicherheit und bessere sozioökonomische Bedingungen betreffen, durch Bildung, einkommenschaffende Tätigkeiten, den Zugang zu grundlegenden Diensten, insbesondere Gesundheitsdiensten unter Einbeziehung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, der reproduktiven Rechte und der geistigen Gesundheit, durch Geschlechtergerechtigkeit bei der Strafverfolgung und beim Zugang zur Justiz sowie durch die Stärkung der Fähigkeit zur Teilnahme an der öffentlichen Entscheidungsfindung auf allen Ebenen

S/RES/1889 (2009),  
Ziff. 10

hervorhebend, wie wichtig es ist, Fragen der sexuellen Gewalt schon zu Beginn von Friedensprozessen und Vermittlungsbemühungen anzugehen, um gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schützen und volle Stabilität zu fördern, insbesondere in der Vorphase einer Waffenruhe, bei Vereinbarungen über den Zugang humanitärer Helfer und die Menschenrechte, bei Waffenruhen und der Überwachung ihrer Einhaltung, bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, bei Regelungen zur Reform des Sicherheitssektors sowie in den Bereichen Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, Wiederherstellung in der Konfliktfolgezeit und Entwicklung

S/RES/1888 (2009),  
PA 12

fordert alle beteiligten Parteien auf, sicherzustellen, dass bei der Durchführung des [Friedensabkommens] sowie in den Phasen des Wiederaufbaus und der Wiederherstellung in der Konfliktfolgezeit der Schutz von Frauen und Kindern beachtet wird, unter anderem durch die ständige Überwachung der Situation von Frauen und Kindern und diesbezügliche Berichterstattung, und dass alle gemeldeten Missbrauchshandlungen untersucht und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden

S/RES/1880 (2009),  
Ziff. 14

fordert den Generalsekretär und seine Sondergesandten nachdrücklich auf, Frauen zur Teilnahme an Erörterungen über die Verhütung und Beilegung von Konflikten, die Wahrung von Frieden und Sicherheit und die Friedenskonsolidierung nach Konflikten einzuladen, und ermutigt alle an solchen Gesprächen beteiligten Parteien, die gleichberechtigte und volle Mitwirkung der Frauen auf den Entscheidungsebenen zu erleichtern

S/RES/1820 (2008),  
Ziff. 12

	fordert alle beteiligten Akteure auf, bei der Aushandlung und Umsetzung von Friedensübereinkünften eine Geschlechterperspektive zu berücksichtigen, die auf Folgendes abstellt:	S/RES/1325 (2000), Ziff. 8
	<p>a) die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen während der Rückführung und Neuansiedlung sowie bei der Normalisierung, der Wiedereingliederung und dem Wiederaufbau nach Konflikten;</p> <p>b) Maßnahmen zur Unterstützung lokaler Friedensinitiativen von Frauen und autochthoner Konfliktbeilegungsprozesse sowie zur Beteiligung von Frauen an allen Mechanismen zur Umsetzung der Friedensübereinkünfte;</p> <p>c) Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes und der Achtung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen, insbesondere im Zusammenhang mit der Verfassung, dem Wahlsystem, der Polizei und der rechtsprechenden Gewalt</p>	
<b>Sexuelle Gewalt verurteilen und ihre Einstellung fordern</b>	<p>in der Erkenntnis, dass es in allen Sektoren nach wie vor erhebliche Herausforderungen zu bewältigen gilt, darunter die anhaltende Gewalkriminalität, insbesondere das häufige Vorkommen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, vor allem gegen Kinder, unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009), 1889 (2009), 1960 (2010) und 2106 (2013) über Frauen und Frieden und Sicherheit, ...</p> <p>wiederholt seine Forderung, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien alle sexuellen Gewalthandlungen mit sofortiger Wirkung vollständig einstellen und dass diese Parteien konkrete, termingebundene Verpflichtungen zur Bekämpfung sexueller Gewalt eingehen und umsetzen, wozu unter anderem der Erlass klarer, über die Befehlsskette erfolgender Anordnungen zum Verbot sexueller Gewalt, Rechenschaftspflicht für Verstöße gegen diese Anordnungen sowie das Verbot sexueller Gewalt in Verhaltenskodizes und Feldhandbüchern für Militär und Polizei oder ähnlichen Dokumenten gehören sollte, und konkrete Verpflichtungen zur raschen Untersuchung behaupteter Missbräuche eingehen und umsetzen; fordert ferner alle in Betracht kommenden Parteien bewaffneter Konflikte auf, im Rahmen dieser Verpflichtungen mit dem betreffenden Personal der Missionen der Vereinten Nationen, das ihre Umsetzung überwacht, zusammenzuarbeiten, und fordert die Parteien auf, gegebenenfalls einen hochrangigen Vertreter zu benennen, der dafür zuständig ist, die Umsetzung</p>	<p>S/RES/2116 (2013), PA 14</p> <p>S/RES/2106 (2013), Ziff. 10</p>

Siehe z.B. auch  
S/RES/2116 (2013),  
Ziff. 10; S/RES/2112  
(2013), Ziff. 17;  
S/RES/2109 (2013),  
Ziff. 14; S/RES/2098  
(2013), PA 19;  
S/RES/2066 (2012),  
PA 10; S/RES/2063  
(2012), Ziff. 21;  
S/RES/2062 (2012),  
PA 8; S/RES/2040  
(2012), PA 7;  
S/RES/2035 (2012),  
PA 8; S/RES/2010  
(2011), Ziff. 25;  
S/RES/2009 (2011),  
PA 5; S/RES/1960  
(2010), PA 3, Ziff. 1 und  
2; S/RES/1944 (2010),  
PA 12 und Ziff. 14;  
S/RES/1938 (2010),  
PA 16.

dieser Verpflichtungen sicherzustellen

mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Berichte über sexuelle Gewalt gegen Frauen, Männer und Kinder während des Konflikts in [dem betroffenen Land], darunter auch in Gefängnissen und anderen Hafteinrichtungen, ... S/RES/2095 (2013), PA 7

verurteilt mit Nachdruck ... die weit verbreiteten Vergewaltigungen und anderen Formen des sexuellen Missbrauchs von Frauen und Mädchen, ... S/RES/2070 (2012), Ziff. 18

verlangt, dass alle Parteien alle Formen der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung in [dem betroffenen Land], insbesondere die geschlechtsspezifische Gewalt einschließlich Vergewaltigung und anderer Formen sexueller Gewalt, ... sofort einstellen, ... S/RES/2057 (2012), Ziff. 10

verurteilt die Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Recht gegenüber Zivilpersonen, die Meldungen zufolge noch immer in verschiedenen Teilen des Landes verübt werden, einschließlich zahlreicher straflos gebliebener sexueller Gewalthandlungen, fordert alle ... Parteien [in dem betroffenen Land] auf, mit anhaltender Unterstützung [der Mission] den Schutz von Zivilpersonen, insbesondere Frauen, Kindern und Vertriebenen, zu gewährleisten, betont, dass die Täter vor Gericht gestellt werden müssen, und fordert alle Parteien auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um alle Formen sexueller Gewalt zu unterlassen, zu verhindern und Zivilpersonen davor zu schützen, ... S/RES/1962 (2010), Ziff. 9

verlangt, dass die am Konflikt beteiligten Parteien im Einklang mit Resolution 1820 (2008) sofort geeignete Maßnahmen ergreifen, um Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, vor allen Formen sexueller Gewalt zu schützen S/RES/1935 (2010), Ziff. 18

verlangt, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien sofort angemessene Maßnahmen ergreifen, um Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, vor allen Formen sexueller Gewalt zu schützen, so unter anderem durch die Verhängung angemessener militärischer Disziplinarmaßnahmen, die Achtung des Grundsatzes der Verantwortlichkeit der Befehlshaber, die Unterweisung der Soldaten in Bezug auf das kategorische Verbot aller Formen sexueller Gewalt gegen Zivilpersonen, die Widerlegung von Mythen, die sexuelle Gewalt fördern, und die Überprüfung von potenziellen Rekruten für die nationalen Streit- und Sicherheitskräfte, um sicherzustellen, dass Personen ausgeschlossen werden, die mit schweren Verstößen gegen das humanitäre S/RES/1888 (2009), Ziff. 3

Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, einschließlich sexueller Gewalt, in Verbindung stehen

**Rolle der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen und anderer einschlägiger Missionen und Akteure**

... begrüßend, dass sich die Regierung ... verpflichtet hat, den Nationalen Aktionsplan ... zu Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats zu erarbeiten und umzusetzen und weitere Möglichkeiten zur Unterstützung der Beteiligung von Frauen am Friedens- und Aussöhnungsprozess ... zu ermitteln, dass die Regierung ... ihren ersten Fortschrittsbericht über die Durchführung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vorgelegt hat und dass Anstrengungen unternommen werden, die volle Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Frauen in [dem betroffenen Land] weiter zu beschleunigen, die darin enthaltenen Zielvorgaben in die nationalen Prioritätenprogramme zu integrieren und eine Strategie zur vollen Anwendung des Gesetzes zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen zu erarbeiten

S/RES/2120 (2013), Siehe z.B. auch PA 25 S/RES/2122 (2013), Ziff. 2 und 5; S/RES/2116 (2013), Ziff. 10 und 12; S/RES/2109 (2013), Ziff. 40; S/RES/2106 (2013), Ziff. 6, 7 und 12; S/RES/2100 (2013), Ziff. 16 und 25; S/RES/2098 (2013), PA 18 und Ziff. 12 a) iii); S/RES/2093 (2013), Ziff. 14 und 27; S/RES/2086 (2013), Ziff. 8 und 12; S/RES/2066 (2012), Ziff. 11; S/RES/2037 (2012), Ziff. 17; S/RES/2003 (2011), Ziff. 22; S/RES/1996 (2011), Ziff. 24; S/RES/1960 (2010), PA 5; S/RES/1945 (2010), Ziff. 4; S/RES/1944 (2010), Ziff. 12; S/RES/1906 (2009), Ziff. 18; S/RES/1889 (2009), PA 14; S/RES/1888 (2009), Ziff. 12; S/RES/1828 (2008), Ziff. 15; S/RES/1794 (2007), Ziff. 18; S/RES/1674 (2006), Ziff. 19; S/RES/1590 (2005), Ziff. 15; S/RES/1565 (2004), Ziff. 5 g); S/RES/1528 (2004), Ziff. 6 n); S/RES/1325 (2000), Ziff. 5 und 7; und S/PRST/2007/40; S/RES/1265 (1999), Ziff. 13.

verlangt, dass die an dem Konflikt beteiligten Parteien im Einklang mit Resolution 2106 (2013) alle sexuellen Gewalthandlungen mit sofortiger Wirkung einstellen und konkrete und termingebundene Verpflichtungen zur Bekämpfung sexueller Gewalt eingehen und umsetzen, ersucht [die Mission], über sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt Bericht zu erstatten und die Fortschritte bei der Beseitigung der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt zu bewerten, namentlich durch die rasche Ernennung von Frauenschutzberatern, nimmt Kenntnis von der Aufnahme des Schutzes von Frauen und Kindern vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in die in [der entsprechenden Ziffer] genannte missionsweite Strategie zum Schutz von Zivilpersonen und ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass [die Mission] die einschlägigen Bestimmungen der Resolution 1325 (2000) und damit zusammenhängender Resolutionen über Frauen und Frieden und Sicherheit durchführt, unter anderem durch die Förderung der Mitwirkung von Frauen an allen Phasen von Friedensprozessen, insbesondere der Konfliktbeilegung, der Postkonfliktplanung und der Friedenskonsolidierung, einschließlich zivilgesellschaftlicher Frauenorganisationen, und durch die Ernennung von Gleichstellungsberatern, und in seine Berichterstattung an den Rat entsprechende Informationen aufzunehmen

S/RES/2113 (2013), Ziff. 25

beschließt, dass [die Mission] das folgende Mandat hat:

S/RES/2112 (2013), Ziff. 6.f)

...



*Unterstützung zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen*

zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in [dem betroffenen Land] beizutragen, mit besonderem Augenmerk auf an Kindern und Frauen begangenen schweren Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen, namentlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, in enger Abstimmung mit dem mit [der einschlägigen] Resolution ... des Menschenrechtsrats eingesetzten unabhängigen Experten,

...

die Regierung bei ihren Anstrengungen zur Bekämpfung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu unterstützen, namentlich durch Beiträge zur Erarbeitung einer in nationaler Eigenverantwortung durchgeführten sektorübergreifenden Strategie in Zusammenarbeit mit den an der Aktion der Vereinten Nationen gegen sexuelle Gewalt in Konflikten beteiligten Stellen,

Frauen, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, spezifischen Schutz zu gewähren, einschließlich durch die Entsendung von Frauenschutzberatern, und nach Bedarf und im Rahmen der vorhandenen Ressourcen dafür zu sorgen, dass Experten in Gleichstellungsfragen vorhanden sind und Schulungen auf diesem Gebiet abgehalten werden, im Einklang mit den [einschlägigen] Resolutionen ...

ersucht den Generalsekretär und die zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen, die nationalen Behörden unter wirksamer Beteiligung von Frauen dabei zu unterstützen, Fragen sexueller Gewalt anzugehen, insbesondere in folgenden Zusammenhängen:

S/RES/2106 (2013),  
Ziff. 16

a) Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozesse, unter anderem durch die Einrichtung von Mechanismen zum Schutz von Frauen und Kindern an Kantonierungsstandorten sowie zum Schutz der Zivilbevölkerung in unmittelbarer Nähe von Kantonierungsstandorten und in Rückkehrgemeinden sowie durch die Bereitstellung von Trauma- und Wiedereingliederungshilfe für früher mit bewaffneten Gruppen verbundene Frauen und Kinder sowie für Exkombattanten;

b) Prozesse und Regelungen zur Reform des Sicherheitssektors, unter anderem durch die Bereitstellung einer angemessenen Schulung des Sicherheitspersonals, die Förderung der verstärkten Aufnahme von Frauen in den Sicherheitssektor und wirksame Überprüfungsprozesse, um Personen, die sexuelle Gewalthandlungen

begangen haben oder dafür verantwortlich sind, vom Sicherheitssektor auszuschließen;

c) Initiativen zur Reform des Justizsektors, unter anderem durch gesetzgeberische und grundsatzpolitische Reformen zur Bekämpfung sexueller Gewalt, die Schulung von Fachkräften im Justiz- und Sicherheitssektor im Umgang mit sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, die Beschäftigung von mehr qualifizierten Frauen in diesen Bereichen sowie Gerichtsverfahren, die den besonderen Bedürfnissen und dem Schutz von Zeugen sowie Überlebenden sexueller Gewalt in Situationen bewaffneter Konflikte und in Postkonfliktsituationen, und ihren Familienangehörigen, Rechnung tragen

beschließt, dass [die Mission] das folgende Mandat hat: S/RES/2102 (2013),  
Ziff. 2 d) und e)

...

d) der ...[R]egierung [des betroffenen Landes] dabei behilflich zu sein, Kapazitäten aufzubauen, um

i) die Achtung der Menschenrechte und die Stärkung der Stellung der Frauen zu fördern, einschließlich durch die Bereitstellung von Beratern für Gleichstellungs- und Menschenrechtsfragen;

...

iii) sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten zu verhüten, einschließlich durch die Bereitstellung von Frauenschutzberatern;

...

e) die folgenden Rechtsverletzungen zu verfolgen, untersuchen zu helfen und dem Sicherheitsrat zu melden, und zu ihrer Verhütung beizutragen:

...

iii) Rechtsverletzungen oder Missbräuche an Frauen, einschließlich aller Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in bewaffneten Konflikten

... legt allen Akteuren in der [nationalen] Regierung, der internationalen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft nahe, erneute Anstrengungen ... zu unternehmen[, um] die Reaktion auf Vergewaltigungsklagen und den Zugang der Opfer von Vergewaltigungen und anderen Sexualverbrechen zur Justiz zu verbessern S/RES/2070 (2012),  
Ziff. 18

ermutigt den Generalsekretär, in seine nach den Resolutionen 1820 (2008) und 1888 (2009) vorzulegenden jährlichen Berichte detaillierte Informationen über an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Parteien aufzunehmen, die glaubhaften Angaben zufolge verdächtig sind, Vergewaltigungen oder andere Formen von sexueller Gewalt S/RES/1960 (2010),  
Ziff. 3

begangen zu haben oder dafür verantwortlich zu sein, und in einen Anhang zu diesen jährlichen Berichten eine Liste der Parteien aufzunehmen, die glaubhaften Angaben zufolge verdächtig sind, in Situationen bewaffneter Konflikte, die auf der Tagesordnung des Rates stehen, systematisch Vergewaltigungen und andere Formen von sexueller Gewalt begangen zu haben oder dafür verantwortlich zu sein, und bekundet seine Absicht, diese Liste als Grundlage für ein zielgerichteteres Einwirken der Vereinten Nationen auf diese Parteien zu verwenden, gegebenenfalls auch durch Maßnahmen im Einklang mit den Verfahren der einschlägigen Sanktionsausschüsse

ersucht den Generalsekretär, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände eines jeden Landes Regelungen für die Überwachung, Analyse und Berichterstattung betreffend sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten, einschließlich Vergewaltigung in Situationen bewaffneter Konflikte und in Postkonfliktsituationen und gegebenenfalls in anderen für die Durchführung der Resolution [über Frauen und Frieden und Sicherheit] relevanten Situationen, zu treffen, die ein kohärentes und koordiniertes Vorgehen auf Feldebene gewährleisten, und ermutigt den Generalsekretär, Akteure der Vereinten Nationen, nationale Institutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Gesundheitsdienstleister und Frauengruppen einzubinden, um die Erhebung und Analyse von Daten zu Fällen von Vergewaltigung und anderen Formen von sexueller Gewalt sowie zu diesbezüglichen Trends und Mustern zu verbessern und dem Rat so bei der Prüfung geeigneter Maßnahmen, einschließlich gezielter und abgestufter Maßnahmen, zu helfen, unter voller Achtung der Integrität und Spezifik des nach den [Resolutionen über Kinder und bewaffnete Konflikte] eingerichteten Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus

S/RES/1960 (2010),  
Ziff. 8

ersucht den Generalsekretär, wirksame Leitlinien und Strategien auszuarbeiten, um die betreffenden Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen besser zu befähigen, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Mädchen, vor allen Formen sexueller Gewalt zu schützen, und in seine schriftlichen Berichte an den Rat über Konfliktsituationen systematisch seine Anmerkungen über den Schutz von Frauen und Mädchen sowie seine diesbezüglichen Empfehlungen aufzunehmen

S/RES/1820 (2008),  
Ziff. 9

ersucht den Generalsekretär und die zuständigen Einrichtungen der Vereinten Nationen, unter anderem gegebenenfalls im Wege von Konsultationen mit Frauen-

S/RES/1820 (2008),  
Ziff. 10

	organisationen und von Frauen geführten Organisationen wirksame Mechanismen auszuarbeiten, um Frauen und Mädchen in den von den Vereinten Nationen verwalteten Flüchtlings- und Binnenvertriebenenlagern und deren Umkreis sowie in allen Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozessen wie auch bei den von den Vereinten Nationen unterstützten Reformbemühungen im Justiz- und Sicherheitssektor vor Gewalt, darunter insbesondere sexueller Gewalt, zu schützen	
	fordert alle beteiligten Parteien, einschließlich der Mitgliedstaaten, der Einrichtungen der Vereinten Nationen und der Finanzinstitutionen, nachdrücklich auf, den Aufbau und die Stärkung der Kapazitäten nationaler Institutionen, insbesondere des Justiz- und Gesundheitswesens, sowie lokaler Netzwerke der Zivilgesellschaft zu unterstützen, um den Opfern sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten und Postkonfliktsituationen nachhaltige Hilfe zu gewähren	S/RES/1820 (2008), Ziff. 13
	fordert die zuständigen regionalen und subregionalen Organe nachdrücklich auf, insbesondere die Ausarbeitung und Durchführung von Politiken, Aktivitäten und Kampagnen zu Gunsten der von sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten betroffenen Frauen und Mädchen zu erwägen	S/RES/1820 (2008), Ziff. 14
	fordert den Generalsekretär [außerdem] nachdrücklich auf, die Ausweitung der Rolle und des Beitrags von Frauen bei den Feldmissionen der Vereinten Nationen anzustreben, insbesondere bei den Militärbeobachtern, der Zivilpolizei, bei Menschenrechts- und humanitärem Personal	S/RES/1325 (2000), Ziff. 4
<b>Umfassende Strategien und termingebundene Verpflichtungen</b>	verlangt, dass die an dem Konflikt beteiligten Parteien im Einklang mit Resolution 2106 (2013) alle sexuellen Gewalthandlungen mit sofortiger Wirkung einstellen und konkrete und termingebundene Verpflichtungen zur Bekämpfung sexueller Gewalt eingehen und umsetzen ..., nimmt Kenntnis von der Aufnahme des Schutzes von Frauen und Kindern vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in die in [der entsprechenden Ziffer] genannte missionsweite Strategie zum Schutz von Zivilpersonen ...	S/RES/2113 (2013), Ziff. 25
	wiederholt seine Forderung, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien alle sexuellen Gewalthandlungen mit sofortiger Wirkung vollständig einstellen und dass diese Parteien konkrete, termingebundene Verpflichtungen zur Bekämpfung sexueller Gewalt eingehen und umsetzen, wozu unter anderem der Erlass klarer, über die Befehlskette erfol-	S/RES/2106 (2013), Ziff. 10
		Siehe z.B. auch S/RES/2112 (2013), Ziff. 6; S/RES/2109 (2013), Ziff. 14; S/RES/2088 (2013), Ziff. 15; S/RES/2065 (2012), PA 9; S/RES/1996 (2011), Ziff. 9; S/RES/1889 (2009), Ziff. 4; S/RES/1885 (2009), PA 14; S/RES/1881 (2009), Ziff. 14; und S/RES/1880 (2009), Ziff. 16.

gender Anordnungen zum Verbot sexueller Gewalt, Rechenschaftspflicht für Verstöße gegen diese Anordnungen sowie das Verbot sexueller Gewalt in Verhaltenskodizes und Feldhandbüchern für Militär und Polizei oder ähnlichen Dokumenten gehören sollte, und konkrete Verpflichtungen zur raschen Untersuchung behaupteter Missbräuche eingehen und umsetzen; fordert ferner alle in Betracht kommenden Parteien bewaffneter Konflikte auf, im Rahmen dieser Verpflichtungen mit dem betreffenden Personal der Missionen der Vereinten Nationen, das ihre Umsetzung überwacht, zusammenzuarbeiten, und fordert die Parteien auf, gegebenenfalls einen hochrangigen Vertreter zu benennen, der dafür zuständig ist, die Umsetzung dieser Verpflichtungen sicherzustellen

... hebt hervor, wie wichtig es ist, dass [die Mission] die Regierung [des betroffenen Landes] bei der Entwicklung und Umsetzung einer nationalen Strategie zur Verhütung und Bekämpfung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt unterstützt

S/RES/2102 (2013),  
Ziff. 8

beschließt, dass [die Mission] das folgende Mandat haben wird:

S/RES/2000 (2011),  
Ziff. 7

#### **Schutz und Sicherheit**

##### *g) Unterstützung der Anstrengungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte*

...

die Regierung [des betroffenen Landes] bei ihren Anstrengungen zur Bekämpfung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu unterstützen, namentlich durch Beiträge zur Entwicklung einer in nationaler Eigenverantwortung durchgeführten sektorübergreifenden Strategie in Zusammenarbeit mit den an der Aktion der Vereinten Nationen gegen sexuelle Gewalt in Konflikten beteiligten Stellen, Frauenschutzberater zu ernennen und nach Bedarf und im Rahmen der vorhandenen Ressourcen dafür zu sorgen, dass Experten in Gleichstellungsfragen vorhanden sind und Schulungen auf diesem Gebiet abgehalten werden, im Einklang mit den Resolutionen 1888 (2009), 1889 (2009) und 1960 (2010)

fordert die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien auf, konkrete und termingebundene Verpflichtungen zur Bekämpfung sexueller Gewalt einzugehen und umzusetzen, unter anderem durch die Erteilung klarer Befehle über Befehlsketten, die sexuelle Gewalt verbieten, und das Verbot sexueller Gewalt in Verhaltenskodizes, militärischen Feldhandbüchern oder ähnlichem, und fordert diese Parteien ferner auf, konkrete Verpflichtungen zur raschen Untersuchung behaupteter Miss-

S/RES/1960 (2010),  
Ziff. 5

	bräuche einzugehen und umzusetzen, mit dem Ziel, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen	
	ersucht den Generalsekretär, die Umsetzung dieser Verpflichtungen durch die Parteien eines auf der Tagesordnung des Rates stehenden bewaffneten Konflikts, die systematisch Vergewaltigungen und andere Formen von sexueller Gewalt begehen, zu verfolgen und zu überwachen und den Rat in den einschlägigen Berichten und Unterrichtungen regelmäßig auf dem Laufenden zu halten	S/RES/1960 (2010), Ziff. 6
<b>Ausbildung des Friedenssicherungspersonals</b>	... ermutigt die truppen- und polizeistellenden Länder ..., das gesamte Militär- und Polizeipersonal in der Wahrnehmung seiner Aufgaben angemessen zu schulen, und die zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen, geeignete Leitlinien oder Ausbildungsmodule zur Verfügung zu stellen, darunter insbesondere die einsatzvorbereitenden, szenariobasierten Schulungen der Vereinten Nationen zur Prävention sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt	S/RES/2122 (2013), Ziff. 9
	bekräftigt, wie wichtig geeignete Sachkenntnisse und Schulungen betreffend Geschlechterfragen in den Missionen, denen der Rat ein Mandat erteilt hat, im Einklang mit den Resolutionen 1325 (2000), 1820 (2008) und 2106 (2013) sind, ...	S/RES/2109 (2013), Ziff. 40
	anerkennt die Rolle der Friedenssicherungskontingente der Vereinten Nationen bei der Prävention sexueller Gewalt und fordert in dieser Hinsicht, dass jede einsatzvorbereitende und einsatzbegleitende Schulung für die Kontingente truppen- und polizeistellender Länder auch eine Schulung zum Thema sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt umfasst, die auch den besonderen Bedürfnissen von Kindern Rechnung trägt; fordert die truppen- und polizeistellenden Länder ferner auf, die Zahl der rekrutierten und in Friedensmissionen eingesetzten Frauen zu erhöhen	S/RES/2106 (2013), Ziff. 14
	... ersucht den Generalsekretär ferner, auch weiterhin Hilfestellungen für den Umgang mit sexueller Gewalt für einsatzvorbereitende und einführende Schulungen für Militär- und Polizeipersonal anzubieten und zu verbreiten, den Missionen dabei behilflich zu sein, situationsspezifische Verfahren für den Umgang mit sexueller Gewalt auf Feldebene auszuarbeiten, und für die fachliche Unterstützung der truppen- und polizeistellenden Länder zu sorgen, damit das Militär- und Polizeipersonal im Rahmen einsatzvorbereitender und einführender Schulungen auch Hilfe-	S/RES/1960 (2010), Ziff. 16

	stellungen für den Umgang mit sexueller Gewalt erhält		
	ersucht den Generalsekretär, sicherzustellen, dass den Ländern, die Truppen und Polizei für [die Mission] stellen, bei der Einsatzvorbereitung und am Einsatzort fachliche Unterstützung gewährt wird, die auch Anleitung und Ausbildung für das Militär- und Polizeipersonal zum Schutz von Zivilpersonen vor drohenden Gefahren und zu geeigneten Reaktionen, namentlich in Bezug auf Menschenrechte, sexuelle Gewalt und geschlechtsspezifische Fragen, umfasst	S/RES/1906 (2009), Ziff. 13	
	ersucht den Generalsekretär, in Absprache mit dem Rat, dem Sonderausschuss für Friedenssicherungseinsätze und dessen Arbeitsgruppe sowie gegebenenfalls den betreffenden Staaten geeignete Ausbildungsprogramme für das gesamte Friedenssicherungs- und humanitäre Personal zu entwickeln und durchzuführen, das von den Vereinten Nationen im Rahmen von Missionen aufgrund eines Mandats des Rates entsandt wird, um diesem Personal zu helfen, sexuelle Gewalt und andere Formen von Gewalt gegen Zivilpersonen besser zu verhüten, zu erkennen und ihr entgegenzutreten	S/RES/1820 (2008), Ziff. 6	
	ermutigt die truppen- und polizeistellenden Länder, in Absprache mit dem Generalsekretär Maßnahmen zu erwägen, die sie ergreifen könnten, um das Problembewusstsein ihres an Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen teilnehmenden Personals und seine Reaktionsfähigkeit in Bezug auf den Schutz von Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kindern, und die Verhütung sexueller Gewalt gegen Frauen und Kinder in Konflikten und Postkonfliktsituationen zu stärken, nach Möglichkeit auch durch die Entsendung eines höheren Anteils weiblicher Friedenssicherungs- oder Polizeikräfte	S/RES/1820 (2008), Ziff. 8	
<b>Gezielte und abgestufte Maßnahmen zur Reaktion auf Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen in Bezug auf Frauen</b>	fordert die bestehenden Sanktionsausschüsse nachdrücklich auf, soweit dies unter die relevanten Benennungskriterien fällt und mit Resolution 1960 (2010) vereinbar ist, zielgerichtete Sanktionen gegen diejenigen anzuwenden, die sexuelle Gewalt in Konflikten begehen oder anordnen, und bekundet erneut seine Absicht, bei der Verhängung oder Verlängerung zielgerichteter Sanktionen in Situationen bewaffneter Konflikts zu erwägen, gegebenenfalls auch Vergewaltigungen und andere Formen schwerwiegender sexueller Gewalt als Benennungskriterien aufzunehmen	S/RES/2106 (2013), Ziff. 13	Siehe z.B. auch S/RES/1820 (2008), Ziff. 5, und S/RES/1807 (2008), Ziff. 13 e)
	beschließt, dass die in [der entsprechenden Ziffer] genannten Maßnahmen [Reiseverbot und Einfrieren von Vermögenswerten] auf die folgenden Personen und gegebene-	S/RES/2078 (2012), Ziff. 4 e)	

nenfalls Einrichtungen Anwendung finden,  
die von dem Ausschuss ... benannt wurden:

...

e) Personen oder Einrichtungen,  
die in [dem betroffenen Land] tätig sind  
und die schwere Rechtsverletzungen bege-  
hen, namentlich das gezielte Vorgehen  
gegen ... Frauen in bewaffneten Konflik-  
ten, einschließlich Tötung und Verstümme-  
lung, sexueller Gewalt, Entführung und  
Vertreibung

alle Staaten [werden] ... die notwendigen  
Maßnahmen treffen ... um die Einreise  
oder Durchreise aller von [dem Sanktions-  
ausschuss] ... bezeichneten Personen in  
beziehungsweise durch ihr Hoheitsgebiet  
zu verhindern

S/RES/1807 (2008),  
Ziff.9

beschließt, dass alle Staaten während des  
Zeitraums der Anwendung der ... Maßnah-  
men sofort die sich ab dem Zeitpunkt der  
Verabschiedung dieser Resolution in ihrem  
Hoheitsgebiet befindenden Gelder, anderen  
finanziellen Vermögenswerte und wirt-  
schaftlichen Ressourcen einfrieren werden,  
die im Eigentum oder unter der direkten  
oder indirekten Kontrolle der ... von [dem  
Sanktionsausschuss] benannten Personen  
oder Einrichtungen stehen oder die von  
Einrichtungen gehalten werden, die im  
Eigentum oder unter der direkten oder  
indirekten Kontrolle dieser Personen und  
Einrichtungen oder von in ihrem Namen  
oder auf ihre Anweisung handelnden Per-  
sonen oder Einrichtungen stehen, ... und  
beschließt ferner, dass alle Staaten sicher-  
stellen werden, dass ihre Staatsangehöri-  
gen oder Personen innerhalb ihres Ho-  
heitsgebiets für die genannten Personen  
oder Einrichtungen oder zu ihren Gunsten  
keine Gelder, finanziellen Vermögenswerte  
oder wirtschaftlichen Ressourcen zur  
Verfügung stellen;

S/RES/1807 (2008),  
Ziff. 11

**Diejenigen, die sexuelle  
Gewalt begehen, zur  
Rechenschaft ziehen**

fordert alle an dem bewaffneten Konflikt  
in [dem betroffenen Land] beteiligten  
Parteien, einschließlich der Elemente  
[einer bestimmten bewaffneten Gruppe],  
auf, klare Anordnungen gegen sexuelle  
Gewalt zu erteilen, und fordert diese Par-  
teien ferner auf, konkrete Verpflichtungen  
zur raschen Untersuchung behaupteter  
Missbrauchshandlungen einzugehen und  
einzuhalten, um die Täter zur Rechenschaft  
zu ziehen, im Einklang mit seiner Resolu-  
tion 1960 (2010), und den Opfern sexueller  
Gewalt sofortigen Zugang zu den verfüg-  
baren Diensten zu ermöglichen

S/RES/2121 (2013),  
Ziff. 16

Siehe z.B. auch  
S/RES/2122 (2013),  
Ziff. 12; S/RES/2106  
(2013), Ziff. 18;  
S/RES/2078 (2012), PA 10;  
S/RES/1902 (2009),  
Ziff. 19; S/RES/1591  
(2005), PA 10;  
S/RES/1493 (2003),  
Ziff. 8;  
und S/RES/1468 (2003),  
Ziff. 2.

unter Hinweis darauf, dass eine Reihe von  
sexuellen Gewaltdelikten in das Römische  
Statut des Internationalen Strafgerichtshofs  
und in die Statuten der internationalen Ad-  
hoc-Strafgerichtshöfe aufgenommen wurden

S/RES/2106 (2013),  
PA 9



stellt fest, dass sexuelle Gewalt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder eine die Tatbestandsmerkmale des Völkermords erfüllende Handlung darstellen kann; erinnert ferner daran, dass Vergewaltigung und andere Formen schwerwiegender sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten Kriegsverbrechen darstellen; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihren einschlägigen Verpflichtungen nachzukommen, die Straflosigkeit weiter zu bekämpfen, indem sie gegen ihrer Hoheitsgewalt unterstehende Personen, die für solche Verbrechen verantwortlich sind, ermitteln und sie strafrechtlich verfolgen; ermutigt die Mitgliedstaaten, das gesamte Spektrum sexueller Gewaltverbrechen in die nationale Strafgesetzgebung aufzunehmen, um die strafrechtliche Verfolgung solcher Handlungen zu ermöglichen; erkennt an, dass die wirksame Untersuchung und Dokumentation sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten maßgeblich dazu beiträgt, sowohl die Täter vor Gericht zu bringen als auch den Zugang der Überlebenden zur Justiz sicherzustellen

S/RES/2106 (2013),  
Ziff. 2

fordert die Regierung [des betroffenen Landes] erneut auf, auch weiterhin sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, in Abstimmung mit [der Mission] die Straflosigkeit derjenigen, die solche Verbrechen begehen, zu bekämpfen und den Opfern Wiedergutmachung, Unterstützung und Schutz zu gewähren, namentlich indem sie die nationalen Polizeikapazitäten in diesem Bereich stärkt und die bestehenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften über sexuelle Gewalt besser bekannt macht

S/RES/2066 (2012),  
Ziff. 9

mit dem Ausdruck seiner Besorgnis angesichts der anhaltenden Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, namentlich diejenigen, die gegen Frauen und Kinder gerichtet sind, einschließlich der Berichte über vermehrte Fälle sexueller Gewalt, insbesondere diejenigen, die bewaffneten Männern zugeschrieben werden, betonend, wie wichtig es ist, solche Verstöße und Rechtsverletzungen, die von allen Parteien, ungeachtet ihrer Rechtsstellung oder politischen Zugehörigkeit, begangen worden sein sollen, zu untersuchen, namentlich diejenigen, die während der [betreffenden] Krise ... begangen wurden, darunter ..., bekräftigend, dass die für diese Rechtsverletzungen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen, und Kenntnis nehmend von den diesbezüglichen Zusagen [der zuständigen Stelle]

S/RES/2062 (2012),  
PA 8

sowie erneut erklärend, dass zivile und militärische Führer im Einklang mit dem

S/RES/1960 (2010),  
PA 5

Grundsatz der Verantwortlichkeit der Befehlshaber ... sexuelle Gewalt ... verhindern, Straflosigkeit ... bekämpfen und Täter zur Rechenschaft ... ziehen [müssen], und dass Untätigkeit das Signal aussenden kann, dass sexuelle Gewalt in Konflikten geduldet wird

in der Erkenntnis, dass zivile und militärische Führer im Einklang mit dem Grundsatz der Verantwortlichkeit der Befehlshaber die Entschlossenheit und den politischen Willen unter Beweis stellen müssen, sexuelle Gewalt zu verhindern, Straflosigkeit zu bekämpfen und Täter zur Rechenschaft zu ziehen, und dass Untätigkeit das Signal aussenden kann, dass sexuelle Gewalt in Konflikten geduldet wird

S/RES/1888 (2009),  
PA 11

stellt fest, dass Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt ein Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder eine die Tatbestandsmerkmale des Völkermords erfüllende Handlung darstellen können, betont, dass sexuelle Gewaltverbrechen von Amnestiebestimmungen, die im Zusammenhang mit Konfliktbeilegungsprozessen erlassen werden, ausgenommen werden müssen, und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihrer Verpflichtung zur strafrechtlichen Verfolgung von Personen, die für solche Handlungen verantwortlich sind, nachzukommen, um sicherzustellen, dass allen Opfern sexueller Gewalt, insbesondere Frauen und Mädchen, gleicher Schutz durch das Gesetz und gleicher Zugang zur Justiz gewährt wird, und betont, wie wichtig es ist, der Straflosigkeit für solche Handlungen im Rahmen eines umfassenden Konzepts für die Herbeiführung von dauerhaftem Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit und nationaler Aussöhnung ein Ende zu setzen

S/RES/1820 (2008),  
Ziff. 4

unter besonderer Verurteilung der von [Milizen und bewaffneten Gruppen sowie von Elementen der nationalen Streit- und Polizeikräfte] und andere[n] Sicherheits- und Geheimdienste[n] verübten sexuellen Gewalt, betonend, dass [der betroffene Staat] in Zusammenarbeit mit [der Friedenssicherungsmission] und den anderen zuständigen Akteuren umgehend dieser Gewalt ein Ende setzen und die Täter, einschließlich der hochrangigen Führer, deren Befehl sie unterstehen, vor Gericht stellen muss, und die Mitgliedstaaten auffordernd, dabei behilflich zu sein und den Opfern auch weiterhin medizinische, humanitäre und sonstige Hilfe zu gewähren

S/RES/1794 (2007),  
PA 14

#### Sexuelle Ausbeutung und sexueller Missbrauch

begrüßt die Anstrengungen, die [die Mission] unternimmt, um die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch

S/RES/2084 (2012),  
Ziff. 4  
Siehe z.B. auch  
S/RES/2075 (2012),  
Ziff. 15; S/RES/2070  
(2012), Ziff. 19;

umzusetzen und sicherzustellen, dass ihr Personal den Verhaltenskodex der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhält, ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin alle diesbezüglich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und den Sicherheitsrat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, Präventiv- und Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass derartige Handlungen in Fällen, an denen ihr Personal beteiligt ist, ordnungsgemäß untersucht und bestraft werden	S/RES/2064 (2011), Ziff. 9; S/RES/1996 (2011), Ziff. 28; S/RES/1840 (2008), Ziff. 22; S/RES/1674 (2006), Ziff. 20; S/RES/1565 (2004), Ziff. 25; S/RES/1460 (2003), Ziff. 10; und S/RES/1436 (2002), Ziff. 15.
unter Hinweis auf seine Resolutionen ... über Frauen und Frieden und Sicherheit, ... in der Erkenntnis, dass bei der Bewältigung des ernststen Problems der geschlechtsspezifischen Gewalt, der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs nach wie vor Schwierigkeiten bestehen, und mit der Aufforderung an die Mitgliedstaaten, die Regierung bei ihren Bemühungen stärker zu unterstützen	S/RES/1938 (2010), PA 16
ersucht den Generalsekretär, die Vorwürfe sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs durch Zivil- und Militärpersonal [der Mission] auch weiterhin umfassend zu untersuchen und die in dem Bulletin des Generalsekretärs über besondere Maßnahmen für den Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch ... genannten angemessenen Maßnahmen zu ergreifen	S/RES/1906 (2009), Ziff. 12
ersucht den Generalsekretär, die Anstrengungen zur Umsetzung der Nulltoleranzpolitik gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch bei Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen fortzusetzen und zu verstärken, und fordert die truppen- und polizeistellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter einsatzvorbereitendes und am Einsatzort angebotenes Sensibilisierungstraining, sowie sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird	S/RES/1820 (2008), Ziff. 7
ersucht den Generalsekretär, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass der Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch im Rahmen [der Friedenssicherungsmission] tatsächlich Folge geleistet wird, namentlich durch die Ausarbeitung von Strategien und geeigneten Mechanismen zur Verhütung, Ermittlung und Ahndung aller Arten von Vergehen, einschließlich sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs, und durch eine verstärkte Schulung des Personals mit dem Ziel, Vergehen zu ver-	S/RES/1769 (2007), Ziff. 16

hüten und die volle Einhaltung des Verhaltenskodexes der Vereinten Nationen zu gewährleisten, ersucht den Generalsekretär ferner, im Einklang mit dem Bulletin des Generalsekretärs über besondere Maßnahmen für den Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch [(ST/SGB/2003/13)] alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und den Rat darüber unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining beziehungsweise ... ein Sensibilisierungstraining [nach Einsatzrückkehr], sowie Disziplinar- und andere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird

---

---

## KLEINWAFFEN<sup>233</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7036. Sitzung am 26. September 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Costa Ricas, Côte d'Ivoires, Deutschlands, Japans, Liberias, Litauens, Neuseelands, Norwegens, Papua-Neuguineas, der Schweiz, Sierra Leones, Sloweniens, Spaniens, Timor-Lestes und Trinidad und Tobagos gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

#### „Kleinwaffen

Die Auswirkungen des unerlaubten Transfers, der destabilisierenden Anhäufung und des Missbrauchs von Kleinwaffen und leichten Waffen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit

Bericht des Generalsekretärs über Kleinwaffen (S/2013/503)

Schreiben des Ständigen Vertreters Australiens bei den Vereinten Nationen vom 6. September 2013 an den Generalsekretär (S/2013/536)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Christine Beerli, die Stellvertretende Direktorin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

<sup>233</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 1999 verabschiedet.

**Resolution 2117 (2013)  
vom 26. September 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* darauf, dass ihm nach der Charta der Vereinten Nationen die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit obliegt, und in Anbetracht der Bedeutung von Kleinwaffen und leichten Waffen als den in den meisten bewaffneten Konflikten der letzten Zeit am häufigsten eingesetzten Waffen,

*sowie unter Hinweis* auf die Erklärungen seines Präsidenten vom 24. September 1999<sup>234</sup>, 31. August 2001<sup>235</sup>, 31. Oktober 2002<sup>236</sup>, 19. Januar 2004<sup>237</sup>, 17. Februar 2005<sup>238</sup>, 29. Juni 2007<sup>239</sup>, 14. Januar 2009<sup>240</sup> und 19. März 2010<sup>241</sup>, sowie die anderen einschlägigen Resolutionen des Rates, namentlich die Resolution 1196 (1998) vom 16. September 1998, und die Erklärungen seines Präsidenten in Bezug auf Kleinwaffen und leichte Waffen,

*nachdrücklich darauf hinweisend*, dass dem in Artikel 51 der Charta anerkannten Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung und den legitimen Sicherheitsforderungen aller Länder uneingeschränkt Rechnung zu tragen ist, und anerkennend, dass Kleinwaffen und leichte Waffen von den Staaten aus berechtigten Sicherheits-, sportlichen und Handelserwägungen heraus gehandelt, hergestellt und aufbewahrt werden,

*in ernster Sorge* darüber, dass der unerlaubte Transfer, die destabilisierende Anhäufung und der Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen in vielen Regionen der Welt weiterhin den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedrohen, viele Menschenleben kosten, zu Instabilität und Unsicherheit beitragen und die Wirksamkeit des Sicherheitsrats bei der Wahrnehmung seiner Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beeinträchtigen,

*in der Erkenntnis*, dass die von dem unerlaubten Transfer, der destabilisierenden Anhäufung und dem Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen ausgehenden Bedrohungen je nach den nationalen, regionalen und subregionalen Umständen verschieden sein können, und zu Maßnahmen ermutigend, die den bestehenden Bedürfnissen und Herausforderungen Rechnung tragen,

*sowie feststellend*, wie wichtig der Aufbau von Kapazitäten ist, um den von dem unerlaubten Transfer, der destabilisierenden Anhäufung und dem Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen ausgehenden Bedrohungen, insbesondere in Afrika, zu begegnen, die Anstrengungen begrüßend, die die Staaten und die internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen zur Bekämpfung dieser Geißel unternommen haben, und die Unterstützung solcher Anstrengungen nachdrücklich befürwortend,

*hervorhebend*, wie wichtig es ist, den Mitgliedstaaten sowie den zwischenstaatlichen, regionalen und subregionalen Organisationen beim Aufbau von Kapazitäten zur Verhütung und Bekämpfung des unerlaubten Transfers, der destabilisierenden Anhäufung und des Missbrauchs von Kleinwaffen und leichten Waffen behilflich zu sein,

*mit Sorge daran erinnernd*, dass zwischen dem internationalen Terrorismus, der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, dem Drogenhandel, der Geldwäsche, anderen unerlaubten Finanztransaktionen, unerlaubten Vermittlungstätigkeiten mit Kleinwaffen und leichten Waffen und dem Waffenhandel eine enge Verbindung besteht und dass die Verknüpfung zwischen der illegalen Ausbeutung natürli-

---

<sup>234</sup> S/PRST/1999/28.

<sup>235</sup> S/PRST/2001/21.

<sup>236</sup> S/PRST/2002/30.

<sup>237</sup> S/PRST/2004/1.

<sup>238</sup> S/PRST/2005/7.

<sup>239</sup> S/PRST/2007/24.

<sup>240</sup> S/PRST/2009/1.

<sup>241</sup> S/PRST/2010/6.

cher Ressourcen, dem unerlaubten Handel damit und der Verbreitung von und dem Handel mit Waffen einer der Hauptfaktoren ist, die zur Schürung und Verschärfung vieler Konflikte beitragen,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die anhaltenden Bedrohungen, die von dem unerlaubten Transfer, der destabilisierenden Anhäufung und dem Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen für die Sicherheit der Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen und ihre Wirksamkeit bei der Durchführung von Friedenssicherungsmandaten und für die Sicherheit der humanitären Helfer und ihre wirksame Bereitstellung humanitärer Hilfe ausgehen,

*mit tiefer Sorge daran erinnernd*, dass der unerlaubte Transfer, die destabilisierende Anhäufung und der Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen bewaffnete Konflikte schüren und vielfältige negative Folgen für die Menschenrechte, die humanitäre Lage, die Entwicklung und die sozioökonomischen Bedingungen haben, insbesondere für die Sicherheit von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, darunter unverhältnismäßige Auswirkungen auf die Gewalt gegen Frauen und Mädchen und die Verschärfung der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt sowie die Einziehung und der Einsatz von Kindern durch die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht,

*feststellend*, dass diese Resolution vor allem den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen betrifft, insbesondere auch im Hinblick auf die vom Rat verhängten Waffenembargos,

*in Anerkennung* des wichtigen Beitrags, den die vom Rat verhängten Waffenembargos zur Bekämpfung des unerlaubten Transfers von Kleinwaffen und leichten Waffen, zur Minderung der Intensität von Konflikten und zur Schaffung günstiger Bedingungen für die friedliche Beilegung von Situationen leisten, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedrohen oder verletzen, sowie in Anerkennung des Beitrags, den die vom Rat verhängten Waffenembargos zur Unterstützung der Konfliktprävention, der Friedenskonsolidierung nach Konflikten, der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und der Reform des Sicherheitssektors leisten,

*in der Erkenntnis*, dass eine wirksame physische Sicherung und Verwaltung der Bestände an Kleinwaffen, leichten Waffen und Munition ein wichtiges Mittel zur Verhütung des unerlaubten Transfers, der destabilisierenden Anhäufung und des Missbrauchs von Kleinwaffen und leichten Waffen ist, im Einklang mit den globalen und regionalen Normen, insbesondere auch durch die Anwendung freiwilliger Leitlinien, wie der im Rahmen des Programms „SaferGuard“ der Vereinten Nationen erarbeiteten Internationalen technischen Leitlinien für Munition und der Internationalen Standards für die Kontrolle von Kleinwaffen, bei den Verfahren zur Verwaltung von Waffen- und Munitionsbeständen,

*nachdrücklich darauf hinweisend*, wie wichtig es ist, im Rahmen der Konfliktprävention und der Friedenskonsolidierung nach Konflikten gegen den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen vorzugehen, und in diesem Zusammenhang betonend, wie wichtig es ist, umfassende internationale, regionale und nationale Ansätze für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung zu verfolgen, die politische, soziale, wirtschaftliche, Entwicklungs- und Sicherheitsaspekte einbeziehen, den besonderen Bedürfnissen von Kindern und Frauen Rechnung tragen und die volle und wirksame Mitwirkung der Frauen an allen Maßnahmen zur Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit gewährleisten, im Einklang mit seiner Resolution 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000,

*unterstreichend*, dass die Staaten dafür verantwortlich sind, die von dem unerlaubten Transfer, der destabilisierenden Anhäufung und dem Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen ausgehenden Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und die verheerenden Auswirkungen auf Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten zu verhüten,

*in der Erkenntnis*, dass der Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen zu schweren Verbrechen geführt hat, und daher in Bekräftigung der einschlägigen Bestimmungen des Ergebnisdokuments des Weltgipfels 2005<sup>242</sup> über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, namentlich der Ziffern 138

---

<sup>242</sup> Resolution 60/1 der Generalversammlung.

und 139 betreffend die Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit,

*mit Anerkennung Kenntnis nehmend* von den Anstrengungen der Mitgliedstaaten und der zwischenstaatlichen, regionalen und subregionalen Organisationen, den von dem unerlaubten Transfer, der destabilisierenden Anhäufung und dem Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen ausgehenden Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu begegnen, und feststellend, dass die Zivilgesellschaft bei der Unterstützung dieser Anstrengungen eine bedeutende Rolle spielt,

in dieser Hinsicht *unterstreichend*, wie wichtig es ist, dass die Akteure bei der Bekämpfung der von dem unerlaubten Transfer, der destabilisierenden Anhäufung und dem Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen ausgehenden Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zusammenarbeiten, sich abstimmen und Informationen austauschen,

*in Anbetracht* der Bedeutung und der zentralen Rolle, die dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und seinen Protokollen<sup>243</sup>, einschließlich des Zusatzprotokolls gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen, Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit, dem Aktionsprogramm zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten<sup>244</sup> und dem Internationalen Rechtsinstrument zur Ermöglichung der rechtzeitigen und zuverlässigen Identifikation und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen durch die Staaten<sup>245</sup> als Schlüsselinstrumenten im Kampf gegen den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen zukommen,

*in Anerkennung* der Annahme des Vertrags über den Waffenhandel<sup>246</sup>, davon Kenntnis nehmend, dass einige Staaten den Vertrag unterzeichnet und ratifiziert haben, und in Erwartung des wichtigen Beitrags, den er zu Frieden, Sicherheit und Stabilität auf internationaler und regionaler Ebene, zur Verringerung menschlichen Leids und zur Förderung der Zusammenarbeit leisten kann,

*unter Begrüßung* der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation, namentlich der Zusatzvereinbarung von 2009 zwischen INTERPOL und der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze des Sekretariats der Vereinten Nationen, sowie der Einzelvereinbarungen zwischen INTERPOL und den Sanktionsausschüssen des Rates, die den Vereinten Nationen und den Mitgliedstaaten bessere fakultative Instrumente, einschließlich zur Waffenidentifikation und zum Informationsaustausch, an die Hand geben, um die vom Rat verhängten Waffenembargos wirksamer durchzuführen,

*sowie unter Begrüßung* des dem Rat am 22. August 2013 vorgelegten Berichts des Generalsekretärs mit dem Titel „Kleinwaffen“<sup>247</sup>,

*entschlossen*, auch weiterhin praktische Schritte zur Verhütung des unerlaubten Transfers, der destabilisierenden Anhäufung und des Missbrauchs von Kleinwaffen und leichten Waffen zu unternehmen, so auch zur Unterstützung anderer laufender Anstrengungen und Prozesse,

1. *begrüßt* die Anstrengungen von Mitgliedstaaten und regionalen und subregionalen Organisationen zur Bekämpfung des unerlaubten Transfers, der destabilisierenden Anhäufung und des Missbrauchs

---

<sup>243</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2225, 2237, 2241 und 2326, Nr. 39574. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2005 II S. 954, 956; LGBI. 2008 Nr. 72; öBGBI. III Nr. 84/2005; AS 2006 5861 (Übereinkommen); dBGBI. 2005 II S. 954, 995; LGBI. 2008 Nr. 74; öBGBI. III Nr. 220/2005; AS 2006 5917 (Protokoll gegen den Menschenhandel); dBGBI. 2005 II S. 954, 1007; LGBI. 2008 Nr. 73; öBGBI. III Nr. 11/2008; AS 2006 5899 (Protokoll gegen die Schleusung von Migranten); LGBI. 2014 Nr. 24; öBGBI. III Nr. 296/2013; AS 2013 65 (Feuerwaffen-Protokoll).

<sup>244</sup> *Report of the United Nations Conference on the Illicit Trade in Small Arms and Light Weapons in All Its Aspects, New York, 9–20 Juli 2001* (A/CONF.192/15), Kap. IV, Ziff. 24.

<sup>245</sup> Siehe Beschluss 60/519 der Generalversammlung sowie A/60/88 und Corr.2, Anhang (in Deutsch verfügbar unter <http://www.un.org/Depts/german/gv-sonst/a60-88.pdf>).

<sup>246</sup> Siehe Resolution 67/234 B der Generalversammlung.

<sup>247</sup> S/2013/503.

von Kleinwaffen und leichten Waffen und befürwortet die Schaffung oder gegebenenfalls Stärkung subregionaler und regionaler Mechanismen der Zusammenarbeit, der Abstimmung und des Informationsaustauschs, insbesondere eine grenzüberschreitende Zollkooperation und Netzwerke für den Informationsaustausch, mit dem Ziel, den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen zu verhüten, zu bekämpfen und zu beseitigen;

2. *erinnert* die Mitgliedstaaten an ihre Verpflichtung, die vom Sicherheitsrat verhängten Waffenembargos vollständig und wirksam einzuhalten und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich des Einsatzes aller rechtlichen und administrativen Mittel gegen alle Aktivitäten, die gegen diese Waffenembargos verstoßen, und dabei im Einklang mit den einschlägigen Ratsresolutionen mit allen zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, den zuständigen Sanktionsausschüssen alle sachdienlichen Informationen über mutmaßliche Verstöße gegen die Waffenembargos zur Verfügung zu stellen, auf glaubwürdige Informationen hin Schritte zur Verhütung der Lieferung, des Verkaufs, des Transfers oder der Ausfuhr von Kleinwaffen und leichten Waffen unter Verstoß gegen die vom Rat verhängten Waffenembargos zu unternehmen, den ungehinderten Zugang für das im Einklang mit den Mandaten des Rates zuständige Personal zu erleichtern und die einschlägigen internationalen Normen wie das Internationale Rechtsinstrument zur Ermöglichung der rechtzeitigen und zuverlässigen Identifikation und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen durch die Staaten<sup>245</sup> anzuwenden;

3. *fordert* die Mitgliedstaaten, die einem vom Rat verhängten Waffenembargo unterliegen, *auf*, das Embargo anzuwenden und durchzusetzen, namentlich indem sie, wie es das Mandat vorschreibt, die Umleitung staatseigener oder staatlich kontrollierter Waffen durch eine bessere Sicherung und Verwaltung der Bestände an Kleinwaffen und leichten Waffen und eine bessere Rechenschaftslegung verhindern, die Überwachung von Kleinwaffen und leichten Waffen verbessern, die im Rahmen von Ausnahmebestimmungen zu Waffenembargos geliefert werden, dafür Sorge tragen, dass beschlagnahmte, eingezogene oder übergebene Kleinwaffen, leichte Waffen und Munition auf geeignete Weise erfasst und beseitigt werden, und im Einklang mit dem Internationalen Rechtsinstrument zur Ermöglichung der rechtzeitigen und zuverlässigen Identifikation und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen durch die Staaten nationale Programme zur Kennzeichnung von Waffen durchführen;

4. *erklärt erneut*, dass Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen und andere aufgrund eines Mandats des Rates errichtete zuständige Einrichtungen, die sich in Mitgliedstaaten oder Regionen befinden, für die ein vom Rat verhängtes Waffenembargo gilt, der Gastregierung, dem zuständigen Sanktionsausschuss und der zuständigen Sachverständigengruppe mit entsprechendem Sachverstand bei der Durchführung dieses Waffenembargos und der Überwachung seiner Einhaltung behilflich sein können, wenn der Rat dies für notwendig erachtet;

5. *erklärt außerdem erneut*, dass, wenn der Rat dies für notwendig erachtet, diese Friedenssicherungseinsätze und aufgrund eines Mandats des Rates errichtete Einrichtungen den Gastregierungen auf Ersuchen beim Aufbau von Kapazitäten behilflich sein können, damit sie ihre Verpflichtungen aus den bestehenden globalen und regionalen Übereinkünften erfüllen und gegen den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen vorgehen können, durch Programme für die Einsammlung von Waffen und Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramme, die Verbesserung der Verfahren für die physische Sicherung und Verwaltung der Bestände und der Kapazitäten für das Führen von Aufzeichnungen und die Rückverfolgung, die Entwicklung nationaler Ausfuhr- und Einfuhrkontrollsysteme, die Erhöhung der Grenzsicherheit und die Stärkung der Justizinstitutionen und Strafverfolgungskapazitäten;

6. *bekräftigt* seine Verantwortung, die Durchführung der vom Rat verhängten Waffenembargos zu überwachen, und bekräftigt seine Absicht, erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Mechanismen zur Überwachung der Waffenembargos zu stärken, indem den entsprechenden Missionen der Vereinten Nationen Fachpersonal oder Überwachungsgruppen zur wirksamen Überwachung der Waffenembargos zugeteilt werden;

7. *befürwortet* den Austausch von Informationen zwischen Sachverständigengruppen, Friedenssicherungsmissionen im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und sonstigen zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen über mögliche Verstöße gegen Waffenembargos, namentlich über unerlaubte Waffentransfers, unerlaubte Vermittlungstätigkeiten mit Kleinwaffen und leichten Waffen, unerlaubte Finanztätigkeiten, mutmaßliche Waffenhändler und Handelswege;



8. *ersucht* den Generalsekretär, alle maßgeblichen Einrichtungen der Vereinten Nationen, die in Staaten oder Regionen tätig sind, die einem vom Rat verhängten Waffenembargo unterliegen, anzuweisen, die Arbeit der zuständigen Sanktionsausschüsse, Sachverständigengruppen, Friedenssicherungseinsätze und sonstigen zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen bei der Durchführung und der Überwachung der Einhaltung dieses Waffenembargos so umfassend wie möglich zu unterstützen;

9. *bekräftigt* seinen Beschluss, wonach die Staaten gehalten sind, die Belieferung von Terroristen mit Waffen, einschließlich Kleinwaffen und leichter Waffen, zu beendigen, sowie seine Aufforderung an die Staaten, Wege zur Intensivierung und Beschleunigung des Austauschs operativer Informationen über den Handel mit Waffen zu finden und die Koordinierung der Anstrengungen auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene zu verbessern;

10. *fordert* die Mitgliedstaaten, die zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen und die zwischenstaatlichen, regionalen und subregionalen Organisationen, die dazu in der Lage sind, soweit angebracht, *nachdrücklich auf*, zusammenzuarbeiten und Informationen über mutmaßliche Waffenhändler und Handelswege, verdächtige Finanztransaktionen und Vermittlungstätigkeiten mit Kleinwaffen oder leichten Waffen oder die Umleitung dieser Waffen und sonstige Informationen betreffend den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung oder den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen mit den möglicherweise betroffenen Staaten und den zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen, einschließlich der die Sanktionsausschüsse und Friedenssicherungseinsätze unterstützenden Sachverständigengruppen, auszutauschen;

11. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, die Einsammlung von Waffen und die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Exkombattanten sowie die Programme zur physischen Sicherung und Verwaltung der Bestände, die durch Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen auf der Grundlage eines entsprechenden Mandats durchgeführt werden, zu unterstützen;

12. *fordert* die Mitgliedstaaten, die Institutionen der Vereinten Nationen und die zwischenstaatlichen, regionalen und subregionalen Organisationen *nachdrücklich auf*, weitere Maßnahmen zur Erleichterung der vollen und sinnvollen Mitwirkung der Frauen an allen Prozessen der Politikgestaltung, Planung und Durchführung zu ergreifen, die darauf gerichtet sind, den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten zu bekämpfen und zu beseitigen, und fordert in dieser Hinsicht alle, die an der Planung von Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und zur Reform des Justiz- und Sicherheitssektors beteiligt sind, auf, unter Mitwirkung der Frauen den besonderen Bedürfnissen der mit Streitkräften und bewaffneten Gruppen verbundenen Frauen und Kinder Rechnung zu tragen und ihren uneingeschränkten Zugang zu diesen Programmen zu gewährleisten, unter anderem durch Konsultationen mit der Zivilgesellschaft, einschließlich der Frauenorganisationen, soweit angezeigt;

13. *verlangt in Anbetracht* dessen, dass der unerlaubte Transfer, die destabilisierende Anhäufung und der Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen Konflikte schüren und sich auf den Schutz von Zivilpersonen auswirken, erneut, dass alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien die nach dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht für sie geltenden Verpflichtungen strikt befolgen, und betont, dass die Parteien alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen müssen, um zivile Opfer zu vermeiden und die Zivilbevölkerung zu achten und zu schützen;

14. *fordert* die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien in dieser Hinsicht *auf*, den nach dem humanitären Völkerrecht bestehenden Verpflichtungen zur Achtung und zum Schutz des humanitären Personals und der humanitären Einrichtungen und Hilfssendungen nachzukommen, Maßnahmen zur Beseitigung der negativen Auswirkungen des unerlaubten Transfers, der destabilisierenden Anhäufung und des Missbrauchs von Kleinwaffen und leichten Waffen auf die humanitären Akteure zu ergreifen und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um den sicheren, schnellen und ungehinderten Durchlass von Hilfssendungen, -ausrüstungen und -personal zu erleichtern;

15. *legt* den Mitgliedstaaten und den zwischenstaatlichen, regionalen und subregionalen Organisationen, die dazu in der Lage sind, *nahe*, auf Ersuchen bei der Sicherung staatlicher Bestände an Kleinwaffen und leichten Waffen behilflich zu sein, insbesondere durch Ausbildungsmaßnahmen auf dem Gebiet der physischen Sicherung und Verwaltung der Bestände und der sachgerechten Beseitigung unerlaubter oder schlecht gesicherter Kleinwaffen und leichter Waffen, eingedenk der wichtigen Rolle, die die internationale

Hilfe bei der Unterstützung und Erleichterung der auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene unternommenen Anstrengungen zur Verhütung und Bekämpfung des unerlaubten Transfers, der destabilisierenden Anhäufung oder des Missbrauchs von Kleinwaffen und leichten Waffen spielen kann;

16. *legt* dem Generalsekretär und den Leitern der zwischenstaatlichen, regionalen und subregionalen Organisationen *nahe*, sich weiterhin um die Verstärkung ihrer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der mit Kleinwaffen und leichten Waffen verbundenen Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu bemühen;

17. *legt* allen Mitgliedstaaten *nahe*, sofern sie es noch nicht getan haben, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und seinen Protokollen<sup>243</sup>, namentlich dem Zusatzprotokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen, Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, beizutreten und diese Übereinkünfte durchzuführen;

18. *betont*, dass die Staaten das Aktionsprogramm zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten<sup>244</sup> und das Internationale Rechtsinstrument zur Ermöglichung der rechtzeitigen und zuverlässigen Identifikation und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen durch die Staaten auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene vollständig und wirksam durchführen müssen und dass sie dabei besonders darauf achten müssen, die darin vorgesehenen Maßnahmen zur Verhütung der Umleitung von Kleinwaffen und leichten Waffen anzuwenden, um echte Fortschritte bei der Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen zu erzielen;

19. *fordert* die Staaten *nachdrücklich auf*, zu erwägen, den Vertrag über den Waffenhandel<sup>246</sup> so bald wie möglich zu unterzeichnen und zu ratifizieren, und legt den Staaten und den zwischenstaatlichen, regionalen und subregionalen Organisationen, die dazu in der Lage sind, *nahe*, beim Aufbau von Kapazitäten Hilfe zu leisten, damit die Vertragsstaaten die Verpflichtungen aus dem Vertrag erfüllen und umsetzen können;

20. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat auch künftig alle zwei Jahre einen Bericht über Kleinwaffen und leichte Waffen, namentlich auch über die Durchführung dieser Resolution, vorzulegen, und bekräftigt seine Absicht, den Bericht rasch zu prüfen;

21. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7036. Sitzung  
mit 14 Stimmen ohne Gegenstimme bei einer  
Enthaltung (Russische Föderation) verabschiedet.*

---

## FRAUEN UND FRIEDEN UND SICHERHEIT<sup>248</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7044. Sitzung am 18. Oktober 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Armeniens, Belarus', Belgiens, Bosnien und Herzegowinas, Botsuanas, Brasiliens, Bulgariens, Chiles, Costa Ricas, Dänemarks, Deutschlands, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, El Salvadors, Estlands, Finnlands, Georgiens, Griechenlands, Indiens, Indonesiens, Irlands, Islands, Israels, Italiens, Japans, Kanadas, Katars, Kolumbiens, Kroatens, Lettlands, Liechtensteins, Litauens, Malaysias, der Marshallinseln, Mexikos, Montenegros, Namibias, Neuseelands, der Niederlande, Nigerias, Norwegens, Österreichs, Polens, Portugals, Rumäniens, der Salomonen, Schwedens, der Schweiz, Sloweniens, Spaniens, Südafrikas, Thailands, Timor-Lestes, der Tschechischen Republik, der

---

<sup>248</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2000 verabschiedet.

Türkei, Ungarns, Uruguays und Vietnams gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frauen und Frieden und Sicherheit

Frauen, Rechtsstaatlichkeit und Unrechtsaufarbeitung in von Konflikten geprägten Situationen

Schreiben des Ständigen Vertreters Aserbaidschans bei den Vereinten Nationen vom 3. Oktober 2013 an den Generalsekretär (S/2013/587)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Phumzile Mlambo-Ngcuka, die Exekutivdirektorin der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN-Frauen), gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Frau Navanethem Pillay, die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen; sie nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Frau Brigitte Balipou, die Vertreterin der Arbeitsgruppe nichtstaatlicher Organisationen über Frauen, Frieden und Sicherheit, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, und Herrn Tête António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Frau Mari Skåre, die Sonderbeauftragte der Nordatlantikvertrags-Organisation für Frauen, Frieden und Sicherheit, und Frau Miroslava Beham, die Leitende Beraterin für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

**Resolution 2122 (2013)  
vom 18. Oktober 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*in Bekräftigung seines Bekenntnisses* zur fortgesetzten und vollständigen, in gegenseitig verstärkender Weise erfolgenden Durchführung der Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 und 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und aller einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten,

*unter Hinweis* auf die in der Erklärung und der Aktionsplattform von Beijing<sup>249</sup> abgegebenen Zusagen und in Bekräftigung der Verpflichtungen der Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau<sup>250</sup> und des dazugehörigen Fakultativprotokolls<sup>251</sup> und mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Staaten, die diese noch nicht ratifiziert haben beziehungsweise ihnen noch nicht beigetreten sind, zu erwägen, dies zu tun,

*eingedenk* der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Hauptverantwortung des Sicherheitsrats nach der Charta für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

---

<sup>249</sup> *Report of the Fourth World Conference on Women, Beijing, 4–15 September 1995* (United Nations publication, Sales No. E.96.IV.13), Kap. I, Resolution I, Anlagen I und II. In Deutsch verfügbar unter [http://www.un.org/Depts/german/conf/beijing/beij\\_bericht.html](http://www.un.org/Depts/german/conf/beijing/beij_bericht.html).

<sup>250</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1249, Nr. 20378. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1985 II S. 647; LGBI. 1996 Nr. 164; öBGBI. Nr. 443/1982; AS 1999 1579.

<sup>251</sup> Ebd., Vol. 2131, Nr. 20378. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2001 II S. 1237; LGBI. 2002 Nr. 17; öBGBI. III Nr. 206/2000; AS 2009 265.

und feststellend, dass in dieser Hinsicht der Schwerpunkt dieser Resolution auf der Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit liegt,

*erneut erklärend*, dass die Ermächtigung von Frauen und Mädchen und die Gleichstellung der Geschlechter entscheidend zu den Anstrengungen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen, und betonend, dass die fortbestehenden Hindernisse für die volle Durchführung der Resolution 1325 (2000) nur durch entschlossenes Eintreten für die Ermächtigung, die Teilhabe und die Menschenrechte der Frauen und durch konzertierte Führungsanstrengungen, konsequente Informationsarbeit und Maßnahmen sowie Unterstützung zugunsten der stärkeren Einbeziehung von Frauen auf allen Entscheidungsebenen abgebaut werden können,

*mit Anerkennung Kenntnis nehmend* von dem Bericht des Generalsekretärs vom 4. September 2013<sup>252</sup>, den erzielten Fortschritten und der Herausbildung bewährter Verfahrensweisen auf mehreren Gebieten, darunter bei der Prävention und beim Schutz, sowie dem wesentlich stärkeren Fokus, der auf politischer und operativer Ebene auf die Beobachtung, Prävention und strafrechtliche Verfolgung von Gewalt gegen Frauen in Situationen bewaffneter Konflikte und in Postkonfliktsituationen gelegt wird, jedoch nach wie vor tief besorgt darüber, dass bei der Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit beharrliche Defizite bestehen, namentlich im Hinblick auf den Schutz vor Menschenrechtsmissbräuchen und -verletzungen, die Chancen für Frauen, Führungsverantwortung zu übernehmen, die zur Deckung ihrer Bedürfnisse bereitgestellten Ressourcen, die ihnen helfen, ihre Rechte auszuüben, und die Kapazitäten und die Entschlossenheit aller Akteure, die an der Durchführung der Resolution 1325 (2000) und späterer Resolutionen zur Förderung der Teilhabe der Frauen und ihres Schutzes beteiligt sind,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die erhöhte Verwundbarkeit von Frauen in Situationen bewaffneter Konflikte und in Postkonfliktsituationen, insbesondere in Bezug auf Vertreibung, infolge ungleicher Bürgerrechte, der geschlechtsdiskriminierenden Anwendung asylrechtlicher Vorschriften und der in vielen Situationen auftretenden Hindernisse bei der Registrierung von und dem Zugang zu Ausweispapieren,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über das gesamte Spektrum an Bedrohungen, Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen, denen Frauen in Situationen bewaffneter Konflikte und in Postkonfliktsituationen ausgesetzt sind, in der Erkenntnis, dass besonders verwundbare oder benachteiligte Frauen und Mädchen speziell zum Ziel gemacht werden oder stärker durch Gewalt gefährdet sein können, und in dieser Hinsicht anerkennend, dass mehr getan werden muss, um sicherzustellen, dass Maßnahmen zur Unrechtsaufarbeitung das gesamte Spektrum der Verletzungen und Missbräuche der Menschenrechte der Frauen abdecken und die verschiedenartigen Auswirkungen angehen, die diese Rechtsverletzungen und -missbräuche sowie Vertreibung, zwangsweises Verschwindenlassen und die Zerstörung ziviler Infrastrukturen auf Frauen und Mädchen haben,

*in der Erkenntnis*, wie wichtig es ist, dass die Mitgliedstaaten und die Institutionen der Vereinten Nationen sicherzustellen suchen, dass die humanitäre Hilfe und ihre Finanzierung das volle Spektrum medizinischer, rechtlicher, psychosozialer und existenzsichernder Dienste für die von Situationen bewaffneter Konflikte und Postkonfliktsituationen betroffenen Frauen abdecken, und feststellend, dass das gesamte Spektrum der Dienste auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit ohne Diskriminierung zugänglich sein muss, auch bei Schwangerschaft nach Vergewaltigung,

*unter erneuter nachdrücklicher Verurteilung* aller Verstöße gegen das Völkerrecht, die in Situationen bewaffneter Konflikte und in Postkonfliktsituationen an Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Mädchen, begangen werden und/oder von denen sie unmittelbar betroffen sind, einschließlich Vergewaltigungen und anderer Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Tötung und Verstümmelung, Behinderung humanitärer Hilfsmaßnahmen sowie massenhafter Zwangsvertreibungen,

*anerkennend*, dass nach dem Völkerrecht die Staaten die Hauptverantwortung für die Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte aller in ihrem Hoheitsgebiet lebenden und ihrer Hoheitsgewalt unter-

---

<sup>252</sup> S/2013/525.

stehenden Menschen tragen, und erneut erklärend, dass die Parteien bewaffneter Konflikte die Hauptverantwortung dafür tragen, den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten,

*erneut erklärend*, dass ein dauerhafter Frieden einen integrierten Ansatz erfordert, der auf der Kohärenz zwischen den Tätigkeiten in den Bereichen Politik, Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, Rechtsstaatlichkeit und Justiz beruht, und in dieser Hinsicht betonend, wie wichtig die Rechtsstaatlichkeit als eines der Grundelemente der Konfliktprävention, der Friedenssicherung, der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung ist,

*in Anerkennung* der Notwendigkeit, im Rahmen seiner eigenen Arbeit systematischer auf die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf Frauen und Frieden und Sicherheit zu achten, insbesondere um sicherzustellen, dass Frauen bei der Konfliktprävention und -beilegung und der Friedenskonsolidierung stärker einbezogen werden, und in dieser Hinsicht auf die Notwendigkeit einer aktuellen und systematischen Berichterstattung über Frauen und Frieden und Sicherheit hinweisend,

*Kenntnis nehmend* von den unverzichtbaren Beiträgen, die die Zivilgesellschaft, einschließlich der Frauenorganisationen, zur Konfliktprävention und -beilegung und zur Friedenskonsolidierung leistet, und in dieser Hinsicht Kenntnis nehmend von der Wichtigkeit anhaltender Konsultationen und Dialoge zwischen den Frauen und den nationalen und internationalen Entscheidungsträgern,

*in der Erkenntnis*, dass die bei der Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Förderung des Friedens und der Sicherheit im Feld, der Menschenrechte und der Entwicklung bestehenden Lücken geschlossen und Querverbindungen gestärkt werden müssen, als ein Mittel, um bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gegen die tieferen Ursachen von bewaffneten Konflikten und Bedrohungen der Sicherheit von Frauen und Mädchen anzugehen,

*sowie in der Erkenntnis*, dass die Stärkung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung der Frauen maßgeblich zur Stabilisierung von Gesellschaften beiträgt, die dabei sind, einen bewaffneten Konflikt zu überwinden, und unter Begrüßung der Erklärung der Kommission für Friedenskonsolidierung vom 26. September 2013 über die Stärkung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung der Frauen zugunsten der Friedenskonsolidierung<sup>253</sup>,

*in Anerkennung* der Verabschiedung des Vertrags über den Waffenhandel<sup>254</sup> und unter Hinweis auf die in Artikel 7 Absatz 4 des Vertrags enthaltene Bestimmung, wonach ausführende Vertragsstaaten das Risiko berücksichtigen müssen, dass unter den Vertrag fallende konventionelle Waffen oder Güter dazu verwendet werden, schwerwiegende Handlungen geschlechtsspezifischer Gewalt oder schwerwiegende gewalttätige Handlungen gegen Frauen und Kinder vorzunehmen oder zu erleichtern,

*mit Interesse* den wichtigen Beitrag *erwartend*, den die Durchführung des Vertrags über den Waffenhandel zur Verminderung der Gewalt leisten kann, die in Situationen bewaffneten Konflikts und in Postkonfliktsituationen an Frauen und Kindern begangen wird,

*unter Begrüßung* der Anstrengungen der Mitgliedstaaten und in Anerkennung der Anstrengungen regionaler und subregionaler Organisationen zur Durchführung der Resolution 1325 (2000) und späterer Resolutionen zum Thema Frauen und Frieden und Sicherheit auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene, einschließlich der Erarbeitung von Aktionsplänen und Durchführungsrahmen, und den Mitgliedstaaten nahelegend, mit der Durchführung fortzufahren, namentlich mittels verstärkter Überwachung, Evaluierung und Koordinierung,

1. *ist sich* der Notwendigkeit *bewusst*, die Resolution 1325 (2000) bei seiner eigenen Arbeit konsequent anzuwenden, und beabsichtigt, verstärktes Augenmerk auf die Führungsrolle und die Mitwirkung von Frauen bei der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung, unter anderem durch die Überwachung der Fortschritte bei der Durchführung, sowie auf die Bewältigung der Herausforderungen zu legen, die mit dem Mangel und der Qualität von Informationen und Analysen zu den Auswirkungen bewaffneter Konflik-

---

<sup>253</sup> PBC/7/OC/3.

<sup>254</sup> Siehe Resolution 67/234 B der Generalversammlung.

te auf Frauen und Mädchen, zur Rolle der Frauen in der Friedenskonsolidierung und zu den geschlechtsspezifischen Dimensionen von Friedensprozessen und Konfliktbeilegung zusammenhängen;

2. *ist sich außerdem dessen bewusst*, dass im Hinblick auf die Situationen auf der Tagesordnung des Rates aktuelle Informationen und Analysen zu den Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen, zur Rolle der Frauen in der Friedenskonsolidierung und zu den geschlechtsspezifischen Dimensionen von Friedensprozessen und Konfliktbeilegung erforderlich sind, und

a) begrüßt daher regelmäßige Unterrichtungen durch die Untergeneralsekretärin und Exekutivdirektorin der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen und die Untergeneralsekretärin und Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten zu Fragen, die für das Thema Frauen und Frieden und Sicherheit von Belang sind;

b) ersucht die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und die zuständigen hochrangigen Amtsträger, dem Sicherheitsrat im Rahmen ihrer regelmäßigen Unterrichtungen aktuelle Informationen über die Fragen vorzulegen, die für das Thema Frauen und Frieden und Sicherheit von Belang sind, einschließlich Durchführungsfragen;

c) ersucht den Generalsekretär und seine Sondergesandten und Sonderbeauftragten bei Missionen der Vereinten Nationen, den Rat im Rahmen ihrer regelmäßigen Unterrichtungen aktuelle Informationen darüber vorzulegen, welche Fortschritte dabei erzielt wurden, Frauen zur Teilnahme an Erörterungen über die Prävention und Beilegung von Konflikten, die Wahrung von Frieden und Sicherheit und die Friedenskonsolidierung nach Konflikten einzuladen, auch im Rahmen von Konsultationen mit der Zivilgesellschaft, einschließlich Frauenorganisationen;

d) ersucht die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, in ihre Berichte an den Rat systematisch Informationen und entsprechende Empfehlungen zu Fragen aufzunehmen, die für das Thema Frauen und Frieden und Sicherheit von Belang sind;

e) bittet alle von den Vereinten Nationen eingesetzten Kommissionen zur Untersuchung von Situationen auf der Tagesordnung des Rates, in ihre Unterrichtungen Informationen über die verschiedenartigen Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen aufzunehmen und dabei insbesondere Empfehlungen zur Förderung der Rechenschaftspflicht, der Gerechtigkeit und des Schutzes für die Opfer in Situationen bewaffneter Konflikte und in Postkonflikt- und Übergangssituationen hervorzuheben;

3. *bekundet seine Absicht*, sich in allen auf seiner Tagesordnung stehenden einschlägigen thematischen Arbeitsbereichen verstärkt mit den Fragen im Zusammenhang mit Frauen und Frieden und Sicherheit zu befassen, insbesondere unter den Punkten Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, Friedenskonsolidierung nach Konflikten, Förderung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, Frieden und Sicherheit in Afrika, Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen sowie Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit;

4. *bekundet erneut seine Absicht*, bei der Festlegung und Erneuerung der Mandate von Missionen der Vereinten Nationen Bestimmungen über die Förderung der Gleichstellung und die Ermächtigung der Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen aufzunehmen, insbesondere soweit angezeigt durch die Ernennung von Beratern für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen, und bekundet ferner seine Absicht, auch Bestimmungen zur Förderung der vollen Teilhabe und des vollen Schutzes von Frauen bei der Vorbereitung von Wahlen und politischen Prozessen, Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogrammen, Reformen des Sicherheits- und Justizsektors und umfassenderen Wiederaufbauprozessen nach Konflikten aufzunehmen, wenn diese Aufgaben Teil des Mandats der jeweiligen Mission sind;

5. *ersucht* die Leiter der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen, die an Frauen begangenen Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche in Situationen bewaffneter Konflikte und in Postkonfliktsituationen einzuschätzen, und ersucht die Friedenssicherungsmissionen, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat die Bedrohungen der Sicherheit von Frauen und Mädchen in Situationen bewaffneter Konflikte und in Postkonfliktsituationen und die sich bei ihrem Schutz ergebenden Herausforderungen anzugehen;

6. *erkennt an*, wie wichtig Interaktionen der Zivilgesellschaft, einschließlich der Frauenorganisationen, mit Mitgliedern des Rates am Amtssitz und während der Feldmissionen des Rates sind, und verpflichtet sich darauf, dafür zu sorgen, dass bei seinen regelmäßigen Feldbesuchen in Konfliktgebieten auch interaktive Treffen mit Frauen vor Ort und den lokalen Frauenorganisationen stattfinden;

7. *ist sich außerdem dessen bewusst*, dass die Beteiligung von Frauen an allen Erörterungen über die Prävention und Beilegung von bewaffneten Konflikten, die Wahrung von Frieden und Sicherheit und die Friedenskonsolidierung nach Konflikten erhöht und die Behandlung von Geschlechterfragen in diesen Erörterungen verstärkt werden muss, und

a) *ersucht* in dieser Hinsicht die Sondergesandten und Sonderbeauftragten des Generalsekretärs bei Missionen der Vereinten Nationen, bereits in der Frühphase ihrer Entsendung regelmäßige Konsultationen mit Frauenorganisationen und weiblichen Führungspersönlichkeiten, auch aus gesellschaftlich und/oder wirtschaftlich ausgegrenzten Gruppen von Frauen, zu führen;

b) *legt* den in Betracht kommenden Mitgliedstaaten nahe, im Hinblick auf die Durchführung der Resolution 1325 (2000) spezielle Finanzierungsmechanismen zu schaffen, um Organisationen, die die Entwicklung des Führungspotenzials von Frauen und ihre volle Mitwirkung auf allen Entscheidungsebenen fördern, in ihrer Arbeit zu unterstützen und ihre Kapazitäten auszubauen, unter anderem durch höhere Beiträge an die Zivilgesellschaft vor Ort;

c) *ersucht* den Generalsekretär, das Wissen der Mitglieder von zu Friedensgesprächen entsandten Verhandlungsdelegationen und Teams zur Unterstützung der Vermittlungsbemühungen über die geschlechtsspezifischen Dimensionen der Friedenskonsolidierung zu stärken, indem er allen Vermittlungsteams der Vereinten Nationen Sachverstand und Experten für Geschlechterfragen zur Verfügung stellt, ersucht den Generalsekretär ferner, sich dafür einzusetzen, dass Frauen auf hochrangiger Ebene zu Vermittlerinnen der Vereinten Nationen ernannt und in Vermittlungsteams der Vereinten Nationen berufen werden, und fordert alle an solchen Friedensgesprächen beteiligten Parteien auf, die gleichberechtigte und volle Mitwirkung der Frauen auf allen Entscheidungsebenen zu erleichtern;

8. *betont*, wie wichtig es ist, dass die Mitgliedstaaten, die Wahlprozesse und Verfassungsreformen nach Konflikten durchführen, sich mit Unterstützung der Institutionen der Vereinten Nationen weiter darum bemühen, die volle und gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen an allen Phasen von Wahlprozessen zu gewährleisten, und stellt dabei fest, dass der Sicherheit der Frauen im Vorfeld und während der Wahlen besondere Aufmerksamkeit gelten muss;

9. *ermutigt* die truppen- und polizeistellenden Länder, bei dem zu Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen entsandten Militär- und Polizeipersonal den Frauenanteil zu erhöhen, und ermutigt die truppen- und polizeistellenden Länder ferner, das gesamte Militär- und Polizeipersonal in der Wahrnehmung seiner Aufgaben angemessen zu schulen, und die zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen, geeignete Leitlinien oder Ausbildungsmodule zur Verfügung zu stellen, darunter insbesondere die einsatzvorbereitenden, szenariobasierten Schulungen der Vereinten Nationen zur Prävention sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt;

10. *unterstreicht* die Notwendigkeit fortgesetzter Anstrengungen zur Beseitigung der Hindernisse für den Zugang der Frauen zur Justiz in einem Konflikt- und Postkonfliktumfeld, namentlich durch geschlechtersensible Rechts-, Justiz- und Sicherheitssektorreformen und sonstige Mechanismen;

11. *richtet die nachdrückliche Aufforderung* an alle betreffenden Parteien, einschließlich der Mitgliedstaaten, der Institutionen der Vereinten Nationen und der Finanzinstitutionen, den Aufbau und die Stärkung der Kapazitäten der einzelstaatlichen Institutionen, insbesondere der Justiz- und Gesundheitssysteme, sowie der lokalen zivilgesellschaftlichen Netzwerke zu unterstützen, damit sie den von Situationen bewaffneter Konflikte und Postkonfliktsituationen betroffenen Frauen und Mädchen nachhaltige Hilfe leisten können;

12. *fordert* die Mitgliedstaaten auf, ihre einschlägigen Verpflichtungen einzuhalten, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, eingehende Ermittlungen anzustellen und die für Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen, und stellt ferner fest, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit

für die schwersten Verbrechen von internationalem Belang, die gegen Frauen und Mädchen begangen werden, durch die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs, der Ad-hoc- und gemischten Gerichtshöfe sowie der Sonderkammern in nationalen Gerichten gestärkt wurde;

13. *erinnert* in dieser Hinsicht an die geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen über das Recht auf Wiedergutmachung für Verletzungen von Individualrechten;

14. *fordert* die Mitgliedstaaten und die Institutionen der Vereinten Nationen *nachdrücklich auf*, die volle und sinnvolle Mitwirkung der Frauen an den Anstrengungen zu gewährleisten, den unerlaubten Transfer und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen zu bekämpfen und zu beseitigen;

15. *bekundet erneut seine Absicht*, im Jahr 2015 eine Überprüfung auf hoher Ebene abzuhalten, um die bei der Durchführung der Resolution 1325 (2000) auf globaler, regionaler und nationaler Ebene erzielten Fortschritte zu bewerten, die Verpflichtungen zu erneuern und den bei der Durchführung der Resolution 1325 (2000) aufgetretenen Hindernissen und Zwängen Rechnung zu tragen, stellt ferner mit Besorgnis fest, dass Frauen und ihre Perspektiven bei der Prävention und Beilegung von Konflikten, beim Schutz und bei der Friedenskonsolidierung auf absehbare Zeit weiter unterrepräsentiert sein werden, wenn nicht erhebliche Änderungen bei der Durchführung eintreten, und ermutigt daher die Mitgliedstaaten, gegebenenfalls die Regionalorganisationen und die Institutionen der Vereinten Nationen, die Rahmen und Pläne zur Unterstützung der Durchführung der Resolution 1325 (2000) aufgestellt haben, mit der Prüfung der bestehenden Durchführungspläne und Zielvorgaben zu beginnen, und ermutigt die Mitgliedstaaten, rechtzeitig zur Überprüfung auf hoher Ebene im Jahr 2015 die Fortschritte zu bewerten und zu beschleunigen und sich auf die Erarbeitung neuer Zielvorgaben vorzubereiten;

16. *bittet* den Generalsekretär, in Vorbereitung der Überprüfung auf hoher Ebene eine globale Studie über die Durchführung der Resolution 1325 (2000) in Auftrag zu geben, die Beispiele für bewährte Verfahren sowie Defizite und Probleme bei der Durchführung, sich abzeichnende Trends und Handlungsprioritäten aufzeigt, und bittet den Generalsekretär ferner, im Rahmen seines Jahresberichts an den Sicherheitsrat im Jahr 2015 die Ergebnisse dieser Studie vorzulegen und sie allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen;

17. *bekundet seine Absicht*, im Vorfeld der Überprüfung auf hoher Ebene im Jahr 2015 die Durchführung des Mandats des Rates in Bezug auf Frauen und Frieden und Sicherheit zum Schwerpunkt eines seiner regelmäßigen Feldbesuche zu machen;

18. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat auch weiterhin jährliche Berichte zum Stand der Fortschritte bei der Durchführung der Resolution 1325 (2000) vorzulegen, seinen nächsten Bericht bis Oktober 2014 vorzulegen und darin die aktuellen Fortschritte in allen Bereichen der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit aufzunehmen und die Defizite und Probleme aufzuzeigen;

19. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7044. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7160. Sitzung am 25. April 2014 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter der Arabischen Republik Syrien, Belgiens, Bosnien und Herzegowinas, Brasiliens, Chiles, Costa Ricas, Deutschlands, Ecuadors (Ministerin für Nationale Verteidigung), Estlands, Guatemalas, Indonesiens, Irlands, Israels, Italiens, Japans, Kanadas, Kolumbiens, Kroatiens, Liechtensteins, Malaysias, Marokkos, Mexikos, Myanmars, Namibias, Nepals, Neuseelands, der Niederlande, Österreichs, Pakistans, Portugals, São Tomé und Príncipes, Schwedens, der Schweiz, Serbiens, Sierra Leones, Sloweniens, Spaniens, Sri Lankas, Südafrikas, Sudans, Trinidad und Tobagos, der Türkei, Uruguays, der Vereinigten Arabischen Emirate und Vietnams gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frauen und Frieden und Sicherheit

Sexuelle Gewalt in Konflikten



Bericht des Generalsekretärs über sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten (S/2014/181)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Zainab Hawa Bangura, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Frau Rhoda Misaka, Mitglied der Arbeitsgruppe nichtstaatlicher Organisationen über Frauen, Frieden und Sicherheit, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Tété António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, und Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

#### **UNTERRICHTUNG DURCH DEN PRÄSIDENTEN DES INTERNATIONALEN GERICHTSHOFS<sup>255</sup>**

##### **Beschluss**

Auf seiner nichtöffentlichen 7051. Sitzung am 28. Oktober 2013 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Auf seiner nichtöffentlichen 7051. Sitzung am 28. Oktober 2013 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Unterrichtung durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs“.

Der Präsident lud mit Zustimmung des Rates Richter Peter Tomka, den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Die Ratsmitglieder ließen sich von Richter Tomka unterrichten.

Die Ratsmitglieder und Richter Tomka führten einen Meinungsaustausch.“

---

#### **UNTERRICHTUNG DURCH DEN AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA<sup>256</sup>**

##### **Beschlüsse**

Auf seiner 7117. Sitzung am 24. Februar 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Unterrichtung durch den Amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“.

---

<sup>255</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2000 verabschiedet.

<sup>256</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2001 verabschiedet.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Didier Burkhalter, den Amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und Präsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

**SITZUNG DES SICHERHEITSRATS MIT DEN TRUPPEN-  
UND POLIZEISTELLENDEN LÄNDERN GEMÄSS  
RESOLUTION 1353 (2001), ANLAGE II, ABSCHNITTE A UND B<sup>256</sup>**

**A. Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern**

**Beschlüsse**

Auf seiner nichtöffentlichen 7097. Sitzung am 21. Januar 2014 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Am 21. Januar 2014 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 7097. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern stellen.

Der Präsident des Sicherheitsrats lud Frau Lisa Buttenheim, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs in Zypern und Leiterin der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Der Rat und die truppenstellenden Länder ließen sich von Frau Buttenheim unterrichten.

Auf seiner nichtöffentlichen 7223. Sitzung am 23. Juli 2014 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Am 23. Juli 2014 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) seine nichtöffentliche 7223. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern stellen.

Der Präsident des Sicherheitsrats lud Frau Lisa Buttenheim, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs in Zypern und Leiterin der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Die Ratsmitglieder und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Frau Buttenheim per Videokonferenz aus Nicosia unterrichten.

**B. Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung**

**Beschlüsse**

Auf seiner nichtöffentlichen 7079. Sitzung am 10. Dezember 2013 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Am 10. Dezember 2013 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II seiner Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 7079. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung stellen.

Der Präsident des Sicherheitsrats lud Herrn Hervé Ladsous, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Der Rat und die truppenstellenden Länder ließen sich von Herrn Ladsous unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Ladsous und die Vertreter der teilnehmenden truppenstellenden Länder führten einen Meinungsaustausch.

Auf seiner nichtöffentlichen 7200. Sitzung am 17. Juni 2014 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Am 17. Juni 2014 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) seine nichtöffentliche 7200. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung stellen.

Der Präsident des Sicherheitsrats lud Frau Izumi Nakamitsu, die Direktorin der Abteilung Asien und Naher Osten der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Die Ratsmitglieder und die truppenstellenden Länder ließen sich von Frau Nakamitsu unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Frau Nakamitsu und die Vertreter der teilnehmenden truppenstellenden Länder führten einen Meinungsaustausch.

### **C. Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon**

#### **Beschluss**

Auf seiner nichtöffentlichen 7018. Sitzung am 14. August 2013 beschloss der Sicherheitsrat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Am 14. August 2013 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II seiner Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 7018. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen für die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon stellen.

Der Rat und die truppenstellenden Länder ließen sich von Frau Susan Allee, der Leiterin des Integrierten operativen Teams für den Nahen Osten und Westsahara der Sekretariats-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Frau Allee und die Vertreter der teilnehmenden truppenstellenden Länder führten einen Meinungsaustausch.

### **D. Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara**

#### **Beschluss**

Auf seiner nichtöffentlichen 7156. Sitzung am 16. April 2014 beschloss der Sicherheitsrat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Am 16. April 2014 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 7156. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara stellen.

Die Präsidentin des Sicherheitsrats lud Herrn Wolfgang Weisbrod-Weber, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westsahara und Leiter der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Die Ratsmitglieder und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Weisbrod-Weber unterrichten.

#### **E. Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo**

##### **Beschluss**

Auf seiner nichtöffentlichen 7133. Sitzung am 12. März 2014 beschloss der Sicherheitsrat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Am 12. März 2014 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 7133. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo stellen.

Die Präsidentin des Sicherheitsrats lud Herrn Martin Kobler, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Demokratische Republik Kongo und Leiter der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Der Rat und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Kobler unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Kobler und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch.

#### **F. Mission der Vereinten Nationen in Liberia**

##### **Beschluss**

Auf seiner nichtöffentlichen 7021. Sitzung am 22. August 2013 beschloss der Sicherheitsrat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Am 22. August 2013 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 7021. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mission der Vereinten Nationen in Liberia stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Frau Karin Landgren, der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Liberia und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates per Videokonferenz aus Monrovia unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Frau Landgren und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch.

#### **G. Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire**

##### **Beschluss**

Auf seiner nichtöffentlichen 7195. Sitzung am 9. Juni 2014 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Am 9. Juni 2014 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 7195. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire stellen.

Der Präsident des Sicherheitsrats lud Frau Aïchatou Mindaoudou, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire und Leiterin der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Frau Mindaoudou per Videokonferenz aus Abidjan (Côte d'Ivoire) unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Frau Mindaoudou und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch.

## **H. Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti**

### **Beschlüsse**

Auf seiner nichtöffentlichen 7023. Sitzung am 26. August 2013 beschloss der Sicherheitsrat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Am 26. August 2013 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 7023. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti stellen.

Der Rat und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Frau Sandra Honoré, der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Haiti und Leiterin der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti, nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Frau Honoré und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch.

Auf seiner nichtöffentlichen 7135. Sitzung am 14. März 2014 beschloss der Rat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Am 14. März 2014 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II seiner Resolution 1353 (2001) seine nichtöffentliche 7135. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti stellen.

Der Präsident des Sicherheitsrats lud Herrn Carl Alexandre, den Stellvertretenden Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Haiti, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Die Ratsmitglieder und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Alexandre unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Alexandre und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch.

## **I. Finanzierung der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali**

### **Beschluss**

Auf seiner nichtöffentlichen 7201. Sitzung am 17. Juni 2014 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Am 17. Juni 2014 hielt der Sicherheitsrat gemäß den Abschnitten A und B der Anlage II der Resolution 1353 (2001) vom 13. Juni 2001 seine nichtöffentliche 7201. Sitzung mit den Ländern ab, die Truppen und Polizei für die Mehrdimensionale integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali stellen.

Der Präsident des Sicherheitsrats lud Herrn Albert Koenders, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Mali und Leiter der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme an der Sitzung ein.

Die Ratsmitglieder und die truppen- und polizeistellenden Länder ließen sich von Herrn Koenders unterrichten.

Die Ratsmitglieder, Herr Koenders und die Vertreter der teilnehmenden truppen- und polizeistellenden Länder führten einen Meinungsaustausch.

---

## **BEDROHUNGEN DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT DURCH TERRORISTISCHE HANDLUNGEN<sup>256</sup>**

### **Beschluss**

Auf seiner 7086. Sitzung am 17. Dezember 2013 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen“.

### **Resolution 2129 (2013) vom 17. Dezember 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*bekräftigend*, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt und dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wann und von wem sie begangen werden, und unverändert entschlossen, weiter dazu beizutragen, die Wirksamkeit der gesamten Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Geißel auf weltweiter Ebene zu erhöhen,

*besorgt feststellend*, dass der Terrorismus nach wie vor eine ernsthafte Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, den Genuss der Menschenrechte und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung aller Mitgliedstaaten darstellt und weltweit Stabilität und Wohlstand untergräbt, dass diese Bedrohung diffuser geworden ist und dass namentlich durch Intoleranz oder Extremismus motivierte terroristische Handlungen in verschiedenen Weltregionen zugenommen haben, seine Entschlossenheit bekundend, diese Bedrohung zu bekämpfen, und die Notwendigkeit betonend, dafür zu sorgen, dass die Terrorismusbekämpfung ein vorrangiger Gegenstand der internationalen Tagesordnung bleibt,

*in der Erkenntnis*, dass der Terrorismus nicht allein durch militärische Gewalt, Maßnahmen der Strafrechtspflege und nachrichtendienstliche Aktivitäten besiegt werden wird, und die Notwendigkeit unterstreichend, die Bedingungen anzugehen, die die Ausbreitung des Terrorismus begünstigen, wie in Säule I der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus<sup>257</sup> dargelegt, was unter anderem die Notwendigkeit einschließt, die Anstrengungen zur erfolgreichen Verhütung und friedlichen Beilegung anhaltender Konflikte zu verstärken und die Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine gute Regierungsführung, Toleranz und Offenheit zu fördern, damit denjenigen, die

---

<sup>257</sup> Resolution 60/288 der Generalversammlung.

anfällig dafür sein könnten, als Terroristen rekrutiert und bis hin zur Begehung von Gewalt radikalisiert zu werden, eine gangbare Alternative geboten wird,

*sowie in der Erkenntnis*, dass Entwicklung, Sicherheit und die Menschenrechte einander verstärken und für einen wirksamen und umfassenden Ansatz zur Terrorismusbekämpfung unverzichtbar sind, und unterstreichend, dass Strategien zur Terrorismusbekämpfung insbesondere das Ziel verfolgen sollen, Frieden und Sicherheit auf Dauer zu gewährleisten,

*erneut erklärend*, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass sämtliche von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus mit allen ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht, im Einklang stehen, und unterstreichend, dass wirksame Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung sowie die Achtung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit einander ergänzen, sich gegenseitig verstärken und wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Terrorismusbekämpfung sind, und feststellend, wie wichtig die Achtung der Rechtsstaatlichkeit für eine wirksame Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus ist,

*sowie bekräftigend*, dass der Terrorismus nicht mit einer bestimmten Religion, Nationalität, Zivilisation oder Gruppe in Verbindung gebracht werden kann und soll,

*betonend*, dass die Fortsetzung der internationalen Bemühungen zur Förderung des Dialogs und zur Vertiefung des Verständnisses zwischen den Zivilisationen mit dem Ziel, unterschiedslose Angriffe auf andere Religionen und Kulturen zu verhindern, sowie die Auseinandersetzung mit ungelösten regionalen Konflikten und dem gesamten Spektrum von Weltproblemen, einschließlich der Entwicklungsfragen, zur Stärkung des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus beitragen werden,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* darüber, dass die Aufstachelung zu durch Extremismus und Intoleranz motivierten terroristischen Handlungen eine ernste und zunehmende Gefahr für den Genuss der Menschenrechte darstellt, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung aller Staaten bedroht und weltweit Stabilität und Wohlstand untergräbt,

*unter nachdrücklicher Verurteilung* der Fälle von Entführungen und Geiselnahmen, die von terroristischen Gruppen zu verschiedenen Zwecken begangen werden, darunter mit dem Ziel, Mittel zu beschaffen oder politische Zugeständnisse zu erwirken, zutiefst besorgt darüber, dass solche Entführungen zugenommen haben, und die dringende Notwendigkeit unterstreichend, dieses Problem anzugehen,

*unter Hinweis* auf die Verabschiedung der Resolution 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 und seine Absicht bekräftigend, sich in allen auf seiner Tagesordnung stehenden einschlägigen thematischen Arbeitsbereichen verstärkt mit den Fragen im Zusammenhang mit Frauen und Frieden und Sicherheit zu befassen, so auch unter dem Punkt Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die in einigen Fällen bestehende Verbindung zwischen dem Terrorismus und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und unerlaubten Tätigkeiten wie Drogen-, Waffen- und Menschenhandel sowie Geldwäsche und betonend, dass die auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene unternommenen Anstrengungen besser koordiniert werden müssen, um die weltweite Reaktion auf diese ernste Herausforderung und Bedrohung für die internationale Sicherheit zu verstärken,

*erneut erklärend*, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die Finanzierung terroristischer Handlungen zu verhüten und zu bekämpfen und die vorsätzliche Bereitstellung oder Sammlung von Geldern, gleichviel durch welche Mittel und ob mittelbar oder unmittelbar, durch ihre Staatsangehörigen oder in ihrem Hoheitsgebiet mit der Absicht oder in Kenntnis dessen, dass diese Gelder zur Ausführung terroristischer Handlungen verwendet werden, unter Strafe zu stellen,

*bekräftigend*, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Gelder und sonstige finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen von Personen, die terroristische Handlungen begehen, zu begehen versuchen oder sich an deren Begehung beteiligen oder diese erleichtern, von Einrichtungen, die unmittelbar oder mittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle dieser Personen stehen, und von Personen und

Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung dieser Personen und Einrichtungen handeln, unverzüglich einzufrieren, einschließlich der Gelder, die aus Vermögen stammen oder hervorgehen, das unmittelbar oder mittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle dieser Personen und mit ihnen verbundener Personen und Einrichtungen steht,

*sowie bekräftigend*, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, ihren Staatsangehörigen oder allen Personen und Einrichtungen in ihrem Hoheitsgebiet zu untersagen, Gelder, finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen oder Finanz- oder damit zusammenhängende Dienstleistungen unmittelbar oder mittelbar zum Nutzen von Personen zur Verfügung zu stellen, die terroristische Handlungen begehen, zu begehen versuchen oder deren Begehung erleichtern oder sich daran beteiligen, oder zum Nutzen von Einrichtungen, die unmittelbar oder mittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle dieser Personen stehen oder zum Nutzen von Personen und Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung dieser Personen handeln,

*erneut erklärend*, dass Sanktionen ein wichtiges Instrument der Terrorismusbekämpfung sind, und unterstreichend, wie wichtig die umgehende und wirksame Durchführung der einschlägigen Resolutionen, insbesondere der Resolutionen des Sicherheitsrats 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999 und 1837 (2008) vom 17. Juni 2008, als Schlüsselinstrument im Kampf gegen den Terrorismus ist, und erneut erklärend, dass er nach wie vor entschlossen ist, dafür Sorge zu tragen, dass faire und klare Verfahren vorhanden sind, die die Aufnahme von Personen und Einrichtungen in Sanktionslisten und ihre Streichung von diesen Listen sowie die Gewährung von Ausnahmen aus humanitären Gründen regeln,

*mit Anerkennung* für die wichtige Arbeit zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, die von den Institutionen der Vereinten Nationen und anderen multilateralen Organen und Foren, namentlich der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“, geleistet wird, und das Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus ermutigend, eng mit diesen Einrichtungen zusammenzuarbeiten,

*erneut erklärend*, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Bewegungen terroristischer Gruppen unter anderem durch wirksame Grenzkontrollen zu verhindern und in diesem Zusammenhang Informationen zügig auszutauschen und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden zu verbessern, um Bewegungen von Terroristen und terroristischen Gruppen in ihr Hoheitsgebiet und aus ihrem Hoheitsgebiet, die Belieferung von Terroristen mit Waffen und Finanzgeschäfte zur Unterstützung von Terroristen zu verhindern,

*unterstreichend*, dass das Vorhandensein sicherer Zufluchtsorte für Terroristen weiterhin Anlass zu großer Sorge gibt und dass alle Mitgliedstaaten bei der Terrorismusbekämpfung uneingeschränkt zusammenarbeiten müssen, um alle Personen, die die Finanzierung, Planung, Vorbereitung oder Begehung terroristischer Handlungen unterstützen, erleichtern, sich daran beteiligen oder sich daran zu beteiligen versuchen oder den Tätern Unterschlupf gewähren, zu finden, ihnen einen sicheren Zufluchtsort zu verweigern und sie vor Gericht zu stellen, entsprechend dem Grundsatz „Auslieferung oder Strafverfolgung“,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* darüber, dass sich Terroristen und ihre Unterstützer in einer globalisierten Gesellschaft zum Zwecke der Anwerbung und der Aufstachelung zur Begehung terroristischer Handlungen sowie zur Finanzierung, Planung und Vorbereitung ihrer Aktivitäten verstärkt der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere des Internets, bedienen, und unterstreichend, dass die Mitgliedstaaten unter Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und in Befolgung ihrer sonstigen völkerrechtlichen Verpflichtungen kooperativ handeln müssen, um Terroristen daran zu hindern, Technologien, Kommunikationswege und Ressourcen auszunutzen, um zu Unterstützung für terroristische Handlungen aufzustacheln,

*unter Hinweis* auf seinen Beschluss, wonach die Staaten gehalten sind, die Belieferung von Terroristen mit Waffen, einschließlich Kleinwaffen und leichter Waffen, zu beenden, sowie auf seine Aufforderung an die Staaten, Wege zur Intensivierung und Beschleunigung des Austauschs operativer Informationen über den Handel mit Waffen zu finden und die Koordinierung der Anstrengungen auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene zu verbessern,

*sich dessen bewusst*, wie wichtig es ist, über Institutionen der Strafrechtspflege zu verfügen, die in einem rechtsstaatlichen Rahmen Terrorismus wirksam verhüten und ihm begegnen können, und unterstrei-



chend, wie wichtig eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten untereinander und mit den Institutionen und Nebenorganen der Vereinten Nationen ist, mit dem Ziel der Stärkung ihrer jeweiligen Fähigkeiten, einschließlich durch die Unterstützung ihrer Anstrengungen zur Erarbeitung und Umsetzung rechtstaatlicher Verfahrensweisen zur Terrorismusbekämpfung,

*sowie sich* der Herausforderungen *bewusst*, die sich den Mitgliedstaaten im Hinblick auf den Umgang mit in Gewahrsam befindlichen Terroristen stellen, den Mitgliedstaaten nahelegend, zusammenzuarbeiten und bewährte Verfahrensweisen zum Umgang mit Terroristen in einer sicheren, gut geführten und regulierten Gewahrsamsumgebung, in der die Menschenrechte geachtet werden, und zur Entwicklung von Programmen zur Rehabilitation und Wiedereingliederung verurteilter Terroristen weiterzugeben, Kenntnis nehmend von der Arbeit des Interregionalen Forschungsinstituts der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege, des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und anderer zuständiger Organisationen der Vereinten Nationen zur Bereitstellung technischer Hilfe für interessierte Mitgliedstaaten in diesen Bereichen und den interessierten Mitgliedstaaten nahelegend, diese Organisationen um entsprechende Hilfe zu ersuchen,

*Kenntnis nehmend* von der Arbeit des Globalen Forums Terrorismusbekämpfung, insbesondere seiner Veröffentlichung zahlreicher Rahmendokumente und bewährter Verfahren, namentlich in den Bereichen Bekämpfung des gewaltsamen Extremismus, Strafrechtspflege, Entführungen zur Erpressung von Lösegeld, Unterstützung von Terrorismusopfern und gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit, um die Arbeit der zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus in diesen Bereichen zu ergänzen, und dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus nahelegend, auch weiterhin mit dem Globalen Forum Terrorismusbekämpfung im Rahmen seiner Arbeit mit den Mitgliedstaaten zur Förderung der vollständigen Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) vom 28. September 2001 und 1624 (2005) vom 14. September 2005 zusammenzuwirken;

*in der Erkenntnis*, dass die Mitgliedstaaten den Missbrauch nichtstaatlicher, gemeinnütziger und wohltätiger Organisationen durch Terroristen und zu deren Gunsten verhindern müssen, mit der Aufforderung an die nichtstaatlichen, gemeinnützigen und wohltätigen Organisationen, Versuche von Terroristen, den Status dieser Organisationen zu missbrauchen, zu verhüten beziehungsweise sich ihnen zu widersetzen, zugleich jedoch darauf hinweisend, wie wichtig die volle Achtung des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Vereinigungsfreiheit des Einzelnen in der Zivilgesellschaft sowie der Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist, und Kenntnis nehmend von den einschlägigen Dokumenten mit den Empfehlungen und Leitlinien der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Solidarität* mit den Opfern des Terrorismus und ihren Familien, betonend, wie wichtig es ist, den Opfern des Terrorismus Hilfe zu gewähren und ihnen und ihren Familien bei der Bewältigung ihres Verlusts und ihrer Trauer beizustehen, die wichtige Rolle anerkennend, die Opfer- und Überlebendennetzwerke bei der Terrorismusbekämpfung spielen, namentlich indem sie mutig ihre Stimme gegen gewaltsame und extremistische Ideologien erheben, und in dieser Hinsicht die auf diesem Gebiet unternommenen Maßnahmen und Aktivitäten der Mitgliedstaaten und des Systems der Vereinten Nationen, namentlich des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung, begrüßend und befürwortend,

*mit der erneuten Aufforderung* an die Mitgliedstaaten, ihre Zusammenarbeit und Solidarität zu verstärken, insbesondere durch bilaterale und multilaterale Abmachungen und Vereinbarungen zur Verhütung und Bekämpfung von Terroranschlägen, und den Mitgliedstaaten nahelegend, die Zusammenarbeit auf regionaler und subregionaler Ebene zu verstärken, auch in Anbetracht der besonderen Vorteile, die sich aus der überregionalen Zusammenarbeit und Ausbildung von Fachkräften und deren Mitarbeitern ergeben, darunter nach Bedarf auf dem Gebiet der Strafverfolgung, des Strafvollzugs und der Justiz, und feststellend, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit innerhalb aller staatlichen Stellen und internationalen Organisationen sowie zwischen ihnen ist, um den Terrorismus und die Aufstachelung dazu zu bekämpfen,

*in Bekräftigung seiner Aufforderung* an alle Staaten, so bald wie möglich Vertragsparteien der internationalen Übereinkommen und Protokolle zur Bekämpfung des Terrorismus zu werden, unabhängig davon, ob sie Vertragsparteien regionaler Übereinkommen auf diesem Gebiet sind, und ihren Verpflichtungen aus denjenigen Übereinkünften, deren Vertragsparteien sie sind, uneingeschränkt nachzukommen,

*in der Erkenntnis*, wie wichtig die lokalen Gemeinwesen, der Privatsektor, die Zivilgesellschaft und die Medien sind, um das Bewusstsein für die vom Terrorismus ausgehenden Bedrohungen zu erhöhen und ihnen wirksamer zu begegnen,

*unter Hinweis* auf Resolution 1373 (2001), mit der er den Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus einsetzte, sowie unter Hinweis auf Resolution 1624 (2005) und seine weiteren Resolutionen betreffend Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen,

*insbesondere unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1535 (2004) vom 26. März 2004, 1787 (2007) vom 10. Dezember 2007, 1805 (2008) vom 20. März 2008 und 1963 (2010) vom 20. Dezember 2010 betreffend das Exekutivdirektorium sowie unter Hinweis auf die ausschlaggebende Rolle des Ausschusses und seines Exekutivdirektoriums bei der Sicherstellung der vollen Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) und unterstreichend, wie wichtig Kapazitätsaufbau und technische Hilfe dafür sind, die Mitgliedstaaten und die regionalen und subregionalen Organisationen verstärkt zur wirksamen Durchführung der Resolutionen des Rates zu befähigen,

die zentrale Rolle *unterstreichend*, die den Vereinten Nationen im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus zukommt, unter Begrüßung der Annahme der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus am 8. September 2006 durch die Generalversammlung und mit dem Ausdruck seiner Unterstützung für die Aktivitäten des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung gemäß Resolution 64/235 der Versammlung vom 24. Dezember 2009 zur Gewährleistung der Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung sowie für seine entscheidende Rolle bei der Förderung der Weltweiten Strategie und die volle Mitwirkung der zuständigen Nebenorgane des Sicherheitsrats im Rahmen ihres jeweiligen Mandats an der Tätigkeit des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung und seiner Arbeitsgruppen,

*in Anerkennung* der Arbeit, die das beim Büro des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung angesiedelte Zentrum der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus im Einklang mit Resolution 66/10 vom 18. November 2011 der Generalversammlung leistet, sowie seiner Rolle beim Aufbau der Kapazitäten der Mitgliedstaaten,

1. *unterstreicht*, dass das übergreifende Ziel des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus darin besteht, die vollständige Durchführung der Resolution 1373 (2001) sicherzustellen, und erinnert daran, dass dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus eine entscheidende Rolle dabei zukommt, den Ausschuss bei der Erfüllung seines Mandats zu unterstützen;

2. *beschließt*, dass das Exekutivdirektorium weiter als besondere politische Mission unter der politischen Leitung des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus für einen am 31. Dezember 2017 endenden Zeitraum tätig sein wird, und beschließt ferner, spätestens bis zum 31. Dezember 2015 eine Zwischenüberprüfung durchzuführen;

3. *begrüßt* die Verabschiedung des Berichts des Ausschusses an den Sicherheitsrat<sup>258</sup> und würdigt dessen umfassende Prüfung der Arbeit des Exekutivdirektoriums des Ausschusses von 2011 bis 2013;

4. *unterstreicht*, dass dem Exekutivdirektorium innerhalb der Vereinten Nationen eine wesentliche Rolle dabei zukommt, Fragen und Trends im Zusammenhang mit der Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) zu bewerten und nach Bedarf Informationen mit den für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Organen der Vereinten Nationen und den maßgeblichen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen auszutauschen, begrüßt den thematischen und regionalen Ansatz, den das Exekutivdirektorium verfolgt, um den Bedürfnissen jedes Mitgliedstaats und jeder Region auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung Rechnung zu tragen, und legt dem Exekutivdirektorium in dieser Hinsicht nahe, die internationale Zusammenarbeit zu fördern, um die Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) weiter voranzubringen;

---

<sup>258</sup> S/2013/722, Anlage.

5. *weist* das Exekutivdirektorium *an*, neue Fragestellungen, Trends und Entwicklungen im Zusammenhang mit den Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) aufzuzeigen und dabei der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus<sup>257</sup> Rechnung zu tragen, nach Bedarf, auf allen Ebenen, im Benehmen mit den maßgeblichen Partnern, und den Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus im Hinblick auf die praktische Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) durch die Mitgliedstaaten zu beraten;

6. *erinnert* daran, dass das Exekutivdirektorium dem Ausschuss im Einklang mit Resolution 1963 (2010) Untersuchungen über die weltweite Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) vorlegte, und weist das Exekutivdirektorium *an*, vor dem 31. Dezember 2015 aktualisierte Fassungen dieser Untersuchungen für den Ausschuss zu erstellen;

7. *legt* dem Exekutivdirektorium *nahe*, auf Antrag mit den Mitgliedstaaten und regionalen und subregionalen Organisationen zusammenzuarbeiten, nationale und regionale Strategien der Terrorismusbekämpfung zur Förderung der Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) zu bewerten und sie bei der Erarbeitung solcher Strategien zu beraten und den am Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung beteiligten Stellen seine Bewertungen und gegebenenfalls weitere Informationen zur Verfügung zu stellen;

8. *betont*, wie wichtig es ist, dass das Exekutivdirektorium dem Ausschuss aktuelle Landesberichte vorlegt, ermutigt den Ausschuss und das Exekutivdirektorium, gegebenenfalls mit den Mitgliedstaaten in Kontakt zu treten, nachdem der Ausschuss die jeweiligen Landesberichte angenommen hat, und bittet das Exekutivdirektorium, mit den betreffenden Mitgliedstaaten nach Bedarf regelmäßige Folgemaßnahmen durchzuführen;

9. *weist* das Exekutivdirektorium *an*, dem Ausschuss regelmäßig oder auf sein Ersuchen hin im Rahmen mündlicher und/oder schriftlicher Unterrichtungen zeitnah über die Arbeit des Exekutivdirektoriums Bericht zu erstatten, namentlich über seine Besuche in Mitgliedstaaten, die Durchführung von Bewertungen, die Vertretung des Ausschusses auf verschiedenen internationalen und regionalen Treffen und sonstige Aktivitäten, auch während der Planungsphase, sowie eine jährliche Überprüfung und Vorschau der Aktivitäten zur Erleichterung der Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) und der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet vorzunehmen;

10. *weist* das Exekutivdirektorium *außerdem an*, nach Zustimmung durch die betreffenden Mitgliedstaaten die in den nationalen Untersuchungen und Bewertungen zur Terrorismusbekämpfung enthaltenen Informationen verfügbar zu machen, und weist das Exekutivdirektorium ferner *an*, nach Genehmigung durch den Ausschuss gegebenenfalls Informationen zu den regionalen Kapazitäten zur Terrorismusbekämpfung verfügbar zu machen;

11. *ermutigt* das Exekutivdirektorium, in enger Kooperation mit den bilateralen und multilateralen Gebern und denjenigen, die technische Hilfe bereitstellen, einschließlich der für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Organe der Vereinten Nationen, auch weiterhin mit den Mitgliedstaaten und regionalen und subregionalen Organisationen auf deren Ersuchen und im Einklang mit den Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) zusammenzuarbeiten, die Bereitstellung technischer Hilfe zu erleichtern, insbesondere durch die Förderung des Zusammenwirkens zwischen den Gebern und den Empfängern von Kapazitätsaufbauhilfe, und ermutigt das Exekutivdirektorium, gegebenenfalls die Wirkung seiner von Gebern unterstützten Projektaktivitäten in Verbindung mit Kapazitätsaufbau und Kooperation zu bewerten;

12. *ermutigt* das Exekutivdirektorium *außerdem*, in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung und seinen zuständigen Arbeitsgruppen im Rahmen seines Dialogs mit den Mitgliedstaaten weiter genaue Aufmerksamkeit auf die Resolution 1624 (2005) zu richten und gemeinsam mit den Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen Strategien zu erarbeiten, die Maßnahmen gegen die Aufstachelung zu durch Extremismus und Intoleranz motivierten terroristischen Handlungen enthalten, und die technische Hilfe für ihre Umsetzung zu erleichtern, wie in Resolution 1624 (2005) und in der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus gefordert;

13. *erklärt erneut*, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, es zu unterlassen, Einrichtungen oder Personen, die an terroristischen Handlungen beteiligt sind, in irgendeiner Form aktiv oder passiv zu unterstützen, indem sie namentlich die Anwerbung von Mitgliedern terroristischer Gruppen unterbinden und die

Belieferung von Terroristen mit Waffen beenden, und legt dem Exekutivdirektorium nahe, diese Verpflichtung auch weiterhin bei allen seinen Aktivitäten vollständig zu berücksichtigen;

14. *stellt fest*, dass zwischen dem Terrorismus und den Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere dem Internet, eine sich weiterentwickelnde Verbindung besteht und dass diese Technologien dazu benutzt werden, terroristische Handlungen zu begehen und zu solchen Handlungen aufzustacheln, dafür anzuwerben, sie zu finanzieren oder sie zu planen, sodass sie leichter begangen werden können, und weist das Exekutivdirektorium an, sich im Benehmen mit den Mitgliedstaaten, internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft weiter mit dieser Problematik zu befassen und den Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus hinsichtlich weiterer Lösungsansätze zu beraten;

15. *erinnert* daran, dass das Globale Forum Terrorismusbekämpfung das Memorandum von Algier über bewährte Verfahrensweisen zur Verhütung von Entführungen zur Erpressung von Lösegeld durch Terroristen und zur Beseitigung der damit verbundenen Vorteile angenommen hat, und legt dem Exekutivdirektorium nahe, das Memorandum gegebenenfalls zu berücksichtigen, im Einklang mit seinem Mandat, so auch bei der Erleichterung des Kapazitätsaufbaus in Mitgliedstaaten;

16. *bekundet seine tiefe Solidarität* mit den Opfern des Terrorismus und ihren Familien und legt dem Exekutivdirektorium nahe, die wichtige Rolle zu berücksichtigen, die Opfer- und Überlebendennetzwerke bei der Terrorismusbekämpfung spielen können, in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung und seinen zuständigen Arbeitsgruppen;

17. *anerkennt* die umfassenden internationalen Normen, die in den von der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ überarbeiteten Vierzig Empfehlungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung von Terrorismus und Proliferation enthalten sind, und ermutigt das Exekutivdirektorium, eng mit der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ zu kooperieren, namentlich im Rahmen ihres Prozesses der gegenseitigen Evaluierung, mit dem Schwerpunkt auf der wirksamen Umsetzung der Empfehlungen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung;

18. *legt* dem Exekutivdirektorium *nahe*, seinen Dialog mit den Mitgliedstaaten mit deren Zustimmung in verschiedenen Formaten fortzusetzen, namentlich auch zu dem Zweck, zu erwägen, gegebenenfalls Rat bei der Erarbeitung umfassender und integrierter nationaler Terrorismusbekämpfungsstrategien und von Mechanismen für ihre Umsetzung zu erteilen, in denen auch die Faktoren Beachtung finden, die zu terroristischen Aktivitäten führen, im Einklang mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen und in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung und seinen Arbeitsgruppen, mit dem Ziel, die Kohärenz und die Komplementarität der Anstrengungen zu gewährleisten und Doppelarbeit zu vermeiden;

19. *anerkennt* die Vorteile eines umfassenden Ansatzes zur Verhütung der Ausbreitung des Terrorismus und des gewaltsamen Extremismus, im Einklang mit den Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005), bittet in dieser Hinsicht das Exekutivdirektorium, nach Bedarf und im Benehmen mit dem Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus und den in Betracht kommenden Mitgliedstaaten, stärker mit den internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen, der Zivilgesellschaft sowie den akademischen und anderen Institutionen bei der Durchführung von Forschungsarbeiten, der Sammlung von Informationen und der Ermittlung guter Verfahrensweisen zusammenzuwirken und seine Partnerschaft mit diesen Stellen zu verstärken und in diesem Zusammenhang die Anstrengungen zu unterstützen, die der Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus unternimmt, um die Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) zu fördern, und unterstreicht, wie wichtig es ist, Entwicklungsorganisationen einzubinden;

20. *betont*, wie wichtig es ist, dass das Exekutivdirektorium, der Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus und die Mitgliedstaaten in einen jeweils spezifisch angepassten Dialog eintreten und zusammenwirken, und ermutigt den Ausschuss und das Exekutivdirektorium, weiterhin Sitzungen mit für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Amtsträgern aus den Mitgliedstaaten und aus den zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen zu organisieren, die einem für die Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) relevanten thematischen oder regionalen Schwerpunkt gewidmet sind;

21. *erinnert* die Mitgliedstaaten daran, dass wirksame Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und die Achtung der Menschenrechte einander ergänzen, sich gegenseitig verstärken und wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Terrorismusbekämpfung sind, stellt fest, wie wichtig die Achtung der Rechtsstaat-

lichkeit für eine wirksame Terrorismusbekämpfung ist, und ermutigt das Exekutivdirektorium, seine Aktivitäten auf diesem Gebiet weiter auszubauen, um zu gewährleisten, dass alle für die Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) relevanten Menschenrechts- und Rechtsstaatlichkeitsfragen konsequent und auf unparteiische Weise angegangen werden, gegebenenfalls auch im Rahmen von Länderbesuchen, die mit der Zustimmung des besuchten Mitgliedstaats organisiert werden, sowie im Rahmen der technischen Hilfe;

22. *ersucht* den Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus, über seinen Vorsitzenden dem Rat mindestens einmal jährlich mündlich über den Stand der allgemeinen Arbeit des Ausschusses und des Exekutivdirektoriums Bericht zu erstatten, gegebenenfalls in Verbindung mit den Berichten der Vorsitzenden des Sicherheitsratsausschusses nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) und des Sicherheitsratsausschusses nach Resolution 1540 (2004), bekundet seine Absicht, mindestens einmal jährlich informelle Konsultationen über die Arbeit des Ausschusses zu führen, und ersucht ferner den Ausschuss, regelmäßige Sitzungen, auch mit regionalem oder thematischem Schwerpunkt, für alle Mitgliedstaaten abzuhalten;

23. *erklärt erneut*, dass die laufende Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus, dem Ausschuss nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) und dem Ausschuss nach Resolution 1540 (2004) sowie ihren jeweiligen Sachverständigengruppen verbessert werden muss, namentlich und je nach Bedarf durch verstärkten und systematisierten Informationsaustausch, die Koordinierung der Besuche von Ländern und die Teilnahme an Arbeitstagen über technische Hilfe, die Beziehungen zu internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Stellen, so auch durch die gemeinsame Nutzung von in den Regionen ansässigen Koordinierungsstellen, je nach Bedarf und im Einklang mit dem jeweiligen Mandat, und über sonstige für alle drei Ausschüsse maßgebliche Fragen, bekundet seine Absicht, den Ausschüssen auf den Gebieten von gemeinsamem Interesse Anleitung zu geben, damit die Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus besser koordiniert werden, und betont, wie wichtig es ist, dass das Exekutivdirektorium und die jeweils zuständigen Stellen des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung an einem gemeinsamen Standort untergebracht werden und dass die erforderlichen Anstrengungen zur Erreichung dieses Zieles unternommen werden;

24. *weist* das Exekutivdirektorium *an*, die Zusammenarbeit mit den Ausschüssen, deren Mandate mit den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011), 1988 (2011), 1373 (2001) und 1540 (2004) erteilt wurden, und ihren jeweiligen Sachverständigengruppen zu verstärken;

25. *ermutigt* das Exekutivdirektorium, im Hinblick auf die Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) seinen Dialog und seinen Informationsaustausch mit den Sondergesandten, der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze zu verstärken, gegebenenfalls auch während der Planungsphase von Missionen;

26. *begrüßt und befürwortet* es, dass das Exekutivdirektorium weiterhin an allen maßgeblichen Aktivitäten im Rahmen der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus aktiv mitwirkt und diese unterstützt, so auch im Rahmen des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung und seiner Arbeitsgruppen, die eingerichtet wurden, um die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus zu gewährleisten;

27. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7086. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschluss**

Auf seiner 7101. Sitzung am 27. Januar 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen“.

### **Resolution 2133 (2014) vom 27. Januar 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*bekräftigend*, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt und dass alle terroristischen

Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wann und von wem sie begangen werden, und ferner die Notwendigkeit bekräftigend, durch terroristische Handlungen verursachte Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit allen Mitteln, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, zu bekämpfen,

*unter Hinweis* auf alle seine einschlägigen Resolutionen und Erklärungen seines Präsidenten über Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen,

*erneut erklärend*, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die Finanzierung terroristischer Handlungen zu verhüten und zu bekämpfen,

*unter Hinweis* auf die einschlägigen internationalen Übereinkünfte zur Bekämpfung des Terrorismus, namentlich das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus<sup>259</sup> und das Internationale Übereinkommen gegen Geiselnahme<sup>260</sup>,

*unter nachdrücklicher Verurteilung* der von terroristischen Gruppen begangenen Entführungen und Geiselnahmen, gleichviel zu welchem Zweck, wie zur Beschaffung von Mitteln oder zur Erwirkung von politischen Zugeständnissen,

*mit dem Ausdruck der Besorgnis* über die Zunahme der Fälle von Entführungen und Geiselnahmen, die von terroristischen Gruppen mit dem Ziel begangen werden, Mittel zu beschaffen oder politische Zugeständnisse zu erwirken, insbesondere über die Zunahme von Entführungen durch Al-Qaida und ihr nahestehende Gruppen, und unterstreichend, dass Lösegeldzahlungen an Terroristen künftige Entführungen und Geiselnahmen finanzieren, was zu weiteren Opfern und einer Verfestigung des Problems führt,

*mit dem Ausdruck seiner Entschlossenheit*, von terroristischen Gruppen begangene Entführungen und Geiselnahmen zu verhüten und die sichere Freilassung von Geiseln ohne Zahlung von Lösegeldern oder politische Zugeständnisse zu erwirken, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, und in dieser Hinsicht Kenntnis nehmend von der Arbeit des Globalen Forums Terrorismusbekämpfung, insbesondere von seiner Veröffentlichung mehrerer Rahmendokumente und bewährter Verfahren, namentlich zur Thematik Entführungen zur Erpressung von Lösegeld, die die Arbeit der für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen ergänzt,

*in der Erkenntnis*, dass die Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer von Entführungen zum Zweck der Lösegelderpressung und Geiselnahmen durch terroristische Gruppen und der von solchen Vorfällen Betroffenen weiter verstärkt werden müssen und dass sorgfältig darauf geachtet werden muss, das Leben von Geiseln und Entführten zu schützen, und erneut erklärend, dass die Staaten sicherstellen müssen, dass alle von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus mit ihren entsprechenden Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht, im Einklang stehen,

*in Anbetracht* des auf dem Gipfeltreffen der Gruppe der Acht in Lough Erne am 17. und 18. Juni 2013 gefassten Beschlusses, sich mit der Bedrohung, die von Entführungen zur Erpressung von Lösegeld durch Terroristen ausgeht, und den vorbeugenden Schritten, die die internationale Gemeinschaft dagegen ergreifen kann, zu befassen und weitere Expertendiskussionen anzuregen, auch im Rahmen der Rom/Lyon-Gruppe, um das Verständnis dieses Problems zu vertiefen, und ferner in Anbetracht dessen, dass die Sechzehnte Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder in Ziffer 225.6 ihres Schlussdokuments<sup>261</sup> verbrecherische Geiselnahmen durch terroristische Gruppen mit anschließenden Forderungen nach Lösegeld und/oder sonstigen politischen Zugeständnissen verurteilte,

*mit dem Ausdruck seiner Entschlossenheit*, die Anstrengungen zur Verringerung des Zugangs terroristischer Gruppen zu Finanzmitteln und Finanzdienstleistungen durch die laufende Arbeit der mit der Terrorismusbekämpfung befassten Organe der Vereinten Nationen und der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnah-

---

<sup>259</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2178, Nr. 38349. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2003 II S. 1923; LGBI. 2003 Nr. 170; öBGBI. III Nr. 102/2002; AS 2004 2535.

<sup>260</sup> Ebd., Vol 1316, Nr. 21931. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1980 II S. 1361; LGBI. 1995 Nr. 187; öBGBI. Nr. 600/1986; AS 1985 429.

<sup>261</sup> S/2012/752, Anlage I.

men“ zu unterstützen, um die weltweiten Rahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung zu verbessern,

*mit dem Ausdruck der Besorgnis* darüber, dass sich Terroristen und ihre Unterstützer in einer globalisierten Gesellschaft zum Zwecke der Anwerbung und der Aufstachelung zur Begehung terroristischer Handlungen sowie zur Finanzierung, Planung und Vorbereitung ihrer Aktivitäten verstärkt der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere des Internets, bedienen,

*unter Hinweis* auf ihre Resolutionen 1904 (2009) vom 17. Dezember 2009, 1989 (2011) vom 17. Juni 2011 und 2083 (2012) vom 17. Dezember 2012, in denen unter anderem bestätigt wird, dass die Bestimmungen in Ziffer 1 a) des Beschlussteils dieser Resolutionen auch auf die Zahlung von Lösegeldern an Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste Anwendung finden,

*erneut erklärend*, dass terroristische Handlungen, Methoden und Praktiken im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen stehen und dass die bewusste Finanzierung und Planung von terroristischen Handlungen sowie die Aufstachelung dazu ebenfalls im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen stehen,

1. *bekräftigt* seine Resolution 1373 (2001) vom 28. September 2011 und insbesondere seine Beschlüsse, wonach alle Staaten die Finanzierung terroristischer Handlungen verhüten und bekämpfen und es unterlassen sollen, Einrichtungen oder Personen, die an terroristischen Handlungen beteiligt sind, in irgendeiner Form aktiv oder passiv zu unterstützen, indem sie namentlich die Anwerbung von Mitgliedern terroristischer Gruppen unterbinden und die Belieferung von Terroristen mit Waffen beenden;

2. *bekräftigt außerdem* seinen in Resolution 1373 (2001) enthaltenen Beschluss, wonach alle Staaten ihren Staatsangehörigen oder allen Personen und Einrichtungen in ihrem Hoheitsgebiet untersagen sollen, Gelder, finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen oder Finanz- oder damit zusammenhängende Dienstleistungen unmittelbar oder mittelbar zum Nutzen von Personen zur Verfügung zu stellen, die terroristische Handlungen begehen, zu begehen versuchen oder deren Begehung erleichtern oder sich daran beteiligen, oder zum Nutzen von Einrichtungen, die unmittelbar oder mittelbar im Eigentum oder unter der Kontrolle dieser Personen stehen oder zum Nutzen von Personen und Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung dieser Personen handeln;

3. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, zu verhindern, dass Terroristen unmittelbar oder mittelbar von Lösegeldzahlungen oder politischen Zugeständnissen profitieren, und die sichere Freilassung von Geiseln zu erwirken;

4. *fordert* alle Mitgliedstaaten *außerdem auf*, bei Fällen von Entführungen und Geiselnahmen, die von terroristischen Gruppen begangen werden, eng zusammenzuarbeiten;

5. *bekräftigt* seinen in Resolution 1373 (2001) enthaltenen Beschluss, wonach alle Staaten einander größtmögliche Hilfe bei strafrechtlichen Ermittlungen oder Strafverfahren im Zusammenhang mit der Finanzierung oder Unterstützung terroristischer Handlungen gewähren sollen;

6. *anerkennt* die Notwendigkeit, die Expertendiskussionen über Entführungen zur Erpressung von Lösegeld durch Terroristen fortzuführen, und fordert die Mitgliedstaaten auf, innerhalb der Vereinten Nationen und anderer zuständiger internationaler und regionaler Organisationen, namentlich im Rahmen des Globalen Forums Terrorismusbekämpfung, weitere Expertendiskussionen zu der Frage zu führen, welche zusätzlichen Maßnahmen die internationale Gemeinschaft ergreifen könnte, um Entführungen zu verhindern und Terroristen daran zu hindern, unmittelbar oder mittelbar von Entführungen zur Beschaffung von Mitteln oder zur Erwirkung politischer Zugeständnisse zu profitieren;

7. *stellt fest*, dass Lösegeldzahlungen an terroristische Gruppen eine der Einnahmequellen sind, die ihre Anwerbungsbemühungen unterstützen, ihre operative Fähigkeit zur Organisation und Durchführung terroristischer Anschläge stärken und Anreize für weitere Entführungen zur Erpressung von Lösegeld schaffen;

8. *legt* dem nach Resolution 1373 (2001) eingesetzten Ausschuss des Sicherheitsrats (Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus) *nahe*, mit Unterstützung geeigneter Sachverständiger eine Sondertagung unter Beteiligung der Mitgliedstaaten und der zuständigen internationalen und regionalen Organisationen abzuhalten, um Maßnahmen zu erörtern, mit denen verhindert wird, dass terroristische Gruppen Entführun-

gen und Geiselnahmen begehen, um Mittel zu beschaffen oder politische Zugeständnisse zu erwirken, und ersucht den Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus, dem Rat über die Ergebnisse dieser Tagung Bericht zu erstatten;

9. *erinnert* daran, dass das Globale Forum Terrorismusbekämpfung das Memorandum von Algier über bewährte Verfahrensweisen zur Verhütung von Entführungen zur Erpressung von Lösegeld durch Terroristen und zur Beseitigung der damit verbundenen Vorteile angenommen hat, und legt dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus nahe, das Memorandum gegebenenfalls zu berücksichtigen, im Einklang mit seinem Mandat, so auch bei der Erleichterung des Kapazitätsaufbaus in Mitgliedstaaten;

10. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, die Partner aus dem Privatsektor zu ermutigen, einschlägige Leitlinien und bewährte Verfahrensweisen für die Verhütung von Entführungen durch Terroristen und das Vorgehen gegen solche Entführungen ohne Zahlung von Lösegeldern anzunehmen und zu befolgen;

11. *fordert* alle Mitgliedstaaten *außerdem auf*, zusammenzuarbeiten und gegebenenfalls einen Dialog mit allen für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Organen der Vereinten Nationen zu führen, um ihre Kapazitäten zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, einschließlich aus Lösegeldern, auszubauen;

12. *legt* dem Team für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung des Ausschusses des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) und des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1988 (2011) sowie den anderen für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Organen der Vereinten Nationen *nahe*, bei der Bereitstellung von Informationen über die von den Mitgliedstaaten in dieser Frage ergriffenen Maßnahmen und über die maßgeblichen Trends und Entwicklungen auf diesem Gebiet eng zusammenzuarbeiten;

13. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7101. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschluss**

Auf seiner 7198. Sitzung am 17. Juni 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen“.

### **Resolution 2160 (2014) vom 17. Juni 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen über den internationalen Terrorismus und die Bedrohung, die dieser für Afghanistan darstellt, insbesondere seine Resolutionen 1267 (1999) vom 15. Oktober 1999, 1333 (2000) vom 19. Dezember 2000, 1363 (2001) vom 30. Juli 2001, 1373 (2001) vom 28. September 2001, 1390 (2002) vom 16. Januar 2002, 1452 (2002) vom 20. Dezember 2002, 1455 (2003) vom 17. Januar 2003, 1526 (2004) vom 30. Januar 2004, 1566 (2004) vom 8. Oktober 2004, 1617 (2005) vom 29. Juli 2005, 1624 (2005) vom 14. September 2005, 1699 (2006) vom 8. August 2006, 1730 (2006) vom 19. Dezember 2006, 1735 (2006) vom 22. Dezember 2006, 1822 (2008) vom 30. Juni 2008, 1904 (2009) vom 17. Dezember 2009, 1988 (2011) und 1989 (2011) vom 17. Juni 2011, 2082 (2012) und 2083 (2012) vom 17. Dezember 2012 und 2133 (2014) vom 27. Januar 2014, sowie die einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten,

*sowie unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen, mit denen das in Resolution 2145 (2014) festgelegte Mandat der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan bis zum 17. März 2015 verlängert wurde,

*ferner unter Hinweis* auf seine Resolutionen über die Einziehung und den Einsatz von Kindern in bewaffneten Konflikten und mit dem Ausdruck seiner großen Besorgnis über die Sicherheitslage in Afghanistan, insbesondere über die anhaltenden gewaltsamen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas und anderer gewalttätiger und extremistischer Gruppen, illegaler bewaffneter Gruppen, Krimineller



und derjenigen, die am Suchtstoffhandel beteiligt sind, und über die starken Verbindungen zwischen Terrorismus und Aufstandsaktivitäten und unerlaubten Drogen, wovon Bedrohungen für die örtliche Bevölkerung, einschließlich Kindern, die nationalen Sicherheitskräfte und das internationale Militär- und Zivilpersonal ausgehen,

*unter Begrüßung* des Prozesses, in dessen Rahmen Afghanistan und seine regionalen und internationalen Partner langfristige strategische Partnerschafts- und sonstige Vereinbarungen eingehen, die darauf gerichtet sind, Afghanistan zu einem friedlichen, stabilen und prosperierenden Land zu machen,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Afghanistans,

*betonend*, wie wichtig ein umfassender politischer Prozess in Afghanistan zur Unterstützung der Aussöhnung aller Afghanen ist,

*in der Erkenntnis*, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan weiterentwickelt hat und dass einige Mitglieder der Taliban sich mit der Regierung Afghanistans ausgesöhnt haben, die terroristische Ideologie Al-Qaidas und ihrer Anhänger verworfen haben und eine friedliche Beilegung des andauernden Konflikts in Afghanistan unterstützen,

*sowie in der Erkenntnis*, dass die Situation in Afghanistan trotz ihrer Weiterentwicklung und der Fortschritte bei der Aussöhnung weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt, in Bekräftigung der Notwendigkeit, diese Bedrohung mit allen Mitteln, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht, namentlich den anwendbaren Normen auf dem Gebiet der Menschenrechte, des Flüchtlingsrechts und des humanitären Rechts, zu bekämpfen, und in dieser Hinsicht die wichtige Rolle hervorhebend, die den Vereinten Nationen bei diesen Anstrengungen zukommt,

*erneut seine feste Entschlossenheit bekundend*, die Regierung Afghanistans bei ihren Bemühungen zu unterstützen, den Friedens- und Aussöhnungsprozess voranzubringen, einschließlich durch den Hohen Friedensrat und die Durchführung des afghanischen Friedens- und Aussöhnungsprogramms, in Übereinstimmung mit dem Kommuniqué der Kabuler Konferenz vom 20. Juli 2010 und den Schlussfolgerungen der Bonner Konferenz<sup>262</sup>, im Rahmen der afghanischen Verfassung und unter Anwendung der vom Sicherheitsrat in Resolutionen 1988 (2011) und 2082 (2012) sowie in anderen einschlägigen Resolutionen des Rates festgelegten Verfahren,

*unter Begrüßung* der Entscheidung einiger Mitglieder der Taliban, sich mit der Regierung Afghanistans auszusöhnen, keine Verbindungen zu internationalen terroristischen Vereinigungen, einschließlich Al-Qaidas, zu unterhalten, die Verfassung zu achten, einschließlich ihrer Menschenrechtsbestimmungen und insbesondere der Frauenrechte, und eine friedliche Beilegung des andauernden Konflikts in Afghanistan zu unterstützen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle diejenigen mit den Taliban verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohen, das Aussöhnungsangebot der Regierung anzunehmen,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis* über die Sicherheitslage in Afghanistan, insbesondere über die anhaltenden gewaltsamen und terroristischen Aktivitäten der Taliban, Al-Qaidas und anderer gewalttätiger und extremistischer Gruppen, illegaler bewaffneter Gruppen, Krimineller und derjenigen, die am Terrorismus und an der unerlaubten Vermittlung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial, am Waffenhandel und an der Herstellung unerlaubter Drogen, dem Verkehr oder Handel damit beteiligt sind, und über die starken Verbindungen zwischen Terrorismus und Aufstandsaktivitäten und unerlaubten Drogen, wovon Bedrohungen für die örtliche Bevölkerung, einschließlich Frauen und Kindern, die nationalen Sicherheitskräfte und das internationale Militär- und Zivilpersonal, einschließlich der humanitären Helfer und der Entwicklungshelfer, ausgehen,

---

<sup>262</sup> S/2011/762, Anlage.

*unter Hervorhebung* der Wichtigkeit humanitärer Hilfseinsätze und unter Verurteilung aller Gewalttaten oder -androhungen gegen Mitarbeiter der Vereinten Nationen und humanitäre Akteure und jeder Politisierung humanitärer Hilfe durch die Taliban und mit ihnen verbundene Gruppen oder Personen,

*erneut* auf die Notwendigkeit *hinweisend*, sicherzustellen, dass das derzeitige Sanktionsregime wirksam zu den laufenden Anstrengungen beiträgt, den Aufstand zu bekämpfen und die Regierung Afghanistans in ihrer Arbeit zur Förderung der Aussöhnung zu unterstützen, mit dem Ziel, Frieden, Stabilität und Sicherheit in Afghanistan herbeizuführen,

*davon Kenntnis nehmend*, dass die Regierung Afghanistans den Sicherheitsrat ersucht hat, die Aussöhnung zu unterstützen, so auch indem er die Namen derjenigen von den Sanktionslisten der Vereinten Nationen streicht, die sich aussöhnen und aufgehört haben, Aktivitäten zu begehen oder zu unterstützen, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohen,

*seine Absicht bekundend*, die Aufhebung der Sanktionen gegen diejenigen, die sich aussöhnen, gebührend zu prüfen,

*unter Begrüßung* der Unterrichtungen des Ausschusses des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) durch den Vorsitzenden des Hohen Friedensrats im Dezember 2012 und 2013 als eines Zeichens der engen, fortlaufenden Zusammenarbeit zwischen dem Sicherheitsrat und denjenigen Afghanen, die für den Frieden und die nationale Aussöhnung in Afghanistan arbeiten,

*unter Hervorhebung* der zentralen und unparteiischen Rolle, die die Vereinten Nationen auch weiterhin bei der Förderung des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit in Afghanistan spielen, und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung und nachdrücklichen Unterstützung für die laufenden Anstrengungen des Generalsekretärs und seines Sonderbeauftragten für Afghanistan, dem Hohen Friedensrat bei seinen Bemühungen um Frieden und Aussöhnung behilflich zu sein,

*mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung* für den Kampf gegen die unerlaubte Herstellung von und den illegalen Handel mit Drogen aus Afghanistan und chemischen Ausgangsstoffen für Afghanistan, in den Nachbarländern, den an den Handelswegen gelegenen Ländern, den Zielländern der Drogen und den Ausgangsstoffe herstellenden Ländern,

*unter Hinweis* auf seine Resolution 2133 (2014) und darauf, dass das Globale Forum Terrorismusbekämpfung das „Memorandum von Algier über bewährte Verfahren zur Verhütung von Entführungen zur Erpressung von Lösegeld durch Terroristen“ und zur Beseitigung der damit verbundenen Vorteile veröffentlicht hat, unter nachdrücklicher Verurteilung der von terroristischen Gruppen begangenen Entführungen und Geiselnahmen, gleichviel zu welchem Zweck, wie zur Beschaffung von Mitteln oder zur Erlangung von politischen Zugeständnissen, mit dem Ausdruck seiner Entschlossenheit, von terroristischen Gruppen begangene Entführungen und Geiselnahmen zu verhüten und die sichere Freilassung von Geiseln ohne Lösegeldzahlungen oder politische Zugeständnisse zu erwirken, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, zu verhindern, dass Terroristen unmittelbar oder mittelbar von Lösegeldzahlungen oder politischen Zugeständnissen profitieren, und die sichere Freilassung von Geiseln zu erwirken, und erneut erklärend, dass alle Mitgliedstaaten bei Fällen von Entführungen und Geiselnahmen, die von terroristischen Gruppen begangen werden, eng zusammenarbeiten müssen,

*mit dem Ausdruck der Besorgnis* darüber, dass die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere das Internet, in einer globalisierten Gesellschaft von Terroristen und ihren Unterstützern verstärkt zur Erleichterung terroristischer Handlungen benutzt werden und dass sie dazu benutzt werden, zu terroristischen Handlungen aufzustacheln, dafür anzuwerben, sie zu finanzieren oder sie zu planen,

*in der Erkenntnis*, wie wichtig es ist, die Afghanistan/Taliban-Sanktionsliste in Dari und Paschtu zur Verfügung zu stellen,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta,

## **Maßnahmen**

1. *beschließt*, dass alle Staaten im Hinblick auf die vor dem Datum der Verabschiedung der Resolution 1988 (2011) als Taliban bezeichneten Personen und Einrichtungen sowie im Hinblick auf die anderen,

von dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Ziffer 30 der Resolution 1988 (2011) (der „Ausschuss“) benannten, mit den Taliban verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohen (die „Liste“), die folgenden Maßnahmen ergreifen:

a) die Gelder und anderen finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen dieser Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen unverzüglich einfrieren, einschließlich der Gelder, die aus Vermögensgegenständen stammen, die in ihrem Eigentum stehen oder die direkt oder indirekt von ihnen oder von Personen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, kontrolliert werden, und sicherstellen, dass weder diese noch irgendwelche anderen Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen von ihren Staatsangehörigen oder von in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Personen direkt oder indirekt zugunsten solcher Personen zur Verfügung gestellt werden;

b) die Einreise dieser Personen in oder ihre Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet verhindern, mit der Maßgabe, dass diese Bestimmung keinen Staat dazu verpflichtet, seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern oder ihre Ausreise zu verlangen, und dass diese Bestimmung keine Anwendung findet, wenn die Ein- oder Durchreise zur Durchführung eines Gerichtsverfahrens erforderlich ist oder wenn der Ausschuss jeweils im Einzelfall feststellt, dass die Ein- oder Durchreise gerechtfertigt ist, namentlich wenn dies unmittelbar mit der Unterstützung von Maßnahmen der Regierung Afghanistans zur Förderung der Aussöhnung zusammenhängt;

c) verhindern, dass an diese Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihre Staatsangehörigen außerhalb ihres Hoheitsgebiets oder unter Nutzung von Schiffen oder Luftfahrzeugen, die ihre Flagge führen, Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und entsprechender Ersatzteile, und technische Beratung, Hilfe oder Ausbildung im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten auf direktem oder indirektem Weg geliefert, verkauft oder weitergegeben werden;

2. *beschließt außerdem*, dass unter anderem die folgenden Handlungen oder Aktivitäten darauf hindeuten, dass eine Person, eine Gruppe, ein Unternehmen oder eine Einrichtung für die Aufnahme in die Liste nach Ziffer 1 in Betracht kommt:

a) die Beteiligung an der Finanzierung, Planung, Erleichterung, Vorbereitung oder Begehung von Handlungen oder Aktivitäten durch, zusammen mit, unter dem Namen oder im Namen oder zur Unterstützung derjenigen benannten und sonstigen mit den Taliban verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohen;

b) die Lieferung, der Verkauf oder die Weitergabe von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial an diese;

c) die Rekrutierung für diese oder

d) die sonstige Unterstützung ihrer Handlungen oder Aktivitäten;

3. *bestätigt*, dass alle Personen und alle Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle solcher auf der Liste geführten Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen stehen oder diese auf andere Weise unterstützen, für die Aufnahme in die Liste in Betracht kommen;

4. *stellt fest*, dass zu solchen Mitteln der Finanzierung oder Unterstützung unter anderem die Nutzung der Erträge aus Verbrechen, einschließlich des unerlaubten Anbaus und der unerlaubten Gewinnung von Suchtstoffen und des Suchtstoffhandels aus und über Afghanistan und des Schmuggels von Ausgangsstoffen nach Afghanistan, gehört, und unterstreicht die Notwendigkeit, zu verhindern, dass diejenigen, die mit den Taliban verbunden sind und den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohen, unmittelbar oder mittelbar von Einrichtungen profitieren, die sich an nach dieser Resolution verbotenen Aktivitäten sowie der illegalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen in Afghanistan beteiligen;

5. *bestätigt*, dass die Bestimmungen in Ziffer 1 a) auf alle beabsichtigten Verwendungen von Geldern oder anderen finanziellen Vermögenswerten oder wirtschaftlichen Ressourcen im Zusammenhang mit der Reisetätigkeit einer auf der Liste stehenden Person, einschließlich der hinsichtlich Beförderung und

Unterkunft entstehenden Kosten, Anwendung finden und dass solche mit Reisen verbundenen Gelder oder anderen finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen nur im Einklang mit den in den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1452 (2002) festgelegten und mit Resolution 1735 (2006) geänderten und den in Ziffer 12 dieser Resolution festgelegten Ausnahmeregelungen zur Verfügung gestellt werden dürfen;

6. *bestätigt außerdem*, dass die Bestimmungen in Ziffer 1 *a*) auf alle Arten von Finanzmitteln und wirtschaftlichen Ressourcen Anwendung finden, so unter anderem auf für die Bereitstellung von Webhosting- oder damit zusammenhängenden Diensten eingesetzte Finanzmittel und Ressourcen, die zur Unterstützung der auf der Liste Verzeichneten und anderer mit den Taliban verbundener Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen genutzt werden, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohen;

7. *bestätigt ferner*, dass die Bestimmungen in Ziffer 1 *a*) auch auf die direkte oder indirekte Zahlung von Lösegeldern an oder zugunsten von Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen auf der Liste Anwendung finden, gleichviel wie oder von wem das Lösegeld gezahlt wird;

8. *beschließt*, dass die Mitgliedstaaten Einzahlungen auf nach Ziffer 1 eingefrorene Konten zugunsten der auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen gestatten können, mit der Maßgabe, dass diese Einzahlungen weiter den Bestimmungen in Ziffer 1 unterliegen und eingefroren werden;

9. *beschließt außerdem*, dass die Staaten, um zu verhindern, dass mit den Taliban verbundene und andere Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen Explosivstoffe jeder Art, gleichviel ob militärische, zivile oder improvisierte Explosivstoffe, sowie Rohstoffe und Komponenten, die zur Herstellung behelfsmäßiger Sprengvorrichtungen oder unkonventioneller Waffen verwendet werden können, darunter auch chemische Komponenten, Sprengschnüre oder Gifte, erwerben, handhaben, lagern, einsetzen oder den Zugang dazu suchen, geeignete Maßnahmen ergreifen, um darauf hinzuwirken, dass ihre Staatsangehörigen, ihrer Hoheitsgewalt unterstehende Personen und in ihrem Hoheitsgebiet eingetragene oder ihrer Hoheitsgewalt unterstehende Unternehmen, die an der Herstellung, dem Verkauf, der Lieferung, dem Kauf, dem Transfer und der Lagerung solcher Materialien beteiligt sind, Wachsamkeit üben, auch durch den Erlass bewährter Verfahren, und legt den Mitgliedstaaten ferner nahe, Informationen auszutauschen, Partnerschaften einzugehen und nationale Strategien und Kapazitäten zu entwickeln, um gegen behelfsmäßige Sprengvorrichtungen vorzugehen;

10. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, die Liste zu konsultieren, wenn sie Anträge auf Ausstellung von Reisevisa prüfen;

11. *legt* den Mitgliedstaaten *außerdem nahe*, mit anderen Mitgliedstaaten, insbesondere der Regierung Afghanistans, zügig Informationen auszutauschen, wenn sie Reisetätigkeiten von auf der Liste stehenden Personen entdecken;

#### **Ausnahmen**

12. *erinnert* an seinen Beschluss, dass alle Mitgliedstaaten von den in den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1452 (2002) festgelegten und mit Resolution 1735 (2006) geänderten Bestimmungen betreffend zulässige Ausnahmen von den Maßnahmen in Ziffer 1 *a*) Gebrauch machen können, und befürwortet ihre Anwendung durch die Mitgliedstaaten;

13. *betont*, wie wichtig ein umfassender politischer Prozess in Afghanistan zur Unterstützung des Friedens und der Aussöhnung aller Afghanen ist, bittet die Regierung Afghanistans, in enger Abstimmung mit dem Hohen Friedensrat dem Ausschuss die Namen der auf der Liste stehenden Personen zur Prüfung vorzulegen, deren Reise an einen oder mehrere bestimmte Orte sie als notwendig bestätigt, um an Treffen zur Unterstützung des Friedens und der Aussöhnung teilzunehmen, und verlangt, dass solche Anträge soweit möglich die folgenden Angaben enthalten:

*a*) die Nummer des Reisepasses oder Reisedokuments der auf der Liste stehenden Person;

*b*) den oder die genauen Orte, an die die auf der Liste stehende Person voraussichtlich reisen wird, und, falls anwendbar, die von ihr voraussichtlich genutzten Transitstellen;

c) den höchstens neun Monate umfassenden Zeitraum, während dessen die auf der Liste stehende Person voraussichtlich reisen wird;

14. *beschließt*, dass das mit Ziffer 1 b) verhängte Reiseverbot keine Anwendung auf nach Ziffer 13 bezeichnete Personen findet, wenn der Ausschuss jeweils im Einzelfall bestimmt, dass die Ein- oder Durchreise gerechtfertigt ist, beschließt ferner, dass jede vom Ausschuss gebilligte Ausnahme höchstens für den beantragten Zeitraum und nur für Reisen an den oder die bezeichneten Orte gewährt wird, weist den Ausschuss an, über alle derartigen Ausnahmeanträge sowie über Anträge zur Änderung oder Verlängerung bereits gewährter Ausnahmen oder über Anträge von Mitgliedstaaten, früher gewährte Ausnahmen zu widerrufen, innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Anträge zu entscheiden, und bekräftigt, dass auf der Liste stehende Personen ungeachtet etwaiger Ausnahmen von dem Reiseverbot weiterhin den sonstigen in Ziffer 1 genannten Maßnahmen unterliegen;

15. *ersucht* die Regierung Afghanistans, sobald die Geltungsdauer einer gewährten Ausnahme von dem Reiseverbot abgelaufen ist, einen Bericht über die Reisetätigkeit der jeweiligen Person zu verfassen und diesen über das Team für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung dem Ausschuss zur Behandlung und Prüfung vorzulegen, und legt den betreffenden Mitgliedstaaten nahe, dem Ausschuss gegebenenfalls Informationen über Fälle von Nichteinhaltung zu geben;

#### **Aufnahme in die Liste**

16. *ermutigt* alle Mitgliedstaaten, namentlich die Regierung Afghanistans, dem Ausschuss im Hinblick auf die Aufnahme in die Liste die Namen von Personen, Gruppen, Unternehmungen und Einrichtungen mitzuteilen, die, gleichviel durch welche Mittel, an der Finanzierung oder Unterstützung der in Ziffer 2 beschriebenen Handlungen oder Aktivitäten beteiligt sind;

17. *erklärt erneut*, dass die Mitgliedstaaten, wenn sie dem Ausschuss die Aufnahme von Namen in die Liste vorschlagen, das Standardformular für Listeneinträge benutzen und eine Darstellung des Falls, die eine detaillierte Begründung der vorgeschlagenen Aufnahme in die Liste enthalten soll, und möglichst umfangreiche sachdienliche Angaben zu dem vorgeschlagenen Namen vorlegen, insbesondere ausreichende Identifizierungsangaben, um die genaue und eindeutige Identifizierung von Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen zu ermöglichen, sowie nach Möglichkeit die Angaben, die die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation für die Herausgabe einer Besonderen Ausschreibung („Special Notice“) der INTERPOL und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen benötigt, und beschließt ferner, dass die Falldarstellung, mit Ausnahme der Teile, die ein Mitgliedstaat als vom Ausschuss vertraulich zu behandeln ausweist, auf Antrag veröffentlicht und zur Erstellung der in Ziffer 20 beschriebenen Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste verwendet werden kann;

18. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften der INTERPOL, soweit verfügbar, Fotografien und andere biometrische Personendaten für die Aufnahme in die Besonderen Ausschreibungen der INTERPOL und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu übermitteln, und weist das Überwachungsteam an, dem Ausschuss über weitere Schritte Bericht zu erstatten, die unternommen werden könnten, um die Qualität der Liste zu verbessern, unter anderem durch die Verbesserung der Identifizierungsangaben, sowie über Schritte, durch die sichergestellt wird, dass für alle auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen Besondere Ausschreibungen vorliegen;

19. *weist* den Ausschuss *an*, das Standardformular für Listeneinträge entsprechend dieser Resolution nach Bedarf zu aktualisieren;

20. *weist* den Ausschuss *außerdem an*, mit Hilfe des Überwachungsteams und in Abstimmung mit den jeweiligen vorschlagenden Staaten gleichzeitig mit der Aufnahme eines Namens in die Liste auf der Website des Ausschusses eine Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme des Eintrags zu veröffentlichen;

21. *fordert* alle Mitglieder des Ausschusses und des Überwachungsteams *auf*, dem Ausschuss alle ihnen zur Verfügung stehenden geeigneten Informationen über einen Antrag eines Mitgliedstaats auf Aufnahme eines Namens in die Liste zu übermitteln, damit der Ausschuss sich bei seiner Entscheidung über die

Aufnahme in die Liste auf diese Informationen stützen kann und zusätzliche Angaben für die in Ziffer 20 beschriebene Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste erhält;

22. *ersucht* das Sekretariat, unmittelbar nach der Aufnahme eines Namens in die Liste alle sachdienlichen, veröffentlichungsfähigen Informationen, einschließlich der Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste, auf der Website des Ausschusses zu veröffentlichen, ersucht den Generalsekretär, alle Listeneinträge und Zusammenfassungen der Gründe für die Aufnahme in die Liste zeitnah und genau in allen Amtssprachen der Vereinten Nationen bereitzustellen, und vermerkt die besonderen Umstände dieses Ersuchens, das dem Zweck dient, die Verfahren des Ausschusses für die Übersetzung der Listen und der Zusammenfassungen der Gründe mit denen der anderen Sanktionsausschüsse des Sicherheitsrats zu harmonisieren;

23. *fordert* die Mitgliedstaaten *mit allem Nachdruck auf*, wenn sie erwägen, die Aufnahme eines neuen Eintrags vorzuschlagen, vor der Einreichung des Vorschlags beim Ausschuss die Regierung Afghanistans zu konsultieren, um für Abstimmung mit den Friedens- und Aussöhnungsbemühungen der Regierung zu sorgen, und ermutigt alle Mitgliedstaaten, die erwägen, die Aufnahme eines neuen Eintrags vorzuschlagen, gegebenenfalls den Rat der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan einzuholen;

24. *beschließt*, dass der Ausschuss nach der Veröffentlichung, jedenfalls aber innerhalb von drei Arbeitstagen nach der Aufnahme eines Namens in die Liste, die Regierung Afghanistans, die Ständige Vertretung Afghanistans bei den Vereinten Nationen und die Ständige Vertretung des Staates oder der Staaten, in dem/denen die Person oder die Einrichtung sich mutmaßlich befindet, und, im Fall nichtafghanischer Personen oder Einrichtungen, des Staates oder der Staaten, dessen/deren Staatsangehörige die Person mutmaßlich ist, benachrichtigt, und beschließt ferner, dass die betreffenden Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten alle durchführbaren Maßnahmen ergreifen, um die in die Liste aufgenommene Person oder Einrichtung rasch von ihrer Aufnahme in die Liste zu benachrichtigen oder darüber zu informieren und der Benachrichtigung die Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste, eine Beschreibung der in den einschlägigen Resolutionen festgelegten Auswirkungen der Aufnahme in die Liste, die Verfahren des Ausschusses zur Prüfung von Streichungsanträgen und die in Resolution 1452 (2002) festgelegten und mit Resolution 1735 (2006) geänderten Bestimmungen betreffend zulässige Ausnahmen beizufügen;

#### **Streichung von der Liste**

25. *weist* den Ausschuss *an*, Personen und Einrichtungen, die die in Ziffer 2 festgelegten Listungskriterien nicht mehr erfüllen, rasch und je nach den Umständen des Einzelfalls von der Liste zu streichen, und ersucht den Ausschuss, Anträge auf die Streichung von Personen gebührend zu berücksichtigen, die sich ausgesöhnt haben, im Einklang mit den Bestimmungen in dem Kommuniqué der Kabuler Konferenz vom 20. Juli 2010 betreffend Dialog mit all denjenigen, die der Gewalt abschwören, keine Verbindung zu internationalen terroristischen Organisationen, einschließlich Al-Qaidas, unterhalten, die Verfassung achten, einschließlich ihrer Menschenrechtsbestimmungen und insbesondere der Frauenrechte, und bereit sind, sich am Aufbau eines friedlichen Afghanistans zu beteiligen, wie in den von der Regierung Afghanistans und der internationalen Gemeinschaft unterstützten Grundsätzen und Ergebnissen der Schlussfolgerungen der Bonner Konferenz vom 5. Dezember 2011<sup>262</sup> weiter ausgeführt;

26. *fordert* die Mitgliedstaaten *mit allem Nachdruck auf*, vor Einreichung ihrer Streichungsanträge beim Ausschuss die Regierung Afghanistans zu konsultieren, um für Abstimmung mit den Friedens- und Aussöhnungsbemühungen der Regierung zu sorgen;

27. *erinnert* an seinen Beschluss, dass Personen und Einrichtungen, die ohne die Fürsprache eines Mitgliedstaats die Streichung von der Liste anstreben, entsprechende Anträge der in Resolution 1730 (2006) eingerichteten Anlaufstelle unterbreiten können;

28. *legt* der Mission *nahe*, die Zusammenarbeit zwischen der Regierung Afghanistans und dem Ausschuss zu unterstützen und zu erleichtern, um sicherzustellen, dass dem Ausschuss ausreichende Angaben zur Prüfung der Streichungsanträge vorliegen, und weist den Ausschuss an, Streichungsanträge soweit zutreffend im Einklang mit den nachstehenden Grundsätzen zu prüfen:

a) Anträge auf Streichung ausgesöhnter Personen sollen nach Möglichkeit eine über die Regierung Afghanistans übermittelte Mitteilung des Hohen Friedensrats, in der der ausgesöhnnte Status der Person im Einklang mit den Aussöhnungsrichtlinien bestätigt wird, oder bei im Rahmen des Programms zur Stärkung des Friedens ausgesöhnten Personen Unterlagen, die ihre Aussöhnung im Rahmen dieses Vorläuferprogramms belegen, sowie aktuelle Adress- und Kontaktangaben enthalten;

b) Anträge auf Streichung von Personen, die vor 2002 eine Position im Taliban-Regime innehatten und die die in Ziffer 2 festgelegten Listungskriterien nicht mehr erfüllen, sollen nach Möglichkeit eine Mitteilung der Regierung Afghanistans mit der Bestätigung, dass die Person den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Afghanistans bedrohende Handlungen weder aktiv unterstützt noch an solchen Handlungen beteiligt ist, sowie aktuelle Adress- und Kontaktangaben enthalten;

c) Anträge auf Streichung als verstorben gemeldeter Personen sollen eine vom Staat der Staatsangehörigkeit oder der Ansässigkeit oder von einem anderen zuständigen Staat ausgestellte amtliche Todeserklärung enthalten;

29. *legt* dem Ausschuss *eindringlich nahe*, gegebenenfalls einen Vertreter der Regierung Afghanistans vor den Ausschuss zu laden, um zu erörtern, inwieweit die Führung bestimmter Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen auf der Liste beziehungsweise ihre Streichung von dieser gerechtfertigt ist, namentlich dann, wenn ein Antrag der Regierung von dem Ausschuss zurückgestellt oder abgelehnt wurde;

30. *ersucht* alle Mitgliedstaaten, insbesondere jedoch die Regierung Afghanistans, den Ausschuss zu unterrichten, wenn ihnen Informationen zur Kenntnis gelangen, die darauf hindeuten, dass von der Liste gestrichene Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen für die Aufnahme in die Liste nach Ziffer 1 in Betracht gezogen werden sollen, und ersucht ferner die Regierung, dem Ausschuss einen jährlichen Bericht über den Status der als ausgesöhnt gemeldeten Personen, die der Ausschuss im Vorjahr von der Liste gestrichen hat, vorzulegen;

31. *weist* den Ausschuss *an*, zügig alle Informationen zu prüfen, die darauf hindeuten, dass eine von der Liste gestrichene Person in Ziffer 2 genannte Tätigkeiten wiederaufgenommen hat, unter anderem indem sie sich an Handlungen beteiligt, die mit Ziffer 25 unvereinbar sind, und ersucht die Regierung Afghanistans oder gegebenenfalls andere Mitgliedstaaten, die erneute Aufnahme des Namens dieser Person in die Liste zu beantragen;

32. *bestätigt*, dass das Sekretariat so bald wie möglich, nachdem der Ausschuss einen Beschluss zur Streichung eines Namens von der Liste gefasst hat, der Regierung Afghanistans und der Ständigen Vertretung Afghanistans diesen Beschluss zur Benachrichtigung übermittelt und dass das Sekretariat außerdem so bald wie möglich die Ständige Vertretung des Staates oder der Staaten, in dem/denen die Person oder die Einrichtung sich mutmaßlich befindet, und, im Fall nichtafghanischer Personen oder Einrichtungen, des Staates oder der Staaten der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit benachrichtigen soll, und erinnert an seinen Beschluss, dass die Staaten, die eine solche Benachrichtigung erhalten, im Einklang mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten Maßnahmen ergreifen sollen, um die betreffende Person oder Einrichtung rasch von der Streichung von der Liste zu benachrichtigen oder darüber zu informieren;

### **Überprüfung und Führung der Liste**

33. *ist sich dessen bewusst*, dass der andauernde Konflikt in Afghanistan und die Dringlichkeit, die die Regierung Afghanistans und die internationale Gemeinschaft einer friedlichen politischen Beilegung des Konflikts beimessen, zeitnahe und rasche Abänderungen der Liste, einschließlich der Aufnahme und Streichung von Personen und Einrichtungen, erfordern, *legt* dem Ausschuss *eindringlich nahe*, über Aufnahme- und Streichungsanträge zeitnah zu entscheiden, *ersucht* den Ausschuss, alle Listeneinträge regelmäßig zu überprüfen, gegebenenfalls auch durch die Überprüfung der Personen, die als ausgesöhnt gelten, bei deren Einträgen Identifizierungsangaben fehlen oder die als verstorben gemeldet wurden, sowie der Einrichtungen, die Meldungen oder Bestätigungen zufolge nicht mehr bestehen, *weist* den Ausschuss *an*, seine Richtlinien für diese Überprüfungen zu überprüfen und nach Bedarf zu ändern, und *ersucht* das Überwachungsteam, dem Ausschuss alle 12 Monate eine Aufstellung, die in Abstimmung mit den jeweili-

gen vorschlagenden Staaten und den Staaten der Ansässigkeit, insbesondere der Regierung Afghanistans, sowie den Staaten der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, des Aufenthalts- beziehungsweise Standorts oder der Gründung, sofern bekannt, erarbeitet wird, mit folgendem Inhalt zuzuleiten:

a) Personen auf der Liste, die die Regierung Afghanistans als ausgesöhnt ansieht, zusammen mit den in Ziffer 28 a) genannten sachdienlichen Unterlagen;

b) Personen und Einrichtungen auf der Liste, deren Einträge nicht die erforderlichen Identifizierungsangaben enthalten, um die wirksame Durchführung der gegen sie verhängten Maßnahmen zu gewährleisten;

c) Personen auf der Liste, die als verstorben gemeldet wurden, zusammen mit einer Bewertung der in Ziffer 28 c) genannten sachdienlichen Informationen und soweit möglich dem Status und dem Ort der eingefrorenen Vermögenswerte und den Namen von Personen oder Einrichtungen, die freigegebene Vermögenswerte erhalten könnten;

34. *weist* den Ausschuss *an*, zu überprüfen, ob diese Listeneinträge nach wie vor angemessen sind, und weist den Ausschuss ferner *an*, Listeneinträge zu streichen, wenn er entscheidet, dass sie nicht mehr angemessen sind;

35. *ersucht* das Überwachungsteam, nach Bedarf periodisch einen Überblick über den aktuellen Stand der in den Besonderen Ausschreibungen der INTERPOL und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen enthaltenen Informationen zu geben;

36. *beschließt*, dass keine Angelegenheit mit Ausnahme der nach Ziffer 14 getroffenen Entscheidungen länger als sechs Monate bei dem Ausschuss anhängig sein darf, legt den Ausschussmitgliedern eindringlich nahe, innerhalb von drei Monaten zu antworten, und weist den Ausschuss *an*, seine Richtlinien entsprechend zu aktualisieren;

37. *fordert* den Ausschuss *nachdrücklich auf*, sicherzustellen, dass es faire und klare Verfahren für die Durchführung seiner Arbeit gibt, und weist den Ausschuss *an*, seine Richtlinien, insbesondere im Hinblick auf die Ziffern 18, 22 und 33 bis 36 dieser Resolution, so bald wie möglich zu überprüfen;

38. *legt* den Mitgliedstaaten und den zuständigen internationalen Organisationen *nahe*, Vertreter zu entsenden, die mit dem Ausschuss zum Austausch von Informationen und zur Erörterung aller maßgeblichen Fragen zusammentreffen;

39. *ermutigt* alle Mitgliedstaaten, insbesondere die vorschlagenden Staaten und die Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, des Aufenthalts- beziehungsweise Standorts oder der Gründung, dem Ausschuss zusätzliche Identifizierungs- und sonstige Angaben, einschließlich, soweit verfügbar und im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften, Fotografien und anderer biometrischer Personendaten, samt dazugehörigen Unterlagen, über die auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen vorzulegen, einschließlich aktueller Angaben über den Tätigkeitsstatus der auf der Liste stehenden Einrichtungen, Gruppen und Unternehmen, über die Bewegungen, die Inhaftierung oder den Tod von auf der Liste stehenden Personen und über sonstige wichtige Ereignisse, sobald solche Informationen verfügbar werden;

#### **Zusammenarbeit mit der Regierung Afghanistans**

40. *begrüßt* periodische Unterrichtungen durch die Regierung Afghanistans über den Inhalt der Liste sowie über die abschreckende Wirkung gezielter Sanktionen auf Bedrohungen des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit Afghanistans und ihre unterstützende Wirkung für die unter afghanischer Führung stattfindende Aussöhnung;

41. *legt* dem Ausschuss, der Regierung Afghanistans und der Mission *nahe*, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen, so auch indem sie ausführliche Informationen über Personen und Einrichtungen zusammentragen und vorlegen, die an der Finanzierung oder Unterstützung der in Ziffer 2 dieser Resolution genannten Handlungen oder Aktivitäten beteiligt sind, und indem sie Vertreter der Mission bitten, das Wort an den Ausschuss zu richten;



42. *begrüßt* den Wunsch der Regierung Afghanistans, dem Ausschuss bei der Koordinierung der Anträge auf Aufnahme in die Liste beziehungsweise Streichung von der Liste und bei der Vorlage aller sachdienlichen Informationen an den Ausschuss behilflich zu sein;

### **Überwachungsteam**

43. *beschließt*, dass das nach Ziffer 7 der Resolution 1526 (2004) eingesetzte Überwachungsteam des Ausschusses des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011), um dem Ausschuss bei der Erfüllung seines Mandats behilflich zu sein, den Ausschuss nach Resolution 1988 (2011) außerdem für einen Zeitraum von 30 Monaten ab dem Datum des Ablaufs des derzeitigen Mandats im Juni 2015 unterstützt, mit dem in der Anlage festgelegten Mandat, und ersucht ferner den Generalsekretär, weiterhin sicherzustellen, dass das Überwachungsteam die erforderliche administrative und fachliche Unterstützung erhält, um sein Mandat unter der Leitung des Ausschusses, eines Nebenorgans des Rates, wirksam, sicher und rasch zu erfüllen, insbesondere auch im Hinblick auf die Sorgfaltspflicht in risikoreichen Umgebungen;

44. *weist* das Überwachungsteam *an*, Informationen zu Fällen von Nichteinhaltung der in dieser Resolution verhängten Maßnahmen zu sammeln und den Ausschuss darüber auf dem Laufenden zu halten sowie den Mitgliedstaaten auf Antrag Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten bereitzustellen, legt den Ausschussmitgliedern nahe, Fragen der Nichteinhaltung anzugehen und sie dem Überwachungsteam oder dem Ausschuss zur Kenntnis zu bringen, und weist das Überwachungsteam ferner an, dem Ausschuss Maßnahmen zur Reaktion auf Fälle von Nichteinhaltung zu empfehlen;

### **Koordinierung und Kontaktarbeit**

45. *ist* sich der Notwendigkeit *bewusst*, den Kontakt mit den zuständigen Ausschüssen des Sicherheitsrats, internationalen Organisationen und Sachverständigengruppen aufrechtzuerhalten, namentlich mit dem Ausschuss nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011), dem Ausschuss nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Bekämpfung des Terrorismus (Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus), dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus, dem Ausschuss nach Resolution 1540 (2004) und der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“, insbesondere in Anbetracht der andauernden Präsenz Al-Qaidas und ihrer Zellen, Unterorganisationen, Splittergruppen oder Ableger und ihres negativen Einflusses auf den afghanischen Konflikt;

46. *legt* der Mission *nahe*, dem Hohen Friedensrat auf dessen Ersuchen dabei behilflich zu sein, die auf der Liste stehenden Personen zur Aussöhnung zu ermutigen;

### **Überprüfungen**

47. *beschließt*, die Umsetzung der in dieser Resolution festgelegten Maßnahmen in achtzehn Monaten zu überprüfen und die zur Unterstützung des Friedens und der Stabilität in Afghanistan erforderlichen Änderungen vorzunehmen;

48. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7198. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Anlage**

Im Einklang mit Ziffer 43 dieser Resolution ist das Überwachungsteam unter der Leitung des Ausschusses tätig und hat die folgenden Aufgaben:

a) dem Ausschuss zwei umfassende, unabhängige schriftliche Berichte über die Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten vorzulegen, den ersten bis zum 1. November 2014 und den zweiten bis zum 1. Juni 2015, und in diese Berichte konkrete Empfehlungen für die bessere Umsetzung der Maßnahmen sowie für mögliche neue Maßnahmen aufzunehmen;

b) dem Ausschuss bei der regelmäßigen Überprüfung der Namen auf der Liste behilflich zu sein, namentlich durch die Durchführung von Reisen im Namen des Ausschusses als eines Nebenorgans des

Sicherheitsrats und durch Kontakte mit den Mitgliedstaaten zur Aufbereitung der Unterlagen des Ausschusses über die Tatsachen und Umstände im Zusammenhang mit einem Listeneintrag;

c) dem Ausschuss dabei behilflich zu sein, an Mitgliedstaaten gerichtete Informationsersuchen weiterzuverfolgen, unter anderem auch in Bezug auf die Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen;

d) dem Ausschuss ein umfassendes Arbeitsprogramm zur Überprüfung und gegebenenfalls Genehmigung vorzulegen, in dem das Überwachungsteam die von ihm vorgesehenen Tätigkeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben im Detail aufführt, einschließlich geplanter Reisen im Namen des Ausschusses;

e) im Namen des Ausschusses Informationen zu Fällen gemeldeter Nichteinhaltung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen zu sammeln, indem es unter anderem die Informationen von Mitgliedstaaten zusammenstellt und mit den betreffenden Parteien Kontakt aufnimmt, Fallstudien durchführt, sowohl auf eigene Initiative als auch auf Ersuchen des Ausschusses, und dem Ausschuss Empfehlungen zu solchen Fällen der Nichteinhaltung vorzulegen, damit dieser sie prüft;

f) dem Ausschuss Empfehlungen vorzulegen, welche die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen und bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für weitere Aufnahmen in die Liste heranziehen könnten;

g) dem Ausschuss bei der Prüfung der Vorschläge zur Aufnahme in die Liste behilflich zu sein, namentlich indem es Informationen, die für den Aufnahmevorschlag von Belang sind, zusammenstellt und an den Ausschuss übermittelt und einen Entwurf der in Ziffer 20 dieser Resolution genannten Zusammenfassung der Gründe erarbeitet;

h) den Ausschuss auf neue oder beachtenswerte Umstände aufmerksam zu machen, die eine Streichung von der Liste rechtfertigen können, wie etwa veröffentlichte Informationen über eine Person, die verstorben ist;

i) vor Reisen in bestimmte Mitgliedstaaten auf der Grundlage seines vom Ausschuss genehmigten Arbeitsprogramms die Mitgliedstaaten zu konsultieren;

j) die Mitgliedstaaten zu ermutigen, Namen und zusätzliche Identifizierungsangaben im Hinblick auf die Aufnahme in die Liste vorzulegen, gemäß den Anweisungen des Ausschusses;

k) bei der Benennung von Personen oder Einrichtungen, die in die Liste aufgenommen oder von ihr gestrichen werden könnten, den Ausschuss, die Regierung Afghanistans oder gegebenenfalls die betreffenden Mitgliedstaaten zu konsultieren;

l) dem Ausschuss zusätzliche Identifizierungs- und sonstige Angaben vorzulegen, um ihm bei seinen Anstrengungen, die Liste so aktuell und genau wie möglich zu halten, behilflich zu sein;

m) Informationen über die Umsetzung der Maßnahmen zusammenzustellen, auszuwerten, zu überwachen, darüber Bericht zu erstatten und Empfehlungen dazu abzugeben, gegebenenfalls Fallstudien durchzuführen und alle anderen einschlägigen Fragen entsprechend den Anweisungen des Ausschusses eingehend zu untersuchen;

n) die Mitgliedstaaten und andere einschlägige Organisationen und Organe, einschließlich der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan, und andere Einrichtungen der Vereinten Nationen zu konsultieren und einen regelmäßigen Dialog mit Vertretern in New York und in den Hauptstädten zu führen, unter Berücksichtigung ihrer Stellungnahmen, insbesondere in Bezug auf Fragen, die in den unter Buchstabe a) dieser Anlage genannten Berichten des Überwachungsteams behandelt werden könnten;

o) eng mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zusammenzuarbeiten und einen regelmäßigen Dialog mit den Mitgliedstaaten über den Zusammenhang zwischen dem Suchtstoffhandel und denjenigen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen zu führen, die für eine Aufnahme in die Liste nach Ziffer 1 dieser Resolution in Betracht kommen, und auf Ersuchen des Ausschusses Bericht zu erstatten;

p) dem Ausschuss gegebenenfalls im Benehmen mit der Regierung Afghanistans, dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und den Sachverständigengruppen der Vereinten Nationen für Sanktionen am 1. Dezember 2014 einen schriftlichen Sonderbericht über konkrete Fälle

der Zusammenarbeit zwischen Syndikaten der organisierten Kriminalität, insbesondere Gruppen, die zur Erpressung von Lösegeld Geiseln nehmen, Suchtstoffherstellern und -händlern sowie denjenigen, die in Afghanistan illegal natürliche Ressourcen, darunter Edel- und Halbedelsteine, ausbeuten, und denjenigen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die für eine Aufnahme in die Liste nach Ziffer 1 dieser Resolution in Betracht kommen, vorzulegen;

q) Konsultationen mit den Nachrichten- und Sicherheitsdiensten der Mitgliedstaaten zu führen, namentlich auch im Rahmen regionaler Foren, um den Informationsaustausch zu erleichtern und die Durchsetzung der Maßnahmen zu stärken;

r) Konsultationen mit den in Betracht kommenden Vertretern des Privatsektors, einschließlich Finanzinstituten, zu führen, um Erkenntnisse über die praktische Umsetzung der Einfrierung der Vermögenswerte zu gewinnen und Empfehlungen zur Stärkung dieser Maßnahme zu erarbeiten;

s) bei der Bereitstellung von Informationen über die von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen in Bezug auf Entführungen und Geiselnahmen zur Erpressung von Lösegeld und über die maßgeblichen Trends und Entwicklungen auf diesem Gebiet eng mit dem nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) eingesetzten Al-Qaida-Sanktionsausschuss und den anderen für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Organen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

t) Konsultationen mit der Regierung Afghanistans, den Mitgliedstaaten, den in Betracht kommenden Vertretern des Privatsektors, einschließlich der Finanzinstitute und der in Betracht kommenden Nichtfinanzunternehmen und -berufe, und mit den zuständigen internationalen Organisationen, einschließlich der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ und ihrer Regionalorgane, zu führen, um im Hinblick auf die praktische Umsetzung der Einfrierung der Vermögenswerte das Bewusstsein zu schärfen und Erkenntnisse zu gewinnen und Empfehlungen für die Stärkung der Umsetzung dieser Maßnahme zu erarbeiten, im Einklang mit der Empfehlung 6 der Arbeitsgruppe über das Einfrieren von Vermögenswerten und ihre dazugehörige Anleitung;

u) Konsultationen mit der Regierung Afghanistans, den Mitgliedstaaten, den in Betracht kommenden Vertretern des Privatsektors und anderen internationalen Organisationen, einschließlich der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation, des Internationalen Luftverkehrsverbands und der Weltzollorganisation, zu führen, um im Hinblick auf die praktische Umsetzung des Reiseverbots und der Einfrierung der Vermögenswerte das Bewusstsein zu schärfen und Erkenntnisse zu gewinnen und Empfehlungen für die Stärkung der Umsetzung dieser Maßnahmen zu erarbeiten;

v) mit der Regierung Afghanistans, den Mitgliedstaaten, den internationalen und regionalen Organisationen und den in Betracht kommenden Vertretern des Privatsektors Konsultationen über die von behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen ausgehende Bedrohung des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität in Afghanistan zu führen, um das Bewusstsein für die Bedrohung zu schärfen und Empfehlungen für geeigneten Maßnahmen gegen diese Bedrohung zu erarbeiten;

w) mit den zuständigen internationalen und regionalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um die Maßnahmen besser bekannt zu machen und ihre Einhaltung zu fördern;

x) mit der INTERPOL und den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um Fotografien, Personenbeschreibungen und im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften andere biometrische und biografische Daten der auf der Liste stehenden Personen, soweit verfügbar, für die Aufnahme in die Besonderen Ausschreibungen der INTERPOL und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu beschaffen und Informationen über neu auftretende Bedrohungen auszutauschen;

y) anderen Nebenorganen des Rates und deren Sachverständigengruppen auf Ersuchen dabei behilflich zu sein, ihre Zusammenarbeit mit der INTERPOL zu verstärken, wie in Resolution 1699 (2006) vorgesehen;

z) dem Ausschuss dabei behilflich zu sein, den Mitgliedstaaten auf Antrag Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten zur besseren Umsetzung der Maßnahmen bereitzustellen;

aa) dem Ausschuss regelmäßig oder auf dessen Ersuchen im Rahmen mündlicher und/oder schriftlicher Unterrichtungen über die Arbeit des Überwachungsteams, einschließlich seiner Besuche von Mitgliedstaaten und seiner Tätigkeiten, Bericht zu erstatten;

*bb)* den derzeitigen Charakter der Bedrohung des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit Afghanistans durch mit den Taliban verbundene Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen und die besten Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Bedrohung zu untersuchen, unter anderem auch durch die Einleitung eines Dialogs mit maßgeblichen Wissenschaftlern, akademischen Einrichtungen und Experten im Einklang mit den vom Ausschuss festgelegten Prioritäten, und dem Ausschuss darüber Bericht zu erstatten;

*cc)* Informationen über die Reisetätigkeit im Rahmen einer gewährten Ausnahme nach den Ziffern 13 und 14 dieser Resolution zu sammeln, namentlich von der Regierung Afghanistans und von in Betracht kommenden Mitgliedstaaten, und dem Ausschuss nach Bedarf Bericht zu erstatten; und

*dd)* alle sonstigen vom Ausschuss festgelegten Aufgaben wahrzunehmen.

**Resolution 2161 (2014)  
vom 17. Juni 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen vom 15. Oktober 1999, 1333 (2000) vom 19. Dezember 2000, 1363 (2001) vom 30. Juli 2001, 1373 (2001) vom 28. September 2001, 1390 (2002) vom 16. Januar 2002, 1452 (2002) vom 20. Dezember 2002, 1455 (2003) vom 17. Januar 2003, 1526 (2004) vom 30. Januar 2004, 1566 (2004) vom 8. Oktober 2004, 1617 (2005) vom 29. Juli 2005, 1624 (2005) vom 14. September 2005, 1699 (2006) vom 8. August 2006, 1730 (2006) vom 19. Dezember 2006, 1735 (2006) vom 22. Dezember 2006, 1822 (2008) vom 30. Juni 2008, 1904 (2009) vom 17. Dezember 2009, 1988 (2011) und 1989 (2011) vom 17. Juni 2011, 2083 (2012) vom 17. Dezember 2012 und 2133 (2014) vom 27. Januar 2014 sowie die einschlägigen Erklärungen seines Präsidenten,

*bekräftigend*, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit darstellt und dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wann und von wem sie begangen werden, und unter erneutem Hinweis auf seine unmissverständliche Verurteilung Al-Qaidas und der anderen mit ihr verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen für ihre anhaltenden und vielfachen kriminellen Terrorakte, die darauf abzielen, den Tod unschuldiger Zivilpersonen und anderer Opfer sowie die Zerstörung von Sachwerten zu verursachen und die Stabilität nachhaltig zu untergraben,

*sowie bekräftigend*, dass der Terrorismus nicht mit einer bestimmten Religion, Nationalität oder Zivilisation in Verbindung gebracht werden kann und soll,

*unter Hinweis* auf die Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 15. Januar 2013 über Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen<sup>263</sup> und die Erklärung vom 13. Mai 2013 über Frieden und Sicherheit in Afrika<sup>264</sup>,

*in Bekräftigung* der Notwendigkeit, durch terroristische Handlungen verursachte Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit allen Mitteln, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht, einschließlich der anzuwendenden internationalen Menschenrechtsnormen, des Flüchtlingsvölkerrechts und des humanitären Völkerrechts, zu bekämpfen, und in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle hervorhebend, die den Vereinten Nationen bei der Führung und Koordinierung dieser Anstrengungen zukommt,

*unter Hinweis* auf seine Resolution 2133 (2014) und darauf, dass das Globale Forum Terrorismusbekämpfung das Memorandum von Algier über bewährte Verfahren zur Verhütung von Entführungen zur Erpressung von Lösegeld durch Terroristen und zur Beseitigung der damit verbundenen Vorteile veröffentlicht hat, unter nachdrücklicher Verurteilung der von terroristischen Gruppen begangenen Entführungen und Geiselnahmen, gleichviel zu welchem Zweck, wie zur Beschaffung von Mitteln oder zur Erlangung von politischen Zugeständnissen, mit dem Ausdruck seiner Entschlossenheit, von terroristischen Gruppen begangene Entführungen und Geiselnahmen zu verhüten und die sichere Freilassung von Geiseln ohne

---

<sup>263</sup> S/PRST/2013/1.

<sup>264</sup> S/PRST/2013/5.

Lösegeldzahlungen oder politische Zugeständnisse zu erwirken, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, mit der Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, zu verhindern, dass Terroristen unmittelbar oder mittelbar von Lösegeldzahlungen oder politischen Zugeständnissen profitieren, und die sichere Freilassung von Geiseln zu erwirken, und erneut erklärend, dass alle Mitgliedstaaten bei Fällen von Entführungen und Geiselnahmen, die von terroristischen Gruppen begangen werden, eng zusammenarbeiten müssen,

*betonend*, dass der Terrorismus nur durch einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz besiegt werden kann, mit der aktiven Beteiligung und Zusammenarbeit aller Staaten und internationalen und regionalen Organisationen, um die terroristische Bedrohung zu behindern, zu schwächen, zu isolieren und auszuschalten,

*betonend*, dass Sanktionen ein wichtiges in der Charta vorgesehenes Instrument zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sind, und in diesem Zusammenhang betonend, dass die Maßnahmen in Ziffer 1 dieser Resolution als maßgebliches Instrument zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten auf robuste Weise umgesetzt werden müssen,

alle Staaten *daran erinnernd*, dass sie verpflichtet sind, die in Ziffer 1 dieser Resolution beschriebenen Maßnahmen im Hinblick auf alle in die nach den Resolutionen 1267 (1999), 1333 (2000) und 1989 (2011) aufgestellte Liste („Al-Qaida-Sanktionsliste“) aufgenommenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen zu ergreifen, ungeachtet der Staatsangehörigkeit oder Ansässigkeit dieser Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen,

*mit der nachdrücklichen Aufforderung* an alle Mitgliedstaaten, aktiv an der Führung und Aktualisierung der Al-Qaida-Sanktionsliste mitzuwirken, indem sie zusätzliche Informationen zu den derzeitigen Listeneinträgen beisteuern, gegebenenfalls Anträge auf Streichung von der Liste stellen und indem sie weitere Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die den in Ziffer 1 genannten Maßnahmen unterliegen sollen, ermitteln und zur Aufnahme in diese Liste benennen,

den Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) („Ausschuss“) *daran erinnernd*, Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die die in dieser Resolution festgelegten Listungskriterien nicht mehr erfüllen, rasch und je nach den Umständen des Einzelfalls von der Liste zu streichen,

*in der Erkenntnis*, dass Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten nach Ziffer 1 durchgeführt wurden, rechtlich und auf andere Weise angefochten worden sind, unter Begrüßung der Verbesserungen der Verfahren des Ausschusses und der Qualität der Al-Qaida-Sanktionsliste und seine Absicht bekundend, auch künftige Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, dass die Verfahren fair und klar sind,

*unter Begrüßung* der Einrichtung des Büros der Ombudsperson gemäß Resolution 1904 (2009) und der Ausweitung des Mandats der Ombudsperson in den Resolutionen 1989 (2011) und 2083 (2012), Kenntnis nehmend von dem bedeutenden Beitrag des Büros der Ombudsperson im Hinblick auf zusätzliche Fairness und Transparenz und unter Hinweis auf die feste Entschlossenheit des Sicherheitsrats, zu gewährleisten, dass das Büro der Ombudsperson in der Lage ist, seine Rolle im Einklang mit seinem Mandat weiter wirksam wahrzunehmen,

*sowie unter Begrüßung* der Halbjahresberichte der Ombudsperson an den Rat, namentlich der am 21. Januar<sup>265</sup> und 21. Juli 2011<sup>266</sup>, am 20. Januar<sup>267</sup> und 30. Juli 2012<sup>268</sup>, am 31. Januar<sup>269</sup> und 31. Juli 2013<sup>270</sup> und am 31. Januar 2014<sup>271</sup> vorgelegten Berichte,

---

<sup>265</sup> Siehe S/2011/29.

<sup>266</sup> Siehe/2011/447.

<sup>267</sup> Siehe S/2012/49.

<sup>268</sup> Siehe S/2012/590.

<sup>269</sup> Siehe S/2013/71.

<sup>270</sup> Siehe S/2013/452.

<sup>271</sup> Siehe S/2014/73.

*ferner unter Begrüßung* der von der Generalversammlung im Juni 2014 durchgeführten vierten Überprüfung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus vom 8. September 2006<sup>257</sup> und der Einrichtung des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung zu dem Zweck, die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung zu gewährleisten, sowie des Berichts des Generalsekretärs vom 14. April 2014 über die Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen zur Umsetzung der Strategie<sup>272</sup>,

*unter Begrüßung* der fortgesetzten Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss und der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL), dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung, insbesondere in Bezug auf technische Hilfe und Kapazitätsaufbau, und allen anderen Organen der Vereinten Nationen und dazu anregend, weiter mit dem Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung zusammenzuwirken, um die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung zu gewährleisten,

*in Anerkennung* der Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzierung des Terrorismus und terroristischer Organisationen, namentlich aus Erträgen aus der organisierten Kriminalität, unter anderem der unerlaubten Produktion von Drogen und ihren chemischen Ausgangsstoffen und dem unerlaubten Handel damit, zu verhüten und zu bekämpfen, sowie der Wichtigkeit einer Fortsetzung der internationalen Zusammenarbeit mit diesem Ziel,

*sowie in der Erkenntnis*, dass die Mitgliedstaaten den Missbrauch nichtstaatlicher, gemeinnütziger und wohltätiger Organisationen durch Terroristen und zu deren Gunsten verhindern müssen, mit der Aufforderung an die nichtstaatlichen, gemeinnützigen und wohltätigen Organisationen, Versuche von Terroristen, den Status dieser Organisationen zu missbrauchen, zu verhüten beziehungsweise sich ihnen zu widersetzen, zugleich jedoch darauf hinweisend, wie wichtig die volle Achtung des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Vereinigungsfreiheit des Einzelnen in der Zivilgesellschaft sowie der Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist, und Kenntnis nehmend von den einschlägigen Dokumenten mit den Empfehlungen und Leitlinien der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“,

*unter Hinweis* auf seinen Beschluss, wonach die Staaten gehalten sind, die Belieferung von Terroristen mit Waffen, einschließlich Kleinwaffen und leichter Waffen, zu beenden, sowie auf seine Aufforderung an die Staaten, Wege zur Intensivierung und Beschleunigung des Austauschs operativer Informationen über den Handel mit Waffen zu finden und die Koordinierung der Anstrengungen auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene zu verbessern,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* darüber, dass die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere das Internet, in einer globalisierten Gesellschaft von Terroristen und ihren Unterstützern verstärkt zur Erleichterung terroristischer Handlungen benutzt werden und dass sie dazu benutzt werden, zu terroristischen Handlungen aufzustacheln, dafür anzuwerben, sie zu finanzieren oder sie zu planen,

*sowie mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über den Zustrom international angeworbener Personen zu Al-Qaida und den mit ihr verbundenen Gruppen und über das Ausmaß dieses Phänomens und ferner erneut erklärend, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Bewegungen terroristischer Gruppen zu verhindern, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, unter anderem durch wirksame Grenzkontrollen, und in diesem Zusammenhang Informationen zügig auszutauschen und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden zu verbessern, um Bewegungen von Terroristen und terroristischen Gruppen in und aus ihrem Hoheitsgebiet, die Belieferung von Terroristen mit Waffen und Finanzgeschäfte zur Unterstützung von Terroristen zu verhindern,

*mit Besorgnis Kenntnis nehmend* von der anhaltenden Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die von Al-Qaida und den anderen mit ihr verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen nach wie vor ausgeht, und in Bekräftigung seiner Entschlossenheit, gegen alle Aspekte dieser Bedrohung anzugehen,

---

<sup>272</sup> A/68/841.

*feststellend*, dass in einigen Fällen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, die die in Ziffer 2 der Resolution 2082 (2012) vom 17. Dezember 2012 oder anderen einschlägigen Sanktionsresolutionen festgelegten Leistungskriterien erfüllen, unter Umständen auch die in Ziffer 2 dieser Resolution festgelegten Leistungskriterien erfüllen,

*Kenntnis nehmend* von den Anstrengungen des Sekretariats, das Format aller Sanktionslisten der Vereinten Nationen zu vereinheitlichen, um nationalen Behörden deren Verwendung zu erleichtern, und das Sekretariat ermutigend, gegebenenfalls mit Hilfe des Überwachungsteams weiter auf die Anwendung des vom Al-Qaida-Sanktionsausschuss genehmigten Datenmodells hinzuarbeiten,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta,

### **Maßnahmen**

1. *beschließt*, dass alle Staaten die folgenden, bereits mit Ziffer 8 c) der Resolution 1333 (2000), den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1390 (2002) und den Ziffern 1 und 4 der Resolution 1989 (2011) verhängten Maßnahmen im Hinblick auf Al-Qaida und die anderen mit ihr verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen ergreifen:

#### *Einfrieren von Vermögenswerten*

a) die Gelder und anderen finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen dieser Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen unverzüglich einfrieren, einschließlich der Gelder, die aus Vermögensgegenständen stammen, die in ihrem Eigentum stehen oder die direkt oder indirekt von ihnen oder von Personen, die in ihrem Namen oder auf ihre Anweisung handeln, kontrolliert werden, und sicherstellen, dass weder diese noch irgendwelche anderen Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen von ihren Staatsangehörigen oder von in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Personen direkt oder indirekt zugunsten solcher Personen zur Verfügung gestellt werden;

#### *Reiseverbot*

b) die Einreise dieser Personen in oder ihre Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet verhindern, mit der Maßgabe, dass diese Bestimmung keinen Staat dazu verpflichtet, seinen eigenen Staatsangehörigen die Einreise in sein Hoheitsgebiet zu verweigern oder ihre Ausreise zu verlangen, und dass diese Bestimmung keine Anwendung findet, wenn die Ein- oder Durchreise zur Durchführung eines Gerichtsverfahrens erforderlich ist oder wenn der Ausschuss jeweils im Einzelfall feststellt, dass die Ein- oder Durchreise gerechtfertigt ist;

#### *Waffenembargo*

c) verhindern, dass an diese Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihre Staatsangehörigen außerhalb ihres Hoheitsgebiets oder unter Nutzung von Schiffen oder Luftfahrzeugen, die ihre Flagge führen, Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und entsprechender Ersatzteile, und technische Beratung, Hilfe oder Ausbildung im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten auf direktem oder indirektem Weg geliefert, verkauft oder weitergegeben werden;

### **Kriterien für die Aufnahme in die Liste**

2. *bekräftigt*, dass unter anderem die folgenden Handlungen oder Aktivitäten darauf hindeuten, dass eine Person, eine Gruppe, ein Unternehmen oder eine Einrichtung mit Al-Qaida verbunden ist und für die Aufnahme in die Al-Qaida-Sanktionsliste in Betracht kommt:

a) die Beteiligung an der Finanzierung, Planung, Erleichterung, Vorbereitung oder Begehung von Handlungen oder Aktivitäten durch, zusammen mit, unter dem Namen oder im Namen oder zur Unterstützung Al-Qaidas oder einer ihrer Zellen, Unterorganisationen, Splittergruppen oder Ableger;

b) die Lieferung, der Verkauf oder die Weitergabe von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial an diese;

c) die Rekrutierung für diese oder die sonstige Unterstützung ihrer Handlungen oder Aktivitäten;

3. *stellt fest*, dass zu solchen Mitteln der Finanzierung oder Unterstützung unter anderem die Nutzung der Erträge aus Verbrechen, einschließlich des unerlaubten Anbaus und der unerlaubten Gewinnung von Suchtstoffen und ihren Ausgangsstoffen und des unerlaubten Verkehrs mit solchen Stoffen gehört;

4. *bestätigt*, dass alle Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, die entweder im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle von mit Al-Qaida verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, einschließlich der auf der Al-Qaida-Sanktionsliste verzeichneten, stehen oder diese auf andere Weise unterstützen, für die Aufnahme in die Liste in Betracht kommen;

5. *bestätigt außerdem*, dass die Bestimmungen in Ziffer 1 a) auf alle Arten von Finanzmitteln und wirtschaftlichen Ressourcen Anwendung finden, so unter anderem auf für die Bereitstellung von Webhosting- oder damit zusammenhängenden Diensten eingesetzte Finanzmittel und Ressourcen, die zur Unterstützung Al-Qaidas und der anderen in die Al-Qaida-Sanktionsliste aufgenommenen Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen genutzt werden;

6. *bestätigt ferner*, dass die Bestimmungen in Ziffer 1 a) auf Gelder, finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen Anwendung finden, die auf der Liste stehenden Personen oder zu ihren Gunsten möglicherweise im Zusammenhang mit ihrer Reisetätigkeit, einschließlich der hinsichtlich Beförderung und Unterkunft entstehenden Kosten, direkt oder indirekt zur Verfügung gestellt werden, und dass solche mit Reisen verbundenen Gelder, finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen nur im Einklang mit den in den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1452 (2002) festgelegten und mit Resolution 1735 (2006) geänderten und den in den nachstehenden Ziffern 9 und 61 festgelegten Ausnahmeregelungen zur Verfügung gestellt werden dürfen;

7. *bestätigt*, dass die Bestimmungen in Ziffer 1 a) auch auf die Zahlung von Lösegeldern an Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste Anwendung finden, gleichviel wie oder von wem das Lösegeld gezahlt wird;

8. *bekräftigt*, dass die Mitgliedstaaten Einzahlungen auf nach Ziffer 1 eingefrorene Konten zugunsten der auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen gestatten können, mit der Maßgabe, dass diese Einzahlungen weiter den Bestimmungen in Ziffer 1 unterliegen und eingefroren werden;

9. *legt den Mitgliedstaaten nahe*, von den in den Ziffern 1 und 2 der Resolution 1452 (2002) festgelegten und mit Resolution 1735 (2006) geänderten Bestimmungen betreffend zulässige Ausnahmen von den Maßnahmen in Ziffer 1 a) Gebrauch zu machen, bestätigt, dass Anträge auf Gewährung von Ausnahmen von dem Reiseverbot von Mitgliedstaaten, Einzelpersonen beziehungsweise der Ombudsperson vorgelegt werden müssen, auch dann, wenn auf der Liste stehende Personen zum Zweck der Erfüllung religiöser Verpflichtungen reisen, und stellt fest, dass die in Resolution 1730 (2006) eingerichtete Anlaufstelle die von Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste oder in deren Namen oder von deren Rechtsvertretern oder Rechtsnachfolgern gestellten Anträge auf Gewährung von Ausnahmen entgegennehmen und dem Ausschuss zur Prüfung vorlegen kann, wie in Ziffer 62 beschrieben;

#### **Umsetzung der Maßnahmen**

10. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, dass alle Staaten geeignete Verfahren zur vollständigen Durchführung aller Aspekte der in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen ermitteln und erforderlichenfalls einführen, und fordert alle Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die umfassenden internationalen Normen anzuwenden, die in den von der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ überarbeiteten Vierzig Empfehlungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung von Terrorismus und Proliferation enthalten sind, insbesondere die Empfehlung 6 zu zielgerichteten finanziellen Sanktionen im Zusammenhang mit dem Terrorismus und der Terrorismusfinanzierung;

11. *fordert die Mitgliedstaaten mit großem Nachdruck auf*, die Elemente in dem Auslegungsvermerk der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ zur Empfehlung 6 anzuwenden und unter anderem von den damit zusammenhängenden bewährten Verfahren für die wirksame Durchführung zielgerichteter finanzieller Sanktionen im Zusammenhang mit dem Terrorismus und der Terrorismusfinanzierung Kenntnis zu nehmen, und stellt fest, dass geeignete Rechtsgrundlagen und -verfahren benötigt werden, um zielgerichtete finanzielle Sanktionen anwenden und durchsetzen zu können, unabhängig vom Vorliegen eines Strafverfah-



rens, dass die Beweisanforderungen im Vorliegen „angemessener Gründe“ oder einer „angemessenen Grundlage“ bestehen müssen und dass die Fähigkeit gegeben sein muss, möglichst viele Informationen aus allen einschlägigen Quellen zu sammeln oder einzuholen;

12. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, energisch und entschlossen vorzugehen, um den Zustrom von Geldern und anderen finanziellen Vermögenswerten und wirtschaftlichen Ressourcen an Personen und Einrichtungen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste zu unterbinden, wie in Ziffer 1 *a*) vorgeschrieben und unter Berücksichtigung der einschlägigen Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ und der internationalen Normen zur Verhinderung des Missbrauchs gemeinnütziger Organisationen, informeller/alternativer Überweisungssysteme und physischer grenzüberschreitender Geldbewegungen, und zugleich darauf hinzuwirken, die Auswirkungen auf rechtmäßige über diese Wege erfolgende Aktivitäten zu mildern;

13. *fordert* die Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, die Al-Qaida-Sanktionsliste so umfassend wie möglich bekannt zu machen, namentlich bei den zuständigen innerstaatlichen Einrichtungen, dem Privatsektor und der allgemeinen Öffentlichkeit, um eine wirksame Umsetzung der Maßnahmen in Ziffer 1 zu gewährleisten, und legt den Mitgliedstaaten nahe, nachdrücklich zu fordern, dass ihre jeweiligen Unternehmens-, Eigentums- und anderen einschlägigen öffentlichen und privaten Register ihre vorhandenen Datenbanken, so insbesondere diejenigen mit Informationen über rechtliche und/oder wirtschaftliche Eigentümer, regelmäßig gegen die Al-Qaida-Sanktionsliste prüfen;

14. *beschließt*, dass die Mitgliedstaaten, um zu verhindern, dass Al-Qaida und andere Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen Explosivstoffe jeder Art, gleichviel ob militärische, zivile oder improvisierte Explosivstoffe, sowie Rohstoffe und Komponenten, die zur Herstellung behelfsmäßiger Sprengvorrichtungen oder unkonventioneller Waffen verwendet werden können, darunter auch chemische Komponenten, Sprengschnüre oder Gifte, erwerben, handhaben, lagern, einsetzen oder den Zugang dazu suchen, geeignete Maßnahmen ergreifen, um darauf hinzuwirken, dass ihre Staatsangehörigen, ihrer Hoheitsgewalt unterstehende Personen und in ihrem Hoheitsgebiet eingetragene oder ihrer Hoheitsgewalt unterstehende Unternehmen, die an der Herstellung, dem Verkauf, der Lieferung, dem Kauf, dem Transfer und der Lagerung solcher Materialien beteiligt sind, Wachsamkeit üben, auch durch den Erlass bewährter Verfahren, und legt den Mitgliedstaaten ferner nahe, Informationen auszutauschen, Partnerschaften einzugehen und nationale Strategien und Kapazitäten zu entwickeln, um gegen behelfsmäßige Sprengvorrichtungen vorzugehen;

15. *regt an*, dass die Mitgliedstaaten, auch über ihre Ständigen Vertretungen, und die zuständigen internationalen Organisationen zur eingehenden Erörterung einschlägiger Fragen mit dem Ausschuss zusammentreffen;

16. *legt* allen Mitgliedstaaten *eindringlich nahe*, bei der Umsetzung der in Ziffer 1 genannten Maßnahmen sicherzustellen, dass falsche, gefälschte, gestohlene und verlorene Reisepässe und sonstige Reisedokumente so bald wie möglich im Einklang mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten für ungültig erklärt und aus dem Verkehr gezogen werden, und mit den anderen Mitgliedstaaten über die INTERPOL-Datenbank Informationen über diese Dokumente auszutauschen;

17. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten in ihren nationalen Datenbanken befindliche Informationen über falsche, gefälschte, gestohlene und verlorene Identitäts- oder Reisedokumente, die ihrer Zuständigkeit unterliegen, mit dem Privatsektor auszutauschen und dem Ausschuss diesbezügliche Informationen zu übermitteln, wenn sich herausstellt, dass eine auf der Liste stehende Partei eine falsche Identität benutzt, um sich beispielsweise Kredit oder falsche Reisedokumente zu verschaffen;

18. *legt* den Mitgliedstaaten, die Reisedokumente für auf der Liste stehende Personen ausstellen, *nahe*, gegebenenfalls zu vermerken, dass der Inhaber der Dokumente dem Reiseverbot und den entsprechenden Ausnahmeregelungen unterliegt;

19. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, zum Zweck der wirksamen Durchsetzung des Reiseverbots die Al-Qaida-Sanktionsliste zu konsultieren, wenn sie prüfen, ob sie Anträgen auf Ausstellung eines Reisevisums stattgeben sollen;

20. *legt* den Mitgliedstaaten *außerdem nahe*, mit anderen Mitgliedstaaten, insbesondere Herkunfts-, Ziel- und Transitstaaten, zügig Informationen auszutauschen, wenn sie Reisetätigkeiten von auf der Al-Qaida-Sanktionsliste stehenden Personen entdecken;

21. *bittet* die vorschlagenden Staaten, dem Team für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung mitzuteilen, ob der Fall einer auf der Liste stehenden Partei von einem einzelstaatlichen Gericht oder einer anderen Justizbehörde geprüft wurde und ob ein Gerichtsverfahren eingeleitet wurde, und bei der Einreichung ihres Standardformulars für Listeneinträge alle weiteren sachdienlichen Angaben darin aufzunehmen;

22. *legt* allen Mitgliedstaaten *nahe*, nationale Anlaufstellen zu benennen, die beauftragt sind, in Fragen der Umsetzung der in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen und der Bewertung der von Al-Qaida und den mit ihnen verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen ausgehenden Bedrohung mit dem Ausschuss und dem Überwachungsteam Verbindung zu halten;

23. *bittet* alle Mitgliedstaaten *außerdem*, dem Ausschuss über die Hindernisse bei der Umsetzung der in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen Bericht zu erstatten, mit dem Ziel, die Bereitstellung technischer Hilfe zu erleichtern;

#### **Der Ausschuss**

24. *weist* den Ausschuss *an*, auch weiterhin zu gewährleisten, dass es faire und klare Verfahren für die Aufnahme von Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen in die Al-Qaida-Sanktionsliste und für ihre Streichung von der Liste sowie für die Gewährung von Ausnahmen nach Resolution 1452 (2002) gibt, und weist den Ausschuss an, seine Richtlinien zur Unterstützung dieser Ziele fortlaufend aktiv zu überprüfen;

25. *weist* den Ausschuss *an*, mit Vorrang seine Richtlinien im Hinblick auf die Bestimmungen dieser Resolution, insbesondere die Ziffern 13, 14, 18, 19, 22, 34, 39, 44, 46, 51, 63, 64, 66 und 67, zu überprüfen;

26. *ersucht* den Ausschuss, dem Sicherheitsrat über seine Erkenntnisse betreffend die Umsetzungsbemühungen der Mitgliedstaaten Bericht zu erstatten und die zur Verbesserung der Umsetzung notwendigen Schritte zu ermitteln und zu empfehlen;

27. *weist* den Ausschuss *an*, mögliche Fälle der Nichteinhaltung der in Ziffer 1 vorgesehenen Maßnahmen festzustellen und für jeden Fall die geeignete Vorgehensweise festzulegen, und ersucht den Vorsitzenden des Ausschusses, im Rahmen seiner regelmäßigen Berichte an den Rat nach Ziffer 72 über die Fortschritte bei der Arbeit des Ausschusses in dieser Frage Bericht zu erstatten;

28. *bestätigt*, dass eine Angelegenheit nicht länger als sechs Monate bei dem Ausschuss anhängig sein soll, es sei denn, der Ausschuss entscheidet im Einzelfall, dass die Prüfung aufgrund außergewöhnlicher Umstände zusätzliche Zeit erfordert, im Einklang mit den Richtlinien des Ausschusses;

29. *ersucht* den Ausschuss, den Mitgliedstaaten auf Antrag über das Überwachungsteam oder über die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten zur wirksameren Umsetzung der Maßnahmen bereitzustellen;

#### **Aufnahme in die Liste**

30. *ermutigt* alle Mitgliedstaaten, dem Ausschuss im Hinblick auf die Aufnahme in die Al-Qaida-Sanktionsliste die Namen von Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen mitzuteilen, die, gleichviel durch welche Mittel, an der Finanzierung oder Unterstützung von Handlungen oder Aktivitäten Al-Qaidas und der anderen mit ihr verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen beteiligt sind;

31. *erklärt erneut*, dass die in Ziffer 1 genannten Maßnahmen präventiven Charakter haben und von strafrechtlichen Normen des innerstaatlichen Rechts unabhängig sind;

32. *bekräftigt*, dass die Mitgliedstaaten, wenn sie dem Ausschuss die Aufnahme von Namen in die Al-Qaida-Sanktionsliste vorschlagen, das Standardformular für Listeneinträge benutzen und eine Darstel-

lung des Falls vorlegen, die eine detaillierte Begründung der vorgeschlagenen Aufnahme in die Liste enthalten soll, und möglichst umfangreiche sachdienliche Angaben zu dem vorgeschlagenen Namen vorlegen, insbesondere ausreichende Identifizierungsangaben, um die genaue und eindeutige Identifizierung von Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen zu ermöglichen, sowie nach Möglichkeit die Angaben, die die INTERPOL für die Herausgabe einer besonderen Ausschreibung („Special Notice“) der INTERPOL und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen benötigt, und beschließt ferner, dass die Falldarstellung, mit Ausnahme der Teile, die ein Mitgliedstaat als vom Ausschuss vertraulich zu behandeln ausweist, auf Antrag veröffentlicht und zur Erstellung der in Ziffer 36 beschriebenen Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste verwendet werden kann;

33. *bekräftigt außerdem*, dass die Mitgliedstaaten, die die Aufnahme eines neuen Eintrags vorschlagen, sowie die Mitgliedstaaten, die vor der Verabschiedung dieser Resolution die Aufnahme von Namen in die Al-Qaida-Sanktionsliste vorgeschlagen haben, dem Ausschuss oder der Ombudsperson die Auflage erteilen können, den Status des Mitgliedstaats als vorschlagender Staat nicht bekanntzugeben;

34. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, soweit verfügbar und im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften Fotografien und andere biometrische Personendaten für die Aufnahme in die Besonderen Ausschreibungen der INTERPOL und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vorzulegen;

35. *weist* den Ausschuss *an*, das Standardformular für Listeneinträge entsprechend dieser Resolution nach Bedarf zu aktualisieren, und weist ferner das Überwachungsteam an, dem Ausschuss über weitere Schritte Bericht zu erstatten, die unternommen werden könnten, um die Qualität der Al-Qaida-Sanktionsliste zu verbessern, unter anderem durch die Verbesserung der Identifizierungsangaben, sowie über Schritte, durch die sichergestellt wird, dass für alle auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen Besondere Ausschreibungen der INTERPOL und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vorliegen;

36. *weist* den Ausschuss *außerdem an*, mit Hilfe des Überwachungsteams und in Abstimmung mit den jeweiligen vorschlagenden Staaten gleichzeitig mit der Aufnahme eines Namens in die Al-Qaida-Sanktionsliste auf der Website des Ausschusses eine Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme des Eintrags zu veröffentlichen;

37. *legt* den Mitgliedstaaten und den zuständigen internationalen Organisationen und Organen *nahe*, den Ausschuss über alle einschlägigen Gerichtsentscheidungen und -verfahren zu unterrichten, damit er sie berücksichtigen kann, wenn er einen Eintrag überprüft oder eine Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste aktualisiert;

38. *fordert* alle Mitglieder des Ausschusses und des Überwachungsteams *auf*, dem Ausschuss alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über einen Antrag eines Mitgliedstaats auf Aufnahme eines Namens in die Liste zu übermitteln, damit der Ausschuss sich bei seiner Entscheidung über die Aufnahme in die Liste auf diese Informationen stützen kann und zusätzliche Angaben für die in Ziffer 36 beschriebene Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste erhält;

39. *bekräftigt*, dass das Sekretariat nach der Veröffentlichung, jedenfalls aber innerhalb von drei Arbeitstagen nach der Aufnahme eines Namens in die Al-Qaida-Sanktionsliste die Ständige Vertretung des Staates oder der Staaten, in dem/denen die Person oder die Einrichtung sich mutmaßlich befindet, sowie bei Personen den Staat, dessen Staatsangehöriger die Person ist (soweit dies bekannt ist), benachrichtigt, ersucht das Sekretariat, unmittelbar nach der Aufnahme eines Namens in die Al-Qaida-Sanktionsliste alle sachdienlichen, veröffentlichungsfähigen Informationen, einschließlich der Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste, auf der Website des Ausschusses zu veröffentlichen, ersucht den Generalsekretär, alle Listeneinträge und Zusammenfassungen der Gründe für die Aufnahme in die Liste zeitnah und genau in allen Amtssprachen der Vereinten Nationen bereitzustellen, und vermerkt die besonderen Umstände dieses Ersuchens, das dem Zweck dient, die Verfahren für die Übersetzung der Listen und der Zusammenfassungen der Gründe mit denen der anderen Sanktionsausschüsse des Sicherheitsrats zu harmonisieren;

40. *bekräftigt außerdem*, dass die Mitgliedstaaten gehalten sind, im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten alle durchführbaren Maßnahmen zu ergreifen, um die in die

Liste aufgenommene Person oder Einrichtung rasch von ihrer Aufnahme in die Liste zu benachrichtigen oder darüber zu informieren und der Benachrichtigung die Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste, eine Beschreibung der in den einschlägigen Resolutionen festgelegten Auswirkungen der Aufnahme in die Liste, die Verfahren des Ausschusses zur Prüfung von Streichungsanträgen, einschließlich der Möglichkeit der Einreichung eines solchen Antrags bei der Ombudsperson gemäß Ziffer 43 der Resolution 2083 (2012) und Anlage II dieser Resolution, und die Bestimmungen der Resolution 1452 (2002) betreffend zulässige Ausnahmen, einschließlich der Möglichkeit der Einreichung solcher Anträge über die Anlaufstelle gemäß den Ziffern 9 und 62 dieser Resolution, beizufügen;

#### **Prüfung von Streichungsanträgen – Ombudsperson/Mitgliedstaaten**

41. *beschließt*, das mit Resolution 1904 (2009) erteilte Mandat des Büros der Ombudsperson, das in den in Anlage II dieser Resolution festgelegten Verfahren zum Ausdruck kommt, um einen Zeitraum von dreißig Monaten ab dem Datum des Ablaufs des derzeitigen Mandats des Büros im Juni 2015 zu verlängern, bekräftigt, dass die Ombudsperson auch weiterhin auf unabhängige und unparteiliche Weise Anträge von Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, die eine Streichung von der Al-Qaida-Sanktionsliste anstreben, entgegennimmt und von keiner Regierung Weisungen einholt oder entgegennimmt, und bekräftigt, dass die Ombudsperson dem Ausschuss auch weiterhin Bemerkungen und eine Empfehlung zur Streichung derjenigen Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen vorlegt, die über das Büro die Streichung von der Al-Qaida-Sanktionsliste beantragt haben, und zwar entweder eine Empfehlung, den Namen auf der Liste weiterzuführen, oder eine Empfehlung an den Ausschuss, die Streichung von der Liste zu prüfen;

42. *erinnert* an seinen Beschluss, dass die den Staaten auferlegte Verpflichtung, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf diejenigen Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, für die die Ombudsperson in dem umfassenden Bericht der Ombudsperson über einen Streichungsantrag nach Anlage II dieser Resolution die Aufrechterhaltung der Listung empfiehlt, in Kraft bleibt;

43. *erinnert außerdem* an seinen Beschluss, dass die den Staaten auferlegte Verpflichtung, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf diejenigen Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, für die die Ombudsperson dem Ausschuss empfiehlt, die Streichung von der Liste zu erwägen, sechzig Tage nach dem Datum erlischt, an dem der Ausschuss die Prüfung des umfassenden Berichts der Ombudsperson nach Anlage II dieser Resolution, insbesondere Ziffer 7 h), abgeschlossen hat, es sei denn, der Ausschuss beschließt vor Ablauf dieses Zeitraums von sechzig Tagen im Konsens, dass die Verpflichtung in Bezug auf diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen in Kraft bleibt, mit der Maßgabe, dass der Vorsitzende in Fällen, in denen kein Konsens besteht, auf Antrag eines Ausschussmitglieds die Frage der Streichung dieser Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen von der Liste an den Sicherheitsrat zur Beschlussfassung innerhalb von sechzig Tagen überweist, und mit der weiteren Maßgabe, dass im Falle eines solchen Antrags die Verpflichtung der Staaten, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen während des genannten Zeitraums in Kraft bleibt, bis die Frage vom Rat entschieden wurde;

44. *beschließt*, dass der Ausschuss im Einzelfall den in Ziffer 43 genannten Zeitraum von 60 Tagen im Konsens verkürzen kann;

45. *erklärt erneut*, dass die in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen präventiven Charakter haben und von strafrechtlichen Normen des innerstaatlichen Rechts unabhängig sind;

46. *ersucht* den Generalsekretär, die Kapazität des Büros der Ombudsperson weiter zu stärken, indem er ihm die benötigten Ressourcen, gegebenenfalls auch für Übersetzungsdienste, zur Verfügung stellt, um sicherzustellen, dass es sein Mandat auch weiterhin unabhängig, wirksam und rasch durchführen kann;

47. *fordert* die Mitgliedstaaten *mit allem Nachdruck auf*, der Ombudsperson alle sachdienlichen Informationen vorzulegen, gegebenenfalls auch alle sachdienlichen vertraulichen Informationen, ermutigt die Mitgliedstaaten, sachdienliche Informationen zeitnah vorzulegen, begrüßt die von einzelnen Mitgliedstaaten mit dem Büro der Ombudsperson geschlossenen Vereinbarungen zur Erleichterung des Austauschs vertraulicher Informationen, ermutigt die Mitgliedstaaten zur weiteren Zusammenarbeit in dieser Hinsicht, namentlich indem sie mit dem Büro der Ombudsperson Vereinbarungen zum Austausch dieser Informatio-

nen schließen, und bestätigt, dass die Ombudsperson alle vom vorlegenden Mitgliedstaat für diese Informationen erteilten Vertraulichkeitsauflagen einhalten muss;

48. *ersucht* die Mitgliedstaaten sowie die maßgeblichen internationalen Organisationen und Organe, den Personen und Einrichtungen, die eine Anfechtung ihrer Führung auf der Liste erwägen oder diese bereits über nationale und regionale Gerichte anfechten, nahezulegen, die Streichung von der Al-Qaida-Sanktionsliste durch Einreichung eines Streichungsantrags beim Büro der Ombudsperson anzustreben;

49. *nimmt Kenntnis* von den internationalen Normen der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ und unter anderem von ihren bewährten Verfahren hinsichtlich zielgerichteter finanzieller Sanktionen, auf die in Ziffer 12 dieser Resolution Bezug genommen wird;

50. *erinnert* an seinen Beschluss, wonach für den Fall, dass ein vorschlagender Staat einen Streichungsantrag stellt, die Verpflichtung der Staaten, die in Ziffer 1 dieser Resolution beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen nach sechzig Tagen erlischt, es sei denn, der Ausschuss beschließt vor Ablauf dieses Zeitraums von sechzig Tagen im Konsens, dass die Maßnahmen in Bezug auf diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen in Kraft bleiben, mit der Maßgabe, dass der Vorsitzende in Fällen, in denen kein Konsens besteht, auf Antrag eines Ausschussmitglieds die Frage der Streichung dieser Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen von der Liste an den Sicherheitsrat zur Beschlussfassung innerhalb von sechzig Tagen überweist, und mit der weiteren Maßgabe, dass im Falle eines solchen Antrags die Verpflichtung der Staaten, die in Ziffer 1 dieser Resolution beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, für diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen während des genannten Zeitraums in Kraft bleibt, bis die Frage vom Sicherheitsrat entschieden wurde;

51. *beschließt*, dass der Ausschuss im Einzelfall den in Ziffer 50 genannten Zeitraum von 60 Tagen im Konsens verkürzen kann;

52. *erinnert* an seinen Beschluss, dass es zur Einreichung eines Streichungsantrags nach Ziffer 50, falls der betreffende Listeneintrag von mehreren Staaten vorgeschlagen wurde, eines Konsenses aller dieser Staaten bedarf, und erinnert ferner an seinen Beschluss, dass Staaten, die Anträge auf Aufnahme in die Liste miteinbringen, für die Zwecke der Ziffer 50 nicht als vorschlagende Staaten betrachtet werden;

53. *fordert* die vorschlagenden Staaten *mit allem Nachdruck auf*, der Ombudsperson zu gestatten, den auf der Liste verzeichneten Personen und Einrichtungen, die einen Streichungsantrag an die Ombudsperson gestellt haben, ihre Identität als vorschlagende Staaten bekanntzugeben;

54. *weist* den Ausschuss *an*, im Einklang mit seinen Richtlinien auch weiterhin Anträge von Mitgliedstaaten auf die Streichung von Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, in Bezug auf die geltend gemacht wird, dass sie die in den einschlägigen Resolutionen festgelegten und in Ziffer 2 dieser Resolution genannten Kriterien nicht mehr erfüllen, von der Al-Qaida-Sanktionsliste zu prüfen, und fordert die Mitgliedstaaten mit allem Nachdruck auf, die von ihnen eingereichten Streichungsanträge zu begründen;

55. *legt* den Staaten *nahe*, für Personen, deren Tod offiziell bestätigt wurde, insbesondere wenn keine Vermögenswerte ermittelt werden, und für Einrichtungen, die Meldungen oder Bestätigungen zufolge nicht mehr bestehen, Streichungsanträge zu stellen, gleichzeitig jedoch alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Vermögenswerte, die diesen Personen oder Einrichtungen gehörten, nicht an andere auf der Al-Qaida-Sanktionsliste oder einer anderen Sanktionsliste des Sicherheitsrats stehende Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen übertragen oder verteilt wurden oder werden;

56. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, wenn sie die eingefrorenen Vermögenswerte einer verstorbenen Person oder einer Meldungen oder Bestätigungen zufolge nicht mehr bestehenden Einrichtung infolge ihrer Streichung von der Liste freigeben, an die in Resolution 1373 (2001) festgelegten Verpflichtungen zu denken und insbesondere zu verhindern, dass freigegebene Vermögenswerte für terroristische Zwecke verwendet werden;

57. *bekräftigt*, dass Mitgliedstaaten vor der Freigabe von Vermögenswerten, die infolge der Aufnahme Osama bin Ladens in die Liste eingefroren wurden, beim Ausschuss einen Freigabeantrag stellen

und ihm zusichern, dass die Vermögenswerte weder unmittelbar noch mittelbar an auf der Liste stehende Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen übertragen noch anderweitig für terroristische Zwecke im Sinne der Resolution 1373 (2001) des Sicherheitsrats verwendet werden, und beschließt ferner, dass diese Vermögenswerte nur freigegeben werden können, wenn kein Ausschussmitglied innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Antrags einen Einwand erhebt, und unterstreicht, dass diese Bestimmung Ausnahmecharakter hat und nicht als Präzedenzfall anzusehen ist;

58. *fordert* den Ausschuss *auf*, bei der Prüfung von Streichungsanträgen die Auffassungen des vorschlagenden Staates/der vorschlagenden Staaten, des Staates/der Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, des Aufenthalts- beziehungsweise Standorts oder der Gründung und anderer vom Ausschuss für relevant befundener Staaten gebührend zu berücksichtigen, weist die Ausschussmitglieder an, ihre Einwände gegen Streichungsanträge zum Zeitpunkt der Ablehnung zu begründen, und fordert den Ausschuss auf, die Gründe den betreffenden Mitgliedstaaten sowie den nationalen und regionalen Gerichten und Stellen, soweit zutreffend, auf Antrag mitzuteilen;

59. *legt* allen Mitgliedstaaten, namentlich den vorschlagenden Staaten und den Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, des Aufenthalts- beziehungsweise Standorts oder der Gründung, *nahe*, dem Ausschuss alle für seine Prüfung von Streichungsanträgen sachdienlichen Informationen vorzulegen und mit dem Ausschuss auf dessen Ersuchen zusammenzutreffen, um ihre Auffassungen zu Streichungsanträgen darzulegen, und legt ferner dem Ausschuss *nahe*, gegebenenfalls mit Vertretern nationaler oder regionaler Organisationen und Stellen, die über sachdienliche Informationen zu Streichungsanträgen verfügen, zusammenzutreffen;

60. *bestätigt*, dass das Sekretariat innerhalb von drei Tagen nach der Streichung eines Namens von der Al-Qaida-Sanktionsliste die Ständige Vertretung des Staates oder der Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, des Aufenthalts- beziehungsweise Standorts oder der Gründung (soweit dies bekannt ist) benachrichtigt, und beschließt, dass die Staaten, die eine solche Benachrichtigung erhalten, im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten Maßnahmen ergreifen, um die betreffenden Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen rasch von der Streichung von der Liste zu benachrichtigen oder darüber zu informieren;

61. *bekräftigt*, dass die Ombudsperson in Fällen, in denen sie nicht in der Lage ist, einen Antragsteller im Staat seiner Ansässigkeit zu befragen, den Ausschuss mit Zustimmung des Antragstellers ersuchen kann, die Gewährung von Ausnahmen von dem Einfrieren von Vermögenswerten und dem Reiseverbot nach Ziffer 1 *a*) beziehungsweise *b*) dieser Resolution zu erwägen und dem Antragsteller auf dessen eigene Kosten die Reise in einen anderen Staat zu gestatten, die allein dem Zweck der Befragung durch die Ombudsperson dient und höchstens so lange dauern darf, wie es für die Teilnahme an der Befragung erforderlich ist, mit der Maßgabe, dass kein Durchreise- oder Zielstaat einen Einwand gegen diese Reise erhebt, und weist den Ausschuss ferner an, die Ombudsperson von seinem Beschluss zu benachrichtigen;

#### **Ausnahmen/Anlaufstelle**

62. *beschließt*, dass die mit Resolution 1730 (2006) eingerichtete Anlaufstelle befugt ist:

*a*) von auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen gestellte Anträge auf Gewährung von in Resolution 1452 (2002) definierten Ausnahmen von den in Ziffer 1 *a*) dieser Resolution beschriebenen Maßnahmen entgegenzunehmen, mit der Maßgabe, dass der Antrag zuerst dem Staat der Ansässigkeit zur Prüfung vorgelegt wurde, beschließt ferner, dass die Anlaufstelle diese Anträge dem Ausschuss zur Beschlussfassung übermittelt, weist den Ausschuss an, diese Anträge zu prüfen, auch in Abstimmung mit dem Staat der Ansässigkeit und allen anderen relevanten Staaten, und weist den Ausschuss ferner an, diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen über die Anlaufstelle von seinem Beschluss zu benachrichtigen;

*b*) von auf der Liste stehenden Personen gestellte Anträge auf Gewährung von Ausnahmen von den in Ziffer 1 *b*) dieser Resolution beschriebenen Maßnahmen entgegenzunehmen und sie dem Ausschuss zu übermitteln, damit dieser jeweils im Einzelfall entscheidet, ob die Ein- oder Durchreise gerechtfertigt ist, weist den Ausschuss an, diese Anträge in Abstimmung mit den Durchreise- und Zielstaaten und allen anderen relevanten Staaten zu prüfen, beschließt ferner, dass der Ausschuss Ausnahmen von den in Ziffer 1 *b*)

beschriebenen Maßnahmen nur mit Zustimmung der Durchreise- und Zielstaaten gewährt, und weist den Ausschuss ferner an, diese Personen über die Anlaufstelle von seinem Beschluss zu benachrichtigen;

63. *beschließt außerdem*, dass die Anlaufstelle befugt ist, Mitteilungen von folgenden Personen entgegenzunehmen und dem Ausschuss zur Prüfung zu übermitteln:

- a) Personen, die von der Al-Qaida-Sanktionsliste gestrichen wurden;
- b) Personen, die behaupten, dass sie aufgrund falscher oder irrtümlicher Identifizierung oder einer Verwechslung mit auf der Al-Qaida-Sanktionsliste stehenden Personen den in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen unterworfen wurden;

64. *weist den Ausschuss an*, mit Unterstützung des Überwachungsteams und in Abstimmung mit den betreffenden Staaten innerhalb von 60 Tagen über die Anlaufstelle auf die in Ziffer 63 b) genannten Mitteilungen entsprechend zu antworten;

### **Überprüfung und Führung der Al-Qaida-Sanktionsliste**

65. *ermutigt* alle Mitgliedstaaten, insbesondere die vorschlagenden Staaten und die Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, des Aufenthalts- beziehungsweise Standorts oder der Gründung, dem Ausschuss zusätzliche Identifizierungs- und sonstige Angaben, darunter nach Möglichkeit und im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften Fotografien und andere biometrische Personendaten, samt dazugehörigen Unterlagen, über die auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen vorzulegen, einschließlich aktueller Angaben über den Tätigkeitsstatus der auf der Liste stehenden Einrichtungen, Gruppen und Unternehmen, über die Bewegungen, die Inhaftierung oder den Tod von auf der Liste stehenden Personen und über sonstige wichtige Ereignisse, sobald solche Informationen verfügbar werden;

66. *ersucht* das Überwachungsteam, dem Ausschuss alle 12 Monate eine in Abstimmung mit den jeweiligen vorschlagenden Staaten und den Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, des Aufenthalts- beziehungsweise Standorts oder der Gründung, sofern bekannt, zusammengestellte Liste der folgenden Personen und Einrichtungen zuzuleiten:

- a) Personen und Einrichtungen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste, deren Einträge nicht die erforderlichen Identifizierungsangaben enthalten, um die wirksame Durchführung der gegen sie verhängten Maßnahmen zu gewährleisten;
- b) Personen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste, die als verstorben gemeldet wurden, zusammen mit einer Bewertung der entsprechenden Informationen, wie der Todesbescheinigung, und soweit möglich dem Status und dem Ort der eingefrorenen Vermögenswerte und den Namen von Personen oder Einrichtungen, die freigegebene Vermögenswerte erhalten könnten;
- c) Einrichtungen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste, die Meldungen oder Bestätigungen zufolge nicht mehr bestehen, zusammen mit einer Bewertung aller entsprechenden Informationen;
- d) alle anderen Namen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste, die seit drei oder mehr Jahren nicht überprüft wurden („dreijährliche Überprüfung“);

67. *weist den Ausschuss an*, zu überprüfen, ob diese Listeneinträge nach wie vor angemessen sind, und weist den Ausschuss ferner an, Listeneinträge zu streichen, wenn er entscheidet, dass sie nicht mehr angemessen sind;

### **Koordinierung und Kontaktarbeit**

68. *weist den Ausschuss an*, auch weiterhin mit den anderen zuständigen Sanktionsausschüssen des Sicherheitsrats, insbesondere dem Ausschuss nach Resolution 1988 (2011), zusammenzuarbeiten;

69. *erklärt erneut*, dass die laufende Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss, dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Bekämpfung des Terrorismus (Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus) und dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004) sowie ihren jeweiligen Sachverständigengruppen verbessert werden muss, namentlich und je nach Bedarf durch

verstärkten Informationsaustausch, die Koordinierung der Besuche von Ländern, die unter ihr jeweiliges Mandat fallen, der Erleichterung und Überwachung der technischen Hilfe, der Beziehungen zu internationalen und regionalen Organisationen und Stellen sowie in sonstigen für alle drei Ausschüsse maßgeblichen Fragen, bekundet seine Absicht, den Ausschüssen auf den Gebieten von gemeinsamem Interesse Anleitung zu geben, damit ihre Maßnahmen besser koordiniert werden und ihre Zusammenarbeit erleichtert wird, und ersucht den Generalsekretär, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Sachverständigengruppen so bald wie möglich an einem gemeinsamen Standort untergebracht werden können;

70. *ermutigt* das Überwachungsteam und das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, ihre gemeinsamen Tätigkeiten in Zusammenarbeit mit den Sachverständigen des Exekutivdirektoriums des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004) fortzusetzen und den Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach den einschlägigen Resolutionen behilflich zu sein, unter anderem auch durch die Veranstaltung regionaler und subregionaler Arbeitstagungen;

71. *ersucht* den Ausschuss, gegebenenfalls Besuche ausgewählter Länder durch den Vorsitzenden und/oder Mitglieder des Ausschusses zu erwägen, um die vollständige und wirksame Umsetzung der in Ziffer 1 genannten Maßnahmen zu fördern, mit dem Ziel, die Staaten zur vollständigen Befolgung dieser Resolution und der Resolutionen 1267 (1999), 1333 (2000), 1390 (2002), 1455 (2003), 1526 (2004), 1617 (2005), 1735 (2006), 1822 (2008), 1904 (2009), 1989 (2011), 2082 (2012), 2083 (2012) und 2133 (2014) zu ermutigen;

72. *ersucht* den Ausschuss *außerdem*, über seinen Vorsitzenden dem Rat mindestens einmal jährlich über den Stand der allgemeinen Arbeit des Ausschusses und des Überwachungsteams mündlich Bericht zu erstatten, gegebenenfalls in Verbindung mit den Berichten der Vorsitzenden des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004), bekundet seine Absicht, mindestens einmal jährlich informelle Konsultationen über die Arbeit des Ausschusses auf der Grundlage der Berichte des Ausschussvorsitzenden an den Rat zu führen, und ersucht ferner den Vorsitzenden, regelmäßige Unterrichtungen für alle interessierten Mitgliedstaaten abzuhalten;

### **Überwachungsteam**

73. *beschließt*, zur Unterstützung des Ausschusses bei der Erfüllung seines Mandats sowie zur Unterstützung der Ombudsperson das Mandat des derzeitigen, nach Ziffer 7 der Resolution 1526 (2004) eingesetzten Überwachungsteams mit Sitz in New York und seiner Mitglieder unter der Leitung des Ausschusses und mit den in Anlage I beschriebenen Aufgaben um einen weiteren Zeitraum von dreißig Monaten ab dem Datum des Ablaufs seines derzeitigen Mandats im Juni 2015 zu verlängern, ersucht den Generalsekretär, die dafür notwendigen Vorkehrungen zu treffen, und hebt hervor, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass das Überwachungsteam die erforderliche administrative Unterstützung erhält, um sein Mandat unter der Leitung des Ausschusses, eines Nebenorgans des Sicherheitsrats, wirksam, sicher und rasch zu erfüllen, insbesondere auch im Hinblick auf die Sorgfaltspflicht in risikoreichen Umgebungen;

74. *weist* das Überwachungsteam *an*, Fälle von Nichteinhaltung der in dieser Resolution verhängten Maßnahmen und dabei auftretende Muster zu ermitteln, Informationen darüber zu sammeln und den Ausschuss darüber unterrichtet zu halten sowie den Mitgliedstaaten auf Antrag Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten bereitzustellen, ersucht das Überwachungsteam, mit dem Staat/den Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, des Aufenthalts- beziehungsweise Standorts oder der Gründung, den vorschlagenden Staaten, anderen relevanten Staaten und den relevanten Missionen der Vereinten Nationen eng zusammenzuarbeiten, und weist das Überwachungsteam ferner an, dem Ausschuss Maßnahmen zur Reaktion auf Fälle von Nichteinhaltung zu empfehlen;

75. *weist* den Ausschuss *an*, mit Unterstützung seines Überwachungsteams und gegebenenfalls in Abstimmung mit dem Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus und seinem Exekutivdirektorium, dem Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung und der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ Sondersitzungen zu wichtigen thematischen oder regionalen Fragen und den Kapazitätsproblemen der Mitgliedstaaten abzuhalten, um Bereiche der Bereitstellung technischer Hilfe zu ermitteln und zu priorisieren und die Mitgliedstaaten so zu einer wirksameren Umsetzung zu befähigen;



## Überprüfungen

76. *beschließt*, die in Ziffer 1 beschriebenen Maßnahmen in 18 Monaten oder bei Bedarf auch früher im Hinblick auf ihre mögliche weitere Stärkung zu überprüfen;

77. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7198. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

## Anlage I

Im Einklang mit Ziffer 73 dieser Resolution ist das Überwachungsteam unter der Leitung des Ausschusses tätig und hat die folgenden Mandate und Aufgaben:

a) dem Ausschuss zwei umfassende, unabhängige schriftliche Berichte über die Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten vorzulegen, den ersten bis zum 30. September 2014 und den zweiten bis zum 31. März 2015, und in diese Berichte konkrete Empfehlungen für die bessere Umsetzung der Maßnahmen sowie für mögliche neue Maßnahmen aufzunehmen;

b) der Ombudsperson bei der Durchführung ihres in Anlage II dieser Resolution festgelegten Mandats behilflich zu sein, namentlich indem es aktuelle Informationen über die Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen bereitstellt, die ihre Streichung von der Al-Qaida-Sanktionsliste anstreben;

c) dem Ausschuss bei der regelmäßigen Überprüfung der Namen auf der Al-Qaida-Sanktionsliste behilflich zu sein, namentlich durch die Durchführung von Reisen im Namen des Ausschusses als eines Nebenorgans des Sicherheitsrats und durch Kontakte mit den Mitgliedstaaten zur Aufbereitung der Unterlagen des Ausschusses über die Tatsachen und Umstände im Zusammenhang mit einem Listeneintrag;

d) dem Ausschuss dabei behilflich zu sein, an Mitgliedstaaten gerichtete Informationsersuchen weiterzuverfolgen, unter anderem auch in Bezug auf die Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen;

e) dem Ausschuss ein umfassendes Arbeitsprogramm zur Überprüfung und gegebenenfalls Genehmigung vorzulegen, in dem das Überwachungsteam die von ihm vorgesehenen Tätigkeiten zur Erfüllung seiner Aufgaben im Detail aufführt, einschließlich geplanter Reisen, in enger Abstimmung mit dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und der Sachverständigengruppe des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004), um Doppelarbeit zu vermeiden und Synergien stärker zu nutzen;

f) mit dem Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und der Sachverständigengruppe des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004) eng zusammenzuarbeiten und Informationen mit ihnen auszutauschen, um Konvergenzbereiche und Überschneidungen zu ermitteln und die konkrete Koordinierung zwischen den drei Ausschüssen, einschließlich in der Berichterstattung, erleichtern zu helfen;

g) an allen einschlägigen Aktivitäten im Rahmen der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus<sup>273</sup> aktiv mitzuwirken und diese zu unterstützen, einschließlich im Rahmen des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung, der eingerichtet wurde, um die Gesamtkoordinierung und -kohärenz der Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus, insbesondere über seine entsprechenden Arbeitsgruppen, zu gewährleisten;

h) im Namen des Ausschusses Informationen zu Fällen gemeldeter Nichteinhaltung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen zu sammeln, indem es unter anderem die aus allen relevanten Quellen, einschließlich der Mitgliedstaaten, eingeholten Informationen zusammenstellt, mit den entsprechenden Parteien Kontakt aufnimmt und Fallstudien durchführt, sowohl auf eigene Initiative als auch auf

---

<sup>273</sup> Resolution 60/288 der Generalversammlung.

Ersuchen des Ausschusses, und dem Ausschuss Fälle der Nichteinhaltung und Handlungsempfehlungen zur Reaktion auf solche Fälle der Nichteinhaltung vorzulegen, damit dieser sie prüft;

*i)* dem Ausschuss Empfehlungen vorzulegen, welche die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der in Ziffer 1 dieser Resolution genannten Maßnahmen und bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für weitere Aufnahmen in die Al-Qaida-Sanktionsliste heranziehen könnten;

*j)* dem Ausschuss bei der Prüfung der Vorschläge zur Aufnahme in die Liste behilflich zu sein, namentlich indem es Informationen, die für den Aufnahmevorschlag von Belang sind, zusammenstellt und an den Ausschuss übermittelt und einen Entwurf der in Ziffer 36 dieser Resolution genannten Zusammenfassung der Gründe erarbeitet;

*k)* nach Bedarf den Ausschuss oder die relevanten Mitgliedstaaten zu konsultieren, wenn es feststellt, dass bestimmte Personen oder Einrichtungen zusätzlich in die Al-Qaida-Sanktionsliste aufgenommen oder von der Liste gestrichen werden sollten;

*l)* den Ausschuss auf neue oder beachtenswerte Umstände aufmerksam zu machen, die eine Streichung von der Liste rechtfertigen können, wie etwa veröffentlichte Informationen über eine Person, die verstorben ist;

*m)* vor Reisen in bestimmte Mitgliedstaaten auf der Grundlage seines vom Ausschuss genehmigten Arbeitsprogramms die Mitgliedstaaten zu konsultieren;

*n)* gegebenenfalls in Abstimmung und Zusammenarbeit mit der nationalen Anlaufstelle zur Bekämpfung des Terrorismus oder einem ähnlichen Koordinierungsorgan in dem besuchten Staat vorzugehen;

*o)* bei der Bereitstellung von Informationen über die von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen in der Frage der von Al-Qaida und den anderen mit ihr verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen begangenen Entführungen und Geiselnahmen gegen Lösegeld und über die maßgeblichen Trends und Entwicklungen auf diesem Gebiet eng mit den für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Organen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

*p)* die Mitgliedstaaten zu ermutigen, Namen und zusätzliche Identifizierungsangaben für die Aufnahme in die Al-Qaida-Sanktionsliste vorzulegen, gemäß den Anweisungen des Ausschusses;

*q)* dem Ausschuss zusätzliche Identifizierungs- und sonstige Angaben vorzulegen, um ihm bei seinen Anstrengungen, die Al-Qaida-Sanktionsliste so aktuell und genau wie möglich zu halten, behilflich zu sein;

*r)* die Mitgliedstaaten zu ermutigen, dem Überwachungsteam gegebenenfalls Informationen bereitzustellen, die für die Erfüllung seines Mandats von Belang sind;

*s)* den sich wandelnden Charakter der von Al-Qaida ausgehenden Bedrohung und die besten Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung zu untersuchen, unter anderem auch durch Einleitung eines Dialogs mit maßgeblichen akademischen Experten und Einrichtungen und sonstigen Sachverständigen im Rahmen einer jährlichen Arbeitstagung und/oder durch andere geeignete Mittel, im Rahmen der vorhandenen Ressourcen und im Benehmen mit dem Ausschuss, und dem Ausschuss darüber Bericht zu erstatten;

*t)* Informationen über die Umsetzung der Maßnahmen, einschließlich der Maßnahme in Ziffer 1 *a)* dieser Resolution in Bezug auf die Verhütung des verbrecherischen Missbrauchs des Internets durch Al-Qaida sowie die anderen mit ihr verbundenen Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen, zusammenzustellen, auszuwerten, zu überwachen, darüber Bericht zu erstatten und Empfehlungen abzugeben, gegebenenfalls Fallstudien durchzuführen und alle anderen einschlägigen Fragen entsprechend den Anweisungen des Ausschusses eingehend zu untersuchen;

*u)* die Mitgliedstaaten und andere einschlägige Organisationen zu konsultieren, namentlich im Rahmen eines regelmäßigen Dialogs mit Vertretern in New York und in den Hauptstädten, unter Berücksichtigung ihrer Stellungnahmen, insbesondere in Bezug auf Fragen, die in den unter Buchstabe *a)* dieser Anlage genannten Berichten des Überwachungsteams behandelt werden könnten, wie etwa die Defizite und Probleme bei der Umsetzung der Maßnahmen in dieser Resolution durch die Staaten;

v) vertrauliche Konsultationen mit den Nachrichten- und Sicherheitsdiensten der Mitgliedstaaten zu führen, namentlich auch im Rahmen regionaler Foren, um den Informationsaustausch zu erleichtern und die Umsetzung der Maßnahmen zu stärken;

w) Konsultationen mit den in Betracht kommenden Vertretern des Privatsektors, einschließlich Finanzinstituten und der maßgeblichen Nichtfinanzunternehmen und -berufe, zu führen, um Erkenntnisse über die praktische Umsetzung der Einfrierung der Vermögenswerte zu gewinnen und Empfehlungen zur Stärkung der Umsetzung dieser Maßnahme zu erarbeiten;

x) gegebenenfalls in Abstimmung mit nationalen Behörden Konsultationen mit den in Betracht kommenden Vertretern des Privatsektors zu führen, um das Reiseverbot und das Waffenembargo besser bekanntzumachen und ihre Einhaltung zu verbessern;

y) Konsultationen mit den in Betracht kommenden Vertretern internationaler Organisationen, einschließlich des Internationalen Luftverkehrsverbands, der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und der Weltzollorganisation, zu führen, um das Reiseverbot und das Waffenembargo besser bekanntzumachen und ihre Einhaltung zu verbessern;

z) mit den zuständigen internationalen und regionalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um die Maßnahmen besser bekanntzumachen und ihre Einhaltung zu fördern;

aa) dem Ausschuss dabei behilflich zu sein, den Mitgliedstaaten auf Antrag Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten zur besseren Umsetzung der Maßnahmen bereitzustellen;

bb) mit der INTERPOL und den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um Fotografien der auf der Liste stehenden Personen und, im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften, biometrische Informationen über diese Personen für die mögliche Aufnahme in die Besonderen Ausschreibungen der INTERPOL und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu beschaffen und mit der INTERPOL zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass für alle auf der Liste stehenden Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen Besondere Ausschreibungen vorliegen;

cc) anderen Nebenorganen des Sicherheitsrats und deren Sachverständigengruppen auf Ersuchen dabei behilflich zu sein, ihre Zusammenarbeit mit der INTERPOL zu verstärken, wie in Resolution 1699 (2006) vorgesehen, und in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat das Format aller Sanktionslisten der Vereinten Nationen zu vereinheitlichen, um nationalen Behörden deren Verwendung zu erleichtern;

dd) dem Ausschuss regelmäßig oder auf dessen Ersuchen im Rahmen mündlicher und/oder schriftlicher Unterrichtungen über die Arbeit des Überwachungsteams, einschließlich seiner Besuche von Mitgliedstaaten und seiner Tätigkeiten, Bericht zu erstatten;

ee) dem Ausschuss nach Bedarf regelmäßig über die Verbindungen zwischen Al-Qaida und den Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen Bericht zu erstatten, die für eine Aufnahme in die Liste nach Ziffer 1 der Resolution 2082 (2012) oder aller sonstigen anwendbaren Sanktionsresolutionen in Betracht kommen;

ff) alle sonstigen vom Ausschuss festgelegten Aufgaben wahrzunehmen.

## **Anlage II**

Im Einklang mit Ziffer 41 dieser Resolution ist das Büro der Ombudsperson ermächtigt, nach Erhalt eines Antrags auf Streichung von der Liste, der von einer Person, einer Gruppe, einem Unternehmen oder einer Einrichtung auf der Al-Qaida-Sanktionsliste oder in deren Namen oder von deren Rechtsvertreter oder Rechtsnachfolger („Antragsteller“) vorgelegt wird, die nachstehenden Aufgaben wahrzunehmen.

Der Sicherheitsrat erinnert daran, dass es Mitgliedstaaten nicht gestattet ist, Streichungsanträge im Namen einer Person, einer Gruppe, eines Unternehmens oder einer Einrichtung an das Büro der Ombudsperson zu richten.

*Sammlung von Informationen (vier Monate)*

1. Sobald bei der Ombudsperson ein Antrag auf Streichung von der Liste eingeht,
    - a) bestätigt sie dem Antragsteller den Erhalt des Streichungsantrags;
    - b) unterrichtet sie den Antragsteller über das allgemeine Verfahren für die Bearbeitung von Streichungsanträgen;
    - c) beantwortet sie konkrete Fragen des Antragstellers über die Verfahren des Ausschusses;
    - d) unterrichtet sie den Antragsteller, falls der Antrag nicht angemessen auf die ursprünglichen, in Ziffer 2 dieser Resolution festgelegten Kriterien für die Aufnahme in die Liste eingeht, und verweist den Antrag an den Antragsteller zurück, damit dieser ihn nochmals prüft; und
    - e) prüft sie, ob es sich um einen neuen oder einen wiederholten Antrag handelt, und verweist den Antrag, wenn es sich um einen wiederholten Antrag an die Ombudsperson handelt und er keine zusätzlichen sachdienlichen Informationen enthält, mit einer entsprechenden Erläuterung an den Antragsteller zurück, damit dieser ihn nochmals prüft.
  2. Die Ombudsperson leitet Streichungsanträge, die nicht an den Antragsteller zurückverwiesen werden, umgehend an die Mitglieder des Ausschusses, den vorschlagenden Staat/die vorschlagenden Staaten, den Staat/die Staaten der Ansässigkeit, der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit oder der Gründung, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und alle anderen Staaten weiter, bei denen es die Ombudsperson für zweckmäßig hält. Die Ombudsperson bittet diese Staaten oder zuständigen Organe der Vereinten Nationen, innerhalb von vier Monaten alle sachdienlichen Zusatzinformationen vorzulegen, die für den Streichungsantrag von Belang sind. Die Ombudsperson kann mit diesen Staaten in Dialog treten, um Folgendes zu ermitteln:
    - a) die Meinungen dieser Staaten dazu, ob dem Streichungsantrag stattgegeben werden soll; und
    - b) Informationen, Fragen oder Bitten um Klarstellung, die diese Staaten dem Antragsteller in Bezug auf den Streichungsantrag zu übermitteln wünschen, einschließlich vom Antragsteller beizubringender Informationen oder gegebenenfalls zu ergreifender Maßnahmen zur Klarstellung des Streichungsantrags.
  3. Erhebt keiner der von der Ombudsperson konsultierten vorschlagenden Staaten Einwände gegen die Streichung des Antragstellers von der Liste, kann die Ombudsperson gegebenenfalls die Phase der Informationssammlung verkürzen.
  4. Die Ombudsperson leitet den Streichungsantrag außerdem umgehend an das Überwachungsteam weiter, das der Ombudsperson innerhalb von vier Monaten Folgendes vorlegt:
    - a) alle dem Überwachungsteam zur Verfügung stehenden Informationen, die für den Streichungsantrag von Belang sind, einschließlich Gerichtsentscheidungen und -verfahren, Medienberichten und Informationen, die die Staaten oder die zuständigen internationalen Organisationen dem Ausschuss oder dem Überwachungsteam zuvor zugeleitet haben;
    - b) auf Tatsachen gestützte Bewertungen der vom Antragsteller vorgelegten Informationen, die für den Streichungsantrag von Belang sind; und
    - c) Fragen oder Bitten um Klarstellung in Bezug auf den Streichungsantrag, die dem Antragsteller auf Wunsch des Überwachungsteams übermittelt werden sollen.
  5. Am Ende dieses Viermonatszeitraums der Informationssammlung legt die Ombudsperson dem Ausschuss einen schriftlichen Bericht über die bis dahin erzielten Fortschritte vor, einschließlich Einzelheiten darüber, welche Staaten Informationen geliefert haben und ob größere Probleme aufgetreten sind. Die Ombudsperson kann diesen Zeitraum einmal um bis zu zwei Monate verlängern, wenn sie zu der Einschätzung gelangt, dass mehr Zeit für das Sammeln der Informationen benötigt wird, wobei sie Ersuchen der Mitgliedstaaten um zusätzliche Zeit zur Beschaffung von Informationen gebührend berücksichtigt.
- Dialog (zwei Monate)*
6. Nach Abschluss der Phase der Informationssammlung moderiert die Ombudsperson einen zwei Monate währenden Austausch, der auch den Dialog mit dem Antragsteller einschließen kann. Unter gebührender

Berücksichtigung der Ersuchen um zusätzliche Zeit kann die Ombudsperson diesen Zweimonatszeitraum einmal um bis zu zwei Monate verlängern, wenn sie zu der Einschätzung gelangt, dass mehr Zeit für den Austausch und für die Ausarbeitung des in Ziffer 8 beschriebenen umfassenden Berichts benötigt wird. Die Ombudsperson kann diesen Zeitraum verkürzen, wenn nach ihrer Einschätzung weniger Zeit erforderlich ist.

7. Während dieser Phase des Austauschs

*a)* kann die Ombudsperson dem Antragsteller mündlich oder schriftlich Fragen vorlegen oder zusätzliche Informationen oder Klarstellungen anfordern, die dem Ausschuss bei der Prüfung des Antrags helfen können, einschließlich Fragen oder Informationsersuchen, die seitens der entsprechenden Staaten, des Ausschusses und des Überwachungsteams eingegangen sind;

*b)* soll die Ombudsperson von dem Antragsteller eine unterzeichnete Erklärung verlangen, in der dieser erklärt, dass er keine Verbindung mit Al-Qaida oder einer ihrer Zellen, Unterorganisationen, Splittergruppen oder Ableger unterhält, und sich verpflichtet, auch in Zukunft keine Verbindung mit Al-Qaida einzugehen;

*c)* soll die Ombudsperson nach Möglichkeit mit dem Antragsteller zusammentreffen;

*d)* leitet die Ombudsperson die Antworten des Antragstellers an die entsprechenden Staaten, den Ausschuss und das Überwachungsteam weiter und richtet bei unvollständigen Antworten Nachfragen an den Antragsteller;

*e)* stimmt sich die Ombudsperson mit den Staaten, dem Ausschuss und dem Überwachungsteam hinsichtlich weiterer Anfragen des Antragstellers oder Antworten an diesen ab;

*f)* während der Phase der Sammlung von Informationen oder des Dialogs kann die Ombudsperson von einem Staat vorgelegte Informationen, einschließlich seines Standpunkts in Bezug auf den Streichungsantrag, an die entsprechenden Staaten weitergeben, wenn der Staat, der die Informationen vorgelegt hat, zustimmt;

*g)* während der Phase der Sammlung von Informationen und des Dialogs sowie bei der Erstellung des Berichts legt die Ombudsperson Informationen, die ein Staat auf Vertraulichkeitsbasis übermittelt hat, nur dann offen, wenn dieser Staat schriftlich seine ausdrückliche Zustimmung erteilt hat; und

*h)* während der Phase des Dialogs zieht die Ombudsperson die Auffassungen der vorschlagenden Staaten sowie anderer Mitgliedstaaten, die sachdienliche Informationen vorlegen, insbesondere derjenigen Mitgliedstaaten, die von den Handlungen oder Verbindungen, die zu dem ursprünglichen Aufnahmevorschlag führten, am meisten betroffen sind, ernsthaft in Erwägung.

8. Nach Abschluss der beschriebenen Phase des Austauschs erarbeitet die Ombudsperson, gegebenenfalls mit Hilfe des Überwachungsteams, einen umfassenden Bericht, den sie dem Ausschuss zuleitet; dieser Bericht enthält ausschließlich

*a)* eine Zusammenfassung aller der Ombudsperson zur Verfügung stehenden Informationen, die für den Streichungsantrag von Belang sind, gegebenenfalls unter Nennung der Quellen. In dem Bericht wird die Vertraulichkeit einzelner Teile der Kommunikationen zwischen den Mitgliedstaaten und der Ombudsperson gewahrt;

*b)* eine Beschreibung der Tätigkeiten der Ombudsperson in Bezug auf den Streichungsantrag, einschließlich des Dialogs mit dem Antragsteller; und

*c)* auf der Grundlage einer Analyse aller der Ombudsperson zur Verfügung stehenden Informationen und der Empfehlung der Ombudsperson eine Darlegung der wichtigsten Argumente in Bezug auf den Streichungsantrag für den Ausschuss. In der Empfehlung soll die Ombudsperson ihre Auffassungen betreffend die Führung auf der Liste zum Zeitpunkt der Prüfung des Streichungsantrags darlegen.

*Aussprache im Ausschuss*

9. Nachdem der Ausschuss 15 Tage Zeit zur Prüfung des umfassenden Berichts in allen Amtssprachen der Vereinten Nationen zur Verfügung hatte, setzt der Vorsitzende des Ausschusses den Streichungsantrag zur Prüfung auf die Tagesordnung des Ausschusses.

10. Bei der Prüfung des Streichungsantrags durch den Ausschuss stellt die Ombudsperson den umfassenden Bericht persönlich vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zu dem Antrag.

11. Der Ausschuss schließt die Prüfung des umfassenden Berichts spätestens dreißig Tage nach dem Datum seiner Vorlage an ihn ab.

12. Nach Abschluss der Prüfung des umfassenden Berichts durch den Ausschuss darf die Ombudsperson allen in Betracht kommenden Staaten die Empfehlung mitteilen.

13. Auf Antrag eines vorschlagenden Staates oder eines Staates der Staatsangehörigkeit beziehungsweise -zugehörigkeit, der Ansässigkeit oder der Gründung und mit Zustimmung des Ausschusses kann die Ombudsperson diesen Staaten eine Kopie des umfassenden Berichts, gegebenenfalls mit den vom Ausschuss für notwendig erachteten Schwärzungen, sowie eine Mitteilung zuleiten, die bestätigt, dass

a) alle Entscheidungen über die Bekanntgabe von Informationen aus den umfassenden Berichten der Ombudsperson, einschließlich des Umfangs der Informationen, vom Ausschuss nach seinem Ermessen und von Fall zu Fall getroffen werden;

b) der umfassende Bericht die Grundlage für die Empfehlung der Ombudsperson darstellt und keinem einzelnen Mitglied des Ausschusses zuzuschreiben ist; und

c) der umfassende Bericht und alle darin enthaltenen Informationen streng vertraulich zu behandeln sind und ohne Zustimmung des Ausschusses nicht an den Antragsteller oder einen anderen Mitgliedstaat weitergeleitet werden dürfen.

14. Empfiehlt die Ombudsperson die Aufrechterhaltung der Leistung, bleibt die Verpflichtung der Staaten, die in Ziffer 1 dieser Resolution beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf die betreffenden Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen in Kraft, es sei denn, ein Ausschussmitglied stellt einen Antrag auf Streichung von der Liste, den der Ausschuss nach seinen normalen Konsensverfahren prüft.

15. Empfiehlt die Ombudsperson dem Ausschuss, die Streichung von der Liste zu prüfen, so erlischt die Verpflichtung der Staaten, die in Ziffer 1 dieser Resolution beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf die betreffenden Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen sechzig Tage nach dem Datum, an dem der Ausschuss die Prüfung des umfassenden Berichts der Ombudsperson im Einklang mit dieser Anlage, insbesondere Ziffer 7 h), abschließt, es sei denn, der Ausschuss beschließt vor Ablauf dieses Zeitraums von sechzig Tagen im Konsens, dass die Verpflichtung in Bezug auf diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen in Kraft bleibt, mit der Maßgabe, dass der Vorsitzende in Fällen, in denen kein Konsens besteht, auf Antrag eines Ausschussmitglieds die Frage der Streichung dieser Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen von der Liste an den Sicherheitsrat zur Beschlussfassung innerhalb von sechzig Tagen überweist, und mit der weiteren Maßgabe, dass im Falle eines solchen Antrags die Verpflichtung der Staaten, die in Ziffer 1 dieser Resolution beschriebenen Maßnahmen zu ergreifen, in Bezug auf diese Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen für den genannten Zeitraum in Kraft bleibt, bis die Frage vom Rat entschieden wurde.

16. Nach Abschluss des in den Ziffern 42 und 43 dieser Resolution beschriebenen Verfahrens teilt der Ausschuss der Ombudsperson innerhalb von 60 Tagen mit, ob die in Ziffer 1 dieser Resolution beschriebenen Maßnahmen beibehalten oder beendet werden sollen, unter Angabe seiner Gründe und aller weiteren einschlägigen Informationen, und übermittelt der Ombudsperson nach Bedarf eine aktualisierte Zusammenfassung der Gründe für die Aufnahme in die Liste, damit sie dies dem Antragsteller übermittelt. Die Frist von 60 Tagen gilt für die bei der Ombudsperson oder dem Ausschuss noch anhängigen Angelegenheiten und wird mit dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution wirksam.

17. Nachdem die Ombudsperson eine Mitteilung des Ausschusses gemäß Ziffer 16 erhalten hat, wonach die in Ziffer 1 dieser Resolution beschriebenen Maßnahmen beibehalten werden sollen, sendet die Ombudsperson dem Antragsteller, mit Vorabkopie an den Ausschuss, ein Schreiben, in dem sie

- a) ihm das Ergebnis des Antrags mitteilt;
  - b) soweit möglich und unter Heranziehung des umfassenden Berichts der Ombudsperson das Verfahren und die von der Ombudsperson gesammelten veröffentlichungsfähigen Sachinformationen beschreibt; und
  - c) alle der Ombudsperson nach Ziffer 16 vom Ausschuss zur Verfügung gestellten Informationen über den Beschluss weiterleitet.
18. Die Ombudsperson achtet in allen Kommunikationen mit dem Antragsteller die Vertraulichkeit der Beratungen des Ausschusses und der vertraulichen Kommunikationen zwischen der Ombudsperson und den Mitgliedstaaten.
19. Die Ombudsperson kann den Antragsteller und die für einen Fall relevanten, jedoch nicht dem Ausschuss angehörenden Staaten über den Stand des Verfahrens unterrichten.

*Sonstige Aufgaben des Büros der Ombudsperson*

20. Die Ombudsperson nimmt zusätzlich die folgenden Aufgaben wahr:
- a) Sie übermittelt veröffentlichungsfähige Informationen über die Verfahren des Ausschusses, einschließlich seiner Richtlinien, Kurzinformationen und sonstiger vom Ausschuss erarbeiteter Unterlagen;
  - b) sie unterrichtet Personen oder Einrichtungen, deren Adresse bekannt ist, über den Status ihres Listeneintrags, nachdem das Sekretariat die Ständige Vertretung des Staates oder der Staaten gemäß Ziffer 39 dieser Resolution offiziell benachrichtigt hat; und
  - c) sie legt dem Sicherheitsrat halbjährliche Berichte vor, in denen die Tätigkeiten der Ombudsperson zusammenfassend dargestellt werden.

**Beschlüsse**

Auf seiner 7226. Sitzung am 28. Juli 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen“.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>274</sup>:

Der Sicherheitsrat verweist auf seine Resolutionen 1267 (1999), 1373 (2001), 1989 (2011), 2129 (2013), 2133 (2014) und 2161 (2104), betont, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die Finanzierung terroristischer Handlungen zu verhüten und zu bekämpfen, bekundet seine ernste Besorgnis über die Berichte, wonach terroristische Gruppen, die auf der Liste des Ausschusses des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) geführt werden, nämlich die Organisation „Islamischer Staat in Irak und der Levante“ und „Dschabhat al-nusra“, sich Zugang zu Ölfeldern und -pipelines in der Arabischen Republik Syrien und Irak verschafft und diese in Besitz genommen haben, und unterstreicht in dieser Hinsicht, dass jeglicher Erdölhandel mit diesen Einrichtungen unvereinbar mit den Resolutionen des Rates wäre und dass alle Staaten gehalten sind, sicherzustellen, dass ihre Staatsangehörigen und in ihrem Hoheitsgebiet befindliche Personen keinen Erdölhandel mit diesen Einrichtungen betreiben.

Der Rat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit der Arabischen Republik Syrien und Iraks und verurteilt in dieser Hinsicht nachdrücklich jeden direkten oder indirekten Handel mit Erdöl aus der Arabischen Republik Syrien und Irak, an dem terroristische Gruppen beteiligt sind. Der Rat betont außerdem, dass ein derartiger Handel eine finanzielle Unterstützung von Terroristen darstellen und zu weiteren Aufnahmen in die Sanktionsliste führen kann, falls diese Gruppen auf der Liste des Sanktionsausschusses als mit Al-Qaida verbundene Gruppen geführt werden.

---

<sup>274</sup> S/PRST/2014/14.

Der Rat stellt mit Besorgnis fest, dass Ölfelder und dazugehörige Infrastrukturen, die von terroristischen Organisationen kontrolliert werden, bedeutende Einnahmen für Terroristen erzeugen könnten, die ihre Rekrutierungsbemühungen, auch mit Blick auf ausländische terroristische Kämpfer, unterstützen und ihre operative Fähigkeit zur Organisation und Durchführung terroristischer Anschläge stärken würden.

Der Rat erinnert alle Staaten daran, dass sie gehalten sind, sicherzustellen, dass ihre Staatsangehörigen und in ihrem Hoheitsgebiet befindliche Personen weder direkt noch indirekt kommerzielle oder finanzielle Transaktionen mit der Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante und Dschabhat al-nusra oder zu deren Gunsten tätigen, insbesondere in Bezug auf Erdöl in Syrien und Irak.

Der Rat betont außerdem, wie wichtig es ist, dass alle Mitgliedstaaten ihrer Verpflichtung nachkommen, sicherzustellen, dass ihre Staatsangehörigen und in ihrem Hoheitsgebiet befindliche Personen keine Spenden an vom Ausschuss benannte Personen und Einrichtungen leisten.

Der Rat fordert alle Mitgliedstaaten auf, falls sie über Informationen über derartige Aktivitäten verfügen sollten, diese dem Sanktionsausschuss zur Kenntnis zu bringen und mit dem Rat in dieser Hinsicht eng zusammenzuarbeiten.

---

#### **UNTERRICHTUNGEN DURCH DIE VORSITZENDEN DER NEBENORGANE DES SICHERHEITSRATS<sup>275</sup>**

##### **Beschlüsse**

Auf seiner 7071. Sitzung am 27. November 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter der Arabischen Republik Syrien, Kroatiens, Israels, Japans und Österreichs gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Unterrichtungen durch die Vorsitzenden der Nebenorgane des Sicherheitsrats“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Gilles Marhic, den Leiter der Rechtsabteilung der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7076. Sitzung am 9. Dezember 2013 behandelte der Rat den Punkt „Unterrichtungen durch die Vorsitzenden der Nebenorgane des Sicherheitsrats“.

Auf seiner 7184. Sitzung am 28. Mai 2014 beschloss der Rat, die Vertreter der Arabischen Republik Syrien, Belgiens, Israels, Jamaikas und Japans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Unterrichtungen durch die Vorsitzenden der Nebenorgane des Sicherheitsrats“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

<sup>275</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2002 verabschiedet.



## DIE SITUATION IN CÔTE D'IVOIRE<sup>275</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7102. Sitzung am 27. Januar 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

Dreiunddreißigster Fortschrittsbericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2013/761)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Aïchatou Mindaoudou Souleymane, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire und Leiterin der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; sie nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf seiner 7163. Sitzung am 29. April 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

Schreiben des Vizevorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) betreffend Côte d'Ivoire vom 14. April 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/266)“.

### Resolution 2153 (2014) vom 29. April 2014

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten zur Situation in Côte d'Ivoire, insbesondere die Resolutionen 1880 (2009) vom 30. Juli 2009, 1893 (2009) vom 29. Oktober 2009, 1911 (2010) vom 28. Januar 2010, 1933 (2010) vom 30. Juni 2010, 1946 (2010) vom 15. Oktober 2010, 1962 (2010) vom 20. Dezember 2010, 1975 (2011) vom 30. März 2011, 1980 (2011) vom 28. April 2011, 2000 (2011) vom 27. Juli 2011, 2045 (2012) vom 26. April 2012, 2062 (2012) vom 26. Juli 2012, 2101 (2013) vom 25. April 2013 und 2112 (2013) vom 30. Juli 2013,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Côte d'Ivoires und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der regionalen Zusammenarbeit,

*unter Begrüßung* des Sonderberichts des Generalsekretärs vom 24. Dezember 2013<sup>276</sup> und Kenntnisnehmend von dem Halbzeitbericht 2013 vom 11. Oktober 2013<sup>277</sup> und dem Schlussbericht 2014 vom 14. April 2014<sup>278</sup> der Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire,

sowie *unter Begrüßung* der Gesamtfortschritte bei der Wiederherstellung der Sicherheit, des Friedens und der Stabilität in Côte d'Ivoire, mit Lob für die fortgesetzten Bemühungen des Präsidenten und der Regierung Côte d'Ivoires um die Stabilisierung der Sicherheitslage und die Beschleunigung der wirtschaftlichen Erholung in Côte d'Ivoire und um die Stärkung der internationalen und regionalen Zusammenarbeit, vor allem eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Regierungen Ghanas und Liberias, und mit der Auffor-

---

<sup>276</sup> S/2013/761.

<sup>277</sup> Siehe S/2013/605.

<sup>278</sup> Siehe S/2014/266.

derung an alle nationalen Interessenträger, zusammenzuarbeiten, um die bislang erzielten Fortschritte zu konsolidieren und die tieferen Ursachen der Spannungen und Konflikte anzugehen,

*in Anerkennung* des anhaltenden Beitrags, den die mit den Resolutionen 1572 (2004) vom 15. November 2004, 1643 (2005) vom 15. Dezember 2005, 1975 (2011) und 1980 (2011) verhängten und mit späteren Resolutionen geänderten Maßnahmen zur Stabilität Côte d'Ivoires leisten, unter anderem indem sie dem unerlaubten Transfer von Kleinwaffen und leichten Waffen in Côte d'Ivoire entgegenwirken und die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit, die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und die Sicherheitssektorreform unterstützen, und betonend, dass diese Maßnahmen darauf abzielen, den Friedensprozess in Côte d'Ivoire zu unterstützen, mit dem Ziel, alle oder einen Teil der übrigen Maßnahmen nach Maßgabe der Fortschritte bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und der Sicherheitssektorreform, der nationalen Aussöhnung und der Bekämpfung der Straflosigkeit möglicherweise weiter zu ändern oder aufzuheben,

*es begrüßend*, dass der mit den Abkommen von Ouagadougou in Gang gesetzte Wahlzyklus abgeschlossen wurde und dass für Oktober 2015 Präsidentschaftswahlen angekündigt wurden, und der Regierung Côte d'Ivoires und der Opposition nahelegend, positive und kooperative Schritte in Richtung auf die politische Aussöhnung und Wahlreformen zu unternehmen, um sicherzustellen, dass der politische Raum offen und transparent bleibt,

*sowie unter Begrüßung* der Anstrengungen in Bezug auf die Agenda für Sicherheitsreformen und insbesondere der wachsenden Zusammenarbeit zwischen dem Nationalen Sicherheitsrat und den lokalen Behörden, jedoch mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Verzögerungen bei der Umsetzung der nationalen Strategie für die Sicherheitssektorreform, insbesondere über Abidjan hinaus, und sich nachdrücklich für eine Beschleunigung der Anstrengungen zur Reform des Sicherheitssektors aussprechend, namentlich durch die Einrichtung einer wirksamen Befehlskette und eines Systems der Militärgerichtsbarkeit und die Veranschlagung angemessener Haushaltsmittel,

*ferner unter Begrüßung* der Fortschritte bei der allgemeinen Sicherheitslage und der Anstrengungen zur Behebung von Sicherheitsproblemen, jedoch mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die Verzögerungen bei der Durchführung der Sicherheitssektorreform und der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten, unter Begrüßung der Anstrengungen zur Verbesserung der Überwachung und des Managements von Waffen durch die Nationale Kommission zur Bekämpfung der Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen und des unerlaubten Handels damit mit Unterstützung durch die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, betonend, wie wichtig anhaltende Anstrengungen auf diesem Gebiet sind, und erneut betonend, dass die Regierung Côte d'Ivoires genügend Finanzmittel bereitstellen und tragfähige Möglichkeiten der Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten schaffen muss, damit der Abschluss des Prozesses der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung bis spätestens Juni 2015 gewährleistet ist,

*erneut erklärend*, dass die Regierung Côte d'Ivoires ihre Sicherheitskräfte dringend ausbilden und ausrüsten und insbesondere die Polizei und die Gendarmerie mit standardmäßigen Polizeiwaffen und dazugehöriger Munition ausstatten muss,

*nachdrücklich darauf hinweisend*, wie wichtig es ist, dass die Regierung Côte d'Ivoires in der Lage ist, auf Bedrohungen der Sicherheit aller Bürger in Côte d'Ivoire angemessen zu reagieren, und die Regierung Côte d'Ivoires auffordernd, sicherzustellen, dass ihre Sicherheitskräfte der Achtung der Menschenrechte und des anwendbaren Völkerrechts verpflichtet bleiben,

*in Ermutigung* engerer Zusammenarbeit zwischen der Regierung Côte d'Ivoires und der ursprünglich gemäß Ziffer 7 der Resolution 1584 (2005) vom 1. Februar 2005 eingesetzten Sachverständigengruppe,

*unter Begrüßung* der laufenden Anstrengungen des Sekretariats, die Liste von Sachverständigen für die Unterabteilung Nebenorgane des Sicherheitsrats zu erweitern und zu verbessern, eingedenk der in der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 22. Dezember 2006<sup>279</sup> vorgegebenen Leitlinien,

*sowie unter Begrüßung* der Fortschritte der ivoirischen Behörden bei der Bekämpfung illegaler Besteuerungssysteme und anerkennend, dass die Zahl der illegalen Kontrollpunkte und der Fälle von Schutzgelderpressung zurückgegangen ist, jedoch feststellend, dass die Kapazitäten und Ressourcen nicht ausreichen, um die Grenzen zu kontrollieren, insbesondere im westlichen Teil des Landes,

*feststellend*, dass der Kimberley-Prozess in seinem Schlusskommuniqué vom 22. November 2013<sup>280</sup> anerkannte, dass Côte d'Ivoire die Mindestanforderungen des Zertifikationssystems des Kimberley-Prozesses<sup>281</sup> erfüllt, Côte d'Ivoire zur vollen Umsetzung ihres Aktionsplans zur Entwicklung ihres Diamantensektors gemäß den Standards des Kimberley-Prozesses ermutigend, einschließlich der Mitwirkung an der Mano-Becken-Initiative des Kimberley-Prozesses, und es begrüßend, dass Côte d'Ivoire angeboten hat, sechs Monate nach der Wiederaufnahme der legalen Ausfuhr von Rohdiamanten einen Überprüfungsbesuch des Kimberley-Prozesses zu empfangen,

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juni 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011, 2068 (2012) vom 19. September 2012 und 2143 (2014) vom 7. März 2014 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. September 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten,

*unter erneuter nachdrücklicher Verurteilung* aller Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Côte d'Ivoire, unter Verurteilung aller an Zivilpersonen, namentlich Frauen, Kindern, Binnenvertriebenen und ausländischen Staatsangehörigen, begangenen Gewalthandlungen und anderen Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche, betonend, dass die Täter aller Seiten vor Gericht gestellt werden müssen, sei es vor ein inländisches oder ein internationales Gericht, und die Regierung Côte d'Ivoires ermutigend, ihre enge Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof weiter fortzusetzen,

in dieser Hinsicht *unter Begrüßung* der Überstellung von Herrn Charles Blé Goudé, dem ehemaligen Führer der Jungen Patrioten, an den Internationalen Strafgerichtshof und ferner unter Begrüßung der nationalen und internationalen Anstrengungen, diejenigen, die mutmaßlich Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche sowie Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen haben, vor Gericht zu bringen,

*betonend*, wie wichtig es ist, dass die Sachverständigengruppe mit ausreichenden Ressourcen für die Durchführung ihres Mandats ausgestattet wird,

*feststellend*, dass die Situation in Côte d'Ivoire nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, dass alle Staaten während des Zeitraums bis zum 30. April 2015 die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Lieferung, den Verkauf oder den Transfer, auf direktem oder indirektem Weg, von Rüstungsgütern und sonstigem letalem Material von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch ihre Staatsangehörigen oder unter Benutzung von ihre Flagge führenden Schiffen oder Luftfahrzeugen, gleichviel ob sie ihren Ursprung in ihrem Hoheitsgebiet haben oder nicht, nach Côte d'Ivoire zu verhindern;

---

<sup>279</sup> S/2006/997.

<sup>280</sup> A/68/49, Anlage.

<sup>281</sup> Siehe A/557/489.

2. *beschließt außerdem*, dass Lieferungen nichtletalen Geräts und die Bereitstellung jedweder technischen Hilfe, Ausbildung oder finanziellen Hilfe, die dazu bestimmt ist, die ivoirischen Sicherheitskräfte zu befähigen, bei der Wahrung der öffentlichen Ordnung nur angemessene und verhältnismäßige Gewalt anzuwenden, dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) nicht mehr im Voraus angekündigt werden müssen;

3. *stellt fest*, dass die Maßnahmen in Ziffer 1 betreffend Rüstungsgüter und sonstiges letales Wehrmaterial nicht auf die Bereitstellung von Ausbildung, Beratung, technischer oder finanzieller Hilfe und Sachverstand im Zusammenhang mit sicherheitsbezogenen und militärischen Aktivitäten oder auf die Lieferung nichtletalen Materials, einschließlich der Lieferung von Zivilfahrzeugen an die ivoirischen Sicherheitskräfte, Anwendung finden;

4. *beschließt*, dass die mit Ziffer 1 verhängten Maßnahmen keine Anwendung finden auf

a) Lieferungen, die ausschließlich zur Unterstützung der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der sie unterstützenden französischen Truppen oder zur Verwendung durch sie bestimmt sind, und im Transit durch Côte d'Ivoire befindliche Lieferungen, die zur Unterstützung von Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen oder zur Verwendung durch sie bestimmt sind;

b) Lieferungen, die vorübergehend nach Côte d'Ivoire ausgeführt werden und für die Truppen eines Staates bestimmt sind, der im Einklang mit dem Völkerrecht ausschließlich und unmittelbar zu dem Zweck tätig wird, die Evakuierung seiner Staatsangehörigen sowie von Personen, für die er die konsularische Verantwortung in Côte d'Ivoire hat, zu erleichtern, soweit diese dem Ausschuss nach Ziffer 14 der Resolution 1572 (2004) im Voraus angekündigt wurden;

c) Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem letalem Wehrmaterial an die ivoirischen Sicherheitskräfte zu dem ausschließlichen Zweck, den ivoirischen Prozess der Sicherheitssektorreform zu unterstützen oder dabei verwendet zu werden, mit Ausnahme der Rüstungsgüter und des sonstigen letalen Wehrmaterials, die nachstehend in Anlage I dieser Resolution im Voraus zu genehmigen sind;

5. *beschließt außerdem*, dass der Ausschuss nach Bedarf auf der Liste der Rüstungsgüter und des sonstigen letalen Wehrmaterials, die in Anlage I aufgeführt sind, Gegenstände hinzufügt, entfernt oder näher bezeichnet;

6. *beschließt ferner* für den in Ziffer 1 genannten Zeitraum, dass die ivoirischen Behörden jede Lieferung der in Ziffer 3 c) genannten Gegenstände ankündigen oder den Ausschuss gegebenenfalls im Voraus um Genehmigung ersuchen, und beschließt ferner, dass ersatzweise der die Hilfe bereitstellende Mitgliedstaat diese Ankündigung oder dieses Ersuchen um Genehmigung nach Ziffer 3 c) vornehmen kann, nachdem er die Regierung Côte d'Ivoires von seiner Absicht in Kenntnis gesetzt hat, dies zu tun;

7. *ersucht* die Regierung Côte d'Ivoires, sicherzustellen, dass die dem Sanktionsausschuss übermittelten Ankündigungen und Genehmigungsersuchen alle sachdienlichen Angaben enthalten, einschließlich des Verwendungszwecks und des Endnutzers, darunter die Einheit in den ivoirischen Sicherheitskräften, die die Lieferung erhalten soll, oder der vorgesehene Lagerort, der technischen Spezifikationen, der Menge des zu liefernden Geräts, genauer Angaben zum Hersteller und zum Lieferanten des Geräts, des vorgesehenen Lieferdatums, des Transportmittels und des Transportwegs der Lieferungen, betont ferner, wie wichtig es ist, insbesondere ausführlich zu erläutern, wie das beantragte Gerät die Sicherheitssektorreform unterstützen wird, und betont, dass diese Ankündigungen und Genehmigungsersuchen Angaben über jede beabsichtigte Umwandlung von nichtletalem Gerät in letales Gerät beinhalten sollen;

8. *beschließt*, dass die ivoirischen Behörden dem Ausschuss bis zum 30. September 2015 und bis zum 30. März 2015 halbjährliche Berichte über die in Bezug auf die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und die Sicherheitssektorreform erzielten Fortschritte vorlegen;

9. *legt* den ivoirischen Behörden *nahe*, sich mit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire im Rahmen ihres Mandats und ihrer Mittel abzustimmen, um sicherzustellen, dass Ankündigungen und Genehmigungsersuchen die erforderlichen Angaben enthalten;

10. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires *nachdrücklich auf*, der Sachverständigengruppe Côte d'Ivoires und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zum Zeitpunkt der Einfuhr und vor

dem Transfer an den Endnutzer Zugang zu den vom Embargo ausgenommenen Rüstungsgütern und letalen Wehrmaterialien zu gewähren, betont, dass die Regierung Côte d'Ivoires die Rüstungsgüter und das sonstige letale Wehrmaterial nach dem Eingang im Hoheitsgebiet Côte d'Ivoires kennzeichnen wird, fordert die Regierung Côte d'Ivoires nachdrücklich auf, ein Register der gesamten im Eigentum der nationalen Sicherheitskräfte stehenden Rüstungsgüter und Materialien zu führen, unter besonderer Beachtung von Kleinwaffen und leichten Waffen, mit dem Ziel, deren Verbreitung besser zu verfolgen und zu überwachen;

11. *beschließt*, die in den vorstehenden Ziffern beschlossenen Maßnahmen zum Ende des in Ziffer 1 genannten Zeitraums im Lichte der Fortschritte bei der Stabilisierung des gesamten Landes zu überprüfen, nach Maßgabe der in Bezug auf die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, die Sicherheitssektorreform, die nationale Aussöhnung und den Kampf gegen die Straflosigkeit erzielten Fortschritte;

12. *beschließt außerdem*, die Maßnahmen betreffend Finanzen und Reisen, die mit den Ziffern 9 bis 12 der Resolution 1572 (2004) und Ziffer 12 der Resolution 1975 (2011) verhängt wurden, bis zum 30. April 2015 zu verlängern, und unterstreicht seine Absicht, zu prüfen, ob die diesen Maßnahmen unterliegenden Personen weiter auf der Liste zu führen sind, sofern sie durch ihr Handeln das Ziel der nationalen Aussöhnung fördern;

13. *beschließt ferner*, mit dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution die mit Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) verhängten Maßnahmen aufzuheben, die alle Staaten an der Einfuhr aller Rohdiamanten aus Côte d'Ivoire hindern, im Lichte der bei der Anwendung des Zertifikationssystems des Kimberley-Prozesses<sup>281</sup> erzielten Fortschritte und der besseren Lenkung des Sektors;

14. *ersucht* Côte d'Ivoire, den Sicherheitsrat über den Ausschuss über ihre Fortschritte bei der Durchführung ihres Aktionsplans für Diamanten auf dem Laufenden zu halten, namentlich über alle Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf illegalen Schmuggel, den Aufbau seines Zollregimes und die Berichterstattung über durch Diamanten generierte Finanzströme, legt Côte d'Ivoire nahe, innerhalb von neun Monaten ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution einen Überprüfungsbesuch des Kimberley-Prozesses zu empfangen, an dem ein Vertreter der Sachverständigengruppe teilnimmt, und legt Côte d'Ivoire ferner nahe, sich auch weiterhin an den regionalen Kooperations- und Strafverfolgungsmaßnahmen zu beteiligen, wie an der Mano-Becken-Initiative des Kimberley-Prozesses;

15. *bittet* das Zertifikationssystem des Kimberley-Prozesses, insbesondere seine Arbeitsgruppe für Überwachung und seine Arbeitsgruppe für Statistik, dem Sicherheitsrat über den Ausschuss und nach Möglichkeit zur Prüfung durch die Sachverständigengruppe gegebenenfalls Informationen über die Befolgung des Zertifikationssystems durch Côte d'Ivoire zu übermitteln, und legt den Gebern nahe, die Anstrengungen Côte d'Ivoires zu unterstützen, indem sie sachdienliche Informationen weitergeben und technische Hilfe bereitstellen;

16. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires *auf*, die notwendigen Schritte zur Durchsetzung der mit Ziffer 1 verhängten Maßnahmen zu unternehmen, namentlich durch die Aufnahme entsprechender Bestimmungen in ihren innerstaatlichen Rechtsrahmen;

17. *fordert* alle Mitgliedstaaten, insbesondere diejenigen in der Subregion, *auf*, die in den Ziffern 1 und 6 genannten Maßnahmen vollständig umzusetzen;

18. *bekundet seine anhaltende Besorgnis* über die Instabilität im Westen Côte d'Ivoires, begrüßt und befürwortet weiter das koordinierte Vorgehen der Behörden der Nachbarländer zur Behebung dieses Problems, insbesondere im Hinblick auf das Grenzgebiet, namentlich durch anhaltende Überwachung, Informationsaustausch und die Durchführung koordinierter Maßnahmen sowie durch die Entwicklung und Umsetzung einer gemeinsamen Grenzstrategie, um unter anderem die Entwaffnung und Repatriierung ausländischer bewaffneter Elemente auf beiden Seiten der Grenze zu unterstützen;

19. *legt* der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der Mission der Vereinten Nationen in Liberia *nahe*, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihres jeweiligen Einsatzgebiets auch weiterhin in enger Abstimmung der Regierung Côte d'Ivoires und der Regierung Liberias bei der Überwachung ihrer Grenze behilflich zu sein, und begrüßt die weitere Zusammenarbeit zwischen der Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire und der gemäß Ziffer 5 der Resolution 2128 (2013) vom 10. Dezember 2013 ernannten Sachverständigengruppe für Liberia;

20. *fordert* alle illegalen ivorischen bewaffneten Kombattanten, auch in den Nachbarländern, *nachdrücklich auf*, sofort ihre Waffen niederzulegen, legt der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire nahe, im Rahmen ihres Mandats und ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihrer Einsatzgebiete der Regierung Côte d'Ivoires weiter dabei behilflich zu sein, die Waffen einzusammeln und zu lagern und alle sachdienlichen Informationen zu diesen Waffen zu registrieren, und fordert ferner die Regierung, einschließlich der Nationalen Kommission zur Bekämpfung der Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen und des unerlaubten Handels damit, auf, sicherzustellen, dass diese Waffen entweder neutralisiert oder nicht rechtswidrig verbreitet werden, im Einklang mit dem Übereinkommen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten über Kleinwaffen und leichte Waffen, deren Munition und anderes dazugehöriges Material;

21. *weist darauf hin*, dass die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire das Mandat hat, im Rahmen der Überwachung des Waffenembargos gegebenenfalls Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, die unter Verstoß gegen die mit Ziffer 1 verhängten Maßnahmen nach Côte d'Ivoire verbracht wurden, einzusammeln und auf geeignete Weise zu entsorgen;

22. *erklärt erneut*, dass die ivorischen Behörden, wie in seinen Resolutionen 1739 (2007) vom 10. Januar 2007, 1880 (2009), 1933 (2010), 1962 (2010), 1980 (2011), 2062 (2012) und 2112 (2013) festgelegt, der Sachverständigengruppe sowie der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und den sie unterstützenden französischen Truppen ungehinderten Zugang zu den in Ziffer 2 a) der Resolution 1584 (2005) genannten Ausrüstungen, Orten und Anlagen und zu allen Waffen, Munitionsbeständen und sonstigem Wehrmaterial aller bewaffneten Sicherheitskräfte, gleichviel wo sie sich befinden, auch zu den aus der Einsammlung nach den Ziffern 10 oder 11 stammenden Waffen, gewähren müssen, wenn angebracht und ohne Vorankündigung;

23. *ersucht* alle beteiligten Staaten, insbesondere die Staaten der Subregion, mit dem Ausschuss uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, und ermächtigt den Ausschuss, alle weiteren Informationen anzufordern, die er für notwendig erachtet;

24. *beschließt*, das in Ziffer 7 der Resolution 1727 (2006) vom 15. Dezember 2006 festgelegte Mandat der Sachverständigengruppe um einen Zeitraum von 13 Monaten bis zum 30. Mai 2015 zu verlängern, und ersucht den Generalsekretär, die erforderlichen Maßnahmen zur Unterstützung ihrer Tätigkeit zu ergreifen;

25. *erklärt erneut*, dass der Sachverständigengruppe mit Ziffer 7 b) der Resolution 1727 (2006) ein Mandat erteilt wurde, alle sachdienlichen Informationen über die Finanzierungsquellen, namentlich die Ausbeutung natürlicher Ressourcen in Côte d'Ivoire, für den Kauf von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial sowie für damit verbundene Aktivitäten zu sammeln und auszuwerten, und stellt fest, dass der Ausschuss gemäß Ziffer 12 a) der Resolution 1727 (2006) diejenigen Personen benennen kann, von denen festgestellt wird, dass sie den Friedensprozess und den nationalen Aussöhnungsprozess in Côte d'Ivoire durch den unerlaubten Handel mit natürlichen Ressourcen, einschließlich Diamanten und Gold, bedrohen;

26. *beschließt*, dass die Sachverständigengruppe auch über die Aktivitäten der mit Sanktionen belegten Personen und über jede von ihnen ausgehende anhaltende Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in Côte d'Ivoire Bericht erstattet, und ersucht die Sachverständigengruppe zusätzlich, die Auswirkungen der in dieser Resolution beschlossenen Änderungen zu bewerten und darüber Bericht zu erstatten;

27. *ersucht* die Sachverständigengruppe, dem Ausschuss bis zum 15. Oktober 2014 einen Halbjahresbericht vorzulegen und nach Erörterung mit dem Ausschuss bis zum 15. April 2015 einen Schlussbericht über die Durchführung der mit Ziffer 1 dieser Resolution, den Ziffern 9 und 11 der Resolution 1572 (2004), Ziffer 12 der Resolution 1975 (2011) und Ziffer 10 der Resolution 1980 (2011) verhängten Maßnahmen vorzulegen;

28. *beschließt*, dass der in Ziffer 7 e) der Resolution 1727 (2006) genannte Bericht der Sachverständigengruppe gegebenenfalls alle Informationen und Empfehlungen enthalten kann, die bei der möglichen Benennung weiterer Personen und Einrichtungen gemäß der Beschreibung in den Ziffern 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) und Ziffer 10 der Resolution 1980 (2011) durch den Ausschuss sachdienlich sein könnten, und erinnert an den Bericht der Informellen Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für allgemeine

Sanktionsfragen über bewährte Verfahrensweisen und Methoden<sup>279</sup>, namentlich die Ziffern 21, 22 und 23, in denen mögliche Schritte zur Klärung der methodologischen Standards für Überwachungsmechanismen erörtert werden;

29. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat über den Ausschuss gegebenenfalls von der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire gesammelte und nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüfte Informationen über Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial nach Côte d'Ivoire zu übermitteln;

30. *ersucht* die Regierung Frankreichs, dem Sicherheitsrat über den Ausschuss gegebenenfalls von den französischen Truppen gesammelte und nach Möglichkeit von der Sachverständigengruppe überprüfte Informationen über Lieferungen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial nach Côte d'Ivoire zu übermitteln;

31. *legt* den ivoirischen Behörden *nahe*, an dem bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angesiedelten Programm zur Umsetzung der Leitlinien für die Sorgfaltspflicht in der Lieferkette von Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten, unter besonderer Beachtung von Gold, mitzuwirken und mit internationalen Organisationen in Kontakt zu treten, um sich die Erkenntnisse aus anderen Initiativen und Ländern zunutze zu machen, die es mit ähnlichen Problemen beim handwerklichen Bergbau zu tun haben;

32. *fordert* die ivoirischen Behörden *auf*, auch weiterhin die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Netzwerke der illegalen Besteuerung aufzulösen, indem sie unter anderem sachdienliche und gründliche Ermittlungen durchführen, die Zahl der Kontrollpunkte zu verringern und die Fälle von Schutzgelderpressung im gesamten Land zu verhindern, und fordert die Behörden ferner *auf*, weiter die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Wiedereinrichtung und Stärkung der einschlägigen Institutionen fortzusetzen und den Einsatz von Zoll- und Grenzkontrollbeamten im Norden, Westen und Osten des Landes zu beschleunigen;

33. *bittet* die Sachverständigengruppe, die Wirksamkeit dieser Grenzmaßnahmen und -kontrollen in der Region zu bewerten, *legt* allen Nachbarstaaten *nahe*, sich der diesbezüglichen ivoirischen Anstrengungen bewusst zu sein, und *legt* der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire *nahe*, im Rahmen ihres Mandats den ivoirischen Behörden auch weiterhin bei der Wiederherstellung normaler Zoll- und Grenzkontrollen behilflich zu sein;

34. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und andere Organisationen und interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss, der Sachverständigengruppe, der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und den französischen Truppen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über mögliche Verstöße gegen die mit den Ziffern 1 bis 3 dieser Resolution, den Ziffern 9 und 11 der Resolution 1572 (2004), Ziffer 6 der Resolution 1643 (2005) und Ziffer 12 der Resolution 1975 (2011) verhängten Maßnahmen übermitteln, und *ersucht* ferner die Sachverständigengruppe, ihre Aktivitäten gegebenenfalls mit allen politischen Akteuren abzustimmen und ihr Mandat entsprechend dem Bericht der Informellen Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für allgemeine Sanktionsfragen auszuführen;

35. *ersucht* die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte und die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, auch weiterhin im Einklang mit Ziffer 7 der Resolution 1960 (2010) und Ziffer 9 der Resolution 1998 (2011) sachdienliche Informationen mit dem Ausschuss auszutauschen;

36. *fordert* in diesem Zusammenhang alle ivoirischen Parteien und alle Staaten, insbesondere die Staaten in der Region, *nachdrücklich auf*, Folgendes zu gewährleisten:

- die Sicherheit der Mitglieder der Sachverständigengruppe;
- den ungehinderten Zugang der Sachverständigengruppe, insbesondere zu Personen, Dokumenten und Orten, damit sie ihr Mandat erfüllen kann;

37. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7163. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

#### Anlage

1. Waffen, Artilleriesysteme zum Schießen im direkten und indirekten Richten und Rohrwaffen mit einem Kaliber über 12,7 mm sowie deren Munition und Komponenten.
2. Panzerfäuste, Raketen, leichte Panzerabwehrwaffen, Gewehrgranaten und Granatenabschussgeräte.
3. Boden-Luft-Flugkörper einschließlich tragbarer Flugabwehrsysteme, Boden-Boden-Flugkörper und Luft-Boden-Flugkörper.
4. Mörser mit einem Kaliber über 82 mm.
5. Panzerabwehrlenkwaffen, insbesondere Panzerabwehrlenkflugkörper, deren Munition und Komponenten.
6. Bewaffnete Luftfahrzeuge (Drehflügler oder Starrflügler).
7. Bewaffnete Militärfahrzeuge oder mit Waffenhalterungen ausgestattete Militärfahrzeuge.
8. Explosivstoffladungen und Explosivstoffe enthaltende Vorrichtungen, die für militärische Zwecke konzipiert sind, Minen und damit zusammenhängendes Material.
9. Nachtbeobachtungs- und Nachtschießvorrichtungen.

#### Beschlüsse

Am 16. Mai 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>282</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 14. Mai 2014 betreffend Ihre Absicht, Generalmajor Hafiz Masroor Ahmed (Pakistan) zum neuen Kommandeur der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu ernennen<sup>283</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Auf seiner 7197. Sitzung am 16. Juni 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

Vierunddreißigster Bericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2014/342)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Aïchatou Mindaoudou Souleymane, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire und Leiterin der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7207. Sitzung am 25. Juni 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Côte d'Ivoire

Vierunddreißigster Bericht des Generalsekretärs über die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire (S/2014/342)“.

---

<sup>282</sup> S/2014/355.

<sup>283</sup> S/2014/354.



**Resolution 2162 (2014)  
vom 25. Juni 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 2112 (2013) vom 30. Juli 2013 und 2153 (2014) vom 29. April 2014, und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Côte d'Ivoire, die Resolutionen 2116 (2013) vom 18. September 2013 und 2128 (2013) vom 10. Dezember 2013 über die Situation in Liberia und die Resolution 2100 (2013) vom 25. April 2013 über die Situation in Mali,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Côte d'Ivoires und unter Hinweis auf die Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der regionalen Zusammenarbeit,

*unter Hinweis* darauf, dass die Regierung Côte d'Ivoires die Hauptverantwortung für die Gewährleistung des Friedens, der Stabilität und des Schutzes der Zivilbevölkerung in Côte d'Ivoire trägt,

*begrüßend*, dass Côte d'Ivoire die Übereinkommen von 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen<sup>284</sup> und das Übereinkommen von 1961 zur Verminderung der Staatenlosigkeit<sup>285</sup> ratifiziert hat und Schritte zur Überarbeitung seiner Staatsangehörigkeitsgesetze unternimmt, unter Hinweis auf den Beschluss des Generalsekretärs hinsichtlich dauerhafter Lösungen und mit dem Ausdruck seiner Unterstützung für die Umsetzung der nationalen Strategie für dauerhafte Lösungen für Binnenvertriebene,

*Kenntnis nehmend* von dem Bericht des Generalsekretärs vom 15. Mai 2014<sup>286</sup>,

*unter Begrüßung* der Fortschritte, die in Côte d'Ivoire auf dem Weg der Aussöhnung, der Stabilität und der wirtschaftlichen Erholung erzielt werden, und in Würdigung der diesbezüglichen Führungsrolle des Präsidenten Côte d'Ivoires,

*sowie unter Begrüßung* der erheblichen Verbesserung der Sicherheitslage in Côte d'Ivoire, einschließlich im westlichen Teil des Landes und entlang der Grenze zu Liberia, jedoch gleichzeitig unter Verurteilung der Angriffe vom 23. Februar und 15. Mai 2014, in Anerkennung der Notwendigkeit, die verbleibenden Herausforderungen anzugehen, und feststellend, dass die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und die Mission der Vereinten Nationen in Liberia) sowie die Regierungen Côte d'Ivoires, Liberias und der Länder der Subregion bei der Koordinierung der Aktivitäten, einschließlich im Bereich der Sicherheit, in den Grenzgebieten der Subregion weiterhin und verstärkt zusammenarbeiten,

*mit der Aufforderung* an alle nationalen Interessenträger, einschließlich der politischen Parteien, der Zivilgesellschaft und der Medien, zusammenzuarbeiten, um die bislang erzielten Fortschritte zu festigen und die tieferen Ursachen der Spannungen und Konflikte anzugehen, einschließlich im Hinblick auf Grund und Boden und die Staatsangehörigkeit, die Regierung Côte d'Ivoires ermutigend, die Rechtsstaatlichkeit sowie im Hinblick auf die für Oktober 2015 angesetzte Präsidentschaftswahl die Reformen des rechtlichen Rahmens für Wahlen zu stärken, in dieser Hinsicht Kenntnis nehmend von der Verabschiedung des Gesetzes zur Reform der Unabhängigen Wahlkommission, unter Begrüßung der von der Regierung unternommenen ersten Schritte zur Herbeiführung eines förderlichen Umfelds für faire, glaubwürdige und transparente Wahlen, jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit unterstreichend, dass weitere Anstrengungen in diesem Bereich unternommen werden müssen,

*Kenntnis nehmend* von dem Schreiben der Regierung Côte d'Ivoires vom 18. Juni 2014 an den Generalsekretär, in dem um die mögliche Bereitstellung von Wahlhilfe ersucht wird,

---

<sup>284</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 360, Nr. 5158. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1976 II S. 473; LGBI. 2009 Nr. 289; öBGBI. III Nr. 81/2008; AS 1972 2320.

<sup>285</sup> Ebd., Vol. 989, Nr. 14458. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1977 II S. 597; LGBI. 2009 Nr. 290; öBGBI. Nr. 538/1974.

<sup>286</sup> S/2014/342.

*begrüßend*, dass sich die humanitäre Situation weiter verbessert hat, insbesondere, dass die Flüchtlinge und die meisten infolge der Krise nach den Wahlen vertriebenen Menschen freiwillig, sicher und dauerhaft an ihre Herkunftsorte in Côte d'Ivoire zurückgekehrt sind,

*Kenntnis nehmend* von dem endgültigen Rahmen für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, der von der Behörde für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung angenommen wurde, und der erfolgreichen Entwaffnung und Demobilisierung von über 30.000 ehemaligen Kombattanten, jedoch gleichzeitig mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass nur ein geringer Anteil der mit der früheren Regierung verbundenen ehemaligen Kombattanten das Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm durchlaufen hat und dass 43.000 ehemalige Kombattanten weiterhin bewaffnet und ohne Arbeit sind,

*unter Begrüßung* der bei der Umsetzung der Strategie zur Reform des Sicherheitssektors erzielten Fortschritte und unterstreichend, wie wichtig die nationale Eigenverantwortung bei dieser vorrangigen Aufgabe sowie Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens innerhalb der Sicherheitskräfte und zwischen ihnen und bei der Bevölkerung im Vorfeld der Präsidentschaftswahl sind,

*betonend*, wie wichtig es ist, eine Strategie der nationalen Aussöhnung und des sozialen Zusammenhalts zu verfolgen, in diesem Zusammenhang die Verlängerung des Mandats der Kommission für Dialog, Wahrheit und Aussöhnung begrüßend und hervorhebend, wie wichtig es ist, alle Ivorer in den Aussöhnungsprozess auf nationaler und lokaler Ebene einzubeziehen,

*unter erneutem Hinweis* auf die unverzichtbare Rolle der Frauen bei der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung, auf die Bedeutung ihrer gleichen Teilhabe und vollen Mitwirkung an allen Anstrengungen zur Wahrung und Förderung des Friedens und der Sicherheit und auf ihre Schlüsselrolle bei der Wiederherstellung des Gefüges von Gesellschaften, die dabei sind, einen Konflikt zu überwinden, und ferner erneut erklärend, wie wichtig die Umsetzung des 2008 beschlossenen Nationalen Aktionsplans Côte d'Ivoires zur Durchführung der Resolution 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 ist,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* angesichts der anhaltenden Meldungen, unter anderem im Bericht des Generalsekretärs über Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche sowie Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, namentlich diejenigen, die gegen Frauen und Kinder gerichtet sind, insbesondere sexuelle Gewalt, betonend, wie wichtig es ist, solche behaupteten Verstöße und Rechtsverletzungen zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, namentlich diejenigen, die während der Krise nach den Wahlen von allen Parteien, ungeachtet ihrer Rechtsstellung oder politischen Zugehörigkeit, begangen worden sind,

*unter Begrüßung* der Überstellung von Herrn Charles Blé Goudé, dem ehemaligen Führer der Jungen Patrioten, an den Internationalen Strafgerichtshof, ferner unter Begrüßung der nationalen und internationalen Anstrengungen, diejenigen, die mutmaßlich Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche sowie Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen haben, vor Gericht zu bringen, die Regierung Côte d'Ivoires nachdrücklich auffordernd, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Straflosigkeit und zur Gewährleistung einer gerechten und unabhängigen Justiz ohne Diskriminierung zu verstärken und zu beschleunigen, und in dieser Hinsicht die Regierung ermutigend, ihre enge Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof fortzusetzen,

*sowie unter Begrüßung* der Initiative der Regierung Côte d'Ivoires, den politischen Dialog mit der Opposition, einschließlich der außerparlamentarischen Parteien, zu verstärken, mit Lob für die Guten Dienste der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire, insbesondere zur Unterstützung des Dialogs zwischen der Regierung und den oppositionellen politischen Parteien, und mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die Arbeit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und ihren Gesamtbeitrag zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit in Côte d'Ivoire,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über Berichte über Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche in Hafteinrichtungen, mit der Aufforderung an die Regierung Côte d'Ivoires, sicherzustellen, dass die Haftbedingungen für inhaftierte Personen den internationalen Verpflichtungen entsprechen, und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche im Haftkontext zu verhindern und zu untersuchen, und unter Begrüßung der diesbezüglichen Unterstützung seitens der Europäischen Union und Frankreichs,

*in Würdigung* des Beitrags der truppen- und polizeistellenden Länder und der Geber zur Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und unterstreichend, wie wichtig die Bereitstellung qualifizierter Soldaten und Polizisten mit geeigneten Fach- und Sprachkenntnissen ist,

*unter Hinweis* auf seine in Resolution 2112 (2013) zum Ausdruck gebrachte Absicht, ausgehend von der Entwicklung der Sicherheitsbedingungen vor Ort und nach Maßgabe der verbesserten Fähigkeit der Regierung Côte d'Ivoires, schrittweise die Sicherheitsaufgaben der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu übernehmen, eine weitere Verkleinerung um zwei Bataillone zu prüfen,

*in Anerkennung* des fortgesetzten Beitrags des mit Resolution 2153 (2014) festgelegten Waffenembargos zur Stabilität Côte d'Ivoires, namentlich durch die Bekämpfung des unerlaubten Transfers, der destabilisierenden Anhäufung und des Missbrauchs von Kleinwaffen und leichten Waffen,

*in Würdigung* der Bemühungen der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten zur Festigung des Friedens und der Stabilität in Côte d'Ivoire und sie ermutigend, die ivoirischen Behörden weiterhin dabei zu unterstützen, die Hauptprobleme anzugehen, insbesondere die tieferen Ursachen des Konflikts und der Unsicherheit im Grenzgebiet, einschließlich der Bewegung von bewaffneten Elementen und Waffen, und Gerechtigkeit und nationale Aussöhnung zu fördern,

*feststellend*, dass die Situation in Côte d'Ivoire nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

#### **Nationale Aussöhnung und sozialer Zusammenhalt**

1. *begrüßt* die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der Regierung Côte d'Ivoires und der politischen Opposition am 22. Mai 2014 und fordert alle politischen Parteien *auf*, eine konstruktive Rolle zu spielen und zur Aussöhnung beizutragen;

2. *lobt* die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Côte d'Ivoire für ihre Guten Dienste und politische Unterstützung und ersucht um die Fortsetzung dieser wichtigen Bemühungen und Unterstützung, insbesondere im Hinblick auf die im Oktober 2015 abzuhaltende Präsidentschaftswahl, im Einklang mit Ziffer 19 b) dieser Resolution;

3. *betont*, wie wichtig es ist, eine Strategie der nationalen Aussöhnung und des sozialen Zusammenhalts durch konkrete Maßnahmen zur Förderung der Gerechtigkeit und der Aussöhnung auf allen Ebenen und unter Beteiligung aller Interessenträger zu verfolgen, insbesondere im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im Oktober 2015, und fordert einen direkten, offenen und konstruktiven Dialog zwischen der Regierung Côte d'Ivoires und allen politischen Parteien, einschließlich der Opposition, mit dem Ziel, rasch weitere Fortschritte im Hinblick auf die entscheidend wichtigen Staatsangehörigkeits- und Bodenreformen sowie den Rahmen für die Wahlen zu erzielen;

4. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires *nachdrücklich auf*, im Einklang mit dem bestehenden Zeitrahmen rasch alle erforderlichen Schritte zur Schaffung des rechtlichen Rahmens für die Präsidentschaftswahl im Oktober 2015 zu unternehmen, namentlich die Einrichtung der Unabhängigen Wahlkommission, die Aktualisierung der Wählerliste, die Schaffung des Rahmens für die Wahlen und die Veranschlagung ausreichender Haushaltsmittel, und fordert alle nationalen Interessenträger auf, die Schaffung eines förderlichen Umfelds für die Abhaltung freier, fairer, transparenter und inklusiver Präsidentschaftswahlen zu erleichtern und Handlungen, die zu Gewalt aufstacheln könnten, einschließlich Hetzreden, zu unterlassen;

5. *bekräftigt seine Absicht*, die Listung von Personen, die den mit den Ziffern 9 bis 12 der Resolution 1572 (2004) vom 15. November 2004 und Ziffer 12 der Resolution 1975 (2011) vom 30. März verhängten Maßnahmen betreffend Finanzen und Reisen unterliegen, zu überprüfen, sofern sie mit ihrem Handeln das Ziel der nationalen Aussöhnung fördern;

#### **Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung**

6. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires *auf*, den Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozess vor der Präsidentschaftswahl 2015 abzuschließen, im Einklang mit dem von dem Präsi-

denen Côte d'Ivoires angekündigten Ziel, diesen Prozess für 74.000 ehemalige Kombattanten durchzuführen, ersucht die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, die Durchführung dieses Prozesses zu erleichtern, namentlich durch die Verstärkung ihrer technischen Unterstützung für die Behörde für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und die rasche Auszahlung der Unterstützung für das ivoirische Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm, und fordert ferner die Mitgliedstaaten und regionalen und internationalen Organisationen auf, Finanzmittel zur Deckung des Bedarfs des Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramms beizutragen;

7. *legt* dem Landesteam der Vereinten Nationen *nahe*, im Benehmen mit der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und den internationalen Partnern die Planung und Durchführung von Programmen, die diesen Prozess unterstützen, zu erleichtern;

8. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires *nachdrücklich auf*, für einen transparenten und inklusiven Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozess zu sorgen, der die mit der früheren Regierung verbundenen ehemaligen Kombattanten einschließt, befürwortet weitere Anstrengungen der Behörde für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, die Einsammlung und Beseitigung von Waffen und Munition im Rahmen des Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozesses zu verstärken, und erklärt erneut, dass die Regierung Lösungen für eine dauerhafte soziale und wirtschaftliche Eingliederung der ehemaligen Kombattanten, einschließlich ehemaliger Kombattantinnen, entwickeln muss;

#### **Reform des Sicherheitssektors**

9. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires *auf*, die Umsetzung der im September 2012 angenommenen und 2014 aktualisierten nationalen Strategie zur Reform des Sicherheitssektors zu beschleunigen, mit dem Ziel, inklusive und rechenschaftspflichtige Sicherheitskräfte mit einer wirksamen Befehlskette, einem System der Militärgerichtsbarkeit und ausreichenden und dauerhaften Haushaltsmitteln aufzubauen;

10. *unterstreicht* in dieser Hinsicht, wie wichtig es ist, den Einsatz der Polizei und der Gendarmerie zur Übernahme der Aufgaben der öffentlichen Ordnung, die derzeit von den Republikanischen Kräften Côte d'Ivoires und anderen Gruppen wahrgenommen werden, zu beschleunigen, namentlich durch die Ausstattung der Polizei und der Gendarmerie mit standardmäßigen Polizeiwaffen und dazugehöriger Munition im Anschluss an die teilweise Aufhebung des Waffenembargos gemäß seiner Resolution 2153 (2014);

11. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires und alle internationalen Partner, einschließlich der privatwirtschaftlichen Unternehmen, die der Regierung bei dem Prozess der Sicherheitssektorreform behilflich sind, *erneut auf*, die Bestimmungen der Resolution 2153 (2014) einzuhalten und ihre Anstrengungen zu koordinieren, mit dem Ziel, Transparenz und eine klare Arbeitsteilung zwischen allen internationalen Partnern zu fördern;

#### **Menschenrechte**

12. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires *mit allem Nachdruck auf*, möglichst schnell dafür zu sorgen, dass alle diejenigen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, namentlich während und nach der Krise nach den Wahlen in Côte d'Ivoire, verantwortlich sind, ungeachtet ihrer Rechtsstellung oder politischen Zugehörigkeit im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der Regierung vor Gericht gestellt werden und dass alle Inhaftierten auf transparente Weise über ihren Status aufgeklärt werden, und legt der Regierung eindringlich *nahe*, ihre Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof fortzusetzen;

13. *betont* in dieser Hinsicht, wie wichtig die Arbeit der Nationalen Untersuchungskommission und der Kommission für Dialog, Wahrheit und Aussöhnung für eine dauerhafte Aussöhnung in Côte d'Ivoire ist, fordert die Durchführung und den Abschluss der diesbezüglichen Untersuchungen, fordert ferner die Regierung Côte d'Ivoires *auf*, durch die Schaffung eines förderlichen Umfelds zu gewährleisten, dass die Arbeit des ivoirischen Justizsystems unparteiisch, glaubwürdig und transparent ist und mit international vereinbarten Normen im Einklang steht, begrüßt in dieser Hinsicht die Verlängerung des Mandats der Sonderermittlungszelle und legt der Regierung *nahe*, ihre Unterstützung für deren wirksame Tätigkeit zu erhöhen;

14. *fordert* die Regierung Côte d'Ivoires *nachdrücklich auf*, konkrete und erkennbare Schritte zur Verhütung und Verminderung der Gewalt zwischen Bevölkerungsgruppen zu unternehmen und zu diesem Zweck einen breiten nationalen Konsens über den wirksamen Umgang mit Fragen der Identität und der Grundbesitzrechte anzustreben;

15. *begrüßt* die Einrichtung einer nationalen Menschenrechtskommission, unterstreicht die Wichtigkeit ihrer Unabhängigkeit und ihrer Übereinstimmung mit den Grundsätzen betreffend die Stellung nationaler Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte (Pariser Grundsätze)<sup>287</sup> und fordert die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire auf, die ivoirischen Behörden und Institutionen auch künftig bei der Gewährleistung der Menschenrechte aller Personen zu unterstützen;

16. *fordert* die Verantwortlichen *auf*, die Begehung sexueller oder geschlechtsspezifischer Gewalttaten unverzüglich einzustellen, und fordert ferner die UNOCI auf, soweit es mit ihren Befugnissen und Verantwortlichkeiten vereinbar ist, auch weiterhin die nationalen und internationalen Anstrengungen zu unterstützen, die unternommen werden, um diejenigen, die schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in Côte d'Ivoire begangen haben, ungeachtet ihrer Rechtsstellung oder politischen Zugehörigkeit vor Gericht zu stellen;

17. *begrüßt*, dass die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und die Republikanischen Kräfte Côte d'Ivoires weiter zusammenarbeiten und koordinierte Maßnahmen durchführen, fordert die Republikanischen Kräfte auf, das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht strikt einzuhalten, und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, wie wichtig es ist, die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden auf dem Gebiet der Menschenrechte, des Kinderschutzes und der Bekämpfung der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt auszubilden;

#### **Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire**

18. *beschließt*, das Mandat der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis zum 30. Juni 2015 zu verlängern;

19. *beschließt außerdem*, dass die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire das folgende Mandat hat:

##### *a) Schutz von Zivilpersonen*

- im Rahmen ihrer Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets und unbeschadet der Hauptverantwortung der ivoirischen Behörden die Zivilbevölkerung vor drohender körperlicher Gewalt zu schützen, und legt der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire nahe, bei der Verfolgung dieser Prioritäten und zur aktiven Verteidigung ihres Mandats eine stärker auf Prävention und Präemption ausgerichtete Position einzunehmen, aufbauend auf den bislang unternommenen positiven Schritten und unbeschadet der einvernehmlichen Grundprinzipien der Friedenssicherung;
- die umfassende Strategie zum Schutz von Zivilpersonen in Abstimmung mit dem Landesteam der Vereinten Nationen umzusetzen;
- eng mit den humanitären Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten, insbesondere in Bezug auf Spannungsgebiete und die Rückkehr von Vertriebenen, Informationen über mögliche Bedrohungen der Zivilbevölkerung zu sammeln und derartige Bedrohungen zu ermitteln und sie gegebenenfalls den ivoirischen Behörden zur Kenntnis zu bringen;

##### *b) Politische Unterstützung*

- den ivoirischen Behörden Gute Dienste und politische Unterstützung für ihre Anstrengungen zur Auseinandersetzung mit den tieferen Ursachen des Konflikts und zur Herstellung dauerhaften Friedens und dauerhafter Sicherheit in Côte d'Ivoire zu leisten, namentlich in den vorrangigen

---

<sup>287</sup> Resolution 48/134 der Generalversammlung, Anlage.

Bereichen der Sicherheitssektorreform, der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und der Aussöhnungsprozesse auf nationaler wie auch lokaler Ebene;

- den ivoirischen Behörden Gute Dienste zur Unterstützung der Vorbereitungen für die 2015 abzuhaltende Präsidentschaftswahl zu leisten, namentlich durch die Erleichterung des Dialogs zwischen allen politischen Interessenträgern, einschließlich der Vertreter der Zivilgesellschaft und der politischen Parteien;

*c) Umgang mit den verbleibenden Sicherheitsbedrohungen und grenzbezogenen Problemen*

- im Rahmen ihrer bestehenden Befugnisse und Möglichkeiten und innerhalb ihres Einsatzgebiets die nationalen Behörden bei der Stabilisierung der Sicherheitslage in dem Land zu unterstützen und dabei besondere Aufmerksamkeit auf die Bereitstellung von Unterstützung für die Gewährleistung der Sicherheit bis zur Präsidentschaftswahl im Oktober 2015 zu legen;
- die Aktivitäten von Milizen, Söldnern und anderen illegalen bewaffneten Gruppen zu überwachen und von diesen Aktivitäten abzuschrecken und die Regierung Côte d'Ivoires dabei zu unterstützen, Grenzsicherheitsprobleme anzugehen, einschließlich grenzüberschreitender Sicherheits- und anderer Probleme in den Grenzgebieten, namentlich zu Liberia, in Übereinstimmung mit ihrem bestehenden Mandat zum Schutz von Zivilpersonen, und sich zu diesem Zweck eng mit der Mission der Vereinten Nationen in Liberia abzustimmen, mit dem Ziel einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Missionen, etwa indem nach Bedarf und im Rahmen ihrer bestehenden Mandate und Möglichkeiten koordinierte Patrouillen und Eventualplanungen durchgeführt werden;
- mit den Republikanischen Kräften Côte d'Ivoires Verbindung zu halten, um das gegenseitige Vertrauen zwischen allen Elementen der Republikanischen Kräften zu fördern;

*d) Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm und Einsammlung von Waffen*

- der Regierung Côte d'Ivoires in enger Abstimmung mit anderen bilateralen und internationalen Partnern dabei behilflich zu sein, ohne weitere Verzögerung das nationale Programm zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten und zur Auflösung der Milizen und Selbstverteidigungsgruppen durchzuführen, unter Berücksichtigung der Rechte und Bedürfnisse der verschiedenen Personengruppen, die entwaffnet, demobilisiert und wiedereingegliedert werden sollen, einschließlich der Kinder und Frauen;
- die Registrierung und Überprüfung der ehemaligen Kombattanten zu unterstützen und dabei behilflich zu sein, die Verlässlichkeit der Listen ehemaliger Kombattanten zu bewerten und zu prüfen;
- die Entwaffnung und Repatriierung ausländischer bewaffneter Elemente, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der Mission der Vereinten Nationen in Liberia und den Landteams der Vereinten Nationen in der Region, zu unterstützen;
- den nationalen Behörden, namentlich der Nationalen Kommission zur Bekämpfung der Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen und des unerlaubten Handels damit, im Einklang mit Resolution 2153 (2014) bei der Einsammlung, Registrierung, Sicherstellung und Entsorgung von Waffen und gegebenenfalls bei der Räumung explosiver Kampfmittelrückstände behilflich zu sein;
- in Abstimmung mit der Regierung Côte d'Ivoires sicherzustellen, dass die eingesammelten Waffen nicht außerhalb der umfassenden nationalen Sicherheitsstrategie, auf die in Buchstabe e) Bezug genommen wird, verteilt oder wiederverwendet werden;

*e) Wiedereinsetzung und Reform der Sicherheitsinstitutionen*

- der Regierung Côte d'Ivoires dabei behilflich zu sein, unverzüglich und in enger Abstimmung mit anderen internationalen Partnern ihre umfassende nationale Sicherheitsstrategie umzusetzen;

- die Regierung Côte d’Ivoire bei der wirksamen, transparenten und harmonisierten Koordinierung der Hilfe, die die internationalen Partner zum Prozess der Sicherheitssektorreform leisten, einschließlich der Förderung einer klaren Teilung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten, zu unterstützen;
- die Regierung Côte d’Ivoire gegebenenfalls bei der Sicherheitssektorreform und der Organisation der künftigen Nationalarmee zu beraten, im Rahmen ihrer derzeitigen Mittel, auf Ersuchen der Regierung und in enger Abstimmung mit den anderen internationalen Partnern die Durchführung von Schulungen für Sicherheits- und Strafverfolgungsinstitutionen auf dem Gebiet der Menschenrechte, des Kinderschutzes und des Schutzes vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus zu erleichtern, indem sie technische Hilfe, gemeinsame Standorte und Mentorenprogramme für Polizei und Gendarmerie bereitstellt, und zur Wiederherstellung ihrer Präsenz in ganz Côte d’Ivoire beizutragen und das Vertrauen innerhalb der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden und zwischen ihnen zu fördern und Unterstützung für die Entwicklung eines nachhaltigen Mechanismus zur Überprüfung des zur Aufnahme in die Institutionen des Sicherheitssektors vorgesehenen Personals anzubieten;

*f) Überwachung des Waffenembargos*

- in Zusammenarbeit mit der Sachverständigengruppe für Côte d’Ivoire nach Resolution 1584 (2005) vom 1. Februar 2005 die Durchführung der mit Ziffer 7 der Resolution 1572 (2004) verhängten Maßnahmen zu überwachen, namentlich indem sie in dem Maße, in dem sie es für erforderlich hält, und gegebenenfalls ohne vorherige Ankündigung alle Waffen, Munitionsbestände und sonstiges Wehrmaterial, gleichviel wo sich diese befinden, inspiziert, im Einklang mit Resolution 2153 (2014);
- Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial, die unter Verstoß gegen die mit Ziffer 7 der Resolution 1572 (2004) verhängten Maßnahmen nach Côte d’Ivoire verbracht wurden, gegebenenfalls einzusammeln und auf geeignete Weise zu entsorgen;
- der Regierung Côte d’Ivoire auf ihr Ersuchen und im Rahmen ihrer vorhandenen Mittel dabei behilflich zu sein, sicherzustellen, dass die Ankündigungen und Genehmigungsersuchen der Regierung die in Ziffer 7 der Resolution 2153 (2014) genannten erforderlichen Angaben enthalten, im Einklang mit Ziffer 9 der genannten Resolution;

*g) Unterstützung zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen*

- zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte in Côte d’Ivoire beizutragen, mit besonderem Augenmerk auf an Kindern und Frauen begangenen schweren Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen, namentlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, in enger Abstimmung mit dem mit Resolution 17/21 vom 17. Juni 2011 des Menschenrechtsrats<sup>288</sup> eingesetzten unabhängigen Experten;
- Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich derjenigen, die an Kindern begangen werden, im Einklang mit den Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011, 2068 (2012) vom 19. September 2012 und 2143 (2014) vom 7. März zu verfolgen, bei ihrer Untersuchung zu helfen und dem Sicherheitsrat über sie Bericht zu erstatten, mit dem Ziel, solche Rechtsverletzungen und Verstöße zu verhüten und die Straflosigkeit zu beenden;
- den Sicherheitsrat über alle Personen in Kenntnis zu setzen, die als Urheber schwerer Menschenrechtsverletzungen identifiziert wurden, und den Ausschuss nach Resolution 1572 (2004) gegebenenfalls über wesentliche Entwicklungen in dieser Hinsicht unterrichtet zu halten;

---

<sup>288</sup> Siehe *Official Records of the General Assembly, Sixty-sixth Session, Supplement No. 53 (A/66/53)*, Kap. I.

- die Regierung Côte d’Ivoire bei ihren Anstrengungen zur Bekämpfung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu unterstützen, namentlich durch Beiträge zur Erarbeitung einer in nationaler Eigenverantwortung durchgeführten sektorübergreifenden Strategie in Zusammenarbeit mit den an der Aktion der Vereinten Nationen gegen sexuelle Gewalt in Konflikten beteiligten Stellen;
- Frauen, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, spezifischen Schutz zu gewähren und nach Bedarf und im Rahmen der vorhandenen Ressourcen dafür zu sorgen, dass Experten in Gleichstellungsfragen vorhanden sind und Schulungen auf diesem Gebiet abgehalten werden, im Einklang mit den Resolutionen 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 und 2106 (2013) vom 24. Juni 2013;

*h) Unterstützung der humanitären Hilfe*

- nach Bedarf den ungehinderten Zugang für die humanitäre Hilfe zu erleichtern und die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die von Konflikten betroffenen und schwächeren Bevölkerungsgruppen stärken zu helfen, namentlich durch einen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit für die Hilfeleistung;
- die ivoirischen Behörden bei der Vorbereitung der freiwilligen, sicheren und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Zusammenarbeit mit den zuständigen humanitären Organisationen und bei der Schaffung der dazu dienlichen Sicherheitsbedingungen zu unterstützen;

*i) Öffentlichkeitsarbeit*

- die Sendekapazität der Operation der Vereinten Nationen in Côte d’Ivoire über ihren Radiosender ONUCI FM weiter zu nutzen, um zu den Gesamtmaßnahmen zur Schaffung eines friedlichen Umfelds bis zur Präsidentschaftswahl im Oktober 2015 beizutragen;
- alle Fälle, in denen öffentlich zu Hass, Intoleranz und Gewalt aufgestachelt wird, zu verfolgen und den Sicherheitsrat über alle Personen in Kenntnis zu setzen, die als Anstifter politischer Gewalt identifiziert wurden, und den Ausschuss nach Resolution 1572 (2004) gegebenenfalls über wesentliche Entwicklungen in dieser Hinsicht unterrichtet zu halten;

*j) Schutz des Personals der Vereinten Nationen*

- das Personal, die Einrichtungen und die Ausrüstung der Vereinten Nationen zu schützen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit ihres Personals zu gewährleisten;

20. *ermächtigt* die Operation der Vereinten Nationen in Côte d’Ivoire, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um ihr Mandat im Rahmen ihrer Möglichkeiten innerhalb ihres Einsatzgebiets durchzuführen;

21. *beschließt*, dass der Schutz von Zivilpersonen weiter die vorrangige Aufgabe der Operation der Vereinten Nationen in Côte d’Ivoire ist, im Einklang mit Ziffer 19 *a)*, und beschließt ferner, dass sich die Operation erneut darauf konzentrieren wird, die Regierung Côte d’Ivoire bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, der Einsammlung von Waffen und der Sicherheitssektorreform zu unterstützen, im Einklang mit den Ziffern 19 *d)* und *e)* dieser Resolution, mit dem Ziel der Übertragung der Sicherheitsverantwortung von der Operation an die Regierung Côte d’Ivoire;

22. *ersucht* die Operation der Vereinten Nationen in Côte d’Ivoire, sicherzustellen, dass jede Unterstützung für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte unter strenger Einhaltung der Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte<sup>289</sup> bereitgestellt wird;

---

<sup>289</sup> S/2013/110, Anlage.



### Truppenstruktur

23. *verweist auf seine* in Resolution 2112 (2013) bekräftigte *Absicht*, eine weitere Verkleinerung um zwei Bataillone zu prüfen, und beschließt, dass das uniformierte Personal der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zum 30. Juni 2015 aus bis zu 5.437 Militärangehörigen, davon 5.245 Soldaten und Stabsoffiziere sowie 192 Militärbeobachter, bestehen wird;

24. *beschließt*, dass die genehmigte Personalstärke der Polizeikomponente der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire bis zu 1.500 Personen betragen wird, und beschließt ferner, die bereits bewilligten 8 Zollbeamten beizubehalten;

25. *bekräftigt seine Absicht*, ausgehend von den Sicherheitsbedingungen vor Ort und nach Maßgabe der Fähigkeit der Regierung Côte d'Ivoires, die Sicherheitsaufgaben der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu übernehmen, eine weitere Verkleinerung der Operation, eine Überprüfung ihres Mandats sowie ihre mögliche Beendigung nach der Präsidentschaftswahl im Oktober 2015 zu erwägen;

26. *nimmt Kenntnis* von der Umgliederung der militärischen Präsenz der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, wonach sie, wie in Resolution 2112 (2013) beschlossen, ihre Kräfte und Mittel auf Gebiete mit erhöhtem Risiko konzentriert, bekundet seine Unterstützung für das neue mobile Einsatzkonzept der Militärkomponente der Operation und ersucht die Operation, nach dem zusätzlichen Abbau ihres Militärpersonals ihre Struktur in dieser Hinsicht weiter anzupassen, mit dem Ziel, ihre Standorte und Stützpunkte zusammenzulegen, sich auf den Westen des Landes und gegebenenfalls auf weitere Gebiete mit erhöhtem Risiko zu konzentrieren, während sie zu einer mobilen Aufstellung übergeht und ihr Lagebewusstsein und ihre Frühwarnkapazitäten verbessert;

27. *ersucht* die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, ihre Tätigkeiten zu fokussieren und weiter zu straffen, quer über ihre Militär-, Polizei- und zivilen Komponenten, um Fortschritte bei den in Ziffer 19 ausgeführten Aufgaben zu erzielen und der in Resolution 2112 (2013) und in dieser Resolution über die Struktur der Mission beschlossenen Verkleinerung der Militärkomponente und Einengung des Mandats vollständig Rechnung zu tragen, und verleiht seiner Absicht Ausdruck, die Erfordernisse und die Zusammensetzung der Komponenten der Operation weiter aktiv zu prüfen;

### Französische Truppen

28. *beschließt*, die den französischen Truppen vom Sicherheitsrat erteilte Ermächtigung, innerhalb der Grenzen ihres Einsatzes und ihrer Kapazität die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire zu unterstützen, bis zum 30. Juni 2015 zu verlängern;

29. *fordert* alle Parteien *nachdrücklich auf*, mit den Einsätzen der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der sie unterstützenden französischen Truppen voll zu kooperieren, insbesondere indem sie deren Sicherheit und Bewegungsfreiheit mit ungehindertem und sofortigem Zugang im gesamten Hoheitsgebiet Côte d'Ivoires gewährleisten, damit sie ihr jeweiliges Mandat uneingeschränkt wahrnehmen können;

### Regionale Zusammenarbeit und Zusammenarbeit zwischen den Missionen

30. *fordert* die Regierungen Côte d'Ivoires und Liberias *auf*, ihre Zusammenarbeit weiter zu verstärken, insbesondere im Hinblick auf das Grenzgebiet, namentlich durch verstärkte Überwachung, Informationsaustausch und koordinierte Maßnahmen, und die gemeinsame Grenzstrategie umzusetzen, um unter anderem die Entwaffnung und Repatriierung ausländischer bewaffneter Elemente auf beiden Seiten der Grenze und die freiwillige und sichere Rückführung der Flüchtlinge zu unterstützen, sowie die tieferen Ursachen von Konflikten und Spannungen anzugehen;

31. *erklärt erneut*, wie wichtig im Zuge der Verkleinerung der Mission der Vereinten Nationen in Liberia und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen den Missionen sind, bekräftigt den in seiner Resolution 1609 (2005) vom 24. Juni 2005 festgelegten Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Missionen, weist ferner darauf hin, dass er in seiner Resolution 2062 (2012) vom 26. Juli 2012 die Empfehlung des Generalsekretärs gebilligt hat, drei bewaffnete Hubschrauber von der Mission zur Operation zu verlegen, die sowohl in Côte d'Ivoire als auch

in Liberia entlang der Grenze und grenzüberschreitend einsetzbar sind, und beschließt, dass alle Mehrzweck-Militärhubschrauber der Operation und der Mission sowohl in Côte d'Ivoire als auch in Liberia eingesetzt werden, um ein rasches Eingreifen und die Mobilität zu erleichtern, ohne dass dies den jeweiligen Verantwortungsbereich der Missionen beeinträchtigt;

32. *begrüßt* den in dem Bericht des Generalsekretärs vom 15. Mai 2014<sup>286</sup> enthaltenen Vorschlag, im Kontext der Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen der Mission der Vereinten Nationen in Liberia und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire für einen Anfangszeitraum von einem Jahr und im Rahmen der genehmigten Militärstärke der Operation eine Schnelleingreiftruppe zur Durchführung des in Ziffer 19 festgelegten Mandats der Operation und zur Unterstützung der Mission, wie in Ziffer 33 festgelegt, einzurichten, stellt jedoch gleichzeitig fest, dass diese Einheit hauptsächlich ein Einsatzmittel der Operation bleiben wird;

33. *ermächtigt* den Generalsekretär, diese Einheit vorbehaltlich der Zustimmung der betreffenden truppenstellenden Länder und der Regierung Liberias im Falle einer ernsthaften Verschlechterung der Sicherheitslage vor Ort zur vorübergehenden Verstärkung der Mission der Vereinten Nationen in Liberia nach Liberia zu verlegen, mit dem alleinigen Ziel der Durchführung des Mandats der Mission, und betont, dass das vorrangige Ziel dieser Einheit die Durchführung des Mandats der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire sein soll;

34. *ersucht* den Generalsekretär, Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass diese Einheit so bald wie möglich und spätestens im Mai 2015 die volle Einsatzfähigkeit erreicht;

35. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, den Rat sofort über jede Verlegung dieser Einheit nach Liberia zu unterrichten und für jede Verlegung für einen Zeitraum von mehr als 90 Tagen die Genehmigung des Rates einzuholen;

36. *fordert* alle Institutionen der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und Liberia, einschließlich aller relevanten Komponenten der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, *auf*, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats, ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihres jeweiligen Einsatzgebiets die Stabilisierung des Grenzgebiets verstärkt zu unterstützen, namentlich indem sie vermehrt zusammenarbeiten und eine gemeinsame strategische Vision samt einem Plan zur Unterstützung der ivoirischen und liberianischen Behörden erarbeiten sowie die Umsetzung der regionalen Sicherheitsstrategien, einschließlich derjenigen der Mano-Fluss-Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, unterstützen;

37. *lobt* die Zusammenarbeit zwischen der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali und legt den beiden Missionen der Vereinten Nationen nahe, diesen Kurs gemäß der Ermächtigung nach Ziffer 14 seiner Resolution 2100 (2013) fortzusetzen;

### **Berichterstattung**

38. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat regelmäßig über die Situation in Côte d'Ivoire und die Durchführung des Mandats der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire unterrichtet zu halten und ihm spätestens am 15. Dezember 2014 einen Halbzeitbericht und spätestens am 15. Mai 2015 einen Schlussbericht über die Lage vor Ort und die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

39. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7207. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

## MISSION DES SICHERHEITSRATS<sup>290</sup>

### Beschlüsse

Am 27. September 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>291</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass die Mitglieder des Sicherheitsrats sich darauf geeinigt haben, vom 3. bis 9. Oktober 2013 eine Mission nach Äthiopien, in die Demokratische Republik Kongo, nach Ruanda und nach Uganda zu entsenden. Die Mission wird unter der Leitung von Botschaftsrat Alexis Lamék (Frankreich) und Botschafter Mohammed Loulichki (Marokko) (für die Demokratische Republik Kongo), von Botschafterin Samantha Power (Vereinigte Staaten von Amerika) (für Ruanda), von Botschafter Mark Lyall Grant (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland) (für Uganda) und von Botschafter Agshin Mehdiyev (Aserbaidschan) und Botschafter Eugène-Richard Gasana (Ruanda) (für Äthiopien) stehen. Die Ratsmitglieder haben sich auf die Aufgabenstellung der Mission geeinigt (siehe Anlage).

Die Mission setzt sich wie folgt zusammen:

Argentinien (Botschafterin María Cristina Perceval)

Australien (Botschafter Gary Francis Quinlan)

Aserbaidschan (Botschafter Agshin Mehdiyev, Ko-Leiter der Mission)

China (Botschaftsrat Zhao Yong)

Frankreich (Botschaftsrat Alexis Lamék, Ko-Leiter der Mission)

Guatemala (Botschafter Gert Rosenthal)

Luxembourg (Botschafterin Sylvie Lucas)

Marokko (Botschafter Mohammed Loulichki, Ko-Leiter der Mission)

Pakistan (Minister Asim Iftikar Ahmad)

Republik Korea (Botschafter Sul Kyung-hoon)

Russische Föderation (Minister Petr Iliichev)

Ruanda (Botschafter Eugène-Richard Gasana, Ko-Leiter der Mission)

Togo (Botschafter Kodjo Menan)

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland (Botschafter Mark Lyall Grant, Ko-Leiter der Mission)

Vereinigte Staaten von Amerika (Botschafterin Samantha Power, Ko-Leiterin der Mission)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben samt Anlage als Dokument des Sicherheitsrats verteilen ließen.

---

<sup>290</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2003 verabschiedet

<sup>291</sup> S/2013/579.

## Anlage

### Aufgabenstellung der Mission des Sicherheitsrats nach Afrika

#### I. Regionale Aufgaben in der Region der Großen Seen

1. An das Bekenntnis des Sicherheitsrats zur Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit aller Staaten in der Region erinnern und die Notwendigkeit betonen, die Grundsätze der Nichteinmischung, der guten Nachbarschaft und der regionalen Zusammenarbeit uneingeschränkt zu achten.
2. Alle Länder der Region auffordern, die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Nachbarländer zu achten, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Nachbarländer einzumischen, Personen, die der Verletzung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen beschuldigt werden, oder Personen, die unter den Sanktionsregimen der Vereinten Nationen aufgeführt sind, keine Zuflucht zu gewähren und die Rechenschaftspflicht zu fördern, und alle Länder auffordern, bewaffnete Gruppen weder zu dulden noch ihnen Hilfe oder Unterstützung jeglicher Art zu gewähren.
3. Die nachdrückliche Unterstützung des Rates für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern der Region bekunden und sie zur weiteren Verstärkung ihrer Zusammenarbeit auf allen Gebieten, insbesondere in politischen, wirtschaftlichen und sicherheitsbezogenen Fragen, ermutigen, um die langfristige Stabilisierung der Region der Großen Seen zu garantieren.
4. Seine Unterstützung für die Umsetzung der Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region<sup>292</sup> bekräftigen, die für die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens und dauerhafter Sicherheit im Osten der Demokratischen Republik Kongo und der Region der Großen Seen unerlässlich ist, und alle Unterzeichnerstaaten auffordern, ihre jeweiligen Verpflichtungen unverzüglich, vollständig und nach Treu und Glauben umzusetzen.
5. Erneut erklären, dass alle Parteien zur Stabilisierung des östlichen Teils der Demokratischen Republik Kongo beitragen sollen, allen Ländern der Region nahelegen, zusammenzuarbeiten, und daran erinnern, wie wichtig die vollständige Durchführung der einschlägigen Ratsresolutionen, namentlich der Resolution 2098 (2013), als Mittel zur Stabilisierung der Situation ist.
6. Erneut Unterstützung dafür bekunden, die regionale Dynamik zu stärken, so auch gegebenenfalls durch die Entwicklung von Wirtschaftsprojekten von gemeinsamem Interesse und die Durchführung geeigneter Maßnahmen zur Erleichterung des rechtmäßigen Handels und zur Beendigung des illegalen Handels mit natürlichen Ressourcen, und auf diese Weise den Frieden und die Sicherheit zu festigen.
7. Der anhaltenden Besorgnis des Rates hinsichtlich des Schutzes von Zivilpersonen Nachdruck verleihen, auf die Lage der Binnenvertriebenen eingehen und für die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts eintreten, das Problem der sexuellen Gewalt angehen und den Kinderschutz stärken und den betreffenden Parteien und Regierungen nahelegen, dafür zu sorgen, dass die Verantwortlichen für schwere Menschenrechtsverletzungen und schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht vor Gericht gestellt werden.
8. Bekräftigen, dass sexuelle Gewalt, wenn sie als Methode oder Taktik der Kriegsführung oder im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs auf die Zivilbevölkerung eingesetzt wird oder andere damit beauftragt werden, Situationen bewaffneter Konflikts erheblich verschärfen und verlängern und die Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit behindern kann, und in dieser Hinsicht betonen, dass wirksame Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung solcher Handlungen in erheblichem Maße zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Si-

---

<sup>292</sup> S/2013/131, Anlage.

cherheit beitragen, und unterstreichen, dass die Mitwirkung von Frauen für alle Präventions- und Schutzmaßnahmen unverzichtbar ist.

**Zusätzliche Aufgaben in der Demokratischen Republik Kongo** (*unter gemeinsamer Leitung Frankreichs und Marokkos*)

9. Anerkennen, dass die Regierung der Demokratischen Republik Kongo die Hauptverantwortung für die Festigung des Friedens und der Stabilität, für die Förderung der Wiederherstellung und der Entwicklung in dem Land und für den Schutz der Zivilbevölkerung trägt, und die anhaltende diesbezügliche Unterstützung des Rates bekunden.

10. Erneut seine tiefe Besorgnis über die prekäre Sicherheitslage und die humanitäre Krise im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo aufgrund der anhaltenden destabilisierenden Aktivitäten der Bewegung des 23. März, der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und anderer kongolesischer und ausländischer bewaffneter Gruppen bekunden und verlangen, dass sie unverzüglich alle Formen der Gewalt und destabilisierenden Aktivitäten einstellen und dass ihre Mitglieder diese Gruppen sofort und auf Dauer auflösen und die Waffen niederlegen.

11. Alle kongolesischen Behörden auffordern, ihre Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit vollständig und nach Treu und Glauben umzusetzen und insbesondere verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um den Sicherheitssektor zu reformieren, die staatliche Autorität zu festigen, die Dezentralisierung voranzubringen und die Agenda der Aussöhnung, der Toleranz und der Demokratisierung zu fördern.

12. Seine Unterstützung für die Schaffung eines nationalen Aufsichtsmechanismus durch den Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo gemäß der Forderung im Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit und in Resolution 2098 (2013) bekunden und die kongolesischen Behörden auffordern, die Transparenz und Wirksamkeit dieses Mechanismus sicherzustellen.

13. Die Unterstützung des Rates für die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo bekräftigen und sich über die Durchführung der Resolution 2098 (2013) unterrichten lassen, insbesondere über die Umstrukturierung der Mission und die Entsendung der Interventionsbrigade, und über die Vorlage eines Fahrplans, in dem die möglichst vollständige Übertragung der Aufgaben an das Landesteam der Vereinten Nationen dargelegt ist, und sich über die Bedrohung der regionalen Stabilität durch bewaffnete Gruppen, darunter die Bewegung des 23. März, die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas und die Allianz der demokratischen Kräfte – Nationale Armee für die Befreiung Ugandas, unterrichten lassen.

14. Aktuelle Informationen über die gemeinsamen militärischen Operationen der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo und der Mission zur Bekämpfung der Bewegung des 23. März und anderer bewaffneter Gruppen einholen, um weitere aktuelle Informationen darüber bitten, wie die Mission ihr Mandat nach Resolution 2098 (2013), alle bewaffneten Gruppen zu neutralisieren, durchzuführen beabsichtigt und wie die Mission beabsichtigt, künftige Anstrengungen im Hinblick auf die Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Wiedereingliederung und Neuansiedlung durchzuführen, bekräftigen, dass alle militärischen Operationen im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht durchgeführt werden sollen, und geeignete Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen ergreifen und aus den Erfahrungen der Mission Erkenntnisse ziehen, die die Ratsmitglieder auf laufende und künftige Friedenssicherungseinsätze anwenden können.

15. Erneut die anhaltenden Besorgnisse des Rates hinsichtlich des Schutzes von Zivilpersonen bekunden, den Stand der Durchführung der Resolution 2098 (2013) erörtern, die Lage der Binnenvertriebenen angehen und die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht fördern und schützen und Fragen der sexuellen Gewalt und des Kinderschutzes angehen, namentlich durch die Umsetzung des Aktionsplans für Kinder in bewaffneten Konflikten, den die Regierung der Demokratischen Republik Kongo 2012 unterzeichnet hat.

16. Die volle Mitwirkung der Frauen an der Konfliktbeilegung und an Friedensprozessen sicherstellen und erneut erklären, dass ihm die Wechselbeziehungen zwischen dem wirksamen Schutz von Zi-

vilpersonen, der Minderung und Beseitigung der Bedrohung durch bewaffnete Gruppen und der umfassenden Reform des Sicherheitssektors bewusst sind, insbesondere im Hinblick auf die Auswahl und Überprüfung der Soldaten, die in die kongolesischen Streitkräfte integriert werden.

17. Daran erinnern, dass es von äußerster Wichtigkeit ist, die Straflosigkeit, insbesondere im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo, zu bekämpfen, indem diejenigen, die Verbrechen und Gräueltaten verübt haben, vor Gericht gestellt werden.

**Zusätzliche Aufgaben in Ruanda** (*unter Leitung der Vereinigten Staaten von Amerika*)

18. Gespräche über die Anliegen Ruandas in der Region führen, darunter die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas, sowie darüber, wie diesen Anliegen unter Achtung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit aller Staaten in der Region der Großen Seen Rechnung getragen werden kann.

19. Erneut Unterstützung für die Umsetzung der Verpflichtungen nach dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit bekunden und alle Unterzeichner auffordern, ihre Verpflichtungen nach Treu und Glauben zu erfüllen.

20. Die Not der Flüchtlinge aus der Demokratischen Republik Kongo untersuchen, die von bewaffneten Gruppen zur Flucht gezwungen wurden.

21. Erneut erklären, dass alle Parteien zur Stabilisierung des östlichen Teils der Demokratischen Republik Kongo beitragen sollen, den ruandischen und kongolesischen Behörden nahelegen, gemeinsam mit der Sondergesandten des Generalsekretärs für die Region der großen Seen und der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo darauf hinzuarbeiten, die vollständige Neutralisierung, Entwaffnung und Demobilisierung der bewaffneten Gruppen in der Region und das Abschneiden ihrer Unterstützungsquellen sicherzustellen, im Rahmen eines mehrdimensionalen Ansatzes im Einklang mit dem Rahmenabkommen über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit, und daran erinnern, wie wichtig die vollständige Durchführung der einschlägigen Ratsresolutionen als Mittel zur Stabilisierung der Situation ist.

22. Erkunden, wie die regionale Dynamik gestärkt werden kann, unter anderem durch die Schaffung von Friedensdividenden und, soweit angezeigt, die Entwicklung von Wirtschaftsprojekten von gemeinsamem Interesse.

23. Mit der Regierung Ruandas die Modalitäten dafür erörtern, wie die Regierung, die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen zusammenarbeiten können, um die Situation der ehemaligen Kombattanten der Bewegung des 23. März, die seit März 2013 im Osten Ruandas interniert sind, einschließlich der vom Rat benannten Personen, unverzüglich anzugehen und dafür zu sorgen, dass sie dauerhaft demobilisiert und im Einklang mit dem einschlägigen Völkerrecht behandelt werden, wobei den Kindern und Frauen unter ihnen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

**Zusätzliche Aufgaben in Uganda** (*unter der Leitung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland*)

24. Erneut die Unterstützung des Rates für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern der Region bekunden, sie ermutigen, die Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu stärken, und die diesbezüglichen regionalen Anstrengungen erörtern.

25. Gespräche über die Anliegen Ugandas in der Region führen, darunter die Allianz der Demokratischen Kräfte, und darüber, wie diesen Anliegen unter Achtung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit aller Staaten in der Region der Großen Seen Rechnung getragen werden kann.

26. Der Unterstützung des Rates für das Vorgehen gegen bewaffnete Gruppen in der Region, insbesondere die Widerstandsarmee des Herrn, Nachdruck verleihen.

**II. Afrikanische Union** (*unter gemeinsamer Leitung Aserbaidschans und Ruandas*)

27. Durch einen Meinungsaustausch über Fragen, mit denen sowohl der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als auch der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union befasst sind, die Partner-

schaft zwischen der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen weiter ausbauen und ihre Zusammenarbeit verstärken, im Einklang mit Resolution 2033 (2013).

28. Einen Meinungsaustausch führen und erkunden, wie die Instrumente der Afrikanischen Union zur Konfliktprävention gestärkt und unterstützt werden können.

29. Einen Meinungsaustausch über Situationen führen, mit denen sowohl der Sicherheitsrat als auch der Friedens- und Sicherheitsrat befasst sind, namentlich über die folgenden Fragen:

- a) Die Situation in der Region der Großen Seen;
- b) die Situation in Sudan und Südsudan;
- c) die Situation in Somalia;
- d) die Situation in der Zentralafrikanischen Republik;
- e) die Situation in der Sahel-Region.

Auf seiner 7045. Sitzung am 21. Oktober 2013 behandelte der Rat den Punkt

„Mission des Sicherheitsrats

Unterrichtung durch die Mission des Sicherheitsrats nach Afrika (3. bis 9. Oktober 2013)“.

Am 30. Januar 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>293</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass die Mitglieder des Sicherheitsrats sich darauf geeinigt haben, vom 31. Januar bis 3. Februar 2014 eine Mission unter der Leitung von Botschafter Gérard Araud (Frankreich) und Gesandter-Botschaftsrat Bante Mangaral (Tschad) nach Mali zu entsenden. Die Ratsmitglieder haben sich auf die Aufgabenstellung der Mission geeinigt (siehe Anlage).

Die Mission setzt sich wie folgt zusammen:

Argentinien (Zweiter Sekretär Marcos Stancanelli)

Australien (Botschafter Gary Francis Quinlan)

Chile (Botschaftsrat Hugo Ignacio Llanos Mardones)

China (Botschaftsrat Shen Bo)

Frankreich (Botschafter Gérard Araud)

Jordanien (Minister Mahmoud Hmoud)

Litauen (Botschafterin Raimonda Murmokaitė)

Luxemburg (Botschafterin Sylvie Lucas)

Nigeria (Botschafter Usman Sarki)

Republik Korea (Botschafter Oh Joon)

Russische Föderation (Minister Petr Iliichev)

Ruanda (Botschafter Eugène-Richard Gasana)

Tschad (Gesandter-Botschaftsrat Bante Mangaral)

Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland (Botschafter Peter Wilson)

Vereinigte Staaten von Amerika (Botschafterin Samantha Power)

---

<sup>293</sup> S/2014/72.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben samt Anlage als Dokument des Sicherheitsrats verteilen ließen.

## **Anlage**

### **Mission des Sicherheitsrats nach Mali: Aufgabenstellung**

1. Im Anschluss an die erfolgreiche Abhaltung friedlicher und transparenter Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2013 mit Unterstützung der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali die vollständige Wiederherstellung einer demokratischen Regierungsführung und der verfassungsmäßigen Ordnung in Mali begrüßen; Konsultationen mit den neu ernannten und gewählten Amtsträgern abhalten.
2. Die ersten Bemühungen der Regierung Malis begrüßen, eine Reihe nationaler Konsultationsveranstaltungen über die Lage im Norden Malis in die Wege zu leiten, und weitere Schritte auf dem Weg zur Festigung der Stabilität, zur Förderung der nationalen Aussöhnung und des sozialen Zusammenhalts und zur Bekämpfung der tieferen Ursachen der wiederkehrenden Krisen, von denen Mali betroffen ist, anregen; die Fortschritte bei den Maßnahmen zur Konfliktmilderung und -prävention auf nationaler und lokaler Ebene, unter anderem durch lokale Partner, sowie beim nationalen Dialog- und Aussöhnungsprozess, unter anderem durch die Beteiligung der Zivilgesellschaft, bewerten.
3. Die nachdrückliche Forderung des Sicherheitsrats nach einem alle Seiten einschließenden und glaubwürdigen Verhandlungsprozess wiederholen, der allen Gemeinschaften des Nordens Malis offensteht und dessen Ziel es ist, eine dauerhafte politische Lösung der Krise und anhaltenden Frieden und langfristige Stabilität im ganzen Land unter Achtung der Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit des malischen Staates herbeizuführen, wie im Vorläufigen Abkommen von Ouagadougou vom 18. Juni 2013 gefordert.
4. Die Aufforderung des Rates an alle Unterzeichner des Vorläufigen Abkommens und diejenigen bewaffneten Gruppen im Norden Malis, die alle Beziehungen zu terroristischen Organisationen abgebrochen und sich bedingungslos auf das Abkommen verpflichtet haben, unterstreichen, dessen Bestimmungen rasch und vollständig durchzuführen, einschließlich der Kantonierung der bewaffneten Gruppen, der schrittweisen Wiederherstellung der staatlichen Verwaltung im gesamten Land und der Aufnahme aller Seiten einschließender und glaubwürdiger Friedensgespräche.
5. Erneut die uneingeschränkte Unterstützung des Rates für die Moderation eines alle Seiten einschließenden Prozesses über die Guten Dienste des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Mali bekunden, in enger Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft, namentlich der Afrikanischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Europäischen Union, im Einklang mit Ziffer 4 der Resolution 2100 (2013) des Rates, mit dem Ziel, im Rahmen eines umfassenden Abkommens zur Beendigung der Krise im gesamten nationalen Hoheitsgebiet Malis den Frieden und die Sicherheit wiederherzustellen.
6. Die Aufforderung des Rates an alle in Betracht kommenden malischen Parteien wiederholen, sich unverzüglich auf aktive Maßnahmen zu einigen, die die Kantonierung der bewaffneten Gruppen als einen unverzichtbaren Schritt auf dem Weg zu einem wirksamen Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozess im Rahmen einer umfassenden Friedensregelung fördern; bewerten, wie die Mission den Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozess weiter unterstützen kann.
7. Die Unterstützung des Rates für die Mission bekräftigen und sich über die Durchführung der Resolution 2100 (2013) unterrichten lassen, insbesondere über die operative Dislozierung der Mission, um wichtige Bevölkerungszentren zu stabilisieren, besonders im Norden Malis, und die Wiederherstellung der staatlichen Autorität im gesamten Land sowie die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte weiter zu unterstützen.
8. Erneut die Besorgnis des Rates über die fragile Sicherheitslage bekunden und sich über die Sicherheitslage, besonders im Norden Malis, und über die von terroristischen Gruppen ausgehende Bedrohung für die regionale Stabilität unterrichten lassen; aktuelle Informationen über die Durchführung



des Mandats der Mission einholen, das darin besteht, zur Unterstützung der Regierung Malis Zivilpersonen zu schützen, die wichtigen Bevölkerungszentren zu stabilisieren, insbesondere im Norden Malis, und in diesem Zusammenhang von Bedrohungen abzuschrecken und aktive Schritte zu unternehmen, um die Rückkehr bewaffneter Elemente in diese Gebiete zu verhindern, und zur Schaffung eines sicheren Umfelds für die sichere Erbringung humanitärer Hilfe unter ziviler Führung beizutragen, im Einklang mit den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Nothilfe; aktuelle Informationen über die Zusammenarbeit aller Parteien mit der Mission einholen, um die Sicherheit der Mission zu gewährleisten; sich über die Durchführung des Mandats der französischen Truppen unterrichten lassen, das darin besteht, die Mission zu unterstützen, wenn sie unmittelbar und ernsthaft bedroht ist.

9. Erneut auf die Forderung des Rates verweisen, die malische zivile Kontrolle und Aufsicht über die malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte als ein Schlüsselement der Gesamtreform des Sicherheitssektors beizubehalten, und in dieser Hinsicht die Regierung Malis zu weiteren Fortschritten ermutigen und den Beitrag der Mission und anderer internationaler Geber, einschließlich der Europäischen Union im Rahmen ihrer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und über die Ausbildungsmission der Europäischen Union in Mali, bewerten.

10. Der anhaltenden Besorgnis des Rates hinsichtlich des Schutzes von Zivilpersonen, der Bedeutung der Bekämpfung der Straflosigkeit und der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem Problem der sexuellen Gewalt und der Stärkung des Kinderschutzes Nachdruck verleihen; für die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts eintreten, der Regierung Malis nahelegen, dafür zu sorgen, dass die für schwere Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe Verantwortlichen rasch vor Gericht gestellt werden, und auch weiterhin mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenarbeiten.

11. Hervorheben, dass alle, die sexuelle Gewalthandlungen begehen, zur Rechenschaft gezogen werden müssen, und betonen, dass die uneingeschränkte, gleichberechtigte und wirksame Mitwirkung der Frauen ab der frühen Stabilisierungsphase sichergestellt werden muss, unter anderem an den Prozessen der Sicherheitssektorreform und der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie am nationalen politischen Dialog und den Wahlprozessen, eingedenk der Resolution 1325 (2000) des Rates; ferner hervorheben, dass alle, die Verstöße und Missbrauchshandlungen an Kindern begehen, zur Rechenschaft gezogen werden müssen, und dafür sorgen, dass dem Kinderschutz bei den Prozessen der Sicherheitssektorreform und der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung besondere Aufmerksamkeit gilt.

12. Hervorheben, dass die Regierung Malis humanitäre Herausforderungen, einschließlich der Nahrungsmittelkrise, auch weiterhin angehen und dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge und Binnenvertriebene herbeiführen muss, namentlich durch die Schaffung von Bedingungen, die ihrer freiwilligen und dauerhaften Rückkehr in Sicherheit und Würde förderlich sind.

13. Die Aufforderung des Rates an alle zuständigen Einrichtungen der Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft wiederholen, dass sie ihre Unterstützung für die Anstrengungen der Regierung Malis verstärken, den betroffenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere Frauen und Kindern, helfen und die Bereitstellung grundlegender Dienste für die Bevölkerung unterstützen, insbesondere im Norden Malis; der internationalen Gemeinschaft nahelegen, Maßnahmen zur Deckung des unmittelbaren und des langfristigen Bedarfs der Bevölkerung Malis zu koordinieren, unter anderem im Rahmen der internationalen Geberkonferenz auf hoher Ebene am 5. Februar 2014 in Brüssel zur Unterstützung der Entwicklung Malis, in Abstimmung mit der Regierung; den Aufruf des Rates an die internationale Gemeinschaft zur Schließung der Finanzierungslücke im konsolidierten humanitären Appell wiederholen.

14. Die Regierung Malis dafür würdigen, dass sie für die kommenden zwei Jahre den Vorsitz der Koordinierungsplattform übernimmt, ein Ergebnis der am 5. November 2013 in Bamako abgehaltenen Ministertagung über die Integrierte Strategie der Vereinten Nationen für den Sahel; die Aufforderung des Rates an die Staaten des Sahel, Westafrikas und des Maghreb wiederholen, die interregionale Zusammenarbeit auszuweiten, um alle Seiten einschließende, wirksame Strategien für die Bewältigung grenzüberschreitender Herausforderungen in der Sahel-Region zu erarbeiten, unter anderem zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in der

Region; die Entschlossenheit des Rates bekräftigen, sich mit der komplexen sicherheitsbezogenen und politischen Situation in der Sahel-Region zu befassen, die mit humanitären und Entwicklungsfragen verknüpft ist.

Auf seiner 7120. Sitzung am 26. Februar 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Mission des Sicherheitsrats

Unterrichtung durch die Mission des Sicherheitsrats nach Mali (31. Januar bis 3. Februar 2014)“.

---

## **DIE FÖRDERUNG UND STÄRKUNG DER RECHTSSTAATLICHKEIT BEI DER WAHRUNG DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT<sup>294</sup>**

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7113. Sitzung am 19. Februar 2014 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Albanien, der Arabischen Republik Syrien, Armenien, Aserbaidschans, Bangladeschs, Belgiens, Botsuanas, Brasiliens, Costa Ricas, der Demokratischen Republik Kongo, Deutschlands, Ecuadors, Estlands, Georgiens, Guatemalas, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Israels, Japans, Kasachstans, Katars, Kolumbiens, Kroatiens, Kubas (Erster Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten), Lettlands (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Liechtensteins, Malaysias, Mexikos, Namibias, Neuseelands, der Niederlande, Pakistans, Perus, der Philippinen, Polens, der Republik Moldau, Saudi-Arabiens, Schwedens, der Schweiz, Senegals, Simbabwe, Sloweniens, der Slowakei, Spaniens, Sri Lankas, Tunesiens, der Türkei, Ugandas und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Förderung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Bericht des Generalsekretärs über die Messung der Wirksamkeit der vom System der Vereinten Nationen geleisteten Unterstützung zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Konflikt- und Postkonfliktsituationen (S/2013/341).

Schreiben der Ständigen Vertreterin Litauens bei den Vereinten Nationen vom 3. Februar 2014 an den Generalsekretär (S/2014/75)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Ioannis Vrailas, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, den Ständigen Beobachter des Beobachterstaats Palästina bei den Vereinten Nationen im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7115. Sitzung am 21. Februar 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Die Förderung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Bericht des Generalsekretärs über die Messung der Wirksamkeit der vom System der Vereinten Nationen geleisteten Unterstützung zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Konflikt- und Postkonfliktsituationen (S/2013/341).

---

<sup>294</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2003 verabschiedet.

Schreiben der Ständigen Vertreterin Litauens bei den Vereinten Nationen vom 3. Februar 2014 an den Generalsekretär (S/2014/75)“.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>295</sup>:

Der Sicherheitsrat bekräftigt die Erklärung seines Präsidenten vom 19. Januar 2012<sup>296</sup> und seine fortgesetzte Anerkennung der Notwendigkeit, den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit allgemein einzuhalten und anzuwenden, sowie die Betonung der grundlegenden Bedeutung, die er der Förderung der Gerechtigkeit und der Rechtsstaatlichkeit als unverzichtbares Element der friedlichen Koexistenz und der Verhütung bewaffneter Konflikte beimisst.

Der Rat bekräftigt ferner sein Bekenntnis zum Völkerrecht und zur Charta der Vereinten Nationen sowie zu einer internationalen Ordnung, die auf Rechtsstaatlichkeit und dem Völkerrecht beruht, die wesentliche Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen den Staaten bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen sind und so zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen.

Der Rat erinnert an die Erklärung der am 24. September 2012 abgehaltenen Tagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene<sup>297</sup>.

Der Rat unterstreicht, dass ein dauerhafter Frieden einen integrierten Ansatz erfordert, der auf der Kohärenz zwischen den Tätigkeiten in den Bereichen Politik, Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, Rechtsstaatlichkeit und Justiz beruht. In dieser Hinsicht betont der Rat, wie wichtig die Rechtsstaatlichkeit als eines der Grundelemente der Konfliktprävention, der Friedenssicherung, der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung ist.

Der Rat erklärt erneut, dass die nationalen Behörden die Hauptverantwortung dafür tragen, ihre Prioritäten und Strategien für die Friedenskonsolidierung nach Konflikten festzulegen, und stellt in dieser Hinsicht erneut fest, dass die nationale Trägerschaft und Eigenverantwortung, politischer Wille sowie die konzertierten Anstrengungen der Regierungen und der internationalen Gemeinschaft eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung eines dauerhaften Friedens sind.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig die Unterstützung zur Stärkung der rechtsstaatlichen Institutionen des Gastlands ist, die eine Reihe von Friedenssicherungseinsätzen und besonderen politischen Missionen, wenn dies Teil ihres Mandats ist, im Rahmen ihres Mandats in Abstimmung mit den zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen leisten. In dieser Hinsicht erinnert der Rat an seine Resolution 2086 (2013), in der er vermerkte, dass mehrdimensionalen Friedenssicherungsmissionen das Mandat erteilt werden kann, eine solche Unterstützung zu leisten, indem sie die nationalen Behörden dabei unterstützen, die wesentlichen Prioritäten und Strategien auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit zu erarbeiten, um den Bedürfnissen der Polizei, der Justizinstitutionen und des Strafvollzugssystems und deren kritischen Schnittstellen Rechnung zu tragen, mit dem Ziel, die Staaten besser zur Wahrnehmung der wichtigsten Aufgaben auf diesen Gebieten zu befähigen, als wesentlicher Beitrag zur Festigung des Friedens und zur Beendigung der Straflosigkeit.

Der Rat, in Bezug auf die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit, die Teil des Mandats von Friedenssicherungseinsätzen und besonderen politischen Missionen sein können,

- bekundet erneut seine Entschlossenheit, klare, glaubwürdige und erfüllbare Mandate zu erteilen;
- unterstreicht, dass die Unterstützung zur Stärkung der rechtsstaatlichen Institutionen des Gastlands im landesspezifischen Kontext betrachtet werden soll;

---

<sup>295</sup> S/PRST/2014/5.

<sup>296</sup> S/PRST/2012/1.

<sup>297</sup> Resolution 67/1 der Generalversammlung.

- unterstreicht, wie wichtig ein sektorweiter Ansatz für die Reform des Sicherheitssektors ist, der die Rechtsstaatlichkeit erhöht, namentlich durch die Schaffung eines unabhängigen Justiz- und Strafvollzugssystems, und bekräftigt, dass eine wirksame Reform des Sicherheitssektors den Aufbau eines professionellen, wirksamen und rechenschaftspflichtigen Sicherheitssektors erfordert, der unter der zivilen Aufsicht einer demokratischen Regierung steht;
- stellt fest, welche wichtige Rolle die Polizeikomponenten von Friedenssicherungseinsätzen bei der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Konflikt- und Postkonfliktsituationen spielen können, unter anderem indem sie für die Nationalpolizei und andere Strafverfolgungsbehörden operative Unterstützung bereitstellen und die Reform, die Umgliederung und den Wiederaufbau dieser Stellen unterstützen, beispielsweise durch technische Hilfe, gemeinsame Standorte, Ausbildungs- und Mentorenprogramme;
- betont, wie wichtig es ist, Doppelungen und Überschneidungen in den Strukturen und Tätigkeiten der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit zu vermeiden und die Art, in der die Koordinierung durchgeführt wird, zu verbessern;
- hebt hervor, dass die Leitung der jeweiligen Mission der Vereinten Nationen dafür verantwortlich ist, die Tätigkeiten der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit anzuleiten und zu beaufsichtigen und die Unterstützung der Vereinten Nationen für das Land vor Ort zu koordinieren;
- betont, dass im Zuge von Missionplanungsprozessen für mandatsmäßige Tätigkeiten auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit, die von Friedenssicherungseinsätzen und besonderen politischen Missionen durchgeführt werden, die Unterstützung der nationalen Anstrengungen zum Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen umfassend berücksichtigt werden soll, wobei den besonderen Bedürfnissen des Gastlands Rechnung zu tragen ist;
- unterstreicht, wie wichtig Partnerschaften und Zusammenarbeit mit Mitgliedstaaten und mit regionalen, subregionalen und internationalen Partnern bei der Durchführung von Tätigkeiten auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit sind, und fordert sie auf, die Kohärenz und Koordinierung ihrer Friedenskonsolidierungspläne und -programme mit denen der Friedenssicherungseinsätze und der besonderen politischen Missionen sowie mit der umfassenderen Präsenz der Vereinten Nationen vor Ort zu fördern;
- unterstreicht ferner, dass die Steuerung des Übergangs von einem Friedenssicherungseinsatz oder einer besonderen politischen Mission in Bezug auf die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit auf einer im Benehmen mit dem Gastland durchgeführten aktuellen Analyse der Hilfe über die Mandatslaufzeit hinaus beruhen soll, damit die Akteure im Bereich der Friedenskonsolidierung und der Entwicklung in der Lage sind, in enger Partnerschaft mit den nationalen Behörden die erforderliche strategische Planung und Mitteleinwerbung vorzunehmen und so rasch wie möglich Fachkenntnisse und Erfahrungen an die Amtsträger und Sachverständigen des Gastlands weiterzugeben, um den Erfolg und die Dauerhaftigkeit des Übergangs zu gewährleisten.

Der Rat verweist auf die Nulltoleranzpolitik des Generalsekretärs gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch sowie auf die Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte<sup>298</sup> im Zusammenhang mit den einschlägigen Tätigkeiten der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit.

Der Rat bekundet erneut seine Besorgnis über die Lage der von einem bewaffneten Konflikt betroffenen schutzbedürftigen Gruppen, insbesondere von Frauen, Kindern und Vertriebenen. Der Rat bekundet seine besondere Besorgnis über sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt und über Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern in Situationen bewaffneter Konflikte.

---

<sup>298</sup> S/2013/110, Anlage.

Der Rat ist sich dessen bewusst, wie wichtig es ist, der Straflosigkeit für solche Handlungen ein Ende zu setzen, indem die Kapazitäten von Polizei, Justiz und Strafvollzug ausgebaut werden und eine Geschlechter- und Kinderschutzperspektive in alle Rechtsstaatsprogramme einbezogen wird, einschließlich durch die Reform des Justizsektors und durch Schulungen zum Kinderschutz sowie zum Umgang mit sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt. Der Rat erinnert in dieser Hinsicht an seine Resolutionen 1325 (2000), 1612 (2005), 1820 (2008), 1882 (2009), 1888 (2009), 1889 (2009), 1960 (2010), 1998 (2011), 2068 (2012), 2106 (2013) und 2122 (2013). Der Rat bekundet erneut seine Absicht, bei der Festlegung und Erneuerung der Mandate von Missionen der Vereinten Nationen Bestimmungen über den Kinderschutz und die Förderung der Gleichstellung und die Ermächtigung der Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen aufzunehmen, insbesondere durch die Ernennung von Kinderschutzberatern und Beratern für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen sowie Bestimmungen zum Schutz der Rechte der Kinder und zur Förderung der vollen Teilhabe von Frauen und ihres uneingeschränkten Zugangs zur Justiz durch Rechts-, Justiz- und Sicherheitssektorreformen und umfassendere Wiederaufbauprozesse nach Konflikten.

Der Rat stellt mit Besorgnis fest, welche besonderen Herausforderungen von der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, darunter dem Handel mit illegalen Waffen, dem Drogenhandel und dem Menschenhandel, sowie von Seeräuberei, bewaffneten Raubüberfällen auf See und Terrorismus für die Sicherheit der Länder ausgehen, mit denen er befasst ist, einschließlich Postkonfliktländern. Der Rat ermutigt zur Koordinierung der Maßnahmen der Vereinten Nationen, die unter anderem durch Friedenssicherungseinsätze und besondere politische Missionen, wo ein Mandat erteilt wurde, erfolgen, und der Maßnahmen der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung dieser Bedrohungen durch die Umsetzung der anwendbaren innerstaatlichen und internationalen Normen, durch zweckdienliche internationale Langzeitmaßnahmen zum Kapazitätsaufbau und durch Regionalinitiativen.

Der Rat bekräftigt seine entschiedene Ablehnung der Straflosigkeit für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen. Der Rat betont in diesem Zusammenhang, dass die Staaten die Verantwortung für die Einhaltung ihrer einschlägigen Verpflichtungen tragen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, eingehende Ermittlungen anzustellen und die für Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen, um diese Verbrechen zu verhüten, ihre Wiederholung zu verhindern und dauerhaften Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit und Aussöhnung herbeizuführen. Der Rat begrüßt die zu diesem Zweck auf nationaler und internationaler Ebene unternommenen konzertierten Anstrengungen.

Der Rat anerkennt den Beitrag der nationalen Justizsysteme zum Kampf gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen und unterstreicht, wie wichtig die Stärkung der nationalen Rechenschaftsmechanismen unter voller Achtung des Grundsatzes eines ordnungsgemäßen Verfahrens und der Rechte der Verteidigung, insbesondere auch der Aufbau von Kapazitäten auf dem Gebiet der Ermittlungen, der Strafverfolgung und des Zeugenschutzes, in Postkonfliktländern ist. Der Rat hebt außerdem hervor, dass regionale und subregionale Organisationen und Vereinbarungen zur Rechenschaft beitragen können, indem sie den Ausbau der Kapazitäten der nationalen Justizsysteme unterstützen.

Der Rat betont, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit und zur Sicherstellung von Rechenschaft für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere ungeheuerliche Verbrechen durch die diesbezügliche Arbeit und die strafrechtliche Verfolgung dieser Verbrechen im Rahmen des internationalen Strafjustizsystems, der Ad-hoc- und gemischten Gerichtshöfe sowie der Sonderkammern in nationalen Gerichten gestärkt worden ist. Der Rat anerkennt in dieser Hinsicht den Beitrag, den der Internationale Strafgerichtshof im Einklang mit dem Grundsatz der Komplementarität zur innerstaatlichen Strafgerichtsbarkeit, wie im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs<sup>299</sup> festgelegt, dazu leistet, dass die Verantwortlichen für diese Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. In dieser Hinsicht erklärt der Rat erneut, wie wichtig es ist, dass die

---

<sup>299</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2187, Nr. 38544. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2000 II S. 1394; LGBI. 2002 Nr. 90; öBGBI. III Nr. 180/2002; AS 2002 3743.

Staaten im Einklang mit ihren jeweiligen Verpflichtungen mit diesen Gerichtshöfen und Gerichten zusammenarbeiten. Der Rat bekundet ferner erneut seine Absicht, auch weiterhin energisch und mit den geeigneten Mitteln die Straflosigkeit zu bekämpfen und Rechenschaft zu gewährleisten. Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass der Generalsekretär die neuesten Leitlinien für den Kontakt zu Personen herausgegeben hat, gegen die ein Haftbefehl oder eine Ladung des Internationalen Strafgerichtshofs ergangen ist<sup>300</sup>.

Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen zur gemeinsamen globalen Koordinierungsstelle für Polizei-, Justiz- und Strafvollzugsangelegenheiten bestimmt wurden.

Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht des Generalsekretär über die Messung der Wirksamkeit der vom System der Vereinten Nationen geleisteten Unterstützung zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Konflikt- und Postkonfliktsituationen<sup>301</sup> und den darin enthaltenen Empfehlungen.

---

## ZENTRALAFRIKANISCHE REGION<sup>302</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7065. Sitzung am 20. November 2013 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Zentralafrikanische Region

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika und über die von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Gebiete (S/2013/671)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Abou Moussa, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Zentralafrika und Leiter des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Francisco Madeira, den Sondergesandten der Afrikanischen Union für die Frage der Widerstandsarmee des Herrn, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7066. Sitzung am 25. November 2013 behandelte der Rat den Punkt

„Zentralafrikanische Region

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika und über die von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Gebiete (S/2013/671)“.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>303</sup>:

Der Sicherheitsrat verurteilt erneut mit Nachdruck die von der Widerstandsarmee des Herrn verübten schrecklichen Angriffe, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die von ihr begangenen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Verletzungen der Menschenrechte.

---

<sup>300</sup> S/2013/210, Anlage.

<sup>301</sup> S/2013/34.

<sup>302</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2003 verabschiedet.

<sup>303</sup> S/PRST/2013/18.

te. Der Rat verurteilt ferner die Einziehung und den Einsatz von Kindern in dem bewaffneten Konflikt, die Tötungen und Verstümmelungen, die Vergewaltigungen, die sexuelle Sklaverei und sonstige sexuelle Gewalt sowie die Entführungen durch die Widerstandsarmee des Herrn. Der Rat verlangt die sofortige Beendigung aller Angriffe der Widerstandsarmee des Herrn und fordert die Widerstandsarmee des Herrn nachdrücklich auf, alle Entführten freizulassen, die Waffen niederzulegen und zu demobilisieren. Der Rat begrüßt die jüngsten Fortschritte im Hinblick auf die Beendigung der von der Widerstandsarmee des Herrn in Zentralafrika begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und bekundet erneut seine Entschlossenheit, die derzeitige Dynamik aufrechtzuerhalten, bis die von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehende Bedrohung endgültig aus der Welt geschafft ist.

Der Rat begrüßt die diplomatischen Bemühungen des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Zentralafrika Abou Moussa und des Sondergesandten der Afrikanischen Union für die Frage der Widerstandsarmee des Herrn Francisco Madeira um den Ausbau der Zusammenarbeit in der Region und um die Erleichterung erneuter Einsätze des Regionalen Einsatzverbands der Afrikanischen Union in der Region. Der Rat legt dem Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika in seiner Koordinierungsrolle, den politischen und Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen in der Region sowie den anderen maßgeblichen Präsenzen der Vereinten Nationen eindringlich nahe, die Umsetzung der Regionalstrategie der Vereinten Nationen zum Vorgehen gegen die Bedrohung und die Auswirkungen der Aktivitäten der Widerstandsarmee des Herrn (Strategie der Vereinten Nationen)<sup>304</sup> nach Bedarf und im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und ihrer Fähigkeiten verstärkt zu unterstützen. Der Rat legt dem Generalsekretär nahe, die Bemühungen des Regionalbüros in dieser Hinsicht zu optimieren, namentlich durch den Einsatz von Personal und die Unterstützung der Bemühungen zur Bekämpfung der Widerstandsarmee des Herrn. Der Rat fordert außerdem die internationale Gemeinschaft auf, nach Möglichkeit die Umsetzung der Strategie der Vereinten Nationen zu unterstützen. Der Rat nimmt in dieser Hinsicht davon Kenntnis, dass am 4. Oktober 2013 in Brüssel ein Treffen der Internationalen Arbeitsgruppe über die Widerstandsarmee des Herrn unter dem gemeinsamen Vorsitz der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten von Amerika stattfand.

Der Rat bekundet erneut seine nachdrückliche Unterstützung für die Regionale Kooperationsinitiative der Afrikanischen Union gegen die Widerstandsarmee des Herrn und würdigt die bedeutenden Fortschritte, die der Regionale Einsatzverband erzielt hat. Der Rat begrüßt insbesondere die verstärkten Einsätze des Regionalen Einsatzverbands gegen Lager der Widerstandsarmee des Herrn in den vergangenen Monaten, die den Druck auf die Kommandostruktur der Widerstandsarmee des Herrn erhöht und ihre Fähigkeiten vermindert haben. Der Rat fordert alle Regierungen der Region nachdrücklich auf, alle ihre Verpflichtungen im Rahmen der Regionalen Kooperationsinitiative der Afrikanischen Union gegen die Widerstandsarmee des Herrn zu erfüllen und den notwendigen grundlegenden Bedarf für ihre Sicherheitskräfte bereitzustellen. Der Rat legt den Nachbarstaaten nahe, mit dem Regionalen Einsatzverband zusammenzuarbeiten, um die von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehende Bedrohung zu beenden. Der Rat legt ferner allen Staaten in der Region nahe, durch entsprechende Maßnahmen dafür zu sorgen, dass die Widerstandsarmee des Herrn in ihrem Hoheitsgebiet nicht straflos operieren kann. Der Rat weist darauf hin, wie wichtig die fortgesetzte internationale Unterstützung für die Einsätze, die Logistik und das Hauptquartier des Regionalen Einsatzverbands ist. Der Rat unterstreicht, dass alle militärischen Maßnahmen gegen die Widerstandsarmee des Herrn im Einklang mit dem Völkerrecht, namentlich dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht, soweit anwendbar, durchgeführt werden müssen und dass die Gefahr der Schädigung von Zivilpersonen in diesen Gebieten auf ein Mindestmaß beschränkt werden muss.

Der Rat begrüßt die Maßnahmen zur Umsetzung eines verbesserten, umfassenden und stärker regional ausgerichteten Konzepts für den Umgang mit der humanitären Lage, einschließlich der Hilfe für die Opfer sexueller Gewalt und anderer Angriffe, und fordert nachdrücklich weitere diesbezügliche Fortschritte.

---

<sup>304</sup> S/2012/481, Anlage.

Der Rat unterstreicht, dass die Staaten in der von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Region die Hauptverantwortung für den Schutz der Zivilbevölkerung tragen. Der Rat begrüßt die in Abstimmung mit der Afrikanischen Union unternommenen Anstrengungen der Demokratischen Republik Kongo, Südsudans, Ugandas und der Zentralafrikanischen Republik, die von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehende Bedrohung zu beenden, und legt diesen Ländern sowie den anderen Ländern in der Region eindringlich nahe, weitere Anstrengungen zu unternehmen.

Der Rat bekundet seine ernsthafte Besorgnis darüber, dass die anhaltende Instabilität und das verstärkte Sicherheitsvakuum in der Zentralafrikanischen Republik nach wie vor die Einsätze zur Bekämpfung der Widerstandsarmee des Herrn beeinträchtigen und zur Stärkung der Widerstandsarmee des Herrn in dem Land beitragen. Der Rat stellt ferner mit Besorgnis fest, dass es Meldungen zufolge zu Angriffen der Widerstandsarmee des Herrn in der Zentralafrikanischen Republik in Gebieten außerhalb des Haupteinsatzgebiets des Regionalen Einsatzverbands gekommen ist. In dieser Hinsicht betont der Rat die Notwendigkeit einer engen Abstimmung und eines intensiven Informationsaustauschs zwischen dem Integrierten Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, dem Regionalen Einsatzverband und der Internationalen Unterstützungsmission in der Zentralafrikanischen Republik unter afrikanischer Führung bei ihren Aktivitäten zum Schutz von Zivilpersonen und ihren Einsätzen zur Bekämpfung der Widerstandsarmee des Herrn.

Der Rat begrüßt die Anstrengungen der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo zur Bekämpfung der Widerstandsarmee des Herrn. In diesem Zusammenhang legt der Rat der Mission nahe, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Widerstandsarmee des Herrn fortzusetzen und zu verstärken, unter anderem durch eine verbesserte Reaktion auf unmittelbare Bedrohungen für Zivilpersonen, durch Ausbildung und Kapazitätsaufbau für die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo, die Unterstützung der Gemeinsamen Informations- und Einsatzzentrale und die Durchführung des robusten Programms zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung, um das Überlaufen weiterer Mitglieder der Widerstandsarmee des Herrn zu fördern und zu erleichtern.

Der Rat verweist auf das Mandat der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo und der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan zum Schutz von Zivilpersonen in den von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Gebieten beizutragen und die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der Kombattanten der Widerstandsarmee des Herrn in ihren jeweiligen Ländern zu unterstützen. Der Rat legt beiden Missionen eindringlich nahe, die Zusammenarbeit mit dem Regionalen Einsatzverband auszubauen, um die Einsätze, die Patrouillen und die Strategien zum Schutz von Zivilpersonen abzustimmen. Der Rat legt der Mission und der Mission in Südsudan nahe, dem Regionalen Einsatzverband im Rahmen ihrer bestehenden Mandate und der vorhandenen Ressourcen geeignete logistische Unterstützung bereitzustellen und bei der Reaktion auf abzusehende Bedrohungen der Sicherheit von Zivilpersonen eng mit dem Regionalen Einsatzverband zusammenzuarbeiten. Der Rat verweist außerdem auf das Mandat des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und des Integrierten Büros der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, im Hinblick auf die regionale Bedrohung durch die Widerstandsarmee des Herrn zusammenzuarbeiten und rasch Informationen auszutauschen. Im Einklang mit der Strategie der Vereinten Nationen betont der Rat die Notwendigkeit einer verstärkten grenzüberschreitenden Koordinierung, unter anderem durch die Verwendung gemeinsamer ständiger Dienstanweisungen und den raschen Informationsaustausch zwischen diesen Missionen sowie allen sonstigen maßgeblichen Akteuren in der Region, damit sie die Bewegungen der Widerstandsarmee des Herrn sowie unmittelbar drohende Angriffe besser vorhersehen können.

Der Rat nimmt Kenntnis von den Meldungen, die nahelegen, dass die Widerstandsarmee des Herrn in der an der Grenze zur Zentralafrikanischen Republik gelegenen und zwischen Südsudan und Sudan umstrittenen Enklave Kafia Kingi einen Stützpunkt unterhält. Der Rat nimmt ferner Kenntnis von den Berichten über mutmaßliche Angriffe und Entführungen durch die Widerstandsarmee des Herrn in Westäquatoria (Südsudan) sowie darüber, dass die Widerstandsarmee des Herrn in den Regionen Bas-Uélé und Haut-Uélé in der Demokratischen Republik Kongo wieder aktiv geworden ist.



Der Rat legt den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union und der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten nahe, auch künftig zusammenzuarbeiten, unter anderem im Rahmen gemeinsamer Bewertungen vor Ort, um ein gemeinsames Lagebild der derzeitigen Fähigkeiten und Einsatzgebiete der Widerstandsarmee des Herrn zu erarbeiten und regelmäßig zu aktualisieren sowie die logistischen Netzwerke der Widerstandsarmee des Herrn und möglichen Quellen militärischer Unterstützung und illegaler Finanzierung zu untersuchen, einschließlich ihrer mutmaßlichen Beteiligung an der Elefantenwilderei und dem damit zusammenhängenden illegalen Schmuggel. Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass der Generalsekretär in seinem jüngsten Bericht über das Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika und die Widerstandsarmee des Herrn<sup>305</sup> zu dem Schluss gekommen ist, dass die zunehmende Wilderei zu Sicherheitsbesorgnissen in der Zentralafrikanischen Republik und der gesamten Region beigetragen hat und dazu benutzt wird, grenzüberschreitende kriminelle Netzwerke und bewaffnete Rebellengruppen, einschließlich der Widerstandsarmee des Herrn, zu finanzieren.

Der Rat fordert die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, das Integrierte Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik, die Mission der Vereinten Nationen in Südsudan und die anderen Akteure der Vereinten Nationen in der von dem Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika betroffenen Region nachdrücklich auf, nach Bedarf weiter mit regionalen Kräften, internationalen Akteuren und nichtstaatlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, um ein gemeinsames Vorgehen zur Förderung des Überlaufens sowie die Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Neuansiedlung und Wiedereingliederung in dem gesamten von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Gebiet zu unterstützen. Der Rat unterstreicht die Bedeutung von Programmen zur Unterstützung der Freilassung, Rückführung und erfolgreichen Wiedereingliederung der von der Widerstandsarmee des Herrn entführten Kinder, insbesondere von Programmen, die die Akzeptanz dieser Kinder in den lokalen Gemeinschaften fördern sollen.

Der Rat legt dem Regionalen Einsatzverband nahe, seine Einsätze gegen alle Gruppen der Widerstandsarmee des Herrn fortzusetzen und zugleich mit den Vereinten Nationen und nichtstaatlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, um sichere Sammelstellen einzurichten und Informationen bereitzustellen, um Mitglieder der Widerstandsarmee des Herrn zu unterstützen, die echten Wunsch zur Demobilisierung und Entwaffnung zeigen. Der Rat nimmt Kenntnis von Berichten, denen zufolge kleine Gruppen von Kämpfern der Widerstandsarmee des Herrn in der Zentralafrikanischen Republik gewillt sind, die Waffen niederzulegen und sich zu ergeben. In dieser Hinsicht legt der Rat dem Integrierten Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik eindringlich nahe, mit den Übergangsbehörden in der Zentralafrikanischen Republik zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass alle Bemühungen, das Überlaufen von Mitgliedern der Widerstandsarmee des Herrn zu fördern, den ständigen Dienstanweisungen der Vereinten Nationen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der Mitglieder der Widerstandsarmee des Herrn folgen.

Der Rat würdigt die Bemühungen der internationalen Geber, humanitäre Hilfe für die von der Widerstandsarmee des Herrn betroffene Bevölkerung in der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo und der Republik Südsudan bereitzustellen. Der Rat bekräftigt seine Forderung, dass alle Parteien im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts und den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe den humanitären Organisationen sicheren und ungehinderten Zugang zur Zivilbevölkerung gestatten. Der Rat legt den Gebern nahe, mehr Finanzmittel für die in der Strategie der Vereinten Nationen dargelegten humanitären Projekte und Projekte zur raschen Wiederherstellung bereitzustellen. Der Rat bekundet außerdem seine Besorgnis darüber, dass viele humanitäre Akteure sich aus den von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Gebieten in der Demokratischen Republik Kongo zurückgezogen haben und dass unter anderem aufgrund der schlechten Infrastruktur kein regelmäßiger humanitärer Zugang zu vielen von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Gemeinschaften in der Demokratischen Republik

---

<sup>305</sup> S/2013/671.

Kongo und der Zentralafrikanischen Republik besteht, und ermutigt die Vereinten Nationen zu stärkeren Anstrengungen und die internationalen Geber zu verstärkter Unterstützung, um förderliche Bedingungen für den besseren, rechtzeitigen Durchlass von Hilfssendungen, Ausrüstungen und Helfern zu schaffen.

Der Rat wiederholt seine Forderung nach einer zügigen und vollständigen Umsetzung der Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte betreffend die Lage der Kinder, die von dem bewaffneten Konflikt und der Widerstandsarmee des Herrn betroffen sind<sup>306</sup>. In dieser Hinsicht legt der Rat den von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Ländern nahe, sofern sie dies noch nicht getan haben, Standardverfahren für die Aufnahme von mit der Widerstandsarmee des Herrn verbundenen Kindern und für ihre Übergabe an zivile Akteure auf dem Gebiet des Kinderschutzes festzulegen.

Der Rat erinnert daran, dass die vom Internationalen Strafgerichtshof gegen Herrn Joseph Kony, Herrn Okot Odhiambo und Herrn Dominic Ongwen erlassenen Haftbefehle, unter anderem wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter Mord, Vergewaltigung und die zwangsweise Einziehung von Kindern, bislang nicht vollstreckt worden sind, und fordert alle Staaten auf, mit den zuständigen nationalen Behörden und dem Internationalen Strafgerichtshof entsprechend ihren jeweiligen Verpflichtungen zusammenzuarbeiten, um diese Haftbefehle zu vollstrecken und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, ihn über die Tätigkeiten des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika, die Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie der Vereinten Nationen und die Anstrengungen, die jeweils von den Missionen in der Region und von anderen zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen zu diesem Zweck unternommen werden, auf dem Laufenden zu halten, namentlich durch einen vor dem 15. Mai 2014 vorzulegenden einzigen Bericht über das Regionalbüro und die Widerstandsarmee des Herrn.

Am 13. Februar 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>307</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 10. Februar 2014 betreffend Ihren Vorschlag, das Mandat des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika um weitere 18 Monate bis zum 31. August 2015 zu verlängern<sup>308</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von dem in Ihrem Schreiben enthaltenen Vorschlag Kenntnis.

Am 29. April 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>309</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 25. April 2014 betreffend Ihre Absicht, Herrn Abdoulaye Bathily (Senegal) zu Ihrem Sonderbeauftragten für Zentralafrika und Leiter des Büros der Vereinten Nationen für Zentralafrika zu ernennen<sup>310</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Auf seiner 7171. Sitzung am 12. Mai 2014 behandelte der Rat den Punkt  
„Zentralafrikanische Region

---

<sup>306</sup> S/AC.51/2013/1.

<sup>307</sup> S/2014/104.

<sup>308</sup> S/2014/103.

<sup>309</sup> S/2014/307.

<sup>310</sup> S/2014/306.

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika und über die von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Gebiete (S/2014/319)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Abou Moussa, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Zentralafrika und Leiter des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>311</sup>:

Der Sicherheitsrat bekundet seine Besorgnis über die Verschlechterung der Sicherheitslage in Teilen Zentralafrikas, die in den Zuständigkeitsbereich des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika fallen, insbesondere die Krise in der Zentralafrikanischen Republik und ihre zunehmenden regionalen Auswirkungen sowie die Bedrohung durch den Terrorismus, darunter die Ausweitung der terroristischen Aktivitäten von Boko Haram auf die Länder der Subregion. Der Rat bekundet außerdem seine anhaltende Besorgnis über die maritime Unsicherheit im Golf von Guinea, den unerlaubten Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität.

Der Rat würdigt den scheidenden Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Zentralafrika und Leiter des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika, Herrn Abou Moussa (Tschad), für seine Führungsrolle bei der Unterstützung der Friedenskonsolidierung und der Konfliktprävention in der zentralafrikanischen Region und für die wichtigen Erfolge des Regionalbüros während seiner Amtszeit und begrüßt die Ernennung von Herrn Abdoulaye Bathily (Senegal) zum neuen Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Zentralafrika und Leiter des Regionalbüros.

Der Rat verurteilt erneut mit Nachdruck die von der Widerstandsarmee des Herrn verübten schrecklichen Angriffe, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die von ihr begangenen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Verletzungen der Menschenrechte, darunter die Einziehung und den Einsatz von Kindern in dem bewaffneten Konflikt, die Tötungen und Verstümmelungen, die Vergewaltigungen, die sexuelle Sklaverei und sonstige sexuelle Gewalt sowie die Entführungen durch die Widerstandsarmee des Herrn. Der Rat verlangt die sofortige Beendigung aller Angriffe durch die Widerstandsarmee des Herrn und fordert die Widerstandsarmee des Herrn nachdrücklich auf, alle Entführten freizulassen, die Waffen niederzulegen und zu demobilisieren. Der Rat begrüßt die Fortschritte im Hinblick auf die Beendigung der von der Widerstandsarmee des Herrn in Zentralafrika begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und bekundet erneut seine Entschlossenheit, die derzeitige Dynamik aufrechtzuerhalten, bis die von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehende Bedrohung endgültig aus der Welt geschafft ist.

Der Rat begrüßt die diplomatischen Bemühungen des scheidenden Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Herrn Abou Moussa, und des Sondergesandten der Afrikanischen Union für die Frage der Widerstandsarmee des Herrn, Herrn Francisco Madeira, um den Ausbau der Zusammenarbeit in der Region und um die Erleichterung fortgesetzter Einsätze des Regionalen Einsatzverbands der Afrikanischen Union (Regionaler Einsatzverband) in der Region. Der Rat legt dem Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika in seiner Koordinierungsrolle sowie den politischen und Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen in der Region und den anderen maßgeblichen Präsenzen der Vereinten Nationen eindringlich nahe, die Umsetzung der Regionalstrategie der Vereinten Nationen zum Vorgehen gegen die Bedrohung und die Auswirkungen der Aktivitäten der Widerstandsarmee des Herrn (Strategie der Vereinten Nationen) nach Bedarf und im Rahmen ihres jeweiligen Mandats und ihrer Fähigkeiten verstärkt zu unterstützen. Der Rat legt dem Generalsekretär nahe, die Bemühungen des Regionalbüros in dieser Hinsicht zu optimieren, namentlich durch den Einsatz von Personal und die Unterstützung der Bemühungen zur Bekämpfung der Widerstandsarmee des Herrn.

---

<sup>311</sup> S/PRST/2014/8.

Der Rat bekundet erneut seine nachdrückliche Unterstützung für die Regionale Kooperationsinitiative der Afrikanischen Union gegen die Widerstandsarmee des Herrn<sup>304</sup> und würdigt die bedeutenden Fortschritte, die der Regionale Einsatzverband erzielt hat. Der Rat nimmt insbesondere Kenntnis von den Berichten über den Tod des vom Internationalen Strafgerichtshof angeklagten stellvertretenden Kommandeurs der Widerstandsarmee des Herrn, Herrn Okot Odhiambo, Ende 2013 und von der Gefangennahme eines mittlerangigen Kommandeurs der Widerstandsarmee des Herrn, Herrn Charles Okello, im April 2014. Der Rat begrüßt die verstärkten Einsätze des Regionalen Einsatzverbands gegen die Widerstandsarmee des Herrn in den vergangenen Monaten, die den Druck auf die Kommandostruktur der Widerstandsarmee des Herrn erhöht und zu mehreren signifikanten Überläufen von Kämpfern der Widerstandsarmee des Herrn und zur Rettung von Frauen und Kindern aus den Reihen der Widerstandsarmee des Herrn geführt haben. Der Rat bekundet seine Besorgnis darüber, dass infolge der erhöhten Instabilität in Südsudan potenzielle Sicherheitsschwachstellen entstanden sind, die von der Widerstandsarmee des Herrn ausgenutzt werden könnten. Der Rat fordert alle Regierungen der Region nachdrücklich auf, alle ihre Verpflichtungen im Rahmen der Regionalen Kooperationsinitiative zu erfüllen und den notwendigen grundlegenden Bedarf für ihre Sicherheitskräfte bereitzustellen. In dieser Hinsicht begrüßt der Rat die jüngst von der Regionalen Kooperationsinitiative gefassten Beschlüsse, vierteljährliche Tagungen sowie ein Gipfeltreffen ihrer Mitgliedstaaten abzuhalten. Der Rat weist darauf hin, wie wichtig die fortgesetzte internationale Unterstützung für die Einsätze, die Logistik und das Hauptquartier des Regionalen Einsatzverbands ist. In dieser Hinsicht begrüßt der Rat die von den Vereinigten Staaten von Amerika weiterhin gewährte beratende und logistische Unterstützung sowie die von der Europäischen Union bereitgestellten Finanzmittel. Der Rat unterstreicht, dass alle militärischen Maßnahmen gegen die Widerstandsarmee des Herrn im Einklang mit dem Völkerrecht, namentlich dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht, soweit anwendbar, durchgeführt werden müssen und dass die Gefahr der Schädigung von Zivilpersonen in allen Einsatzgebieten auf ein Mindestmaß beschränkt werden muss und zu berücksichtigen ist, dass Kinder mit der Widerstandsarmee des Herrn verbunden sind. Der Rat ermutigt außerdem erneut zum Einsatz von Kinderschutzberatern innerhalb des Regionalen Einsatzverbands.

Der Rat legt den Nachbarstaaten eindringlich nahe, mit dem Regionalen Einsatzverband zusammenzuarbeiten, um die von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehende Bedrohung zu beenden. Der Rat legt ferner allen Staaten in der Region nahe, durch entsprechende Maßnahmen dafür zu sorgen, dass die Widerstandsarmee des Herrn in ihrem Hoheitsgebiet nicht straflos operieren kann. Der Rat nimmt Kenntnis von den im Bericht des Generalsekretärs über das Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika und die Widerstandsarmee des Herrn<sup>312</sup> enthaltenen Feststellungen, dass die hochrangigen Führer der Widerstandsarmee des Herrn ihren Stützpunkt vermutlich im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik haben und dass glaubhaften Quellen zufolge der Anführer der Widerstandsarmee des Herrn, Herrn Joseph Kony, und hochrangige Kommandeure der Widerstandsarmee des Herrn vor kurzem in die von Sudan kontrollierten Gebiete der Enklave Kafia Kingi zurückgekehrt sind, um dort sichere Zuflucht zu suchen. Der Rat bekundet seine anhaltende Besorgnis darüber, dass die Instabilität und das Sicherheitsvakuum in der Zentralafrikanischen Republik die Einsätze zur Bekämpfung der Widerstandsarmee des Herrn weiterhin beeinträchtigen. Der Rat nimmt ferner mit Besorgnis Kenntnis von den Berichten über Angriffe der Widerstandsarmee des Herrn sowie Kontakte zwischen der Widerstandsarmee des Herrn und anderen bewaffneten Gruppen in Gebieten der Zentralafrikanischen Republik, die sich außerhalb des Haupteinsatzgebiets des Regionalen Einsatzverbands befinden. In dieser Hinsicht betont der Rat die Notwendigkeit einer engen Abstimmung und eines intensiven Informationsaustauschs zwischen dem Regionalen Einsatzverband und der Internationalen Unterstützungsmission in der Zentralafrikanischen Republik unter afrikanischer Führung sowie mit der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik bei ihren Aktivitäten zum Schutz von Zivilpersonen, der Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte und gegebenenfalls den Einsätzen zur Bekämpfung der Widerstandsarmee des Herrn.

---

<sup>312</sup> S/2014/319.

Der Rat begrüßt die Maßnahmen zur Umsetzung eines verbesserten, umfassenden und stärker regional ausgerichteten Konzepts für den Umgang mit der humanitären Lage, einschließlich der Hilfe für die Opfer sexueller Gewalt und anderer Angriffe, und fordert nachdrücklich weitere diesbezügliche Fortschritte.

Der Rat unterstreicht, dass die Staaten in der von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Region die Hauptverantwortung für den Schutz der Zivilbevölkerung tragen. Der Rat begrüßt die in Abstimmung mit der Afrikanischen Union unternommenen Anstrengungen der Demokratischen Republik Kongo, der Republik Südsudan, Ugandas und der Zentralafrikanischen Republik, die von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehende Bedrohung zu beenden, und legt diesen Ländern sowie den anderen Ländern in der Region eindringlich nahe, weitere Anstrengungen zu unternehmen.

Der Rat begrüßt die Anstrengungen der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo zur Bekämpfung der Widerstandsarmee des Herrn. Der Rat nimmt Kenntnis von den anhaltenden Berichten über Angriffe der Widerstandsarmee des Herrn in der Demokratischen Republik Kongo, obwohl die Gewalthandlungen der Widerstandsarmee des Herrn in dem Land insgesamt zurückgegangen sind. In diesem Zusammenhang legt der Rat der Mission nahe, in enger Zusammenarbeit mit dem Regionalen Einsatzverband ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Widerstandsarmee des Herrn fortzusetzen und zu verstärken, unter anderem durch eine verbesserte Reaktion auf unmittelbare Bedrohungen für Zivilpersonen, verstärkte und koordinierte Patrouillen, Ausbildung und Kapazitätsaufbau für die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo, die Unterstützung der Gemeinsamen Informations- und Einsatzzentrale und die Durchführung des Programms zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Wiedereingliederung und Neuansiedlung, um das Überlaufen weiterer Mitglieder der Widerstandsarmee des Herrn zu fördern und zu erleichtern.

Der Rat fordert die zuständigen Missionen der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union in der Region, namentlich die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, die Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan und die Mehrdimensionale Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik mit Nachdruck auf, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Widerstandsarmee des Herrn fortzusetzen. Der Rat verweist außerdem auf das Mandat des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, im Hinblick auf die regionale Bedrohung durch die Widerstandsarmee des Herrn zusammenzuarbeiten und rasch Informationen auszutauschen, und auf das Mandat der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik, ihre Einsätze mit denen des Regionalen Einsatzverbands der Afrikanischen Union gegen die Widerstandsarmee des Herrn zu koordinieren und sachdienliche Informationen mit dem Regionalen Einsatzverband und den an der Bekämpfung der Bedrohung durch die Widerstandsarmee des Herrn beteiligten nichtstaatlichen Organisationen auszutauschen. In dieser Hinsicht fordert der Rat diese Missionen mit Nachdruck auf, Informationen über die Bewegungen der Widerstandsarmee des Herrn zu sammeln und an die maßgeblichen Partner weiterzugeben, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verstärken, und ständige Dienstanweisungen festzulegen, damit sie die Bewegungen der Widerstandsarmee des Herrn sowie unmittelbar drohende Angriffe besser vorhersehen können.

Der Rat fordert die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union und die Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten erneut nachdrücklich auf, auch künftig zusammenzuarbeiten, unter anderem im Rahmen gemeinsamer Bewertungen vor Ort, um ein gemeinsames Lagebild der derzeitigen Fähigkeiten und Operationsgebiete der Widerstandsarmee des Herrn zu erarbeiten und auf dem neuesten Stand zu halten sowie die logistischen Netzwerke und möglichen Quellen militärischer Unterstützung und illegaler Finanzierung der Widerstandsarmee des Herrn zu untersuchen, einschließlich ihrer mutmaßlichen Beteiligung an der Elefantenwilderei und dem damit zusammenhängenden illegalen Schmuggel. Der Rat bekundet seine Besorgnis über die Verbindung zwischen dem unerlaubten Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen und den bewaffneten Gruppen in der Subregion, einschließlich der Widerstandsarmee des Herrn, und begrüßt in dieser Hinsicht die Bemühungen des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika zur Unterstützung der Subregion bei der Festlegung kooperativer Konzepte zur Bewältigung dieses Problems.

Der Rat fordert die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, die Mehrdimensionale integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik, die Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan und die anderen Akteure der Vereinten Nationen in der von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Region nachdrücklich auf, nach Bedarf weiter mit regionalen Kräften, nationalen Regierungen, internationalen Akteuren und nichtstaatlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, um ein gemeinsames Vorgehen zur Förderung des Überlaufens und zur Unterstützung der Maßnahmen zur Entwaffnung, Demobilisierung, Repatriierung, Wiedereingliederung und Neuansiedlung in dem gesamten von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Gebiet zu entwickeln. Der Rat unterstreicht die Bedeutung von Programmen zur Unterstützung der Freilassung, Rückführung und erfolgreichen Wiedereingliederung der von der Widerstandsarmee des Herrn entführten Kinder, insbesondere von Programmen, die die Akzeptanz dieser Kinder in den lokalen Gemeinschaften fördern sollen. Der Rat begrüßt das Überlaufen von 19 Mitgliedern der Widerstandsarmee des Herrn, darunter neun Kämpfer, im Dezember 2013; das ist die größte Gruppe von Überläufern in mehr als fünf Jahren.

Der Rat legt dem Regionalen Einsatzverband nahe, seine Einsätze gegen alle Gruppen der Widerstandsarmee des Herrn fortzusetzen und zugleich mit den Vereinten Nationen und nichtstaatlichen Organisationen zusammenzuarbeiten, um das Netz sicherer Sammelstellen zu erweitern und über Radiosendungen, Flugblätter und andere Mittel mehr Informationen für Mitglieder der Widerstandsarmee des Herrn bereitzustellen, die den echten Wunsch zur Demobilisierung und Entwaffnung zeigen.

Der Rat würdigt die Bemühungen der internationalen Geber, humanitäre Hilfe für die von der Widerstandsarmee des Herrn betroffene Bevölkerung in der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo und der Republik Südsudan bereitzustellen. Der Rat bekräftigt seine Forderung, dass alle Parteien im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts und den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe den humanitären Organisationen sicheren und ungehinderten Zugang gestatten.

Der Rat stellt fest, dass die Zahl, die Intensität und die Gewaltsamkeit der von der Widerstandsarmee des Herrn verübten Angriffe, Tötungen und Entführungen insgesamt deutlich zurückgegangen sind und dass nach Schätzungen des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten die Zahl der Menschen, die durch die von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehende Bedrohung vertrieben wurden, erheblich gesunken ist, und zwar von 420.000 im März 2013 auf 160.000 im März 2014. Der Rat legt den Gebern nahe, mehr Finanzmittel für Projekte zur raschen Wiederherstellung bereitzustellen, um den betroffenen Gemeinschaften dabei zu helfen, die Stabilität wiederherzustellen und ihre Existenzgrundlagen wiederaufzubauen, während die von der Widerstandsarmee des Herrn ausgehende Bedrohung nachzulassen beginnt. Der Rat ersucht das Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika, in Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union, der Weltbank, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen internationalen Sachverständigen einen Entwicklungsrahmen für internationale Maßnahmen auszuarbeiten, um die langfristige Stabilisierung der früher von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Gebiete in Südsudan, der Demokratischen Republik Kongo und der Zentralafrikanischen Republik zu fördern, unter anderem durch Projekte zur raschen Wiederherstellung und Programme zur Stärkung des Zusammenhalts der Gemeinwesen.

Der Rat wiederholt seine Forderung nach einer zügigen und vollständigen Umsetzung der Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte betreffend die Lage der Kinder, die von der Widerstandsarmee des Herrn betroffen sind<sup>306</sup>. In dieser Hinsicht legt der Rat den von der Widerstandsarmee des Herrn betroffenen Ländern nahe, sofern sie dies noch nicht getan haben, Standardverfahren für die Aufnahme von mit der Widerstandsarmee des Herrn verbundenen Kindern und für ihre Übergabe an zivile Akteure auf dem Gebiet des Kinderschutzes festzulegen.

Der Rat erinnert daran, dass die vom Internationalen Strafgerichtshof gegen die Führer der Widerstandsarmee des Herrn, namentlich Herrn Joseph Kony, erlassenen Haftbefehle wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter Mord, Vergewaltigung, grausame Behandlung, vorsätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zwangsweise Einziehung von Kindern, bislang nicht vollstreckt worden sind, und fordert alle Staaten auf, mit den zuständigen nationa-

len Regierungen und dem Internationalen Strafgerichtshof entsprechend ihren jeweiligen Verpflichtungen zusammenzuarbeiten, um diese Haftbefehle zu vollstrecken und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, ihn über die Tätigkeiten des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika, die Fortschritte bei der Durchführung der Bewertungen des sich ändernden Operationsgebiets der Widerstandsarmee des Herrn und ihrer Logistik- und Unterstützungsnetzwerke sowie die Anstrengungen, die jeweils von den Missionen in der Region und von anderen zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen zur Umsetzung der Strategie der Vereinten Nationen unternommen werden, auf dem Laufenden zu halten, namentlich durch einen vor dem 15. November 2014 vorzulegenden einzigen Bericht über das Regionalbüro und die Widerstandsarmee des Herrn.

---

## NICHTVERBREITUNG VON MASSENVERNICHTUNGSWAFFEN<sup>313</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7169. Sitzung am 7. Mai 2014 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Algeriens, der Arabischen Republik Syrien, Armeniens, Aserbaidschans, Bangladeschs, Belarus', Brasiliens, Burkina Fasos, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Dänemark, Deutschlands, Finnlands, Guatemalas, Indiens, Iraks, Irans (Islamische Republik), Israels, Italiens, Japans, Kanadas, Kasachstans, Kirgisistans, Kolumbiens, Kubas, Malaysias, Marokkos, Mexikos, der Mongolei, Montenegros, Neuseelands, der Niederlande, Pakistans, Perus, der Philippinen, Polens, Rumäniens, Saudi-Arabiens, der Schweiz, Serbiens, Sloweniens, Spaniens, Südafrikas, Trinidad und Tobagos, der Türkei und der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Begehung des zehnten Jahrestags der Verabschiedung der Resolution 1540 (2004) und Ausblick in die Zukunft

Schreiben des Ständigen Vertreters der Republik Korea bei den Vereinten Nationen vom 2. Mai 2014 an den Generalsekretär (S/2014/313)<sup>314</sup>.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Jacek Bylica, den Hauptberater und Sondergesandten des Europäischen Auswärtigen Dienstes der Europäischen Union für Nichtverbreitung und Abrüstung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>314</sup>:

Der Sicherheitsrat, der anlässlich des zehnten Jahrestags der Verabschiedung der Resolution 1540 (2004) zusammengetreten ist, bekräftigt, dass die Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und ihrer Trägersysteme eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt.

Der Rat ist nach wie vor ernsthaft besorgt über die Bedrohung durch den Terrorismus und das Risiko, dass nichtstaatliche Akteure nukleare, chemische und biologische Waffen und ihre Trägersysteme erwerben, entwickeln, damit Handel betreiben oder sie einsetzen könnten.

---

<sup>313</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2004 verabschiedet.

<sup>314</sup> S/PRST/2014/7.

Der Rat bekräftigt, in Erkenntnis der Notwendigkeit, dass alle Staaten dringend weitere wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Verbreitung nuklearer, chemischer oder biologischer Waffen und ihrer Trägersysteme zu verhüten, dass die Staaten wirksame Maßnahmen ergreifen werden, um zu verhindern, dass nichtstaatliche Akteure Massenvernichtungswaffen und ihre Trägersysteme erwerben, und innerstaatliche Kontrollen zur Verhütung ihrer Verbreitung einzurichten. Der Rat fordert alle Staaten auf, verstärkte Anstrengungen zur Durchführung der Resolution 1540 (2004) zu unternehmen und sich dabei auf jene Bereiche zu konzentrieren, in denen bereits ergriffene Maßnahmen verstärkt werden können, mit dem Ziel, die volle Durchführung der Resolution bis zum Jahr 2021 zu erreichen.

Der Rat würdigt die Beiträge des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004) und bekräftigt, unter Hinweis auf die Resolution 1977 (2011), mit der das Mandat des Ausschusses um zehn Jahre verlängert wurde, seine fortgesetzte Unterstützung für den Ausschuss.

Der Rat weist den Ausschuss an, die Durchführung der Resolution zu überwachen, und fordert alle Staaten nachdrücklich auf, den Ausschuss regelmäßig über die Maßnahmen, die sie zur Durchführung der Resolution ergriffen haben oder zu ergreifen beabsichtigen, zu unterrichten. Der Rat fordert insbesondere alle Staaten, die ihren Erstbericht über die Durchführung der Resolution 1540 (2004) noch nicht vorgelegt haben, auf, dies unverzüglich zu tun, im Einklang mit dem Ziel des Ausschusses, eine universelle Berichterstattung zu erreichen.

Der Rat empfiehlt dem Ausschuss, zu erwägen, eine Strategie zur vollen Durchführung der Resolution 1540 (2004) zu erarbeiten und diese Strategie in seine Umfassende Überprüfung des Standes der Durchführung der Resolution 1540 (2004) einzubeziehen, die dem Rat vor Dezember 2016 vorzulegen ist.

Der Rat erinnert an seinen Beschluss, dass die Mitgliedstaaten den Rat sofort über jeden Verstoß gegen die Resolution 1540 (2004) unterrichten, einschließlich über den Erwerb von chemischen Waffen, ihren Trägersystemen und dazugehörigem Material durch nichtstaatliche Akteure, damit er die notwendigen Maßnahmen ergreifen kann.

Der Rat erkennt an, dass viele Staaten auch weiterhin Hilfe bei der Durchführung der Resolution 1540 (2004) benötigen, und betont, dass es notwendig ist, in diesem Bereich verstärkte Hilfe zu leisten. Der Rat ermutigt und unterstützt nationale, regionale und subregionale Veranstaltungen zum Kapazitätsaufbau als Mittel zur Unterstützung der Durchführung der Resolution 1540 (2004).

Der Rat erklärt erneut, dass die laufende Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss und anderen zuständigen Ausschüssen nach Bedarf weiter verstärkt werden muss.

Der Rat erkennt an, wie wichtig es ist, gegen nukleare, chemische und biologische Bedrohungen im Kontext der Resolution 1540 (2004) anzugehen. In dieser Hinsicht bekräftigt der Rat die Notwendigkeit, zu verhindern, dass nichtstaatliche Akteure Zugang zu nuklearen, chemischen und biologischen Waffen, dazugehörigem Material und ihren Trägersystemen oder Hilfe und Finanzmittel für diese erhalten. Der Rat betont, dass der Ausschuss seine Tätigkeit im Bereich Nichtverbreitung mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen abstimmen muss.

Der Rat nimmt Kenntnis von dem Ergebnis des Kommuniqués des Haager Gipfeltreffens über nukleare Sicherung vom 25. März 2014, worin der bedeutende Beitrag der Vereinten Nationen zur Stärkung der nuklearen Sicherung, einschließlich der Arbeit des Ausschusses nach Resolution 1540 (2004), anerkannt wird.

Der Rat ermutigt den Ausschuss, nach seinem Ermessen entsprechende Sachverständige, so auch aus der Zivilgesellschaft, der Industrie und dem Privatsektor, hinzuziehen und dafür gegebenenfalls die Zustimmung der betreffenden Staaten einzuholen.



## BERICHTE DES GENERALSEKRETÄRS ÜBER SUDAN UND SÜDSUDAN<sup>315</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7022. Sitzung am 23. August 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Sudans und Südsudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Berichte des Generalsekretärs über Sudan“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>316</sup>:

Der Sicherheitsrat bekundet seine anhaltende Unterstützung für die Bemühungen der Afrikanischen Union, Sudan und Südsudan die Durchführung ihrer bilateralen Abkommen und die Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach dem Fahrplan der Afrikanischen Union<sup>317</sup> und der Resolution 2046 (2012) des Sicherheitsrats zu erleichtern. In dieser Hinsicht erinnert der Rat an das Kommuniqué der Ministertagung des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 29. Juli 2013, das Kommuniqué der Afrikanischen Union und der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung vom 22. Juli 2013 und die von dem Vorsitzenden der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union, Präsident Thabo Mbeki, in seinem Schreiben vom 9. Juni 2013 an Präsident Omar al-Baschir und Präsident Salva Kiir skizzierten Mechanismen. Er begrüßt außerdem die Verlängerung des Mandats der Hochrangigen Umsetzungsgruppe.

Der Rat bekundet seine tiefe Besorgnis über die anhaltenden Schwierigkeiten bei der Durchführung der Abkommen über die Zusammenarbeit vom 27. September 2012<sup>318</sup> und fordert alle Parteien dazu auf, umgehend 1) die Abkommen über die Zusammenarbeit und alle anderen einschlägigen Vereinbarungen vollständig und sofort durchzuführen, 2) den gemeinsamen Mechanismus und die anderen zu diesem Zweck eingerichteten Mechanismen wirksam einzusetzen, 3) mit der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union, der Afrikanischen Union und der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung zusammenzuarbeiten und 4) alle Maßnahmen zu unterlassen, die diesen Zielen zuwiderlaufen.

Der Rat weist darauf hin, dass es den beiden Staaten nach Resolution 2046 (2012) unter anderem untersagt ist, Rebellengruppen, die den jeweils anderen Staat bekämpfen, Unterstützung zu gewähren, und weist ferner auf die zu diesem Zweck zwischen Sudan und Südsudan getroffenen einschlägigen Vereinbarungen hin. Der Rat begrüßt es, dass der Ad-hoc-Mechanismus zur Untersuchung von Behauptungen über eine derartige Unterstützung eingerichtet wurde und seine Arbeit aufgenommen hat und dass beide Regierungen zugesagt haben, die Feststellungen des Untersuchungsmechanismus zu akzeptieren.

Der Rat begrüßt die Bildung des Technischen Teams des Grenzprogramms der Afrikanischen Union, das die Mittellinie der sicheren entmilitarisierten Grenzzone am Boden eindeutig festlegen soll, und erklärt erneut, dass die Mittellinie der sicheren entmilitarisierten Grenzzone dem derzeitigen oder künftigen Rechtsstatus der Grenze, den laufenden Verhandlungen über die umstrittenen und beanspruchten Gebiete und der Markierung der Grenze in keiner Weise vorgreift. Der Rat begrüßt die Zusage beider Regierungen, die Feststellungen des Technischen Teams zu akzeptieren.

Damit diese Mechanismen ihre Arbeit abschließen können, fordert der Rat die Regierungen Sudans und Südsudans nachdrücklich auf, weiter einen Dialog zu führen, um den fortlaufenden Transport von Erdöl aus Südsudan zu gewährleisten, und fordert die Regierung Sudans mit Nachdruck auf,

---

<sup>315</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2004 verabschiedet. Der Tagesordnungspunkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan“ wurde gemäß der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 11. November 2013 (S/2013/657) umbenannt und lautet ab diesem Datum „Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan“.

<sup>316</sup> S/PRST/2013/14.

<sup>317</sup> Siehe S/2012/298, Anlage 3.

<sup>318</sup> Siehe S/2012/733, Anlage und S/2012/753, Anlage.

alle Maßnahmen einzustellen, die darauf gerichtet sind, den Transport von Erdöl aus Südsudan zu stoppen.

Der Rat unterstützt die Forderungen des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union nach uneingeschränkter Kooperation mit dem Gemeinsamen Ermittlungs- und Untersuchungsausschuss für das Gebiet Abyei bei dessen Ermittlungen im Zusammenhang mit der Tötung eines Friedenssoldaten der Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei und des Oberhauptes der Ngok Dinka.

Der Rat bekundet erneut seine tiefe Besorgnis über die höchst instabile Lage im Gebiet Abyei und betont, dass die Parteien die noch verbleibenden Aspekte des Abkommens vom 20. Juni 2011 über vorläufige Regelungen für die Verwaltung und Sicherheit des Gebiets Abyei<sup>319</sup> umgehend durchführen und insbesondere die Streitigkeit über den Rat des Gebiets Abyei beilegen und umgehend die Verwaltung des Gebiets Abyei und den Polizeidienst von Abyei einrichten müssen. Der Sicherheitsrat erinnert an seinen Beschluss in Resolution 2046 (2012), dass die Parteien unter der Ägide der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union sofort die Verhandlungen wiederaufnehmen müssen, um eine Einigung über den endgültigen Status von Abyei zu erzielen. In dieser Hinsicht fordert der Rat zügige Maßnahmen zur Entwaffnung der Gemeinschaften in Abyei im Einklang mit dem vom Rat in Resolution 2104 (2013) begrüßten Beschluss des Gemeinsamen Aufsichtskomitees für Abyei, das Gebiet Abyei zu einer waffenfreien Zone zu machen.

Der Rat fordert die Regierung Sudans und die Sudanesische Volksbefreiungsbewegung Nord auf, die Feindseligkeiten einzustellen und direkte Gespräche aufzunehmen, um den Konflikt in Südkordofan und Blauer Nil zu beenden. Der Rat fordert außerdem alle Parteien auf, jegliche Gewalthandlungen gegen Zivilpersonen zu unterlassen, für die rechtzeitige und vollständige Erbringung humanitärer Hilfe an alle Zivilpersonen, die dringend Hilfe benötigen, rascher einen sicheren und ungehinderten Zugang zu gewähren, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts, namentlich dem humanitären Völkerrecht, und den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe, und die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht uneingeschränkt zu achten. In dieser Hinsicht weist er nachdrücklich darauf hin, dass alle diejenigen, die für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sowie Verletzungen und Missbräuche der internationalen Menschenrechtsnormen verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Auf seiner 7048. Sitzung am 23. Oktober 2013 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2013/607)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Hervé Ladsous, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Mohamed Ibn Chambas, den Gemeinsamen Sonderbeauftragten der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen für Darfur und Leiter des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf seiner 7062. Sitzung am 18. November 2013 beschloss der Rat, den Vertreter Südsudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan

---

<sup>319</sup> Siehe S/2011/384, Anlage.

Bericht des Generalsekretärs über Südsudan (S/2013/651)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Hilde Johnson, die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Südsudan und Leiterin der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7067. Sitzung am 25. November 2013 beschloss der Rat, die Vertreter Sudans und Südsudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Abyei (S/2013/577)“.

**Resolution 2126 (2013)  
vom 25. November 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten über die Situation in Sudan und Südsudan, insbesondere die Resolutionen 1990 (2011) vom 27. Juni 2011, 2024 (2011) vom 14. Dezember 2011, 2032 (2011) vom 22. Dezember 2011, 2046 (2012) vom 2. Mai 2012, 2047 (2012) vom 17. Mai 2012, 2075 (2012) vom 16. November 2012 und 2104 (2013) vom 29. Mai 2013 sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 31. August 2012<sup>320</sup> und vom 23. August 2013<sup>316</sup> und die Presseerklärungen des Rates vom 18. Juni 2012, 21. und 28. September 2012, 6. Mai 2013 und 14. Juni 2013,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit Sudans und Südsudans sowie zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und unter Verweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der regionalen Zusammenarbeit,

*erneut erklärend*, dass die Hoheitsgrenzen von Staaten nicht gewaltsam verändert werden dürfen und dass alle Gebietsstreitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln beizulegen sind,

*erklärend*, dass er der vollständigen und umgehenden Regelung aller noch offenen Fragen des Umfassenden Friedensabkommens vom 9. Januar 2005<sup>321</sup> Vorrang beimisst,

*in Bekräftigung* seiner früheren Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011 und 2068 (2012) vom 19. September 2012 über Kinder und bewaffnete Konflikte, seine Resolutionen 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz von humanitärem Personal und Personal der Vereinten Nationen und seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit,

*unter Hinweis* auf die Verpflichtungen, die die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans in dem Abkommen vom 20. Juni 2011 zwischen der Regierung Sudans und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung über vorläufige Regelungen für die Verwaltung und Sicherheit des Gebiets Abyei<sup>319</sup>, dem Abkommen vom 29. Juni 2011 zwischen der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans über Grenz-sicherheit und den Gemeinsamen Mechanismus für politische und Sicherheitsfragen, dem Abkommen vom 30. Juli 2011 zwischen der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans über die Unterstützungsmis-sion für die Grenzüberwachung<sup>322</sup> sowie in den Abkommen vom 27. September 2012 über die Zusammen-

---

<sup>320</sup> S/PRST/2012/19.

<sup>321</sup> S/2005/78, Anlage.

<sup>322</sup> S/2011/510, Anlage.

arbeit beziehungsweise über Sicherheitsregelungen<sup>318</sup>, dem Beschluss des Gemeinsamen Mechanismus für politische und Sicherheitsfragen vom 8. März 2013 und der Umsetzungsmatrix vom 12. März 2013<sup>323</sup>, die von der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans in Addis Abeba unter der Ägide der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union geschlossen wurden, eingegangen sind,

*betonend*, wie wichtig die volle Beteiligung von Frauen an der Durchführung der Abkommen und an der Verhütung und Beilegung von Konflikten und der Friedenskonsolidierung im Allgemeinen ist,

*mit dem Ausdruck seiner vollen Unterstützung* für die Anstrengungen, die die Afrikanische Union in Bezug auf die Situation zwischen der Republik Sudan und der Republik Südsudan unternimmt, um die gegenwärtigen Spannungen abzubauen und die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Beziehungen nach der Sezession und die Normalisierung ihrer Beziehungen zu erleichtern, in dieser Hinsicht unter Hinweis auf die Kommuniqués des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 24. April<sup>317</sup> und vom 24. Oktober 2012, und vom 25. Januar, 7. Mai, 29. Juli, 23. September und 26. Oktober 2013 sowie auf die Presseerklärung vom 6. November 2013 und die Erklärung der Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union vom 28. Oktober 2013,

*es begrüßend*, dass der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union Abyei am 5. und 6. November 2013 einen Besuch abgestattet hat und dass er sich weiter bei der Suche nach einer dauerhaften Lösung engagiert, damit die Volksgruppen in Abyei friedlich zusammenleben können, mit Lob für die Regierungen Sudans und Südsudans und die Interims-Sicherheitsgruppe der Vereinten Nationen für Abyei für die Erleichterung des Besuchs, mit tiefem Bedauern über die gewaltsame Demonstration vom 5. November 2013 und den Versuch einiger Ngok Dinka, gewaltsam in das Hauptquartier der Truppe einzudringen, und begrüßend, dass der Protest durch ein Treffen mit der Delegation des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union friedlich beigelegt wurde,

*sowie unter Begrüßung* der von der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans unternommenen Anstrengungen, die sichere entmilitarisierte Grenzzone, einschließlich des „14 Meilen“-Gebiets, zu entmilitarisieren und den Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze einzurichten, im Einklang mit der Ratsresolution 2046 (2012) und dem Fahrplan des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 24. April 2012<sup>317</sup>,

*unterstreichend*, wie wichtig es ist, eine wirksame Überwachung der sicheren entmilitarisierten Grenzzone, einschließlich des „14 Meilen“-Gebiets, durch den Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze herzustellen und aufrechtzuerhalten,

*betonend*, dass beide Länder viel zu gewinnen haben, wenn sie Zurückhaltung üben und den Weg des Dialogs einschlagen, anstatt auf Gewalt oder Provokationen zurückzugreifen,

*unter Begrüßung* der Bedeutung der jüngsten Treffen zwischen Präsident Bashir und Präsident Kiir für die Fortsetzung des Dialogs, unter Hinweis auf den Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in Resolution 2046 (2012), dass die Parteien die Verhandlungen unter der Ägide der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union sofort wiederaufnehmen müssen, um eine Einigung über den endgültigen Status Abyeis herbeizuführen, und mit der Aufforderung an alle Parteien, konstruktiv an dem von der Hochrangigen Umsetzungsgruppe moderierten Prozess zur Herbeiführung einer abschließenden Einigung über den endgültigen Status des Gebiets Abyei mitzuwirken, und betonend, dass die Parteien die noch verbleibenden Aspekte des Abkommens vom 20. Juni 2011 umgehend durchführen und insbesondere die Streitigkeit über den Rat des Gebiets Abyei beilegen und umgehend die Verwaltung des Gebiets Abyei und den Polizeidienst von Abyei einrichten müssen,

*in Würdigung* der den Parteien von der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union, namentlich ihrem Vorsitzenden, Präsident Thabo Mbeki, den ehemaligen Präsidenten Abdulsalami Abubakar und Pierre Buyoya, dem Vorsitzenden der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung, dem äthiopischen Ministerpräsidenten Hailemariam Desalegn, dem Sondergesandten des Generalsekretärs für

---

<sup>323</sup> S/2013/168, Anlage.

Sudan und Südsudan, Herrn Haile Menkerios, und von der Truppe unter der Führung von Generalleutnant Yohannes Tesfamariam auch weiterhin geleisteten Hilfe,

*sowie in Würdigung* der Anstrengungen, die die Truppe zur Durchführung ihres Mandats unternimmt, namentlich indem sie friedliche Wanderungsbewegungen im gesamten Gebiet Abyei weiter erleichtert, und mit dem Ausdruck seiner höchsten Anerkennung für die Arbeit der truppenstellenden Länder,

*ermutigt* durch die Verbesserung der Sicherheit und der Stabilität im Gebiet Abyei, die seit der Entsendung der Truppe eingetreten ist, und entschlossen, ein Wiederaufleben der Gewalt gegen Zivilpersonen oder deren Vertreibung zu verhindern und Konflikte zwischen Volksgruppen abzuwenden,

*mit dem Ausdruck seiner Entschlossenheit*, dass die Frage des künftigen Status Abyeis durch Verhandlungen zwischen den Parteien im Einklang mit dem Umfassenden Friedensabkommen und nicht durch einseitige Maßnahmen einer Partei beigelegt wird,

*tief besorgt* über das bestehende Vakuum in Bezug auf die öffentliche Verwaltung und die Rechtsstaatlichkeit im Gebiet Abyei, da sich die Einrichtung der Verwaltung, des Rates und des Polizeidiensts des Gebiets Abyei, einschließlich einer für besondere Fragen im Zusammenhang mit der nomadischen Wanderung zuständigen Sondereinheit, die allesamt für die Wahrung der öffentlichen Ordnung und die Verhütung von Konflikten zwischen Volksgruppen in Abyei unverzichtbar sind, weiter verzögert,

*besorgt* über die fortbestehende Gefahr von Gewalt zwischen Volksgruppen im Gebiet Abyei, namentlich auch die anhaltenden Spannungen, die die sudanesischen Mitarbeiter der Truppe und anderer Organisationen an der Rückkehr nach Abyei hindern,

*feststellend*, dass die anhaltenden Verzögerungen bei der Einrichtung der vorläufigen Institutionen und bei der Regelung der Frage des endgültigen Status Abyeis zu den Spannungen in der Region beitragen, betonend, wie wichtig es ist, dass alle Parteien jede einseitige Handlung, die die Beziehungen zwischen den Volksgruppen im Gebiet Abyei verschlechtert, unterlassen, und mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über das, was der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union in seiner Presseerklärung vom 6. November 2013 beschreibt als „die Entscheidung der Ngok Dinka, ein einseitiges Referendum durchzuführen“, unter Verstoß gegen die von den beiden Seiten unterzeichneten Vereinbarungen und trotz der Aufrufe zur Zurückhaltung seitens der internationalen Gemeinschaft, namentlich des Sicherheitsrats, des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union und der Regierungen Sudans und Südsudans,

*eingedenk* dessen, wie wichtig die Kohärenz der Hilfe der Vereinten Nationen in der Region ist,

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

*betonend*, dass die Einhaltung der Menschenrechte wirksam überwacht werden muss, namentlich im Hinblick auf jede sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie Rechtsverletzungen und Missbräuche an Kindern, feststellend, dass bei der Operationalisierung der Menschenrechtsbeobachtung im Gebiet Abyei keine Entwicklungen stattgefunden haben, und mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass die Parteien nicht zu diesem Zweck mit dem Generalsekretär zusammenarbeiten,

*sowie unter Betonung* der dringenden Notwendigkeit, die Bereitstellung humanitärer Hilfe an alle betroffenen Gemeinschaften im Gebiet Abyei zu erleichtern,

*bekräftigend*, wie wichtig die freiwillige, sichere und geordnete Rückkehr und die dauerhafte Wiedereingliederung der Vertriebenen sowie friedliche und geordnete Wanderungszyklen unter Achtung der traditionellen Wanderungsrouten von Sudan durch Abyei nach Südsudan sind, und die Truppe nachdrücklich auffordernd, im Einklang mit ihrem Mandat nach Bedarf die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit im Gebiet Abyei zu gewährleisten,

*in Anbetracht* der schädlichen Auswirkungen der Verbreitung von Waffen auf die Sicherheit von Zivilpersonen,

*besorgt* über die nach wie vor bestehende Bedrohung durch Landminen und explosive Kampfmittelrückstände im Gebiet Abyei, die die sichere Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimatorte und die sichere Wanderung verhindert,

*in der Erkenntnis*, dass die derzeitige Situation in Abyei und entlang der Grenze zwischen Sudan und Südsudan auch weiterhin eine ernste Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

*unter Begrüßung* der von der Truppe unternommenen Schritte zur wirksamen Durchführung ihres Mandats, unter anderem durch die Verhütung von Konflikten, Vermittlung und Abschreckung,

1. *beschließt*, das in Ziffer 2 der Resolution 1990 (2011) festgelegte und mit Resolution 2024 (2011) und Ziffer 1 der Resolution 2075 (2012) geänderte Mandat der Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei bis zum 31. Mai 2014 zu verlängern, beschließt ferner, tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, das in Ziffer 3 der Resolution 1990 (2011) festgelegte Mandat der Truppe bis zum 31. Mai 2014 zu verlängern, und stellt fest, dass für die Zwecke der Ziffer 1 der Resolution 2024 (2011) die Unterstützung für die operativen Tätigkeiten des Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze auch Unterstützung für die Ad-hoc-Ausschüsse, nach Bedarf und auf einvernehmlich beschlossenen Antrag dieser Mechanismen, innerhalb des Einsatzgebiets und im Rahmen der Möglichkeiten der Truppe umfasst;

2. *nimmt davon Kenntnis*, dass im Oktober 2013 die erste, aus 117 Soldaten bestehende Gruppe der mit Resolution 2104 (2013) genehmigten Truppen entsandt wurde, fordert mit Nachdruck die möglichst rasche Entsendung der restlichen genehmigten Kräfte, damit die Truppe den erforderlichen Schutz für die Kräfte des Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze bereitstellen und den Mechanismus umfassend dabei unterstützen kann, möglichst bald ausgedehnte Einsätze in der sicheren entmilitarisierten Grenzzone durchzuführen, und ersucht den Generalsekretär, den Rat im Rahmen seines regulären Berichtszyklus umfassend über den Stand der Entsendung unterrichtet zu halten;

3. *begrüßt* die fortlaufenden wirksamen Anstrengungen zur vollständigen Operationalisierung des Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze und fordert die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans *auf*, den Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze, den Gemeinsamen Mechanismus für politische und Sicherheitsfragen und andere vereinbarte gemeinsame Mechanismen rasch und wirksam zu nutzen, um die Sicherheit und Transparenz der sicheren entmilitarisierten Grenzzone, einschließlich des „14 Meilen“-Gebiets, zu gewährleisten;

4. *begrüßt außerdem* die Bildung des Technischen Teams des Grenzprogramms der Afrikanischen Union, das die Mittellinie der sicheren entmilitarisierten Grenzzone am Boden eindeutig festlegen soll, und erklärt erneut, dass die Mittellinie der sicheren entmilitarisierten Grenzzone dem derzeitigen oder künftigen Rechtsstatus der Grenze, den laufenden Verhandlungen über die umstrittenen und beanspruchten Gebiete und der Markierung der Grenzen in keiner Weise vorgreift, und begrüßt dabei ferner, dass sich beide Regierungen verpflichtet haben, die Feststellungen des Technischen Teams zu akzeptieren;

5. *unterstreicht*, dass das in Ziffer 3 der Resolution 1990 (2011) festgelegte Mandat der Truppe zum Schutz von Zivilpersonen auch die Ergreifung der notwendigen Maßnahmen umfasst, um Zivilpersonen zu schützen, die unmittelbar von körperlicher Gewalt bedroht sind, gleichviel von wem diese Gewalt ausgeht;

6. *begrüßt* den Abzug sudanesischer Militärkräfte und südsudanesischer Militär- und Polizeikräfte aus dem Gebiet Abyei gemäß Resolution 2046 (2012), verlangt erneut, dass die Regierung Sudans die Ölpolizei von Diffra sofort und ohne Vorbedingungen aus dem Gebiet Abyei abzieht, und erklärt ferner erneut im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen, insbesondere den Resolutionen 1990 (2011) und 2046 (2012), dass das Gebiet Abyei entmilitarisiert sein wird und dass dies für alle Kräfte wie auch für bewaffnete Elemente der lokalen Gemeinschaften gilt, ausgenommen die Truppe und der Polizeidienst von Abyei;

7. *verlangt erneut*, dass Sudan und Südsudan im Einklang mit ihren Verpflichtungen aus dem Abkommen über vorläufige Regelungen für die Verwaltung und Sicherheit des Gebiets Abyei vom 20. Juni 2011<sup>319</sup> dringend mit der Einrichtung der Verwaltung und des Rates des Gebiets Abyei beginnen, namentlich indem sie die festgefahrene Situation in Bezug auf die Zusammensetzung des Rates überwinden, und

den Polizeidienst von Abyei bilden und ihn in die Lage versetzen, die Polizeiaufgaben im gesamten Gebiet Abyei zu übernehmen, einschließlich des Schutzes der Ölinfrastruktur;

8. *fordert* Sudan und Südsudan *nachdrücklich auf*, die Arbeit des Gemeinsamen Aufsichtskomitees für Abyei unverzüglich wiederaufzunehmen, um stetige Fortschritte bei der Durchführung des Abkommens vom 20. Juni 2011 zu gewährleisten, einschließlich der Umsetzung der Beschlüsse des Aufsichtskomitees;

9. *unterstützt* den Beschluss des Gemeinsamen Aufsichtskomitees für Abyei vom 3. Mai 2013 über den Status von Abyei als waffenfreie Zone, unterstreicht die vom Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union in seinem Kommuniqué vom 7. Mai 2013 geäußerte Besorgnis über Berichte, denen zufolge mehrere in Abyei lebende Gemeinschaften schwer bewaffnet sind, erinnert daran, dass das Abkommen vom 20. Juni 2011 über vorläufige Regelungen für die Verwaltung und Sicherheit des Gebiets Abyei vorsieht, dass Abyei eine waffenfreie Zone sein soll, in der nur die Truppe befugt ist, Waffen zu tragen, und fordert desgleichen die beiden Regierungen *nachdrücklich auf*, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass Abyei tatsächlich entmilitarisiert ist, erforderlichenfalls auch durch Entwaffnungsprogramme;

10. *ersucht* die Truppe, im Einklang mit ihrem Mandat und im Rahmen ihrer vorhandenen Fähigkeiten die Bewegungen von Waffen nach Abyei und das Vorhandensein von Waffen in Abyei zu beobachten und zu dokumentieren sowie im Rahmen des regulären Berichtszyklus des Generalsekretärs darüber Bericht zu erstatten;

11. *fordert* die beiden Regierungen *nachdrücklich auf*, sofort Schritte zur Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen zwischen den jeweiligen Volksgruppen im Gebiet Abyei zu unternehmen, namentlich durch Aussöhnungsprozesse an der Basis, und fordert alle Volksgruppen in Abyei mit allem Nachdruck auf, bei allen ihren Interaktionen äußerste Zurückhaltung zu üben und hetzerische Handlungen oder Erklärungen, die zu gewaltsamen Zusammenstößen führen können, oder weitere einseitige Aktivitäten zu unterlassen;

12. *ersucht* die Truppe, ihren Dialog mit dem Gemeinsamen Aufsichtskomitee für Abyei und den Volksgruppen der Misseriya und der Ngok Dinka über wirksame Strategien und Aufsichtsmechanismen weiterzuführen, um sicherzustellen, dass alle maßgeblichen Parteien den Status von Abyei als waffenfreie Zone uneingeschränkt achten, wobei der umgehenden Beseitigung von schweren oder mannschaftsbedienten Waffen sowie von Panzerfäusten besondere Priorität zukommt, und fordert die Regierungen Sudans und Südsudans, das Aufsichtskomitee und die Volksgruppen der Misseriya und der Ngok Dinka auf, diesbezüglich mit der Truppe uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

13. *fordert* alle Parteien *auf*, in Bezug auf die Feststellungen und Empfehlungen, die aus den Ermittlungen des Gemeinsamen Ermittlungs- und Untersuchungsausschusses für das Gebiet Abyei im Zusammenhang mit der Tötung eines Friedenssoldaten der Truppe und des Oberhauptes der Ngok Dinka hervorgegangen sind, uneingeschränkt zu kooperieren;

14. *bekundet seine Absicht*, das Mandat der Truppe nach Bedarf im Hinblick auf eine mögliche Umgliederung der Mission zu überprüfen, je nachdem, inwieweit Sudan und Südsudan den in Resolution 2046 (2012) getroffenen Beschlüssen und ihren in den Abkommen vom 20. Juni, 29. Juni und 30. Juli 2011<sup>322</sup> und vom 27. September 2012<sup>318</sup> aufgeführten Verpflichtungen nachkommen, namentlich alle Kräfte aus der sicheren entmilitarisierten Grenzzone abzuziehen, die volle Einsatzfähigkeit des Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze und der Ad-hoc-Ausschüsse herzustellen und die vollständige Entmilitarisierung des Gebiets Abyei abzuschließen;

15. *nimmt zur Kenntnis*, dass der Generalsekretär im Einklang mit Resolution 2104 (2013) die Konfiguration der Truppe überprüft und die einschlägigen Risiken und Gefahren sowie das Kräftedispositiv und die Obergrenze der Truppenstärke, die für die Wahrnehmung ihres Mandats erforderlich sind, bewertet hat<sup>324</sup>;

---

<sup>324</sup> S/2013/577, Anhang III.

16. *fordert* alle Mitgliedstaaten, insbesondere Sudan und Südsudan, *auf*, sicherzustellen, dass das gesamte Personal sowie die Ausrüstung, Verpflegung, Versorgungs- und sonstigen Güter, einschließlich Fahrzeugen, Luftfahrzeugen und Ersatzteilen, die für den ausschließlichen und offiziellen Gebrauch der Truppe bestimmt sind, frei, ungehindert und rasch aus und nach Abyei sowie innerhalb der gesamten sicheren entmilitarisierten Grenzzone verbracht werden können;

17. *fordert* Sudan und Südsudan *erneut auf*, den Vereinen Nationen uneingeschränkte Unterstützung zu gewähren, namentlich indem sie umgehend Visa für Militär-, Polizei- und Zivilkräfte der Vereinten Nationen, einschließlich humanitären Personals, ausstellen, unbeschadet ihrer Staatsangehörigkeit, Stationierungsregelungen und Fluggenehmigungen erleichtern und logistische Unterstützung bereitstellen, und fordert alle Parteien auf, ihren Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen uneingeschränkt nachzukommen;

18. *ist sich dessen bewusst*, dass sich der Mangel an Projekten für kritische Infrastrukturen nachteilig auf das Friedenssicherungspersonal der Truppe auswirkt, stellt fest, dass Maßnahmen getroffen werden, um Abhilfe zu schaffen, und fordert den Generalsekretär nachdrücklich auf, auch weiterhin die ihm zu Gebote stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um diese Situation zu beheben und die Truppe besser zur Durchführung ihres Mandats zu befähigen;

19. *verlangt*, dass die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans den Einsatz des Dienstes der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme zur Sicherstellung der Bewegungsfreiheit des Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze sowie die Erfassung und Räumung von Minen im Gebiet Abyei und in der sicheren entmilitarisierten Grenzzone auch weiterhin erleichtern;

20. *verlangt außerdem*, dass alle beteiligten Parteien im Einklang mit dem Völkerrecht, einschließlich des anwendbaren humanitären Völkerrechts, und den Leitlinien der Vereinten Nationen für humanitäre Hilfe dem humanitären Personal vollen, sicheren und ungehinderten Zugang zu hilfebedürftigen Zivilpersonen gewähren und alle für seine Tätigkeit notwendigen Einrichtungen bereitstellen;

21. *ersucht* den Generalsekretär, für eine wirksame Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte und die Aufnahme der Ergebnisse in seine Berichte an den Rat zu sorgen, und fordert die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans *erneut auf*, zu diesem Zweck uneingeschränkt mit dem Generalsekretär zusammenzuarbeiten, auch indem sie Visa für das betreffende Personal der Vereinten Nationen ausstellen;

22. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Truppe die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch uneingeschränkt beachtet, und den Rat über Fälle solchen Verhaltens unterrichtet zu halten;

23. *betont*, dass die weitere Zusammenarbeit zwischen der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans auch für den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität und für ihre künftigen Beziehungen von grundlegender Bedeutung ist;

24. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat auch weiterhin alle 90 Tage über die Fortschritte bei der Durchführung des Mandats der Truppe zu unterrichten und ihm auch weiterhin alle schweren Verstöße gegen die genannten Abkommen sofort zur Kenntnis zu bringen;

25. *nimmt Kenntnis* von den Anstrengungen des Generalsekretärs, eine enge Zusammenarbeit zwischen den Missionen der Vereinten Nationen in der Region, namentlich der Truppe, der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan und dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (sowie seinem Sondergesandten für Sudan und Südsudan zu gewährleisten, und ersucht ihn, diese Praxis fortzusetzen;

26. *beschließt*, mit dieser Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7067. Sitzung einstimmig verabschiedet.*



### Beschlüsse

Auf seiner 7080. Sitzung am 11. Dezember 2013 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Fatou Bensouda, die Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7091. Sitzung am 24. Dezember 2013 beschloss der Rat, den Vertreter Südsudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan

Schreiben des Generalsekretärs vom 23. Dezember 2013 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/758)“.

### **Resolution 2132 (2013) vom 24. Dezember 2013**

*Der Sicherheitsrat,*

*mit dem Ausdruck äußerster Beunruhigung und Besorgnis* über die sich rasch verschärfende Sicherheits- und humanitäre Krise in Südsudan, die das Ergebnis der politischen Streitigkeit und der anschließenden Gewalt ist, die die politischen Führer des Landes verursacht haben,

*unter Hinweis* auf seine Presseerklärungen vom 17. und 20. Dezember 2013 und seine früheren Resolutionen 1996 (2011) vom 8. Juli 2011, 2046 (2012) vom 2. Mai 2012, 2057 (2012) vom 5. Juli 2012 und 2109 (2013) vom 11. Juli 2013 sowie Kenntnis nehmend von dem Schreiben des Generalsekretärs vom 23. Dezember 2013<sup>325</sup>,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Republik Südsudan,

*unter Verurteilung* der Kampfhandlungen und der gezielt gegen Zivilpersonen und bestimmte Volksgruppen und andere Gemeinschaften gerichteten Gewalthandlungen im gesamten Land, durch die Hunderte von Menschen getötet oder verwundet wurden und Zehntausende zu Binnenvertriebenen geworden sind,

*ferner unter Verurteilung* der gemeldeten Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche durch alle Parteien, namentlich durch bewaffnete Gruppen und nationale Sicherheitskräfte, und unter nachdrücklichem Hinweis darauf, dass alle diejenigen, die für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden müssen,

*begrüßend*, dass die Kapazität der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan zur Untersuchung von Menschenrechtsfragen mit Unterstützung des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte gestärkt wird,

*in Würdigung* der Initiative der Ministergruppe der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung, die von den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union unterstützt wird und das Ziel verfolgt, einen Dialog der wichtigsten Führer zu eröffnen und zwischen ihnen zu vermitteln, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Parteien, bei dieser Initiative zu kooperieren,

*sowie in Würdigung* der aktiven Schritte, die die Mission unternimmt, um ihr Mandat zu erfüllen und den den Kampfhandlungen ausgesetzten Zivilpersonen Zuflucht in ihren Räumlichkeiten und andere Formen der Hilfe zu gewähren,

---

<sup>325</sup> S/2013/758.

*unter entschiedenster Verurteilung* der Angriffe auf Personal der Mission und Einrichtungen der Vereinten Nationen und der gegen sie gerichteten Drohungen, verlangend, dass alle Parteien die Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten der Vereinten Nationen achten und jegliche Gewalt gegenüber den dort befindlichen Menschen unterlassen, und in dieser Hinsicht erneut den Angriff verurteilend, der am 19. Dezember 2013 auf das Lager der Mission in Akobo verübt wurde und bei dem zwei indische Friedenssoldaten getötet, ein weiterer verwundet sowie mindestens 20 weitere Personen, die Schutz durch die Mission suchten, getötet wurden,

*feststellend*, dass die Situation in Südsudan nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *fordert* die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und Eröffnung eines Dialogs;
2. *verlangt*, dass alle Parteien mit der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan bei der Erfüllung ihres Mandats, insbesondere beim Schutz der Zivilbevölkerung, uneingeschränkt kooperieren, und betont, dass Anstrengungen, die Fähigkeit der Mission zur Erfüllung ihres Mandats zu untergraben, und Angriffe auf Personal der Vereinten Nationen nicht geduldet werden;
3. *macht sich* die Empfehlung des Generalsekretärs *zu eigen*, die Gesamtpersonalstärke der Mission vorübergehend zu erhöhen, um sie beim Schutz der Zivilbevölkerung und bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe zu unterstützen;
4. *beschließt* daher, dass die Mission angesichts der Dringlichkeit der Situation aus einem militärischen Anteil von bis zu 12.500 Soldaten aller Dienstgrade und aus einem Polizeianteil, einschließlich geeigneter organisierter Polizeieinheiten, von bis zu 1.323 Polizisten bestehen wird, und ersucht den Generalsekretär, die neue Truppen- und Polizeistärke der Mission fortlaufend zu überprüfen und dem Rat innerhalb von 15 Tagen und danach mindestens alle 30 Tage über die zur Durchführung dieser Resolution unternommenen Schritte Bericht zu erstatten;
5. *ermächtigt* den Generalsekretär, die notwendigen Maßnahmen zur Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen den Missionen und, falls erforderlich und vorbehaltlich einer weiteren Prüfung durch den Rat, zur Mobilisierung ergänzender Kräfte und Ausrüstung zu ergreifen, und genehmigt im Hinblick auf die Erreichung der neuen Truppen- und Polizeistärke im Rahmen der in Ziffer 4 festgelegten vorübergehenden Obergrenze die entsprechende Verlegung von Soldaten, Unterstützungskräften und Kräftermultiplikatoren anderer Missionen, insbesondere der Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, der Interims-Sicherheitsgruppe der Vereinten Nationen für Abyei, der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire und der Mission der Vereinten Nationen in Liberia, vorbehaltlich der Zustimmung der truppenstellenden Länder und unbeschadet der Erfüllung des Mandats dieser Missionen der Vereinten Nationen;
6. *fordert* die betroffenen Mitgliedstaaten *nachdrücklich auf*, die Verlegung und Rückverlegung zu und von der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan zu erleichtern, und legt allen Mitgliedstaaten nahe, den Bemühungen der Vereinten Nationen um die Mobilisierung von Truppen und Ressourcen entgegenzukommen;
7. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7091. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Am 30. Dezember 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>326</sup>:

---

<sup>326</sup> S/2013/784.

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 28. Dezember 2013 betreffend die Erleichterung der Mobilisierung ergänzender Kräfte und Ausrüstung mit dem Ziel der vorübergehenden Erhöhung der Gesamtpersonalstärke der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan, im Einklang mit der vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 2132 (2013) genehmigten Gesamtpersonalstärke<sup>327</sup>, dem Rat zur Kenntnis gebracht worden ist. Der Rat nimmt Kenntnis von den in Ihrem Schreiben enthaltenen Informationen und den darin vorgeschlagenen Regelungen und unterstreicht, wie wichtig es ist, dass das Sekretariat Konsultationen mit den von diesen Maßnahmen betroffenen truppenstellenden Ländern führt.

Auf seiner 7100. Sitzung am 23. Januar 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan

Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2014/26)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Hervé Ladsous, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7111. Sitzung am 13. Februar 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan

Schreiben der Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1591 (2005) betreffend Sudan vom 7. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/87)“.

### **Resolution 2138 (2014) vom 13. Februar 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend Sudan,

*in Bekräftigung seines Bekenntnisses* zur Sache des Friedens in ganz Sudan, zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit Sudans und zur vollständigen und raschen Durchführung der Resolution 1591 (2005) vom 29. März 2005 und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der Zusammenarbeit in den Beziehungen zwischen den Staaten in der Region,

*erneut erklärend*, dass der Gewalt und den fortgesetzten Missbrauchshandlungen in Darfur ein Ende gesetzt werden muss, und in Anbetracht dessen, dass der Konflikt in Darfur nicht auf militärischem Weg, sondern nur über einen alle Seiten einschließenden politischen Prozess dauerhaft gelöst werden kann, und in dieser Hinsicht feststellend, wie wichtig die Umsetzung des Doha-Dokuments für Frieden in Darfur<sup>328</sup> ist,

*in Anerkennung* der von der Regierung Sudans und allen Konfliktparteien unternommenen Anstrengungen, eine umfassende und alle Seiten einschließende Lösung des Konflikts herbeizuführen, und in diesem Zusammenhang unter Verurteilung der Tötung von Mohammed Bashar und anderen Mitgliedern seiner

---

<sup>327</sup> S/2013/776.

<sup>328</sup> S/2011/449, Anlage 2.

Bewegung durch Kräfte der Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit sowie jeder Gewalthandlung, die darauf abzielt, abschreckende Wirkung auf die Friedensbemühungen in Darfur auszuüben,

*mit der nachdrücklichen Aufforderung* an die Regierung Sudans, die Bewegung für Befreiung und Gerechtigkeit und die Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit-Mohammed Bashar (JEM-Bashar), die im Doha-Dokument für Frieden in Darfur eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Parteien, insbesondere die anderen bewaffneten Bewegungen, die das Doha-Dokument für Frieden in Darfur nicht unterzeichnet haben, sofort und ohne Vorbedingungen Verbindung aufzunehmen und alles zu tun, um auf der Grundlage des Doha-Dokuments für Frieden in Darfur zu einer umfassenden Friedensregelung zu gelangen, und ohne weiteren Verzug eine dauernde Waffenruhe zu vereinbaren,

*unter nachdrücklichem Hinweis* auf das für alle bewaffneten Akteure geltende zwingende Gebot, alle Gewalthandlungen gegen Zivilpersonen, insbesondere schwächere Gruppen wie Frauen und Kinder, sowie Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zu unterlassen, und auf die Notwendigkeit, die drängende humanitäre Krise, mit der die Bevölkerung Darfurs konfrontiert ist, anzugehen, unter anderem durch die Gewährleistung des sicheren, raschen und uneingeschränkten humanitären Zugangs der humanitären Organisationen und des humanitären Personals zu allen Gebieten, unter Achtung der Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe und der einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* angesichts der externen, insbesondere militärischen, Verbindungen zwischen bewaffneten Gruppen in Darfur, die nicht unterzeichnet haben, und Gruppen außerhalb Darfurs, verlangend, dass die direkte oder indirekte militärische Unterstützung für diese Gruppen eingestellt wird, alle Handlungen bewaffneter Gruppen verurteilend, die den gewaltsamen Sturz der Regierung Sudans zum Ziel haben, und feststellend, dass es keine militärische Lösung für den Konflikt in Sudan gibt,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die in den vergangenen Monaten in einigen Teilen Darfurs gestiegene Gewalt und Unsicherheit, darunter insbesondere die Eskalation der Stammesauseinandersetzungen, mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis darüber, dass derartige Zusammenstöße weiter den humanitären Zugang zu Konfliktgebieten, in denen gefährdete Gruppen der Zivilbevölkerung leben, beschränken, und in Anerkennung der Bemühungen der sudanesischen Behörden, in den Stammesauseinandersetzungen zu vermitteln,

*verlangend*, dass die an dem Konflikt beteiligten Parteien Zurückhaltung üben und Militärationen aller Art, einschließlich Bombenangriffen, einstellen,

*sowie verlangend*, dass alle an dem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien gemäß den Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 alle sexuellen Gewalthandlungen gegen Zivilpersonen, gemäß den Resolutionen 1261 (1999) vom 25. August 1999, 1379 (2001) vom 20. November 2001, 1539 (2004) vom 22. April 2004, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011 und 2068 (2012) vom 19. September 2012 die Einziehung und den Einsatz von Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht und andere schwere Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern sowie gemäß den Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 unterschiedslose Angriffe auf Zivilpersonen umgehend und vollständig einstellen,

*in Würdigung* der Bemühungen des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur der gemeinsamen Vermittlung der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen, des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union und der politischen Führer der Region um die Förderung von Frieden und Stabilität in Darfur, diese Bemühungen erneut voll unterstützend und mit dem Ausdruck seiner nachdrücklichen Unterstützung für den politischen Prozess im Rahmen der von der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen geleiteten Vermittlungsbemühungen,

*unter erneuter entschiedener Verurteilung* der Angriffe auf den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, mit der erneuten Aufforderung an die Regierung Sudans, diese Angriffe rasch zu untersuchen und die Täter vor Gericht zu stellen, und ferner mit der erneuten Aufforderung an alle Parteien in Darfur, mit dem Einsatz umfassend zusammenzuarbeiten, und den Regierungen und den Angehörigen der Getöteten erneut sein tief empfundenes Beileid bekundend,

*in Bekräftigung seiner Besorgnis* darüber, dass sich die anhaltende Gewalt in Darfur nachteilig auf die Stabilität ganz Sudans sowie der Region auswirkt, unter Begrüßung der anhaltend guten Beziehungen zwischen Sudan und Tschad sowie Sudan, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik nahelegend, weiterhin zusammenzuarbeiten, um Frieden und Stabilität in Darfur und in der gesamten Region herbeizuführen,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die Risiken für den Frieden und die Sicherheit, die durch den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen entstehen,

*unter Missbilligung* der fortgesetzten Behinderungen, die die Regierung Sudans der Sachverständigengruppe bei ihrer Arbeit im Laufe ihres Mandats weiter auferlegt, darunter Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Sachverständigengruppe und des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und Beschränkungen des Zugangs der Sachverständigengruppe zu Gebieten des bewaffneten Konflikts und Gebieten, aus denen Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht gemeldet werden, jedoch feststellend, dass sich die Interaktion zwischen der Regierung Sudans und der Sachverständigengruppe verbessert hat,

*ferner unter Missbilligung* der Fälle von Störungen der Arbeit der Sachverständigengruppe durch die Regierung Sudans, einschließlich der Verweigerung der Einreise des Finanzexperten der Gruppe, wie in den Ziffern 2, 18 und 21 des Schlussberichts der Sachverständigengruppe vom 22. Januar 2014<sup>329</sup> dargestellt,

*begrüßend*, dass der Hybride Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und die Sachverständigengruppe entsprechend den Leitlinien der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und mit Hilfe der Koordinierungsstelle der Operation ihre Zusammenarbeit und ihren Informationsaustausch verstärkt haben,

*sowie unter Begrüßung* der vom Sekretariat unternommenen Anstrengungen, die Liste von Sachverständigen für die Unterabteilung Nebenorgane des Sicherheitsrats zu erweitern und zu verbessern, eingedenk der in der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 22. Dezember 2006<sup>330</sup> vorgegebenen Leitlinien,

*unter Hinweis* auf den am 22. Januar 2014 herausgegebenen Bericht der vom Generalsekretär gemäß Ziffer 3 b) der Resolution 1591 (2005) eingesetzten Sachverständigengruppe, deren Mandat mit späteren Resolutionen verlängert wurde, und seine Absicht bekundend, die Empfehlungen der Gruppe über den Ausschuss des Sicherheitsrats nach Ziffer 3 a) der Resolution 1591 (2005) (im Folgenden „der Ausschuss“) weiter zu prüfen und geeignete weitere Schritte zu erwägen,

*unter Betonung* der Notwendigkeit, die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen betreffend Vorrechte und Immunitäten sowie das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen<sup>331</sup>, soweit diese auf die Einsätze der Vereinten Nationen und auf die daran beteiligten Personen anwendbar sind, zu achten,

alle Staaten, insbesondere die Staaten in der Region, an die in den Resolutionen 1556 (2004) vom 30. Juli 2004, 1591 (2005) und 1945 (2010) vom 14. Oktober 2010 enthaltenen Verpflichtungen *erinnernd*, insbesondere die Verpflichtungen betreffend Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial,

---

<sup>329</sup> Siehe S/2014/87.

<sup>330</sup> S/2006/997.

<sup>331</sup> Resolution 22 A (I) der Generalversammlung. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1980 II S. 941; LGBI. 1993 Nr. 66; öBGBI. Nr. 126/1957; AS 2012 5683.

*mit der Aufforderung* an die Regierung Sudans, alle ihre Verpflichtungen zu erfüllen, namentlich indem sie den Notstand in Darfur aufhebt, die freie Meinungsäußerung zulässt und wirksame Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen haben, gleichgültig wer sie sind, zur Rechenschaft gezogen werden,

*feststellend*, dass feindselige, gewaltsame oder einschüchternde Handlungen gegenüber der Zivilbevölkerung, einschließlich Binnenvertriebener, in Darfur sowie andere Aktivitäten, die die Verpflichtung der Parteien auf eine vollständige und dauerhafte Einstellung der Feindseligkeiten gefährden oder untergraben könnten, mit dem Doha-Dokument für Frieden in Darfur unvereinbar wären,

*feststellend*, dass die Situation in Sudan nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII der Charta,

1. *beschließt*, das Mandat der ursprünglich gemäß Resolution 1591 (2005) eingesetzten Sachverständigengruppe für Sudan, das zuvor mit den Resolutionen 1651 (2005) vom 21. Dezember 2005, 1665 (2006) vom 21. Dezember 2006, 1713 (2006) vom 29. September 2006, 1779 (2007) vom 28. September 2007, 1841 (2008) vom 15. Oktober 2008, 1891 (2009) vom 13. Oktober 2009, 1945 (2010), 1982 (2011) vom 17. Mai 2011, 2035 (2012) vom 17. Februar 2012 und 2091 (2013) vom 14. Februar 2013 verlängert wurde, um einen Zeitraum von dreizehn Monaten zu verlängern, bekundet seine Absicht, spätestens zwölf Monate nach Verabschiedung dieser Resolution das Mandat zu überprüfen und einen entsprechenden Beschluss hinsichtlich einer weiteren Verlängerung zu fassen, und ersucht den Generalsekretär, möglichst rasch die erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen, einschließlich der Standortregelungen, zu ergreifen;

2. *ersucht* die Sachverständigengruppe, dem Ausschuss des Sicherheitsrats spätestens am 31. Juli 2014 eine Halbzeitunterrichtung über ihre Arbeit zu geben und dem Rat spätestens am 17. Januar 2015 einen Schlussbericht mit ihren Feststellungen und Empfehlungen vorzulegen;

3. *ersucht* die Sachverständigengruppe *außerdem*, dem Ausschuss alle drei Monate aktuelle Informationen über ihre Tätigkeiten, namentlich ihre Reisen, über etwaige Hindernisse bei der Erfüllung ihres Mandats und über Verstöße gegen die Sanktionen vorzulegen;

4. *ersucht* die Sachverständigengruppe *ferner*, innerhalb des in Ziffer 3 genannten Zeitrahmens über die Durchführung und die Wirksamkeit der Ziffer 10 der Resolution 1945 (2010) Bericht zu erstatten;

### **Waffenembargo**

5. *bekundet seine Besorgnis* darüber, dass die Lieferung, der Verkauf oder die Weitergabe, auf direktem oder indirektem Weg, von technischer Hilfe und Unterstützung, einschließlich Ausbildung, finanzieller oder sonstiger Hilfe, an Sudan und die Bereitstellung von Ersatzteilen, Waffensystemen und sonstigem Wehrmaterial von der Regierung Sudans genutzt werden könnten, um Militärluftfahrzeuge, die unter Verstoß gegen die Resolutionen 1556 (2004) und 1591 (2005) eingesetzt werden, einschließlich der von der Sachverständigengruppe identifizierten Luftfahrzeuge, zu unterstützen, und fordert alle Staaten nachdrücklich auf, dieses Risiko im Lichte der in Resolution 1591 (2005) genannten Maßnahmen zu bedenken;

6. *fordert* die Regierung Sudans *auf*, gegen den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen in Darfur vorzugehen und die sichere und wirksame Verwaltung, Lagerung und Sicherung ihrer Bestände an Kleinwaffen und leichten Waffen und die Einsammlung und/oder Zerstörung überschüssiger, beschlagnahmter, nicht gekennzeichnete oder in unerlaubtem Besitz befindlicher Waffen und Munition zu gewährleisten;

7. *bekundet seine Besorgnis* darüber, dass bestimmte Gegenstände nach wie vor für militärische Zwecke nutzbar gemacht und nach Darfur verbracht werden, und fordert alle Staaten nachdrücklich auf, dieses Risiko im Lichte der in Resolution 1591 (2005) genannten Maßnahmen zu bedenken;

### Durchführung

8. *verurteilt* die gemeldeten anhaltenden Verstöße gegen die in den Ziffern 7 und 8 der Resolution 1556 (2004) und Ziffer 7 der Resolution 1591 (2005) enthaltenen und mit Ziffer 9 der Resolution 1945 (2010) und Ziffer 4 der Resolution 2035 (2012) aktualisierten Maßnahmen und weist den Ausschuss an, gemäß seinem Mandat wirksam auf diese Verstöße zu reagieren;

9. *bekundet seine Besorgnis* darüber, dass das Reiseverbot gegen benannte Personen und das Einfrieren ihrer Vermögenswerte nicht von allen Mitgliedstaaten angewandt werden, und ersucht den Ausschuss, auf Berichte über die Nichteinhaltung von Ziffer 3 der Resolution 1591 (2005) und von Resolution 1672 (2006) vom 25. April 2006 durch Mitgliedstaaten wirksam zu reagieren, so auch indem er mit allen maßgeblichen Parteien Verbindung aufnimmt;

10. *erklärt erneut*, dass alle Staaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um zu verhindern, dass irgendeine der von dem Ausschuss benannten Personen in ihr Hoheitsgebiet einreist oder durch ihr Hoheitsgebiet durchreist, und fordert die Regierung Sudans auf, in dieser Hinsicht die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit anderen Staaten zu verstärken;

11. *legt* allen Staaten, insbesondere denjenigen in der Region, *eindringlich nahe*, dem Ausschuss über die Schritte Bericht zu erstatten, die sie zur Durchführung der mit den Resolutionen 1556 (2004) und 1591 (2005) verhängten Maßnahmen unternommen haben, einschließlich der Verhängung zielgerichteter Maßnahmen;

12. *bekundet seine Absicht*, im Anschluss an den Halbzeitbericht den Stand der Umsetzung zu überprüfen, einschließlich der Hindernisse für die volle und wirksame Durchführung der in den Resolutionen 1591 (2005) und 1945 (2010) verhängten Maßnahmen, mit dem Ziel, die volle Einhaltung sicherzustellen;

13. *bedauert*, dass einige Personen, die der Regierung Sudans und bewaffneten Gruppen in Darfur angehören, weiter Gewalt an Zivilpersonen verüben, den Friedensprozess behindern und die Forderungen des Rates missachten, bekundet seine Absicht, zielgerichtete Sanktionen gegen die Personen und Einrichtungen zu verhängen, die die in Ziffer 3 c) der Resolution 1591 (2005) genannten Kriterien für die Aufnahme in die Liste erfüllen, und ermutigt die Sachverständigengruppe, dem Ausschuss in Abstimmung mit der gemeinsamen Vermittlung der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen wenn angezeigt die Namen aller Personen, Gruppen oder Einrichtungen zu übermitteln, die die Kriterien für die Aufnahme in die Liste erfüllen;

14. *ersucht* die Sachverständigengruppe, auch weiterhin die Rolle und die Finanzierung bewaffneter, militärischer und politischer Gruppen bei Angriffen auf Personal des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zu untersuchen, und stellt fest, dass Personen und Einrichtungen, die solche Angriffe planen, fördern oder sich daran beteiligen, eine Bedrohung der Stabilität in Darfur darstellen und daher möglicherweise die Benennungskriterien nach Ziffer 3 c) der Resolution 1591 (2005) erfüllen;

15. *begrüßt* die Arbeit, die der Ausschuss unter Heranziehung der Berichte der Sachverständigengruppe und gestützt auf die in anderen Foren durchgeführte Arbeit geleistet hat, um die Aufmerksamkeit auf die Verantwortlichkeiten von Akteuren des Privatsektors in Konfliktgebieten zu lenken;

### Zusammenarbeit

16. *fordert* die Regierung Sudans *auf*, alle Beschränkungen, Begrenzungen und bürokratischen Behinderungen der Arbeit der Sachverständigengruppe aufzuheben, unter anderem indem sie allen Mitgliedern der Sachverständigengruppe für die Dauer ihres Mandats rechtzeitig Mehrfachvisa ausstellt und sie von der Reisegenehmigungspflicht für Darfur befreit, und legt der Regierung Sudans *eindringlich nahe*, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit der Gruppe zu verstärken und ihr den freien und ungehinderten Zugang zu ganz Darfur zu gestatten;

17. *fordert* die Regierung Sudans *nachdrücklich auf*, den Ersuchen des Ausschusses in Bezug auf Folgendes nachzukommen: die getroffenen Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen in verschiedenen Teilen Darfurs, einschließlich derjenigen, die von neuen Vertreibungen betroffen sind; die durchgeführten

Ermittlungen und die ergriffenen Rechenschaftsmaßnahmen in Bezug auf die Tötung von Zivilpersonen und die Begehung von Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht; die durchgeführten Ermittlungen und die ergriffenen Rechenschaftsmaßnahmen in Bezug auf Angriffe auf Friedenssicherungskräfte und humanitäres Personal; und die Situation der Zivilbevölkerung in Gebieten wie etwa dem östlichen Dschebel Marra, zu denen der Sachverständigengruppe, dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und humanitären Organisationen und humanitärem Personal der Zugang verweigert wird, und die ergriffenen Maßnahmen zur Ermöglichung des raschen, sicheren und ungehinderten Zugangs für humanitäre Hilfe zu diesen Gebieten, unter Achtung der Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe und der einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts;

18. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen, die Afrikanische Union und andere interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe voll zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über die Durchführung der mit den Resolutionen 1556 (2004) und 1591 (2005) verhängten Maßnahmen übermitteln, und auf Ersuchen um Auskunft rasch zu reagieren;

19. *ersucht* die Sachverständigengruppe, ihre Tätigkeiten auch weiterhin nach Bedarf mit denen des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur sowie mit den internationalen Anstrengungen zur Förderung eines politischen Prozesses in Darfur abzustimmen, in ihrem Zwischenbericht und ihrem Schlussbericht die Fortschritte bei der Verringerung der Verstöße aller Parteien gegen die mit den Ziffern 7 und 8 der Resolution 1556 (2005), Ziffer 7 der Resolution 1591 (2005) und Ziffer 10 der Resolution 1945 (2010) verhängten Maßnahmen sowie die Fortschritte beim Abbau der Hindernisse für den politischen Prozess, der Bedrohungen der Stabilität in Darfur und in der Region, der Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht oder der Menschenrechtsverletzungen oder -missbräuche, einschließlich Angriffen auf die Zivilbevölkerung, sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und schwerer Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern, und anderer Verstöße gegen die genannten Resolutionen zu bewerten und dem Ausschuss Informationen über die Personen und Einrichtungen zu übermitteln, die die in Ziffer 3 c) der Resolution 1591 (2005) genannten Kriterien für die Aufnahme in die Liste erfüllen;

20. *bekräftigt* das Mandat des Ausschusses, einen Dialog mit den interessierten Mitgliedstaaten, insbesondere denjenigen in der Region, anzuregen, so auch indem Vertreter dieser Staaten eingeladen werden, mit dem Ausschuss zusammenzutreffen, um die Durchführung der Maßnahmen zu erörtern, und legt dem Ausschuss ferner nahe, seinen Dialog mit dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur fortzusetzen;

21. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7111. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7141. Sitzung am 18. März 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Südsudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan

Bericht des Generalsekretärs über Südsudan (S/2014/158)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Hervé Ladsous, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze und Frau Phumzile Mlambo-Ngcuka, die Exekutivdirektorin der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN-Frauen), gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7152. Sitzung am 3. April 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:



„Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan

Sonderbericht des Generalsekretärs über die Überprüfung des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2014/138)“.

**Resolution 2148 (2014)  
vom 3. April 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*in Bekräftigung* aller seiner früheren Resolutionen und Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Sudan und unterstreichend, wie wichtig es ist, diese uneingeschränkt zu befolgen,

*sowie in Bekräftigung* seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Einheit, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Sudans und seiner Entschlossenheit, mit der Regierung Sudans unter voller Achtung ihrer Souveränität zusammenzuarbeiten, um bei der Bewältigung der verschiedenen Herausforderungen in Sudan behilflich zu sein,

*unter Hinweis* auf die Wichtigkeit der Grundsätze der friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten, der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der Zusammenarbeit in den Beziehungen zwischen den Staaten in der Region,

*sowie unter Hinweis* auf seine Resolution 2086 (2013) vom 21. Januar 2013 und in Bekräftigung der Grundprinzipien der Friedenssicherung, darunter die Zustimmung der Parteien, die Unparteilichkeit und die Nichtanwendung von Gewalt außer zur Selbstverteidigung und zur Verteidigung des Mandats, und feststellend, dass das Mandat jeder Friedenssicherungsmission auf die Bedürfnisse und die Situation des jeweiligen Landes zugeschnitten ist,

*in Würdigung* der Anstrengungen des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zur Förderung des Friedens und der Stabilität in Darfur und in Bekräftigung seiner uneingeschränkten Unterstützung für die Operation,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die beträchtliche Verschlechterung der Sicherheitslage in Darfur im Verlauf von 2013, mit anhaltenden Zusammenstößen zwischen der Regierung Sudans und bewaffneten Rebellengruppen und einer Verschärfung der Gewalt zwischen Bevölkerungsgruppen, einschließlich unter Beteiligung von Elementen paramilitärischer Einheiten und von Stammesmilizen, die zur Hauptquelle der Gewalt gegen Zivilpersonen und der Vertreibungen geworden ist,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die weite Verbreitung von Waffen in Darfur und die anhaltende Bedrohung der Zivilbevölkerung durch nicht zur Wirkung gelangte explosive Kampfmittel,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die Auswirkungen der Verschlechterung der Sicherheit auf die Zivilbevölkerung, darunter die starke Zunahme der Vertreibungen von Bevölkerungsgruppen im Verlauf von 2013 und der infolgedessen gestiegene Bedarf an humanitärer Hilfe und Schutz, einschließlich im Zusammenhang mit sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und der Gewalt gegen Kinder, feststellend, dass die humanitären Akteure 2013 in der Lage waren, die meisten Menschen in Darfur, die humanitäre Hilfe benötigten, zu erreichen, mit der bemerkenswerten Ausnahme der bedürftigen Bevölkerungsgruppen in den Gebieten aktiver Kampfhandlungen, namentlich im östlichen Dschebel Marra, in dieser Hinsicht mit dem Ausdruck seiner besonderen Besorgnis über die Berichte über eine Eskalation der Gewalt in Darfur seit Februar 2014, die zur Vertreibung zahlreicher Zivilpersonen geführt hat, und über die Verweigerung des Zugangs des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und der humanitären Akteure zu den betroffenen Gebieten durch die sudanesischen Behörden und ferner mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass keine ausreichenden finanziellen Mittel für die humanitären Akteure zur Verfügung stehen,

*unter erneuter nachdrücklicher Verurteilung* der Angriffe auf den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und die Regierung Sudans erneut auffordernd, diese Angriffe rasch zu untersuchen und die Täter vor Gericht zu stellen, sowie alle Parteien in Darfur erneut auffordernd, mit der Operation uneingeschränkt zusammenzuarbeiten,

*sowie erneut erklärend*, dass es keine militärische Lösung für den Konflikt in Darfur geben kann und dass eine alle Seiten einschließende politische Regelung für die Wiederherstellung des Friedens unerlässlich ist, unterstreichend, wie wichtig es ist, bei der Suche nach einem dauerhaften Frieden die tieferen Ursachen des Konflikts umfassend anzugehen, was dem darfurischen Volk rasch einen echten Nutzen bringen sollte, und in dieser Hinsicht in Bekräftigung seiner Unterstützung für das Doha-Dokument für Frieden in Darfur<sup>328</sup>, als solide Grundlage für den Friedensprozess für Darfur, und für seine beschleunigte Umsetzung,

in dieser Hinsicht *feststellend*, dass die Fähigkeit des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zur Erleichterung von Fortschritten bei der Umsetzung des Doha-Dokuments für Frieden in Darfur durch Verzögerungen von Seiten der Unterzeichnerparteien und das Fehlen einer alle Seiten einschließenden politischen Regelung zwischen der Regierung und den Bewegungen, die nicht unterzeichnet haben, beeinträchtigt wird, mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass die humanitäre und Sicherheitslage sowie der Mangel an Kapazitäten bei der Regionalbehörde für Darfur den Übergang von der Nothilfe zu Stabilisierungs- und Entwicklungsmaßnahmen behindern, mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Geber, ihren Zusagen nachzukommen und ihre Verpflichtungen rechtzeitig zu erfüllen, einschließlich der auf der Konferenz in Doha im April 2013 eingegangenen Verpflichtungen, und bekräftigend, dass Entwicklung einen dauerhaften Frieden in Darfur fördern kann,

*mit Lob* für die Bemühungen des Gemeinsamen Sonderbeauftragten Herrn Mohamed ibn Chambas, den Friedensprozess neu zu beleben, unter anderem durch die erneute Einbeziehung der Bewegungen, die nicht unterzeichnet haben, und mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Konfliktparteien, sofort alle Gewalthandlungen zu beenden und sich ohne Vorbedingungen auf der Grundlage des Doha-Dokuments für Frieden in Darfur am Friedensprozess zu beteiligen, um einen dauerhaften und stabilen Frieden in der Region herbeizuführen,

den Gemeinsamen Sonderbeauftragten *ermutigend*, geleitet von dem Rahmen für die Moderation des Friedensprozesses für Darfur<sup>332</sup> durch die Afrikanische Union und die Vereinten Nationen seine Bemühungen fortzusetzen, die Inklusivität des politischen Prozesses zu erhöhen, und sich mit der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union und dem Sondergesandten der Vereinten Nationen für Sudan und Südsudan abzustimmen, um ihre Vermittlungsbemühungen zu synchronisieren, unter Berücksichtigung des auf der nationalen Ebene stattfindenden Wandels, in dieser Hinsicht begrüßend, dass Präsident Bashir am 27. Januar 2014 einen nationalen Dialog angekündigt hat, feststellend, dass die Modalitäten eines derartigen Dialogs eine Gelegenheit bieten sollten, den legitimen Beschwerden der Menschen in Darfur Rechnung zu tragen, den weiteren Entwicklungen im Hinblick auf die Verwirklichung eines alle Seiten einschließenden Dialogprozesses mit Interesse entgegensehend und betonend, wie wichtig die wirksame Beteiligung der Frauen an diesem Prozess und an den Friedensbemühungen in Darfur ist,

*in Anbetracht* dessen, dass lokale Streitbeilegungsmechanismen eine wichtige Rolle bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen spielen, einschließlich Konflikten über natürliche Ressourcen, und nachdrücklich dazu auffordernd, intensivere wirksame Anstrengungen zu unternehmen, um zu verhindern, dass lokale Streitigkeiten zu Gewalt, mit entsprechenden Auswirkungen auf die lokale Zivilbevölkerung, führen, in Anerkennung der Bemühungen der sudanesischen Behörden und lokaler Vermittler, mit Unterstützung des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und des Landesteam der Vereinten Nationen in Stammesauseinandersetzungen zu vermitteln, und nachdrücklich die Fortführung ihrer Arbeit fordernd,

*begrüßend*, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und der Regierung Sudans im Laufe des vergangenen Jahres zu Verbesserungen bei der Durchführung des Mandats geführt hat, namentlich durch die raschere Ausstellung von Visa, jedoch mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis darüber, dass die anhaltenden Zugangsbeschränkungen und Verzögerungen bei der Zollabfertigung für kontingenteigene Ausrüstung die Wirksamkeit des Einsatzes erheblich beeinträchtigen, und ferner mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis darüber, dass die Bereitstellung humanitärer Hilfe durch bestimmte Einschränkungen, mit denen die humanitären Akteure konfrontiert

---

<sup>332</sup> Siehe S/2012/166.

sind, erschwert und verzögert wird und dass die ungenügende Kooperation von Seiten der Regierung, insbesondere was den Zugang betrifft, die Handlungsfähigkeit der Mission erheblich einschränkt,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* darüber, dass Defizite bei den operativen Fähigkeiten einiger Militär- und Polizeikomponenten die Mobilität und Wirksamkeit der Truppe sowie ihre Fähigkeit, von Angriffen abzuschrecken und robust darauf zu reagieren, erheblich einschränken,

*feststellend*, dass es wirksamer Koordinierungs- und Integrationsstrukturen innerhalb des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur sowie zwischen dem Einsatz und dem Landesteam der Vereinten Nationen bedarf, und nahelegend, zügig eine klarere strategische Vision, Prioritäten und ein strategisches und operatives Planungssystem innerhalb des Einsatzes zu entwickeln und umzusetzen sowie den Frühwarn- und Reaktionsmechanismus und die Koordinierung der Tätigkeiten zum Schutz von Zivilpersonen mit dem Landesteam der Vereinten Nationen zu verbessern,

*unter Hinweis* auf das Kommuniqué des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 24. März 2014,

1. *begrüßt und billigt* den gemäß Resolution 2113 (2013) vom 30. Juli 2013 des Sicherheitsrats vorgelegten Sonderbericht des Generalsekretärs vom 25. Februar 2014 über die Überprüfung des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur<sup>333</sup> und die darin abgegebenen Empfehlungen;

2. *nimmt Kenntnis* von der in dem Bericht des Generalsekretärs vorgeschlagenen Anpassung der Kriterien und Indikatoren für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur und ersucht den Generalsekretär, diese Kriterien und Indikatoren weiter zu verfeinern, um den überarbeiteten strategischen Prioritäten des Einsatzes Rechnung zu tragen, und sie in seinem nächsten 90-Tage-Bericht vorzulegen;

3. *hebt* die wichtige Rolle der Afrikanischen Union bei der Unterstützung der Durchführung der Überprüfung des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur hervor und begrüßt die fortgesetzten Bemühungen des Gemeinsamen Unterstützungs- und Koordinierungsmechanismus, namentlich bei der Wahrnehmung wichtiger Koordinierungs-, Unterstützungs- und Verbindungsfunktionen;

4. *billigt* die überarbeiteten strategischen Prioritäten des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur: Schutz von Zivilpersonen, Erleichterung der Bereitstellung humanitärer Hilfe und Sicherheit des humanitären Personals; Vermittlung zwischen der Regierung Sudans und den bewaffneten Bewegungen, die nicht unterzeichnet haben, auf der Grundlage des Doha-Dokuments für Frieden in Darfur<sup>328</sup>, unter Berücksichtigung des laufenden demokratischen Wandels auf der nationalen Ebene; und Unterstützung der Vermittlungsbemühungen in Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen, einschließlich durch Maßnahmen zur Bekämpfung ihrer tieferen Ursachen, in Zusammenarbeit mit dem Landesteam der Vereinten Nationen;

5. *ersucht* den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, seine Tätigkeiten zu fokussieren und zu straffen, quer über seine Militär-, Polizei- und zivilen Komponenten, um Fortschritte bei diesen drei strategischen Prioritäten zu erzielen, stellt fest, dass ihre wirksame Umsetzung es erforderlich machen wird, bestimmte Aufgaben des Einsatzes in ihrer Priorität zurückzustufen, und ersucht den Generalsekretär, diese Aufgaben in seinen nächsten regelmäßigen Bericht über den Einsatz aufzunehmen;

6. *nimmt Kenntnis* von der Absicht des Generalsekretärs, die Polizeikomponente des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zügig zu verringern, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen, ersucht den Generalsekretär, in seinem nächsten Bericht detaillierte und aktuelle Informationen über diese Verringerung vorzulegen, und betont in dieser Hinsicht, wie wichtig die wirksame Dislozierung, Ausbildung und operative Fähigkeit der Polizeikomponente des Einsatzes ist;

---

<sup>333</sup> S/2014/138.

7. *stellt fest*, dass der Hybride Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur angesichts des sich weiterentwickelnden politischen und sicherheitsbezogenen Umfelds vor drei großen Herausforderungen bei der wirksamen Erfüllung seines Mandats steht: der Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der Regierung Sudans bei der Durchführung des Mandats; den beträchtlichen Defiziten bei den operativen Fähigkeiten mehrerer Truppen- und Polizeikontingente; und dem Bedarf an verbesserten Koordinierungs- und Integrationsstrukturen innerhalb des Einsatzes sowie zwischen der Operation und dem Landesteam der Vereinten Nationen;

8. *ersucht* den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, im Zusammenhang mit diesen Herausforderungen die Schritte zu bestimmen, mit denen er seine überarbeiteten strategischen Prioritäten wirksamer umsetzen wird, und ersucht den Generalsekretär ferner, in seinen regelmäßigen Berichten an den Rat über des Einsatzes über diese Schritte Bericht zu erstatten;

9. *begrüßt* die von den Vereinten Nationen und den betreffenden truppen- und polizeistellenden Ländern geplanten Anstrengungen, die Defizite bei den operativen Fähigkeiten einiger Kontingente zu beheben, namentlich durch ein verstärktes Zusammenwirken der Afrikanischen Union und des Sekretariats der Vereinten Nationen mit diesen Ländern, und legt dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur nahe, bei der Verfolgung dieser Prioritäten und zur aktiven Verteidigung seines Mandats eine stärker auf Prävention und Präemption ausgerichtete Position einzunehmen, aufbauend auf den bislang unternommenen positiven Schritten und unbeschadet der einvernehmlichen Grundprinzipien der Friedenssicherung;

10. *betont*, dass die Defizite in der integrierten strategischen und operativen Architektur des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur angegangen werden müssen, fordert die Operation und das Landesteam der Vereinten Nationen auf, die in der Politik der Vereinten Nationen für integrierte Bewertung und Planung enthaltenen Anforderungen vollständig anzuwenden, darunter die Schaffung von integrierten Mechanismen für die gemeinsame Analyse, Planung, Koordinierung, Überwachung und Entscheidungsfindung, insbesondere für die gemeinsame operative Planung für Militär und Polizei beim Schutz von Zivilpersonen, fordert ferner das Sekretariat auf, dem Einsatz bei diesen Aufgaben behilflich zu sein, und ersucht den Generalsekretär, in seinem nächsten regelmäßigen Bericht an den Rat über den Einsatz auf die in dieser Hinsicht unternommenen Schritte einzugehen;

11. *stellt mit Besorgnis fest*, dass eine strategische Lücke in der Mobilität der Mission besteht und dass sie weiterhin äußerst dringend Luft- und andere Mobilitätskapazitäten, namentlich Mehrzweck-Militärhubschrauber für den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, benötigt, fordert die Mitgliedstaaten auf, sich verstärkt um die Bereitstellung von Lufteinheiten für die Mission zu bemühen, und die Regierung Sudans, die Dislozierung dieser bereits zugesagten Kapazitäten zu erleichtern, und ersucht den Generalsekretär, in seine regelmäßigen Berichte Informationen über die damit zusammenhängenden Maßnahmen zur Kräfteaufstellung sowie über weitere Strategien aufzunehmen, durch die diese kritische militärische Lücke ausgeglichen werden könnte;

12. *fordert* alle maßgeblichen Akteure *nachdrücklich auf*, die Überprüfung des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur rasch und vollständig durchzuführen, ersucht den Generalsekretär, in seinen nächsten regelmäßigen Bericht an den Rat über den Einsatz nach Bedarf spezifische Informationen und operative Empfehlungen zur Kosteneffizienz und über die Verringerung der Militär-, Polizei- und zivilen Komponenten der Mission mit dem Ziel der größtmöglichen Wirksamkeit der Mission bei der Umsetzung ihrer überarbeiteten strategischen Prioritäten aufzunehmen, und bringt seine Absicht zum Ausdruck, dementsprechend die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen;

13. *fordert* alle Parteien in Darfur *auf*, alle Hindernisse für die vollständige und ordnungsgemäße Wahrnehmung des Mandats des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur zu beseitigen, und fordert die Regierung Sudans auf, das Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen vollständig und unverzüglich einzuhalten und ihre Zusammenarbeit mit dem Einsatz bei der Durchführung seines Mandats zu verstärken;

14. *betont*, wie wichtig es ist, die Wirkung der Tätigkeit des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur effektiv zu überwachen und zu evaluieren, mit dem Ziel, seine

Wirksamkeit zu erhöhen, und sieht der Behandlung der Fortschritte bei der Durchführung der Überprüfung auf der Grundlage der regelmäßigen Berichte des Generalsekretärs an den Rat mit Interesse entgegen;

15. *sieht* der Bewertung der ersten Auswirkungen der Durchführung der Überprüfung vor der Verlängerung des Mandats des Hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur im August 2014 *mit Interesse entgegen* und bringt seine Absicht zum Ausdruck, sicherzustellen, dass das Mandat des Einsatzes den im Sonderbericht des Generalsekretärs dargelegten überarbeiteten strategischen Prioritäten entspricht;

16. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7152. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### Beschlüsse

Auf seiner 7159. Sitzung am 24. April 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Sudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan

Bericht des Generalsekretärs über den Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2014/279)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Hervé Ladsous, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7168. Sitzung am 2. Mai 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Südsudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Navanethem Pillay, die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, und Herrn Adama Dieng, den Sonderberater des Generalsekretärs für die Verhütung von Völkermord, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7172. Sitzung am 12. Mai 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Südsudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan“ teilzunehmen.

Am 14. Mai 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>334</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 9. Mai 2014 betreffend die vorläufige Bewertung des Ersuchens der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung um die Unterstützung der Vereinten Nationen bei der Errichtung des Überwachungs- und Verifikationsmechanismus<sup>335</sup> den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von den in Ihrem Schreiben enthaltenen Informationen und der darin geäußerten Absicht Kenntnis.

Auf seiner 7182. Sitzung am 27. Mai 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Südsudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan“ teilzunehmen.

---

<sup>334</sup> S/2014/338.

<sup>335</sup> S/2013/337.

**Resolution 2155 (2014)**  
**vom 27. Mai 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen 1996 (2011) vom 8. Juli 2011, 2046 (2012) vom 2. Mai 2012, 2057 (2012) vom 5. Juli 2012, 2109 (2013) vom 11. Juli 2013 und 2132 (2013) vom 24. Dezember 2013,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit der Republik Südsudan und unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der Nichteinmischung, der guten Nachbarschaft und der regionalen Zusammenarbeit,

*unter Hinweis* auf seine Resolution 2086 (2013) vom 21. Januar 2013 und in Bekräftigung der Grundprinzipien der Friedenssicherung, darunter die Zustimmung der Parteien, die Unparteilichkeit und die Nichtanwendung von Gewalt außer zur Selbstverteidigung und zur Verteidigung des Mandats, sowie feststellend, dass das Mandat jeder Friedenssicherungsmission auf die Bedürfnisse und die Situation des jeweiligen Landes zugeschnitten ist,

*mit dem Ausdruck äußerster Beunruhigung und Besorgnis* über die sich rasch verschärfende politische, Sicherheits- und humanitäre Krise in Südsudan, die das Ergebnis der internen politischen Streitigkeiten der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung und der anschließenden Gewalt ist, die die politischen und militärischen Führer des Landes verursacht haben,

*unter nachdrücklicher Verurteilung* der gemeldeten und anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch alle Parteien, einschließlich bewaffneter Gruppen und nationaler Sicherheitskräfte, darunter außergerichtliche Tötungen, gegen ethnische Gruppen gerichtete Gewalt, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, Vergewaltigung, die Einziehung und der Einsatz von Kindern, Verschwindenlassen, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, Gewalt mit dem Ziel, Schrecken in der Zivilbevölkerung zu verbreiten, und Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser sowie auf Friedenssicherungspersonal der Vereinten Nationen, sowie der Aufstachelung zur Begehung derartiger Missbräuche und Rechtsverletzungen und betonend, dass diejenigen, die für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden müssen und dass die Regierung Südsudans die Hauptverantwortung dafür trägt, die in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen und ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Zivilpersonen zu schützen, einschließlich vor möglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die Vertreibung von Personen in großer Zahl und die Verschlimmerung der humanitären Krise, betonend, dass alle am Konflikt beteiligten Parteien für das Leid der Menschen in Südsudan verantwortlich sind und dass die Deckung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung sichergestellt werden muss, in Würdigung der Anstrengungen der humanitären Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen und der Partner, der Bevölkerung dringend koordinierte Unterstützung zu gewähren, mit der Aufforderung an alle am Konflikt beteiligten Parteien, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts und den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang von Hilfspersonal, -ausrüstung und -lieferungen zu allen Hilfebedürftigen und die rasche Bereitstellung humanitärer Hilfe, insbesondere für Binnenvertriebene und Flüchtlinge, zu gestatten und zu erleichtern, unter Verurteilung aller Angriffe auf humanitäres Personal und humanitäre Einrichtungen und unter Hinweis darauf, dass Angriffe auf humanitäres Personal und das Vorenthalten der für Zivilpersonen lebensnotwendigen Gegenstände Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen können,

*in Würdigung* der von den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union unterstützten Initiative der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung zur Einrichtung eines Forums für den Politik- und Sicherheitsdialog und in der Erwartung, dass alle Parteien an diesem Prozess mitwirken und die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung am 13. März 2014 gefassten Beschlüsse achten,

*unter Begrüßung* der am 23. Januar 2014 unter Vermittlung der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung geschlossenen Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten und den Status der Inhaf-

tierten, des Konsenses über die Grundsatzerklärung zwischen den Parteien, der Schaffung des Mechanismus zur Überwachung und Verifikation der Waffenruhe und des Abkommens vom 9. Mai 2014 zur Beilegung der Krise in Südsudan, jedoch gleichzeitig die wiederholten, die Friedensbemühungen untergrabenden Verstöße aller Parteien gegen das Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten verurteilend,

*mit dem Ausdruck höchster Anerkennung* für die Maßnahmen, die die Friedenssicherungskräfte der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan und die truppen- und polizeistellenden Länder ergriffen haben, um Zivilpersonen, einschließlich ausländischer Staatsangehöriger, denen körperliche Gewalt droht, zu schützen und die Sicherheitslage zu stabilisieren, und ferner mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für diejenigen Mitgliedstaaten, die sofort nach der Verabschiedung der Resolution 2132 (2013) mit der beschleunigten Entsendung von Truppen und Polizei reagiert haben,

*mit Interesse Kenntnis nehmend* von dem Menschenrechts-Zwischenbericht der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan vom 21. Februar 2014 und dem Bericht „Conflict in South Sudan: A Human Rights Report“ (Konflikt in Südsudan: ein Menschenrechtsbericht) vom 8. Mai 2014,

*mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis* darüber, dass es nach dem Bericht vom 8. Mai 2014 begründeten Anlass zu der Vermutung gibt, dass von allen am Konflikt in Südsudan beteiligten Parteien Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden sind, darunter außergerichtliche Tötungen, Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalthandlungen, Verschwindenlassen und willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen,

*betonend*, dass es dringend und zwingend notwendig ist, die Straflosigkeit in Südsudan zu beenden, und diejenigen, die solche Verbrechen begehen, vor Gericht zu stellen,

*unter Begrüßung* der ersten Sitzung der Untersuchungskommission der Afrikanischen Union in Südsudan am 12. März 2014 und der Aufnahme ihrer Arbeit als entscheidender Schritte zur unabhängigen und öffentlichen Überwachung, Untersuchung und Berichterstattung auf dem Gebiet der Menschenrechte,

*unter nachdrücklicher Verurteilung* der Verwendung des Rundfunks zur Verbreitung von Hassreden und zur Übertragung von Botschaften, die zu sexueller Gewalt gegen eine bestimmte ethnische Gruppe anstiften, was erheblich zur Förderung von Massengewalt und zur Verschärfung von Konflikten beitragen kann, mit der Aufforderung an die Regierung Südsudans, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um von solchen Aktivitäten abzuschrecken und ferner mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Parteien, diese Handlungen zu unterlassen und stattdessen zur Förderung des Friedens und der Aussöhnung unter den Bevölkerungsgruppen beizutragen,

*nachdrücklich darauf hinweisend*, dass die fortbestehenden Hindernisse für die volle Durchführung der Resolution 1325 (2000) nur durch entschlossenes Eintreten für die Ermächtigung, die Teilhabe und die Menschenrechte der Frauen und durch konzentrierte Führungsanstrengungen, konsequente Informationsarbeit und Maßnahmen sowie Unterstützung zugunsten der stärkeren Einbeziehung von Frauen auf allen Entscheidungsebenen abgebaut werden können,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die anhaltenden Beschränkungen der Bewegungen und der Operationen der Mission unter nachdrücklicher Verurteilung der Angriffe von Regierungs- und Oppositionskräften und anderen Gruppen auf Personal und Einrichtungen der Vereinten Nationen, namentlich des Abschusses eines Hubschraubers der Vereinten Nationen durch die Sudanesische Volksbefreiungsarmee im Dezember 2012, des Angriffs auf einen Konvoi der Vereinten Nationen im April 2013, des Angriffs auf das Lager der Mission in Akobo im Dezember 2013 und der Angriffe auf das Lager der Mission in Bor 2014, und mit der Aufforderung an die Regierung Südsudans, ihre Untersuchung dieser Angriffe rasch und sorgfältig zu Ende zu führen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen,

*mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis* über die gegen Ölförderanlagen, Erdölgesellschaften und ihr Personal gerichteten Drohungen und mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Parteien, die Sicherheit der wirtschaftlichen Infrastruktur zu gewährleisten,

*unter Hinweis* auf seine Resolution 2117 (2013) vom 26. September 2013 und mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis über die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in Südsudan, die von dem

unerlaubten Transfer, der destabilisierenden Anhäufung und dem Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen ausgeht,

*mit ernster Besorgnis Kenntnis nehmend* von den Berichten des Dienstes der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme über den unterschiedslosen Einsatz von Streumunition im Februar 2014 im Staat Jonglei und mit der nachdrücklichen Aufforderung an alle Parteien, einen derartigen Einsatz in Zukunft zu unterlassen,

*unter Begrüßung* der Initiative der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung, den Mechanismus zur Überwachung und Verifikation einzusetzen, mit der Forderung nach der Rückverlegung und/oder dem schrittweisen Abzug der bewaffneten Gruppen und verbündeten Kräfte, die von jeder Seite hinzugezogen wurden, im Einklang mit dem Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten vom 23. Januar 2014, und vor den ernststen Folgen *warnend*, die eine Regionalisierung des Konflikts nach sich ziehen könnte,

*in Bekräftigung* seiner Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, der Resolution 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz des humanitären Personals und des Personals der Vereinten Nationen, der Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011, 2068 (2012) vom 12. September 2012 und 2143 (2014) vom 7. März 2014 über Kinder und bewaffnete Konflikte, der Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit, der Resolution 2150 (2014) vom 16. April 2014 über die Verhütung und Bekämpfung von Völkermord und der Resolution 2151 (2014) vom 28. April 2014 über die Sicherheitssektore reform,

*Kenntnis nehmend* von dem Bericht des Generalsekretärs vom 6. März 2014<sup>336</sup> und den darin enthaltenen Empfehlungen,

*feststellend*, dass die Situation in Südsudan nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *billigt* das von der Republik Südsudan und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung/-armee (in Opposition) am 23. Januar 2014 angenommene und unterzeichnete Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten, billigt ferner das von der Republik Südsudan und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung/-armee (in Opposition) am 9. Mai 2014 unterzeichnete Abkommen zur Beilegung der Krise in Südsudan, fordert die sofortige und vollständige Durchführung der Abkommen durch beide Parteien und bekundet seine Bereitschaft, alle geeigneten Maßnahmen gegen diejenigen zu erwägen, deren Handeln den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Südsudans untergräbt, einschließlich derjenigen, die die Durchführung dieser Abkommen verhindern;

2. *fordert* alle Parteien *nachdrücklich auf*, einen offenen und alle Seiten voll einschließenden nationalen Dialog aufzunehmen, in dem Bestreben, dauerhaften Frieden, dauerhafte Aussöhnung und gute Regierungsführung herbeizuführen, namentlich durch die volle und wirksame Beteiligung der Jugend, der Frauen, der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, der Glaubensgemeinschaften, der Zivilgesellschaft und der früher inhaftierten Führer der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung/-armee, befürwortet die Bemühungen der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung und der Vereinten Nationen, ein Friedensabkommen zwischen den Parteien zu erreichen, und fordert sie ferner nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass in alle Friedensverhandlungen und Friedensabkommen Kinderschutzbestimmungen eingeschlossen werden;

3. *beschließt*, das Mandat der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan bis zum 30. November 2014 zu verlängern, und beschließt ferner, dass die Mission im Rahmen der in Ziffer 8 festgelegten geneh-

---

<sup>336</sup> S/2014/158.



miten Truppenstärke von bis zu 12.500 Soldaten eine unter anderem aus drei Bataillonen bestehende Komponente umfasst, mit zusätzlicher Verantwortung für den Schutz des in Ziffer 4 d) genannten Mechanismus der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung zur Überwachung und Verifikation sowie für die Durchführung des in Ziffer 4 a), b) und c) festgelegten Gesamtmandats der Mission im Einklang mit Ziffer 5;

4. *beschließt*, dass die Mission das folgende Mandat hat, und ermächtigt die Mission, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um die folgenden Aufgaben wahrzunehmen:

*a) Schutz von Zivilpersonen:*

i) im Rahmen ihrer Möglichkeiten und innerhalb ihrer Einsatzgebiete Zivilpersonen zu schützen, denen körperliche Gewalt droht, gleichviel von wem diese Gewalt ausgeht, mit besonderem Schutz für Frauen und Kinder, namentlich durch den fortgesetzten Einsatz der Kinderschutzberater und Frauenschutzberater der Mission;

ii) von Gewalt gegen Zivilpersonen, einschließlich ausländischer Staatsangehöriger, abzuschrecken, insbesondere durch proaktive Einsätze, durch aktive Patrouillentätigkeit, wobei besondere Aufmerksamkeit auf vertriebene Zivilpersonen, einschließlich derjenigen an Schutzorten und in Flüchtlingslagern, humanitäres Personal und Menschenrechtsverteidiger zu richten ist, und durch die Feststellung von gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Drohungen und Angriffen, namentlich auch durch regelmäßige Kontakte zur Zivilbevölkerung und enge Zusammenarbeit mit humanitären, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen, in Gebieten mit hohem Konfliktrisiko, gegebenenfalls einschließlich Schulen, Kultstätten, Krankenhäusern und Ölförderanlagen, insbesondere wenn die Regierung der Republik Südsudan nicht in der Lage ist oder es unterlässt, diese Sicherheit zu gewährleisten;

iii) eine missionsweite Frühwarnstrategie umzusetzen, die einen koordinierten Ansatz für die Informationsbeschaffung, Überwachung, Verifikation, Frühwarnung und Verbreitung sowie Reaktionsmechanismen, einschließlich Reaktionsmechanismen zur Vorbereitung auf weitere mögliche Angriffe auf Personal und Einrichtungen der Vereinten Nationen, umfasst;

iv) die öffentliche Sicherheit der Schutzorte der Mission für Zivilpersonen und innerhalb dieser Orte zu gewährleisten;

v) durch Gute Dienste, Vertrauensbildung und Moderation die Schutzstrategie der Mission zu unterstützen, insbesondere im Hinblick auf Frauen und Kinder, und dabei auch in Gebieten mit hohem Konfliktrisiko die Versöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen zu erleichtern, was ein unverzichtbarer Bestandteil der langfristigen Maßnahmen im Bereich der Staatsbildung ist;

vi) ein sicheres Umfeld für die spätere sichere und freiwillige Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge zu fördern, unter anderem, soweit vereinbar und in strikter Übereinstimmung mit den Richtlinien der Vereinten Nationen für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht<sup>337</sup>, durch die Überwachung der Polizei, die Sicherstellung der Wahrung der internationalen Menschenrechtsnormen durch die Polizei und eine spezifische operative Koordinierung mit ihr bei relevanten und auf den Schutz gerichteten Aufgaben, mit dem Ziel, den Schutz von Zivilpersonen zu stärken;

*b) Überwachung und Untersuchung auf dem Gebiet der Menschenrechte:*

i) Menschenrechtsmissbräuche und -verletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich derjenigen, die Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen können, zu beobachten, zu untersuchen, zu verifizieren und öffentlich und regelmäßig darüber Bericht zu erstatten;

ii) an Kindern und Frauen begangene Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen, einschließlich aller Formen der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt in bewaffneten Konflikten, zu beobachten, zu untersuchen, zu verifizieren und speziell und öffentlich darüber Bericht zu erstatten

---

<sup>337</sup> S/2013/110, Anlage.

und zu diesem Zweck die Umsetzung der Regelungen zur Überwachung, Analyse und Berichterstattung betreffend sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten zu beschleunigen und den Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismus für schwere Rechtsverletzungen an Kindern zu stärken;

iii) sich mit der Untersuchungskommission der Afrikanischen Union für Südsudan abzustimmen und ihr nach Bedarf technische Unterstützung anzubieten;

c) *Schaffung der Bedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe:*

i) zur Schaffung der Bedingungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe beizutragen, so auch durch Hilfe bei der Herstellung der notwendigen Sicherheitsbedingungen und durch die Ausübung ihrer Guten Dienste, Vertrauensbildung und Moderation, um im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts und den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang des Hilfspersonals zu allen Hilfebedürftigen in Südsudan und die rasche Bereitstellung humanitärer Hilfe, insbesondere für Binnenvertriebene und Flüchtlinge, zu ermöglichen;

ii) die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen beziehungsweise des beigeordneten Personals zu gewährleisten und die Sicherheit der zur Durchführung der mandatsmäßigen Aufgaben erforderlichen Anlagen und Ausrüstung zu gewährleisten;

d) *Unterstützung der Durchführung des Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten:*

i) für eine angemessene Koordinierung mit dem Gemeinsamen Technischen Ausschuss beziehungsweise dem Mechanismus zur Überwachung und Verifikation und den Überwachungs- und Verifikationsteams zu sorgen;

ii) mobile und standortgebundene Sicherheit für den Mechanismus der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung zur Überwachung und Verifikation bereitzustellen, wie mit den Beschlüssen auf den Treffen der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung vom 31. Januar und 13. März 2014 festgelegt; und

iii) die in dem Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten beschriebene Arbeit des Mechanismus zur Überwachung und Verifikation zu unterstützen;

5. *betont*, dass bei Beschlüssen über den Einsatz der verfügbaren Fähigkeiten und Mittel innerhalb der Mission dem in Ziffer 4 a) beschriebenen Schutz von Zivilpersonen Vorrang eingeräumt werden muss;

6. *ersucht* den Generalsekretär, über seine Sonderbeauftragte weiterhin die Operationen einer integrierten Mission zu leiten, alle Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan zu koordinieren und ein kohärentes internationales Konzept zur Herbeiführung des Friedens in der Republik Südsudan zu unterstützen;

7. *macht sich* die vom Generalsekretär in seinem Bericht vom 6. März 2014 abgegebene Empfehlung<sup>336</sup> *zu eigen*, die Gesamtpersonalstärke der Mission zu erhöhen, um ihr in Ziffer 4 festgelegtes umstrukturiertes Mandat zu unterstützen;

8. *beschließt*, dass die Mission aus einer Militärkomponente von bis zu 12.500 Soldaten aller Dienstgrade und aus einer Polizeikomponente, einschließlich geeigneter organisierter Polizeieinheiten, von bis zu 1.323 Polizisten bestehen wird und dass die Zivilkomponente entsprechend den in Ziffer 4 dargelegten Aufgaben verkleinert werden wird, *ersucht* den Generalsekretär, unter anderem im Rahmen seiner regelmäßigen Berichte detaillierte Informationen über die Kräfteaufstellung, die Umstrukturierung der Kräfte der Mission, die logistische Unterstützung und die Unterstützungskräfte vorzulegen, und *ersucht* den Generalsekretär, den Bedarf vor Ort zu prüfen und 120 Tage nach der Verabschiedung dieser Resolution eine aktualisierte Bewertung der Operationen, der Dislozierung und der künftigen Erfordernisse der Mission vorzulegen;

9. *ersucht* die Mission, ihre Tätigkeiten zu fokussieren und zu straffen, quer über ihre Militär-, Polizei- und Zivilkomponenten, um Fortschritte bei den in Ziffer 4 dargelegten Aufgaben zu erzielen, stellt

fest, dass bestimmte Aufgaben der Mission daher eingestellt werden, und ersucht in dieser Hinsicht den Generalsekretär, im Juni 2014 eine vollständige Personalüberprüfung vorzunehmen und die Einzelheiten in seinen nächsten regelmäßigen Bericht über die Mission aufzunehmen;

10. *bekundet seine Absicht*, die Erfordernisse und die Zusammensetzung der Komponenten der Mission ständig aktiv zu überprüfen und in einem geeigneten Stadium der Durchführung eines glaubhaften Friedensabkommens zwischen den Parteien dieses Mandat zu überprüfen und die gegebenenfalls erforderlichen Anpassungen vorzunehmen;

11. *ermächtigt* den Generalsekretär, im Einklang mit Ziffer 8 die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Mobilisierung von Kräften und Ausrüstung zu beschleunigen und die gemäß Resolution 2132 (2013) bereits genehmigte Zusammenarbeit zwischen den Missionen erforderlichenfalls zu beenden;

12. *ersucht* die Mission, in Gebieten mit hohem Konfliktrisiko und einer hohen Konzentration von Binnenvertriebenen sowie auf den wichtigsten Routen für Bevölkerungsbewegungen verstärkt präsent zu sein und aktiv zu patrouillieren, unter anderem geleitet von ihrer Frühwarnstrategie, und regelmäßige Überprüfungen ihrer geografischen Dislozierung vorzunehmen, um sicherzustellen, dass ihre Kräfte für den Schutz von Zivilpersonen bestmöglich positioniert sind, und ersucht den Generalsekretär, im Rahmen seiner regelmäßigen Berichte aktuelle Informationen über diese Überprüfungen vorzulegen;

13. *ersucht* die Mission *ferner*, weiterhin sicherzustellen, dass die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch uneingeschränkt beachtet wird, und den Rat über die diesbezüglichen Fortschritte der Mission vollständig unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, zu ergreifen und sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

14. *legt* der Mission *nahe*, die Richtlinien der Vereinten Nationen für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht vollständig anzuwenden, und ersucht den Generalsekretär, in seinen Berichten an den Rat anzugeben, welche Fortschritte dabei erzielt worden sind;

15. *verurteilt auf das Entschiedenste* die gegen Personal der Mission und Einrichtungen der Vereinten Nationen gerichteten Angriffe und Drohungen, darunter die Verstöße gegen das Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen, betont, dass solche Angriffe Kriegsverbrechen darstellen können, verlangt, dass alle Parteien die Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten der Vereinten Nationen achten und jegliche Gewalthandlungen gegenüber den in Einrichtungen der Vereinten Nationen versammelten Personen sofort einstellen und unterlassen, und betont, dass Anstrengungen, die Fähigkeit der Mission zur Durchführung ihres Mandats zu untergraben, und Angriffe auf Personal der Vereinten Nationen nicht geduldet werden;

16. *verlangt*, dass die Regierung der Republik Südsudan und alle maßgeblichen Parteien bei der Entsendung, den Einsätzen sowie den Überwachungs-, Verifikations- und Berichtsfunktionen der Mission voll kooperieren, indem sie insbesondere die Sicherheit und die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals im gesamten Hoheitsgebiet der Republik Südsudan garantieren, und fordert ferner die Regierung Südsudans auf, die Bewegungsfreiheit der Binnenvertriebenen zu gewährleisten, einschließlich derjenigen, die die Schutzorte für Zivilpersonen verlassen und betreten, und die Mission weiterhin zu unterstützen, indem sie ihr Land für Schutzorte für Zivilpersonen zuteilt;

17. *verlangt außerdem*, dass alle Parteien im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts und den Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe den vollen, sicheren und ungehinderten Zugang von Hilfspersonal, -ausrüstung und -lieferungen zu allen Hilfebedürftigen und die rasche Bereitstellung humanitärer Hilfe, insbesondere für Binnenvertriebene und Flüchtlinge, gestatten, und betont, dass die Rückkehr der Binnenvertriebenen oder Flüchtlinge freiwillig und in Kenntnis der Sachlage und in Würde und Sicherheit erfolgen muss;

18. *verlangt ferner*, dass alle Parteien alle Formen der Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich geschlechtsspezifischer Gewalt, Vergewaltigung und anderer Formen sexueller Gewalt, sowie alle Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht, darunter ihre Einziehung und ihren Einsatz, ihre Tötung und Verstümmelung, ihre Entführung und Angriffe auf Schulen und Kranken-

häuser, sofort einstellen, fordert die Regierung Südsudans mit allem Nachdruck auf, ihren am 12. März 2012 unterzeichneten Aktionsplan zur Beendigung und Verhütung der Einziehung von Kindern sofort vollständig umzusetzen, fordert ferner die Oppositionskräfte mit allem Nachdruck auf, ihre am 10. Mai 2014 unterzeichnete Verpflichtungserklärung zur Beendigung schwerer Rechtsverletzungen an Kindern sofort vollständig umzusetzen, und fordert, dass konkrete und an Fristen gebundene Verpflichtungen zur Bekämpfung sexueller Gewalt im Einklang mit den Resolutionen 1960 (2010) und 2106 (2013) eingegangen werden;

19. *fordert* die Regierung Südsudans *auf*, zügig und transparent darauf hinzuarbeiten, die Untersuchung der mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche entsprechend den internationalen Normen abzuschließen, diejenigen, die für Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen, allen Opfern sexueller Gewalt den gleichen Schutz durch das Gesetz und den gleichen Zugang zur Justiz zu gewährleisten und die gleiche Achtung der Rechte von Frauen und Mädchen in diesen Prozessen sicherzustellen;

20. *betont*, wie wichtig die volle und wirksame Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen an der Durchführung der Abkommen und an der Verhütung und Beilegung von Konflikten und der Friedenskonsolidierung im Allgemeinen ist, fordert alle Parteien auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die volle und wirksame Vertretung von Frauen und ihre Führungsrolle bei allen Anstrengungen zur Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung zu gewährleisten, so auch indem sie zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen unterstützen und Sachverständige in Geschlechterfragen in Friedensgespräche einbeziehen, legt den truppen- und polizeistellenden Länder nahe, Maßnahmen zum Einsatz von mehr Frauen in den Militär-, Polizei- und Zivilkomponenten der Mission zu ergreifen, und bekräftigt, wie wichtig geeignete Sachkenntnisse und Schulungen betreffend Geschlechterfragen in allen Missionen, denen der Sicherheitsrat ein Mandat erteilt hat, sind;

21. *verurteilt* die Angriffe auf Ölförderanlagen, Erdölgesellschaften und ihr Personal und die fort-dauernden Kampfhandlungen in der Umgebung dieser Einrichtungen und fordert alle Parteien nachdrück-lich auf, die Sicherheit der wirtschaftlichen Infrastruktur zu gewährleisten;

22. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat nach Verabschiedung dieser Resolution alle 60 Tage über die Durchführung des Mandats der Mission Bericht zu erstatten;

23. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7182. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschluss**

Auf seiner 7186. Sitzung am 29. Mai 2014 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Sudans und Südsudans gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erör-terung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Abyei (S/2014/336)“.

### **Resolution 2156 (2014) vom 29. Mai 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten über die Situa-tion in Sudan und Südsudan, insbesondere die Resolutionen 1990 (2011) vom 27. Juni 2011, 2024 (2011) vom 14. Dezember 2011, 2032 (2011) vom 22. Dezember 2011, 2046 (2012) vom 2. Mai 2012, 2047 (2012) vom 17. Mai 2012, 2075 (2012) vom 16. November 2012, 2104 (2013) vom 29. Mai 2013 und 2126 (2013) vom 25. November 2013 sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 31. August 2012<sup>320</sup> und vom 23. August 2013<sup>316</sup> und die Presseerklärungen des Rates vom 18. Juni 2012, 21. und 28. September 2012, 6. Mai und 14. Juni 2013 und 14. Februar und 17. März 2014,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit Sudans und Südsudans sowie zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und unter Verweis auf die Wichtigkeit der Grundsätze der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der regionalen Zusammenarbeit,

*erneut erklärend*, dass die Hoheitsgrenzen von Staaten nicht gewaltsam verändert werden dürfen und dass alle Gebietsstreitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln beizulegen sind,

*erklärend*, dass er der vollständigen und umgehenden Regelung aller noch offenen Fragen des Umfassenden Friedensabkommens vom 9. Januar 2005<sup>321</sup> Vorrang beimisst,

*in Bekräftigung* seiner früheren Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten und seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011, 2068 (2012) vom 19. September 2012 und 2143 (2014) vom 7. März 2014 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz von humanitärem Personal und Personal der Vereinten Nationen und seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit,

*unter Hinweis* auf die Verpflichtungen, die die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans in dem Abkommen vom 20. Juni 2011<sup>319</sup> zwischen der Regierung Sudans und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung über vorläufige Regelungen für die Verwaltung und Sicherheit des Gebiets Abyei, dem Abkommen vom 29. Juni 2011 zwischen der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans über Grenzsicherheit und den Gemeinsamen Mechanismus für politische und Sicherheitsfragen, dem Abkommen vom 30. Juli 2011<sup>322</sup> zwischen der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans über die Unterstützungsmission für die Grenzüberwachung sowie in den Abkommen vom 27. September 2012<sup>318</sup> über die Zusammenarbeit beziehungsweise über Sicherheitsregelungen, dem Beschluss des Gemeinsamen Mechanismus für politische und Sicherheitsfragen vom 8. März 2013 und der Umsetzungsmatrix vom 12. März 2013<sup>323</sup>, die von der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans in Addis Abeba unter der Ägide der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union geschlossen wurden, eingegangen sind,

*betonend*, wie wichtig die volle Beteiligung von Frauen an der Durchführung der Abkommen und an der Verhütung und Beilegung von Konflikten und der Friedenskonsolidierung im Allgemeinen ist,

*mit dem Ausdruck seiner vollen Unterstützung* für die Anstrengungen, die die Afrikanische Union in Bezug auf die Situation zwischen der Republik Sudan und der Republik Südsudan unternimmt, um die gegenwärtigen Spannungen abzubauen und die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Beziehungen nach der Sezession und die Normalisierung ihrer Beziehungen zu erleichtern, in dieser Hinsicht unter Hinweis auf die Kommuniqués des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 24. April<sup>317</sup> und 24. Oktober 2012 und vom 25. Januar, 7. Mai, 29. Juli, 23. September, 26. Oktober und 12. November 2013 sowie auf die Presseerklärung des Friedens- und Sicherheitsrats vom 6. November 2013 und die Erklärung der Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union vom 28. Oktober 2013,

*mit Besorgnis feststellend*, dass die von der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans unternommenen Anstrengungen, im Einklang mit der Ratsresolution 2046 (2012) und dem Fahrplan des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 24. April 2012<sup>317</sup> die sichere entmilitarisierte Grenzzone, einschließlich des „14 Meilen“-Gebiets, zu entmilitarisieren und den Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze einzurichten, stagnieren, da Südsudan dem festgelegten Verlauf der Mittellinie der sicheren entmilitarisierten Grenzzone nach wie vor nicht zustimmt und am 22. November 2013 beschloss, seine Mitwirkung an dem Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze vorübergehend auszusetzen,

*unterstreichend*, wie wichtig es ist, eine wirksame Überwachung der sicheren entmilitarisierten Grenzzone, einschließlich des „14 Meilen“-Gebiets, durch den Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze herzustellen und aufrechtzuerhalten,

*betonend*, dass beide Länder viel zu gewinnen haben, wenn sie Zurückhaltung üben und den Weg des Dialogs einschlagen, anstatt auf Gewalt oder Provokationen zurückzugreifen,

*unter Begrüßung* der Bedeutung der jüngsten Treffen zwischen Präsident Bashir und Präsident Salva Kiir für die Fortsetzung des Dialogs, unter Hinweis auf den Beschluss des Sicherheitsrats in Resolution 2046 (2012), dass die Parteien die Verhandlungen unter der Ägide der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union sofort wiederaufnehmen müssen, um eine Einigung über den endgültigen Status Abyei herbeizuführen, mit der Aufforderung an alle Parteien, konstruktiv an dem von der Hochrangigen Umsetzungsgruppe moderierten Prozess zur Herbeiführung einer abschließenden Einigung über den endgültigen Status des Gebiets Abyei mitzuwirken, und betonend, dass die Parteien die noch verbleibenden Aspekte des Abkommens vom 20. Juni 2011 umgehend durchführen und insbesondere die Streitigkeit über den Rat des Gebiets Abyei beilegen und umgehend die Verwaltung des Gebiets Abyei und den Polizeidienst von Abyei einrichten müssen,

*in Würdigung* der den Parteien von der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union, namentlich ihrem Vorsitzenden, Präsident Thabo Mbeki, den ehemaligen Präsidenten Abdulsalami Abubakar und Pierre Buyoya, dem Vorsitzenden der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung, dem äthiopischen Ministerpräsidenten Hailemariam Desalegn, dem Sondergesandten des Generalsekretärs für Sudan und Südsudan, Haile Menkerios, und von der Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei unter der Führung von Generalleutnant Yohannes Tesfamariam auch weiterhin geleisteten Hilfe,

*sowie in Würdigung* der Anstrengungen, die die Truppe zur Durchführung ihres Mandats unternimmt, namentlich indem sie friedliche Wanderungsbewegungen im gesamten Gebiet Abyei weiter erleichtert, und mit dem Ausdruck seiner höchsten Anerkennung für die Arbeit der truppenstellenden Länder,

*mit Besorgnis Kenntnis nehmend* von der derzeit fragilen Sicherheitslage im Gebiet Abyei, den Beitrag anerkennend, den die Truppe seit ihrer Entsendung zur Stärkung des Friedens und der Stabilität geleistet hat, und entschlossen, ein Wiederaufleben der Gewalt gegen Zivilpersonen oder deren Vertreibung zu verhindern und Konflikte zwischen Volksgruppen abzuwenden,

*mit dem Ausdruck seiner Entschlossenheit*, dass die Frage des künftigen Status Abyeis durch Verhandlungen zwischen den Parteien im Einklang mit dem Umfassenden Friedensabkommen und nicht durch einseitige Maßnahmen einer Partei beigelegt wird,

*tief besorgt* über das bestehende Vakuum in Bezug auf die öffentliche Verwaltung und die Rechtsstaatlichkeit im Gebiet Abyei, da sich die Einrichtung der Verwaltung, des Rates und der Polizei des Gebiets Abyei, einschließlich einer für besondere Fragen im Zusammenhang mit der nomadischen Wanderung zuständigen Sondereinheit, die allesamt für die Wahrung der öffentlichen Ordnung und die Verhütung von Konflikten zwischen Volksgruppen in Abyei unverzichtbar sind, weiter verzögert,

*besorgt* über die fortbestehende Gefahr von Gewalt zwischen Volksgruppen im Gebiet Abyei, namentlich auch die anhaltenden Spannungen, die die sudanesischen Mitarbeiter der Truppe und anderer Organisationen an der Rückkehr nach Abyei hindern,

*feststellend*, dass die anhaltenden Verzögerungen bei der Einrichtung der vorläufigen Institutionen und bei der Regelung der Frage des endgültigen Status Abyeis zu den Spannungen in der Region beitragen, betonend, wie wichtig es ist, dass alle Parteien jede einseitige Handlung, die die Beziehungen zwischen den Volksgruppen im Gebiet Abyei verschlechtert, unterlassen, und mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über die anhaltenden Auswirkungen dessen, was der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union in seiner Presseerklärung vom 6. November 2013 als den „Beschluss der Ngok Dinka zur Durchführung eines einseitigen Referendums“ beschrieben hat,

*eingedenk* dessen, wie wichtig die Kohärenz der Hilfe der Vereinten Nationen in der Region ist,

die Anstrengungen *begrüßend und befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

*betonend*, dass die Einhaltung der Menschenrechte wirksam überwacht werden muss, namentlich im Hinblick auf jede sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie Rechtsverletzungen und Missbräuche

an Kindern, feststellend, dass bei der Operationalisierung der Menschenrechtsbeobachtung im Gebiet Abyei keine Entwicklungen stattgefunden haben, und mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass die Parteien diesbezüglich nicht mit dem Generalsekretär zusammenarbeiten,

*sowie unter Betonung* der dringenden Notwendigkeit, die Bereitstellung humanitärer Hilfe an alle betroffenen Gemeinschaften im Gebiet Abyei zu erleichtern,

*bekräftigend*, wie wichtig die freiwillige, sichere und geordnete Rückkehr und die dauerhafte Wiedereingliederung der Vertriebenen sowie friedliche und geordnete Wanderungszyklen unter Achtung der traditionellen Wanderungsrouten von Sudan durch Abyei nach Südsudan sind, und die Truppe nachdrücklich auffordernd, im Einklang mit ihrem Mandat nach Bedarf die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit im Gebiet Abyei zu gewährleisten,

*unter Hinweis* auf seine Resolution 2117 (2013) vom 26. September 2013 und mit dem Ausdruck seiner ernsten Sorge über die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in Abyei, die durch den unerlaubten Transfer, die destabilisierende Anhäufung und den Missbrauch von Kleinwaffen und leichten Waffen entsteht,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die nach wie vor bestehende Bedrohung durch Landminen und explosive Kampfmittelrückstände im Gebiet Abyei, die die sichere Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimatorte und die sichere Wanderung verhindert,

*unter Begrüßung* der von der Truppe unternommenen Schritte zur wirksamen Durchführung ihres Mandats, unter anderem durch die Verhütung von Konflikten, Vermittlung und Abschreckung,

*Kenntnis nehmend* von dem Bericht des Generalsekretärs vom 13. Mai 2014<sup>338</sup> in dem er unter anderem feststellt, dass sich die politische Lage und die Sicherheitslage vor Ort ernsthaft verschlechtert haben und während der nächsten Trockenzeit und des Wanderungszyklus 2014/2015 eine unhaltbare Situation entstehen könnte, sowie von den in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen,

*in der Erkenntnis*, dass die derzeitige Situation in Abyei und entlang der Grenze zwischen Sudan und Südsudan auch weiterhin eine ernste Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, das in Ziffer 2 der Resolution 1990 (2011) festgelegte und mit Resolution 2024 (2011) und Ziffer 1 der Resolution 2075 (2012) geänderte Mandat der Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei bis zum 15. Oktober 2014 zu verlängern, beschließt ferner, tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, das in Ziffer 3 der Resolution 1990 (2011) festgelegte Mandat der Truppe bis zum 15. Oktober 2014 zu verlängern, und stellt fest, dass für die Zwecke der Ziffer 1 der Resolution 2024 (2011) die Unterstützung für die operativen Tätigkeiten des Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze auch Unterstützung für die Ad-hoc-Ausschüsse, nach Bedarf und auf einvernehmlich beschlossenen Antrag dieser Mechanismen, innerhalb des Einsatzgebiets und im Rahmen der Möglichkeiten der Truppe umfasst;

2. *begrüßt* die strategische Überprüfung der Truppe durch die Vereinten Nationen sowie die Empfehlungen in dem Bericht des Generalsekretärs vom 13. Mai 2014<sup>338</sup>, die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den Volksgruppen und der Verwaltung durch die Volksgruppen unter der Aufsicht des Gemeinsamen Aufsichtskomitees für Abyei zu unterstützen, fordert die Volksgruppen, die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans in dieser Hinsicht auf, zur Erreichung dieses Ziels mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, und betont, wie wichtig es ist, dass die Afrikanische Union diese Anstrengungen unterstützt;

3. *verlangt erneut*, dass Sudan und Südsudan die Arbeit des Gemeinsamen Aufsichtskomitees für Abyei unverzüglich wiederaufnehmen, um stetige Fortschritte bei der Durchführung des Abkommens vom 20. Juni 2011<sup>319</sup> zu gewährleisten, einschließlich der Umsetzung der Beschlüsse des Aufsichtskomitees;

---

<sup>338</sup> S/2014/336.

4. *verlangt ferner erneut*, dass Sudan und Südsudan im Einklang mit ihren Verpflichtungen aus dem Abkommen vom 20. Juni 2011 dringend mit der Einrichtung der Verwaltung und des Rates des Gebiets Abyei beginnen, namentlich indem sie die festgefahrene Situation in Bezug auf die Zusammensetzung des Rates überwinden, und den Polizeidienst von Abyei bilden und ihn in die Lage versetzen, die Polizeiaufgaben im gesamten Gebiet Abyei zu übernehmen, einschließlich des Schutzes der Ölinfrastruktur;

5. *beschließt*, dass die mit Resolution 2104 (2013) genehmigten und bereits entsandten Truppen beibehalten werden und dass die restlichen genehmigten Kräfte nur im Falle einer Reaktivierung des Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze und zu dem nach Einschätzung des Generalsekretärs richtigen Zeitpunkt entsandt werden, damit die Truppe den erforderlichen Schutz für die Kräfte des Mechanismus bereitstellen und den Mechanismus umfassend dabei unterstützen kann, möglichst bald ausgedehnte Einsätze in der sicheren entmilitarisierten Grenzzone durchzuführen, und ersucht den Generalsekretär, den Rat im Rahmen seines regulären Berichtszyklus umfassend über den Stand der Entsendung unterrichtet zu halten;

6. *bekundet seine Besorgnis* angesichts der stagnierenden Anstrengungen zur vollständigen Operationalisierung des Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze, da Südsudan dem festgelegten Verlauf der Mittellinie der sicheren entmilitarisierten Grenzzone nach wie vor nicht zustimmt und am 22. November 2013 beschloss, seine Mitwirkung an dem Mechanismus vorübergehend auszusetzen, und fordert die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans auf, den Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze, den Gemeinsamen Mechanismus für politische und Sicherheitsfragen und andere vereinbarte gemeinsame Mechanismen rasch und wirksam zu nutzen, um die Sicherheit und Transparenz der sicheren entmilitarisierten Grenzzone, einschließlich des „14 Meilen“-Gebiets, zu gewährleisten;

7. *fordert nachdrücklich* erneute Anstrengungen, die Mittellinie der sicheren entmilitarisierten Grenzzone am Boden eindeutig festzulegen, und erklärt erneut, dass die Mittellinie der sicheren entmilitarisierten Grenzzone dem derzeitigen oder künftigen Rechtsstatus der Grenze, den laufenden Verhandlungen über die umstrittenen und beanspruchten Gebiete und der Markierung der Grenzen in keiner Weise vorgreift;

8. *unterstreicht*, dass das in Ziffer 3 der Resolution 1990 (2011) festgelegte Mandat der Truppe zum Schutz von Zivilpersonen auch die Ergreifung der notwendigen Maßnahmen umfasst, um Zivilpersonen zu schützen, die unmittelbar von körperlicher Gewalt bedroht sind, gleichviel von wem diese Gewalt ausgeht;

9. *verurteilt* die Präsenz von bewaffnetem Personal der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee und der Nationalpolizei Südsudans und von Einheiten der Ölpolizei von Diffra, die in das Gebiet Abyei verlegt wurden, sowie den wiederholten Zutritt von Milizen der Misseriya in das Gebiet, verlangt erneut, dass die Regierung der Republik Südsudan sofort und ohne Vorbedingungen ihr Sicherheitsdienstpersonal vollständig aus dem Gebiet Abyei abzieht und die Regierung Sudans ebenfalls die Ölpolizei von Diffra aus dem Gebiet Abyei abzieht, und erklärt ferner erneut im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen, insbesondere den Resolutionen 1990 (2011) und 2046 (2012), dass das Gebiet Abyei entmilitarisiert sein wird und dass dies für alle Kräfte wie auch für bewaffnete Elemente der lokalen Gemeinschaften gilt, ausgenommen die Truppe und der Polizeidienst von Abyei;

10. *unterstützt* den Beschluss des Gemeinsamen Aufsichtskomitees für Abyei vom 3. Mai 2013 über den Status von Abyei als waffenfreie Zone, unterstreicht die vom Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union in seinem Kommuniqué vom 7. Mai 2013 geäußerte Besorgnis über Berichte, denen zufolge mehrere in Abyei lebende Gemeinschaften schwer bewaffnet sind, erinnert daran, dass das Abkommen vom 20. Juni 2011 über vorläufige Regelungen für die Verwaltung und Sicherheit des Gebiets Abyei vorsieht, dass Abyei eine waffenfreie Zone sein soll, in der nur die Truppe befugt ist, Waffen zu tragen, und fordert die beiden Regierungen in dieser Hinsicht nachdrücklich auf, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass Abyei tatsächlich entmilitarisiert ist, erforderlichenfalls auch durch Entwaffnungsprogramme;

11. *ersucht* die Truppe, im Einklang mit ihrem Mandat und im Rahmen ihrer vorhandenen Fähigkeiten die Bewegungen von Waffen nach Abyei und das Vorhandensein von Waffen in Abyei zu beobachten



und zu dokumentieren sowie im Rahmen des regulären Berichtszyklus des Generalsekretärs darüber Bericht zu erstatten;

12. *fordert* die beiden Regierungen *nachdrücklich auf*, sofort Schritte zur Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen zwischen den jeweiligen Volksgruppen im Gebiet Abyei zu unternehmen, namentlich durch Aussöhnungsprozesse an der Basis und durch Unterstützung für die Truppe bei der Einberufung einer Friedenskonferenz der traditionellen Oberhäupter der Ngok Dinka und der Misseriya, und fordert alle Volksgruppen in Abyei mit allem Nachdruck auf, bei allen ihren Interaktionen äußerste Zurückhaltung zu üben und hetzerische Handlungen oder Erklärungen, die zu gewaltsamen Zusammenstößen führen können, oder weitere einseitige Aktivitäten zu unterlassen;

13. *ersucht* die Truppe, ihren Dialog mit dem Gemeinsamen Aufsichtskomitee für Abyei und den Volksgruppen der Misseriya und der Ngok Dinka über wirksame Strategien und Aufsichtsmechanismen weiterzuführen, um sicherzustellen, dass alle maßgeblichen Parteien den Status von Abyei als waffenfreie Zone uneingeschränkt achten, wobei der umgehenden Beseitigung von schweren oder mannschaftsbedienten Waffen sowie von Panzerfäusten besondere Priorität zukommt, und fordert die Regierungen Sudans und Südsudans, das Aufsichtskomitee und die Volksgruppen der Misseriya und der Ngok Dinka auf, diesbezüglich mit der Truppe uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

14. *fordert* alle Parteien *auf*, in Bezug auf die Feststellungen und Empfehlungen, die aus den Ermittlungen des Gemeinsamen Ermittlungs- und Untersuchungsausschusses für das Gebiet Abyei im Zusammenhang mit der Tötung eines Friedenssoldaten der Truppe und des Oberhauptes der Ngok Dinka hervorgegangen sind, uneingeschränkt zu kooperieren;

15. *bekundet seine Absicht*, das Mandat der Truppe nach Bedarf im Hinblick auf eine mögliche Umgliederung der Mission zu überprüfen, je nachdem, inwieweit Sudan und Südsudan den in Resolution 2046 (2012) getroffenen Beschlüssen und ihren in den Abkommen vom 20. und 29. Juni und 30. Juli 2011<sup>322</sup> und vom 27. September 2012<sup>318</sup> aufgeführten Verpflichtungen nachkommen, namentlich alle Kräfte aus der sicheren entmilitarisierten Grenzzone abzuziehen, die volle Einsatzfähigkeit des Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze und der Ad-hoc-Ausschüsse herzustellen und die vollständige Entmilitarisierung des Gebiets Abyei abzuschließen;

16. *fordert* alle Mitgliedstaaten, insbesondere Sudan und Südsudan, *auf*, sicherzustellen, dass das gesamte Personal sowie die Ausrüstung, Verpflegung, Versorgungs- und sonstigen Güter, einschließlich Fahrzeugen, Luftfahrzeugen und Ersatzteilen, die für den ausschließlichen und offiziellen Gebrauch der Truppe bestimmt sind, frei, ungehindert und rasch aus und nach Abyei sowie innerhalb der gesamten sicheren entmilitarisierten Grenzzone verbracht werden können;

17. *fordert* Sudan und Südsudan *erneut auf*, den Vereinen Nationen uneingeschränkte Unterstützung zu gewähren, namentlich indem sie umgehend Visa für Militär-, Polizei- und Zivilkräfte der Vereinten Nationen, einschließlich humanitären Personals, ausstellen, unbeschadet ihrer Staatsangehörigkeit, Stationierungsregelungen und Fluggenehmigungen erleichtern und logistische Unterstützung bereitstellen, und fordert alle Parteien auf, ihren Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen uneingeschränkt nachzukommen;

18. *ist sich dessen bewusst*, dass sich der Mangel an Projekten für kritische Infrastrukturen nachteilig auf das Friedenssicherungspersonal der Truppe auswirkt, stellt fest, dass Maßnahmen getroffen werden, um Abhilfe zu schaffen, und fordert den Generalsekretär nachdrücklich auf, auch weiterhin die ihm zu Gebote stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um diese Situation zu beheben und die Truppe besser zur Durchführung ihres Mandats zu befähigen;

19. *verlangt*, dass die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans den Einsatz des Dienstes der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme zur Sicherstellung der Bewegungsfreiheit des Gemeinsamen Mechanismus zur Verifikation und Überwachung der Grenze sowie die Erfassung und Räumung von Minen im Gebiet Abyei und in der sicheren entmilitarisierten Grenzzone auch weiterhin erleichtern;

20. *verlangt außerdem*, dass alle beteiligten Parteien im Einklang mit dem Völkerrecht, einschließlich des anwendbaren humanitären Völkerrechts, und den Leitlinien der Vereinten Nationen für humanitäre

Hilfe dem humanitären Personal vollen, sicheren und ungehinderten Zugang zu hilfebedürftigen Zivilpersonen gewähren und alle für seine Tätigkeit notwendigen Einrichtungen bereitstellen;

21. *ersucht* den Generalsekretär, für eine wirksame Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte und die Aufnahme der Ergebnisse in seine Berichte an den Sicherheitsrat zu sorgen, und fordert die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans erneut auf, zu diesem Zweck uneingeschränkt mit dem Generalsekretär zusammenzuarbeiten, auch indem sie Visa für das betreffende Personal der Vereinten Nationen ausstellen;

22. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Truppe die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch uneingeschränkt beachtet, und den Rat über Fälle solchen Verhaltens unterrichtet zu halten;

23. *betont*, dass die weitere Zusammenarbeit zwischen der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans auch für den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität und für ihre künftigen Beziehungen von grundlegender Bedeutung ist;

24. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat in zwei schriftlichen Berichten spätestens am 30. Juli und am 30. September auch weiterhin über die Fortschritte bei der Durchführung des Mandats der Truppe zu unterrichten und ihm auch weiterhin schwere Verstöße gegen die genannten Abkommen sofort zur Kenntnis zu bringen;

25. *nimmt Kenntnis* von den Anstrengungen des Generalsekretärs, eine enge Zusammenarbeit zwischen den Missionen der Vereinten Nationen in der Region, namentlich der Truppe, der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan und dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur, sowie seinem Sondergesandten für Sudan und Südsudan zu gewährleisten, und ersucht ihn, diese Praxis fortzusetzen;

26. *beschließt*, mit dieser Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7186. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Am 16. Juni 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>339</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 12. Juni 2014 betreffend Ihre Absicht, Generalleutnant Yohannes Gebremeskel Tesfamariam (Äthiopien) zum neuen Kommandeur der Truppe der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan zu ernennen<sup>340</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Auf seiner 7199. Sitzung am 17. Juni 2014 behandelte der Rat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan.“

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Fatou Bensouda, die Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 22. Juli 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>341</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 18. Juli 2014 betreffend Ihre Absicht, Frau Ellen Margrethe Løj (Dänemark) zu Ihrer Sonderbeauftragten für Südsudan und Leiterin

---

<sup>339</sup> S/2014/414.

<sup>340</sup> S/2014/413.

<sup>341</sup> S/2014/517.

der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan zu ernennen<sup>342</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

---

## FRIEDENSKONSOLIDIERUNG NACH KONFLIKTEN<sup>343</sup>

### Beschlüsse

Am 24. Januar 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>344</sup>:

Ich beehre mich, auf die Resolution 1646 (2005) des Sicherheitsrats Bezug zu nehmen, in der der Rat gemäß seiner Resolution 1645 (2005) beschloss, dass die in Artikel 23 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen aufgeführten ständigen Mitglieder Mitglieder des Organisationsausschusses der Kommission für Friedenskonsolidierung sein sollen und dass der Rat darüber hinaus jährlich zwei seiner gewählten Mitglieder für die Mitwirkung im Organisationsausschuss auswählt.

Ich beehre mich daher, Ihnen mitzuteilen, dass sich die Ratsmitglieder im Anschluss an informelle Konsultationen darauf geeinigt haben, Argentinien und Tschad als die beiden gewählten Ratsmitglieder auszuwählen, die für eine einjährige Amtszeit bis Ende 2014 im Organisationsausschuss mitwirken.

Auf seiner 7143. Sitzung am 19. März 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Friedenskonsolidierung nach Konflikten

Bericht des Generalsekretärs über die Friedenskonsolidierung nach Konflikten (S/2012/746).“

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Frau Helen Clark, die Administratorin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, und Herrn Antonio de Aguiar Patriota, den Ständigen Vertreter Brasiliens bei den Vereinten Nationen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7217. Sitzung am 15. Juli 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Friedenskonsolidierung nach Konflikten

Bericht der Kommission für Friedenskonsolidierung über ihre siebte Tagung (S/2014/67).“

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Vladimir Drobnjak, den Ständigen Vertreter Kroatiens bei den Vereinten Nationen in seiner Eigenschaft als ehemaliger Vorsitzender der Kommission für Friedenskonsolidierung, und Herrn Antonio de Aguiar Patriota, den Ständigen Vertreter Brasiliens bei den Vereinten Nationen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kommission für Friedenskonsolidierung, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

<sup>342</sup> S/2014/516.

<sup>343</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2005 verabschiedet

<sup>344</sup> S/2014/50.

## DIE SITUATION BETREFFEND IRAK<sup>345</sup>

### Beschlüsse

Am 1. August 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>346</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 30. Juli 2013 betreffend Ihre Absicht, Herrn Nickolay Mladenov (Bulgarien) zu Ihrem Sonderbeauftragten für Irak und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak zu ernennen<sup>347</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Auf seiner 7068. Sitzung am 25. November 2013 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

Erster Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 4 der Resolution 2107 (2013) des Sicherheitsrats (S/2013/654)

Erster Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 2110 (2013) (S/2013/661)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Nickolay Mladenov, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7093. Sitzung am 10. Januar 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation betreffend Irak“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>348</sup>:

Der Sicherheitsrat missbilligt auf das Entschiedenste die jüngsten Ereignisse in den Städten Ramadi und Falludscha in der Provinz Anbar (Irak). Der Rat verurteilt die Anschläge, die die Al-Qaida nahestehende Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante gegen das Volk Iraks verübt, um das Land und die Region zu destabilisieren. Der Rat erkennt an, dass die irakischen Sicherheitskräfte, die örtliche Polizei und die Stämme in der Provinz Anbar großen Mut in dem von ihnen geführten Kampf zeigen, die Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante in ihren Städten zu besiegen.

Der Rat legt dem Volk Iraks, namentlich den irakischen Stämmen, lokalen Führungspersonlichkeiten und den irakischen Sicherheitskräften in der Provinz Anbar eindringlich nahe, ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Gewalt und Terror fortzusetzen, auszubauen und zu verstärken, und betont, wie entscheidend wichtig die Fortsetzung des nationalen Dialogs und die Erhaltung der nationalen Einheit sind. Der Rat begrüßt die Erklärungen des Großajatollah Sistani, in denen er Binnenvertriebene aus Anbar in Nadschaf und Karbala willkommen heißt, wie auch die Zusage einer Reihe von Gemeinschaften – sunnitische, schiitische und kurdische –, für die Bedürfnisse der Vertriebenen zu sorgen.

Der Rat bekundet seine nachdrückliche Unterstützung für die anhaltenden Bemühungen der Regierung Iraks, den Sicherheitsbedürfnissen der gesamten Bevölkerung des Landes gerecht zu werden.

---

<sup>345</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2005 verabschiedet.

<sup>346</sup> S/2013/462.

<sup>347</sup> S/2013/461.

<sup>348</sup> S/PRST/2014/1.

In dieser Hinsicht würdigt der Rat die Anstrengungen der irakischen Sicherheitskräfte und der irakischen Polizei vor Ort, deren Mitglieder ebenfalls Zielscheibe und Opfer der anhaltenden Angriffe durch Terroristen sind. Der Rat begrüßt die Entschlossenheit der Regierung Iraks, die Zivilbevölkerung in Falludscha und an anderen Orten zu schützen und humanitäre Hilfe bereitzustellen, und legt der Regierung Iraks nahe, mit der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak und den humanitären Organisationen weiter zusammenzuarbeiten, um die Auslieferung humanitärer Hilfsgüter zu gewährleisten. Der Rat bekundet seine Besorgnis über die Auswirkungen der Gewalt auf Zivilpersonen und befürwortet die Gewährung sicheren Geleits für Zivilpersonen, die in Konfliktgebieten festsitzen, sowie die sichere Rückkehr der Binnenvertriebenen, sofern es die Umstände erlauben.

Der Rat betont, wie entscheidend wichtig die Fortsetzung des nationalen Dialogs, die Erhaltung der nationalen Einheit, ein alle Seiten einbeziehender politischer Prozess, die Abhaltung freier und fairer Wahlen im April 2014 und das in der irakischen Verfassung garantierte Recht auf friedlichen Protest sind. Der Rat vertritt die Auffassung, dass dies unerlässlich ist, um eine einheitliche nationale Haltung gegen den Terrorismus zu stützen und die langfristige Sicherheit Iraks zu gewährleisten.

Der Rat erklärt erneut, dass diejenigen, die diese verwerflichen terroristischen Handlungen begangen, organisiert, finanziert und gefördert haben, vor Gericht gestellt werden müssen, und fordert alle Staaten nachdrücklich auf, im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen des Rates mit den irakischen Behörden in dieser Hinsicht aktiv zusammenzuarbeiten.

Der Rat erklärt erneut, dass die Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante (QE.J.115.04) dem Waffenembargo und der Einfrierung von Vermögenswerten unterliegt, die mit den Resolutionen 1267 (1999) und 2083 (2012) des Rates verhängt wurden, und unterstreicht, wie wichtig die rasche und wirksame Durchführung dieser Maßnahmen ist.

Der Rat erklärt erneut, dass Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen mit allen Mitteln bekämpft werden müssen, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, und dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, ungeachtet ihrer Beweggründe und gleichviel wo, wann und von wem sie begangen werden. Der Rat erinnert die Staaten daran, dass sie sicherstellen müssen, dass die von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus mit allen ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlingsvölkerrecht und dem humanitären Völkerrecht, im Einklang stehen.

Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Unversehrtheit Iraks. Der Rat erklärt erneut, dass keine terroristische Handlung Irak von seinem Weg zu Frieden, Demokratie und Wiederaufbau abbringen kann, der von dem Volk und der Regierung Iraks und der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird.“

Auf seiner 7149. Sitzung am 27. März 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

Zweiter Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 2110 (2013) (S/2014/190)

Zweiter Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 4 der Resolution 2107 (2013) des Sicherheitsrats (S/2014/191)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Nickolay Mladenov, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7224. Sitzung am 23. Juli 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Iraks gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation betreffend Irak

Dritter Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 4 der Resolution 2107 (2013) des Sicherheitsrats (S/2014/480) teilzunehmen.

Dritter Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 2110 (2013) (S/2014/485)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Nickolay Mladenov, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak und Leiter der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf seiner 7230. Sitzung am 30. Juli 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Die Situation betreffend Irak

Dritter Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 4 der Resolution 2107 (2013) des Sicherheitsrats (S/2014/480)

Dritter Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 6 der Resolution 2110 (2013) (S/2014/485)“.

### **Resolution 2169 (2014) vom 30. Juli 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf alle seine früheren einschlägigen Resolutionen über Irak, insbesondere die Resolutionen 1500 (2003) vom 14. August 2003, 1546 (2004) vom 8. Juni 2004, 1557 (2004) vom 12. August 2004, 1619 (2005) vom 11. August 2005, 1700 (2006) vom 10. August 2006, 1770 (2007) vom 10. August 2007, 1830 (2008) vom 7. August 2008, 1883 (2009) vom 7. August 2009, 1936 (2010) vom 5. August 2010, 2001 (2011) vom 28. Juli 2011, 2061 (2012) vom 25. Juli 2012 und 2110 (2013) vom 24. Juli 2013 und Resolution 2107 (2013) vom 27. Juni 2013, sowie die Resolution 2107 (2013) über die Situation zwischen Irak und Kuwait,

*in Bekräftigung* der Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit Iraks,

*betonend*, wie wichtig die Stabilität und die Sicherheit Iraks für das Volk Iraks, die Region und die internationale Gemeinschaft sind,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis* über die derzeitige Sicherheitslage in Irak infolge einer Großoffensive terroristischer Gruppen, insbesondere der Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante, und verbundener bewaffneter Gruppen, die zu einer starken Eskalation der Angriffe, einer hohen Zahl von Opfern, darunter Kinder, der Vertreibung mehr als einer Million irakischer Zivilpersonen und Drohungen gegen alle religiösen und ethnischen Gruppen geführt hat, unter Verurteilung der von diesen terroristischen Gruppen und mit ihnen verbundenen bewaffneten Gruppen verübten Angriffe, insbesondere der durch die Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante ausgelösten Ereignisse im Januar 2014 in der Provinz Anbar und im Juni 2014 in der Stadt Mossul und in anderen Landesteilen, gegen die Bevölkerung Iraks in dem Versuch, das Land und die Region zu destabilisieren, und in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Sicherheit und territorialen Unversehrtheit Iraks,

*feststellend*, dass das Vordringen der Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante in das Hoheitsgebiet Iraks eine schwere Bedrohung der Zukunft des Landes darstellt, unterstreichend, dass dieser Bedrohung nur begegnet werden kann, wenn alle Iraker zusammenarbeiten und die Bedürfnisse auf dem Gebiet der Sicherheit wie auch im politischen Bereich angehen, betonend, dass eine langfristige Lösung für die Instabilität erfordern wird, dass die politische Führung Iraks Entscheidungen trifft, die das Land einen werden, und unterstreichend, wie wichtig es ist, dass die internationale Gemeinschaft Irak in dieser Hinsicht unterstützt,

*mit der Aufforderung* an alle politischen Gruppierungen, Spaltungen zu überwinden und in einem inklusiven, rasch einsetzenden politischen Prozess zusammenzuarbeiten, der darauf abzielt, die nationale Einheit, Souveränität und Unabhängigkeit Iraks zu stärken, und an die Führer Iraks, so bald wie möglich auf die Bildung einer Regierung hinzuarbeiten, die den Willen und die Souveränität aller Teile der irakischen Bevölkerung vertritt und die zur Herbeiführung einer tragfähigen und dauerhaften Lösung der ge-

genwärtigen Probleme des Landes beiträgt, und in Bekräftigung seiner Überzeugung, dass Irak über seine demokratischen Institutionen und zusammen mit der irakischen Gesellschaft daran arbeiten kann, die sich dem Land stellenden Herausforderungen zum Nutzen aller Iraker zu bewältigen,

die Notwendigkeit *unterstreichend*, dass alle Teile der irakischen Bevölkerung am politischen Prozess, an einem alle Seiten einschließenden politischen Dialog und am wirtschaftlichen und sozialen Leben Iraks teilhaben, Erklärungen und Maßnahmen, die die Spannungen verschärfen könnten, unterlassen, eine umfassende Lösung für die gerechte Verteilung der Ressourcen herbeiführen und Stabilität gewährleisten, eine gerechte und faire Lösung für die internen Grenzstreitigkeiten erarbeiten und auf die Stärkung der nationalen Einheit hinwirken, und unter Hervorhebung der Wichtigkeit eines umfassenden, inklusiven politischen Prozesses unter irakischer Führung zur Unterstützung des Dialogs für alle, die der Gewalt abschwören, keine Verbindungen zu internationalen terroristischen Organisationen, einschließlich der Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante, unterhalten und die Verfassung achten,

*in Bekräftigung seines Lobes* für die Unabhängige Hohe Wahlkommission Iraks, die irakischen Sicherheitskräfte, das irakische Volk und die irakischen Kandidaten und Koalitionen für die erfolgreiche Abhaltung von Parlamentswahlen trotz der Sicherheitsprobleme, mit denen das Land konfrontiert ist,

der Regierung Iraks *nahelegend*, auch künftig die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, die Sicherheit und die öffentliche Ordnung zu verbessern und den Terrorismus und die sektiererische Gewalt sowie die durch Extremismus und Intoleranz motivierte Aufstachelung im ganzen Land zu bekämpfen, und mit dem erneuten Ausdruck seiner Unterstützung für das Volk und die Regierung Iraks bei ihren Bemühungen um den Aufbau einer sicheren, stabilen, föderalen, geeinten und demokratischen Nation auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte,

*betonend*, dass die Anstrengungen zur Förderung einer internationalen und regionalen Zusammenarbeit fortgesetzt werden müssen, die darauf abzielt, Irak zu unterstützen und die auf der Sanktionsliste des Ausschusses des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) verzeichneten terroristischen Gruppen, insbesondere der Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante, daran zu hindern, das Hoheitsgebiet Iraks und der Nachbarstaaten für die Durchführung gewaltsamer oder anderer unerlaubter Handlungen zur Destabilisierung Iraks und der Region zu nutzen, seine Bereitschaft erklärend, Sanktionen gegen weitere Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen zu verhängen, die der Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante unterstützen, sowie seine tiefe Besorgnis über Berichte bekundend, wonach auf der Liste des Ausschusses geführte terroristische Gruppen sich Zugang zu Ölfeldern und -pipelines in Irak verschafft und diese in Besitz genommen haben, unter nachdrücklicher Verurteilung jedes direkten oder indirekten Handels mit Erdöl aus Irak, an dem diese terroristischen Gruppen beteiligt sind, und betonend, dass ein derartiger Handel eine finanzielle Unterstützung dieser Terroristen darstellt und zu weiteren Aufnahmen in die Sanktionsliste des Ausschusses führen kann,

*bekräftigend*, wie wichtig die Vereinten Nationen, insbesondere die Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, sind, wenn es darum geht, das irakische Volk, einschließlich der Zivilgesellschaft, und die Regierung Iraks bei der Stärkung der demokratischen Institutionen, der Förderung eines alle Seiten einschließenden politischen Dialogs und der nationalen Aussöhnung im Einklang mit der Verfassung, der Erleichterung des regionalen Dialogs, der Ausarbeitung von für die Regierung annehmbaren Prozessen zur Beilegung der internen Grenzstreitigkeiten, der Hilfe für die Jugend und für schwächere Bevölkerungsgruppen, wie Flüchtlinge und Binnenvertriebene, der Förderung des Schutzes der Menschenrechte, der Geschlechtergleichstellung, der Kinder und der Jugend und der schwächeren Bevölkerungsgruppen und der Förderung von Justiz- und Gesetzesreformen zu beraten, zu unterstützen und ihnen dabei behilflich zu sein, und betonend, wie wichtig es ist, dass die Vereinten Nationen und insbesondere die Mission der Beratung, Unterstützung und Hilfe für das irakische Volk, einschließlich der Zivilgesellschaft, und die Regierung Vorrang einräumen, damit diese Ziele erreicht werden können,

*mit der nachdrücklichen Aufforderung* an die Regierung Iraks, auch künftig die Menschenrechte zu fördern und zu schützen sowie zusätzliche Schritte zur Unterstützung der Unabhängigen Hohen Kommission für Menschenrechte bei der Wahrnehmung ihres Mandats zu erwägen,

*in Anerkennung* der Anstrengungen der Regierung Iraks bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte von Frauen, in Bekräftigung seiner Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000,

1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit, erneut erklärend, dass Frauen voll, gleichberechtigt und wirksam mitwirken müssen, mit der Aufforderung an alle Parteien, die Zivilbevölkerung, insbesondere Frauen und Kinder, zu schützen, vor allem angesichts der jüngsten Gewalt, mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über die Einziehung und den Einsatz von Kindern durch die Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante und andere bewaffnete Gruppen unter Verstoß gegen das Völkerrecht, in Bekräftigung der Schlüsselrolle, die Frauen bei der Wiederherstellung des gesellschaftlichen Gefüges spielen können, und betonend, dass sie am politischen Leben, namentlich an Friedensprozessen, der politischen Entscheidungsfindung und der Entwicklung nationaler Strategien, voll teilhaben müssen, damit ihren Perspektiven Rechnung getragen wird, und der vollständigen Durchführung des Nationalen Aktionsplans Iraks zur Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats erwartungsvoll entgegensehend,

*mit dem Ausdruck seiner tiefen Sorge* um die mehr als eine Million Menschen, die in anderen Gebieten Iraks Zuflucht suchen, mit dem erneuten Ausdruck seines Dankes an die Aufnahmegemeinschaften, hervorhebend, wie wichtig es ist, die sich dem irakischen Volk stellenden humanitären Probleme anzugehen, die Notwendigkeit betonend, zur Bewältigung dieser Probleme auch weiterhin koordinierte Maßnahmen zu planen und durchzuführen und angemessene Ressourcen bereitzustellen, den Mitgliedstaaten nahelegend, die humanitären Maßnahmen der Vereinten Nationen in Irak in Zusammenarbeit mit der Regierung Iraks zu unterstützen, um allen von dem anhaltenden Konflikt betroffenen Irakern Hilfe zu leisten, und mit Lob für die Anstrengungen der Mitgliedstaaten, die zu den humanitären Maßnahmen beigetragen haben,

*unter Hervorhebung* der Souveränität der Regierung Iraks, bekräftigend, dass alle Parteien auch weiterhin alle durchführbaren Schritte unternehmen und Modalitäten erarbeiten sollen, um den Schutz der betroffenen Zivilpersonen, einschließlich Kindern, Frauen und Angehöriger religiöser und ethnischer Minderheitengruppen, zu gewährleisten, sowie Bedingungen schaffen sollen, die der freiwilligen und dauerhaften Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Sicherheit und Würde oder der Integration der Binnenvertriebenen vor Ort förderlich sind, unter Begrüßung der Zusagen der Regierung im Hinblick auf Hilfe für Binnenvertriebene, Flüchtlinge und Rückkehrer und sie zur Fortsetzung ihrer Anstrengungen ermutigend, feststellend, welche wichtige Rolle das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen auf der Grundlage seines Mandats dabei wahrnimmt, die Regierung in Abstimmung mit der Mission in diesen Fragen laufend zu beraten und zu unterstützen, und der Regierung nahelegend, weiter mit der Mission und den humanitären Organisationen zusammenzuarbeiten, um die Auslieferung humanitärer Hilfe an die Bedürftigen zu gewährleisten,

*mit der nachdrücklichen Aufforderung* an alle Beteiligten, das humanitäre Völkerrecht, namentlich die Genfer Abkommen von 1949<sup>349</sup> und die Landkriegsordnung in der Anlage zum IV. Haager Abkommen von 1907, soweit anwendbar, uneingeschränkt einzuhalten und dem humanitären Personal vollen und ungehinderten Zugang zu allen hilfebedürftigen Menschen zu gewähren und soweit möglich alle notwendigen Einrichtungen für ihre Tätigkeit zur Verfügung zu stellen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des humanitären Personals sowie des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals sowie ihres Materials zu fördern wie auch medizinisches Personal und medizinische Transporte und Einrichtungen zu schonen und zu schützen,

*in der Erkenntnis*, dass sich die in Irak jetzt herrschende Situation erheblich von der unterscheidet, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) vom 6. August 1990 bestand, und ferner in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, dass Irak denselben internationalen Status erlangt, den es vor der Verabschiedung der Resolution 661 (1990) innehatte,

*mit dem Ausdruck seines tief empfundenen Dankes* an alle Mitarbeiter der Vereinten Nationen in Irak für ihre mutigen und unermüdlichen Anstrengungen und mit Lob für die Führungsrolle und die Guten Dienste des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Irak, Herrn Nickolay Mladenov,

---

<sup>349</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970–973. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1954 II S. 781; LGBl. 1989 Nr. 18-21; öBGBI. Nr. 155/1953; AS 1951 181 207 228 300.



1. *beschließt*, das Mandat der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak bis zum 31. Juli 2015 zu verlängern;
2. *beschließt außerdem*, dass der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Irak und die Mission auf Ersuchen der Regierung Iraks und unter Berücksichtigung des Schreibens des Außenministers Iraks an den Generalsekretär vom 20. Juli 2014<sup>350</sup> auch weiterhin ihr in Resolution 2110 (2013) festgelegtes Mandat wahrnehmen werden, und erinnert an die Bestimmungen der Resolution 2107 (2013);
3. *ist sich dessen bewusst*, dass die Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen unerlässlich ist, damit die Mission ihre Tätigkeit zugunsten des Volkes von Irak ausüben kann, und fordert die Regierung Iraks auf, auch weiterhin sicherheitsbezogene und logistische Unterstützung für die Präsenz der Vereinten Nationen in Irak bereitzustellen;
4. *begrüßt* die Beiträge, welche die Mitgliedstaaten leisten, indem sie der Mission die finanziellen, logistischen und sicherheitsbezogenen Ressourcen und die entsprechende Unterstützung bereitstellen, die sie zur Erfüllung ihrer Mission benötigt, und fordert die Mitgliedstaaten auf, der Mission auch weiterhin ausreichende Ressourcen und Unterstützung bereitzustellen;
5. *erklärt seine Absicht*, das Mandat der Mission in zwölf Monaten oder, falls die Regierung Iraks darum ersucht, früher zu überprüfen;
6. *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat alle drei Monate über die Fortschritte bei der Erfüllung aller Aufgaben der Mission Bericht zu erstatten;
7. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7230. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

---

## **BEDROHUNGEN DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT<sup>351</sup>**

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7155. Sitzung am 16. April 2014 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Belgiens, Bosnien und Herzegowinas, Bulgariens, Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Griechenlands, Irlands, Islands, Italiens, Kanadas, Kroatiens, Lettlands, Maltas, Marokkos, Montenegros, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Panamas, Polens, Portugals, Rumäniens, Schwedens, der Schweiz, der Slowakei, Sloweniens, Somalias, der Tschechischen Republik, Togos, der Türkei und Zyperns gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Bedrohungen des Weltfriedens und der Internationalen Sicherheit

Verhütung und Bekämpfung von Völkermord

Schreiben der Präsidentin des Sicherheitsrats vom 11. April 2014 an den Generalsekretär (S/2014/265)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Colin Keating gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

<sup>350</sup> S/2014/523, Anlage.

<sup>351</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2005 verabschiedet.

**Resolution 2150 (2014)  
vom 16. April 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*in Bekräftigung* der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte<sup>352</sup> und der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes<sup>353</sup>,

*sowie in Bekräftigung* der Bedeutung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes als wirksame internationale Übereinkunft zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes und betonend, dass das Verbrechen des Völkermordes, wie in der Konvention anerkannt wird, eine verabscheuungswürdige Geißel ist, die der Menschheit große Verluste zugefügt hat, und dass weitere internationale Zusammenarbeit erforderlich ist, um die rechtzeitige Verhütung und rasche Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes zu erleichtern,

*in der Erkenntnis*, dass die Staaten die Hauptverantwortung dafür tragen, die Menschenrechte ihrer Staatsbürger sowie anderer Personen in ihrem Hoheitsgebiet zu achten und zu gewährleisten, wie vom einschlägigen Völkerrecht vorgeschrieben,

*in Anerkennung* der wichtigen Rolle, die den regionalen und subregionalen Abmachungen bei der Verhütung von Situationen, die zu Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit führen können, und bei der Reaktion auf solche Situationen zukommt, insbesondere unter Hinweis auf Artikel 4 h) der Gründungsakte der Afrikanischen Union<sup>354</sup>,

*unter Hinweis* auf die wichtige Rolle der Sonderberater des Generalsekretärs für die Verhütung von Völkermord und für Schutzverantwortung, zu deren Aufgaben es unter anderem gehört, als Frühwarnmechanismus zur Verhütung von Situationen zu wirken, die zu Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und ethnischer Säuberung führen könnten,

*sowie unter Hinweis* auf die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, der gemäß seiner Resolution 955 (1994) vom 8. November 1994 zu dem ausschließlichen Zweck der Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, und der Verfolgung ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind, geschaffen wurde, und ferner unter Hinweis darauf, dass Völkermord die Absicht beinhaltet, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören,

*ferner unter Hinweis* auf die Schlussfolgerungen in dem Schlussbericht der mit Resolution 935 (1994) vom 1. Juli 1994 des Sicherheitsrats eingesetzten Sachverständigenkommission<sup>355</sup>, darunter war die Schlussfolgerung, dass „es überwältigende Beweise dafür gibt, dass Völkermordhandlungen gegen die Gruppe der Tutsi begangen wurden“, und feststellend, dass bei dem Völkermord auch Hutu und andere, die sich ihm widersetzen, getötet wurden,

*unter Hinweis* darauf, dass die Berufungskammer des Gerichtshofs in ihrer Entscheidung vom 16. Juni 2006 zu dem Fall ICTR-98-44-AR73(C) zu dem Schluss kam, dass es eine „allgemein bekannte Tatsache“ war, dass „zwischen dem 6. April 1994 und dem 17. Juli 1994 ein Völkermord in Ruanda an der ethnischen Gruppe der Tutsi begangen wurde“, ferner unter Hinweis darauf, dass bei dem Völkermord über eine Million Menschen, darunter auch Hutu und andere, die sich ihm widersetzen, getötet wurden, und mit Besorgnis Kenntnis nehmend von jeder Form der Leugnung dieses Völkermordes,

---

<sup>352</sup> Resolution 217 A (III) der Generalversammlung. In Deutsch verfügbar unter <http://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>.

<sup>353</sup> Resolution 260 A (III) der Generalversammlung, Anlage. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1954 II S. 729; LGBl. 1995 Nr. 45; öBGBI. Nr. 91/1958; AS 2002 2606.

<sup>354</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2158, Nr. 37733.

<sup>355</sup> S/1994/1405.

*mit Besorgnis feststellend*, dass viele des Völkermordes Verdächtige, einschließlich der neun verbleibenden flüchtigen Personen, gegen die der Gerichtshof Anklage erhoben hat, sich nach wie vor der Justiz entziehen,

*in Bekräftigung seiner entschiedenen Ablehnung* der Straflosigkeit für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen und in diesem Zusammenhang hervorhebend, dass die Staaten die Verantwortung für die Einhaltung ihrer einschlägigen Verpflichtungen tragen, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, zu diesem Zweck eingehende Ermittlungen anzustellen und die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen, um eine Wiederholung zu verhindern und dauerhaften Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit und Aussöhnung herbeizuführen,

*betonend*, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit und zur Sicherstellung von Rechenschaft für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und andere ungeheuerliche Verbrechen durch die diesbezügliche Arbeit und die strafrechtliche Verfolgung dieser Verbrechen im Rahmen des internationalen Strafjustizsystems, der Ad-hoc- und gemischten Gerichtshöfe sowie der Sonderkammern in nationalen Gerichten gestärkt worden ist, in dieser Hinsicht den Beitrag anerkennend, den der Internationale Strafgerichtshof im Einklang mit dem Grundsatz der Komplementarität zur innerstaatlichen Strafgerichtsbarkeit, wie im Römischen Statut des Gerichtshofs<sup>356</sup> festgelegt, dazu leistet, dass die Verantwortlichen für diese Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden, und erneut erklärend, wie wichtig es ist, dass die Staaten im Einklang mit ihren jeweiligen Verpflichtungen mit diesen Gerichtshöfen und Gerichten zusammenarbeiten,

*in Anerkennung* des Beitrags des Gerichtshofs zum Kampf gegen die Straflosigkeit und zur Entwicklung der internationalen Strafgerichtsbarkeit, insbesondere im Zusammenhang mit dem Verbrechen des Völkermordes,

*feststellend*, dass die strafrechtliche Verfolgung der für Völkermord und andere schwere internationale Verbrechen Verantwortlichen durch das nationale Justizsystem, namentlich die Gacaca-Gerichte Ruandas, und dem Gerichtshof zum Prozess der nationalen Aussöhnung und zur Wiederherstellung und Wahrung des Friedens in Ruanda beigetragen hat,

*daran erinnernd*, dass Anführer und Mitglieder der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas am Völkermord von 1994 an den Tutsi in Ruanda, bei dem auch Hutu und andere, die sich dem Völkermord widersetzen, getötet wurden, als Täter beteiligt waren, ferner daran erinnernd, dass es sich bei den Demokratischen Kräften zur Befreiung Ruandas um eine Gruppe handelt, die Sanktionen der Vereinten Nationen unterliegt, die in der Demokratischen Republik Kongo tätig ist und nach wie vor ethnisch motivierte und andere Tötungen in Ruanda und in der Demokratischen Republik Kongo fördert und begeht, und hervorhebend, wie wichtig es ist, diese Gruppe zu neutralisieren, im Einklang mit Resolution 2098 (2013) vom 28. März 2013 des Sicherheitsrats,

*sowie unter Hinweis* darauf, dass die Generalversammlung am 23. Dezember 2003 den 7. April zum Internationalen Tag des Gedenkens an den Völkermord in Ruanda 1994 erklärte<sup>357</sup>,

*betonend*, wie besonders wichtig alle Formen der Erziehung sind, um zu verhindern, dass in Zukunft wieder Völkermorde begangen werden,

1. *fordert* die Staaten *auf*, sich erneut darauf zu verpflichten, Völkermord und andere schwere völkerrechtliche Verbrechen zu verhüten und zu bekämpfen, bekräftigt die Ziffern 138 und 139 des Ergebnisdokuments des Weltgipfels 2005<sup>358</sup> betreffend die Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und unter-

---

<sup>356</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2187, Nr. 38544. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2000 II S. 1394; LGBl. 2002 Nr. 90; öBGBI. III Nr. 180/2002; AS 2002 3743.

<sup>357</sup> Siehe Resolution 58/234 der Generalversammlung.

<sup>358</sup> Resolution 60/1 der Generalversammlung.

streicht, wie wichtig es ist, die Lehren aus dem Völkermord von 1994 an den Tutsi in Ruanda, bei dem auch Hutu und andere, die sich dem Völkermord widersetzen, getötet wurden, zu berücksichtigen;

2. *verurteilt vorbehaltlos* jede Leugnung dieses Völkermordes und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Erziehungsprogramme zu erarbeiten, die die Lehren aus dem Völkermord im Bewusstsein künftiger Generationen verankern werden, um zur Verhütung künftiger Völkermorde beizutragen;

3. *begrüßt* die Anstrengungen der Mitgliedstaaten, gegen diejenigen, die dieses Völkermordes beschuldigt werden, zu ermitteln und sie strafrechtlich zu verfolgen, fordert alle Staaten auf, mit dem Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda, dem Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe und der Regierung Ruandas bei der Festnahme und strafrechtlichen Verfolgung der neun verbleibenden flüchtigen Personen, gegen die der Strafgerichtshof Anklage erhoben hat, zusammenzuarbeiten, und fordert die Staaten ferner auf, im Einklang mit den geltenden internationalen Verpflichtungen gegen alle anderen des Völkermordes beschuldigten flüchtigen Personen, die sich in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten, einschließlich derjenigen, die Anführer der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas sind, zu ermitteln, sie festzunehmen, strafrechtlich zu verfolgen oder auszuliefern;

4. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, dass die bestehenden Frühwarnmechanismen zur Verhütung von Völkermord und anderen schweren internationalen Verbrechen stärker zusammenarbeiten, damit sie leichter Spannungsursachen und Risikopunkte erkennen, bewerten und auf sie reagieren oder gefährdete Bevölkerungsgruppen ermitteln können;

5. *fordert* die Staaten, die die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes<sup>353</sup> noch nicht ratifiziert haben oder ihr noch nicht beigetreten sind, *auf*, dies mit hohem Vorrang zu erwägen und erforderlichenfalls nationale Rechtsvorschriften zu erlassen, um ihren Verpflichtungen nach der Konvention nachzukommen.

*Auf der 7155. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

---

## NICHTVERBREITUNG<sup>359</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7028. Sitzung am 5. September 2013 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Nichtverbreitung

Unterrichtung durch den Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006)“.

Auf seiner 7082. Sitzung am 12. Dezember 2013 behandelte der Rat den auf seiner 7028. Sitzung erörterten Punkt.

Auf seiner 7146. Sitzung am 20. März 2014 behandelte der Rat den auf seiner 7028. Sitzung erörterten Punkt.

Auf seiner 7193. Sitzung am 9. Juni 2014 behandelte der Rat den Punkt „Nichtverbreitung“.

---

<sup>359</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2006 verabschiedet.

**Resolution 2159 (2014)**  
**vom 9. Juni 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren einschlägigen Resolutionen, namentlich die Resolutionen 1696 (2006) vom 31. Juli 2006, 1737 (2006) vom 23. Dezember 2006, 1747 (2007) vom 24. März 2007, 1803 (2008) vom 3. März 2008, 1835 (2008) vom 27. September 2008, 1887 (2009) vom 24. September 2009, 1929 (2010) vom 9. Juni 2010, 1984 (2011) vom 9. Juni 2011, 2049 (2012) vom 7. Juni 2012 und 2105 (2013) vom 5. Juni 2013, sowie die Erklärung seines Präsidenten vom 29. März 2006<sup>360</sup> und in Bekräftigung ihrer Bestimmungen,

*sowie unter Hinweis* darauf, dass gemäß Ziffer 29 der Resolution 1929 (2010) eine Sachverständigengruppe für die Islamische Republik Iran eingesetzt wurde, die unter der Leitung des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006) die in dieser Ziffer vorgesehenen Aufgaben ausführt,

*ferner unter Hinweis* auf den am 9. November 2013 vorgelegten Zwischenbericht der vom Generalsekretär gemäß Ziffer 29 der Resolution 1929 (2010) eingesetzten Sachverständigengruppe und auf den Schlussbericht der Gruppe vom 5. Juni 2014<sup>361</sup>,

*unter Hinweis* auf die in dem Bericht der Informellen Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für allgemeine Sanktionsfragen<sup>362</sup> enthaltenen methodologischen Standards für die Berichte der Sanktionsüberwachungsmechanismen,

*unter Begrüßung* der Anstrengungen des Sekretariats, die Liste von Sachverständigen für die Unterabteilung Nebenorgane des Sicherheitsrats zu erweitern und zu verbessern, eingedenk der durch die Mitteilung des Präsidenten gegebenen Anleitung<sup>362</sup>,

in dieser Hinsicht *betonend*, wie wichtig glaubhafte, auf Tatsachen gestützte und unabhängige Bewertungen, Analysen und Empfehlungen sind, entsprechend dem in Ziffer 29 der Resolution 1929 (2010) festgelegten Mandat der Sachverständigengruppe,

*feststellend*, dass die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägersystemen nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, das in Ziffer 29 der Resolution 1929 (2010) festgelegte Mandat der Sachverständigengruppe für die Islamische Republik Iran bis zum 9. Juli 2015 zu verlängern, bekundet seine Absicht, spätestens am 9. Juni 2015 das Mandat zu überprüfen und geeignete Maßnahmen betreffend eine weitere Verlängerung zu treffen, und ersucht den Generalsekretär, die dafür erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen;

2. *ersucht* die Sachverständigengruppe, dem Ausschuss des Sicherheitsrats gemäß Resolution 1737 (2006) spätestens am 9. November 2014 einen Halbzeitbericht über ihre Arbeit vorzulegen, ersucht darum, dass die Gruppe dem Rat nach Erörterung mit dem Ausschuss spätestens am 9. Dezember 2014 ihren Halbzeitbericht vorlegt, ersucht außerdem darum, dass die Gruppe dem Ausschuss bis zum 9. Mai 2015 einen Schlussbericht samt Feststellungen und Empfehlungen vorlegt, und ersucht ferner darum, dass die Gruppe nach Erörterung mit dem Ausschuss dem Rat bis zum 9. Juni 2015 ihren Schlussbericht vorlegt;

3. *ersucht* die Sachverständigengruppe *außerdem*, dem Ausschuss spätestens dreißig Tage nach ihrer Wiederernennung ihr geplantes Arbeitsprogramm vorzulegen, legt dem Ausschuss nahe, dieses Arbeitsprogramm regelmäßig zu erörtern und sich mit der Gruppe regelmäßig über ihre Arbeit auszutauschen, und ersucht die Gruppe ferner, den Ausschuss über jede Aktualisierung dieses Arbeitsprogramms zu unterrichten;

---

<sup>360</sup> S/PRST/2006/15.

<sup>361</sup> S/2014/394, Anlage.

<sup>362</sup> S/2006/997.

4. *bekundet seine Absicht*, die Arbeit der Sachverständigengruppe weiter zu verfolgen;

5. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und andere interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe voll zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über die Durchführung der mit den Resolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) und 1929 (2010) verhängten Maßnahmen übermitteln;

6. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7193. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschluss**

Auf seiner 7211. Sitzung am 25. Juni 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt

„Nichtverbreitung

Unterrichtung durch den Vorsitzenden des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006)“.

---

## **FRIEDENSKONSOLIDIERUNG IN WESTAFRIKA<sup>363</sup>**

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7016. Sitzung am 14. August 2013 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Friedenskonsolidierung in Westafrika“.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>364</sup>:

Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und stellt fest, dass die Staaten die Hauptverantwortung für die Beseitigung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See tragen.

Der Rat erklärt in dieser Hinsicht erneut, dass den Staaten in der Region die führende Rolle dabei zukommt, die Bedrohung zu bekämpfen, die von der Seeräuberei und bewaffneten Raubüberfällen auf See im Golf von Guinea ausgeht, und ihre tieferen Ursachen in enger Zusammenarbeit mit den Organisationen in der Region und mit ihren Partnern anzugehen.

Der Rat bekräftigt seine Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit der betroffenen Staaten.

Der Rat ist nach wie vor tief besorgt über die Bedrohung, die die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See im Golf von Guinea für die internationale Schifffahrt, die Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung der Staaten in der Region, die Sicherheit und das Wohlergehen der Seeleute und anderer Personen sowie die Sicherheit der der gewerblichen Seeschifffahrt dienenden Schifffahrtswege darstellen.

Der Rat bekundet seine tiefe Besorgnis über die gemeldete Zahl der Fälle von Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See im Golf von Guinea in der ersten Jahreshälfte 2013 und über das damit verbundene Ausmaß an Gewalt.

---

<sup>363</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2006 verabschiedet.

<sup>364</sup> S/PRST/2013/13.

Der Rat erinnert daran, dass das Völkerrecht, wie im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982<sup>365</sup> niedergelegt, den rechtlichen Rahmen für Aktivitäten in den Ozeanen, einschließlich der Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See, vorgibt.

Der Rat betont, dass die Abstimmung des Vorgehens auf regionaler Ebene entscheidend dafür ist, dass eine umfassende Strategie zur Bekämpfung der von der Seeräuberei und bewaffneten Raubüberfällen auf See ausgehenden Bedrohung erarbeitet werden kann, um solche kriminellen Tätigkeiten verhüten und unterbinden zu können, und verweist außerdem auf die Notwendigkeit internationaler Hilfe im Rahmen einer umfassenden Strategie zur Unterstützung der nationalen und regionalen Anstrengungen, den Mitgliedstaaten bei ihren Maßnahmen gegen Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See und die damit verbundenen illegalen Aktivitäten behilflich zu sein.

Der Rat betont, wie wichtig ein umfassendes, von den Ländern der Region getragenes Konzept ist, um die Bedrohung zu bekämpfen, die von der Seeräuberei und bewaffneten Raubüberfällen auf See im Golf von Guinea sowie den damit verbundenen kriminellen Tätigkeiten ausgeht, und ihre tieferen Ursachen anzugehen. Der Rat anerkennt die Bemühungen der Länder in der Region, entsprechende, mit dem Völkerrecht im Einklang stehende Maßnahmen zur Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See sowie der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, wie dem Drogenhandel, und sonstige Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit der Schifffahrt und der Gefahrenabwehr in der Schifffahrt zu ergreifen.

Der Rat begrüßt die Initiativen, die die Staaten in der Region und die Regionalorganisationen, darunter die Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die Kommission des Golfes von Guinea und die Seeschifffahrts-Organisation für West- und Zentralafrika, in Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union bereits ergriffen haben, um die Sicherheit der Schifffahrt und die Gefahrenabwehr in der Schifffahrt im Golf von Guinea zu verbessern.

Der Rat begrüßt das am 24. und 25. Juni 2013 in Jaunde abgehaltene Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Staaten des Golfes von Guinea über die Sicherheit der Schifffahrt und die Gefahrenabwehr in der Schifffahrt.

Der Rat begrüßt, dass auf dem Gipfeltreffen der Verhaltenskodex betreffend die Verhütung und Bekämpfung der Seeräuberei, bewaffneter Raubüberfälle auf Schiffe und rechtswidriger Meerestätigkeiten in West- und Zentralafrika angenommen wurde, mit dem die regionale Strategie für die Gefahrenabwehr in der Schifffahrt festgelegt und der Weg für eine rechtsverbindliche Übereinkunft geebnet wird. Der Rat legt in dieser Hinsicht allen Staaten der Region nahe, den Verhaltenskodex so bald wie möglich zu unterzeichnen und umzusetzen, und fordert sie auf, weitere wirksame Maßnahmen auf nationaler Ebene zur Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See im Golf von Guinea zu ergreifen.

Der Rat begrüßt außerdem die Verabschiedung einer Politischen Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Staaten des Golfes von Guinea über die Sicherheit der Schifffahrt und die Gefahrenabwehr in der Schifffahrt sowie einer Vereinbarung zwischen der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Kommission des Golfes von Guinea über die Sicherheit der Schifffahrt und die Gefahrenabwehr in der Schifffahrt in West- und Zentralafrika. Der Rat unterstreicht die Notwendigkeit, die Maßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene zur Umsetzung der regionalen Strategie für die Sicherheit der Schifffahrt und die Gefahrenabwehr in der Schifffahrt zu koordinieren.

Der Rat begrüßt ferner den Beschluss, in Kamerun ein interregionales Zentrum zur Koordinierung der Umsetzung der regionalen Strategie für die Sicherheit der Schifffahrt und die Gefahrenabwehr

---

<sup>365</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol 1833, Nr. 31363. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1994 II S. 1798; öBGBI. Nr. 885/1995; AS 2009 3209.

wehr in der Schifffahrt einzurichten, das zur Umsetzung der multinationalen und transregionalen Mechanismen für die gesamte Region des Golfes von Guinea beitragen soll. Der Rat begrüßt in dieser Hinsicht die Unterstützung der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation für die Staaten der Region und legt der Organisation nahe, den Staaten des Golfes von Guinea auch künftig behilflich zu sein.

Der Rat fordert die Staaten in der Region erneut auf, die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See nach ihrem innerstaatlichen Recht unter Strafe zu stellen und diejenigen, die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See begehen, im Einklang mit dem geltenden Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, strafrechtlich zu verfolgen. Der Rat weist ferner erneut auf die dringende Notwendigkeit hin, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, nicht nur gegen die auf See ergriffenen Verdächtigen zu ermitteln und strafrechtlich vorzugehen, sondern auch gegen diejenigen, die zu derartigen Straftaten aufstacheln oder diese vorsätzlich erleichtern, einschließlich der Schlüsselfiguren der an der Seeräuberei beteiligten kriminellen Netzwerke, die unerlaubt solche Angriffe planen, organisieren, erleichtern oder finanzieren und davon profitieren.

Der Rat fordert die Staaten und internationalen Organisationen sowie den Privatsektor nachdrücklich auf, nach Bedarf Beweismittel, Informationen und nachrichtendienstliche Erkenntnisse für die Zwecke der Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See auszutauschen, namentlich für die Gewährleistung der wirksamen Strafverfolgung mutmaßlicher und der Inhaftnahme verurteilter Täter und Förderer, und unterstützt die bestehenden sowie künftige diesbezügliche Initiativen.

Der Rat begrüßt die Beiträge von Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und von internationalen Organisationen zur Unterstützung der laufenden nationalen und regionalen Anstrengungen zur Sicherung der Küstengebiete des Golfes von Guinea und zur Durchführung von Operationen für die Sicherheit der Schifffahrt und die Gefahrenabwehr in der Schifffahrt. Der Rat legt den bilateralen und internationalen Partnern nahe, unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Gipfeltreffens von Jaunde und seiner Umsetzungs- und Folgemaßnahmen den Staaten und Regionalorganisationen auf Antrag dabei behilflich zu sein, ihre Kapazitäten zur Bekämpfung der Seeräuberei und bewaffneter Raubüberfälle auf See in der Region, namentlich ihre maritimen Fähigkeiten zur Durchführung regionaler Patrouillen und Operationen im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht, zu verstärken.

Der Rat dankt dem Generalsekretär für die nachdrückliche Unterstützung, die über das Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika und das Büro der Vereinten Nationen für Westafrika für die Organisation des Gipfeltreffens von Jaunde und der am 19. März 2013 in Benin abgehaltenen vorbereitenden Ministertagung geleistet wurde. Der Rat legt dem Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika und dem Büro der Vereinten Nationen für Westafrika nahe, auch weiterhin die Staaten und subregionalen Organisationen im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat bei der Umsetzung der Ergebnisse des Gipfeltreffens von Jaunde zu unterstützen.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, die Bemühungen zur Mobilisierung der erforderlichen Ressourcen für die Umsetzung der Ergebnisse des Gipfeltreffens von Jaunde und zur Stärkung der nationalen und regionalen Kapazitäten in enger Abstimmung mit den Staaten des Golfes von Guinea und den maßgeblichen Regionalorganisationen und anderen Institutionen der Vereinten Nationen zu unterstützen.

Der Rat ersucht den Generalsekretär ferner, ihn über das Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika und das Büro der Vereinten Nationen für Westafrika regelmäßig über die Situation in Bezug auf die Seeräuberei und bewaffnete Raubüberfälle auf See im Golf von Guinea unterrichtet zu halten, namentlich über die Fortschritte bei der Umsetzung der Ergebnisse des Gipfeltreffens von Jaunde.

Auf seiner 7087. Sitzung am 17. Dezember 2013 behandelte der Rat den Punkt

„Friedenskonsolidierung in Westafrika

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika (S/2013/732)“.



Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Said Djinnit, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westafrika und Leiter des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 23. Dezember 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>366</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 19. Dezember 2013 betreffend das vorgesehene Mandat und die vorgesehenen Funktionen des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika<sup>367</sup> den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist.

Die Mitglieder des Rates stimmen der in Ihrem zwölften Bericht über die Tätigkeit des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika<sup>368</sup> enthaltenen Empfehlung zu, das Mandat des Büros um einen weiteren Zeitraum von drei Jahren, vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2016, zu verlängern. Die Ratsmitglieder ersuchen Sie, dem Rat alle sechs Monate über die Mandatserfüllung des Büros Bericht zu erstatten.

Auf seiner 7213. Sitzung am 8. Juli 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Friedenskonsolidierung in Westafrika

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika (S/2014/442)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Said Djinnit, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westafrika und Leiter des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

## **NICHTVERBREITUNG/DEMOKRATISCHE VOLKSREPUBLIK KOREA<sup>369</sup>**

### **Beschluss**

Auf seiner 7126. Sitzung am 5. März 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Nichtverbreitung/Demokratische Volksrepublik Korea“.

### **Resolution 2141 (2014) vom 5. März 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren einschlägigen Resolutionen, namentlich die Resolutionen 825 (1993) vom 11. Mai 1993, 1540 (2004) vom 28. April 2004, 1695 (2006) vom 15. Juli 2006, 1718 (2006) vom 14. Oktober 2006, 1874 (2009) vom 12. Juni 2009, 1887 (2009) vom 24. September 2009, 1928 (2010) vom 7. Juni 2010, 1985 (2011) vom 10. Juni 2011, 2050 (2012) vom 12. Juni 2012, 2087 (2013) vom 22. Januar 2013 und 2094 (2013) vom 7. März 2013 sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 6. Oktober 2006<sup>370</sup>, 13. April 2009<sup>371</sup> und 16. April 2012<sup>372</sup>,

---

<sup>366</sup> S/2013/759.

<sup>367</sup> S/2013/753.

<sup>368</sup> S/2013/732.

<sup>369</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2006 verabschiedet.

<sup>370</sup> S/PRST/2006/41.

<sup>371</sup> S/PRST/2009/7.

<sup>372</sup> S/PRST/2012/13.

sowie unter Hinweis darauf, dass gemäß Ziffer 26 der Resolution 1874 (2009) eine Sachverständigengruppe für die Demokratische Volksrepublik Korea eingesetzt wurde mit dem Auftrag, unter der Leitung des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1718 (2006), die in dieser Ziffer vorgesehenen Aufgaben auszuführen,

ferner unter Hinweis auf den Zwischenbericht der vom Generalsekretär gemäß Ziffer 26 der Resolution 1874 (2009) eingesetzten Sachverständigengruppe und den Schlussbericht der Gruppe vom 3. März 2014<sup>373</sup>,

unter Hinweis auf die in dem Bericht der Informellen Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für allgemeine Sanktionsfragen<sup>374</sup> enthaltenen methodologischen Standards für die Berichte der Sanktionsüberwachungsmechanismen,

unter Begrüßung der Anstrengungen des Sekretariats, die Liste von Sachverständigen für die Unterabteilung Nebenorgane des Sicherheitsrats zu erweitern und zu verbessern, eingedenk der durch die Mitteilung des Präsidenten vom 22. Dezember 2006 gegebenen Anleitung<sup>374</sup>,

in dieser Hinsicht betonend, wie wichtig glaubhafte, auf Tatsachen gestützte und unabhängige Bewertungen, Analysen und Empfehlungen sind, entsprechend dem in Ziffer 26 der Resolution 1874 (2009) festgelegten Mandat der Sachverständigengruppe,

feststellend, dass die Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen sowie ihrer Trägersysteme nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

tätig werdend nach Kapitel VII Artikel 41 der Charta der Vereinten Nationen,

1. beschließt, das in Ziffer 26 der Resolution 1874 (2009) festgelegte und in Ziffer 29 der Resolution 2094 (2013) geänderte Mandat der Sachverständigengruppe für die Demokratische Volksrepublik Korea bis zum 5. April 2015 zu verlängern, bekundet seine Absicht, das Mandat spätestens am 5. März 2015 zu überprüfen und einen geeigneten Beschluss über eine weitere Verlängerung zu fassen, und ersucht den Generalsekretär, die dafür erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen;

2. ersucht die Sachverständigengruppe, dem Ausschuss des Sicherheitsrats spätestens am 5. August 2014 einen Halbzeitbericht über ihre Arbeit vorzulegen, ersucht ferner darum, dass die Gruppe dem Rat nach Erörterung mit dem Ausschuss bis zum 5. September 2014 ihren Halbzeitbericht vorlegt, ersucht außerdem darum, dass die Gruppe dem Ausschuss spätestens am 5. Februar 2015 einen Schlussbericht samt Feststellungen und Empfehlungen vorlegt, und ersucht ferner darum, dass die Gruppe nach Erörterung mit dem Ausschuss dem Rat spätestens am 5. März 2015 ihren Schlussbericht vorlegt;

3. ersucht die Sachverständigengruppe außerdem, dem Ausschuss spätestens dreißig Tage nach ihrer Wiederernennung ihr geplantes Arbeitsprogramm vorzulegen, legt dem Ausschuss nahe, dieses Arbeitsprogramm regelmäßig zu erörtern und sich mit der Gruppe regelmäßig über ihre Arbeit auszutauschen, und ersucht die Gruppe ferner, den Ausschuss über jede Aktualisierung dieses Arbeitsprogramms zu unterrichten;

4. bekundet seine Absicht, die Arbeit der Sachverständigengruppe weiter zu verfolgen;

5. fordert alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und andere interessierte Parteien nachdrücklich auf, mit dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe voll zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Informationen über die Durchführung der mit den Resolutionen 1718 (2006), 1874 (2009), 2087 (2013) und 2094 (2013) verhängten Maßnahmen übermitteln;

6. beschließt, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7126. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

---

<sup>373</sup> S/2014/147.

<sup>374</sup> S/2006/997.

## WAHRUNG DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT<sup>375</sup>

### A. Krieg, die Lehren daraus und die Suche nach dauerhaftem Frieden

#### Beschlüsse

Auf seiner 7105. Sitzung am 29. Januar 2014 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Armeniens, Aserbaidschans, Bangladeschs, Bosnien und Herzegowinas, Brasiliens, der Demokratischen Republik Kongo, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Deutschlands, Georgiens, Guatemalas, Indiens, Irans (Islamische Republik), Irlands, Israels, Italiens, Japans, Kanadas, Kenias, Kubas, Liechtensteins, Malaysias, Montenegros, Namibias, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Pakistans, Polens, Rumäniens, São Tomé und Príncipes, Saudi-Arabiens, der Schweiz, Serbiens, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, der Türkei, Venezuelas (Bolivarische Republik) und Vietnams gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Krieg, die Lehren daraus und die Suche nach dauerhaftem Frieden

Schreiben des Ständigen Vertreters Jordaniens bei den Vereinten Nationen vom 14. Januar 2014 an den Generalsekretär (S/2014/30)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

### B. Reform des Sicherheitssektors: Herausforderungen und Chancen

#### Beschlüsse

Auf seiner 7161. Sitzung am 28. April 2014 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, Algeriens, Belgiens, Brasiliens, Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Georgiens, Griechenlands, Guatemalas, Indiens, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Irlands, Islands, Italiens, Japans, Kasachstans, Kroatiens, Malaysias, Maltas, Montenegros (Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration), Neuseelands, der Niederlande, Norwegens (Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten), Österreichs, Pakistans, Polens, Portugals, Rumäniens, Schwedens, der Schweiz, Senegals, der Slowakei (Staatssekretär im Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten), Sloweniens, Spaniens, Südafrikas (Stellvertretende Generaldirektorin des Ministeriums für internationale Angelegenheiten und Zusammenarbeit), der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarns, der Vereinigten Republik Tansania und Zyperns gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Reform des Sicherheitssektors: Herausforderungen und Chancen

Bericht des Generalsekretärs über die Sicherung von Staaten und Gesellschaften: Verstärkung der umfassenden Unterstützung der Vereinten Nationen für die Sicherheitssektorreform (S/2013/480)

---

<sup>375</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2007 verabschiedet.

Schreiben der Ständigen Vertreterin Nigerias bei den Vereinten Nationen vom 1. April 2014 an den Generalsekretär (S/2014/238)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Thomas Mayr-Harting, den Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

**Resolution 2151 (2014)  
vom 28. April 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*in Bekräftigung* seiner Hauptverantwortung nach der Charta der Vereinten Nationen für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

*betonend*, dass die Reform des Sicherheitssektors in einem Postkonfliktumfeld von entscheidender Bedeutung ist, wenn es darum geht, den Frieden und die Stabilität zu festigen, die Armutsminderung, die Rechtsstaatlichkeit und eine gute Regierungsführung zu fördern, die rechtmäßige Autorität des Staates auszuweiten und den Rückfall von Ländern in einen Konflikt zu vermeiden, und ferner betonend, dass in dieser Hinsicht ein professioneller, wirksamer und rechenschaftspflichtiger Sicherheitssektor und zugängliche und unparteiische Strafverfolgungs- und Justizsektoren gleichermaßen notwendig sind, um die Grundlagen für Frieden und eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen,

*unter Hinweis* auf das souveräne Recht und die Hauptverantwortung des betreffenden Landes für die Festlegung seines nationalen Konzepts der Sicherheitssektorreform und seiner nationalen Prioritäten in diesem Bereich, in der Erkenntnis, dass dieser Prozess in nationaler Eigenverantwortung ausgehend von den besonderen Bedürfnissen und Gegebenheiten des betreffenden Landes stattfinden soll, und dazu ermutigend, Fachwissen auf dem Gebiet der Sicherheitssektorreform auf nationaler Ebene aufzubauen,

*in der Erkenntnis*, dass die politische Führungsstärke und der politische Wille der nationalen Behörden eine entscheidende Voraussetzung für Fortschritte bei der Sicherheitssektorreform sind, und bekräftigend, dass den nationalen Behörden die Führungsrolle dabei zukommt, eine inklusive nationale Vision für die Sicherheitssektorreform zu entwickeln, die Umsetzung dieser Vision zu koordinieren, nationale Ressourcen für die nationalen Sicherheitsinstitutionen bereitzustellen und die Wirkung des Prozesses der Sicherheitssektorreform zu verfolgen,

*unter Hinweis* auf die Erklärungen seines Präsidenten vom 20. Februar 2007<sup>376</sup>, 12. Mai 2008<sup>377</sup> und 12. Oktober 2011<sup>378</sup> und mit Anerkennung Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 13. August 2013 „Sicherung von Staaten und Gesellschaften: Verstärkung der umfassenden Unterstützung der Vereinten Nationen für die Sicherheitssektorreform“<sup>379</sup>,

*sowie unter Hinweis* auf die Berichte des Sonderausschusses der Generalversammlung für Friedenssicherungseinsätze, die dem Sekretariat Anleitung zum Thema der Sicherheitssektorreform und der Erarbeitung eines Konzepts der Vereinten Nationen zur Sicherheitssektorreform gegeben haben,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über das Spektrum der Herausforderungen, die durch schwache und dysfunktionale Sicherheitsinstitutionen entstehen, darunter die eingeschränkte Fähigkeit des Staates, die öffentliche Sicherheit und die Rechtsstaatlichkeit innerhalb seiner Grenzen zu gewährleisten, und feststellend, dass eine gute Lenkung und Beaufsichtigung des Sicherheitssektors wichtig ist, um sicherzustellen, dass die Sicherheitsinstitutionen fähig sind, die Bevölkerung zu schützen, sowie ferner feststellend, dass operative und Rechenschaftsdefizite, die nicht behoben werden, das durch die Friedenssicherung Erreichte untergraben können und eine Rückkehr der Friedenssicherungs- und besonderen politischen Mis-

---

<sup>376</sup> S/PRST/2007/3.

<sup>377</sup> S/PRST/2008/14.

<sup>378</sup> S/PRST/2011/19.

<sup>379</sup> S/2013/480.

sionen in ihre früheren Einsatzgebiete notwendig machen können, und in der Erkenntnis, dass wirksame Prozesse der Sicherheitssektorreform ein wichtiger Bestandteil der Stabilisierung und des Wiederaufbaus einiger Postkonfliktländer gewesen sind,

*erneut erklärend*, dass ein wirksamer, professioneller, rechenschaftspflichtiger, nichtdiskriminierender und die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit voll achtender Sicherheitssektor der Eckpfeiler des Friedens und einer nachhaltigen Entwicklung ist und wichtig für die Verhütung von Konflikten ist,

*unter Hinweis* darauf, dass der Großteil der vom Sicherheitsrat mandatierten Hilfe der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Sicherheitssektorreform in Ländern Afrikas geleistet wird und in diese Länder geleitet wird und dass sich einige afrikanische Länder zu wichtigen Anbietern dieser Hilfe entwickeln,

*in Anbetracht* der Unterstützung, die von bilateralen Akteuren sowie von regionalen Akteuren, darunter der Europäischen Union, für Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform gewährt wird, und anderer Initiativen auf dem Gebiet der Sicherheitssektorreform, insbesondere in Afrika, betonend, wie wichtig eine entsprechende Koordinierung zwischen den verschiedenen Akteuren ist, die sich mit bilateralen Beiträgen an der Unterstützung von Reformen des Sicherheitssektors beteiligen, und die Rolle hervorhebend, die die Friedenssicherungseinsätze oder besonderen politischen Missionen der Vereinten Nationen bei der Verbesserung dieser Koordinierung spielen können,

*in Anerkennung* der zentralen Stellung der Sicherheitssektorreform als Grundelement der Mandate von Friedenssicherungs- und besonderen politischen Missionen, feststellend, dass die Zahl und die Komplexität der Missionsmandate zur Sicherheitssektorreform zunehmen, und hervorhebend, wie wichtig die Vereinten Nationen, namentlich durch ihre Friedenssicherungseinsätze und besonderen politischen Missionen, dabei sind, die nationalen Regierungen auf entsprechendes Ersuchen beim Aufbau von Sicherheitsinstitutionen zu unterstützen, die zugänglich sind und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen, und welche wichtige Rolle der Kommission für Friedenskonsolidierung und dem Friedenskonsolidierungsfonds bei der Unterstützung der Sicherheitssektorreform zukommt,

*in Erinnerung* an die wichtige Rolle, die die Vereinten Nationen bei der Unterstützung nationaler Maßnahmen zum Aufbau tragfähiger Sicherheitsinstitutionen gespielt haben, und die Anstrengungen würdigend, die die Vereinten Nationen, insbesondere die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze des Sekretariats und darin die Gruppe Sicherheitssektorreform und die Interinstitutionelle Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für Sicherheitssektorreform, unternommen haben, um ein umfassendes Konzept der Vereinten Nationen zur Sicherheitssektorreform durch die Erarbeitung von Leitlinien und den Aufbau ziviler Kapazitäten, durch Koordinierungsmechanismen und durch die Zusammenarbeit mit regionalen und subregionalen Organisationen, insbesondere der Afrikanischen Union, weiter zu stärken,

*unterstreichend*, wie wichtig die enge Koordinierung des gesamten Spektrums der Tätigkeiten der Vereinten Nationen, am Amtssitz wie im Feld, auf dem Gebiet der Sicherheitssektorreform ist, insbesondere zwischen den vom Rat mandatierten Missionen und gegebenenfalls dem Landesteam der Vereinten Nationen, und den mit Aktivitäten auf dem Gebiet der Sicherheitssektorreform beauftragten Institutionen der Vereinten Nationen nahelegend, gegebenenfalls über die vorhandenen Koordinierungsmechanismen tätig zu werden,

*in der Erkenntnis*, dass die Unterstützung der Vereinten Nationen für die Reform einzelner Komponenten des Sicherheitssektors, wozu in einigen Kontexten die Verteidigung, die Polizei, der Strafvollzug und die Grenz- und Einwanderungsbehörden gehören, in einem ausgewogenen Verhältnis zu den sektorweiten Initiativen stehen muss, die sich mit Aspekten der strategischen Lenkung, Verwaltung und Aufsicht befassen, damit ihre langfristige Tragfähigkeit auf der Grundlage der besonderen Bedürfnisse und Gegebenheiten des betreffenden Landes gewährleistet wird,

*erneut darauf hinweisend*, wie wichtig die Rechtsstaatlichkeit als eines der Grundelemente der Konfliktprävention, der Friedenssicherung, der Konfliktbeilegung und der Friedenskonsolidierung ist, und erneut auf die Erklärung seiner Präsidentin vom 21. Februar 2014<sup>380</sup> hinweisend, daran erinnernd, dass die

---

<sup>380</sup> S/PRST/2014/5.

Sicherheitssektorreform innerhalb eines breiten rechtsstaatlichen Rahmens stattfinden muss, und in dieser Hinsicht auf den Beitrag hinweisend, den eine wirksame, professionelle und rechenschaftspflichtige Polizei, die die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet, zum Aufbau von Vertrauen zwischen den staatlichen Behörden und den Gemeinwesen sowie bei der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Postkonfliktländern leisten kann,

*in Bekräftigung seiner Entschlossenheit*, gegen die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Kinder anzugehen, und unter Hinweis auf seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit, seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten sowie seine Resolutionen 1261 (1999) vom 25. August 1999, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011, 2068 (2012) vom 19. September 2012 über Kinder und bewaffnete Konflikte,

*in der Erkenntnis*, dass die Sicherheitssektorreform ein Grundelement der politischen Prozesse von Postkonfliktländern und der Stärkung der rechtsstaatlichen Institutionen bildet,

*sowie im Bewusstsein* der Verknüpfungen zwischen der Sicherheitssektorreform und anderen wichtigen Faktoren der Stabilisierung und des Wiederaufbaus, darunter die Unrechtsaufarbeitung, die Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung und langfristige Rehabilitation von ehemaligen Kombattanten, insbesondere auch Frauen und Kindern, die nationale Verwaltung von Kleinwaffen und leichten Waffen, die Durchführung von Waffenembargos, die Verringerung von bewaffneter Gewalt und organisierter Kriminalität, Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption, der Schutz von Zivilpersonen, insbesondere von Frauen und Kindern, sowie Gleichstellungs- und Menschenrechtsfragen,

1. *bekräftigt*, wie wichtig die Sicherheitssektorreform für die Stabilisierung und den Wiederaufbau von Staaten nach einem Konflikt ist, und trifft den Beschluss, auch künftig Aspekte der Sicherheitssektorreform zu einem festen und gegebenenfalls vorrangigen Bestandteil der Mandate von Friedenssicherungseinsätzen und besonderen politischen Missionen der Vereinten Nationen zu machen;

2. *verweist erneut* darauf, dass die nationale Eigenverantwortung für die Prozesse der Sicherheitssektorreform von zentraler Bedeutung ist, verweist ferner erneut auf die Verantwortung des betreffenden Landes bei der Festlegung der Hilfe für die Sicherheitssektorreform, soweit angebracht, und ist sich dessen bewusst, wie wichtig es ist, bei der Ausarbeitung der entsprechenden Mandate von Friedenssicherungseinsätzen und besonderen politischen Missionen der Vereinten Nationen die Sichtweisen der Gastländer zu berücksichtigen;

3. *ermutigt* die Mitgliedstaaten, die Reformen durchführen, die Führungsrolle bei der Festlegung einer inklusiven nationalen Vision für die Sicherheitssektorreform, der die Bedürfnisse und Bestrebungen der Bevölkerung zugrundeliegen, zu übernehmen, und erkennt an, welche wichtige Rolle die Vereinten Nationen, namentlich ihre Kommission für Friedenskonsolidierung, und die Mitgliedstaaten sowie die regionalen und subregionalen Organisationen bei der diesbezüglichen Unterstützung für die Staaten spielen;

4. *stellt fest*, dass eine Sicherheitssektorreform breitere nationale politische Prozesse unter Einbeziehung aller Bereiche der Gesellschaft, einschließlich der Zivilgesellschaft, die die Grundlagen für Stabilität und Frieden durch nationalen Dialog und Aussöhnungsbemühungen schaffen, unterstützen und von ihnen ausgehen muss, und trifft den Beschluss, die Sicherheitssektorreform mit derartigen Bemühungen zu verbinden;

5. *betont*, dass eine Sicherheitssektorreform unerlässlich ist, um gegen Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche und für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, soweit anwendbar, anzugehen, und dass sie zur Rechtsstaatlichkeit beiträgt;

6. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, bei der Durchführung von Sicherheitssektorreformen den Kinderschutz querschnittsartig zu integrieren, beispielsweise indem sie den Kinderschutz zu einem Bestandteil der

militärischen Ausbildung und der ständigen Dienstanweisungen sowie gegebenenfalls militärischer Richtlinien machen, in den nationalen Sicherheitskräften Kinderschutzeinheiten einrichten, wirksame Mechanismen zur Altersfeststellung schaffen, um die Einziehung Minderjähriger zu verhindern, Überprüfungsmechanismen einrichten, um sicherzustellen, dass Personen, die für Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern verantwortlich sind, nicht in die nationalen Sicherheitskräfte aufgenommen werden, sowie Maßnahmen zum Schutz von Schulen und Krankenhäusern vor Angriffen und zur Verhinderung der militärischen Nutzung von Schulen unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht ergreifen;

7. *betont*, wie wichtig eine Sicherheitssektorreform ist, bei der die Polizeiarbeit, die Verteidigung, das Grenzmanagement und der Grenzschutz, die Sicherung des Seeverkehrs, der Zivilschutz und andere maßgebliche Funktionen besser integriert werden, insbesondere auch durch den Aufbau professioneller, zugänglicher und rechenschaftspflichtiger Polizeikapazitäten, die die Resilienz der Gemeinwesen stärken, sowie der für ihre Beaufsichtigung und Verwaltung verantwortlichen Institutionen, und fordert nachdrücklich dazu auf, die sektorweite und die für einzelne Komponenten geleistete Unterstützung durch die Vereinten Nationen sowohl am Amtssitz als auch im Feld nach Bedarf wirksam zu integrieren;

8. *betont außerdem*, wie wichtig es ist, dass die zuständigen Organe der Vereinten Nationen bei den Missionsplanungsprozessen für eine Sicherheitssektorreform, wenn eine solche Teil des Mandats ist, die Unterstützung der nationalen Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform umfassend berücksichtigen, nach Maßgabe der besonderen Bedürfnisse des Gastlands, und mit den anderen maßgeblichen internationalen und regionalen Akteuren, die der nationalen Regierung bei der Sicherheitssektorreform behilflich sind, zusammenarbeiten;

9. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, die Unterstützung für sektorweite Initiativen zu verstärken, die darauf gerichtet sind, die Lenkung und die Gesamtleistung des Sicherheitssektors zu verbessern und sich mit den Grundlagen zu befassen, auf denen die Sicherheitsinstitutionen in den einzelnen Komponenten aufgebaut sind, beispielsweise durch die Unterstützung nationaler Sicherheitsdialoge, die Überprüfung und Kartierung des nationalen Sicherheitssektors, die nationale Sicherheitspolitik und -strategie, die innerstaatlichen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Sicherheit, die nationalen Pläne für den Sicherheitssektor, die Überprüfung der öffentlichen Ausgaben für den Sicherheitssektor und die nationale Aufsicht, Lenkung und Koordinierung im Sicherheitsbereich;

10. *unterstreicht außerdem*, dass die Steuerung des Übergangs von einem Friedenssicherungseinsatz oder einer besonderen politischen Mission in Bezug auf die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Sicherheitssektorreform auf einer im Benehmen mit dem Gastland durchgeführten aktuellen Analyse der Hilfe über die Mandatslaufzeit hinaus beruhen soll, damit die Friedenskonsolidierungs- und Entwicklungsakteure in der Lage sind, in enger Partnerschaft mit den nationalen Behörden die erforderliche strategische Planung und Mitteleinwerbung vorzunehmen und so rasch wie möglich Fachkenntnisse und Erfahrungen an die Amtsträger und Sachverständigen des Gastlands weiterzugeben, um den Erfolg und die Dauerhaftigkeit des Übergangs zu gewährleisten;

11. *stellt fest*, dass die Vereinten Nationen besonders gut positioniert sind, um nach Bedarf sektorweite Reformen in bestimmten Situationen zu unterstützen und zu koordinieren, und dass sie über eine breite Erfahrung und komparative Vorteile in diesem Bereich, in enger Zusammenarbeit mit den maßgeblichen internationalen und regionalen Akteuren, verfügen, und legt den Mitgliedstaaten nahe, sich auch weiterhin zu engagieren und strategische Erörterungen über die Stärkung des Konzepts der Vereinten Nationen in diesem kritischen Bereich zu erleichtern, namentlich über den Sonderausschuss der Generalversammlung für Friedenssicherungseinsätze und die Kommission für Friedenskonsolidierung;

12. *verweist außerdem* auf die wichtige Rolle, die Polizeikräfte der Vereinten Nationen dabei spielen können, die Reform nationaler Polizeiinstitutionen zu unterstützen und die internationale Unterstützung dafür zu koordinieren und Polizeikapazitäten in einer umfassenden Weise aufzubauen, die einen gemeinwesenorientierten Ansatz betont und die Schaffung starker Lenkungs-, Aufsichts- und Rechenschaftsmechanismen im Rahmen eines funktionsfähigen Justiz- und Strafvollzugssystems einschließt;

13. *stellt fest*, dass die Friedenssicherungseinsätze und besonderen politischen Missionen der Vereinten Nationen mit einschlägigen Mandaten sowie die Interinstitutionelle Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für Sicherheitssektorreform die Überwachung und Evaluierung der Initiativen der Vereinten Nationen

zur Sicherheitssektorreform weiter stärken müssen, um die Wirksamkeit, die Koordinierung und die Kohärenz der Unterstützung der Vereinten Nationen für die nationalen Regierungen zu gewährleisten;

14. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, freiwillige Unterstützung für Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform bereitzustellen, einschließlich auf sektorweiter Ebene, im Einklang mit den von den nationalen Behörden festgelegten Prioritäten;

15. *trifft den Beschluss*, die Rolle des Sekretariats bei der Unterstützung der Sicherheitssektorreform weiter zu fördern, und ersucht den Generalsekretär, im Kontext der jeweiligen landesspezifischen Mandate die folgenden Maßnahmen zu erwägen:

a) das umfassende Konzept der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Sicherheitssektorreform zu stärken;

b) zusätzliche Leitlinien für die zuständigen Amtsträger der Vereinten Nationen, insbesondere auch die Sonderbeauftragten und –gesandten des Generalsekretärs, auszuarbeiten und den zuständigen hochrangigen Führungskräften der Vereinten Nationen ein besseres Verständnis dessen zu vermitteln, wie die mandatsmäßigen Aufgaben für eine Sicherheitssektorreform zu erfüllen sind;

c) die Sonderbeauftragten und –gesandten des Generalsekretärs zu ermutigen, dem strategischen Wert der Sicherheitssektorreform in ihrer Arbeit voll Rechnung zu tragen, einschließlich über ihre Guten Dienste, soweit mandatiert;

d) in seinen regelmäßigen Berichten an den Rat über konkrete, vom Sicherheitsrat mandatierte Einsätze der Vereinten Nationen aktuelle Angaben über die Fortschritte bei der Sicherheitssektorreform, wenn im Mandat vorgesehen, hervorzuheben, damit der Rat seine Aufsicht über die Tätigkeiten zur Sicherheitssektorreform verbessern kann;

e) auch künftig integrierte technische Leitfäden und entsprechende Ausbildungsmodule sowie nach Bedarf weitere Instrumente zu erarbeiten, um eine kohärente und koordinierte Unterstützung der Vereinten Nationen für die Sicherheitssektorreform zu fördern, sowie Modalitäten für die gemeinsame Erbringung von Hilfe bei nationalen Reformmaßnahmen zu entwickeln;

f) sicherzustellen, dass bei der Gewährung von Hilfe im Zusammenhang mit einer Sicherheitssektorreform die Durchführung etwaiger vom Rat mandatierter Waffenembargos berücksichtigt wird, einschließlich der Möglichkeit von Ausnahmen von diesen Embargos, die speziell die Reform des Sicherheitssektors unterstützen sollen;

16. *unterstreicht*, wie wichtig Partnerschaften und die Zusammenarbeit mit regionalen und subregionalen Abmachungen und Organisationen im Einklang mit Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen sind, um die Sicherheitssektorreform zu unterstützen sowie ein stärkeres regionales Engagement zu fördern;

17. *legt* dem Generalsekretär *nahe*, entsprechend dem Rahmenabkommen für das Zehnjahresprogramm zum Kapazitätsaufbau für die Afrikanische Union auch künftig die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union bei deren Maßnahmen zur Stärkung ihres kontinentweiten Politikrahmens für die Sicherheitssektorreform zu fördern, ausgehend von und in Unterstützung der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, und ermutigt ferner alle Partner, der Afrikanischen Union auch weiterhin beim Aufbau ihrer diesbezüglichen Kapazitäten behilflich zu sein;

18. *erklärt erneut*, wie wichtig der Austausch von Erfahrungen und Fachwissen auf dem Gebiet der Sicherheitssektorreform zwischen Mitgliedstaaten und regionalen und subregionalen Organisationen ist, und befürwortet in dieser Hinsicht eine Vertiefung des Süd-Süd-Austauschs und der Süd-Süd-Zusammenarbeit;

19. *unterstreicht* in Anbetracht der unverzichtbaren Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung, wie wichtig ihre gleichberechtigte und wirksame Beteiligung und volle Mitwirkung an allen Phasen des Prozesses der Sicherheitssektorreform sowie an der Stärkung der Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen seitens der Sicherheitsdienste ist, einschließlich der Bereitstellung einer angemessenen Ausbildung für Sicherheitspersonal, der Aufnahme von mehr Frauen



in den Sicherheitssektor und wirksamer Überprüfungsverfahren mit dem Ziel, Personen, die sexuelle Gewalt begangen haben, aus dem Sicherheitssektor auszuschließen;

20. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7161. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### C. Allgemeine Fragen

#### Beschluss

Auf seiner 7170. Sitzung am 8. Mai 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Senegals gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ teilzunehmen.

#### Resolution 2154 (2014) vom 8. Mai 2014

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf Artikel 24 der Charta der Vereinten Nationen, der dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit überträgt,

*angesichts* dessen, dass die Vereinten Nationen Medaillen an Männer und Frauen in Uniform verleihen, die in Feldeinsätzen der Vereinten Nationen dienen, und unter Hinweis auf seine Resolution 1121 (1997) vom 22. Juli 1997, mit der die Dag-Hammarskjöld-Medaille gestiftet wurde, in Würdigung des Opfers derjenigen, die beim Dienst in Friedenssicherungseinsätzen unter der operativen Führung und Autorität der Vereinten Nationen ums Leben gekommen sind,

*unter Hinweis* auf die Grundprinzipien der Friedenssicherung der Vereinten Nationen sowie auf andere einschlägige Grundsätze der Aktivitäten der Vereinten Nationen vor Ort,

*mit höchster Anerkennung feststellend*, dass Hauptmann Mbaye Diagne (Senegal) von der Hilfsmision der Vereinten Nationen für Ruanda während des Völkermords von 1994 gegen die Tutsi in Ruanda, bei dem auch Hutu und andere, die sich dem Völkermord widersetzen, getötet wurden, unbewaffnet und im Angesicht äußerster Gefahr Hunderte von Ruandern, vielleicht sogar tausend, vor dem Tod bewahrte,

*mit dem tiefsten Bedauern feststellend*, dass die Familie von Hauptmann Diagne nach seinem Tod nie ein Zeichen der Anerkennung seitens des Amtssitzes der Vereinten Nationen für die von diesem außergewöhnlichen Familienmitglied erbrachten Opfer erhalten hat,

*in Erinnerung* an die vielen anderen mutigen Handlungen, die Militär-, Polizei- und Zivilkräfte der Vereinten Nationen sowie beigeordnetes Personal bei der Erfüllung des Mandats ihrer Missionen oder ihrer Aufgaben unter großer Gefahr für ihr eigenes Leben vollbracht haben,

1. *beschließt*, die „Hauptmann-Mbaye-Diagne-Medaille für außergewöhnliche Tapferkeit“ zu stiften, die Militär-, Polizei- und Zivilkräften der Vereinten Nationen sowie beigeordnetem Personal verliehen werden soll, die bei der Erfüllung des Mandats ihrer Missionen oder ihrer Aufgaben im Dienste der Menschheit und der Vereinten Nationen im Angesicht äußerster Gefahr außergewöhnliche Tapferkeit beweisen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, innerhalb von sechs Monaten nach Verabschiedung dieser Resolution die Gestaltung der Medaille festzulegen und dem Sicherheitsrat zu gegebener Zeit die Modalitäten für die Nominierung und die Auswahl der Empfänger der Medaille auf der Grundlage der vorstehend genannten Kriterien vorzulegen;

3. *ersucht* darum, dass die Medaille dem Empfänger oder seinem nächsten Angehörigen vom Generalsekretär im Rahmen einer Zeremonie verliehen wird, zu der alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen eingeladen werden;

4. *beschließt*, dass die Medaille innerhalb von sechs Monaten nach der Festlegung ihrer Modalitäten bereit zur Verleihung sein wird und dass das Sekretariat die Verwaltung der Auszeichnung übernehmen wird.

*Auf der 7170. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

---

## FRIEDEN UND SICHERHEIT IN AFRIKA<sup>381</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7060. Sitzung am 15. November 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Äthiopiens, Burundis, Gabuns, Ghanas, Kenias, Mauretaniens, Mauritius', Namibias, Senegals, und Ugandas gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frieden und Sicherheit in Afrika

Gleichlautende Schreiben des Ständigen Vertreters Kenias bei den Vereinten Nationen vom 21. Oktober 2013 an den Generalsekretär und den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2013/624)“.

Auf derselben Sitzung stimmte der Rat über einen in Dokument S/2013/660 enthaltenen Resolutionsentwurf ab. Das Abstimmungsergebnis lautete wie folgt: 7 Ja-Stimmen (Aserbaidschan, China, Marokko, Pakistan, Ruanda, Russische Föderation, Togo), keine Nein-Stimme und 8 Enthaltungen (Argentinien, Australien, Frankreich, Guatemala, Luxemburg, Republik Korea, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland und Vereinigte Staaten von Amerika). Der Resolutionsentwurf erhielt nicht die erforderlichen neun Ja-Stimmen und wurde daher nicht verabschiedet.

Am 26. November 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>382</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 19. November 2013<sup>383</sup> betreffend die Herausgabe des in der Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 13. Mai 2013<sup>384</sup> erbetenen Berichts mit einer umfassenden Untersuchung und Bewertung der einschlägigen Arbeit, die die Vereinten Nationen geleistet haben, um Staaten und subregionalen und regionalen Institutionen in Afrika bei der Bekämpfung des Terrorismus zu helfen, den Mitgliedern des Rates zur Kenntnis gebracht worden ist.

Die Mitglieder des Rates haben zur Kenntnis genommen, dass sich die Herausgabe des genannten Berichts verzögern wird, und erwarten seine möglichst fristnahe Vorlage.

Auf seiner 7081. Sitzung am 12. Dezember 2013 behandelte der Rat den Punkt „Frieden und Sicherheit in Afrika“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Jim Yong Kim, den Präsidenten der Weltbankgruppe, der per Videokonferenz an der Sitzung teilnahm, und Herrn Romano Prodi, den Sondergesandten des Generalsekretärs für den Sahel, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Tête António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, und Herrn Michel Reveyrand-de Menthon, den Son-

---

<sup>381</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2007 verabschiedet.

<sup>382</sup> S/2013/695.

<sup>383</sup> S/2013/694.

<sup>384</sup> S/PRST/2013/5.

derbeauftragten der Europäischen Union für den Sahel, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>385</sup>:

Der Sicherheitsrat bekundet erneut seine anhaltende Besorgnis über die alarmierende Situation in der Sahel-Region und bekräftigt, dass er nach wie vor entschlossen ist, sich mit den komplexen sicherheitsbezogenen und politischen Herausforderungen in dieser Region zu befassen, die mit humanitären Fragen, Entwicklungsfragen und den nachteiligen Auswirkungen klimatischer und ökologischer Veränderungen verknüpft sind. Der Rat verurteilt erneut nachdrücklich die in der letzten Zeit in der Region verübten terroristischen Anschläge. Der Rat verurteilt außerdem nachdrücklich die Menschenrechtsverletzungen und die Gewalt gegen Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, die in der Region von terroristischen und anderen extremistischen Gruppen verübt werden.

Der Rat bekräftigt sein nachdrückliches Eintreten für die Souveränität, territoriale Unversehrtheit, politische Unabhängigkeit und Einheit der Länder der Sahel-Region.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig ein kohärenter, umfassender und koordinierter Ansatz ist, der Regierungsführungs-, Sicherheits-, Menschenrechts-, Entwicklungs- und humanitäre Aspekte vereint, um die Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit in der gesamten Sahel-Region sowie die tieferen Ursachen dieser Probleme anzugehen, und ersucht in dieser Hinsicht den Generalsekretär erneut, für baldige Fortschritte in Richtung auf die wirksame Umsetzung der Integrierten Strategie der Vereinten Nationen für den Sahel<sup>386</sup> zu sorgen. Der Rat betont, wie wichtig es ist, die politischen, sicherheitsbezogenen, Entwicklungs- und humanitären Anstrengungen in der gesamten Sahel-Region zu koordinieren.

Der Rat begrüßt es, dass der Generalsekretär am 26. September 2013 am Rande der achtundsechzigsten Tagung der Generalversammlung eine Tagung auf hoher Ebene über die Situation im Sahel einberief. Der Rat dankt dem Generalsekretär und seinem Sondergesandten für den Sahel für ihre Bemühungen und ihr persönliches Engagement zur Schärfung des Bewusstseins für die Herausforderungen, vor denen die Sahel-Region steht, und zur Mobilisierung internationaler Unterstützung für die Region.

Der Rat würdigt in dieser Hinsicht den gemeinsamen Besuch, den der Generalsekretär und der Präsident der Weltbankgruppe unter Beteiligung der Afrikanischen Union, der Europäischen Union und der Afrikanischen Entwicklungsbank der Sahel-Region vom 4. bis 7. November 2013 zur Unterstützung der Länder der Region und der Umsetzung der Integrierten Strategie der Vereinten Nationen für den Sahel abstatteten. Der Rat begrüßt die Ankündigungen über die geplante Bereitstellung von Finanzmitteln zur Unterstützung der wichtigen nationalen und regionalen Entwicklungsprioritäten und zur Bewältigung der weiteren konkreten und komplexen Herausforderungen auf dem Gebiet der Sicherheit, der Stabilität und der Widerstandskraft und fordert die regionalen, multilateralen und bilateralen Partner auf, für ein gestärktes und dauerhaftes Engagement zugunsten der Sahel-Region zu sorgen und durch wirksame Koordinierung Doppelarbeit zu vermeiden.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig die nationale und regionale Eigenverantwortung für die Umsetzung der Integrierten Strategie der Vereinten Nationen für den Sahel ist, und erkennt an, dass die Strategie in enger Absprache mit den Mitgliedstaaten des Sahel, Westafrikas und des Maghreb sowie den regionalen, multilateralen und anderen bilateralen Gebern und Partnern umgesetzt werden muss. In dieser Hinsicht begrüßt der Rat die Abhaltung des Ministertreffens über die Strategie in Bamako am 5. November 2013 als einen wichtigen Schritt in diese Richtung sowie die volle Unterstützung der Mitgliedstaaten der Region für die Strategie.

---

<sup>385</sup> S/PRST/2013/20.

<sup>386</sup> S/2013/354, Anhang.

Der Rat nimmt Kenntnis von dem Ergebnis dieses Ministertreffens, namentlich dem Beschluss, eine Koordinierungsplattform einzurichten, die in den kommenden zwei Jahren unter dem Vorsitz Malis halbjährlich zusammentreten soll, sowie von der Ankündigung, ein flexibles technisches Sekretariat zur Unterstützung der Koordinierungsbemühungen in der Region einzurichten, das unter dem gemeinsamen Vorsitz des Sekretariats der Vereinten Nationen und der Kommission der Afrikanischen Union steht und die Union des Arabischen Maghreb, die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten, die Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten, die Weltbankgruppe, die Afrikanische Entwicklungsbank, die Islamische Entwicklungsbank, die Europäische Union und die Organisation der Islamischen Zusammenarbeit umfasst. Der Rat legt allen beteiligten Akteuren, einschließlich der großen bilateralen Geber, nahe, für die volle Funktionsfähigkeit dieser Plattform zu sorgen.

Der Rat fordert die Staaten des Sahel, Westafrikas und des Maghreb erneut auf, die interregionale Zusammenarbeit und Koordinierung auszubauen, um integrative und wirksame Strategien zur umfassenden und integrierten Bekämpfung der Aktivitäten terroristischer Gruppen zu entwickeln, die Verbreitung aller Waffen zu verhindern und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, einschließlich illegaler Aktivitäten wie Drogenhandel, in der Sahel-Region und ihre in einigen Fällen zunehmenden Verbindungen zum Terrorismus zu bekämpfen. Der Rat begrüßt in dieser Hinsicht die am 13. und 14. November 2013 in Rabat abgehaltene Zweite Regionale Ministerkonferenz über Grenzsicherheit zwischen den Sahel- und Maghreb-Staaten und nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Konferenz<sup>387</sup>.

Der Rat würdigt die laufenden Anstrengungen der Sahel-Staaten und der zuständigen Regionalorganisationen zur Bewältigung der humanitären Herausforderungen in der Region und zur Stärkung der Widerstandskraft. Der Rat würdigt außerdem die von Ländern in der Region und von anderen Gebern bereitgestellte Unterstützung und fordert sie auf, ihre diesbezügliche Hilfe für die Sahel-Staaten fortzusetzen. Der Rat lobt die Anstrengungen, die der Humanitäre Koordinator für die Sahel-Region mit Unterstützung des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten des Sekretariats und anderer humanitärer Akteure und Organisationen unternimmt, um auch weiterhin auf das Ausmaß der Herausforderungen aufmerksam zu machen, vor denen die Sahel-Region steht, den betroffenen Bevölkerungsgruppen humanitäre Hilfe zu leisten und die Widerstandskraft auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene auf- und auszubauen, um die Auswirkungen von Katastrophen abzumildern.

Der Rat begrüßt die Anstrengungen des Sondergesandten des Generalsekretärs für die Sahel-Region, der Sonderbeauftragten für West- und für Zentralafrika sowie des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika und des Regionalbüros der Vereinten Nationen für Zentralafrika und der anderen vor Ort tätigen Institutionen der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Staaten der Sahel-Region.

Der Rat erklärt erneut, wie wichtig ein koordinierter Ansatz aller an der Umsetzung der Strategie der Vereinten Nationen beteiligten Institutionen der Vereinten Nationen ist, um die Zusammenarbeit zu verstärken und so ein Höchstmaß an Synergie zu erzielen. In dieser Hinsicht begrüßt der Rat die Arbeit, die das Büro der Vereinten Nationen für Westafrika in Abstimmung mit dem Büro des Sondergesandten des Generalsekretärs für die Sahel-Region und den in der Sahel-Region tätigen zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen geleistet hat, um einen wirksamen und detaillierten Koordinierungsmechanismus zu schaffen, mit dem Ziel, die Aktivitäten nach Prioritäten zu ordnen und eine koordinierte Umsetzung der Strategie der Vereinten Nationen durch das System der Vereinten Nationen zu gewährleisten.

Der Rat erachtet Sanktionen als wichtiges Instrument der Terrorismusbekämpfung und unterstreicht, wie wichtig die umgehende und wirksame Durchführung seiner einschlägigen Resolutionen, insbesondere der Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011), als Schlüsselinstrument im Kampf gegen den Terrorismus ist. In dieser Hinsicht würdigt der Rat die Initiative des Al-Qaida-Sanktionsausschusses und seines Teams für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung, an die Mitgliedstaaten des Sahel, des Maghreb und der benachbarten Regionen heranzutreten, um Wege zu prü-

---

<sup>387</sup> S/2013/707, Anlage.

fen, wie das Sanktionsregime die betroffenen Staaten unterstützen und ihre Beiträge verstärken kann, um so in die nationalen und regionalen Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohung durch Al-Qaida in der Region integriert zu werden.

Der Rat begrüßt die Anstrengungen des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und seines Exekutivdirektoriums, die vollständige Durchführung der Resolutionen 1373 (2001) und 1624 (2005) sicherzustellen und den Mitgliedstaaten, namentlich den Staaten der Region, technische Hilfe zukommen zu lassen, und würdigt in dieser Hinsicht die Initiative zur Veranstaltung einer Sondersitzung der Mitgliedstaaten und subregionaler, regionaler und internationaler Organisationen zu dem Thema „Verstärkung der Zusammenarbeit und technischen Hilfe für die Staaten in der Sahel-Region zur Stärkung ihrer Kapazität im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus“, die am 20. September 2013 am Amtssitz der Vereinten Nationen stattfand.

Der Rat sieht mit Interesse dem schriftlichen Bericht des Generalsekretärs über den Umsetzungsstand der Integrierten Strategie der Vereinten Nationen für den Sahel entgegen, der ihm bis spätestens 30. Juni 2014 vorzulegen ist.

Auf seiner 7090. Sitzung am 18. Dezember 2013 beschloss der Rat, den Vertreter Côte d'Ivoires gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Frieden und Sicherheit in Afrika

Bekämpfung des Drogenhandels im Sahel und in Westafrika

Schreiben des Ständigen Vertreters Frankreichs bei den Vereinten Nationen vom 5. Dezember 2013 an den Generalsekretär (S/2013/728)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Yury Fedotov, den Exekutivdirektor des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, und Herrn Said Djinnit, den Sondergesandten des Generalsekretärs für Westafrika und Leiter des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Tête António, den Ständigen Beobachter der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>388</sup>:

Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.

Der Rat bekundet seine wachsende Besorgnis über die ernststen Bedrohungen, die vom Drogenhandel und von der damit zusammenhängenden grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität für den Weltfrieden und die Stabilität in Westafrika und der Sahel-Region ausgehen, worauf in der Integrierten Strategie der Vereinten Nationen für den Sahel<sup>386</sup> hingewiesen wurde. Er betont, dass der Drogenhandel und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, insbesondere im Sahel und in Westafrika, dazu beitragen, die Autorität der Staaten, ihre Sicherheit und Stabilität, ihre Regierungsführung, ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung und die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben.

Der Rat bekundet außerdem seine tiefe Besorgnis über die in einigen Fällen zunehmenden Verbindungen zwischen dem Drogenhandel und anderen Formen der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in der Region, namentlich Waffenhandel und Menschenhandel, und dem Terrorismus sowie über die zunehmende Gewalt infolge der Aktivitäten der am Drogenhandel in der Region beteiligten kriminellen Organisationen. Er betont, dass die interregionale Kooperation und Koordinierung

---

<sup>388</sup> S/PRST/2013/22.

verstärkt werden müssen, mit dem Ziel, inklusive und wirksame Strategien zu entwickeln, um die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, namentlich den Drogen- und den Waffenhandel, sowie die Aktivitäten terroristischer Gruppen auf umfassende und integrierte Weise zu bekämpfen.

Der Rat nimmt mit Anerkennung Kenntnis von dem Bericht des Generalsekretärs<sup>389</sup>, den er gemäß der Erklärung des Ratspräsidenten vom 21. Februar 2012<sup>390</sup> vorgelegt hat, und begrüßt die Empfehlungen des Generalsekretärs betreffend die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und des Drogenhandels in Westafrika und im Sahel und bekundet seine Besorgnis darüber, dass die Region weiterhin von dem Handel mit Kokain, Cannabis und Heroin, dem zunehmenden lokalen Drogenkonsum und der aufkommenden Herstellung synthetischer Drogen betroffen ist.

Der Rat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, territorialen Unversehrtheit, politischen Unabhängigkeit und Einheit der Länder der Region.

Der Rat würdigt die Initiativen und Maßnahmen, die die Staaten der Region ergriffen haben, um der vom Drogenhandel ausgehenden Bedrohung zu begegnen, insbesondere die Verlängerung des Aktionsplans der Afrikanischen Union zur Drogenbekämpfung (2013-2018) und des Regionalen Aktionsplans der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten zur Bekämpfung des wachsenden Problems des unerlaubten Drogenhandels, der organisierten Kriminalität und des Drogenmissbrauchs in Westafrika (2008-2015) sowie die Durchführung des Regionalprogramms für Westafrika des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, und unterstreicht dabei, dass die Staaten die Hauptverantwortung für die Bekämpfung des Drogenhandels tragen. Er würdigt die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten und der Kommission des Golfes von Guinea, die in der am 25. Juni 2013 in Übereinstimmung mit Resolution 2039 (2012) des Rates angenommenen Erklärung von Jaunde über die Sicherheit der Schifffahrt und die Gefahrenabwehr in der Schifffahrt im Golf von Guinea zum Ausdruck kommt. Er würdigt außerdem die Initiativen zur Stärkung der Sicherheit und der Grenzkontrolle in der Region Nordafrika und in der Sahel-Sahara-Region, wie die Annahme des Aktionsplans zur Grenzsicherung während der am 11. und 12. März 2012 in Tripolis abgehaltenen ersten Regionalen Ministerkonferenz und die Schaffung eines regionalen Ausbildungszentrums zur Verbesserung der Grenzsicherung während der am 13. und 14. November 2013 in Rabat abgehaltenen zweiten Regionalen Ministerkonferenz, sowie die anderen von den Vereinten Nationen unterstützten subregionalen Initiativen.

Der Rat fordert die Staaten, die die einschlägigen internationalen Übereinkommen wie das Einheits-Übereinkommen von 1961 über Suchtstoffe in der durch das Protokoll von 1972 geänderten Fassung<sup>391</sup>, das Übereinkommen von 1971 über psychotrope Stoffe<sup>392</sup>, das Übereinkommen der Vereinten Nationen von 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen<sup>393</sup>, das Übereinkommen der Vereinten Nationen von 2000 gegen die grenzüberschreitende organi-

---

<sup>389</sup> S/2013/359.

<sup>390</sup> S/PRST/2012/2.

<sup>391</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 976, NR. 14152. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1977 II S. 111; 1980 II S. 1405; 1981 II S. 378; 1985 II S. 1103; LGBI. 1980 Nr. 37; 1999 Nr. 234; öBGBI. Nr. 531/1978; AS 2005 371.

<sup>392</sup> Ebd., Vol. 1019, Nr. 14956. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1976 II S. 1477; LGBI. 2000 Nr. 6; öBGBI. III Nr. 148/1997; AS 1996 1752.

<sup>393</sup> Ebd., Vol. 1582, Nr. 27627. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1993 II S. 1136; LGBI. 2007 Nr. 64; öBGBI. III Nr. 154/1997; AS 2006 531.

sierte Kriminalität und die dazugehörigen Protokolle<sup>394</sup> und das Übereinkommen der Vereinten Nationen von 2003 gegen Korruption<sup>395</sup> noch nicht ratifiziert oder durchgeführt haben, auf, dies zu tun.

Der Rat erinnert an die Politische Erklärung und den Aktionsplan für internationale Zusammenarbeit zugunsten einer integrierten und ausgewogenen Strategie zur Bekämpfung des Weltrogenproblems<sup>396</sup> und bekräftigt, dass Maßnahmen gegen den Drogenhandel in voller Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, dem Völkerrecht und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte<sup>397</sup> durchgeführt werden müssen.

Der Rat betont, wie wichtig es ist, die transregionale und internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage einer gemeinsamen und geteilten Verantwortung für die Bekämpfung des Weltrogenproblems und der damit zusammenhängenden kriminellen Tätigkeiten zu verstärken, und unterstreicht, dass dieses Problem auf umfassende, ausgewogene und disziplinübergreifende Weise angegangen werden muss.

Der Rat würdigt den Beschluss der Staaten der Region, ihre nationalen rechtlichen und institutionellen Rahmen für die Seeraumüberwachung zu harmonisieren und gemeinsame Verfahren für Seeoperationen zu entwickeln. Er würdigt ferner, dass im Hinblick auf den Atlantik regionale und interregionale Zentren für Informationsaustausch und Koordinierung geschaffen wurden, um die Abriegelung von Seegebieten zu erleichtern. Der Rat unterstreicht die Notwendigkeit, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden zu verstärken, unter anderem indem die Gefahrenabwehr in der Schifffahrt in Reformen des Sicherheitssektors einbezogen wird und bilaterale und regionale Vereinbarungen getroffen werden, die völkerrechtskonforme Maßnahmen gegen den Drogenhandel auf dem Seeweg und zur Strafverfolgung der der Beteiligung an diesem Handel verdächtigen Personen erleichtern, im Anschluss an die Abriegelung von Gebieten auf Hoher See. Er fordert die fortgesetzte Unterstützung des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und der sonstigen zuständigen internationalen und regionalen Organisationen. In dieser Hinsicht begrüßt er den Beitrag der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten und fordert weitere internationale Unterstützung für die laufenden regionalen und nationalen Anstrengungen, die Gefahrenabwehr in der Schifffahrt und die Seeraumüberwachung zur Bekämpfung des Drogenhandels in der Region zu verstärken. Der Rat ermutigt außerdem zu weiterer Unterstützung des Containerkontrollprogramms des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und der Weltzollorganisation, um die Strafverfolgungsmaßnahmen in See- und Trockenhäfen zu verbessern.

Der Rat bekräftigt, dass es das souveräne Vorrecht der Mitgliedstaaten ist, ihre Grenzen zu sichern, fordert jedoch die Mitgliedstaaten Westafrikas und der Sahel-Region auf, ihr Grenzmanagement zu stärken, um die Ausbreitung grenzüberschreitender Bedrohungen, wie des Drogenhandels, wirksam einzudämmen. Zu diesem Zweck legt er den Mitgliedstaaten beziehungsweise den zuständigen Organisationen nahe, die Zusammenarbeit und die Strategien zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Drogenhandels auszuweiten und den Mitgliedstaaten der Region auf Ersuchen beim Aufbau von Kapazitäten zur Sicherung ihrer Grenzen gegen diesen unerlaubten grenzüberschreitenden Handel zu helfen, was auch die Stärkung der nationalen und regionalen Systeme für die Erhebung, Analyse und Verbreitung strafrechtlich bedeutsamer Informationen einschließt. Er befürwortet weitere Aktivitäten, die auf den Schlussfolgerungen der in Rabat vom 13. bis 15. März 2013 veranstalteten Konferenz der Vereinten Nationen über Grenzkontrolle und Zusammenarbeit im Sahel und

---

<sup>394</sup> Ebd., Vol. 2225, 2237, 2241 und 2326, No. 39574. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2005 II S. 954, 956; LGBI. 2008 Nr. 72; öBGBI. III Nr. 84/2005; AS 2006 5861 (Übereinkommen); dBGBI. 2005 II S. 954, 995; LGBI. 2008 Nr. 74; öBGBI. III Nr. 220/2005; AS 2006 5917 (Protokoll gegen den Menschenhandel); dBGBI. 2005 II S. 954, 1007; LGBI. 2008 Nr. 73; öBGBI. III Nr. 11/2008; AS 2006 5899 (Protokoll gegen die Schleusung von Migranten); LGBI. 2014 Nr. 24; öBGBI. III Nr. 296/2013; AS 2013 65 (Feuerwaffen-Protokoll).

<sup>395</sup> Ebd., Vol. 2349, Nr. 42146. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2014 II S. 762; LGBI. 2010 Nr. 194; öBGBI. III Nr. 47/2006; AS 2009 5467.

<sup>396</sup> Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 2009, Supplement No. 8 (E/2009/28)*, Kap. I, Ziff. C.

<sup>397</sup> Resolution 217 A (III) der Generalversammlung. In Deutsch verfügbar unter <http://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>.

im Maghreb aufbauen. Er würdigt die Initiativen der Staaten der Region, die wichtigsten Grenzkontrollpunkte instandzusetzen und gemeinsame Patrouillen durchzuführen. Er würdigt ferner die Kapazitätsaufbaumaßnahmen, die die Europäische Union in Niger und Libyen durchführt, und fordert sie zu weiterer Unterstützung auf.

Der Rat bekundet seine Besorgnis über Meldungen, wonach für den Drogenhandel zunehmend der Luftweg benutzt wird, und ermutigt zur Unterstützung des Flughafenkommunikationsprogramms unter der Leitung des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung, der Weltzollorganisation und der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL) und ermutigt zu weiteren Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten für die Unterbindung des Drogenhandels.

Der Rat fordert die Staaten der Region auf, einander weiterhin in größtmöglichem Umfang bei der Verhütung, Untersuchung, Strafverfolgung und Bestrafung von Akten des Drogenhandels und der damit zusammenhängenden grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität zu unterstützen und diejenigen, die solche Akte finanzieren, planen, unterstützen oder begehen, im Einklang mit dem Völkerrecht vor Gericht zu bringen. Er fordert die zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen, einschließlich der Kommission für Friedenskonsolidierung, und die anderen zuständigen internationalen und regionalen Organisationen auf, den Aufbau und die Stärkung der Kapazitäten nationaler und regionaler Institutionen, insbesondere der Strafverfolgungsbehörden, auch zur Stärkung der Initiative „Westafrikanische Küste“, und der Justizsysteme der Länder der Region zu unterstützen, damit diese mit dem Drogenhandel zusammenhängende Verbrechen und grenzüberschreitende kriminelle Tätigkeiten verhüten, untersuchen, strafrechtlich verfolgen und die Verantwortlichen verurteilen und bestrafen sowie gegenseitige Rechtshilfe leisten können. Er betont ferner, wie wichtig es ist, die Korruption zu bekämpfen, die Transparenz zu fördern und die Rechenschaftspflicht zu erhöhen, um den Drogenhandel und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität in der Region wirksam und effizient zu bekämpfen.

Der Rat betont die Wichtigkeit guter Regierungsführung und die Notwendigkeit, Korruption, Geldwäsche und illegale Finanzströme zu bekämpfen, insbesondere durch die Durchführung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption und die Anwendung der umfassenden internationalen Normen, die in den von der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ überarbeiteten Vierzig Empfehlungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung von Terrorismus und Proliferation enthalten sind, auch durch Gesetzgebungs- und Regulierungsmaßnahmen, die die zuständigen inländischen Behörden in die Lage versetzen, durch Straftaten erlangte Vermögenswerte einzufrieren oder zu beschlagnahmen, einzuziehen und zu verwalten, um den Drogenhandel in der Region zu bekämpfen. Er legt außerdem den Staaten der Region nahe, sich verstärkt in der Zwischenstaatlichen Aktionsgruppe gegen Geldwäsche in Westafrika zu engagieren.

Der Rat fordert die Staaten auf, im Rahmen nationaler, regionaler und internationaler Strategien beim Vorgehen gegen das Drogenproblem in der Region behilflich zu sein, wirksame Maßnahmen zur Hervorhebung und Erleichterung gesunder, produktiver und erfüllender Alternativen zum unerlaubten Drogenkonsum zu ergreifen und wirksame, umfassende und integrierte Programme zur Senkung der Drogennachfrage zu fördern, zu erarbeiten, zu überprüfen oder zu stärken, die wissenschaftlich fundiert sind und darauf abzielen, die Gesundheit und das soziale Wohl von Einzelpersonen, Familien und Gemeinwesen zu fördern und die nachteiligen Folgen des Drogenmissbrauchs für den Einzelnen und die Gesellschaft als Ganzes zu verringern.

Der Rat erkennt die Unterstützung an, die die bilateralen und multilateralen Akteure, namentlich die Europäische Union, die Afrikanische Union, die subregionalen Organisationen, einschließlich der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, die INTERPOL, die Weltzollorganisation, die Internationale Seeschiffahrts-Organisation und die Seeschiffahrts-Organisation für West- und Zentralafrika sowie die zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen für die Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels in der Region bereitstellen. Der Rat fordert die Mitgliedstaaten auf, die internationale und regionale Zusammenarbeit auf der Grundlage einer gemeinsamen und geteilten Verantwortung sowie ihre Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung und dem Internationalen Suchtstoff-Kontrollamt auszuweiten, um gegen die



unerlaubte Drogenherstellung und -nachfrage und den illegalen Drogenhandel vorzugehen, und neue Entwicklungen im Drogenhandel zu ermitteln.

Der Rat befürwortet eine verstärkte Zusammenarbeit aller in Betracht kommenden Stellen, namentlich des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, des Büros der Vereinten Nationen für Westafrika, des Büros der Vereinten Nationen für Zentralafrika, der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze des Sekretariats, einschließlich der Abteilung Polizei der Vereinten Nationen, und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, die dafür zuständig sind, einen wirksamen und detaillierten Koordinierungsmechanismus zu schaffen, um die Aktivitäten nach Prioritäten zu ordnen und die koordinierte Umsetzung der Integrierten Strategie der Vereinten Nationen für den Sahel, auch in Bezug auf ihre Sicherheitsaspekte, zu gewährleisten. Er spricht sich dafür aus, die Bekämpfung des Drogenhandels und der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in die Arbeit aller in Betracht kommenden Institutionen der Vereinten Nationen in der gesamten Region aufzunehmen, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat und unter aktiver Maximierung von Synergien.

Der Rat bittet den Generalsekretär, diese Bedrohungen als einen Faktor bei Konfliktverhütungsstrategien, der Konfliktanalyse, der Bewertung integrierter Missionen, der Planung und der Unterstützung der Friedenskonsolidierung zu berücksichtigen und zu erwägen, in seine Berichte eine Analyse der Rolle aufzunehmen, die diese Bedrohungen in den auf der Tagesordnung des Rates stehenden Situationen spielen. Er ist sich der Notwendigkeit bewusst, dass das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung den Rat über die vom Drogenhandel und von der damit zusammenhängenden grenzüberschreitenden Kriminalität ausgehenden Bedrohungen für die auf der Tagesordnung des Rates stehenden Situationen unterrichtet hält, vor allem bei der Prüfung der Mandate von Friedenssicherungseinsätzen und politischen Missionen, und fordert das Büro und die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten der Vereinten Nationen auf, in ihre regelmäßigen Unterrichtungen des Rates Informationen über die Arbeit der im System der Vereinten Nationen bestehenden Arbeitsgruppe Grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und Drogenhandel als Bedrohungen der Sicherheit und der Stabilität aufzunehmen.

Am 30. April 2014 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>398</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 28. April 2014 betreffend Ihre Absicht, Frau Hiroute Guebre Sellassie (Äthiopien) zu Ihrer Sondergesandten für den Sahel und Leiterin des Büros des Sondergesandten des Generalsekretärs für den Sahel zu ernennen<sup>399</sup>, den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben geäußerten Absicht Kenntnis.

Auf seiner 7203. Sitzung am 19. Juni 2014 behandelte der Rat den Punkt  
„Frieden und Sicherheit in Afrika

Bericht des Generalsekretärs über Fortschritte im Hinblick auf die Integrierte Strategie der Vereinten Nationen für den Sahel (S/2014/397)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Frau Hiroute Guebre Sellassie, die Sondergesandte des Generalsekretärs für den Sahel, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---

<sup>398</sup> S/2014/311.

<sup>399</sup> S/2014/310.

**ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN VEREINTEN NATIONEN UND DEN REGIONALEN UND SUBREGIONALEN ORGANISATIONEN BEI DER WAHRUNG DES WELTFRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT<sup>400</sup>**

**Beschlüsse**

Auf seiner 7015. Sitzung am 6. August 2013 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Armeniens, Äthiopiens, Boliviens (Plurinationaler Staat) (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Botsuanas, Brasiliens (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Chiles (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Costa Ricas, Deutschlands, Ecuadors (Minister für auswärtige Angelegenheiten und die Mobilität der Menschen), Fidschis, Georgiens, Haitis (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Honduras', Indiens, Indonesiens, Japans, Katars, Kirgisistans, Kolumbiens (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Kubas (Minister für auswärtige Angelegenheiten und Präsident auf Zeit der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten), Litauens, Malaysias, Mexikos, Neuseelands, Nigerias, Perus (Ministerin für auswärtige Angelegenheiten), der Salomonen, Saudi-Arabiens, Südafrikas, Sudans, Thailands, der Türkei, Ugandas, der Ukraine, Uruguays (Minister für auswärtige Angelegenheiten), Venezuelas (Bolivarische Republik) (Minister des Volkes für auswärtige Angelegenheiten und Präsident auf Zeit des Gemeinsamen Marktes des Südens) und Vietnams gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Schreiben der Ständigen Vertreterin Argentinien bei den Vereinten Nationen vom 1. August 2013 an den Generalsekretär (S/2013/446)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Ahmed Fathalla, den Ständigen Beobachter der Liga der arabischen Staaten bei den Vereinten Nationen, und Herrn Ioannis Vrailas, den Stellvertretenden Leiter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn José Miguel Insulza, den Generalsekretär der Organisation der amerikanischen Staaten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab die Präsidentin im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>401</sup>:

Der Sicherheitsrat erinnert an seine früheren einschlägigen Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten, in denen unterstrichen wird, wie wichtig der Aufbau wirksamer Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und den entsprechenden Satzungen der regionalen und subregionalen Organisationen ist.

Der Rat erinnert an die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und bekräftigt seine Hauptverantwortung nach der Charta für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.

Der Rat erinnert ferner daran, dass die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen in die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betreffenden Angelegenheiten, bei denen Maßnahmen regionaler Art angebracht sind, einen festen Bestandteil der kollektiven Sicherheit im Sinne der Charta der Vereinten Nationen bildet und die kollektive Sicherheit verbessern kann.

---

<sup>400</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2007 verabschiedet.

<sup>401</sup> S/PRST/2013/12.

Der Rat erklärt erneut, dass der immer umfangreichere Beitrag, den die regionalen und subregionalen Organisationen leisten, die Arbeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit auf nützliche Weise unterstützen kann, und betont in dieser Hinsicht, dass dieser Beitrag im Einklang mit Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen geleistet werden muss, wozu auch gehört, dass die regionalen und subregionalen Organisationen den Rat jederzeit vollständig über die Maßnahmen auf dem Laufenden halten müssen, die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit getroffen oder in Aussicht genommen werden.

Der Rat bekundet seine Absicht, gegebenenfalls weitere Schritte zur Förderung einer engeren und stärker auf operativer Ebene angesiedelten Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen auf den Gebieten der Konfliktfrühwarnung und Konfliktverhütung sowie der Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung zu prüfen und die Kohärenz, Synergie und kollektive Wirksamkeit der entfalteten Bemühungen sicherzustellen. In dieser Hinsicht begrüßt er die bereits bestehenden soliden Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen.

Der Rat würdigt die fortlaufenden Bemühungen und Beiträge des Sekretariats zur Festigung der Partnerschaften mit den regionalen und subregionalen Organisationen und bekundet seine Absicht, nach Bedarf die Konsultationen und die Zusammenarbeit mit den regionalen und subregionalen Organisationen zu erweitern, wie vom Rat in der Erklärung seines Präsidenten vom 13. Januar 2010<sup>402</sup> und in der Mitteilung seines Präsidenten vom 19. Juli 2006<sup>403</sup> sowie späteren diesbezüglichen Dokumenten und Mitteilungen des Präsidenten vereinbart.

Der Rat erkennt an, dass sich die regionalen und subregionalen Organisationen in einer guten Ausgangsposition befinden, um die Ursachen bewaffneter Konflikte zu verstehen, da sie über Kenntnisse der Region verfügen, welche für ihre Anstrengungen, auf die Verhütung oder Beilegung dieser Konflikte einzuwirken, von Vorteil sein können.

Der Rat betont, wie wichtig ein koordiniertes internationales Vorgehen gegen die Ursachen von Konflikten ist, ist sich der Notwendigkeit bewusst, wirksame langfristige Strategien zu erarbeiten, und unterstreicht, dass alle Organe und Organisationen der Vereinten Nationen vorbeugende Strategien verfolgen und im Rahmen ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs Maßnahmen ergreifen müssen, um den Mitgliedstaaten und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Beseitigung der Armut, der Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit und -hilfe und der Förderung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten behilflich zu sein.

Der Rat erklärt erneut, dass alle Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Streitigkeiten und Konflikte im Einklang mit der Charta beizulegen, und fordert die internationale Gemeinschaft auf, die von regionalen und subregionalen Organisationen in die Wege geleiteten Maßnahmen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und zur Verhütung und Lösung von Konflikten im Einklang mit der Charta und den einschlägigen Resolutionen des Rates in geeigneter Weise zu unterstützen.

Der Rat ermutigt die maßgeblichen regionalen und subregionalen Organisationen, sich auch weiterhin in geeigneter Weise an der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zu beteiligen, namentlich durch Konfliktprävention, Vertrauensbildung und Vermittlungsbemühungen, und unterstreicht, wie wichtig es ist, die diesbezüglich vorhandenen und potenziellen Kapazitäten der regionalen und subregionalen Organisationen zu nutzen.

Der Rat betont, wie nützlich es ist, auch weiterhin wirksame Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und maßgeblichen regionalen und subregionalen Organisationen aufzubauen, um eine rasche Reaktion auf Streitigkeiten und neu auftretende Krisen zu ermöglichen und die Rolle der Vereinten Nationen bei der Konfliktprävention zu stärken.

---

<sup>402</sup> S/PRST/2010/1.

<sup>403</sup> S/2006/507.

Der Rat anerkennt die wichtige Rolle der Guten Dienste des Generalsekretärs und legt dem Generalsekretär nahe, auch weiterhin so oft wie möglich das Instrument der Vermittlung einzusetzen, um zur friedlichen Lösung von Konflikten beizutragen, und sich in dieser Hinsicht nach Bedarf mit den maßgeblichen regionalen und subregionalen Organisationen abzustimmen und eng mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Der Rat begrüßt es, dass die regionalen und subregionalen Organisationen in Übereinstimmung mit der Charta und den Resolutionen und Beschlüssen des Rates fortlaufend wichtige Anstrengungen unternehmen und eine erweiterte friedenssichernde Rolle wahrnehmen, um Konflikte zu verhüten, in Konflikten zu vermitteln und diese beizulegen.

Der Rat erkennt an, dass die regionalen und subregionalen Organisationen mit der Durchführung von Friedenssicherungseinsätzen, die der Rat genehmigt hat, in einer mit Kapitel VIII der Charta vereinbaren Weise zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen.

Der Rat bittet das Sekretariat und alle regionalen und subregionalen Organisationen, die über Kapazitäten zur Friedenssicherung verfügen, ihre Arbeitsbeziehungen auszubauen und weiter zu untersuchen, wie ihre Zusammenarbeit besser zur Erfüllung der Mandate und Ziele der Vereinten Nationen beitragen könnte, um einen kohärenten Rahmen für die Friedenssicherung zu gewährleisten.

Der Rat unterstreicht, wie wichtig die Partnerschaft und Kooperation mit den maßgeblichen regionalen und subregionalen Organisationen im Einklang mit Kapitel VIII der Charta für die Unterstützung friedenssichernder Einsätze, einschließlich in Fragen betreffend den Schutz von Zivilpersonen, unter Berücksichtigung der jeweiligen Mandate dieser Einsätze, sowie für friedenskonsolidierende Maßnahmen und die Stärkung regionaler und nationaler Eigenverantwortung ist.

Der Rat anerkennt die Rolle, die die regionalen und subregionalen Organisationen nach Konflikten bei der Friedenskonsolidierung, der Wiederherstellung, dem Wiederaufbau und der Entwicklung wahrnehmen können, und bekräftigt die Bedeutung des Zusammenwirkens und der Kooperation zwischen der Kommission für Friedenskonsolidierung und den regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen. Der Rat ermutigt die Kommission, weiter in enger Abstimmung mit den regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen zu arbeiten, um kohärentere und besser integrierte Strategien für die Friedenskonsolidierung und die Wiederherstellung nach Konflikten zu gewährleisten.

Der Rat ist sich der Notwendigkeit bewusst, mit den regionalen und subregionalen Organisationen nach Bedarf eng zusammenzuarbeiten, auch über seine Nebengorgane, damit seine Resolutionen, einschließlich der Resolutionen zu thematischen Fragen, die auf ein breites Spektrum von Konfliktsituationen anwendbar sind, auf kohärentere und wirksamere Weise durchgeführt werden. In dieser Hinsicht legt der Rat ferner den regionalen und subregionalen Organisationen nahe, mit den Sanktionsausschüssen der Vereinten Nationen und ihren Sachverständigengruppen bei der Durchführung ihrer mandatsmäßigen Tätigkeiten voll zusammenzuarbeiten.

Der Rat bekräftigt die unverzichtbare Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten, in Friedensverhandlungen, bei der Friedenskonsolidierung, der Friedenssicherung, humanitären Maßnahmen und dem Wiederaufbau nach Konflikten, bekräftigt ferner, wie wichtig es ist, sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten und Postkonfliktsituationen zu verhüten und davor zu schützen, und betont, dass die Vereinten Nationen und die regionalen und subregionalen Organisationen darauf hinwirken müssen, dass Frauen- und Geschlechterperspektiven in alle Friedens- und Sicherheitsbemühungen der Vereinten Nationen und der regionalen und subregionalen Organisationen voll einbezogen werden, namentlich indem sie die erforderlichen Kapazitäten aufbauen.

Der Rat anerkennt den wertvollen Beitrag der maßgeblichen regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen zum Schutz von Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind. In dieser Hinsicht ermutigt der Rat diese Organisationen und Abmachungen, den Schutz von Kindern weiter systematisch in ihre Kampagnen, Politiken, Programme und Missionsplanungen zu integrieren sowie das Personal ihrer Friedenssicherungs- und Feldeinsätze zu schulen und Kinder-

schutzpersonal in diese Einsätze aufzunehmen und innerhalb ihrer Sekretariate Mechanismen zum Schutz von Kindern einzurichten, namentlich indem sie Kinderschutzkoordinatoren ernennen.

Der Rat betont, dass den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen eine wichtige Funktion zukommt und dass es notwendig ist, in den Mandaten der Friedenssicherungseinsätze gegebenenfalls den regionalen Instrumenten Rechnung zu tragen, die den Staaten die Identifikation und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen ermöglichen. Der Rat befürwortet die Schaffung oder gegebenenfalls Stärkung subregionaler und regionaler Mechanismen der Zusammenarbeit, der Koordinierung und des Informationsaustauschs, insbesondere eine grenzüberschreitende Zollkooperation und Netzwerke zum Austausch von Informationen, mit dem Ziel, den unerlaubten grenzüberschreitenden Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen zu verhüten, zu bekämpfen und zu beseitigen.

Der Rat befürwortet die internationale und regionale Zusammenarbeit bei der Prüfung der Herkunft und des Transfers von Kleinwaffen und leichten Waffen, um ihre Umlenkung, namentlich zu Al-Qaida und anderen terroristischen Gruppen, zu verhindern. Der Rat unterstreicht die bedeutenden Schritte, die die Mitgliedstaaten und internationale und regionale Organisationen in dieser Hinsicht unternommen haben. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Durchsetzung der vom Rat verhängten Waffenembargos sollte mit einer verstärkten internationalen und regionalen Zusammenarbeit in Bezug auf Waffenexporte einhergehen.

Der Rat ist sich dessen bewusst, dass die Anstrengungen je nach Bedarf auf nationaler, regionaler, subregionaler und internationaler Ebene stärker koordiniert werden müssen, um der von der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägersystemen ausgehenden ernststen Herausforderung und Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit weltweit wirksamer entgegenzutreten.

Der Rat ist sich der Notwendigkeit bewusst, mit den internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen auch weiterhin die Möglichkeit des Austauschs von Erfahrungen und Erkenntnissen auf den von Resolution 1540 (2004) erfassten Gebieten und die Verfügbarkeit von Programmen, die die Durchführung der Resolution erleichtern könnten, sowie Bereiche zu erkunden, in denen sie Hilfe bereitstellen können, unter anderem durch die Bestimmung einer Kontaktstelle oder eines Koordinators für die Durchführung der Resolution 1540 (2004).

Der Rat begrüßt die Anstrengungen seiner für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Nebenorgane, die Zusammenarbeit mit den regionalen und subregionalen Organisationen zu fördern, und nimmt mit Anerkennung Kenntnis von den Anstrengungen einer wachsenden Zahl regionaler und subregionaler Organisationen bei der Terrorismusbekämpfung. Der Rat fordert alle in Betracht kommenden regionalen und subregionalen Organisationen nachdrücklich auf, die Wirksamkeit ihrer Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate und im Einklang mit dem Völkerrecht zu erhöhen, namentlich im Hinblick auf den Ausbau ihrer Fähigkeiten zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei deren Anstrengungen, gegen die von terroristischen Handlungen ausgehenden Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit vorzugehen.

Der Rat nimmt in dieser Hinsicht außerdem mit Anerkennung Kenntnis von den Aktivitäten, die die Institutionen der Vereinten Nationen, darunter das Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und der Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung, in Abstimmung mit anderen zuständigen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen auf dem Gebiet des Kapazitätsaufbaus, der technischen Hilfe und ihrer Erleichterung durchführen, um den Mitgliedstaaten auf Antrag bei der Umsetzung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus<sup>404</sup> behilflich zu sein, und legt dem Exekutivdirektorium und dem Arbeitsstab nahe, die zielgerichtete Erbringung der Kapazitätsaufbau- und technischen Hilfe und ihre Erleichterung sicherzustellen.

---

<sup>404</sup> Resolution 60/288 der Generalversammlung.

Der Rat erinnert daran, dass Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit von zentraler Bedeutung für die Förderung und Wahrung des Friedens, der Stabilität und der Entwicklung auf der Welt sind. In dieser Hinsicht betont der Rat, dass die Beendigung der Straflosigkeit unerlässlich ist, damit eine Gesellschaft, die sich in einem Konflikt oder einer Postkonfliktsituation befindet, vergangene schwere völkerrechtliche Verbrechen aufarbeiten kann und künftige schwere völkerrechtliche Verbrechen verhindert werden können. In dieser Hinsicht hebt der Rat hervor, dass regionale und subregionale Organisationen und Abmachungen zur Rechenschaftsziehung beitragen können, indem sie den Ausbau der Kapazitäten der innerstaatlichen Justizsysteme in geeigneter Weise unterstützen und mit den internationalen Mechanismen, Gerichten und Gerichtshöfen, namentlich dem Internationalen Strafgerichtshof, zusammenarbeiten.

Der Rat ist sich dessen bewusst, wie wichtig es ist, die Kapazitäten der regionalen und subregionalen Organisationen auf dem Gebiet der Konfliktprävention und des Krisenmanagements sowie der Stabilisierung nach Konflikten in geeigneter Weise auszubauen. Der Rat unterstreicht, wie wichtig es ist, dass die regionalen und subregionalen Organisationen ihre Kapazitäten auf dem Gebiet der Friedenssicherung ausbauen, und wie wertvoll die internationale Unterstützung für ihre Bemühungen ist. Der Rat bittet alle Mitgliedstaaten, in dieser Hinsicht gegebenenfalls einen aktiveren Beitrag zu leisten.

Der Rat erklärt erneut, dass die Regionalorganisationen dafür verantwortlich sind, die benötigten personellen, finanziellen, logistischen und sonstigen Ressourcen für ihre Organisationen zu beschaffen, namentlich über Beiträge ihrer Mitglieder und Unterstützung durch ihre Partner. Der Rat betont, dass die Finanzierung der Regionalorganisationen berechenbarer, nachhaltiger und flexibler gestaltet werden muss, wenn diese im Rahmen eines Mandats der Vereinten Nationen Friedenssicherungsmaßnahmen durchführen, und begrüßt die von den Partnern in dieser Hinsicht bereitgestellte wertvolle finanzielle Unterstützung.

Der Rat legt den regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen nahe, bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ihre Zusammenarbeit untereinander, namentlich zum Ausbau ihrer jeweiligen Kapazität, zu verstärken und auszuweiten. Der Rat unterstreicht, wie wichtig in dieser Hinsicht die politische Unterstützung und der technische Sachverstand der Vereinten Nationen sind.

Der Rat nimmt Kenntnis von den laufenden Bemühungen des Sekretariats, die regelmäßige Interaktion, Konsultation und Kooperation zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen auszubauen und zu verbessern, und betont, wie wichtig es ist, die diesbezüglichen Bemühungen zu verstärken.

Der Rat ermutigt das Sekretariat und die regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen, gegebenenfalls weitere Möglichkeiten des Austauschs von Informationen über ihre jeweiligen Kapazitäten und die gewonnenen Erfahrungen auf dem Gebiet der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu erkunden und auch weiterhin bewährte Praktiken zusammenzustellen, insbesondere im Bereich der Vermittlung, der Guten Dienste und der Friedenssicherung. Der Rat ermutigt außerdem die regionalen und subregionalen Organisationen, diesbezüglich die Zusammenarbeit und den Dialog untereinander zu verstärken.

Der Rat hebt hervor, wie wichtig die Rolle der regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen und die Zusammenarbeit mit ihnen, im Einklang mit Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen, bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten, der Friedenssicherung, der Friedenskonsolidierung, einschließlich der Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung, der Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit und beim Kampf gegen die Straflosigkeit ist. Der Rat legt den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen nahe, in einem breiten Spektrum von Bereichen gemeinsamen Interesses zusammenzuarbeiten.

Der Rat legt den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen ferner nahe, verstärkt zusammenzuarbeiten, um einen weltweiten Dialog zur Förde-

rung von Toleranz und Frieden anzuregen und ein besseres Verständnis zwischen Ländern, Kulturen und Zivilisationen zu fördern.

Der Rat würdigt den Generalsekretär für seine Bemühungen, in seine regelmäßigen Berichte an den Rat Bewertungen der bei der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den zuständigen Regionalorganisationen erzielten Fortschritte aufzunehmen, und ersucht ihn, diese Bemühungen fortzusetzen. Der Rat ersucht den Generalsekretär ferner, in seinen nächsten halbjährlichen Bericht an den Rat und die Generalversammlung über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und sonstigen Organisationen Empfehlungen zu der Frage aufzunehmen, wie die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und maßgeblichen regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen verbessert werden kann.“

Auf seiner 7050. Sitzung am 28. Oktober 2013 behandelte der Rat den Punkt

„Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Stärkung der partnerschaftlichen Synergie zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit

Schreiben des Ständigen Vertreters Aserbaidschans bei den Vereinten Nationen vom 3. Oktober 2013 an den Generalsekretär (S/2013/588)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, Herrn Ekmeleddin İhsanoğlu, den Generalsekretär der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>405</sup>:

Der Sicherheitsrat erinnert an die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und bekräftigt seine Hauptverantwortung nach der Charta für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.

Der Rat erklärt erneut, dass die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen in Angelegenheiten, die die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betreffen, und im Einklang mit Kapitel VIII der Charta die kollektive Sicherheit verbessern kann.

Der Rat erinnert an seine früheren einschlägigen Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten, in denen unterstrichen wird, wie wichtig der Aufbau wirksamer Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen im Einklang mit der Charta und den entsprechenden Satzungen der regionalen und subregionalen Organisationen ist.

Der Rat dankt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herrn Ban Ki-moon, und dem Generalsekretär der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit, Herrn Ekmeleddin İhsanoğlu, für ihre Unterrichtungen.

Der Rat erkennt an und befürwortet weiterhin, dass die Organisation der Islamischen Zusammenarbeit aktiv zu der Arbeit der Vereinten Nationen zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze der Charta beiträgt.

Der Rat nimmt Kenntnis von dem laufenden Dialog zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Friedensschaffung, der vorbeugenden Diplomatie, der Friedenssicherung und der Friedenskonsolidierung. Der Rat lobt die Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit für ihr anhaltendes Engagement zugunsten der

---

<sup>405</sup> S/PRST/2013/16.

internationalen Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung, namentlich auch durch die Bereitstellung von Truppen für die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen.

Der Rat bekräftigt sein Bekenntnis zu einem gerechten, dauerhaften und umfassenden Frieden im Nahen Osten und seine Entschlossenheit, sich um eine umfassende Lösung des arabisch-israelischen Konflikts zu bemühen, und erinnert in dieser Hinsicht an seine früheren einschlägigen Resolutionen. Der Rat stellt fest, dass die Vereinten Nationen und die Organisation der Islamischen Zusammenarbeit gemeinsame Ziele im Hinblick auf die Förderung und Erleichterung einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und einer politischen Lösung des syrischen Konflikts im Einklang mit dem Genfer Kommuniqué vom 30. Juni 2012<sup>406</sup> sowie im Hinblick auf die Förderung von Lösungen für andere Konflikte im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und den einschlägigen Resolutionen des Rates verfolgen.

Der Rat nimmt Kenntnis von der allgemeinen Tagung über Zusammenarbeit zwischen den Sekretariaten der Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit und ihren Sonderorganisationen, die vom 1. bis 3. Mai 2012 in Genf abgehalten wurde. Der Rat nimmt Kenntnis von der von Vertretern beider Organisationen bekundeten Absicht, auf Gebieten von gemeinsamem Interesse, wie Konfliktprävention und Vermittlung, Menschenrechte, humanitäre Hilfe und Flüchtlinge, interkultureller Dialog und Terrorismusbekämpfung, verstärkt zusammenzuarbeiten.

Der Rat stellt fest, dass die Vereinten Nationen wie auch die Organisation der Islamischen Zusammenarbeit entschlossen sind, einen weltweiten Dialog zur Förderung von Toleranz und Frieden anzuregen, und ruft zu einer verstärkten Zusammenarbeit zur Förderung eines besseren Verständnisses zwischen Ländern, Kulturen und Zivilisationen auf.

Der Rat ist sich dessen bewusst, wie wichtig eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit im Bereich der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, in seinen nächsten halbjährlichen Bericht an den Rat und die Generalversammlung über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und sonstigen Organisationen Empfehlungen zu der Frage aufzunehmen, wie die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit verbessert werden kann.

Auf seiner 7112. Sitzung am 14. Februar 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Europäische Union“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Baronin Ashton, die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>407</sup>:

Der Sicherheitsrat erinnert an die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und bekräftigt seine Hauptverantwortung nach der Charta für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.

Der Rat erklärt erneut, dass die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen und Abmachungen in Angelegenheiten, die die Wahrung

---

<sup>406</sup> Resolution 2118 (2013), Anhang II.

<sup>407</sup> S/PRST/2014/4.



des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betreffen, und im Einklang mit Kapitel VIII der Charta die kollektive Sicherheit verbessern kann.

Der Rat begrüßt die Unterrichtung durch die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Baronin Ashton, und würdigt den bedeutenden Beitrag, den die Europäische Union zur Unterstützung der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit leistet.

Der Rat würdigt die Mitwirkung der Europäischen Union an Verhandlungs- und Vermittlungsprozessen auf internationaler Ebene, insbesondere:

a) Der Rat begrüßt den Gemeinsamen Aktionsplan, auf den sich die E3+3-Gruppe und die Islamische Republik Iran am 24. November 2013 geeinigt haben und der am 20. Januar 2014 in Kraft getreten ist, und nimmt Kenntnis von der Koordinierungsrolle, die die Europäische Union bei der Einigung auf den Gemeinsamen Plan übernahm. Der Rat betont die Wichtigkeit weiterer diplomatischer Bemühungen um die Herbeiführung einer umfassenden Verhandlungslösung, die sicherstellen würde, dass das Nuklearprogramm Irans ausschließlich friedlichen Zwecken dient, im Einklang mit den Resolutionen des Rates.

b) Der Rat begrüßt den bedeutenden Beitrag, den die Europäische Union zur wirtschaftlichen Entwicklung und Stabilisierung der Region Westlicher Balkan leistet, um die Demokratie, den wirtschaftlichen Wohlstand, die Stabilität und die regionale Zusammenarbeit weiter zu fördern, im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen des Rates, und fordert alle Parteien auf, weiterhin konstruktiv zusammenzuwirken.

Der Rat begrüßt den umfassenden Ansatz der Europäischen Union zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und würdigt die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten für ihren anhaltenden Einsatz für die internationale Friedenssicherung, Friedenskonsolidierung und humanitäre Hilfe sowie die finanzielle und logistische Unterstützung, insbesondere:

a) Der Rat würdigt die Rolle der Europäischen Union bei der Bekämpfung der Seeräuberei vor der Küste Somalias, insbesondere durch die Operation Atalanta und durch den Aufbau von Kapazitäten im Bereich der maritimen Sicherheit in der Region im Rahmen der Mission EUCAP Nestor, und würdigt in dieser Hinsicht, dass die Europäische Union derzeit den Vorsitz der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias führt. Der Rat begrüßt die Bemühungen der Europäischen Union, zur Stabilisierung Somalias beizutragen, insbesondere durch die Ausbildung somalischer Sicherheitskräfte im Rahmen der Ausbildungsmission der Europäischen Union für Somalia, sowie ihren bedeutenden Beitrag zur Mission der Afrikanischen Union in Somalia.

b) Der Rat begrüßt das starke Engagement der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik, insbesondere ihre humanitäre Hilfe, ihren finanziellen Beitrag zur Entsendung der Internationalen Unterstützungsmission in der Zentralafrikanischen Republik unter afrikanischer Führung, sowie den Beschluss, eine vorübergehende Operation zur Unterstützung der Mission einzurichten. Der Rat weist darauf hin, wie wichtig Koordinierungsmechanismen zwischen dem Integrierten Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik und der Mission und der Operation der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik sind.

c) Der Rat begrüßt die Unterstützung der Europäischen Union für die Ziele und Missionen der Vereinten Nationen in Mali und der gesamten Sahel-Region gemäß der Integrierten Strategie der Vereinten Nationen für den Sahel<sup>408</sup>, insbesondere durch die Arbeit der Ausbildungsmission der Europäischen Union in Zusammenarbeit mit der Mission der Vereinten Nationen in Mali, sowie ihre umfassenderen Bemühungen in der Region durch die Strategie der Europäischen Union für Sicherheit und Entwicklung für den Sahel und die Mission EUCAP Sahel Niger.

Der Rat nimmt Kenntnis von der umfangreichen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Vereinten Nationen, insbesondere:

---

<sup>408</sup> S/2013/354, Anhang.

a) Der Rat begrüßt die bedeutende humanitäre Hilfe der Europäischen Union für die betroffenen Menschen in Syrien und den Nachbarländern und begrüßt ihre rasche Unterstützung in Form von Sachleistungen für die schnelle Einrichtung der Gemeinsamen Mission der Organisation für das Verbot chemischer Waffen und der Vereinten Nationen zur Beseitigung des Chemiewaffenprogramms der Arabischen Republik Syrien. Der Rat und die Europäische Union bekräftigen erneut ihre gemeinsamen Ziele bezüglich der Förderung und Erleichterung der politischen Lösung des syrischen Konflikts auf der Grundlage der vollständigen Durchführung des Genfer Kommuniqués vom 30. Juni 2012<sup>406</sup>.

b) Der Rat nimmt Kenntnis von der Rolle der Europäischen Union bei dem Treffen des Nahost-Quartetts auf der Ebene hochrangiger Vertreter in München am 1. Februar 2014 und bekundet erneut sein Bekenntnis zu einem gerechten, dauerhaften und umfassenden Frieden im Nahen Osten.

c) Der Rat begrüßt den Beitrag der Europäischen Union zur Förderung der Sicherheit, der Regierungsführung und der Entwicklung in Afghanistan, insbesondere die Hilfe für die Entwicklung der Afghanischen Nationalpolizei und der rechtsstaatlichen Institutionen, die die Polizeimission der Europäischen Union (Afghanistan) und die Europäische Gendarmerietruppe geleistet haben.

Der Rat würdigt die Rolle der Europäischen Union in Bezug auf die Unterstützung der Einsätze der Vereinten Nationen in Bereichen von gemeinsamem Interesse, insbesondere:

a) Der Rat begrüßt die laufende Zusammenarbeit bei der Stärkung der Maßnahmen der Vereinten Nationen in den Bereichen Förderung der Entwicklungszusammenarbeit und Förderung und Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

b) Der Rat erkennt die wertvolle Unterstützung der Europäischen Union beim Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten an, insbesondere ihre Arbeit zum Schutz von Frauen und Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, sowie ihr Engagement für Prävention und Schutz vor sexueller Gewalt und ihre Unterstützung für die entscheidende Rolle, die Frauen bei allen Bemühungen um Frieden und Sicherheit spielen, namentlich bei den Bemühungen um die Verhütung und Beilegung von Konflikten und die Milderung ihrer Auswirkungen.

c) Der Rat erinnert daran, dass Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit von zentraler Bedeutung für die Förderung und Wahrung des Friedens, der Stabilität und der Entwicklung sind. In dieser Hinsicht hebt der Rat hervor, dass die Europäische Union zur Rechenschaft beitragen kann, indem sie den Ausbau der Kapazitäten der innerstaatlichen Justizsysteme nach Bedarf unterstützt und mit den internationalen Mechanismen, Gerichten und Gerichtshöfen, namentlich dem Internationalen Strafgerichtshof, zusammenarbeitet.

Der Rat begrüßt die enge Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Europäischen Union und legt beiden Organisationen nahe, ihre institutionellen Beziehungen und ihre strategische Partnerschaft weiter zu stärken, insbesondere auch durch regelmäßige Unterrichtungen des Rates durch die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik.

---

## DIE SITUATION IN LIBYEN<sup>409</sup>

### Beschlüsse

Auf seiner 7031. Sitzung am 16. September 2013 beschloss der Rat, den Vertreter Libyens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Libyen

---

<sup>409</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2011 verabschiedet.

Bericht des Generalsekretärs über die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (S/2013/516)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Tarek Mitri, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Libyen und Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7059. Sitzung am 14. November 2013 beschloss der Rat, den Vertreter Libyens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Libyen“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Fatou Bensouda, die Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Am 27. November 2013 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär<sup>410</sup>:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 21. November 2013 betreffend die Aufstellung einer Wacheinheit zur Ermöglichung der Durchführung der mandatsmäßigen Aufgaben der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen<sup>411</sup> dem Sicherheitsrat zur Kenntnis gebracht worden ist. Der Rat nimmt von den in Ihrem Schreiben enthaltenen Informationen und den darin vorgeschlagenen Regelungen Kenntnis.

Auf seiner 7075. Sitzung am 9. Dezember 2013 beschloss der Rat, den Vertreter Libyens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Libyen“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Tarek Mitri, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Libyen und Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7083. Sitzung am 16. Dezember 2013 beschloss der Rat, den Vertreter Libyens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Libyen“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>412</sup>:

Der Sicherheitsrat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Libyens. Der Rat bekundet seine ernste Besorgnis über die Verschlechterung der Sicherheitslage und die politischen Spaltungen, die den Übergang zu einer Demokratie, die den Bestrebungen des libyschen Volkes gerecht wird, zu untergraben drohen.

Der Rat bekundet dem Volk Libyens erneut seine Unterstützung und bestärkt es in seiner anhaltenden und festen Entschlossenheit zur Festigung der Demokratie und zur Errichtung eines stabilen und prosperierenden Staates auf der Grundlage der nationalen Aussöhnung, der Gerechtigkeit, der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit.

Der Rat begrüßt die Anstrengungen der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen und des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Libyen, Herrn Tarek Mitri, einen sinnvollen nationalen Dialog unter libyscher Führung in Libyen zu erleichtern, und befürwortet nachdrücklich weitere Fortschritte in dieser Hinsicht. Der Rat unterstreicht, wie wichtig ein einziger, alle Seiten einschließender nationaler Dialog ist, der einen Konsens über die Prioritäten für die Herbeiführung eines

---

<sup>410</sup> S/2013/705.

<sup>411</sup> S/2013/704.

<sup>412</sup> S/PRST/2013/21.

Übergangs zur Demokratie schaffen kann und durch den sichergestellt werden kann, dass alle in Libyen vertretenen Auffassungen gebührend berücksichtigt werden.

Der Rat bekundet den gewählten politischen Institutionen in Libyen erneut seine Unterstützung. Der Rat stellt fest, dass die Annahme einer Verfassung ein entscheidender Schritt sein wird, um den Rahmen für eine Zukunft Libyens in Sicherheit und Wohlstand zu schaffen, und betont, wie dringend und wichtig weitere Fortschritte in dem Verfassungsprozess sind.

Der Rat verurteilt mit Nachdruck die Tötung unbewaffneter Demonstranten am 15. November 2013 in Tripolis und betont, dass alle Parteien der Gewalt gegen Zivilpersonen abschwören und das Recht aller Libyer, sich friedlich zu versammeln, achten müssen. Der Rat vermerkt den Abzug einiger bewaffneter Gruppen aus Tripolis als positive Entwicklung, fordert jedoch gleichzeitig dringende Fortschritte in Richtung auf ein inklusives nationales Konzept für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ins Zivilleben oder die Eingliederung in die staatlichen Militär- und Sicherheitsinstitutionen. Der Rat legt der Mission nahe, weiterhin technische Beratung und Hilfe für die Anstrengungen Libyens auf dem Gebiet der Demobilisierung und Wiedereingliederung bereitzustellen.

Der Rat betont, dass die Militär- und Polizeinstitutionen in Libyen dringend gestärkt werden müssen. Im Einklang mit den Bedürfnissen und Wünschen des libyschen Volkes unterstützt der Rat die Anstrengungen libyscher staatlicher Kräfte, die öffentliche Sicherheit in ganz Libyen wiederherzustellen und gegen die von extremistischen Gruppen begangene Gewalt, insbesondere in Bengasi und Derna, vorzugehen. Der Rat bekundet seine Besorgnis über die Anwendung von Gewalt gegen staatliche Institutionen seitens bewaffneter Gruppen, einschließlich der rechtswidrigen Inbesitznahme von Energieanlagen und des Schmuggels von natürlichen Ressourcen, fordert mit Nachdruck, dass die Kontrolle über alle Anlagen wieder den zuständigen Behörden übertragen wird, und begrüßt und befürwortet weitere Anstrengungen der Regierung Libyens, die Unterbrechungen der Energieausfuhren Libyens auf friedliche Weise beizulegen.

Der Rat bekundet seine Besorgnis über die von ungesicherten Rüstungsgütern und ungesicherter Munition in Libyen und ihrer Verbreitung ausgehende Bedrohung, die die Stabilität gefährdet, unter anderem durch die Weitergabe an terroristische und extremistische Gruppen, fordert die Regierung Libyens auf, konkrete Maßnahmen zur Kontrolle der Bestände an Rüstungsgütern und Munition in Libyen zu ergreifen, indem sie für das ordnungsgemäße Management, die sichere Lagerung und gegebenenfalls die effektive Entsorgung der Rüstungsgüter und des sonstigen Wehrmaterials sorgt und die Grenzsicherung stärkt, und fordert in dieser Hinsicht die Nachbarstaaten nachdrücklich auf, mit den libyschen Behörden bei ihren Anstrengungen zur Sicherung der Grenzen des Landes zusammenzuarbeiten. Der Rat unterstützt größere internationale Anstrengungen und eine verstärkte Koordination seitens der Vereinten Nationen bei der Bereitstellung diesbezüglicher Hilfe für die Regierung.

Der Rat verurteilt die Fälle von Folter und Misshandlung und die Todesfälle infolge von Folter in illegalen Hafteinrichtungen in Libyen. Der Rat betont, dass Praktiken der Folter und der außergerichtlichen Tötung in Libyen nicht geduldet werden sollen. Der Rat bekundet seine ernste Besorgnis über die fortgesetzten willkürlichen Inhaftierungen Tausender, die ohne Zugang zu einem ordnungsgemäßen Verfahren außerhalb der Staatsgewalt festgehalten werden, und fordert erneut ihre sofortige Freilassung oder Überstellung an Hafteinrichtungen, die der Staatsgewalt unterstehen. In dieser Hinsicht begrüßt der Rat das kürzlich vom Allgemeinen Nationalkongress verkündete Gesetz über die Unrechtsaufarbeitung und befürwortet seine volle Umsetzung. Mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über alle Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche fordert der Rat die libyschen Behörden auf, alle derartigen Handlungen, einschließlich derjenigen, die an Kindern begangen wurden, zu untersuchen und die Täter vor Gericht zu stellen.

Der Rat fordert alle Parteien in Libyen auf, den demokratischen Übergang in Libyen zu unterstützen, einschließlich einer Einigung auf die unmittelbaren nächsten Schritte, und einen politischen Dialog aufzunehmen sowie Gewalt- und sonstige Handlungen, die die Stabilität des Staates gefährden, zu unterlassen.“

Auf seiner 7130. Sitzung am 10. März 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Libyens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Libyen

Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/106)

Bericht des Generalsekretärs über die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (S/2014/131)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Tarek Mitri, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Libyen und Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7136. Sitzung am 14. März 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Libyens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Libyen

Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/106)

Bericht des Generalsekretärs über die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (S/2014/131)“.

#### **Resolution 2144 (2014) vom 14. März 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1970 (2011) vom 26. Februar 2011, 1973 (2011) vom 17. März 2011, 2009 (2011) vom 16. September 2011, 2016 (2011) vom 27. Oktober 2011, 2017 (2011) vom 31. Oktober 2011, 2022 (2011) vom 2. Dezember 2011, 2040 (2012) vom 12. März 2012 und 2095 (2013) vom 14. März 2013 und auf die Erklärung seines Präsidenten vom 16. Dezember 2013<sup>412</sup>,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Libyens,

*in Bekräftigung* seiner Resolutionen 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011, 2068 (2012) vom 19. September 2012 und 2143 (2014) vom 7. März 2014 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit,

*erwartungsvoll* einer Zukunft für Libyen *entgegensehend*, die auf nationaler Aussöhnung, Gerechtigkeit, der Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit beruht,

*betonend*, wie wichtig es ist, die gleiche und volle Beteiligung aller Teile der libyschen Gesellschaft, einschließlich der Frauen, der Jugendlichen und der Minderheiten, am politischen Prozess zu fördern,

*unterstreichend*, wie wichtig eine Einigung auf die unmittelbar nächsten Schritte für den demokratischen Übergang in Libyen ist, und in dieser Hinsicht bekräftigend, dass glaubhafte Wahlen, ein alle Seiten einschließender und transparenter Prozess zur Ausarbeitung der Verfassung und die Schaffung eines einzigen, alle Seiten einschließenden und transparenten nationalen Dialogs von zentraler Bedeutung sind,

*unter Begrüßung* der Anstrengungen der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen und des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Libyen, einen sinnvollen nationalen Dialog unter libyscher Führung zu erleichtern, unter nachdrücklicher Befürwortung weiterer Fortschritte in dieser Hinsicht und

bekräftigend, dass die Vereinten Nationen die Koordinierung der Anstrengungen leiten sollen, welche die internationale Gemeinschaft unternimmt, um im Einklang mit den Grundsätzen der nationalen Trägerschaft und Eigenverantwortung den von Libyen geführten Prozess des Übergangs und der Institutionenbildung mit dem Ziel der Schaffung eines friedlichen, demokratischen, unabhängigen und geeinten Libyens zu unterstützen,

*sowie begrüßend*, dass Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung abgehalten wurden, und die politischen Führer nachdrücklich auffordernd, die Bildung der Versammlung abzuschließen und mit den Minderheitengruppen zusammenzuarbeiten, um ihre angemessene Vertretung in dem Prozess zur Ausarbeitung der Verfassung zu gewährleisten,

*mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis* über die Verschlechterung der Sicherheitslage und die sich vertiefenden politischen Spaltungen in Libyen, insbesondere über die Entführungen, Ermordungen und gewaltsamen Zusammenstöße zwischen bewaffneten Gruppen, vor allem im Osten Libyens und entlang seiner südlichen Grenzen, die den Übergang zu einer Demokratie, die den Bestrebungen des libyschen Volkes gerecht wird, zu untergraben drohen,

*mit dem Ausdruck seiner Unterstützung* für die Anstrengungen der Regierung Libyens, die Unterbrechungen der Energieausfuhren Libyens auf friedliche Weise beizulegen, und erneut erklärend, dass die Kontrolle über alle Einrichtungen wieder den zuständigen Behörden übertragen werden soll,

*daran erinnernd*, dass er in Resolution 1970 (2011) beschlossen hat, die Situation in Libyen dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs zu unterbreiten, und dass es wichtig ist, zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass diejenigen, die für Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich Angriffen auf die Zivilbevölkerung, verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden,

*mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis* über die Nichtdurchführung von Gerichtsverfahren gegen im Zusammenhang mit dem Konflikt inhaftierte Personen, einschließlich Kindern, welche vielfach nach wie vor außerhalb der Staatsgewalt festgehalten werden, und über Berichte, wonach in Hafteinrichtungen Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche verübt werden, einschließlich Folter und sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, und in dieser Hinsicht unterstreichend, dass alle Parteien in Libyen mit der Mission in allen Fragen im Zusammenhang mit der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte umfassend kooperieren sollen,

*unter Begrüßung* der Maßnahmen der Regierung Libyens zur Behebung von Menschenrechtsproblemen, darunter der Erlass eines Gesetzes zur Unrechtsaufarbeitung am 8. Dezember 2013, des Gesetzes gegen Folter und Diskriminierung am 9. April 2013 und des Dekrets über Abhilfe für die Situation der Opfer von Vergewaltigung und Gewalt am 19. Februar 2014,

*erneut erklärend*, dass die freiwillige, sichere und dauerhafte Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen ein wichtiger Faktor für die Konsolidierung des Friedens in Libyen sein wird,

*mit dem Ausdruck seiner Besorgnis* über die Bedrohung, die von ungesicherten Rüstungsgütern und ungesicherter Munition in Libyen und von ihrer Verbreitung ausgeht, wodurch die Stabilität in Libyen und der Region gefährdet wird, insbesondere durch den Transfer an terroristische und gewalttätige extremistische Gruppen, und unterstreichend, wie wichtig eine koordinierte internationale Unterstützung Libyens und der Region beim Vorgehen gegen diese Probleme ist,

in dieser Hinsicht den wichtigen Beitrag *aner kennend*, den das vom Sicherheitsrat verhängte Waffenembargo zur Unterstützung Libyens bei der Bekämpfung des unerlaubten Transfers von Kleinwaffen und leichten Waffen sowie zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit, der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung und der Reform des Sicherheitssektors leisten kann,

alle Mitgliedstaaten an die in seinen Resolutionen 1970 (2011) und 1973 (2011) enthaltenen und in späteren Resolutionen geänderten Verpflichtungen *erinnernd*, insbesondere die Verpflichtungen betreffend Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial jeder Art,

die Regierung Libyens in ihrer Absicht *unterstützend*, die regionale Sicherheit zu stärken, in dieser Hinsicht unter Begrüßung des laufenden Engagements mit den Ländern der Region sowie der Konferenz

von Rabat vom 13. und 14. November 2013 und ihrer Empfehlungen zu Fragen der Grenzsicherheit, einschließlich der Umsetzung des Aktionsplans von Tripolis, und die weiteren Anstrengungen unterstützend, die die Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes in Libyen unternimmt, um das libysche Grenzmanagement zu stärken,

*unter Begrüßung* der auf der Konferenz von Rom am 6. März 2014 erfolgten Koordinierung der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung des Übergangs in Libyen, in Weiterverfolgung der Konferenz von Paris vom 12. Februar 2013, die auf diesen Treffen beschlossenen Prioritäten und Empfehlungen billigend und ihre rasche Umsetzung unterstützend,

*Kenntnis nehmend* von dem Bericht des Generalsekretärs über die Mission<sup>413</sup>, namentlich von der Empfehlung, das Mandat der Mission um 12 Monate zu verlängern,

*sowie Kenntnis nehmend* von dem gemäß Ziffer 14 d) der Resolution 2095 (2013) vorgelegten Schlussbericht der Sachverständigengruppe<sup>414</sup> und den darin enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen,

*unter Begrüßung* der vom Sekretariat unternommenen Anstrengungen, die Liste von Sachverständigen für die Unterabteilung Nebenorgane des Sicherheitsrats zu erweitern und zu verbessern, eingedenk der in der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 22. Dezember 2006 vorgegebenen Leitlinien<sup>415</sup>,

*eingedenk* dessen, dass der Sicherheitsrat nach der Charta der Vereinten Nationen die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta,

1. *unterstützt* die rasche Herstellung eines einzigen, alle Seiten einschließenden und transparenten nationalen Dialogs in Libyen und einen alle Seiten einschließenden und transparenten Prozess zur Ausarbeitung der Verfassung und erklärt erneut, dass das Bekenntnis zu demokratischen Prozessen und Institutionen, guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, nationaler Aussöhnung und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Menschen in Libyen ein Fundament des Übergangszeitraums sein muss;

2. *fordert* die Regierung Libyens *auf*, die Menschenrechte, namentlich der Frauen, der Kinder und der Angehörigen schwächerer Gruppen, zu fördern und zu schützen und ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, insbesondere den Menschenrechtsnormen, nachzukommen, fordert, dass diejenigen, die für schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen, einschließlich sexueller Gewalt und Rechtsverletzungen und Missbrauchshandlungen an Kindern, verantwortlich sind, im Einklang mit den internationalen Normen zur Rechenschaft gezogen werden, und fordert alle Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, mit der libyschen Regierung bei ihren Anstrengungen zur Beendigung der Straflosigkeit für diese Verstöße eng zusammenzuarbeiten;

3. *fordert* die Regierung Libyens *außerdem auf*, mit dem Internationalen Strafgerichtshof und der Anklägerin auch weiterhin uneingeschränkt zusammenzuarbeiten und ihnen jede erforderliche Unterstützung zu gewähren, wie in Resolution 1970 (2011) verlangt;

4. *verurteilt* die Fälle von Folter und Misshandlung und die Todesfälle infolge von Folter in Hafteinrichtungen in Libyen, fordert die Regierung Libyens auf, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um Gerichtsverfahren zu beschleunigen, Inhaftierte der Staatsgewalt zu überstellen und Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche zu verhindern und zu untersuchen, fordert alle libyschen Parteien auf, mit der Regierung Libyens bei ihren diesbezüglichen Anstrengungen zu kooperieren, fordert die sofortige Freilassung aller in Libyen willkürlich festgenommenen oder in Haft gehaltenen Personen, einschließlich ausländischer Staatsangehöriger, und unterstreicht, dass die Regierung Libyens die Hauptverantwortung

---

<sup>413</sup> S/2014/131.

<sup>414</sup> Siehe S/2014/106, Anlage.

<sup>415</sup> S/2006/997.

für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte aller Menschen in Libyen trägt, insbesondere der afrikanischen Migranten und anderer ausländischer Staatsangehöriger;

5. *ermutigt* Libyen und die Nachbarstaaten, ihre Anstrengungen zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit fortzusetzen, um die Lage in Libyen zu stabilisieren und Elemente des ehemaligen libyschen Regimes und gewalttätige extremistische Gruppen daran zu hindern, das Hoheitsgebiet Libyens oder dieser Staaten für die Planung, Finanzierung oder Durchführung gewaltsamer oder anderer unerlaubter Handlungen zur Destabilisierung Libyens oder der Staaten in der Region zu nutzen, und stellt fest, dass eine derartige Zusammenarbeit die regionale Stabilität fördern würde;

#### **Mandat der Vereinten Nationen**

6. *beschließt*, das Mandat der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen unter der Leitung eines Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Libyen bis zum 13. März 2015 zu verlängern, und beschließt ferner, dass darin besteht, die Regierung Libyens bei ihren Anstrengungen zu unterstützen,

a) als unmittelbare Priorität den Übergang zur Demokratie sicherzustellen, einschließlich durch die Förderung, Erleichterung und Bereitstellung von technischer Beratung und Hilfe für einen einzigen, alle Seiten einschließenden und transparenten nationalen Dialog, die libyschen Wahlprozesse und den Prozess der Vorbereitung, Ausarbeitung und Annahme einer neuen libyschen Verfassung, die Förderung der Ermächtigung und politischen Partizipation aller Teile der libyschen Gesellschaft, insbesondere der Frauen, Jugendlichen und Minderheiten, und durch die Bereitstellung Guter Dienste zur Unterstützung einer alle Seiten einschließenden politischen Regelung in Libyen und zur Förderung eines politischen Umfelds, das die Eingliederung von Exkombattanten in die libyschen nationalen Sicherheitskräfte oder ihre Demobilisierung und Wiedereingliederung ins Zivilleben begünstigt;

b) im Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen Libyens die Rechtsstaatlichkeit zu fördern und die Menschenrechte, insbesondere der Frauen, der Kinder und der Angehörigen schwächerer Gruppen wie Minderheiten und Migranten, zu schützen und ihre Einhaltung zu überwachen, so auch indem sie die Regierung Libyens dabei unterstützt, die menschliche Behandlung der Inhaftierten, einschließlich Kindern, und ordnungsgemäße Verfahren für sie zu gewährleisten, ihr Gesetz zur Unrechtsaufarbeitung voll anzuwenden und eine unabhängige Justiz und transparente und rechenschaftspflichtige Strafverfolgungs- und Strafvollzugssysteme aufzubauen und dahingehende Reformen durchzuführen;

c) ungesicherte Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial in Libyen zu kontrollieren und ihrer Verbreitung entgegenzuwirken, durch Maßnahmen zu dem Zweck, den Zugang herzustellen und für die ordnungsgemäße Verwaltung, Lagerung das Mandat der Mission als einer integrierten besonderen politischen Mission in vollem Einklang mit den Grundsätzen der nationalen Eigenverantwortung und gegebenenfalls effektive Entsorgung der Rüstungsgüter und des sonstigen Wehrmaterials zu sorgen, kohärente diesbezügliche Anstrengungen der Partner zu unterstützen, einschließlich der Koordinierung und Erleichterung der internationalen Hilfe, und die Grenzsicherung, den Aufbau leistungsfähiger libyscher Institutionen und die wirksame Koordinierung der nationalen Sicherheit zu stärken;

d) im Rahmen koordinierter internationaler Anstrengungen und unter Nutzung der komparativen Vorteile des Landteams der Vereinten Nationen Kapazitäten auf dem Gebiet der Regierungsführung aufzubauen, durch Unterstützung der Ministerien, des nationalen Parlaments und der Lokalverwaltungen mit dem Ziel, die Erbringung von Diensten, die Transparenz und die Koordinierung auf allen staatlichen Ebenen zu verbessern;

#### **Waffenembargo**

7. *betont*, dass Mitgliedstaaten, die dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1970 (2011) im Einklang mit Ziffer 13 a) der Resolution 2009 (2011), geändert mit Ziffer 10 der Resolution 2095 (2013), die Lieferung, den Verkauf oder die Übertragung von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial einschließlich zugehöriger Munition und Ersatzteilen notifizieren, sicherstellen sollen, dass die Notifizierungen alle sachdienlichen Angaben enthalten;

8. *betont außerdem*, dass Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial einschließlich zugehöriger Munition und Ersatzteilen, die im Einklang mit Ziffer 13 a) der Resolution 2009 (2011), geändert mit Zif-



fer 10 der Resolution 2095 (2013), zur Unterstützung auf dem Gebiet der Sicherheit oder der Entwaffnung an die Regierung Libyens geliefert, verkauft oder übertragen werden, nicht an Parteien, die nicht die vorgesehenen Endnutzer sind, weiterverkauft oder übertragen oder ihnen verfügbar gemacht werden sollen;

9. *legt* der Regierung Libyens *eindringlich nahe*, die Überwachung von Rüstungsgütern oder sonstigem Wehrmaterial, das im Einklang mit Ziffer 9 *c*) der Resolution 1970 (2011) oder Ziffer 13 *a*) der Resolution 2009 (2011), geändert mit Ziffer 10 der Resolution 2095 (2013), an Libyen geliefert, verkauft oder übertragen wird, weiter zu verbessern, unter anderem durch die Verwendung von Endverbleibserklärungen, und fordert die Mitgliedstaaten und die Regionalorganisationen nachdrücklich auf, der libyschen Regierung Hilfe zu gewähren, um die für diesen Zweck vorhandenen Infrastrukturen und Mechanismen zu stärken;

10. *verurteilt* die gemeldeten anhaltenden Verstöße gegen die in den Resolutionen 1970 (2011) und 1973 (2011) enthaltenen und in seinen späteren Resolutionen geänderten Maßnahmen und erinnert an das in Ziffer 24 der Resolution 1970 (2011) festgelegte Mandat des Ausschusses, Informationen über behauptete Verstöße gegen diese Maßnahmen oder die Nichtbefolgung dieser Maßnahmen zu prüfen und daraufhin geeignete Maßnahmen zu ergreifen;

#### **Einfrieren von Vermögenswerten**

11. *weist* den Ausschuss *an*, im Benehmen mit der Regierung Libyens die verbleibenden Maßnahmen, die mit den Resolutionen 1970 (2011) und 1973 (2011) verhängt und mit Resolution 2009 (2011) geändert wurden, mit Bezug auf die Libyan Investment Authority (Staatsfonds Libyens) und das Libyan Africa Investment Portfolio, laufend zu überprüfen, und bekräftigt seinen Beschluss, dass der Ausschuss im Benehmen mit der Regierung Libyens die Benennung dieser Einrichtungen aufhebt, sobald dies praktisch möglich ist, um zu gewährleisten, dass die Vermögenswerte dem Volk Libyens zu seinen Gunsten zur Verfügung gestellt werden;

12. *unterstützt* die Anstrengungen der libyschen Behörden, die unter dem Gaddafi-Regime veruntreuten Gelder wiederzuerlangen, und legt in dieser Hinsicht den libyschen Behörden und den Mitgliedstaaten, die gemäß den Resolutionen 1970 (2011) und 1973 (2011), geändert mit Resolution 2009 (2011), Vermögenswerte eingefroren haben, nahe, hinsichtlich Forderungen in Bezug auf veruntreute Gelder und damit zusammenhängenden Eigentumsfragen Konsultationen miteinander zu führen;

#### **Sachverständigengruppe**

13. *beschließt*, das in Ziffer 24 der Resolution 1973 (2011) festgelegte und mit Resolution 2040 (2012) geänderte Mandat der Sachverständigengruppe für Libyen bis zum 13. April 2015 zu verlängern, bekundet seine Absicht, das Mandat spätestens zwölf Monate nach Verabschiedung dieser Resolution zu überprüfen und einen geeigneten Beschluss über eine weitere Verlängerung zu fassen, und beschließt, dass die Sachverständigengruppe die folgenden Aufgaben wahrnimmt:

*a)* dem Ausschuss bei der Durchführung seines in Ziffer 24 der Resolution 1970 (2011) festgelegten Mandats behilflich zu sein;

*b)* von den Staaten, den zuständigen Organen der Vereinten Nationen, den Regionalorganisationen und anderen interessierten Parteien stammende Informationen über die Durchführung der in den Resolutionen 1970 (2011) und 1973 (2011) beschlossenen und in den Resolutionen 2009 (2011), 2040 (2012) und 2095 (2013) sowie in dieser Resolution geänderten Maßnahmen, insbesondere über Fälle der Nichtbefolgung, zu sammeln, zu prüfen und zu analysieren;

*c)* Empfehlungen zu Schritten abzugeben, die der Rat, der Ausschuss, die Regierung Libyens oder andere Staaten prüfen könnten, um die Durchführung der entsprechenden Maßnahmen zu verbessern;

*d)* dem Rat spätestens 180 Tage nach der Ernennung der Sachverständigengruppe einen Zwischenbericht über ihre Arbeit und, nach Erörterung mit dem Ausschuss, spätestens am 10. März 2015 einen Schlussbericht mit ihren Feststellungen und Empfehlungen vorzulegen;

14. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen, einschließlich der Mission, und andere interessierte Parteien *nachdrücklich auf*, mit dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Infor-

mationen über die Durchführung der in den Resolutionen 1970 (2011) und 1973 (2011) beschlossenen und in den Resolutionen 2009 (2011), 2040 (2012) und 2095 (2013) sowie in dieser Resolution geänderten Maßnahmen übermitteln, insbesondere über Fälle der Nichtbefolgung;

15. *ermutigt* die Sachverständigengruppe, ihre Untersuchungen in Bezug auf die Nichteinhaltung der Sanktionen, namentlich die unerlaubten Transfers von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial von und nach Libyen und die Vermögenswerte der Personen, die dem in den Resolutionen 1970 (2011) und 1973 (2011) verhängten und in den Resolutionen 2009 (2011), 2040 (2012) und 2095 (2013) sowie in dieser Resolution geänderten Einfrieren von Vermögenswerten unterliegen, fortzusetzen und zu beschleunigen, und ermutigt die Mission und die Regierung Libyens, die Sachverständigengruppe bei ihrer Untersuchungstätigkeit innerhalb Libyens zu unterstützen, gegebenenfalls auch durch die Weitergabe von Informationen, die Erleichterung der Durchreise und die Gewährung des Zugangs zu Waffenlagern;

16. *ermutigt* die Sachverständigengruppe *außerdem*, dem Ausschuss regelmäßig aktuelle Informationen vorzulegen, einschließlich Identifizierungsangaben samt dazugehörigen Unterlagen über Personen und Einrichtungen, die den mit Ziffer 15 der Resolution 1970 (2011) und/oder Ziffer 17 der Resolution 1970 (2011) oder Ziffer 19 der Resolution 1973 (2011) verhängten Maßnahmen unterliegen, gegebenenfalls unter Einschluss von Angaben über ihre Aktivitäten, Bewegungen und Aufenthaltsorte sowie etwaigen Angaben über die mögliche Inhaftierung oder den Tod von auf der Liste stehenden Personen;

#### **Berichterstattung und Überprüfung**

17. *bekundet seine Absicht*, das Mandat des Ausschusses zu überprüfen, falls die in den Resolutionen 1970 (2011) und 1973 (2011) verhängten und in den Resolutionen 2009 (2011), 2040 (2012) und 2095 (2013) sowie in dieser Resolution geänderten Maßnahmen durch einen künftigen Beschluss des Rates aufgehoben werden sollten;

18. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat alle 90 Tage über die Durchführung dieser Resolution, einschließlich aller Bestandteile des Mandats der Mission, Bericht zu erstatten;

19. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7136. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

#### **Beschluss**

Auf seiner 7142. Sitzung am 19. März 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Libyens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Libyen“ teilzunehmen.

#### **Resolution 2146 (2014) vom 19. März 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine Resolutionen 1970 (2011) vom 26. Februar 2011, 1973 (2011) vom 17. März 2011, 2009 (2011) vom 16. September 2011, 2016 (2011) vom 27. Oktober 2011, 2017 (2011) vom 31. Oktober 2011, 2022 (2011) vom 2. Dezember 2011, 2040 (2012) vom 12. März 2012, 2095 (2013) vom 14. März 2013 und 2144 (2014) vom 14. März 2014 sowie auf die Erklärung seines Präsidenten vom 16. Dezember 2013<sup>412</sup>,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Libyens,

*unter Hinweis* darauf, dass das Völkerrecht, wie im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982<sup>416</sup> niedergelegt, den rechtlichen Rahmen für Meerestätigkeiten vorgibt,

*unterstreichend*, dass die libyschen Behörden die Hauptverantwortung dafür tragen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die unerlaubte Ausfuhr von Rohöl aus Libyen zu verhindern, und bekräftigend, wie wichtig internationale Unterstützung für die Souveränität Libyens über sein Hoheitsgebiet und seine Ressourcen ist,

*Kenntnis nehmend* von dem Schreiben der Regierung Libyens vom 10. März 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats und mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass die unerlaubte Ausfuhr von Rohöl aus Libyen die Regierung untergräbt und eine Bedrohung für den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität Libyens darstellt,

*mit dem Ausdruck seiner Unterstützung* für die Anstrengungen der Regierung Libyens, die Unterbrechungen der Energieausfuhren Libyens auf friedliche Weise beizulegen, erneut erklärend, dass die Kontrolle über alle Einrichtungen wieder den zuständigen Behörden übertragen werden soll, in Unterstützung der Absicht der Regierung, Fragen der Grenzsicherheit anzugehen, einschließlich der Umsetzung des Aktionsplans von Tripolis, und feststellend, wie wichtig die Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes in Libyen ist, um das libysche Grenzmanagement zu stärken,

*feststellend*, dass die Situation in Libyen nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *verurteilt* Versuche, unerlaubt Rohöl aus Libyen auszuführen;
2. *fordert* die Regierung Libyens *auf*, auf der Grundlage von Informationen über solche Ausfuhren oder versuchte Ausfuhren zuerst rasch mit dem Flaggenstaat des betreffenden Schiffes Verbindung aufzunehmen, um die Angelegenheit zu regeln;
3. *ersucht* die Regierung Libyens, eine Kontaktstelle zu benennen und dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1970 (2011) zu notifizieren, die für die Kommunikation mit dem Ausschuss in Bezug auf die Maßnahmen in dieser Resolution verantwortlich ist, und ersucht die Kontaktstelle der Regierung, den Ausschuss über alle Schiffe zu unterrichten, die unerlaubt aus Libyen ausgeführtes Rohöl befördern, samt verfügbaren sachdienlichen Angaben, und ihn über alle im Einklang mit Ziffer 2 unternommenen Anstrengungen zu unterrichten;
4. *weist* den Ausschuss *an*, alle in Betracht kommenden Mitgliedstaaten sofort über derartige Mitteilungen der Kontaktstelle der Regierung Libyens zu unterrichten;
5. *ermächtigt* die Mitgliedstaaten, die nach Ziffer 11 von dem Ausschuss benannten Schiffe auf Hoher See zu überprüfen, und ermächtigt die Mitgliedstaaten, alle den spezifischen Umständen angemessenen Maßnahmen unter voller Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, soweit anwendbar, zu ergreifen, um solche Überprüfungen durchzuführen und das Schiff anzuweisen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das Rohöl mit Zustimmung der Regierung Libyens und in Abstimmung mit ihr nach Libyen zurückzuführen;
6. *ersucht* die Mitgliedstaaten, bevor sie die in Ziffer 5 genehmigten Maßnahmen ergreifen, sich zuerst um die Zustimmung des Flaggenstaats des betreffenden Schiffes zu bemühen;
7. *beschließt*, dass jeder Mitgliedstaat, der eine Überprüfung nach Ziffer 5 vornimmt, dem Ausschuss umgehend einen Bericht über die Überprüfung samt sachdienlichen Einzelheiten vorlegt, einschließlich über die Bemühungen um die Zustimmung des Flaggenstaats des Schiffes;

---

<sup>416</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1833, Nr. 31363. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1994 II S. 1798; öBGBI. Nr. 885/1995; AS 2009 3209.

8. *bekräftigt*, dass die mit Ziffer 5 erteilte Ermächtigung nur auf Überprüfungen Anwendung findet, die von Kriegsschiffen und von einem Staat gehörenden oder von ihm eingesetzten Schiffen durchgeführt werden, die im Staatsdienst ausschließlich für andere als Handelszwecke genutzt werden;

9. *bekräftigt außerdem*, dass die mit Ziffer 5 erteilte Ermächtigung nur auf Schiffe Anwendung findet, die nach Ziffer 11 dieser Resolution von dem Ausschuss benannt wurden, und die Rechte, Pflichten oder Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten nach dem Völkerrecht, einschließlich der Rechte oder Pflichten nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen<sup>416</sup>, einschließlich des allgemeinen Grundsatzes der ausschließlichen Hoheitsgewalt eines Flaggenstaats über seine Schiffe auf Hoher See, in Bezug auf andere Schiffe und alle anderen Situationen unberührt lässt, und unterstreicht insbesondere, dass diese Resolution nicht so anzusehen ist, als werde dadurch Völkergewohnheitsrecht geschaffen;

10. *beschließt*, über die im Einklang mit Ziffer 11 benannten Schiffe die folgenden Maßnahmen zu verhängen:

a) der Flaggenstaat eines nach Ziffer 11 von dem Ausschuss benannten Schiffes ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um das Schiff anzuweisen, derartiges Rohöl aus Libyen nicht zu laden, zu befördern oder zu entladen, wenn die Kontaktstelle der Regierung Libyens keine Anweisung dazu erteilt hat;

b) alle Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um den nach Ziffer 11 von dem Ausschuss benannten Schiffen das Einlaufen in ihre Häfen zu verweigern, sofern dieses Einlaufen nicht zum Zweck einer Überprüfung, in einem Notfall oder im Fall der Rückkehr nach Libyen erforderlich ist;

c) alle Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um die Bereitstellung von Bunkerdiensten, wie die Bereitstellung von Treibstoff oder Versorgungsgütern, oder anderen Wartungsdiensten für Schiffe durch ihre Staatsangehörigen oder von ihrem Hoheitsgebiet aus für nach Ziffer 11 von dem Ausschuss benannte Schiffe zu verbieten, es sei denn, die Bereitstellung dieser Dienste ist für humanitäre Zwecke erforderlich, oder im Fall der Rückkehr nach Libyen; in diesem Fall notifiziert der Mitgliedstaat den Ausschuss;

d) alle Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um ihre Staatsangehörigen und die in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Einrichtungen und Personen zu verpflichten, keine Finanztransaktionen in Bezug auf derartiges Rohöl aus Libyen an Bord von Schiffen, die nach Ziffer 11 von dem Ausschuss benannt wurden, vorzunehmen;

11. *beschließt außerdem*, dass der Ausschuss Schiffe für einige oder alle der in Ziffer 10 genannten Maßnahmen, von Fall zu Fall, für einen Zeitraum von neunzig Tagen benennen kann, der vom Ausschuss verlängert werden kann;

12. *beschließt ferner*, dass der Ausschuss jederzeit beschließen kann, die Benennung eines Schiffs aufzuheben, und Ausnahmen von einigen oder allen Maßnahmen in Ziffer 10 machen kann, wenn dies notwendig und angemessen ist;

13. *erinnert daran*, dass gemäß Ziffer 24 der Resolution 1973 (2011) eine Sachverständigengruppe eingesetzt wurde, die unter der Leitung des Ausschusses die in der genannten Ziffer vorgesehenen Aufgaben ausführt, beschließt, dass dieses Mandat in Bezug auf die in dieser Resolution verhängten Maßnahmen Anwendung findet, und weist die Sachverständigengruppe an, die Umsetzung der in dieser Resolution verhängten Maßnahmen zu überwachen;

14. *ersucht* den Generalsekretär, die Sachverständigengruppe unter gebührender Berücksichtigung ihres erweiterten Mandats auf sechs Mitglieder zu vergrößern und die erforderlichen finanziellen und sicherheitsbezogenen Vorkehrungen zur Unterstützung ihrer Arbeit zu treffen;

15. *beschließt*, dass die mit dieser Resolution erteilten Ermächtigungen und die darin verhängten Maßnahmen ein Jahr nach dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution auslaufen, sofern der Rat nicht beschließt, sie zu verlängern;

16. *beschließt außerdem*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7142. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7173. Sitzung am 13. Mai 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Libyens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Libyen“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Frau Fatou Bensouda, die Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7194. Sitzung am 9. Juni 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Libyens gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Libyen“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Tarek Mitri, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Libyen und Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7218. Sitzung am 17. Juli 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Libyens (Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Libyen“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Tarek Mitri, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Libyen und Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

---

## **DIE SITUATION IN MALI<sup>417</sup>**

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7043. Sitzung am 16. Oktober 2013 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Malis (Minister für Aussöhnung und Entwicklung des Nordens) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Mali

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Mali (S/2013/582)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Albert Koenders, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Mali und Leiter der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7095. Sitzung am 16. Januar 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Côte d'Ivoires und Malis gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Mali

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Mali (S/2014/1)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Albert Koenders, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Mali und Leiter der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der

---

<sup>417</sup> Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat erstmals im Jahr 2012 verabschiedet.

Vereinten Nationen in Mali, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7099. Sitzung am 23. Januar 2014 behandelte der Rat den Punkt „Die Situation in Mali“.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>418</sup>:

Der Sicherheitsrat bekräftigt sein nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit Malis.

Der Rat begrüßt die erfolgreiche Abhaltung friedlicher und transparenter Parlamentswahlen am 24. November und 15. Dezember 2013 in Mali und lobt das Volk und die Behörden Malis für die Art und Weise, in der diese Wahlen durchgeführt wurden. Der Rat würdigt die Anstrengungen der einheimischen und internationalen Beobachter sowie der bilateralen und internationalen Partner zur Unterstützung des Wahlprozesses. Der Rat dankt der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali für die sicherheitsbezogene und logistische Unterstützung, die sie während des Wahlprozesses bereitgestellt hat. Der Rat unterstreicht, dass neben der erfolgreichen Abhaltung der Präsidentschaftswahlen im Juli und August 2013 die Abhaltung der Parlamentswahlen einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung einer demokratischen Regierungsführung und zur vollständigen Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung in Mali darstellt.

Der Rat würdigt die ersten Bemühungen der Regierung Malis, eine Reihe nationaler Konsultationsveranstaltungen über die Lage im Norden Malis in die Wege zu leiten, um eine gute Regierungsführung, institutionelle Reformen sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern und die nationale Einheit und Sicherheit zu stärken. Der Rat ermutigt zu weiteren Schritten auf dem Weg zur Festigung der Stabilität, zur Förderung eines inklusiven nationalen Dialogs und einer alle einschließenden Aussöhnung und zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Der Rat unterstreicht, dass die tieferen Ursachen der wiederkehrenden Krisen, von denen Mali betroffen ist, darunter die Herausforderungen in den Bereichen Regierungsführung, Sicherheit und Entwicklung und im humanitären Bereich, angegangen und dabei Lehren aus früheren Friedensabkommen gezogen werden müssen.

Der Rat wiederholt seine Forderung nach einem alle Seiten einschließenden, glaubwürdigen Verhandlungsprozess, der allen Gemeinschaften des Nordens Malis offensteht und dessen Ziel es ist, eine dauerhafte politische Lösung der Krise und anhaltenden Frieden und langfristige Stabilität im ganzen Land unter Achtung der Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit des malischen Staates herbeizuführen. Der Rat unterstützt den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Mali uneingeschränkt darin, in enger Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft seine Guten Dienste einzusetzen, um im Rahmen eines umfassenden Abkommens zur Beendigung der Krise den Frieden und die Sicherheit im gesamten Hoheitsgebiet Malis wiederherzustellen.

Der Rat erinnert an seine Resolution 2100 (2013) und fordert in dieser Hinsicht alle Unterzeichner des Vorläufigen Abkommens von Ouagadougou vom 18. Juni 2013 und diejenigen bewaffneten Gruppen im Norden Malis, die alle Beziehungen zu terroristischen Organisationen abgebrochen und sich bedingungslos auf das Abkommen verpflichtet haben, auf, dessen Bestimmungen rasch und vollständig durchzuführen, einschließlich der Kantonierung der bewaffneten Gruppen, der Wiederherstellung der staatlichen Verwaltung im gesamten Land und der dringenden Aufnahme aller Seiten einschließender und glaubwürdiger Friedensgespräche.

Der Rat verlangt erneut, dass die bewaffneten Gruppen in Mali ihre Waffen niederlegen und die Anwendung von Gewalt ablehnen. Der Rat fordert alle in Betracht kommenden malischen Parteien auf, sich auf aktive Maßnahmen zu einigen, die die Kantonierung der bewaffneten Gruppen als einen unverzichtbaren Schritt auf dem Weg zu einem wirksamen Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozess im Rahmen einer umfassenden Friedensregelung fördern. Der Rat be-

---

<sup>418</sup> S/PRST/2014/2.

kundet der Mission erneut seine Unterstützung für die aktive unterstützende Rolle, die sie bei der Stärkung der genannten Prozesse wahrnimmt.

Der Rat unterstreicht die Notwendigkeit, die volle, gleichberechtigte und wirksame Mitwirkung und Vertretung von Frauen auf allen Ebenen und zu einem frühen Zeitpunkt der Stabilisierungsphase, einschließlich bei der Reform des Sicherheitssektors und den Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozessen, sowie im nationalen politischen Dialog und in den Wahlprozessen zu gewährleisten.

Der Rat bekundet seine Besorgnis über die fragile Sicherheitslage im Norden Malis, namentlich über die jüngsten Vorfälle, die gezeigt haben, dass Terroristen und andere bewaffnete Gruppen sich neu organisiert und eine gewisse Handlungsfähigkeit zurückgewonnen haben. Der Rat betont, dass die Regierung Malis die Hauptverantwortung für die Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit im gesamten Hoheitsgebiet des Landes trägt. Der Rat betont, wie wichtig es ist, ohne weitere Verzögerungen die volle operative Dislozierung der Mission herbeizuführen, um wichtige Bevölkerungszentren zu stabilisieren und die Zivilbevölkerung, insbesondere Frauen und Kinder, besonders im Norden Malis, zu schützen und die Wiederherstellung der staatlichen Autorität im gesamten Land sowie die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte weiter zu unterstützen. Der Rat fordert alle Mitgliedstaaten auf, den raschen Abschluss der Dislozierung der Mission zu unterstützen. Der Rat fordert alle Parteien in Mali nachdrücklich auf, bei der Dislozierung und den Aktivitäten der Mission uneingeschränkt zu kooperieren, insbesondere indem sie ihre Sicherheit gewährleisten.

Der Rat nimmt Kenntnis von den unter der Leitung der malischen Justizbehörden geführten Ermittlungen gegen Militärpersonal, darunter General Amadou Haya Sanogo, im Zusammenhang mit der 2012 verübten Gewalt. Der Rat betont, wie wichtig es ist, die malische zivile Kontrolle und Aufsicht über die malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte als ein Schlüsselement der Gesamtreform des Sicherheitssektors beizubehalten, und würdigt in dieser Hinsicht den Beitrag internationaler Geber, einschließlich der Europäischen Union über ihre Ausbildungsmission für Mali im Rahmen ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Der Rat erinnert daran, dass diejenigen, die für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und für Verletzungen und Missbräuche der Menschenrechte verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden müssen, und ermutigt die Regierung Malis in dieser Hinsicht, solche Handlungen zu untersuchen, die Täter rasch vor Gericht zu stellen und auch weiterhin mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten. Der Rat verurteilt mit Nachdruck die Fälle sexueller Gewalt im bewaffneten Konflikt, einschließlich gegenüber Kindern, in Mali, anerkennt die von der Regierung unternommenen Anstrengungen, gerichtlichen Untersuchungen von Fällen sexueller Gewalt im bewaffneten Konflikt Vorrang zu geben, und befürwortet Anstrengungen zur Beschleunigung der Rückkehr der Justizbehörden in den Norden.

Der Rat stellt fest, dass Tausende von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in ihre Herkunftsgebiete zurückgekehrt sind, lobt die Regierung Malis für ihre Bemühungen, die humanitären Herausforderungen anzugehen, und fordert die Regierung auf, Dauerlösungen für die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen herbeizuführen, auch durch die Schaffung förderlicher Bedingungen für ihre freiwillige und dauerhafte Rückkehr in Sicherheit und Würde. Der Rat ist nach wie vor ernsthaft besorgt über das Ausmaß der Nahrungsmittelkrise und fordert die internationale Gemeinschaft auf, den betroffenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere Frauen und Kindern, weiterhin mehr Hilfe bereitzustellen und die Finanzierungslücke im Zusammenhang mit dem Konsolidierten Hilfsappell für Mali zu schließen.

Der Rat begrüßt die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft und der Regierung Malis im Rahmen der auf der Konferenz ‚Gemeinsam für ein neues Mali‘ am 15. Mai 2013 in Brüssel abgegebenen gegenseitigen Zusagen. Der Rat fordert alle zuständigen Einrichtungen der Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft auf, die Anstrengungen der Regierung zur Durchführung ihrer Pläne für sozioökonomische Entwicklung verstärkt zu unterstützen, was auch die Unterstützung der Bereitstellung grundlegender Dienste für die Bevölkerung, insbesondere im Norden Malis, einschließt.

Der Rat fordert die internationale Gemeinschaft auf, das Volk und die Regierung Malis bei der Herbeiführung von dauerhaftem Frieden und anhaltender Stabilität und Aussöhnung in Mali und bei der Entwicklung des Landes weiter zu unterstützen.

Der Rat bekundet erneut seine anhaltende Besorgnis über die alarmierende Situation in der Sahel-Region und bekräftigt, dass er nach wie vor entschlossen ist, sich mit den komplexen sicherheitsbezogenen und politischen Herausforderungen in dieser Region zu befassen, die mit humanitären Fragen und Entwicklungsfragen verknüpft sind. Der Rat ersucht in dieser Hinsicht den Generalsekretär erneut, für baldige Fortschritte in Richtung auf die wirksame Umsetzung der Integrierten Strategie der Vereinten Nationen für den Sahel<sup>419</sup> zu sorgen.

Auf seiner 7158. Sitzung am 23. April 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Malis (Minister für auswärtige Angelegenheiten, afrikanische Integration und internationale Zusammenarbeit) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Mali

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Mali (S/2014/229)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Albert Koenders, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Mali und Leiter der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7179. Sitzung am 20. Mai 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Malis (Minister für auswärtige Angelegenheiten, afrikanische Integration und internationale Zusammenarbeit) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht per Videokonferenz an der Erörterung des Punktes „Die Situation in Mali“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Albert Koenders, den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Mali und Leiter der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf seiner 7202. Sitzung am 18. Juni 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Malis (Minister für auswärtige Angelegenheiten, afrikanische Integration und internationale Zusammenarbeit) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Mali

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Mali (S/2014/403)“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Hervé Ladsous, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7210. Sitzung am 25. Juni 2014 beschloss der Rat, den Vertreter Malis gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Die Situation in Mali

Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Mali (S/2014/403)“.

---

<sup>419</sup> S/2013/354, Anhang.



**Resolution 2164 (2014)**  
**vom 25. Juni 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 2085 (2012) vom 20. Dezember 2012 und 2100 (2013) vom 25. April 2013, die Erklärungen seines Präsidenten vom 12. Dezember 2013<sup>420</sup> und 23. Januar 2014<sup>418</sup> sowie seine Presseerklärungen vom 23. April, 20. Mai 2014 und 11. Juni 2014,

*in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses* zur Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit Malis,

*in Bekräftigung* der Grundprinzipien der Friedenssicherung, darunter die Zustimmung der Parteien, die Unparteilichkeit und die Nichtanwendung von Gewalt außer zur Selbstverteidigung und zur Verteidigung des Mandats, und anerkennend, dass das Mandat jeder Friedenssicherungsmission auf die Bedürfnisse und die Situation des jeweiligen Landes zugeschnitten ist,

*unterstreichend*, dass die tieferen Ursachen der wiederkehrenden Krisen, von denen Mali betroffen ist, darunter die Herausforderungen in den Bereichen Regierungsführung, Sicherheit und Entwicklung und im humanitären Bereich, angegangen und dabei Lehren aus früheren Friedensabkommen gezogen werden müssen und dass eine tragfähige Lösung der Krise in Mali unter malischer Eigenverantwortung stehen und alle Aspekte des politischen Prozesses, insbesondere den nationalen Dialog und die nationale Aussöhnung, einschließen soll,

*unter Begrüßung* der erfolgreichen Abhaltung friedlicher und transparenter Präsidentschaftswahlen am 28. Juli und 11. August 2013 sowie der Parlamentswahlen am 24. November und 15. Dezember 2013 in Mali, die einen bedeutenden Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung einer demokratischen Regierungsführung und zur vollständigen Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung in Mali darstellen, und in Würdigung des Volkes und der Behörden Malis für die Art und Weise, in der die Wahlen durchgeführt wurden,

*sowie unter Begrüßung* der Unterzeichnung des Vorläufigen Abkommens von Ouagadougou am 18. Juni 2013, das unter anderem die Souveränität, territoriale Unversehrtheit, nationale Einheit und den säkularen Charakter des malischen Staates bekräftigt, eine sofortige Waffenruhe und die Einleitung des Kantonierungsprozesses vorsieht und einen Rahmen für inklusive Friedensgespräche mit allen Bevölkerungsgruppen im Norden Malis schafft, jedoch mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass die Parteien des Abkommens die vereinbarte Frist für die Einleitung dieser Gespräche nicht eingehalten haben,

*in Würdigung* der Anstrengungen zur Beilegung der Krise in Mali, die von allen regionalen und internationalen Akteuren unternommen wurden, namentlich denjenigen, die die Gespräche mit den bewaffneten Gruppen, die das Vorläufige Abkommen von Ouagadougou unterzeichnet haben und ihm beigetreten sind, erleichterten, in dieser Hinsicht unter Begrüßung der Anstrengungen Algeriens, zur Einleitung eines glaubwürdigen und alle Seiten einschließenden Verhandlungsprozesses beizutragen, sowie der Anstrengungen Burkina Fasos als Vermittler der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und alle diese Akteure nachdrücklich auffordernd, sich in engem Benehmen mit dem Sonderbeauftragten für Mali und der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali weiter abzustimmen, um die politischen und Sicherheitsfortschritte in Mali zu konsolidieren,

*unter Begrüßung* der Ernennung eines Hohen Beauftragten für den inklusiven innermalischen Dialog durch den Präsidenten Malis am 23. April 2014 und seiner ersten Bemühungen, mit den nationalen und internationalen Akteuren Konsultationen über den Friedensprozess zu führen,

*unter nachdrücklicher Verurteilung* der gewaltsamen Zusammenstöße, die sich am 17. und 18. Mai 2014 in Kidal im Zusammenhang mit dem Besuch des Premierministers von Mali ereigneten und bei denen Angehörige der malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte sowie acht Zivilpersonen, darunter sechs Regierungsbeamte, ums Leben kamen, der nicht hinnehmbaren Einnahme von Verwaltungsgebäuden, ein-

---

<sup>420</sup> S/PRST/2013/20.

schließlich desjenigen des Gouvernements von Kidal, durch die bewaffneten Gruppen, namentlich die Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad, der anschließenden Einnahme von Städten im Norden Malis und der gemeldeten illegalen Schaffung paralleler Verwaltungsstrukturen in diesen Städten sowie der Inbesitznahme von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial der malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte, die einen Verstoß gegen die in dem Abkommen vereinbarten Waffenruheregelungen darstellen, sowie der Angriffe auf Personal der Mission durch die bewaffneten Gruppen, mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis über die Ereignisse in Kidal und an anderen Orten im Norden Malis am 21. Mai 2014, die zu weiteren Opfern und veränderten Sicherheitsbedingungen im Norden Malis führten, und alle Parteien erneut auffordernd, Zurückhaltung zu üben und weitere Gewalttaten, die Zivilpersonen bedrohen könnten, zu unterlassen,

*begrüßend*, dass am 23. Mai 2014 eine Waffenruhevereinbarung unterzeichnet wurde, die unter Vermittlung des Vorsitzenden der Afrikanischen Union und Präsidenten Mauretaniens, Herrn Mohammed Ould Abdel Aziz, und des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Mali zustande kam, und unter Begrüßung des am 30. Mai 2014 in Accra abgehaltenen Gipfeltreffens der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, Kenntnis nehmend von seiner Unterstützung der Waffenruhevereinbarung, seiner Forderung nach einer politischen Lösung durch die Einleitung inklusiver Friedensgespräche und seiner Forderung nach dem sofortigen Abzug der bewaffneten Gruppen aus den öffentlichen Gebäuden und den besetzten Gebieten und ihres Rückzugs auf die vor dem 17. Mai bestehenden Positionen und ferner begrüßend, dass am 13. Juni 2014 das Abkommen über die Modalitäten für die Durchführung der Waffenruhe unterzeichnet wurde,

*nach wie vor besorgt* über die fragile Sicherheitslage im Norden Malis und die anhaltenden Aktivitäten terroristischer Organisationen in der Sahel-Region, namentlich von Al-Qaida im islamischen Maghreb, Ansar Eddine, der Bewegung für die Einheit und den Dschihad in Westafrika und von Al-Murabitun, die den Frieden und die Sicherheit in der Region und darüber hinaus bedrohen, und in Bekräftigung seiner nachdrücklichen Verurteilung der von terroristischen Gruppen im Norden Malis und in der Region begangenen Menschenrechtsverletzungen und Gewalthandlungen gegen Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder,

*betonend*, dass der Terrorismus nur durch einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz besiegt werden kann, bei dem alle Staaten und die regionalen und internationalen Organisationen sich aktiv beteiligen und zusammenarbeiten, um die terroristische Bedrohung einzudämmen, zu schwächen und zu isolieren, und erneut erklärend, dass der Terrorismus nicht mit einer bestimmten Religion, Nationalität oder Zivilisation in Verbindung gebracht werden kann und soll,

*unter Hinweis* auf die Aufnahme der Bewegung für die Einheit und den Dschihad in Westafrika, der Organisation Al-Qaida im islamischen Maghreb, Ansar Eddines und ihres Anführers Iyad Ag Ghali sowie Al-Murabituns in die von dem Ausschuss nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) aufgestellte Al-Qaida-Sanktionsliste und erneut seine Bereitschaft bekundend, im Rahmen des genannten Regimes Sanktionen gegen weitere Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen zu verhängen, die nicht alle Beziehungen zu Al-Qaida und den mit ihr verbundenen Gruppen, einschließlich Al-Qaidas im islamischen Maghreb, der Bewegung für die Einheit und den Dschihad in Westafrika, Ansar Eddines und Al-Murabituns, abbrechen, im Einklang mit den festgelegten Kriterien für die Aufnahme in die Liste,

die Maßnahmen *begrüßend*, die die französischen Truppen auf Ersuchen der malischen Behörden weiter zur Abschreckung der terroristischen Bedrohung im Norden Malis durchführen,

*mit zunehmender Besorgnis Kenntnis nehmend* von der grenzüberschreitenden Dimension der terroristischen Bedrohung in der Sahel-Region und unterstreichend, dass zur Bekämpfung dieser Bedrohung ein kohärentes regionales Vorgehen erforderlich ist,

*nach wie vor besorgt* über die von der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in der Sahel-Region ausgehenden ersten Bedrohungen und über ihre in einigen Fällen zunehmenden Verbindungen zum Terrorismus, unter nachdrücklicher Verurteilung der Fälle von Entführungen und Geiselnahmen, die mit dem Ziel begangen werden, Mittel zu beschaffen oder politische Zugeständnisse zu erwirken, von neuem seine Entschlossenheit bekundend, Entführungen und Geiselnahmen in der Sahel-Region im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht zu verhindern, unter Hinweis auf seine Resolution 2133 (2014) vom

27. Januar 2014, namentlich die Aufforderung an alle Mitgliedstaaten, zu verhindern, dass Terroristen unmittelbar oder mittelbar von Lösegeldzahlungen oder politischen Zugeständnissen profitieren, und die sichere Freilassung von Geiseln zu erwirken, und in dieser Hinsicht unter Hinweis auf das von dem Globalen Forum Terrorismusbekämpfung veröffentlichte Memorandum von Algier über bewährte Verfahrensweisen zur Verhütung von Entführungen zur Erpressung von Lösegeld durch Terroristen und zur Beseitigung der damit verbundenen Vorteile,

*nach wie vor ernsthaft besorgt* über die anhaltende gravierende Nahrungsmittel- und humanitäre Krise in der Sahel-Region und über die Unsicherheit, die den Zugang für die humanitäre Hilfe behindert und die durch die Anwesenheit bewaffneter Gruppen, terroristischer und krimineller Netzwerke und deren Aktivitäten, das Vorhandensein von Landminen sowie die fortgesetzte Verbreitung von Waffen aus der Region selbst und von außerhalb, die den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität der Staaten in dieser Region bedroht, noch verschlimmert wird,

*betonend*, dass alle Parteien die humanitären Grundsätze der Menschlichkeit, der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit wahren und achten müssen, um die fortgesetzte Bereitstellung humanitärer Hilfe, die Sicherheit der Zivilpersonen, die Hilfe erhalten, und die Sicherheit des in Mali tätigen humanitären Personals zu gewährleisten, und hervorhebend, wie wichtig es ist, dass die humanitäre Hilfe auf der Grundlage der Bedürfnisse bereitgestellt wird,

*unter nachdrücklicher Verurteilung* aller Menschenrechtsmissbräuche und -verletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, namentlich der außergerichtlichen Hinrichtungen, der willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen, der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt sowie der Tötungen und Verstümmelungen, der Einziehung und des Einsatzes von Kindern sowie der Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser, und mit der Aufforderung an alle Parteien, diesen Verletzungen und Missbräuchen ein Ende zu setzen und ihren Verpflichtungen nach dem anwendbaren Völkerrecht nachzukommen,

in dieser Hinsicht *erneut erklärend*, dass alle diejenigen, die solche Handlungen begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen und dass einige der im vorstehenden Absatz genannten Handlungen möglicherweise Verbrechen nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs<sup>421</sup> darstellen, davon Kenntnis nehmend, dass die Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs am 16. Januar 2013 aufgrund der Unterbreitung durch die Übergangsbehörden Malis vom 13. Juli 2012 Ermittlungen wegen der seit Januar 2012 im Hoheitsgebiet Malis angeblich begangenen Verbrechen aufgenommen hat, und erneut darauf hinweisend, wie wichtig die Unterstützung des Gerichtshofs und die Zusammenarbeit mit ihm durch alle betroffenen Parteien ist,

*hervorhebend*, dass die malischen Behörden die Hauptverantwortung für die Gewährleistung der Stabilität und der Sicherheit im gesamten Hoheitsgebiet Malis haben, betonend, wie wichtig es ist, dass die malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte ziviler malischer Kontrolle und Aufsicht unterstehen, erneut erklärend, dass die Ausbildung, Konsolidierung und Neudislozierung der malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte unerlässlich ist, um die langfristige Sicherheit und Stabilität Malis zu gewährleisten und das Volk Malis zu schützen, und betonend, wie wichtig es ist, dass die malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte die volle Verantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit im gesamten malischen Hoheitsgebiet übernehmen,

*in der Erkenntnis*, dass sich die Bedrohung der Zivilbevölkerung im Norden Malis über die wichtigsten Bevölkerungszentren hinaus auch auf ländliche Gebiete erstreckt,

*in Bekräftigung seiner nachdrücklichen Unterstützung* für den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und für die Mission und mit dem Ausdruck seiner Besorgnis über den langsamen Verlauf der Dislozierung der Mission,

---

<sup>421</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 2187, Nr. 38544. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2000 II S. 1394; LGBI. 2002 Nr. 90; öBGBI. III Nr. 180/2002; AS 2002 3743.

*in Würdigung* der Rolle der Afrikanischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und der Nachbarländer und ihres Beitrags zur Stabilisierung Malis, namentlich ihres Beitrags zu den Bemühungen der Mission um eine politische Regelung,

*sowie in Würdigung* der Rolle der Ausbildungsmission der Europäischen Union in Mali, die die mali-schen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte ausbildet und berät, um zur Stärkung der Zivilgewalt und der Achtung der Menschenrechte beizutragen, und den Beschluss der Europäischen Union begrüßend, die Mission der Europäischen Union für Kapazitätsaufbau im Sahel Mali einzurichten, um die Polizei, die Gendarmerie und die Nationalgarde in Mali strategisch zu beraten und auszubilden,

der internationalen Gemeinschaft *nahelegend*, durch abgestimmte Maßnahmen zur Deckung des So-fort- und Langzeitbedarfs in den Bereichen Sicherheit, Reform der Regierungsführung, Entwicklung und humanitäre Fragen breite Unterstützung für die Lösung der Krise in Mali zu leisten, die Beiträge würdi-gend, die bereits zu dem Konsolidierten Hilfsappell für Mali 2014 geleistet worden sind, und alle Mitglied-staaten und sonstigen Geber nachdrücklich auffordernd, großzügige Beiträge für humanitäre Einsätze zu leisten,

*feststellend*, dass die Situation in Mali eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Si-cherheit darstellt,

*tätig werdend* nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

#### **Rahmen für anhaltenden Frieden und langfristige Stabilität in Mali**

1. *fordert* die malischen Behörden und die bewaffneten Gruppen, die das Vorläufige Abkommen von Ouagadougou unterzeichnet haben und ihm beigetreten sind, *nachdrücklich auf*, ihre Verpflichtungen nach dem Abkommen zu erfüllen, fordert die Parteien in Mali in dieser Hinsicht ferner nachdrücklich auf, in gutem Glauben und unverzüglich in einen glaubwürdigen und alle Seiten einschließenden Verhandlungs-prozess einzutreten, unter Achtung der Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit Malis, und unterstreicht, dass dieses Abkommen eine solide Grundlage für anhaltenden Frieden und langfristige Stabi-lität in Mali bildet;

2. *fordert* die Unterzeichner der Waffenruhevereinbarung vom 23. Mai 2014 *nachdrücklich auf*, diese vollständig einzuhalten, ihre Bestimmungen sofort durchzuführen, einschließlich der Freilassung der Gefangenen und der Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission, und Schritte zur Unter-stützung der nationalen Aussöhnung zu unternehmen, und ersucht den Generalsekretär, in Abstimmung mit den Parteien die rasche Einsetzung der Kommission zu erleichtern;

3. *fordert* insbesondere die malischen Behörden *nachdrücklich auf*, unverzüglich einen alle Seiten einschließenden und glaubwürdigen Verhandlungsprozess mit den bewaffneten Gruppen, die das Vorläufige Abkommen von Ouagadougou unterzeichnet haben und ihm beigetreten sind, sowie den bewaffneten Gruppen im Norden Malis, die alle Beziehungen zu terroristischen Organisationen abgebrochen und sich bedingungslos auf das Abkommen verpflichtet haben, einzuleiten;

4. *verlangt erneut*, dass alle bewaffneten Gruppen in Mali ihre Waffen niederlegen, die Feindselig-keiten sofort einstellen und die Anwendung von Gewalt ablehnen, und fordert alle Gruppen, die alle Bezie-hungen zu terroristischen Organisationen abgebrochen haben und die Einheit und territoriale Unversehrt-heit des malischen Staates bedingungslos anerkennen, nachdrücklich auf, sich an einem inklusiven Dialog zu beteiligen, der allen Bevölkerungsgruppen im Norden Malis offensteht;

5. *fordert* alle bewaffneten Gruppen in Mali *nachdrücklich auf*, den von der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali unterstützten und überwachten Kanto-nierungsprozess als einen unerlässlichen und praktischen Schritt auf dem Weg zu einem wirksamen Ent-waffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozess im Rahmen einer umfassenden Friedens-regelung wiederaufzunehmen;

6. *bekundet seine nachdrückliche Unterstützung* für die Schlüsselrolle des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Mali bei den Friedensgesprächen und ersucht den Sonderbeauftragten, seine Guten Dienste und sein aktives Engagement fortzusetzen, namentlich indem er sich mit den Behörden Malis ab-

stimmt und sie dabei unterstützt, einen inklusiven Prozess einzuleiten, der allen Bevölkerungsgruppen im Norden Malis offensteht, im Einklang mit Ziffer 13 b) i) und ii);

7. *fordert* die an diesem Verhandlungsprozess beteiligten Parteien *nachdrücklich auf*, sich mit dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Mali abzustimmen, mit dem Ziel, eine dauerhafte politische Lösung der Krise und anhaltenden Frieden und langfristige Stabilität im ganzen Land unter Achtung der Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit des malischen Staates herbeizuführen;

8. *fordert* die malischen Behörden *nachdrücklich auf*, die Straflosigkeit weiter zu bekämpfen und in dieser Hinsicht dafür zu sorgen, dass alle diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen haben, zur Rechenschaft gezogen werden, und im Einklang mit den Verpflichtungen Malis nach dem Römischen Statut des Strafgerichtshofs<sup>421</sup> weiterhin mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten;

9. *begrüßt* die Einsetzung der Kommission für Wahrheit, Gerechtigkeit und Aussöhnung am 20. März 2014 und fordert die malischen Behörden auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Neutralität, Unparteilichkeit, Transparenz und Unabhängigkeit der Kommission zu gewährleisten und sie in die Lage zu versetzen, baldmöglichst ihre Arbeit zum Wohle aller Malier aufzunehmen;

10. *hebt hervor*, wie wichtig eine fortgesetzte Koordinierung zwischen der Afrikanischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, der Europäischen Union, den Nachbarländern Malis und anderen wichtigen Akteuren bei der Förderung dauerhaften Friedens und dauerhafter Sicherheit, Stabilität und Aussöhnung in Mali ist, und fordert diese Akteure auf, ihre diesbezüglichen Bemühungen mit dem Sonderbeauftragten und der Mission abzustimmen;

#### **Mandat der Mission**

11. *beschließt*, das Mandat der Mission im Rahmen der genehmigten Truppenstärke von 11.200 Soldaten, einschließlich Reservebataillone, die schnell innerhalb des Landes verlegt werden können, und 1.440 Polizisten bis zum 30. Juni 2015 zu verlängern;

12. *ermächtigt* die Mission, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um ihr Mandat im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in ihren Einsatzgebieten durchzuführen;

13. *beschließt*, dass sich das Mandat der Mission auf die folgenden vorrangigen Aufgaben konzentriert:

##### *a) Sicherheit, Stabilisierung und Schutz von Zivilpersonen*

i) zur Unterstützung der malischen Behörden die wichtigsten Bevölkerungszentren zu stabilisieren, insbesondere im Norden Malis, und in diesem Zusammenhang von Bedrohungen abzuschrecken und aktive Schritte zu unternehmen, um die Rückkehr bewaffneter Elemente in diese Gebiete zu verhindern;

ii) unbeschadet der Verantwortung der malischen Behörden Zivilpersonen vor unmittelbar drohender körperlicher Gewalt zu schützen;

iii) Frauen und Kindern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, spezifischen Schutz zu gewähren, einschließlich durch die Entsendung von Kinderschutz- und Frauenschutzberatern, und den Bedürfnissen der Opfer sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in bewaffneten Konflikten Rechnung zu tragen;

iv) ihre Präsenz im Norden Malis über die wichtigsten Bevölkerungszentren hinaus auszuweiten, namentlich durch Patrouillen zur Fernaufklärung und im Rahmen ihrer Möglichkeiten, insbesondere in Gebieten, in denen Zivilpersonen gefährdet sind;

v) die Durchführung der Waffenruhe und vertrauensbildender Maßnahmen vor Ort zu unterstützen, im Einklang mit den Bestimmungen des Vorläufigen Abkommens von Ouagadougou;

vi) im Rahmen ihrer Mittel und innerhalb ihrer Einsatzgebiete sowie im Rahmen des Vorläufigen Abkommens von Ouagadougou ihre operative Koordinierung mit den malischen Verteidigungs- und

Sicherheitskräften zu verstärken, vorbehaltlich einer Risikobewertung und unter strenger Einhaltung der Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte<sup>422</sup>;

*b) Unterstützung des nationalen politischen Dialogs und der nationalen Aussöhnung*

i) sich mit den malischen Behörden abzustimmen und sie dabei zu unterstützen, einen alle Seiten einschließenden und glaubwürdigen Verhandlungsprozess einzuleiten, der allen Bevölkerungsgruppen im Norden Malis offensteht, im Einklang mit den Ziffern 6 und 7;

ii) durch Gute Dienste, Vertrauensbildung und Moderation auf nationaler und lokaler Ebene Konflikte vorherzusehen, zu verhüten, abzumildern und zu lösen, unter anderem durch die Stärkung der Verhandlungskapazität und die Förderung der Mitwirkung der Zivilgesellschaft, einschließlich Frauenorganisationen;

iii) die Kantonierung der bewaffneten Gruppen als wesentlichen Schritt hin zu einem wirksamen Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung im Rahmen einer umfassenden Friedensregelung zu unterstützen;

iv) den malischen Behörden dabei behilflich zu sein, Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten und zur Auflösung von Milizen und Selbstverteidigungsgruppen auszuarbeiten und durchzuführen, und die diesbezüglichen internationalen Maßnahmen zu koordinieren, im Einklang mit den Bestimmungen des Vorläufigen Abkommens von Ouagadougou und unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse demobilisierter Kinder;

v) im Rahmen ihrer Mittel und innerhalb ihrer Einsatzgebiete die Abhaltung inklusiver, freier, fairer und transparenter Kommunalwahlen zu unterstützen, namentlich durch die Bereitstellung der entsprechenden logistischen und technischen Hilfe und wirksame Sicherheitsregelungen, im Rahmen eines inklusiven Dezentralisierungsprozesses unter der Führungs- und Eigenverantwortung der malischen Behörden;

vi) soweit möglich und angebracht die malischen Behörden unbeschadet ihrer Verantwortlichkeiten dabei zu unterstützen, die für schwere Menschenrechtsmissbräuche oder -verletzungen oder Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, insbesondere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Mali, verantwortlichen Personen vor Gericht zu stellen, unter Berücksichtigung dessen, dass die Übergangsbehörden Malis die seit Januar 2012 in ihrem Land herrschende Situation dem Internationalen Strafgerichtshof unterbreitet haben;

vii) die Tätigkeit der in dem Vorläufigen Abkommen von Ouagadougou und der Waffenruhevereinbarung vom 23. Mai 2014 vorgesehenen internationalen Untersuchungskommission zu unterstützen;

*c) Unterstützung der Wiederherstellung der staatlichen Autorität im gesamten Land, des Wiederaufbaus des malischen Sicherheitssektors, der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte und der humanitären Hilfe*

i) die malischen Behörden bei der Ausweitung und Wiederherstellung der staatlichen Verwaltung im gesamten Land, insbesondere im Norden Malis, zu unterstützen, im Einklang mit dem Vorläufigen Abkommen von Ouagadougou und der Waffenruhevereinbarung vom 23. Mai 2014;

ii) die nationalen Maßnahmen zum Wiederaufbau des malischen Sicherheitssektors, insbesondere der Polizei und Gendarmerie durch technische Hilfe, Kapazitätsaufbau, gemeinsame Standorte und Mentorenprogramme, sowie der Sektoren Rechtsstaatlichkeit und Justiz zu unterstützen und die diesbezüglichen internationalen Maßnahmen zu koordinieren, im Rahmen ihrer Kapazitäten und in enger Zusammenarbeit mit den anderen auf diesen Gebieten tätigen bilateralen Partnern, Gebern und internationalen Organisationen, einschließlich der Europäischen Union, namentlich durch die Verstärkung des Informationsaustauschs und der gemeinsamen strategischen Planung zwischen allen Akteuren;

---

<sup>422</sup> S/2013/110, Anlage.

- iii) den malischen Behörden in Form von Ausbildung und sonstiger Unterstützung bei der Beseitigung und Zerstörung von Minen und anderen Sprengkörpern sowie der Verwaltung der Bestände an Waffen und Munition behilflich zu sein;
- iv) den malischen Behörden bei ihren Anstrengungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte behilflich zu sein;
- v) in ganz Mali begangene Menschenrechtsmissbräuche oder -verletzungen oder Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zu beobachten, untersuchen zu helfen und dem Sicherheitsrat sowie gegebenenfalls der Öffentlichkeit zu melden und zu den Bemühungen, solche Rechtsverletzungen und Missbräuche zu verhüten, beizutragen;
- vi) spezifisch Rechtsverletzungen und Missbräuche an Kindern sowie Rechtsverletzungen an Frauen, einschließlich aller Formen sexueller Gewalt im bewaffneten Konflikt, zu beobachten, untersuchen zu helfen und dem Rat zu melden;
- vii) zur Unterstützung der malischen Behörden dazu beizutragen, ein sicheres Umfeld für die sichere, unter ziviler Führung und im Einklang mit humanitären Grundsätzen erfolgende Erbringung humanitärer Hilfe und für die freiwillige Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge in Sicherheit und Würde oder ihre Integration vor Ort oder Neuansiedlung in enger Abstimmung mit den humanitären Akteuren zu schaffen;
- viii) zur Unterstützung der malischen Behörden zur Schaffung eines sicheren Umfelds für Projekte beizutragen, die auf die Stabilisierung des Nordens Malis zielen, namentlich Projekte mit rascher Wirkung;

14. *beschließt außerdem*, dass das Mandat der Mission die folgenden zusätzlichen Aufgaben umfasst:

*a) Schutz des Personals der Vereinten Nationen*

das Personal, die Einrichtungen und die Ausrüstung der Vereinten Nationen zu schützen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten;

*b) Unterstützung für die Erhaltung des Kulturguts*

den malischen Behörden nach Bedarf und soweit durchführbar dabei behilflich zu sein, die kulturellen und historischen Stätten in Mali in Zusammenarbeit mit der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur vor Angriffen zu schützen;

15. *ersucht* die Mission, im Rahmen ihres gesamten Mandats geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten als Querschnittsthema umfassend Rechnung zu tragen und den malischen Behörden dabei behilflich zu sein, die volle und wirksame Mitwirkung, Einbindung und Vertretung von Frauen auf allen Ebenen und zu einem frühen Zeitpunkt der Stabilisierungsphase, einschließlich bei der Reform des Sicherheitssektors und den Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozessen, sowie im nationalen politischen Dialog, bei der nationalen Aussöhnung und in den Wahlprozessen zu gewährleisten;

16. *ersucht* die Mission *außerdem*, bei der Wahrnehmung ihres in den Ziffern 13 und 14 festgelegten Mandats voll der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, Zivilpersonen zu schützen und Gefahren für Zivilpersonen, darunter insbesondere Frauen, Kinder und Vertriebene, und zivile Objekte zu mindern, wenn sie dieses Mandat gemeinsam mit den malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräften wahrnimmt, streng im Einklang mit den Richtlinien für menschenrechtliche Sorgfaltspflicht bei der Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht zu den Vereinten Nationen gehörende Sicherheitskräfte);

17. *ersucht* den Generalsekretär, sicherzustellen, dass die Mission die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch uneingeschränkt beachtet, und den Rat über Fälle solchen Fehlverhaltens voll unterrichtet zu halten;

18. *ersucht* die Mission, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in ihren Einsatzgebieten und unbeschadet ihres Mandats dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989

(2011) und dem mit Resolution 1526 (2004) vom 30. Januar 2004 eingesetzten Team für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung behilflich zu sein, unter anderem indem sie Informationen weiterleitet, die für die Durchführung der in Ziffer 1 der Resolution 2161 (2014) vom 17. Juni 2014 vorgesehenen Maßnahmen von Belang sind;

19. *ersucht* den Generalsekretär, die Umweltauswirkungen der von der Mission bei der Erfüllung ihrer mandatsmäßigen Aufgaben durchgeführten Einsätze zu berücksichtigen, und legt der Mission in diesem Zusammenhang nahe, diese Auswirkungen im Einklang mit den anwendbaren und einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und Vorschriften und Regeln der Vereinten Nationen entsprechend unter Kontrolle zu halten und in der Nähe kultureller und historischer Stätten achtsam vorzugehen;

20. *legt* der Mission *nahe*, ihre Kontakte zur Zivilbevölkerung weiter zu verstärken, um ihr Mandat und ihre Tätigkeiten besser bekannt zu machen und das Verständnis dafür zu erhöhen;

#### **Dislozierung der Mission**

21. *ersucht* den Generalsekretär, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Mission in die Lage zu versetzen, im Rahmen einer neuen Truppenkonfiguration so bald wie möglich ihre volle Einsatzfähigkeit zu erreichen, fordert die Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht auf, Truppen und Polizei mit ausreichenden Kapazitäten und Ausrüstungen, einschließlich Unterstützungskräften, bereitzustellen, damit die Mission ihr Mandat erfüllen kann, und würdigt die truppen- und polizeistellenden Länder für ihr diesbezügliches Engagement;

22. *fordert* alle Parteien in Mali *nachdrücklich auf*, bei der Dislozierung und den Aktivitäten der Mission uneingeschränkt zu kooperieren, insbesondere indem sie ihre Sicherheit und Bewegungsfreiheit mit ungehindertem und sofortigem Zugang im gesamten Hoheitsgebiet Malis gewährleisten, damit die Mission ihr Mandat vollständig durchführen kann, und hebt in dieser Hinsicht hervor, wie wichtig es ist, die neue Truppenkonfiguration der Mission zu erleichtern, damit die Mission gemäß dem Mandat in Ziffer 13 a) iv) ihre Tätigkeit im Norden Malis in einem komplexen Sicherheitsumfeld, das asymmetrische Bedrohungen umfasst, ausweiten kann;

23. *fordert* die Mitgliedstaaten, insbesondere diejenigen in der Region, *auf*, sicherzustellen, dass das gesamte Personal sowie die Ausrüstung, die Verpflegung, die Versorgungs- und sonstigen Güter, einschließlich Fahrzeugen und Ersatzteilen, die für den ausschließlichen und offiziellen Gebrauch der Mission bestimmt sind, frei, ungehindert und rasch nach und aus Mali verbracht werden können;

24. *ersucht* den Generalsekretär, in Abstimmung mit den Gebern die Auszahlung der Mittel aus dem gemäß seiner Resolution 2085 (2012) eingerichteten Treuhandfonds der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission in Mali unter afrikanischer Führung zu beschleunigen, namentlich um die neue Truppenkonfiguration der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali zu ermöglichen;

#### **Zusammenarbeit zwischen den Missionen in Westafrika**

25. *ermächtigt* den Generalsekretär, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Zusammenarbeit zwischen den Missionen, insbesondere zwischen der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali, der Mission der Vereinten Nationen in Liberia und der Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, und die entsprechende Verlegung von Truppen und deren Material von anderen Missionen der Vereinten Nationen zur Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali sicherzustellen, unter der Bedingung, dass i) der Rat unterrichtet wird und seine Genehmigung erteilt, namentlich in Bezug auf den Umfang und die Dauer der Verlegung, ii) die truppenstellenden Länder ihre Zustimmung erteilen und iii) die Sicherheitslage am Einsatzort dieser Missionen der Vereinten Nationen es erlaubt und die Erfüllung ihres jeweiligen Mandats nicht beeinträchtigt wird, und befürwortet in dieser Hinsicht weitere Schritte, um die Zusammenarbeit zwischen den Missionen in der westafrikanischen Region zu verstärken, soweit notwendig und durchführbar, und darüber gegebenenfalls einen Bericht zur Prüfung vorzulegen;



### **Mandat der französischen Truppen**

26. *ermächtigt* die französischen Truppen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in ihren Einsatzgebieten und unter Einsatz aller erforderlichen Mittel bis zum Ablauf des in dieser Resolution genehmigten Mandats der Mission unterstützend einzugreifen, wenn Elemente der Mission unmittelbar und ernsthaft bedroht sind und der Generalsekretär um eine solche Unterstützung ersucht, ersucht Frankreich, dem Rat über die Durchführung dieses Mandats in Mali Bericht zu erstatten und seine Berichterstattung mit der in Ziffer 33 genannten Berichterstattung des Generalsekretärs abzustimmen;

### **Beitrag der Europäischen Union**

27. *fordert* die Europäische Union, insbesondere ihren Sonderbeauftragten für den Sahel und ihre Ausbildungsmission in Mali und die Mission für Kapazitätsaufbau in Sahel Mali, *auf*, sich eng mit der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali und den anderen bilateralen Partnern Malis, die den malischen Behörden bei der Reform des Sicherheitssektors behilflich sind, abzustimmen;

### **Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsnormen**

28. *fordert* alle Parteien *nachdrücklich auf*, den nach dem humanitären Völkerrecht bestehenden Verpflichtungen zur Achtung und zum Schutz des humanitären Personals und der humanitären Einrichtungen und Hilfssendungen nachzukommen und alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um den humanitären Akteuren den vollen, sicheren, sofortigen und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfslieferungen an alle Bedürftigen zu gestatten und zu erleichtern, unter Achtung der Leitlinien der Vereinten Nationen für die humanitäre Hilfe und des anwendbaren Völkerrechts;

29. *erklärt erneut*, dass die malischen Behörden die Hauptverantwortung für den Schutz von Zivilpersonen in Mali tragen, verweist ferner auf seine Resolutionen 1265 (1999) vom 17. September 1999, 1296 (2000) vom 19. April 2000, 1674 (2006) vom 28. April 2006, 1738 (2006) vom 23. Dezember 2006 und 1894 (2009) vom 11. November 2009 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, seine Resolutionen 1612 (2005) vom 26. Juli 2005, 1882 (2009) vom 4. August 2009, 1998 (2011) vom 12. Juli 2011, 2068 (2012) vom 19. September 2012 und 2143 (2014) vom 7. März 2014 über Kinder und bewaffnete Konflikte und seine Resolutionen 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000, 1820 (2008) vom 19. Juni 2008, 1888 (2009) vom 30. September 2009, 1889 (2009) vom 5. Oktober 2009, 1960 (2010) vom 16. Dezember 2010, 2106 (2013) vom 24. Juni 2013 und 2122 (2013) vom 18. Oktober 2013 über Frauen und Frieden und Sicherheit, fordert die Mission und alle Militärkräfte in Mali auf, sie zu berücksichtigen und das humanitäre Völkerrecht, die internationalen Menschenrechtsnormen und das Flüchtlingsvölkerrecht einzuhalten, und verweist darauf, wie wichtig eine Ausbildung auf diesen Gebieten ist;

### **Internationale Zusammenarbeit betreffend den Sahel**

30. *fordert* alle Mitgliedstaaten, insbesondere die Sahel- und Maghreb-Staaten, *nachdrücklich auf*, die Anstrengungen zu koordinieren, die sie unternehmen, um der ersten Bedrohung der internationalen und regionalen Sicherheit zu begegnen, die von terroristischen Gruppen ausgeht, die Grenzen überschreiten und in der Sahel-Region sichere Zufluchtsorte suchen, und ihre Zusammenarbeit und Koordinierung zu verstärken, um integrative und wirksame Strategien zur umfassenden und integrierten Bekämpfung der Aktivitäten terroristischer Gruppen, namentlich von Al-Qaida im islamischen Maghreb, der Bewegung für die Einheit und den Dschihad in Westafrika, von Ansar Eddine und von Al-Murabitun, und zur Verhütung der Ausbreitung dieser Gruppen zu entwickeln sowie die Verbreitung aller Rüstungsgüter und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität einzuschränken;

31. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, für baldige Fortschritte in Richtung auf die wirksame Umsetzung der Integrierten Strategie der Vereinten Nationen für den Sahel zu sorgen<sup>419</sup>, die politische, Sicherheits-, Entwicklungs- und humanitäre Fragen umfasst, begrüßt in dieser Hinsicht die Schaffung einer Koordinierungsplattform auf Ministerebene, die zweimal jährlich unter dem Vorsitz von Mali für den Zeitraum

2013-2015 zusammentritt, und nimmt Kenntnis von den Schlussfolgerungen ihres ersten und zweiten Treffens, die am 5. November 2013 beziehungsweise am 16. Mai 2014 in Bamako abgehalten wurden<sup>423</sup>;

### **Kleinwaffen und leichte Waffen**

32. *fordert* die malischen Behörden *auf*, mit Unterstützung der Mission, entsprechend Ziffer 13, und der internationalen Partner gegen das Problem der Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen und des unerlaubten Handels damit anzugehen, im Einklang mit dem Übereinkommen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten über Kleinwaffen und leichte Waffen unter allen Aspekten<sup>424</sup>, deren Munition und anderes dazugehöriges Material und dem Aktionsprogramm der Vereinten Nationen über Kleinwaffen und leichte Waffen, mit dem Ziel, die sichere und wirksame Verwaltung, Lagerung und Sicherung ihrer Bestände an Kleinwaffen und leichten Waffen und die Einsammlung und/oder Zerstörung überschüssiger, beschlagnahmter, nicht gekennzeichnete oder in unerlaubtem Besitz befindlicher Waffen zu gewährleisten, und betont ferner, wie wichtig die volle Durchführung seiner Resolutionen 17 (2011) vom 31. Oktober 2011 und 2117 (2013) vom 26. September 2013 ist;

### **Berichte des Generalsekretärs**

33. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat innerhalb von drei Monaten nach der Verabschiedung dieser Resolution Bericht zu erstatten, insbesondere über die Durchführung des Vorläufigen Abkommens von Ouagadougou, die Ausweitung der Präsenz der Truppe im Norden Malis und die Kriterien zur Bewertung der Fortschritte bei der Durchführung der in Ziffer 13 festgelegten vorrangigen Aufgaben des Mandats der Mission, und danach alle drei Monate über die Durchführung dieser Resolution, insbesondere über die Fortschritte in Bezug auf die Kriterien, Bericht zu erstatten;

34. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

*Auf der 7210. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

### **Beschlüsse**

Auf seiner 7227. Sitzung am 28. Juli 2014 erörterte der Rat den Punkt „Die Situation in Mali“.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab<sup>425</sup>:

Der Sicherheitsrat begrüßt den Beginn des innermalischen Verhandlungsprozesses am 16. Juli 2014 in Algier, im Einklang mit seinen Resolutionen 2100 (2013) und 2164 (2014), der Erklärung seines Präsidenten vom 23. Januar 2014<sup>418</sup>, seinen früheren Presseerklärungen sowie dem Vorläufigen Abkommen von Ouagadougou vom 18. Juni 2013 und mit dem Ziel, ein umfassendes Friedensabkommen herbeizuführen, das die Krise beendet.

Der Rat würdigt die Rolle des Moderators, die Algerien auf Ersuchen der malischen Behörden dabei wahrgenommen hat, diese förmlichen Friedensgespräche in Gang zu setzen und die Regierung Malis und die bewaffneten Gruppen, die das vorläufige Abkommen von Ouagadougou unterzeichnet haben und ihm beigetreten sind, zusammenzubringen. Der Rat würdigt außerdem die enge Abstimmung zwischen Algerien, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Mali und Leiter der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali, der Afrikanischen Union, dem Vermittlungsteam der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, der Europäischen Union und anderen regionalen und internationalen Partnern und legt ihnen nahe, diese wichtigen Anstrengungen fortzusetzen.

---

<sup>423</sup> Siehe S/2013/748 und S/2014/390.

<sup>424</sup> *Report of the United Nations Conference on the Illicit Trade in Small Arms and Light Weapons in All Its Aspects*, New York, 9–20 July 2001 (A/CONF.192/15), Kap. IV, Ziff. 24.

<sup>425</sup> S/PRST/2014/15.

Der Rat lobt die Parteien für den konstruktiven Dialog und die Gespräche, die zwischen dem 16. und 24. Juli 2014 in Algier abgehalten wurden und zur im Konsens erfolgten Annahme des Fahrplans („Feuille de route des négociations dans le cadre du processus d’Alger“) durch die Parteien führten. Der Rat fordert die Parteien auf, die in dem Fahrplan aufgeführten Verpflichtungen vollständig einzuhalten, namentlich indem sie an den umfassenden Friedensgesprächen in Algier teilnehmen, die am 17. August 2014 beginnen sollen. Der Rat unterstreicht die Bedeutung eines alle Seiten einschließenden, glaubwürdigen Verhandlungsprozesses, der allen Gemeinschaften des Nordens Malis offensteht und dessen Ziel es ist, eine dauerhafte politische Lösung der Krise und anhaltenden Frieden und langfristige Stabilität im ganzen Land unter Achtung der Souveränität, Einheit und territorialen Unversehrtheit des malischen Staates herbeizuführen.

Der Rat bekundet erneut seine Besorgnis über die fragile Sicherheitslage im Norden Malis und fordert alle Parteien auf, die am 23. Mai 2014 unterzeichnete Waffenruhevereinbarung sowie die am 24. Juli 2014 in Algier unterzeichnete Erklärung über die Einstellung der Feindseligkeiten sofort und uneingeschränkt zu achten. Der Rat verlangt erneut, dass alle bewaffneten Gruppen in Mali die Feindseligkeiten sofort einstellen und den Rückgriff auf Gewalt ablehnen.

Der Rat fordert alle Parteien auf, alle vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen durchzuführen, und wiederholt seine Forderung, die Kantonierung der bewaffneten Gruppen als einen praktischen Schritt auf dem Weg zu einem wirksamen Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozess im Rahmen einer umfassenden Friedensregelung zu beschleunigen. Der Rat begrüßt die Einsetzung der gemeinsamen Kommission unter dem Dach der Mission mit dem Auftrag, die Durchführung der Waffenruhevereinbarung und der Erklärung über die Einstellung der Feindseligkeiten zu erleichtern. Der Rat legt dem Generalsekretär nahe, die Mission weiter in die Lage zu versetzen, insbesondere im Rahmen der neuen Truppenkonfiguration im Norden Malis so bald wie möglich ihre volle Einsatzfähigkeit zu erreichen.

Der Rat bekundet erneut seine volle Unterstützung für die Schlüsselrolle und das aktive Engagement des Sonderbeauftragten, einschließlich seiner Guten Dienste und der engen Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft, im Hinblick auf die Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit im gesamten nationalen Hoheitsgebiet Malis.

---

## **PUNKTE IM ZUSAMMENHANG MIT DER UKRAINE**

### **A. Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)**

#### **Beschlüsse**

Auf seiner nichtöffentlichen 7123. Sitzung am 28. Februar 2014 beschloss der Sicherheitsrat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Auf seiner 7123. Sitzung am 28. Februar 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“.

Der Präsident lud den Vertreter der Ukraine gemäß Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Der Präsident lud außerdem Herrn Oscar Fernandez-Taranco, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Der Rat ließ sich von Herrn Fernandez-Taranco unterrichten.

Der Rat hörte außerdem eine Erklärung des Vertreters der Ukraine.

Auf seiner 7124. Sitzung am 1. März 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“ teilzunehmen.

Auf seiner 7125. Sitzung am 3. März 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Oscar Fernandez-Taranco, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner nichtöffentlichen 7131. Sitzung am 10. März 2014 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Auf seiner nichtöffentlichen 7131. Sitzung am 10. März 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“.

Der Präsident lud den Vertreter der Ukraine gemäß Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Der Präsident lud außerdem Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, im Einklang mit Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Der Rat ließ sich durch Herrn Feltman unterrichten.

Der Rat hörte außerdem eine Erklärung des Vertreters der Ukraine.

Die Vertreter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Vereinigten Staaten von Amerika, Litauens, Frankreichs, der Republik Korea, Australiens, Jordaniens, Chinas, Chiles, Argentinien, Tschads, der Russischen Föderation, Ruandas, Nigerias und Luxemburgs gaben Erklärungen ab.

Auf seiner 7134. Sitzung am 13. März 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Ukraine (Ministerpräsident) gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7138. Sitzung am 15. März 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Albaniens, Belgiens, Bulgariens, Dänemarks, Deutschlands, Estlands, Finnlands, Georgiens, Griechenlands, Irlands, Islands, Italiens, Japans, Kanadas, Kroatiens, Lettlands, Lichtensteins, Maltas, Montenegros, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Polens, Portugals, der Republik Moldau, Rumäniens, Schwedens, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, der Tschechischen Republik, der Türkei, der Ukraine, Ungarns und Zyperns gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung stimmte der Rat über einen in Dokument S/2014/189 enthaltenen Resolutionsentwurf ab. Das Abstimmungsergebnis lautete wie folgt: 13 Ja-Stimmen (Argentinien, Australien, Chile, Frankreich, Jordanien, Litauen, Luxemburg, Nigeria, Republik Korea, Ruanda, Tschad, Vereinigtes König-

reich Großbritannien und Nordirland und Vereinigte Staaten von Amerika), 1 Enthaltung (China) und 1 Gegenstimme (Russische Föderation). Der Resolutionsentwurf wurde aufgrund des Vetos eines ständigen Mitglieds des Rates nicht verabschiedet.

Auf seiner 7144. Sitzung am 19. März 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Ivan Šimonović, den Beigeordneten Generalsekretär für Menschenrechte, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7157. Sitzung am 16. April 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Ivan Šimonović, den Beigeordneten Generalsekretär für Menschenrechte, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7165. Sitzung am 29. April 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7185. Sitzung am 28. Mai 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7205. Sitzung am 24. Juni 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Tayé-Brook Zerihoun, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Herrn Ivan Šimonović, den Beigeordneten Generalsekretär für Menschenrechte, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen; er nahm per Videokonferenz an der Sitzung teil.

Auf seiner 7219. Sitzung am 18. Juli 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Belgiens, Indonesiens, Kanadas, Malaysias, Neuseelands, der Niederlande, der Philippinen, der Ukraine und Vietnams gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7221. Sitzung am 21. Juli 2014 beschloss der Rat, die Vertreter Belgiens, Deutschlands, Indonesiens, Irlands, Italiens, Kanadas, Malaysias, Neuseelands, der Niederlande (Minister für auswärtige Angelegenheiten), der Philippinen, der Ukraine und Vietnams gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136)“ teilzunehmen.

**Resolution 2166 (2014)  
vom 21. Juli 2014**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Missbilligung* des Abschusses eines Zivilflugzeugs auf einem internationalen Flug, Flug MH17 der Malaysia Airlines, am 17. Juli 2014 im Bezirk Donezk (Ukraine), bei dem alle 298 Passagiere und Besatzungsmitglieder an Bord ums Leben kamen,

*in Bekräftigung* der völkerrechtlichen Regeln zum Verbot von Gewalthandlungen, die eine Bedrohung der Sicherheit der internationalen Zivilluftfahrt darstellen, und betonend, wie wichtig es ist, diejenigen, die für Verstöße gegen diese Regeln verantwortlich sind, zur Rechenschaft zu ziehen,

*unter Hinweis* auf seine Presseerklärung vom 18. Juli 2014,

*unter Betonung* der Notwendigkeit einer vollständigen, gründlichen und unabhängigen internationalen Untersuchung des Vorfalls im Einklang mit den Leitlinien für die internationale Zivilluftfahrt, in dieser Hinsicht feststellend, dass die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation bei der Untersuchung von Unfällen und Vorfällen betreffend Luftfahrzeuge eine entscheidende Rolle spielt, und es begrüßend, dass die Organisation nach einem Hilfeantrag der Ukraine an die Organisation und andere beschlossen hat, ein Team zu entsenden, das in Abstimmung mit dem ukrainischen Nationalen Büro für die Untersuchung von Vorfällen und Unfällen mit zivilen Luftfahrzeugen an dieser Untersuchung arbeiten wird,

*mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis* darüber, dass bewaffnete Gruppen in der Ukraine den sofortigen, sicheren, ungefährdeten und uneingeschränkten Zugang der zuständigen Untersuchungsbehörden, der Sonderbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Ukraine und der Vertreter anderer zuständiger internationaler Organisationen, die bei der Untersuchung behilflich sind, zu der Absturzstelle und deren Umgebung, im Einklang mit den Verfahren der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und anderen etablierten Verfahren, behindert haben,

1. *verurteilt auf das Entschiedenste* den Abschuss des Fluges MH17 der Malaysia Airlines am 17. Juli 2014 im Bezirk Donezk (Ukraine), der zum tragischen Verlust von 298 Menschenleben führte;

2. *bekundet* den Angehörigen der Opfer dieses Vorfalls und dem Volk und der Regierung des jeweiligen Herkunftslands der Opfer *erneut sein tiefstes Mitgefühl und Beileid*;

3. *unterstützt* die Anstrengungen, eine vollständige, gründliche und unabhängige internationale Untersuchung des Vorfalls im Einklang mit den Leitlinien für die internationale Zivilluftfahrt in die Wege zu leiten;

4. *erkennt* die Anstrengungen *an*, die die Ukraine in Abstimmung mit der Internationale Zivilluftfahrt-Organisation und anderen internationalen Sachverständigen und Organisationen, darunter Vertreter von Ereignis-, Eintragungs-, Betreiber-, Entwurfs- und Herstellungsstaaten sowie von Staaten, die auf dem Flug MH17 Staatsangehörige verloren haben, unternimmt, um eine internationale Untersuchung des Vorfalls einzuleiten, und fordert alle Staaten auf, bei den zivil- und strafrechtlichen Untersuchungen im Zusammenhang mit diesem Vorfall jede erbetene Hilfe zu leisten;

5. *bekundet seiner ernste Besorgnis* angesichts der Berichte über unzureichenden und begrenzten Zugang zu der Absturzstelle;

6. *verlangt*, dass die bewaffneten Gruppen, die die Absturzstelle und deren Umgebung kontrollieren, alles unterlassen, was die Integrität der Absturzstelle beeinträchtigen könnte, namentlich dass sie Wrackteile, Geräte, Trümmer, persönliche Habe oder sterbliche Überreste weder zerstören noch bewegen oder darauf einwirken, und dass sie den zuständigen Untersuchungsbehörden, der Sonderbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und den Vertretern anderer zuständiger internationaler Organisationen im Einklang mit den Verfahren der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und anderen etablierten Verfahren sofort sicheren, ungefährdeten, vollständigen und uneingeschränkten Zugang zu der Stelle und deren Umgebung gewähren;

7. *verlangt außerdem*, dass alle militärischen Aktivitäten, einschließlich derjenigen bewaffneter Gruppen, in der unmittelbaren Umgebung der Absturzstelle sofort eingestellt werden, damit die Sicherheit der internationalen Untersuchung gewährleistet werden kann;

8. *besteht* auf der würdigen, respektvollen und professionellen Behandlung und Bergung der Leichen der Opfer, und fordert alle Parteien auf, dafür zu sorgen, dass dies mit sofortiger Wirkung geschieht;

9. *fordert* alle Staaten und Akteure in der Region *auf*, im Zusammenhang mit der internationalen Untersuchung des Vorfalls voll zu kooperieren, einschließlich in Bezug auf den sofortigen und uneingeschränkten Zugang zur Absturzstelle gemäß Ziffer 6;

10. *begrüßt* in dieser Hinsicht die Erklärung der Trilateralen Kontaktgruppe hochrangiger Vertreter der Ukraine, der Russischen Föderation und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 17. Juli 2014 und verlangt, dass die in der Erklärung abgegebenen Zusagen vollständig eingehalten werden;

11. *verlangt*, dass die für diesen Vorfall Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden und dass alle Staaten bei den Anstrengungen zur Feststellung der Verantwortlichkeit uneingeschränkt kooperieren;

12. *fordert* alle Vertragsparteien des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt *nachdrücklich auf*, die internationalen Regeln, Normen und Verfahrensweisen betreffend die Sicherheit der Zivilluftfahrt in vollstem Umfang einzuhalten, um zu verhindern, dass sich solche Vorfälle wiederholen, und verlangt, dass alle Staaten und sonstigen Akteure gegen zivile Luftfahrzeuge gerichtete Gewalthandlungen unterlassen;

13. *begrüßt*, dass der Generalsekretär die volle Kooperation der Vereinten Nationen bei dieser Untersuchung angeboten hat, und ersucht den Generalsekretär, mögliche Wege aufzuzeigen, wie die Vereinten Nationen die Untersuchung unterstützen können, und dem Sicherheitsrat über diesbezügliche Entwicklungen Bericht zu erstatten;

14. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

*Auf der 7221. Sitzung einstimmig verabschiedet.*

**B. Schreiben des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation  
bei den Vereinten Nationen vom 13. April 2014 an den  
Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/264)**

**Beschlüsse**

Auf seiner 7154. Sitzung am 13. April 2014 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen vom 13. April 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/264)“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Oscar Fernandez-Taranco, den Beigeordneten Generalsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 7167. Sitzung am 2. Mai 2014 beschloss der Rat, den Vertreter der Ukraine gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes „Schreiben des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen vom 13. April 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/264)“ teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Jeffrey Feltman, den Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

---



## ***Teil II. Weitere vom Sicherheitsrat behandelte Fragen***

### **DOKUMENTATION, ARBEITSMETHODEN UND VERFAHREN DES SICHERHEITSRATS**

#### **A. Umsetzung der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/507)**

##### **Beschlüsse**

Am 28. August 2013 gab der Präsident des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus<sup>426</sup>:

1. Im Jahr 2010 verpflichtete sich der Sicherheitsrat, mit einer Mitteilung seines Präsidenten vom 26. Juli 2010<sup>427</sup>, eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung seiner Effizienz und Transparenz sowie seines Zusammenwirkens und seines Dialogs mit Nicht-Ratsmitgliedern und mit Organen durchzuführen. Der Rat hat die wertvollen Anregungen von Mitgliedstaaten über Wege zur weiteren Verbesserung des Dialogs mit Nicht-Ratsmitgliedern und mit Organen geprüft. Die vorliegende Mitteilung baut auf den Bestimmungen der genannten Mitteilung des Präsidenten und anderer derartiger Mitteilungen auf und soll sie ergänzen.

2. Die Mitglieder des Rates sind entschlossen,

a) öffentliche Sitzungen, informelle interaktive Dialoge und Treffen nach der Arria-Formel nach Bedarf wirksamer zu nutzen;

b) zu bedenken, wie wichtig es ist, frühzeitig informelle Konsultationen zu führen, wie in der Mitteilung des Präsidenten vom 26. Juli 2010 dargelegt<sup>428</sup>;

c) der Pflege einer regelmäßigen Kommunikation mit der Kommission für Friedenskonsolidierung verpflichtet zu bleiben. Der Vorsitzende der Kommission und die Vorsitzenden der landesspezifischen Konfigurationen der Kommission werden nach Bedarf eingeladen, an offiziellen Ratssitzungen teilzunehmen. Die Ratsmitglieder befürworten darüber hinaus einen informellen Austausch mit dem Vorsitzenden der Kommission und gegebenenfalls den Vorsitzenden der landesspezifischen Konfigurationen im Rahmen informeller interaktiver Dialoge;

d) den Nebenorganen nahelegen, die Transparenz ihrer Tätigkeit zu erhöhen, auch indem sie Nicht-Ratsmitgliedern sachbezogene interaktive Unterrichtungen geben, wie von ihren Mitgliedern vereinbart, in der Erkenntnis, dass die Arbeit dieser Organe dadurch von größerem Nutzen sein kann;

e) den Nebenorganen nahelegen, alle weiteren Möglichkeiten zu prüfen, wie Nicht-Ratsmitglieder zu ihrer Arbeit beitragen können;

f) auf bereits vereinbarten Maßnahmen aufbauend die Konsultationen mit den truppenstellenden Ländern und den polizeistellenden Ländern weiter zu verbessern, in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Konsultationen;

g) die Konsultationen und die Zusammenarbeit mit den maßgeblichen regionalen und subregionalen Organisationen nach Bedarf weiter auszuweiten, wie vom Rat in den Erklärungen seines Präsidenten vom 13. Januar 2010<sup>429</sup> und der Erklärung seines Präsidenten vom 6. August 2013<sup>430</sup> und der Mitteilung seines Präsidenten vom 26. Juli 2010 sowie späteren diesbezüglichen Dokumenten und Mitteilungen des Präsidenten vereinbart;

---

<sup>426</sup> S/2013/515.

<sup>427</sup> S/2010/507.

<sup>428</sup> Ebd., Ziff. 43.

<sup>429</sup> S/PRST/2010/1.

<sup>430</sup> S/PRST/2013/12.

h) weiterhin Gelegenheiten zu bieten, damit den Auffassungen aller Mitglieder der Organisation zu den Arbeitsmethoden des Rates Gehör verschafft wird, unter anderem in öffentlichen Aussprachen über die Durchführung der Mitteilung des Präsidenten vom 26. Juli 2010, und die weitere Teilnahme aller Mitglieder an solchen Aussprachen zu begrüßen;

i) die Methodik der Abschlusssitzungen und der informellen Unterrichtungen zu prüfen, in der Erkenntnis, dass diese vom Präsidenten des Rates organisiert werden können, wie in der Mitteilung des Präsidenten vom 12. Dezember 2012<sup>431</sup> erwähnt;

j) die Arbeitsmethoden des Rates weiter zu prüfen, mit dem Ziel, ihre wirksame und konsequente Anwendung zu gewährleisten.

Auf seiner nichtöffentlichen 7027. Sitzung am 29. August 2013 beschloss der Rat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Auf seiner nichtöffentlichen 7027. Sitzung am 29. August 2013 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Umsetzung der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/507)“.

Die Präsidentin des Sicherheitsrats lud die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Armeniens, Äthiopiens, Bahains, Belarus', Belgiens, Benins, Bosnien und Herzegowinas, Brasiliens, Bulgariens, Chiles, Costa Ricas, Dänemarks, Deutschlands, Dschibutis, Ecuadors, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Estlands, Finnlands, Griechenlands, Indiens, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Islands, Japans, Kanadas, Kolumbiens, Kroatens, Kubas, Lettlands, Libanons, Liechtensteins, Litauens, Maltas, Mexikos, der Mongolei, Neuseelands, der Niederlande, Nicaraguas, Nigerias, Norwegens, Österreichs, Omans, Paraguays, Perus, der Philippinen, Portugals, Rumäniens, São Tomé und Príncipe, Saudi-Arabiens, Schwedens, der Schweiz, Senegals, Serbiens, Simbabwe, Singapurs, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, Südafrikas, Sudans, Thailands, der Türkei, Ungarns, Uruguays, Vietnams und Zyperns gemäß Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Die Präsidentin lud den Vertreter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen, den Vertreter des Ständigen Beobachters der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen und den Vertreter des Ständigen Beobachters der Internationalen Organisation der Frankophonie bei den Vereinten Nationen gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Die Präsidentin lud den Vertreter des Beobachterstaates Palästina bei den Vereinten Nationen und den Vertreter des Beobachterstaates Heiliger Stuhl bei den Vereinten Nationen zur Teilnahme ein.

Die Ratsmitglieder führten einen Meinungsaustausch.

Am 28. Oktober 2013 gab der Präsident des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus<sup>432</sup>:

Die Mitglieder des Sicherheitsrats erinnern daran, dass die Konsultationen zwischen dem Sicherheitsrat, dem Sekretariat und den truppen- und polizeistellenden Ländern die Fähigkeit des Rates, in Wahrnehmung seiner Verantwortlichkeiten angemessene, wirksame und rechtzeitige Entscheidungen zu treffen, stärken sollen und erinnern an die Aufgaben der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats für Friedenssicherungseinsätze im Einklang mit der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 14. Januar 2002<sup>433</sup>.

In dieser Hinsicht bekräftigen die Mitglieder des Rates die von ihnen eingegangene Verpflichtung, die bestehende Konsultation mit den truppen- und polizeistellenden Ländern in vollem Umfang

---

<sup>431</sup> S/2012/922.

<sup>432</sup> S/2013/630.

<sup>433</sup> S/2002/56.

zu nutzen und zu verbessern, um sicherzustellen, dass die Meinungen und Anliegen der truppen- und polizeistellenden Länder durch den Rat umfassend berücksichtigt werden.

Die Mitglieder des Rates kommen überein, dass die folgenden Maßnahmen in Ergänzung der in seinen Resolutionen 1353 (2001) und 2086 (2013) und in der Mitteilung des Präsidenten vom 26. Juli 2010<sup>427</sup> enthaltenen Maßnahmen dazu beitragen, das Ziel einer verstärkten Interaktion und Konsultation mit den truppen- und polizeistellenden Ländern zu erreichen:

1. Vor der Aufstellung eines Friedenssicherungseinsatzes wird dem Sekretariat nahegelegt, den Aufruf zu Beiträgen für diesen Einsatz möglichst breit anzulegen. Sobald potenzielle Beitragende ermittelt worden sind, wird ihnen das Sekretariat alle notwendigen Informationen zur Verfügung stellen, um ihnen den Entscheidungsprozess bezüglich einer Beteiligung an dem Einsatz zu erleichtern.

2. Die Arbeitsgruppe für Friedenssicherungseinsätze wird die regelmäßigen Sitzungen mit den truppenstellenden Ländern und polizeistellenden Ländern zu relevanten Fragen fortsetzen.

3. Die Mitglieder des Rates unterstreichen die Bedeutung von Konsultationen mit den betreffenden truppen- und polizeistellenden Ländern, auch auf deren Ersuchen hin, über dringende Situationen, die sich auf ihre Einsätze auswirken, insbesondere was die Sicherheit ihres Personals vor Ort angeht.

4. Die Mitglieder des Rates unterstreichen außerdem die Bedeutung von Konsultationen mit den truppen- und polizeistellenden Ländern beim Übergang von einem Friedenssicherungseinsatz zu einer Friedenskonsolidierungsmission und bei grundlegenden Änderungen eines Einsatzes oder einer Mission, wie beispielsweise Abzug, Reduzierung des Umfangs oder Beendigung.

5. Was die Verlängerung von Mandaten für Friedenssicherungseinsätze betrifft, wird das Sekretariat den betreffenden truppen- und polizeistellenden Ländern eine Kopie des Berichts des Generalsekretärs möglichst mit ausreichender Vorlaufzeit zur Verfügung stellen, um die Vorbereitung und rechtzeitige Abhaltung von Sitzungen mit den truppen- und polizeistellenden Ländern vor den Beratungen zwischen den Ratsmitgliedern zu ermöglichen.

6. Der Präsident des Sicherheitsrats wird dem Rat über die Konsultationen mit den truppen- und polizeistellenden Ländern Bericht erstatten.

7. Der Sicherheitsrat kann gegebenenfalls informelle Sitzungen abhalten, um einen stärker interaktiven Dialog zwischen den Ratsmitgliedern und den truppen- und polizeistellenden Ländern zu fördern.

Auf seiner 7052. Sitzung am 29. Oktober 2013 beschloss der Rat, die Vertreter Ägyptens, Belgiens, Bosnien und Herzegowinas, Brasiliens, Chiles, Costa Ricas, Deutschlands, Estlands, Indiens, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Irlands, Italiens, Japans, Liechtensteins, Malaysias, der Malediven, Mexikos, Neuseelands, Österreichs, Portugals, Saudi-Arabiens, Schwedens, der Schweiz, Singapurs, Sloweniens, Spaniens, Südafrikas, der Türkei, der Ukraine, Ungarns und Uruguays gemäß Regel 37 seiner vorläufigen Geschäftsordnung einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Umsetzung der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/507)

Arbeitsmethoden des Sicherheitsrats

Schreiben des Ständigen Vertreters Aserbaidschans bei den Vereinten Nationen vom 16. Oktober 2013 an den Generalsekretär (S/2013/613)“.

Auf seiner nichtöffentlichen 7122. Sitzung am 27. Februar 2014 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Auf seiner nichtöffentlichen 7122. Sitzung am 27. Februar 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Umsetzung der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/507)“.

Der Präsident des Sicherheitsrats lud die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Armeniens, Aserbaidschans, Äthiopiens, Bahains, Belgiens, Bosnien und Herzegowinas, Botsuanas, Brasiliens, Brunei Darussalams, Bulgariens, Dänemarks, Deutschlands, Ecuadors, Estlands, Finnlands, Ghanas, Guatemalas, Indiens, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Irlands, Israels, Japans, Kanadas, Kasachstans, Kenias, Kolumbiens, Kroatens, Libanons, Liechtensteins, Malaysias, Marokkos, Mauretaniens, Mexikos, der Mongolei, Namibias, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Pakistans, Perus, der Philippinen, Polens, Portugals, der Republik Moldau, Rumäniens, Saudi-Arabiens, Schwedens, der Schweiz, Serbiens, Sloweniens, Somalias, Spaniens, Südafrikas, Südsudans, der Tschechischen Republik, Thailands, Togos, Tunesiens, der Türkei, Ungarns, der Ukraine, Uruguays, Vietnams und Zyperns ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes teilzunehmen.

Der Präsident lud den Vertreter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Der Präsident lud den Vertreter des Beobachterstaates Heiliger Stuhl bei den Vereinten Nationen zur Teilnahme ein.

Die Ratsmitglieder führten einen Meinungsaustausch.

Auf seiner nichtöffentlichen 7151. Sitzung am 31. März 2014 beschloss der Rat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Auf seiner nichtöffentlichen 7151. Sitzung am 31. März 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Umsetzung der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/507)“.

Die Präsidentin des Sicherheitsrats lud die Vertreter Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Aserbaidschans, Belizes, Bosnien und Herzegowinas, Botsuanas, Brasiliens, Brunei Darussalams, Bulgariens, Dänemarks, Deutschlands, Finnlands, Ghanas, Guatemalas, Indiens, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Irlands, Japans, Kanadas, Kolumbiens, Kroatens, Kubas, Lettlands, Libanons, Liechtensteins, Malaysias, Marokkos, Maltas, Mexikos, der Mongolei, Nepals, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Pakistans, Perus, der Philippinen, Polens, Portugals, Rumäniens, Schwedens, der Schweiz, Senegals, Serbiens, Simbabwe, der Slowakei, Sloweniens, Somalias, Spaniens, der Tschechischen Republik, Thailands, Togos, der Türkei, der Ukraine, Ungarns, Vietnams und Zyperns ein, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Behandlung des Punktes teilzunehmen.

Die Präsidentin lud den Vertreter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme ein.

Im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis lud die Präsidentin den Vertreter des Beobachterstaates Palästina bei den Vereinten Nationen zur Teilnahme ein.

Im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis lud die Präsidentin den Vertreter des Beobachterstaates Heiliger Stuhl bei den Vereinten Nationen zur Teilnahme ein.

Die Ratsmitglieder führten einen Meinungsaustausch.

Am 14. April 2014 gab die Präsidentin des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus<sup>434</sup>:

---

<sup>434</sup> S/2014/268.

Über die in der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 26. Juli 2010<sup>427</sup> enthaltenen Maßnahmen hinaus und in dem weiteren Bemühen, die Effizienz und Transparenz der Arbeit des Rates zu erhöhen und eine breitere Beteiligung der Ratsmitglieder an der Ausarbeitung von Produkten des Rates zu erreichen und die Verantwortung dafür breiter zu verteilen, haben die Mitglieder des Rates Folgendes vereinbart:

a) Unbeschadet der durch die Charta der Vereinten Nationen gewährten Rechte und der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates unterstützen die Mitglieder des Rates, soweit angezeigt, die informelle Regelung, wonach ein oder mehrere Ratsmitglieder (als „federführender Verfasser“) den informellen Ausarbeitungsprozess einleiten und dabei den Vorsitz führen. Diese informelle Regelung, soweit angezeigt, soll rasche Initiativen erleichtern, um ein Tätigwerden des Rates sicherzustellen, während ein Element der Kontinuität gewahrt wird, mit dem Ziel, die Effizienz der Arbeit des Rates zu erhöhen;

b) jedes Mitglied des Rates kann federführender Verfasser sein. Die Ratsmitglieder werden ermutigt, bei der Ausarbeitung von Dokumenten des Rates, einschließlich Resolutionen, Erklärungen des Präsidenten und Presseerklärungen, als federführender Verfasser zu fungieren;

c) die Mitglieder des Rates bekräftigen ihre Entschlossenheit, die Beteiligung aller Mitglieder des Rates an der Ausarbeitung von Dokumenten des Rates, einschließlich Resolutionen, Erklärungen des Präsidenten und Presseerklärungen, zu erhöhen. Zu diesem Zweck legen die Mitglieder des Rates den federführenden Verfassern nahe, möglichst frühzeitig im Ausarbeitungsprozess den Informationsaustausch zwischen allen Mitgliedern des Rates zu gewährleisten und rechtzeitige Konsultationen mit allen Ratsmitgliedern zu führen;

d) des Weiteren beabsichtigen die Mitglieder des Rates, auch künftig gegebenenfalls informelle Konsultationen mit allen Mitgliedern der Vereinten Nationen, insbesondere interessierten Mitgliedsstaaten und namentlich Ländern, die unmittelbar beteiligt oder konkret betroffen sind, Nachbarstaaten und Ländern, die besondere Beiträge leisten können, sowie mit Regionalorganisationen und Gruppen von Freunden zu führen, wenn sie unter anderem Resolutionen, Erklärungen des Präsidenten und Presseerklärungen ausarbeiten.

Auf seiner nichtöffentlichen 7166. Sitzung am 30. April 2014 beschloss der Rat, seine Präsidentin zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Auf seiner nichtöffentlichen 7166. Sitzung am 30. April 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Umsetzung der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/507)“.

Die Präsidentin des Sicherheitsrats lud die Vertreter Ägyptens, Albaniens, der Arabischen Republik Syrien, Aserbaidschans, Bosnien und Herzegowinas, Brasiliens, Dänemarks, Deutschlands, Dschibutis, Estlands, Finnlands, Griechenlands, Guatemalas, Indiens, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Irlands, Japans, Kolumbiens, Kroatiens, Kubas, Lettlands, Libanons, Liechtensteins, Malaysias, Maltas, Marokkos, Mauretaniens, Namibias, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Pakistans, Perus, der Philippinen, Portugals, Rumäniens, Schwedens, der Schweiz, Serbiens, Simbabwe, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, Südafrikas, Thailands, Togos, der Tschechischen Republik, der Türkei, der Ukraine und Ungarns ein, im Einklang mit Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates an der Sitzung teilzunehmen.

Die Präsidentin lud den Vertreter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis lud die Präsidentin den Vertreter des Beobachterstaates Palästina bei den Vereinten Nationen zur Teilnahme ein.

Im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis lud die Präsidentin den Vertreter des Beobachterstaates Heiliger Stuhl bei den Vereinten Nationen zur Teilnahme ein.

Die Ratsmitglieder führten einen Meinungsaustausch.

Auf seiner nichtöffentlichen 7189. Sitzung am 29. Mai 2014 beschloss der Rat, seinen Präsidenten zu ermächtigen, gemäß Regel 55 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates über den Generalsekretär das folgende Kommuniqué herauszugeben:

Auf seiner nichtöffentlichen 1789. Sitzung am 29. Mai 2014 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Umsetzung der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/507)“.

Der Präsident des Sicherheitsrats lud die Vertreter Algeriens, Ägyptens, der Arabischen Republik Syrien, Armeniens, Aserbaidschans, Belgiens, Bosnien und Herzegowinas, Brasiliens, Brunei Darussalam, Dänemarks, Deutschlands, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Estlands, Finnlands, Griechenlands, Guatemalas, Indonesiens, Irans (Islamische Republik), Irlands, Japans, Kasachstans, Kolumbiens, Kubas, Lettlands, Libanons, Liechtensteins, Malaysias, Maltas, Marokkos, Mexikos, Myanmars, Namibias, Neuseelands, der Niederlande, Norwegens, Pakistans, Perus, Philippinen, Portugals, Rumäniens, Schwedens, der Schweiz, Serbiens, Singapurs, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens, Sri Lankas, Südafrikas, Tadschikistans, Togos, der Türkei, Turkmenistans, der Ukraine und Ungarns ein, im Einklang mit Regel 37 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates ohne Stimmrecht an der Sitzung teilzunehmen.

Der Präsident lud den Vertreter der Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen gemäß Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates zur Teilnahme ein.

Im Einklang mit der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates und entsprechend seiner bisherigen diesbezüglichen Praxis lud der Präsident den Vertreter des Beobachterstaates Heiliger Stuhl bei den Vereinten Nationen zur Teilnahme ein.

Die Ratsmitglieder führten einen Meinungsaustausch.

Am 5. Juni 2014 gab der Präsident des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus<sup>435</sup>:

Die Mitglieder des Sicherheitsrats haben folgende praktische Maßnahmen geprüft, die unbeschadet des in Artikel 24 Absatz 3 der Charta vorgesehenen Berichts des Sicherheitsrats und der Berichte der Nebenorgane an den Rat und zusätzlich zu den in der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 26. Juli 2010<sup>427</sup> und in der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 17. Dezember 2012<sup>436</sup> enthaltenen Maßnahmen dazu beitragen könnten, die Wirksamkeit der Arbeit des Rates weiter zu verbessern und die Kontinuität der Arbeit seiner Nebenorgane sicherzustellen.

Zu diesem Zweck haben die Mitglieder des Rates die nachstehenden praktischen Maßnahmen vereinbart.

Es wird angeregt, die Vorsitzenden der Nebenorgane frühzeitig zu ernennen. Zu diesem Zweck werden die Ratsmitglieder so früh wie möglich nach jeder Wahl der Mitglieder des Rates den in der Mitteilung des Präsidenten vom 17. Dezember 2012 genannten informellen Konsultationsprozess einleiten.

Unbeschadet der Jahresberichte der einzelnen Nebenorgane wird den Vorsitzenden der Nebenorgane nahegelegt, denjenigen Mitgliedern des Rates, die den Vorsitz übernehmen, eine informelle schriftliche Unterrichtung über die während der Amtszeit des scheidenden Vorsitzes geleistete Arbeit zu übermitteln, und nach Bedarf informelle Sitzungen mit dem neuen Vorsitz abzuhalten.

Dieser Unterrichtung werden die Dokumente beigelegt, die während der Amtszeit des scheidenden Vorsitzes verabschiedet wurden, sowie alle inoffiziellen Dokumente oder Hintergrundinformationen, die nach Erachten des scheidenden Vorsitzes für den neuen Vorsitz sachdienlich sein könnten, einschließlich der von dem jeweiligen Nebenorgan erörterten Entwürfe. Da diese Dokumente und In-

---

<sup>435</sup> S/2014/393.

<sup>436</sup> S/2012/937.

formationen möglicherweise nicht öffentlich sind, werden sie den Mitgliedern, die die Vorsitze übernehmen, baldmöglichst bereitgestellt, sobald über die Vorsitze entschieden wurde, und im Falle neu gewählter Mitglieder, wie in Abschnitt XIII der Anlage zur Mitteilung des Präsidenten vom 26. Juli 2010 vorgesehen, während der sechs Wochen unmittelbar vor Beginn ihrer Amtszeit.

Das Sekretariat kann den scheidenden Vorsitzenden bei der Erstellung der Hintergrundinformationen unterstützen, der Vorsitzende trägt jedoch die Verantwortung.

Den scheidenden Vorsitzenden wird nahegelegt, Informationssitzungen mit den neuen Vorsitzenden abzuhalten, auch mit Unterstützung des Sekretariats.

Auf seiner 7231. Sitzung am 30. Juli 2014 behandelte der Rat den Punkt

„Umsetzung der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2010/507)

Schreiben des Ständigen Vertreters Ruandas bei den Vereinten Nationen vom 22. Juli 2014 an den Generalsekretär (S/2014/526)“.

## **B. Allgemeine Fragen**

### **Beschlüsse**

Am 23. September 2013 gab der Präsident des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus<sup>437</sup>:

Gemäß Ziffer 4 b) der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 30. Oktober 1998<sup>438</sup> und im Anschluss an Konsultationen unter den Ratsmitgliedern wurde beschlossen, die Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden der Nebenorgane für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2013 wie folgt zu wählen:

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 751 (1992) und 1907 (2009) betreffend Somalia und Eritrea*

Vorsitzender: Oh Joon (Republik Korea)  
Stellvertretende Vorsitzende: Pakistan und Togo

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) betreffend Al-Qaida und mit ihr verbundene Personen und Einrichtungen*

Vorsitzender: Gary Francis Quinlan (Australien)  
Stellvertretende Vorsitzende: Guatemala und Russische Föderation

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Bekämpfung des Terrorismus*

Vorsitzender: Mohammed Loulichki (Marokko)  
Stellvertretende Vorsitzende: Frankreich, Ruanda und Russische Föderation

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1518 (2003)*

Vorsitzender: Kodjo Menan (Togo)  
Stellvertretender Vorsitzender: Republik Korea

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1521 (2003) betreffend Liberia*

Vorsitzender: Masood Khan (Pakistan)  
Stellvertretende Vorsitzende: Luxemburg und Ruanda

---

<sup>437</sup> S/2013/2/Rev.1.

<sup>438</sup> S/1998/1016.

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1533 (2004) betreffend die Demokratische Republik Kongo*

Vorsitzender: Agshin Mehdiyev (Aserbaidshan)  
Stellvertretende Vorsitzende: Marokko und Pakistan

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004)*

Vorsitzender: Oh Joon (Republik Korea)  
Stellvertretende Vorsitzende: Aserbaidshan, Luxemburg und Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) betreffend Côte d'Ivoire*

Vorsitzender: Gert Rosenthal (Guatemala)  
Stellvertretende Vorsitzende: Australien und Ruanda

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1591 (2005) betreffend Sudan*

Vorsitzende: María Cristina Perceval (Argentinien)  
Stellvertretende Vorsitzende: Aserbaidshan und Australien

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1636 (2005)*

Vorsitzender: Kodjo Menan (Togo)  
Stellvertretende Vorsitzende: Aserbaidshan und Australien

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1718 (2006)*

Vorsitzende: Sylvie Lucas (Luxemburg)  
Stellvertretende Vorsitzende: Aserbaidshan und Togo

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006)*

Vorsitzender: Gary Francis Quinlan (Australien)  
Stellvertretender Vorsitzender: Togo

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1970 (2011) betreffend Libyen*

Vorsitzender: Eugène-Richard Gasana (Ruanda)  
Stellvertretender Vorsitzender: Republik Korea

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1988 (2011)*

Vorsitzender: Gary Francis Quinlan (Australien)  
Stellvertretende Vorsitzende: Guatemala und Russische Föderation

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 2048 (2012) betreffend Guinea-Bissau*

Vorsitzender: Mohammed Loulichki (Marokko)  
Stellvertretender Vorsitzender: Luxemburg

*Arbeitsgruppe für Friedenssicherungseinsätze*

Vorsitzender: Masood Khan (Pakistan)  
Stellvertretender Vorsitzender: Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

*Ad-hoc-Arbeitsgruppe für Konfliktprävention und Konfliktlösung in Afrika*

Vorsitzender: Eugène-Richard Gasana (Ruanda)  
Stellvertretender Vorsitzender: Togo



*Arbeitsgruppe nach Resolution 1566 (2004)*

Vorsitzender: Mohammed Loulichki (Marokko)  
Stellvertretende Vorsitzende: Frankreich, Ruanda und Russische Föderation

*Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte*

Vorsitzende: Sylvie Lucas (Luxemburg)  
Stellvertretender Vorsitzender: Argentinien

*Informelle Arbeitsgruppe für Dokumentation und andere Verfahrensfragen*

Vorsitzende: María Cristina Perceval (Argentinien)  
Stellvertretender Vorsitzender: Pakistan

*Informelle Arbeitsgruppe für die internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe*

Vorsitzender: Gert Rosenthal (Guatemala)  
Stellvertretender Vorsitzender: Australien

Am 24. April 2014 gab der Präsident des Sicherheitsrats die folgende Mitteilung heraus<sup>439</sup>:

Gemäß Ziffer 4 b) der Mitteilung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 30. Oktober 1998<sup>438</sup> und im Anschluss an Konsultationen unter den Ratsmitgliedern wurde beschlossen, die Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden der Nebenorgane für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2014 wie folgt zu wählen:

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 751 (1992) und 1907 (2009) betreffend Somalia und Eritrea*

Vorsitzender: Oh Joon (Republik Korea)  
Stellvertretende Vorsitzende: Jordanien und Tschad

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen 1267 (1999) und 1989 (2011) betreffend Al-Qaida und mit ihr verbundene Personen und Einrichtungen*

Vorsitzender: Gary Francis Quinlan (Australien)  
Stellvertretende Vorsitzende: Chile und Russische Föderation

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001) betreffend die Bekämpfung des Terrorismus*

Vorsitzende: Raimonda Murmokaitė (Litauen)  
Stellvertretende Vorsitzende: Frankreich, Ruanda und Russische Föderation

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1518 (2003)*

Vorsitzender: Mahamat Zene Cherif (Tschad)  
Stellvertretender Vorsitzender: Republik Korea

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1521 (2003) betreffend Liberia*

Vorsitzender: Zeid Ra'ad Zeid Al-Hussein (Jordanien)  
Stellvertretende Vorsitzende: Luxemburg und Ruanda

---

<sup>439</sup> S/2014/2/Rev.2. Bereits am 2. Januar und 25. März 2014 als Dokumente S/2014/2 und Add.1 und S/2014/2/Rev.1 herausgegeben.

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1533 (2004) betreffend die Demokratische Republik Kongo*

Vorsitzender: Zeid Ra'ad Zeid Al-Husseini (Jordanien)  
Stellvertretende Vorsitzende: Chile und Litauen

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004)*

Vorsitzender: Oh Joon (Republik Korea)  
Stellvertretende Vorsitzende: Luxemburg, Nigeria und Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1572 (2004) betreffend Côte d'Ivoire*

Vorsitzender: Cristián Barros (Chile)  
Stellvertretende Vorsitzende: Australien und Ruanda

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1591 (2005) betreffend Sudan*

Vorsitzende: María Cristina Perceval (Argentinien)  
Stellvertretende Vorsitzende: Australien und Nigeria

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1636 (2005)*

Vorsitzender: Mahamat Zene Cherif (Tschad)  
Stellvertretende Vorsitzende: Australien und Litauen

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1718 (2006)*

Vorsitzende: Sylvie Lucas (Luxemburg)  
Stellvertretende Vorsitzende: Jordanien und Tschad

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1737 (2006)*

Vorsitzender: Gary Francis Quinlan (Australien)  
Stellvertretender Vorsitzender: Tschad

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1970 (2011) betreffend Libyen*

Vorsitzender: Eugène-Richard Gasana (Ruanda)  
Stellvertretender Vorsitzender: Republik Korea

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1988 (2011)*

Vorsitzender: Gary Francis Quinlan (Australien)  
Stellvertretende Vorsitzende: Chile und Russische Föderation

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 2048 (2012) betreffend Guinea-Bissau*

Vorsitzende: U. Joy Ogwu (Nigeria)  
Stellvertretender Vorsitzender: Luxemburg

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 2127 (2013) betreffend die Zentralafrikanische Republik*

Vorsitzende: Raimonda Murmokaitė (Litauen)  
Stellvertretender Vorsitzender: Jordanien

*Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 2140 (2014)*

Vorsitzende: Raimonda Murmokaitė (Litauen)  
Stellvertretender Vorsitzender: Jordanien

*Arbeitsgruppe für Friedenssicherungseinsätze*

Vorsitzender: Eugène-Richard Gasana (Ruanda)  
Stellvertretender Vorsitzender: Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

*Ad-hoc-Arbeitsgruppe für Konfliktprävention und Konfliktlösung in Afrika*

Vorsitzende: U. Joy Ogwu (Nigeria)  
Stellvertretender Vorsitzender: Ruanda

*Arbeitsgruppe nach Resolution 1566 (2004)*

Vorsitzende: Raimonda Murmokaitė (Litauen)  
Stellvertretende Vorsitzende: Frankreich, Ruanda und Russische Föderation

*Arbeitsgruppe für Kinder und bewaffnete Konflikte*

Vorsitzende: Sylvie Lucas (Luxemburg)  
Stellvertretender Vorsitzender: Nigeria

*Informelle Arbeitsgruppe für Dokumentation und andere Verfahrensfragen*

Vorsitzende: María Cristina Perceval (Argentinien)  
Stellvertretender Vorsitzender: Litauen

*Informelle Arbeitsgruppe für die internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshöfe*

Vorsitzender: Cristián Barros (Chile)  
Stellvertretender Vorsitzender: Australien

---

**BEHANDLUNG DES ENTWURFS DES BERICHTS DES SICHERHEITSRATS  
AN DIE GENERALVERSAMMLUNG**

**Beschluss**

Auf seiner 7053. Sitzung am 30. Oktober 2013 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Behandlung des Entwurfs des Berichts des Sicherheitsrats an die Generalversammlung“.

Der Beschluss des Rates fand in der folgenden Mitteilung des Präsidenten<sup>440</sup> seinen Niederschlag:

Auf seiner 7053. Sitzung am 30. Oktober 2013 behandelte der Sicherheitsrat den Entwurf seines Berichts an die Generalversammlung für den Zeitraum vom 1. August 2012 bis 31. Juli 2013. Der Rat verabschiedete den Entwurf des Berichts ohne Abstimmung.

---

<sup>440</sup> S/2013/635.



## **Vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2014 erstmals in die Tagesordnung des Sicherheitsrat aufgenommene Punkte**

ANMERKUNG: Es ist Praxis des Sicherheitsrats, auf jeder Sitzung auf der Grundlage einer im Voraus verteilten vorläufigen Tagesordnung die Tagesordnung für die betreffende Sitzung anzunehmen; die Tagesordnungen der einzelnen Sitzungen in der Zeit vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2014 finden sich in den Wortprotokollen der 7015. bis 7232. Sitzung (S/PV.7015-7232).

In der nachstehenden Liste sind die Sitzungen aufgeführt, auf denen der Rat während dieses Zeitraums beschlossen hat, einen bisher nicht auf der Tagesordnung stehenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen.

<i>Punkt</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Datum</i>
Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/136) .....	7123.	28. Februar 2014
Schreiben des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen vom 13. April 2014 an den Präsidenten des Sicherheitsrats (S/2014/264).....	7154.	13. April 2014
Sitzung des Sicherheitsrats mit den truppen- und polizeistellenden Ländern gemäß Resolution 1353 (2001), Anlage II, Abschnitte A und B		
Mehrdimensionale integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali .....	7201.	17. Juni 2014



## Verzeichnis der vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2014 vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen

<i>Resolution</i>	<i>Datum</i>	<i>Punkt</i>	<i>Seite</i>
2115 (2013)	29. August 2013	Die Situation im Nahen Osten.....	5
2116 (2013)	18. September 2013	Die Situation in Liberia.....	60
2117 (2013)	26. September 2013	Kleinwaffen.....	363
2118 (2013)	27. September 2013	Die Situation im Nahen Osten.....	8
2119 (2013)	10. Oktober 2013	Die Frage betreffend Haiti .....	104
2120 (2013)	10. Oktober 2013	Die Situation in Afghanistan .....	116
2121 (2013)	10. Oktober 2013	Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik.....	170
2122 (2013)	18. Oktober 2013	Frauen und Frieden und Sicherheit .....	369
2123 (2013)	12. November 2013	Die Situation in Bosnien und Herzegowina .....	93
2124 (2013)	12. November 2013	Die Situation in Somalia .....	69
2125 (2013)	18. November 2013	Die Situation in Somalia .....	75
2126 (2013)	25. November 2013	Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan.....	465
2127 (2013)	5. Dezember 2013	Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik.....	177
2128 (2013)	10. Dezember 2013	Die Situation in Liberia.....	65
2129 (2013)	17. Dezember 2013	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen .....	380
2130 (2013)	18. Dezember 2013	Internationaler Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien began- genen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht.....	100
2131 (2013)	18. Dezember 2013	Die Situation im Nahen Osten.....	23
2132 (2013)	24. Dezember 2013	Berichte des Generalsekretärs über Sudan .....	471
2133 (2014)	27. Januar 2014	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen .....	387
2134 (2014)	28. Januar 2014	Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik.....	189
2135 (2014)	30. Januar 2014	Die Situation in Zypern.....	44
2136 (2014)	30. Januar 2014	Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo	150
2137 (2014)	13. Februar 2014	Die Situation in Burundi .....	111
2138 (2014)	13. Februar 2014	Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan.....	473
2139 (2014)	22. Februar 2014	Die Situation im Nahen Osten.....	25
2140 (2014)	26. Februar 2014	Die Situation im Nahen Osten.....	29
2141 (2014)	5. März 2014	Nichtverbreitung/Demokratische Volksrepublik Korea .....	511
2142 (2014)	5. März 2014	Die Situation in Somalia .....	84
2143 (2014)	7. März 2014	Kinder und bewaffnete Konflikte.....	213
2144 (2014)	14. März 2014	Die Situation in Libyen.....	539

**Verzeichnis der vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2014 vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen**

<i>Resolution</i>	<i>Datum</i>	<i>Punkt</i>	<i>Seite</i>
2145 (2014)	17. März 2014	Die Situation in Afghanistan .....	125
2146 (2014)	19. März 2014	Die Situation in Libyen .....	544
2147 (2014)	28. März 2014	Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo	157
2148 (2014)	3. April 2014	Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan.....	479
2149 (2014)	10. April 2014	Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik .....	199
2150 (2014)	16. April 2014	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.....	504
2151 (2014)	28. April 2014	Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit: Herausforderungen und Chancen .....	514
2152 (2014)	29. April 2014	Die Situation betreffend Westsahara .....	50
2153 (2014)	29. April 2014	Die Situation in Côte d'Ivoire .....	423
2154 (2014)	8. Mai 2014	Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.....	519
2155 (2014)	27. Mai 2014	Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan.....	484
2156 (2014)	29. Mai 2014	Berichte des Generalsekretärs über Sudan und Südsudan.....	490
2157 (2014)	29. Mai 2014	Die Situation in Guinea-Bissau .....	222
2158 (2014)	29. Mai 2014	Die Situation in Somalia .....	89
2159 (2014)	9. Juni 2014	Nichtverbreitung .....	507
2160 (2014)	17. Juni 2014	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen .....	390
2161 (2014)	17. Juni 2014	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen .....	402
2162 (2014)	25. Juni 2014	Die Situation in Côte d'Ivoire .....	431
2163 (2014)	25. Juni 2014	Die Situation im Nahen Osten.....	38
2164 (2014)	25. Juni 2014	Die Situation in Mali .....	551
2165 (2014)	14. Juli 2014	Die Situation im Nahen Osten.....	40
2166 (2014)	21. Juli 2014	Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen an den Präsidenten des Sicherheitsrats, datiert vom 28. Februar 2014 (S/2014/136). .....	564
2167 (2014)	28. Juli 2014	Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen .....	54
2168 (2014)	30. Juli 2014	Die Situation in Zypern.....	47
2169 (2014)	30. Juli 2014	Die Situation betreffend Irak .....	500



## In offizieller Sitzung behandelte und nicht verabschiedete Resolutionentwürfe

<i>Resolutions- entwurf</i>	<i>Punkt</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Datum</i>	<i>Seite</i>
S/2013/660	Frieden und Sicherheit in Afrika .....	7060.	15. November 2013	520
S/2014/189	Schreiben des Ständigen Vertreters der Ukraine bei den Vereinten Nationen vom 28. Februar 2014 an den Präsi- denten des Sicherheitsrats (S/2014/136) .....	7138.	15. März 2014	562
S/2014/348	Die Situation im Nahen Osten.....	7180.	22. Mai 2014	36



## Verzeichnis der vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2014 vom Präsidenten des Sicherheitsrats abgegebenen Erklärungen

<i>Datum</i>	<i>Punkt</i>	<i>Seite</i>
6. August 2013	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (S/PRST/2013/12).....	528
14. August 2013	Friedenskonsolidierung in Westafrika (S/PRST/2013/13).....	508
23. August 2013	Bericht des Generalsekretärs über Sudan (S/PRST/2013/14).....	463
2. Oktober 2013	Die Situation im Nahen Osten (S/PRST/2013/15).....	19
28. Oktober 2013	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (S/PRST/2013/16).....	533
14. November 2013	Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo (S/PRST/2013/17).....	147
25. November 2013	Zentralafrikanische Region (S/PRST/2013/18).....	452
9. Dezember 2013	Die Situation in Guinea-Bissau (S/PRST/2013/19).....	219
12. Dezember 2013	Frieden und Sicherheit in Afrika (S/PRST/2013/20).....	521
16. Dezember 2013	Die Situation in Libyen (S/PRST/2013/21).....	537
18. Dezember 2013	Frieden und Sicherheit in Afrika (S/PRST/2013/22).....	523
10. Januar 2014	Die Situation betreffend Irak (S/PRST/2014/1).....	498
23. Januar 2014	Die Situation in Mali (S/PRST/2014/2).....	548
12. Februar 2014	Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten (S/PRST/2014/3).....	228
14. Februar 2014	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen und subregionalen Organisationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (S/PRST/2014/4).....	534
21. Februar 2014	Die Förderung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (S/PRST/2014/5).....	449
26. März 2014	Die Situation in Sierra Leone (S/PRST/2014/6).....	144
7. Mai 2014	Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (S/PRST/2014/7).....	461
12. Mai 2014	Zentralafrikanische Region (S/PRST/2014/8).....	457
22. Mai 2014	Die Situation in Somalia (S/PRST/2014/9).....	87
29. Mai 2014	Die Situation im Nahen Osten (S/PRST/2014/10).....	37
25. Juni 2014	Die Situation in Afghanistan (S/PRST/2014/11).....	140
25. Juni 2014	Die Situation in Afghanistan (S/PRST/2014/12).....	140
28. Juli 2014	Die Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage (S/PRST/2014/13).....	4
28. Juli 2014	Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen (S/PRST/2014/14).....	421
28. Juli 2014	Die Situation in Mali (S/PRST/2014/15).....	560